gesis

soFid – Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

01/2008

Sozialpolitik

GESIS-IZ Bonn 2008

Leibniz Gemeinschaft

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

soFid

Sozialpolitik

Band 2008/1

bearbeitet von

Hermann Schock

GESIS-IZ Sozialwissenschaften Bonn 2008

ISSN: 0938-6076
Herausgeber GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn
bearbeitet von: Hermann Schock
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS-IZ Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das GESIS-IZ ist eine Abteilung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2008 GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort 7

Sachgebiete

1 Allgemeine Sozialpolitik, methodologische und wissenschaftstheoretische Themen 11
2 Kommunale Sozialpolitik 66
3 Gestaltung der Arbeitswelt I 87
4 Gestaltung der Arbeitswelt II: neue Technologien 156
5 Soziale Sicherung 159
6 Arbeitsmarktpolitik 203
7 Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien und Jugendlichen 281
8 Gesundheitspolitik 316
9 Weitere Interventionsbereiche wie Einkommensverteilung und Wohnungswesen 348
10 Verbände und die Organisation sozialpolitischer Maßnahmen 354
11 Sozialpolitik in der Europäischen Union 368
12 Sozialpolitik Österreichs 427
13 Sozialpolitik der Schweiz 437
14 Sozialpolitiken ostmittel- und osteuropäischer Staaten 456
15 International vergleichende Sozialpolitik und Sozialpolitik außereuropäischer Staaten 465

Register

Hinweise zur Registerbenutzung 485
Personenregister 487
Sachregister 503
Institutionenregister 535

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur 545
Zur Benutzung der Forschungsnachweise 545

Vorwort zum soFid „Sozialpolitik“

Das GESIS-IZ bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom GESIS-IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften - bisher FORIS).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter *http://www.gesis.org/IZ* zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Zur Bestimmung von „Sozialpolitik“ ist auf die Gliederung zu verweisen, zu deren Verständnis einige ergänzende Stichworte weiter unten beitragen können. Gleichermaßen dokumentiert sind in diesem soFid Themen der sozialpolitischen Theoriebildung im Kontext sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung wie auch Themen der sozialpolitischen Praxis. Dabei variieren die Betrachtungsebenen vom Makro- bis zum Mikrobereich. Die Dokumentenauswahl ist im Übergangsbereich zu den Fragestellungen des sozialpolitischen Handlungsbedarfs etwas unscharf. Letztere sind in den beiden breit angelegten Datenbanken besonders ergiebig recherchierbar. Historische und entwicklungspolitische Themen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Insofern ist der Scope auf die sozialpolitische Gestaltung der Industriestaaten begrenzt.

Forschung zur Verbesserung der Lebensbedingungen alter oder behinderter Menschen wird im soFid „Soziale Probleme“ referiert. Auf die Populationen Eingewanderter und Minderheiten gerichtete Sozialpolitik ist im Dienst „ Migration und ethnische Minderheiten“ enthalten.

Erläuterungen zu den Gliederungspunkten:

Der **„allgemeinen Sozialpolitik, den methodologischen und wissenschaftstheoretischen Themen“** ist das erste Kapitel gewidmet. Ihm auch zugeordnet sind übergreifende Fragestellungen (d.h. Titel, die in mehr als einem Kapitel abzubilden wären) und die Geschichte der Disziplin.

Die **„kommunale Sozialpolitik“** ist in einem eigenen Kapitel zusammengefasst. Im einzelnen handelt es sich um die auf kommunaler Ebene stattfindende Sozialplanung, Gesundheitspolitik, Alten- und Jugendpolitik, Beschäftigungs-/Arbeitsmarktpolitik und Wohnungspolitik.

Die Themen zur **„Gestaltung der Arbeitswelt“** sind in zwei Kapitel aufgeteilt. Im ersten sind Politiken zusammengefasst, die auf die Beeinflussung von Arbeitszeit, Arbeitssicherheit, betrieblichem Sozial- und Gesundheitswesen, Partizipation und Mitbestimmung, Tarifwesen und Löhnen etc. angelegt sind. Im Fortsetzungskapitel sind alle den **neuen Technologien** zuzuschreibenden Herausforderungen an die Politik und ihre Mittel insbesondere in den Kontexten der Qualifizierung, der Mitbestimmung, der Rationalisierung und Sozialplanung thematisch eingeordnet.

Das Kapitel zur **„sozialen Sicherung“** spannt den Bogen von den Versicherungsarten Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit bis hin zu den vielfältigen Versorgungsleistungen nicht nur staatlicher Institutionen.

Der Zweig der **„Arbeitsmarktpolitik“** schließt sich mit dem nächsten Kapitel an, das die regionale Arbeitsmarktpolitik integriert. Zur lokalen Arbeitsmarktpolitik sei auf das Kapitel „kommunale Sozialpolitik“ verwiesen.

Heterogene Maßnahmenbereiche umfasst das Kapitel über die **„Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien und Jugendlichen.“** Das Kapitel erstreckt sich auch auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterhin auf Sozialplanung und Jugendhilfe.

Im Kapitel zur **„Gesundheitspolitik“** geht es um die (Aus-) Gestaltung des Gesundheitswesens und insbesondere seiner Dienste, weiterhin um die Strategien von Prävention, Diagnose und Behandlung sowie der medizinischen Rehabilitation, und nicht zuletzt um die Beeinflussung des gesundheitlichen Verhaltens. Siehe dazu auch den soFid „Gesundheitsforschung“.

Das Kapitel **„Weitere Interventionsbereiche wie Einkommensverteilung und Wohnungswesen“** vereint Teilpolitiken und Themen, die eigene Kapitel rein quantitativ nicht begründen können.

Das Kapitel **„Verbände und Organisation sozialpolitischer Maßnahmen“** schließt die sozialpolitischen Aspekte der Selbsthilfe und der ehrenamtlichen Tätigkeit, die Fragen bzgl. der Trägerschaften von Maßnahmen, der Organisation sozialpolitisch aktiver Vereine und Verbände sowie deren Sozialmarketing ein.

Alle auf die EU ausgerichteten sozialpolitischen Themen sind im Kapitel **„Sozialpolitik in der Europäischen Union“** zusammengefasst. Das sind insbesondere Fragen, die eine auf EU-Integration ausgerichtete vergleichende Sozialpolitik zu prüfen hat, das sind Rechtsangleichungen und Konstituierung einer Sozialcharta, weiterhin sind es die Beziehungen zwischen nationaler und europäischer Sozialpolitik sowie die Umsetzungen der Sozialpolitik in nationale Politik, und letztlich sind es die Integrationsfolgen, die z.B. aus der Binnenmarktordnung resultieren. Auch zugeordnet sind hier außerhalb der Integrationsaufgaben stehende Themen nationaler Sozialpolitiken derjenigen EU-Mitgliedsstaaten, für die keine eigenen Kapitel eingerichtet sind. Jedoch befinden sich die Arbeiten zu den sozialpolitischen Entwicklungen der neuen EU-Mitglieder noch im Kapitel „Sozialpolitiken ostmittel- und osteuropäischer Staaten“

Die drei nachfolgenden Kapitel enthalten ohne weitergehende Untergliederung die **Sozialpolitiken Österreichs, der Schweiz und der ostmittel- und osteuropäischen Staaten** (vorläufig noch die neuen EU-Mitgliedsstaaten einschließend).

Ins letzte Kapitel zur **„International vergleichenden Sozialpolitik und Sozialpolitik außereuropäischer Staaten“** sind auch Themen zu den von z.B. UNESCO oder ILO betriebenen supranationalen Politiken integriert.

1 Allgemeine Sozialpolitik, methodologische und wissenschaftstheoretische Themen

[1-L] Aiginger, Karl; Guger, Alois; Leoni, Thomas; Walterskirchen, Ewald:
Reform perspectives on welfare state models in global capitalism, (WIFO Working Papers, 303), Wien 2007, 41 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_303$.PDF)

INHALT: "In the tradition of Esping-Andersen a number of welfare state models have been characterised. In this paper we analyse the economic and social performance of these different welfare regimes on an encompassing empirical basis both in the long run and with respect to their adaptability to the challenges of the last decades. While the differences with regard to growth dynamics had been very small in decades after the World War II (1960-1990), growth rates as well as the employment and social policy records have diverged in the past 15 years. The best performance is revealed for the extreme types of the Scandinavian model and for the liberal Anglo-Saxon model, while the continental model produced low growth and increasing unemployment. The reforms primarily in the Scandinavian countries allow us to delineate elements of a 'New Welfare State Architecture' which on the one hand upholds important characteristics of a European social model, but on the other hand allows welfare states to be competitive in the globalising economy. The vision of such a European socio-economic model could be the redirection of incentives in such a way that the welfare state is able to shift from a burden (increasing costs and lowering flexibility) to a productive force." (author's abstract)

[2-L] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.):
Memorandum 2007: mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit - Demokratische Wirtschaftspolitik statt Aufschwung, (Neue kleine Bibliothek, 119), Köln: PapyRossa Verl.-Ges. 2007, 292 S., ISBN: 978-3-89438-364-0 (Standort: UB Bonn (5)-2007/4411)

INHALT: "Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit mitten in einem konjunkturellen Aufschwung, der aber - wie das Memorandum 2007 zeigt - keinesfalls als Beginn einer längeren Wachstumsphase interpretiert werden darf. Die jüngste Belebung ist ein ganz normales konjunkturelles Phänomen und wenn der Aufschwung nicht durch einen deutlichen Anstieg des privaten Verbrauchs und der staatlichen Nachfrage unterstützt wird, werden die privaten Investitionen erneut einbrechen. Wie eine Steuerreform aussehen müsste, die tatsächlich mehr und bessere Beschäftigung schaffen würde, belegt das Memorandum 2007 in seiner Kritik der jüngsten Unternehmenssteuerreform. Seine weiteren Schwerpunkte sind die Lage in den neuen Bundesländern und Berlin sowie neueste Entwicklungen internationaler Finanzmarktinstrumente (Hedgefonds und Private Equity). Außerdem beschäftigt es sich mit der Frage, ob Bildung ein Patentrezept gegen Armut ist. Abschließend legt es dar, dass die grundsätzliche Alternative zur herrschenden Wirtschaftspolitik in einer demokratisierten Wirtschaft besteht." (Autorenreferat)

[3-L] Armingeon, Klaus:
Kleinstaaten in Weltmärkten: drei Ergänzungen der Katzenstein-These, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 3, S. 297-320 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Kleine Länder sind außenwirtschaftlich verwundbarer als große Länder und deshalb sind sie zur flexiblen Anpassung an weltwirtschaftliche Entwicklungen gezwungen. Dies setzt voraus, dass sie innenpolitisch diese Anpassungsprozesse realisieren können. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Sozialpartnerschaft. Damit ist ein System der innenpolitischen Kompensation für die potenziellen Verlierer der Weltmarktöffnung verbunden. Dies ist der Kern der These, die Peter Katzenstein in seinem bahnbrechenden Werk über 'Kleine Staaten in Weltmärkten' für sieben Länder und den Zeitraum bis Anfang der 1980er Jahre entwickelt hat. In diesem Beitrag zeige ich, dass diese These auch auf die Gegenwart und auf einen größeren Kreis demokratischer Kleinstaaten zutrifft. Freilich müssen drei Ergänzungen gemacht werden: Erstens entwickelt nur ein Teil der kleinen Länder eine wirtschaftlich wirksame Sozialpartnerschaft. Zum zweiten variieren nicht nur die Typen der kleinstaatlichen Korporatismen, sondern auch die Kompensationen viel stärker, als dies Katzensteins Werk nahe legt. Und zum dritten sind heute große wie kleine Staaten außenwirtschaftlich sehr verwundbar; aber die Voraussetzungen für die Einführung oder Beibehaltung einer wirksamen Sozialpartnerschaft sind bedroht." (Autorenreferat)

[4-L] Arndt, Christian:
Auf dem Weg zu Indikatoren der Verwirklichungschancen in Deutschland, in: IAW-Report, Jg. 34/2006, H. 2, S. 1-26 (Standort: USB Köln(38)-XG4669; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird in konzeptioneller und inhaltlicher Hinsicht wesentlich auf aktuellen IAW-Forschungsergebnissen aufbauen. Der Beitrag nimmt dies zum Anlass, um die Zielsetzung und die Ergebnisse der aktuellen IAW-Machbarkeitsstudie zu Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen im Oberblick vorzustellen. Der vom Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen geprägte Begriff der Verwirklichungschancen bringt spezifische Vorteile für die Berichterstattung mit sich und kann bereits heute zumindest näherungsweise operationalisiert werden. Die Beschränkung auf eine umfassende und einheitliche Paneldatengrundlage erlaubt darüber hinaus (1) Mehrfachbelastungen und -privilegierungen, (2) gefährdete und besonders privilegierte Bevölkerungsgruppen sowie (3) Ursachen von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen empirisch geeignet zu ermitteln. Es wird allerdings auch betont, dass das vorgeschlagene Leitindikatorensystem noch unter breiter Beteiligung von Betroffenen, ihrer Verbände sowie von Politik und Wissenschaft weiter diskutiert und auch präzisiert werden muss." (Autorenreferat)

[5-L] Arntz, Melanie; Boeters, Stefan; Gürtzgen, Nicole; Schubert, Stefanie:
Analysing welfare reform in a microsimulation-AGE model: the value of disaggregation, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, No. 06-076), Mannheim 2006, 42 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070813n20.pdf)

INHALT: "We present a combined, consistent microsimulation-AGE model that uses the labour market model PACE-L, data from the German Socio-Economic Panel and a discrete choice labour supply estimation. The model is used to analyse a reform that cuts the social assistance minimum income and lowers the transfer withdrawal rate in order to encourage labour force participation at the lower end of the wage distribution. We compare a disaggregated and an aggregated version of the model as well as a partial and a general equilibrium variant. It turns out that both disaggregation and general equilibrium feedback tend to mitigate the labour supply response to the reform proposal. While some labour supply indicators react quite sensitively to the level of aggregation, most macroeconomic variables are considerably more robust." (author's abstract)

[6-L] Bartelheimer, Peter:
Politik der Teilhabe: ein soziologischer Beipackzettel, (Fachforum: Analysen & Kommentare, No. 1), Berlin 2007, 31 S., ISBN: 978-3-89892-701-7 (Graue Literatur;
URL: http://library.fes.de/pdf-files/do/04655.pdf)

INHALT: "Der Begriff der 'Teilhabe' beginnt in den letzten Jahren zu einem Leitkonzept der wissenschaftlichen und politischen Verständigung über die Zukunft des deutschen Sozialmodells aufzusteigen. Er markiert die Schwelle, deren Unterschreiten öffentliches Handeln und soziale Sicherungsleistungen auslösen soll. In diesem Beitrag wird versucht, die rasche Karriere dieses Worts nachzuvollziehen und zugleich seiner drohenden Überforderung entgegenzuarbeiten. Zunächst soll der Begriff der Teilhabe theoretisch fundiert werden: Wie kann aus einem unbestimmten "guten Wort" eine sozialstaatliche Handlungsperspektive werden, die wissenschaftlicher Überprüfung zugänglich wäre? Ein hinreichend bestimmter Teilhabebegriff zeichnet sich durch fünf Merkmale aus: Er ist historisch relativ, das heißt, Teilhabe ist an die sozioökonomischen Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft gebunden. Er ist mehrdimensional, da sich Teilhabe erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen ergibt. Es sind verschiedene Abstufungen sowie erwünschte und inakzeptable Formen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden. Als dynamisches Konzept ist Teilhabe in zeitlichen Verläufen zu betrachten. Schließlich wird Teilhabe durch handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt und verwirklicht. Vorgestellt wird ein Modell der Teilhabe- und Verwirklichungschancen nach Amartya Sen. Demnach sind die materiellen Ressourcen und Rechtsansprüche unverzichtbare Voraussetzungen, eröffnen aber lediglich die Möglichkeiten von Teilhabe. Diese Möglichkeiten zu realisieren, mithin Verwirklichungschancen wahrzunehmen, verlangt zum einen individuelle Fähigkeiten, zum anderen bestimmte gesellschaftliche Bedingungen (etwa Normen, Infrastrukturen). Das Ziel sozialstaatlicher Intervention besteht hier nicht darin, das Teilhabeergebnis, also individuelle Lebensweisen ('functionings') anzugleichen, sondern Ungleichheit bereits bei den Verwirklichungschancen zu reduzieren. Vier Teilhabeformen können unterschieden werden: Teilhabe über Erwerbsarbeit; Teilhabe in informellen sozialen Nahbeziehungen; Teilhabe durch Rechte; kulturelle Teilhabe. Typische Lebenslagen ergeben sich erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen. Mit der Entwicklung sozialstaatlicher Intervention werden Ansprüche auf Sozialleistungen zu einer eigenständigen Dimension gesellschaftlicher Teilhabe. Im zweiten Teil des Beitrags werden diese konzeptionellen Überlegungen exemplarisch auf das Feld der Arbeitsmarktpolitik angewendet. Wie in einem 'Beipackzettel' wird nicht nur der Inhalt des Teilhabebegriffs möglichst detailliert ausgewiesen - es werden auch mögliche 'Risiken und Nebenwirkungen' seiner unsachgemäßen diskursiven Verwendung aufgeführt.

Die aktuelle politische Konjunktur des Teilhabediskurses in der Bundesrepublik Deutschland fällt mit der Notwendigkeit zusammen, Richtungsentscheidungen über künftige Minimalziele sozialer Sicherung zu treffen. Gegenwärtig werden die sozialen Sicherungssysteme auf das Ziel ausgerichtet, eine Grundversorgung zu leisten und Mindeststandards zu sichern. Der Beitrag zeigt, dass dies kein einfaches, sondern ein höchst anspruchsvolles Ziel ist und dass der Teilhabediskurs Sozialpolitik nicht aus der Verantwortung entlässt, für mehr Gleichheit zu sorgen: Verwirklichungschancen sind an Wahlmöglichkeiten und Teilhabeergebnissen zu messen." (Autorenreferat)

[7-L] Becker, Frans; Duffek, Karl; Mörschel, Tobias (Hrsg.):
Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 215 S., ISBN: 978-3-531-15508-1 (Standort: ULB Münster(6)-MF 3340/84)

INHALT: "Sozialdemokratische Parteien stehen seit langem einer besonderen Schwierigkeit gegenüber: Einerseits sehen sie sich der Herausforderung umfassender Reformen, insbesondere des Sozialstaats gegenüber, andererseits sind sie in besonderer Weise denjenigen Gruppen der Gesellschaft verpflichtet, die von Reformen am meisten betroffen sind. Dabei spielt die Vermittlung in der Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. Dieser Sammelband beleuchtet Beispiele aus europäischen Ländern." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Vivien A. Schmidt: Die Bedeutung des öffentlichen Diskurses für sozialdemokratische Reformvorhaben in Europa (11-40); Peter Robinson: Labour-Regierung und öffentlicher Diskurs in Großbritannien (41-52); Thomas Meyer: Nachzügler Deutschland - der fehlende Diskurs über die Neuausrichtung des Sozialstaates (53-64); Margarete Hasel, Herbert Hönigsberger: Schröder verstehen - Kanzlerstrategie und Kanzlerkommunikation (65-112); Frans Becker, Rene Cuperus: Sehnsucht nach dem Wohlfahrtsstaat - 30 Jahre Reformpolitik in den Niederlanden (113-131); Paolo Borioni: Öffentlicher Diskurs und reformistische Kultur in Italien (132-143); Georgi Karasimeonov: Postkommunistische Sozialdemokratie zwischen traditionellen Werten und neuen Gegebenheiten (144-148); Roby Nathanson "Brot und Kugeln" - die Rolle der Linken im policy-Diskurs in Israel (149-161); Christoph 0. Meyer: Europäisierung öffentlicher Diskurse - Wunschdenken oderWirklichkeit (162-177); Stephen Day: Die Sozialdemokratische Partei Europas - transnationale Bestrebungen, nationale Realitäten (178-207); Emma Reynolds: Ist die Struktur der europäischen Parteien ein unüberwindliches Hindernis für einen effektiven Diskurs? (208-214).

[8-L] Beier, Angelika; Eicker-Wolf, Kai; Körzell, Stefan; Truger, Achim (Hrsg.):
Investieren, sanieren, reformieren?: die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, Marburg: Metropolis-Verl. 2006, 284 S., ISBN: 3-89518-569-8

INHALT: "'Ein Dreiklang aus investieren, sanieren, reformieren' - unter dieses Motto, das wohl bewusst auf die Grundlagen der Harmonielehre anspielt, hat die Bundesregierung Merkel ihre wirtschaftspolitische Strategie in der laufenden Legislaturperiode gestellt. Kanzlerin Angela Merkel spricht dabei von einer 'Politik der kleinen Schritte'-Projekte von großer Tragweite stellt die Koalition aus CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag mithin nicht in Aussicht. Welche Richtung diese 'kleinen Schritte' auf den wichtigsten Politikfeldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik einschlagen, wie sie begründet und zu bewerten sind, untersuchen die Beiträge des Sammelbandes. Dabei beleuchten die Aufsätze auch die Politik der Vorgän-

gerregierung unter Gerhard Schröder." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Truger, Achim; Eicker-Wolf, Kai: Volles Risiko zur makroökonomischen Politik der großen Koalition (13-60); Heintze, Cornelia: Staat als Partner - deutsche wohlfahrtsstaatliche Perspektiven im Lichte skandinavischer Erfahrungen (61-85); Eißel, Dieter: Verteilungspolitik, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftskrise (87-109); Satilmis, Ayla: Auf dem Prüfstand: Niedriglöhne - Kombilöhne - Mindestlöhne. Kritische Anmerkungen zur aktuellen beschäftigungspolitischen Diskussion (111-145); Fischer, Joachim: Sachzwang oder Mythos - über die Folgen der demographischen Entwicklung in Deutschland (147-173); Auth; Diana: Von der rot-grünen Regierung zur Großen Koalition - konstante Rentenpolitik (175-196); Gerlinger, Thomas: Paradigmenwechsel in der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung - Gesundheitspolitik der großen Koalition (197-218); Bröhling, Rüdiger; Wehrheim, Melanie: Perspektiven der Pflegeversicherung: Kapitaldeckung oder solidarische Finanzierung der Pflegebedürftigkeit? (219-256); Thöne, Ulrich: Bildung - die soziale Frage des 21. Jahrhunderts (257-281).

[9-L] Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):
Demographiemonitor: Bd. 1, Indikatoren-Katalog des demographischen Wandels. Bd. 2, Handlungsoptionen im demographischen Wandel, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2006, 392, 269 S., ISBN: 3-89204-891-6

INHALT: "Die demographische Entwicklung stellt die wohl größte Herausforderung für die Steuerungsfähigkeit unseres politischen Systems dar. Notwendige Bedingung für den erfolgreichen Umgang mit den Auswirkungen dieser Entwicklung ist Transparenz der Folgen von Alterung und Schrumpfung. Hierzu hat die 'Aktion Demographischer Wandel' der Bertelsmann Stiftung für die Ebene des Bundes und der Länder einen Indikatoren-Katalog erarbeitet, der alle demographierelevanten Themenfelder abdeckt (soziale Sicherungssysteme, ökonomischer Wohlstand, soziale Stabilität, Humankapitalbildung, Familiengründung, Zuwanderung etc.). Im ersten Band des Demographiemonitors werden mithilfe von 59 Indikatoren die demographierelevanten Entwicklungen in den Jahren 1991 bis 2004 für alle Bundesländer in verschiedenen Themenfeldern abgebildet. Die Qualität der Trends in den Bundesländern wird mit einer Ampelsystematik bewertet. Ziel ist die Erarbeitung einer Landkarte der Handlungsbedarfe. Der zweite Band des Demographiemonitors stellt Handlungsoptionen für den Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung vor. Die Lösungsansätze orientieren sich an den Ober- und Teilzielen des Indikatoren-Katalogs aus dem ersten Band und sind von ausgewiesenen Experten der jeweiligen Politikfelder verfasst worden. Abgerundet werden die Ausführungen durch eine zusammenfassende Agenda 2050, in der neben den wichtigsten Maßnahmen auch eine Blaupause für die idealtypische Umsetzung der Handlungsoptionen skizziert wird." (Autorenreferat)

[10-L] Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.):
Die Reform des Sozialstaats zwischen Freiheitlichkeit und Solidarität, (Neue Staatswissenschaften, Bd. 5), Tübingen: Mohr Siebeck 2007, 247 S., ISBN: 978-3-16-149210-5

INHALT: "Das System der sozialen Sicherheit ist eine der größten kulturellen Errungenschaften der deutschen Politik. Es hat zwar eine wenig planvolle, dafür aber erstaunlich kontinuierliche Entwicklung genommen. Bis heute ist es leistungs- und finanzierungsseitig von der Sozialversicherung und über sie von der Solidargemeinschaft der Beitragszahler geprägt. Die

Verbindung von Versicherungsprinzip und sozialem Ausgleich weist jedoch zunehmend Leistungs-, Finanzierungs- und Gerechtigkeitsprobleme auf. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Art und berühren die Struktur der sozialen Sicherungssysteme: Der demographische Wandel, die veränderte Arbeitswelt und die anhaltende Arbeitslosigkeit sind Auslöser eines tief greifenden Umbruchs. Angesichts dieser Entwicklungen gehört die Forderung nach einem Umbau des Sozialstaats zum Grundrepertoire der Sozialpolitik, was sich auch in den Reformmodellen verschiedener Kommissionen zeigt. So verschieden die Grundausrichtung der einzelnen Reformansätze auch ist, sie alle versuchen, das Verhältnis von Freiheitlichkeit und Solidarität neu zu justieren. Unter diesem Leitgedanken stehen auch die Beiträge des Bandes. Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschafter sowie Vertreter der Sozialverwaltung diskutieren die Anforderungen an die unabweisbare Neuorganisation der sozialen Sicherungssysteme, erörtern die notwendigen Änderungen der Finanz- und Organisationsstrukturen und analysieren die Modelle für eine Reform der Alterssicherung, Arbeitsförderung sowie Krankenversicherung." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Eberhard Eichenhofer: Reform sozialer Sicherheit - von der Verteilungs- zur Teilhabegerechtigkeit (1-22); Rainer Pitschas: Sozialer Bundesstaat und Föderalismusreform (23-56); Winfried Schmähl: Aufgabenadäquate Finanzierung der Sozialversicherung durch Beiträge und Steuern. Begründungen und Wirkungen eines Abbaus der 'Fehlfinanzierung' in Deutschland (57-85); Ulrich Walwei: Arbeit der Zukunft und Zukunft der Arbeitsmarktpolitik (87-115); Stefan Felder, Volker Ulrich: Optionen für eine Finanzierungsreform der gesetzlichen Krankenversicherung (117-138); Mattias G. Fischer: Das Sachleistungsprinzip der GKV. Entstehung, Funktionen, Zukunft (139-164); Herbert Rische: Alterssicherung im Spannungsfeld zwischen öffentlicher und privater Vorsorge (165-182); Christian Seiler: Die Familie im sozialstaatlichen Transfersystem. Grundlagen, Befund und Reformerwägungen (183-207); Frank Brünner: Die Rolle freier Träger angesichts der Ökonomisierung sozialer Dienste (209-223); Gerhard Kruip: Soziale Gerechtigkeit in der christlichen Soziallehre (225-242).

[11-L] Bogai, Dieter:
Bestimmung von Rechten und Pflichten im aktivierenden Sozialstaat, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 9/10, S. 236-243 (Standort: USB Köln (38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In diesem Beitrag werden die normativen Grundlagen des aktivierenden Sozialstaates im Allgemeinen und die der Arbeitsmarktpolitik im Besonderen erörtert. Grundfragen ökonomischer Normen und der sozialen Gerechtigkeit stehen am Anfang. Wegen des Fehlens einer verbindlichen normativen Hintergrundtheorie des Sozialstaates werden verschiedene Normenbegründungen vorgestellt. Für die Begründung sozialer Rechte werden der kontraktanalytische Ansatz von Rawls und der der Befähigungsrechte von Sen geprüft. Letzterer bezieht sich auf das Funktionenargument von Aristoteles. Dieser dient zur Ableitung von individuellen Rechten und Pflichten in einem arbeitsgesellschaftlichen Kontext. Schließlich wird eine Form der reflexiven Aktivierung von erwerbsfähigen Personen mit Vorrang der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt begründet, die unterschiedliche Fähigkeiten und Partizipationsmöglichkeiten berücksichtigt." (Autorenreferat)

[12-L] Bothfeld, Silke:
Die Entwicklung der sozialen Staatsbürgerschaft als Reformweg für den deutschen Sozialstaat, in: Clarissa Rudolph, Renate Niekant (Hrsg.): Hartz IV : Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 26-45, ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Der Formwandel des deutschen Wohlfahrtsstaates durch die Arbeitsmarktreformen leitet tief greifende Veränderungen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit ein, die nicht nur das staatliche Sicherungssystem erfassen, sondern sich auch auf das Selbstverständnis der Bürgerinnen als Sozialbürgerinnen auswirken. Diese Veränderungen beschreibt Silke Bothfeld mit dem Konzept der sozialen Staatsbürgerschaft als einem analytischen Konzept. So können aus der Perspektive des Individuums die Folgen der Veränderungen 'besonders auch im Hinblick auf die soziale und politische Teilhabe sowie die Einstellungen der Bürgerinnen - und damit die demokratische Funktion von Sozialpolitik' thematisiert werden. In Deutschland ist eine inkonsistente Übertragung des Konzepts des aktivierenden Sozialstaates zu beobachten. Die Arbeitsmarktreformen führen zu einem Bruch 'mit den bisherigen institutionell verankerten Erwartungsstrukturen der Bevölkerung'. Es sei kein neuer gemeinsamer normativer Bezugspunkt bereitgestellt und kein neuer sozialer Konsens herbeigeführt worden. Die sich daran anschließende Bewertung der Hartz IV-Reformen geht über die bloße Analyse des veränderten Leistungssystems hinaus: erstens sei eine indirekte Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse zu beobachten, die die Erosion der Normalarbeitsverhältnisses vorantreibe; zweitens führe ein Prozess der Re-Kommodifizierung zu einem verstärkten Druck 'auf die Erwerbsbürgerinnen zur Verwertung ihrer Arbeitskraft' und zu einer Spaltung zwischen Kurzzeit- und Langzeitarbeitslosen, was die Verunsicherung und das Gefühl sozialen Abstiegs bei letzteren beträchtlich vertiefe und bei den Beschäftigten die Bereitschaft zu Solidarität vermutlich sinken lassen werde. Drittens änderten sich die Zugangskriterien: anstelle der Statusorientierung trete die Beurteilung von bestimmten Lebenssituationen oder bestimmten individuellen Verhaltenweisen. Die Kontrolle der Einkommens-und Vermögenssituation werde verbunden mit einer zunehmenden Androhung von Sanktionen. Kooperationsbereitschaft werde geprüft, gleichzeitig seien die Möglichkeiten der Mitgestaltung bei z.B. der Eingliederungsvereinbarung beschränkt und damit auch das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen in einem sich doch demokratisch verstehen wollenden Sozialstaat." (Autorenreferat)

[13-L] Brettschneider, Antonio:
Jenseits von Leistung und Bedarf: zur Systematisierung sozialpolitischer Gerechtigkeitsdiskurse, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 4, S. 365-389 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im vorliegenden Beitrag werden auf der Basis einer zweidimensionalen Konzeption des Werteraums sozialer Gerechtigkeit einige zentrale Entwicklungstendenzen des sozialpolitischen Gerechtigkeitsdiskurses der letzten Jahre rekonstruiert und analysiert. Dabei zeigt sich, dass die politische Grundkontroverse zwischen 'Sozialstaatlichkeit' und 'Marktfreiheit'; welche den Diskurs lange geragt hat, im Zuge des Bedeutungszuwachses intergenerativer Gerechtigkeitsfragen und 'neuer' sozialer Risiken an Bedeutung und Beschreibungskraft verloren hat. Der zentrale sozialpolitische Konflikt der nächsten Jahre wird sich nicht unmittelbar um Verteilungsfragen, sondern vielmehr um die politisch zu definierenden Kriterien und Bedingungen individueller gesellschaftlicher Teilhabe drehen." (Autorenreferat).

[14-F] Brinkmann, Ulrich, Dr.; Behr, Michael, Dr.; Holst, Hajo, Dipl.-Pol.; Röttger, Bernd, Dr.; Candeias, Mario, Dr. (Bearbeitung); Dörre, Klaus, Prof.Dr. (Leitung):
Die neue Landnahme

INHALT: Das Theorieprojekt zielt darauf, verschiedene empirisch ausgerichete Forschungsstränge der Jenaer Forschergruppe theoretisch zu synthetisieren. Die Leithypothese des Vorhabens lautet, dass sich die kapitalistische Entwicklungsdynamik seit den 1970 Jahren als "neue Landnahme" deuten lässt. Der Begriff der Landnahme stammt ursprünglich von Rosa Luxemburg (1975/1913), die mit seiner Hilfe kapitalistische Entwicklung als Okkupation zuvor nichtkapitalistischer Territorien und Milieus analysierte. Luxemburg betrachtet die Möglichkeit einer inneren Landnahme als blockiert (kritisch: Harvey: 2005: 136) und leitete daraus einen nach außen gerichteten imperialistischen Expansionsdrang ab. Viele Jahrzehnte später hat Burkhard Lutz (1984) das Landnahme-Paradigma in einer kritischen Reaktualisierung der Luxem-burgschen Argumentation dann als einen primär nach innen gerichteten Prozess des "Aufsaugens" eines industriell-ländlichen Arbeitsmarktdualismus beschrieben. Der zeitgenössische Finanzmarkt-Kapitalismus setzt nun eine Landnahme völlig anderen Typs in Gang. Die Ära des fordistischen Kapitalismus war nicht nur mit aufwendigen raumzeitlichen und technologischen "Fixierungen" (Harvey 2005), mit Investitionen in langfristige Projekte, Bildung, Forschung und Infrastruktur verbunden. Faktisch bedeutet diese raum-zeitliche Verschiebung von Rückflüssen in den Kapitalkreislauf auch, dass eine immer größere Menge an Reproduktions- und relationaler, auf die Gestaltung von sozialen Beziehungen gerichteter Arbeit (Bologna 2005) nötig wurde, um bezahlte Produktionsarbeit in Wert zu setzen. In der Folge bildeten sich gemischte Wirtschaften mit unterschiedlichen Sektoren heraus, in der die gewinnorientierten und öffentlichen Bereiche auf national unterschiedliche Weise mit einem Non-Profit-Sektor, der Hauswirtschaft sowie einer informellen, häufig illegalen Wirtschaft (Gubitzer 1999, 2006) kombiniert wurden.

METHODE: Die neue Landnahme läuft nun darauf hinaus, finanzmarktkapitalistische Produktions- und Tauschnormen zu nutzen, um die raumzeitlichen, technologischen und politisch-infrastrukturellen "Fixierungen" der fordistischen Ära aufzulösen und sie durch eine finanzkapitalistische "Fixierung" zu ersetzen. In den Außenbeziehungen nationaler Kapitalismen mündet das finanzkapitalistische Regime in eine Konkurrenz unterschiedlich ausgeprägter Regulationstypen, etwa zwischen kapitalmarktorientierten westlichen und stärker produktionszentrierten asiatischen Kapitalismen (Gabriel 2006). Nach innen zielt die neue Landnahme auf die Anpassung der gewinnorientierten Exportwirtschaft an das finanzmarktgetriebene Regime (Chesnais 2004, Lordon 2003). Das geschieht über kapitalmarktorientierte Formen der Unternehmenssteuerung (Höpner 2003), die Führung dezentraler Einheiten mittels Gewinnvorgaben und die Realisierung von Produktionsmodellen, die wegen knapper Zeit-, Personal- und Materialpuffer auf eine flexible Arbeitskraftnutzung angewiesen sind (Brinkmann/ Dörre 2005). Darüber hinaus beinhaltet die neue Landnahme aber auch eine Übertragung von Normen und Funktionsprinzipien des weltmarkt- und gewinnorientierten Bereichs auf alle anderen Sektoren. Wichtigste Hebel sind die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Anwendung markzentrierter Managementprinzipien im öffentlichen und Non-Profit-Sektor sowie die Beschneidung von Sozialeigentum durch rekommodifizierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken. Das Vorhaben zielt auf einen historisch angelegten Theorievergleich verschiedener Formen kapitalistischer Landnahme. In einem ersten Schritt sollen grundlegende Arbeiten von u.a. Marx, Luxemburg, Arendt, Harvey u.a.) vergleichend analysiert werden. Parallel dazu werden verschiedene formen der "Marktgrenzenverschiebung" (Brinkmann 2003) analysiert, um Möglichkeiten einer politischen Steuerung von Landnahmeprozessen auszuloten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brinkmann, Ulrich; Krenn, Karoline; Schief, Sebastian (Hrsg.): Endspiel des Kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des markzentrierten Paradigmas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006.
ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2011-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie (07737 Jena)
KONTAKT: Leiter (Tel. 03641-945521, e-mail: Klaus.Doerre@uni-jena.de)

[15-L] Brumlik, Micha:
Soll ich je zum Augenblicke sagen ...: das Glück: ein beseligender Augenblick oder erfülltes Leben?, in: Jost Halfmann, Johannes Rohbeck (Hrsg.): Zwei Kulturen der Wissenschaft - revisited, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2007, S. 81-96, ISBN: 978-3-938808-31-3

INHALT: Für den "jungkonservativen" Historiker Paul Nolte füllt die Metapher von den "neuen Unterschichten" "jenen charakteristischen Raum in den zerklüfteten Tälern der Erwerbsgesellschaft, der sich in der Krise der familiensichernden Vollzeitarbeit herausgebildet hat: zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit, zwischen Teilzeitarbeit und Sozialhilfe, zwischen Schwarzarbeit und frustriertem Totalrückzug, auch: zwischen völliger Entpolitisierung und Anfälligkeit für den Populismus". Noltes sozialstrukturelle Analyse läuft für den Autor des vorliegenden Beitrags auf eine "kultursoziologische Pointe" hinaus, auf die Behauptung nämlich, dass die beobachteten Formen materieller Deprivation letztlich auf fehlende kulturelle Ressourcen zurückzuführen sind. Diese Form der Analyse legt die Therapie nahe: Dort, wo es nicht um weitere Umverteilung von Geld, sondern um die mittel- und langfristige Änderung einer Kultur, also von Haltungen, Einstellungen und symbolisch artikulierten Lebensentwürfen geht, hat die Politik ihr Recht verloren und die Pädagogik als Praxis der Veränderung von Bildungs- und Aneignungsprozessen an Boden gewonnen. Auch die Sozialarbeit hat sich damit von der lange Jahre betriebenen sozialpolitischen Ausrichtung wieder zurück auf eine im engeren Sinne sozialpädagogische Orientierung (Fordern und Fördern) und im Sinne der Maxime "Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" zu besinnen. (ICA2)

[16-L] Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf:
Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 298 S., ISBN: 978-3-531 -15185-4

INHALT: Das neoliberale Denken ist mittlerweile in fast alle Lebensbereiche eingedrungen und seine Hegemonie, d.h. die öffentliche Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, ist nur schwer zu durchbrechen. Dennoch regt sich immer häufiger Protest, weil die innere Widersprüchlichkeit des Neoliberalismus klarer zutage tritt und seine negativen Konsequenzen für die Gesellschaft, den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie inzwischen unübersehbar sind. Im vorliegenden Band werden die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus dargestellt und die wichtigsten Denkrichtungen analysiert. Weitere Themenschwerpunkte sind die Maßnahmen von Privatisierung und Liberalisierung als Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors, die Rechtfertigung und die Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik sowie die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. Das Buch richtet sich nicht nur an ein Fachpublikum, sondern auch an politisch Interessierte, die an einer kritischen Einführung

in den Neoliberalismus, überzeugenden Gegenargumenten und alternativen Denkansätzen interessiert sind. (ICI2)

[17-L] Butterwegge, Christoph:
Peter und Gustav Hartz: zwei Reformer im Kampf gegen den Sozialstaat, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 1/2, S. 14-19 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Name von Peter Hartz, dem ehemaligen Personalvorstand des VW-Konzerns, Leiter der Kommission 'Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' und Miturheber der nach ihm benannten vier Gesetze (Hartz I-IV), steht für die aktuellen Arbeitsmarktreformen. Der Beitrag befasst sich mit dem Namensvetter Gustav Hartz und seiner Rolle als geistiger Vorläufer und Pionier entsprechender Reformpläne in der Zeit der Weimarer Republik. Gustav Hartz gehörte der DNVP an, war 1924 einige Monate Reichstagsabgeordneter und veröffentlichte 1928 sein Hauptwerk 'Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit', dessen Inhalt und Argumentationsstränge referiert werden. Der Ansatz von Gustav Hartz wird auch heute noch von 'neoliberalen Kritikern des Sozialstaats' geteilt. Angesichts der 'eher kuriosen Namensgleichheit' arbeitet der Beitrag die Unterschiede zwischen der Gegenwart und den Zuständen der Weimarer Republik heraus. Ohne die labilen ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in der Bundesrepublik gleichzusetzen, konstatiert der Autor überraschende Parallelen, aber auch eine Kontinuität hinsichtlich des Kampfes mächtiger Interessengruppen gegen die angeblich zu hohen Sozialleistungen und den Wohlfahrtsstaat. Auch die von Experten, Verbänden und Politikern unterbreiteten Vorschläge zur Überwindung der Beschäftigungskrise und zur Lösung der Finanzierungsprobleme des sozialen Sicherungssystems ähnelten sich. Er warnt davor, dass der Sozialstaat Schritt für Schritt demontiert und mit ihm letztlich auch die Demokratie zugrunde gerichtet wird. (IAB)

[18-L] Butterwegge, Christoph:
Die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat und der Legitimationsverlust des Sozialen, in: Gregor Hensen (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe : Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit, Weinheim: Juventa Verl., 2006, S. 11-24, ISBN: 978-3-7799-1767-0 (Standort: UB Duisburg-Essen(464)-IAZ4356)

INHALT: Der Verfasser untersucht die neoliberale Kernthese, derzufolge der Wohlfahrtsstaat die Freiheit des (Wirtschafts-) Bürgers und das demokratische Regierungssystem gefährde, die auf Friedrich August von Hayek und seine Schrift "Der Weg zur Knechtschaft" zurückgeht. Es wird gezeigt, dass - gleichermaßen gegen den Kommunismus und den Nationalsozialismus gerichtet - dieses Buch eine Art wirtschafts- und sozialpolitischer Totalitarismustheorie begründet, die freien Markt und Demokratie in einen strukturellen Kausalzusammenhang miteinander bringt. Wer die Ökonomie verabsolutiert, negiert die Politik und die repräsentative Demokratie, die Mehrheitsentscheidungen zum Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse macht, nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln. Dabei verwechselt die neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik Ursache und Wirkung, indem sie das angebliche Übermaß sozialer Sicherheit zum Krisenauslöser erklärt. Es verhält sich nämlich genau umgekehrt: Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen untergraben das Fundament des sozialen

Sicherungssystems. Je weniger Menschen noch einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz haben und je stärker ihr Lohn- bzw. Einkommensniveau, bedingt durch die nachlassende Kampfkraft der Gewerkschaften, unter Druck gesetzt wird, umso niedriger fallen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung aus, während erheblich mehr Versicherte häufiger Gebrauch von deren Leistungszusagen machen müssen. Der Autor analysiert die populäre Kritik des Neoliberalismus am Sozialstaat und deren Auswirkungen auf das Massenbewusstsein. Bezug nehmend auf empirische Studien wird die These vertreten, dass neoliberale Ideologien und Reformprogramme keine Unterstützung in der Bevölkerung genießen. (ICG2)

[19-L] Butterwegge, Christoph:
Legendenbildung zur Bevölkerungsentwicklung: wie die Demografie den Um- bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates und die Privatisierung sozialer Risiken rechtfertigt, in: Matthias Bohnet, Henning Hopf, Klaus Lompe, Herbert Oberbeck (Hrsg.): Wohin steuert die Bundesrepublik? : einige Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 43-68, ISBN: 978-3-631-55763-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5415)

INHALT: Argumentationsmuster zur Begründung eines angeblich notwendigen Umbaus des Sozialstaates bieten Stereotype der Alternativlosigkeit: Generöse Leistungen, massenhafter Missbrauch, Standortschwäche und demographischer Wandel. Die demographische Entwicklung wird im öffentlichen Diskurs zu sozialpolitischer Demagogie missbraucht, die Forderung nach Generationengerechtigkeit ist ein politischer Kampfbegriff für neoliberale Gesellschaftspolitik. Nicht der "Kampf zwischen den Generationen" ist Realität, sondern die wachsende Ungleichheit innerhalb der Generationen. Den sozialen Sicherungssystemen fehlt es nicht an Kindern, sondern an Beitragszahlern. Aus neoliberaler Perspektive erscheint die demographische Entwicklung als ökonomisches Problem, das durch Geburtenförderung, Humankapitalbildung sowie die Mobilisierung von Innovationskraft und Beschäftigungspotenzialen gelöst werden muss. Neben dem Sozialstaat gefährdet die Instrumentalisierung der Demographie auch die Demokratie und die Gleichstellung der Geschlechter. (ICE2)

[20-F] Conrads, Ralph, Dr. (Bearbeitung):
Verbundvorhaben "Bericht zur sozialen Lage in Bayern": Erster Bayerischer Sozialbericht

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bayern
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Freistaat Bayern Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
INSTITUTION: Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH -INIFES- (Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0731-1591866 o. 0821-243694-0, Fax: 0821-432531, e-mail: conrads@inifes.de)

[21-L] Dahme, Heinz Jürgen; Wohlfahrt, Norbert:
Aporien staatlicher Aktivierungsstrategien: Engagementpolitik im Kontext von Wettbewerb, Sozialinvestition und instrumenteller Governance, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 2, S. 27-39

INHALT: "Die Autoren beobachten eine Ökonomisierung des 3. Sektors, die mit der derzeitigen Fixierung auf Angebotspolitik und dem stetigen Zwang zur Haushaltskonsolidierung einhergeht. Die Zivilgesellschaft wird von der Politik als ökonomische Ressource und politische Steuerungsgröße entdeckt, die in den Um- und Abbau des Sozialstaates einbezogen wird. Damit aber werden zivilgesellschaftliche Organisationen und vor allem die frei-gemeinnützigen Träger der sozialen Dienste in eine ungewisse Zukunft entlassen, denn durch den wirtschaftlichen Druck, dem sie mehr und mehr ausgesetzt sind, laufen sie Gefahr, ihre genuin zivilgesellschaftlichen Funktionen zu verlieren. Mit seiner derzeitigen Strategie gibt der Staat vor, die Zivilgesellschaft mehr fördern zu wollen, trägt aber im Gegenteil zu ihrer Zerstörung bei." (Autorenreferat)

[22-L] Dobner, Petra:
Neue soziale Frage und Sozialpolitik, (Lehrbuch), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 158 S., ISBN: 978-3-531-15241-7 (Standort: LB Koblenz(929)-630/2007/3445)

INHALT: "'Neue Soziale Frage und Sozialpolitik' führt knapp und verständlich in die aktuelle Diskussion um die Reform des deutschen Sozialstaates ein. Der Band erläutert in sechs Kapiteln zunächst die Gründe, warum eine aktive und verantwortliche Beteiligung der Bürger an der gegenwärtigen Debatte gefordert ist, warum der Sozialstaat 'alle angeht'. Begrifflich und historisch werden sodann Konzepte sozialer Gerechtigkeit, Definitionen und Umgang mit Armut sowie die Hintergründe und Konturen der deutschen Sozialstaatsentstehung skizziert. Die Gegenwart des Sozialstaates wird auf neuestem Stand anhand der großen Reformwerke der Sozialversicherungssysteme zunächst dargestellt und abschließend kritisch kommentiert." (Autorenreferat)

[23-L] Eckstein, Christiane; Filipovic, Alexander; Oostenryck, Klaus (Hrsg.):
Beteiligung - Inklusion - Integration: sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft, (Forum Sozialethik, Bd. 5), (16. Forum Sozialethik "Beteiligung - Inklusion - Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft", 2006, Dortmund), Münster: Aschendorff 2007, 228 S., ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: "Die Erfahrung, von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen abgeschnitten und ausgegrenzt zu sein, ist bei immer mehr Menschen zu beobachten. Diese Entwicklung stellt eine politische Herausforderung dar: Die Einbindung der Menschen in die gesellschaftlichen Verhältnisse wird zunehmend schwieriger. Die Ermöglichung der Teilhabe und Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft erscheint als eine entscheidende politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Beteiligung, Inklusion und Integration sind Begriffe, die auf diese Phänomene sowohl in beschreibender als auch in normativer Hinsicht "reagieren". Auf diese Weise stellen sie geeignete Erkenntnisinstrumente für sozialethische Probleme der modernen Gesellschaft dar. Die Bedeutung dieser Konzepte für das christlich-sozialethische Denken im interdisziplinären Kontext herauszuarbeiten und an konkreten Beispielen zu verdeutlichen, ist Ziel des vorliegenden Bandes." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christiane Eckstein, Alexander Filipovic, Klaus Oostenryck: Zur Einführung: Beteiligung, Inklusion, Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft (7-12); Jochen Sautermeister: Exklusion und soziale Identität (13-27); Alexander Filipovic: Beteiligungsgerechtigkeit als (christlich-)sozialethische Antwort auf Probleme mo-

derner Gesellschaften (29-40); Axel Bohmeyer: Gesellschaftliche Integration im Modus sozialer Anerkennung (41-52); Katja Winkler: Befähigung zur Beteiligung - Befähigung durch Beteiligung. Beteiligungsgerechtigkeit nach Martha Nussbaums Capabilities approach (53-67); Christof Breitsameter: Inklusion als Problem (69-82); Armin Schneider: Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungen. Neue Erfordernisse in einer globalisierten Marktwirtschaft (83-98); Edeltraud Koller: Der Stellenwert von Integration und Inklusion für das wirtschaftsethische Denken (99-112); Thomas Wienhardt: Beteiligung: Impuls zu einer sozialethischen Begriffserweiterung durch das Konzept "Soziales Kapital" (113-126); Maria Katharina Moser: Inklusion und Integration durch Grundeinkommen? (127-140); Christof Mandry: Recht auf Bildung und soziale Beteiligung. Korrespondiert dem Recht auf Bildung eine Pflicht zur Bildung? (141-155); Axel Bernd Kunze: Beteiligung bedarf der Befähigung. Zur Frage nach einer Pflicht zur Bildung (157-170); Sabine Schäper: Von der 'Integration' zur 'Inklusion'? Diskursive Strategien um den gesellschaftlichen Ort der Anderen im 'Grenzfall' schwerer Behinderung (171-187); Andreas Fisch: Inklusion von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Lässt sich ein Recht auf Legalisierung für bestimmte 'Statuslose' begründen? (189-202); Christoph Baumgartner: Inklusion und Meinungsfreiheit. Sozialethische Probleme indirekter religionsbezogener Kränkungen und Beleidigungen (203-219).

[24-L] Eger, Thomas (Hrsg.):
Voraussetzungen für grundlegende institutionelle Reformen, (Schriften des Vereins für Socialpolitik , Neue Folge, 310), Berlin: Duncker & Humblot 2006, 266 S., ISBN: 3-428-12062-0

INHALT: Aus Sicht der Ökonomen, die Beiträge zu diesem Sammelband geliefert haben, besteht weitgehender Konsens über die Notwendigkeit grundlegender institutioneller Reformen, um Probleme in verschiedenen Politikfeldern wie z. B. der Arbeitsmarkt- oder Gesundheitspolitik lösen zu können. Da in der Wahrnehmung der Wirtschaftswissenschaftler den politischen Repräsentanten die angemahnten Reformen bisher nicht gelungen sind, kreisen die Beiträge um die Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit grundlegende Reformen durchgeführt werden. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Thomas Egel: Einleitung (9-14); Helmut Leipold: Grundlegende Institutionenreformen im Spannungsverhältnis zwischen ideellen und materiellen Einflussfaktoren (15-48); Korreferat von Hans G. Nutzinger (49-54); Philipp J. H. Schnöder: Reformverzögerung: Eine Theorie und drei Beispiele (55-72); Korreferat von Thomas Apolte (73-76); Lars P. Feld und Jan Schnellenhach: Demokratische Strukturen und Einbindung in internationale Netze als Voraussetzung für politische Reformen (77-114); Korreferat von Martin Leschke (115-118); Uwe Vollmet: Wirtschaftsreformen, fiskalische Konsolidierung und Konjunkturverlauf (119-146); Korreferat von Jens Hölschet (147-148); Carsten Herrnzann-Pillath: Die WTO: ein internationaler Markt für Marktzutrittsrechte. Institutionenökonomische Grundlagen und Implikationen für die Politikanalyse (149-188); Korreferat von Stefan Voigt (189-192); Wolfram Schrettl: Die Europäische Union als Reformkraft im 'Größeren Europa' (193-206); Korreferat von Margot Schüller (207-210); Paul J. J. Welfens: Instabilitäten und Wachstumsschwäche in Euroland: Institutionelle Aspekte und Perspektiven der Neuen Politischen Ökonomie (211-254); Korreferat von Herbert Brücken (255-264).

[25-L] Evers, Adalbert:
Dabei sein ist alles?: wie die Bürgergesellschaft Eingang in Politik und Sozialstaat findet, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 2, S. 48-54

INHALT: "Mit Blick darauf, welche Rolle der Bürgergesellschaft in verschiedenen Politikfeldern zukommt, konstatiert der Verfasser, dass es bislang nicht gelungen ist, der Bürgergesellschaft Eingang in Politik und in die Institutionen des Sozialstaates zu verschaffen. Dies wird sich kaum ändern, solange die bürgergesellschaftliche Perspektive in einem entpolitisierten öffentlichen Diskurs auf Fragen der Ausweitung des individuellen ehrenamtlichen Engagements beschränkt bleibt, Bürgergesellschaft gleichsam auf eine Wohltätigkeitsveranstaltung reduziert wird ('Bürgergesellschaft light'). Stattdessen müssen der Bürgergesellschaft jenseits ihrer sozialstaatlich kompensatorischen Funktion Räume geschaffen werden, neue Formen des Regierens und Verwaltens unter Berücksichtigung der sozialer Einbettung (sozial)staatlicher Institutionen erprobt werden, muss in Mitverantwortung der Bürgergesellschaft auch ihre Eigenständigkeit gewahrt bleiben." (Autorenreferat)

[26-L] Fahrholz, Christian H.; Schneider, Gerald:
Abstimmung am Rentenmarkt: die unterschiedlichen Effekte von politischen Institutionen auf staatliche Kreditrisiken, in: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.): Staat und Gesellschaft - fähig zur Reform? : 23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 181-192, ISBN: 978-3-8329-3007-3

INHALT: "In diesem Aufsatz untersuchen wir, welche finanzielle Kosten und Risiken entstehen, wenn Staaten wohlfahrtsstaatliche Reformen durchführen oder diese verzögern. In diesem Kontext versuchen wir auch zu ermitteln, wie politische Institutionen diese Wirkungen der Sozialpolitik beeinflussen. Die Analyse legt ihr Augenmerk auf die länderspezifischen Kreditausfallrisiken, die die Erwartungen von Finanzmarktteilnehmern bzw. -investoren hinsichtlich einer angemessenen öffentlichen Verwendung kreditfinanzierter Ressourcen widerspiegeln. Dieses spezielle Kreditrisiko erfasst, wie die Finanzmärkte die Fähigkeit eines staatlichen Schuldners wahrnehmen, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, die er in der Vergangenheit eingegangen ist. Dieser Beitrag stellt erstmals für die deutschsprachige Politikwissenschaft eine systematische Beziehung her zwischen der Integration der Finanzmärkte, die vielen als Inbegriff der Globalisierung erscheint und den finanziellen Kosten der (Nicht-)Reform von Wohlfahrtsregimen." (Autorenreferat)

[27-L] Faist, Thomas:
Die transnationale soziale Frage: soziale Rechte und Bürgerschaften im globalen Kontext, in: Jürgen Mackert, Hans-Peter Müller (Hrsg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft : nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 285-307, ISBN: 978-3-531-14795-6

INHALT: Der Verfasser diskutiert die Dynamik der Entwicklung einer globalen Sozialpolitik. Er untersucht die Erkenntnispotentiale der normativen politischen und Sozialtheorie sowie die Auffassungen von Nationalstaats- und Weltbürgerschaft. Die in globaler Perspektive bestehenden extremen sozialen Ungleichheiten führen zur Frage, wie soziale Rechte und Bürgerschaften im globalen Kontext zu begreifen sind. Auf der Grundlage sozialer Rechte und Citi-

zenship widmet sich der Autor der Analyse der transnationalen sozialen Frage. In einer durch die systemische Differenzierungstheorie und neoinstitutionalistische Weltgesellschaftstheorie angeleiteten Analyse wird gezeigt, dass mit einer modernisierungstheoretisch begründeten Übernahme westlicher Sozialmodelle auch auf transnationaler Ebene nicht zu rechnen ist. Globaler Ungleichheit kann nicht durch eine "institutionelle Monokultur" begegnet werden, sondern nur durch differenzierte Institutionen und Formen der Partizipation der Bürger. (ICG)

[28-L] Ferchland, Rainer (Hrsg.):
Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen: Studie des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin - isda, (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 38), Berlin: Dietz 2007, 383 S., ISBN: 978-3-320-02115-3

INHALT: "In dieser Publikation geht es um die gesellschaftlichen Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialberichterstattung sowie um Anregungen, Erfahrungen und Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Berichtsarbeit und um die effektivere Nutzung der Möglichkeiten, die die Sozialberichterstattung für eine solidarische und partizipative Sozialpolitik bietet. Analysiert werden Ziele, Standards, Methoden der Sozialberichterstattung. In einem einführenden Kapitel werden unter anderem Aussagen zu Funktionen und Zielen der Sozialberichterstattung getroffen, Qualitätsanforderungen an Sozialberichte benannt und Berichtstypen unterschieden. Das zweite Kapitel informiert über Berichte, die der komplexen Analyse der sozialen Lage in großen Gebieten (EU, Deutschland, Ostdeutschland) gewidmet sind. Ausgewählte Sozialberichte, die die soziale Situation und Entwicklung bestimmter Bevölkerungsgruppen zum Gegenstand haben (Kinder/ Jugend, Alte, Frauen, Familien, Migrant/innen) werden im dritten Kapitel vorgestellt. Ein viertes Kapitel dient der Analyse bestimmter Lebensbereiche (Bildung, Berufsbildung, Gesundheit, Partizipation) durch die Sozialberichterstattung. Das fünfte Kapitel geht auf Sozialberichterstattung mit verschiedenen regionalen Geltungsbereichen bei besonderer Betonung der kommunalen Ebene ein. Den Abschluss bilden resümierend einige Hinweise und Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Qualität und der Wirksamkeit der Sozialberichterstattung." (Autorenreferat)

[29-L] Gerhardt, Anke; Hullmann, Alfred; Korbmacher, Therese; Munz, Eva; Schräpler, Jörg; Seifert, Wolfgang; Schultz, Annett; Alda, Holger; Hensel, Frank Johannes; Hofmann, Michaela:
Sozialbericht NRW 2007: Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2007, 565 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mags.nrw.de/sozber/sozialberichterstattung_nrw/aktueller_sozialbericht/SB2007_neu.pdf; http://www.mags.nrw.de/sozber/sozialberichterstattung_nrw/aktueller_sozialbericht/SB2007_Zusammenfassung.pdf)

INHALT: "Eine umfassende Datenbasis und differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung in NRW sind notwendige Voraussetzungen für die von der Landesregierung verfolgte vorausschauende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Sie sind eine wichtige Planungsgrundlage zur zielgenauen Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Der Sozialbericht NRW 2007 spiegelt insbesondere die Situation und Lebenslagen unterversorgter Personen, Ausgrenzungstendenzen sowie die Entwicklung von Reichtum und Vermögen wider. Der Lebenssituation und Armut von Kindern und Jugendlichen, einem besonders drängendem Problem, widmet der Bericht ein eigenes Kapitel. Neu thematisiert werden zudem die 'Verwendung von Einkommen' sowie 'Unsichere Erwerbsverhältnisse'. Konkrete Armutsbekämpfung

findet zunächst auf der kommunalen Ebene statt. NRW hat deshalb als erstes Bundesland vier Modellkommunen (Bielefeld, Bochum, Essen und Oberhausen) die Möglichkeit gegeben, in einem eigenen Berichtsteil Einblicke in ihre Situation und ihre Probleme vor Ort zu geben. Auch von der Freien Wohlfahrtspflege wird erstmals in einem Sozialbericht des Landes NRW in einem selbst verantworteten Kapitel anhand von zahlreichen Fallbeispielen ihre Sicht der Dinge zu Armut und Ausgrenzung aufgezeigt. Sozialberichterstattung sollte den Anspruch haben, für möglichst viele Akteurinnen und Akteure nützlich zu sein. Die Internetseite (www.sozialberichte.nrw.de) wird deshalb auch neu konzipiert und weiterentwickelt. So sollen zukünftig nicht nur die für sozialpolitische Akteure und eine interessierte Öffentlichkeit wichtigen Daten laufend aktualisiert, sondern auch aktuelle Themen in sogenannten Kurzanalysen aufbereitet werden." (Autorenreferat)

[30-L] Glatzer, Wolfgang:
Der Sozialstaat und die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 32/2007, H. 1/2, S. 183-204 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Gesellschaftspolitisch schwer zu beeinflussende Entwicklungen führten dazu, dass der Sozialstaat in Deutschland unter Druck geraten ist: demographische Alterung, strukturelle Arbeitslosigkeit, anhaltende Globalisierung, steigende Staatsverschuldung. Unter demokratischen Verhältnissen wird eine Reform der sozialen Sicherungssysteme nur gelingen, wenn sie eine erhebliche Unterstützung der Bevölkerung erhält. Dafür ist die von den Menschen wahrgenommene Qualität der Lebensverhältnisse von besonderer Bedeutung: Für die subjektiv empfundene Qualität der Gesellschaft werden vor allem folgende Zieldimensionen als relevant betrachtet: die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Leben und mit einzelnen Lebensbereichen, die Beurteilung der Gerechtigkeit der Lebensverhältnisse, die Einstellungen zur eigenen wirtschaftlichen Lage und die Einschätzung der Bedrohung durch soziale Konflikte. In der Sozialberichterstattung wurden Indikatoren entwickelt, um diese Entwicklungstendenzen zu messen. Die entsprechenden Zieldimensionen werden vom Sozialstaat vor allem im Verbund mit anderen gesellschaftlichen Akteuren beeinflusst." (Autorenreferat)

[31-L] Glück, Alois; Vogel, Bernhard; Zehetmair, Hans (Hrsg.):
Solidarische Leistungsgesellschaft: eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellbogengesellschaft, Freiburg im Breisgau: Herder 2006, 160 S., ISBN: 978-3-451-23014-1

INHALT: Die Debatte über Deutschlands Zukunft kreise fast ausschließlich um ökonomische Fakten, monieren die Herausgeber und halten stattdessen einen tief greifenden kulturellen Wandel für dringend erforderlich. Sie skizzieren ein übergreifendes Leitbild für die anstehenden Reformen und verstehen ihre Überlegungen als Politikempfehlung an die beiden Unionsparteien. Ihr Zukunftsmodell umfasst drei Bausteine, die in den Beiträgen näher erläutert werden: ökonomische Kompetenzen (Leistungskultur), soziale Kompetenzen (Sozialkultur) sowie einen aufgeklärten Patriotismus. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Alois Glück: Stark + Solidarisch: Die solidarische Leistungsgesellschaft (9-49); Bernhard Vogel: Aktive Bürgergesellschaft als solidarische Leistungsgesellschaft (50-59); Christoph Böhr: Die Ordnung der Gesellschaft: Was heißt und was bewirkt politische Gestaltung? (60-74); Hans Zehetmair: Die Bedeutung der Kultur für den Menschen in einer solidarischen Leistungsgesell-

schaft (75-88); Anton Losinger: Solidarische Leistungsgesellschaft - Eine Reformagenda aus christlicher Perspektive (89-99); Otto Wiesheu: Durch Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft zu neuer Dynamik (100-108); Klaus-Peter Müller: Die solidarische Leistungsgesellschaft im Spiegel wirtschafts- und unternehmenspolitischer Notwendigkeiten (109-120); Thomas Bauer: Solidarische Leistungsgesellschaft - Schlaglichter aus der Sicht eines Unternehmers (121-132); Annette Schavan: Aufmerksamkeit für Talente und für Orientierung (133-140); Thomas Röbke: Strukturen der Sozialleistungserbringung und Bürgerschaftliches Engagement (141-159).

[32-L] Goldschmidt, Nils; Rauchenschwandtner, Hermann:
The philosophy of social market economy: Michel Foucault's analysis of ordoliberalism, (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 07/4), Freiburg im Breisgau 2007, 30 S. (Graue Literatur; URL: http://www.eucken.de/publikationen/07_4bw.pdf)

INHALT: "Michel Foucault's lectures at the Collège de France in 1978-1979 centered on the analysis of power with regard to liberalism. Foucault especially focused on German ordoliberalism and its specific governmentality. Although Foucault's review of the ordoliberal texts, programs, and books is very faithful, there are some occasional 'schematic' simplifications. The paper will evaluate Foucault's constitution of an ordoliberal 'archive', though more emphasis will be put on the general importance of the phenomenological orientation in Walter Eucken's work. Hence, three tasks will guide the paper: first, an analysis of Foucault's position; second, the phenomenological foundation of the ordoliberal discourse compared to the 18th century liberal discourse, i.e. the way in which Walter Eucken received Husserl. Third, the paper shall raise the subject of the mutual historical-epistemological complementation of philosophy and economics by taking Foucault's analysis as the starting point. Furthermore, the consequences of a phenomenological, 'eidetic' order of the economy will be discussed, focusing mainly on the expansion of competition in social domains." (author's abstract)

[33-L] Goldschmidt, Nils:
Ein "sozial temperierter Kapitalismus"?: Götz Briefs und die Begründung einer sozialethisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft, (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 06/8), Freiburg im Breisgau 2006, 16 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.eucken.de/publikationen/06_8bw.pdf)

INHALT: Gegen den Dogmatismus sozialwissenschaftlicher Grundbegriffe und Prinzipien weiß der junge Würzburger Ordinarius Götz Briefs bereits 1922 in seinem Beitrag "Zur Kritik sozialer Grundprinzipien" zu formulieren: "Der Ausgangspunkt der Sozialtheoreme ist vielfach gar nicht eine letzte innerste Weltanschauungshaltung; sondern die von Gruppen und Klassen als fruchtbar empfundene materielle Lebenslage und Sozialordnung". In dem vorliegenden Beitrag werden zunächst die Überlegungen von Briefs zur Problematik moderner Gesellschaften und deren moralischen Grundlagen dargestellt und analysiert. Hierbei gilt es ausgehend von der Idee der "Grenzmoral" nachzuzeichnen, wo Briefs die Schwächen des liberalen Wirtschaftssystems verortet und welche Rolle er der katholischen Soziallehre zur Lösung dieser Probleme zuteilt. Die so gewonnenen Einsichten zur Begründung einer sozialethisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft werden dann mit seiner Analyse der liberal-individualistischen Spielregel verknüpft, mittels derer sich für Briefs auch die zentralen

Schwierigkeiten einer modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik verdeutlichen lassen. In einer anderen als der von Briefs vorgelegten Akzentuierung ist die Idee der Spielregeln auch das Hauptanliegen der so genannten Freiburger Schule um Walter Eucken. Die Kontrastierung dieser beiden Konzepte ermöglicht es abschließend anzudeuten, dass auch eine heutige "Ordnungsethik" in Verbindung mit den Briefsschen Gedanken eine entwicklungsfähige Perspektive für das Verhältnis von katholischer Soziallehre und Wirtschaftsliberalismus bieten kann. (ICD2)

[34-L] Hamann, Frauke; Nullmeier, Frank:
Die Konkurrenzgesellschaft: zum Wandel von Sozialstruktur und Politik in Deutschland, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 45/2006, H. 4 = H. 176, S. 5-12 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autoren diskutieren einige Fragen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland und wenden sich gegen pauschalierende Auffassungen von einer Wiederkehr der Klassengesellschaft. Statt eines einzigen großen Risses, der durch die Gesellschaft geht, sind vielmehr sich überlagernde Konflikte mit klaren vertikalen Abstufungen und Abspaltungen zu beobachten, die Kennzeichen einer in Konkurrenzgruppen zerfallenden und sich immer wieder neu gruppierenden Gesellschaft sind. Nach Einschätzung der Autoren handelt es sich gegenwärtig um zwei grundlegende Erscheinungen: Zum einen um eine in Teilgesellschaften fragmentierte Konkurrenzgesellschaft, die jeweils und als Ganzes nach den Prinzipien des Wettbewerbs funktionieren. Zum anderen um die Herrschaftsform der Postdemokratie, welche zwar noch den formalen Kriterien parlamentarischer Demokratie folgt, jedoch in ihrem Wesen auf den akklamatorischen Nachvollzug von Reformnotwendigkeiten geschrumpft ist. Eine solche Gesellschaft bietet nur noch einen geringen Resonanzboden für die traditionellen, den sozialen Zusammenhalt stiftenden Vorstellungen von Gerechtigkeit. (ICI2)

[35-L] Hartwich, Hans-Hermann:
Ludwigs Erhards ordoliberale Marktwirtschaft: ein Vorbild?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 55/2006, H. 2, S. 151-163 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Darstellung des Lebenslaufs von Ludwig Erhard beschreibt der Verfasser die einzelnen Stationen der Entwicklung seines Konzepts der ordoliberalen Marktwirtschaft. Er zeigt, dass die Wirksamkeit des Konzepts von politikunabhängigen Bedingungen und Faktoren für den Wiederaufbau, aber vor allem von den spezifischen Bedingungen der Rekonstruktion nach dem Krieg abhing, z.B. von dem Vorhandensein qualifizierter, aber noch beschäftigungsloser Arbeitskräfte. Diese frühe Marktwirtschaft konnte vor allem deswegen so gut funktionieren, weil sie von Kriegszerstörungen, Unterversorgung und Armut ausging. Mit ihrer Dynamik und Produktivität ermöglichte sie Vollbeschäftigung und Wohlstand. Damit stieß Erhards Kompetenz aber zugleich an ihre Grenzen. Es erwies sich, dass seine freie Marktwirtschaft nicht aus sich heraus die sozialen Folgen des Krieges behob und den Wunsch der Menschen nach sozialer Sicherheit im Sinne von Gerechtigkeit stillte. Die Kriegsopfer, die Vertriebenen, die älteren Generationen, die gering Verdienenden, wollten ihren Anteil am Erfolg. In der damals neuen pluralistischen Demokratie und über die Wahlen in Bund und Ländern konnten sie diesen Anspruch geltend machen. Der Autor argu-

mentiert, dass das Erhard'sche Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft' auf dem Nationalstaat basierte und über den Wiederaufbau hinaus den gesellschaftlichen Bedürfnissen einer Massendemokratie nicht mehr gerecht werden konnte. In diesem Kontext wird die vor der Bundeskanzlerin geforderte "Weiterentwicklungsnotwendigkeit" für die Soziale Marktwirtschaft, die als die "Neue Soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wird, thematisiert. Sie trägt vor allem der Globalisierung Rechnung. Diese müsse 'gestaltet' werden. Mit Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft hat das aber nichts mehr gemein. (ICG2)

[36-L] Hauff, Michael von:
Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, Marburg: Metropolis-Verl. 2007, 395 S., ISBN: 978-3-89518-594-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5205)

INHALT: "Das Modell bzw. die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft wird in der Bundesrepublik Deutschland - dem Land, in dem die Konzeption entstand und implementiert wurde - kontrovers diskutiert. Einerseits wird sie als ein überholtes Konzept, das den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft nicht standhält bewertet und andererseits gilt die Soziale Marktwirtschaft als reformfähiges und damit auch zukunftsfähiges Modell. An der Reformfähigkeit knüpft dieser Sammelband an, in dem in den einzelnen Beiträgen die notwendigen Reformen aufgezeigt werden, damit das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft Perspektiven hat." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Heiko Körner: Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft (15-36); Richard Hauser: Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in der real existierenden Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (37-69); Siegfried Hauser: Die ökonomische und soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft - Komplementarität versus Konflikt (71-97); Werner Sesselmeier: Zur Zukunft des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates (99-141); Klaus-Dieter John: Die Soziale Marktwirtschaft im Kontext des europäischen Integrationsprozesses -Befund und Perspektiven (143-191); Jörg Althammer: Soziale Marktwirtschaft und die Globalisierung (193-214); Horst Gischer, Fritz Helmedag: Marktmacht als Herausforderung der Wettbewerbspolitik (215-240); Christian Igel, Eberhard Wille: Stabilisierung sozialer Sicherungssysteme, insbesondere der Kranken- und Pflegeversicherung (241-282); Thomas Beissinger: Neue Anforderungen an eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung (283-326); Peter Koslowski: Konsensillusionen in der Sozialen Marktwirtschaft (327-347); Michael von Hauff: Von der Sozialen zur Nachhaltigen Marktwirtschaft (349-392).

[37-L] Hengsbach, Friedhelm:
Gerechtigkeit und Solidarität im Schatten der Globalisierung: Handlungsoptionen reifer Volkswirtschaften, (Policy Paper / Stiftung Entwicklung und Frieden, 26), Bonn 2007, 11 S. (Graue Literatur; URL: http://www.sef-bonn.org/download/publikationen/policy_paper/pp_26_de.pdf)

INHALT: "Ausgehend von der Diagnose einer zunehmenden Ungleichverteilung der Lebenschancen in Deutschland antwortet der Autor auf gängige Deutungs- und Bewertungsmuster - von 'Globalisierungsdruck' bis 'Staatenkonkurrenz'. Er entlarvt weltanschauliche Mythen und ökonomische Fehlinterpretationen. Dabei kommt er zum Ergebnis, dass die deutsche Wirtschaft nicht Spielball, sondern ein dynamischer Motor der Globalisierung ist. Er fordert deshalb von den OECD-Ländern, die Weichen der fortschreitenden Globalisierung so zu stellen,

dass die Nutzung des Arbeits-, Natur-, Gesellschafts- und Geldvermögens den Regeln einer demokratischen Lebensform und nicht ausschließlich denen des kapitalistischen Marktes unterworfen wird. Dies beinhalte eine Aufwertung 'personennaher Dienste' sowie eine Abkehr von der ausschließlichen Fixierung auf Erwerbsarbeit." (Autorenreferat)

[38-L] Henkes, Christian; Petring, Alexander:
Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaats, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 47-70, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: Die kollektive Absicherung gegen zentrale Lebensrisiken ist der Grundgedanke aller Wohlfahrtsstaaten. Dieses System ist in Deutschland in eine Krise geraten, bedingt durch Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, demographische Alterung und sozialen Wandel. Prinzipien eines zukunftsfähigen Sozialstaats sind Sicherheit, Gerechtigkeit und fiskalische Nachhaltigkeit. Entlang dieser drei Prinzipien wird die Notwendigkeit grundlegender Reformen deutlich. Leitlinien müssen hier (1) verstärkte Investitionen in Bildung und Weiterbildung, (2) ein Kurswechsel weg von monetären Transferleistungen und hin zu sozialen Dienstleistungen sowie (3) eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme sein. Diese Reformoptionen zielen darauf ab, die Struktur- und Finanzprobleme der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland mithilfe verstärkten staatlichen Einsatzes zu lindern. (ICE2)

[39-L] Hockerts, Hans Günter (Hrsg.):
Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945: Bd. 5, Bundesrepublik Deutschland 1966-1974 ; eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, XIV, 1133 S., ISBN: 978-3-7890-7321-2 (Standort: USB Köln(38)-510A2885)

INHALT: Inhaltsverezichnis: Hans Günter Hockerts: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära (1-156); Winfried Süß: Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära (157-222); Reinhard Richardi: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht (225-276); Dietrich Bethge: Arbeitsschutz (277-330); Günther Schmid, Frank Oschmiansky: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung (331 -380); Peter Krause: Gemeinsame Fragen der Organisation und des Rechts der sozialen Leistungen (381-406); Winfried Schmähl: Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene (407-482); Aurelio Vincenti, Angelika Behringer, Gerhard Igl: Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall (483-530); Otto Ernst Krasney: Unfallversicherung (531-556); Wilfried Rudloff: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte (557-592); Peter Trenk-Hinterberger: Sozialhilfe (593-632); Ursula Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik (633-708); Oskar Anweiler: Bildungspolitik (709-754); Wolfgang Rüfner, Constantin Goschler: Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen, soziales Entschädigungsrecht (755-780); Ulrich Herbert, Karin Hunn: Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern (781-810); Dieter Grunow: Soziale Infrastruktur und Soziale Dienste (811-856); Tilman Harlander, Gerd Kuhn: Wohnungspolitik (857-886); Yorck Dietrich: Vermögenspolitik (887-908); Eberhard Eichenhofer: Internationale Sozialpolitik (909-942); Hans Günter Hockerts, Winfried Süß: Gesamtbetrachtung: Die sozialpolitische Bilanz der Reformära (943-962).

[40-L] Höpner, Martin (Redakteur); Schommertz, Christel (Redakteur):
MPIfG Jahrbuch 2007-2008, Köln 2007, 119 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/ueber_mpifg/mpifg_jb/JB0708/MPIfG_07-08.pdf)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Interview: "Wie viel Markt verträgt die Gesellschaft?" Jens Beckert und Wolfgang Streeck im Gespräch mit Winand von Petersdorff-Campen (7-15); Übersicht über die Forschungsprojekte am MPIfG seit 2005 (16); Armin Schäfer: Europäisches Geld, nationale Politik: wirtschaftspolitische Koordinierung in der Währungsunion (17-22); Philip Manow, Holger Döring: Europas parteipolitische Zusammensetzung (23-30); Fritz W. Scharpf: Mit dieser Reform ist kein Staat zu machen (31-38); Wolfgang Streeck, Martin Hüpner: Reform der Unternehmensmitbestimmung (39-44); Britta Rehder: Die fragile Geschichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (45-52); Knut Lange: Deutsche Biotech-Unternehmen und ihre Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich (53-58); Jens Beckert, Mark Lutter: Güter mit negativem Nutzen: der Lotteriemarkt in Deutschland (59-66); Patrik Aspers: Märkte in der globalen Modeindustrie (67-72); Guido Möllering: Grundlagen des Vertrauens: wissenschaftliche Fundierung eines Alltagsproblems (73-78); Renate Mayntz: Globalisierung politisch steuern? (79-84); Nachwuchsförderung am MPIfG: Die International Max Planck Research School (85-86); Journalistenprogramm: Sechs Wochen Auszeit für Recherchen und Gespräche (87-88); Daten und Fakten (89-118).

[41-L] Jenkis, Helmut (Hrsg.):
Freiheit und Bindung der Wirtschaft: Beiträge zur Ordnungspolitik ; Festschrift anläßlich des 70. Geburtstages von Bodo Gemper, (Volkswirtschaftliche Schriften, 545), Berlin: Duncker & Humblot 2006, 320 S., ISBN: 3-428-11945-2

INHALT: Die dem Siegener Volkswirtschaftler Gemper zu Ehren publizierten Beiträge umfassen sehr verschiedene Bereiche der Wirtschaftsordnungspolitik. Thematisiert werden unter anderem die Grundwertentscheidung der christlichen Gesellschaftslehre sowie die institutionenökonomische Ordnungstheorie, verschiedene Aspekte der Europäischen Union wie die Verfassung und die währungspolitischen Regelungen des Maastricht-Vertrages, ferner die gesellschaftspolitische Reform der Welthandelsorganisation. In weiteren Analysen werden die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Partizipation aller in Südafrika und die Umbrüche in China beleuchtet. Schließlich wird der Strukturwandel in Deutschland am Beispiel eines Landkreises untersucht. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Johannes Mittenzwei: Die prägenden Jahre in Jena (13-20); Jan Franke-Viebach: Laudatio anlässlich der Verabschiedung von Unv.-Prof. Dr. Bodo Gemper (21-31); Artur Woll: Freiheit als Handlungsmaxime und Ziel der Wirtschaftsordnung (33-52); Edgar Nawroth: Grundwertentscheidung der christlichen Gesellschaftslehre. Freiheit und Bindung (53-62); Hans Jürgen Schlösser: Ökonometrie und Ordnungstheorie. Die institutionenökonomische Ordnungstheorie (63-74); Helmut Jenkis: "Soziale Marktwirtschaft" - eine Lehrformel? Versuch einer Konkretisierung (75-98); Horst Friedrich Wünsche: Elemente einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft. Eine Lektion Politische Ökonomie im Sinne von Ludwig Erhard (99-118); Eberhard Winterhager: Die Verantwortung des Journalisten in einer freien Gesellschaft (119-128); Franz Blankart: Security and Safety. A Contradiction Between Individual Freedom and State Enforcement? (129-134); Klemens H. Fischer: Ordnungspolitische Aspekte des Vertrags über eine Verfassung für Europa (135-156); Ulrich Penski: Zum Verhältnis von Markt und Staat in der Ordnung der Europäischen Union (157-174); Jan Franke-Viebach: Die geld- und währungspolitischen Rege-

lungen des Maastricht-Vertrags aus traditioneller ordnungspolitischer Sicht (175-188); Werner Steuer: Das Scheitern des Europäischen Stabilitätspakts oder: Wie glaubwürdig ist europäische Politik? (189-198); Richard Senti: Die gesellschaftspolitische Reform der WTO. Die WTO im Spannungsfeld zwischen Handel, Gesundheit, Arbeit und Umwelt (199-208); Friedhelm Franz: Innovationen im Spannungsfeld von Kreativität und Reglementierung (209-226); Paul Breuer: Der Strukturwandel in der Region als Herausforderung. Die bewältigten und zu bewältigenden ökonomischen und demografischen Veränderungen im Kreis Siegen-Wittgenstein (227-244); James Blignaut: Towards Economic Participation by All. A South African Case Study (245-262); Egon Schoneweg: China im Umbruch: Auf dem Wege zu einer neuen Wirtschaftsordnung? (263-273); Werner Düchting: Regelkreise in komplexen Netzwerken (275-292); Jörg M. Wills: Drei Anmerkungen zur Mathematik (293-298); Frank Hartmann: Freiheit und Bildung im Notarrecht. Der Notar im Spannungsfeld von Amtsführung und marktwirtschaftlicher Dienstleistung (299-303).

[42-F] Keil, Silke I., Dr. (Bearbeitung); Deth, Jan W. van, Prof.Dr.; Gabriel, Oscar W., Prof.Dr.; Meulemann, Heiner, Prof.Dr.; Roller, Edeltraud, Prof.Dr. (Leitung):
Gesellschaft und Demokratie in Europa. European Social Survey - deutsche Teilstudie

INHALT: Im Jahre 2002, 2004 und 2006 wurden in 22 bzw. 26 europäischen Ländern repräsentative Bevölkerungsumfragen mit einem konstanten Befragungsprogramm über Vorstellungen zu Demokratie und Gesellschaft und wechselnden Themen erhoben; die wechselnden Themen waren 2002 Einstellungen zu Einwanderern und soziales wie politisches Engagement, 2004 die Nutzung medizinischer Leistungen sowie Familie, Beruf und Wohlergehen, 2006 zielt auf die Evaluierung des persönlichen und sozialen Wohlergehens ab sowie Fragen zur Lebensplanung und Lebensabschnitten. Die wechselnden Themen des Jahres 2008 werden Altersdiskriminierung und Einstellungen zur Sozialpolitik sein. Der ESS hat 2005 als erstes sozialwissenschaftliches Projekt den Descartes-Preis für Forschung erhalten. (S.a. http://www.europeansocialsurvey.org). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* 26 europäische Länder (einschl. Israel und Türkei), insb. Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Der ESS ist Teil der europäischen sozialwissenschaftlichen Infrastruktur. Das Projekt wendet die strengsten Qualitätskriterien der Umfragemethoden an (Stichprobenentwurf, Datenerhebung und die Entwicklung äquivalenter Instrumente). Neben einem Kernmodul mit soziodemographischen und inhaltlichen Indikatoren umfasst jede Welle zwei Wechselmodule bezüglich eines wissenschaftlichen oder politischen Themas in Europa. Die Daten stehen ohne Kosten zur Verfügung. Datenart: Befragung, repräsentative Bevölkerungsstichprobe. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 5.712 -brutto-, 2.916 -realisiert-; Auswahlverfahren: randomisiertes Wahrscheinlichkeitsverfahren). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

ART: *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2014-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft; European Science Foundation

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim); Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- (Greinstr. 2, 50939 Köln); Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. I Politische Systeme und Politische Soziologie (Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart); Universität Mainz, FB

02 Sozialwissenschaften, Medien und Sport, Institut für Politikwissenschaft Abt. Vergleichende Politikwissenschaft (55099 Mainz)

[43-L] Kellermann, Paul (Hrsg.):
Die Geldgesellschaft und ihr Glaube: ein interdisziplinärer Polylog, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 294 S., ISBN: 978-3-531-15472-5

INHALT: "Ziel des 'Klagenfurter Gelddiskurses' ist, Gebrauch und Bedeutung von Geld in der Welt von heute in fortgeführten interdisziplinären Gesprächen zu thematisieren, zu beschreiben, zu analysieren und zu interpretieren. Der Sammelband enthält Beiträge von Forscherinnen, Lehrerinnen und Studierenden aus Philosophie, Informatik, Musikgeschichte, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Er setzt Diskussionen fort, die mit dem Sammelband 'Geld und Gesellschaft' begonnen wurden, und lädt zur Teilnahme an den Diskussionen ein." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Paul Kellermann: Vorwort (9-11); Sabine Urnik: Überlegungen zur Sinnhaftigkeit von Sozialzwecknormen in der Ertragsbesteuerung (13-25); Stephan Schulmeister: Anmerkungen von Dr. Karl Marx zur wirtschaftlichen Entwicklung seit 1980 (27-40); Guido Offermanns: Monetik statt Ethik im Gesundheitswesen - entscheidet Geld über Leben und Tod von Patienten? (41-55); Gerd Nollmann: Die neue Landnahme des Geldes: Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsraten und Kommodifizierung von Familienarbeit in OECD-Ländern (57-73); Ingeburg Lachaussée: Geld als philosophische Hermeneutik (75-84); Dietrich Kropfberger: Das Streben der Manager nach Erfolg und Wachstum - Zwang oder Gier? Eine kritische Betrachtung der Folgen des Shareholder Value-Prinzips (85-101); Erich Kitzmüller: Geld - Medium einer Normalität oder Killerprämie? (103-113); Paul Kellermann: Moneyismus - Der Glaube an Geld als Alltagsreligion (115-125); Peter Heintel: "Geld ist Zeit" (127-138); Aldo Haesler: Die Erfindung des Positivsummenspiels (139-148); Friedrich Fürstenberg: Metamorphosen des Geldes: Sozialstrukturelle Folgen globalisierter Finanzmärkte (149-160); Christoph Deutschmann: Wie harmlos ist Geld? Anmerkungen zur geldsoziologischen Diskussion (161-172); Reinhard Deutsch: Wolfgang Amadeus Mammon oder Der Wolferl und das liebe Geld (173-183); Arno Bammé: Vom Fetisch zum Simulakrum: Über den Begriff des Geldes in der Postmoderne (185-201); Arno Bammé: Postskriptum (203-211); Erich Kitzmüller: Die orthodoxe Kapitalismuskritik und ihr Dilemma: Bemerkungen zu Arno Bammés Postskriptum (212-214); Paul Kellermann: Verständnisse, Missverständnisse, Unverständnisse (215-225); Guido Offermanns: Betriebswirtschaftslehre und der Geldpolylog - eine Herausforderung an die Universitäten? (226-229); Roland Mittermeir: Ist Geld Information oder doch nur ihr Zwilling? Kommentar zu Christoph Deutschmann: "Wie harmlos ist Geld?" (230-235); Reinhard Blomert: Firmenpiraten und Börsenspieler - Über die wachsende Macht der Finanzmärkte (236-256); Daniel Wutti: Des eigenen Glückes Knecht: Über den Zusammenhang von Arbeit, Geld und Gesellschaft (257-260); Stefan Urabl: Der Wert des Geldes: Arbeit, Geld und Gesellschaft (261-265); Johannes Theuermann: Alles ist käuflich. Ist alles käuflich? Über den Zusammenhang von Arbeit, Geld und Gesellschaft (266-269); Raphael Spatzek: Zur Senkung des Geldglaubens: Der Fischer und der Tourist - nach Bölls Anekdote. Philosophieren über Arbeit, Geld und Gesellschaft (270-274); Arthur Pitman: The Interdependency between Work, Society and Money (274-279); Regina Lackner: Warum kann das Verständnis des Zusammenhangs von Arbeit, Geld und Gesellschaft zur Lösung sozialer Probleme beitragen? (280-284); Ronald Ivancic: Moneyismus - Zur Gefahr einer sozialen Realität: Versuch der Rekonstruktion des Verständnisses von Arbeit, Geld und Gesellschaft (284-289).

[44-L] Kevenhörster, Paul:
Politikwissenschaft: Bd. 2, Ergebnisse und Wirkungen der Politik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 392 S., ISBN: 978-3-531-15184-7

INHALT: "Die Politikwissenschaft hat nicht nur die Aufgabe, Entscheidungen und Strukturen nachzuzeichnen und zu erklären, sondern auch die Frage zu beantworten, wieweit die Politik ihre Ziele verwirklicht und wie sich die Umsetzung politischer Programme auf die Lebenssituation auswirkt. Dieses Studienbuch stellt sich dieser Herausforderung und unternimmt den Versuch, die Frage 'Wie erfolgreich ist die Politik?' für sieben wichtige Politikfelder zu beantworten und die Qualität, Reichweite und den Wirkungsgrad politischer Entscheidungen zu bewerten. Damit liegt erstmals ein Buch vor, das das Thema Erfolge und Misserfolge der Politik umfassend und systematisch darstellt und dem Leser so einen Maßstab liefert, demokratische Politik eigenständig zu beurteilen. Aus dem Inhalt: Grundlagen: Warum wir so wenig über Ergebnisse und Wirkungen der Politik wissen - Erfolgsmaßstäbe der Politik - Wie nachhaltig ist die Politik? Politische Wirkungsbilanzen: Bilanz der Wirtschaftspolitik - Bilanz der Entwicklungspolitik - Bilanz der Haushaltspolitik - Bilanz der Energiepolitik - Bilanz der Sozialpolitik - Bilanz der Gesundheitspolitik - Bilanz der Bildungspolitik - Gesamtbilanz: Befunde, Wirkungen - u. a. m." (Autorenreferat)

[45-L] Klautke, Roland; Oehrlein, Brigitte (Hrsg.):
Prekarität - Neoliberalismus - Deregulierung: Beiträge des "Kritischen Bewegungsdiskurses", Hamburg: VSA-Verl. 2007, 212 S., ISBN: 978-3-89965-233-8

INHALT: "Die aufgeregte Debatte um das 'abgehängte Prekariat' in Deutschland beförderte die falsche These, als ob es sich dabei um eine klar abgrenzbare verfestigte Unterschicht handeln würde. Der Band schürft tiefer und analysiert Prekarisierung als gesellschaftlichen Prozess: Der Neoliberalismus brachte in unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse Forderungen nach Flexibilisierung und Ungebundenheit, also einen Vereinzelungsprozess, bei immer größer werdender Unsicherheit. Das heutige Leben bringt die scheinbare Chance größerer Autonomie, fördert gleichzeitig aber freiwillige Unterwerfung unter die herrschenden Verhältnisse. Wie kann auf diese Widersprüche reagiert werden, welche Möglichkeiten zeichnen sich ab, der Entdemokratisierung auf allen Ebenen etwas entgegenzusetzen? Die Kämpfe der Globalisierungskritiker, der Hartz-IV-Gegner und auf betrieblicher Ebene liefen weitgehend isoliert nebeneinander her. Hier gilt es, bei künftigen sozialen Protesten Verbindungen herzustellen. Die Beiträge dieses Bandes zielen neben einer sozialwissenschaftlichen Selbstverständigung gerade darauf ab, in den sozialen Bewegungen selbst eine theoretische Auseinandersetzung voranzutreiben mit so aktuellen Themen wie: Bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitsregulation und Gewerkschaftspolitik, Selbstvermarktung, Arbeitszeitverkürzung, Selbstverwaltung, Privatisierung, Wirtschaftsdemokratie, Prekarität in den Studien von Pierre Bourdieu, Globale soziale Rechte." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Prekarität als Ziel des neoliberalen Konzeptes - Kaindl, Christina: Neoliberalismus - hochtechnologische Produktionsweise und prekarisierte Lebensweise (18-29). Unterschiedliche Aspekte des Analysebegriffs Prekarität - Hauer, Dirk: Umkämpfte Normalität - Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen (30-42); Candeias, Mario: Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung - Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung (43-61); Pelizzari, Alessandro: Verunsicherung und Klassenlage. Anmerkungen im Anschluss an die Prekarisierungsforschung von Pierre Bourdieu (62-78). Strategien gegen Prekarität - Röttger,

Bernd: Erneuerung aus dem Zentrum der Krise - die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik (79-120); Rätz, Werner: Soziale Sicherheit für alle, weltweit (121-136); Hirsch, Joachim: Der Kampf um öffentliche Güter - oder weshalb der Ausbau einer sozialen Infrastruktur nötig ist (137-146). Vorstellungen jenseits von Privatisierung - Pelizzari, Alessandro; Zeller, Christian: Perspektiven jenseits Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge (147-183). Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie - Demirovic, Alex: Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften - Probleme und weiterführende Überlegungen (184-191); Spehr, Christoph: Den Laden schmeißen alternative Produktion und Selbstverwaltung (192-200); Samsa, Gregor: Globale Rechte als neue Perspektive? Globale Rechte - Hype oder kommunistisches Szenario? Globale Rechte im Spannungsfeld von Utopie, sozialen Kämpfen und positivem Recht (201-212).

[46-L] Kleinschwärzer-Meister, Birgitta; Rose, Miriam; Becker, Patrick (Hrsg.):
Das Soziale wie denken?: die Zukunft des Sozialstaats in der interdisziplinären Diskussion, (Beiträge aus dem Zentrum für ökumenische Forschung München, Bd. 4), Berlin: Lit Verl. 2007, II, 150 S., ISBN: 978-3-8258-9208-1 (Standort: UFB Erfurt(547)-BL/6150/K64)

INHALT: "Der Sozialstaat ist gegenwärtig in einer Krise - so die gängige Diagnose. Umstritten ist, worin genau diese besteht. Offen ist, wie die Zukunft des Sozialstaates aussehen wird. Der Band dokumentiert die Beiträge eines Symposions vom Oktober 2005 an der Universität München. Intention des Symposions war nicht nur die Analyse der gegenwärtigen Situation des deutschen Sozialstaats und der Versuche seiner Reform. Vielmehr wurden die Werte, Lebens- und Gemeinschaftsideale hinter den verschiedenen Optionen in den Mittelpunkt gerückt. Dieser Band bringt hierzu Stimmen aus der sozialen Praxis und der Politik sowie aus Wirtschaft, Recht, Philosophie und Theologie zu Gehör." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Antje Fetzer: "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit." Eine Einführung in das gemeinsame Sozialwort der Kirchen und seine evangelische Nachgeschichte (7-24); Alois Baumgartner: Sozialethische Innovation oder situationsbezogene Akzentuierung? Der Beitrag der kirchlichen Sozialworte zur sozialethischen Theoriebildung (25-38); Peter Obermaier-van Deun: Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel sozialrechtlicher Reformen und der Praxis der sozialen Arbeit: ein langsamer Abschied von der Solidarität? (39-59); Sr. Monika Plank CS: Diakonie zum Zuge kommen lassen. Bahnhofsmission München von 1897 bis 2005 (61-67); Karsten M. Thiel: Welchen Spielraum lässt die (globalisierte) Wirtschaft? (69-88); Friedrich Seitz: Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung im Kontext der Bayerischen Sozialpolitik (89-93); Dieter Becker: Solidarität und Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt - Perspektiven aus der internationalen Ökumene (95-107); Jochen Wahnschaffe: Hat der Sozialstaat noch Zukunft? (109-119); Dorothea Sattler: Gemeinsames Zeugnis in der einen Schöpfung Gottes. Ökumenische Perspektiven in der Sozialethik (121-138); Ursula Diewald Rodriguez, Antje Klein: Fazit zum Symposion "Das Soziale wie denken?" (139-147).

[47-L] Klepper, Carl Dominik; Schnettler, Katrin:
Mehr Freiheit wagen: warum eine wettbewerbsorientierte Rahmenordnung zu mehr Arbeit und Wohlstand führt, (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 98), Berlin 2006, 16 S. (Graue Literatur; URL: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Argument_Freiheit_ 2006 _11_15.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag erläutert die Überlegenheit der Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat, das "Kompromissmodell" Soziale Marktwirtschaft und dessen Degeneration sowie wesentliche ordnungspolitische Reformen. Die Stiftung Marktwirtschaft hat den ersten Jahrestag der Bildung der Großen Koalition zum Anlass genommen, die Umsetzung des Regierungsmottos "Mehr Freiheit wagen" wieder zu beleben. Mit diesem Aufbruchsignal für einen neuen Kurs wurde seinerzeit das ehrgeizige Ziel verbunden, Deutschland in zehn Jahren unter die ersten drei Wachstumsländer in Europa zu führen. Befindet sich das Land dafür nun auf dem richtigen Weg? Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich mehr bewegen muss, als eine lediglich beim Bürokratieaufbau effiziente Gesundheitsreform, eine Deregulierung, die de facto keine Wirkung zeigt oder eine oberflächliche Steuersatzrevision, die die Strukturen verworren lässt. Für nachhaltiges Wachstum ist ein viel tieferes Bohren nötig: Strukturelle, über Jahrzehnte aufgebaute Defizite müssen endlich abgebaut und Fehlentscheidungen revidiert werden. Freiheit und Wettbewerb müssen konsequent Vorfahrt haben. Die Publikation analysiert die langsame Wandlung der Wirtschaftswunder-Republik zum gefesselten Wohlfahrtsstaat und verdeutlicht, dass nur eine Rückkehr zu individueller Verantwortung und ein gleichzeitiger Rückbau des Staates nachhaltig aus dem Dilemma von Schulden, Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche führen. (ICD2)

[48-L] Kocka, Jürgen (Hrsg.):
WZB-Jahrbuch 2006: Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma 2007, 405 S., ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Merkel: Durchregieren? Reformblockaden und Reformchancen in Deutschland (27-45); Christian Henkes, Alexander Petring: Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaats (47-70); Michael Zürn: Konturen einer zukunftsfähigen deutschen Außenpolitik (71-87); Gunnar Folke Schuppert: Finanzverfassungsreform als Prüfstein der Reformfähigkeit des deutschen Föderalismus. Am Beispiel des Umgangs mit Haushaltsnotlagen der Länder (89-111); Kai A. Konrad: Fiskalische Handlungsfähigkeit und globaler Wettbewerb (113-130); Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht: Angst vor dem Souverän? Verfassungsstarre und Partizipationsbegehren in Deutschland (131-154); Miriam Hartlapp, Günther Schmid: Arbeitsmarktpolitik für aktives Altern. Zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands im Licht europäischer Erfahrungen (157-177); Hagen Kühn, Sebastian Klinke: Perspektiven einer solidarischen Krankenversicherung (179-202); Ulrich Jürgens, Martin Krzywdzinski: Zur Zukunftsfähigkeit des deutschen Produktionsmodells (203-227); Arndt Sorge: Was ist von einer produktiven Wissensgesellschaft durch nachhaltige Innovation und Berufsbildung zu erwarten? (229-249); Lutz Engelhardt, Sigurt Vitols: Eine neue Innovationspolitik für Deutschland. Lehren aus den Erfahrungen der 1990er Jahre (251-266); Ariane Berthoin Antal, Meinolf Dierkes, Maria Oppen: Zur Zukunft der Wirtschaft in der Gesellschaft. Sozial verantwortliche Unternehmensführung als Experimentierfeld (267-290); Chiara Saraceno: Die Familie im Zentrum demografischen und gesellschaftlichen Wandels. Probleme, Debatten und Politiken im europäischen Vergleich (293-314); Sibylle Hardmeier, Angelika von Wahl: Die Zukunftsfähigkeit deutscher Familien- und Arbeitsmarktpolitik (315-337); Eckhard Priller: Ressourcen und Potenziale zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland (339-353); Hedwig Rudolph, Christopher Bahn: Wer regiert die Stadt? Anmerkungen zum "global localism" am Beispiel des städtischen Einzelhandels (355-369); Karen Schönwälder: Reformprojekt Integ-

ration (371-390); Volker Hauff: Nachhaltigkeit - eine Herausforderung für Wissenschaft und Forschung (391-400).

[49-L] Köppe, Stephan; Nullmeier, Frank; Wiesner, Achim:
Legitimationswandel des bundesdeutschen Sozialstaats, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 9/10, S. 227-236 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Möglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Reformen stehen in einem engen Zusammenhang mit den sie begleitenden öffentlichen Diskursen. Diese Diskurse sind geprägt von Wertbegriffen wie Solidarität oder Wettbewerb, deren Bedeutung und Verhältnis zueinander sich verschieben können und die Gegenstand strategischer Diskursinterventionen sind. Diese Diskursentwicklungen werden hier beschrieben und Erklärungsansätze für Stabilität bzw. Wandel entwickelt. Dies geschieht in konzeptioneller Analogie zur Vetospieler-Theorie von George Tsebelis. 'Vetowerte' können Reformen blockieren, da ohne ihre Erfüllung die Reform nicht akzeptabel ist. Je größer die Anzahl der Vetobegriffe, je größer ihre ideologische Distanz und je höher die innere Kohäsion eines Vetobegriffes, desto mehr tendiert eine Policy zu Stabilität. Die Verfasser untersuchen in diesen drei Hinsichten die letzten sieben Jahre des sozialpolitischen Diskurses in Deutschland und finden eine geringe Neigung zum Policy-Wandel. Wohlfahrtsstaatliche Diskursanalysen bedürfen einer stärkeren innerwissenschaftlichen Verständigung über derartige methodisch kontrollierte Vorgehensweisen." (Autorenreferat)

[50-L] Kramer, Rolf:
Gesellschaft im Wandel: eine sozialethische Analyse, (Sozialwissenschaftliche Schriften, H. 42), Berlin: Duncker & Humblot 2007, 243 S., ISBN: 978-3-428-12463-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5820)

INHALT: Der Verfasser behandelt einleitend die sozialpolitische Herausforderung, die sich für ihn aus der Beeinträchtigung eines allgemeingültigen Wertesystems und dem Bedeutungsverlust von Ehe und Familie ergibt. Er wendet sich dann "neuen ökonomischen Strukturen" zu und benennt wirtschafts- und sozialethische Probleme, die sich im Kontext von Ökologie, Arbeitslosigkeit, Globalisierung und Terrorismus stellen. Im Anschluss an einen Exkurs zu Kultur und Religion legt er Überlegungen zur Zukunft der Gesellschaft vor, die sich um drei Schwerpunkte gruppieren: christliches Menschenbild, Altersbegriff, Mehrgenerationenfamilie. Nach Anmerkungen zu Altersbildern der Antike und zum Wohlfahrtsstaat wendet sich der Verfasser dem "Leben und Sterben des Menschen" zu. Hier kommen ethisch-medizinische Probleme vom Umgang mit Embryonen bis zur Sterbehilfe zur Sprache. Das abschließende Kapitel formuliert die Perspektive einer christlichen Eschatologie. (ICE)

[51-L] Krauß, Jürgen; Möller, Michael; Münchmeier, Richard (Hrsg.):
Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, (Kasseler Personalschriften, Bd. 4), Kassel: Kassel Univ. Press 2007, 719 S., ISBN: 978-3-89958-249-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007.22205; URL: http://www.upress.uni-kassel.de/online/frei/978-3-89958-249-9.volltext.frei.pdf)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Hans-Georg Flickinger: Das ethische Fundament der zeitgenössischen Hermeneutik (19-36); Wolfgang Ochel: Sozialstaat, Migration und EU-Erweiterung (59-58); Rainer Treptow: Kultur öffnet Welten. Was aber verschließt sie? (59-72); Hedwig Ortmann: Die Zukunft der Geschlechterbeziehung. Voraussetzungen und Wirkungen eines integralen Bewusstseins (73-102); Michael Mehlich: Das Verhältnis von Familie und Arbeitsmarkt unter dem Blickwinkel der Figurationstheorie von Norbert Elias (103-134); Hans, Renate Thiersch: Erziehungschaos und die Sehnsucht nach dem Autoritären. Das Beispiel der Serie 'Die Super Nanny' (135-158); Werner Thole, Sarina Ahmed, Davina Höblich: Reflexionen zur Rede von der "Zweiten Moderne". Sozialpädagogisch intonierte Überlegungen zur Entstrukturierung und Individualisierung der gesellschaftlichen Sozialstruktur (159-206); Richard Münchmeier: Hält die Doppelstruktur des Wohlfahrtsstaates noch? Anmerkungen zum historischen und gegenwärtigen Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialpädagogik (207-230); Christoph Sachße: Friedrich Siegmund-Schultze, die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" und die bürgerliche Sozialreform in Deutschland (231-256); Florian Tennstedt: Der politische Ökonom Gustav Schönberg - sein Weg vom Freund Ferdinand Lasalles zum Kathedersozialisten und nobilitierten Staatsrat des Königs von Württemberg (257-276); René Bendit: Integration and Transition Policies for Young Migrants and Ethnic minority groups in Germany (277-306); Dieter Kreft: Die Kinder- und Jugendhilfe nach der Föderalismusreform (307-320); Rolf Schwendter: Zur Grundsicherung (321-332); Michael Galuske: "Wenn Soziale Arbeit zum Management wird ...". Anmerkungen zum aktivierenden Umbau der Sozialen Arbeit und seinen Niederschlägen in der Methodendebatte (333-376); Michael Möller: Was ist und zu welchem Ende betreiben wir Sozialmanagement? Oder: Über den Zusammenhang zwischen sozialpolitischer Entwicklung, Sozialmanagement, Prekarisierung der Professionellen und deren Ausbildung in der sozialpädagogischen Arbeit (377-396); Flemming Hansen: Soziale Arbeit zwischen Fall, Norm und Theorie. Regulierungstheoretische Anmerkungen zu aktuellen Standardisierungstendenzen (397-420); Christoph Berse: Bildung als neue fachliche Leitnorm in der Jugendhilfe und ambivalente Erfahrungen in der Kooperation mit Schule auf der kommunalen Ebene (421-448); Burkhard Müller: Soziale Arbeit im ländlichen Raum (449-466); Klaus Grunwald: Rationalitätskritik und Grundfragen des Organisierens. Zur Fruchtbarkeit organisationssoziologischer Perspektiven auf das Management sozialer Einrichtungen (467-484); Rudolph Bauer: 'Bertelsmannisierung' der Bürgergesellschaft (485-502); Walter Girschner, Ingrid Girschner-Woldt: Diaphane Planung als Modell nachhaltigkeitsorientierter Planungspraxis (503-524); Dieter Ohlmeier: Konflikt, Korrumpierung und Zerstörung einer Organisation - Herman Melvilles "Benito Cereno" (525-536); Rolf-Dieter Postlep: Einige Überlegungen zum Wettbewerb unter Hochschulen (537-542); Wolf Rainer Wendt: Sozialplanung, Care Management und Soziale Arbeit am Fall. Zur Erschließungsfunktion des Case Managements für die kommunale Versorgungssteuerung (543-570); Volkhardt Strutwolf: Auf der Suche nach wirksamer Steuerung. "Sozialraumorientierung" - ein weiterer Versuch, die Kostenentwicklung in der Erziehungshilfe zu beeinflussen? (571-590); Krauß, Jürgen E.: Fortbildung in der Sozialverwaltung als Personal- und Organisationsentwicklung? Ein Praxisbericht (591-602); Sabine Hering: "Da wusste ich endlich, wer ich bin!" Biographien und Biographiearbeit zwischen Forschung und Praxis (603-612); Regine Gildemeister: Soziale Arbeit als Frauenberuf: Wurden soziale Hilfstätigkeiten vergeschlechtlicht oder Frauen im Beruf versozialarbeitet? (613-636); Stefan Dreßke, Gerd Göckenjan: Kasseler Diakonissen - soziale Arbeit und Krankenpflege in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts (637-678); Lothar Nellessen: Aufstellungsarbeit mit Organisationen und Familien - ein Beitrag zu ihrer Entmystifizierung (679-700); Reinhard Schmitz-Scherzer: Eine Freundschaft an der Universität (701-706).

[52-L] Kronauer, Martin:
Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 365-372 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Artikel vertritt drei Thesen. Erstens: Die gegenwärtige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, aber auch anderer kapitalistisch hoch entwickelter Länder, verstößt offen und auf neue Weise gegen Gerechtigkeitsprinzipien, mit denen die jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen bislang legitimiert wurden. Zweitens bringt sie neue soziale Ungleichheiten hervor, die die Fähigkeit dieser Gesellschaften weiter untergraben, den sozialen Zusammenhalt auf demokratische Weise, d.h. durch die Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten für alle Bürger, aber auch für Nicht-Inländer, die in den jeweiligen Ländern leben, zu gewährleisten. Drittens: Beide Tendenzen bedeuten nicht nur große Herausforderungen für die Sozialpolitik, sondern erfordern eine Politik des Sozialen. Darunter soll eine Politik verstanden werden, die den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft selbst zum Gegenstand hat." (Autorenreferat)

[53-F] Kunze, Axel Bernd, Dr.theol.; Kruip, Gerhard, apl.-Prof.Dr.theol.habil.; Neuhoff, Katja, M.A. (Bearbeitung); Heimbach-Steins, Marianne, Prof.Dr.theol. (Leitung):
Das Menschenrecht auf Bildung: anthropologische-ethische Grundlegung und Kriterien der politischen Umsetzung

INHALT: Anhand des Menschenrechts auf Bildung als normativer Leitidee werden innerhalb von zwei Teilprojekten grundlegende Fragen der Bildungsgerechtigkeit erarbeitet. Dabei werden zwei Ziele verfolgt, deren Realisierung das Projekt als anwendungsorientierte Grundlagenforschung ausweist: (1) zum einen die systematische Begründung von Notwendigkeit und Reichweite des Menschenrechts auf Bildung in christlich-sozialethischer Perspektive (Postdoc-Projekt); (2) zum anderen die Erarbeitung einer sozialethischen Kriteriologie zur politischen Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung im Kontext wissensbasierter Gesellschaften (Promotionsprojekt). Im Rahmen des ersten Teilprojekts ist eine anthropologische und normativ-ethische Argumentation zu erarbeiten, die sowohl im Hinblick auf die Bildungsdiskussion in Deutschland (einschließlich der OECD-Vergleichsstudien) als auch auf die Situation weltweiter Ungleichheiten in der Bildungsbeteiligung (Ebene der UNESCO) tragfähig ist. Im zweiten Teilprojekt sollen aktuelle Vorschläge für eine vorsorgende bzw. nachhaltige Bildungssozialpolitik unter Berücksichtigung ihrer menschenrechtlichen Implikationen und ihrer Leistungsfähigkeit bezüglich der Realisierung annähernd gleicher Teilhabechancen an und durch Bildung für alle Mitglieder einer Gesellschaft analysiert werden. Das Forschungsvorhaben begreift Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und als integralen Bestandteil der Sozialen Frage der Gegenwart. Mit ihm soll ein eigenständiger Bildungsdiskurs innerhalb der Christlichen Sozialethik implementiert werden. Das Projekt leistet einen interdisziplinär ausgerichteten sozialethischen Beitrag zur aktuellen Bildungsdebatte mit dem Anliegen, Verengungen des gegenwärtigen Diskurses aufzubrechen (z.B. die Reduzierung von Bildung auf Ausbildung oder auf ihre ökonomische Funktionalität) und auf Basis des christlichen Menschenbildes Impulse für eine persongerechte, beteiligungsorientierte und nachhaltige Bildungssozialpolitik geben. Zugleich dient es der wissenschaftlichen Begleitung bildungspoliti-

scher und -ethischer Stellungnahmen der Kirchen innerhalb der gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

METHODE: Menschenrechtsforschung aus normativer, sozialethischer und anwendungsbezogener Perspektive.

VERÖFFENTLICHUNGEN: S.a. http://web.uni-bamberg.de/ktheo/csl/mrbildung/servpubl.htm .+++Heimbach-Steins, Marianne; Kruip, Gerhard; Kunze, Axel-Bernd (Hrsg.): Das Menschenrecht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland. Diagnosen - Reflexionen - Perspektiven. Bielefeld: Bertelsmann 2007, 222 S. ISBN 978-3-7639-3542-0.+++Heimbach-Steins, Marianne: Was heißt Bildungsgerechtigkeit? Zwischen Menschenrecht und ökonomischen Interessen. in: Herder Korrespondenz, 2007, 61, S. 311-316.+++Kruip, Gerhard: Bildung. Fragen an ... in: KARM - Zeitschrift und Programm der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, 2006, H. 1, 2 f.+++Kunze, Axel Bernd: Beteiligung durch Bildung - Bildung durch Beteiligung. in: Kruip, Gerhard; Fischer, Michael (Hrsg.): Gerechtigkeiten. Hannoversche Zwischenrufe 2006. Philosophie aktuell. Veröffentlichungen aus der Arbeit des Forschungsinstitutes für Philosophie Hannover, 5. Berlin: Lit Verl. 2007, S. 49-70.+++ Heimbach-Steins, Marianne: Education for world citizens in the face of dependency. Insecurity and loss of control in: Studies in Christian Ethics, 19.1, 2006, S. 63-80. Deutsche Fassung: Heimbach-Steins, Marianne: Bildung für die Weltgesellschaft angesichts der Erfahrung von Abhängigkeit, Verunsicherung und Kontrollverlust. in: Hilpert, Konrad; Bohrmann, Thomas (Hrsg.): Solidarische Gesellschaft. Christliche Sozialethik als Auftrag zur Weltgestaltung im Konkreten. Festschrift für Alois Baumgartner. Regensburg: Friedrich Pustet 2006, S. 133-151.+++Heimbach-Steins, Marianne: Schlüssel zur Welt. Bildung als sozialethische und sozialpolitische Herausforderung. in: Herder Korrespondenz, 2006, 60, S. 137-141.+++ Heimbach-Steins, Marianne: Schlüssel zur Welt. Bildung ist ein Menschenrecht und eine Voraussetzung für gesellschaftliche Beteiligung. in: eins-Entwicklungspolitik, 2007, H. 5, S. 35-37.+++Heimbach-Steins, Marianne: Bildung: Schlüssel zur Welt. 5 Thesen. in: Bischhöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (Hrsg.): Bildung (Misereor Themen). Aachen: MVG Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft m.b.H. 2006, S. 10-14.+++Kruip, Gerhard: Bildungsarmut. Eine der zentralen "Sozialen Fragen" der Gegenwart. in: Bischhöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (Hrsg.): Bildung (Misereor Themen). Aachen: MVG Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft m.b.H. 2006, S. 16-21.+++Heimbach-Steins, Marianne: Bildung und Beteiligungsgerechtigkeit. Bildungspolitische und sozialethische Anfragen. in: Hirsch, K.; Seitz, K. (Hrsg.): Entwicklungspolitik zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Ethische Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Politik. Frankfurt 2005, S. 257-272.+++Heimbach-Steins, Marianne: Bildung und Chancengleichheit. in: Dies. (Hrsg.): Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch, Bd. 2: Konkretionen. Regensburg 2005, S. 51-82.

ART: *BEGINN:* 2006-03 *ENDE:* 2008-02 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bamberg, Fak. Katholische Theologie, Fach Systematische Theologie Lehrstuhl für Christliche Soziallehre und allgemeine Religionssoziologie (An der Universität 2, 96045 Bamberg); Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (Gerberstr. 26, 30169 Hannover)

KONTAKT: Kunze, Axel Bernd (Dr. Tel. 0951-863-1741, Fax: 0951-863-4734,
e-mail: axel-bernd.kunze@ktheo.uni-bamberg.de)

[54-L] Lampert, Martin:
Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert: Gefährdungen - Lösungsstrategien - Wertung, Düsseldorf: VDM Verl. Dr. Müller 2006, 142 S., ISBN: 3-86550-380-2 (Standort: USB Köln(38)-34A984)

INHALT: "Der deutsche Sozialstaat ist seit 1980 zunehmend in schwieriges Fahrwasser geraten. Eine häufig genannte Ursache für diese Probleme ist in der Koppelung wesentlicher Sozialleistungen an die Erwerbstätigkeit des Einzelnen zu suchen, die zum einen die Exklusion weiter Teile der Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt mit der sozialen Absicherung spiegelt und zum anderen die Arbeitslosigkeit durch weitere Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit selbst verstärkt. Die vorliegende Untersuchung geht in drei Schritten vor: eine empirische Problemanalyse der Faktoren Globalisierung, Erwerbsarbeit, Einkommensverteilung und Armut; das Vorstellen des deutschen Sozialstaats als einer lohnabhängigen Existenzsicherung; schließlich ein Vorschlag alternativer Strategien der sozialen Absicherung, der sowohl ethischen als auch ökonomischen Kriterien genügt. Beispielhaft wird Mitschkes Vorschlag eines integrierten Steuer-Transfer-Systems diskutiert, das die Vereinfachung des Gesamtsystems, zahlreiche Synergien aus der Zusammenlegung von Sozialleistungen und der Abkoppelung von der Erwerbsarbeit mit ausreichender staatlicher Unterstützungo verbindet." (Autorenreferat)

[55-L] Lemke, Matthias; Hermeier, Philipp (Hrsg.):
Soziale Gerechtigkeit?, (Diskurs - politikwissenschaftliche und geschichtsphilosophische Interventionen : Studienhefte), Göttingen: Cuvillier Verl. 2006, 131 S., ISBN: 978-3-86727-095-3 (Standort: UB Köln(38)-35A251)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Christian Grünnagel: Sade mit Agamben gelesen. Das Paradox der Souveränität in der Philosophie dans le boudoir (6-16); Nicolette Kressl: Zukunft Bildung und Betreuung. Was hat frühkindliche Bildung mit sozialer Gerechtigkeit zu tun? (17-27); Matthias Lemke: Die Aktualität der platonischen Gerechtigkeitskonzeption (28-35); Karl-Josef Laumann: Soziale Gerechtigkeit (36-40); Klaus Nathaus: Das Soziale der sozialen Gerechtigkeit - eine Frage von Werten? Voraussetzungen der Bürgergesellschaft aus historischer Perspektive (41-46); Max Reinhardt: Typen führender Sozialdemokraten im Vergleich. Von Marx zu Ebert (47-54); Christoph Butterwegge: Die soziale Gerechtigkeit - Grundwert oder Standortrisiko? (55-65); Sebastian Nawrat: Heimliches Godesberg. Die Vorbereitung der Agenda 2010 in der Opposition (66-76); Thilo Fehmel: Sozialpartnerschaft und Sozialpolitik. Geschichte und Zukunft eines Kompetenzverhältnisses (77-90); Stephan Klecha: Eigenartiges und Selbstverständliches - Gewerkschaften und Sozialstaat (91-97); Michael Schwinger: Soziale Dienste und soziale Gerechtigkeit: Zur Ambivalenz von Dienstleistung und advokatorischer Interessenvertretung (98-104); Daniel Kuchler: Ein demokratistischer Fehlschluss? Kommentar zur Theorie der failed states (105-121); Peter Nitschke: Rettungsfolter im modernen Rechtsstaat? Eine Verortung (122-128).

[56-L] Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen:
Gerechtigkeitsprobleme im Wohlfahrtsstaat: Besteuerung, wohlfahrtsstaatliche Transfers und die Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens, (DIW Diskussionspapiere, 690), Berlin 2007, 42 S. (Graue Literatur; URL: http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp690.pdf)

INHALT: "Der Beitrag arbeitet den in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen kontrovers diskutierten Zielkonflikt zwischen Leistungsund Bedarfsgerechtigkeit in modernen Wohlfahrtsstaaten heraus. Es wird dabei die Frage beantwortet, inwieweit dieses für die Makroebene der Gesellschaft durchaus bestehende Steuerungsproblem moderner Wohlfahrtsstaaten auch in der individuellen Wahrnehmung Gerechtigkeitsprobleme erzeugt. Anhand von Umfrageergebnissen einer theoriegeleiteten Zusatz-Erhebung der Längsschnittstudie Sozioökonomisches Panel (SOEP) wird untersucht, wie Erwerbstätige ihr Einkommen unter dem Aspekt der Lohngerechtigkeit bewerten und welche Bedeutung dabei wohlfahrtsstaatliche Eingriffe haben. Ein zentrales Ergebnis der Analysen stellt der vergleichsweise hohe Anteil derjenigen dar, die ihr Erwerbseinkommen als gerecht wahrnehmen. Lediglich ein Viertel der Erwerbstätigen beurteilen in Deutschland ihr Einkommen als ungerecht. Genauso scheint der in der Literatur für die Makroebene der Gesellschaft konstatierte normative Zielkonflikt zwischen Leistung- und Bedarfsgerechtigkeit auf der individuellen Ebene nicht wirklich zu bestehen, wie der Beitrag theoretisch unter Rückgriff auf neue multidisziplinäre Arbeiten diskutiert und auch empirisch zeigt. Ein nicht erwartetes Ergebnis der Analysen besteht darin, dass Transferzahlungen des Staates die individuellen Ungerechtigkeitsempfindungen im Hinblick auf das eigene Einkommen nicht kompensieren können; offen erkennbare Transferzahlungen werden möglicherweise als diskriminierend empfunden." (Autorenreferat)

[57-L] Lüders, Christian:
Was leistet wissenschaftliche Sozialberichterstattung für Fachpraxis und Politik?: das Beispiel der Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung, in: , 2006, S. 27-41

INHALT: "Der Beitrag unternimmt den Versuch, die Leistungen der Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung im Horizont jüngerer Analysen zum Wandel des Verhältnisses von Sozialwissenschaften und Politik bzw. Fachpraxis und Medien unter die Lupe zu nehmen. Nach einer kurzen Beschreibung der Kinder- und Jugendberichte als eine besondere Form der Bildungs- und Sozialberichterstattung schließt sich eine erste Annäherung aus wissenschaftssoziologischer Perspektive an, die darin mündet, die Kinder- und Jugendberichte als hybride Foren der Wissensproduktion zu beschreiben. Im dritten Abschnitt werden dann kurz die Adressaten der Berichte und soweit möglich die Umgangsformen damit vorgestellt, während im vierten Abschnitt die Leistungen der Berichte für Politik und Praxis gebündelt werden. Ein kurzer Ausblick, der die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung als Momente einer neuen Wissensordnung interpretiert, schließt die Überlegungen ab." (Autorenreferat)

[58-L] Manow, Philip:
Religion, Wahlregeln, Klassenkoalitionen und Wohlfahrtsstaatsregime - oder: wie man Esping-Andersen mit Stein Rokkan erklären kann, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36/2007, H. 6, S. 414-430 (Standort: USB Köln(38)-XG01232; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit der Veröffentlichung von Esping-Andersens The Three Worlds of Welfare Capitalism wissen wir, dass sich die entwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens sinnvoll in drei verschiedene Regime unterteilen lassen: in einen nordisch-skandinavischen oder sozialdemokratischen, einen kontinentaleuropäischen oder konservativen sowie einen angelsächsisch bzw. liberalen Wohlfahrtsstaat. Warum sich die modernen westlichen Wohlfahrtsstaaten in dieses Muster einfügen, ist jedoch weiterhin kontrovers. Dieser Beitrag entwickelt ein Argument, das in der Lage ist, der Esping-Andersenschen Regimetypologie eine historisch-kausale Fundierung zu geben. Das Argument verbindet das Wissen um die Bedeutung von Wahlsystemen für die politische Repräsentation von sozio-ökonomischen Interessenlagen mit unserem Wissen über die unterschiedlichen gesellschaftlichen 'cleavages', die die Parteiensysteme in Skandinavien und auf dem Kontinent geprägt haben. Die zentrale These des Aufsatzes lautet, dass ein Mehrheitswahlsystem zu einem liberalen Wohlfahrtsstaat führt, während in den Ländern mit Verhältniswahlsystem entweder Koalitionen aus Sozialdemokratie und Agrarparteien (Skandinavien) oder aus Sozial- und Christdemokratie (Kontinentaleuropa) für den Ausbau der jeweiligen Wohlfahrtsstaaten verantwortlich zeichneten." (Autorenreferat)

[59-F] Marquis, Lionel, Dr.rer.pol.; Giger, Nathalie (Bearbeitung); Armingeon, Klaus, Prof.Dr. (Leitung):
Political consequences of attitudes towards the welfare state

INHALT: The research theme is citizens' attitudes toward the welfare state in Switzerland (1984-2004). Our questioning may be summarized in three related questions. (1) Under what conditions do welfare state attitudes become consequential for political behavior, that is, when do citizens use their attitudes toward the welfare state to make voting decisions (direct democratic votes) and to choose candidates and parties in general elections? (2) More specifically, under what conditions will welfare state retrenchment lead to electoral losses for governing parties, and what is the potential for political elites to create support for welfare state retrenchment? (3) What is the most prevalent component of welfare state attitudes? Are decisions made according to normative, utilitarian or "cognitive" considerations? Our project will proceed in four steps. In a first step, we shall focus on the opinion formation process in popular votes. We will reanalyze 26 Vox surveys bearing on 38 ballot subjects in the 1984-2004period. With this data we wish to show whether utilitarian, normative, or factual elements are prevalent in the decision-making process. To account for elite behavior and conflict we will use the vote recommendations of parties. Besides, the independent framing and agenda-setting strategies of the mass media will be measured by collecting data about the issues covered in four major Swiss newspapers. In a second step, we shall consider general elections. We will use surveys of the Swiss elections of 1995, 1999, and 2003 (Selects). Comparing the opinion formation process in elections and in direct democratic votes will allow us to gauge if an "institutional effect" holds: Are welfare state attitudes muted in general elections, or do they also influence electoral choices? Do citizens act differently in these two settings? In a third step, we will conduct an experiment at the University of Bern to pit the "derivation" explanation against the "rationalization" explanation of statistical associations between beliefs and behaviors. In other words, do people really act according to their welfare state attitudes and beliefs (derivation), or do they first make a decision (for instance on the basis of one salient consideration such as the potential personal benefit of some political measure) and then "construct" reasons for their decision (rationalization)? In a final step, an international comparative analysis will provide the basis for generalization from the Swiss situation. Are there

similar effects at work in other countries? Are elections in Switzerland different from elections in other countries, where elements of direct democracy are much weaker? Do we find systematic evidence that voters punish governments or parties if they try to retrench welfare state policies? And finally, is that "punishment" mainly based on normative, utilitarian, or cognitive reasons? *ZEITRAUM:* 1984-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Switzerland and OECD countries (international part)

METHODE: There will be three kinds of research methods. First, we will use (secondary) survey data to examine the importance and consequentiality of welfare state attitudes in elections and direct democratic votes. Second, we will collect our own experimental data to test the "derivation" vs. "rationalization" hypotheses. The experiment will be carried out at the University of Bern with some 150 participants. Third, an international comparative analysis will be developed to contextualize our findings in a larger frame. For the international part we will use international survey data and comparative election studies. Untersuchungsdesign: cross-sectional data (exp. & sec. an.) *DATENGEWINNUNG:* Experiment; Quasi Experiment (Stichprobe: 150; individuals -Swiss citizens-; Auswahlverfahren: voluntary participation). Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: ca. 1.000; respondents for each sample - survey sample). Feldarbeit durch Mitarbeiter des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2005-07 *ENDE:* 2008-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* NFP 41 Verkehr und Umwelt: Wechselwirkungen CH-Europa

INSTITUTION: Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz)

[60-L] Marten, Carina; Scheuregger, Daniel (Hrsg.):
Reziprozität und Wohlfahrtsstaat: Analysepotential und sozialpolitische Relevanz, Opladen: B. Budrich 2007, 247 S., ISBN: 978-3-86649-120-5

INHALT: "Die Beziehungen zwischen Markt, Staat und Individuen befinden sich im Wandel. Soziale, demografische und ökonomische Herausforderungen und daraus resultierende politische Reformen hinterfragen bzw. verändern die bisherige Organisation und Legitimation sozialpolitischer Konzepte. In diesem Sammelband wird das theoretische Konzept der Reziprozität, also der Gegenseitigkeit, hinsichtlich seiner Bedeutung und seines Potentials für die entsprechenden sozialwissenschaftlichen Fragestellungen diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Torsten Niechoj: Homo oeconomicus conturbatus? Wie Reziprozität die ökonomische Theorie kollektiven Handelns verändert (21-46); Peter Schwarz: Egoismus, Reziprozität und die Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Politik: Befunde der experimentellen Ökonomik (47-68); Dirk Koob: Sozialkapital und Normen der Reziprozität. Zur Verwechslung von Handlungsressourcen und strukturellen Ermöglichungsbedingungen (69-96); Daniel Scheuregger: Zur Bedeutung der Reziprozität für die Akzeptanz sozialer Ungleichheit. Eine empirische Analyse am Beispiel der Einkommensungleichheit (97-110); Antonio Brettschneider: Rückkehr der Schuldfrage? Überlegungen zur politischen Soziologie der Reziprozität im Wohlfahrtsstaat (111-146); Sabine Weiland: Das umweltpolitische Vorsorgeprinzip - Ein Beitrag zur intergenerationalen Reziprozität? (147-172); Christina May: Reziprozität zwischen Generationen im Wohlfahrtsstaat (173-194); Ilona Ostner: Rechte und Pflichten von Vätern im Wohlfahrtsstaat (195-224); Carina Marten: Aktivierungspotential Alleinerziehende? Das Reziprozitätsverhältnis zwischen allein erziehenden Müttern und dem Wohlfahrtsstaat (225-242).

[61-L] Merkel, Wolfgang:
Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag: die Zukunft der Wohlfahrtsstaaten in Europa, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 45/2006, H. 2 = H. 174, S. 39-51 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In Europa lassen sich nach Esping-Andersen drei Typen von Wohlfahrtsstaaten unterscheiden: (1) der liberale Wohlfahrtsstaat, wie er prototypisch von Großbritannien vertreten wird, dessen Merkmale sich aber zunehmend auch in den Niederlanden finden lassen; (2) der konservative Wohlfahrtsstaat, wie er vor allem in Deutschland und Frankreich, aber auch in Österreich, Belgien und Italien vorherrscht; (3) der sozialdemokratische Wohlfahrtstaat, für den die skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen, Schweden und seit einigen Jahren auch Finnland stehen. Um die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten und den Erfolg ihrer Reformpolitik zu beurteilen, untersucht der Autor ihre Performanz auf drei zentralen Politikfeldern, die in einem engen funktionalen Zusammenhang mit ihrer Struktur stehen: Fiskalpolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik. Anhand dieser Politikfelder zeigt er die Entwicklungen und die Reformfähigkeit in sechs Ländern (Großbritannien und die Niederlande, Deutschland und Frankreich sowie Dänemark und Schweden) im Zeitraum 1995-2004 auf, wobei er auch eine kurze Gerechtigkeitsbilanz zieht. Die skandinavischen Länder liegen seiner Analyse zufolge an der Spitze, während Frankreich und Deutschland am unteren Ende rangieren. Der Autor erörtert vor diesem Hintergrund die Zukunftsfestigkeit der europäischen Sozialstaaten und plädiert für einen neuen Gesellschaftsvertrag. (ICI)

[62-L] Merkel, Wolfgang:
Durchregieren?: Reformblockaden und Reformchancen in Deutschland, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 27-45, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: "Um die erheblichen Unterschiede in der wirtschafts- und sozialpolitischen Bilanz von (hochentwickelten) Staaten erklären zu können, wird man die empiriefernen Vogelperspektiven holistischer Theorien verlassen und sich in die Niederungen sozial- wie politikwissenschaftlicher Ansätze mittlerer Reichweite begeben müssen. Dafür bieten sich insbesondere institutionentheoretische Ansätze (vgl. vor allem Scharpf 2000; Pierson 2000; Tsebelis 2002) an, die die Handlungsmöglichkeiten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Akteure nicht nur anerkennen, sondern sie in ihrer Wechselwirkung mit den institutionellen Opportunitätsstrukturen in ihre Erklärungsansätze integrieren. Der Sinkflug aus den luftigen Theoriehöhen soll den Verfasser in der weiteren Analyse über folgende Etappen führen: Zunächst sollen eine Problembilanz deutscher Politik im internationalen Vergleich vorgelegt und die wichtigsten Problembereiche ermittelt werden. Die anschließende Problemanalyse wird wesentliche politisch-institutionelle Ursachen der deutschen Reformschwäche aufdecken. Danach werden die Potenziale einer Großen Koalition zur Lösung der Reformblockaden diskutiert. Ein Ausblick auf die Reformchancen der Zukunft soll die Analysen und Überlegungen abschließen." (Autorenreferat)

[63-L] Meyer, Thomas:
Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie, (Policy - Politische Akademie), Berlin 2006, 10 S. (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/akademie/03623-02.pdf)

INHALT: "Soziale Demokratie ist ein Typ liberaler Demokratie, in dem die politische und gesellschaftliche Gesamtverfassung so eingerichtet ist, dass die Realwirkung der Freiheitsrechte, im Gegensatz zur bloßen Formalgeltung, gewährleistet werden kann. Sie verlangt unter anderem einen grundrechtsgestützten Sozialstaat und eine sozial und ökologisch eingebettete Marktwirtschaft. Das Gegenmodell zur Sozialen Demokratie ist die libertäre Demokratie. Sie beschränkt sich auf die Deklaration der Formalgeltung der Grundrechte, blendet aber die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Realgeltung bewusst aus. Ihre Kennzeichen sind unter anderem die Dominanz von Markt- und Eigentumsprinzip in der Wirtschaft und das Fehlen verlässlicher sozialer Grundrechte. Wo verläuft in der Praxis die Grenze zwischen den beiden Typen? Anhand welcher Kriterien lässt sie die Grenze bestimmen? Welche Modelle lassen sich innerhalb des Typs Sozialer Demokratie sinnvoll unterscheiden?" (Autorenreferat)

[64-L] Münchmeier, Richard:
Hält die Doppelstruktur des Wohlfahrtsstaates noch?: Anmerkungen zum historischen und gegenwärtigen Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialpädagogik, in: E. Jürgen Krauß, Michael Möller, Richard Münchmeier (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Kassel: Kassel Univ. Press, 2007, S. 207-230, ISBN: 978-3-89958-249-9 (Standort: Bayer SB München(12)-2007.22205; URL: http://www.upress.uni-kassel.de/online/frei/978-3-89958-249-9.volltext.frei.pdf)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der historischen Arbeitsteilung zwischen Sozialer Politik und Sozialer Pädagogik zeigt der Verfasser, dass in der sozialreformerischen Tradition Deutschlands sich die Aufgabe sozialer Kontrolle in eine spezifische arbeitsteilige Doppelstruktur ausdifferenziert hat: einerseits sanfte Kontrolle durch Soziale Arbeit, die auf pädagogische und therapeutische Mittel setzt und andererseits ein gesetzlich verankertes Hilfesystem von sozialpolitischen Leistungen, das auf den Gedanken von gesellschaftlicher Solidarität und verbrieften Leistungsansprüchen beruht. Diese Doppelstruktur ist aber keineswegs ohne Widersprüche. Sie wird vielmehr durch die Geschichte hindurch immer wieder problematisiert und in Frage gestellt. In diesem Kontext wird der Frage nachgegangen, ob die prominent gewordene, viel benutzte Formel vom 'aktivierenden Staat' und seinem Leitprinzip des 'Fördern und Fordern' das Verhältnis von Sozialer Politik und Sozialer Pädagogik mit weit reichenden Folgen verändert oder ob sie 'nur' eine neue Seite des Widerspruchs von Politik und Pädagogik hervorkehrt und dramatisiert. Es wird argumentiert, dass die gegenwärtige, auf Etatkürzungen im Sozialbereich einerseits, auf die Verlagerung der Verantwortung auf die zivilgesellschaftliche oder individuelle Ebene andererseits ausgerichtete Politik nicht nur die aktuellen Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit auf der Personal-, Einrichtungs- und Maßnahmenebene bedroht. Sie verstärkt vielmehr die Gefahr, die Legitimationsgrundlagen moderner Sozialarbeit zu zerstören, die auf einer historischen Arbeitsteilung und einem Funktionsgleichgewicht zwischen Sozialer Politik und Sozialer Pädagogik beruhen. Das pädagogisch-sozialpädagogische Handeln der Sozialarbeit lässt sich rechtfertigen nur in der Arbeitsteilung und Kooperation mit einer Sozialpolitik, die die strukturellen und materiellen Hilfen für die in 'Not' Geratenen bereithält, so dass Sozialarbeit sich auf 'Psychosoziale Hilfen' konzentrieren kann. Dieser gleichsam moralische Schaden wiegt letztlich sogar schwerer als die fiskalischen Probleme. Er betrifft eine historisch gewachsene Struktur, die sich, wenn sie einmal zerstört ist, bei Bedarf nicht beliebig reproduzieren lässt. (ICG2)

[65-L] Nachtwey, Oliver:
Gerechtigkeitsprobleme der Marktsozialdemokratie: zur Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 3, S. 95-106 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.berlinerdebatte.de/neu/index.php?option=com_content&task=view&id=63)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem Entwurf des Grundsatzprogramms der SPD auseinander und schildert die Legitimationsmuster der Marktsozialdemokratie sowie die Neu-Grundierung der Grundwerte der Partei. Er zeigt, dass die jetzt gültige Version wieder eine starke Version von Verteilungsgerechtigkeit enthält, die teilweise wortwörtlich aus dem Berliner Programm übernommen wurde. Bei der sozialen Gerechtigkeit waren es die multiplen Interessen und Strömungen, die die Kohärenz der produktivistischen Orientierung durch die Wiedereinführung der Verteilungsgerechtigkeit gebrochen haben. Hier sieht er einen Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der SPD. Die Parteilinke hat immer noch ein Eigengewicht und teilweise innerparteiliches Terrain zurückgewonnen. Es wird die These vertreten, dass mit der rhetorischen Re-Traditionalisierung sich der Charakter des Programmentwurfs verschoben hat. In der Programmdebatte bestand die Möglichkeit für ein neues Godesberg der Marktsozialdemokratie - die Formulierung einer einigermaßen stimmigen Programmatik für eine gewandelte Sozialdemokratie. Mit einem neuen Godesberg hätte man nicht die ehemaligen Mitglieder oder zahlreiche Wähler zurückgewinnen können. Während das Godesberger Programm die SPD aus dem 30 Prozent-Turm herausführen sollte, geht es heute für die SPD darum, die 30 Prozent-Marke zu halten - dann bleibt sie die Partei mit den größten Regierungsaussichten für die nächsten Jahre. Es wird argumentiert, dass der Entwurf einen Kompromiss beinhaltet. Beck will mit der Betonung von Leistung die Milieus der leistungsorientierten, aber solidarischen Mitte aus Arbeitnehmern und Bürgertum an die SPD binden. Für die Anhänger der realen Politik der Marksozialdemokratie ist der Bremer Entwurf nicht kohärent genug, nicht der Politik entsprechend. Anders verhält es sich für die Anhänger klassischer sozialdemokratischer Programmatik, wie sie teilweise im Programm zu finden ist. Für sie bleibt die Politik der Partei nicht akzeptabel. Am Ende wird es also kein neues Godesberg, sondern ein erneutes Programm des Übergangs, das man - genau wie das noch gültige Programm - schon nach wenigen Jahren wieder revidieren möchte. (ICG2)

[66-F] Neller, Katja, Dr.; Trüdinger, Eva-Maria, Dipl.-Soz.Wiss. (Bearbeitung):
Der Einfluss des politischen Vertrauens auf die Unterstützung der Reform des Sozialstaates in Deutschland

INHALT: Seit mehr als einem Jahrzehnt steht Deutschland vor der Herausforderung, die Systeme der sozialen Sicherung den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Trotz des dringenden Handlungsbedarfs hat die Politik auf Fragen wie den demographischen Wandel oder die explodierenden Kosten für das Gesundheitssystem bisher noch keine überzeugenden Antworten gefunden. Bei der Suche nach Erklärungen für die Reformblockaden wurde in der politischen Debatte mehrfach ein Zusammenhang zwischen dem (mangelnden) politischen Vertrauen der Bevölkerung und der Reformfähigkeit der politischen Führung hergestellt. Gleichwohl das politische Vertrauen in seiner Struktur, Entwicklung und seinen Bedingungen hinreichend erforscht wurde, gibt es kaum Analysen, die sich mit den Auswirkungen des politischen Vertrauens gerade auf Einstellungen der Bevölke-

rung gegenüber materieller Politik beschäftigen. Das Ziel des Forschungsprojektes am Institut für Sozialwissenschaften ist daher herauszufinden, welche Auswirkungen das Vertrauen in Politiker, Parteien und Institutionen für die Bereitschaft der Bürger hat, Reformen des Sozialstaates zu unterstützen und zu akzeptieren - auch wenn diese Reformen Opfer abverlangen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Politikfelder Rente, Gesundheit und Familie. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Auf eine breite Datenbasis kann zum Forschungsthema nicht zurückgegriffen werden, da zum einen nur wenige passende Daten zur Verfügung stehen und zum anderen die vorhandenen Daten nicht mehr aktuell sind. Daher ist eine Primärerhebung zum Projekt erforderlich, was die Möglichkeit bietet, neue Messkonzepte zu entwickeln und anzuwenden. In einer eigenen, repräsentativen Bevölkerungsumfrage, sollen 2.000 Bürger aus Ost- und Westdeutschland befragt werden. Die Erhebung wird im Herbst 2007 von Infratest-Dimap durchgeführt. Für die Entwicklung eines Fragebogens müssen zunächst die beiden Konzepte "politisches Vertrauen" und "Bereitschaft zur Reform des Sozialstaates" operationalisiert werden. Wichtige Dimensionen der sozialpolitischen Orientierungen, die in der Bevölkerung vorherrschen, sind hierbei Kenntnisse der Bevölkerung über Reformen und die Einschätzung deren Bedeutsamkeit, sowie die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Form des Sozialstaates, die Erwartungen an die angestrebten Veränderungen und die Einstellungen zum Umfang sozialstaatlicher Ausgaben. Politisches Vertrauen als wichtigste Determinante in ihren Untersuchungen sehen die Autoren als die Erwartung eines Bürgers, dass das künftige Verhalten eines politischen Akteurs oder einer Institution den Standards der Kompetenz und Sachgerechtigkeit, der Verantwortlichkeit, Fairness und Gemeinwohlorientierung gerecht wird. Als Bezugsobjekte des politischen Vertrauens werden in diesem Projekt diejenigen Institutionen und Akteure betrachtet, die eine Schlüsselrolle im sozialpolitischen Reformprozess einnehmen. Neben dem Bundestag, der Bundesregierung und den Parteien gehören dazu auch Institutionen wie die Krankenkasse oder die Rentenversicherer. Der Analyse liegt die generelle Hypothese zugrunde, dass das politische Vertrauen der Bevölkerung die Bereitschaft zur Akzeptanz bzw. Unterstützung der Reform des Sozialstaats fördert. Neben dem politischen Vertrauen als wichtigstem Faktor werden auch andere potenzielle Faktoren für die Erklärung der Reformbereitschaft der Deutschen in den Blick genommen. So ist zu vermuten, dass die Bereitschaft zu Reformen genauso wie von der sozialstrukturell bedingten Interessenlage eines Bürgers auch von ideologischen Dispositionen, Wertorientierungen und der Informiertheit der Bürger abhängt.

ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. I Politische Systeme und Politische Soziologie (Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart)

KONTAKT: Neller, Katja (Dr. Tel. 0711-685-83427, e-mail: katja.neller@sowi.uni-stuttgart.de); Trüdinger, Eva-Maria (Tel. 0711-685-83668,
e-mail: eva-maria.truedinger@sowi.uni-stuttgart.de)

[67-L] Nonhoff, Martin:

Die ökonomische Bedrohung politischer Selbstbestimmung: zum Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat, (ZeS-Arbeitspapier, Nr. 10/2007), Bremen 2007, 33 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zes.uni-bremen.de/pages/arbeitspapierBeschreibung.php?ID=266&SPRACHE=de)

INHALT: "In jüngerer Zeit scheint politisches und dabei insbesondere sozialpolitisches Handeln zunehmend von Alternativlosigkeit geprägt. Öffentliche Diskurse transportieren zunehmend vermeintliche, ökonomisch oder gelegentlich auch juristisch begründete Notwendigkeiten und diskutieren immer weniger, dass demokratisch-politisches Handeln von der Konfrontation von Alternativen lebt. Vor diesem Hintergrund analysiert das vorliegende Arbeitspapier das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Demokratie und fragt insbesondere danach, unter welchen Umständen wohlfahrtsstaatliche Politik eine Gefährdung der Demokratie darstellt. Hiervon kann man zunächst insofern sprechen, als Sozialpolitik sich in wenigstens zwei Dimensionen immer stärker dem Imperativ des Ökonomischen unterwirft und sich immer weniger als Sozialpolitik begreift: Erstens sind die Organisationsformen von Sozialpolitik zunehmend dem ökonomischen Imperativ unterworfen, wohingegen die Werte der demokratischen Partizipation und der gemeinschaftlichen Selbstbestimmung unbedeutender werden. Zweitens wird das Subjekt des Wohlfahrtsstaats immer mehr als ökonomischer, leistender Bürger und immer weniger demokratisch verantwortlicher Citoyen begriffen. Von einer Bedrohung der Demokratie muss man schließlich auch sprechen, wenn es der Sozialpolitik nicht gelingt, Mindestforderungen der Gerechtigkeit - ohne deren Erfüllung eine lebendige Demokratie elementar gefährdet ist - nachzukommen. Eine denkbare Gegenstrategie zur Gefährdung der Demokratie wäre in diesem Kontext die Orientierung an einer Gerechtigkeitskonzeption, die in umfassender Weise Teilhabe ermöglicht. Grundsätzlich aber muss es darum gehen, den öffentlichen Raum von vermeintlichen Notwendigkeiten zu befreien und ihn zu repolitisieren." (Autorenreferat)

[68-L] Oswald-von-Nell-Breuning-Haus Wissenschaftliche Arbeitsstelle (Hrsg.):
Jahrbuch für Arbeit und Menschenwürde 2006: Bd. 7, Voll prekär - total normal? ; die Arbeitsrealitäten wahrnehmen, Aachen: Shaker 2006, 140 S., ISBN: 978-3-8322-5798-9 (Standort: UB Essen(465)-21/PXE2904+1)

INHALT: "Arbeit unter prekären Bedingungen hat in der jüngsten Zeit stark zugenommen. Immer mehr Menschen arbeiten für geringe Löhne (häufig unter dem Existenzminimum), können ihre Zukunft nicht zuverlässig planen und haben geringe oder keine Arbeitnehmerschutzrechte. Viele leben unter diesen Bedingungen - und viele weitere sind vom Abstieg in prekäre Beschäftigung bedroht. In diesem Band wird das 'Prekariat' beschrieben. An Beispielen aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden werden die heutigen Arbeitsrealitäten wahrgenommen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Mechthild Hartmann-Schäfers: "Nah Dran - alternativer Sozialreport Deutschland" (3-5); Paul Schobel: San Precario, bitte für uns ... (9-16); Karl Georg Zinn: Menschenverachtung im Kapitalismus. Prekäre Beschäftigung in reichen Ländern - eine moderne Art Sklaverei (17-27); Tom Binger: Das Drama der Prekarität - prekäre Arbeitsverhältnisse und neue Klassenzusammensetzung (29-39); Thorsten Schulten: Einkommen ohne Auskommen - zur aktuellen Debatte über den Niedriglohnsektor und die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland (41-50); Alexandra Wagner: Wirkungen "aktivierender" Arbeitsmarktpolitik (51-59); Stephanie Odenwald: Prekäre Arbeit im Weiterbildungsbereich (61-73); Carlo Knöpfel: Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz (75-83); Jutta Reiter: Die Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse in den Niederlanden aus gewerkschaftlicher Sicht (85-92); Manfred Füllsack: Individualisierte Knappheit? Überlegungen zur Prekarisierung produktiver Arbeit (93-105); Forum: Erfahrungsbericht: Die Prekarität von Arbeitsgelegenheiten oder die Verwaltung eines unmenschlichen Zustandes. Interview mit Herrn Tim Livni (109-112); Projekte: Christina Herrmann: "Dumme Putze ...":

ein Projekt räumt auf... (115-120); Bernd Bogert: Das Maß der Dinge ist der Mensch - Best Practise eines Altenheimes gegen das Diktat der knappen Kassen (121-127); Alexandra Rabea: Überraschende Erfahrungen mit einem Projekt für über 50-jährige langzeitarbeitslose Menschen in Nordrhein-Westfalen (129-133); Rezensionen: Heinz-Jürgen Metzger: Hunger nach Glauben und Gerechtigkeit (137-138).

[69-L] Pilz, Frank:
Das Bundesverfassungsgericht und der Sozialstaat, in: Robert Chr. van Ooyen, Martin H.W. Möllers (Hrsg.): Das Bundesverfassungsgericht im politischen System, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 407-417, ISBN: 978-3-531-14762-8 (Standort: UuStB Köln(38)-34A7298)

INHALT: Der Beitrag zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im politischen System geht anhand von sozialstaatlich relevanten Politikfeldern wie der Steuerpolitik, der Familien- und Alterssicherungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik der Frage nach, inwiefern das BVerfG dem Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum einräumt oder ihm enge Grenzen setzt. So wird am Beispiel des sozialen Bundesstaats die Frage diskutiert, ob durch neuere Entscheidungen des BVerfG die Gewichte zwischen dem föderalen Prinzip der Unterschiedlichkeit und dem sozialstaatlichen Prinzip der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse verschoben worden sind. Schließlich gilt der Frage besondere analytische Aufmerksamkeit, inwieweit das BVerfG angesichts anhaltender Konsolidierungszwänge der öffentlichen Haushalte bestimmte soziale Leistungen und arbeits-, sozial- und tarifrechtliche Regelungen im Kern für schützenswert erklärt. Als Fazit lässt sich festhalten, dass das BVerfG dem Gesetzgeber in sozialstaatlich relevanten Politikfeldern einen weiten Gestaltungsspielraum eingeräumt hat. Lediglich in der Vermögenssteuerpolitik sind dem Gesetzgeber enge Zügel angelegt worden, indem das Gericht der Politik weit reichende vermögensschützende Vorgaben machte. Vor dem Hintergrund anhaltender Konsolidierungspolitik des Sozialstaats genießen nach Auffassung des BVerfG soziale Leistungen und Regelungen in dem Maße besonderen Schutz, wie sie für die Menschen von existenzieller Bedeutung sind, auf eigenen eigentumsschützenden Beiträgen beruhen, der persönlichen Freiheitssicherung des Einzelnen dienen und längere Rechtstradition haben. Demgegenüber weitet sich die auf Konsolidierung gerichtete sozialpolitische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers um so mehr aus, je stärker der gemeinwohldienliche (soziale) Bezug sozialversicherungsrechtlicher Positionen ist. (ICG2)

[70-L] Pollmann, Arnd:
Soziale Menschenrechte & soziale Gerechtigkeit: ein Projektbericht, in: MenschenRechtsMagazin : Informationen, Meinungen, Analysen, Jg. 12/2007, H. 2, S. 147-172 (Standort: USB (Köln)38-XF537; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass die Menschenrechte gemeinhin in drei Klassen unterteilt werden: "liberale Freiheitsrechte", "politische Teilnahmerechte" und "soziale Teilhaberechte". Während der Status der ersten beiden Menschenrechtsklassen sowohl in rechtlicher als auch in moralphilosophischer Hinsicht weithin unstrittig ist, wird die Legitimität der Klasse sozialer Menschenrechte - gemeint sind etwa Rechte auf soziale Grundsicherung, Arbeit, Gesundheit, Bildung, kulturelle Teilhabe etc. - sehr häufig in Zweifel gezogen. Die Darstellung basiert auf Ergebnissen eines Forschungsprojekts, dessen Ziel gewesen ist, die normative Gleichrangigkeit sozialer Menschenrechte aus spezifisch philosophischer Sicht zu er-

weisen, d.h. relativ unabhängig von ihrer sonstigen rechtlichen und auch politischen Bedeutung. Dabei wird hervorgehoben, dass die philosophische Theorie sozialer Menschenrechte thematisch verwandte menschenrechtliche Problemstellungen aus den wissenschaftlichen Nachbardisziplinen zu berücksichtigen hat. Einleitend wird der eigentümliche Sinn spezifisch sozialer Menschenrechte thematisiert. Daran anschließend wird ihre normative und moralphilosophische Begründung auch gegenüber den beiden übrigen Menschenrechtsklassen vorgenommen. Auf diese Grundlegung aufbauend, werden die Inhalte, der Umfang, die Reichweite und die Rangordnung sozialer Menschenrechte aus der Sicht der leitenden Forschungshypothese analysiert. Diese wird wie folgt definiert: Aus moralphilosophischer Sicht benennen soziale Menschenrechte notwendige oder minimale Voraussetzungen globaler Verteilungsgerechtigkeit. Es wird argumentiert, dass soziale Menschenrechte auf die weltweite Erbringung elementarer Wohlfahrtsleistungen pochen, auf die Garantie eines sozialen "Minimums", das allen Menschen unterschiedslos qua Menschsein zusteht und das ihnen allen zu einem angemessenen Lebensstandard, zu einem Leben in Würde und Freiheit verhelfen soll. Im Rahmen der Darstellung wird überwiegend auf solche Literatur hingewiesen, die unmittelbar im Zusammenhang der Projektarbeit entstanden ist. Im Anhang wird eine thematisch gegliederte und ebenfalls aus dem Projekt hervorgegangene Auswahlbibliographie "Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" präsentiert. (ICG2)

[71-F] Potter, Jens, M.A. (Bearbeitung):
Sozialpolitische Werthaltungen im Alter - eine längsschnittliche Analyse des SOEP

INHALT: Sozialpolitische Werthaltungen im Alter gelten für dieses Dissertationsprojekt als leitendes Forschungsinteresse. Es interessiert, welche Altersgruppen bestimmte Werthaltungen präferieren, welche nicht. Darüber hinaus soll der Frage nachgegangen werden, ob Lebensereignisse in der Lage sind, Werthaltungen im biographischen Kontext inhaltlich oder in Bezug auf die Stärke einer Präferenz bestimmter Werthaltungen zu ändern. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Theoretische Bezüge sollen zum Lebensverlauf, Generationen und Werthaltungen hergestellt werden und anschließend durch Paneldaten des DIW analysiert werden.
ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2010-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler
INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0391-6716596, e-mail: jens.potter@ovgu.de)

[72-L] Priddat, Birger P.; Göbel, Tim:
Gemeinwohlmodernisierung: social capital, moral, governance ; 13 Essays, Marburg: Metropolis-Verl. 2006, 221 S., ISBN: 3-89518-562-0 (Standort: BSB München(12)-2007.20862)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Wie Bürger und Sozialstaat besser kooperieren können. Einige grundlegende Gedanken (9-17); Gemeinsinn als soziales Kapital. Bürgergesellschaft als Kooperationsprojekt (19-35); Zivilgesellschaft durch Vertrauen. "Third party enforcement" und "credible commitments" (37-58); Zivilisierungsfortschritte. Demokratisierung der Wissensgesellschaft und professioneller Staat (59-79); Governance im Wandel. Weniger Staat, mehr Zi-

vilgesellschaft? (81-84); Sozialstaatstransformation. Von der Umverteilung zur Investition (85-110); Benevolenzeffizienz: Stiftungsmodernisierung (111-121); Tim Göbel: Bürgergesellschaft als Lösung? (123-137); Gewerkschaften und Innovation. Das soziale Kapital der Solidarität (139-154); Corporate Cultural Responsibility (155-167); Bildungsgutscheine als Gerechtigkeits und Allokationsinstrument (169-177); Nachhaltigkeitsökonomie eines Gemeinwesens: Humankapital und Wirtschaftswachstum. Skizze einer neuen Investitionspolitik in Bildung in Deutschland (179-190); Verantwortung, Fairness, Dynamik: Verschiebungen der Gemeinwohlmatrix (191-202).

[73-L] Raffelhüschen, Bernd; Hagist, Christian; Heidler, Matthias; Schoder, Jörg:
Die Generationenbilanz - Brandmelder der Zukunft: Update 2007: Demografie trifft Konjunktur, (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 100), Berlin 2007, 16 S. (Graue Literatur; URL: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Argument_100_Brandmelder_II_internet.pdf)

INHALT: "Wichtige, auf die langfristige Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft ausgerichtete wirtschafts- und sozialpolitische Reformen bleiben so häufig auf der Strecke - sei es, weil sie von den politisch Verantwortlichen nicht rechtzeitig erkannt werden, sei es, weil sie trotz des Wissens um die Probleme politisch als nicht opportun angesehen werden und man sich lieber auf kurzfristige Wahlgeschenke verlässt. So können zunächst schleichend auftretende Probleme über die Jahre hinweg ein Ausmaß annehmen, das sie schließlich kaum noch lösbar erscheinen lässt. Bestes Beispiel dafür sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme, aber auch die seit Jahrzehnten zunehmende Verschuldung der Gebietskörperschaften. Seit den 1980er Jahren wurden diese Probleme trotz eindringlicher Warnungen von Experten fast völlig ignoriert oder - auch heute noch - kleingeredet. Erst in den letzten Jahren hat in der Politik ein Prozess des allmählichen Umdenkens begonnen, und es wurden vor allem in der Gesetzlichen Rentenversicherung einige wichtige Reformschritte unternommen. Um den bestehenden Reformbedarf, dessen Umsetzung für eine langfristig ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik Voraussetzung ist, anschaulich zu verdeutlichen, hat die Stiftung Marktwirtschaft im Jahr 2006 damit begonnen, das von der Wissenschaft entwickelte Instrument der Generationenbilanzierung aufzugreifen und jährlich eine Generationenbilanz für Deutschland zu veröffentlichen. Diese zeigt an, in welchem Ausmaß die Politik finanzielle Lasten in die Zukunft verschiebt, die dann von künftigen Generationen getragen werden müssen. In diesem Sinne lässt sich die Generationenbilanz auch als 'Brandmelder der Zukunft' interpretieren. Das vorliegende 'Update 2007' präsentiert zum einen die aktualisierte Generationenbilanz und legt zum anderen einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich des Gesundheitswesens. Es zeigt sich, dass der Handlungsbedarf nach wie vor immens ist. Darüber darf auch die derzeit erfreuliche konjunkturelle Entwicklung nicht hinwegtäuschen. Anstatt den Wirtschaftsboom als Problemlösung zu interpretieren, was er angesichts der strukturellen Probleme in Deutschland und seiner zeitlichen Begrenztheit nicht sein kann, sollte er als günstige Voraussetzung für die notwendigen Reformschritte angesehen werden. Gleichzeitig sollte er Anlass sein, die Reformbemühungen für mehr Nachhaltigkeit in der Sozial- und Finanzpolitik noch einmal deutlich zu intensivieren." (Textauszug)

[74-L] Reese-Schäfer, Walter:
Kommunitarismus heute und sein Einfluss auf die Politik der Zukunft, in: Tönnies-Forum : Rundbrief der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft e.V. für ihre Mitglieder und Freunde, Jg. 16/2007, H. 2, S. 5-18

INHALT: Der Autor beschreibt in seinem Vortrag zunächst den soziologischen Hintergrund der Kommunitarismus-Debatte und die Einflüsse des amerikanischen Theoretikers Amitai Etzioni. Er nimmt anschließend eine Unterscheidung zwischen altem und neuem Kommunitarismus, d.h. zwischen autoritärem und liberalem Gemeinschaftsdenken vor und skizziert einige Inhalte des neuen kommunitaristischen Denkens, die sich auf die Bedeutung von Familie, Schule, Sozialpolitik und bürgerschaftlichem Engagement in der Bundesrepublik beziehen. Seiner Meinung nach antworten der alte und neue Kommunitarismus auf ein elementares Gemeinschaftsbedürfnis, jedoch auf radikal entgegengesetzte Weise. Eine Gesellschaft, die diese menschlichen Gemeinschaftsbedürfnisse aus Angst vor Autoritarismus und Fundamentalismus ignoriert und auf sie mit sozialer Kälte reagiert, gerät seines Erachtens in Gefahr, der fundamentalistischen Barbarei zum Opfer zu fallen, da sie ihr keine Werte mehr entgegenzusetzen vermag. Der Autor entwickelt einige Überlegungen zu der Frage, wie die Werte des Gemeinwohls im komplexen Beziehungsgeflecht von Staat, Markt und Zivilgesellschaft bewahrt werden können. (ICI2)

[75-L] Reidegeld, Eckart:
Staatliche Sozialpolitik in Deutschland: Bd. 2, Sozialpolitik in Demokratie und Diktatur 1919-1945, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 604 S., ISBN: 978-3-531-14943-1

INHALT: Wie im ersten Band seiner Darstellung zur Entwicklung der Sozialpolitik bis 1918 ist es Reidegelds Intention, auch für den Zeitabschnitt von der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die gesellschaftsstabilisierende und herrschaftssichernde Funktion von Sozialpolitik herauszustellen. Der Autor will den 'dramatischen und barbarischen Gehalt dieser Epoche' sichtbar werden lassen, indem er nicht nur 'abstrakt von Strukturen und Prozessen' berichtet (8), sondern die sozialen, ökonomischen, politischen und geistigen Umstände und Handlungsbedingungen der demokratischen Sozialpolitik der Weimarer Republik wie der völkischen NS-Sozialpolitik umfassend darlegt. Deutlich wird, dass zwar inhaltlich unterschiedliche, formal aber ähnliche Mechanismen zur Durchsetzung der jeweiligen Überzeugungen und Weltbilder im rechten wie linken Spektrum zum Tragen kamen. Zudem zeigt Reidegeld mit seiner Darstellung, an deren Anfang und Ende eine Nachkriegssituation steht, wie sehr die staatliche Sozialpolitik 'vom 'Geist' und von den direkten oder indirekten Wirkungen des Krieges geprägt wird.' (11) (ZPol, NOMOS)

[76-L] Richter, Cornelia:
Nachhaltige Sozialpolitik: Inhalt, Reichweite und die Rolle des Eigennutzens für die Nachhaltigkeit, in: Felix Ekardt (Hrsg.): Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit : philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze, Münster: Lit Verl., 2006, S. 242-255, ISBN: 3-8258-0056-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3412)

INHALT: Die Verfasserin geht der Frage nach Leitlinien einer generationengerechten Sozialpolitik nach und nach den Bereichen der Sozialpolitik, in denen die Rede von Generationenge-

rechtigkeit sinnvoll ist. Sie vertritt die These, dass an der 'sozialen Nachhaltigkeit' nicht nur der interne Bezug der beiden Begriffselemente erörterungsbedürftig ist. Vielmehr wirft auch die dahinterstehende allgemeine Idee 'sozialer Gerechtigkeit' Fragen auf. Nachhaltigkeit ist eine spezielle Forderung der Gerechtigkeit, so dass soziale Nachhaltigkeit letztlich eine Spezialform sozialer Gerechtigkeit ist. Dies nicht nur, weil der Begriff des 'Sozialen' per se wenig Klarheit verheißt. Vielmehr ist die mit der sozialen Nachhaltigkeit verschwisterte Rede von 'sozialer Gerechtigkeit' schon für sich genommen durchaus diffus. Es wird gezeigt, dass der Begriff 'soziale Nachhaltigkeit' immer populärer wird, aber kaum einen klaren Gehalt hat. Die Autorin argumentiert, dass das Konzept des Sozialkapitals als Schlüssel zur 'sozialen Nachhaltigkeit' fungieren kann. Vor diesem Hintergrund werden die nachhaltige Renten- und Familienpolitik und die Rolle des Eigennutzes bei der faktischen Durchsetzung sozialer Nachhaltigkeit thematisiert. (ICG2)

[77-F] Schaarschuch, Andreas, Prof.Dr.; Harris, John, Dr. (Bearbeitung):
Die Konsumtion sozialer Dienstleistungen

INHALT: In diesem komparativ angelegten Projekt geht es darum, die verschiedenen Formen der Konsumtion sozialer Dienstleistungen auf der Grundlage der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregime Großbritanniens und Deutschlands zu untersuchen. Im Rahmen des ESCR Forschungsprogramms "Cultures of Consumption" soll danach gefragt werden, inwieweit sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher Konzeptualisierungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Staatsbürgerstatus auf der Ebene der Nutzer sozialer Dienstleistungen verschiedene Kulturen und gemeinsame Grundmuster in der Konsumtion sozialer und rekonstruieren lassen. Damit wird es möglich, die Bedingungen und Strukturen zu identifizieren, die sich aus dienstleistungstheoretischer Perspektive positiv oder negativ auf die Gebrauchswerthaltigkeit professionell erbrachter personenbezogener Dienstleistungen auswirken. Aus einer dienstleistungstheoretischen Perspektive ist die Beantwortung der Frage, auf welche Weise personenbezogene sozialer Dienstleistungen konsumiert werden und was den spezifischen Gebrauchswert sozialer Dienstleistungen aus Sicht der Konsumenten darstellt, eine der bedeutsamsten Aufgaben, die es zu klären gilt. Das Projekt richtet sich insbesondere auf Fragen, worin die zentralen Dimensionen des gebrauchswerten sozialer Arbeit bestehen, und auf welche Weise der Prozess der Konsumtion professioneller Dienste vonstatten geht. Zudem sollen der professionelle, der organisationelle und der institutionelle Kontext der Erbringung von personenbezogenen Dienstleistungen als moderierende Faktoren systematisch einbezogen werden *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Wuppertal, FB G Bildungs- und Sozialwissenschaften, Fach Pädagogik Lehrgebiet Sozialpädagogik, Soziale Dienste (42097 Wuppertal)
KONTAKT: Schaarschuch, Andreas (e-mail: aschaar@uni-wuppertal.de)

[78-L] Schäfer, Armin:
Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von Volksparteien?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 38/2007, H. 3, S. 648-666 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Beide große deutsche Volksparteien stecken in einer Krise. Bei der SPD ist dies offensichtlich, es trifft aber auch auf die CDU zu. Die Reform des Wohlfahrtsstaates ist in beiden Parteien äußerst umstritten, vor allem deshalb, weil große Teile der Bevölkerung dagegen sind. Die jüngsten Wahlen spiegeln dies wider. CDU und SPD, einstmals die Architekten des deutschen Wohlfahrstaat, jetzt anscheinend mit seinem Abriss beschäftigt, haben schlecht abgeschnitten, die kleineren Parteien feiern Erfolge. Der Beitrag untersucht - basierend auf allen Bundes- und Landtagswahlen seit 1990 - die Entwicklung des deutschen Parteiensystems und die Koalitionsbildung in Bund und Ländern. Es zeigt sich, dass sich die Sozialdemokraten - trotz gegenwärtig niedriger Unterstützung - in die Mitte des deutschen Parteiensystems bewegt haben. Gegenwärtig sind fünf Parteien im Bundestag vertreten, und die SPD ist besser platziert als die CDU, da für sie eine größere Zahl von Koalitionspartnern vorstellbar ist. Zudem zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der Wähler einen Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats im Sinne des skandinavischen Modells will, nicht weitere Kürzungen. (ICEÜbers)

[79-L] Schmidt, Manfred G.:
Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren: Sozialpolitik in Deutschland, in: Manferd G. Schmidt, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland : Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 137-157, ISBN: 978-3-531-14344-6

INHALT: Es wird die These vertreten, dass die Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ihre Aufgaben zufriedenstellend bis gut erfüllt. Sie schützt gegen materielle Verelendung und gegen Risiken, die der Einzelne nicht abdecken könnte. Die Politik wurde durch den Sozialstaat krisenfester, weil dieser gesellschaftliche und wirtschaftliche Erschütterungen auffängt. Allerdings - so die Argumentation - bestehen Ungleichgewichte zwischen dem sozialpolitischen Aufwand einerseits und der wirtschaftlichen Basis, den Arbeitskosten, anderen Politikfeldern und dem Generationenverhältnis andererseits. (GB)

[80-L] Schmidt, Manfred G.:
Die Politik des mittleren Weges: die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft : Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft, 2006, H. 22, S. 239-252 (Standort: USB Köln(38)-MEinzelsign; UbBonn(5)-Einzelsign; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte befasst sich mit der Frage, wodurch sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland von anderen wohlhabenden Demokratien unterscheidet. Mit Blick auf die 1980er Jahre der 'alten Bundesrepublik' liegt die Antwort in der so genannten 'Politik des mittleren Weges', deren Entwicklung und Ausgestaltung im Folgenden beschrieben werden. Der mittlere Weg der Bundesrepublik hat sein politisches Gravitationszentrum in einem Parteiensystem, in dem zwei umfassende Organisationen konkurrieren und dank der Kooperationszwänge im Bundesstaat wohl oder übel kooperieren: die mitte-links-orientierte SPD und die Union aus CDU und CSU, die einer Allerweltspartei näher kommt als alle anderen Parteien in Deutschland. Die Ausführungen gliedern sich in die folgenden Punkte: (1) die historischen Wurzeln der Politik des mittleren Weges, die bis in das Deutsche Reich von 1871 zurückreichen, (2) die Steuerungsleistungen und

Reproduktionsmechanismen des mittleren Weges, (3) die Performanz der Politik des mittleren Weges bis 1990 sowie (4) der mittlere Weg seit 1990 (fragilere Delegation öffentlicher Aufgaben, Kontinuität des starken Staates und seine Folgen, Ungleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Schwächung der Preisstabilitätspolitik, höhere Kosten und verminderter Nutzen des Mittelweges). Vor dem Hintergrund des Befundes, dass die Politik des mittleren Weges in ökonomischer und politischer Hinsicht heutzutage erheblich teurer als vor 1990 ist, wird abschließend die Frage aufgeworfen, warum Deutschlands Politik unter diesen Bedingungen auf dem mittleren Weg weiter voranschreitet. Eine Antwort geben die Lehre von der Pfadabhängigkeit und insbesondere der Hinweis auf die Kontinuität der politischen Reproduktionsmechanismen des mittleren Weges. (ICG2)

[81-L] Schmidt, Manfred G.:
Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), in: Christoph Egle, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes : eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 295-312, ISBN: 978-3-531-14875-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5543)

INHALT: Im Unterschied zur ersten Regierung Schröder ging die zweite Regierung unmittelbar nach der Wahl zu einer Sozialpolitik über, die eine Fülle von Korrekturen und tiefe Einschnitte mit sich brachte. Betroffen waren die Rentenversicherung, das Gesundheitswesen, die Pflegeversicherung und die von "Hartz IV" tangierten Bereiche. Verantwortlich für die Abweichungen von traditionellen sozialdemokratischen Sozialpolitikpfaden war eine komplizierte Mischung aus schweren ökonomischen, gesellschaftlichen und finanzpolitischen Problemen. Gleichwohl bleibt der Reformbedarf des deutschen Sozialstaats hoch. Verantwortlich hierfür sind das Ungleichgewicht zwischen der Wirtschaftskraft und dem sozialpolitischen Aufwand, das Ungleichgewicht zwischen Sozialpolitik und Beschäftigung, das Finanzierungsungleichgewicht sowie das Generationenungleichgewicht. (ICE2)

[82-L] Schui, Herbert:
Der Sozialstaat: seine Grundlagen und seine Krise, in: Frank Deppe, Georg Fülberth, Werner Goldschmidt, Ernst-Ulrich Huster, Reinhard Kühnl, Norman Paech, Wolfgang Schoeller, Herbert Schui, Gerd Wiegl: Nichts bleibt, wie es war : ein Vierteljahrhundert im Überblick ; 1980 bis 2005, Heilbronn: Distel Verl., 2005, S. 24-42, ISBN: 3-929348-39-X

INHALT: Die von Keynes als zentrale Entwicklungsbarriere identifizierte Unterkonsumtionsproblematik und ihre Behebung sind die Grundlage des Sozialstaatskonzepts. Der Sozialstaat reformiert die Produktionsverhältnisse so, dass sie sich selbst ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen. Gründe für den allmählichen Verfall des Sozialstaats sind die Neutralisierung der Verteilungspolitik durch Preissteigerungen und die falsche Reaktion der Politik hierauf. Neben dem Konsumismus und den ideologischen Effekten des Kalten Krieges hat auch der Korporatismus als Planungs- und Steuerungsinstrument des Sozialstaats einen Beitrag zur Verwässerung des systemtranszendierenden Gehalts des modernen Sozialstaats geleistet. Der Sozialstaat braucht eine dauerhafte und systematische institutionelle Absicherung. (ICE2)

[83-L] Sell, Axel; Wiegand-Kottisch, Maren (Hrsg.):
Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Globalisierung: Spielräume regionaler, nationaler und internationaler Akteure, (Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management, Universität Bremen, Bd. 14), Hamburg: Lit Verl. 2007, 244 S., ISBN: 978-3-8258-0245-5 (Standort: UB Bonn(5)-20073650)

INHALT: "Exportweltweltmeister Deutschland ist Schlusslicht bei der Beschäftigung; Besserung ist bislang nicht in Sicht. Empfehlungen zur Überwindung der Beschäftigungskrise kommen von allen Seiten und könnten widersprüchlicher nicht sein: an den Staat die Aufforderungen zu rigorosem Sparen einerseits und Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen andererseits; bei den Tarifparteien Lohnsenkung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einerseits und Lohnerhöhung zur Stützung der Konjunktur andererseits. Offen bleibt, wer beschäftigungswirksame Maßnahmen ergreifen soll und wie diese aussehen könnten. Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen anerkannter Fachexperten der IX. Jahreswirtschaftstagung 2005 des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen. Die Tagungsreferate sind in diesem Band in überarbeiteter Form wiedergegeben." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Andreas Freytag: Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik in der Globalisierung (17-28); Axel Sell: Alternativen einer nationalstaatlichen Beschäftigungspolitik (29-65); Michael Mirow: Fünf Thesen zu Unternehmensstrategien im Zeitalter der Globalisierung (69-83); Steffen Lehndorff: Arbeitsbeziehungen in Deutschland - inkompatibel mit der Globalisierung? (85-98); Ortwin Baum: Tarifpolitik und Unternehmen in der Globalisierung (101-112); Dierk Hirschel: Tarifpolitik und Gewerkschaften in der Globalisierung (113-116); Ulrich van Suntum: Effektive Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten in der Globalisierung (119-135); Gustav Horn: Globalisierung und Beschäftigung (137-147); Karsten Schneider: Strategien und Instrumente regionaler Beschäftigungspolitik in der EU (151-175); Christian Roth: Perspektiven einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik (177-195); Hans-H. Bass: Von den Nachbarn lernen? Erfahrungen europäischer Arbeitsmarktpolitik (197-212); Wolfgang Heller: Gibt es Auswege aus der weltweiten Beschäftigungskrise? (213-222).

[84-L] Siegel, Nico A.:
Sozialpolitik, in: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.) - 2., durchges. Aufl.: Vergleichende Regierungslehre : eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 291-308, ISBN: 3-531-33533-2

INHALT: Der Sozialpolitik, dem Sozialstaat oder der wohlfahrtsstaatlichen Politik kommen in der komparativen Policy-Forschung als "output"-orientiertem Zweig der vergleichenden Politikwissenschaft eine wichtige Rolle zu. Über deskriptive Bemühungen des historischen und internationalen Vergleichs hinaus können Sozialpolitikanalysen auch einen wichtigen Beitrag zur empirisch-analytisch Theoriebildung in der vergleichenden Politikwissenschaft leisten. Im vorliegenden Beitrag werden zunächst einige Anmerkungen zur Begriffswahl im deutschen Sprachgebrauch gemacht, bevor die Befunde der Sozialpolitikforschung näher dargestellt werden. Es werden ferner folgende Theorien der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung erläutert: Theorien des sozioökonomischen Funktionalismus, machtpolitische Ansätze und institutionalistische Theoriekonzepte. Darüber hinaus werden die Handlungsspielräume für politische Reformen im Kontext der Pfadabhängigkeit sowie die aktuellen Denationalisie-

rungsprozesse in Europa thematisiert. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Erörterung von offenen Forschungsfragen des Policy-Vergleichs etablierter Demokratien. (ICI)

[85-L] Siegel, Nico A.:
Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: Christoph Egle, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes : eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 379-407, ISBN: 978-3-531-14875-5 (Standort: UB Bonn (5)-2007/5543)

INHALT: Der Verfasser charakterisiert das Modell des deutschen Kapitalismus als "korporatistisch-soziale Variante des organisierten Kapitalismus". Er sieht den deutschen Kapitalismus mitten in einer Phase gradueller Transformation, die in Teilbereichen mindestens ebenso von wirtschaftlichen Prozessen und Akteuren geprägt wird wie durch politische Entscheidungen von Bundesregierungen. Dieser Wandel wird an mehreren Säulen des deutschen Kapitalismus deutlich: an der wohlfahrtsstaatlichen Politik mit ihrer gewandelten Alterssicherungs- und Arbeitsmarktpolitik, an der Entwurzelung des Mesokorporatismus durch die tripartistische Makrokonzertierung des Bündnisses für Arbeit und die Entkorporatisierung von Konzertierungsprozessen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und an der wirtschaftspolitischen Liberalisierung des Produktionsregimes (corporate governance, Regulierung von Produktmärkten, Reform der Handwerksordnung). (ICE2)

[86-L] Sievering, Oliver (Hrsg.):
Sozialpolitische Herausforderungen einer Gesellschaft im Wandel: Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof.Dr. Karl-Heinz Schmidt, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 151 S., ISBN: 3-631-56093-1 (Standort: USB Köln(38)-34A6879)

INHALT: "Die Beiträge dieser Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof.Dr. Karl-Heinz Schmidt widmen sich dem Leitthema Sozialpolitische Herausforderungen einer Gesellschaft im Wandel. Die Beiträge spannen ein breites Spektrum auf. In der Vielfalt der widergespiegelten Gedankengänge und dargestellten Auffassungen besteht indes ein verbindendes Element." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Detlev Landmesser: Solidarität statt Sozialpolitik: soziale Fürsorge im klassischen Athen (13-22); Andreas Wiendl: Ökologische Implikationen der Sozialpolitik (23-64); Michael Wüstenbecker: Sozialer Gemeinsinn statt hoheitlichem Zwang? (65-88); Ulrich Kazmierski: Das Märchen vom medizinischen Versorgungsparadies oder: Warum die Gesundheitspolitik ihre Ziele nicht erreichen kann (89-104); Oliver Sievering: Flat tax - ein ungerechtes Steuermodell? (105-136); Klaus Schafmeister: StadtRaumÖkonomische Überlegungen (137-152).

[87-L] Staub-Bernasconi, Silvia:
Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft: systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis - ein Lehrbuch, (UTB, 2786), Bern: Haupt 2007, 536 S., ISBN: 978-3-8252-2786-9 (Standort: UB Bielefeld(361)-IU700S798)

INHALT: "Die Verfasserin gibt zunächst einen Überblick über die Arbeit früher Theoretikerinnen Sozialer Arbeit. Im zweiten Teil werden die metatheoretischen Voraussetzungen für die Sozi-

ale Arbeit als Handlungswissenschaft dargelegt. Ressourcenerschließung, Bewusstseinsbildung, Umgang mit Machtquellen und Machtstrukturen sowie interkulturelle Verständigung als spezielle Handlungstheorien zeigen im dritten Teil die Praxisrelevanz des systemischen Paradigmas. Schließlich erfolgt ein Ausblick auf die Tatsache und Notwendigkeit zunehmender Transnationalisierung Sozialer Arbeit, dies auch unter dem Aspekt eines transnationalen Feminismus sowie der Forderung nach Sozialverträglichkeit der Wirtschaft." (Autorenreferat)

[88-F] Tessier, Anne, M.A. (Bearbeitung); Bender, Christiane, Prof.Dr. (Betreuung):
Die Transformation des Wohlfahrtsstaats in Frankreich und Deutschland am Beispiel der Politik der Dekommodifikation

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich
ART: *BEGINN:* 2006-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Geistes- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Professur für Soziologie (Postfach 700822, 22008 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-6541-3589, e-mail: tessier@hsu-hh.de)

[89-L] Toens, Katrin:
Der Zwang zur Freiheit: Kontingenzerzeugung im Sozialstaat, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 2 = H. 178, S. 127-134 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasserin setzt sich zunächst auf begrifflicher Ebene mit Kontingenz auseinander und unterscheidet hier Hintergrundkontingenz, marktvermittelte Kontingenz und strategische politische Kontingenz. Sie benennt dann Beispiele für strategische Kontingenz im Sozialstaat. Hier geht es einerseits um diskursive Formen der Kontingenzerzeugung, die sich auf der ideellen Ebene sozialpolitischer Debatten abspielen, und um materielle Formen der Kontingenzerzeugung auf der Ebene der Sozialrechtsreformen. Die Begleitung sozialstaatlicher Reformen durch die Sozialwissenschaften kann unterstützend, kritisch oder beschreibend sein. (ICE2)

[90-F] Trampusch, Christine, Dr. (Bearbeitung); Streeck, Wolfgang, Prof.Dr.Dr.h.c. (Leitung):
Transformation des deutschen Korporatismus

INHALT: Wie hat sich das "deutsche Modell" eines korporatistisch organisierten Kapitalismus seit den siebziger Jahren geändert? Und wie ist dieser Wandel zu erklären? Das Buchprojekt fasst die Ergebnisse jahrelanger empirischer Forschung zusammen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Transformation der Arbeitsbeziehungen, der organisatorischen Krise der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, dem Wandel des Sozialstaats und seiner Wechselwirkung mit dem System der industriellen Beziehungen, der Auflösung des Unternehmensnetzwerks der "Deutschland AG", dem Scheitern der angestrebten "Bündnisse für Arbeit" in den Jahren 1995 und 1999 sowie dem Einfluss der europäischen Integration. Funktionalistische und politische Theorien wirtschaftlicher Institutionen werden verglichen. Die Liberalisierung der Nachkriegsordnung wird als Prozess der Desorganisierung der westdeutschen politischen

Ökonomie im Zuge graduellen und dennoch fundamentalen institutionellen Wandels beschrieben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Theorie: akteurzentrierter Institutionalismus; Methode: offene Interviews, Presse- und Dokumentenrecherche. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: 30; Persönlichkeiten aus Politik und Verbänden). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des

VERÖFFENTLICHUNGEN: Streeck, Wolfgang; Trampusch, Christine: Economic reform and the political economy of the German welfare state. in: German Politics, 14, 2005, 2, pp. 174-195.

ART: *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[91-L] Turowski, Jan:

Die Zukunft des Sozialstaats, (Policy - Politische Akademie), Berlin 2005, 11 S. (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/03539.pdf)

INHALT: "Der demografische Wandel, die Veränderungen der Arbeitswelt, die zunehmende Internationalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie Prozesse gesellschaftlicher Pluralisierung haben sowohl die inneren als auch die äußeren Rahmenbedingungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme entscheidend verändert. Der deutsche Sozialstaat steckt in der Krise und es bedarf grundlegender Reformen, um ihn wieder zukunftsfest zu machen. Doch welches Leistungsprofil muss ein Sozialstaat der Zukunft aufweisen? Wie können wir Strukturen und Finanzierung der Sozialsysteme erfolgreich reformieren? Mit welchen institutionellen Veränderungen und mit welchen Wirkungen haben die verschiedenen Sozialstaaten in Europa auf ähnliche Herausforderungen reagiert? Welche Reformmodelle gibt es und welche davon können auf Deutschland übertragen werden?" (Autorenreferat)

[92-L] Ulrich, Bernd:

Für immer abgehängt: das Ende der sozialen Mobilität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 7, S. 845-855 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser analysiert die Karriere des Begriffs 'Unterschicht' im Kontext des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland. Es wird gezeigt, dass in der Zeit des Wirtschaftswunders die Klassenunterschiede immer geringer wurden und die tradierte Klassengesellschaft als Realität als Beschreibungsmodell ausgedient hat. Soziale Lagen, Milieus und Lebensstile wurden zu Schlüsselbegriffen der gesellschaftlichen Selbstthematisierung in den 1980er Jahren. Mitte der 1990er Jahren dominierte bei der Mehrheit der Bevölkerung ein Selbstverständnis als Mittelschicht. Der Autor zeigt, dass diese letzte Bastion des bundesdeutschen Selbstverständnisses zu bröckeln beginnt. Es sind vor allem die subjektiven Bewertungen der Lebensumstände und die Antizipation von Deklassierung, an denen der Trend der verunsicherten Mittelschichten ablesbar ist. Es wird argumentiert, dass den aktuellen Untersuchungen zufolge die fehlende Aufstiegsorientierung zu einem gesellschaftlichen Problem geworden ist. Die ursprüngliche Vision sozialer Gleichheit und Durchlässigkeit ist aus dem Blick geraten. Aus Aufstiegshoffnungen sind Abstiegsgewissheiten geworden.

Der Charakter des Wohlfahrtsstaates hat sich vom sorgenden zum 'aktivierenden' Sozialstaat gewandelt. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklungsszenarien wird die These vertreten, dass es bereits heute geradezu revolutionärer Energie bedarf, die Zukunft des Wohlfahrtsstaates zu sichern. (ICG)

[93-L] Vogel, Berthold:
Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg: Hamburger Ed. 2007, 132 S., ISBN: 978-3-936096-77-4 (Standort: UB Bochum(294)-CXA14491)

INHALT: Ausgangspunkt der Überlegungen ist Ernst Forsthoffs Formel von der "Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft". Die Frage nach der Qualität und Quantität der Staatsbedürftigkeit wird im Folgenden eingebunden in die gesellschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung um den Modellwechsel staatlicher Ordnungsvorstellungen, die in den Leitbegriffen "sorgender" und "gewährleistender" Wohlfahrtsstaatlichkeit zum Ausdruck kommt. Die aktuelle wohlfahrtsstaatliche Entwicklung wird als stabiler Institutionenwandel charakterisiert. Der wohlfahrtsstaatliche Wandel bezieht sich vor allem auf die neuen Steuerungsprinzipien des Wohlfahrtsgeschehens. Bemerkenswert sind die starken ungleichheitsverschärfenden Konsequenzen der fiskalischen und normativen Erschöpfung des Erfolgsbündnisses von Wohlfahrtsstaat und Erwerbsarbeit. In einem weiteren Schritt geht es daher um die Kristallisationen einer neuen sozialen Frage, in deren Mittelpunkt die Verteilung von Wohlstandsverlusten steht. Die soziologische Diskussion um die Konzeption und Empirie sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Den Schlusspunkt bilden einige skizzenhafte Hinweise auf die Neuformulierung einer Kunst der politischen Regierung und Verwaltung. (ICE2)

[94-L] Vogel, Sabine (Kompilator); Reichel, Richard (Kompilator); Schneider, Andrea (Kompilator):
Soziale Marktwirtschaft - Damals und Heute: Zitate und Aufsätze, Sankt Augustin 2007, 209 S., ISBN: 978-3-939826-33-0 (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de//db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_11287_1.pdf?070725163227)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: T. I Grundlagentexte - Das Ordnungsmodell Soziale Marktwirtschaft (11-12); Menschenbild und Werte (13-19); Wirtschaft und Gesellschaft (20-26); Wettbewerb und Wettbewerbspolitik 27-31); Sozialpolitik (32-36); Europäisierung und Globalisierung (37-39); Verschiedenes (40-44). T. II Aktuelle Texte - Das Ordnungsmodell Soziale Marktwirtschaft - Horst Köhler: Die Ordnung der Freiheit (48-50); Peter Oberender: Mehr ordnungspolitischen Mut, bitte! (51-53); Otto Schlecht, Gerhard Stoltenberg: Prolog, aus dem Buch Soziale Marktwirtschaft: Grundlagen, Entwicklungstendenzen, Perspektiven (54-60); Menschenbild und Werte - Joseph Kardinal Ratzinger: Marktwirtschaft und Ethik (62-68); Otto Schlecht: Ethik der Sozialen Marktwirtschaft (69-71); Franz Schoser: Die treibende Kraft: die CDU muss ihr Konzept der Sozialen Marktwirtschaft neu definieren und propagieren (72-77); Norbert Walter: Sehnsucht nach Ordnung (78-82); Wirtschaft und Gesellschaft - Wolfgang Franz: Arbeitslosigkeit ist keine Lotterie. Über die Ursachen sind sich die Ökonomen einig - Probleme bereitet die Therapie (84-90); Friedrich Reutner: Haben wir in Deutschland noch eine Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack? (91-93); Joachim Starbatty: Die Last der Freiheit. Zur Eigenverantwortung gehört

die Gefahr des Scheiterns (94-98); Wettbewerb und Wettbewerbspolitik - Norbert Berthold: Wirtschaft an der Kette (100-104); Heike Göbel: Markt und Mehrheit (105-110); Klaus-Dirk Henke: Wir müssen Gesundheit als Wachstumsmarkt begreifen (111-114); Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft: Wider die Aushölung der Welthandelsordnung - für mehr Regeldisziplin (115-121); Hans Reckers: Internationale Finanzmärkte - Gerechtigkeit braucht Regeln (122-130); Sozialpolitik - Elke Gundel, Christoph Kannengießer: Die Arbeitslosenversicherung zwischen Markt und Staat (132-144); Gerhard D. Kleinhenz: Ist der deutsche Sozialstaat passé? (145-148); Hans-Werner Sinn: Der neue Sozialstaat (149-152); Ulrich Walwei: Beschäftigungssituation und Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer in Deutschland (153-156); Europäisierung und Globalisierung - Lothar Funk: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften (158-164); Gernot Gutmann: Soziale Marktwirtschaft und Globalisierug - Vereinbarkeit oder Gegensätze? (165-170); Horst Köhler: Zur Ordnung der Globalen Ökonomie (171-178); Helmut Seitz: Wie attraktiv sind die neuen Bundesländer? Urteile, Vorurteile, Ideen und Herausforderungen (180-188); Bernhard Vogel: Auszug aus seiner Rede anlässlich der Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette am 21. Oktober 2004 (189-190); Horst Friedrich Wünsche: Soziale Marktwirtschaft: ein Märchen aus alten Zeiten? (191-195); Klaus F. Zimmermann: Was auf eine neue Bundesregierung zukommt (196-198).

[95-L] Vonderach, Gerd:
Ignaz Jastrow - sozialliberaler Pionier der Arbeitsmarkt-Berichterstattung, in: Sozialwissenschaftliches Journal, Jg. 2/2007, H. 1, S. 36-61

INHALT: "Ignaz Jastrow (1856-1937) war einer der vielseitigsten, produktivsten und kreativsten Gelehrten des deutschen Kaiserreichs. Der Historiker und Staatswissenschaftler war Herausgeber zahlreicher fachlich führender Jahrbücher und Zeitschriften, Gründer der Handelshochschule Berlin und Professor an der Berliner Universität. Seine Arbeitsinteressen erstreckten sich über Geschichtswissenschaft, Staatslehre, Verwaltungswissenschaft, Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Sozialpolitik. Sein Engagement als Sozialliberaler fand unter den damaligen Liberalen wenig Anklang. Innerhalb seines sozialpolitischen Engagements beteiligte sich Jastrow Ende des 19. Jahrhunderts an der sogenannten 'Arbeitsnachweisbewegung' zur Ausbreitung und Koordinierung des noch wenig entwickelten Arbeitsvermittlungswesens. Seit 1896 begann er in privater Initiative trotz schwacher Datenausgangslage mit einer regelmäßigen Arbeitsmarkt-Berichterstattung, die sich seitdem in Deutschland und anderen Ländern und inzwischen weltweit durchsetzte und in ihrer Begrifflichkeit und Methode vorbildlich wirkte. Als liberaler Verfechter des Vorrangs gesellschaftlicher Selbstorganisation geriet Jastrow schließlich an den Rand der auf den Staat fixierten Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik." (Autorenreferat)

[96-L] Weishaupt, Horst:
Der Beitrag von Wissenschaft und Forschung zur Bildungs- und Sozialberichterstattung, in: , 2006, S. 42-52

INHALT: "Der Beitrag behandelt drei Aspekte des Verhältnisses von Ansätzen der gesellschaftlichen Berichterstattung im Bildungs- und Sozialbereich und einschlägiger Forschung. Zunächst wird der Status der Bildungs- und Sozialberichterstattung im Verhältnis zu Wissen-

schaft und Forschung bestimmt. Wichtige Unterscheidungskriterien für diese Bereiche wissenschaftlicher Politikberatung sind die zeitlichen Zyklen und das Interesse an wechselnden Problemdiagnosen bzw. einem indikatorengestützten System der Dauerbeobachtung. Auch müssen unterschiedliche Funktionen der Berichterstattungen in Abhängigkeit von der stark divergierenden Struktur und rechtlichen Ausgestaltung der hier betrachteten gesellschaftlichen Bereiche bedacht werden. Als zweiter Aspekt wird der Ertrag der Berichterstattung für die Forschung und der Stellenwert der Forschung für die Berichterstellung behandelt. Abschließend werden noch einige forschungsstrategische Überlegungen zum Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung und der amtlichen Statistik als wichtigem Datenlieferanten angestellt." (Autorenreferat)

[97-L] Wimbauer, Christine; Henninger, Annette; Gottwald, Markus (Hrsg.):
Die Gesellschaft als "institutionalisierte Anerkennungsordnung": Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisationen und Sozialstaat, Opladen: B. Budrich 2007, 191 S., ISBN: 978-3-86649-126-7

INHALT: "Die AutorInnen untersuchen gesellschaftliche Anerkennungsverhältnisse in Paarbeziehungen, Arbeitorganisationen und im Sozialstaat. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, inwieweit sich eine 'institutionalisierte Anerkennungsordnung' feststellen lässt und welche Ungleichheiten, beispielsweise zwischen den Geschlechtern in diese Anerkennungsordnung eingelassen sind. Darüber hinaus berücksichtigen die Beiträge Einfluss gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und sozialstaatlicher Reformen auf diese 'gesellschaftliche Anerkennungsordnung'." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christine Wimbauer, Annette Henninger und Markus Gottwald: Die Gesellschaft als 'institutionalisierte Anerkennungsordnung' - Eine Einleitung (11-30); Christine Wimbauer, Annette Henninger und Markus Gottwald: 'Liebe', Arbeit, Anerkennung - (Un-)Gleichheit in Doppelkarriere-Paaren (33-67); Kai-Olaf Maiwald: Die Liebe und der häusliche Alltag - Überlegungen zu Anerkennungsstrukturen in Paarbeziehungen (69-95); Kai Dröge: "Jetzt lob' mich doch endlich mal!" - Subjektivierte Arbeit und die Fallstricke ihrer Anerkennung (97-117); Joachim Renn: Von der anerkannten Ungleichheit zur ungleichen Anerkennung - Multiple soziale Differenzierung und das Problem einer einheitlichen 'Anerkennungsordnung' (121-150); Stephan Lessenich: Die Grenzen der Anerkennung - Zum Wandel der moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates (151-167); Marion Möhle: Geschlecht und Anerkennung im Europäischen Sozialmodell - Normative Grundlagen und perspektivischer Ausblick (169-185).

[98-L] Wintermann, Ole:
Vom Retrenchment zur Krisenreaktionsfähigkeit: ein empirischer Vergleich der Wohlfahrtsstaaten Schweden und Deutschland 1990-2000, (Forschung Politik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 319 S., ISBN: 3-531-14609-2

INHALT: Schweden galt den kontinentaleuropäischen Gesellschaften lange Zeit als Muster einer ausgeprägten Wohlfahrtsstaatlichkeit. Dieses Bild hat sich in den neunziger Jahren auf charakteristische Weise verändert. Schweden ist mit den ökonomischen Umbrüchen dieser Dekade erkennbar besser fertig geworden als Deutschland und weist in den zentralen Feldern der Sozial-, Beschäftigungs-, Wachstums- und Haushaltspolitik deutlich bessere Indikatoren auf, ohne das Niveau der sozialstaatlichen Absicherung wesentlich abgesenkt zu haben. Der Autor

analysiert die Entwicklungen in beiden Ländern für den Zeitraum 1990-2000 unter der Fragestellung, welche Faktoren für die unterschiedlich ausgeprägte Reformfähigkeit verantwortlich sind. Im Anschluss an Pierson geht er dabei von der Hypothese aus, die effektivere Krisenreaktionsfähigkeit der schwedischen Politik sei auf deren institutionelle Flexibilität (im Zuge des Gesetzgebungsprozesses und der Mehrheitsbildung in der Legislative) bei gleichzeitiger programmatischer Flexibilität der politischen Entscheider und Parteien zurückzuführen. Wintermann verfolgt diese Fragestellung zunächst durch eine Diskussion neuerer wohlfahrtsstaatlicher Erklärungsansätze und überprüft sie dann empirisch anhand einer Analyse der Gesetzesänderungen und Programmentwicklungen in den vier ausgesuchten Politikfeldern. Abschließend kommt er zu einer eher skeptischen Einschätzung der Übertragbarkeit des schwedischen Weges auf die Reformbemühungen in Deutschland. (ZPol, NOMOS)

[99-L] Wolf, Michael:
Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2007, H. 206, S. 1153-1170 (URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/206/206Wolf.pdf)

INHALT: Wir sind Zeugen eines sozialen Wandels, dessen Folgen wird gerade erst erkennen. Nicht der Terrorismus untergräbt unsere Zivilisation, sondern das Marktgesetz. Indem wir die gesamte soziale Entwicklung diesem einen Gesetz unterordnen, wird der "contrat social" der Vergangenheit Schritt für Schritt durch einen Partikularismus ersetzt, dem es nur um wirtschaftlichen Erfolg geht und der den Gebrauch nicht-wirtschaftlicher Gewalt legitimiert, wenn damit wirtschaftliche Interessen befriedigt werden können. Der Verfasser zeigt, welche Folgen dieser Übergang von keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Schumpeter'schen Workfare-Staat für Sozialpolitik und Sozialarbeit hat und schließt mit Habermas, der bereits 1995 die Gefahr einer moralischen Erosion der Gesellschaft gesehen hat, die den universellen Kern jeder republikanischen Gesellschaft beschädigt. (ICEÜbers)

[100-L] Woods, Dorian R.:
The welfare state and pressures to reform: a literature review, (WIP Working Paper, Nr. 36), Tübingen 2007, 32 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wip-online.org/downloads/Woods_Dorian_2007_a.pdf)

INHALT: "Im postindustriellen Zeitalter werden Wohlfahrtsstaaten durch neue soziale Risiken herausgefordert. Das Ausmaß dieser neuen Entwicklung wird - neben anderen Formen des Anpassungsdrucks - deutlich im Bereich Kinder- und Altenfürsorge, Frauenerwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, der Entwicklung zu einer alternden Bevölkerung und im Bereich Migration. Dieser Literaturreview verdeutlicht die Vielfalt dieser Risiken und die akademischen und politischen Diskurse zu den Anpassungsstrategien und möglichen Richtungen und Wege zur Reform der Wohlfahrtsstaaten." (Autorenreferat)

[101-F] Zika, Gerd, Dr. (Bearbeitung); Klinger, Sabine, Dr.; Schnur, Peter (Leitung):
Beschäftigungseffekte alternativer Verwendungen der Einnahmen aus der Mehrwertsteueranhebung

INHALT: Die Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Punkte zum 1.1.2007 wird eingebettet in den wirtschaftspolitischen Rahmen: Notwendigkeit der Konsolidierung, aktuelle Konjunkturentwicklung, Finanzierung des Sozialsystems. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können grundsätzlich für verschiedene Zwecke ausgegeben werden: für die Konsolidierung, für die Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes zur Sozialversicherung, auch für eine Ausdehnung der Staatsausgaben. Welche unterschiedlichen Effekte dies auf die Beschäftigung hat, wird vom FB 4 für die kurze Frist und vom FB 3 für die lange Frist simuliert. Ziel: Die finanzpolitischen Entscheidungen zur Verwendung der Einnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer im Jan. 2007 werden in den Rahmen der Staatsverschuldung bzw. des Sozialbudgets gebettet. Wie unterschiedlich die Mittelverwendung für Abgabensenkung oder für Konsolidierung auf die Beschäftigung wirkt, wird theoretisch erklärt und mit dem IAB/ RWI-Modell simuliert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Simulation in der kurzen Frist: IAB/ RWI-Modell; Simulation in der langen Frist: INFORGE-Modell
ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2007-05 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[102-L] Zinn, Karl Georg:
Massenarbeitslosigkeit in Deutschland: zur politischen Ökonomie einer Gesellschaft in der Wohlstandskrise, in: Michael Take, Wilfried Röhrich (Hrsg.): Politik als Wissenschaft : Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot, 2006, S. 357-377, ISBN: 978-3-428-12182-3 (Standort: UB Wuppertal(468)-43OUL191)

INHALT: Die massiven Einschnitte in das System der sozialen Sicherheit und die fortlaufende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sieht der vorliegende Beitrag als direkte und indirekte Folgen der Massenarbeitslosigkeit. Mit deren Höhe sind weitere Einbußen an Lebensqualität verbunden. So steigt generell die Unsicherheit des Beschäftigungsverhältnisses, die Zahl derjenigen wächst, die im Laufe ihres Lebens irgendwann von Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, und der Zwang, wiederkehrend den Arbeitsplatz zu wechseln, bestimmt mehr und mehr Lebensläufe. Der Autor geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, warum keines dieser Probleme - neue Klassenbildung und soziale Polarisierung, die "Tribalisierung" der Gesellschaft, die neue, allein durch omnipotenten Besitz konstituierte Machtzentralisierung - auf der Agenda der beiden Großparteien und damit der neuen Regierung steht. Kritisiert wird die "rapide Aushöhlung der einstigen Wohlstandsgesellschaft" Bundesrepublik durch eine Ideologiekritik der Verschleierung der "augenfälligen Übel" durch die Tugendpostulate der herrschenden "Gouvernementalität": Eigenverantwortung, private Vorsorge, Flexibilität sind die Forderungen des Tages. Insgesamt leidet das Land leidet unter dem steigenden Nachhaltigkeitsdefizit seiner Politik, während sich die Rhetorik der Mächtigen in buzzwords - Zukunftsfähigkeit, Innovation, Wissensgesellschaft, Informationszeitalter, Exzellenz, Eliteförderung, nachhaltige Entwicklung, Global Governance usw. - erschöpft. (ICA2)

2 Kommunale Sozialpolitik

[103-L] Dienel, Christiane:
Lokale Bündnisse für die Familie: die Erneuerung eines Politikfeldes vor Ort, in: Lilian Schwalb, Heike Walk (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 300-313, ISBN: 978-3-531-15467-1

INHALT: Der Beitrag zeigt, wie das Feld der Familienpolitik in den letzten Jahren für neue Formen von institutionellen Arrangements und Handlungskoordination geöffnet wurde, und zwar einerseits durch Überwindung des Gegensatzes zu ökonomischen Interessen und andererseits durch Aktivierung der lokalen Akteure als Mitgestalter. Jenseits enger legislativer Vorgaben ist lokale Politik auf dem Weg zu einer Neudefinition als Moderator für sozialpolitische Akteure. Neben Kommunalpolitik und -verwaltung sind Freie Träger und Einrichtungen, die örtliche Wirtschaft und ihre Verbände, Initiativen, Gruppen und örtliche Institutionen mögliche Akteure Lokaler Bündnisse für Familie. (ICE2)

[104-F] Eichler, Melanie, M.A.; Och, Ralf, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Pfau-Effinger, Birgit, Prof.Dr. (Leitung):
Die lokale Restrukturierung der Altenpflege - kulturelle Grundlagen, Akteure und Handlungsbedingungen

INHALT: Im Bereich der Strukturen und Politiken zu den sozialen Dienstleistungen finden seit einigen Jahren, infolge von neoliberalen Politiken, Finanzkrisen der öffentlichen Haushalte und demografischem Wandel, aber auch auf der Grundlage neuer Leitbilder zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung und zum Zuschnitt der staatlichen oder privaten Verantwortung beträchtliche Reorganisationsprozesse statt. Neben der nationalstaatlichen Ebene ist in der Sozialpolitik in dem Bereich der sozialen Dienstleistungen die lokale Ebene von erheblicher Relevanz. Wie aus lokal vergleichenden Untersuchungen bekannt ist, kann die Sozialpolitik im Lokalvergleich erheblich differieren (z.B. Trydegard/ Thorslund 1994; Kröger 2004). Die lokale Sozialpolitik entwickelt sich im Rahmen nationaler Politiken von Wohlfahrtsstaaten und supranationaler Politiken. Die Art und Weise, in der diese umgesetzt werden, hängt jeweils von spezifischen lokalen Bedingungen ab, zu denen auch kulturelle Leitbilder zählen. Das Forschungsprojekt geht am Beispiel lokaler Politiken gegenüber der Altenpflege der Frage nach, wie sich Differenzen in den lokalen Politiken zur Altenpflege erklären lassen. Darüber hinaus wird gefragt, in welcher Weise und unter welchen lokalen Bedingungen, sich die spezifischen kulturellen Werte und Leitbilder, die die neueren Diskurse auf der nationalen wohlfahrtsstaatlichen Ebene prägen, in der lokalen Wohlfahrtskultur im Bereich der Altenpflege niederschlagen und Eingang in die lokalen Wohlfahrtspolitiken finden. Damit stellt sich auch die Frage danach, inwieweit es auf der Grundlage solcher Diskurse zu einer Konvergenz in den lokalen Sozialpolitiken kommt. In Bezug auf die Frage danach, welche Faktoren auf der lokalen Ebene von Bedeutung für die Umsetzung neuer Pflegewerte sind, wird die These vertreten, dass insbesondere auch Differenzen in den kulturellen Traditionen von Regionen im Hinblick auf die Pflegekultur dazu beitragen, dass der Wandel pfadabhängig verläuft. Weiter wird der Untersuchung die These zugrunde gelegt, dass die Art und Weise, in der die Akteure die lokalen Governance-Strukturen gestalten, von wichtiger Bedeutung ist. Auf der Grundlage des Ansatzes lokaler Pflegearrangements soll das Zusammenwirken von Leitbildern loka-

ler Akteure der Pflegepolitik und deren Umsetzung in der Altenpflegepolitik untersucht werden. Fallstudien zu vier städtischen Kommunen in West- und Ostdeutschland geben Aufschluss über spezifische lokale Wohlfahrtskulturen in Bezug auf die Altenpflege und deren Bedeutung im Rahmen der Pflegepolitiken. Die Fallstudien sollen vor allem auf Dokumentenanalysen, Expertengesprächen sowie auf Interviews mit relevanten Akteuren der lokalen Pflegepolitik basieren. Das Forschungsvorhaben soll dazu beitragen, den theoretischen Rahmen für die regional vergleichende Sozialpolitikanalyse weiterzuentwickeln und die Sozialpolitikanalyse um eine akteurszentrierte Perspektive und um eine systematische Analyse der Bedeutung kultureller Einflussfaktoren zu erweitern. *ZEITRAUM:* ab Einführung der Pflegeversicherung 1995/1996 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Städte, alte Bundesländer, neue Bundesländer

METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 4; Fallstudien in vier städtischen Kommunen; leitfadengestützte Experteninterviews). Expertengespräche (Vertreter der kommunalen Politik und Vertreter von Wohlfahrtsverbänden). Leitfadengestützte Interviews (Akteure der lokalen Pflegepolitik). Dokumentenanalyse (Stichprobe: 4, Städte aus Ost- und Westdeutschland, -prosperierend/ nicht prosperierend-). Dokumentenanalyse, offen. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Meyer, T.; Pfau-Effinger, B.: The gender dimension of the restructuring of pension systems: a comparison of Britain and Germany. in: International Journal of Ageing and Later Life, 4, 2006.+++Pfau-Effinger, B.: Review on: Abrahamson, Peter; Boje, Thomas P.; Greve, Bent: Welfare and families in Europe. Aldershot: Ashgate 2005. in: International Journal of Social Welfare, Vol. 16, 2007, Iss. 1, pp. 5-96.+++Pfau-Effinger, B.: Buchbesprechung zum 'Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie'. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58, 2006, S. 171-172.+++Pfau-Effinger, B.: Der soziologische Mythos von der Hausfrauenehe - sozio-historische Entwicklungspfade der Familie. in: Bührmann, Andrea; Diezinger, Angelika; Metz-Göckel, Sigrid (Hrsg.): Arbeit - Sozialisation - Sexualität: zentrale Felder der Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2006.+++Meyer, T.; Pfau-Effinger, B.: Die Geschlechter-Dimension in der Restrukturierung von Rentensystemen - Deutschland und Großbritannien im Vergleich. in: Künemund, Harald; Schroeter, Klaus R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede im Lebenslauf und Alter: Fakten, Prognosen und Visionen. Reihe: Alter(n) und Gesellschaft, Bd. 12. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2006.+++Pfau-Effinger, B.: Cultures of childhood and the relationship of care and employment in European welfare states. in: Lewis, Jane (ed.): Children, changing families and welfare states. Northampton, Mass.: Elgar Publ. 2006. ISBN 1-8454-2523-5.+++ Pfau-Effinger, B.; Sakac-Magdalenic, S.: Informal employment in the work-welfare arrangement of Germany. in: Marcelli, Enciro; Williams, Collin C. (eds.): The informal work of developed nations. Univ. of Michigan Press 2006.+++Pfau-Effinger, B.: Welfare state policies and development of care arrangements. in: European Societies, 7, 2005, 3.+++Pfau-Effinger, B.: Culture and welfare state policies: reflections on a complex interrelation. in: Journal of Social Policy, 34, 2005, pp. 1-18.+++Pfau-Effinger, B.: Development path of care arrangements in the framework of family values and welfare values. in: Geissler, B.; Pfau-Effinger, B. (eds.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Press 2005, pp. 21-48.+++Pfau-Effinger, B.; Dallinger, U.; Eichler, M.; Och, R.: Ökonomisierung und die widersprüchlichen Dynamiken im gesellschaftlichen Arrangement der Älterenpflege. in: Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft - die Gesellschaft der Natur. Verhandlungen zum Soziologie-Kongress in Kassel 2006. Frankfurt am Main u.a.: Campus 2007.+++Pfau-Effinger, B.; Eichler, M.; Och, R.: Ökonomisierung, Pflegepolitik und Strukturen der Pflege

älterer Menschen. in: Evers, Adalbert; Heinze, Rolf (Hrsg.): Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS-Verl. 2007.+++Pfau-Effinger, B.; Geissler, B. (Hrsg.): Care and social integration in European societies - variations and change. Bristol: Policy Press 2005.+++Eichler, M.; Pfau-Effinger, B.: Informelle Arbeit im Alter. Zur Pflegetätigkeit von Frauen in der nachberuflichen Phase. in: Erlinghagen, Hank (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS-Verl. 2007 (im Erscheinen).+++Geissler, B.; Pfau-Effinger, B.: Change in European care arrangements. in: Geissler, B.; Pfau-Effinger, B. (eds.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Press 2005, pp. 3-20. *ARBEITSPAPIERE:* Eichler, M.; Dallinger, U.; Och, R.; Pfau-Effinger, B.: Governance und Wohlfahrtskultur - Überlegungen zu einem Vergleich lokaler Governance-Strukturen am Beispiel der Altenpflegepolitik. Vortrag zum Workshop "Governancestrategien und lokale Sozialpolitik" am DJI in Halle, 23.5.2006.+++Och, R.; Pfau-Effinger, B.; Eichler, M.: Governance structures in local social policy. Analytical framework and two examples from municipal elderly care policy in Germany. Paper presentated at the ESPAnet Conference 'Social Policy in Europe: Chancing Paradigms in an enlarging Europe?' Vienna, Sept. 20-22, 2007.

ART: *BEGINN:* 2006-03 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Centrum für Globalisierung und Governance (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Och, Ralf (Tel. 040-42838-2201, e-mail: ralf.och@uni-hamburg.de); Eichler, Melanie (Tel. 040-42838-2201, e-mail: melanie.eichler@uni-hamburg.de)

[105-L] Eick, Volker:
"Familienzuwachs im Quartier...": lokale Sicherheitspolitik im Programm "Soziale Stadt", in: Juleka Schulte-Ostermann, Rebekka Salome Henrich, Veronika KEsoglou (Hrsg.): Praxis, Forschung, Kooperation : gegenwärtige Tendenzen in der Kriminologie ; Sammelband zu der Tagung: "Im Gespräch. Zur Aktualität der Kriminologie", Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2006, S. 9-24, ISBN: 3-935979-89-4 (Standort: UB Frankfurt a. M.(30)-8825687)

INHALT: Quartiersbezogene Ansätze gelten seit einigen Jahren sowohl in (kritischer) Sozialwissenschaft als auch in EU-Programmen als fortschrittliche Antworten auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Marginalisierungsprozesse. Auf diesem Hintergrund beschreibt der Beitrag die Einführung alternativer Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum. Skizziert wird dabei der Grundgedanke des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt". Genauer geht es um die Tendenzen im Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt", die sozialpolitische Herausforderungen in sicherheits- und ordnungspolitische Problemlagen umdefinieren und damit Gefahr laufen, nicht nur ihrer Aufgabenstellung nicht gerecht zu werden, sondern Ausgrenzungstendenzen in den sogenannten benachteiligten Quartieren auch noch zu fördern. Die Beschäftigung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern durch Nonprofit-Sicherheitsdienste stellt insofern eine brisante Entwicklung dar, als diese Kontrollregime in lokale Sicherheitsproduktion eingebunden sind, ohne dass deren Legitimation geklärt oder entsprechende formale Qualifikationen nachgewiesen sind. Es bilden sich dadurch Strukturen, die im juristischen Graubereich angesiedelt sind und auf ein "Poor policing the poor" hinauslaufen. (ICH)

[106-L] Elsen, Susanne:
Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens: eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe, in: Social work & society, Vol. 5/2007, No., S. 69-87 (URL: http://www.socwork.net/2007/festschrift/esp/elsen/Elsen.pdf)

INHALT: Gemeinwesenarbeit und Entwicklung - jetzt, da die Marktwirtschaft nicht mehr durch Territorialgrenzen eingeschränkt ist, gewinnen die Lebensbereiche innerhalb der lokalen Gemeinschaften in Bezug auf nachhaltige Entwicklungsmuster neue Bedeutung. Dieser neuen Bedeutung der lokalen Gemeinschaften als Ort, wo die Herausforderungen des Lebens gemeistert und zukunftsfähige Lösungen für soziale, ökologische und ökonomische Probleme gefunden werden, entspricht die gestiegene Bedeutung gemeinwesenbasierter Sozialarbeit zur Gestaltung gesellschaftlichen Lebens und zur Initiierung sozialen Wandels. Die Ökonomie des Gemeinwesens ist eine humane Ökonomie im ursprünglichen Sinne des Begriffs, wie Aristoteles ihn geprägt hat. Sie ist die Vorstellung des "oikos", einer Hauswirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse aller zum Haus Gehörenden - Alter und Junger, Gesunder und Kranker, gegenwärtiger und kommender Generationen und der nicht menschlichen Welt. In diesem Sinne heißt "Oikonomia" Leitung des Haushalts. (ICEÜbers)

[107-L] Göschel, Albrecht:
Zukunft von Stadt und Region: Bd. 5, Strategien und Verfahren für Forschung und Politik ; Beiträge zum Forschungsverbund "Stadt 2030", Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 215 S., ISBN: 978-3-531-15370-4

INHALT: "Angesichts der großen, langfristig wirkenden Herausforderungen, denen sich die deutsche Gesellschaft zurzeit konfrontiert sieht - demografischer, ökonomischer und Wertewandel sowie ökologische Krise durch Ressourcenverknappung -, wächst der Anspruch an Politik und Planung, an Kommunalpolitik und Stadtentwicklung, Handlungsperspektiven und Entwicklungsziele über den Tag hinaus zu formulieren. Die deutschen Städte befinden sich in einem Umbruch, der den Blick in die Zukunft fordert, aber gleichermaßen auch erschwert. In diesem abschließenden Band der fünfteiligen Veröffentlichungsreihe zum Forschungsverbund 'Stadt 2030' werden die Strategien und Verfahren, Ziele, innovativen Konzepte und Visionen dargestellt und vergleichend interpretiert, mit denen die 21 Projekte aus 'Stadt 2030' - eine repräsentative Auswahl deutscher Städte und Regionen - die Aufgabe bewältigen, für die Zukunft und in der Zukunft als Institution bürgerschaftlicher Selbstverwaltung ihre Leistungen einer lokalen Wohlfahrtsproduktion zu erfüllen." (Autorenreferat)

[108-L] Haug, Christoph; Teune, Simon; Yang, Mundo:
Lokale Sozialforen in Deutschland: kommunale Politik von unten zwischen Protest und Kooperation, in: Lilian Schwalb, Heike Walk (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 206-227, ISBN: 978-3-531-15467-1

INHALT: "Die folgenden Abschnitte sollen einen Überblick über die Entwicklung von lokalen Sozialforen in Deutschland geben und dabei ihr Verhältnis zu lokalen staatlichen Institutionen rekonstruieren. Wie laufen die Interaktionen von Teilnehmerinnen der lokalen Sozialforen mit staatlichen Akteuren ab? Welche Themen geben Anlass für Protest und welche Konfliktformen findet man in den Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten? Im ersten Abschnitt

sollen die Bedingungen nachgezeichnet werden, unter denen soziale Bewegungen heute in die lokale Politik eingreifen. Anschließend wird im zweiten Abschnitt auf der Grundlage einer Befragung von 22 lokalen Sozialforen, den im Internet abrufbaren Informationen über 52 Foren, und einer Umfrage auf dem ersten Sozialforum in Deutschland ein Überblick über das Profil lokaler Foren und ihr Verhältnis zu staatlicher Politik gegeben. Mit dem Beispiel der Initiative für ein Berliner Sozialforum wird diese Beschreibung im dritten Abschnitt um die Details eines konkreten Falles angereichert. Von diesen Eindrücken ausgehend sollen lokale Sozialforen abschließend im Kontext lokaler Politik verortet und ihr Verhältnis zu Ansätzen von Local Governance geklärt werden." (Textauszug)

[109-F] Haumann, Sebastian, M.A. (Bearbeitung); Götz von Olenhusen, Irmtraud, Prof.Dr. (Betreuung):
"Schade, dass Beton nicht brennt". Über das Verhältnis von Protest und Stadterneuerung 1965-1985

INHALT: Als 1999 das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ins Leben gerufen wurde, griffen die Initiatoren wie selbstverständlich auf die Erfahrungen mit Stadterneuerungen der 1960er, 70er und 80er Jahre zurück. Man glaubt, aus der Geschichte gelernt zu haben, dass Stadterneuerung in erster Linie Erhaltung bedeutet und nur gemeinsam mit den Betroffen zum Erfolg führen kann. Staatlichen und kommunalen Institutionen kommt dabei lediglich eine Koordinationsaufgabe bei der Stärkung sozialer Netzwerke und Hilfe zur Selbsthilfe zu. In den 60er Jahren galt die Erneuerung der Städte dagegen als Mittel, gesellschaftliche Modernisierung herbeizuführen. Man war überzeugt, dass Eingriffe in die Stadtgestalt die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt positiv beeinflussen könnten. Die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner und Nutzer der Stadt wurden dem staatlichen und kommunalen Gestaltungswillen untergeordnet. Als in den frühen 70er Jahren der Glaube an die Planbarkeit von technischem und sozialen Fortschritt spürbar nachließ, betraf das auch die Prämissen, unter denen bis dahin Stadterneuerung betrieben wurde. Protest und die Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen gelten als wichtiger Faktor in dieser Entwicklung. Die darin zutage tretende wachsende Diskrepanz zwischen soziokulturellem Wandel und dem machtpolitisch und ökonomisch überlagerten Festhalten an modernistischer Planung führte in den 80er Jahren zu den grundlegenden Veränderungen in der Stadterneuerung, auf die sich das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" beruft. Vermutlich hat die Stadt als "Verhandlungsforum" durch die Aktivitäten sozialer Bewegungen tatsächlich dazugewonnen, doch versperrt diese Annahme die Sicht auf andere Faktoren, die den Weg von "Kahlschlagsanierungen" zur "sozialen Stadt" geprägt haben. Sowohl der postulierte Dualismus zwischen "Betroffenen" und "Planern", als auch die auf "Zivilgesellschaft" gerichtete teleologische Argumentation müssen in einer genaueren Analyse kritisch hinterfragt werden. Ziel dieser Arbeit ist, die Veränderungen in städtebaulicher Theorie und Planungspraxis zu den zeitgleich auftretenden Protestaktivitäten ergebnisoffen in Beziehung zu setzen. Das bedeutet, abzuwägen, ob Protest gegen städtebauliche Maßnahmen "... in einer Doppelperspektive als Produkt und Produzent von Modernisierung ..." (Rucht 1994) gesehen werden kann, oder ob ein solcher kausaler Zusammenhang nur eingeschränkt nachzuweisen ist. Während Projekte des Städtebaus unschwer als Anlass für Protest ausgemacht werden können, richtet sich das Interesse dieser Arbeit auf die Frage: Wie und in welchem Maße haben Protestaktionen die Veränderungen im Städtebau beeinflusst? Ebenso ist zu untersuchen, welche Rahmenbedingungen Protest förderten und zum Erfolg oder Misserfolg beitrugen. Die Fragestellung zielt also auf die Dynamik und die Wirkuns-

mächtigkeit von städtischem Protest in Hinblick auf die städtebauliche Praxis. War Protest in diesem Zusammenhang wirklich "Produzent" von Modernisierung oder lediglich "Mitläufer"? *ZEITRAUM:* 1965 bis 1985 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Köln, Philadelphia

METHODE: Zahlreiche neuere Arbeiten zur Stadtgeschichte, unter anderem Michael Millers Arbeit zum Protest gegen Stadterneuerung, wählen mit dem "spacial turn" in Verbindung stehende Konzepte als methodischen Ansatz. In Hinblick auf die Fragestellung führt ein solcher Ansatz aber nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Protest gegen Stadterneuerung müsste demnach so interpretiert werden, dass Bedeutungen und Zuschreibungen, die mit einem bestimmten Raum verknüpft werden, in Frage gestellt und neu ausgehandelt werden. Das setzt aber einen kausalen Zusammenhang zwischen Protest und Veränderungen in der Stadterneuerungspraxis voraus - sogar einen sehr spezifischen. Ziel der Arbeit ist es aber, herauszufinden, ob es einen solchen Zusammenhang überhaupt gegeben hat, und wenn, wie er ausgesehen hat. Die Aufwertung von Zuschreibungen und Diskursen als methodisches Leitmotiv korrespondiert dabei mit der Leiterzählung von der Entstehung zivilgesellschaftlicher Instrumente in der Stadterneuerungspolitik. Wenn der Bearbeiter aber fragt, ob Protest dazu beigetragen hat, ein "Verhandlungsforum" zu schaffen, kann er weder von der Existenz dieses "Verhandlungsforums" als Austragungsort der Auseinandersetzung ausgehen, geschweige denn von dessen Relevanz. Es gilt, Zuschreibungen und Vorstellungen auf der einen Seite und empirisch fassbare "Ereignisse" auf der anderen Seite in ein sinnvolles Verhältnis zueinander zu setzen. Mithin strebt er in dieser Arbeit an, zwischen der materiellen Welt und der Welt der Vorstellungen entlang der vorhandenen Quellenlage zu vermitteln, Abhängigkeiten zwischen Zuschreibungen und ihrem Gegenstand zu rekonstruieren, und die Wirkung dieses Konglomerats abzuschätzen.

ART: *BEGINN:* 2005-09 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Technische Universität Darmstadt, Interdisziplinäres Graduiertenkolleg "Topologie der Technik" (Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt); Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar VII Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 06151-164986, e-mail: haumann@pg.tu-darmstadt.de)

[110-L] Häußermann, Hartmut:
Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf: die Soziale Stadt, in: Klaus Selle (Hrsg.): Planung neu denken : Bd. 2, Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung ; Analysen - Erfahrungen - Folgerungen, Dortmund: Rohn, 2006, S. 285-301, ISBN: 3-939486-02-7 (Standort: UB Trier (385)-45/MB/g66143-2)

INHALT: Vorgelegt werden die ersten Befunde aus einer Zwischenevaluation des Programms "Soziale Stadt". Behandelt werden Problemdiagnosen und Zielgenauigkeit, gesamtstädtische Entwicklungszusammenhänge, Koordinierungs- und Integrationsbemühungen zwischen verschiedenen Ressorts, Mittelbündelung, Einbeziehung externer Akteure sowie Wirkungen in den Programmgebieten. Dabei werden sowohl typische Restriktionen wie begrenzte Reichweiten des Programms sichtbar. Als innovativer Aspekt tritt das Bemühen um "New Urban Governance" in den Vordergrund und damit der Versuch, zu einer neuen Rollenverteilung zu kommen, die auch über die zeitlichen Grenzen des Programms hinaus zu einer Stabilisierung der Quartiere führen kann. Als zukünftige Handlungsfelder werden Bildung, Integration von Migranten und Lokale Ökonomie und Beschäftigung genannt. (ICE2)

[111-F] Hummel, Thomas; Lustig, Sylvia, Dipl.-Soz.; Würtz, Stefanie, Dr. (Bearbeitung):
Wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms "Wir kümmern uns selbst". Ein Programm zur Entwicklung lokaler Potenziale zur frühzeitigen Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter

INHALT: Das Modellprogramm "Wir kümmern uns selbst" erprobt neue Wege zur Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum. Im Mittelpunkt stehen dabei Konflikte, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind. Bearbeitet werden beispielsweise Territorialstreitigkeiten zwischen verschiedenen Gruppen von Jugendlichen oder Streitigkeiten zwischen jungen Menschen und Erwachsenen um die Nutzung öffentlicher Plätze. Das Programm zielt auf die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen für eine frühzeitige Konfliktbearbeitung. Diese setzt bei den lokalen Strukturen, Netzwerken und Ressourcen an und erfolgt gemeinsam mit den beteiligten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Im Einzelnen verfolgt das Modellprogramm folgende Zielsetzungen: die frühzeitige, niedrigschwellige Konfliktbearbeitung gemeinsam mit den beteiligten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor Ort; die Stärkung der Konfliktbearbeitungskompetenzen von Mitgliedern lokaler Netzwerke und von Konfliktparteien; die Erprobung und Evaluation der Programmidee vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen lokalen Ausformungen. Das Herzstück des Programms bilden die fünf Programmgrundsätze, die der Praxis als Leitlinien dienen: 1. Das Programm setzt bei konkreten Konfliktkonstellationen im öffentlichen Raum an, die als Störung oder Bedrohung erlebt werden. 2. Der Sozialraum bildet den direkten Bezugsrahmen im Konfliktbearbeitungsprozess. 3. Jugendliche und erwachsene Konfliktbeteiligte werden aktive PartnerInnen bei der Bearbeitung von Konflikten "auf Augenhöhe". 4. Die Unterstützung durch professionelle BeraterInnen richtet sich an den Bedürfnissen der Konfliktparteien aus. Sie erfolgt passgenau bei Bedarf. 5. Alle Beteiligten werden unter Berücksichtigung ihres Alters sowie ihres sozialen und kulturellen Hintergrunds frühzeitig und verantwortlich in die Lösung der Konflikte einbezogen. An sieben Standorten werden konstruktive Ansätze der Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum erprobt und weiterentwickelt. Anknüpfend an die vor Ort jeweils vorhandenen Netzwerke und Gremien werden Aktivitäten speziell auf die örtliche Situation zugeschnitten und richten sich an den Erfordernissen von Beteiligung und Empowerment aus. Die Umsetzung des Programms erfolgt bundesweit in sieben Städten und einem Landkreis. Diese erproben die Programmidee unter verschiedenen Rahmenbedingungen und entwickeln zusammen mit der Programmagentur ihre je eigenen Wege der Umsetzung. Standorte sind Berlin-Altglienicke, Düsseldorf, Guben, Hannover, Landkreis Heidenheim, Kassel und Michendorf. Die Programmagentur unterstützt und qualifiziert die Praxis vor Ort bei der Implementierung des Programms sowie bei der Auswahl und Bearbeitung der Konflikte. Sie ist beim Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) in Hannover angesiedelt. Nähere Informationen unter: http://www.ies.uni-hannover.de und auf der Homepage des Programms: http://www.wir-kuemmern-uns-selbst.de. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Berlin-Altglienicke, Düsseldorf, Guben, Hannover, Landkreis Heidenheim, Kassel, Michendorf

METHODE: Die wissenschaftliche Begleitung von "Wir kümmern uns selbst" liegt beim DJI, München. Arbeitsschwerpunkte sind die empirische Untersuchung der Programmpraxis und die fachliche Einbettung des Programms. Die empirische Untersuchung gliedert sich in die drei Bereiche 'Standortgewinnung', 'Implementation' des Programms am Standort und 'Konfliktbearbeitung'. Hierfür kommen verschiedene sozialwissenschaftliche Methoden zum Einsatz, die von teilstandardisierten Befragungen über leitfadengestützte Interviews und teilnehmende Beobachtung bis hin zur Dokumentenanalyse reichen. Darüber hinaus ist die Einbettung in die nationale und internationale Fachdiskussion eine weitere Aufgabe der wissen-

schaftlichen Begleitung. Im Fokus stehen Praxisansätze und Projekte in relevanten Themenbereichen wie Konfliktbearbeitung oder Kriminalitätsprävention. Die wissenschaftliche Begleitung zielt darauf ab, die unterschiedlichen standortspezifischen Umsetzungsstrategien sowie die hierfür förderlichen und hinderlichen Bedingungen zu untersuchen. Die empirische Untersuchung an den Standorten bündelt die praktischen Erfahrungen vor Ort und beschreibt Prozesse der Standortgewinnung ebenso wie die Bildung programmorientierter Netzwerke und Wege der Konfliktbearbeitung. Die Erkenntnisse über diese drei Bereiche und deren Zusammenspiel werden vor dem Hintergrund der einschlägigen Fachdiskussion sowie der Progammidee bewertet. Die wissenschaftliche Begleitung ist als Programmevaluation angelegt: Sie unterstützt die Programmerprobung durch die regelmäßige Rückkopplung der Ergebnisse an Standorte und Programmagentur. Sie zielt auf verallgemeinerbare Aussagen auf Programmebene. Sie überprüft die Erfahrungen vor Ort im Hinblick auf deren Übertragbarkeit auf die Regelpraxis. Die methodische Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung bei der empirischen Untersuchung ist von einem überwiegend qualitativen Erhebungsdesign geprägt. Die Standortgewinnung wird mittels teilstandardisierter Interviews, die Implementation und die Konfliktbearbeitung durch leitfadengestützte Interviews, teilnehmende Beobachtung und Dokumentenanalyse untersucht. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen. Beobachtung, teilnehmend. Qualitatives Interview. Teil-standardisierte Telefonbefragung. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Lustig, S.; Würtz, S.: Kriminalgeographie. in: Feltes, Thomas; Kerner, Hans-Jürgen (Hrsg.): Kriminologie-Lexikon Online (http://www.krimlex.de). 2006.+++Lustig, S.: Bürgerengagement für Sicherheit - zwischen Hilfspolizei, Präventionsräten und Bürgerwehren. in: Northoff, R. (Hrsg.): Handbuch Kriminalprävention. 2006.+++ Lustig, S.: Nachbarschaftliche Konfliktbearbeitung als Beitrag zur Jugendkriminalitätsprävention. in: Onlinedokumentation des 9. Deutschen Präventionstags "Kommunale Kriminalprävention". 2004.+++Lustig, S.: Sozialräumliche Jugendkriminalitätsprävention. in: Onlinedokumentation der Fachtagung des Jugendhilfswerks Freiburg "Kriminalität und Gewalt - Netzwerke für Prävention und Integration". 2004.

ART: *BEGINN:* 2004-12 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

INSTITUTION: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Jugend und Jugendhilfe (Postfach 900352, 81503 München)

KONTAKT: Lustig, Sylvia (e-mail: lustig@dji.de, Tel. 089-62306-294, Fax: 089-62306-162)

[112-L] Kotlenga, Sandra:
Dritte-Sektor-Organisationen als Akteure regionalisierter Arbeitsmarktpolitik, in: Lilian Schwalb, Heike Walk (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 183-205, ISBN: 978-3-531-15467-1

INHALT: "Als zivilgesellschaftliche Akteure der Gestaltung und Umsetzung von regionalen Politiken im Bereich Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik werden in diesem Beitrag solche intermediären Organisationen zwischen Markt und Staat ins Blickfeld gerückt. Ausgehend von einer lokalen Untersuchung des Dritten Sektors werden zunächst die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Rolle und Funktion als "Träger" zur Erbringung von sozialen Dienstleistungen einerseits sowie als organisatorische und personelle Infrastruktur für zivilgesellschaftliche Aktivitäten anderseits aufgezeigt. Auf der Grundlage einer zusammenfassenden Dokumentation von ersten Praxisberichten im Zusam-

menhang mit der Einführung des Sozialgesetzbuch II (im Folgenden: SGB II) werden beide Aspekte in ihrer Wechselseitigkeit aufgegriffen; es wird dabei der Frage nachgegangen, welche Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen sich durch die aktuelle Dezentralisierung von Beschäftigungsund Arbeitsmarktpolitik im Zuge von Hartz IV ergeben." (Textauszug)

[113-L] Krummacher, Michael:
Stadtteil- bzw. Quartiermanagement in benachteiligten Stadtteilen: Herausforderung für eine Zusammenarbeit von Stadtplanung und sozialer Arbeit, in: Detlef Baum (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit : ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 360-375, ISBN: 978-3-531-15156-4

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Quartiermanagement in benachteiligten Stadtteilen und den damit verbundenen Herausforderungen zur Zusammenarbeit von planerischen und sozialen Berufen. Hierzu werden im ersten Schritt zunächst die Begriffe integrierte Stadtteilentwicklung und Stadtteil- bzw. Quartiermanagement definiert. Sodann werden im zweiten Schritt die Aufgaben und die Organisation von Quartiermanagement sowie die Anforderungen an QuartiermanagerInnen auf der Verwaltungs- bzw. Regieebene und der Quartiers- bzw. Vor-Ort-Ebene charakterisiert. Mit Bezug auf das so genannte Tandemmodell der interdisziplinären Zusammenarbeit von Stadtplanung und Sozialarbeit werden im dritten Schritt zentrale Strukturprobleme von Quartiermanagement erörtert. Dazu gehören (1) die Einbindung von Politik, (2) das Funktionieren von Kommunikation und ausreichende Entscheidungskompetenzen, (3) die Qualifikation der QuartiermanagerInnen sowie (4) die zeitliche Kontinuität. Die Ausführungen schließen im vierten Schritt mit Anregungen für ein sozialintegratives Quartiermanagement und für die Zusammenarbeit von Stadtplanung und Sozialarbeit. (ICG2)

[114-L] Kurth, Detlef:
Strategien der präventiven Stadterneuerung: Weiterentwicklung von Strategien der Sanierung, des Stadtumbaus und der Sozialen Stadt zu einem Konzept der Stadtpflege für Berlin, (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung : Blaue Reihe, 119), Dortmund: Dortmunder Vertr. für Bau- u. Planungsliteratur 2004, 240 S., ISBN: 3-88211-150-X (Standort: UB Duisburg(464)-01MWEC1860)

INHALT: "Stadterneuerung war stets von wechselnden Leitbildern in der Stadtentwicklung bestimmt. In den 1970er Jahren vollzog sich ein Wandel zur behutsamen, bestandsorientierten Stadterneuerung, die in den 1990er Jahren durch ein sozial orientiertes und integriertes Quartiersmanagement ('Soziale Stadt') erweitert wurde. Aufgrund zunehmender Wohnungsleerstände werden zudem seit Anfang 2000 vor allem in Ostdeutschland Ansätze des Stadtumbaus verfolgt. Trotz dieser Erneuerungsbemühungen befinden sich viele Städte in einer Krise, sie leiden unter selektiver Abwanderung, in benachteiligten Quartieren verschärfen sich soziale Polarisierungen, die finanziellen Ressourcen schwinden. Der Autor untersucht angesichts dieser Herausforderungen die drei Erneuerungsstrategien Sanierung, Stadtumbau und Soziale Stadt theoretisch sowie am Beispiel der Stadt Berlin, die wie keine andere Stadt im Fokus unterschiedlichster Erneuerungsaufgaben steht. Mit dem Konzept der Stadtpflegeplanung, das sich aus dieser Betrachtung ableitet, wird die Bestandsentwicklung als eine Hauptaufgabe der Stadtentwicklung formuliert. Die darin zueinander ins Verhältnis gesetzten Er-

neuerungsstrategien werden hierbei um eine präventive Strategie der Stadtpflege erweitert: Stadterneuerung soll als Daueraufgabe verstanden werden, die auch langfristig sozialräumlichen Benachteiligungen entgegenwirkt." (Autorenreferat)

[115-L] Lebuhn, Henrik:
Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt: eine Berliner Fallstudie über städtische Bewegungspolitik unter den Bedingungen von New Public Management, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 37/2007, Nr. 4 = H. 149, S. 529-545 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Unternehmerische Kommunalpolitik soll nicht nur die Wettbewerbsposition einer Stadt gegenüber anderen Städten verbessern. Unter der Bezeichnung "New Public Management" wird auch die Kommunalverwaltung nach ökonomischen Effizienzkriterien umgestaltet. Das bedeutet auch, dass sich das politische Umfeld für soziale Bewegungen in der Stadt ändert. In Berlin benachteiligen die Verwaltungsreformen anscheinend Basisinitiativen, die gegen die Privatisierung öffentlichen Raums protestieren, und erzeugen einen politischen Graben zwischen sozialen Bewegungen und linken Abgeordneten. (ICEÜbers)

[116-L] Lenz, Martin:
Zum kommunalen Umgang mit benachteiligenden Wohnbedingungen vor dem Spiegel eines Prozessmodells der nachhaltigen Stadt(teil)entwicklung, in: Yvonne Bernart (Hrsg.): Der soziologische Blick : Bernhard Schäfers zur Emeritierung, Göttingen: Cuvillier Verl., 2007, S. 99-122, ISBN: 978-3-86727-133-2 (Standort: LB Koblenz(929)-2007/3977)

INHALT: Der Verfasser argumentiert, dass stadtsoziologische Forschung in Kombination mit der Praxis im Rahmen der Sozialpolitik einer Stadtregierung ein Modell ergibt, das auf einer Balance beruht, hauptsächlich zwischen Theorie und Praxis, die in interdependenter Kooperation nachhaltige Stadt(teil)entwicklung ermöglicht. Die Balance kann je nach der Art des zugrunde liegenden Analyse"objekts" mehr auf der Seite der Theorie oder mehr auf der Seite der Praxis liegen. Dieses Modell fußt auf drei Säulen und hat drei Ebenen: die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft. Die Stadtregierung ist das Organ der "Ausführung". Daten der Sozialstatistik werden erhoben und sind häufig Grundlage von politischen Entscheidungen. Hinzu kommt die Säule der kommunalen Ämter bzw. Akteure, die unmittelbar in ihrer alltäglichen Praxis diese Politik umsetzen helfen. Hier gibt es Dokumente und Netzwerke, die auch der Analyse dienen. Die schon lange geforderte Partizipation der Betroffenen (in benachteiligenden Wohnquartieren) wird hier ebenfalls realisiert. Kommt als dritte Säule die Stadtsoziologie hinzu, wird das Modell durch die Theorie und Deskription der Rahmenbedingungen komplettiert. Dieses Prozessmodell ist flexibel genug, um auf unterschiedliche Ausprägungen und Anforderungen reagieren zu können. Aufgrund der Kooperation von Stadtsoziologie (Theorie) und kommunaler Sozialpolitik (Praxis) lassen sich Szenarien für die Zukunft entwickeln, die wiederum Grundlage für Entscheidungen der Stadtregierung und Sozialpolitik bilden. Wenn kommunale Planung tatsächlich als Praxis von Wissenschaft verstanden wird, so ist die Beratungsfunktion erfüllt. Hier müssen Wissen und Erkenntnis konzeptionell nicht nur zur Anwendung gebracht werden, sondern auch von Kommunen wissenschaftlich methodisch exakt generiert werden (empirische Sozialforschung). (ICG2)

[117-F] Lüken-Klaßen, Doris (Bearbeitung); Bosswick, Wolfgang, Dipl.-Sozialwirt (Leitung):
Cities for Local Integration Policies (CLIP)

INHALT: Austausch, Diskussion und Evaluierung kommunaler Integrationspolitiken (u.a. in den Bereichen Wohnen, Diversity Management) verschiedener Städte Europas. *ZEITRAUM:* 1996-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* europäische Städte

METHODE: politikbezogene Aktionsforschung. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Dokumentenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Qualitatives Interview; Sekundäranalyse von Aggregatdaten; Experteninterviews (Stichprobe: 20; Städte, Kommunalverwaltung; Auswahlverfahren: Selbstrekrutierung). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bosswick, Wolfgang; Heckmann, Friedrich: Integration of immigrants: contribution of local and regional authorities. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 2006 See: http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2006/22/en/1/ef0622en.pdf .+++Borkert, Maren; Bosswick, Wolfgang; Heckmann, Friedrich; Lüken-Klaßen, Doris: Local integration policies for migrants in Europe. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities 2007. See: http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2006/31/en/1/ef0631en.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-07 *ENDE:* 2008-07 *AUFTRAGGEBER:* European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: europäisches forum für migrationsstudien -efms- Institut an der Universität Bamberg (Katharinenstr. 1, 96052 Bamberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0951-93202013)

[118-L] Mayer, Margit:
Drittsektor-Organisationen als neue Partner der Verwaltung in der Restrukturierung lokaler Sozialpolitik?, in: Lilian Schwalb, Heike Walk (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 169-182, ISBN: 978-3-531-15467-1

INHALT: "Welche Rolle spielen Drittsektor-Organisationen in der lokalen Sozial-, Beschäftigungs- und Quartiersentwicklungspolitik? Am Beispiel Berlin wurden die Auswirkungen der jüngsten Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und das Bund-Länder-Programm 'Die Soziale Stadt' untersucht. Die Reformen sehen zunehmend die Aktivierung und Partizipation betroffener sozialer Gruppen sowie intermediärer Organisationen vor. Dabei beeinflussen die vom Staat zur Verfügung gestellten Instrumente stark die Arbeitsbedingungen und Handlungsperspektiven der freien Träger, etwa durch den Zuschnitt des Programms 'Soziale Stadt' und die seit Mitte der 1990er Jahre einsetzende 'aktivierende' Sozial(hilfe)politik, die mit Hartz IV und den 'Ein-Euro-Jobs' ein neues Niveau erreicht hat. Sie werfen auch die Frage auf, inwieweit die in der Drittsektor-Forschung verbreiteten Annahmen über Stabilität und an Gemeinwohl und sozialer Gerechtigkeit orientierten Werte noch angemessen sind. Zunächst wird dargestellt, in welchem Umfeld Drittsektor-Organisationen heute arbeiten und welche Auswirkungen dies Umfeld auf die Organisationen hat. Im nächsten Schritt werden die Widersprüchlichkeiten und Dilemmata präsentiert, die sich daraus für die Praxis der Organisationen ergeben. Schließlich werden Schlussfolgerungen für die Gestaltungsmöglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Politik und Forschung gezogen." (Textauszug)

[119-F] Menzl, Marcus, Dr.rer.pol. (Bearbeitung):
Perspektiven des Sozialen in der europäischen Stadt des 21. Jahrhunderts

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 21. Jahrhundert *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: HafenCity Universität Hamburg -HCU-, Department Stadtplanung, Institut für Stadt- und Regionalökonomie, -soziologie (Schwarzenbergstr. 95D, 21073 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: menzl@hafencity.com)

[120-F] Nispel, Andrea; Brasch, Monika von; Kendzia, Michael; Mussert, Marijke (Bearbeitung):
Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen (OloV)

INHALT: Ziel des Projektes: In Hessen gibt es in allen Regionen vielfältige Initiativen, die dazu beitragen, das Ausbildungsplatzangebot sowie die Vermittlung und berufliche Orientierung von Schulabgänger/inne/n zu verbessern, damit sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt entschärft. Das Projekt 'Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit' (OloV) hat zum Ziel, die lokalen Kooperationsstrukturen der Akteure des Ausbildungsmarktes zu optimieren, indem es sie bei der Abstimmung ihrer Aktivitäten in den Themenfeldern: a) Berufsorientierung von Schulabgänger/inne/n, b) Ausbildungsplatz-Akquise, c) Matching und Vermittlung in Ausbildung unterstützt. Kooperationspartner: Alle Unterzeichner des Hessischen Paktes für Ausbildung 2007-2009 und ihre lokalen Vertretungen: Land Hessen, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern, Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern, Vereinigung der hessischen Unternehmer, Verband Freier Berufe in Hessen, Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag, Hessischer Städte- und Gemeindebund.
METHODE: Thematische Schwerpunkte: Im Rahmen des Projektes OloV werden Workshop-Reihen durchgeführt, die den relevanten Akteuren vor Ort die Möglichkeit und den Rahmen zur Abstimmung ihrer Aktivitäten bieten. Die Konzepte der Workshops sind dabei auf die jeweilige lokale Ausgangssituation abgestimmt und ergebnisorientiert gestaltet, so dass ein nachhaltiger Aufbau der Kooperationsstrukturen auch über den Projektzeitraum hinaus gewährleistet ist. Im Zuge von Recherchen und in den Workshops werden Beispiele guter Praxis gesammelt, die im Rahmen des Transfers in Hessen überregional bekannt gemacht werden. Parallel dazu werden Empfehlungen entwickelt, die die Grundlage für eine langfristige Qualitätsentwicklung in den oben genannten Themenfeldern des Projektes bilden sollen. Leistungen im Überblick: Recherche nach Beispielen guter Praxis in Bezug auf die Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen; Recherche zu den relevanten Institutionen und Ansprechpartner/inne/n in den hessischen Regionen sowie zu den lokalen Kooperationsstrukturen; Konzeptentwicklung, Vorbereitung und Durchführung der Workshops zu den Themenkomplexen Berufsorientierung, Ausbildungsplatz-Akquise und Vermittlung; Dokumentation und Präsentation der Ergebnisse und Erfahrungen; hessenweiter Transfer der Ergebnisse und Erfahrungen; Entwicklung von Standards als Grundlage für eine langfristige Qualitätsentwicklung in den Themenfeldern Berufsorientierung, Ausbildungsplatz-Akquise, Matching und Vermittlung.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Referat Berufliche Bildung (Hrsg.): Qualitätsstandards zur Optimierung der loka-

len Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (QOV). Wiesbaden 2007.

ART: *BEGINN:* 2005-07 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Hessen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: INBAS GmbH Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Herrnstr. 53, 63065 Offenbach am Main)

KONTAKT: Brasch, Monika von (Tel. 069-27224-26, e-mail: vonbrasch@inbas.com); Mussert, Marijke (Tel. 069-27224-23, mussert@inbas.com)

[121-L] Offe, Claus:
Armut und Hilfe in städtischer Perspektive, in: Ulrich Hatzfeld, Franz Pesch (Hrsg.): Stadt und Bürger, Darmstadt: Verl. Das Beispiel, 2006, S. 118-123, ISBN: 978-3-939486-22-0 (Standort: UB Trier(385)-45MB/g67109)

INHALT: Das städtische Armenwesen ist im europäischen Mittelalter ein System von Transaktionen, an dem als Akteure die Armen, die Geber, Gott und die irdischen Autoritäten beteiligt sind. Dieses System operiert nach den Prinzipien "Lohn im Himmel", "unbedachte Barmherzigkeit" oder "ostentativ gute Werke". Beschränkungen des "Bettels" als ursprünglich normaler Form des Broterwerbs setzen erst im 15. Jahrhundert mit der Reformation ein. Der Prozess der Modernisierung des Armenwesens führt zu einer Konzentration der Armut "nach innen" in Armenanstalten und überwachten Quartieren. Das aufgeklärte städtische Armenwesen im späten 18. Jahrhundert zielt schließlich auf die Beseitigung der Armut. Die nunmehr verwaltete Armut liegt in der Hand von Organisationen, die sowohl für die Feststellung individueller Armut wie für eine angemessene Behandlung der Armut und die Aufbringung der benötigten Mittel zuständig sind. (ICE2)

[122-L] Plümer, K. D.; Trojan, A.:
"Gesunde Städte" - Anspruch und Performance: Befragungsergebnisse und ein Vorschlag zum Qualitätsmonitoring (Gesunde-Städte-Barometer), in: Das Gesundheitswesen : Sozialmedizin, Gesundheits-System-Forschung, Public Health, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Medizinischer Dienst, Jg. 66/2004, H. 3, S. 202-207 (Standort: USB Köln(38)-Un I Zs.402 / LS; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2004-813037)

INHALT: "Ziel der Studie: Mit dem Gesunde-Städte-Projekt der WHO sollen zentrale Prämissen der Gesundheitsförderung wie intersektorale Zusammenarbeit, aktive Bürgerbeteiligung, gleiche Chancen für Gesundheit und Gemeinwesenorientierung als Elemente einer neu verstandenen gesundheitspolitischen Praxis auf kommunaler Ebene verankert werden. In welchem Grad dies in Deutschland nach fast 15 Jahren Gesunde-Städte-Bewegung gelungen ist, war ein Ziel der erstmalig bundesweit durchgeführten Befragung der Projektkoordinatoren/innen der Mitgliedskommunen im deutschen Gesunde-Städte-Netzwerk. Methodik: Für die Erhebung wurde in Zusammenarbeit mit dem Netzwerkkoordinator ein 128 Items umfassender Fragebogen erarbeitet, der 78 standardisierte, 23 offene Fragen und 27 Ratingskalen zur Selbstbewertung der Gesunde-Städte-Arbeit und ihrer Entwicklung enthielt. Aus 30 Einzelfragen des Erhebungsbogens wurden sechs Qualitätsindizes generiert und als Qualitätsindex

für ein Monitoringmodell zusammengefasst. Die Beantwortung der Fragen bezog sich schwerpunktmäßig auf den Zeitraum 1999 - 2002. Die Vollerhebung fand von März bis Mai 2002 statt. Daran beteiligten sich 47 (90 %) von 52 Projektkoordinatoren/innen (zum Zeitpunkt der Befragung). Ergebnisse: Ausgewählte Ergebnisse der Netzwerkbefragung zur Ausstattung der Geschäftsstellen, zu Schwerpunkten und Arbeitsweisen zeigen Unterschiede in einem Ost-West-Vergleich und generelle Schwächen in der Gesunde-Städte-Arbeit auf. Die Analyse anhand von sechs Qualitätsdimensionen der Gesunde-Städte-Arbeit, Ausstattungsqualität und Selbstverpflichtung (Struktur), Konzeptqualität und Netzwerkintegriertheit (Prozess), selbst bewerteter Erfolg und Integriertheit in der Stadt (Ergebnis), ergab folgende Schwachpunkte: Ausstattungsqualität und Konzeptqualität; Selbstverpflichtung (9-Punkte-Programm) als Steuerungsinstrument; Integriertheit ins Gesunde-Städte-Netzwerk (GSN) und ins Politisch-Administrative System (PAS); Dokumentation und Evaluation der Arbeit. Ein Monitoringmodell (Gesunde-Städte-Barometer) wird für die Weiterentwicklung der Gesunde-Städte-Arbeit vorgestellt, das als Instrument für ein strategisches Controlling (Benchmarking) genutzt werden kann. Demnach sind im deutschen Netzwerk 13 Städte dem A-Niveau ('exzellent'), 22 Städte dem B-Niveau ('befriedigend') und 12 Städte dem C-Niveau ('verbesserungswürdig') zuzurechnen. Schlussfolgerung: Mit dem 'Gesunde-Städte-Barometer' hätte das Netzwerksekretariat ein Beobachtungsinstrument zur Hand, dass (konstant über mehrere Jahre angewendet) auch Längsschnittanalysen in der Entwicklung der Gesunden Städte ermöglicht und zu einer qualitätssichernden Verstetigung der Gesunde-Städte-Arbeit in Deutschland beitragen kann." (Autorenreferat)

[123-F] Puxi, Marco, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Konzepterstellung für eine lokale Beschäftigungsstrategie in der Region Leipzig: SWOT-Analyse und Handlungsfelder

INHALT: Aufbauend auf einer SWOT-Analyse zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur Arbeitsmarkt- und Bildungsentwicklung in der Region sollen Handlungsfelder und Ansatzpunkte für eine umfassende koordinierte beschäftigungspolitische Strategie in der Region abgeleitet werden, die in den nächsten 10 Jahren von Stadt und Landkreisen sowie beschäftigungspolitisch relevanten Akteuren umgesetzt wird. *ZEITRAUM:* 1995-2005, 2005-2015 (Prognose) *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Region Leipzig (Stadt Leipzig, Landkreise Delitzsch, Döbeln, Leipziger Land, Muldentalkreis und Torgau-Oschatz)

METHODE: Anhand multivariater Regressionsanalysen den wichtigsten Eckdaten der wirtschaftlichen Arbeitsmarkt- und Bildungsentwicklungen sowie ergänzenden Auswertungen der Erfolge arbeitsmarktpolitischer Instrumente werden a) Handlungsfelder definiert und b) konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, standardisiert. Qualitatives Interview (Stichprobe: 50; eigene Recherchen zu relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteuren; Auswahlverfahren: Auswahl). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 350; eigene Recherchen zu relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteuren inklusive der Bildungsdienstleister der Region; Auswahlverfahren: total). Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: 50.000; ESF geförderte Teilnehmer/innen in Sachsen, Herkunft der Daten: ESF Monitoring; Auswahlverfahren: total). Metaplan-Workshops (Stichprobe: 5; Unternehmen, arbeitsmarktpolitische relevante Akteure in der Region). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Fertig, Michael; Puxi, Marco; Busch, Anne; Nielebock, Claudia; Dolze, Liane: Konzepterstellung für eine Lokale Beschäf-

tigungsstrategie in der Region Leipzig: SWOT-Analyse. Abschlussbericht im Auftrag der Stadt Leipzig, Amt für Wirtschaftsförderung. Berlin: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, 29. Juni 2007, 149 S. Unter: http://www.leipzig.de/imperia/md/content/80_wirtschaftsfoerderung/20071114_swot-abschlussbericht-v9.pdf abrufbar.+++Puxi, Marco; Nielebock, Claudia; Dolze, Liane; Ermischer, Irina; Webel, Henrik: Handlungsfelder für eine Lokale Beschäftigungsstrategie in der Region Leipzig. Abschlussbericht im Auftrag der Stadt Leipzig, Amt für Wirtschaftsförderung. Berlin: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, 28. September 2007, 77 S. Unter: http://www.leipzig.de/imperia/ md/content/ 80_wirtschaftsfoerderung/20071114_strategie_final-endemit-einer-anlage.pdf abrufbar.+++ Projektbeschreibung.

ART: *BEGINN:* 2007-02 *ENDE:* 2007-09 *AUFTRAGGEBER:* Stadt Leipzig Amt für Wirtschaftsförderung *FINANZIERER:* Freistaat Sachsen; Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH Büro Berlin (Gorgasring 2, 13599 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 030-6504390, e-mail: puxi@isg-institut.de)

[124-L] Reis, Claus:
Fallmanagement - ein Mythos?: Erfahrungen mit Case Management in unterschiedlichen Feldern kommunaler Sozialpolitik, in: Clarissa Rudolph, Renate Niekant (Hrsg.): Hartz IV : Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 178-192, ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Claus Reis skizziert ganz konkret das Konzept des Fallmanagements, das von zentraler Bedeutung für den Betreuungsprozess ist und formuliert dabei die notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung. Claus Reis erachtet das Fallmanagement v.a. bei der Lösung konkreter Bedarfslagen von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern als hilfreich. Allerdings, so die These von Reis, stellt das Konzept des Fallmanagement eine besonders hohe Anforderung an die Umsetzung in der Praxis dar. Wenn diese nicht erfüllt werden, so wird Fallmanagement zu einem Mythos (oder sogar zu einer Ideologie) der Individualisierung. Bisherige Studien zum Fallmanagement, an denen Reis selbst mitgewirkt hat, zeigen sehr unterschiedliche Erfahrungen in verschiede nen Politikfeldern; in der Arbeitsmarktpolitik scheint es, als seien die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung am Wenigsten gegeben. Wie sich das in der Hartz IV-Umsetzung real darstellt, wie weit Theorie und Praxis hier tatsächlich zusammen oder auseinander gehen, ist Aufgabe weiterer Forschung." (Autorenreferat)

[125-L] Reutlinger, Christian; Mack, Wolfgang; Wächter, Franziska; Lang, Susanne (Hrsg.):
Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa, (DJI-Reihe Jugend), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 262 S., ISBN: 978-3-531-14737-6

INHALT: "In vielen europäischen Städten können Folgen gesellschaftlicher Spaltungsprozesse in abgehängten und benachteiligten Stadtteilen beobachtet werden. Die Menschen in diesen Quartieren gehören zu den Verlierern des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft. Jugendliche, die in diesen benachteiligten Quartieren leben und aufwachsen, haben schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, ihr Exklusionsrisiko ist bedeutend höher und ih-

re Formen der Bewältigung anomischer Strukturen werden in der Regel gesellschaftlich nicht akzeptiert. Deshalb werden in vielen europäischen Ländern Projekte und Programme zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in sozialräumlich segregierten Stadtteilen durchgeführt. In den Beiträgen des Bandes, die sich mit Frankreich, Spanien, Italien, den Niederlanden, Deutschland, Österreich, Schweden und Ungarn befassen, werden politische Programme, beispielhafte sozialpädagogische und sozialpolitische Praxis und Ergebnisse darauf bezogener Forschungsprojekte vorgestellt und diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Reutlinger, Christian: Soziale Arbeit zwischen Entgrenzung von Jugend und Verräumlichung von Jugendhilfe - eine Einleitung (9-22). I. Zustandsbeschreibungen/ Forschung - Wolf-Dietrich Bukow, Erika Schulze: Migration und Marginalisierung. Jugendwelten in Armutsvierteln (25-41); Jörg Blasius, Jürgen Friedrichs: Soziale Netzwerke von Deutschen und Türken in zwei benachteiligten Kölner Wohngebieten (42-53); Klaus Thien, Irmtraud Voglmayr, Reinhard Zuba: Jugendliche Migrantinnen und Migranten in einem strukturschwachen Wiener Gemeindebezirk - Freizeitverhalten und Konflikte im öffentlichen Raum (54-63); Christian Reutlinger: Unsichtbare Jugendliche in spanischen Städten (64-73). II. Praxis/ Programme - Jan Köhler: Sozialraumorientierung in der Kinder- und Jugendhilfe - europäische Perspektiven. Vorstellung und Vergleich aktueller Politikansätze und Programme in Ungarn, Schweden und den Niederlanden (77-103); Harrie B. Jonkman, Mieke Vergeer: Communities that Care - das Prinzip, die Grundlagen und das Ziel (104-124); Judith Kühr, Lagnes Villechaise-Dupont: Sozialraum und Mobilisierung der Bewohner. Überlegungen zur partizipativen Stadtpolitik in Frankreich (125-137); Oliver Frey: Sozialintegrative Stadtpolitik in Frankreich als Antwort auf städtische Jugendgewalt (138-158); Susann Burchardt, Frank Tillmann: Schule im Kontext kommunaler Steuerung. Empirische Befunde aus den Gebieten des Bundesprogramms E&C - Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (159-174); Markus Ottersbach: Sozialräumlichkeit und neue Formen der politischen Partizipation für Jugendliche (175-191); Gabriele Lenzi: Wiederbelebung von segregierten Quartieren durch sozialräumlich orientierte Arbeit am Beispiel von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Italien (192-202); Antonio Higueras Arnal; Maria Carmen Faus Pujol: Sozialräumliche Jugendforschung und Jugendpolitik in Spanien (203-223); Marco Marchioni: Raum, Territorium und "Gemeinwesen" (224-236); Arbeitsgruppe El Patio; Antonio Santana Miranda: El Patio - Bildungsstätten als gemeinschaftliche Ressource. Eine alternative gemeindeorientierte und aus dem Standpunkt der Jugendlichen entwickelte Soziale Arbeit auf den Kanarischen Inseln (237-257).

[126-L] Riesling-Schärfe, Heike:
Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren: Ergebnisse guter Praxisbeispiele in Europa, in: Informationen zur Raumentwicklung, 2007, H. 7/8, S. 519-528

INHALT: "Viele europäische Kommunen stehen vor dem Problem sich verschärfender sozialräumlicher Segregationsprozesse. Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung konzentrieren sich vielerorts in benachteiligten Stadtteilen. Die daraus resultierenden Beeinträchtigungen von Lebenschancen treffen insbesondere die Kinder und Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Kräfte zu bündeln, innovative und intelligente Lösungsansätze anzuwenden und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendlichen auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen. Mit der 'Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt' betonen auch die für die

Stadtentwicklung zuständigen Fachministerinnen und -minister den sozialräumlichen Ansatz einer Kinder- und Jugendpolitik. Das Konzept 'Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche' bietet hier Lösungsansätze. Um diese Stadt Realität werden zu lassen, sind integrierte Handlungskonzepte notwendig, die darauf zielen, die Entwicklungschancen junger Menschen in benachteiligten Gebieten zu verbessern. Integrierte Konzepte benötigen eine politische und gesellschaftliche Koproduktion, die eine neue Kultur der Kooperation umfasst und durch ein Co-Management von in der Regel kommunalen und lokalen Partnern systematisch gesteuert wird. Zudem gehören Partizipation und Nachhaltigkeit zu ihren Bestandteilen, sowohl was die Ziele als auch deren Ausgestaltung betrifft. Der Beitrag führt aus, welche vier Handlungsfelder dabei für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen von zentraler Bedeutung sind." (Autorenreferat)

[127-L] Schulz, Volker:
Kommunalatlas Arbeitsförderung: Dokumentation kommunaler Arbeitsförderaktivitäten der Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte, (LASA-Dokumentation, Nr. 23), Potsdam 2007, 130 S., ISBN: 978-3-929756-59-3 (Standort: ZB Wirtschaftswiss. Kiel(206)-C252266; Graue Literatur)

INHALT: "Landkreise und kreisfreie Städte hatten über Jahrzehnte hinweg keine direkte Zuständigkeit für Arbeitsförderung inne. Mit der Umsetzung der sogenannten 'Hartz-Reformen' ist nunmehr seit knapp zwei Jahren die größte und umfassendste Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik Realität. Die Umsetzung dieser Reformen ist gleichbedeutend mit einer weiteren Regionalisierung arbeitsmarktpolitischer Verantwortung. Mit der aktivierenden Betreuung von ALG-II-Beziehern haben Kommunen erstmals einen eigenen gesetzlich fixierten beschäftigungspolitischen Auftrag - neben dem Bund und den Bundesländern - erhalten. Neben den im SGB II geregelten kommunalen Pflichtaufgaben besteht in vielen Kommunen ergänzendes freiwilliges Arbeitsförderengagement. Auf diese Weise hat sich bis heute eine breite Differenzierung von Arbeitsförderaktivitäten entwickelt. Nach wie vor besteht für die Ebene der Länder eine fachliche Rahmenverantwortung für die politische Steuerung und Begleitung regionaler aktiver Arbeitsmarktpolitik. In diesem Kontext war es das Ziel, das gegenwärtig von Brandenburger Landkreisen und kreisfreien Städten getätigte Engagement im Bereich der Arbeitsförderung systematisch deskriptiv nach weitgehend einheitlicher Struktur von 'Steckbriefen' zu erfassen und auf diese Weise einen Überblick über den Umfang und die Prioritäten bisheriger und in naher Zukunft geplanter Aktivitäten zu erhalten. Die vorliegende Untersuchung stellt zum Stand September 2006 in dieser Form erstmalig Basismaterial für eine detailliertere, regionalspezifische Betrachtung kommunaler Arbeitsförderung in Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg zur Verfügung. In der Gesamtsicht wird eine sich sukzessiv ausdifferenzierende Landschaft kommunaler arbeitsmarktpolitischer Prioritäten und Strukturen sichtbar. Deutlich werden so der in allen Kommunen umgesetzte Vorrang der Integration von ALG-II-Empfängern, aber auch ein differenzierter Umgang mit Angeboten öffentlich finanzierter Beschäftigung sowie unterschiedliche Prioritätensetzungen bei der Umsetzung des im Landesprogramm bisher im Rahmen einer Modellphase angebotenen 'Regionalbudgets'." (Autorenreferat)

[128-F] Seibold, Bettina, M.A. (Bearbeitung); Dispan, Jürgen, Dr. (Leitung):
Strukturbericht Region Stuttgart 2007

INHALT: 1. Strukturberichterstattung Industrie, Handwerk, Dienstleistung; 2. Analyse des Arbeitsmarktes; 3. Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Regionalpolitik, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik. *ZEITRAUM:* 1990-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Region Stuttgart, Baden-Württemberg

METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Fragebogenerhebung; Telefoninterviews. Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Beschäftigtenstatistik - Sonderauswertung-; Herkunft der Daten: Bundesagentur für Arbeit. Industriestatistik; Herkunft der Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Dispan, Jürgen; Koch, Andreas; Krumm, Raimund; Seibold, Bettina: Strukturbericht Region Stuttgart 2007. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Schwerpunkt: Unternehmensgründungen. Stuttgart 2007.

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2007-11 *AUFTRAGGEBER:* Verband Region Stuttgart; Industriegewerkschaft Metall Region Stuttgart; Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart; Handwerkskammer Region Stuttgart *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: IMU - Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH Regionalbüro Stuttgart (Hasenbergstr. 49, 70176 Stuttgart); Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. - IAW- (Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0711-237050, e-mail: jdispan@imu-institut.de)

[129-L] Siebel, Walter:
Krise der Stadtentwicklung und die Spaltung der Städte, in: Detlef Baum (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit : ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 123-135, ISBN: 978-3-531-15156-4

INHALT: Der Beitrag zu den sozialen Problemen der modernen Stadt und der heutigen Stadtentwicklung beschreibt die Krise der Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Krise hat zwei Gesichter: Das eine ist der Bruch des bislang einheitlichen Modells von Stadtentwicklung als Wachstumsprozess. Seit der Krise der altindustriellen Regionen und erst recht angesichts der Transformationsprobleme in den neuen Bundesländern gibt es auch das Gegenmodell von Stadtentwicklung als Schrumpfen. Zum zweiten betrifft die Krise der Städte ihre innere Struktur: es droht eine innere soziale Spaltung der Städte, geprägt durch wachsende materielle Ungleichheit sowie zunehmende kulturelle Differenzen, und damit der Verlust der Integrationsfunktion der Städte. In diese Entwicklungen sind selbstverstärkende Momente eingebaut, angesichts derer ein Verlust der Steuerungsfähigkeit zu beobachten ist und die herkömmlichen Stadtpolitiken (bisher) versagen. Ob die Tradition der europäischen Stadt als einer sozialstaatlich regulierten Institution gesellschaftlicher Integration sich dagegen behaupten wird, ist eine offene politische Frage. (ICG2)

[130-L] Siemon, Hartmut (Bearbeitung):
Steuerung im SGB II: im Spannungsfeld von Bund, Kommunen und Fachpraxis ; Fachtagung Netzwerk SGB II, 11.-12. Dezember 2006 Frankfurt am Main ; Tagungsdokumente, Offenbach am Main 2007, 97 S., ISBN: 3-928199-08-0 (Graue Literatur; URL: http://www.sgb-ii.net/portal/tagung_bpk/0_frankfurt/ffm_doku.pdf)

INHALT: Der Band enthält die folgenden Tagungsdokumente: Reis, Claus: Was bedeutet Steuerung im SGB II? (6-19). Panel 1 - Steuerungsanspruch und -realität des Bundes - Schmach-

tenberg, Rolf: Position des Bundes (20-27); Keil, Rolf: Rolle der Bundesländer als Rechtsaufsicht und als Akteure in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik (28-33). Panel 2 - Lokale Zielbildungs- und Steuerungsprozesse: Steuerung zwischen lokalen Ansprüchen und bundesweiter Gewährleistung - Brandes, Torsten: Aufgaben und Verfahrensweisen der Bundesagentur für Arbeit (34-36); Radloff, Rainer: Zielbildung und Steuerungsmöglichkeiten der ARGEn (37-47). Panel 3 - Mit welchen Daten wird gesteuert? Klems, Wolfgang: SGB II Controlling (48-56); Korn, Jan: Datenlage der Arbeitsgemeinschaften (57-67); Hammer, Andreas: Sozialplanung der Kommune im Kontext SGB II (68-72); Korn, Jan: Datenlage der zugelassenen kommunalen Träger (73-78); Brennecke, Julia: Datenlage der Optionskommunen (79-89). Zwischenbetrachtung - Schulze-Böing, Matthias: Die Beobachtung der Beobachter. Wirkungen und Nebenwirkungen von Controlling in der Organisationspraxis des SGB II (90-95).

[131-L] Siemon, Hartmut (Bearbeitung):
Aktivierung und Nutzung lokaler Kompetenzen - Vernetzung und Kooperation vor Ort bei der Umsetzung des SGB II: Fachtagungen Netzwerk SGB II, Fachtagung 2, 19.-20. Oktober 2006, IHK Offenbach am Main ; Tagungsdokumente, Offenbach am Main 2006, 123 S. (Graue Literatur; URL: http://www.sgb-ii.net/portal/tagung_bpk/0_offenbach/of_docu.pdf)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Rudolf Anzinger: Lokale Vernetzung -Anspruch und Praxis (11-14); Tim Kähler: Lösung der Schnittstellen des SGB II zu anderen Sozialgesetzen (15-19); Alexander Götz, Heiner Brülle: Evaluation der Umsetzung des SGB II (20-36); Karl Peter Fuß, Jan Pippardt, Dietmar Grajcar, Heiner Brülle, Hartmut Siemon, Wolfgang Sieber, Karsten Gerkens, Susanne Pfau, Friedel Damberg, Michael Pflügner: Arbeitsgruppen zur lokal vernetzten SGB II-Umsetzung - ausgewählte In-puts und Ergebnisse (37-94); Holger Strassheim, Peter Lehmann, Bernhard Jirku, Karl Koch, Beate-Carola Johannsen, Karsten Gerkens: Welche Anforderungen stellen lokale/ regionale Akteure an die Vernetzung mit ARGEn/ Optionskommunen? (95-119).

[132-L] Strohmeier, Klaus Peter:
Familien in der Stadt: Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik, in: Detlef Baum (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit : ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 246-261, ISBN: 978-3-531-15156-4

INHALT: Der Beitrag zu den sozialen Problemen der modernen Stadt und der heutigen Stadtentwicklung betrachtet am Beispiel des Ruhrgebiets und den dort lebenden Familien, die fünf maßgeblichen Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik. Dazu gehören die (1) ökonomische, (2) demographische, (3) soziale, (4) kulturelle und (5) internationale Herausforderung. Die Ausführungen basieren auf statistischem Datenmaterial für den Zeitraum 2000 bis 2004 und gliedern sich in folgende Aspekte: (1) Altersaufbau der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung, (2) Schulbesuche von Kindern, (3) Sozialhilfedichte, (4) segregierte Armut in den Städten, (5) Übergänge zu weiterführenden Schulen sowie (6) subjektiv empfundene Armut von Familien. Nach Ansicht des Autors besteht besonderer Entwicklungsbedarf überall dort, wo die nachwachsende Generation unter Bedingungen sozialer Benachteiligung und reduzierter Lebenschancen aufwächst. Hier sind vermehrte und konzentrierte Anstrengungen gefragt, die auch die Eltern einbeziehen müssen. Kindertagesstätten und Schulen können als niedrigschwellige und multifunktionale Dienste eingesetzt ihre besondere Stärke

zeigen. NRW ist auf dem Weg, mit dem Umbau dieser Tageseinrichtungen zu Familienzentren mit Beratungs- und Verweisungsfunktion wichtige Schritte in diese Richtung zu tun. (ICG2)

[133-L] Süß, W.; Glismann, W.; Trojan, A.:
Integrierte nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung - Kernindikatoren für Kommunen und Städte: Ergebnisse eines Forschungs- und Entwicklungsprojektes, in: Das Gesundheitswesen : Sozialmedizin, Gesundheits-System-Forschung, Public Health, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Medizinischer Dienst, Jg. 67/2005, H. 2, S. 150-154 (Standort: USB Köln(38)-Un I Zs.402 / LS; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2005-857892)

INHALT: "In einem vom BMBF geförderten Projektverbund zu 'problemorientierten regionalen Berichterstattungssystemen' arbeiten derzeit vorwiegend in ostdeutschen Kommunen Wissenschaftler(innen) und Praxispartner an der Konzeption und Erprobung von kommunal und/oder regional orientierten Berichterstattungssystemen zu unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern. Bei diesem Beitrag handelt es sich um ein Projekt zur kommunalen integrierten nachhaltigkeitsorientierten Gesundheitsberichterstattung. Den konzeptionellen Hintergrund für das Forschungsprojekt bilden die drei 'großen' kommunal umzusetzenden Programme: Gesunde Stadt, Lokale Agenda 21 und Soziale Stadt. Im Projekt wurden in Zusammenarbeit mit 10 ostdeutschen Verbundstädten, die alle Mitglieder des Gesunde-Städte-Netzwerkes sind, in einem prozesshaft angelegten Verfahren 35 Kernindikatoren entwickelt. Mit diesen Indikatoren soll in den Verbundstädten eine integrierte nachhaltigkeitsorientierte Gesundheitsberichterstattung begonnen werden, aus der Maßnahmen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention auf kommunaler Ebene ableitbar sind. Im kooperativen und diskursiven Prozess der Indikatorenfindung mit den Verbundstädten (Projekt-Workshops alle drei Monate) wurde eine Synopse vorhandener bereits angewandter oder für die kommunale Berichterstattung vorgeschlagener Indikatorensätze erstellt, aus der heraus der Kernindikatorensatz des Projektes entwickelt wurde. Im Ergebnis liegt ein Indikatorensatz mit 35 Kernindikatoren für eine integrierte nachhaltigkeitsorientierte kommunale Gesundheitsberichterstattung vor. Für jeden der 35 Kernindikatoren wurde eine Metadatenbeschreibung vorgenommen, die als Arbeitshilfe bei der Erstellung der integrierten Berichterstattung durch die 10 Verbundstädte dienen soll. Diese Indikatorenprofile sind aber auch für alle Kommunen (bzw. kreisfreien Städte) relevant und hilfreich, wenn sie eine solche Berichterstattung anstreben. Mit dem Indikatorensatz kann gezeigt werden, dass die Entwicklung und Konzeption einer integrierten nachhaltigkeitsorientierten kommunalen Berichterstattung möglich ist. Diese Entwicklung sollte vorangetrieben werden, da eine Reihe von routinemäßig erhobenen Daten (auch aus dem Verwaltungshandeln) zur Verfügung steht, deren Nutzung und Verwendung für die kommunale Politik von Bedeutung sein könnte, auch und gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich. Das Projekt hat im Mai 2002 begonnen und läuft bis Mai 2005. Derzeit arbeiten die Praxispartner an der Erstellung der integrierten Berichte. Es wird erwartet, dass diese Gesundheitsberichte der 10 Verbundpartner im Frühjahr 2005 vorliegen." (Autorenreferat)

[134-L] Walther, Claudia:
Messbarkeit kommunaler Integrationskonzepte, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit : Vierteljahreshefte zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe, Jg. 38/2007, Nr. 3, S. 100-110 (Standort: USB Köln(38)-XG1981; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "'Warum ist aus Ihrer Sicht Integration in Ihrer Kommune gelungen? (...) Woran messen Sie den Erfolg?' Diese selbstverständlich klingenden Fragen wurden von den meisten Kommunen, die sich in dem Wettbewerb 'Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik' der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministeriums des Innern beworben hatten, nur mit Schwierigkeiten beantwortet. Noch vor zwei Jahren arbeiteten nur wenige Kommunen mit einer fundierten Datengrundlage. Die Evaluation von Erfolg und Wirkung integrationspolitischer Maßnahmen und Projekte wird jedoch immer bedeutsamer; immer mehr wird auch in der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Förderung von Integrationsprojekten eingefordert. Wie also kann man den Erfolg von kommunaler Integrationspolitik messen? Wozu kann darüber hinaus das Arbeiten mit Daten zur Integration' von Zuwanderern dienen? Wie können Indikatoren eine Kommune unterstützen, die Integrationspolitik als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe strategisch steuern will? Diesen Fragen will dieser Artikel nachgehen. Zudem sollen die Hürden skizziert werden, die bei der Arbeit mit Kennzahlen noch zu nehmen sind." (Autorenreferat)

[135-L] Walther, Uwe-Jens; Güntner, Simon:
Soziale Stadtpolitik in Deutschland: das Programm "Soziale Stadt", in: Detlef Baum (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit : ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 389-400, ISBN: 978-3-531-15156-4

INHALT: Der Beitrag stellt die Gründzüge des stadtpolitischen Programms 'Soziale Stadt - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf' dar, mit dem die rot-grüne Bundesregierung 1999 auf die zunehmende sozialräumliche Spaltung in den Städten reagierte. So geht der erste Schritt zunächst auf die soziale Situation in den Städten ein. Der zweite Schritt skizziert anschließend die soziale Stadtpolitik in einigen westeuropäischen Staaten seit den frühen 1990er Jahren mit dem Anspruch der Erneuerung der Stadterneuerung. Der dritte Schritt beschreibt den Förderrahmen des Programms 'Soziale Stadt' als Teil der Städtebauförderung. Als Bausteine zur Umsetzung der sozialen Stadtpolitik werden neben dem Gebietsbezug auch das Quartiersmanagement, integrierte Handlungskonzepte und Förderprojekte vorgestellt. Nach diesem Überblick werden im vierten Schritt die wesentlichen Kritikpunkte an der Politik genannt. Im fünften Schritt werden abschließend einige Perspektiven aufgezeigt, die die soziale Stadtpolitik für planende Berufe eröffnet. (ICG2)

[136-L] Walther, Uwe-Jens:
Alternde Stadtbevölkerung: Altern in der Stadt, in: Detlef Baum (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit : ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 276-286, ISBN: 978-3-531-15156-4

INHALT: Der Beitrag erörtert die These, wonach die bisherige räumliche Verteilung und Dynamik der Bevölkerungsalterung bei den zukünftigen Wohnstandorten kaum Brüche mit den

bisherigen Mustern erwarten lässt. Das Wohnen und die Wohnstandorte von morgen werden vielmehr denen von heute ähneln: Die Bevölkerungsalterung überlagert kleinräumig die bestehenden Siedlungsmuster und setzt selektiv andere Gewichte. Im ersten Schritt wird zunächst die These einer weitgehenden Strukturkonstanz der 'Geographie der Alterung' bei den Wohnumgebungen aus den bisherigen Trends der Segregation nach Alter entwickelt. Im zweiten Schritt wird dargestellt, inwieweit Politik und Planung diese Entwicklungen mit gestaltet und verstärkt haben. Dazu gehören die Sozial-, Wohnungs- und Altenpolitik. Anhand der Schlussfolgerungen daraus werden im dritten Schritt vier Einwände geprüft, ob Städte geeignete Umgebungen sind, um in ihnen alt zu werden: (1) Städtische Lebensweisen und Altern, (2) die Frage nach großräumiger Entmischung oder nahräumlicher Funktionsmischung, (3) Armut, Ethnie und Alterung sowie (4) schrumpfende alternde Städte. (ICG2)

3 Gestaltung der Arbeitswelt I

[137-L] Adamy, Wilhelm:
Neue Untersuchungen zu Geringverdienern mit Aufstockendem ALG II: 1,2 Millionen können vom Arbeitseinkommen nicht leben ; immer mehr Vollzeit-Beschäftigte betroffen - Mindestlohn notwendig, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 5, S. 180-189 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II ist zwar gesunken. Doch immer mehr Erwerbstätige benötigen aufstockendes ALG II, weil ihr Lohn zum Leben nicht reicht. Das zeigt eine neue Untersuchung des DGB. Sie beleuchtet auch, welche Personen, Branchen und Regionen besonders betroffen sind. Ein Ergebnis: Bereits 440.000 Vollzeit-Beschäftigte sind mittlerweile auf Hartz IV angewiesen." (Autorenreferat)

[138-L] Alemann, Ulrich von:
Stehen die deutschen Gewerkschaften am Abgrund?: zehn Thesen zur Zukunft der deutschen Gewerkschaften, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 2, S. 245-253 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Erleben wir eine Erosion der Gewerkschaftsbewegungen in Deutschland? Oder auch in Europa? Den Gewerkschaften laufen die Mitglieder davon, sie verlieren rasant an Akzeptanz in der öffentlichen Meinung, sie überwerfen sich mit ihrer alten Bündnispartei der SPD, und sie können nicht mit Geld umgehen, sondern haben ihre Genossenschaftsbewegung, ihre Neue Heimat und ihre Bank für Gemeinwirtschaft desaströs verspielt. Kurz und gut, die Gewerkschaften stehen vor dem Abgrund. So lauten die üblichen Verdächtigungen in den Medien. In Thesenform geht der Autor diesen Problemen auf den Grund." (Autorenreferat)

[139-F] Andresen, Maike, Dr. (Bearbeitung):
Das (Un-)Glück der Arbeitszeitfreiheit. Eine ökonomisch-psychologische Analyse und Bewertung

INHALT: Ziel: Beurteilung und Bewertung des Arbeitszeitmodells 'Arbeitszeitfreiheit' aus der Perspektive des Individuums und der Organisation. Ableitung von Handungsempfehlungen zur Steuerung des Arbeitszeitmodells bzw. des Arbeits(zeit)verhaltens.
METHODE: theoretischer Ansatz: Verhaltensökonomie *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 40). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Andresen, Maike: Das (Un-)Glück der Arbeitszeitfreiheit. Eine ökonomisch-psychologische Analyse und Bewertung. Habilitation. Hamburg 2007, 300 S.
ART: *BEGINN:* 2004-07 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Wissenschaftler
INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Personalwesen und Internationales Management (Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-65412335, e-mail Maike.Andresen@hsu-hh.de)

[140-L] Andreß, Hans-Jürgen; Seeck, Till:
Ist das Normalarbeitsverhältnis noch armutsvermeidend?: Erwerbstätigkeit in Zeiten deregulierter Arbeitsmärkte und des Umbaus sozialer Sicherungssysteme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 59/2007, H. 3, S. 459-492 (Standort: USB Köln(38)-Haa00277-b; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kzfss-digital.de/)

INHALT: "Anhand einer Längsschnittanalyse der Armutsquoten der erwerbstätigen Bevölkerung über einen Zeitraum von insgesamt 14 Jahren (1991 bis 2004) wird die Vermutung überprüft, dass der Abbau sozialer Sicherungsleistungen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes das Armutsrisiko der Arbeitnehmer erhöht haben. Die Grundannahme ist dabei, dass neben individuellen Armutsrisiken (z.B. fehlende Ausbildungsabschlüsse) vor allem Veränderungen der Rahmenbedingungen (soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt, Haushaltsstrukturen) die Entwicklung der Armutsquote erklären. Mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels wird gezeigt, dass veränderte Arbeitsmarktbedingungen sowie Steuern und Abgaben das Armutsrisiko erhöhen und dass zusätzliche Einkommensquellen (Staat, Familie) und abnehmende Einkommensbedarfe aufgrund zunehmend kleinerer Haushalte dieses Risiko nicht dämpfen. Im Ergebnis steigt im Untersuchungszeitraum die Armutsquote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten, insbesondere in Ostdeutschland." (Autorenreferat)

[141-L] Bäcker, Gerhard:
Was heißt hier "geringfügig"?: Minijobs als wachsendes Segment prekärer Beschäftigung,
in: Berndt Keller, Hartmut Seifert (Hrsg.): Atypische Beschäftigung : Flexibilisierung und soziale Risiken, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 107-126, ISBN: 978-3-8360-8681-3

INHALT: "Die mit der Hartz-Gesetzgebung verfolgte Strategie, die Arbeitslosigkeit durch eine Beschäftigungsexpansion auf dem ersten Arbeitsmarkt merklich abzubauen, war auch handlungsleitend für die zum 1. April 2003 in Kraft getretene erneute Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Während die in den Anfangsjahren der rot-grünen Koalition durchgesetzte Reform von 1999 noch darauf abgestellt hatte, die Ausbreitung der geringfügigen Beschäftigung wegen ihrer problematischen Folgewirkungen (unzureichende soziale Sicherungsansprüche

sowie Einnahmenausfälle in den Sozialversicherungen) zu stoppen und die Anreize zur Substitution regulärer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu begrenzen, haben sich nur wenige Jahre später die Prioritäten verschoben (Bäcker/ Koch 2003). Es ging und geht um die Ausweitung der nunmehr "Minijobs" genannten Beschäftigungsverhältnisse, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich und um die Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen, vor allem von niedrig qualifizierten Langzeitarbeitslosen durch die erhoffte "Brücken- und Einstiegsfunktion" der Mini- und Midi-Jobs. Damit verbunden war zugleich die Erwartung, über die sozialversicherungs- und steuerrechtliche Förderung von Minijobs in Privathaushalten Schwarzarbeit zu legalisieren und private Dienstleistungen als Beschäftigungspotenzial zu nutzen. Im Folgenden soll überprüft werden, welche Entwicklung die Mini-Jobs seit der Neuregelung genommen haben, wie sich dieses Beschäftigungssegment in seiner Struktur und Qualität auszeichnet und welche Wirkungen auf Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage festzustellen sind. Im Anschluss wird untersucht, ob die erwarteten Beschäftigungseffekte eingetreten sind. Der abschließende Teil des Beitrags skizziert Perspektiven und Alternativen." (Autorenreferat)

[142-L] Baden, Christian; Schmid, Alfons:
Betriebspanel Report Hessen: betriebliche Arbeitszeiten in Hessen 2006 ; Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel - Hessen 2006, (Betriebspanel Hessen, 02/2007), Frankfurt am Main 2007, 24 S. (Graue Literatur; URL: http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-H/RD-H/A11-Arbeitsmarkt-Berufsforschg/Publikation/pdf-2007/2007-BP-Report-Hessen-02-2007-Arbeitszeiten-2006.pdf)

INHALT: "Betriebliche Arbeitszeiten spielen in der Diskussion um eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitswelt eine zentrale Rolle. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an Auftrags- bzw. Produktionsschwankungen gelten als wichtige Faktoren um im zunehmenden internationalen Wettbewerb bestehen oder sich Wettbewerbsvorteile erarbeiten zu können. Die hierbei zur Verfügung stehenden Instrumente (Überstunden, Teilzeitarbeit, Arbeitszeitkonten etc.) werden unterschiedlich beurteilt und bekommen durch die in letzter Zeit verstärkt geführte Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zusätzliche Dimension. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigten sich in der Vergangenheit unterschiedliche Entwicklungen. Nachdem jahrzehntelang die Diskussion um eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeiten (bezogen auf Vollzeitarbeitsplätze) im Vordergrund stand, ist in den letzten Jahren eher der umgekehrte Trend zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit beobachtbar. Gleichzeitig aber haben (immer weiter ausdifferenzierte) Teilzeitarbeitsverhältnisse an Bedeutung zugenommen. Verbunden mit der Ausbreitung von 'neuen' Arbeitszeitmodellen (wie z.B. betrieblichen Arbeitszeitkonten) wird der 'Normalarbeitszeit' eine immer weiter zurückgehende Bedeutung zugesprochen. Wie stark und wie verbreitet diese Entwicklungen sind ist teilweise noch unklar. Verlaufen sie quer durch alle Branchen und Betriebsgrößen oder sind sie auf bestimmte Betriebe konzentriert? Sind sie dauerhaft angelegt oder nur kurzfristiger Natur? Wie viele und welche Beschäftigte sind hiervon besonders betroffen? Der vorliegende Report beschäftigt sich mit diesen Fragen und hebt dabei drei Aspekte hervor: Zum einen wird die Entwicklung der Dauer der vertraglichen Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte betrachtet, zum zweiten werden Entwicklungen bei Umfang und Struktur der Teilzeitarbeit analysiert und schließlich werden Verbreitung von Überstundenarbeit und Arbeitszeitkonten untersucht." (Autorenreferat)

[143-L] Badura, Bernhard; Schröder, Helmut; Vetter, Christian (Hrsg.):
Fehlzeiten-Report 2007: Arbeit, Geschlecht und Gesundheit; Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft, Heidelberg: Springer Medizin 2008, XV, 521 S., ISBN: 978-3-540-72543-5

INHALT: "Der Fehlzeiten-Report, der vom Wissenschaftlichen Institut der AOK (Wido-) und der Universität Bielefeld herausgegeben wird, informiert in jedem Jahr umfassend über die Krankenstandsentwicklung in der deutschen Wirtschaft. Das Arbeitsunfähigkeitsgeschehen in den einzelnen Branchen wird detailliert beleuchtet. Aktuelle Befunde und Bewertungen zu den Gründen und Mustern von Fehlzeiten in Betrieben werden vorgestellt. In seinem Schwerpunktteil beschäftigt sich die diesjährige Ausgabe des Reports mit der Bedeutung von Geschlechteraspekten im betrieblichen Gesundheitsmanagement. Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Krankheiten und gesundheitlichen Risiken, ihres Umgangs mit gesundheitlichen Belastungen und der Inanspruchnahme von Vorsorge- und Versorgungsleistungen. Vieles spricht dafür, dass sich die Qualität und Wirksamkeit von Prävention und Gesundheitsförderung verbessern lässt, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigt werden. Im Bereich der betrieblichen Gesundheitspolitik wird häufig kritisiert, dass geschlechtsspezifische arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und Erkrankungen nicht ausreichend erfasst werden und bei der Planung und Umsetzung betrieblicher Gesundheitsförderungsmaßnahmen geschlechtsspezifische Differenzen zu wenig bedacht werden. Der Fehlzeiten-Report will dazu anregen, Geschlechteraspekte in der betrieblichen Gesundheitspolitik stärker in den Blick zu nehmen. Er zeigt auf, wie ein geschlechtergerechtes Gesundheitsmanagement im Betrieb aussehen könnte, von dem Frauen und Männer gleichermaßen profitieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Julia Lademann, Petra Kolip: Geschlechtergerechte Gesundheitsförderung und Prävention (5-20); Joachim E. Fischer, Gerald Hüther: Biologische Grundlagen der Genderdifferenz (21-34); Toni Faltermaier: Geschlechtsspezifische Dimensionen imGesundheitsverständnis und Gesundheitsverhalten (35-48); Christian Dressel: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern - Deutschland im europäischen Vergleich (49-68); Beate Beermann, Frank Brenscheidt, Anke Siefer: Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und -belastungen von Frauen und Männern (69-82); Karl Kuhn: Geschlechtsspezifische arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und Erkrankungen (83-96); Ingrid Küsgens: Krankheitsbedingte Fehlzeiten bei Frauen und Männern - Geschlechtsspezifische Unterschiede im Arbeitsunfähigkeitgeschehen (97-120); Klaus Zok: Krank zur Arbeit: Einstellungen und Verhalten von Frauen und Männern beim Umgang mit Krankheit am Arbeitsplatz (121-144); Uwe G. Rehfeld, Thomas Bütefisch, Hilmar Hoffmann: Gesundheitsbedingte Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Frauen und Männer - Indikatoren für die Morbidität (145-158); Petra Rixgens, Bernard Badura, Martina Behr: Sozialkapital und gesundheitliches Wohlbefinden aus der Sicht von Frauen und Männern - Erste Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung in Produktionsbetrieben (159-174); Waltraud Cornelißen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (175-192); Manuela Ritter, Gerhard Elsigan, Günther Kittel: Projekt "Gender Mainstreaming in der betrieblichen Gesundheitsförderung" (193-210); Nadine Pieck: Geschlechtergerechtes Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst (211-228); Gesine Wildeboer: Gesundheitsförderung für Frauen in Gesundheitsberufen - Vorgehensweisen und Ergebnisse (229-244); Heinz Kowalski, Günther Pauli: Leitfaden gesunder Wiedereinstieg in den Altenpflegeberuf (245-260); Ingrid Küsgens, Katrin Macco, Christian Vetter: Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2006 (261-466); Sabine Vogelrieder: Krankenstand und Gesundheitsförderung in der Bundesverwaltung (467-486).

[144-F] Bartl, Walter, Dipl.-Soz.; Jonda, Bernadette, Dr.; Pawleta, Dominika, M.A.; Rademacher, Christian, M.A. (Bearbeitung); Sackmann, Reinhold, Prof.Dr. (Leitung):
Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors (Teilprojekt B8)

INHALT: Der demographische Wandel stellt ein zentrales Zukunftsproblem von fortgeschrittenen Gesellschaften dar und droht die Entwicklung von Transformationsgesellschaften negativ zu beeinflussen. Für den Bereich staatlicher Gemeinwesen wird als Folge demographischer Umbrüche ein schleichender Kollaps prognostiziert. Strittig ist, ob es wirklich immer zu diesen dramatischen Folgen kommt. Die Folgen demographischer Herausforderungen werden durch akteurspezifische Bewältigungsstrategien und institutionelle Rahmenbedingungen vermittelt. Der Gegenstand des Forschungsprojektes ist der gesellschaftliche Umgang mit dem Problem demographische Alterung in einem exemplarischen Feld, nämlich dem Personalwesen des öffentlichen Sektors. Ziel des Forschungsprojektes ist die Untersuchung der Art der personalrelevanten Bewältigungsstrategien des öffentlichen Sektors auf demographische Veränderungen, die Ursachen hierfür, sowie deren Folgen. *ZEITRAUM:* 1990-2005 ff. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ostdeutschland, Polen, Westdeutschland

METHODE: Das hier zugrunde gelegte theoretische Modell geht davon aus, dass die Art der Folgen demographischer Veränderungen für Arbeitsmärkte entscheidend von den Bewältigungsstrategien der beteiligten Akteure abhängt. Eine zu prüfende Leithypothese ist, dass Art und Umfang der praktizierten Flexibilität entscheidend sind. Die Untersuchung konzentriert sich deshalb auf verschiedene Transformationsländer und Staatsebenen, die jeweils unterschiedliche Mechanismen zur Bewältigung der anstehenden und zukünftigen Probleme entwickelt haben können. Um empirisch die Bedeutung von einzelnen institutionellen Vorgaben und akteursspezifischen Handlungsstrategien für die Art der Bewältigungsstrategie bestimmen zu können, sieht das empirische Design des Projektes eine qualitative und quantitative Untersuchung der Bewältigungsstrategien auf verschiedenen Ebenen des Staatshandelns (Kommune, Zwischenebene, Zentralstaat) in zwei Transformationsländern (Ostdeutschland, Polen) und in Westdeutschland vor. Die empirische Untersuchung des Projektes konzentriert sich in der ersten Phase auf die kommunale Ebene in Ostdeutschland, Polen und Westdeutschland. Die Untersuchung der ersten Förderphase besteht aus drei Komponenten: a) mithilfe von Experteninterviews mit Personalverantwortlichen werden Reaktionsweisen rekonstruiert; b) wird ein Erhebungsinstrument für eine quantitative Beschäftigerbefragung erarbeitet und einem Pretest unterzogen; und c) es wird eine objektive Datenbasis geschaffen, die es erlaubt, die Ergebnisse der Experteninterviews zu validieren. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 83; Personalverantwortliche des öffentlichen Sektors auf Kommunalebene; Auswahlverfahren: theoretisches Sampling). Sekundäranalyse (Prüfung, welche Informationen zu Erwerbsverläufen von Beschäftigten des öffentlichen Sektors in existierenden Datensätzen vorhanden sind; Herkunft der Daten: Mikrozensus, IAB-Beschäftigtenstichprobe, Berliner Lebensverlaufsstudie, SOEP; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hradil, Stefan; Jonda, Bernadette: Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger: Ergebnisbericht der Regionalstudie Mainz. Mainz: Univ. Mainz, Inst. für Soziologie 2004.+++Sackmann, Reinhold (Hrsg.): Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels im öffentlichen Sektor. Jena: SFB 580, 2007.+++Sackmann, Reinhold; Bartl, Walter: Personalflexibilität im öffentlichen Dienst in Krisensituationen. Ein Challenge-Response Modell. in: Nève, Dorothée de; Reiser, Marion; Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): Herausforderung - Akteur - Reaktion. Baden-Baden: Nomos 2007, S. 145-170.+++Sackmann, Reinhold; Bartl, Walter: Demographisie-

rung: Bewältigungsform von Krisen der "zweiten Natur" des Menschen? in: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. CD-Rom der Sektionsbeiträge des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt am Main: Campus 2008 (im Druck). +++ Sackmann, Reinhold; Jonda, Bernadette; Reinhold, Maria (Hrsg.): Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008 (in Vorbereitung).

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften (06099 Halle); Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, SFB 580 Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung (Bachstr. 18, 07743 Jena)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0345-552-4258, e-mail: walter.bartl@soziologie.uni-halle.de)

[145-L] Bartsch, Klaus:
Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 11, S. 589-595 (Standort: USB Köln (38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Effekte der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wurden mit dem makroökonometrischen Modell LAPROSIM simuliert. Da die Bezieher von Niedriglohneinkommen (zwangshalber) eine überdurchschnittlich hohe Konsumquote bei zugleich unterdurchschnittlicher Steuer- und Abgabenbelastung haben, dürfte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes kurz- bis mittelfristig die Binnennachfrage spürbar anregen. Dieser Nachfrageschub bewirkt, ebenfalls auf kurze bis mittlere Sicht, nennenswerte Beschäftigungseffekte von maximal etwa 450.000 Beschäftigten. Langfristig bilden sich die anfänglichen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen aufgrund zeitverzögert wirksamer Preis- und Rationalisierungseffekte partiell wieder zurück. Es bleiben jedoch leichte, aber dauerhafte Beschäftigungsgewinne in Höhe von über 100.000 Personen erhalten, die bei Verzicht auf die Einführung eines Mindestlohnes nicht zu realisieren wären." (Autorenreferat)

[146-L] Basu, Arnab K.; Chau, Nancy; Kanbur, Ravi:
Turning a blind eye: costly enforcement, credible commitment and minimum wage laws, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2998), München 2007, 34 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp2998.pdf)

INHALT: "In many countries, non-compliance with minimum wage legislation is widespread, and authorities may be seen as having turned a blind eye to a legislation that they have themselves passed. But if enforcement is imperfect, how effective can a minimum wage be? And if non-compliance is widespread, why not revise the minimum wage? This paper examines a minimum wage policy in a model with imperfect competition, imperfect enforcement and imperfect commitment, and argues that it is the combination of all three that produces results which are consistent with a wide range of stylized facts that would otherwise be difficult to explain within a single framework. We demonstrate that turning a blind eye can indeed be an

equilibrium phenomenon with rational expectations subject to an ex post credibility constraint. Since credible enforcement requires in effect a credible promise to execute ex post a costly transfer of income from employers to workers, a government with an objective function giving full weight to efficiency but none to distribution is shown, paradoxically, to be unable to credibly elicit efficiency improvements via a minimum wage reform." (author's abstract)

[147-L] Beck, Ulrich:
Schöne neue Arbeitswelt, (Suhrkamp-Taschenbuch, Bd. 3871), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, 237 S., ISBN: 978-3-518-45871-6

INHALT: Der Autor entwirft ein Zukunftsszenario, das von einer 'Brasilianisierung' des Westens ausgeht, das heißt von einem Trend hin zu prekären, diskontinuierlichen Arbeitsverhältnissen. Damit sind die Grundlagen des Sozialstaates und der Demokratie in Gefahr. Zur Überwindung der in die Krise geratenen Arbeitsgesellschaft und als Alternative zur Leitidee der Vollbeschäftigung stellt er ein visionäres Leitbild eines Europas der Bürgerarbeit und einer postnationalen Bürgergesellschaft vor: "Die Antithese zur Arbeitsgesellschaft ist die Stärkung der politischen Gesellschaft der Individuen, der aktiven Bürgergesellschaft vor Ort. Die Vision ist eine zugleich lokale und transnationale Bürgerdemokratie in Europa. Mit der Bürgerarbeit, die diesem Zweck dient, entsteht neben der Erwerbsarbeit eine alternative Aktivitäts- und Identitätsquelle, die den Menschen nicht nur Befriedigung schafft, sondern auch Zusammenhalt in der individualisierten Gesellschaft durch die Verlebendigung der alltäglichen Demokratie stiftet." Als Grundlage hierfür werden Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und ein bedingungsloses Grundeinkommen betrachtet. (IAB2)

[148-L] Beese, Birgit:
Frauenverdienste - Männerverdienste: wie weit liegen sie auseinander?: oder: Wie breit ist der 'gender pay gap' in Deutschland?, in: Streit : feministische Rechtszeitschrift, Jg. 25/2007, H. 3, S. 99-107 (URL: http://www.streit-fem.de/)

INHALT: "Nach der jüngsten europäischen Erhebung lag Deutschland unter 25 EU-Mitgliedstaaten mit einem Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen von 22% auf dem viertletzten Platz. Noch breiter ist die Lohn- und Gehaltskluft allein in Zypern, Estland und der Slowakei. Der europäische Durchschnitt liegt bei 15%. Mit welchen Konsequenzen dies einhergeht, verdeutlicht eine weitere europäische Vergleichsstudie, die nicht die Bruttogehälter, sondern den Nettostundenlohn zur Grundlage hat. Hiernach zählt Deutschland neben Frankreich, Belgien, Luxemburg und Litauen zu dem Cluster der EU-Mitgliedstaaten, das den höchsten Anteil an Frauen mit niedrigen Realeinkommen unter allen Beschäftigten und den geringsten Frauenanteil unter jenem mit hohem Realeinkommen ausweist. Doch nicht nur hinsichtlich der Breite des Einkommensunterschieds, auch hinsichtlich der Intensität der politischen Maßnahmen, auf diesen Einfluss zu nehmen, schneidet Deutschland im europäischen Vergleich extrem schlecht ab. Sowohl für die Bundesregierung wie für die Tarifvertragsparteien kommt dem Thema nur eine geringe Priorität zu." (Autorenreferat)

[149-L] Bellmann, Lutz; Janik, Florian:
To recruit skilled workers or to train one's own?: vocational training in the face of uncertainty as to the rate of retention of trainees on completion of training, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 40/2007, H. 2/3, S. 205-220 (Standort: USB Köln(38)-XG1089; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Artikel behandelt die Auswirkungen von Unsicherheit im Hinblick auf den Verbleib von Absolventen der betrieblichen Berufsausbildung auf das Ausbildungsverhalten der Betriebe. Als Alternative zur eigenen Ausbildung wird über einen Opportunitätskostenansatz die externe Rekrutierung von Fachkräften betrachtet. Die Unsicherheit wird auf Personalfluktuation, starken Produktmarktwettbewerb und sich wandelnde Qualifikationsanforderungen zurückgeführt. Indikatoren dieser Ursachen werden auf ihre Auswirkungen auf die betriebliche Ausbildung und die Rekrutierung von Fachkräften mit einem Fractional Logit Modell unter Verwendung eines Seemingly Unrelated Cluster-Adjusted Sandwich Estimators mit Daten des IAB-Betriebspanels überprüft. Für das Verarbeitende Gewerbe bestätigen sich die vermuteten Zusammenhänge nicht. Im Dienstleistungsbereich wird ein negativer Zusammenhang hoher Personalfluktuation und schnellen Wandels der benötigten Qualifikationen mit dem Ausbildungsengagement und ein positiver mit der externen Rekrutierung von Fachkräften festgestellt. Dies wird als Hinweis darauf interpretiert, dass Unsicherheit im Hinblick auf den Verbleib nach der Ausbildung einen Erklärungsbeitrag zur wachsenden Kluft zwischen Beschäftigung und Ausbildung im tertiären Sektor liefern kann." (Autorenreferat)

[150-F] Bender, Stefan; Wolf, Elke; Beblo, Miriam, Dr. (Leitung):
The backlog of mothers' wage rates - a within-firm matching approach

INHALT: The researchers analyze the wage effects of employment breaks of women entering motherhood using a novel within-firm matching approach where mothers' wages upon return to the job are compared with those of their female colleagues. They investigate three different matching procedures: 1. exact matching on individual characteristics two years before birth, 2. propensity score matching and 3. a combined procedure of exact and propensity score matching. In a subsequent regression analysis on the wage differences of the matched pairs they find heterogeneous treatment effects. The results yield new insights into the nature of the wage penalty associated with motherhood. They plan to extend the analysis to an evaluation of the policy effects of several extensions of the parental leave period in Germany. The project analyzes the wage effects of employment breaks of women entering motherhood using a novel within-firm matching approach where mothers' wages upon return to the job are compared with those of their female colleagues. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *BEGINN:* 2004-08 *ENDE:* 2007-02 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW-

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Bundesagentur für Arbeit (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Bender, Stefan (e-mail: stefan.bender@iab.de)

[151-L] Binz, Andrea:
Einflussfaktoren und Erfolgswirkungen befristeter Beschäftigungsverhältnisse, (Schriftenreihe Personalwirtschaft, Bd. 12), Hamburg: Kovac 2007, 257 S., ISBN: 978-3-8300-2856-7

INHALT: "Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen war lange Zeit ein relativ wenig beachtetes und kaum diskutiertes Thema in der personalökonomischen Forschung, was aufgrund der damit verbundenen intensiven öffentlichen Diskussionen und der starken praktischen Relevanz dieser Form der Beschäftigung nur verwundern kann. Die Autorin geht davon aus, dass es notwendig ist, die personalpolitischen Strategien von Unternehmen zu analysieren, um die Ausweitung und die Folgen des Einsatzes von temporären Beschäftigungsverhältnissen besser verstehen und erklären zu können. Diese Strategien werden in dem Buch auf theoretische Weise ausführlich vorgestellt und diskutiert. Auf Basis dieser Überlegungen werden im Anschluss die Auswirkungen befristeter Beschäftigungsverhältnisse auf die Arbeitszufriedenheit und die Produktivität der betroffenen Arbeitnehmer sowie die Determinanten eines Übergangs von befristeten zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen mithilfe eigener empirischer Studien untersucht." (Autorenreferat)

[152-L] Bispinck, Reinhard:
Tarifpolitischer Halbjahresbericht: eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 351-357 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2007_07_bispinck.pdf)

INHALT: "Die Tarifrunde hat im ersten Halbjahr 2007 zu deutlich stärkeren Tariferhöhungen als im Vorjahr geführt. Dies ergibt sich aus der Halbjahresbilanz, des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung. Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung für 2007 beläuft sich auf 2,3 %. Darin sind auch die entsprechenden Abschlüsse aus dem Vorjahr mit Steigerungen für 2007 berücksichtigt. Im ersten Halbjahr 2007 schlossen die DGB-Gewerkschaften für rund 6,2 Mio. Beschäftigte neue Lohn- und Gehaltstarifverträge ab. Die Warnstreiks und regulären Arbeitskämpfe in einigen Branchen belegen, dass sich die Tarifwende nicht ohne harte Konflikte vollzieht." (Autorenreferat)

[153-F] Bleich, Sabrina, Dipl.-Volksw.; Fischer, Sven, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Berninghaus, Siegfried K., Prof.Dr.; Güth, Werner, Prof.Dr.; Ramser, Hans Jürgen, Prof.Dr. (Leitung):
Inflexibilitäten und die Rolle strategischer Interaktion bei der Festlegung der Lohn- und Beschäftigungspolitik von Firmen, die als Nachfrager auf heterogenen Arbeitsmärkten auftreten (Teilprojekt im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1169 "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Im Rahmen des allgemeinen Programms des Forschungsschwerpunktes befasst sich das vorgeschlagene Projekt mit der Bedeutung strategischer Interaktion zwischen oligopsonistischen Arbeitsnachfragen für die Flexibilität, mit der der Arbeitsmarkt auf i.w. konjunkturelle und strukturelle Einflüsse reagiert bzw. reagieren kann. Von Interesse ist dabei insbesondere die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen (z.B. Mindestlöhne, Kündigungsschutz, (Un)-

vollständigkeit der Arbeitsverträge, Kobeschäftigung von Festangestellten und Leiharbeitern etc.). Dazu werden in einer ersten Untersuchungsphase Modelle eines allgemeinen Arbeitsmarktes entwickelt, auf dem Firmen mit spezifischen Qualitätsanforderungen und Arbeitsbedingungen um unterschiedlilch qualifizierte Arbeitskräfte konkurrieren. Neben dem Lohnsatz sind u.a. Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten (Karriere), Gewinnbeteiligungssysteme und die erwartete Sicherheit des Arbeitsplatzes expliziter oder impliziter Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Eine Innovation gegenüber den gängigen Arbeitsmarktmodellen ist ferner die für eine zweite Untersuchungsphase vorgesehene Modifikation der der Arbeitsnachfrage zugrunde liegenden Zielsetzung des Managements, für das von einer Prinzipal-Agenten-Beziehung ausgegangen wird.

METHODE: Konkret sollen auf der einen Seite folgende Rahmenbedingungen der Produktionsentscheidung berücksichtigt werden: Ein qualifizierter Arbeiter kann einen unqualifizierten ersetzen, was in entgegengesetzter Richtung jedoch nicht möglich ist. Die Unternehmen bieten den Arbeitern Anreize wie Weiterbildungschancen, unterschiedliche Arbeitszeitregelungen oder Boni an und es können konjunkturelle Störungen auftauchen. Sowohl die Investitionsentscheidung der Firmen, als auch die Entscheidung der Arbeitnehmer zur Weiterbildung ist hier endogen. Auf der anderen Seite soll im Modell erfasst werden, dass die Produktion durch Trennung von Eigentum und Kontrolle gekennzeichnet ist und damit eine Prinzipal-Agenten-Beziehung widerspiegelt. *DATENGEWINNUNG:* Experiment.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Berninghaus, Siegfried K.; González, Luis G.; Güth, Werner: Firm specific investments based on trust and hiring competition: a theoretical and experimental study of firm loyalty. in: Franz, Wolfgang; Ramser, Hans J.; Stadler, Manfred (Hrsg.): Bildung. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren, Bd. 33. Tübingen: Mohr Siebeck 2004. ISBN 3-16-148492-4. *ARBEITSPAPIERE:* Kirstein, Annette; Bleich, Sabrina: When education is productive but not signal. An experiment. Sept. 2005.

ART: *BEGINN:* 2004-05 *ENDE:* 2006-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Karlsruhe, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Institut für Wirtschaftstheorie und Operations Research (Postfach 6980, 76128 Karlsruhe); Max-Planck-Institut für Ökonomik Abt. Strategische Interaktion (Kahlaische Str. 10, 07745 Jena)

KONTAKT: Bleich, Sabrina (Tel. 0721-608-6134, Fax: 0721-608-3491,
e-mail: bleich@wiwi.uni-karlsruhe.de)

[154-L] Böker, Karl-Hermann:
Flexible Arbeitszeit - Langzeitkonten: Betriebs- und Dienstvereinbarungen ; Analyse und Handlungsempfehlungen, (Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung : Betriebs- und Dienstvereinbarungen), Frankfurt am Main: Bund-Verl. 2007, 120 S., ISBN: 978-3-7663-3731-3

INHALT: "Seit Jahren verlieren starre Arbeitszeitmuster an Bedeutung. Statt dessen erhalten Beschäftigte mehr persönlichen Freiraum, weil ihre Arbeitszeit auf flexible Konten gebucht wird. Trotzdem haben sie die Sicherheit von gleichmäßigen Entgeltzahlungen. Eine spezielle Form sind Lang- und Lebensarbeitszeitkonten. Diese Konten können höhere Zeitsalden aufweisen, sehr lange oder keine Ausgleichszeiträume haben und keinen negativen Saldo bekommen. Beschäftigte können längere Freistellungen für sich nutzen oder früher aus dem Berufsleben aussteigen. Unternehmen hingegen überbrücken damit längere Phasen niedriger Auslastung. Schwierig ist hier die Frage der Insolvenzsicherung. Die ausgewerteten 59 Vereinbarungen stellen eine große Bandbreite dar. Schwerpunkte sind: Ziele der Vereinbarungen,

Regelungsgegenstände und deren Gestaltung sowie der Einfluss von Interessenvertretungen auf die Ausgestaltung der Langzeitkonten. Der Band zeigt, welche Regelungstrends bezüglich der Langzeitkonten in den Betrieben vorherrschen und welche Gestaltungsfragen wichtig sind bzw. wie diese angegangen werden können. Konkrete Gestaltungs- und Beratungshinweise ergänzen die Auswertung. Die beigefügte CD-ROM enthält Auszüge aus Vereinbarungen." (Autorenreferat)

[155-L] Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia (Hrsg.):
Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, 319 S., ISBN: 978-3-593-38429-0

INHALT: "Seit Mitte der 199oer Jahre steigt die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland sprunghaft an. Was sind die Triebkräfte dieser Entwicklung? Welche Arbeitsplätze sind besonders betroffen? Anhand der Beispiele Cal! Center, Einzelhandel, Ernährungsindustrie, Hotel und Krankenhaus verleihen die Autoren des Bandes der Niedriglohnarbeit in Deutschland ein Gesicht und zeigen, wo politischer Handlungsbedarf besteht, etwa die Einführung von Mindestlöhnen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Gerhard Bosch, Thorsten Kalina: Niedriglöhne in Deutschland - Zahlen, Fakten, Ursachen (20-105); Claudia Weinkopf: Löhne im Kundenservice unter Druck - Beschäftigtein Call Centern (106-141); Lars Czommer: Wildwestzustände in Deutschland? - Einfacharbeitsplätze in der Ernährungsindustrie (142-174); Karen Jaehrling: Wo das Sparen am leichtesten fällt - Reinigungs- und Pflegehilfskräfte im Krankenhaus (175-210); Achim Vanselow: Immer noch verloren und vergessen - Zimmerreinigungskräfte in Hotels (211-248); Dorothea Voss-Dahm: Der Branche treu trotz Niedriglohn - Beschäftigte im Einzelhandel (249-285); Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Arbeiten für wenig Geld - Zusammenfassung und politischer Handlungsbedarf (286-3129).

[156-F] Burda, Michael C., Prof.Ph.D.; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D.; Vogel, Thorsten, Dr.rer.pol. (Bearbeitung):
Die Rolle der Gewerkschaften bei der Entstehung und Veränderung von Varianz und höheren Momenten der bedingten und unbedingten Lohnverteilung (Teilprojekt P4 im Rahmen des Gesamtprojekts "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Die deutlichen Unterschiede, die zwischen OECD-Ländern in den Lohnunterschieden zwischen Charakteristika bestehen, werden meist auf unterschiedliche Arbeitsmarktinstitutionen zurückgeführt. In diesem Projekt wird der Einfluss von Gewerkschaften auf die Lohnbildung untersucht, insbesondere in Bezug auf verschiedene Maße der Lohnverteilung wie Varianz und höhere Momente, aber auch Verhältnisse von Lohnperzentilen. Ein Einkommensversicherungsmotiv könnte eine stichhaltige theoretische Erklärung für den Wunsch der Gewerkschaften sein, nach Lohnkompression zu streben, womöglich sogar (ceteris paribus) auf Kosten eines niedrigeren Lohnniveaus im Durchschnitt. Alternativ kann eine Gewerkschaft in einem Such- und Matchingmodell als freiwilliger Zusammenschluss von Arbeitsanbietern aufgefasst werden, die bei der Entlohnung bei neuen Job-Matches Restriktionen auferlegt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Das Projekt will zum einen Teil beide Ansätze in einen konsistenten theoretischen Rahmen ausgehend von den Arbeiten Burda (1995) und Boeri/ Burda (2003) analysieren und empirische Implikationen ableiten. Im zweiten Teil soll empirisch für Deutschland der Zu-

sammenhang zwischen verschiedenen Aspekten der Entlohnung (Lohnniveau, Differentiale, Streuung, intrapersonelle Lohndynamik) und empirischen Schätzungen des gewerkschaftlichen Organisationsgrades von Arbeitnehmern aus Beck/ Fitzenberger (2003) untersucht werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Vogel, T.: Union wage compression in a right-to-manage model. 2007. Download unter: http://www.wiwi.hu-berlin.de/wt2/cv/Vogel/UnionWageCompres sion.pdf .

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Wirtschaftstheorie II (Spandauer Str. 1, 10178 Berlin); Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung Abt. Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie (Platz der Alten Synagoge, 79085 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Burda, Michael C. (Prof. Tel. 030-2093-5638, e-mail: burda@wiwi.hu-berlin.de)

[157-L] Cahuc, Pierre; Laroque, Guy:
Optimal taxation and monopsonistic labor market: does monopsony justify the minimum wage?, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2955), Bonn 2007, 25 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp2955.pdf)

INHALT: "We analyze optimal taxation in an economy with monopsonistic labor markets. The individuals, whose only decisions are whether to work, or not, have heterogeneous productivities and opportunity costs of work. Given its preferences for redistribution, the government, which does not observe the opportunity costs of work, chooses a tax scheme implementing the second best allocation. We compare the optima in the competitive and monopsonistic environments. We find that the government can always implement the second best allocation of the competitive economy in the monopsonistic environment. The optimal tax schedule comprises employment subsidies financed by taxes on profits. In this setup, there is no room for a minimum wage." (author's abstract)

[158-L] Candeias, Mario; Röttger, Bernd:
Sozialtarifverträge und lokale Arbeiterbewegungen: "Das bedeutet ja nicht, daß man sich völlig widerstandslos enthaupten lassen muß.", in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Und jetzt? : Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007, S. 88-96, ISBN: 978-3-518-12500-7 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5280)

INHALT: Die Verfasser schildern am Beispiel eines Arbeitskampfs bei Heidelberger Druckmaschinen in Kiel die neue "Kultur der Beteiligung", die von der IG Metall inzwischen zur offiziellen Gewerkschaftspolitik erklärt worden ist. Diese Strategie setzt auf die unmittelbare Beteiligung der Beschäftigten an betrieblichen Auseinandersetzungen, hier im Kampf um Sozialtarifverträge. Eine "lebendige lokale Arbeiterbewegung" tritt an die Stelle "grauer Stellvertreterpolitik". Ähnliche Arbeitskämpfe wurden auch bei AEG und Infineon geführt. (ICE2)

[159-L] Dieterich, Thomas:
Das Arbeitsrecht der Zukunft im globalen Wettbewerb, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 8, S. 411-415 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Aufgabe des Rechts besteht nach Auffassung des Verfassers darin, eine Rahmenordnung zu entwickeln, die Orientierungs- und Planungssicherheit bietet und dabei Gerechtigkeitsvorstellungen der Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Das Arbeitsrecht ist mit diesem Ziel schrittweise in der Praxis entwickelt worden. Diese naturwüchsige Praxisbezogenheit wird jetzt in dem rasanten und tief gehenden Strukturwandel des Arbeitslebens zum Problem. Das wird für die verschiedenen Bereiche arbeitsrechtlicher Gestaltungsformen erläutert; Reformansätze werden in diesem Zusammenhang kritisch gewürdigt." (Autorenreferat)

[160-F] Dispan, Jürgen, Dr.; Schwarz-Kocher, Martin; Seibold, Bettina (Bearbeitung):
Die aktive Rolle der Mitbestimmungsinstitutionen im betrieblichen Innovationsprozess

INHALT: Innovationen und technischer Fortschritt sind grundlegend für die globale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und damit für die Zukunft der Arbeitsplätze in Deutschland. Ausgehend von einem breiten Innovationsverständnis stehen verschiedene Innovationsdimensionen im Blickfeld: Produkt- und Prozessinnovationen ebenso wie physische und immaterielle Innovationen, sowie deren wechselseitige Beeinflussung. Um Rolle und Funktion der Träger der Mitbestimmung in diesem ganzheitlichen Innovationsverständnis zu verstehen, werden betriebliche Innovationsprozesse analysiert. Ein spezifischer Problemzugang des Ansatzes basiert auf der empirischen Beobachtung, dass der Beitrag der Träger der Mitbestimmung zu Innovationen in Krisensituationen besonders gut funktioniert und sich ein charakteristischer "mitbestimmter" Innovationstypus herauszubilden scheint, der aber nur selten verstetigt werden kann. Folgende Fragestellungen werden im Forschungsprojekt bearbeitet: Welche Verfahren formeller und informeller Beteiligung der betrieblichen Interessenvertretungen an Innovationsprozessen werden in Unternehmen praktiziert? Welche originären Beiträge können die Träger der Mitbestimmung in den Innovationsprozess einbringen? Wie können die Mitbestimmungsinstitutionen die Interessen der Beschäftigten in betriebliche Innovationsprozesse einbringen und mit welchen Handlungskonzepten können sie dabei auftretenden Rollenkonflikte bewältigen? Welchen Einfluss haben dabei die Variablen Betriebsgröße, Fertigungstiefe, funktionale Ausdifferenzierung, Führungs- und Controllingkulturen, Personalentwicklung, Kunden/ Lieferantenverhältnis und Außenbeziehungen? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Aktionsorientierte Forschung als theoretischer Ansatz. Methodenmix: quantitative Auswertungen z.B. der Innovationsperformance erfolgen auf Basis der Erhebung "Innovation in der Produktion" (Fraunhofer ISI). Gleichrangig werden sowohl qualitative Fallstudien in Unternehmen der Branchen Maschinenbau, Automobilzulieferer, Chemische Industrie, Textilgewerbe und Ingenieurdienstleistungen als auch Expertenbefragungen und -workshops durchgeführt.
ART: *BEGINN:* 2007-10 *ENDE:* 2009-09 *AUFTRAGGEBER:* Hans-Böckler-Stiftung *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: IMU - Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH Regionalbüro Stuttgart (Hasenbergstr. 49, 70176 Stuttgart)

KONTAKT: Schwarz-Kocher, Martin (Tel. 0711-23705-0, Fax: 0711-23705-11, e-mail: imu-stuttgart@imu-institut.de)

[161-L] Dombois, Rainer; Holtrup, Andre; Mehlis, Peter; Peter, Lothar; Reihert, Claudia; Spitzley, Helmut; Voss, Jenna; Warsewa, Günter:
Gesellschaftliche Modernisierung und Regulierung von Arbeit: Abschlussbericht des Projektverbunds "Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit", (IAW Forschungsbericht, 13), Bremen 2007, 127 S., ISBN: 3-88722-684-8 (Graue Literatur; URL: http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/FB_13-FeA.pdf)

INHALT: "Globalisierung und Tertiarisierung, aber auch Individualisierung, Enttraditionalisierung und Subjektivierung von Arbeit markieren Prozesse und Entwicklungen, die auch in Deutschland die grundlegenden Rahmenbedingungen der Regulierung von Arbeit verändern und neue Anforderungen an sie generieren. Das Deutsche Modell der Arbeitsbeziehungen mit seinem spezifischen Arrangement von Regulierungsakteuren und -formen steht unter Anpassungsdruck. Dieser Forschungsbericht gibt Auskunft über die Forschungstätigkeiten im Rahmen des am IAW angesiedelten Projektverbundes 'Gesellschaftlicher Wandel und neue Regulierungsmuster von Arbeit'. Er referiert die zentralen Ergebnisse aus den vier Teilprojekten und skizziert die Befunde, die sich als allgemeine Tendenzen aus ihnen ableiten lassen. Insgesamt bestätigt die Empirie des Forschungsverbundes, dass Arbeitsansprüche aus der Subjektperspektive an Gewicht gewinnen und dass die betriebliche und teilweise auch die individuelle Ebene bei der Regulierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Bedeutung zunehmen. Die Befunde lassen aber - anders als vielfach angenommen - auch zukünftig keine durchgreifende und umfassende Individualisierung der Arbeitsbeziehungen erwarten." (Autorenreferat)

[162-L] Dörre, Klaus:
Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme: Niedergang oder strategische Wahl?, in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Und jetzt? : Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007, S. 53-78, ISBN: 978-3-518-12500-7 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5280)

INHALT: Die Gewerkschaftsbewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind in eine Krise geraten. Im wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus verschob sich das Zentrum des Gewerkschaftshandelns von struktureller und Organisationsmacht hin zu institutioneller Macht. Demgegenüber zersetzt das finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime nicht nur überkommene Formen von struktureller und Organisationsmacht, es verwandelt die institutionelle Arbeitermacht der fordistischen Ära selbst in ein Objekt kapitalistischer Landnahme. Die aktuelle Repräsentationskrise der Gewerkschaften ist also nicht Ergebnis einer chronischen Lernverweigerung. Eine mögliche Antwort auf diese Krise ist das "organizing"-Konzept, ein offensives Organisierungsmodell, das bei der Rekrutierung neuer Mitglieder auf unkonventionelle Taktiken setzt und in dem sich die Gewerkschaften eher als soziale Bewegungen mit intelligenten Kampagnenorientierung profilieren. (ICE2)

[163-F] Dressel, Kathrin (Bearbeitung); Allmendinger, Jutta, Prof.Ph.D. (Leitung):
Entzerrung von Arbeitsbiographien (Arbeitstitel)

INHALT: Das Projekt soll politische Handlungsfelder und Finanzierungsmöglichkeiten für eine Umgestaltung von Lebensarbeitszeiten aufzeigen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Nutzung bereits vorhandenen Humankapitals verbessern. Ziel: Wie müssen Arbeitsbiographien umgestaltet werden, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen sowie die Nutzung des bereits vorhandenen Humankapitals zu verbessern? Welche politischen Handlungsfelder und Finanzierungsmöglichkeiten können zur Umgestaltung der Arbeitsbiographien beitragen? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2004-10 *ENDE:* 2006-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[164-F] Drews, Veronika, M.A. (Bearbeitung):
Evaluation von Arbeit Plus (Gütesiegel der EKD für sozial nachhaltige Unternehmenspolitik)

INHALT: Evaluation von: 1. Verfahren; 2. Öffentlichkeitswirkung; 3. Bewertung durch Zielgruppe; 4. theologischer Fundierung.
METHODE: Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen. Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 50; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* Evangelische Kirche in Deutschland -EKD- *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- (Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0511-5301-426, e-mail: veronika.drews@si-ekd.de)

[165-L] Ehlscheid, Christoph; Urban, Hans-Jürgen:
Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive?: die Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 398-403 (Standort: USB Köln (38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Dass sich die Gewerkschaften in einer strukturellen Defensive befinden, gilt mittlerweile in Wissenschaft und Politik als Allgemeinplatz. Doch in jüngster Zeit zeigen sich auch Indizien für eine Konsolidierung. An diesen Konsolidierungserfolgen setzt eine wissenschaftliche Debatte an, die den Fokus von der Ausleuchtung der gewerkschaftlichen Krise hin zu den Voraussetzungen einer gewerkschaftlichen Revitalisierung und einer verbesserten gewerkschaftlichen Strategiefähigkeit verschiebt. Betrachtet man die Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie in diesem Kontext, fällt das Ergebnis durchaus positiv aus: Der Tarifabschluss lässt auf eine merkliche Konsolidierung der Organisationsmacht und eine Revitalisierung der IG Metall in der verhandlungspolitischen Dimension schließen. Er verweist aber auch auf eine Reihe virulenter Strategiefragen, die sich auf die Neujustierung des Verhältnisses von Betriebs- und Tarifpolitik oder die Rekonstruktion einer solidarischen Verteilungspolitik beziehen. Die Tarifrunde 2007 stellt somit einen wichtigen, ermutigenden Schritt

in die richtige Richtung dar; der Weg aus der gewerkschaftlichen Defensive ist gleichwohl noch lang." (Autorenreferat)

[166-L] Enggruber, Ruth; Mergner, Ulrich (Hrsg.):
Lohndumping und neue Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit, (Transfer aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, Bd. 7), Berlin: Frank & Timme 2007, 128 S., ISBN: 978-3-86596-133-4

INHALT: "Die Klagen zu den immer schlechteren Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit erreichen auch die Hochschulen. Absolventen berichten ebenso wie die Träger von der Auflösung fachlicher Qualitätsstandards sowie vom Abschied von tariflicher Bezahlung, von unbefristeten und Vollzeitarbeitsverhältnissen. Die offizielle 'Arbeitslosenstatistik' für diese Berufsgruppen fällt hingegen günstig aus. In der vorliegenden Publikation wird diesen widersprüchlichen Meldungen nachgegangen. Dargestellt werden die Standpunkte der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Hochschulvertreter, des DGB und des Berufsverbandes. Ein Schwerpunkt liegt auf den sozialrechtlichen Grundlagen zur Finanzierung Sozialer Arbeit." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ruth Enggruber, Ulrich Mergner: Einführung (7-30); Gero Kerig: Entwicklungen der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit aus Sicht der Träger (31-41); Norbert Wohlfahrt: Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit auf dem Weg zum Niedriglohnberuf? (43-60); Heinz Burghardt: Wettbewerb der Träger Sozialer Arbeit zwischen sozialrechtlicher und wettbewerbsrechtlicher Steuerung (61-75); Heinz Burghardt, Heike Glahs, Volker Neumann: Juristische Diskurse zur Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit (77-94); Marlies Bredehorst, Nikolaus Immer, Heinz Liedgens, Ulrich Mergner, Lisa Schmieder, Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Sozialpolitische Diskurse zur Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit (95-123).

[167-L] Fehmel, Thilo:
Sozialpartnerschaft und Sozialpolitik: Geschichte und Zukunft eines Kompetenzverhältnisse, in: Matthias Lemke, Philipp Hermeier (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit?, Göttingen: Cuvillier Verl., 2006, S. 77-90, ISBN: 978-3-86727-095-3 (Standort: UB Köln(38)-35A251)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass das arbeitsunabhängige, garantierte Mindest- oder Grundeinkommen kein utopisches Projekt ist. Grundsicherungselemente für alte Menschen oder für Eltern sind Beispiele für nicht lohnarbeitsbezogene monetäre Sozialleistungen. Es wird argumentiert, dass die Frage, der sich sozialpolitische Akteure zu stellen haben, nicht ist ob, sondern wie garantierte und arbeitsunabhängige Einkommensbestandteile zu etablieren sind. Zu diesen Akteuren gehören auch die Sozialpartner. Ein arbeitsunabhängiges Grundeinkommen stellt für sie keine größere Bedrohung dar als die Erosion des Tarifsystems. Denn ein garantiertes Mindesteinkommen für alle kann, muss und soll die Funktionen des erodierenden sozialpartnerschaftlichen Tarifvertragssystems keineswegs zur Gänze übernehmen. Es kann und soll die Umverteilungsfunktion des Arbeitsmarktes nicht ersetzen, sondern ergänzen. Es dient, wie vormals Tarifverträge, anders als diese aber nicht zu Lasten betrieblicher Flexibilität, der faktischen Festschreibung von Einkommensuntergrenzen. Es kann so die Einkommensrisiken vermindern, die mit dem schleichenden Untergang des Tarifsystems und der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktgeschehens verbunden sind. Es relativiert dar-

über hinaus, indem es nicht auf den Arbeitnehmerstatus beschränkt bleibt, selbst den Schicksalsschlag eines Arbeitsplatzverlustes und macht autonome Wechsel zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsphasen oft überhaupt erst möglich, bringt letztlich also ein Element der Sicherheit und Verlässlichkeit in biographische Diskontinuitäten, auf dem aufbauend erst flexible Umwelten zu bewältigen sind. (ICG2)

[168-L] Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (Hrsg.):
Durch Niedriglohn zu mehr Beschäftigung? Ostdeutsche Erfahrungen oder: Wie kann eine Gesamtstrategie für mehr Beschäftigung aussehen?: Dokumentation der gemeinsamen Tagung des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung am 1. Dezember 2006, Berlin 2007, 127 S. (Standort: IAB-90-3099.0314; Graue Literatur)

INHALT: Der Band dokumentiert die Beiträge und Diskussionen der gemeinsamen Tagung des 'Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.' und der Hans-Böckler-Stiftung zu ostdeutschen Erfahrungen in Bezug auf den Zusammenhang von Niedriglohn und Beschäftigung. Massenarbeitslosigkeit ist die drängendste wirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Herausforderung an die Politik. Insbesondere die Situation in Ostdeutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass strukturelle Probleme die Beschäftigungschancen von Menschen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen mindern. Der erste Teil der Tagung unternimmt eine Bestandsaufnahme der Situation in den neuen Bundesländern und diskutiert insbesondere die Themen, ob es sich bei dem sogenannten Niedriglohnsektor in Ostdeutschland nicht um eine schon weitgehend tariffreie Zone handelt und wie die Perspektiven der Lohn- und Tarifpolitik und die sektoralen und regionalen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt Ost sind. Im Mittelpunkt des zweiten Teils der Tagung steht die Entwicklung einer Gesamtstrategie für mehr Beschäftigung. Die Beiträge erläutern, dass alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen niedrigem Lohnniveau und hohem Beschäftigungsniveau in den ostdeutschen Ländern nicht existiert. Stagnierende Löhne dämpfen die Binnennachfrage und führen zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Die Tagung diskutiert das Konzept 'Vorrang für reguläre Arbeitsplätze: Ein Konzept für existenzsichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich', mit dem die Arbeitsmarktchancen für Menschen mit geringer Qualifikation und geringen Einkommensmöglichkeiten verbessert werden sollen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Thomas Jurk: Einführung: Vorrang für reguläre Arbeit (8-19); Bestandsaufnahme Ostdeutschland: Reinhard Bispinck: Ostdeutschland: Niedriglohnsektor und tariffreie Zone? Bestandsaufnahme und Perspektiven der Lohn- und Tarifpolitik (20-30); Karl Brenke: Sektorale und regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt Ost (31-41); Diskussion (42-58); Welche Strategie führt zum Erfolg?: Ulrich Walwei: Niedriglohn und Förderoptionen (59-72); Ronnie Schöb: Kombilohn: Die Magdeburger Alternative (73-85); Gustav-Adolf Horn: Die Rolle der Lohnentwicklung: Lohnpolitik für mehr Beschäftigung (86-102); Schlusspodium: Dagmar Ziegler, Ulrich Walwei, Ronnie Schöb, Steffen Lemme, Gustav-Adolf Horn: Wie kann eine Gesamtstrategie für mehr Beschäftigung aussehen? (103-113); Diskussion (114-125).

[169-L] Fuchs, Tatjana:
Arbeit und Prekariat: Ausmaß und Problemlagen atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Düsseldorf 2006, 44 S. (Graue Literatur; URL: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2005-722-3-2.pdf)

INHALT: "Sowohl die Zahl als auch der Anteil der befristeten, geringfügigen und Leiharbeitsverhältnisse sind - vor allem seit Mitte der 90er Jahre - angestiegen. Diese Entwicklungen wurden durch den Gesetzgeber erst ermöglicht bzw. gefördert. Die Behauptung, diese Beschäftigungsverhältnisse seien eine Brücke in stabile Beschäftigung, wird durch die Untersuchung stark in Frage gestellt. Vielmehr werden Einkommensdiskriminierung, Ungleichbehandlung beim Gesundheitsschutz sowie bei den Mitbestimmungsrechten, Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten belegt. Auch der These, atypische Arbeitsverhältnisse seien zwingend erforderlich, um eine flexible Produktion zu ermöglichen, wird widersprochen. Vielmehr hebt die Untersuchung die Bedeutung von direkten und indirekten Lohnkostenvorteilen (z.B. durch Lohndumping) sowie das Zurückdrängen von Mitbestimmungsrechten - unabhängig von den Erfordernissen einer flexiblen Produktion - hervor. Am Beispiel Frankreichs, das für Zeitarbeit gleiche Arbeits- und Entgeltbedingungen, eine Prekaritätsprämie sowie ein Verbot von gesundheitsgefährdenden Arbeiten regelt, werden mögliche Ansatzpunkte zur gesetzlichen Regulierung aufgezeigt." (Autorenreferat)

[170-L] Galon, Alice:
Employability: betriebliche Weiterbildung zwischen Beschäftigungsfähigkeit und begrenzten Ressourcen, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 121 S., ISBN: 978-3-8364-0694-9

INHALT: Mit dem Begriff der 'Employability' wird ein Konzept zur Herstellung und Sicherstellung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern beschrieben, das durch die Faktoren Qualifizierung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Eigenverantwortung und Flexibilität gekennzeichnet ist. Die Diplomarbeit stellt das Employability-Konzept mit seinen Forderungen und Erwartungen von Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vor. Behandelt werden u.a. folgende Themen: Employability aus Sicht der Unternehmen; Wandel der Erwerbsformen und psychologische Kontrakte; Employability und Flexibilisierungsstrategien; Bedeutung der Verbetrieblichung der Tarifpolitik für die Employability; Erweiterung des Qualifikationsbegriffs; Eigenverantwortlichkeit als Kernstück des Employabilitykonzepts; Lebenslanges Lernen als Voraussetzung für Employability. Anschließend werden die Implikationen des Konzepts für die Betriebliche Weiterbildung sowie Fragen der Bildungsfinanzierung und einer gerechten Bildungsbeteiligung behandelt. Die Autorin arbeitet die Chancen und Risiken von Employability heraus, die sich aus der doppelten Verantwortung von Individuen und Unternehmen ergeben. Die Einzelnen sind gefordert, ihre Qualifikationen ständig zu aktualisieren und auszubauen, Flexibilität aufzubringen und ihre Leistungen anzubieten. Im Gegenzug leisten die Unternehmen einen Beitrag zur Entwicklung des Humankapitals, indem sie die Mobilität des Einzelnen unterstützen, seine Entfaltungsmöglichkeiten fördern und ihr Tätigkeitsfeld an neu erworbene Fähigkeiten anpassen. (IAB)

[171-F] Gartner, Hermann, Dr. (Bearbeitung); Allmendinger, Jutta, Prof.Ph.D. (Leitung):
Was tun Betriebe zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern? Auswirkungen auf die Produktivität und auf die Situation von Frauen

INHALT: Die Betriebe sind eine der zentralen Schaltstellen, welche über die beruflichen Perspektiven von Frauen und Männern entscheiden. Im Sommer 2001 wurde daher zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft eine Vereinbarung geschlossen, die Initiativen und Maßnahmen der Betriebe zur Verbesserung der Chancengleich-

heit befördern sollten. Untersuchungen aus anderen Ländern weisen darauf hin, dass Betriebe von sich aus einen Anreiz haben können, familienfreundliche Maßnahmen anzubieten, da diese aufgrund besserer Motivation der Beschäftigten und mehr Möglichkeiten in der Personalrekrutierung produktiver sind. Zentrale Forschungsfragen sind daher: Erstens, sind Betriebe mit Vereinbarungen zur Verbesserung der Chancengleichheit effizienter als andere? Dies lässt sich messen an Größen wie etwa den Umsatz pro Beschäftigten und an der Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Zweitens, wie verändert sich die Situation von Frauen in diesen Betrieben? Indikatoren hierbei sind die gezahlten Löhne, die Lohnunterschiede zwischen Männer und Frauen, die Verweildauer von Männern und Frauen in den Betrieben und die Positionierung von Frauen und Männern in den verschiedenen Hierarchieebenen der Betriebe.

METHODE: Zur Analyse der Fragen wird auf das IAB-Betriebspanel sowie auf den Linked-Employer-Employee Datensatz des IAB zurückgegriffen. Angewandt werden hierzu verschiedene ökonometrische Methoden wie Mehrebenenmodelle oder Hazardratenmodelle.

ART: *BEGINN:* 2004-02 *ENDE:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* Deutsches Jugendinstitut e.V. *FINANZIERER:* Bundesministerium für Familie und Senioren

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0911-179-3386, e-mail: hermann.gartner@iab.de)

[172-L] Gerlach, Irene; Schneider, Helmut; Juncke, David:
Betriebliche Familienpolitik in auditierten Unternehmen und Institutionen, (Arbeitspapier / Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik, Nr. 3), Münster 2007, V, 49 S. (Graue Literatur; URL: http://www.ffp-muenster.de/Arbeitspapier/Arbeitspapier_FFP_2007_3; http:// www.beruf-und-familie.de/files/dldata//ab3d10d7c35355a62b4bb75af61600f8/FFP_Arbeitspapier_2007_03_zusfassung.pdf)

INHALT: "Betriebliche Familienpolitik ist ein junges Forschungsfeld, dessen wissenschaftliche Untersuchung sich aus einer politikwissenschaftlich orientierten und aus einer wirtschaftswissenschaftlich orientierten Perspektive heraus anbietet. Erstgenannte Perspektive ist primär deskriptiver Art und strukturiert den Untersuchungsgegenstand anhand dreier Dimensionen: Polity blickt auf die Rahmenbedingungen betrieblicher Familienpolitik, politics auf das Handeln betrieblicher Akteure; policy ist schließlich auf Inhalte und Ziele betrieblicher Familienpolitik gerichtet. Die wirtschaftswissenschaftlich orientierte Perspektive ist demgegenüber eher analytischer Art und fokussiert auf den betriebswirtschaftlichen Nutzen, der mit der Durchführung familienbewusster Personalpolitik einhergehen kann. Diesbezügliche empirische Studien wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung liegen aufgrund einer komplexen Variablenstruktur in einem geringeren Ausmaß vor als deskriptive Untersuchungen politikwissenschaftlicher Strukturierung. Vorliegendes Arbeitspapier verbindet beide Untersuchungsperspektiven und betrachtet auf Grundlage zweier empirischer Untersuchungen von 75 erwerbswirtschaftlichen Unternehmen und 72 nicht-erwerbswirtschaftlichen Institutionen betriebliche Familienpolitik sowie betriebswirtschaftliche Erfolge familienbewusster Personalpolitik. Sowohl für Unternehmen als auch Institutionen kann gezeigt werden, dass Familienbewusstsein in sehr vielen Fällen mit positiven einzelwirtschaftlichen Effekten einhergeht. Komparative Analysen legen ferner dar, dass betriebliches Familienbewusstsein in Unternehmen eher zu Erfolg führt als in Institutionen. Die explorativ gewonnenen Erkenntnisse bilden die Ausgangsbasis für weitergehende empirische Untersuchungen der Erfolge und Effekte familienbewusster Personalpolitik. Durchzuführende methodische Vorarbeiten sind auf Konzeptionalisierung und Operatio-

nalisierung der Input- und Output-Seite familienbewusster Personalpolitik zu richten." (Autorenreferat)

[173-L] Griese, Ilka:
Die Normalarbeitszeit: Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 75 S., ISBN: 978-3-8364-0910-0

INHALT: "Die Normalarbeitszeit - eine der Innovationen im Verlauf der Arbeitszeitentwicklung - verliert in der aktuellen arbeitszeitlichen Diskussion vermehrt an Bedeutung: während die Gewerkschaften nach wie vor ihre Bedeutung für den arbeitnehmerseitigen Arbeits- und Gesundheitsschutz proklamieren, beklagen Arbeitgeber und Staat ihre geringe Flexibilität. Welche Motive stehen hinter den Forderungen der einzelnen Interessengruppen? Die Autorin gibt einführend einen Überblick über die Entwicklung der Normalarbeitszeit in Deutschland und die wichtigsten arbeitszeitlichen Komponenten. Darauf aufbauend gibt sie einen Überblick über die an der arbeitszeitlichen Diskussion beteiligten Akteure und analysiert Argumente und dahinter stehende Motive und Interessen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Grundlage der Analyse bildet die Betrachtung der Arbeitszeit als politische Arena, die einen Einblick in die Aushandlungsprozesse und damit verbundenen Machtaspekte und Rahmenbedingungen erlaubt." (Autorenreferat)

[174-L] Groß, Hermann; Schwarz, Michael:
Betriebs- und Arbeitszeiten 2005: Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung, (Beiträge aus der Forschung / Sozialforschungsstelle Dortmund -sfs- zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Technischen Universität Dortmund, Bd. 153), Dortmund 2006, 148 S. (Graue Literatur; URL: http://www.sfs-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc/622/betriebs_und_arbeitszeiten_2005.pdf)

INHALT: Die Ergebnisse der repräsentativen Betriebsbefragung lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Nach der Länge der Betriebszeiten ist Deutschland im internationalen Vergleich konkurrenzfähig. Dabei entwickeln sich die Betriebszeiten relativ unabhängig von den tariflichen Arbeitszeiten, d.h. die Betriebszeiten haben sich von den individuellen tariflich oder vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten zunehmend entkoppelt. 2. Lange Betriebszeiten hängen nicht von langen individuellen Arbeitszeiten ab. Um Produktions- und Nachfrageschwankungen aufzufangen, setzen immer mehr Betriebe unterschiedliche Formen flexibler Arbeitszeiten ein. 3. Flexibilisierung der Arbeitszeit stabilisiert Beschäftigung. So ermöglicht der Einsatz von Arbeitszeitkonten, durch einen produktionsbezogenen Ausgleich von Zeitguthaben und Zeitschulden Beschäftigungsabbau zu verhindern bzw. entgegenzuwirken. 4. Flexibilisierung braucht Regulierung. Arbeitszeitkontenmodelle erfüllen nur dann die Erwartungen der Betriebe und Beschäftigten, wenn die für ein reibungsloses Funktionieren notwendigen Obergrenzen für Zeitschulden und Zeitguthaben sowie die Ausgleichszeiträume definiert und eingehalten werden. Insgesamt sind für drei Viertel der Beschäftigten die Arbeitszeitkonten über Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder im Rahmen betrieblicher Bündnisse geregelt. 5. 'Regulierte Flexibilisierung' ist beschäftigungsfördernd. In Betrieben, in denen die Arbeitszeit kollektiv geregelt ist, fallen die pro Beschäftigten pro Woche geleisteten bezahlten Überstunden deutlich niedriger aus als in den Betrieben, in denen die Arbeitszeit eher individuell oder informell geregelt ist. 6. Zu dem noch unausgeschöpften Potenzial gehören: Stärkere Verbrei-

tung flexibler Arbeitszeiten in kleinen und mittleren Unternehmen, Verminderung ineffizienter, ungeregelter Flexibilisierung, Abbau bezahlter Überstunden. (IAB)

[175-F] Haipeter, Thomas, Dr.; Schilling, Gabi (Leitung):
Arbeitgeberverbände - Tarifbindung, Organisationsentwicklung und tarifpolitische Strategien

INHALT: Vor dem Hintergrund abnehmender Tarifbindung und der in der Öffentlichkeit breit diskutierten "Krise des Flächentarifvertrags" ging es in diesem Forschungsprojekt darum, am Beispiel ausgewählter Tarifbezirke der Metall- und Elektroindustrie die längerfristigen Strategien der Arbeitgeberverbände angesichts zunehmender Tendenzen zur Verbandsflucht und der Gründung von so genannten OT-Verbänden in ihren Auswirkungen auf die zukünftige Tarifpolitik zu ermitteln. Ergebnisse: Die strategische Reorientierung der Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie erfolgt mit zwei Schwerpunkten. Der erste Schwerpunkt ist die Dezentralisierung kollektivvertraglicher Regulierungen durch Öffnung der Flächentarifverträge. Diese Forderung konnten die Arbeitgeberverbände in den Tarifverhandlungen des Jahres 2004 mit dem "Pforzheimer Kompromiss" recht weit umsetzen. Der zweite Schwerpunkt ist die Gründung von Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung (OT-Verbände). Inzwischen sind OT-Verbände von allen Arbeitgeberverbänden eingerichtet worden. Sie fungieren als Organisationen für Unternehmen, die die selektiven Dienstleistungen der Verbände nutzen wollen ohne verbindlich dem Flächentarifvertrag zu unterliegen. Beide Strategien sind als Antwort der Arbeitgeberverbände auf aktuelle Probleme der Mitgliederbindung und als Versuch der Loyalitätssicherung der Mitglieder zu werten. Im Gegenzug verlieren die Arbeitgeberverbände als kollektiver Akteur an Einfluss auf die zentrale Koordination von Löhnen und Arbeitsbedingungen zugunsten der Unternehmen. In der Konsequenz zeichnet sich am Horizont eine neue Dualität der industriellen Beziehungen ab, die sich aus einer Aufspaltung des Tarifsystems ergibt. In dieser Dualität beschränkt sich das Tarifregime zentraler Flächentarifverträge mit betriebsbezogenen Öffnungen zunehmend auf Großunternehmen mit starkem betriebspolitischen Gewicht der Gewerkschaften, während kleinere und mittlere Unternehmen ohne dieses Gewicht dem Flächentarif zunehmend den Rücken zukehren und dezentral entweder Haustarife anwenden oder nur mehr Betriebsvereinbarungen mit den Betriebsräten abschließen. Durch die Gründung von OT-Verbänden haben die Arbeitgeberverbände diese Exit-Option auf neue Weise legitimiert.

METHODE: In vier ausgewählten Tarifbezirken der Metall- und Elektroindustrie wurden jeweils Experteninterviews mit Vertretern der Arbeitgeberverbände und den zuständigen Bezirksleitungen der IG Metall geführt. Ergänzend wurden Tarifpolitiker vom Vorstand der IG Metall und von Gesamtmetall zur gegenwärtigen Situation und zur Zukunft der Tarifpolitik befragt. Begleitend erfolgte die Aufbereitung von Veröffentlichungen und verfügbaren Statistiken zum Thema "Tarifbindung". In diesem Rahmen wurde eine Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels durchgeführt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Haipeter, Thomas: Kleine Fluchten mit großer Dynamik: ohne-Tarif-Verbände. in: Die Mitbestimmung, 52, 2006, H. 1/2, S. 54-57.+++Haipeter, Thomas; Schilling, Gabi: Arbeitgeberverbände in der Metall- und Elektroindustrie: Tarifbindung, Organisationsentwicklung und Strategiebildung. Hamburg: VSA-Verl. 2006. ISBN 3-89965-163-4.+++Haipeter, Thomas; Schilling, Gabi: Tarifbindung und Organisationsentwicklung: OT-Verbände als Organisationsstrategie der metallindustriellen Arbeitgeberverbände. in: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2005. Gelsenkirchen, S. 169-184.

ART: *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation (45117 Essen)
KONTAKT: Haipeter, Thomas (Dr. Tel. 0209-1707-341, Fax: 0209-1707-124, e-mail: thomas.haipeter@uni-due)

[176-F] Haipeter, Thomas, Dr. (Bearbeitung); Haipeter, Thomas, Dr. (Leitung):
Neue Tarifakteure im Betrieb? Die Mitbestimmung der Betriebsräte und die Dezentralisierung der Flächentarifverträge

INHALT: Das Projekt untersucht die Veränderungen, denen die Mitbestimmung der Betriebsräte im Zusammenhang mit der Öffnung der Flächentarifverträge unterliegt. Mit der Öffnung der Flächen- oder Verbandstarifverträge sind tarifliche Öffnungsklauseln gemeint, die betriebsbezogene Abweichungen im Sinne von Unterschreitungen der Tarifvertragsnormen - sei es hinsichtlich Arbeitszeiten, Löhnen oder anderen Regelungsgegenständen - ermöglichen. Im Forschungsprojekt wird untersucht, welche Rolle Betriebsräte in den Verhandlungen über betriebliche Abweichungen spielen, welche Auswirkungen damit auf das Zusammenspiel zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft verbunden sind, ob sich die Beziehungen zwischen Betriebsrat und Beschäftigten verändern, inwieweit sich die Kultur der betrieblichen Austauschbeziehungen zwischen Betriebsrat und Management wandelt und ob die Betriebsräte ihre traditionelle Rolle als Controller der Umsetzung von Tarifverträgen im Betrieb auch bei Abweichungen spielen können. Wer verhandelt eigentlich Tarifabweichungen? Werden Betriebsräte zu neuen Tarifakteuren im Betrieb? Entwickeln sie in diesem Zusammenhang neue Beteiligungsformen für die Beschäftigten? Und trägt die Tariföffnung neuartige Konflikte in die betrieblichen Austauschbeziehungen hinein?
METHODE: Das Forschungsprojekt stützt sich methodisch vor allem auf insgesamt 12 Fallstudien. Diese Fallstudien sollen in zwei Branchen durchgeführt werden, der Metall- und Elektroindustrie sowie der Chemischen Industrie. Beide Branchen sind Vorreiterbranchen der Öffnung der Flächentarifverträge, die allerdings unterschiedliche Formen der Öffnung praktizieren. Während in der Chemischen Industrie tariflich Bandbreiten für betriebliche Verhandlungen über Abweichungen (mit Zustimmungspflicht der Tarifparteien) bestimmt wurden, sind in der Metallindustrie alle Abweichungen als Ergänzungstarifverträge zwischen den Tarifparteien zu verhandeln. In dem einen Fall handelt es sich also um eine Öffnung mit Zustimmungsvorbehalt der Tarifparteien, in dem anderen Fall um eine Öffnung durch die Tarifvertragsparteien selbst. Die vergleichende Analyse kann mögliche Unterschiede in den Auswirkungen beider Formen auf die Mitbestimmung der Betriebsräte analysieren. In beiden Branchen sollen jeweils 6 Fallstudien durchgeführt werden, die neben Experteninterviews mit mehreren Vertretern von Betriebsrat und Management auch jeweils ein Interview mit der zuständigen Verwaltungsstelle resp. Bezirksleitung vorsehen, das weiteren Aufschluss über die Beziehungen zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft geben soll. Die Methoden werden abgerundet durch Experteninterviews auf der Spitzenebene der Tarifverbände, die Informationen über Verbreitung und Entwicklung der Tariföffnung in den Branchen erhoffen lassen.
ART: *BEGINN:* 2007-06 *ENDE:* 2009-05 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung
INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation (45117 Essen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0209-1707-341, Fax: 0209-1707-124,
e-mail: thomas.haipeter@uni-due.de)

[177-L] Hassel, Anke:
Die politische Regulierung industrieller Beziehungen, in: Manferd G. Schmidt, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland : Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 315-331, ISBN: 978-3-531-14344-6

INHALT: Das Politikfeld "industrielle Beziehungen" in der Bundesrepublik Deutschland wurde in seinen wesentlichen Facetten in den 1950er Jahren geprägt. Seine Entwicklung und Stabilität sind auf eine dominante Akteurskonstellation zurückzuführen, die auf einem Kartell von Interessenorganisationen auf dem Arbeitsmarkt beruht. Verfassungsrechtlich verankert und durch Richterrecht ausgestaltet haben die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und die Arbeitgeberverbände (BDA) die Gestaltungsmacht darüber gehabt, wie das Politikfeld auszufüllen sei. Die Funktionsweise dieses Politikfelds hat sich in den letzten 25 Jahren allerdings transformiert: Durch die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich der Schwerpunkt auf die Einpassung in einen internationalen Wettbewerb um Investitionen verlagert. Zugleich haben die Verbände aufgrund ihrer abnehmenden Mitgliederstärke massiv an Legitimation und Gestaltungsmacht eingebüßt. Es steigt der Druck auf den Gesetzgeber, Funktionen der Tarifparteien zu übernehmen. (GB)

[178-L] Haucap, Justus; Pauly, Uwe; Wey, Christian:
A cartel analysis of the German labor institutions and its implications for labor market reforms, (Ruhr Economic Papers, 9), Essen 2007, 17 S., ISBN: 978-3-86788-001-5 (Graue Literatur; URL: http://www.rwi-essen.de/pls/portal30/docs/FOLDER/PUBLIKATIONEN/RUHRECPAP/REP009/REP_07_009.PDF)

INHALT: "Dieses Papier bietet eine Kartell-Erklärung für die Stabilität der Institutionen der deutschen Tarifpolitik. Es wird gezeigt, dass ein dichtes Netz legaler gesetzlicher Schutzmaßnahmen rund um das deutsche Lohnsetzungskartell gewoben worden ist. Diese Maßnahmen machen Abweichungen von Kartell-Insidern weniger attraktiv und errichten gleichzeitig Zutrittsbarrieren für andere Gewerkschaften. Es werden Politikmaßnahmen vorgeschlagen, die diese Barrieren entfernen und den Wettbewerb mit alternativen Organisationen zur Tarifverhandlung fördern." (Autorenreferat)

[179-L] Hayn, Bernhard:
Die Alten bleiben an Bord: demographischer Wandel als Herausforderung für Unternehmen, Marburg: Tectum Verl. 2007, 260 S., ISBN: 978-3-8288-9241-5

INHALT: "Nicht nur die Sozialsysteme müssen sich auf eine zunehmend älter werdende Bevölkerung einstellen. Stereotype über das Alter werden sich ebenso wandeln, wie die Wirtschaftskraft älterer Menschen. Auch in den Unternehmen werden die Belegschaften älter. Die Firmen müssen mit veränderten Karrierewegen, Innovationszyklen und einer geänderten Kostenstruktur rechnen und reagieren. Der Autor legt die grundlegenden Risiken, aber auch Potenziale einer älter werdenden Belegschaft für Wirtschaftsunternehmen dar. Höheren Kosten

für Lohn und Sozialabgaben und einer verringerten physischen Leistungsfähigkeit stellt er ein größeres Wissen und mehr Konflikterfahrung gegenüber. Wie gut sind deutsche Firmen für die bekannte Herausforderung des demographischen Wandels gerüstet?" (Autorenreferat)

[180-F] Heinbach, Wolf Dieter, Dipl.-Ökon. (Bearbeitung); Ronning, Gerd, Prof.Dr.; Strotmann, Harald, Dr. (Leitung):
Auswirkungen von Tarifverträgen und Entgeltöffnungsklauseln auf die Lohnflexibilität und die betriebliche Entwicklung (Teilprojekt P14 im Rahmen des Gesamtprojekts "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Wirkungsanalyse von tariflichen Öffnungs- und Härteklauseln auf: 1. Lohnstruktur, 2. betriebliche Entwicklung; Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Lohnrigidität bzw. -flexibilität und Tarifbindung von Betrieben mit/ ohne Öffnungs- und Härteklauseln. *ZEITRAUM:* 1990-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württemberg

METHODE: ökonometrische Untersuchungsmethoden unter Verwendung von Querschnitts- und Paneldatensätzen *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Aktenanalyse, standardisiert (Stichprobe: ca. 60; Auswahlverfahren: total). Sekundäranalyse von Individualdaten (Verdienststrukturerhebung, Welle 1995, 2001, Herkunft der Daten: Linked-Employee-Datensatz -LIAB- des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung -IAB-). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bechtel, S.; Heinbach, W.D.; Strotmann, H.: Tarifbindung, betriebliche Lohnhöhe und Lohnstreuung im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs. in: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (Hrsg.): Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften: Beiträge zu den Nutzerkonferenzen des FDZ der Statistischen Landesämter 2005.+++Heinbach, W.D.: Immer mehr Tarifverträge sehen Öffnungsklauseln vor. in: Statistische Monatsheft Baden-Württemberg, H. 11, 2006, S. 44-47. +++Heinbach, W.D.: Wages in wage-setting regimes with opening clauses. in: AStA - Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 1, 2007, 3 (im Druck). *ARBEITSPAPIERE:* Heinbach, Wolf Dieter; Schröpfer, Stefanie: Typisierung der Tarifvertragslandschaft - eine Clusteranalyse der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln. IAW-Diskussionspapier, Nr. 28. Tübingen 2007. Siehe unter: http://www.iaw.edu/pdf/dp2007-28.pdf .+++Heinbach, Wolf Dieter; Spindler, Markus: To bind or not to bind collectively? Decomposition of bargained wage differences using counterfactual distributions. 2007 (in Vorbereitung).+++Schröpfer, Stefanie; Heinbach, Wolf Dieter: What a difference trade makes. Export activity and the flexibility of collective bargaining agreements. 2007 (in Vorbereitung).

ART: *BEGINN:* 2004-07 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. -IAW- (Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 07071-9896-27, e-mail: wolf.heinbach@iaw.edu)

[181-L] Heinbach, Wolf Dieter; Schröpfer, Stefanie:
Typisierung der Tarifvertragslandschaft: eine Clusteranalyse der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln, (IAW-Diskussionspapiere, 28), Tübingen 2007, 35 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.iaw.edu/pdf/dp2007-28.pdf)

INHALT: "Tarifvertragliche Öffnungs- und Härtefallklauseln, die es Betrieben ermöglichen, von den Standards der Flächentarifverträge abzuweichen, haben in den vergangenen 15 Jahren starke Verbreitung gefunden. Die ökonomische Idee eines einheitlichen Branchentarifvertrags ist für einige Wirtschaftszweige nicht mehr haltbar, da die Unterschiede zwischen einzelnen Tarifbereichen ein und derselben Branche hinsichtlich der tarifvertraglichen Flexibilisierung zugenommen haben. Der Beitrag verwendet den IAW-Öffnungsklauseldatensatz, der differenzierte Informationen über tarifliche Öffnungs- und Härtefallklauseln bereit hält. Mit Hilfe von Korrespondenz- und Clusteranalyse werden erstmals sieben Gruppen von Tarifbereichen identifiziert, die sich in der Art der tariflichvertraglichen Öffnung unterscheiden. Die zeitliche Betrachtung der sieben Gruppen in den Jahren 1991 bis 2004 stellt typische Entwicklungspfade tariflicher Flexibilisierungsmöglichkeiten dar. Die Verknüpfung der Ergebnisse mit der Verdienststrukturerhebung 1995 und 2001 ermöglicht es zudem, die Bedeutung der Tarifbereichstypen für die Beschäftigten und Branchen des Produzierenden Gewerbes aufzuzeigen." (Autorenreferat)

[182-L] Hesse, Wolf-Ekkehard:
Demografischer Wandel verstärkt Fach- und Führungskräftemangel: Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzepte für Ältere in der mittelständischen Wirtschaft, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 12, S. 309-315 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Strukturwandel und demographischer Wandel haben die deutsche Volkswirtschaft geschwächt. Ältere Mitarbeiter wurden freigesetzt und in den Ruhestand versetzt. Die Unternehmen haben überwiegend junge Mitarbeiter eingestellt und sie ermutigt, sich weiterzubilden. In einigen Jahren werden sie nicht mehr ihren Bedarf an jungen Mitarbeitern decken können, da sich der Facharbeitermangel verstärkt. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, ältere Fachkräfte einzustellen und den Eintritt in den Ruhestand abzuwenden. Die Unternehmen müssen ihre älteren Mitarbeiter ermutigen, sich weiterzubilden. Das attraktive Konzept der Personalentwicklung ist neu. Es umfasst innerbetriebliche Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz. Das Programm ist ein Weiterbildungskurssystem für das Management in kleinen und mittleren Unternehmen." (Autorenreferat)

[183-L] Hieming, Bettina; Jaehrling, Karen; Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia; Grimshaw, Damian; Rubery, Jill; Schimron, Nirit; Stupnytskyy, Oleksandr:
Frauen in "einfachen" Tätigkeiten, Brüssel 2007, VIII, 85 S. (Graue Literatur; URL: http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2007/weinkopf01de.pdf; http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2007/weinkopf01en.pdf)

INHALT: "Die Studie 'Frauen in 'einfachen' Tätigkeiten' bezieht sich auf drei Länder: die Tschechische Republik, Deutschland and Großbritannien. In Teil 1 geben wir einführend einen Überblick zur Frauenbeschäftigung in den drei Ländern sowie die Rolle der Teilzeitarbeit und ausgewählte Elemente der institutionellen Rahmenbedingungen. In Teil 2 stehen die Charakteristika der Arbeitsplätze im Vordergrund, die die in den meisten Fällen steigende Erwerbsneigung von Frauen absorbieren und es wird analysiert, welche Tätigkeiten und Branchen für die Frauenerwerbstätigkeit besonders wichtig sind. Insbesondere wird untersucht, in welchem Ausmaß ausgewählte Tätigkeiten Beschäftigungswachstum aufweisen und inwieweit dies

(gering qualifizierten) Frauen Beschäftigungschancen eröffnet. In Teil 3 wird die Qualität der Arbeitsplätze genauer unter die Lupe genommen. In Teil 4 identifizieren wir mögliche Ansatzpunkte für Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der sozialen Wertschätzung und der Qualität von 'einfachen' Arbeitsplätzen für Frauen abzielen, und beschreiben 13 Beispiele guter Praxis aus den drei Ländern. Abschließend werden in Teil 5 aufbauend auf den Ergebnissen unserer Analysen Schlussfolgerungen und Empfehlungen gegeben, die sich auf Entlohnung, industrielle Beziehungen, Qualifizierung, Arbeitszeitflexibilität und Work-Life Balance sowie das gesellschaftlich Ansehen und die Arbeitsmarktpolitik beziehen. Insgesamt sprechen unsere Ergebnisse dafür, dass der Blick nicht alleine auf eine quantitative Ausweitung von Einfacharbeit gerichtet werden darf. Vielmehr muss das gesamte Qualifikationsspektrum in den Blick genommen und der Qualität der Beschäftigung mehr Beachtung geschenkt werden." (Autorenreferat)

[184-L] Hille, Martin:
Gewerkschaften im Wandel: ordnungspolitische Überlegungen zur Neuorientierung der deutschen Arbeitsbeziehungen, Marburg: Tectum Verl. 2007, XI, 222 S., ISBN: 978-3-8288-9275-0 (Standort: UN Wuppertal(468)-47PXGD248)

INHALT: "Teil I beschäftigt sich zunächst mit der Frage der historischen Entstehung von Gewerkschaften. Auf Grundlage der in der Wirtschaftshistorie allgemein anerkannten Hypothese, dass die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts zur Bildung von Gewerkschaften geführt hat, wird hinterfragt, was seinerzeit die Antriebskräfte für diese Periode des radikalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels waren. Die Kausalanalyse stützt sich dabei insbesondere auf das Paradigma des institutionellen Wandels. Vor diesem Hintergrund wird sodann die Relevanz der Gewerkschaften der heutigen Zeit erarbeitet. Hierfür werden sowohl gesellschaftliche als auch ökonomische Theoriekonzepte herangezogen. Wie stark die Gewerkschaften tatsächlich sind, wird schließlich in einer verfassungs- und arbeitsrechtlichen Analyse geschildert. Die Rolle der Gewerkschaften wird in Teil II dann mit einem Problemaufriss untersucht. Hierbei geht es zuerst um die Darlegung sozioökonomischer Konflikte gewerkschaftlichen Handelns. Sie beziehen sich insbesondere auf die wachstumshemmenden Aspekte der Gewerkschaftstätigkeit, die in Form von Fiskal- und Beschäftigungsexternalitäten zum Ausdruck kommen. Darauf aufbauend wird nach den Ursachen gewerkschaftlichen Handelns gefragt. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf den gewerkschaftlichen Handlungsanreizen, die in der Institutionenordnung verankert sind. Zur Überwindung der sozioökonomischen Konflikte wurden von den Forschungsabteilungen der Gewerkschaften bereits einige Lösungsansätze entwickelt. Sie werden im dritten Teil der vorliegenden Arbeit vorgestellt. Unterteilt ist dieser Abschnitt in die Strategien der deutschen Gewerkschaften im Inland und die im Umfeld der Europäischen Union. Ein Systemvergleich mit dem angelsächsischen und dem skandinavischen Gewerkschaftsmodell soll zudem den Umgang mit gleichgearteten Problemen im Ausland transparent machen. Den Gewerkschaftsstrategien werden im vierten Teil schließlich die normativen Handlungsempfehlungen gegenübergestellt. Sie basieren auf einer ordnungsökonomischen Neuorientierung der deutschen Arbeitsbeziehungen. Das Ziel ist, das entsprechende Regelsystem so zu justieren, dass wohlfahrtsökonomisch produktive Handlungen der Gewerkschaften gefördert und unproduktive Handlungen unterbunden werden. Am Ende soll ein System stehen, in dem Gewerkschaften ein präferenzgerechtes Angebot an Vertretungsleistung für Arbeitnehmer zustande bringen können, ohne die soziale und ökonomische Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen." (Textauszug)

[185-F] Horstmann, Theo, Dr. (Bearbeitung); Faulenbach, Bernd, Prof.Dr. (Leitung):
Auswirkungen der Fusionen im Energiebereich auf die Mitbestimmung

INHALT: Untersucht werden soll die Herausbildung von Mitbestimmungsstrukturen und deren Veränderung angesichts des Konzentrationsprozesses im Energiebereich am Beispiel der VEW. Zu beantworten ist die Frage: Sind die in der Nachkriegsepoche gewachsenen institutionellen Mitbestimmungsstrukturen in der Gegenwart obsolet? Das Projekt umfasst zwei Teile. In einem ersten historischen Teil wird auf der Basis der Archivalien des Archivs der VEW die Entwicklung der Mitbestimmung in diesem Unternehmen rekonstruiert. In einem zweiten Teil werden Akteure der früheren VEW und der RWE im Hinblick auf die Mitbestimmungsentwicklung in der Gegenwart befragt.
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe
INSTITUTION: Forschungsinstitut für Arbeit, Bildung und Partizipation e.V. an der Universität Bochum (Münsterstr. 13-15, 45657 Recklinghausen)
KONTAKT: Leiter (e-mail: faulenbach.bochum@t-online.de)

[186-L] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung -IMK- in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.):
Was tun im Niedriglohnbereich?: eine kritische Auseinandersetzung mit einem neueren Kombilohnkonzept, (IMK Report, Nr. 18), Düsseldorf 2007, 14 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_18_2007.pdf)

INHALT: "Die Bundesregierung plant die Einführung eines Kombilohns. Hierzu werden zahlreiche Varianten diskutiert und teilweise bereits praktiziert. Die bisherigen Erfahrungen mit Kombilöhnen sind unbefriedigend, und alternative Modelle lassen außer hohen finanziellen Belastungen für den Staat keinen signifikanten Ausbau der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung erwarten (IMK-WSI-Arbeitskreis 2006). Mit der Veröffentlichung einer Studie von Bofinger, Dietz, Genders und Walwei (Bofinger et al. 2006) hat das Thema jedoch wieder an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen, zumal diese Studie - anders als viele andere - klare Anreize für eine Vollzeitbeschäftigung und einen Mindestlohn setzt. In Verbindung mit der Abschaffung der steuerlichen Privilegierung von Minijobs und Midijobs sollen damit die Belastungen der öffentlichen Haushalte in Grenzen gehalten werden. Zugleich werden Einkommen durch Übernahme der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer durch den Staat subventioniert und das Kindergeld aufgestockt. Auf den ersten Blick bietet der Vorschlag von Bofinger et al. zwar Vorteile gegenüber dem Status quo. Doch zwei wichtige Kernziele werden nicht erreicht: Das Einkommen, das durch eine vollzeitige Erwerbstätigkeit erzielt wird, reicht auch nach diesem Modell nicht für einen angemessenen Lebensunterhalt aus. Zudem wird das von Bofinger et al. selbst gesteckte Ziel, genügend Vollzeitstellen für ALG II-Empfänger zu schaffen, verfehlt. Vielmehr dürfte die Gefahr groß sein, dass die staatlichen Subventionen nicht die niedrig Qualifizierten erreichen und viele ALG II-Empfänger dadurch schlechter gestellt werden als bei der derzeitigen Regelung. Im Vergleich dazu verspricht eine Strategie mit Einführung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns, dem Verzicht auf die Subventionierung von Minijobs sowie höheren Hinzuverdienstmöglichkeiten und mehr öffentlicher Beschäftigung bessere Wachstums-, Verteilungs- und Beschäftigungseffekte. Aber auch dann dürfte es erforderlich sein, diese Maßnahmen um zeitlich begrenzte und zielgruppenspezifische Kombilohnmodelle - z.B. für Langzeitarbeitslose - zu ergänzen." (Autorenreferat)

[187-L] Jürges, Hendrik; Schneider, Kerstin:
Leistungsgerechtere Bezahlung von Lehrern: sinnvolle Option oder sinnlose Ökonomisierung?, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens : Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung, Jg. 55/2007, H. 1, S. 83-97 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z 0333; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autoren untersuchen aus bildungsökonomischer Sicht die Struktur der Lehrerbesoldung in Deutschland. Insbesondere wird geprüft, wie leistungsbezogene Komponenten in die Vergütung einbezogen werden können, um die Qualität der Bildung zu verbessern. Hierzu erfolgt zunächst ein internationaler Vergleich der Lehrerbesoldung für die OECD-Staaten und es werden Erfahrungen anderer Länder mit leistungsgerechter Bezahlung dargestellt. Dabei zeigt sich, dass Deutschland bei der Besoldung der Lehrer einen Spitzenplatz einnimmt. Die Gehälter sind aber wenig differenziert. Monetäre Anreize für besonders leistungsstarke Lehrer gibt es in der Regel nicht. Im folgenden wird ein Grundmodell für ein System individueller leistungsabhängiger Entlohnung vorgestellt: merit pay. Als wichtigster Indikator für die Leistungsbewertung wird der Lernerfolg der Schüler angesehen. Hinzu kommt die Bewertung durch den Schulleiter. Die Autoren plädieren deshalb für regelmäßige Evaluationen und die Messung von Lernerfolg durch Vergleichsarbeiten. 'Es gilt herauszustellen, dass leistungsabhängige Besoldung in erster Linie eine Chance für produktive Lehrerinnen und Lehrer ist, für ihre gute und wichtige Arbeit auch angemessen honoriert zu werden.' (IAB)

[188-L] Kabst, Rüdiger; Weller, Ingo:
Determinanten des Downsizings: eine empirische Analyse mit den Daten des 'Cranfield Project on international HRM', in: Die Betriebswirtschaft, Jg. 67/2007, H. 3, S. 299-318 (Standort: USB Köln(38)-FHM Qaa63; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit Blick auf den internationalen Forschungsstand werden Hypothesen zu den Determinanten des Downsizings entwickelt, wobei ökonomische und institutionalistische Argumente berücksichtigt werden. Die Hypothesen werden mit dem Cranfield Datensatz getestet. Neben der deutschen wird auf eine internationale Stichprobe zurückgegriffen. Zwei Hauptbefunde stellen sich heraus: (1) Downsizing ist ein heterogenes Konstrukt, das nicht mit Entlassungen gleichzusetzen ist; alternative Maßnahmen des Personalabbaus haben andere Ursachen. (2) Es sind vorwiegend ökonomisch motivierte Gründe, die zum Personalabbau führen. Daneben zeigen sich - differenziert nach Maßnahmen - Größen-, Strategie- und arbeitspolitische Effekte sowie Hinweise auf Nachahmungseffekte." (Autorenreferat)

[189-L] Kädtler, Jürgen:
Sozialpartnerschaft im Umbruch: industrielle Beziehungen unter den Bedingungen von Globalisierung und Finanzmarktkapitalismus, Hamburg: VSA-Verl. 2006, 346 S., ISBN: 978-3-89965-202-4 (Standort: THB Aachen(82)-Lf-1987)

INHALT: Unmittelbarer Gegenstand der Untersuchung sind die industriellen Beziehungen in der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie. Ein Vergleich mit anderen Branchen macht deutlich, dass es sich um allgemeinere Tendenzen handelt. Einleitend werden die Grundlagen industrieller Beziehungen unter den Bedingungen des Fordismus und der Krise des Fordismus sowie die gängigen Thesen zu den Auswirkungen 'der' Globalisierung für ihre weitere Ent-

wicklung diskutiert. Neben der Betonung der zentralen Bedeutung der Unternehmensebene wird die zentrale Rolle der globalen Finanzmärkte als Bezugsrahmen für neue Unternehmensstrategien analysiert. Anschließend werden wichtige Funktions- und Entstehungsbedingungen der 'Chemiepartnerschaft' als einer spezifischen Ausprägung des deutschen Modells industrieller Beziehungen herausgearbeitet, das seine Grundlage in einer spezifischen Verbindung von Produktstrategie und betriebsgemeinschaftlicher Sozialintegration in der Großchemie hatte. Einen Schwerpunkt der Analyse stellt die Entwicklung von Unternehmensstrategien, Restrukturierung und inländischen Sozialbeziehungen der deutschen Großchemie dar. Dabei wird verdeutlicht, dass nicht Standortkonkurrenz und geografische Verlagerungsmöglichkeiten, sondern die Neuausrichtung der Unternehmensstrategien an Leitbildern und Normen der globalen Finanzmärkte das traditionelle, betriebgemeinschaftliche Sozialmodell in der Großchemie unterminiert. Es wird gezeigt, dass die Neuausrichtung nicht schlichte Unterwerfung unter externe Finanzmarktzwänge bedeutet, sondern dass das Top-Management der Unternehmen die treibende Kraft bei der strategischen Neuausrichtung ist. Entsprechend führt die Bezugnahme auf die Finanzmärkte nicht zu einer Vereinheitlichung, sondern zu einer Auseinanderentwicklung der ursprünglich weitgehend übereinstimmenden Unternehmensstrategien. Es wird deutlich gemacht, dass der Einfluss von Arbeitnehmervertretungen auf diese Entwicklungen sehr unterschiedlich ist und von zwei Bedingungen abhängt; nämlich von der Abhängigkeit von spezifischen Kompetenzen und Kooperationsbereitschaft von Beschäftigten, in die sich die Unternehmen mit den von ihnen verfolgten Produktstrategien jeweils begeben sowie von der Fähigkeit und Bereitschaft der Arbeitnehmervertreter, die so begründeten Primärmachtpositionen für Kooperationsverweigerung zu nutzen oder diese glaubwürdig in Aussicht zu stellen. Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Bedeutung der Eurobetriebsräte für die Entwicklung der thematisierten Restrukturierungsfalle wird das Argument vertreten, dass die Ebene der Eurobetriebsräte keine ist, auf der Vertretungsschwächen auf Standortebene kompensiert werden könnten. Zum Schluss werden allgemeine Schlussfolgerungen für Entwicklungsbedingungen und Entwicklungsvoraussetzungen kollektiver Arbeitnehmervertretung in Deutschland abgeleitet. Es wird deutlich gemacht, dass es maßgeblich von der Fähigkeit der deutschen Gewerkschaften zu strategischer und organisatorischer Neuausrichtung abhängt, ob manifeste und latente Primärmachtpositionen von Arbeitnehmern unter den neuen Verhältnissen so konsolidiert werden können, dass sie kollektive Arbeitnehmervertretung fundieren. (ICG2)

[190-F] Kalina, Thorsten (Bearbeitung); Bosch, Gerhard, Prof.Dr.; Weinkopf, Claudia, Dr. (Leitung):
Mindestlohn

INHALT: Braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn? Über diese Frage wird aktuell heftig und sehr kontrovers diskutiert. Befürworter/innen verweisen auf die zunehmende Ausbreitung von Niedrig- und Niedrigstlöhnen in Deutschland, der durch die Einführung einer gesetzlich verankerten Untergrenze entgegen gewirkt werden müsse, um Lohndumping vor allem in nicht-tarifgebundenen Bereichen zu unterbinden. Weitere aktuelle Bezugspunkte für Forderungen nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland sind die im Koalitionsvertrag enthaltene Ankündigung, die Einführung von Kombilöhnen im Laufe des Jahres 2006 zu prüfen, sowie die Dienstleistungsrichtlinie der EU. Um ausländische Unternehmen, die auf dem deutschen Markt tätig werden wollen, dazu verpflichten zu können, in Deutschland gültige Standards einzuhalten, müssten diese allgemein verbindlich sein, was

bislang mit Ausnahme der Bauindustrie nicht der Fall ist. Gegner/innen der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne verweisen demgegenüber vor allem darauf, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zum Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland und zur (weiteren) Verschlechterung der Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten führen würde. Ziel des Projektes ist, die Stichhaltigkeit der Pro- und Contra-Argumente zu analysieren, wobei vor allem auch Erfahrungen aus anderen Ländern einbezogen werden, und auf dieser Basis Empfehlungen für Deutschland zu formulieren und in die aktuelle Diskussion einzubringen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Das Projekt wird in enger Kooperation mit anderen einschlägigen Projekten des Forschungsschwerpunktes FLEX durchgeführt (insbesondere RSF, NIL und KOMBI) und basiert auf einem Mix unterschiedlicher Methoden: Durchführung quantitativer Analysen zur Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf der Basis unterschiedlicher Datensätze sowie Modellrechnungen zur Einführung von Mindestlöhnen; Aufarbeitung der internationalen wissenschaftlichen Debatte über mögliche Wirkungen von Mindestlöhnen und vorliegender empirischer Untersuchungen; Analyse internationaler Erfahrungen mit Mindestlöhnen und ihren Auswirkungen; Analyse möglicher Alternativen zu einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland; Erarbeitung von Empfehlungen zur Umsetzung. Ein wichtiger Bestandteil des Projektes ist die Mitwirkung an einschlägigen politischen und wissenschaftlichen Diskussionsrunden, Workshops und Tagungen. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projektes bislang zwei Expertisen erstellt: Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland? im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (März 2006); Mindestbedingungen für die Zeitarbeitsbranche? im Auftrag des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ e.V.) (November 2006).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Siehe unter: http://www.iaq.uni-due.de/projekt/iat/milo.shtml#lit . *ARBEITSPAPIERE:* Siehe unter: http://www.iaq.uni-due.de/projekt/iat/milo.shtml#lit .

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit (45117 Essen)

KONTAKT: Bosch, Gerhard (Prof.Dr. Tel. 0209-1707-147, Fax: 0209-1707-124, e-mail: gerhard.bosch@uni-due.de); Weinkopf, Claudia (Dr. Tel. 0209-1707-142, Fax: 0209-1707-124, e-mail: claudia.weinkopf@uni-due.de)

[191-L] Kalmbach, Peter:
Gesetzlicher Mindestlohn - von Befürwortern und Gegnern überschätzt, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 7, S. 438-441 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Debatte um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland wird vor allem von Parteiinteressen bestimmt und weniger durch ökonomische Argumente. Der Autor kommt nach einer Diskussion zahlreicher Beiträge zu dem Schluss, dass die Frage eines Mindestlohnes unter zwei Gesichtspunkten geführt werden sollte: (1) Beschäftigungseffekte: Negative Auswirkungen in diesem Bereich sind für Geringqualifizierte zu erwarten, was also gegen eine Einführung spricht. Da die Arbeitslosigkeit in diesem Segment bereits sehr hoch ist, wäre es problematisch, mit gesetzlichen Maßnahmen die Probleme zu verschärfen. (2) Armutsbekämpfung: Die Erwartungen der Befürworter in diesem Bereich werden als überzogen bezeichnet. Mit anderen sozialen Instrumenten lassen sich nach Ansicht des Au-

tors auf jeden Fall bessere Ergebnisse erzielen als mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. (IAB)

[192-F] Kasten, Tanja, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Prinz, Aloys, Prof.Dr. (Leitung); Prinz, Aloys, Prof.Dr. (Betreuung):
Einkommensverluste in Folge von Erwerbsunterbrechungen

INHALT: 1. Analyse der Einkommenseffekte in Folge von Erwerbsunterbrechungen für Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung von Zeitpunkt und Dauer der Unterbrechung. 2. Restaurationseffekte. *ZEITRAUM:* 1992-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* West- und Ostdeutschland
METHODE: Einkommensgleichung auf Grundlage des Humankapitalansatzes. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten (Mikrodaten, Sozio-ökonomisches Panel -SOEP-).
ART: *BEGINN:* 2003-07 *ENDE:* 2007-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Centrum für theoretische Wirtschaftsforschung -CTWM- Institut für Finanzwissenschaft II (Wilmergasse 6-8, 48143 Münster)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-83-22853, Fax: 0251-83-22826)

[193-L] Keller, Berndt; Seifert, Hartmut (Hrsg.):
Atypische Beschäftigung: Flexibilisierung und soziale Risiken, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 81), Berlin: Ed. Sigma 2007, 230 S., ISBN: 978-3-8360-8681-3

INHALT: "Atypische Beschäftigung hat in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen; immer mehr Arbeitnehmer/innen sind zu Konditionen beschäftigt, die vom klassischen Normalarbeitsverhältnis abweichen. Dieser Sammelband bietet einen umfassenden und aktuellen Überblick über Entwicklung und Stand der verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung sowie über ihre arbeits- und sozialpolitischen Folgeprobleme, vor allem ihre Prekarität oder Sozialverträglichkeit. Die Beiträge des ersten Teils unterscheiden die wichtigsten Varianten von Flexibilität, untersuchen betriebliche Beschäftigungsstrategien und liefern arbeitsmarktheoretische Erklärungen. Der zweite Teil präsentiert die wichtigsten Formen unter besonderer Berücksichtigung ihrer aktuellen Entwicklungen: befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung (einschließlich Mini- und Midijobs), Leiharbeit (einschließlich Personalserviceagenturen), neue (Schein-)Selbständigkeit (einschließlich Ich-/Familien-AG). Der dritte Teil behandelt die wesentlichen Folgeprobleme - vor allem Wirkungen auf das Beschäftigungsniveau und Folgen für die Systeme der sozialen Sicherung -, die in der aktuellen Diskussion häufig unberücksichtigt bleiben, und gibt einen Überblick über ähnliche Entwicklungen in anderen EU-Ländern." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Berndt Keller, Hartmut Seifert: Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität (11-25); Christian Hohendanner, Lutz Bellmann: Atypische Beschäftigung und betrieblicher Flexibilisierungsbedarf. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels (27-43); Werner Niehüser: Betriebliche Beschäftigungsstrategien und atypische Arbeitsverhältnisse. Eine Erklärungsskizze aus Sicht einer politischen Personalökonomik (45-65); Werner Sesselmeier: (De)Stabilisierung der Arbeitsmarktsegmentation? Überlegungen zur Theorie atypischer Beschäftigung (67-80); Johannes Gisecke, Martin Groß: Flexibilisierung durch Befris-

tung. Empirische Analysen zu den Folgen befristeter Beschäftigung (83-105); Gerhard Bäcker: Was heißt hier "geringfügig"? Minijobs als wachsendes Segment prekärer Beschäftigung (107-126); Markus Promberger: Leiharbeit. Flexibilität und Prekarität in der betrieblichen Praxis (127-144); Susanne Noll, Frank Wießner: Selbständig oder arbeitslos: Brücke oder Falle? Einige empirische Betrachtungen zu geförderten Neugründungen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Perspektive (145-161); Martin Dietz, Ulrich Walwei: Beschäftigungswirkungen des Wandels der Erwerbsformen (165-184); Ute Klammer, Simone Leiber: Atypische Beschäftigung und sozialer Schutz. EU-Regulierung und Situation in Deutschland (185-207); Christian Dufour, Adelheid Hege: Atypische Beschäftigung, Normalarbeitsverhältnis und Gewerkschaften. Ein internationales Problem? (209-228).

[194-L] Kieselbach, Thomas; Beelmann, Gert; Mader, Sabine; Wagner, Olaf:
Berufliche Übergänge: sozialer Geleitschutz bei Personalentlassungen in Deutschland, München: Hampp 2006, 313 S., ISBN: 3-86618-081-0

INHALT: Berufliche Übergänge nehmen in Industriegesellschaften zu und damit auch die berufliche Unsicherheit bei den Menschen, die von Personalabbau und Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Das Projekt SOCOSE 'Sozialer Konvoi und Nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit: innovative Strategien der Outplacement/ Replacement Beratung' untersucht aus der Sicht von Psychologen und Sozialwissenschaftlern die subjektive Perspektive der Beschäftigten in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die Erfahrungen der Wiederbeschäftigten und Elemente erfolgreicher Intervention, innovative Beispiele beruflicher Transitionsberatung und die Einstellungen und Erfahrungen sozialer Akteure. Das Projekt wurde in fünf Ländern (Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien, Spanien) parallel durchgeführt. Der Band stellt die Ergebnisse der deutschen Teil-Studie dar; die deutschen Ergebnisse werden jeweils mit den Erfahrungen der Projektpartner verglichen. Nach einem Überblick über die Entwicklung von Interventionsmaßnahmen im Kontext psychologischer Arbeitslosenforschung wird auf die Arbeitsmarktsituation und auf Maßnahmen für von Arbeitslosigkeit Bedrohte eingegangen, und die Vielzahl von Interventions-, Outplacement und Recplacement-Maßnahmen wird geschildert. Die Ergebnisse einer empirischen Analyse beruflicher Unsicherheit und der Effekte erfolgreicher Transitionsberatung werden vorgestellt. Ergänzend dazu werden neun erfolgreiche Beispiele beruflichen Transfers bei Personalentlassungen geschildert und die Ergebnisse der Befragung von Experten (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Personalabteilungen, Arbeitsverwaltung, Ministerien, Parteien) werden dargestellt. Basierend auf diesen Befunden werden Empfehlungen für ein europäisches Rahmenmodell zur Gestaltung beruflicher Transitionen formuliert. Diese zielen auf eine Verbreitung und institutionelle Verankerung von Outplacementberatung, auf soziale Verantwortung der Unternehmen, auf frühzeitige Intervention und angemessene Informationsstrategien bei der Umstrukturierung von Unternehmen, auf eine nachhaltige Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit sowie auf Professionalisierung und Qualitätssicherung der Outplacementberatung. (IAB)

[195-L] Klecha, Stephan:
Eigenartiges und Selbstverständliches: Gewerkschaften und Sozialstaat, in: Matthias Lemke, Philipp Hermeier (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit?, Göttingen: Cuvillier Verl., 2006, S. 91-97, ISBN: 978-3-86727-095-3 (Standort: UB Köln(38)-35A251)

INHALT: Der Verfasser zeigt, wie sich die Gewerkschaften im Kern mit der wirtschaftlichen Ordnung arrangierten, um möglichst innerhalb dieses Rahmens zu wirken. Die Konsenssuche zwischen den beiden Volksparteien auf diesem Feld garantierte eine hohe Beständigkeit und Berechenbarkeit im System. Dieser sozialpolitische Pakt verstaatlichte die Sozialpolitik dahingehend, dass auch die Möglichkeiten der Selbstverwaltung zugunsten staatlicher Interventionen zurückgefahren wurden, was die gewerkschaftliche Praxis veränderte: Aus dem einstigen Unterstützungsverein, der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheit den eigenen Mitgliedern anbieten konnte, war im Bismarckschen System ein Träger der Verwaltungsstrukturen geworden. Erst ab Mitte der 1990er Jahre wurden sozialpolitische Fragen im Verhältnis von Gewerkschaften und Bundesregierung wieder in großem Umfang thematisiert. Es wird argumentiert, dass sich die Gewerkschaften in einem Dilemma befinden. Ihnen fehlt es ebenso an Möglichkeiten, wirksam in den politischen Prozess einzugreifen, wie an Ressourcen, um parallel zum staatlichen und privatrechtlichen (Sozial-) Versicherungswesen ein eigenes Unterstützungsnetz wie im 19. Jahrhundert wiederaufzubauen. Ein nicht unwesentlicher Teil der Gewerkschafter setzt deswegen auf den Aufbau außerparlamentarischer Bewegungen und auf das Anwachsen einer neuen linken Partei, die sich aus der alten PDS und frustrierten Ex-SPD-Mitgliedern zusammensetzen soll. Allerdings bietet die heterogene Zusammensetzung jener Partei und deren fehlende Machtressourcen gerade nicht den Einfluss, der notwendig wäre, um auf den sozialpolitischen Kurs effektiv Einfluss zu nehmen. Eine Verankerung der Gewerkschaften im Parlament wird als Sprachrohr verstanden und nicht mehr als wirkungsvoller Transmissionsriemen eingeschätzt. (ICG2)

[196-L] Klein-Schneider, Hartmut:
Flexible Arbeitszeit - Vertrauensarbeitszeit: Analyse und Handlungsempfehlungen, (Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung : Betriebs- und Dienstvereinbarungen), Frankfurt am Main: Bund-Verl. 2007, 134 S., ISBN: 978-3-7663-3725-2

INHALT: "In vielen Branchen ist das Modell der Vertrauensarbeitszeit auf dem Vormarsch. Der Verzicht auf Arbeitszeiterfassung ist scheinbar attraktiv, hat aber auch Schattenseiten. Zwar können Unternehmen die Arbeitnehmer auf diese Weise auf ihre Zielsetzungen einschwören. Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Beschäftigten können sie nach ihren eigenen Kriterien aus dem Hintergrund steuern. Seitens der ArbeitnehmerInnen bleiben jedoch viele Fragen offen: Wie verhindert man die Überlastung der Beschäftigten? Wie sorgt man dafür, dass die erbrachte Arbeitsleistung anerkannt wird? Empfiehlt es sich, die Arbeitszeiterfassung beizubehalten, um bei Überlastungen Einfluss nehmen zu können? Über zahlreiche Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu diesem Thema informiert dieses Buch. Es analysiert die Regelungen und gibt Anregungen für das Verfassen eigener Vereinbarungen." (Autorenreferat)

[197-L] Klenner, Christina:
Familienfreundliche Betriebe: Anspruch und Wirklichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 34, S. 17-25 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/PDMW2R.pdf)

INHALT: "Oft wird unter einem familienfreundlichen Betrieb verstanden, dass Zuschüsse gezahlt werden oder ein betrieblicher Kindergarten angeboten wird. Wichtiger sind in den Augen der

betroffenen Eltern aber familiengerechte Arbeitszeiten, ein familienfreundliches Betriebsklima und die Gestaltung der Elternzeit." (Autorenreferat)

[198-L] Koch-Baumgartner, Sigrid:
Das Ende der Geheimdiplomatie?: zur Medialisierung der Tarifpolitik, in: Sigrid Koch-Baumgartner, Lutz Mez (Hrsg.): Medien und policy : neue Machtkonstellationen in ausgewählten Politikfeldern, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 143-160, ISBN: 978-3-631-55885-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5413)

INHALT: Die Autorin untersucht Medialisierungsprozesse in der Tarifpolitik unter folgenden Fragestellungen: Beeinflussen die Medien die Handlungsbedingungen der tarifpolitischen Akteure? Hat die Öffentlichkeit heute tatsächlich eine neue und handlungsbestimmende Bedeutung erlangt? Lassen sich im Politikfeld neue Akteurskonstellationen und institutionelle Arrangements nachweisen? Passen sich die klassischen tarifpolitischen Akteure im Politikfeld der Medienlogik an? Die Autorin nimmt einerseits systematische Überlegungen auf der Basis der vorhandenen Sekundärliteratur vor und beleuchtet andererseits den Tarifkonflikt im Sommer 2003 als begrenztes empirisches Beispiel. In diesem Konflikt musste die IG Metall einen Streik in den neuen Bundesländern zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden ergebnislos absagen. Die Autorin wertete die Berichterstattung über den Tarifkonflikt in der Metallindustrie und den Führungskonflikt in der IG Metall im "Spiegel", in der "Zeit", der "Frankfurter Rundschau", der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und der "Süddeutschen Zeitung" zwischen März und September 2003 aus. Diese Medien sind ihren Ergebnissen zufolge lediglich eine Vermittlungsinstanz und ein Verstärker des Elitenkonsens und bilden im Konflikt eine zusätzliche Machtressource. Aber als politikentscheidender Akteur oder als "Agenda-Setter" haben sie sich in der tarifpolitischen Auseinandersetzung nicht etablieren können. (ICI2)

[199-L] Kocher, Eva:
Gestaltungs- und Verhandlungsrechte von Beschäftigten, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 8, S. 434-440 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wie auch unterschiedliche Ansätze zur Deregulierung arbeitsrechtlicher Schutznormen bestimmen derzeit die Arbeitsrechtsdiskussion. Dabei bleibt ein neues arbeitsrechtliches Regelungsmodell noch weitgehend unbeachtet: Die Gestaltungs- und Verhandlungsrechte von Beschäftigten. Hierzu zählen beispielsweise die Ansprüche von Schwerbehinderten auf Anpassung des Beschäftigungsverhältnisses an die Behinderung oder der Anspruch auf Teilzeitarbeit. Gestaltungsansprüche sind rechtliche Instrumente, die von Beschäftigten genutzt werden können, um eine Veränderung ihrer Beschäftigungskonditionen im eigenen Interesse und gegen den Willen des Arbeitgebers zu verlangen. Der Beitrag stellt verschiedene dieser Gestaltungsnormen vor, diskutiert ihre Chancen und Grenzen und zeigt zugleich, welche kollektiven Handlungsspielräume Gewerkschaften und Betriebsräte haben, um die Beschäftigten bei ihren Aushandlungen zu unterstützen." (Autorenreferat)

[200-F] Köchling, Annegret, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Reindl, Josef, Dipl.-Soz. (Leitung):
Lebenslang gesund arbeiten - demographieorientierte Präventivkonzepte (LEGESA)

INHALT: Das Ziel des Vorhabens ist es, psychische Überforderungen besonders gefährdeter Personengruppen, die an der Schnittstelle zwischen Betrieb und Markt agieren, abzubauen bzw. zu mildern. Hierzu ist es notwendig, einen Lösungsraum über den klassischen Gesundheitsschutz und über die Gesundheitsförderung hinaus zu eröffnen, Gesundheits-, Arbeits- und Personalpolitik zu integrieren und das Gesundheitsmanagement demographieorientiert zu innovieren. Ein besonderer Akzent liegt auf der Einführung einer sog. Prozesssicht auf das Belastungsgeschehen: die Belastungsbiographie, deren krankmachende Wirkungen durch die Gestaltung der Arbeitsbiographie vermieden werden sollen. Die Umsetzung der Ziele geschieht durch betriebliche Projekte, die von den beteiligten Wissenschaftlern begleitet, unterstützt, ausgewertet und deren Quintessenz in die Beratungspraxis der BG's transferiert wird. Die Resultate und Erfahrungen der betrieblichen Projekte werden aufgegriffen und ausgetauscht in 5 Workshops, die der HVBG mit den beteiligten Unternehmen und Wissenschaftlern durchführen wird. Sie dienen u.a. dazu, die Präventionsaktivitäten der BG's anzureichern und neu zu orientieren. Darin liegt auch der zentrale Verwertungsbeitrag des Vorhabens. Das Projekt ist als ein Verbundvorhaben angelegt, an dem neben dem ISO die GfAH (Verbundkoordination) sowie die Unternehmen SICK, BALLUFF, KSG, GEWES und POLYSIUS (Thyssen Krupp) teilnehmen. Transferpartner ist die Berufsgenossenschaftliche Zentrale für Sicherheit und Gesundheit (BGZ) (beim Hauptverband der Berufsgenossenschaften – HV BG).
ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2010-07 *AUFTRAGGEBER:* Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. -DLR- Projektträger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Programm "Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen" *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: ISO Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. (Trillerweg 68, 66117 Saarbrücken); Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung mbH -GfAH-Volkholz und Partner (Friedensplatz 6, 44135 Dortmund)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0681-95424-23, e-mail: reindl@iso-institut.de)

[201-L] Kohn, Karsten; Lembcke, Alexander C.:
Wage distributions by bargaining regime: linked employer-employee data evidence from Germany, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2849), Bonn 2007, 29 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp2849.pdf)

INHALT: "Using linked employer-employee data from the German Structure of Earnings Survey 2001, this paper provides a comprehensive picture of the wage structure in three wage-setting regimes prevalent in the German system of industrial relations. We analyze wage distributions for various labor market subgroups by means of kernel density estimation, variance decompositions, and individual and firm-level wage regressions. Unions' impact through collective and firm-level bargaining mainly works towards a higher wage level and reduced overall and residual wage dispersion. Yet observed effects are considerably heterogeneous across different labor market groups. There is no clear evidence for wage floors formed by collectively bargained low wage brackets which would operate as minimum wages for different groups of workers." (author's abstract)

[202-F] Kölbl, Selma, Dipl.-Soz. (Bearbeitung):
Referenzmodell für ein Dual Career Couple Konzept und die Implementierung in die Personalpolitik

INHALT: keine Angaben
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Hessen Ministerium für Wissenschaft und Kunst
INSTITUTION: Universität Kassel, FB 07 Wirtschaftswissenschaften, Institut für BWL Fachgebiet Innovations- und TechnologieManagement (34109 Kassel)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0561-804-3384, Fax: 0561-804-7023, e-mail: selma.koelbl@wirtschaft.uni-kassel.de)

[203-F] Kraemer, Klaus, Dr. (Leitung):
Soziale Gestaltbarkeitspotentiale atypischer Erwerbsarbeit. Neue Beschäftigungsformen im Spannungsfeld von betrieblichen Flexibilisierungsanforderungen und privater Lebensführung

INHALT: Seit geraumer Zeit kann ein relativer Bedeutungsverlust des klassischen Normalarbeitsverhältnisses beobachtet werden, der mit einer gleichzeitigen Diffusion flexibler und atypischer Beschäftigungsverhältnisse einher geht. Diese Veränderungen innerhalb des Beschäftigungssystems werden in Politik und Wissenschaft mit der Hoffnung verbunden, dass dadurch grundlegende Strukturprobleme des bundesdeutschen Arbeitsmarktes erfolgreicher bewältigt werden können. In dem Forschungsprojekt "Prekäre Beschäftigungsverhältnisse" sind die Bearbeiter auf zahlreiche Hinweise gestoßen, dass die arbeitsweltlichen Wirklichkeiten atypischer Beschäftigungsformen durch Ambivalenzen und Widersprüche gekennzeichnet sind: Einerseits bergen atypische Beschäftigungsformen erhebliche Prekarisierungsrisiken, weswegen sie auch von vielen Befragten als Bedrohung des individuellen erwerbsarbeitsbezogenen Sozialstatus wahrgenommen werden. Andererseits nähren sie aber auch die Hoffnung auf Reintegration in das Beschäftigungssystem gerade unter jenen Erwerbsgruppen, denen der Zugang gegenwärtig - aus unterschiedlichen Gründen - zu "regulärer" Beschäftigung versperrt ist. Vor diesem Problemhintergrund zielt dieses Forschungsprojekt auf die Frage nach den sozialen Gestaltbarkeitspotentialen atypischer Beschäftigungsformen im Spannungsfeld von betrieblichen Flexibilisierungsanforderungen und individuellen Ansprüchen an die private Lebensführung ab. Durch welche betrieblichen und lebensweltlichen Rahmenbedingungen können Prekarisierungsrisiken atypischer Beschäftigung eingedämmt, positive Integrationschancen dauerhaft gestärkt und die Attraktivität flexibler Beschäftigung verbessert werden?
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe
INSTITUTION: Forschungsinstitut für Arbeit, Bildung und Partizipation e.V. an der Universität Bochum (Münsterstr. 13-15, 45657 Recklinghausen)
KONTAKT: Leiter (e-mail: Klaus.Kraemer-fiab@ruhr-uni-bochum.de)

[204-L] Krawietz, Marian; Müßig-Trapp, Peter; Willige, Janka:
Praktika im Studium, (HISBUS-Kurzinformation, Nr. 13), Hannover 2006, 10 S. (Graue Literatur; URL: https://hisbus.his.de/hisbus/docs/Praktika_im_Studium_09.06.pdf)

INHALT: "Die Ausbeutung von Absolventen als billige Arbeitskräfte sowie der Abbau von Arbeitsplätzen und ihre Substitution durch un- oder schlechtbezahlte Praktikumsplätze sind zentrale Schlagworte in der öffentlichen Diskussion über die 'Generation Praktikum'. In jüngster Zeit wird diese Diskussion auch auf Studierende übertragen und es gibt bereits Forderungen nach einem Mindestlohn auch für studentische Praktikanten. Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit studentischen Praktika (nicht mit Praktika von Absolventen) und liefert der Diskussion die erforderlichen Fakten. Es werden Zahlen zu Umfang, Erfahrung und Beurteilung Studierender im Hinblick auf Praktika dargestellt, die im Juni 2006 erhoben wurden. Die Befragung wurde im Rahmen des Projekts HISBUS Online-Panel als Blitzbefragung Ende Mai/ Anfang Juni 2006 durchgeführt. Insgesamt konnten die Antworten von 2225 Befragten in die Auswertungen einbezogen werden, die Rücklaufquote beträgt 45%. Durch eine Gewichtung wurden vorhandene geringe Abweichungen in den Strukturmerkmalen Geschlecht, Hochschulsemester, Hochschulart, Region und Fächergruppe zwischen Grundgesamtheit und HISBUS-Stichprobe ausgeglichen. In die Auswertungen einbezogen wurden nur deutsche Studierende. Die Erhebung ist im Hinblick auf die genannten Strukturmerkmale für Deutschland insgesamt repräsentativ." (Textauszug)

[205-L] Kremberg, Bettina (Hrsg.):
Mitbestimmung und Hochschule, (Berichte aus der Politik), Aachen: Shaker 2006, 221 S., ISBN: 978-3-8322-5250-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5703)

INHALT: "Die Promovierendenkonferenzen der Hans-Böckler-Stiftung waren und sind ein Ort, an dem sich die Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) neben der Diskussion ihrer eigenen Belange und über unmittelbar die Promotion betreffende Themen hinaus mit aktuellen hochschul-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen. Das Programm 2005 in Bad Orb stand unter dem Motto 'Mitbestimmung und Hochschule: Gesellschaftlich situiert' im Herbst 2005 in Bad Orb stattfand: Das Themenspektrum beinhaltete Fragen von Governance- und Gleichstellungspolitik an Hochschulen ebenso wie das Spannungsfeld von Demokratie und effektiver Leitung sowie Migration und Hochschule. Aber auch Formen selbst bestimmter Vernetzung von Promovierenden wurden anhand eines Projektes der StipendiatInnengruppe Erfurt der Hans-Böckler-Stiftung, der Projektgruppe Doktorandinnen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie der Promovierenden-Initiative (PI) vorgestellt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Bettina Kremberg und Torsten Steidten: Mitbestimmung und Hochschule. Zur Einleitung (3-7); Walter Müller-Jentsch: Mitbestimmung im Spannungsfeld von sozialer und ökonomischer Rationalität (11-22); Ute Lanzendorf: Neue Governance an Hochschulen - Mitbestimmung und Management als neue Partner? (25-43); Karsten König und Anja Franz: Die staatlich vereinbarte Promotion - Zum Prinzip der kontraktbasierten Hochschulsteuerung am Beispiel der Nachwuchsförderung (45-55); Andreas Keller: Ökonomische versus politische Steuerung der Hochschulen (59-73); Maik Adomßent: Welt im Wandel - Hochschule auch! Neuorientierung im Horizont einer nachhaltigen Entwicklung (75-103); Diana Greim: Personalrechtliche Interessensvertretung für das "akademische Subproletariat" (107-117); Michael Brodowski: "Mehr Mut zu selbst organisierter Bildung!?" Neue Wege studentischer Mitbestimmung in Form informellen Lernens als Alternative zu universitären Bildungsprozessen (119-135); Claudia Koepernik: Die PG Dok - Vorstellung der Projektgruppe DoktorandInnen auf der Promovierenden-Konferenz 2005 (137-147); Torsten Steidten: Die Promovierenden-Initiative (PI) (149-152); Peer Pasternack: Hochschulflexibilisierung und Mitbestimmung

(155-172); Bettina Kremberg: Teilhabe, Vernunft und Bildung - Der Begriff der "Mitbestimmung" in seiner Kooperationsproblematik (173-190); Pirmin Stekeler-Weithofer: Die Begrenzung der Mitbestimmung und ihre Folgen in der Umgestaltung des Bildungssystems (191-216).

[206-L] Kremer, Stefanie:
Tarifautonomie aus ökonomischer, juristischer und gesellschaftstheoretischer Sicht, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 8, S. 441-447 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Eine Reihe von Gründen spricht für das Tarifvertragssystem und rechtfertigt auch seine gesetzliche Rahmung. Die Rechtswissenschaft vergegenwärtigt sich diese Gründe beispielsweise, um die Reichweite von Normen des Tarifvertragsgesetzes oder der verfassungsrechtlichen Garantie der Tarifautonomie zu bestimmen. Unter ganz anderen Fragestellungen beschäftigen sich aber auch die Wirtschaftswissenschaft und die Gesellschaftstheorie mit dem Tarifvertragssystem und mit Problemen kollektiver Selbstbestimmung. Der Artikel stellt grundlegende Paradigmen dieser drei Wissenschaftsbereiche einander gegenüber und zeigt sowohl Unvereinbarkeiten und Missverständnisse als auch gegenseitige Einflussnahme auf. Die dominante Präsenz ökonomischer Denkansätze in der juristischen Diskussion wird kritisch bewertet, sodass das abschließende Plädoyer lautet, auch Anregungen aus anderen Wissenschaftsbereichen stärker zu berücksichtigen." (Autorenreferat)

[207-F] Kuhlmann, Martin, Dr.; Bahnmüller, Reinhard, Dr. (Bearbeitung); Sperling, Hans-Joachim, Dr. (Leitung):
Begleitforschung zur Umsetzung des Entgelt-Rahmentarifvertrages (ERA-TV) für die Beschäftigten in der niedersächsischen Metallindustrie

INHALT: Das Projekt will die Umsetzung des Entgeltrahmentarifvertrags für die Beschäftigten in der niedersächsischen Metallindustrie untersuchen. Mit dem tarifpolitischen Reformprojekt ERA ist ein weitreichender Innovationsanspruch der betrieblichen Entlohnungsbedingungen intendiert. Die Untersuchung der betrieblichen Umsetzungsprozesse wird die entgelt- und arbeitspolitischen Wirkungen herausarbeiten. Kontext/ Problemlage: Die Vereinbarung neuer Entgeltrahmentarifverträge in zentralen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie markiert einen Einschnitt in der tarifvertraglichen Regelung von Arbeitsbewertung und Entgeltsystemen. Mit der einheitlichen Behandlung von Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten in Entgeltfragen ist ein tarifpolitisches Reformprojekt auf den Weg gebracht, das darüber hinaus von erheblicher gesellschaftspolitischer Bedeutung ist. Ob diese Reformperspektive einer Modernisierung tariflicher Regelungen zu Entgelt- und Leistungsbedingungen soziale Wirksamkeit entfalten wird, entscheidet sich wesentlich an den Voraussetzungen, Verläufen und Resultaten der Umsetzungsprozesse in den Betrieben. Diese Prozesse werden mit der Vorbereitung und Einführung über einen längeren Zeitraum die Akteure in den Betrieben ebenso beschäftigen wie die Akteure auf der überbetrieblichen Verbandsebene, für die die Anpassungsfähigkeit des Systems der industriellen Beziehungen auf dem Prüfstand steht. Fragestellung: Das Forschungsprojekt wird die Umsetzung von ERA am Fall der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie untersuchen und dabei über eine direkte Kooperation mit dem

F.A.T.K. Tübingen durch einen 'mixed team approach' und ein gemeinsames Untersuchungsdesign eine Vergleichsperspektive zur Umsetzung des ERA-Tarifwerks in der baden-württembergischen Metallindustrie verfolgen. Ziel des Forschungsprojektes ist die Klärung der Formen der Umsetzung und betrieblichen Ausgestaltung des ERA, der Wirkungen der ERA-Umsetzung und der arbeitspolitischen Implikationen von ERA. Dabei ist zu untersuchen, inwieweit die Verfahren einheitlicher Arbeitsbewertung zu Veränderungen der betrieblichen Entgeltstrukturen und dabei auch zu Veränderungen der betrieblichen Arbeits- und Organisationsstrukturen führen. Weiter ist zu analysieren, ob und unter welchen Bedingungen die Tarifinnovation in den Betrieben wirksame Impulse zur Einführung oder Forcierung innovativer Formen der Arbeitsgestaltung liefert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Niedersachsen

METHODE: Auf der Basis von Kurz- und Intensivfallstudien (d.h. Interviews, Bestandsaufnahmen von Arbeitsstrukturen, Gruppendiskussionen und schriftlichen Befragungen) in Betrieben der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie, Experteninterviews auf überbetrieblicher Verbandsebene, teilnehmender Beobachtungen an Projektgruppen und einer abschließenden Befragung eines größeren Betriebssamples werden die betrieblichen Ausgestaltungen und die Wirkungen von ERA sowie die Wahrnehmungen und Bewertungen der beteiligten Akteure und der Beschäftigten untersucht und analysiert. Durch eine Rückvermittlung von Untersuchungsergebnissen an die beteiligten Akteure ist ein zeitnaher und akteursbezogener Transfer der Untersuchungsergebnisse vorgesehen. Die vergleichende Untersuchungsperspektive in Bezug auf die ERA-Umsetzung in Baden-Württemberg wird dabei gewährleistet durch eine vergleichend angelegte Fallauswahl, die Auswahl gleicher Beschäftigtengruppen und die Verwendung einheitlicher Instrumente. *DATENGEWINNUNG:* Interview; Bestandsaufnahme von Arbeitsstrukturen; Gruppendiskussion; Befragung, schriftlich; Experteninterview; Beobachtung, teilnehmend.

ART: *BEGINN:* 2006-07 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. -SOFI- (Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen); Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. -F.A.T.K.- an der Universität Tübingen (Hausserstr. 43, 72076 Tübingen)

KONTAKT: Leiter (e-mail: hsperli@gwdg.de); Kuhlmann, Martin (Dr. e-mail: mkuhlma1@gwdg.de); Bahnmüller, Reinhard (Dr. e-mail: reinhard.bahnmueller@uni-tuebingen.de)

[208-L] Kühnlein, Gertrud:
Auswirkungen der aktuellen arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Entwicklungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von Frauen in der Sozialen Arbeit, in: Streit : feministische Rechtszeitschrift, Jg. 25/2007, H. 3, S. 108-113 (URL: http://www.streit-fem.de/)

INHALT: "Traditionell gilt der Sozialsektor als Domäne der Frauenarbeit: 'Soziale Arbeit ist weiblich'. Weit überwiegend sind in diesem Bereich Frauen beschäftigt - und deren Anteil ist umso größer, je prekärer die Beschäftigungsverhältnisse und je 'einfacher' die Tätigkeiten eingestuft und bewertet werden, das heißt, je niedriger die Vergütungen sind. Dabei gelten die personenbezogenen, sozialen Dienstleistungen auch heute noch weithin nicht nur als traditionelle 'typische' Frauenberufe, sondern als für Frauen qua Geschlecht bzw. sozialisationsbedingt in besonderem Maße geeignet. An dieser klassischen, geschlechtsspezifischen Ausrichtung und der Zuschreibung des Sektors als einer 'Frauendomäne' und den damit verbundenen strukturellen Benachteiligungen hat auch der Wandel des Sozial- und Gesundheitswesens zur

Sozialwirtschaft nichts geändert. Dennoch hat der Modernisierungsprozess auch gravierende Auswirkungen auf die besonderen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von Frauen in der Sozialen Arbeit." (Autorenreferat)

[209-L] Kurz-Scherf, Ingrid:
Soziabilität - auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik, in: Brigitte Aulenbacher, Maria Funder, Heike Jacobsen, Susanne Völker (Hrsg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft : Forschung im Dialog, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 269-284, ISBN: 978-3-531-15139-7

INHALT: Ausgehend von einer Kritik an dem in Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik dominierenden Androzentrismus untermauert die Verfasserin ihre These, dass die Frage nach der Zukunft von Gleichberechtigung und Emanzipation in ihren gesellschaftstheoretischen und -politischen Implikationen eng mit der Frage nach der Zukunft der Arbeit verknüpft ist. Hieran anknüpfend entwickelt die Verfasserin Grundzüge einer feministischen, genderkompetenten Arbeitsforschung, wie sie auch von "GendA - Netzwerk feministische Arbeitsforschung" vertreten werden. Die Debatte um einen neuen Arbeitsprozess aus feministischer Perspektive führt zum Konzept der Soziabilität und der sozialen Arbeit als Leitidee zur Gestaltung der Zukunft der Arbeit in genderkompetenter Perspektive. Abschließend erfolgt eine Rückbindung der vorgelegten Thesen an die Forderung nach Vereinbarkeit einer qualifizierten und angemessen entlohnten Berufstätigkeit mit einem aktiven familiären, politischen, sozialen und kulturellen Leben. (ICE2)

[210-L] Land Berlin Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Mitarbeiter) (Hrsg.):
Betriebspanel Berlin: Ergebnisse der elften Welle 2006, Berlin 2007, 98 S. (Standort: IAB-90-0BE0-204200 BT 770; Graue Literatur; URL: http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-arbeit/betriebspanel_berlin06.pdf)

INHALT: "Das zentrale Schwerpunktthema der elften Welle konzentriert sich auf Probleme der Beschäftigungssicherung von Betrieben. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse diesbezüglicher Vereinbarungen zwischen der Geschäftsleitung und Belegschaft bzw. deren Interessenvertretungen. Im Wesentlichen werden folgende Fragen behandelt: die Verbreitung derartiger Vereinbarungen; Grund, Laufzeit und Form der Vereinbarungen; Inhalte der Vereinbarungen, speziell Arbeitszeit- und Vergütungsmodifikationen einerseits sowie Zusagen im Rahmen der Beschäftigungssicherung durch die Arbeitgeber andererseits. In einem zweiten Schwerpunktthema geht es im Kontext der betrieblichen Standortsicherung um eine Analyse der einzelnen Standortfaktoren und ihre Bewertung durch die ortsansässigen Betriebe einerseits sowie um die Standortattraktivität für potenzielle Investoren andererseits. In den diesjährigen Fragenkomplex wurden weiterhin Aussagen zu den verschiedenen Aspekten betrieblicher Arbeitszeiten aufgenommen. Das Spektrum umfasst Überstunden, Arbeitszeitkonten, separate Langzeitkonten, Vertrauensarbeitszeitregelungen, Kurzarbeit u.a.m." (Autorenreferat)

[211-L] Land Mecklenburg-Vorpommern Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung (Hrsg.):
Betriebspanel Mecklenburg-Vorpommern: Ergebnisse der achten Welle 2003, (Forschungsberichte zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 23), Schwerin 2004, 128 S. (Standort: IAB-90-0MV0-204200 BT 844; Graue Literatur)

INHALT: Für die Auswertung des IAB-Betriebspanels Mecklenburg-Vorpommern 2003 lagen verwertbare Interviews mit 993 Betrieben vor. Thematisiert wurden 1. Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten; 2. Personalpolitik; 3. betriebliche Flexibilität; 4. Auszubildende; 5. Weiterbildung; 6. öffentliche Förderung und 7. die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Der Beschäftigungsrückgang hat sich in Mecklenburg-Vorpommern zwischen Mitte 2002 und Mitte 2003 mit rund 24.000 Beschäftigten fortgesetzt. Dieser betrag vor allem das Baugewerbe und den Handel. Jedes dritte Arbeitsverhältnis zählt zu den flexiblen, nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnissen. Eine große Rolle spielen vor allem befristete Arbeitsverhältnisse sowie die geringfügige Beschäftigung. 41 Prozent aller Betriebe führten Weiterbildungsmaßnahmen durch. Das Lohnniveau beträgt 70 Prozent des westdeutschen Lohnniveaus, die Arbeitsproduktivität erreicht nur 61 Prozent der westdeutschen Werte. (IAB)

[212-L] Laumann, Karl-Josef; Scholz, Olaf; Schäfer, Claus; Stettes, Oliver; Gunkel, Alexander:
Mitarbeiterbeteiligung: welches Modell sollte gewählt werden?, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, Nr. 16, S. 3-18 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen sich an ihren Unternehmen beteiligen können. In diesem Ziel sind sich die Parteien einig, zeigen doch die Erfahrungen, dass Mitsprache und Beteiligung der Beschäftigten den Renditezielen der Unternehmensführung nicht widersprechen. Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, stellt hier kurz die 'Betriebliche Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften' von der CDU/CSU vor. Wichtig sei es vor allem, auf betrieblicher Ebene Gestaltungsspielräume zu eröffnen, so dass individuelle Sozialpartnerschaften umgesetzt werden könnten. Nur so könnten Mitarbeiterkapitalbeteiligungen auf die konkreten betrieblichen und persönlichen Voraussetzungen des Unternehmens abgestimmt werden. Der Staat sollte dies durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen, innerhalb derer Unternehmen und Beschäftigte individuelle betriebliche Kapitalpartnerschaften schließen können, die alle bekannten Beteiligungsformen wie Belegschaftsaktien, stille Beteiligung, Mitarbeiterdarlehen etc. beinhalten. Dagegen hält Olaf Scholz, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, den von der SPD vorgeschlagenen 'Deutschlandfonds' für das bessere Modell: Auf der einen Seite erwerben die Mitarbeiter Anteile am Deutschlandfonds. Der Fonds stellt auf der anderen Seite die Einlagen der Mitarbeiter den entsprechenden arbeitgebenden Unternehmen als Beteiligungskapital zur Verfügung. Dadurch werde, so Scholz, das doppelte Risiko für die Arbeitnehmer, bei Insolvenz des Arbeitgebers nicht nur den Arbeitsplatz, sondern zugleich auch die Kapitalanlage zu verlieren, erheblich reduziert. Für Claus Schäfer, WSI, können alle bisherigen Vorschläge zwei zentrale Probleme nicht lösen, nämlich ein zusätzliches Einkommen für die Arbeitnehmer zu schaffen und Einkommens- und/ oder Vermögensrisiken zu vermeiden: 'Um die Arbeitnehmer und ihre Vermögensbildung zu stärken, braucht es also nicht problematische Arbeitnehmerkapitalbeteiligungspolitik, sondern

andere Instrumente.' Auch Oliver Stettes, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, plädiert für andere Methoden: 'Wer seine Mitarbeiter am Unternehmenserfolg partizipieren lassen möchte, um Motivation und Bindung zu fördern, kann dies unabhängig von der Rechtsform durch variable, erfolgsabhängige Lohnbestandteile zum Beispiel in Form von Gewinnbeteiligungen erreichen. ... Hier sind eher die Tarifparteien gefordert, um Unternehmen und Belegschaften den hierfür erforderlichen Verteilungsspielraum zu eröffnen.' Auch nach Meinung von Alexander Gunkel, Deutsche Arbeitgeberverbände, lassen sich 'alle wesentlichen mit der Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Verbindung gebrachten Vorteile und Ziele ... auf andere Weise einfacher und wirksamer erreichen.'" (Autorenreferat)

[213-L] Lehmann, Etienne; Hungerbühler, Mathias:
On the optimality of a minimum wage: new insights from optimal tax theory, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2957), Bonn 2007, 30 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp2957.pdf)

INHALT: "We build a theoretical model to study whether a minimum wage can be welfare-improving if it is implemented in conjunction with an optimized nonlinear income tax. We consider this issue in a framework where search frictions on the labor market generate unemployment. Workers differ in productivity. The government does not observe workers' productivity but only their wages. Hence, the redistributive policy solves an adverse selection problem. We show that a minimum wage is optimal if the bargaining power of the workers is relatively low. However, if the government controls the bargaining power, then it is preferable to set a sufficiently high bargaining power." (author's abstract)

[214-L] Lehmann, Harald:
Individualproduktivität und Alter: empirische Befunde einer Arbeitseinkommensanalyse, in: Wirtschaft im Wandel, Jg. 13/2007, H. 5, S. 138-145 (Standort: USB Köln(38)-MXG 07758; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/5-07.pdf)

INHALT: "Der Zusammenhang zwischen dem Alter erwerbstätiger Personen und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Produktivität) ist vor dem Hintergrund einer älter werdenden und gleichzeitig schrumpfenden Bevölkerung von hoher ökonomischer Relevanz. Es ist in der Forschung unstrittig, dass Kompetenzverschiebungen im Altersverlauf auftreten. Ob sich diese als allgemeiner Alterseffekt zeigen, wird allerdings erst in jüngerer Zeit empirisch untersucht, was wohl vor allem der verbesserten Mikrodaten-Lage zu verdanken ist. In der hier vorgestellten Untersuchung wurden anhand tarifrechtlicher Informationen und weiterer Auswahlkriterien Personen identifiziert, die möglichst 'leistungsnahe' Arbeitsentgelte beziehen. Da letztere ein Indikator für die individuelle Arbeitsproduktivität sind, wurde auf ihrer Basis der darauf gerichtete Erklärungsbeitrag des Personenalters geschätzt. Grundlage der Auswertung war dabei der Mikrozensus 2000 für die Bundesrepublik Deutschland. Die Schätzergebnisse stützen in Übereinstimmung mit ähnlichen Untersuchungen den Befund einer zunächst ansteigenden und später wieder abfallenden Produktivitäts-Alters-Kurve. Sie legen aber auch nahe, dass der vermeintliche Leistungsverlust am Ende des Erwerbsalters eher gering ist. Berücksichtigt man, dass die vorliegende Operationalisierung der Bereinigung um verzerrende Senioritätseffekte dient - damit aber Produktivitätsvorteile aus langjähriger Tätigkeit am selben Arbeitsplatz vernachlässigt werden - so relativiert sich der vermeintliche 'Altersnachteil'

weiter. Eine alterungsbedingte gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- und damit Wohlstandsminderung ist insofern selbst in isolierter Betrachtung keineswegs eindeutig. Über die Erhöhung der Kapitalintensität, aber auch der totalen Faktorproduktivität (technischer Fortschritt) sowie durch zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten in der Personalpolitik (Weiterbildung, altersgerechter Arbeitseinsatz) ist auch in alternden Gesellschaften dauerhaft steigender Wohlstand realistisch." (Autorenreferat)

[215-L] Lesch, Hagen:
Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum, in: IW-Trends : Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 34/2007, H. 1, S. 31-45 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.iw-koeln.de/data/pdf/content/trends01_07_3.pdf)

INHALT: "Die Tarifparteien in Deutschland verfolgen seit Mitte der neunziger Jahre eine insgesamt beschäftigungsorientierte Lohnpolitik. Sie schaffte die Voraussetzungen dafür, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Vergleich zu verbessern. Die jüngsten Erfolge auf den Auslandsmärkten sind nicht auf Kosten einer schwachen Konsumnachfrage erzielt worden. Eine empirische Überprüfung zeigt, dass die Konsumentwicklung vor allem durch die Beschäftigungsentwicklung beeinflusst wird. Eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik stützt den privaten Verbrauch, es besteht kein Zielkonflikt zwischen Lohnzurückhaltung und Nachfragestimulierung. Die Tarifparteien sollten den Kurs der Lohnzurückhaltung deshalb fortsetzen. Die zumeist maßvollen Lohnabschlüsse haben seit Mitte der neunziger Jahre rund 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Auch das Jahr 2006 hat eindrucksvoll gezeigt, wie positiv eine Kombination aus einem vergleichsweise hohen Wachstum und maßvollen Lohnabschlüssen auf die Beschäftigung wirken kann. Erstmals seit dem Jahr 2000 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder angestiegen." (Autorenreferat)

[216-L] Lesch, Hagen:
Ökonomik des Tarifrechts, (IW-Analysen, 19), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2006, 76 S., ISBN: 3-602-14736-3

INHALT: "Ist die 'Starrheit des Flächentarifvertrags' an der deutschen Arbeitsmarktmisere schuld? Ökonomen fordern eine Reform, um den Betrieben eine schnellere Anpassung an die sich wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Inzwischen mehren sich auch in der rechtspolitischen Literatur kritische Stimmen. In der vorliegenden Analyse wird das geltende Tarifrecht auf den Prüfstand gestellt: Ist der Vorrang kollektiver Regelungen tatsächlich problematisch? Der Autor hinterfragt Günstigkeitsprinzip und Allgemeinverbindlichkeit, die gesetzlichen Regelungen zur Bindungsdauer sowie die in der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen an Tariffähigkeit und Tarifeinheit. Er geht auf die relevanten Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes ein und greift die aktuelle Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf." (Autorenreferat)

[217-L] Loebe, Herbert; Severing, Eckart (Hrsg.):
Demografischer Wandel und Weiterbildung: Strategien einer alterssensiblen Personalpolitik, (Wirtschaft und Bildung, Bd. 44), Bielefeld: Bertelsmann 2007, 168 S., ISBN: 978-3-7639-3285-6

INHALT: "Ausgehend von der Tatsache, dass der Anteil der 55- bis 64-jährigen Beschäftigten in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor gering ist, werden im Sammelband Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der älter en Arbeitnehmer aufgezeigt. Im Mittelpunkt stehen die Herausforderungen einer alternsgerechten Personalentwicklung. Die Beiträge des ersten Teils stellen Konzepte einer differenzierten Personalentwicklungspolitik vor, die nach den Anforderungen der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen unterscheidet, und diskutieren Möglichkeiten ihrer strategischen Verankerung im Unternehmen. Im zweiten Teil des Bandes geht es um demografischen Wandel und betriebliche Weiterbildung im Lichte empirischer Untersuchungen. Gegenstand des dritten Teils sind Fragen der Gesundheitsprävention und der alternsgerechten Arbeitsgestaltung. (IAB) Inhaltsverzeichnis: I. Altersdifferenzierung in Weiterbildung und Personalentwicklung - Schöpf, Nicolas: Vintage und Weiterbildung - Defizitmodelle oder bildungsbiografische Unterschiede als Referenzpunkte der Personalentwicklung? (9-25); Geldermann, Brigitte: Nicht alle gleich behandeln! Personalentwicklung für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (27-38); Rump, Jutta; Eilers, Silke: Employability Management - lebenslange Beschäftigungsfähigkeit als Antwort auf den demografischen Wandel (39-58); Bergmann, Bärbel: Alter und Leistung in der Erwerbsarbeit (59-70); Seitz, Cornelia: Generationen bezogene Personalpolitik im Zeichen des demografischen Wandels (71-78). II. Demografischer Wandel und betriebliche Weiterbildung: Daten, Zahlen, Fakten - Bellmann, Lutz; Leber, Ute; Stegmaier, Jens: Betriebliche Personalpolitik und Weiterbildungsengagement gegenüber älteren Beschäftigten - ein Überblick mit Daten des IAB-Betriebspanels (81-97); Picker, Michael; Schöpf, Nicolas: Betriebliche Weiterbildung älterer Mitarbeiter im Produktionsbereich - Ergebnisse einer Unternehmensbefragung (99-116); Stößel, Dieter: Was halten Unternehmen von älteren Mitarbeitern? Eine Zusammenfassung empirischer Studien (117-129). III. Gesundheitsprävention und alternsgerechte Arbeitsgestaltung: Konzepte und Beispiele aus dem Bereich öffentlicher Personennahverkehr - Schade, Susanne; Hammer, Veronika; Hörwick, Eva: Fahrdiensttauglich bis zur Rente - Gesundheitsmanagement und alternsgerechte Arbeitsgestaltung im öffentlichen Personennahverkehr (133-147); Bökenheide, Torsten: 55 oder: Alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen im Fahrdienst als Führungsaufgabe (149-165).

[218-L] Lompe, Klaus:
Demografischer Wandel und die Herausforderungen für die (betriebliche) Beschäftigungspolitik, in: Matthias Bohnet, Henning Hopf, Klaus Lompe, Herbert Oberbeck (Hrsg.): Wohin steuert die Bundesrepublik? : einige Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 85-103, ISBN: 978-3-631-55763-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5415)

INHALT: Der Verfasser thematisiert die zukünftige Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung im Kontext des demographischen Wandels in Deutschland. Er macht darauf aufmerksam, dass der quantitative Rückgang des Arbeitsangebots in Deutschland auch eine qualitative und regionale Dimension haben könnte. Hier spielen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der deutschen export- und wissensorientierten Volkswirtschaft eine Rolle, die schon heute in Gestalt von Klagen über Fachkräftemangel sichtbar wird. Eine höhere Er-

werbsbeteiligung älterer Menschen ist notwendig. Dies muss auch in der aktuellen Personalpolitik seinen Niederschlag finden. Der Verfasser diskutiert abschließend strukturelle Entwicklungen hinsichtlich der Zukunft der Arbeit, Grundprobleme einer alternden Erwerbsgesellschaft sowie die Notwendigkeit eines konsequenten Alternsmanagements in der personalwirtschaftlichen Praxis. (ICE2)

[219-L] Lorenz, Frank; Schneider, Günter (Hrsg.):
Ende der Normalarbeit?: mehr Solidarität statt weniger Sicherheit - Zukunft betrieblicher Interessenvertretung, Hamburg: VSA-Verl. 2007, 230 S., ISBN: 978-3-89965-226-0

INHALT: "Welche Formen kann die betriebliche Interessenvertretung annehmen und welche Perspektiven hat sie in Zeiten prekärer und deregulierter Beschäftigungsverhältnisse? Die Gewerkschaften haben bereits Mitte der 1980er Jahre mit dem Schlagwort 'Erosion' die galoppierenden Entwicklungen und Angriffe der letzten 20 Jahre auf das Normalarbeitsverhältnis umschrieben. Die Intensivierung dieses Prozesses beginnt mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz, den Novellierungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes und findet ihren vorläufigen Höhepunkt in den Hartz-Gesetzen der rot-grünen Koalition. Die AutorInnen des Buches stellen zum einen die verschiedenen Formen deregulierter Beschäftigungsverhältnisse vor wie Teilzeitarbeit, geringfügige und befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs. Zum anderen setzen sie sich mit prekären Arbeitsverhältnissen auseinander: Welche Auswirkungen auf die Institutionen der Sozialpolitik hat es, wenn trotz Erwerbstätigkeit Einschränkungen bezüglich der sozialen Sicherungssysteme hingenommen werden müssen? Vor diesem Hintergund wird diskutiert, welche Formen die betriebliche Interessenvertretung annehmen kann und welche Perspektiven sie in Theorie und Praxis hat - im In- und Ausland." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Monika Schwarz: Abbau der sozialen Sicherheit statt Abbau der Arbeitslosigkeit - Auswirkungen der Arbeitsmarktflexibilisierung (9-14); Klaus Dörre: Die Wiederkehr der Prekarität - subjektive Verarbeitungen, soziale Folgen und politische Konsequenzen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (15-31); Detlev Bruse: Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Dienstleistungsfreiheit - schafft oder bedroht Europa die soziale Absicherung prekärer Arbeitsverhältnisse? (32-54); Thomas Blanke: Die rechtliche Situation von prekär Beschäftigten (55-79); Ulrich Mückenberger: Folgerungen aus der Krise des Normalarbeitsverhältnisses (80-109); Christine Zumbeck: Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu prekären Arbeitsverhältnissen - Ergebnisse der Auswertung (110-123); Interview von Josef Bednarski mit Sylvia Kühnast: Arbeitnehmerüberlassung in der Praxis (124-127); Frank Lorenz: Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung - rechtliche Rahmenbedingungen und tatsächliche Probleme (128-137); Gene Carroll: Teilzeitarbeit, unregelmäßige Beschäftigung und Gewerkschaften: aktuelle Trends mit Blick auf den Wal-Mart-Konzern (138-142); Svenja Pfahl: Die Arbeits- und Beschäftigungssituation von Frauen zwischen Förderung und Diskriminierung (143-163); Ingrid Artus: Mitbestimmung versus "Rapport de force" - deutsch-französische Perspektiven betrieblicher Interessenvertretung im prekären Dienstleistungsbereich (164-184); Martin Dietz, Ulrich Walwei: Erwerbsformen in Bewegung: Wirkung auf Beschäftigungsniveau und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes (185-201); Arbeitsmarkt Betrieb - Was bedeutet der Umgang mit prekären Arbeitsverhältnissen im Betrieb für Beschäftigung und Personalplanung? Diskussion (202-230).

[220-L] Lührs, Hermann:
Kirchliche Arbeitsbeziehungen: die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in den beiden großen Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden, (WIP Working Paper, Nr. 33), Tübingen 2006, 42 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wip-online.org/downloads/Luehrs_Hermann_2006_a.pdf)

INHALT: "Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten in den beiden großen Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas werden nicht durch gewerkschaftlich ausgehandelte Tarifverträge geregelt, sondern in so genannten Arbeitsrechtlichen Kommissionen beschlossen. Diese besondere Form kollektiver Arbeitsbeziehungen betrifft über eine Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Der Zweck dieses Beitrages ist, die Bezugsgröße der kirchlichen Arbeitsbeziehungen, nämlich den Stand und die Entwicklung der kirchlichen Arbeitsverhältnisse empirisch zu klären. Dies geschieht, indem erstmals die Entwicklung der kirchlichen Beschäftigungsverhältnisse auf einer Zeitreihe von 1920 bis heute dargelegt und quantitativ und qualitativ analysiert wird. Die Hintergrundfragen der Analyse sind: Bleibt das besondere kirchliche Arbeitsbeziehungssystem stabil? Stellt sich Wandel ein? Und wenn ja, in welche Richtungen?" (Autorenreferat)

[221-L] Manske, Alexandra; Heil, Vanessa:
Wenn Arbeit arm macht: der Niedriglohnsektor als Boombranche, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 8, S. 995-1002 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasserinnen untersuchen die tieferen Ursachen für das gezielt betriebene Wachstum des Niedriglohnsektors. Sie zeigen, dass seit Jahren der "ausufernde Sozialstaat" für die herrschende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wird. Die Begründungen einer solchen Kritik am Sozialstaat werden analytisch rekonstruiert. Diese beziehen sich erstens auf die vorhandenen Regulierungen am Arbeitsmarkt durch die Tarifpolitik und die staatlichen Eingriffe speziell in das Arbeitsmarktgeschehen sowie durch den Kündigungsschutz, die Neueinstellungen verhindern und den Aufschwung behindern. Zweitens lähmen die hohen Lohnkosten und Steuerbelastungen die unternehmerischen Innovations- und Leistungskräfte und verhindern die Bereitstellung von niedrigproduktiven Arbeitsplätzen. Drittens setzen überhöhte Sozialstandards negative Anreize zur Übernahme niedrig bezahlter Arbeit, weil das erzielbare Nettoeinkommen im unteren Bereich im Vergleich zum Sozialhilfeniveau bzw. zur Arbeitslosenhilfe zu niedrig ist. Vor diesem Hintergrund werden die qualitativen und quantitativen Merkmale des Wachstumsbereichs 'Niedriglohnsektor' ausgearbeitet und es wird festgestellt, dass die herrschende arbeitsmarktpolitische Niedriglohnstrategie nicht nur frauenfeindlich ist, sondern auch zu einer Verfestigung von Problemlagen am unteren sozialen Rand beiträgt. Es handelt sich somit um ein politisches Programm, das den Graben zwischen dem gesellschaftlichen Oben und dem gesellschaftlichen Unten vertieft - und zwar auf Staatskosten, zu Lasten all derer, die für die Einnahmen des Staates heute (noch) aufkommen. Es wird argumentiert, dass im Rahmen der weiteren Verhandlungen einzelne Aspekte unbedingt berücksichtigt werden sollten. Dabei geht es um die Festlegung einer verbindlichen und existenzsichernden Einkommensuntergrenze sowie um die Ermöglichung erweiterter Hinzuverdienstmöglichkeiten und um öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen, die den benachteiligten sozialen Gruppen den Zugang zu gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsbereichen eröffnen können. (ICG2)

[222-F] Marfels, Britta, Dr.; Vater, Gudrun, Dipl.-Psych.; Magin, Johannes, Dipl.-Psych.; Werkstetter, Eveline, Dr. (Bearbeitung); Niehaus, Mathilde, Prof.Dr.Dr. (Leitung):
Betriebliche Prävention und Eingliederungsmanagement nach Paragraph 84,2 SGB IX: Untersuchung des Kenntnis- und Umsetzungsstandes in Betrieben und Dienststellen

INHALT: Mit dem 2004 gesetzlich eingeführten Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach Paragraf 84,2 SGB IX sollen möglichst frühzeitig Maßnahmen zur Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit erkrankter Beschäftigter eingeleitet werden. Bisher lagen noch keine systematisch gewonnenen empirischen Erkenntnisse zum Umsetzungsstand, zur Praktikabilität und der innerbetrieblichen Akzeptanz der eingesetzten Instrumente und Verfahren vor. Diese Studie liefert einen ersten Überblick zur bundesweiten Umsetzung der Vorgaben sowie einen Hinweis auf die Evidenz des BEM. Ziel der Untersuchung ist die Erfassung quantitativer Aussagen zur Verbreitung des BEM und betrieblicher Prävention sowie qualitativer Aussagen über die Art und Weise, mit der die Betriebe bzw. die verschiedenen Beteiligten die Ziele des Paragrafen 84,2 SGB IX realisieren. Zudem werden Faktoren und Maßnahmen, die ein BEM sowie eine erfolgreiche Wiedereingliederung begünstigen identifiziert und weitere Effekte des BEM analysiert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Unter der Annahme, dass das BEM nicht flächendeckend und in allen Betrieben bekannt ist und somit über die Ziehung einer Zufallsstichprobe im Sinne der Fragestellung keine Repräsentativität zu erwarten war, wurde der mehrdimensionale Zugang der Triangulation gewählt (vgl. Flick, 2004). Das Forschungskonzept besteht aus: 1. einer bundesweiten Befragung in den Betrieben; 2. einer bundesweiten Befragung in der Zeitschrift "Behinderte Menschen im Beruf"; 3. einer Dokumentenanalyse und Interviews mit den Expertinnen bzw. Experten von Projekten der Initiative "job-jobs ohne Barrieren" sowie vertiefender Interviews mit Expertinnen und Experten aus den Betrieben die BEM durchgeführt haben. An der standardisierten Befragung in den Betrieben haben 630 Personen teilgenommen, die standardisierten Befragung in der Zeitschrift "Behinderte Menschen im Beruf dauert noch an und umfasst bislang 580 Teilnehmer. Die qualitativen Interviews wurden mit 16 Experten aus den Projekten "job-jobs ohne Barrieren" durchgeführt sowie mit verschiedenen Akteuren aus 4 Betrieben. Untersuchungsdesign: Querschnitt; Evaluation *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, schriftlich; Standardisierte Befragung, online; Qualitatives Interview (Experten, heterogene Stichprobe an betrieblichen Akteuren). Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Projekte zum betrieblichen Eingliederungsmanagement, "job-jobs ohne Barrieren").

VERÖFFENTLICHUNGEN: Erste Ergebnisse sind auf der Homepage unter: http://www.hf.uni-koeln.de/30068 abrufbar.+++Weitere Veröffentlichungen sind geplant.

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2007-09 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation Lehrstuhl für Arbeit und berufliche Rehabilitation (Herbert-Lewin-Str. 2, 50931 Köln)

KONTAKT: Marfels, Britta (e-mail: Britta.Marfels@uni-koen.de); Vater, Gudrun (e-mail: gudrun.vater@uni-koeln.de)

[223-F] Meyer, Dorit, M.A.; Fuchs, Martina, Prof.Dr.phil. (Bearbeitung); Fuchs, Martina, Prof.Dr.phil. (Betreuung):
Gewerkschaften als lernende Organisationen: Strategien zur gewerkschaftlichen Mitgliedergewinnung und Interessensvertretung von Zeitarbeitern auf betrieblicher, lokaler, regionaler und nationaler Ebene

INHALT: Seit Anfang der 80er Jahre verlieren die Gewerkschaften in Deutschland Mitglieder und damit an politischem Einfluss. Einer der wichtigsten Gründe für diesen Mitgliederschwund ist im wirtschaftlichen Strukturwandel und den damit einher gehenden Veränderungen der Erwerbsarbeit zu sehen: Mit dem Bedeutungsverlust der industriellen Produktion ist der Anteil der Beschäftigung im jenen Branchen, die als Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation gelten, stark zurückgegangen. Die Zahl der Angestellten in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere von Zeitarbeitern, hingegen wächst stetig. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Zeitarbeitern liegt Schätzungen zufolge bei nur ca. 15%, obwohl gerade sie die Unterstützung durch Gewerkschaften besonders dringend benötigen, da sie häufig unter schlechteren Bedingungen arbeiten und geringer entlohnt werden als die fest angestellten Mitarbeiter in den Einsatzbetrieben. Zeitarbeiter und andere prekäre Beschäftigtengruppen als Mitglieder zu gewinnen werde dazu beitragen der Gewerkschaftskrise ein Ende zu bereiten, so die Hoffnung. Die gewerkschaftliche Mitgliedergewinnung unter den Zeitarbeitern sowie deren Interessensvertretung erforderten jedoch die Entwicklung neuer Strategien: Aufgrund der besonderen Beschäftigungssituation von Zeitarbeitern, die sich grundlegend von den dominierenden übrigen Mitgliedergruppen unterscheidet, kann Mitgliederrekrutierung unter Zeitarbeitern mit den traditionellen Methoden nicht geleistet werden. Neue Wege müssen gefunden werden und einige wurden bereits in den vergangenen Jahren beschritten. Gewerkschaften nehmen die Herausforderung an, vor die sie der Umbruch der Arbeitsmärkte stellt, sodass gewerkschaftliche Mitgliedschaft nun auch für Zeitarbeiter attraktiv wird. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Das Forschungsprojekt knüpft an aktuelle Fragestellungen der Labour Geography nach Andrew Herods sowie an das Konzept des "Geographical Unionism" von Howard Wial an. In der Studie werden Gewerkschaften als lernende Organisationen verstanden und folgende Fragen untersucht: 1. Wie werden die traditionellen gewerkschaftlichen Strategien der Mitgliedergewinnung und Interessensvertretung, wie die Einrichtung von Betriebsräten und der Abschluss von Haustarifverträgen, an die besondere Erwerbssituation in der Zeitarbeitsbranche angepasst? 2. Welche neuen Strategien, die sich speziell zur Rekrutierung von Zeitarbeitern eignen, werden entwickelt bzw. von anderen Gewerkschaften erlernt? 3. Vor welche neuen Aufgaben stellt die Interessensvertretung von Zeitarbeitern die Gewerkschaften? Zur Beantwortung dieser Fragen auf den verschiedenen räumlichen Ebenen der industriellen Beziehungen (betrieblich, lokal, regional und deutschlandweit) werden Zeitarbeiter, Betriebsräte in den Zeitarbeitsfirmen und Entleihfirmen sowie Gewerkschaftssekretäre in den Verwaltungsstellen vor Ort, in den Bezirksverwaltungen und in den Hauptsitzen der DGB-Gewerkschaften befragt. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, telefonisch; Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln)

KONTAKT: Meyer, Dorit (Tel. 0221-470-5846)

[224-L] Minssen, Heiner; Riese, Christian:
Professionalität der Interessenvertretung: Arbeitsbedingungen und Organisationspraxis von Betriebsräten, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 83), Berlin: Ed. Sigma 2007, 149 S., ISBN: 978-3-8360-8683-7

INHALT: "Vor dem Hintergrund tief greifender betrieblicher Umbruch- und Reorganisationsprozesse verlagert sich die Mitbestimmung mehr und mehr auf die betriebliche Ebene; von Betriebsräten wird erwartet, sich zunehmend an gestalterischen Aufgaben zu beteiligen. Dies stellt die Arbeitnehmervertretungen vor neue Aufgaben, die nicht selten als Zumutungen aufgefasst werden. In diesem Spannungsfeld gelingt es offenbar einigen Interessenvertretungen dennoch, in einem sich verändernden Unternehmensumfeld gestalterischen Einfluss zu nehmen. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat allerdings bislang wenig erhellt, ob dies auch etwas mit der Art und Weise zu tun hat, wie die Betriebsratsarbeit ausgestaltet und organisiert wird. Diese Studie zeigt anschaulich und empirisch untermauert, dass eine gestaltungsorientierte Interessenvertretungspolitik mit einer erkennbar 'professionalisierten' Arbeitsorganisation im Betriebsrat verbunden ist. Minssen und Riese liefern - am Beispiel von ÖPNV-Betrieben - Einblicke in die konkreten Arbeitsprozeduren von Arbeitnehmervertretungen und illustrieren, an welcher Stelle Unterschiede im Prozess des Organisierens greifbar werden." (Autorenreferat)

[225-F] Möller, Iris; Kohaut, Susanne, Dr.; Ellguth, Peter (Bearbeitung); Bellmann, Lutz, PD Dr. (Leitung):
Tarifbindung, betriebliche Interessenvertretung und monetäre Anreizsysteme

INHALT: Betriebliche Strukturen von Beschäftigung, Arbeitszeit und Entlohnung werden erheblich von Tarifbindung, von betrieblichen Interessenvertretungen und von monetären Anreizsystemen beeinflusst. Tarifbindung der Betriebe: Dazu werden die Betriebe über ihre Bindung an Flächen- und Firmentarifverträge befragt. Analysen lassen dann die Bindung an Flächen- und Firmentarifverträge sowie die Zu- und Abgänge in die Tarifbindung nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößen erkennen. In Verbindung mit betrieblichen Kenngrößen können die Bestimmungsgründe für die Tarifbindung von Betrieben ermittelt werden. Betriebsräte und betriebliche Personalpolitik: Die Verbreitung von Betriebs- und Personalräten und die Bestimmungsgründe für ihre Existenz werden im IAB-Betriebspanel erfasst. Damit ist die Identifikation sogenannter "Vertretungslücken" möglich. Dort existieren zwar Tarifverträge zu Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit oder der Arbeitsbedingungen, jedoch keine Betriebs- bzw. Personalräte, die an der betrieblichen Umsetzung entsprechender Gestaltungsspielräume mitwirken können. Es ist möglich, den Einfluss von Betriebs- und Personalräten auf verschiedene Felder der betrieblichen Beschäftigungs- bzw. Personalpolitik im Spannungsfeld externer und interner Flexibilisierungsmaßnahmen darzustellen. Mit Hilfe komplexer Analysemethoden werden die Gründe und Kontextfaktoren für erkennbare Unterschiede zwischen Betrieben mit betrieblicher Interessenvertretung und solchen ohne unter Berücksichtigung weiterer betrieblicher Kenngrößen herausgearbeitet. Monetäre Anreizsysteme in Betrieben: Monetären Anreizsystemen werden Einflüsse auf die Arbeitsproduktivität zugeschrieben. Mit den Daten des IAB-Betriebspanels können Aussagen über die Verbreitung von Gewinn- und Kapitalbeteiligungsmodellen in Deutschland für alle Branchen gemacht werden. Darüber hinaus sind Analysen über den Einfluss auf den betrieblichen Erfolg möglich. Analyse der betrieblichen Lohnunterschiede: Die betrieblichen Lohnunterschiede lassen sich nach

Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen, Personalstruktur (Qualifikation, Geschlecht u.a.), Rechtsform, Region darstellen und mit betriebswirtschaftlichen Faktoren verknüpfen. Ziel: Auf der Basis des IAB-Betriebspanels kann das duale System der industriellen Beziehungen und deren Veränderungen im Längs- und Querschnitt analysiert werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bellmann, L.; Leber, U.: Materielle Mitarbeiterbeteiligung: geringe Verbreitung, aber hohe Intensität. Nürnberg 2007. Unter: http://doku.iab.de/kurzber/ 2007/kb1307.pdf abrufbar.+++Ellguth, P.; Kohaut, S.: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2006. in: WSI-Mitteilungen, Jg. 60, 2007, H. 9, S. 511-514.+++Addison, J.T.; Bellmann, L.; Kölling, A.: Unions, works councils and plant closings in Germany. Bonn 2002. Unter: http://ftp.iza.org/dp474.pdf abrufbar.+++Addison, J.T.; Bellmann, L.; Schnabel, C.; Wagner, J.: German works councils old and new. Incidence, coverage and determinants. Bonn 2002. Unter: ftp://ftp.iza.org/ dps/dp495.pdf abrufbar.+++Bellmann, L.; Blien, U.: Wage curve analyses of establishment data from Western Germany. in: Industrial and labor relations review, Vol. 54, 2001, No. 4, pp. 851-863.+++Kohaut, S.; Schnabel, C.: Tarifverträge - nein danke!? Einflussfaktoren der Tarifbindung west- und ostdeutscher Betriebe. Nürnberg u.a. 2001. Unter: http://doku.iab.de/ grauepap/2001/dp8.pdf abrufbar.+++Möller, I.: Mitarbeiterbeteiligung: ein Weg zu höherer Produktivität. Nürnberg 2001. Unter: http://doku.iab.de/kurzber/ 2001/kb0901.pdf abrufbar.+++Bellmann, L.: Moderne Tarifpolitik und die Zukunft der Berufsausbildung. in: Loebe, H.; Severing, E. (Hrsg.): Modernisierung der dualen Ausbildung. Standpunkte der Sozialpartner in Bayern. Bielefeld 2000, S. 101-113.+++Frick, B.; Bellmann, L.; Frick, J.: Betriebliche Zusatzleistungen in der Bundesrepublik Deutschland. Verbreitung und Effizienzfolgen. in: Zeitschrift Führung und Organisation, Jg. 69, 2000, H. 2, S. 83-91.+++Möller, I.: Produktivitätswirkung von Mitarbeiterbeteiligungen. in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 33, 2000, H. 4, S. 565-582. Unter: http://doku.iab.de/mittab/2000/2000_ 4_MittAB_Moeller.pdf abrufbar.+++Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Hrsg.): Flächentarifvertrag auf dem Rückzug? Eine Analyse mit Daten des IAB-Betriebspanels. in: IAB-Materialien, Nr. 1, 1999, S. 13. Unter: http://doku.iab.de/matab/ 1999/mat0199.pdf abrufbar.+++Bellmann, L.; Frick, B.: Umfang, Bestimmungsgründe und wirtschaftliche Folgen betrieblicher Zusatz- und Sozialleistungen. in: Frick, B.; Neubäumer, R.; Sesselmeier, W. (Hrsg.): Die Anreizwirkungen betrieblicher Zusatzleistungen. München u.a. 1999, S. 95-120.+++Bellmann, L.; Kohaut, S.: Betriebliche Lohnbestimmung in ost- und westdeutschen Betrieben. Eine Analyse mit den Daten des IAB-Betriebspanels. in: Bellmann, L.; Kohaut, S.; Lahner, M. (Hrsg.): Zur Entwicklung von Lohn und Beschäftigung auf der Basis von Betriebs- und Unternehmensdateien. Nürnberg 1999, S. 9-25.+++Bellmann, L.; Kohaut, S.; Schnabel, C.: Flächentarifverträge im Zeichen von Abwanderung und Widerspruch. Geltungsbereich, Einflussfaktoren und Öffnungstendenzen. in: Bellmann, L.; Steiner, V. (Hrsg.): Panelanalysen zu Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik. Nürnberg 1999, S. 11-44.+++Bellmann, L.; Lahner, M.: Erfolgs- und Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter. Ein zukunftsweisender Weg. in: Arbeit und Beruf, Jg. 50, 1999, H. 6, S. 167-168.+++Brixy, U.; Kohaut, S.: Determinanten des Beschäftigungswachstums ostdeutscher Gründungen. Eine Verknüpfung von IAB-Betriebsdatei und IAB-Betriebspanel. in: Bögenhold, D.; Schmidt, D. (Hrsg.): Eine neue Gründerzeit? Die Wiederentdeckung kleiner Unternehmen in Theorie und Praxis. Amsterdam u.a. 1999, S. 199-221.+++Kohaut, S.; Schnabel, C.: Tarifbindung im Wandel. in: IW-Trends, Jg. 26, 1999, H. 2, S. 63-80.+++Bellmann, L.; Kohaut, S.; Schnabel, C.: Ausmaß und Entwicklung der übertariflichen Entlohnung. in: IW-Trends, Jg. 25, 1998, H. 2, S. 5-14.+++Kohaut, S.; Schnabel, C.: Flächentarifvertrag im Wes-

ten sehr viel weiter verbreitet als im Osten. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. Nürnberg 1998. Unter: http://doku.iab.de/kurzber/1998/kb1998.pdf abrufbar.+++Umfangreiche Literaturliste beim Institut anfordern.

ART: *BEGINN:* 1997-07 *ENDE:* 2010-03 *AUFTRAGGEBER:* Hans-Böckler-Stiftung *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (e-mail: lutz.bellmann@iab.de); Kohaut, Susanne (Dr. e-mail: susanne.kohaut@iab.de)

[226-L] Oppolzer, Alfred:
Gesundheitsmanagement im Betrieb: Integration und Koordination menschengerechter Gestaltung der Arbeit, Hamburg: VSA-Verl. 2006, 222 S., ISBN: 978-3-89965-216-1 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007-19228)

INHALT: Der Autor betrachtet sein Buch als Unterstützung der Verbreitung und Umsetzung der Gesundheitspolitik und des Gesundheitsmanagements im Betrieb, indem auf die Möglichkeiten und den Nutzen dieses Ansatzes hingewiesen wird. Es werden einleitend das Konzept der betrieblichen Gesundheitspolitik und ihre Umsetzung durch das Gesundheitsmanagement vorgestellt. In diesem Kontext werden die Strukturen und Inhalte eines zeitgemäßen Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der ergänzenden betrieblichen Gesundheitsförderung und die Gebote menschengerechter Gestaltung der Arbeit dargestellt. Am Beispiel der zunehmend wichtiger gewordenen psychischen Belastungen in der Arbeitswelt wird aufgezeigt, welche gesundheitlichen Risiken damit verbunden sind und welche Möglichkeiten der Prävention bestehen. Vor diesem Hintergrund wird auf die Bedeutung von Kurzpausen und Erholzeiten für die menschengerechte Arbeitsgestaltung eingegangen, wobei den Pausen bei Bildschirmarbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es wird die Fehlzeitenproblematik behandelt und dabei den Ursachen hoher Abwesenheit und den Voraussetzungen kontinuierlicher Anwesenheit nachgegangen. Auf dieser Grundlage werden angemessene Maßnahmen eines wirksamen und nachhaltigen Anwesenheitsmanagements herausgearbeitet. Am Schluss wird ein neues Instrument des betrieblichen Eingliederungsmanagements eingehend vorgestellt, durch das dem Verlust des Arbeitsplatzes wegen chronischer Krankheit oder Behinderung vorgebeugt werden kann. (ICG2)

[227-L] Pape, Klaus (Hrsg.):
Arbeit ohne Netz: prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen, (Schriften / Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Hannover-Hildesheim, Bd. 1), Hannover: Offizin Verl. 2007, 144 S., ISBN: 978-3-930345-55-7

INHALT: "Unter dem Motto: 'Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten - (k)ein Thema für Gewerkschaften und Wissenschaft?' fand im November 2006 der 5. Science-Day, die Jahrestagung der Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Region Hannover-Hildesheim, statt. Die dort gehaltenen Vorträge sind in diesem ersten Band einer Reihe von Kooperationsschriften dokumentiert. Viele wissenschaftliche Untersuchungen zum Wandel in der Arbeitswelt gehen schon länger davon aus, dass in Deutschland mittlerweile fast jedes vierte Arbeitsverhältnis prekär ist. Hierzu gehören u.a. Scheinselbstständige, ge-

ringfügig und befristet Beschäftigte, Leiharbeiter, (Tele-)Heimarbeiter/innen und viele Teilzeitbeschäftigte. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zeichnen sich durch Kurzfristigkeit, Unsicherheit und geringe Bezahlung aus. Damit erzeugen diese Arbeitsverhältnisse bei den Betroffenen Angst und Unklarheit nicht nur über ihre berufliche Zukunft, sondern sie reichen in alle anderen Lebensbereiche hin ein. Um dem Ziel, die Übernahme in ein 'Normalarbeitsverhältnis' (unbefristet, Vollzeit, Tariflohn, mit Kündigungsschutz und Betriebsrat, einem Einkommen, mit dem man/frau leben kann und mit Rentenbeitragszahlungen für ein Auskommen im Alter) zu erreichen, nicht zu gefährden, werden zudem häufig physische und psychische (Arbeits-) Belastungen ignoriert. Neben einem allgemeinen Überblick zum Thema prekäre Beschäftigungsverhältnisse standen zwei Bevölkerungsgruppen (Frauen und MigrantenInnen) sowie zwei Formen dieser Beschäftigungsart (Leiharbeit bzw. Zeitarbeit und FreiberuflerInnen und (Schein-) Selbstständige) im Mittelpunkt der Tagung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Klaus Dörre: Prekarität - eine arbeitspolitische Herausforderung. Subjektive Verarbeitungen, soziale Folgen und politische Konsequenzen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (13-34); Franziska Wiethold: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse - die Situation von Frauen im Niedriglohnbereich (35-48); Gisela Notz: Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (49-70); Norbert Cyrus: Menschen mit Migrationshintergrund in prekärer Beschäftigung - legale und illegale Beschäftigung (71-87); Gero Lüers: Prekäre Arbeitsverhältnisse am Bau (89-92); Andreas Aust, Veronika Mirschel: FreiberuflerInnen und (Schein-)Selbstständige - fair oder prekär? (93-111); Achim Vanselow: Leiharbeit - eine atypische Arbeitsform macht Karriere (113-125); Klaus-Dieter Gleitze: 'Kontakt-Zeitarbeit' - Versuch eines gewerkschaftlichen Handlungsansatzes (127-133); Sebastian Wertmüller: Prekarität und die gesellschaftliche Verantwortung der Gewerkschaften (135-142).

[228-L] Pernicka, Susanne; Aust, Andreas (Hrsg.):
Die Unorganisierten gewinnen: gewerkschaftliche Rekrutierung und Interessenvertretung atypisch Beschäftigter ; ein deutsch-österreichischer Vergleich, Berlin: Ed. Sigma 2007, 358 S., ISBN: 978-3-89404-553-1

INHALT: "Das Wachstum atypischer Beschäftigungsformen stelltaktuell eine der brisantesten Herausforderungen für gewerkschaftliche Politik dar. Die Autor/inn/en dieses Bandes analysieren die gewerkschaftlichen Strategien für atypisch Beschäftigte und deren (Miss-)Erfolge und konfrontieren sie mit den Wahrnehmungen der betroffenen Beschäftigten. Gestützt auf umfangreiche Recherchen - vergleichend durchgeführt in deutschen und österreichischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, in CallCentern und Betrieben der Elektroindustrie - und vertieft durch zahlreiche Interviews spüren die Verfasser/innen jenen strukturellen, institutionellen und subjektiven Bestimmungsfaktoren nach, die für die gewerkschaftliche Organisationsfähigkeit einerseits und die Beteiligungsbereitschaft der Beschäftigten andererseits entscheidend sind; damit leisten sie einen innovativen Beitrag zur Analyse gewerkschaftlichen Handelns. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass für den Erfolg oder Misserfolg von Organisierungsbemühungen institutionelle Unterschiede maßgeblich sind und dass es immer wieder engagierter Einzelpersonen bedarf, die bereit sind, Verhaltensroutinen zu hinterfragen und neue gewerkschaftliche Wege zu beschreiten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Susanne Pernicka, Hajo Holst: Theoretische Perspektiven (21-51); Sabine Blaschke, Veronika Mirschel: Die Genese gewerkschaftlicher Interessenvertretung für Solo-Selbstständige in Österreich und Deutschland im Vergleich (53-76); Georg Adam, Andreas Aust, Susanne Pernicka: Solo-Selbstständige in der Erwachsenenbildung: Interessenvertretung von Einzelkämpfer/-

inne/n? (77-152); Hajo Holst, Kurt Mayer, Monika Feigl-Heihs: Gewerkschaften und Atypische Beschäftigung in externen Call Centern - Segmentierte Organisationsarbeit und Überforderung der Betriebsräte (153-230); Andreas Aust, Susanne Pernicka, Monika Feigl-Heihs: "Moderner Sklavenhandel"? Gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit Leiharbeit (231-312); Andreas Aust, Susanne Pernicka, Jajo Holst, Kurt Mayer, Georg Adam: Gesamtinterpretation und Schlussfolgerungen (313-349).

[229-L] Pernicka, Susanne; Blaschke, Sabine; Aust, Andreas:
Gewerkschaftliche Revitalisierung durch die Organisierung Selbstständiger?: deutsche und österreichische Gewerkschaften im Vergleich, in: Industrielle Beziehungen : Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management, Jg. 14/2007, H. 1, S. 30-54

INHALT: "Die in den meisten europäischen Gewerkschaften konstatierbaren Mitgliederrückgänge und Finanzprobleme haben zu unterschiedlich ausgeprägten Revitalisierungsbemühungen beigetragen. Die machtpolitische Stellung der österreichischen und deutschen Gewerkschaften baut vielfach immer noch auf ihre institutionelle Einbettung in das System der nationalen Arbeitsbeziehungen auf. Etablierte Institutionen bilden hier wesentliche strukturelle Macht- und Legitimationsressourcen, die allerdings zunehmend brüchig werden. Diese Entwicklungen haben zwar nicht zu einer umfassenden Neuorientierung der Gewerkschaften geführt, die Öffnung ihrer Vertretungsdomänen für Solo-Selbstständige wird allerdings als eine strategische Option gesehen, um den Veränderungen der Arbeitsgesellschaft Rechung zu tragen. In dem Beitrag fragen die Verfasser nach der Organisierungsfähigkeit und den Organisationsproblemen der Gewerkschaften in Bezug auf diese Gruppe. Das gewählte Forschungsdesign zielt darauf ab, die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen zu kontrollieren und die Unterschiede der strategischen Entscheidungen deutscher und österreichischer Gewerkschaften herauszuarbeiten." (Autorenreferat)

[230-L] Pohl-Eckerstorfer, Ingrid:
Gentests im Unternehmen: Einfluss der genetischen Prädispositionen der Mitarbeiter auf die betriebliche Gesundheitspolitik, Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2006, XXIV, 284 S., ISBN: 978-3-8350-0346-0 (Standort: UB Braunschweig(84)-2860-338)

INHALT: "Durch Gentests können Erkrankungsrisiken frühzeitig erkannt werden. Mitarbeitern bieten sie so die Chance, die eigene Gesundheit gezielt zu fördern, und Unternehmen geben sie die Möglichkeit, ihre krankheitsbedingten Kosten zu verringern. Zwar sind der technische Aufwand und die Kosten für Gentests gesunken, Personalverantwortliche befürchten aber, dass sie dem Unternehmensimage schaden könnten, und schrecken daher vor ihrem Einsatz zurück. Die Autorin analysiert betriebliche Einsatzbereiche der Gendiagnostik aus ökonomischer und psychologischer Sicht. Vorausgesetzt wird, dass die Arbeitnehmer freiwillig am Gentest teilnehmen, der Genbefund ausschließlich dem getesteten Mitarbeiter übermittelt wird und der Befund valide ist. Mittels einer Befragung von 200 Personalverantwortlichen untersucht die Autorin deren Einstellung zu betrieblichen Gentests sowie die Relevanz der einzelnen bedingenden Einsatzfaktoren. So entsteht ein Modell, das Unternehmen bei der Entscheidung über den Einsatz von Gentests zur Gesundheitsförderung unterstützt." (Autorenreferat)

[231-F] Quoika, Martina Maria, M.A. (Bearbeitung); Reindl, Josef, Dipl.-Soz.; Kistler, Ernst, Prof.Dr.rer.pol. (Leitung):
Gesunde Arbeitswelten im demografischen Wandel - zukunftsfähige Klein- und Mittelbetriebe durch regionale Vernetzung

INHALT: Ausgangspunkt des Vorhabens sind kritische Befunde der gemeinsamen Expertenkommission von Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung zur "Zukunft einer zeitgemäßen betrieblichen Gesundheitspolitik". Diese betreffen den Zustand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) sowie die Ineffizienzen, die aus der Zersplitterung der überbetrieblichen Akteure im Arbeits- und Gesundheitsschutz resultieren. Angesichts der Herausforderungen, die der demografische Wandel stellt, ist es das Ziel des Vorhabens, in KMU einer modernen betrieblichen Gesundheitspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Kontext: Die Expertenkommission der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung fordert einen "Einstieg in eine zukunftsfähige betriebliche Gesundheitspolitik". Zukunftsfähig ist für die Kommission eine Gesundheitspolitik, die die "Kultur der Reparatur und Kompensation" hinter sich lässt und stattdessen die Prävention ins Zentrum stellt, die Gesundheitsverantwortung auf allen betrieblichen Hierarchieebenen fördert und sie in die betrieblichen Routinen integriert und eine überbetriebliche Infrastruktur aufbaut, um die Unternehmen bei der Wahrnehmung ihrer Gesundheitsverantwortung zu unterstützen. Ausgangspunkt des Vorhabens sind die absehbaren Veränderungen der betrieblichen Altersstrukturen. Die Rentensysteme können nicht länger die Frühverrentungsstrategien von Betrieben und Beschäftigten tragen. Der demographische Wandel, also die Zunahme von älteren Beschäftigten im Betrieb und die möglichen Schwierigkeiten, junge Nachwuchskräfte zu rekrutieren, setzt den Arbeits- und Gesundheitsschutz mit neuer Dringlichkeit auf die Tagesordnung der Betriebe. Nur gesunde Mitarbeiter können länger arbeiten und nur mit gesunden Mitarbeitern lassen sich in der nahen Zukunft die aus der Globalisierung der Wirtschaft herrührenden Anforderungen bewältigen. Fragestellung: In den KMU liegt die Verwendung eines Gesundheitskonzeptes nahe, das die Verantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit und die Verantwortung des Betriebes, dem Einzelnen die Verantwortungsübernahme für seine Gesundheit zu ermöglichen, betont. Salutogenese und Prävention sind die Kernelemente eines kleinbetriebssensiblen gesundheitspolitischen Ansatzes. Damit bindet das Projekt zwei Konzepte zusammen, die gewöhnlich von unterschiedlichen Akteuren angeboten werden: den verpflichtenden Arbeits- und Gesundheitsschutz durch die staatlichen Arbeitsschutzämter und die Träger der Unfallversicherung sowie die fakultative Gesundheitsförderung durch die Krankenkassen. Der innovative Charakter des Vorhabens besteht in der Entwicklung eines strikt bedarfsorientierten und kultursensiblen Interventionstyps unter Einbeziehung der relevanten "Gesundheitsakteure" in einer Region. Das Projekt ist in der Region Siegen/ Wittgenstein gestartet und kooperiert mit dem dort bereits seit über 10 Jahre aktiven Runden Tisch Siegen. In einer späteren Phase sollen auch im Land Brandenburg Netzwerkaktivitäten laufen.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Region Siegen/ Wittgenstein, Region Cottbus/ Niederlausitz

METHODE: Untersuchungsmethoden: Bei der Formierung des Netzwerks geht es darum, die "Gesundheitsaktivisten" inhaltlich-konzeptionell, strategisch-methodisch sowie auf der operativen Ebene zu unterstützen. Ziel ist die Entwicklung einer Beratungsstrategie, die die kulturellen Besonderheiten der klein- und mittelbetrieblichen Welt berücksichtigt. In einem diskursiven Prozess zwischen dem iso, den Netzwerkakteuren und den Unternehmen soll ein KMU-adäquates und von den Bedarfen der Unternehmen ausgehendes Handlungskonzept einschließlich der dazu nötigen Werkzeuge entwickelt werden. Das Konzept wird in zwei Schritten erarbeitet: 1. Die Bedarfsanalyse erfolgt durch die Reflexion der bisherigen Erfahrungen

der Netzwerkakteure im Umgang mit KMU sowie durch Bedarfserhebungen in ausgewählten Unternehmen. 2. Die Konzepterstellung geschieht durch den Abgleich existierender Konzepte mit den Bedarfen der KMU und durch eine auf die Bedürfnisse kleinerer Betriebe zugeschnittene Neujustierung dieser Konzepte. Das iso und die Netzwerkpartner werden in einer Reihe von Betrieben exemplarisch Interventionen durchführen und das entwickelte Instrumentarium zum Einsatz bringen. Darüber hinaus finden in der Region Siegen eine Reihe von Workshops statt, in denen gemeinsam mit betrieblichen Akteuren erarbeitet werden soll, wie in ihren Betrieben eine alternsgerechte Arbeitswelt geschaffen werden kann. *DATENGEWINNUNG:* Beobachtung, nicht teilnehmend (Stichprobe: 5; Betriebe; Auswahlverfahren: total). Gruppendiskussion; Expertengespräch (Stichprobe: 8). Qualitatives Interview (Stichprobe: 40; Auswahlverfahren: bewusst). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 80; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2005-03 *ENDE:* 2008-02 *AUFTRAGGEBER:* Bertelsmann Stiftung; Hans-Böckler-Stiftung; Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin -BAuA- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: ISO Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. (Trillerweg 68, 66117 Saarbrücken); Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH -INIFES- (Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen)

KONTAKT: Reindl, Josef (Tel. 0681-95424-23, Fax: 0681-95424-27, e-mail: reindl@iso-institut.de)

[232-L] Raddatz, Guido; Wolf, Sascha:
Irrglaube Mindestlöhne: trügerische Hoffnung, zerstörte Beschäftigungschancen, (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 99), Berlin 2007, 20 S. (Graue Literatur; URL: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Argument_99_Mindestloehne.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den ökonomischen Langfristgefahren, die die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland mit sich brächte. Zunächst gehen die Autoren auf das Armutsrisiko Arbeitslosigkeit ein. Im Anschluss daran werden einige Fakten zur Arbeitslosigkeit in Deutschland vorgestellt. Abschnitt drei beleuchtet Löhne als sozialpolitisches Instrument. Danach werden einige internationale Erfahrungen und empirische Studien präsentiert. Im fünften Kapitel wird auf die Situation in Deutschland eingegangen. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Mindestlöhne die Grundintention von "Hartz IV" konterkarieren und die Arbeitskosten erhöhen sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schaden. Kapitel sechs beschäftigt sich mit den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Abschließend werden die Pläne der Mindestlohn-Befürworter vorgestellt. (ICD)

[233-L] Ragnitz, Joachim; Thum, Marcel:
The empirical relevance of minimum wages for the low-wage sector, in: CESifo Forum : a quarterly journal on European issues, Vol. 8/2007, No. 2, S. 35-37 (URL: http://www.cesifo-group.de/DocCIDL/forum2-07-special1.pdf)

INHALT: In der Diskussion um die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland sind dessen ökonomische Konsequenzen umstritten. In dem Beitrag wird geschätzt, wie groß der von Mindestlohn betroffene Personenkreis in Deutschland ist, und wieviele Arbeitsplätze durch

Mindestlohn verloren gehen würden. Ausgegangen wird von einem Stundenlohn von 7,50 EUR bzw. 6,50 EUR. Bei einem Mindestlohn von 7,50 EUR wird bei insgesamt 30,8 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnbereich ein Rückgang von 1.108.000 Beschäftigten berechnet; 620.000 Beschäftigte in der Privatwirtschaft wären von Mindestlohn betroffen. Bei einem Mindestlohn von 6,50 EUR ginge die Beschäftigung im Niedriglohnbereich um 826.000 Beschäftigte zurück. Dabei ist der Beschäftigungsrückgang in Ostdeutschland jeweils mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten, führt Mindestlohn zwar zu höheren Einkommen, volkswirtschaflich betrachtet ist dies jedoch nur von geringer Bedeutung. Als Fazit wird festgehalten, dass höhere Einkommen auf der einen Seite durch Arbeitsplatzverluste auf der anderen Seite teuer erkauft werden. Als effizientere Alternative wird auf die negative EInkommenssteuer verwiesen. (IAB)

[234-F] Rein, Sabine (Bearbeitung); Jann, Werner, Prof.Dr. (Betreuung):
Die Politik des Personalabbaus. Eine Untersuchung zu den Phasen, Akteuren und Instrumenten der Personalreduzierung im Land Berlin in den Jahren 1992 bis 2001

INHALT: Ziel: Differenziertes Verständnis der politischen Prozesse des Personalabbaus im Land Berlin. Ergebnis: Nachzeichnen des politischen Prozesses, "Blick hinter die Kulissen". *ZEITRAUM:* 1992-2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Land Berlin
METHODE: 1. Betrachtung von Politik als Policy Making; 2. Betrachtung von Personalabbau als Verwaltungspolitik; Analyse und Interpretation der Fallstudie anhand von Konzepten der Policy Forschung und zum Teil Organisationstheorie *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Rein, Sabine: Die Politik des Personalabbaus: eine Untersuchung zu den Phasen, Akteuren und Instrumenten der Personalreduzierung im Land Berlin in den Jahren 1992 bis 2001. Berliner Beiträge zur Verwaltungspolitik, Bd. 2. Berlin: Weißensee Verl. 2007. ISBN 978-3-89998-113-1.
ART: *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation (August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam)
KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: sabine-rein@web.de)

[235-F] Renaud, Simon, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Freytag, Andreas, Prof.Dr. (Betreuung):
Strukturwandel und Arbeitnehmermitbestimmung

INHALT: 1. Darstellung der gesetzlichen Grundlagen der Mitbestimmung auf Ebene des Betriebs und des Unternehmens; 2. Literaturüberblick über theoretische und empirische Wirkungen der Mitbestimmung; 3. theoretische Ableitung von Hypothesen zum Zusammenspiel von wirtschaftlichem Strukturwandel und der Mitbestimmung; 4. empirische Überprüfung der Hypothesen auf Betriebs- und Unternehmensebene; 5. Schlussfolgerungen für Reformen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Allokationstheorie; Institutionenökonomik; empirische Forschung. Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Renaud, Simon: Dynamic efficiency of supervisory board codetermination in Germany. in: Labour - Review of Labour Economics and Industrial Relations, Vol. 21, 2007, No. 4/5, pp. 689-712. *ARBEITSPAPIERE:* Renaud, Simon: Work councils and heterogeneous firms. Jenaer Schriften zur Wirtschaftswissenschaft, 16, 2006.+++Ders.: Betriebsräte und Strukturwandel. Jenaer Schriften zur Wirtschaftswissenschaft, 4, 2006.
ART: *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Jena, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik (Carl-Zeiss-Str. 3, 07743 Jena)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03641-943254, e-mail: s.renaud@wiwi.uni-jena.de)

[236-L] Richenhagen, Gottfried:
Demografischer Wandel in der Arbeitswelt: internationale Vergleiche weisen den Weg, in: Zeitschrift für Arbeitswissenschaft, Jg. 61/2007, H. 2, S. 109-114 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa895; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor untersucht, nach welchem arbeitspolitischem Konzept Staat, Gesellschaft, Unternehmen und Beschäftigte vorgehen können, um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen mit alternden Belegschaften zu sichern. Er zieht hierzu die Methode des internationalen Vergleichs heran und ermittelt die Erfolgsfaktoren bei der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit. In einem letzten Schritt wendet er die Ergebnisse auf Deutschland an. (IAB)

[237-L] Salm, Rainer; Stieler, Sylvia:
Umsetzungsprobleme qualitativer Tarifverträge, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 403-405 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Qualitative Tarifverträge, wie die zur Qualifizierung der IG Metall, stellen bei ihrer Umsetzung neue Anforderungen an die Tarifparteien. Da viele qualitative Regelungen für die Beschäftigten erst durch betriebliche Konkretisierung wirksam werden, erfordert dies neuartige aktivierende Unterstützungsformen der Gewerkschaften sowohl für Betriebsräte als auch für Mitglieder. Aus den Erfahrungen mit dem 2001 in Baden-Württemberg abgeschlossenen Tarifvertrag zur Qualifizierung in der Metall- und Elektroindustrie werden in diesem Beitrag Umsetzungsprobleme diskutiert." (Autorenreferat)

[238-F] Schmidt, Werner, Dr.; Bahnmüller, Reinhard, Dr. (Bearbeitung); Bahnmüller, Reinhard, Dr. (Leitung):
Begleitforschung zur Umsetzung des Einheitlichen Entgeltrahmentarifvertrages (ERA-TV) der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie

INHALT: Das Projekt möchte am Beispiel des ERA-TV im Tarifbezirk Baden-Württemberg klären, wie die Tarifverbände die Umsetzung des größten entgeltpolitischen Reformprojekts in der Nachkriegsgeschichte der Metall- und Elektroindustrie unterstützen, wie die Umsetzungsprozesse auf der betrieblichen Ebene verlaufen und welche entgelt- und arbeitspolitischen Effekte sich einstellen. Kontext/ Problemlage: Nach mehr als zwei Jahrzehnten Verhandlungen ist es in der Metall- und Elektroindustrie gelungen, zum Abschluss von neuen

Entgeltrahmenabkommen zu kommen, um die längst überfällige Trennung von Arbeitern und Angestellten in Entgeltfragen aufzuheben. Bestehende Unterschiede zwischen, aber auch innerhalb der Statusgruppen in den Kriterien der Eingruppierung und der Tätigkeits- und Aufgabenbewertung, in der Vergütung von Belastungen und Leistung sowie im Leistungsanteil am Gesamtentgelt sollen durch ein für alle Beschäftigten gleichermaßen geltendes System ersetzt werden. Damit sind die Voraussetzungen für eine grundlegende Erneuerung der betrieblichen Entlohnungsbedingungen geschaffen. Was nun ansteht, ist die betriebliche Umsetzung der ERA-Abkommen. Ein Vorhaben, das die Betriebs- und Tarifparteien auf Jahre beschäftigen wird, das von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung ist und großen Einfluss auf die Zukunft der industriellen Beziehungen in Deutschland haben dürfte. Fragestellung: Zielsetzung des Projektes ist es, am Beispiel des Tarifbezirkes Baden-Württemberg der Metall- und Elektroindustrie zu klären, wie die Tarifverbände die betriebliche Umsetzung der ERA-Vereinbarungen unterstützen, koordinieren und steuern; welche Konflikte sich zwischen der sektoralen und der betrieblichen Ebene entwickeln und wie damit umgegangen wird; wie sich die Handlungsfähigkeit der Tarifverbände im Prozess der ERA-Umsetzung entwickelt; ob es gelingt, die Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten durch die Aufwertung der Facharbeit zu beseitigen und gleichzeitig die Interessen der Angestellten zu wahren; wie die betriebliche Aushandlung bezogen auf die Eingruppierung und die Leistungsentlohnung verläuft und mit welchen Konflikten und Ergebnissen diese verbunden sind; wie die Ergebnisse kommuniziert und von den Beschäftigten wahrgenommen werden; ob die Einführung neuer Entlohnungsformen Impulse zur Einführung oder Stützung innovativer Formen der Arbeitsgestaltung liefert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Baden-Württemberg

METHODE: Die Fragestellungen beziehen sich sowohl auf die überbetriebliche Ebene der tarifpolitischen Akteure als auch auf die betriebliche Ebene. Empirisches Standbein bezogen auf die überbetriebliche Ebene ist eine kontinuierliche Prozessbeobachtung mit teils teilnehmender, teils nicht-teilnehmender Beobachtung in ausgewählten Veranstaltungen und Gremien der IG Metall, soweit möglich auch von Südwestmetall, Expertengespräche mit Verbandsvertretern beider Seiten sowie Dokumentenanalyse. Im Mittelpunkt der Erhebung auf der betrieblichen Ebene sollen acht detaillierte Betriebsfallstudien stehen. Die Betriebe sollen sich nach Beschäftigtenzahlen, Branchenzugehörigkeit sowie Tätigkeits- und Belegschaftsstrukturen unterscheiden und ein breites Spektrum erwartbarer Umsetzungsvarianten abdecken. Geplant sind Expertengespräche mit betrieblichen Managern, Betriebsräten und Mitgliedern von Paritätischen Kommissionen, Gruppendiskussionen mit Beschäftigten sowie Arbeitsplatzerhebungen. *DATENGEWINNUNG:* Beobachtung, teilnehmend; Beobachtung, nicht teilnehmend (Stichprobe: 15; Auswahlverfahren: bewusst). Gruppendiskussion (Stichprobe: 24 -ca. 100 Personen-; Beschäftigte; Auswahlverfahren: bewusst). Qualitatives Interview (Stichprobe: 60; Experten, Manager, Betriebsräte; Auswahlverfahren: bewusst). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2005-04 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. -F.A.T.K.- an der Universität Tübingen (Hausserstr. 43, 72076 Tübingen)

KONTAKT: Leiter (e-mail: reinhard.bahnmueller@uni-tuebingen.de); Bearbeiter (e-mail: w.schmidt@uni-tuebingen.de)

[239-L] Schneider, Armin:
Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungen: neue Erfordernisse in einer globalisierten Marktwirtschaft, in: Christiane Eckstein, Alexander Filipovic, Klaus Oostenryck (Hrsg.): Beteiligung - Inklusion - Integration : sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster: Aschendorff, 2007, S. 83-98, ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit der Frage auseinander, wie eine Beteiligung der Arbeitnehmer angesichts der Veränderungen in der Marktwirtschaft unter sozialethischen Gesichtspunkten auszusehen hat. Er diskutiert die Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungen und fragt, welche Rolle die sich verändernden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der globalisierten Marktwirtschaft spielen. Aufbauend auf den Herausforderungen dieser Veränderungen werden auf der Grundlage christlicher Sozialethik Eckpunkte für das Konzept einer "neuen Beteiligung" formuliert. Leitfrage ist hier, wie die Vorteile einer institutionalisierten und kollektiven Form der Beteiligung mit den Bedürfnissen einer zunehmenden Flexibilisierung verbunden werden können. Bausteine eines umfassenden christlich-sozialethischen Konzepts der Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungen finden sich im Konzept des "teamorientierten Unternehmens". (ICE2)

[240-L] Schramm, Tobias:
Der lange Streit um die Mitbestimmung: die Darstellung und Bewertung der Mitbestimmungsdebatte in der BRD aus politikwissenschaftlicher Sicht, (Selected Term Paper, No. 20), Aachen 2007, 30, IX S. (Graue Literatur; URL: http://www.ipw.rwth-aachen.de/select/select_20.html)

INHALT: Sowohl auf der Betriebs- als auch auf der Unternehmensebene verfügen die Arbeitnehmer über Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte. Mitwirkungsrechte stellen sicher, dass der Arbeitgeber vor Umsetzung eines bestimmten Plans die Arbeitnehmer informieren und anhören muss. Mitbestimmungsrechte sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer nicht nur informiert und angehört werden, sondern auch in bestimmten Fragen mitentscheiden können. Der Entscheidungs- und Handlungsspielraum des Arbeitgebers wird also durch Mitbestimmung zu Gunsten der Arbeitnehmer in bestimmten Bereichen eingeschränkt. Daher stand die Mitbestimmung von Anfang an stark in der Kritik der Arbeitgeberverbände, die gleich nach der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichten. Ohne Übertreibung kann man die Mitbestimmung als einen Klassiker der politischen Zankäpfel beschreiben, um den Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Politiker und Wissenschaftler seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland leidenschaftlich streiten. Die zentrale These dieser Arbeit ist, dass sich die Debatte im Wesentlichen nur noch auf der ökonomischen Argumentationsebene abspielt. Der ursprünglich demokratische Gedanke der Mitbestimmung bleibt dabei meist völlig unterbelichtet. Aus politikwissenschaftlicher Sicht stellt sich daher der Mitbestimmungsstreit als verkürzt und eindimensional dar. Dass sich aber auch heute noch demokratieorientiert über die Mitbestimmung reflektieren lässt, stellen verschiedene wissenschaftliche Mitbestimmungsbeiträge unter Beweis. Kapitel zwei zeichnet die Entwicklung der Mitbestimmung seit der Gründung der BRD bis in die Gegenwart nach. Einen zusammenfassenden Überblick über die Mitbestimmungsgesetzgebung und über aktuelle Mitbestimmungsdaten liefert Kapitel drei. Die Positionen und Konzepte der einzelnen Hauptakteure im Mitbestimmungsstreit stellt Kapitel vier dar. Anschließend nimmt Kapitel fünf ei-

ne Bewertung dieser Positionen vor. Die demokratieorientierten Beiträge finden sich in Kapitel sechs. (ICD2)

[241-L] Schulten, Thorsten:
Einkommen ohne Auskommen - zur aktuellen Debatte über den Niedriglohnsektor und die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland, in: Oswald-von-Nell-Breuning-Haus Wissenschaftliche Arbeitsstelle (Hrsg.): Jahrbuch für Arbeit und Menschenwürde 2006 : Bd. 7, Voll prekär - total normal? ; die Arbeitsrealitäten wahrnehmen, Aachen: Shaker, 2006, S. 41-50, ISBN: 978-3-8322-5798-9 (Standort: UB Essen(465)-21/PXE2904+1)

INHALT: Der Verfasser stellt zunächst die Struktur des Niedriglohnsektors in Deutschland dar. Als Ursachen für die rasante Ausdehnung des Niedriglohnsektors nennt er tarifpolitische, sozialpolitische und europapolitische Gründe. Im Gegensatz zu Deutschland verfügen die meisten europäischen Länder über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, von dem in der Regel auch keine negativen Beschäftigungswirkungen ausgehen. In Deutschland existiert mit dem ALG II faktisch ein umfassendes Kombilohnmodell. Die mangelnde tarifvertragliche Mindestlohnsicherung hat wesentlich zur starken Ausdehnung des Niedriglohnsektors in Deutschland beigetragen. Hier ist der Gesetzgeber in der Pflicht. (ICE2)

[242-L] Stein, Volker:
Human capital management: the German way, in: Zeitschrift für Personalforschung, Jg. 21/ 2007, H. 3, S. 295-321 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG 06797; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "The German discourse on Human Capital Management (HCM) has a long history which resulted in the manifoldness of notions connected with HCM. The exact specification of the meaning of HCM basically depends on the frame of reference used: the frame of the past, of the present or of the future. The present article which concentrates on the German aspects of the HCM debate is aimed at systematizing this discourse by outlining the past and present HCM development in Germany as well as its future perspectives. It will result in a synoptic view, summing up the German state-of-the-art HCM." (author's abstract)

[243-L] Stettes, Oliver:
Die Arbeitnehmermitbestimmung im Aufsichtsrat: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, in: IW-Trends : Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 34/2007, H. 1, S. 17-30 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends 01_07_2.pdf)

INHALT: "Die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und des Institute for Law and Finance an der Universität Frankfurt zur Bewertung der Unternehmensmitbestimmung deuten darauf hin, dass die paritätische Mitsprache der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat den deutschen Unternehmen Nachteile im internationalen Wettbewerb bringt. Eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer an den Aufsichtsratsmandaten wird hingegen deutlich günstiger eingeschätzt. Die meisten Unternehmen äußerten zudem die An-

sicht, dass ein geänderter Wahlmodus und eine Verkleinerung der Aufsichtsräte die Kosteneffizienz des Kontrollgremiums erheblich steigern würden. Viele Unternehmensführungen haben zudem Bedenken, dass die Mitspracherechte der Arbeitnehmer die Handlungsspielräume der Unternehmen auf den internationalen Kapitalmärkten einengen. Die Befragungsergebnisse erhärten den Befund, dass eine effizienzsteigernde Wirkung und damit eine ökonomische Begründung der mandatorischen paritätischen Unternehmensmitbestimmung nicht abgeleitet werden können." (Autorenreferat)

[244-F] Stößel, Ulrich, Dr.; Hofmann, Friedrich, Prof.Dr.Dr. (Leitung):
Betriebliche Epidemiologie zu Gesundheitsgefahren und Berufskrankheitsrisiken

INHALT: Ermittlung berufsbedingter gesundheitlicher Belastungen und Erkrankungen; Entwicklung und Erprobung geeigneter Präventionsstrategien im Rahmen arbeitsmedizinischer Vorsorgemaßnahmen und betrieblicher Gesundheitsförderung. *ZEITRAUM:* ab 1986 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Europa

METHODE: standardisierte schriftliche Befragungen; Screening-Untersuchungen *DATENGEWINNUNG:* Einzelinterview. Befragung (verschiedene Berufsgruppen; Auswahlverfahren: total). Aktenanalyse. Sekundäranalyse (Herkunft der Daten: Unfallversicherungen, Krankenversicherungen).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hofmann, F.; Stößel, U. (Hrsg.): Arbeitsmedizin im Gesundheitsdienst. Stuttgart: Geutner. Bd. 1, 1986; Bd. 2, 1987; Bd. 3, 1989; Bd. 4, 1990; Bd. 5, 1991; Bd. 6, 1992; Bd. 7, 1994; Bd. 8, 1995; Bd. 9, 1996; Bd. 10, 1997; Bd. 11, 1998; Bd. 12, 1999; Bd. 13, 2000; Bd. 14, 2001; Bd. 15, 2002; Bd. 16, 2003; Bd. 17, 2004; Bd. 18, 2005; Bd. 19, 2006; Bd. 20, 2007.+++Hagberg, M.; Hofmann, F.; Stößel, U.; Westlander, G. (eds.): Occupational health for health care workers, Vol. 1. Landsberg: ecomed 1993.+++Hagberg, M.; Hofmann, F.; Stößel, U.; Westlander, G. (eds.): Occupational health for health care workers, Vol. 2. Landsberg: ecomed 1995.+++Hofmann, F.; Michaelis, M.; Stößel, U.; Symington, I. (eds.): Occupational health for health care workers, Vol. 3. Landsberg: ecomed 1999.+++ Hofmann, F.; Michaelis, M.; Siegel, A.; Stößel, U. (Hrsg.): Wirbelsäulenerkrankungen im Pflegeberuf. Landsberg: ecomed 1994.

ART: *BEGINN:* 1986-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Freiburg, Medizinische Fakultät, Abteilung für Medizinische Soziologie (Hebelstr. 29, 79104 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Stößel, Ulrich (Dr. Tel. 0761-2035520,
e-mail: ulrich.stoessel@medsoz.uni-freiburg.de)

[245-L] Streeck, Wolfgang; Höpner, Martin:
Reform der Unternehmensmitbestimmung, in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hrsg.): MPIfG Jahrbuch 2007-2008, 2007, S. 39-44 (Graue Literatur; URL: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/ueber_mpifg/mpifg_jb/JB0708/MPIfG_07-08.pdf)

INHALT: "2005 wurde vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder die Mitbestimmungskommission unter dem Vorsitz von Kurt Biedenkopf eingesetzt. Sie sollte einen Vorschlag zur Reform des deutschen Modells der Mitbestimmung auf Unternehmensebene erarbeiten. Der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Wolfgang Streeck gehörte der Kommission als wissenschaftlicher Berater an. Die Autoren skizzieren, worum es bei der

deutschen Mitbestimmung auf Unternehmensebene geht und warum das Thema im Jahr 2005 wieder aktuell wurde. Sie berichten über die Kommissionsarbeit und erörtern die Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Politikberatung bei politisch strittigen Themen." (Autorenreferat)

[246-L] Sutschet, Holger:
Zur Unterlassungsklage der Gewerkschaft gegen betriebliche Bündnisse für Arbeit, in: Zeitschrift für Arbeitsrecht, Jg. 38/2007, H. 2, S. 207-227 (Standort: USB Köln(38)-XF175; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: 'Seit dem Burda-Beschluss des Ersten Senats des BAG versuchen Gewerkschaften oftmals, betriebliche Bündnisse für Arbeit durch das Einklagen eine Unterlassungsanspruchs im Urteils- und Beschlussverfahren zu vereiteln. Diese Möglichkeit hat der Vierte Senat praktisch beschnitten durch die Annahme, die Zulässigkeit eines auf die Gewerkschaftsmitglieder beschränkten Antrags setzte deren namentliche Benennung voraus.' Diese Rechtsprechung ist Gegenstand teilweise heftiger Kritik. Den damit verbundenen Fragen geht der Autor im Beitrag nach. Er kommt zu dem Ergebniss, dass kein allgemeiner Unterlassungsanspruch der Gewerkschaften gegen betriebliche Bündnisse für Arbeit besteht. 'Selbst wenn ein Unterlassungsanspruch an sich möglich wäre, so setzte er einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit voraus. Ein solcher liegt im Falle betrieblicher Bündnisse für Arbeit regelmäßig nicht vor.' (IAB)

[247-L] Szydlik, Marc (Hrsg.):
Flexibilisierung: Folgen für Arbeit und Familie, (Reihe "Sozialstrukturanalyse"), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 333 S., ISBN: 978-3-531-15216-5

INHALT: "Die Arbeitswelt befindet sich in Bewegung. Dem alten Bild vom sicheren Normalarbeitsverhältnis stehen neue Anforderungen und Lebensmuster gegenüber. Was bedeutet die Flexibilisierung der Arbeit? Die Buchbeiträge behandeln wachsende Unsicherheiten, flexible Lebensläufe und Arbeitsmarktübergänge im internationalen Vergleich. Fallstudien widmen sich Alleinselbständigen in Kultur- und Medienberufen, weltweiten Projektarbeitern, Tagesmüttern und atypisch Beschäftigten. Weitere Aufsätze untersuchen die Folgen für Heirat, Elternschaft, Geschlechterrollen und Familienzeiten aus Sicht von Eltern und Kindern. Wie weit ist die Flexibilisierung fortgeschritten, welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen, wer sind die Gewinner und Verlierer?" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Marc Szydlik: Flexibilisierung und die Folgen (7-22); Hans-Peter Blossfeld, Dirk Hofäcker, Heather Hofmeister, Karin Kurz: Globalisierung, Flexibilisierung und der Wandel von Lebensläufen in modernen Gesellschaften (23-46); Dana Müller: Der Traum einer kontinuierlichen Beschäftigung Erwerbsunterbrechungen bei Männern und Frauen (47-67); Wolfgang Lauterbach, Mareike Weil: Mehrfachausbildungen und die Folgen für die Erwerbstätigkeit. Oder: Wer ist am erfolgreichsten? (68-92); Sigrid Betzelt: Zur begrenzten Nachhaltigkeit flexibler Erwerbsmuster. Das Beispiel hoch qualifizierter Alleinselbständiger (93-112); Peter Kels: Flexibilisierung und subjektive Aneignung am Beispiel globaler Projektarbeit (113-129); Michael Nollert, Alessandro Pelizzari: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als Chance oder Risiko? Atypisch Beschäftigte in der Schweiz (130-148); Beat Fux: Flexibilisierung und Politik. Ein Vergleich west- und osteuropäischer Länder (149-169); Anne Goedicke, Hanns-Georg Brose: The Proof of the Pudding is in the Eating: Was heißt ‚Familienfreundlichkeit' von Personalpolitik? (170-192); Simone Scherger: Flexibilisierte Lebensläufe? Die Dynamik

von Auszug und erster Heirat (193-212); Alexandra Düntgen, Martin Diewald: Auswirkungen der Flexibilisierung von Beschäftigung auf eine erste Elternschaft (213-231); Michaela Kreyenfeld: Ökonomische Unsicherheit und der Aufschub der Familiengründung (232-254); Svenja Pfahl: Moderne Zeiten - Ansprüche an Arbeits- und Familienzeiten aus Sicht von Eltern und Kindern (255-274); Tatjana Thelen, Astrid Baerwolf: Traditionalisierung in der Flexibilisierung: Familiäre Arbeitsteilung in Ostdeutschland (275-294); Lutz C. Kaiser: Arbeitsmarktflexibilität, Arbeitsmarktübergänge und Familie: Die europäische Perspektive (295-313).

[248-L] Thaidigsmann, S. Isabell:
Einstellungen zu Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Umweltschutzgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 24), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 299 S., ISBN: 978-3-631-56079-2 (Standort: USB Köln(38)-34A8935)

INHALT: Die Untersuchung behandelt Orientierungen gegenüber den drei im Titel genannten Typen politischer Verbände aus zwei Perspektiven. Zum einen geht es generell um die Entwicklung und Ausprägung des Vertrauens, zum anderen um die Frage, ob bestimmte sozialstrukturelle Merkmale, ideologische Orientierungen und Wertorientierungen die Einstellungen zu den Verbänden beeinflussen. Zudem werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den alten und den neuen Bundesländern herausgearbeitet. Einleitend werden Konzepte der politischen Kultur und der politischen Unterstützung diskutiert. Dann wird die Rolle politischer Verbände im Rahmen des intermediären Systems aus theoretischer Sicht dargestellt und gezeigt, warum politische Verbände als Ausdruck gesellschaftlicher Konfliktdimensionen angesehen werden können. Im Folgenden wird auf empirischer Basis nach dem theoretischen Status des Vertretenheitsgefühls gefragt und die Position von Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbändern sowie Umweltschutzgruppen als Vertrauensobjekte und subjektive Interessenvertreter herausgearbeitet. Dabei wird auch deutlich, in welchem Ausmaß sich "mentale Trittbrettfahrer" ausmachen lassen, die einem bestimmten Verband positiv gegenüberstehen, aber nicht Mitglied sind. Sodann wird auf empirischer Basis analysiert, in wie fern Vertrauen und Vertretenheitsgefühl in/durch die genannten Verbände als Ausdruck gesellschaftlicher Konfliktdimensionen verstanden werden kann. Abschließend wird nach der Beeinflussung demokratischer Orientierungen durch die Verbändeorientierungen gefragt. Die Untersuchung arbeitet mit den Querschnittdaten des DFG-Projekts "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" für die Jahre 1994 bis 2002. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die gesellschaftliche Verwurzelung der Verbändeorientierungen nur teilweise so ausfällt, wie es theoretisch zu erwarten wäre, und dass ihre Bedeutung für die Einstellungen zur Demokratie sehr begrenzt ist. (ICE2)

[249-L] Thüsing, Gregor; Lembke, Mark:
Zeitarbeit im Spannungsverhältnis von Dienstleistungsfreiheit und Tarifautonomie, in: Zeitschrift für Arbeitsrecht, Jg. 38/2007, H. 1, S. 87-127 (Standort: USB Köln(38)-XF175; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Gegenstand der Ausführungen ist eine Initiative zur Einführung eines Mindestlohnes für den Bereich der Zeitarbeit durch Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) auf diese Branche. Hierdurch soll vermieden werden, dass ausländische Verleihun-

ternehmen Billigarbeitskräfte nach Deutschland überlassen und die Arbeitsplätze der deutschen Arbeitnehmer durch 'Sozialdumping' gefährden. Zum anderen soll hierdurch eine Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen für inländische und ausländische Verleihunternehmen in Deutschland erreicht werden. Der Autor überprüft im folgenden, ob diese Argumentationsansätze verfassungs- sowie europarechtlich haltbar sind. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine Einbeziehung von Tarifverträgen der Zeitarbeit in das AEntG europarechtlich einen unzulässigen Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit darstellt. Es wird dargelegt, dass keine Gefahr des 'Sozialdumpings' besteht. 'Die bestehenden gesetzlichen Regelungen, insbesondere der Grundsatz von Equal Pay/ Treatment und die im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vorgesehene Tariföffnungsklausel, gelten international zwingend und gewährleisten daher ein ausreichendes Schutzniveau.' Der Autor plädiert statt dessen für eine Ergänzung der Tariföffnungsklausel im AÜG, 'wonach Verleiher mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU die Anwendung der Regelungen eines deutschen Tarifvertrags vereinbaren können, wenn sie Leiharbeitnehmer in den Geltungsbereich des deutschen Tarifvertrages überlassen.' (IAB)

[250-F] Trittel, Nele, Dipl.-Soz.Wiss.; Meyer, Thomas, M.A. (Bearbeitung); Schmidt, Werner, Dr. (Leitung):
Begleitforschung zur Entgeltreform im öffentlichen Dienst

INHALT: Das Projekt untersucht die noch unabgeschlossene Reform der tarifvertraglichen Entgeltbestimmungen des öffentlichen Dienstes und fragt dabei nach dem Verlauf der Verhandlungsprozesse, den Verhandlungsergebnissen und den materiellen Effekten. Darüber hinaus gilt das Interesse den Reaktionen der Beschäftigten und den organisations- und gesellschaftspolitischen Wirkungen der Tarifreform. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen
METHODE: Soziologie der industriellen Beziehungen. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Beobachtung, teilnehmend Stichprobe: 10-15; Tarifparteien des öffentlichen Dienstes, Veranstaltungen; Auswahlverfahren: bewusst). Gruppendiskussion (Stichprobe: 10-15; Beschäftigte; Auswahlverfahren: bewusst). Qualitatives Interview (Stichprobe: 30-40; Experten; Auswahlverfahren: bewusst). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2007-11 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung
INSTITUTION: Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. -F.A.T.K.- an der Universität Tübingen (Hausserstr. 43, 72076 Tübingen)
KONTAKT: Leiter (Tel. 07071-29-74020, e-mail: w.schmidt@uni-tuebingen.de)

[251-F] Ueberle, Max, Dipl.-Pol.; Rixgens, Petra; Behr Martina (Bearbeitung); Greiner, Wolfgang, Prof.Dr.; Badura, Bernhard, Prof.Dr. (Leitung):
ProSoB - Produktivität von Sozialkapital in Betrieben. Kennzahlenentwicklung und Nutzenbewertung im Betrieblichen Gesundheitsmanagement

INHALT: Im Betrieblichen Gesundheitsmanagement gelten Wohlbefinden und körperliche Gesundheit als Kernvoraussetzung für Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sollten deshalb in einer alternden Gesellschaft mit finanziell überlasteten sozialen Sicherungssystemen professionell und nachhaltig gestützt und gefördert werden. Durch Entwicklung geeigneter Kennziffern für das Betriebliche Gesundheitsmanagement sollen Unternehmen als Organisationen lernen, ihr intangibles Vermögen und dessen

Bedeutung für Gesundheit, Beschäftigungsfähigkeit und Betriebsergebnis sichtbar und messbar und dadurch beeinflussbar und bewertbar zu machen. In fünf Modellbetrieben werden Kriterien entwickelt, die es möglich machen, den Zusammenhang zwischen Sozialkapital, Humankapital, dem Wohlbefinden und der Gesundheit der Beschäftigten sowie dem Betriebsergebnis darzustellen und zu bewerten.

METHODE: Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen; Standardisierte Befragung, schriftlich. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2006-03 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen; Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Gesundheitswissenschaften, Arbeitsgruppe 05 Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement (Postfach 100131, 33501 Bielefeld); Universität Bielefeld, Fak. für Gesundheitswissenschaften, Arbeitsgruppe 01 Sozialepidemiologie und Gesundheitssystemgestaltung (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

KONTAKT: Ueberle, Max (Tel. 0521-106-4695, e-mail: max.ueberle@uni-bielefeld.de)

[252-F] Vanselow, Achim (Leitung):

Kompetenz und Innovation - Förderung dynamischer Praxis-Wissenschaftsbeziehungen zur Gestaltung von Arbeit - Bildung - Innovationen im Rahmen einer Innovation und damit Beschäftigung sichernden Standortstrategie, Teilprojekt NRW

INHALT: Die industrielle Arbeit in Deutschland befindet sich im Wandel. Im Zeichen von Kostensenkungsstrategien werden Produktionsstandorte verlagert, Arbeitsplätze und tarifliche Leistungen abgebaut und reguläre durch atypische Beschäftigung verdrängt. Zugleich liefert die Wissenschaft Hinweise darauf, dass es innovativen Betrieben gelingt, Wettbewerbsfähigkeit mit einer positiven Arbeitsplatzbilanz zu verbinden. Damit verändern sich die Anforderungen an die betriebliche Interessenvertretung. Betriebsräte sind gefordert, Alternativen gegenüber dem bisherigen Innovationsverhalten ihres Betriebes zu entwickeln, um Arbeit und Einkommen zu sichern. Doch eine präventive Gestaltung der betrieblichen Bedingungen setzt bei den Betriebsräten entsprechende Kompetenzen und Qualifikationen voraus. Hier setzt das Kooperationsvorhaben der IG Metall-Bezirksleitungen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg an. Ziel des Projektes ist es, aktuelle Strategien von Betriebsräten zur Beschäftigungssicherung und zum Innovationstransfer aufzuarbeiten und der Frage nachzugehen, welche Kompetenzen Betriebsräte für ein präventives Handeln benötigen. Dynamische Praxis-Wissenschaftsbeziehungen können ein Weg sein, um betriebliche Interessenvertretungen im Zusammenwirken mit wissenschaftlicher Kompetenz in die Lage zu versetzen, Alternativen für den Erhalt und den Aufbau von industriellen Arbeitsplätzen zu finden. Dem IAQ kommt in diesem Verbundprojekt schwerpunktmäßig die Aufgabe zu, für das Teilprojekt NRW problemorientierte Themenfelder unter projektspezifischen Kriterien zu strukturieren und zu bewerten, die Forschungslandschaft in Bezug auf die Zielsetzung und die Handlungsbedarfe des Projektes zu sichten und den Dialog zwischen Betriebsräten und Wissenschaftlern zu unterstützen. Projektbeteiligt ist das Unternehmen Sustain Consult (Beratungsgesellschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mbH, Dortmund). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen

METHODE: Der besondere Ansatz des Projektes besteht darin, das häufig getrennt voneinander vorliegende betriebliche (Erfahrungs-)Wissen und das wissenschaftliche Wissen für Betriebsräte und ihre spezifischen Herausforderungen aufzubereiten. In einem mehrstufigen Verfah-

ren identifizieren die Projektbeteiligten in enger Kooperation mit Betriebsräten und Wissenschaftlern zunächst projektrelevante Themen und Handlungsfelder und organisieren Dialogstrukturen. Exemplarisch sollen erste betriebliche Fallbearbeitungen gemeinsam von Betriebsräten und Wissenschaftlern durchgeführt werden, die auch der Überprüfung des Konzeptes dienen. Im Anschluss an die Konzeptphase sollen weitere Fallbearbeitungen in ausgewählten Themenfeldern erfolgen. Die Resultate sind auf ihre Generalisierbarkeit hin zu überprüfen und der Transfer sicherzustellen. Die projektbeteiligten Betriebsräte nehmen als "mitforschende" Akteure eine aktive Rolle ein. Umgekehrt sollen Dialog und Fallbearbeitung den beteiligten Wissenschaftlern die Generierung neuer Forschungsfragen ermöglichen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Vanselow, Achim: Erwerbsformen und Erwerbsfelder unabhängiger Beschäftigung in Deutschland. in: Bader, Reinhard; Keiser, Gerd; Unger, Tim (Hrsg.): Entwicklung unternehmerischer Kompetenz in der Berufsbildung: Hintergründe, Ziele und Prozesse berufspädagogischen Handelns. Berufsbildung, Arbeit und Innovation - Forschung, Bd. 31. Bielefeld: Bertelsmann 2007, S. 77-90.+++Ders.: Leiharbeit - eine atypische Arbeitsform macht Karriere. in: Pape, Klaus (Hrsg.): Arbeit ohne Netz: prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen. Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften, 1. Hannover: Offizin-Verl. 2007, S. 113-125. *ARBEITSPAPIERE:* Vanselow, Achim: Zeitarbeit: eine Wachstumsbranche mit Zukunft? Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten - (k)ein Thema für Gewerkschaften und Wissenschaft? Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften an der Universität Hannover, Hannover, Stadtteilzentrum Krokus, 02.11.2006. Unter: http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2006/vanselow03.pdf abrufbar.+++Ders.: Zeitarbeit - ein unsicheres Beschäftigungsverhältnis macht Karriere. IG Metall Betriebsrätekonferenz NRW, IG Metall NRW, IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, 27.02.2007.+++Ders.: Aktuelle Ergebnisse der Leiharbeitsforschung. Mit Leiharbeit zur Innovationsführerschaft? Workshop im Rahmen des Projektes "Kompetenz + Innovation", IG Metall Bezirksleitung NRW, Düsseldorf, IGM Bezirksleitung NRW, Roßstr. 94, Düsseldorf, 22.05.2007.+++Ders.: Work in progress: Billiger-Strategien auf dem Vormarsch?. "Ist die Zukunft machbar?" Risiken und Chancen der Branche Holz und Kunststoff in Europa. Bundesbranchenkonferenz Holz und Kunststoff, IG Metall, Stadthalle, Bielefeld, 15.06.2007.

ART: *BEGINN:* 2006-12 *ENDE:* 2007-08 *AUFTRAGGEBER:* Industriegewerkschaft Metall Bezirk Nordrhein-Westfalen *FINANZIERER:* Bundesministerium für Bildung und Forschung; Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit (45117 Essen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0209-1707-185, Fax: 0209-1707-124,
e-mail: achim.vanselow@uni-due.de)

[253-L] Walden, Günter:

Short-term and long-term benefits as determinants of the training behaviour of companies, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 40/2007, H. 2/3, S. 169-191 (Standort: USB Köln 38)-XG1089; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In dem Beitrag wird - ausgehend von einer ökonomischen Perspektive - untersucht, welche Zusammenhänge zwischen Kosten-Nutzen-Aspekten und betrieblichen Ausbildungsentscheidungen bestehen. Hierbei wird unterschieden zwischen der grundsätzlichen Entscheidung für oder gegen die Aufnahme einer eigenen Ausbildung und der Festlegung der Zahl der Auszubildenden. Datenbasis sind Angaben von ausbildenden und nicht ausbildenden Betrie-

ben zu Kosten-Nutzen-Aspekten einer Ausbildung aus einer 2001 vom Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführten Untersuchung. Es zeigt sich, dass Kosten-Nutzen-Aspekte für beide Phasen der betrieblichen Ausbildungsentscheidung eine hohe Bedeutung haben. Ansatzpunkte für die Berufsbildungspolitik ergeben sich dabei allerdings primär bei der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsbetriebe und weniger in der Steigerung der Ausbildungsplätze bei bereits ausbildenden Betrieben. Insgesamt scheint längerfristigen Nutzenaspekten ein größeres Gewicht als kurzfristigen Kostenaspekten zuzukommen." (Autorenreferat)

[254-F] Wanger, Susanne (Bearbeitung); Spitznagel, Eugen, Dr. (Leitung):
Altersteilzeit - Entwicklung, Strukturen und Wirkungen

INHALT: Das Altersteilzeitgesetz (Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand) von 1996 soll älteren Arbeitnehmern einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglichen. Durch einen allmählichen Ausstieg aus dem Erwerbsleben soll eine Beschäftigungsbrücke zwischen jung und alt gebaut werden. Altersteilzeit ist in vielfältigen Formen Teil der betrieblichen Realität. Mittlerweile wurden zahlreiche tarifvertragliche Regelungen zur Alterssteilzeit abgeschlossen, so dass das Gesetz häufig in Anspruch genommen wird; es hat sich eine Präferenz für das Blockmodell herauskristallisiert. Ziel: Detaillierte Informationen zur Verbreitung, Ausgestaltung, zu den Strukturen, der Inanspruchnahme und den Möglichkeiten der Altersteilzeit. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Für die Analyse von Altersteilzeitmöglichkeiten werden vielfältige Quellen genutzt: Statistiken der BA, des Statistischen Bundesamtes, Erhebungen in Beschäftigten- und Betriebsbefragungen sowie tarifvertragliche Regelungen aus unterschiedlichen Branchen. Nach der Klärung von Datendifferenzen, die zwischen verschiedenen Quellen bestanden haben, wäre eine Analyse des Jahreszeitraummaterials hilfreich. Dies steht zurzeit noch aus. Erhebung: Deskriptive Auswertungen der vorliegenden Statistiken und Quellen.
ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[255-L] Wotschack, Philip; Hildebrandt, Eckart:
Long-term working-time accounts and life-course policies: preliminary results of a representative company survey, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 2007-109), (International Conference on Labour Market Policies (ILP), 2006, Amsterdam), Berlin 2007, 27 S. (Graue Literatur; URL: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2007/i07-109.pdf); Forschungsbericht/Nummer: SP I 2007-109

INHALT: "Der Artikel stellt das relativ neue Arbeitszeitinstrument betrieblicher Langzeitkonten vor und untersucht deren Entwicklung und Potenziale hinsichtlich einer lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung. Anhand multivariater Auswertungen wird die Verbreitung und Nutzung von Langzeitkonten in der Bundesrepublik Deutschland analysiert. Basis ist eine repräsentative Unternehmensbefragung, die im Herbst 2005 durchgeführt wurde. Leitend ist die

Frage nach Unterschieden der Verbreitung von Langzeitkonten und den damit verbundenen Arbeitszeitoptionen für die Beschäftigten. Dabei werden grundlegende Betriebsmerkmale berücksichtigt, wie Größe, Marktsituation, Personalpolitik, industrielle Beziehungen und Beschäftigungsstruktur. Es zeigen sich deutliche Unterschiede nach der Betriebsgröße und dem Vorhandensein einer betrieblichen Interessenvertretung. Größere Unternehmen mit Betriebs- oder Personalrat verfügen häufiger über Langzeitkonten und nutzen diese vorrangig für den vorzeitigen oder gleitenden Ruhestand. Das ist besonders häufig dort der Fall, wo der Anteil männlicher Beschäftigter hoch ist. Diese Variante der Nutzung von Langzeitkonten widerspricht der Idee einer längeren Erwerbsdauer mit lebensphasengerechten Arbeitszeiten. Sie führt in ihrer Konsequenz zu einer individualisierten Form der Vorruhestandsfinanzierung. Anders als bei den Großunternehmen finden sich bei den kleineren und mittleren Unternehmen häufiger Optionen für familienorientierte Freistellungen oder temporäre Teilzeit. Zugleich zeigt sich eine Korrelation von Langzeitkonten und einem hohen Anteil weiblicher Beschäftigter im Unternehmen. Kleinere und mittlere Unternehmen erweisen sich damit als ein vielversprechendes Forschungs- und Politikfeld der lebenslauforientierten Arbeitszeitgestaltung." (Autorenreferat)

[256-F] Zeeb, Matthias, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Niedriglohn und Grundsicherung

INHALT: keine Angaben
VERÖFFENTLICHUNGEN: Zeeb, Matthias: Niedriglohnsektor. Plädoyer für eine Gratwanderung. in: Zeeb, Matthias: Beteiligungsgerechtigkeit. Bildung, Armut, Niedriglohn. Protestantische Impulse, Bd. 2. Berlin 2006, S. 9-42.
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- (Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0511-5547-41-22, e-mail: matthias.zeeb@si-ekd.de)

[257-F] Zimmer, Sabine, M.A. (Bearbeitung); Deutschmann, Christoph, Prof.Dr. (Betreuung):
Entgelt und Anerkennung - die betriebliche Umsetzung des Entgeltrahmentarifvertrages (ERA-TV) in einem Großunternehmen

INHALT: Das Projekt befasst sich mit dem Zusammenhang von Entgelt und Anerkennung am Beispiel der betrieblichen Umsetzung des Entgeltrahmentarifvertrages (ERA-TV) in einem Großunternehmen. Ziel der Dissertation ist es, einen Beitrag zur Debatte um den Anerkennungsbegriff in den industriellen Beziehungen zu leisten.
METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen. Beobachtung, teilnehmend (betriebsinterne Veranstaltungen). Gruppendiskussion (Beschäftigte). Qualitatives Interview (Experteninterviews, Betriebsräte, Unternehmensvertreter).
ART: *BEGINN:* 2007-09 *ENDE:* 2009-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. -F.A.T.K.- an der Universität Tübingen (Hausserstr. 43, 72076 Tübingen)
KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: sabinezimmer@gmx.de)

[258-L] Zwick, Thomas:
Apprenticeship training in Germany - investment or productivity driven?, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 40/2007, H. 2/3, S. 193-204 (Standort: USB Köln(38)-XG1089; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das deutsche duale Ausbildungssystem ist seit ein paar Jahren in Schwierigkeiten, weil die Betriebe nicht willens sind, eine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ein häufig zu hörendes Argument ist, dass die Ausbildungslücke geschlossen werden könnte, wenn die Unternehmen bereits während der Ausbildungszeit mehr in die Lehrlingsausbildung investieren würden. Dieser Beitrag untersucht erstmals, ob deutsche Unternehmen in der Tat Nettokosten während der Ausbildungszeit haben, das heißt eine Erhöhung des Anteils von Lehrlingen eine Reduktion des Betriebsgewinns zur Folge hat. Der vorliegende Beitrag nützt hierfür den repräsentativen verknüpften Arbeitgeber-Arbeitnehmer Datensatz des IAB (LIAB) und berücksichtigt eine mögliche Endogenität der Ausbildungsintensität und unbeobachtete Heterogenität zwischen den Betrieben in der Gewinnfunktion durch System GMM Panelschätzmethoden. Eine Erhöhung des Lehrlingsanteils hat weder eine zeitgleiche noch eine verzögerte Senkung des Betriebsgewinns zur Folge. Dies wird als ein erster Hinweis darauf interpretiert, dass ein Großteil der Betriebe in Deutschland während der Ausbildungsperiode nicht in Lehrlinge investiert." (Autorenreferat)

[259-L] Zwick, Thomas:
Betriebsräte fördern Lohngleichheit, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 9, S. 483-486 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Einfluss von Betriebsräten auf die Lohnstruktur in Deutschland ist ein bisher kaum untersuchtes Thema. Betriebsräte haben zwar nur in Ausnahmesituationen - also in tarifvertragslosen Betrieben oder im Falle von tariflichen Öffnungsklauseln - einen direkten Einfluss auf die Lohngestaltung. Gleichwohl aber gibt es indirekte Einflussmöglichkeiten: über die Zuordnung der Beschäftigten zu bestehenden Lohnklassen oder Arbeitsplatzbeschreibungen. Dieser Beitrag zeigt anhand für Deutschland repräsentativer Daten erstmals, dass Betriebe mit Betriebsräten einen über 10% höheren Lohn bezahlen als vergleichbare Betriebe ohne Betriebsräte. Die Existenz einer Interessenvertretung führt zudem zu einem stärkeren Lohnaufschlag für üblicherweise auf dem Arbeitsmarkt finanziell benachteiligte Gruppen wie Frauen oder niedrig Qualifizierte. Somit spielen Betriebsräte eine wichtige Rolle für die Höhe und Struktur der Löhne in Deutschland, die bisher kaum beleuchtet wurde." (Autorenreferat)

4 Gestaltung der Arbeitswelt II: neue Technologien

[260-F] Bauer, Hans G. (Bearbeitung):
Förderung der Sozial- und Kommunikationsfähigkeit im Betrieb als Grundlage der Sozialverträglichkeit neuer Technologien

INHALT: Weitere Forschungseinrichtung: Barthels-Feldhoff, Wuppertal.
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: GAB - Gesellschaft für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung GbR (Lindwurmstr. 41/43, 80337 München); Ford-Werke AG (Postfach 710265, 50742 Köln)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: hans.g.bauer@gab-muenchen.de)

[261-F] Beckmann, Michael, Univ.-Prof.Dr.rer.pol.; Schauenberg, Bernd, Univ.-Prof.Dr.; Binz, Andrea, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Betriebliche Personalpolitik bei technologischem und organisatorischem Wandel (Teilprojekt P1 im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1169 "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: In dem Forschungsprogramm soll an ausgewählten Beispielen aufgezeigt werden, welche Flexibilisierungspotentiale sich heutzutage für Unternehmen ergeben, um auf die stetig ansteigenden Anforderungen an alle Arbeitsmarktakteure und die damit verbundene Heterogenisierung des Arbeitsmarktes reagieren zu können. Die vier Teilprojekte sind dabei a) betriebliche Arbeitsnachfrage nach qualifizierten Frauen und älteren Arbeitnehmern im technologischen und organisatorischen Innovationsprozess, b) Einflussfaktoren und Erfolgswirkungen befristeter Beschäftigungsverhältnisse, c) Ansätze zur Sicherung betrieblicher Humankapitalinvestitionen, d) betriebliche Flexibilisierungspotentiale im Bereich der Entlohnungspolitik und Arbeitsorganisation. Alle Teilprojekte stellen konsequente Weiterentwicklungen des derzeitigen Stands der Diskussion dar und sind demnach von hoher wissenschaftlicher, unternehmens- und wirtschaftspolitischer Bedeutung. Den theoretischen Ausgangspunkt bildet dabei die moderne Personalökonomie. Der Schwerpunkt der Analyse wird also weniger auf gesamtwirtschaftlichen Fragestellungen liegen, sondern vielmehr auf der Perspektive des Betriebes und damit auf betrieblichen Strategien.
METHODE: Für alle Themenbereiche ist eine empirisch-ökonometrische Analyse vorgesehen, die durch die Verfügbarkeit von Betriebs- und Individualdatensätzen ermöglicht wird.
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Wirtschaftspädagogik (Ludwigsstr. 28, Rgb. III, 80539 München); Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Betriebswirtschaftliches Seminar Lehrstuhl für Personal- und Organisationsökonomie (Platz der Alten Synagoge, 79085 Freiburg im Breisgau)
KONTAKT: Schauenberg, Bernd (Prof.Dr. Tel. 0761-203-2389,
e-mail: bernd.schauenberg@vwl.uni-freiburg.de)

[262-F] Bierwisch, Antje, M.A. (Bearbeitung):
Einfluss von Schutzrechten und deren Bewertung

INHALT: keine Angaben
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Kassel, FB 07 Wirtschaftswissenschaften, Institut für BWL Fachgebiet Innovations- und TechnologieManagement (34109 Kassel)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0561-804-3079, e-mail: antje.bierwisch@wirtschaft.uni-kassel.de)

[263-L] Holst, Hajo:
Trade unions and the service economy: union strategies and call centres in Austria and Germany, (Arbeitspapiere / Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften, 1/2007), Osnabrück 2007, 34 S. (Graue Literatur; URL: http://www.politik.uni-osnabrueck.de/wp/WP_1_07_Holst.pdf)

INHALT: "This working paper serves a double purpose. First, by systematically comparing the strategic responses of Austrian and German unions to an emergent sector the paper seeks to contribute to our understanding of current German and Austrian unionism. Second, by introducing the concept of union core strategies it seeks to contribute conceptually to the study of the varieties of unionism. It is argued that the concept facilitates more systematic comparisons of unions' strategic responses to apparently similar challenges by focusing on these challenges' variegated impacts on the strategic capacities of trade unions. Despite the high degree of similarities in the industrial relations systems and the uniform development of the call centre sector in both countries the strategic responses of Austrian and German unions differ remarkably in terms of content, priority and timing. The bargaining capacities of Austrian unions are much more loosely coupled to the economic sphere than in Germany. Negotiating collective agreements has the character of a politico-administrative strategy in Austria while it is a purely industrial strategy in Germany." (author's abstract)

[264-L] Kirpal, Simone; Biele Mefebue, Astrid:
"Ich habe einen sicheren Arbeitsplatz, aber keinen Job.": Veränderung psychologischer Arbeitsverträge unter Bedingung von Arbeitsmarktflexibilisierung und organisationaler Transformation, (ITB-Forschungsberichte, 25), Bremen 2007, 31 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.itb.uni-bremen.de/downloads/Publikationen/Forschungsberichte/FB_25.pdf)

INHALT: "Für Fachkräfte transportiert der psychologische Arbeitsvertrag traditionell das Versprechen relativer Arbeitsplatzsicherheit in Verbindung mit zukünftigen beruflichen Entwicklungs- und Karriereperspektiven. Anhand eines Fallbeispiels aus der Telekommunikationsbranche untersucht der vorliegende Forschungsbericht, wie diese Verknüpfung unter den Bedingungen zunehmender Arbeitsmarktflexibilisierung und organisationaler Transformation schrittweise aufgehoben wird. Arbeitnehmer sind zunehmend mit der Situation konfrontiert, einerseits ihren Arbeitsplatz zu sichern, andererseits durch kontinuierliches Lernen die Marktgängigkeit ihres Kompetenzprofils zu gewährleisten und in Eigenleistung eine beruflich-identitätsbezogene Kontinuität herzustellen. Im Zuge dieser Neuorientierung wird unter anderem die Deutung der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung als kooperatives Verhältnis in Frage gestellt. Beschäftigte, die subjektiv einen Bruch des psychologischen Arbeitsvertrages wahrnehmen, zeigen verstärkt Merkmale von Formen des Rückzugs, Ausharrens oder der passiven Anpassung. Nicht nur die Loyalität gegenüber und Identifikation mit dem Unternehmen, sondern auch mit den Arbeitsaufgaben und eigenen beruflichen Entwicklungsper-

spektiven leiden hierunter mit weitreichenden Konsequenzen für die Arbeitszufriedenheit sowie Lern- und Leistungsmotivation. Die Tragfähigkeit des psychologischen Arbeitsvertrages als Integrationsmodus auf transaktionaler und relationaler Ebene wird hierdurch erheblich eingeschränkt. Dies beeinträchtigt nicht nur die Transformationsleistung, sondern erhöht auch für die betroffenen Arbeitnehmer potentiell das Risiko, mittelbis langfristig aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden." (Autorenreferat)

[265-L] Lammeyer, Thomas:
Telearbeit, (Saarbrücker Schriften zu Recht und Praxis, Bd. 5), Saarbrücken: Verl. Alma Mater 2007, 367 S., ISBN: 978-3-935009-20-1

INHALT: "Gegenstand der Untersuchung ist eine Diskussion der Frage, wie sich die verschiedenen Formen der Telearbeit in den bestehenden Regelungszusammenhang des Arbeitsrechts einfügen. Die dem Grundsätzlichen folgende analytische Betrachtung der verschiedenen Statusmöglichkeiten der mit Telearbeit Beschäftigten im ersten Teil wird durch den sich mit den individualrechtlichen Regelungsfragen der Telearbeit beschäftigenden zweiten Teil der Arbeit ergänzt. Hierzu wird ein Bezug auf allgemeine Informationsansprüche und Unterrichtungsmöglichkeiten dezentral Beschäftigter sowie die bei der Neubegründung von Telearbeitsplätzen bzw. den bei der 'Umwandlung' von Arbeits- in Telearbeitsverhältnisse sich ergebenden Probleme hergestellt. Darüber hinaus erfolgt eine Analyse des telearbeitsspezifischen Arbeitsschutzes sowie der damit im Zusammenhang stehenden Problematik eines Zutrittsrechts zum Telearbeitsplatz, der speziellen Haftung im Telearbeitsverhältnis, der allgemeinen Kostentragung, des Lohnanspruchs bei unverschuldeter Betriebsstörung, des Datenschutzes, der sozialversicherungsrechtlichen Komponenten, der Zulässigkeit von Telearbeit in der Wohnstätte und den sich im Kontext der Beendigung von Telearbeit stellenden Problemen. Neben einer allgemeinen Einführung liegt das Hauptgewicht des dritten Teils, innerhalb dessen auf den kollektiven Bezug der Telearbeit eingegangen wird, naturgemäß bei dem Betriebsverfassungsrecht und den damit verbundenen Beteiligungsrechten des Betriebsrats." (Autorenreferat)

[266-F] Meil, Pamela, M.A.; Dunkel, Wolfgang, Dr.; Flecker, Jörg, Univ.-Doz. Dr.; Papouschek, Ulrike, Dr.; Hermann, Christoph, M.A.; Schönauer, Annika, M.A.; Holtgrewe, Ursula, PD Dr. (Bearbeitung):
WORKS - changes in work. Work organisation and restructuring in the knowledge society

INHALT: WORKS ist ein "integriertes Projekt" über den Wandel der Arbeit in der Wissensgesellschaft. Ausgehend von der globalen Dynamik und der Restrukturierung von Wertschöpfungsketten werden Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsqualität und der Lebensqualität behandelt. (S.a. http://www.worksproject.be).
METHODE: In einem quantitativ ausgerichteten Modul werden Betriebspanels für die Fragestellung ausgewertet und weiter entwickelt. Mit qualitativen Methoden werden Veränderungen der Arbeitsorganisation und der Lebensqualität sowie der Einfluss gesellschaftlicher Institutionen auf die Gestaltung von Arbeit untersucht. Neben 17 Partnerinstituten aus den EU- bzw. Kandidatenländern sind auch zahlreiche WissenschafterInnen aus nichteuropäischen Ländern eingebunden, um die globale Dimension des Wandels abdecken zu können.
VERÖFFENTLICHUNGEN: S. http://www.worksproject.be/news_and_recent_items.htm .

ART: *BEGINN:* 2005-06 *ENDE:* 2009-05 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Generaldirektion Forschung
INSTITUTION: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. -ISF- (Jakob-Klar-Str. 9, 80796 München); Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt -FORBA- (Aspernbrückengasse 4, 5, 1020 Wien, Österreich)
KONTAKT: Meil, Pamela (Tel. 089-272921-0, e-mail: pamela.meil@isf-muenchen.de); Dunkel, Wolfgang (Dr. Tel. 089-272921-38, e-mail: wolfgang.dunkel@isf-muenchen.de)

5 Soziale Sicherung

[267-L] Achatz, Juliane; Wenzig, Claudia:
Mehr Bangen als Hoffen: die SGB II-Reform aus der Sicht von Arbeitslosengeld II-Empfängern, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren : ISI ; Sozialberichterstattung, gesellschaftliche Trends, aktuelle Informationen ; eine ZUMA-Publikation, 2007, H. 38, S. 8-11 (URL: http: //www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ISI/pdf-files/isi-38.pdf)

INHALT: "Im Januar 2005 wurde mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) die vierte Stufe der Hartz-Reformen umgesetzt. An Stelle der zuvor getrennten Leistungssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe existiert seither Arbeitslosengeld II als einheitliche Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen von 15 bis unter 65 Jahren und ihre nicht erwerbsfähigen Angehörigen in der Bedarfsgemeinschaft. Die Reform markiert einen Paradigmenwechsel hinsichtlich staatlicher Hilfe: vom fürsorgenden hin zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. Dieser Beitrag geht nun der Frage nach, wie die Betroffenen die Wirkungen der Gesetzesreform auf ihre eigenen Lebensumstände einschätzen und durch welche Faktoren die Wahrnehmungen beeinflusst werden. Basis der Analysen bildet eine IAB-Befragung von ca. 21.000 Arbeitslosengeld II und ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern, die zur Übergangssituation vom alten zum neuen System der Grundsicherung befragt wurden." (Autorenreferat)

[268-L] Adamy, Wilhelm:
Wohin mit den Überschüssen bei der Arbeitslosenversicherung?: Plädoyer für eine 9-Milliarden-Finanzreserve bei der BA, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 6/7, S. 223-228 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die aktuelle konjunkturelle Entwicklung führt zu höheren Einnahmen der öffentlichen Hand und der Arbeitslosenversicherung. Im Jahre 2007 ist ein Überschuss bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) von über drei Milliarden Euro zu erwarten. Dazu kommt ein Überschuss von 11,2 Milliarden Euro aus dem Jahr 2006. Diese Rücklagen erwecken Begehrlichkeiten auf Seiten der Politik in Richtung einer erneuten Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Die Regierungskoalition beabsichtigt, den Beitragssatz zum 1.1.2008 um weitere 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent zu senken. Der Beitrag diskutiert die Ursachen für die günstige Finanzentwicklung sowie die verteilungs- und arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen einer solchen Beitragsreduzierung und plädiert aus gewerkschaftlicher Sicht auf den

Aufbau einer Finanzreserve bei der BA. Hauptgrund ist, dass mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 die Defizithaftung des Bundes abgeschafft wurde und die BA für erhöhte Ausgaben bei einer zukünftigen Konjunkturkrise aus eigener Kraft Vorsorge treffen muss. Nur wenn bei ausreichenden Konjunkturrücklagen und nach einem Ausbau der Arbeitsmarktpolitik noch genügend finanzieller Spielraum bleibt, könnten die Gewerkschaften einer weitergehenden Beitragssenkung zustimmen. (IAB)

[269-L] Albrecht, Martin; Schräder, Wilhelm F.; Sehlen, Stephanie (Hrsg.):
Modelle einer integrierten Krankenversicherung: Finanzierungseffekte, Verteilungswirkungen, Umsetzung, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 73), Berlin: Ed. Sigma 2006, 206 S., ISBN: 978-3-8360-8673-8

INHALT: Bei der Reform des Gesundheitswesens müsse die Frage nach der Finanzierbarkeit in den Mittelpunkt gerückt werden, fordern die Herausgeber. Die Stabilisierung der Finanzierungsbasis und die Beseitigung verteilungspolitischer Widersprüche seien die zentralen Ziele, denen alle Gestaltungsoptionen unterzuordnen wären. Beide Ziele führten zur 'Schaffung eines integrierten Krankenversicherungssystems mit gleichen Wahlmöglichkeiten für alle Bürger' (9). Die Autoren greifen die verschiedenen und vielfach parteipolitisch motivierten Vorschläge und Ansätze der Reformdiskussion auf und strukturieren sie in drei Grundtypen, die dann entlang organisatorischer, mitgliedsrechtlicher, versicherungs- und beitragstechnischer Detailfragen untersucht und hinsichtlich ihrer Verteilungswirkungen und Finanzierungseffekte bewertet werden. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Martin Albrecht, Wilhelm F. Schräder, Stephanie Sehlen: Stabilisierung der Finanzierungsbasis und umfassender Wettbewerb in einem integrierten Krankenversicherungssystem (7-12); Martin Albrecht, Peter Reschke, Wilhelm F. Schräder: Grundtypen einer integrierten Krankenversicherung (13-56); Martin Albrecht, Peter Reschke, Guido Schiffhorst: Finanzierungseffekte der Grundtypen im Vergleich (57-88);); Stephanie Sehlen, Jürgen Hofmann, Peter Reschke: Möglichkeiten zur Einbeziehung von gesetzlich und privat Krankenversicherten in eine integrierte Krankenversicherung (89-142); Karl-Jürgen Bieback unter Mitarbeit von Judith Brockmann und Antje Goertz: Die Einbeziehung der Alterungsrückstellungen der PKV in die erweiterte GKV. Rechtsgutachten zur Verwendung der Alterungsrückstellungen in einem Modell der "Integrierten Krankenversicherung" (143-206).

[270-L] Ames, Anne:
"Ich hab's mir nicht ausgesucht ...": die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II, Mainz 2007, 125 S., ISBN: 978-3-00-021774-6 (Standort: IAB-96-150-61 BT 942; Graue Literatur;
URL: http://www.zgv.info/download/pdf/arbeit_fuer_alle/studie_hartz_IV.pdf)

INHALT: Die Untersuchung basiert auf einer Fragebogenerhebung bei Bezieher/inne/n von Arbeitslosengeld II (ALG II), die von Ende März bis Ende September 2006 in Hessen und angrenzenden Regionen von Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde. "Ziel der Erhebung war es, die Umsetzung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und die Auswirkungen des neuen Gesetzes aus der Sicht und dem Erleben der Betroffenen zu erkunden. Im Rahmen der schriftlichen Befragung wurden Fragen zu folgenden Themenkomplexen - in teils geschlossenen, teils offenen Fragen - erhoben: Erfahrungen der Betroffenen mit der Leistungsgewäh-

rung, der Beratung und der beruflichen Förderung durch die zuständigen Behörden; Erfahrungen mit Arbeitsgelegenheiten (den so genannten Ein-Euro-Jobs) und Trainingsmaßnahmen; subjektiv wahrgenommene Auswirkungen der Angewiesenheit auf Arbeitslosengeld II auf die Lebenslagen und die sozialen Beziehungen der Betroffenen." (IAB2)

[271-L] **Armutsfestigkeit sozialer Sicherung: Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e.V., 12./13. Oktober 2006 in Lübeck**, (Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, Bd. 56), Berlin: E. Schmidt 2007, 151 S., ISBN: 978-3-503-10348-5

INHALT: "Das soziale Sicherungssystem muss fortentwickelt und an die veränderten Rahmenbedingungen angeglichen werden. Eine Anpassung an ein vermindertes Niveau fällt wegen der Gewöhnung an Wohlstandszuwächse schwer. Die Analyse von Armut in Deutschland darf nicht auf die monetäre Lage der Betroffenen begrenzt werden. Nicht zu vernachlässigen sind bei der Betrachtung auch die Folgen von Bildungsarmut. Bei der Jahrestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes stand die Frage nach der 'Armutsfestigkeit sozialer Sicherung' im Mittelpunkt. Dabei ging es nicht um die Ausweitung materieller Rechte im Bereich der sozialen Sicherung. Vielmehr wurde diskutiert, welcher Standard als Existenzminimum unverzichtbar ist. Dieser Tagungsband enthält die Vorträge der Jahrestagung, die sich mit unterschiedlichen Aspekten und Sichtweisen mit dem Thema befassen. (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Hans-Jürgen Marcus: Armut in Deutschland (7-117); Christina Wübbeke, Andreas Hirseland, Susanne Koch: Das Altersarmutsrisiko von älteren Beziehern des Arbeitslosengelds II: Risikogruppen und Effekte des SGB II auf die Alterssicherung (18-46); Gerhard Igl: Sicherung des Existenzminimums bei Pflegebedürftigkeit (47-69); Wolfgang Meyer: Die Armutsfestigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung aus verfassungsrechtlicher Sicht (71-131); Ingwer Ebsen: Armut und Gesundheit (133-149)

[272-L] Berghahn, Sabine (Hrsg.):
Unterhalt und Existenzsicherung: Recht und Wirklichkeit in Deutschland, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 353 S., ISBN: 978-3-8329-2587-1

INHALT: "Welche Rolle spielt der Unterhalt für Erwachsene in der politischen Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherung? Er gilt als Marginalie und Auslaufmodell, wie auch die ausstehende Reform des nachehelichen Unterhaltsrechts unterstreicht. Die in diesem Band gesammelten Beiträge stellen den tatsächlichen Unterhaltsbezug, seine Voraussetzungen und Realisierungsprobleme dar und gehen der Frage nach, wie zeitgemäß diese Säule der Existenzsicherung heute noch ist. Die Schwächen des derzeitigen Unterhaltssystems zeigen sich unter anderem darin, dass das System selbst zur Produktion von 'Bedarfslagen' beiträgt, die es eigentlich helfen soll zu überwinden. Eine der Ursachen hierfür ist das in Deutschland immer noch vorherrschende 'männliche Ernährermodell', das Frauen eine eigenständige Existenzsicherung erschwert. Das interdisziplinäre Werk von Autorinnen und Autoren aus den Rechts- und Sozialwissenschaften sowie aus der Rechtspraxis wendet sich nicht nur an diejenigen, die sich beruflich mit Unterhaltsfragen beschäftigen, sondern darüber hinaus an alle, die nach Ansätzen für eine geschlechtergerechte und zukunftsfähige soziale Sicherung suchen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Sabine Berghahn: Der Unterhalt im System der Existenzsicherung - Einleitung (7-23); Sabine Berghahn: Das System des Ehegattenunterhalts - ein Konzept für das 21. Jahrhundert? (27-54); Dieter Martiny: Verwandtenunterhalt für erwachsene

Kinder und alte Eltern(55-79); Astrid Springer: Unterhalt für die Mutter eines nichtehelichen Kindes (81-110); Barbara Borgloh: Hat der Gatte auch nach der Ehe noch Unterhalt(-ung)swert? Empirische Ergebnisse über die Funktionstüchtigkeit von Ehegattenunterhalt in Deutschland mit Blick auf europäische Vergleichsländer (111-129); Christian Berringer: Die geplante Reform des Unterhaltsrechts (131-151); Peter Derleder: Die Unterhaltsrechtsreform als Neustrukturierung von Ehe und Familie (153-167); Christl Wickert: Gleichberechtigung und finanzielle Unabhängigkeit - historische Kämpfe um rechtliche Voraussetzungen für eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen auch in der Ehe (169-183); Dorothea Hecht: Unter-halt-ungen - Ehegattenunterhalt in den Neuen Bundesländern aus praktischer Sicht (187-198); Sabine Heinke: Ehegattenunterhalt aus richterlicher Sicht oder: Was der Familienrichter wirklich entscheidet (199-210); Werner Schneider, Andreas Hirseland, Jutta Allmendinger, Christine Wimbauer: Jenseits des männlichen Ernährermodells? Geldarrangements im Beziehungsalltag von Doppelverdienerpaaren (213-229); Wolfgang Ludwig-Mayerhofer: Geldarrangements von Paaren (231-247); Dietmar Schirmer: Rosenkrieger, Kriegsgewinnler und Kollateralschäden Scheidung in der Presse und das Framing der Geschlechterverhältnisse (249-264); Konstanze Plett: Scheidung im Königshaus - auf Dänisch (265-272); Maria Wersig: Die Schnittstellen des Ehegattenunterhalts zum Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht: Ehezentrierung als Grundlage des starken deutschen männlichen Ernährermodells (275-288); Ulrike Spangenberg: Die Ehe und andere Unterhaltsgemeinschaften Zur Berücksichtigung von Unterhaltspflichten im Steuerrecht (289-303); Petra Rostock, Maria Wersig, Annegret Künzel: Frauen diskriminierend oder geschlechterpolitisch konzeptionslos? Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Hartz IV (305-322); Michael Opielka: Zur Geschlechtergerechtigkeit von Grundeinkommenskonzepten (323-347).

[273-L] Bischoff, Joachim:
Allgemeines Grundeinkommen: Fundament für soziale Sicherheit?, Hamburg: VSA-Verl. 2007, 103 S., ISBN: 978-3-89965-186-7

INHALT: "Die AutorInnen setzen sich kritisch mit den Hauptargumenten eines Grundeinkommens als emanzipierendem, geschlechtergerechten, armutsresistenten Instruments der Sozialpolitik auseinander. Im Shareholder-Kapitalismus können die aus dem Erwerbssystem Ausgegrenzten nur durch den BürgerInnenstatus ein Recht auf soziale Sicherheit geltend machen. Daher die wachsende Zustimmung zur Forderung nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Seine Anhänger betonen den systemsprengenden Charakter dieser Form sozialer Sicherheit; sie lassen freilich die Frage der Reorganisation gesellschaftlicher Arbeit oder Wertschöpfung völlig unbeantwortet. Alle europäischen Gesellschaften sind infolge der beschleunigten Modernisierung sozialen Spannungen ausgesetzt. Die flexible Produktionsweise erzeugt flexible Arbeitsmärkte. Die Flexibilität der Arbeitsorganisation zerstört das Normalarbeitsverhältnis, auf dem die Finanzierung der sozialen Sicherheit überwiegend basierte. Die Neuerfindung des Sozialstaats steht auf der Tagesordnung." (Autorenreferat)

[274-F] Blos, Kerstin (Bearbeitung); Rudolph, Helmut (Leitung):
Der Übergang aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe in die Grundsicherung für Arbeitsuchende

INHALT: Darstellung von Veränderungen in der Einkommensposition und im Erwerbsstatus als Auswirkungen der Hartz IV-Reform. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Bruckmeier, K.; Schnitzlein, D.: Was wurde aus den Arbeitslosenhilfeempfängern? Eine empirische Analyse des Übergangs und Verbleibs von Arbeitslosenhilfeempfängern nach der Hartz-IV-Reform. Nürnberg 2007. Unter: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2407.pdf abrufbar.
ART: *BEGINN:* 2005-07 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[275-F] Blos, Kerstin (Bearbeitung); Rudolph, Helmut (Leitung):
Einkommenskomponenten und Bedürftigkeit im Umfeld des SGB II

INHALT: Auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 werden Haushalte im Niedrigeinkommensbereich (Umfeld von SGB II) auf vorhandene Einkommen, Vermögen und Transferzahlungen untersucht und Ansprüche nach SGB II simuliert. Die Wirkung geplanter Gesetzesänderungen zu SGB II werden abgeschätzt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2005-11 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[276-F] Blos, Kerstin (Bearbeitung); Rudolph, Helmut (Leitung):
Schätzung der Auswirkungen des Hartz IV-Gesetzes auf Arbeitslosenhilfebezieher

INHALT: Schätzung der Bedürftigkeit von ALHI-Haushalten unter SGB II auf Basis der EVS 2003; Ermittlung der Leistungen für Lebensunterhalt und Unterkunft, Zuschlag nach Paragraf 24 SGB II, Einsparungen und Mehraufwendungen beim Wohngeld. Ziel: Simulation von Bedürftigkeit von Haushalten mit Arbeitslosenhilfe-Bezug und Kosten der Transferleistungen unter den Bedingungen des SGB II. *ZEITRAUM:* 2003-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Westdeutschland, Ostdeutschland
METHODE: Mikrosimulation der Leistungsansprüche nach SGB II an den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS2003. Erhebung: Simlationsgrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Rudolph, H.; Blos, K.: Schätzung der Auswirkungen des Hartz-IV-Gesetzes auf Arbeitslosenhilfe-Bezieher. Projektbericht. BMWA-Projekt Nr. 60/04. Nürnberg 2005. Siehe unter: http://doku.iab.de/externe/2005/k050405f04.pdf .
ART: *BEGINN:* 2004-11 *ENDE:* 2005-03 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-3089, e-mail: helmut.rudolph@iab.de)

[277-F] Blos, Kerstin (Leitung):
Die Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland

INHALT: Über die Systeme der Sozialversicherung erfolgt ein nicht zu vernachlässigender Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Regionen. Über Umfang und Struktur des bewirkten regionalen Einkommensentzugs und -bezugs ist bisher wenig bekannt. Mit diesem Forschungsprojekt soll der Versuch unternommen werden, die ausgleichende Wirkung der Systeme auf die Regionen transparent darzustellen. Mit den am IAB entwickelten Konzepten ist es möglich, die Dynamik und Struktur der fiskalischen Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungssysteme zu erfassen. Beide Seiten könne damit in ihrer regionalen Inzidenz bilanziert werden. Der Vorteil dabei ist, dass nicht nur die Bruttotransfers (Ausgaben) ausgewiesen werden, sondern auch die Eigenleistungen aus der Region selbst (Beitragseinnahmen). Im Ergebnis stehen schließlich die Nettotransfers, die für eine Bewertung wesentlich aussagefähiger sind. Die Ergebnisse werden in Modellrechnungen für Stadt- und Landkreise im Jahre 2003 ausgewiesen. Sie sind so aufbereitet, dass sie jederzeit auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen, Raumordnungsregionen oder Ländern aggregiert und bilanziert werden können. Ziel: Mit den im IAB entwickelten Konzepten werden die Dynamik und Struktur der fiskalischen Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungssysteme erfasst und beide Seiten in ihrer regionalen Inzidenz bilanziert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Einnahmenschätzung, Beschäftigungsvolumen, Einkommensverteilung und Lohnsummen stehen in engem sachlichem Zusammenhang. Zur regionalen Erfassung der Beitragseinnahmen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird auf das Basiskonzept des IAB zur Messung von Beschäftigungsvolumen und Lohnsummen zurückgegriffen. Dieses Konzept ist die Basis für Gutachten im Auftrag von Bund und Ländern. Es erlaubt Aussagen über die Entwicklung von Einkommens- und Finanzkraft von Stadt- und Landkreisen sowohl nach dem Arbeitsorts- als nach dem Wohnortskonzept. Die Multiplikation der regionalen Lohnsummen mit den verschiedenen Beitragssätzen der Sozialversicherungssysteme ergibt die Beitragseinnahmen der Region. Dieses Verfahren ist mittlerweile soweit entwickelt, dass es auch kurzfristige Prognosen der Beitragseinnahmen erlaubt. Ausgabenschätzung: Mittels umfangreicher Sonderauswertungen aus den Datenbanksystemen der Bundesagentur für Arbeit und des IAB ist es möglich, die regionale Inzidenz passiver und aktiver Leistungen der Bundesagentur für Arbeit zu erfassen. Die Transferleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung an die Regionen stützen sich auf Sonderauswertungen des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR), die für dieses Projektvorhaben zur Verfügung gestellt wurden. Darin sind Zahlfälle und monatliche Zahlbeträge zu Stichtagen, auf Kreisebene, am Wohnort der Empfänger gegeben. Diese werden auf die jährlichen Bruttozahlungen hochgerechnet. Die Bilanzergebnisse enthalten schließlich auch Schätzungen für die regionale Inzidenz aller Bruttoeinnahmen und -ausgaben (letztere einschließlich der darin enthaltenen Zuschüsse des Bundes).

ART: *BEGINN:* 2004-11 *ENDE:* 2005-11 *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Koller, Martin (Tel. 0911-179-3038, e-mail: martin.koller@iab.de)

[278-L] Bödeker, Wolfgang; Friedel, Heiko; Friedrichs, Michael; Röttger, Christof:
Kosten der Frühberentung: Abschätzung des Anteils der Arbeitswelt an der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit und der Folgekosten, (Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin : Forschung, Bd. 1080), Bremerhaven: Wirtschaftsverl. NW 2006, 275 S., ISBN: 3-86509-586-0

INHALT: "Die Kenntnis von beruflichen Einflüssen auf die Frühinvalidität und den hierdurch entstehenden Kosten stellt für die Akteure der Prävention eine Leitinformation dar, die auch zur Steuerung präventiver Maßnahmen genutzt werden kann. Die Bedeutung der Arbeitswelt für die Frühinvalidität muss mithilfe der Berufsbiografien der Versicherten abgeschätzt werden. Unter Rückgriff auf die historischen Daten des Meldesystems der Sozialversicherung wurden daher Erwerbsbiografien von 28.000 Personen, die 1999 eine Erwerbsunfähigkeitsrente bewilligt bekommen haben, und von etwa 1 Million unberenteter Versicherter im Rahmen einer Fall-Kontroll-Studie zusammengeführt. Nachdem zunächst die Methodik zur Belastungsquantifizierung von Erwerbsverläufen entwickelt wurde, konnten Zusammenhänge zwischen dem Eintritt der Frühinvalidität und berufsbiografisch kumulierten Belastungen bzw. den Berufen berechnet werden. In Kenntnis der auf gleiche Weise ermittelten Verbreitung der Belastungen in der gesamten Erwerbsbevölkerung konnte schließlich der Anteil der Arbeitswelt an der Frühinvalidität mittels attributiver Risiken abgeschätzt werden. Die direkten Kosten der EU-Berentungen, also der Ressourcenverbrauch der EU-Rentner im Gesundheitswesen, wurden im Wesentlichen den für den sog. Risikostrukturausgleich erhobenen Daten der Krankenversicherungen entnommen, während die indirekten Kosten als verlorene Wertschöpfung mithilfe des Human-Kapital-Ansatzes ermittelt wurden. Die durch Einflüsse aus der Arbeitswelt entstehenden Kosten der Frühinvalidität entsprechen dann dem bereits vorher ermittelten Anteil am Gesamtvolumen aus direkten und indirekten Kosten. Die arbeitsbezogenen volkswirtschaftlichen Kosten der Frühinvalidität belaufen sich jährlich auf mindestens 10,3 Mrd. Euro, wovon 1,2 Mrd. Euro als direkte Kosten anfallen. Die Folgekosten der arbeitsbezogenen Frühinvalidität für die Rentenversicherung sind jährlich mit mindestens 2,8 Mrd. Euro anzusetzen. Als wichtigste berufliche Belastungen traten 'Arbeitsschwere' und 'geringer Handlungsspielraum' auf. Bereits durch moderate Verbesserung des Handlungsspielraum ließen sich potenziell jährlich bis zu 2 Mrd. Euro der Kosten der Frühinvalidität einsparen. Mit hohen Risiken versehene Berufe sind bei beiden Geschlechtern die Pflegekräfte. Bei Männern fielen darüber hinaus Bergleute mit erhöhten Berentungsrisiken auf." (Autorenreferat)

[279-L] Borchard, Michael (Hrsg.):
Das Solidarische Bürgergeld: Analysen einer Reformidee, Stuttgart: Lucius u. Lucius 2007, 286 S., ISBN: 978-3-8282-0393-8

INHALT: "Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet seit Jahren die Diskussion um die Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme. Die hohe Arbeitslosigkeit bleibt trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erholung ein gesellschaftlicher Skandal, mit dem sich niemand ab-

finden darf. Doch weder Aktionismus noch Defätismus führen weiter, sondern die intensive Suche nach angemessenen Lösungen. Dieter Althaus hat im Sommer 2006 mit dem Konzept Solidarisches Bürgergeld einen steuer- und sozialpolitischen Systemwechsel vorgeschlagen. Das Solidarische Bürgergeld soll eine Antwort sein auf die tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, deren Lösung von moderaten Systemveränderungen nicht mehr zu erwarten sei. Der konzeptionelle Ansatz des Bürgergeldes ist bestechend einfach und ruft gerade deshalb kritische Fragen hervor. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dieser Fragen angenommen und sie mit Hilfe von Experten analysiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Althaus; Dieter: Das Solidarische Bürgergeld (1-12); Opielka, Michael; Strengmann-Kuhn, Wolfgang: Das Solidarische Bürgergeld - Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts (13-141); Alexander Spermann: Das Solidarische Bürgergeld -Anmerkungen zur Studie von Michael Opielka und Wolfgang Strengmann-Kuhn (143-162); Fetzer, Joachim: Subsidiarität durch Solidarisches Bürgergeld - Stellungnahme unter sozialethischen Gesichtspunkten (163-188); Schramm, Michael: Das Solidarische Bürgergeld - eine sozialethische Analyse (189-223); Schäfer, Matthias: Das Solidarische Bürgergeld - zusammenfassende Bemerkungen (225-286).

[280-L] Börsch-Supan, Axel; Jürges, Hendrik:
Early retirement, social security and well-being in Germany, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 134), Mannheim 2007, 42 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_134-07.pdf)

INHALT: "Germans retire early. On the one hand, early retirement is very costly and amplifies the burden which the German public pension system has to carry due to population aging. On the other hand, however, early retirement is also seen as a much appreciated social achievement which increases the well-being especially of those workers who suffer from work-related health problems. This paper investigates the relation between early retirement and well-being using the GSOEP panel data. The general picture that emerges from our analysis is that early retirement as such seems to be related to subjective well-being, in fact more so than normal retirement. Early retirement most probably is a reaction to a health shock. Individuals are less happy in the year of early retirement than in the years before and after retirement. After retirement, individuals attain their pre-retirement satisfaction levels after a relatively short while. Hence, the early retirement effect on well-being appears to be negative and short-lived rather than positive and long. Whether this is an effect of retirement itself or a psychological adaptation to an underlying shock cannot be identified in our data and remains an open research issue waiting for a more objective measurement of health." (author's abstract)

[281-L] Börsch-Supan, Axel; Reil-Held, Anette; Schunk, Daniel:
The savings behaviour of German households: first experiences with state promoted private pensions, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 136), Mannheim 2007, 40 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_136-07.pdf)

INHALT: Bildungssparen ist eine freiwillige, aber staatlich geförderte Ersparnis, die zweckgebunden ist und nur für Bildungsausgaben verwendet werden darf. Bildungssparen gibt es derzeit noch nicht in Deutschland, steht aber in der politischen Diskussion, weil es durch den

demographischen Wandel und die Globalisierung immer drängender wird, sowohl die jüngeren als auch die älteren Arbeitnehmer produktiver zu machen. Vor der Einführung einer neuen Sparform, die potentiell sehr kostspielig staatlich gefördert wird, gilt es jedoch, die zentralen Fragen der Fördereffizienz zu klären: Würde eine solche Sparform von der Bevölkerung überhaupt angenommen und genutzt? Würde sie andere Sparformen, z.B. die Altersvorsorge, verdrängen? Wie sollte die Förderung gestaltet werden? Diesen Fragen widmet sich das vorliegende Gutachten. Es bedient sich zweier Hilfskonstruktionen. Zum einen untersuchen die Autoren die Sparfähigkeit deutscher Haushalte im Allgemeinen und die derzeit vorhandenen Sparmotive im Besonderen. Die Autoren bedienen sich dabei erstens der ökonomischen Theorie, zweitens - und hier liegt der Schwerpunkt - der empirischen Erkenntnisse aus einem neuen Datensatz, der das Sparverhalten deutscher Haushalte seit 2001 erfasst: die SAVE-Studie, die das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) zusammen mit TNS Infratest entwickelt hat. die Antworten auf die oben gestellten konkreten Fragen für das Altersvorsorgesparen. Das Gutachten gliedert sich wie folgt. Basierend auf dem SAVE-Datensatz (Abschnitt zwei) beschreibt Abschnitt drei die Sparfähigkeit deutscher Haushalte und Abschnitt vier die aktuellen Trends und Dynamiken. Abschnitt fünf ist den Erfahrungen mit der Riester-Rente gewidmet. (ICD2)

[282-L] Börsch-Supan, Axel:
Über selbststabilisierende Rentensysteme, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 133), Mannheim 2007, 17 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_133-07.pdf)

INHALT: "Dieser Beitrag reflektiert über die Suche nach einer 'idealen Rentenanpassungsformel' und anderen Mechanismen der Selbststabilisierung. Er versucht, dieser Suche eine gewisse Systematik zu geben. Nach etwas Theorie lassen wir die verschiedenen in Deutschland angewendeten Rentenformeln kritisch Revue passieren und zeigen auf, wie sie als Kompromisse zwischen einer Leistungs- und einer Beitragszusage interpretiert werden können. Schließlich untersuchen wir die Parallelen und Unterschiede zwischen dem deutschen leistungsorientierten und dem schwedischen beitragsorientierten Rentensystem. Die Parallelen sind größer, als man allgemein erwartet." (Autorenreferat)

[283-L] Boss, Alfred; Brown, Alessio J.G.; Snower, Dennis J.:
Beschäftigungskonten für Deutschland, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1325), Kiel 2007, 24 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070705p01.pdf)

INHALT: "Die Autoren präsentieren einen Vorschlag für die Neuausrichtung der Arbeitslosenunterstützung in Deutschland: die Einführung von Beschäftigungskonten. Anstatt Steuern/ Beiträge zu zahlen, die die Arbeitslosenunterstützung finanzieren, zahlen Beschäftigte laufend auf Ihre Beschäftigungskonten ein, von denen sie während der Arbeitslosigkeit Beträge abheben können. Werden Beschäftigungskonten eingeführt, so werden die Beschäftigungsanreize gestärkt, ohne die existierende Umverteilung signifikant zu verändern. Wir stellen detailliert dar, wie ein solches System von Beschäftigungskonten in Deutschland ausgestaltet und implementiert werden kann. Um die Einführung von Beschäftigungskonten so transparent wie

möglich zu machen, wird das neue System als ein Teil des bisherigen Systems aufgefasst und alle weiteren institutionellen Regelungen werden beibehalten." (Autorenreferat)

[284-F] Bothe, Tobias (Bearbeitung); Wilhelm, Oliver, Prof.Dr. (Betreuung):
Finanzielle Altersvorsorge/ finanzielle private Vorsorge

INHALT: In den letzten Jahren haben die Änderungen der Rahmenbedingungen für die finanzielle Versorgung im Alter in Deutschland zu einer verstärkten Eigenverantwortung der Bürger zur Sicherung ihrer finanziellen Altersvorsorge geführt. Der Rückgang der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung durch die alternde Bevölkerung und die schrittweise Absenkung des Rentenniveaus durch die Rentenreform führen unabänderlich zu einer finanziellen Versorgungslücke im Alter, die vor allem durch erhöhte private Vorsorgeanstrengungen kompensiert werden muss. Interindividuelle Unterschiede bei finanziellen Altersvorsorgeentscheidungen sind in psychologischen Forschungsarbeiten trotz ihrer Bedeutsamkeit bislang unzureichend untersucht. Aufbauend auf existierenden Modellen und Forschungsergebnissen wird ein theoretisches Rahmenmodell interindividueller Unterschiede im maximalen Verhalten und typischer Reaktion im Bereich finanzieller privater Vorsorge entwickelt. Maximales Verhalten beschreibt wie sich Menschen Verhalten, wenn sie gebeten werden ihr Bestes zu geben und wird durch Instrumente zur Fähigkeitsmessung erfasst. Messinstrumente typischen Verhaltens erfassen wie sich Menschen gewöhnlich in einer bestimmten oder einer Reihe von Situation verhalten. Einflussfaktoren finanzieller privater Vorsorgeentscheidungen können für beide Seiten dieser grundlegenden Klassifikation von Messinstrumenten operationalisiert werden. In bislang zwei Studien wurde die Annahme überprüft, dass weder Konstrukte maximalen Verhaltens (z.B. Wissen über Renditechancen einzelner Vorsorgeprodukte) noch typischer Reaktion (z.B. Einstellung, Risiko-Aversion, wahrgenommene Kontrolle) allein die Vielfältigkeit finanzieller privater Vorsorgeentscheidungen (z.B. Umfang und Qualität im Besitz befindlicher Vorsorgeprodukte) erklären. Darüber hinaus wurden Effekte soziodemografischer und biografischer Faktoren untersucht, die auf einen Einfluss von Opportunitätsstrukturen und kritischen Lebensereignissen hinweisen. Die Ergebnisse stärken den konzeptuellen Ansatz, dass Lebensumstände, Fähigkeiten als auch Persönlichkeitseigenschaft finanzielle private Vorsorge beeinflussen und daher integriert untersucht werden müssen. In weiteren derzeit geplanten Studien wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Messung von Wissen, insbesondere die Unterscheidung von deklarativem Wissen und finanzieller Literarität bzw. finanziell schlussfolgerndem Denken, im Bereich finanzieller privater Vorsorge gelegt.

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* International Max Planck Research School - LIFE

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät IV, Stiftungsprofessur Pädagogische Diagnostik (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: Tobias.Bothe@iqb.hu-berlin.de)

[285-L] Breyer, Friedrich; Hupfeld, Stefan:
On the fairness of early retirement provisions, (CESifo Working Paper, No. 2078), München 2007, 27 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070821n04.pdf)

INHALT: "Declining fertility and increasing longevity have rendered public pension systems in many OECD countries unsustainable and have triggered substantial reforms of these systems.

One of the officially declared reform objectives is to raise the average retirement age. Crucial parameters for this endeavor are first the legal retirement age and secondly the early retirement provisions inherent in the public pension system. In this paper we discuss several notions of 'fairness' of early retirement provisions in pay-as-you-go financed public pension systems and we claim that the 'right' notion of fairness depends upon the objectives pursued in the design of pension systems. We point out the problems attached to the extreme positions 'efficiency' and 'welfare maximization' and propose a more modest concept of equity called 'distributive neutrality', which is based on the notion that the ratio between total benefits and total contributions to the pension system should not depend systematically on the individual's ability. By applying this concept to the German retirement benefit formula and taking empirically estimated relationships between average annual income, life expectancy and retirement age into account, we show that at the present discount rate of 3.6 per cent per year there is systematic redistribution from low to high earners, which would be attenuated if the discount rate were raised. This seemingly paradoxical finding is due to the fact that in our data set, there is a negative relationship between earnings and retirement age." (author's abstract)

[286-L] Brussig, Martin; Wojtkowski, Sascha:
Rückläufige Zugänge in Altersrenten aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung - steigende Zugänge aus Arbeitslosigkeit: aktuelle Entwicklungen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vor Rentenbeginn, (Altersübergangs-Report, 2007-02), Duisburg 2007, 12 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070611p02.pdf)

INHALT: Seit über 10 Jahren steigt das durchschnittliche Renteneintrittsalter; allein von 2002 bis 2005 ist es für Altersrenten um ca. ein halbes Jahr auf 63,0 Jahre gestiegen. Trotz des Anstiegs des durchschnittlichen Rentenzugangsalters gehen seit 2003 wieder mehr Personen schon mit 60 Jahren in den Ruhestand, und die Inanspruchnahme der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit hat ebenfalls leicht zugenommen. Zugleich ist bekannt, dass Arbeitslosigkeit vor Rentenbeginn, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, in vielen Fällen einen vorzeitigen Rentenzugang bewirkt. Die Analyse des Rentenzugangs muss deshalb auch den Erwerbsaustritt in den Blick nehmen. Die zentralen Fragestellungen sind: Wie haben sich Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit unmittelbar vor Beginn einer Altersrente weiter entwickelt? Gelingen zunehmend direkte Übergänge von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Altersrente, und welche Rolle spielt Altersteilzeit darin? Welche Rolle spielt Arbeitslosigkeit im Altersübergang? Die Analyseergebnisse zeigen, dass für eine am individuellen Lebensstandard orientierte Alterssicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung für die meisten Menschen eine Erwerbstätigkeit bis zum Rentenbeginn oder zumindest kurz davor unerlässlich ist. Die Zahl der direkten Übergänge von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Altersrente geht sowohl bei Männern als auch Frauen und in den alten wie in den neuen Bundesländern zurück. Die steigende Inanspruchnahme der Altersteilzeitarbeit als Vorstufe vor Rentenbeginn konnte den rückläufigen Trend nur kurzzeitig kompensieren. Frauen und Männer wechseln etwa gleich oft direkt aus Erwerbstätigkeit in Rente, auch ihr durchschnittliches Rentenzugangsalter ist nahezu gleich. Bei Rentenzugängen im Alter von mindestens 65 Jahren gibt es aber deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. (IAB)

[287-F] Bünnagel, Vera, Dipl.-Volksw.; Kochskämper, Susanna, Dipl.-Volksw.; Menzel, Kai, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Eekhoff, Johann, Prof.Dr. (Leitung):
Funktionsbedingungen eines kompetitiven Krankenversicherungsmarktes als Grundlage einer konsistenten und nachhaltigen Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

INHALT: Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines Reformkonzeptes für den deutschen Krankenversicherungsmarkt. Kern der wissenschaftlichen Forschungsarbeit im Jahre 2003 war die Herausarbeitung eines Konzeptes zur Gewährleistung von funktionierendem, effizientem Wettbewerb auf dem Krankenversicherungsmarkt. Das im Rahmen des Forschungsprojekts dargestellte Konzept löst dieses Problem durch die Übertragung individueller Altersrückstellungen. Dieses Verfahren macht es möglich, dass alle Versicherten - auch jene mit höherem Risiko und/ oder höherem Alter - ihre Versicherung wechseln können und somit Wettbewerbsdruck auf die Versicherungen ausgeübt werden kann. Wird dieser Wettbewerb gewährleistet, dann kann in Verbindung mit funktionierendem Wettbewerb auch auf der Leistungsanbieterseite (Ärzte, Krankenhäuser etc.) das gesamte System der Gesundheitsversorgung wettbewerblich organisiert werden und so ein hoher Versorgungsstandard der Versicherten bei niedrigst möglichen Kosten gewährleistet werden. Damit verbundene Informationsprobleme bezüglich der Qualität auf der Leistungsseite werden im Jahr 2004 bearbeitet. Weitere Aspekte, die zu beachten sind, sind zum Einen die mit einer Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung, wie man sie verfassungsökonomisch herleiten kann, verknüpfte notwendige Festlegung eines Leistungskataloges. Hinzu kommen Probleme umverteilungstheoretischer Natur (interpersoneller und intergenerationaler Art), die sich bei einer Umstellung in der GKV auf das skizzierte Modell ergeben würden. Diese Fragen, ebenso wie die Frage, durch welches Verfahren dieses System - wenn es sich bei den privaten Krankenversicherungen bewährt hat - auf die GKV übertragen werden kann, sind Schwerpunkt der weiteren Forschungstätigkeit im Jahre 2004. Auch in den Jahren 2005 bis 2007 hat das Team um Prof. Johann Eekhoff weitere Forschungsarbeiten zum Thema veröffentlicht.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Jankowski, M.; Zimmermann, A.: Reform des Gesundheitswesens - was jetzt getan werden müsste. in: CIVIS mit SONDE, 2003, 2, S. 20-23.+++Zimmermann, Anne: Umverteilung in der Gesetzlichen Krankenversicherung - Status quo und Perspektiven der Ausgestaltung. in: Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Bd. 132. Köln 2007 (im Druck). ISBN: 978-3-933812-20-9.+++Jankowski, Markus: Wettbewerb, Versicherungspflicht und Risikoanpassung. Zur Begründung und Gestaltung einer obligatorischen Krankenversicherung in der Wettbewerbsordnung. in: Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Bd. 130. Köln 2006. ISBN 978-3933812-18-6.+++Eekhoff, Johann; Jankowski, Markus; Zimmermann, Anne: Risk-adjustment in long-term health insurance contracts in Germany. in: Geneva Papers an Risk & Insurance - Issues & Practice, 31, 2006, pp. 692-704.+++ Zimmermann, Anne: Eine Koalition für die Gesundheit, Teil II. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Ausgabe 7/2006.+++ Zimmermann, Anne: Eine Koalition für die Gesundheit. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Ausgabe 10/2005.+++Eekhoff, Johann; Raddatz, Guido; Zimmermann, Anne: Privatversicherung für alle. in: Stiftung Marktwirtschaft, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 92.+++Jankowski, Markus; Zimmermann, Anne: Zur Gestaltung einer Umstellung auf Kapitaldeckung in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Otto-Wolff-Institut Diskussionspapier 01/2005.+++Jankowski, Markus: ...denn sie wissen nicht, was sie tun - ein Kommentar zur Diskussion um Bürgerversicherung und Kopfpauschale. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, 2004, 8.+++Zimmermann, Anne: Praxisgebühr und

Hausarztmodell - der richtige Weg zur Kostensenkung? in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, 2004, 5.+++Jankowski, Markus; Zimmermann, Anne: Die interpersonelle Umverteilung in der Gesetzlichen Krankenversicherung - Status Quo und Perspektiven der Ausgestaltung. Otto-Wolff-Institut Diskussionspapier, 2004, 4.+++Jankowski, Markus; Zimmermann, Anne: Versicherungspflichtige Leistungen in einer obligatorischen Krankenversicherung. Otto-Wolff-Institut Diskussionspapier 1, 2004.+++Jankowski, Markus: Nachhaltige Reformen? Ein Kommentar zu den Vorschlägen der Rürup-Kommission. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, 2003, 9.

ART: *BEGINN:* 2002-12 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln (Pohligstr. 1, 50969 Köln); Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung (Pohligstr. 1 (Pohlighaus), 50969 Köln)

KONTAKT: Menzel, Kai (Tel. 0221-470-6610, e-mail: menzel@wiso.uni-koeln.de)

[288-L] Butterwegge, Christoph:
Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 25-30 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "In jüngster Zeit genießt das bedingungslose Grundeinkommen - sei es als 'Bürger-' bzw. 'Existenzgeld', als 'Sozialdividende' oder als 'negative Einkommensteuer' - wachsende Popularität. Untersucht wird, ob es unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit nicht sinnvoller wäre, die Forderung nach einer bedarfsabhängigen, armutsfesten und repressionsfreien Grundsicherung zu erheben." (Autorenreferat)

[289-L] Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):
Erfahrungen und Perspektiven: Bericht vom dritten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) vom 26. bis 28. Juni 2006 in Bensheim, (DRV-Schriften, Bd. 55), Bad Homburg: wdv Ges. f. Medien & Kommunikation 2007, 287 S., ISBN: 978-3-938790-10-6

INHALT: Die Deutsche Rentenversicherung Bund berichtet mit der Publikation vom dritten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV). Damit wird der Aufbau des Forschungsdatenzentrums im Rahmen der ersten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektphase (2004 bis 2006) dokumentiert. Der Tagungsband greift die Ziele des Forschungsdatenzentrums auf: Er möchte (1) im Sinne eines übergeordneten Ziels zur Versachlichung der sozialpolitischen Diskussion beitragen. Hierzu werden (2) methodische Hinweise und Anmerkungen gegeben, um Analysen mit den prozessorientierten Daten der Rentenversicherung zu vereinfachen, und (3) wird das Analysepotenzial der über das FDZ-RV beziehbaren Daten durch die dokumentierten Untersuchungen illustriert. Der Tagungsband soll (4) darüber hinaus einen Beitrag dazu leisten, die Diskussionen unter und zwischen Datennutzern sowie Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung Bund zu intensivieren. Aktuelle Erkenntnisse über insbesondere die heutige Alterssicherung, die auf Basis eines empirischen Fundaments gewonnen wurden, sollen zudem die Überlegungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Alterssicherung stützen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Ralf K. Himmelreicher, Michael Stegmann: Erfahrungen und Perspektiven. Bericht

vom 3. Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) vom 26. bis 28. Juni in Bensheim (7-19). I. Institutioneller Aufbau und erweitertes Datenangebot im FDZ-RV - Uwe G. Rehfeld: Aktueller Stand und weitere Perspektiven im Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (13-22); Ralf K. Himmelreicher, Dirk Mai: Retrospektive Querschnitte: das Analysepotenzial des Scientific Use Files. Versichertenrentenzugang 2004 unter besonderer Berücksichtigung der Berechnung von Entgeltpunkten (23-51); Tatjana Mika: Potenziale der Migrationsforschung mit dem Rentenbestand und dem Rentenzugang (52-81); Michael Stegmann: Biografiedaten der Rentenversicherung und die Aufbereitung der Sondererhebung 'Vollendete Versichertenleben 2004' als Scientific Use File (82-94). II. Analysen mit Daten anderer öffentlicher Forschungsdatenzentren - Dana Müller, Alexandra Schmucker: Das BA-Beschäftigtenpanel und weitere Daten des FDZ der BA im IAB (97-115); Maurice Brandt, Rainer Lenz, Hans-Peter Hafner, Daniel Schmidt: Scientific Use File und Analysen auf Basis der Europäischen Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS2) (116-132). III. Analysen mit Daten insbesondere des FDZ-RV - Martin Brussig, Tim Stegmann: Wer geht vorzeitig in Rente? Eine Analyse mit den Individualdaten des Versichertenrentenzugangs 2004 (135-157); Jonas Radl: Demografie und Altersgrenzen - zur Stichprobenstruktur des Scientific Use Files Versichertenrentenzugang 2004 (158-169); Carroll Haak, Ralf K. Himmelreicher: Künstler und Publizisten im Rentenzugang: Selbstständige und abhängig Beschäftigte im Vergleich (170-184); Thomas Salzmann, Martin Kohls: Mortalitätsanalyse mit den Daten der Deutschen Rentenversicherung - methodische Überlegungen zum Stichprobencharakter (185-199); Rembrandt D. Scholz, Dmitri A. Jdanov: Nutzung der Daten des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung zur wissenschaftlichen Mortalitätsanalyse - Verfahren zur Korrektur der Bevölkerungsbestände der amtlichen Statistik im hohen Alter in Deutschland (200-211); Dirk Richter: Psychische Störungen und Erwerbsminderungsberentungen (212-223); Ulrich Mueller, Maria Weske: Wie bedeutsam ist die berufliche Tätigkeit für das Risiko, wegen Dorsopathie vorzeitig berentet zu werden? Befunde aus einer Analyse mit dem FDZ-RV-Datensatz 'Erwerbsminderung und Diagnosen 2003' (224-236); Michael Schubert, Johann Behrens, Anke Hähne, Christiane Schaepe, Markus Zimmermann: Erwerbsminderungsrenten wegen verschlossenem Arbeitsmarkt - der Arbeitsmarkt als Frühberentungsgrund (237-256); Stefanie Rohm, Dirk Richter: Erwerbsminderungsrente aufgrund einer psychischen Störung: welche Rolle spielt das Geschlecht der Versicherten? (257-269); Anika Rasner: Das Konzept der geschlechtsspezifischen Rentenlücke (270-284).

[290-F] Drevs, Florian, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Tscheulin, Dieter K., Prof.Dr. (Leitung); Tscheulin, Dieter K., Prof.Dr. (Betreuung):
Evaluation von Wahltarifen bei gesetzlichen Krankenkassen

INHALT: keine Angaben
METHODE: Untersuchungsdesign: experimentelle Studie *DATENGEWINNUNG:* Experiment (Stichprobe: 400; Auswahlverfahren: Quota). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2004-06 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* nein
INSTITUTION: Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Betriebswirtschaftliches Seminar Lehrstuhl für Marketing und Gesundheitsmanagement (Platz der Alten Synagoge 1, 79085 Freiburg im Breisgau)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: florian.drevs@vwl.uni-freiburg.de)

[291-L] Dummann, Kathrin:
What determines the demand for occupational pensions in Germany?, (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 67/2007), Berlin 2007, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/75177/diw_sp0067.pdf)

INHALT: "Demographic change causes an undersupply of financial old age benefits within the statutory pay-as-you-go pension system in Germany. Therefore, the provision of occupational as well as private pensions has to be enhanced. However, there seems to be an undersupply of occupational pension provision particularly in small and medium sized enterprises (SMEs). Using survey data of the German Socio-Economic Panel (GSOEP) and the German SAVE survey, the present paper studies econometrically the determinants of occupational pension provision in Germany. It shows that occupational pensions depend not only on supply-side factors such as firm size and industry, but also on demand-side factors such as individual socio-demographic attributes and people's savings motives." (author's abstract)

[292-L] Eichenhofer, Eberhard:
Sozialversicherung und Grundeinkommen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 19-24 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: Der Autor stellt zunächst die Unterschiede zwischen Grundeinkommen und Sozialversicherung heraus und diskutiert im weiteren die Frage, welcher der beiden rivalisierenden Ansätze sozialer ist und eher im Einklang mit den ökonomischen Prinzipien der europäischen Gesellschaften steht. Er geht u.a. auf den Wert der Arbeit, die Bemessungsgrundlage von Sozialleistungen und die Beziehungen zwischen Grundeinkommen und Sozialversicherungsrechten ein. Der in jüngster Zeit diskutierte Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens erweist sich seiner Meinung nach bei näherer Betrachtung als ein Ausdruck ökonomischer Phantasmen. Denn wie eine Wirtschaft funktioniert, in welcher die Arbeit nicht Basis der Daseinssicherung sein soll, ist empirisch weder bekannt, noch je erprobt. Das Grundeinkommen ist daher kein Beitrag zur Fortentwicklung des Sozialstaats, sondern die Umschreibung einer Regression: In einer komplizierten Welt, wo selbst die einfachsten technischen Geräte kompliziert sind, kann ein einfaches Sozialleistungssystem nicht funktionieren. Die Einfachheit und scheinbare Fairness des Grundeinkommens sind nicht dessen sozialpolitische Vorzüge, sondern ein untrügliches Zeichen dafür, dass dieser Vorschlag auf Illusionen und Realitätsferne beruht. (ICI2)

[293-L] Eichenhofer, Eberhard:
Zugang zu steuerfinanzierten Sozialleistungen nach dem Staatsangehörigkeitsprinzip?, (Rechtswissenschaft und Praxis, Bd. 6), Münster: Lit Verl. 2004, 63 S., ISBN: 3-8258-8273-X

INHALT: In dem Band wird der Vorschlag eines Sozialleistungssystems diskutiert, welches die Ost-West-Migration infolge der EU-Osterweiterung eindämmen soll. Jener Vorschlag zielt darauf ab, dass anstatt der Inlandsbeschäftigung die Staatsangehörigkeit entscheidend für den Leistungsanspruch sein soll: Steuerfinanzierte Sozialleistungen sollen demnach nur Deutschen vorbehalten sein. Der Autor untersucht hierzu die Regelungen im internationalen und europäischen Recht und deren Auswirkungen auf die Ausgestaltung steuerlich finanzierter

Sozialleistungen, und er skizziert die geschichtlichen, geistigen und institutionellen Voraussetzungen des Staatsangehörigkeitsprinzips im Sozialrecht. Er kommt zu dem Schluss, dass ein Zugang zu steuerfinanzierten Sozialleistungen nach dem Staatsangehörigkeitsprinzip mit geltendem internationalen und europäischem Recht nicht vereinbar ist, da eine solche Konzeption einem zentralen Grundsatz des EU-Rechts widerspricht, nämlich der Gleichbehandlung sämtlicher EU-Bürger. Eine Umstellung auf ein solches System bedeute 'nicht nur einen Bruch mit der bisher geltenden Tradion des Sozialleistungsrechts, sondern bezöge auch seine Anregung aus einem unzeitgemäßen und seit 1945 überwundenen Nationalismus'. (IAB)

[294-F] Eisen, Roland, Prof.Dr.Dr.h.c. (Leitung):
Short- and long-term risks - arguments in favour of PAYG social security

INHALT: Ausgehend von unvollkommenen Märkten werden mögliche Versicherungsverträge betrachtet, mit deren Hilfe es möglich ist, die Veränderung der Risikosituation zu versichern. Die bisherigen Lösungen à la Pauly/ Kunreuther/ Hirth ("guaranteed renewability", 1995) und à la Cochran ("time consistent health insurance") werden kritisch beleuchtet. Hieraus wird dann die Konsequenz gezogen, dass makroökonomische Risiken (und intergenerationale Risiken) nur über Umlagesysteme versicherbar sind.
METHODE: Modelltheorie *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Eisen, Roland: Zeitpunktbezogene vs. intertemporale Risikoteilung - ein Beitrag zur Diskussion um Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren. in: Albrecht, Peter; Lorenz, Egon; Rudolph, Bernd (Hrsg.): Risikoforschung und Versicherung. Festschrift für Elmar Helten zum 65. Geburtstag. Karlsruhe: Verl. Versicherungswirtschaft GmbH 2004, S. 65-90. ISBN 3-89952-144-7. *ARBEITSPAPIERE:* Zwischenberichte.
ART: *BEGINN:* 2004-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Eisen, R. (Dr.-Böttcher-Str. 12, 81245 München)
KONTAKT: Leiter (e-mail: eisen@wiwi.uni-frankfurt.de)

[295-F] Eisen, Roland, Prof.Dr.oec.publ.Dr.rer.pol.Dr.h.c. (Bearbeitung):
Demographic development and uncertainty - costs and benefits of social security on private risk sharing

INHALT: Demografische und ökonomische Vorausschätzungen sind mit großer Unsicherheit behaftet, obwohl jeweils so getan wird, als gäbe es einen "mittleren Wachstumspfad". Die zentrale Fragestellung ist nun, ob es "soziale Erfindungen" gibt, die zusammen mit der Sozialen Sicherung (Gesetzliche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung) in der Lage sind die großen inhärenten Risiken zu verteilen. Gedacht ist vor allem an soziale Netzwerke, die wie "Gegenseitigkeitsversicherungen" wirken (und damit über die Familie hinausreichen)!
METHODE: ökonomische Theorie *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Eisen, Roland: Demographic development and uncertainty. Effects of costs and benefits of social security on private risk sharing. Vortrag auf dem 11th IPSS Annual Seminar in Japan am 01.11.2006.
ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2009-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Eisen, R. (Dr.-Böttcher-Str. 12, 81245 München)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: eisen@wiwi.uni-frankfurt.de)

[296-L] Ekardt, Felix (Hrsg.):
Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit: philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze, (Studien zu Gerechtigkeit, Verfassung und Steuerung, Bd. 2), Hamburg: Lit Verl. 2006, 275 S., ISBN: 3-8258-0056-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3412)

INHALT: "Der vorliegende Sammelband ist aus zwei Tagungen hervorgegangen, die im November 2003 in Bremen (finanziert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt) sowie im Januar 2004 (getragen von der Evangelischen Akademie) in Hofgeismar stattfanden. Beide Tagungen widmeten sich im interdisziplinären geisteswissenschaftlichen Dialog den Grundfragen der Nachhaltigkeit und besonders der Generationengerechtigkeit." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Felix Ekardt: Woran scheitern bisher Generationengerechtigkeit und Umweltschutz? Unter besonderer Berücksichtigung kulturhistorischer Faktoren (27-55); Christoph Elsas: Christliche Vorstellungen - Erklärung der Nicht-Nachhaltigkeit oder Begründung der Nachhaltigkeit? (56-66); Nicole Schaller-Picard: Warum Naturwissenschaften wichtig sind, aber unser Nachhaltigkeitsproblem nicht (allein) lösen (67-82); Felix Ekardt: Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Freiheit, Demokratie - ein philosophischer Begründungsversuch und ein Neuinterpretationsversuch westlicher Verfassungsprinzipien. Zugleich ein Blick auf Institutionen der Nachhaltigkeit (83-107); Achim Lerch: Kann man Nachhaltigkeit ökonomisch begründen? Materielle Verteilungsfragen und Generationengerechtigkeit (108-128); Stefan Hermann Siemer: Nachhaltigkeit unterscheiden: eine systemtheoretische Gegenposition zur liberalen Fundierung der Nachhaltigkeit (129-153); Martin Winkler: Gerechte intergenerationelle Konfliktlösung: Regeln für Abwägung, Tatsachenerhebung und Verfahren in Generationenkonflikten (154-174); Katharina Pöhlmann: Prozedurale Fragen der Generationengerechtigkeit und das Problem tatsächlicher Ungewißheit (175-185); Hans G. Nutzinger: Starke versus schwache Nachhaltigkeit. Zugleich zum Problemkreis "Ökologie und Ökonomie" bzw. "Nachhaltigkeit und Eigennutzen" (186-200); Felix Ekardt: Nachhaltige Energie- und Klimapolitik: Wie wird Generationengerechtigkeit real und politisch durchsetzbar? (201-241); Cornelia Richter: Nachhaltige Sozialpolitik. Inhalt, Reichweite und die Rolle des Eigennutzens für die Nachhaltigkeit (242-255); Daniel Kornack: Embryonenforschung und "Früheuthanasie" (256-275).

[297-L] Engler, Wolfgang:
Arbeit als Option: Plädoyer für das "Recht auf Leben ohne Arbeit", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 9, S. 1111-1121 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Wahlsprüche der "Arbeitsherren" lauten heute: "Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit", "Vorfahrt für Arbeit", "Sozial ist, was Arbeit schafft", "Arbeit soll das Land regieren". Arbeit anzunehmen ist schlichte Bürgerpflicht, oder es drohen Sanktionen. Das "Arbeitsvolk" denkt diesbezüglich anspruchsvoller, verlangt nach "guter" Arbeit, nach Arbeit, die ein je eigenes Leben ökonomisch trägt. Der vorliegende Essay diskutiert vor diesem Hintergrund der Debatte um ein Grundeinkommen die Möglichkeit der "Arbeit als Option", die die weitreichende ökonomische Wahlfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde.

Geschichtlich gesehen krönt und vollendet diese Wahlbefugnis die Autonomiebestrebungen des bürgerlichen Subjekts. Nach der Meinungsfreiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz, diesen im engeren Sinne juristischen Rechten, eroberte es politische, insbesondere das Recht, sich zusammenzuschließen, sowie das allgemeine Wahlrecht, um sich endlich auch ökonomische Wohlfahrt und soziale Sicherheit, sozialökonomische Rechte also, zu erstreiten. Das Recht auf Lebensunterhalt auch ohne Arbeitsnachweis setzt für den Autor den vorläufigen Schlussstein in dieser dritten Gruppe. Ein "neuer Gesellschaftsvertrag" hätte dann so auszusehen: Wenn sich eine ökonomisch hocheffiziente Gesellschaft außerstande zeigt, auch nur einem Gesellschaftsmitglied, das sein Leben durch Arbeit begründen muss, dazu Gelegenheit zu geben, dann erwächst dem Gemeinwesen aus diesem "Versagen" die Verpflichtung zum Unterhalt dieses nicht arbeitenden Mitglieds und diesem selbst ein Recht auf Leben, auf Lebensunterhalt. (ICA2)

[298-L] Esser, Ingo:
Arbeitszeitkonten und Altersvorsorge: Chancen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 102 S., ISBN: 978-3-8364-1907-9

INHALT: "Restrukturierung des Arbeitsmarktes, Reformierung der sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr. Diese Themen spiegeln Probleme der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskussion wider und bewegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Arbeitgeber müssen im globalen Wettbewerb bestehen. Arbeitnehmer befürchten persönliche Einschnitte und sehen ihre Altersversorgung gefährdet. Doch wie kann man diesen Problemen begegnen? Der Autor zeigt innerhalb dieses Buches auf, wie Arbeitszeitkonten interessante Lösungsmöglichkeiten bieten können. Ausgehend von der Betrachtung der aktuellen Situation der Altersvorsorge im Allgemeinen, gibt er einen detaillierten Überblick über die Thematik der Arbeitszeitkonten. Dabei erläutert er die betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Hintergründe, erklärt wichtige Zusammenhänge in Politik und Wirtschaft und gibt viele interessante Denkanstöße für die Praxis. Das vorliegende Buch richtet sich an alle, die mehr über Arbeitszeitkonten erfahren und das Thema - insbesondere vor dem Hintergrund der Altersvorsorgeproblematik - betrachten möchten." (Autorenreferat)

[299-F] Fachinger, Uwe, Univ.-Prof.Dr. (Bearbeitung):
Soziale Absicherung selbständig Erwerbstätiger

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Hochschule Vechta, Institut für Gerontologie (Postfach 1553, 49363 Vechta)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: uwe.fachinger@uni-vechta.de)

[300-L] Fachinger, Uwe:
Neue Erwerbsformen: Herausforderungen für die soziale Sicherung, in: ZeS-Report, Jg. 12/2007, H. 1, S. 7-14 (Standort: USB Köln(38)-XG8621; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.zes.uni-bremen.de/downloads/ZeSReport12007.pdf)

INHALT: In den letzten Jahren sind im Rahmen der strukturellen Änderungen des Arbeitsmarktes zahlreiche 'neue' Erwerbsformen entstanden. Für den Bereich der abhängigen Erwerbstätigkeit sind dies Werkvertragsarbeitnehmer, Leiharbeit, Zeitarbeit, Niedriglohn-Arbeitsplätze, Mini-Jobs, Midi-Jobs, Niedriglohn-Jobs, soziale Arbeitsgelegenheiten, Gleitzonen-Jobs, 1-Euro-Jobs, Vollzeit-Geringverdiener, geringfügig Beschäftigte, Erwerbstätigkeit in Altersteilzeit, kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeit, Job-Sharing, Teilzeittätigkeit, Kurzfristige Beschäftigung, Scheinselbständigkeit und für den Bereich der selbstständigen Erwerbstätigkeit Solo-Selbständige, Alleinunternehmer, Ein-Personen-Unternehmen, Unternehmen ohne Beschäftigte, Ich-AG, Familien-AG, Existenzgründer, free lancers sowie Werkvertragnehmer. Diese Entwicklung folgt den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen: 1. Reduzierung der Arbeitslosigkeit bzw. Erhöhung der Beschäftigung durch eine sogenannte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und 2. Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit, um das allgemeine Wirtschaftswachstum zu fördern, Wohlfahrtssteigerungen zu erreichen und im internationalen Wettbewerb durch Erhöhung von Innovationen zu bestehen. Die Wirkungen des erwerbsstrukturellen Wandels umfassen den gesamten Bereich der Sozial- und Verteilungspolitik. Der Beitrag analysiert die durch die strukturellen Änderungen der Erwerbstätigkeit ausgelösten massiven Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem und kategorisiert diese nach Institutionen und Haushalten bzw. Individuen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es den neuen Erwerbsformen aus individueller Sicht vielfach an Elementen der Absicherung gegen die finanziellen Folgen des Eintritts sozialer Risiken mangelt und aus institutioneller Sicht die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssystem sukzessive schwächer wird. (IAB)

[301-F] Färber, Gisela, Univ.-Prof.Dr.rer.pol.; Dalezios, Harald, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst

INHALT: Neben den gesetzlichen Sozialversicherungen verursachen die Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (Beamtenversorgung, VBL) einen erheblichen Teil der Tragfähigkeitslücke des öffentlichen Sektors. Nach aktuellen überschlägigen Berechnungen liegt die implizite Verschuldung bei der Beamtenversorgung trotz Kürzungen der Leistungen und der Einrichtung eines kleinen Versorgungsfonds, der sich aus Gehalts- und Pensionskürzungen speist, bei mehr als der Hälfte der fundierten Schulden des Staates, d.h. bei einem Barwert mehr als 700 Mrd. Euro. Hinzu kommen Belastungen für weitgehend umlagefinanzierte Leistungen der Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter, deren Barwert bis heute unbekannt ist. Vorsorge ist für diese Zahlungsverpflichtungen keine bzw. in nicht nennenswertem Umfang getroffen worden. Vielmehr werden Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten seit mehr als 15 Jahren durch eine Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der Reallohnentwicklung und Pensionskürzungen über sog. wirkungsgleiche Übertragungen von Rentenreformen "gestopft", ohne dass eine nachhaltige Finanzierung und eine Reduzierung der expliziten und impliziten Defizite erreicht würde. Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des Projektes untersucht werden, a) wie hoch die Tragfähigkeitslücke im Bereich der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (begrenzt auf Bund, Länder, Gemeinden) genau ist, b) mit welchen Instrumenten (Pensionsfonds, Verzicht auf explizite Verschuldung, Pensionsrückstellungen im Falle der Doppik, Stellenrückbau auf ein finanzierbares Maß, Steuererhöhungen) sie geschlossen werden kann, c) welche Finanzierunganteile die Beschäftigten in den verschiedenen Statusgruppen bereits jetzt durch Gehaltsverzicht oder explizite Beiträge, welche die öffentlichen Arbeitgeber aufgebracht haben und wie sich diese zu den Finanzierunganteilen in den ersten beiden Säulen von anderen betrieblichen Alterssicherungen großer

Arbeitgeber verhalten, d) wie die Alterssicherungen im öffentlichen Dienst so modernisiert und stabilisiert werden können, dass sie - unter Beachtung des Art. 33 Abs. 5 GG - in Zukunft so in ein Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllendes Finanzierungssystem überführt werden können, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch unter den schwierigeren Wettbewerbsbedingungen der demographischen Entwicklung gesichert wird. Am Ende des ersten Jahres, d.h. nach den Arbeitsschritten zur Errechnung der Tragfähigkeitslücke und der Analyse der Möglichkeiten, sie zu schließen, sollte auf der Basis eines Zwischenberichts ein Aufsatz in einer referierten ökonomischen Zeitschrift (Zeitschrift für Wirtschaftspolitik) publiziert werden. Ein weiterer Aufsatz zu den expliziten und impliziten Finanzierungsanteilen von Beschäftigten und öffentlichen Arbeitgebern und zur kohortenspezifischen Generationengerechtigkeit eignet sich zur Publikation in einer anerkannten Zeitschrift der Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung).

METHODE: Auf der Basis der Versorgungsberichte der Bundesregierung ist zunächst die Tragfähigkeitslücke als Barwert aller zukünftigen Zahlungsverpflichtungen des Basisjahres zu errechnen. Anschließend erfolgt die Erarbeitung eines analytischen Bewertungssystems für die Alterssicherungssysteme des öffentlichen Dienstes, welches einerseits Kriterien aus der Theorie der Alterssicherung, andererseits die Spezifika des Arbeits- und Versorgungsrechts des öffentlichen Dienstes sowie der Public-Choice-Theorie berücksichtigen wird. Die verschiedenen Möglichkeiten einer Absicherung der Versorgungsansprüche (Pensionsfonds, Direktzusage über unterlassene Verschuldung oder im System der Doppik, Teilkapitaldeckung) sind in Bezug auf ihre finanziellen/ haushaltswirtschaftlichen Belastungen zu berechnen und dem Bewertungssystem zu unterwerfen. Die expliziten und impliziten Finanzierungsanteile der Beschäftigten (Besoldungsverzicht, eigene Beiträge, allgemeine Pensionsfondsbeiträge, ggf. auch Besoldungslücke zur Privatwirtschaft) und der Arbeitgeber sind für verschiedene Kohorten zu berechnen und mit entsprechenden Regelungen großer Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zu vergleichen. Ferner sind auch verschiedene Möglichkeiten der Modernisierung der Leistungsseite der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes in Bezug auf die Belastungssymmetrien und in Bezug auf eine zukünftig nachhaltige Stabilisierung der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes zu überprüfen.

ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik (Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer)

KONTAKT: Färber, Gisela (Prof.Dr. Tel. 06232-654-363, Fax: 06232-654-126, e-mail: faerber@dhv-speyer.de); Dalezios, Harald (Tel. 06232-654-301, e-mail: dalezios@foev-speyer.de)

[302-L] Fisher, Walter H.; Keuschnigg, Christian:
Pension reform and labor market incentives, (CESifo Working Paper, No. 2057), München 2007, 40 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070821n03.pdf; http://www.vwa.unisg.ch/org/vwa/web.nsf/SysWebRessources/VWA_2007_13/$FILE/DP-0713-Fisher-Keuschnigg-Ganz.pdf)

INHALT: "This paper investigates how parametric reform in a pay-as-you-go pension system with a tax benefit link affects retirement and work incentives of prime-age workers. We find that postponed retirement tends to harm incentives of prime-age workers in the presence of a tax benefit link, thereby creating a policy trade-off in stimulating aggregate labor supply. We

show how several popular reform scenarios are geared either towards young or old workers, or, indeed, both groups under appropriate conditions. We also provide a sharp characterization of the excess burden of pension insurance and show how it depends on the behavioral supply elasticities of the extensive and intensive margins and the effective tax rates implicit in contribution rates." (author's abstract)

[303-L] Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:
Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Bürgergeldkonzepts von Dieter Althaus, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, H. 10, S. 36-40 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Autoren analysieren die Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Grundeinkommens-Konzepts von Dieter Althaus. Ihrer Meinung nach entlastet das vorgeschlagene Modell nicht den Arbeitsmarkt, da durch das Grundeinkommen, das alle (erwachsenen) Staatsbürger unabhängig von etwaigen Erwerbseinkünften erhalten, die Option, nicht bzw. weniger zu arbeiten, attraktiver als im geltenden Steuersystem wird. Hinzu kommt, dass die Umsetzung des Konzepts einen hohen finanziellen Aufwand erfordert: Der Finanzierungsbedarf liegt bei über 180 Mrd. Euro. Kombilohnmodelle stellen nach Ansicht der Autoren eine sinnvolle Alternative zu der bedingungslosen Zahlung eines Grundeinkommens für alle dar." (Autorenreferat)

[304-L] Fuest, Clemens:
Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?, (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 07/3), Freiburg im Breisgau 2007, 23 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.eucken.de/publikationen/07_3bw.pdf)

INHALT: Das Altern der Bevölkerung in Deutschland stellt die Umlage finanzierten sozialen Sicherungssysteme, in erster Linie die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung, vor gewaltige Herausforderungen. Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich am Beispiel der Rentenversicherung einfach erläutern. Bei konstanten Beitragssätzen und Renten reichen die Einnahmen der Rentenversicherung nicht mehr aus, um die Ausgaben zu finanzieren. Folglich sind Rentenkürzungen oder Beitragssatzsteigerungen oder eine Kombination aus beiden Maßnahmen unausweichlich. Wenn Finanzierungslücken durch höhere Beitragssätze geschlossen werden, dann belastet dies zunächst die erwerbstätige, jüngere Generation. Rentenkürzungen heute hingegen betreffen die heute im Ruhestand befindliche Generation, während Rentenkürzungen morgen die heute arbeitende Generation treffen. In der öffentlichen Debatte über derartige Maßnahmen spielt das Kriterium der Generationengerechtigkeit eine zentrale Rolle. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbindet das Problem der Generationengerechtigkeit zwar mit dem Problem der Gestaltung von sozialpolitischen Reformen, er verzichtet aber darauf, Kriterien für Generationengerechtigkeit zu konkretisieren. Die Position des Sachverständigenrates verweist darauf, dass die Frage der Generationengerechtigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme in zwei Teilfragen zerlegt werden kann. Zum einen gilt es zu klären, welche Verteilungswirkungen von den sozialen Sicherungssystemen und Reformen dieser Systeme überhaupt ausgehen. Zum anderen stellt sich die Frage, wie diese Verteilungswirkungen unter Gerechtigkeitsaspekten zu beurteilen sind. Nach der Diskussion einiger Präliminarien (Abschnitt zwei) kon-

zentriert sich die folgende Analyse im Abschnitt drei zunächst auf die erste Frage und stellt verschiedene Konzepte zur Messung der Verteilungswirkungen umlagefinanzierter sozialer Sicherungssysteme und deren Anwendung auf die deutschen Sozialsysteme vor. Dabei wird das Beispiel der Rentenversicherung in den Vordergrund gestellt. Viele der hier relevanten Indikatoren und Argumente sind aber auf die gesetzliche Krankenversicherung und auf die Pflegeversicherung übertragbar. Im Abschnitt vier wird diskutiert, wie die Forderung nach Generationengerechtigkeit konkretisiert und für die Konzipierung von Reformen nutzbar gemacht werden kann. (ICD2)

[305-L] Genz, Hermann; Spermann, Alexander:
Das Mannheimer Grundsicherungsmodell: der Weg zu einer effizienteren und gerechteren Grundsicherung ohne Absenkung des Arbeitslosengeld II-Niveaus, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Nr. 07-002), Mannheim 2007, 40 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070813n14.pdf)

INHALT: "Wie lässt sich die Grundsicherung in Deutschland effizienter und gerechter ausgestalten, wenn das Arbeitslosengeld II aus politischen Gründen nicht generell gesenkt werden soll und keine zusätzlichen unteren Lohngruppen durch die Tarifpartner vereinbart werden? Das Mannheimer Grundsicherungsmodell setzt auf die konsequente Einforderung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen durch verpflichtende gemeinnützige Arbeit und gleichwertige Anerkennung ehrenamtlichen Engagements bei intensiver Jobvermittlung und Fallbetreuung, konsequenter Sanktionierung von Arbeitsunwilligkeit und Möglichkeiten der Förderung durch zeitlich befristete Arbeitnehmerund Arbeitgeberzuschüsse. Die Menschen sollen - wissend um die jeweiligen Auswirkungen - künftig autonom und selbstverantwortlich entscheiden. Vorgeschlagen wird eine 'Mehr Selbstverantwortung, mehr Anreiz'-Strategie. Die vorgeschlagene Reform der Grundsicherung sollte ergänzt werden durch Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsnachfrage der Unternehmen - durch Kostenentlastungen für gering qualifizierte Arbeit." (Autorenreferat)

[306-L] Gilberg, Reiner; Hess, Doris; Marwinski, Karen; Steinwede, Angelika:
Lebenssituation und Soziale Sicherung 2005: Abschlussbericht zur methodischen Umsetzung ; repräsentative Querschnittbefragung zum IAB-Projekt "Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe mit Einführung des SGB II: Übergangsmuster, Strukturen und Folgen für die Betroffenen", Bonn 2006, 135 S. (Standort: IAB-96-150-22 BT 584, 0; Graue Literatur)

INHALT: "Im Rahmen des Projekts 'Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit Einführung des SGB II: Übergangsmuster, Strukturen und Folgen für die Betroffenen' wurde infas im September 2005 mit der Durchführung einer repräsentativen Querschnittbefragung bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen beauftragt. Die IAB-Ausschreibung formuliert die Zielsetzung der Querschnitterhebung wie folgt: 'Die geplante Querschnitterhebung hat das Ziel, den Übergang vom alten zum neuen System zeitnah und repräsentativ zu untersuchen, um erste Aufschlüsse über die Reformpraxis in der Anfangsphase der Umstellung auf Hartz IV zu gewinnen, insbesondere deren ökonomische und (psycho-)soziale Wirkungen sowie deren Akzeptanz sowohl bei den betroffenen Hilfeempfängern nach SGB II wie auch bei denjenigen Gruppen, denen als Nicht(mehr)bedürftigen Leistungen gestrichen wurden. Damit verfolgt die Untersuchung mehrere miteinander verbundene deskriptive und analytische Ziele.

Der vorgesehene Befragungszeitraum bietet die Chance, nicht nur eine retrospektive Einschätzung des Umstellungsprozesses aus Sicht von Hilfeempfängern zu erhalten, sondern auch einen Einblick in die angelaufene Praxis des 'Förderns und Forderns' zu gewinnen und erste Erfahrungen zu dokumentieren'. Im Einzelnen geht es um: 1. die ökonomischen und (psycho-)sozialen Wirkungen der Reform; 2. die Akzeptanz bei betroffenen Hilfeempfängern; 3. die Akzeptanz bei denjenigen Gruppen, denen Leistungen gestrichen wurden; 4. die Einschätzung des Umstellungsprozesses aus Sicht der Betroffenen; 5. einen ersten Einblick in die Praxis des 'Förderns und Forderns' aus Sicht der Hilfeempfänger." (Autorenreferat)

[307-L] Grimm, Christopher:
Grundsicherung für Arbeitsuchende: Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, Nürnberg 2007, 31 S. (Graue Literatur;
URL: http:/doku.iab.de/externe/2007/k070416p04.pdf)

INHALT: "Mit dem Bericht werden differenziertere Auswertungen der ausgesprochenen Sanktionen und der davon betroffenen Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen vorgelegt. Die Analyse bezieht sich auf den Berichtsmonat Oktober 2006 und stützt sich auf Auswertungen der Daten im Fachverfahren A2LL und Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger (zkT). Insgesamt waren 1,9 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion belegt. Die Hälfte der im Oktober wirksamen Sanktionen entfiel dabei auf Verletzungen von Meldepflichten." (Textauszug)

[308-L] Häcker, Jasmin; Raffelhüschen, Bernd:
Zukünftige Pflege ohne Familie: Konsequenzen des "Heimsog-Effekts", in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 4, S. 391-422 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Jegliche Veränderungen im Inanspruchnahmeverhalten bei der Wahl der Art der Pflege von einer günstigeren hin zu einer teureren Versorgungsform gehen mit Auswirkungen auf die zukünftige Ausgabenentwicklung der sozialen Pflegeversicherung einher. Dabei ist ein verändertes Inanspruchnahmeverhalten bereits das Resultat der demographischen Entwicklung, möglicherweise verschärft durch sich verändernde Haushalts- und Familienstrukturen sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. In welchem Ausmaß Veränderungen in den Pflegearrangements mit Ausgabensteigerungen einhergehen, soll im Rahmen dieses Beitrags untersucht werden." (Autorenreferat).

[309-L] Hauser, Richard:
Alternativen einer Grundsicherung: soziale und ökonomische Aspekte, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 55/2006, H. 3, S. 331-348 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Zur Zeit leben etwa 10% der in Deutschland wohnenden Bevölkerung auf dem Niveau des sozio-kulturellen Existenzminimus. Dies führte zu breiten Diskussionen über alternative Ausgestaltungsformen einer Grundsicherung. In diesem Beitrag werden fünf Hauptformen

einer Grundsicherung dargestellt und diskutiert. Ferner wird auf die aktuellen Vorschläge für einen Mindestlohn oder einen Kombilohn eingegangen." (Autorenreferat)

[310-L] Hofäcker, Dirk; Buchholz, Sandra; Blossfeld, Hans-Peter:
Globalisierung, struktureller Wandel und die Veränderung später Erwerbskarrieren: Deutschland im internationalen Vergleich, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 62/2007, H. 4/5, S. 197-215

INHALT: "In vielen modernen Gesellschaften ist die Erwerbsbeteiligung Älterer in der jüngeren Vergangenheit und im Zuge des Globalisierungsprozesses gesunken. So waren beispielsweise in Deutschland 1970 noch knapp drei Viertel der 60-jährigen bis 64-jährigen Männer erwerbstätig, heute ist es nur noch jeder Dritte. Die BRD gehört damit im internationalen Vergleich zu den Ländern mit dem stärksten Rückgang der Alterserwerbstätigenquote und bildet heute eines der Schlusslichter mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung von Menschen im Vorruhestandsalter. In dem Beitrag werden drei verschiedene arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Strategien herausgearbeitet, derer sich westliche Industriegesellschaften bedient haben, um den im Globalisierungsprozess gestiegenen Strukturwandel zu bewältigen. Der deutschen 'Frühverrentungsstrategie' werden die Modelle skandinavischer Länder und Staaten angelsächsischer Prägung gegenübergestellt, in denen die Erwerbsbeteiligung Älterer deutlich über dem deutschen Niveau liegt. Basierend auf diesen Darstellungen wird diskutiert, wie sich in Deutschland die Erwerbstätigkeit Älterer wieder nachhaltig erhöhen lässt und was Deutschland diesbezüglich von anderen Ländern lernen kann. Dabei ist aus Sicht der Autoren ein einseitiger Einsatz von renteninternen Reformen - wie in Deutschland derzeit praktiziert - riskant, da dies nur die (materielle) Notwendigkeit einer Fortführung des Erwerbslebens im Alter erhöht, ohne gleichzeitig die Möglichkeiten einer Beschäftigung im Alter zu fördern. Eine Ergänzung derzeitiger Rentenreformen um eine Förderung lebenslangen Lernens und eine Generalisierung von Weiterbildungsmaßnahmen über spezifische Problemgruppen hinaus erscheint vor diesem Hintergrund in Deutschland notwendig, um die Alterserwerbstätigkeit erfolgreich zu erhöhen." (Autorenreferat)

[311-L] Hoffmann, Hilmar:
Wege in den Ruhestand, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 62/2007, H. 4/5, S. 298-320

INHALT: "Das aktuelle Rentenzugangsgeschehen wird nachhaltig von der im Rahmen des Gesetzes zur Rentenreform 1992 beschlossenen Anhebung und Flexibilisierung der Altersgrenzen beeinflusst. Im Jahr 2005 hat diese Reform quasi ihre erste Phase vollendet: Ab dem Geburtsjahrgang 1945 sind, abgesehen von Vertrauensschutzregelungen, über alle Altersrentenarten hinweg bei einem Rentenzugang im Alter von 60 Jahren maximale Abschläge zu entrichten. Im Jahr 2006 beginnt schließlich mit der schrittweisen Anhebung der Altersgrenze für die frühestmögliche Inanspruchnahme der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit die erste 'echte' Änderung der Altersgrenzen. Aus diesem Grund wird im Folgenden der Rentenzugang bis einschließlich 2005 untersucht, die 'echte' Änderung einer Altersgrenze bleibt ergo unberücksichtigt. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem Versicherungsstatus im Jahr vor dem Leistungsfall, anders ausgedrückt auf den Wegen in den Ruhestand. Es zeigt sich, dass sich das Rentenzugangsgeschehen nach Geschlecht sowie nach alten und neuen Bundesländern deutlich unterscheidet. Ebenso sind markante Unterschiede bezüg-

lich des durchschnittlichen Rentenzugangsalters, der durchschnittlichen Rentenhöhe und der relativen Entgeltposition festzustellen, wenn man das Rentenzugangsgeschehen differenziert nach Versicherungsstatus im Jahr vor dem Leistungsfall analysiert." (Autorenreferat)

[312-L] Hohenleitner, Ingrid; Opielka, Michael; Schramm, Michael; Straubhaar, Thomas:
Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg 2007, 149 S. (Graue Literatur; URL: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf)

INHALT: Das Gutachten des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut) geht davon aus, dass der deutsche Sozialstaat vor einer historischen Entscheidung steht. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Fundamente des Sozialstaates in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gelegt wurden, die eine Zeit der Vollbeschäftigung und des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung waren. Heute leben wir in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, gebrochener Lebensläufe, schwachen Wirtschaftswachstums und schrumpfender und alternder Bevölkerung. Das Gutachten zieht den Schluss, dass mit den grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen die alten Fundamente ihre Tragkraft verlieren und der Sozialstaat in Schieflage gerät. Es plädiert für ein neues System der Sozialstaatlichkeit mit einem bedingungslosen Grundeinkommen. Dieses bietet einen Neuanfang, dessen langfristige Effekte kommenden Generationen größere Handlungsfreiräume und bessere Optionen für eine eigenständige Gestaltung ihrer Lebensumstände eröffneten als jede Alternative. Die Publikation vereint drei Einzelbeträge, die das Konzept des Grundeinkommens erläutern, eine konkrete Anwendungsmöglichkeit in Form eines solidarischen Bürgergeldes aufzeigen und eine sozialethische Analyse vornehmen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Ingrid Hohenleitner, Thomas Straubhaar: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld: mehr als sozialutopische Konzepte (4-90); Michael Opielka: Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags 'Solidarisches Bürgergeld' (91-120); Michael Schramm: Subsidiäre Befähigungsgerechtigkeit durch das 'Solidarische Bürgergeld' (121-149).

[313-L] Hohenleitner, Ingrid; Straubhaar, Thomas:
Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 11-18 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "Das bedingungslose Grundeinkommen schafft soziale Sicherheit als Basis für ein freies, selbstbestimmtes Leben in einem wettbewerblich organisierten, flexiblen Wirtschaftssystem. Es ist für eine zukunftsfähige, sowohl soziale als auch effiziente Marktwirtschaft unerlässlich." (Autorenreferat)

[314-L] Holst, Roland:
Social security and policy risk: evidence of its effects on welfare costs and savings, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 97 S., ISBN: 978-3-8364-2594-0

INHALT: "Social Security rules have changed constantly since its creation, generating different outcomes across cohorts, race and gender. A look at the history of social security in the US and Germany provides substantial evidence of policy risk in their pay-as-you-go systems. This does not only impose welfare costs on the population, but also has important wealth accumulation and portfolio choice consequences. Using the history of policy changes, estimates of the potential welfare costs to the US population are presented. This book also explore the effects of policy risk on wealth accumulation, both looking at the effects the 1984 social security reform in the US could have had on individuals' wealth accumulation, as well as using aggregate data to estimate the impact of social security wealth and risk onsavings. The evidence obtained suggests that there is an important substitution between social security wealth and financial wealth, and that people exposed to larger policy uncertainties accumulate more financial wealth. Results imply that accounting for policy risk greatly improves our understanding of the real effects of retirement programs." (author's abstract)

[315-L] Kemmerling, Achim:
The end of work or work without end?: the role of voters' beliefs in shaping policies of early exit, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 2007-108), Berlin 2007, 21 S. (Graue Literatur; URL: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2007/i07-108.pdf); Forschungsbericht/Nummer: SP I 2007-108

INHALT: "Der vergleichenden Politikwissenschaft fällt es schwer, den Aufstieg und Niedergang von Politiken, die das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bestimmen, zu verstehen. Die meisten Erklärungen hierzu ziehen strukturelle oder institutionelle Ursachen heran. In diesem Diskussionspapier wird argumentiert, dass eine fehlende Quelle nationaler Variation in unterschiedlichen Einstellungen von Wählern liegt. Während in manchen europäischen Ländern Wähler nicht an einen Zielkonflikt zwischen der Beschäftigung älterer und jüngerer Arbeitnehmer glauben, ist dies in anderen ein starkes Paradigma. Der Autor skizziert die Unterschiede in den Meinungen und diskutiert, inwiefern sie zur Erklärung von Reformprozessen beitragen. Eine Mehrebenenanalyse von Eurobarometerdaten zeigt, dass niedrige Beschäftigungsraten und hoher Kündigungsschutz eher Menschen dazu bringen, an diesen Zielkonflikt zu glauben. Der Glaube an den Zielkonflikt ist weniger das Resultat der tatsächlichen, persönlichen Situation der Wähler, als vielmehr ein Produkt dessen, wie Menschen die Funktionsweise des Arbeitsmarktes wahrnehmen." (Autorenreferat)

[316-L] Kerschbaumer, Judith:
Eine Antwort auf die "Rente mit 67": Weiterentwicklung der Altersteilzeit und neue Instrumente zum flexiblen Übergang in den Ruhestand, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 3, S. 104-109 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters muss eine erhöhte Flexibilisierung des Übergangs von der Erwerbs- in die Rentenphase einhergehen. Dabei scheint eine Weiterentwicklung der Altersteilzeit unerlässlich. Es müssen aber auch neue Instrumente geschaffen werden. Lösungsansätze werden hier vorgestellt." (Textauszug)

[317-L] Köhler, Lutz:
Pro Rente mit 67, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 62/2007, H. 6, S. 339-346

INHALT: "Auch wenn die Altersgrenze von 65 Jahren in der Regel nicht den Zeitpunkt des tatsächlichen Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente markiert, ist sie in Deutschland doch seit Generationen der Inbegriff des Rentenalters. Daher ist es nicht erstaunlich, dass die jetzt beschlossene Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre von einer breiten öffentlichen Diskussion begleitet war und angesichts der heutigen Chancen älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt auch erhebliche Skepsis hervorgerufen hat. Gleichwohl gibt es angesichts der demografischen Entwicklung zu dieser Maßnahme keine Alternative, die gleichermaßen geeignet wäre, sowohl die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig finanziell zu entlasten als auch dem künftig drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ohnehin darf die aktuelle Arbeitsmarktsituation nicht als Maßstab für die Umsetzbarkeit der erst im Jahr 2029 abgeschlossenen Altersgrenzenanhebung herangezogen werden. Der künftige Arbeitsmarkt für Ältere wird sich schon wegen der demografischen Entwicklung günstiger als heute darstellen. Begleitende Maßnahmen, zum Beispiel die 'Initiative 50plus', aber auch die Entwicklung neuer betrieblicher und tariflicher Modelle für flexible Übergänge in den Ruhestand werden dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung zu schaffen." (Autorenreferat)

[318-L] Krätke, Michael R.:
Leben und Arbeiten, Brot und Spiele: das Grundeinkommen als Sozialstaatsersatz?, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 149-164 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass in Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit, angesichts wachsender Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse, der Einstieg in das Erwerbsleben und die beruflichen Karrieren für einewachsende Zahl auch gut und hochqualifizierter junger und älterer Leute immer unsicherer werden. Ob ein Grundeinkommen möglich ist, hängt davon ab, wie universell und wie "bedingungslos" es sein kann und auf welcher Höhe es sich bewegen dürfte. Mit der Frage nach der Höhe des Minimums erhebt sich sogleich die Frage, die in allen von Verteilungskämpfen geprägten Gesellschaften als die entscheidende gesehen wird: Wer soll's bezahlen? Ohne eine Steuerreform ist eine radikale Reform der sozialen Sicherung nicht zu machen. Das Recht auf ein ökonomisches Existenzminimum gilt vor allem im Verhältnis zwischen Fiskus und Bürger. Seit es eine Einkommenssteuer gibt, gibt es ein "Existenzminimum". Ein Teil des privaten Einkommens und Vermögens soll unter allen Umständen vom Zugriff des Fiskus verschont bleiben. Das ist historisch die wichtigste und erste "Grenze der Besteuerung", auch wenn sie im Steuersenkungswettlauf der Gegenwart in Vergessenheit geraten ist. Es wird argumentiert, dass im Prinzip, und technisch gesehen, sehr vieles machbar wäre, um dem dringendsten Problem, der wachsenden Armut in den reichsten Ländern, abzuhelfen. Die möglichen und dringend notwendigen Aktionen führen zu einer bedingten Grundsicherung für viele, die sie heute brauchen. Mit Hilfe komplizierter Konstruktionen wie den Steuergutschriften könnten wir die Armutsfallen zum größten Teil beseitigen. Für die arbeitenden Armen ist ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn die wirkungsvollste Reform. Dabei wird auf das Beispiel vieler kapitalistischer Ländern hingewiesen, in denen seit langem es Mindestlöhne gibt, die auch für die Bestimmung der Untergrenze von Sozialtransfers eine wichtige Rolle spielen. (ICG2)

[319-L] Krupp, Hans-Jürgen:
Alterssicherung der Zukunft, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 2, S. 231-243 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln (38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In einer Zeit schnellen gesellschaftlichen Wandels müssen die Alterssicherungssysteme so verändert werden, dass sie eine das Leben im Alter sichernde Leistung bei tragbaren Belastungen der Erwerbstätigen erbringen. Notwendig sind: die Regelung der Verteilung zwischen Rentnern und Beitragszahlern, eine umfassende Versicherungspflicht für alle Erwachsenen, eine Umverteilung zugunsten von Niedrigeinkommen, die Entlastung von Familien verbunden mit einer eigenständigen Sicherung von Frauen und eine ergänzende kapitalgedeckte Alterssicherung." (Autorenreferat)

[320-L] Kühn, Hagen; Klinke, Sebastian:
Perspektiven einer solidarischen Krankenversicherung, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 179-202, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: "Eine soziale Krankenversicherung muss vor allem zwei wichtige Funktionen erfüllen: Erstens soll sie allen Bürgern den ungehinderten Zugang zum medizinischen Versorgungssystem ermöglichen und krankheitsbedingten Lohnausfall - nach Auslaufen der Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber - kompensieren. Zweitens soll sie dieses Versorgungssystem und damit einen großen Wirtschaftszweig mit etwa vier Millionen Arbeitskräften steuern. Es war bislang weitgehender - wenn auch schwächer werdender - politischer Konsens, dass dieser Wirtschaftszweig nicht den Mechanismen des Marktes überlassen bleiben, sondern nach demokratisch vereinbarten Regeln, wie sie im Sozialgesetzbuch V festgelegt sind, reguliert werden soll. Die Frage nach einer Zukunftsperspektive wird in diesem Kontext in einem doppelten Sinn verstanden: Einerseits geht es darum, wie die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und das größtenteils von ihr finanzierte Gesundheitswesen beschaffen sein müssen, um unter künftigen Bedingungen - soweit sie sich die Verfasser vorstellen können - funktionieren zu können. Andererseits sind GKV und Versorgungssystem Mittel zum gesundheitsund sozialpolitischen Zweck. Und es gibt Gründe zu fragen, ob die Instrumente, die diese Mittel zukunftsfähiger machen sollen, nicht den Zweck in hohem Maße beschädigen oder gar hinfällig werden lassen. Die folgenden Überlegungen zur Zukunft der GKV rücken einige spezifische Grundsachverhalte und Probleme ins Zentrum, die wahrscheinlich noch lange und über zahlreiche künftige 'Gesundheitsreformen' hinweg der Gesundheitspolitik Aufgaben stellen werden, an denen sie - gemessen an den gesundheits- und sozialpolitischen Zielen - versagen oder sich bewähren kann. Einzelheiten der aktuellen Diskussion, z.B. der Streit um Kopfpauschale oder Bürgerversicherung oder die so genannten Fonds, lassen sich erst vor diesem allgemeinen Hintergrund daraufhin bewerten, in welche der vielen möglichen Zukünfte sie im Realisierungsfall Krankenversicherung und Gesundheitswesen bewegen werden. Dabei werden die Verfasser Argumente für folgende These vorbringen: Eine universelle und solidarisch finanzierte Krankenversicherung in Deutschland hat, von den Möglichkeiten her gesehen, eine positive Perspektive. Diese wird jedoch zunehmend verbaut, je länger die Gesundheitspolitik im Kern nicht darüber hinauskommt, lediglich Anwendungsfall einer "angebotsorientierten" Wirtschafts- und Finanzpolitik zu sein, statt die relevanten Probleme ihres Feldes auf feldspezifische Weise zu lösen. Die so reduzierte Politik sieht im Gesundheitssys-

tem primär eine Belastung der Lohnkosten, in dem Glauben, Senkungen des Arbeitgeberbeitrags seien die zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung." (Textauszug)

[321-L] Leinert, Johannes:
Altersvorsorge: Wie kann freiwilliges Vorsorgesparen gefördert werden?: eine ökonomische Analyse, (Europäische Schriften zu Staat und Wirtschaft, 17), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 202 S., ISBN: 978-3-8329-1653

INHALT: Staatlich geförderte Angebote zur Altersvorsorge werden bislang nur wenig genutzt. Leinert fragt in seiner mikroökonomisch angelegten Arbeit nach den Ursachen dieser zögerlichen Haltung (137) und den Bedingungen für die Bildung einer Vorsorgeersparnis. Dabei geht er von der Feststellung aus, dass der Verbreitungsgrad von staatlich geförderten Instrumenten zur freiwilligen Altersvorsorgung wie z. B. der Riester-Rente bislang relativ gering ist. Die Untersuchung ist auf die Nachfrageseite beschränkt. Im Mittelpunkt stehen modelltheoretische Betrachtungen und Überlegungen, auf deren Grundlage der Autor Ansatzpunkte und Empfehlungen für eine Förderung des Vorsorgesparens und eine Vereinfachung der Vorsorgeplanung ableitet. (ZPol, NOMOS)

[322-L] Lindecke, Christiane; Voss-Dahm, Dorothea; Lehndorff, Steffen:
Altersteilzeit: Erfahrungen und Diskussionen in Deutschland und anderen EU-Ländern, (Arbeitspapier / Hans-Böckler-Stiftung, 142), Düsseldorf 2007, 75 S. (Standort: IAB-90-0DE0-30 9800 BT 866; Graue Literatur; URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_142.pdf)

INHALT: "Zum 31.12.2009 läuft die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit aus. Das Altersteilzeitgesetz besteht darüber hinaus jedoch fort. Daher melden sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit Vorschlägen zu Wort, wie die Altersteilzeit sich zukünftig gestalten sollte. Die Positionen lassen sich mit den beiden Polen 'Beibehalten des Blockmodells und der Vorruhestandsregelung' versus 'Neuorientierung der Altersteilzeit hin zu einem lebenslaufbezogenen Modell mit der Perspektive einer verlängerten Lebensarbeitszeit' beschreiben. An diese Debatte knüpft dieser Literaturbericht an. Wir geben einen Überblick über die historische Entwicklung der Altersteilzeit sowie über Inhalt und Ziele des Altersteilzeitgesetzes. Die Ausführungen über Umfang und Formen der Nutzung der Altersteilzeit machen deutlich, dass die 'echte Teilzeit' im Unterschied zum Blockmodell nur in einem verschwindend geringen Teil der Betriebe umgesetzt wird. Für die meisten Unternehmen und auch den überwiegenden Teil der Beschäftigten hat die Altersteilzeit daher vorher bestehende Vorruhestandsregelungen abgelöst mit der Folge, dass Beschäftigte vor Erreichen der regulären Rentenaltersgrenze vorzeitig in den Ruhestand gehen. Auffallend ist allerdings, dass in kleineren Betrieben, insbesondere im Handwerk, die Grundidee der Altersteilzeit - ältere Beschäftigte vermitteln Wissen und Erfahrung an junge Beschäftigte, während sie ihre Arbeitsbelastung durch eine reduzierte Arbeitszeit senken - umgesetzt wurde. Die Erfahrungen mit graduellen Ausstiegspfaden und besonders der Altersteilzeit in Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden geben einen Einblick in die Such- und Experimentierprozesse in anderen europäischen Ländern, die Beschäftigungsquote Älterer zu erhöhen. Der politische Wille ist auch dort, die konkreten institutionellen Regelungen so auszugestalten, dass sich Beschäftigte für einen längeren Verbleib im Erwerbssystem entscheiden. Am Beispiel Schweden wird allerdings deutlich, dass Regulierungen für den graduellen Ausstieg auch in

die entgegengesetzte Richtung wirken können: Insbesondere wenn die Altersteilzeit über Subventionen attraktiv gemacht wird, kann von ihr der Impuls zur Reduzierung des Arbeitsangebots Älterer ausgehen, wenn nämlich Beschäftigte ohne die Altersteilzeit ihre Arbeitszeit auch mit zunehmendem Alter unverändert beibehalten hätten. Neben Ausführungen über die Situation in Finnland und Dänemark stellen wir auch die niederländische 'Lebenslaufregelung' vor, in der der Ausstieg aus dem Erwerbsleben in ein lebensphasenspezifisches Arbeitzeitkonto eingebettet ist." (Autorenreferat)

[323-F] Lutz, Roman, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Geht die Arbeitslosenversicherung in Rente? Eine kombinierte, private Arbeitslosen- und Rentenversicherung als neues Sozialversicherungsmodell

INHALT: Die intrapersonell negative Korrelation von individuellem Arbeitslosigkeitsrisiko und Langlebigkeitsrisiko macht eine Versicherung dieser beiden Risiken innerhalb eines Versicherungsproduktes sinnvoll. Hierdurch würde zum einen die private Versicherbarkeit des Arbeitslosigkeitsrisikos gestärkt, zum anderen negativen Umverteilungseffekten in der (gesetzlichen und privaten) Rentenversicherung entgegengewirkt. Ziel ist es - basierend auf empirischen Analysen des SOEP sowie von Rentenversicherungsdaten und Daten der Bundesagentur für Arbeit - ein Prämienkalkulationsmodell zu entwickeln, welches beide Risiken individuell risikoäquivalent berücksichtigt und dadurch neue Diversifikationspotentiale erschließt.
METHODE: Die Risiken arbeitslos zu werden und arbeitslos zu bleiben sowie die individuell zu erwartende Rentenbezugsdauer werden mittels ökonometrischer Modelle geschätzt, um ein Prognosemodell für die zu erwartenden individuellen Kosten aus Arbeitslosigkeit und Rentenbezug zu erstellen. *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten. Sekundäranalyse von Aggregatdaten.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Lutz, Roman: Was spricht eigentlich gegen eine private Arbeitslosenversicherung. in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Bd. 96, 2007, H. 2, S. 169-208.
ART: *BEGINN:* 2005-04 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB-
INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik (Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0911-1795950, e-mail: roman.lutz@iab.de)

[324-L] Matsumoto, Katsuaki:
Reformen der sozialen Sicherungssysteme in Japan und Deutschland angesichts der alternden Gesellschaft: vergleichende Studie zur gesetzlichen und privaten Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, (Studien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Bd. 39), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 171 S., ISBN: 978-3-8329-2744-8 (Standort: UB Köln(38)-34A8321)

INHALT: Die Wohlfahrtsstaaten Deutschland und Japan stehen derzeit vor ähnlichen Herausforderungen. Da die demographischen Prozesse in beiden Länden ähnliche Tendenzen aufweisen, ist ein Vergleich der eingeschlagenen Sozialreform-Maßnahmen von großem Interesse. Die Studie vermittelt Kenntnisse des japanischen Sozialversicherungsrechts und insbesondere dessen aktueller Reformen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der deutschen Rechtsent-

wicklung und wird aus dem Blickwinkel eines japanischen Rechtswissenschaftlers betrachtet. In dieser Perspektive wird gezeigt, welche Aspekte vor dem Hintergrund eines fremden Rechtssystems und einer fremden Rechtskultur für wichtig gehalten und wie die unterschiedlichen Reformmaßnahmen bewertet werden. Damit wird eine Sicht erschlossen, die sowohl neue Einschätzungen des eigenen Rechts als auch Rückschlüsse für die rechtsvergleichende Arbeit vermittelt. Vor dem Hintergrund der vergleichbaren Problemlage werden die gesetzliche und private Krankenversicherung und Pflegeversicherung, die Rentenversicherung sowie die betriebliche und private Altersversorgung untersucht. Die Betrachtung verdeutlicht vor allem, dass vergleichbare Probleme nicht immer zu vergleichbaren Lösungen trotz aller länder- und kulturspezifischen Unterschiede führen und dass es nicht unbedingt eine gemeinsame Modernisierungstendenz mit konvergenten Entwicklungen gibt. In beiden Ländern existieren unterschiedliche normative Leitvorstellungen, die sich institutionell verfestigt haben und trotz ähnlicher Reformmaßnahmen zu langfristigen Unterschieden führen. (ICH)

[325-L] Mohr, Katrin:
Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat: Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 271 S., ISBN: 978-3-531-15280-6

INHALT: "Die Studie untersucht am Beispiel der Arbeitslosensicherung und der Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland, wie Wohlfahrtsstaaten soziale Exklusion strukturieren. Sie zeigt die inklusiven und exklusiven Mechanismen und Logiken der Systeme der sozialen Sicherung bei Einkommensarmut und Erwerbslosigkeit in beiden Ländern und geht den möglichen Konsequenzen nach, die sich aus der Verfasstheit dieser Sicherungssysteme sowie ihrem Wandel für Prozesse sozialer Ausgrenzung ergeben. Indem die Autorin die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung mit der Analyse sozialer Ungleichheit verknüpft, leistet sie einen Beitrag zur Soziologisierung der Sozialpolitikforschung sowie zu einer in Deutschland noch wenig entwickelten Ungleichheitsforschung mit institutionellem Fokus." (Autorenreferat)

[326-L] Moser, Maria Katharina:
Inklusion und Integration durch Grundeinkommen?, in: Christiane Eckstein, Alexander Filipovic, Klaus Oostenryck (Hrsg.): Beteiligung - Inklusion - Integration : sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster: Aschendorff, 2007, S. 127-140, ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: Das Prinzip des Grundeinkommens ist, allen Bürgern eine Basisleistung auszuzahlen, die an keinerlei weitere Bedingungen geknüpft und mit jeder anderen Art eines zusätzlichen Einkommens kumulierbar ist. Die Verfasserin fragt im vorliegenden Beitrag nach dem Integrations- und Inklusionspotenzial des Grundeinkommens. Hierzu setzt sie sich mit den Positionen von Armin Nassehi, Uwe Schimank und Wilhelm Heitmeyer auseinander. Damit macht sie die Notwendigkeit deutlich, den normativen Gehalt der Begriffe Inklusion und Integration in der Begründung des Grundeinkommens genauer zu bestimmen, um das Grundeinkommen nicht mit normativen Erwartungen zu überladen. (ICE2)

[327-L] Müller, Kai-Uwe:
Observed and unobserved determinants of unemployment insurance benefit sanctions in Germany: evidence from matched individual and regional administrative data, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 2007-107), Berlin 2007, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2007/i07-107.pdf)

INHALT: "Der Beitrag untersucht individuelle und regionale Determinanten von Sanktionen, die Unterstützungsleistungen arbeitsloser Leistungsempfänger in Deutschland mindern. Auf Basis von neu verfügbaren Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit werden sanktionierte und unsanktionierte Leistungsempfänger verglichen. Zudem wird ein multivariates Abgangsratenmodell in diskreter Zeit spezifiziert, das unbeobachtete Heterogenität auf individueller und regionaler Ebene kontrolliert. Dabei zeigt sich, dass Arbeitslose in ganz unterschiedlichem Maße von Sanktionen betroffen sind: Beispielsweise erhalten jüngere Menschen unter 25 Jahren Sanktionen mit höherer Wahrscheinlichkeit als Ältere über 50 Jahre, Schwerbehinderte oder hoch qualifizierte Leistungsempfänger. Das individuelle Sanktionsrisiko ist nicht ausschließlich vom Verhalten des Arbeitslosen, sondern ebenso von der Sanktionierungspolitik der regionalen Arbeitsagenturen abhängig." (Autorenreferat)

[328-L] Naegele, Gerhard:
Für eine "demografiesensible" Beschäftigungs-, Altersgrenzen- und Lebenslaufpolitik, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 56/2005, Nr. 4, S. 14-21 (Standort: USB Köln(38)-XG3336; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zur sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland beleuchtet den Reformbedarf bzw. das Reformprogramm für die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der demografischen Alterung und der damit einhergehenden Veränderungen im Erwerbspersonenpotenzial. Dabei proklamiert der Autor mit Blick auf eine anzustrebende Ausweitung der Erwerbsbeteiligung Älterer folgende Veränderungen: (1) die Überwindung der Frühverrentung, (2) die Ausarbeitung umfassender integrierter Politikkonzepte, (3) die Prüfung der bisherigen Altersgrenzenregelungen, (4) die Berücksichtigung der 'Lebenslauforientierung' in der Renten- und Altersgrenzenpolitik sowie (5) eine 'demografiesensible Lebenslaufpolitik'. (ICG)

[329-L] Nguyen, Tristan:
Anreizwirkung unterschiedlicher Finanzierungsformen des Gesundheitssystems auf das Angebot, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium : Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt, Jg. 36/2007, Nr. 9, S. 441-447 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1242; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Eine grundlegende Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems zählt in der öffentlichen Meinung zu den dringendsten Aufgaben der Politik in den nächsten Jahren. In der Diskussion stehen sich zwei scheinbar konträre Finanzierungskonzepte gegenüber, nämlich die Bürgerversicherung und die Kopfpauschale. Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es, die Anreizwirkungen dieser Reformvorschläge im Hinblick auf das individuelle Arbeitsangebot aus modelltheoretischer Sicht zu durchleuchten. Dabei hat sich die Kopfpauschale aus an-

reiz- und nutzentheoretischer Sicht im Vergleich zur Bürgerversicherung als die bessere Option entpuppt. Die konkrete Umsetzung der Kopfpauschale bedarf einer weiteren Diskussion." (Autorenreferat)

[330-L] Niehaus, Frank:
Alter und steigende Lebenserwartung: eine Analyse der Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben, Köln 2006, 155 S., ISBN: 978-3-9810070-4-6 (Graue Literatur; URL: http://www.wip-pkv.de/uploads/tx_nppresscenter/WIP-nie.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Studie befasst sich mit der Frage, wie sich die steigende Lebenserwartung auf die Ausgaben im Gesundheitssystem auswirkt. Dabei ist vor allem die Frage zu beantworten, ob es eine Kompression oder Medikalisierung im Gesundheitswesen gibt. Es werden empirische Leistungsausgaben eines privaten Krankenversicherers ausgewertet und zusätzlich die Daten der GKV berücksichtigt, um die tatsächlichen Auswirkungen der Erhöhung der Lebenserwartung der letzten Jahre auf die Gesundheitsausgaben zu analysieren. Eine in der Literatur beschriebene Kompression der Morbidität auf der Lebensqualitätsebene führte in der Vergangenheit nicht zu einem kostensenkenden Effekt. Auch eine geringere finanzielle Beanspruchung des Gesundheitssystems durch eine Erhöhung der Sterbealter zeigt sich nicht in den Daten. Im Gegenteil: Auch die Ausgaben vor dem Tod sind trotz höherer Lebenserwartung gestiegen. Mit der steigenden Zahl von alten und sehr alten Menschen kommt wohl auch weiterhin eine große Belastung auf das Gesundheitssystem und auf die Gesellschaft zu. Auf diesen Sachverhalt sollte sich die Gesundheitspolitik einrichten." (Textauszug)

[331-L] Nürnberger, Ingo:
Rente mit 67: die gewerkschaftliche Ablehnung der Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 62/2007, H. 6, S. 347-357

INHALT: "Der Vortrag begründet, warum die Gewerkschaften die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters so vehement ablehnen. Gleichzeitig beschäftigt er sich mit den Vorwürfen mancher Befürworter, die Gewerkschaften würden die Realität des demografischen Wandels ignorieren und hätten offensichtlich den Willen verloren, künftige Entwicklungen positiv mitzugestalten. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit auch im nächsten Jahrzehnt nur langsam sinkt. Dies zeigen auch die Modellberechnungen und Annahmen der Bundesregierung selbst. Ältere Arbeitnehmer tragen dabei die Hauptlast und seien überproportional unter den Langzeitarbeitslosen vertreten. In einem solchen Umfeld das Rentenalter anzuheben und damit den Druck zu erhöhen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, ist sozialpolitisch und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters ist sozialpolitisch auch deswegen so bedenklich, weil der Gesetzgeber keine ernst zu nehmende soziale Flankierung beschlossen hat. Arbeitnehmer, die es aus gesundheitlichen Gründen nicht schaffen, bis zum 67. Lebensjahr in Arbeit durchzuhalten, werden häufig durch das Raster der engen Kriterien der Erwerbsminderungsrente fallen. Auch die arbeitsmarktpolitische 50-plus-Initiative der Bundesregierung verschafft gesundheitlich belasteten Menschen oder Arbeitnehmern mit niedrigen oder veralteten Qualifikationen in einem viel zu geringen Maße neue Chancen. Das 'Ausfransen' der Erwerbsbiografien zum Ende des Erwerbslebens hin mit Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Krankengeldbezugs, mit dem Rückzug in

die 'Stille Reserve' und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse - wird zunehmen und erhebliche negative Auswirkungen auf die soziale Lage der älteren Bürger haben. Die Gewerkschaften werden die Prüfung des Arbeitsmarkts, die das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz für das Jahr 2010 vorschreibt, deshalb sehr ernst nehmen. Die Gewerkschaften werden sich an der Verbesserung der Lage der älteren Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt beteiligen. Abgelehnt wird, den Schaden, den der Gesetzgeber mit der Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters selbst anrichtet, zu beheben. Die Tendenz, bislang staatliche und solidarisch geregelte Aufgaben auf die Tarifpartner und Betriebspartner zu überwälzen, ist bereits in den vergangenen 20 Jahren sehr stark gewesen. Der Vortrag zeigt auch auf, dass die gesetzliche Rentenversicherung erheblichen Bedarf an sozialen Reformen hat. Die Erwerbsminderungsrente wird ihrer Schutzfunktion nur noch unzureichend gerecht. Gleichzeitig sichert die gesetzliche Rentenversicherung die flexibler und prekärer werdenden Erwerbsbiografien auch für das Alter nicht mehr umfassend ab. Deshalb müssen der soziale Ausgleich zugunsten von Menschen mit längeren Phasen des Niedrigverdienstes gestärkt, die Zeiten der Arbeitslosigkeit besser abgesichert und die Erwerbstätigenversicherung eingeführt werden." (Autorenreferat)

[332-L] Opielka, Michael:
Grundeinkommen als Sozialreform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 3-10 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: Die Bundesrepublik Deutschland wird im Grundgesetz als sozialer Rechtsstaat ausgewiesen. Dieser Staatszielbestimmung wird im wesentlichen durch einen Mix sozialer Sicherungssysteme nachgekommen, die als zentrale Systemprinzipien den deutschen Sozialstaat kennzeichnen: die Fürsorge, die Versorgung und die Sozialversicherung. Seit 2003 wird auch in Deutschland die Bürgerversicherung als viertes Sicherungssystem diskutiert, das bei vielen europäischen Nachbarn, z.B. in der Schweiz und den Niederlanden seit längerer Zeit existiert. Der Autor diskutiert nach einem Überblick über die Einkommenssicherung im Sozialstaat die Möglichkeiten eines garantierten, bedingungslosen Grundeinkommens am Beispiel einer "Grundeinkommensversicherung" und eines "Solidarischen Bürgergeldes", welche Gegenstand einer regen Reformdebatte sind. Verfechter einer Politik der "Aktivierung" befürchten, dass ein Grundeinkommen die moralischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates erodiert, indem Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Leistungsmotivation zurückgedrängt werden. Differenzierte Analysen auf der Grundlage des "European Values Survey" belegen jedoch, dass der Wohlfahrtsstaat das sogenannte Sozialkapital stabilisiert und fast durchweg stärkt. Der Optimismus der Befürworter eines Grundeinkommens dürfte daher nach Einschätzung des Autors berechtigt sein. (ICI2)

[333-L] Osbild, Reiner:
Meltdown öffentlicher Anleihen als Sprengsatz für die kapitalgedeckte Altersvorsorge im demografischen Umbruch, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 12, S. 293-300 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die ungünstige demografische Entwicklung in Deutschland birgt nicht nur Gefahren für die umlagefinanzierten Sozialsysteme. Auch die kapitalgedeckten privaten und betriebli-

chen Rentenversicherungen könnten in eine Schieflage geraten, da sie in nicht unwesentlichem Umfang öffentliche Anleihen halten. Da aber die BIP-Entwicklung und in ihrem Gefolge die öffentlichen Einnahmen einem starken Druck unterliegen werden, der von der Ausgabenseite kaum aufgefangen werden kann, dürfte die öffentliche Neuverschuldung dramatisch steigen, die Bonität Deutschlands abnehmen und die Anleihen an Wert verlieren. Insbesondere eine nicht antizipierte Krise an den Bondmärkten wäre verheerend für die Investoren. Die Risikoprämie auf Aktien sollte in einem solchen Szenario entgegen landläufiger 'Asset-Meltdown'- Theorien stark abschmelzen. Trägern betrieblicher und privater Altersvorsorgesysteme wird eine Erhöhung der Aktienquote vorgeschlagen." (Autorenreferat)

[334-L] Peter, Waltraut:
Dänemarks "flexicurity" - kein Vorbild für Deutschland, in: IW-Trends : Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 34/2007, H. 2, S. 69-84 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.iw-koeln.de/data/pdf/content/trends02_07_4.pdf)

INHALT: "Seit Dänemark es geschafft hat, seine Arbeitslosenquote mehr als zu halbieren, gilt sein System der 'flexicurity' als vorbildlich. Dabei steht 'flexicurity' für eine Kombination von vergleichsweise geringem Kündigungsschutz und einer im internationalen Vergleich großzügigen Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit. Eine genaue Analyse zeigt allerdings, dass das dänische System aus verschiedenen Gründen kein Vorbild für Deutschland sein kann. Besonders die deutlich unterschiedlichen Sozialstaatsmodelle und Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und Dänemark verdeutlichen dies. Gleichwohl eignet sich Dänemark als Beispiel, um zu zeigen, wie bedeutsam Wertvorstellungen für die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme sein können." (Autorenreferat)

[335-L] Potrafke, Niklas:
The timing of employment breaks: how does it affect pension benefits?: empirical evidence from Germany, (DIW Diskussionspapiere, 710), Berlin 2007, 30 S. (Graue Literatur; URL: http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp710.pdf)

INHALT: "This paper provides empirical evidence how the timing of employment breaks affects pension benefits in Germany. Analysing the biographical data set from the German Pension Insurance (SUF VVL 2004) the employment histories of individuals aged 21 to 60 can be mirrored in detail. We relate differences in pension benefits to employment breaks due to unemployment and parental leave in the individual life cycle, distinguishing by gender. Three different career phases (early, middle and late) are distinguished and respective social policy phases are considered. As predicted by human capital theory, the losses due to career interruptions in the early and middle employment period differ. However, the negative effects due to unemployment in the late employment period are only weak. This finding detects special characteristics of the covered age-groups in the data set." (author's abstract)

[336-L] Raffelhüschen, Bernd; Schoder, Jörg; Schmähl, Winfried; Priddat, Birger P.; Nullmeier, Frank:
Benachteiligt die Überalterung der Gesellschaft die Jüngeren?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 3, S. 143-158 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Generationenbilanzen zeigen, dass die Jüngeren durch die demographische Entwicklung erheblich belastet werden. Was versteht man unter 'Generationengerechtigkeit'? Sind Renditevergleiche von sozialen Sicherungssystemen zwischen den Generationen aussagekräftig? Welche Folgen hat die Alterung der Bevölkerung für die wirtschaftliche Entwicklung? Wie werden die politischen Entscheidungen beeinflusst? Sollte ein Generationenvertrag zur Bildung geschlossen werden?" (Autorenreferat)

[337-L] Rätz, Werner; Paternoga, Dagmar; Steinbach, Werner:
Grundeinkommen: bedingungslos, (AttacBasisTexte, 17), Hamburg: VSA-Verl. 2005, 96 S., ISBN: 3-89965-141-3

INHALT: 'There is no such thing as a society.' - Dieser Aussage der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher widerspricht die globalisierungskritische Bewegung Attac mit dem Slogan 'Eine andere Welt ist möglich'. Diese andere Welt bedeute soziale Sicherheit für alle, auch für diejenigen, die keine Arbeit haben. Sie lasse sich durch ein bedingungsloses, bedarfsunabhängiges Grundeinkommen erzielen - weltweit. Attac Deutschland hat dieses Konzept in einer Arbeitsgruppe 'Es ist genug für alle da' erarbeitet, der zwei der Autoren angehören. Dieses wird in der Publikation vorgestellt und seine Bedeutung für die moderne Arbeitsgesellschaft wie die internationale Solidarität diskutiert. Außerdem fragt das Autorentrio nach den Bedingungen einer möglichen Verwirklichung des 'Existenzgeldes'. Einzelne ausgearbeitete Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens werden ebenso vorgestellt wie Finanzierungsvorschläge und es finden sich Hinweise zur weiteren Auseinandersetzung. (ZPol, NOMOS)

[338-F] Reiner, Frank, Dipl.-Kfm.; Rogalla, Ralph, Dipl.-Volksw.; Sebastian, Steffen, Dr.; Stamos, Michael, Dipl.-Kfm.; Busse, Christian (Bearbeitung); Maurer, Raimond, Prof.Dr.; Dus, Ivica, Dr. (Leitung):
Alterssicherung

INHALT: Aufgrund der Probleme der gesetzlichen Alterssicherungssysteme gewinnt die betriebliche und private Alterssicherung zunehmend an praktischer Bedeutung und damit auch an wirtschaftwissenschaftlicher Relevanz. Neben den traditionellen Vorsorgeprodukten (etwa Investmentfonds, Kapitallebensversicherung, Banksparplan, Wohnungseigentum) werden zunehmend auch innovative Produkte (Altersvorsorge-Sondervermögen, AS-Investmentrente, Aktienindexgebundene Lebensversicherung u.a.) als Alterssicherungsinstrumente angeboten. Für den Nachfrager nach solchen Ergänzungs- bzw. Ersatzprodukten für die gesetzlichen Sicherungssysteme stellen dabei deren Sicherheit, Rentabilität und Flexibilität wichtige Qualitäts- und damit Entscheidungsmerkmale dar. Zielsetzung ist es, finanzwirtschaftlich fundierte Aussagen über effiziente Altersversorgungsprogramme finden. Mitwirkende Institution: The

Pension Research Council, siehe unter: http://www.pensionresearchcouncil.org/ . Für weitere Informationen zum Projekt siehe unter: http://www.pension-systems.de/ .

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Abteilung Finanzen Lehrstuhl für Investment, Portfolio Management und Alterssicherung (Postfach 111932 (58), 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Dus, Ivica (Dr. Tel. 069-798-25224, Fax: 069-798-25228, e-mail: dus@wiwi.uni-frankfurt.de)

[339-L] Röger, Hardy:
Alterssicherung von atypisch Beschäftigten, Bremen 2007, XIV, 274 S. (Graue Literatur; URL: http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=98339881x&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=98339881x.pdf)

INHALT: Im Mittelpunkt der Dissertation steht die soziale Sicherheit atypisch Beschäftigter im Rentenalter. Der Rückgang von Normalarbeitsverhältnissen und die Zunahme atypischer Beschäftigung ist empirisch belegt und wird durch unterschiedliche ökonomische Theorien erklärt. Vor- und Nachteile sowie Motive atypischer Beschäftigung aus Sicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden erläutert. Die einschlägige Rechtslage und die Rentenreformen seit 1990 werden daraufhin untersucht, inwieweit sie Bestimmungen enthalten, die für die Alterssicherung atypisch Beschäftigter relevant sind. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die finanzielle Sicherheit im Alter in der Regel unzureichend ist. Abschließend werden mögliche Verbesserungen der Alterssicherung atypisch Beschäftigter, die auf dem Konzept der Flexicurity beruhen, diskutiert. (IAB)

[340-L] Scheiwe, Kirsten (Hrsg.):
Soziale Sicherungsmodelle revisited: Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht und ihre Geschlechterdimensionen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 199 S., ISBN: 978-3-8329-2687-8

INHALT: "Wie haben sich die Leitmodelle der Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht verändert? Inwieweit wurde das Ziel der eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen unabhängig vom traditionellen 'Versorgermodell' erreicht? Kann das Familienrecht sozial sichernd wirken? Welcher Reformbedarf besteht? Diese Fragen werden aus rechts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht. Unterschiedliche Rechtsbereiche werden diskutiert: Antidiskriminierungsrecht und mittelbare Diskriminierung (Bieback), Recht der Beschäftigungsförderung und Grundsicherung nach dem SGB II (Berghahn und Spindler), Sozialversicherungsrecht und Anerkennung von Familienarbeit (Kemper), sozialrechtliche Leitmodelle (Scheiwe) und das neue Elterngeld (Wersig) sowie die familienrechtliche Existenzsicherung (Willekens und Schuler-Harms zur Ehe und Reregulierung kindbezogener Pflichten, Meder zum Geschiedenenunterhalt sowie Flügge zum Unterhaltsrecht und dem 'Familienernährer'). Sozialwissenschaftliche Beiträge beschäftigen sich mit der Moralökonomie der Sozialstaatsreform (Lessenich) und empirischen Ergebnissen zu Einstandspflichten in Paarbeziehungen (Künzel). Am Ende steht ein Plädoyer für eine 'Sozialpolitik zweiter Ordnung', die bei Reformen Wechselwirkungen zwischen Familien- und Sozialrecht und das Gleichstellungsgebot berücksichtigt. Das Buch richtet sich an juristisch und sozialpolitisch Interessierte,

die sich mit dem Thema der Existenzsicherung durch Familien- und Sozialrecht und ihren gleichstellungspolitischen Aspekten beschäftigen." (Autorenreferat)

[341-L] Schmähl, Winfried:
Kriterien zur Beurteilung der weiteren Altersgrenzenanhebung in der GRV, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 9, S. 592-599 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im April 2007 ist die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen worden. Der Beitrag untersucht, ob mit der gleichzeitig eingeführten Prüfklausel Möglichkeiten geschaffen wurden, die beschlossene Altersregelung noch zu modifizieren. Mit der Frage, ob der Prozess der Anhebung der Altersgrenzen im Prinzip noch reversibel ist, werden zugleich Überlegungen zur Konkretisierung der Prüfklausel verbunden. Indikatoren der Arbeitsmarktsituation und der wirtschaftlichen und sozialen Lage Älterer werden als Kriterien für eine Entscheidung, ob die gesetzliche Regelung beibehalten oder geändert werden soll, diskutiert. Aus Sicht des Autors muss die Beurteilung der Altersgrenzenanhebung im Zusammenhang mit der für die GRV insgesamt eingeschlagenen Entwicklungsstrategie gesehen werden. Danach sollen nach dem Willen des Gesetzgebers zusätzliche Steuermittel für die Altersvorsorge allein in die Förderung der privaten und der über Betriebe abgewickelten kapitalfundierten Altersicherung fließen. Der Beitrag entwickelt dazu eine Alternative, in die eine Anhebung der Altersgrenzen 'sozialverträglich' eingebettet werden könnte. Diese geht von einem sachgerechten Ausbau der Steuerfinanzierung in der GRV aus, um das Leistungsniveau zu erhalten und eine starke Verknüpfung zwischen dem eigenen Vorsorgebeitrag und der späteren Rentenleistung zu erreichen. Nach Meinung des Autors sollte die öffentliche Auseinandersetzung nicht auf die Altersgrenzenproblematik verengt, sondern diese Auseinandersetzung auf eine Veränderung der Umbaustrategie in der deutschen Alterssicherung konzentriert werden. (IAB)

[342-L] Schmähl, Winfried:
Soziale Sicherung im Lebenslauf: finanzielle Aspekte in längerfristiger Perspektive am Beispiel der Alterssicherung in Deutschland, (ZeS-Arbeitspapier, Nr. 9/2007), Bremen 2007, 43 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zes.uni-bremen.de/pages/arbeitspapierBeschreibung.php?ID=265&SPRACHE=de)

INHALT: "Zunehmende Risiken im Lebenslauf und die Forderung nach vermehrter individueller Flexibilität stellen eine Herausforderung für die adäquate Gestaltung sozialer Sicherung dar, z.B. für die Alterssicherung. In diesem Beitrag wird dargestellt, wie 'soziale Risiken' in öffentlichen und (subventionierten) privaten Alterssicherungssystemen (einschließlich betrieblicher Einrichtungen) berücksichtigt werden. Dies erfolgt am Beispiel der Situation in Deutschland. Ein solcher Vergleich unterschiedlicher Sicherungssysteme wird um so wichtiger, da in vielen Ländern die Rolle des Staates als 'Produzent' sozialer Leistungen reduziert wird. Ausgehend von Zielen und Konzeptionen zur Gestaltung sozialer Sicherung im Alter stehen im Zentrum dieses Beitrags Auswirkungen verschiedener Typen öffentlicher und privater Alterssicherungssysteme auf die Einkommenslage im Alter bei Eintritt bestimmter sozialer Risiken, wie Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege von Kindern. Dabei wird der Einsatz unterschiedlicher Instrumente - unter ihnen der von Zeitkonten - be-

trachtet. Schließlich wird die Verlagerung von Risiken und Verantwortung im Falle zumindest partieller Privatisierung sozialer Sicherung diskutiert - Verlagerungen vom Staat auf private Haushalte, von Arbeitgebern auf Arbeitnehmer. Für den Fall, dass private Sicherungssysteme obligatorisch werden, ist zu erwarten, dass sie mit zu einem Instrument der staatlichen Sozialpolitik werden und manche der sozialen Risiken zu berücksichtigen haben, wie dies bislang in staatlichen Systemen erfolgte." (Autorenreferat)

[343-L] Seligmann, Michael:
Weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion: Expertise im Auftrag des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Unhaltbarkeit der These von der Kostenexplosion im SGB II und zum tatsächlichen Finanzspielraum für notwendige Hilfeleistungen, Düsseldorf 2006, 19 S. (Graue Literatur; URL: http://www.diakonie-rheinland.de/dateien/Seligmann_131206.pdf)

INHALT: "In der Diskussion um die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Sozialgesetzbuch II (SGB II) ist oft die Rede davon, die Leistung werde missbraucht, die Sanktionsregelungen seien zu weich, die materiellen Leistungen seien zu üppig ausgestattet und insgesamt würden die Kosten seit der Einführung 'explodieren'. In dieser Expertise wird den Gründen nachgegangen, wie es zu unrealistischen Vorstellungen über die Nutzung des neuen Leistungssystems SGB II kommen konnte, in welchem Ausmaß ein Missbrauch der Leistungen nachgewiesen vorliegt, wo der finanzielle Gewinn des SGB II zu verorten ist und in welchem Maße die durchaus beeindruckenden Gesamtausgabemittel für eine Eingliederung in die Erwerbsgesellschaft ungenutzt bleiben." (Autorenreferat)

[344-L] Siegrist, Hans; Dragano, Nico:
Rente mit 67 - Probleme und Herausforderungen aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht, (Arbeitspapier / Hans-Böckler-Stiftung, 147), Düsseldorf 2007, 31 S. (Graue Literatur; URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_arb_147.pdf)

INHALT: Im ersten Teil des Gutachtens werden die Auswirkungen langjähriger beruflicher Belastungen auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit älterer Beschäftigter an Hand neuer Ergebnisse der internationalen Forschung dargestellt. Es erfolgt eine Zusammenstellung von Ergebnissen aus internationalen epidemiologischen Studien, welche arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren in drei Bereichen systematisch untersucht habe: Muskel-Skelett-Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Krankheiten und depressive Störungen. Für physische Arbeitsbelastungen, für arbeitsbezogene Belastungen (v.a. Schicht- und Nachtarbeit) sowie für psychosoziale Arbeitsbelastungen werden die relativen Risiken einer Neuerkrankung bei entsprechender Exposition ermittelt, ebenso wie die erhöhten Wahrscheinlichkeiten einer krankheitsbedingten Frühberentung. Die Identifizierung und Messung psychosozialer Arbeitsbelastungen orientiert sich an drei theoretischen Modellen, dem Anforderungs-Kontroll-Modell (Modell 1), dem Modell beruflicher Gratifikationskrisen (Modell 2) und dem Modell der Organisationsungerechtigkeit (Modell 3). Die Ergebnisse verweisen je nach Expositionsart, -dauer und Krankheitsbild auf erhöhte Erkrankungswahrscheinlichkeiten in einem Schwankungsbereich von 30 Prozent bis 150 Prozent. Besonders bedeutsam sind Befunde zu stark erhöhten Krankheitsrisiken bei älteren Beschäftigten, die zugleich physische und psychosoziale Arbeitsbelastungen erfahren. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass mindestens ein Viertel der entsprechenden Krank-

heitslast bei älteren Beschäftigten auf die untersuchten belastenden Arbeitsbedingungen zurück zu führen ist. Im abschließenden Teil des Gutachtens werden praxisbezogene Vorschläge auf der Basis dargestellter Befunde entwickelt, mit dem Ziel, durch verstärkte Bemühungen um eine verbesserte Qualität der Arbeit zum Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit älterer Beschäftigter beizutragen. (IAB)

[345-L] Sirmoglu, Avji; Streckeisen, Peter:
Das Grundeinkommen: kapitalistische Utopie oder linke Perspektive, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 177-184 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3 504)

INHALT: Die Verfasser stellen einleitend fest, dass die Diskussionen über das Grundeinkommen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen scheinen. So wird die Grundeinkommensidee sowohl von sozial- und wirtschaftsliberalen Kreisen propagiert als auch in kapitalismuskritischen und grün-alternativen Zusammenhängen kontrovers diskutiert. Sie vertreten die These, dass in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt relativiert werden soll. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit, und es muss mindestens gegen diese Form von Arbeit wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinausweist. Sie argumentieren, dass der Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen mit den wichtigen politischen Themen verbunden werden muss. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn die Finanzierung durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen gewährleistet wird, bestehende soziale Sicherungssysteme nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst werden und die Höhe des Grundeinkommens sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen bewegen darf. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. (ICG2)

[346-F] Söhnlein, Doris, Dipl.-Math. (Bearbeitung); Fuchs, Johann, Dr. (Leitung):
Künftige Altersstruktur der Beschäftigten und Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung

INHALT: Ein des Wissens der Forscher bislang nicht hinreichend untersuchter Faktor ist die Altersstruktur der Beschäftigten und ihr Einfluss auf die Einnahmen der GRV. Denkbar wäre es beispielsweise, dass - bei gleichbleibender Gesamtbeschäftigung - ein Anstieg der Zahl der älteren Arbeitnehmer in den Betrieben zu mehr Einnahmen der GRV führt. Welche Richtung und vor allem welche Stärke der Zusammenhang hat, hängt jedoch von vielen Faktoren ab. Die Senioritätsentlohnung wird wohl genau so eine Rolle spielen wie die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und die altersspezifische Arbeitslosigkeit. Zunächst soll analysiert werden, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den gesamten, aus der Beschäftigung resultierenden Einnahmen der GRV. Hierbei ist zu berücksichtigen, welche Kovariate besonders wichtig sind, z.B. Qualifikation, Teilzeitquote, demografische Merkmale u.a. Weiter soll die Korrelation zwischen der Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten und des Erwerbspersonenpotenzials sowie der Erwerbsbevölkerung im Zeitablauf analysiert werden. Schließlich soll untersucht werden, inwieweit sich diese - wahrscheinlich vorfindbare - Korrelation auf die zunächst analysierte Korrelation mit der Einnahmenseite übertragen lässt. Würden sich die vermuteten Zusammenhänge bestätigen, dann wäre man in der Lage - mit der gebotenen Vorsicht - wichtige Folgerungen aus der fast schon als gesichert geltenden Alterung des Erwerbspersonenpotenzials/ der Erwerbsbevölkerung auf die Einnahmenseite der GRV abzuleiten. Das methodische Problem, das es zu lösen gilt, betrifft die Korrelationsstruktur, die auch über die Zeit verfolgt werden muss. Es gilt nicht nur, einen Zusammenhang zweier Größen (Altersstruktur Beschäftigte und Bevölkerung) aus zwei Zeitpunkten zu bestimmen. Interessant ist auch die Frage, ob diese Beziehung längerfristig stabil ist. Ziel: Eine erste Antwort/ Einschätzung auf die Frage: Hat die Alterung der Beschäftigten bzw. der Bevölkerung einen Einfluss auf die Einnahmenseite der GRV? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Korrelationsanalysen/ Regressionsanalysen (insb. zwischen Altersstrukturen)

ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2007-06 *AUFTRAGGEBER:* Forschungsnetzwerk Alterssicherung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-5216, Fax: 0911-179-3298, e-mail: Johann.Fuchs@iab.de); Bearbeiterin (Tel. 0911-179-5484, Fax: 0911-179-3298, e-mail: Doris.Soehnlein@iab.de)

[347-L] Stapf-Fine, Heinz:

Ein Grundeinkommen sprengt unser Sozialsystem: bedarfsorientierte Grundsicherung ausbauen - und so (Alters-)Armut vermeiden, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 251-257 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein Grundeinkommen würde das bestehende Sozialsicherungssystem sprengen. Viele Menschen mit spezifischen Bedarfslagen würden deshalb schlechter gestellt als heute. Die soziale Ungleichheit und die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der jeweiligen Haushaltslage würden wachsen. Wegen des garantierten Mindesteinkommens könnten die Arbeitgeber auf breiter Front Lohnkürzungen durchsetzen. Diese zentralen Kritikpunkte an Modellen des Grundeinkommens werden im Folgenden näher erläutert. Dabei werden - am Beispiel der Alterssicherung- sowohl die 'System überwindenden' Vorschläge als auch die Modelle untersucht, die auf dem bestehenden (Renten-)System aufbauen. Statt eines Grundeinkommens plädiert der Autor für den Ausbau der bedarfsorientierten Grundsicherung." (Autorenreferat)

[348-L] Strengmann-Kuhn, Wolfgang:

Mindesteinkommen für jeden: wie ein Grundeinkommen in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme integriert werden kann, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 245-251 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Grundgedanke des Grundeinkommens ist: Jedes Mitglied einer Gemeinschaft soll ohne Antrag jeden Monat ein festes Einkommen von der Gemeinschaft erhalten. Dadurch soll ein Mindesteinkommen gesichert sein. Eigene Einkommen kommen dann hinzu. Das Grund-

einkommen ist dabei volkswirtschaftlich gesehen kein zusätzliches Einkommen, sondern quasi ein Vorschuss, der je nach Leistungsfähigkeit im Rahmen der Steuerzahlung ganz oder teilweise wieder zurückgezahlt wird. Da es weder wünschenswert noch möglich ist, das bestehende System der sozialen Sicherung einfach abzuschaffen und durch ein Grundeinkommen zu ersetzen, wird im Folgenden aufgezeigt, wie ein Grundeinkommen schrittweise in die bestehenden Sozialsysteme als Sockelleistung integriert werden kann." (Autorenreferat)

[349-F] Weber, Brigitte; Söhnlein, Doris (Bearbeitung); Fuchs, Johann, Dr. (Leitung):
Quantifizierung künftiger Personalreserven durch die "Rente mit 67"

INHALT: Inwieweit tragen ein späterer Rentenzugang von älteren Arbeitnehmern dazu bei, den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials abzuschwächen. Wie realistisch sind entsprechende Szenarien und wie lassen sie sich quantifizieren? Welches zusätzliches Erwerbspersonenpotenzial bringt eine "Rente mit 67". *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2006-06 *ENDE:* 2006-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[350-F] Weber, Frederik, Dipl.-Wirtsch.-Math. (Bearbeitung); Richter, Andreas, Prof.Dr. (Leitung); Richter, Andreas, Prof.Dr. (Betreuung):
Herausforderung "Langlebigkeitsrisiko": ökonomische Implikationen, Modellierung und Lösungsansätze

INHALT: Der sog. "Demographische Wandel" hat die Altersstrukturen der Bevölkerung stark transformiert und dazu geführt, dass klassische Leibrenten als Altersrenten wie auch temporäre Renten über einen längeren Zeitraum geleistet werden müssen. Zur konkreten Messung dieses existenziellen Risikos sollen im Rahmen dieses Projektes geeignete Modelle und Simulationsverfahren untersucht werden. Unter Betrachtung geeigneter Risikomaße sollen Aussagen über sein Ausmaß - auch und vor allem - im Vergleich mit anderen operationalen spezifischen Risiken eines Versicherungsunternehmens (wie etwa Kapitalmarktrisiken) getroffen werden. Ein weiterer Fokus soll auf der Untersuchung von Kohorteneffekten liegen, also Effekten, die sich aus der jahrgangsweisen Ungleichmäßigkeit der Sterblichkeitsänderung ergeben.
METHODE: Innerhalb dieses Projektes soll ein besonderer Fokus auf der grundsätzlichen Frage liegen, ob durch die Vielzahl der bislang vorgestellten und in der wissenschaftlichen Literatur diskutierten Modelle überhaupt Projektionen zukünftiger Sterblichkeiten innerhalb hinreichend enger Unsicherheitsgrenzen möglich sind und wie unterschiedlich die durch die jeweiligen Modelle projizierten Entwicklungen ausfallen können.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Bauer, Daniel; Weber, Frederik: Assessing investment and longevity risks within immediate annuities. Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge (BWL), 7, 2007, Unter: http://epub.ub.uni-muenchen.de/1982/1/wp2007-07.pdf abrufbar.
ART: *BEGINN:* 2006-06 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Risikoforschung und Versicherungswirtschaft -INRIVER- (Schackstr. 4, III, 80539 München)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 089-2180-3882, e-mail: fweber@bwl.lmu.de)

[351-L] Wendtland, Carsten:
Die Gesundheitsversorgung der Empfänger staatlicher Fürsorgeleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 4, S. 423-446 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auch nach der jüngsten Gesundheitsreform bleibt es dabei, dass für verschiedene Gruppen von Empfängern staatlicher Hilfeleistungen die Leistungsansprüche im Krankheitsfall sehr unterschiedlich geregelt sind. Dabei findet letztlich zumeist der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung mittelbar oder unmittelbar Anwendung. Zugleich sind diese Personenkreise auch von dem betroffen, was sich unter dem Schlagwort einer stärkeren Eigenverantwortung in Gestalt diverser Zuzahlungsregelungen und Restriktionen im Leistungsumfang der GKV niederschlägt. Im Zusammenwirken mit dem pauschalisierten Leistungsniveau der Systeme sozialer Mindestsicherung ergeben sich in atypischen Fallgestaltungen Konfliktlagen, deren Bewältigung mit den vorhandenen Härtefallmechanismen nur unzureichend gelingt." (Autorenreferat).

[352-L] Wübbeke, Christina:
Ältere Bezieher von Arbeitslosengeld II: einmal arm, immer arm?, (IAB Kurzbericht, 14/2007), Nürnberg 2007, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1407.pdf)

INHALT: "Ältere Empfänger von Arbeitslosengeld II (Alg II) haben meist schon lange in die Rente eingezahlt: Nach Schätzungen weist die Hälfte der westdeutschen Hilfeempfänger im Alter von 50 Jahren mindestens 27 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung auf. In Ostdeutschland erreicht die Hälfte der älteren Hilfeempfänger sogar mindestens 34 Beitragsjahre. Anders als im Westen zeigen sich dabei nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Im Osten dürften ältere Bezieher von Alg II daher von Armut im Alter weniger bedroht sein. Hilfeempfängerinnen in Westdeutschland haben mit Abstand die kürzesten Beitragszeiten. Da sie meist auch nur geringe Beiträge eingezahlt haben dürften, tragen sie ein besonders großes Risiko der Bedürftigkeit im Ruhestand - sofern sie nicht über ihren Partner ausreichend abgesichert sind. Die unterschiedlichen Versicherungsverläufe der älteren ost- und westdeutschen Bezieher von Alg II sind im Wesentlichen den unterschiedlichen Erwerbsbiographien in den beiden deutschen Staaten geschuldet. Bei den nachrückenden Jahrgängen werden sich diese Differenzen verringern. Damit dürfte künftig insbesondere im Osten das Risiko der Altersarmut steigen, wenn sich die Arbeitsmarktlage dort nicht grundlegend und dauerhaft verbessert." (Autorenreferat)

[353-F] Zeeb, Matthias, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Das bedingungslose Grundeinkommen aus Sicht der evangelischen Sozialethik

INHALT: 1. Mit der sich verbreiternden Diskussion über die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) nähert sich ein sozialpolitisches Konzept dem Zentrum öffentli-

cher Aufmerksamkeit, dessen eingängige Begrifflichkeit die Debatte auf der einen Seite so sehr popularisiert, wie sie sie auf der anderen vernebelt. 2. Unter dem Grundeinkommenstitel sind inzwischen eine ganze Reihe verschiedener mehr oder weniger detailliert ausformulierter Vorschläge vorgelegt worden, die in den politischen Parteien, von den einschlägigen Verbänden und auch in der Wissenschaft diskutiert werden. Trotz der gemeinsamen Titulierung bestehen zwischen den einzelnen Modellen jedoch erhebliche konzeptionelle Unterschiede. 3. Sind diese Unterschiede mehr als die für Außenstehende gelegentlich spitzfindig anmutenden Zwiste der Fachleute über Veränderungen in den Feinheiten des Steuersystems, und handelt es sich tatsächlich um deutlich unterschiedliche Konzepte von Gesellschaft und Staat und um gegensätzliche Umverteilungsdiskurse? 4. Oder sind im Gegenteil die Ähnlichkeiten in der Etikettierung mehr als der Ausdruck eines geteilten Verständnisses von politischer Kommunikation, die darauf setzt, komplexe Sachverhalte auf eine plakative und für sich genommen scheinbar uneingeschränkt positive Chiffre zu reduzieren, und handelt es sich tatsächlich um Politikentwürfe auf der Grundlage einer geteilten Analyse der ökonomischen und politischen Situation? 5. Dass die Idee eines BGE heute auf so großes öffentliches Interesse stößt, lässt sich allerdings nicht allein mit dem Kommunikationsgeschick der Proponentinnen und Proponenten erklären, sondern sie fällt auch auf einen derzeit besonders fruchtbaren Boden. Die im Zuge der Arbeitsmarktreformen auf statistische Rekordhöhen gewachsene Arbeitslosigkeit, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit insbesondere in den östlichen Bundesländern und die reduzierten Leistungen an Arbeitslose, die im Gegensatz zur Vergangenheit und zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen eben an verschärfte Bedingungen geknüpft sind, haben zu einer tiefgreifenden Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung beigetragen, die die Aussicht auf ein staatlich garantiertes und nicht mit Bedürfnisprüfungen oder Verpflichtungen verbundenes Grundeinkommen durchaus zu einem Hoffnungsschimmer werden lässt. Jenseits der unmittelbaren individuellen Betroffenheit führt gleichzeitig die wissenschaftliche Debatte um die nationalen wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten angesichts der Globalisierung und ein möglicherweise bevorstehendes Ende der Arbeitsgesellschaft zu Überlegungen, die sozialen Sicherung von der Bindung an die traditionelle Erwerbsarbeit zu entkoppeln und alternative Formen sozialer Sicherung zu entwickeln.

METHODE: Die Studie greift die prominentesten und in den Details am weitesten ausformulierten der öffentlich diskutierten Modelle auf, um die Bandbreite der Vorschläge und die wichtigsten politischen Positionierungen zu verdeutlichen. *DATENGEWINNUNG:* Dokumentenanalyse, offen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Zeeb, Matthias: Bedingungsloses Grundeinkommen - nicht unbedingt eine gute Idee. Texte aus dem SI, Februar 2007, 17 S. Online: http://www.ekd.de/si-download/SI_070205_zeeb_bedingungsloses_grundeinkommen.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-12 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- (Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0511-5301-427, e-mail: matthias.zeeb@si-ekd.de)

[354-L] Zimmer, Marco:

Die deutsche Rentenversicherung: Sicherungsziele und zukünftige Veränderungen, Düsseldorf: VDM Verl. Dr. Müller 2006, 133 S., ISBN: 978-3-86550-331-2 (Standort: UB d. Freien Univ. Berlin(188)-80621619)

INHALT: Der Verfasser legt eine Einführung in das deutsche System der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Nach einem kurzen historischen Überblick werden aktuelle Rentenarten wie Renten wegen Alters, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Todes behandelt. Ein Überblick über die Bevölkerungs- und Altersentwicklung in Deutschland seit der Entstehung der Rentenversicherung schließt sich an. Hieran knüpft die Darstellung des Generationenvertrags an. Abschließend wird gezeigt, wie der Wandel in der Deutschen Rentenversicherung fortgeführt werden und wie ein attraktives zukunftsorientiertes Rentensystem aussehen kann. (ICE)

[355-L] Zingel, Heribert:
Leitbilder der Alterssicherung: Deutschland und Niederlande im Vergleich, (Studien zur christlichen Gesellschaftsethik, Bd. 10), Berlin: Lit Verl. 2007, 283 S., ISBN: 978-3-8258-9722-2 (Standort: BSB München(12)-2007.23552)

INHALT: "Die Debatte um den Umbau des Sozialstaates wird von Finanzierungs- und Leistungsfragen dominiert. Demgegenüber treten Fragen der normativen Legitimation sozialer Sicherung in den Hintergrund. Gegenstand der vorliegenden Studie ist die Entwicklung der Alterssicherungssysteme in den Niederlanden und Deutschland von den Anfängen bis zur Rentenreform in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Kontinuität und Wandel des Leitbildes sozialer Alterssicherung werden ebenso sichtbar gemacht wie die Akteure, die hinter den Entwicklungen stehen." (Autorenreferat)

6 Arbeitsmarktpolitik

[356-L] Adamy, Wilhelm:
Arbeitsvermittlung auf dem Weg in die (Teil-)Privatisierung?: BA startete Projekt zur "wirksameren Einbindung privater Arbeitsmarktdienstleister", in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 258-267 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit einem umstrittenen Modellversuch will die Bundesagentur jetzt private Arbeitsvermittler (noch) besser in das Vermittlungsgeschäft einbeziehen. Doch können es die Privaten wirklich besser? Der Artikel beleuchtet dazu vorliegende Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland und stellt Einzelheiten des Versuchs, der gerade in sechs Großstädten startet, vor. Die Ausgestaltung lässt Zweifel aufkommen, ob dadurch objektive Ergebnisse ermittelt werden können." (Autorenreferat)

[357-F] Arntz, Melanie, Dipl.-Geogr. (Bearbeitung); Entorf, Horst, Prof.Dr. (Leitung); Entorf, Horst, Prof.Dr. (Betreuung):
Flexibilisierungspotenziale durch räumliche Mobilität (Teilprojekt P5 im Rahmen des Gesamtprojekts "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Die im Verhältnis zu den USA und zu anderen Ländern niedrige räumliche Mobilität in Deutschland wird häufig als Ursache für einen unzureichenden Ausgleich regionaler Ungleichgewichte genannt und mit einer überdurchschnittlich hohen regionalen Mismatch-Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht. Hinsichtlich des wünschenswerten Ziels eines Wachstums- und Beschäftigungszuwachses erlangt regionale Mobilität damit große Bedeutung, wobei die von Arbeitslosigkeit besonders betroffene und gleichzeitig räumlich wenig mobile Gruppe der gering qualifizierten Arbeitskräfte unmittelbar in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Entscheidend für die Nutzung oder Nichtnutzung von Flexibilisierungspotenzialen durch räumliche Mobilität sind die individuellen Anreizstrukturen dieser Erwerbspersonen. Der Fokus des Forschungsvorhabens liegt daher auf der mikroökonomischen Beschreibung der individuellen Determinanten der Mobilität unter besonderer Berücksichtigung der Situation gering qualifizierter Arbeitsloser. Dabei sollen die Wirkungskanäle des Einflusses verschiedener Faktoren zunächst im Rahmen eines theoretischen Suchmodells aufgezeigt und dann mikroökonometrisch überprüft werden. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluss regionale Arbeitsmarktbedingungen und institutionelle Faktoren wie z.B. die Arbeitslosenunterstützung oder Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die räumliche Mobilität einiger Arbeitsmarktsegmente ausüben. Diese bereits in einem früheren Forschungsprojekt begonnenen Analysen sollen in diesem Forschungsprojekt zunächst fortgesetzt und vertieft werden. Die Analysen zur Mobilitätsentscheidung verschiedener Arbeitsmarktsegmente werden in einem nächsten Schritt durch eine Analyse von Zielregionenentscheidungen ergänzt. Da die qualifikatorische Zusammensetzung von Migrationsströmen die Folgen der Migration für Zu- und Abwanderungsregionen maßgeblich bestimmt, sollen in diesem Teilprojekt Unterschiede nach Jobstatus und Qualifikationsniveau in der Wahl von Zielregionen herausgearbeitet werden, die die Zusammensetzung von Migrationsströmen in Deutschland erklären können. In einer zweiten Projektphase erfolgt eine weitere Schwerpunktverschiebung von der mikroökonomischen Analyse des Mobilitätsverhaltens hin zu einer Analyse der Folgen der räumlichen Mobilität. Da die Folgen der Mobilität mit dem Mobilitätsverhalten verschiedener Arbeitsmarktsegmente und der daraus resultierenden qualifikatorischen Zusammensetzung von Mobilitätsströmen zusammenhängen, knüpft dieses Forschungsvorhaben unmittelbar an die Ergebnisse der ersten Projektphase an. Im Mittelpunkt dieser zweiten Projektphase steht die Frage, inwieweit eine Region von einer erhöhten Mobilitätsbereitschaft z.B. in Form einer erhöhten Qualität der regionalen Job-Matches profitiert, aber auch mit welchen externen Kosten (z.B. Verdrängungsprozesse in Zielregionen, adverse Selektion in Abwanderungsregionen) diese Mobilität einhergeht. Ein umfangreiches Verständnis der Ursachen individuellen Mobilitätsverhaltens und der Folgen und Konsequenzen der räumlichen Mobilität sollen dann die Grundlage für Politikempfehlungen bilden, wie Flexibilisierungspotenziale durch räumliche Mobilität verstärkt genutzt werden können und mögliche negative Folgen der Mobilität abgefedert werden können. *ZEITRAUM:* ab 1980 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schwerpunkt Deutschland

METHODE: Das Forschungsvorhaben zielt auf die mikroökonometrische Untersuchung des Mobilitätsverhaltens von Arbeitskräften. Dabei sollen vor allem Unterschiede zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten sowie Unterschiede zwischen verschiedenen Qualifikationsniveaus herausgearbeitet werden. Die empirische Analyse setzt auf Methodenvielfalt. Neben Verweildauermodellen konkurrierender Risiken (Risiko eines intraregionalen im Vergleich zu einem interregionalen Beschäftigungswechsels) sollen auch Discrete Choice Verfahren eingesetzt werden, um neben der Abwanderungsentscheidung auch die Zielregionenentscheidung zu modellieren. Hauptdatenbasis für diese Analysen bildet die regionale IAB-Beschäftigtenstichprobe, aber auch andere Datensätze (z.B. Mikrozensus) werden verwendet. Die theoreti-

sche Grundlage dieser Arbeiten bildet vor allem ein suchtheoretisches Modell, welches zwischen einer lokalen und einer überregionalen Suche unterscheidet. Im Rahmen des Zielregionenmodells kommen dann auch weitere Ansätze (Push-Pull-Theorie, Humankapitaltheorie) verstärkt in den Fokus der Analyse. Für die Analysen der Folgen der Mobilität für die betroffenen Zu- und Abwanderungsregionen sollen neben dynamischen Panelschätzern auch Evaluationsansätze wie z.B. ein Matchingverfahren zur Anwendung kommen. Untersuchungsdesign: Querschnitt; Panel *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: 200.000; IAB-Beschäftigungsstichprobe regional 1975-2001; Herkunft der Daten: Statistisches Bundesamt, INKAR).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Amtz, Melanie; Wilke, Ralf: An application of cartographic area interpolation to German administrative data. Allgemeines Statistisches Archiv (forthcoming).+++Arntz, Melanie; Wilke, Ralf: Unemployment duration in Germany: individual and regional determinants of local job finding, migration and subsidized employment, regional studies (forthcoming).+++Arntz, Melanie: What attracts human capital? Understanding the skill composition of interregional job matches in Germany. ZEW Discussion Paper No. 06-062. Mannheim 2006. Siehe ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp06062.pdf .+++Arntz, Melanie: The geographical mobility of unemployed workers. ZEW Discussion Paper No. 05-34. Mannheim 2005. Siehe: ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0534.pdf .+++Amtz, Melanie; Lo, Simon S.M.; Wilke, Ralf: Bounds analysis of competing risks: a nonparametric evaluation of the effect of unemployment benefits an migration in Germany. ZEW Discussion Paper No. 07-049. Mannheim 2007. Siehe: ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp07049.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2008-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Technische Universität Darmstadt, FB 01 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL FG Empirische Wirtschaftsforschung und Mikroökonometrie (Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt); Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW- (Postfach 103443, 68034 Mannheim)

KONTAKT: Leiter (Tel. 069-798-28306, e-mail: entorf@wiwi.uni-frankfurt.de)

[358-L] Arntz, Melanie; Clauss, Markus; Kraus, Margit; Schnabel, Reinhold; Spermann, Alexander; Wiemers, Jürgen:

Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform, (IAB Forschungsbericht : Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 10/2007), Nürnberg 2007, 98 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb1007.pdf)

INHALT: "Das Hartz-IV-Gesetz führte zu einer weit reichenden Reform der sozialen Sicherung in Deutschland. Neben den erwarteten Einkommensverlusten bei Arbeitslosenhilfeempfängern führt diese Reform aber auch zu weit weniger beachteten Ausweitungen von Transfers, denn neben ehemaligen Empfängern von Sozialhilfe erhalten auch zahlreiche Neufälle eine Unterstützung. Die Studie bestimmt die Verteilungswirkungen der Reform mit Hilfe eines Mikrosimulationsmodells. Es handelt sich um eine ex ante Analyse, weil die Effekte mit mikroökonomischen Befragungsdaten ermittelt werden, die vor der Einführung der Reform erhoben wurden. Dabei wird berücksichtigt, dass die Hartz-IV-Reglungen zu einem geänderten Arbeitsangebotsverhalten führen, was wiederum Rückwirkungen auf die Einkommensverteilung haben kann. Die Arbeitsangebotseffekte werden mit einem mikroökonometrischen Arbeitsangebotsmodell geschätzt. Insgesamt zeigt die empirische Analyse der Verteilungseffek-

te der Arbeitslosengeld-II-Reform, dass gemessen an den summarischen Verteilungs- und Armutsmaßen nur geringfügige Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit und Einkommensarmut zu erwarten sind. Nennenswerte Effekte treten lediglich bei einer Betrachtung der von der Reform direkt betroffenen Haushalte auf. Zahlgewinnanalysen zeigen, dass die wesentlichen Verteilungswirkungen der Reform struktureller Natur sind. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind die beiden unteren Einkommensdezile die klaren Reformgewinner. Bezogen auf die Gruppe der direkt betroffenen Transferempfänger sind sogar die acht unteren Einkommensdezile als Gewinner anzusehen. Eine Aufgliederung nach Kinderzahl macht deutlich, dass vor allem Haushalte mit zwei oder mehr Kindern von den Neuregelungen profitieren. Von der Reform negativ betroffen sind entsprechend die obersten beiden Einkommensdezile der Gruppe der von der Reform direkt Betroffenen bzw. das dritte und vierte Einkommensdezil der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung. Nach ihren Charakteristika sind dies insbesondere Haushalte, die vor der Reform einen vergleichsweise hohen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten, sowie kinderlose Haushalte und Haushalte mit nur einem Kind." (Autorenreferat)

[359-L] Arntz, Melanie; Wilke, Ralf:
Unemployment duration in Germany: individual and regional determinants of local job finding, migration and subsidized employment, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, No. 06-092), Mannheim 2006, 43 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070808p09.pdf)

INHALT: "Recent labor market reforms in Germany aim, among other things, at reducing unemployment by restricting passive unemployment measures, emphasizing local labor market policies and re-structuring public employment services. This paper uses extensive individual administrative and regional aggregate data to explore the extent to which these factors are likely to contribute to the shortening of unemployment duration. For this purpose, we estimate a semi-parametric duration model with three competing exit states. Our results suggest that changes in the unemployment compensation system rather than local employment policies and administrative restructuring efforts meet expected labor market outcomes. In addition, determinants of the length of unemployment vary across exit states." (author's abstract)

[360-F] Aurich, Patrizia, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Pfau-Effinger, Birgit, Univ.-Prof.Dr.rer.pol. (Betreuung):
Aktivierungspolitiken im soziokulturellen Kontext - Deutschland und Großbritannien im Vergleich

INHALT: Oberziel: Erklärung des Wandels von Politiken der Erwerbslosenunterstützung. Unterziele: 1. Analyse des Wandels hin zu einer am Arbeitsmarkt orientierten, aktivierenden Sozialpolitik in Großbritannien und Deutschland; 2. Analyse der Implementation des Aktivierungsparadigmas in den soziokulturellen Kontext der beiden Länder. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien
METHODE: holistischer Regime-Ansatz; Verwendung des Konzepts der sozialen Integration; Analyse von Einstellungsdaten und Arbeitsmarktdaten; Diskursanalyse; Dokumentenanalyse

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Konferenzbeitrag "Changes in social security and labour market policy: the case of activation in Germany". ESPAnet 2007, Jährl. Konferenz 20.-22.09.2007, Wien.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Stipendium; Univ. Hamburg, Zentrum für Nachwuchsförderung

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Soziologie Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Sekretariat (Tel. 040-42838-3810, Fax: 040-42838-3545, e-mail: c.fischer@sozialwiss.uni-hamburg.de)

[361-F] Baethge-Kinsky, Volker, Dr.; Wagner, Alexandra, Dr. (Bearbeitung); Baethge, Martin, Prof.Dr.; Bartelheimer, Peter, Dr. (Leitung):

Monitor Arbeitsmarktpolitik. Ein Projekt zur wissenschaftsgestützten Begleitung der Umsetzung der neuen Arbeitsmarktgesetze (Hartz I bis IV)

INHALT: Das Vorhaben ist ein wissenschaftsgestütztes Monitoring-Transferprojekt. Gegenstand sind ein Monitoring der Umsetzung der neuen Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen), ihre wissenschaftliche Bewertung und eine zeitnahe nutzerfreundliche Aufbereitung der Ergebnisse. Das Projekt ist Teil eines Gesamtvorhabens, das in Kooperation mit dem WSI durchgeführt wird. Kontext/ Problemlage: Die jüngsten Reformen im Bereich der Arbeitsmarkt- und arbeitsmarktnahen Sozialpolitik umfassen eine Vielzahl an Neuregelungen, mit denen teilweise weit reichende Richtungsentscheidungen für die soziale Sicherung von Arbeitsmarktrisiken und die Verteilung von (Re-) Integrationschancen in Erwerbsarbeit getroffen wurden. Es ist derzeit wissenschaftlich und politisch umstritten, ob die Reformen die damit intendierten Ziele erreichen und welche (positiven oder negativen) nicht intendierten Wirkungen damit einher gehen. Eine Vielzahl theoretisch und methodisch unterschiedlicher Forschungs- und Evaluationsvorhaben werden in der nächsten Zeit veröffentlicht werden. Ebenso werden neue und umfangreichere Statistiken zum Arbeitsmarkt, zur Arbeitsförderung und zur arbeitsmarktnahen sozialen Sicherung verfügbar. Eine Verarbeitung und Bewertung sowie vor allem die Zusammenführung dieser Informationen erfordert ExpertInnenwissen, das mit diesem Projekt bereit gestellt werden soll. Fragestellung: Das Monitoring soll sich schwerpunktmäßig auf vier Themenkomplexe und zwei Querschnittsthemen beziehen. Die Themenkomplexe sind: Leistungsprozesse der Beratung und Vermittlung, Instrumente der Arbeitsmarktintegration und Arbeitsförderung, Arbeitsmarkteffekte (Niveau und Struktur) und Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, Einkommenseffekte (insbesondere durch das Arbeitslosengeld II). Die beiden Querschnittsthemen sind: die Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligungschancen und auf die soziale Sicherung von Frauen sowie die besonderen Wirkungen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Dabei sollen regionale, branchen-, geschlechts- und personengruppenbezogene Differenzierungen in die Analyse einbezogen werden. Es ist ausdrücklich angestrebt, eine enge Bindung der Bearbeitung der Themen an die aktuellen politischen Diskussionen zu gewährleisten.

METHODE: Das Monitoring stützt sich auf unterschiedliche Informationsquellen: Erstens werden Gesetze, untergesetzliche Regelungen und die dazugehörige Rechtssprechung verfolgt. Zweitens wird eine umfassende Analyse von Dokumenten, veröffentlichten Studien und der Wirkungsforschung zur Umsetzung der Arbeitsmarktgesetze vorgenommen. Drittens werden veröffentlichte Arbeitsmarktbilanzen analysiert und Sekundäranalysen von aus unterschiedli-

chen Quellen stammenden Daten und Informationen erarbeitet. Viertens soll ein Netzwerk von Arbeitsmarkt-Expert/inn/en zur Sammlung, Verdichtung und Diskussion von praktischen Erfahrungen vor Ort das Projekt begleiten. Die Ergebnispräsentation erfolgt in Form eines kontinuierlich aktualisierten Selbstinformationssystems im Internet, durch wissenschaftliche (Kurz-)Beiträge, Newsletter und Workshops. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Arbeitspapiere sind unter: http://www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de/ abrufbar.

ART: *BEGINN:* 2005-12 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung; Otto-Brenner-Stiftung

INSTITUTION: Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. -SOFI- (Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen); Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH -FIA- (Jägerstr. 56, 10117 Berlin)

KONTAKT: Baethge, Martin (Prof.Dr. (e-mail: dgsf@gwdg.de); Bartelheimer, Peter (Dr. e-mail: pbartel@gwdg.de); Baethge-Kinsky, Volker (Dr. e-mail: vbaethg@gwdg.de); Wagner, Alexandra (Dr. e-mail: wagner@fia-institut.de)

[362-L] Basu, Arnab K.; Chau, Nancy; Kanbur, Ravi:
A theory of employment guarantees: contestability, credibility and distributional concerns, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 3002), Bonn 2007, 39 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp3002.pdf)

INHALT: "Both raw intuition and past experience suggest that the success of an employment guarantee scheme (EGS) in safeguarding the welfare of the poor depends both on the wage it promises, and the ease with which any worker can gain access. An EGS is thus at once a wage guarantee and a rationing device. We chart the positive and normative limits of such an EGS as an efficiency improving and poverty alleviating policy reform in a canonical labor market setting. At its core, an EGS provides an aggregate, not just EGS, employment target. Given the target, the EGS wage and access can be fine-tuned to deliver outcomes ranging from a contestable labor market to a simple universal unemployment benefit. The credibility of any such target, however, is shown to be triggered endogenously by a host of factors: the distributional concerns of the planner, private sector productivity, the prevalence of market power and the need for public works. Paradoxically, the outcome with a planner who cares only about efficiency can be less efficient than the outcome with a planner whose social welfare function also gives weight to poverty!" (author's abstract)

[363-L] Baumgartner, Hans J.:
Empirical evaluation of selected labour market and education policies, Berlin 2007, 174 S. (Graue Literatur; URL: http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=984852476)

INHALT: "Diese Dissertationsschrift besteht aus drei unabhängigen Kapiteln, die im folgenden kurz beschrieben werden: Zwei Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik fördern die Existenzgründung von Arbeitslosen in Deutschland. Der Autor untersucht die Nachhaltigkeit von geförderten Existenzgründungen unter Verwendung eines einzigartigen Datensatzes, der die Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit durch Interviewdaten der geförderten Existenzgründer ergänzt. Er verwendet ein diskretes Übergangsratenmodell unter Berücksichtigung

von unbeobachteten Heterogenitäten. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit, also der Fortführung der geförderten Neugründung, können beide Programme als sehr erfolgreich eingestuft werden, da ungeachtet des Förderinstruments über 80 Prozent der Geförderten 1,5 Jahre nach Förderbeginn immer noch selbständig sind. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, dass sich die Schulqualität der Sekundarstufe am leichtesten durch eine Reduktion der Klassengröße verbessern lässt. In diesem Kapitel untersucht der Autor den Effekt einer Klassengrößenreduktion auf die Einstiegsgehälter. Für diese Untersuchung ergänzt er Daten des Sozioökonomische Panels (SOEP) um Klassengrößeninformationen der westdeutschen Land- und Stadtkreise und nutzt somit die regionale Querschnitts- als auch die Längsschnittsvariation der Klassengrößen, um diesen Effekt zu schätzen. Der Einfluss ist allerdings weder statistisch signifikant, noch hinsichtlich der Punktschätzung ökonomisch bedeutsam. Die Schätzergebnisse bestätigen somit die internationale Literatur, die sich bislang hauptsächlich auf Daten der Vereinigten Staaten als auch Großbritanniens stützt. Studenten aus einkommensschwachen Haushalten erhalten in Deutschland eine finanzielle Unterstützung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Hierdurch soll qualifizierten Abiturienten ungeachtet ihrer finanziellen und sozialen Situation ein Studium ermöglicht werden. Neben diesem verteilungspolitischen Aspekt der Studienförderung soll BAföG eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Bildungsreserven erreichen. Ob BAföG die Studierentscheidung von Abiturienten beeinflusst, wird am Beispiel von zwei BAföG-Reformen evaluiert, die beide zu einer substantiellen Reduktion der Studienkosten führten. Beide Reformen können als 'natürliche Experimente' angesehen werden, da sie nur einen Teil der Studierenden betreffen. Der Autor verwendet einen Differenzen-von-Differenzen Ansatz in einem diskreten Übergangsratenmodell, um den kausalen Effekt der Studienförderung auf die Studierneigung der BAföG-berechtigten Studenten zu schätzen. Unter Verwendung von SOEP Daten kann kein Einfluss des BAföGs auf die Studierneigung nachgewiesen werden." (Autorenreferat)

[364-F] Bernhard, Sarah; Stephan, Gesine, PD Dr.; Rässler, Susanne, Prof.Dr. (Bearbeitung); Gartner, Hermann, Dr. (Leitung):
Effektivität von Eingliederungszuschüssen im Rechtskreis SGB II

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[365-F] Blien, Uwe, PD Dr.; Hirschenauer, Franziska (Bearbeitung); Blien, Uwe, PD Dr. (Leitung):
Die regionale Mittelverteilung für die aktive Arbeitsförderung

INHALT: Das Projekt befasst sich mit der zweckmäßigen Umsetzung und statistisch-technischen Optimierung der gesetzlichen Vorgaben zur regionalen Verteilung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Dabei wird ein Schlüssel für die Mittelzuweisung zu Grunde gelegt, der wesentlich auf einem Arbeitsmarktindikator beruht. Dieser ist aus mehreren Teilindikatoren zusammengesetzt, die durch geeignete Methoden kombiniert werden. Dadurch gibt er ein zu-

treffendes Bild der Disparitäten auf regionalen Arbeitsmärkten. In regelmäßigen Abständen wird das Verfahren zur Mittelverteilung überprüft und bei Bedarf optimiert. Ziel: Es werden Verfahren zur indikatorengestützten Regionalisierung des Eingliederungstitels nach SGB III entwickelt und überprüft.

METHODE: Aggregatdatenanalyse *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse masch.-lesbarer Daten (Herkunft der Daten: Geschäfts- und Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit).

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Blien, Uwe: The regional allocation of budgetary funds for measures of active labour market policy in Germany. Paper prepared for presentation at the Conference of the European Regional Science Association (ERSA). 2003.

ART: *BEGINN:* 1997-06 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit; Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-3035 od. -3256, e-mail: Uwe.Blien@iab.de)

[366-L] Blos, Kerstin; Feil, Michael; Rudolph, Helmut; Walwei, Ulrich; Wiemers, Jürgen:
Förderung Existenz sichernder Beschäftigung im Niedriglohnbereich: Schätzung von Angebots-, Verteilungs- und fiskalischen Effekten des SMWA-Vorschlags, (IAB Forschungsbericht : Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 07/2007), Nürnberg 2007, 78 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0707.pdf)

INHALT: "In dem Forschungsbericht werden die wesentlichen Effekte der Einführung des Bofinger-Walwei-Vorschlags zur Neuordnung des Niedriglohnsektors in Deutschland untersucht. Der Vorschlag enthält drei Kernelemente: (1) Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für bedürftige Geringverdiener; (2) die Beseitigung der bevorzugten abgaben- und steuerrechtlichen Behandlung von Mini- und Midi-Jobs sowie (3) eingeschränkte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Empfänger des ALG II. Wir verwenden zwei Mikrosimulationsmodelle, um Arbeitsangebots-, Verteilungs- und fiskalische Effekte des Reformvorschlags abzuschätzen. Die Mikrosimulationsmodelle basieren auf unterschiedlichen Datensätzen, nämlich dem Sozio-ökonomischen Panel 2004 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Es werden sowohl 'morning after'-Effekte, also Verteilungs- und fiskalische Effekte ohne Berücksichtigung von möglichen Verhaltensanpassungen, als auch langfristige Effekte simuliert. Letztere berücksichtigen die zu erwartenden Arbeitsangebotsreaktionen nach Einführung der Reform. Die Arbeitsangebotsreaktion wird mit Hilfe eines discrete choice-Modells für unterschiedliche Haushaltstypen geschätzt. Die Simulationen zeigen eine moderate Erhöhung des Arbeitsangebots (55.000 Personen in Vollzeitäquivalenten) und nahezu durchgehend insignifikante Partizipationseffekte. Die fiskalischen Effekte sind vernachlässigbar, da die zusätzlichen Transfers, die sich aus Element (1) des Vorschlags ergeben, näherungsweise durch die reduzierten Transfers kompensiert werden, die sich aus den Elementen (2) und (3) ergeben. Die Verteilungsanalyse zeigt, dass Haushalte, die bereits im Status Quo Transfers beziehen, sich im allgemeinen schlechter stellen, während Haushalte, deren Status Quo-Einkommen zu hoch ist, um einen Alg II-Anspruch zu erwerben, von der Reform profitieren." (Autorenreferat)

[367-L] Bohlinger, Sandra:
Zur Wirksamkeit von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, in: Arbeit : Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Jg. 16/2007, H. 2, S. 132-147 (Standort: USB Köln(38)-XG07322; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Beitrag geht der Frage nach der Wirksamkeit der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik (ALMP - active labour market policies) nach, die seit mittlerweile rund 20 Jahren als politische Strategie zur Reduktion von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Im Zentrum steht dabei in Förderung beruflicher Bildung zur Erhöhung der Arbeitsmarktteilhabe. Ausgangspunkt bildet die Ausgabenentwicklung und -verteilung von ALMP in Deutschland und Europa. Daran anschließend werden die Probleme der Erfassung und des Nachweises der Wirksamkeit von ALMP skizziert und Befunde über die Impacts unterschiedlicher ALMP-Typen im deutschen und internationalen Kontext vorgestellt. Daraus lässt sich eine Reihe von Erkenntnissen ableiten, die als Voraussetzung für die Konzeption erfolgreicher ALMP gelten und Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung aktiver Arbeitsmarktpolitik zulassen." (Autorenreferat)

[368-L] Bokan, Nikola; Hallett, Andrew Hughes:
The impact of tax, product and labour market distortions on the Phillips Curve and the natural rate of unemployment, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, No. 1336), Kiel 2007, 27 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070705p06.pdf)

INHALT: "Most people accept that structural and labour market reforms are needed in Europe. However few have been undertaken. The usual conjecture is that reforms are costly in economic performance and costly to finance. Blanchard and Giavazzi (2003) and Spector (2004) develop a general equilibrium model with imperfect competition to show the impact of labour or product market deregulation. We extend that model to combine both reforms, and include the costs of financing them, the conflict between long run gains and short run costs, and to allow for reforms of distortionary taxation. We also extend the model to explain the natural rate of unemployment and non-wage employment costs, to show the impact of reform on the short and long run Phillips curve parameters. We find that structural reforms imply short run costs but long run gains (unemployment rises and then falls, while wages move in the opposite way); that the long run gains outweigh the short run costs; and that the financing of such reforms is the main stumbling block. We also find that the implications for welfare improvements and employment generation are quite different: tax reforms are more effective for welfare, but market liberalisation for employment." (author's abstract)

[369-L] Bonin, Holger; Rinne, Ulf; Schneider, Hilmar; Dreger, Christian; Klär, Erik; Slacalek, Jiri; Zinsmeister, Florian:
Untersuchung der beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen des Konzepts von Prof. Dr. Bofinger und Dr. Walwei zur Neuordnung des Niedriglohnbereichs aus der Studie "Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis": Bericht für das Bundesministerium der Finanzen, Bonn 2007, 116 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070314f02.pdf)

INHALT: "Dieser Bericht untersucht die möglichen Beschäftigungseffekte und fiskalischen Effekte des von Peter Bofinger und Ulrich Walwei vorgeschlagenen Konzepts zur Förderung Existenz sichernder Beschäftigung. Das Konzept zielt im Kern darauf ab, die bisherige staatliche Förderung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse aufzugeben. Stattdessen sollen über ein neuartiges System von Einkommensteuergutschriften Anreize geschaffen werden, auch Teil- und Vollzeitarbeitsplätze anzunehmen, die nur ein geringes Markteinkommen bieten. Indem der Staat niedrige, aber Existenz sichernde Einkommen bezuschusst, soll der Tendenz, Arbeitslosengeld II durch Hinzuverdienst in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen aufzustocken, begegnet werden. Das Konzept von Bofinger und Walwei lässt sich durch vier Elemente charakterisieren: (i) die Abschaffung abgabenbegünstigter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (Mini- und Midi-Jobs), (ii) die Verschlechterung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für erwerbstätige erwerbsfähige Hilfeempfänger, (iii) die Einführung einer Steuergutschrift zur teilweisen oder vollständigen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei niedrigen Einkommen, sowie (iv) die Einführung einer Steuergutschrift zur Gewährung eines bedarfsgerechten erhöhten Kindergelds im unteren und mittleren Einkommensbereich. Das Gutachten analysiert die Wirkungen dieser vier Elemente auf Grundlage eines mikroökonomischen Simulationsmodells. Betrachtet man alle vier Elemente des Konzepts von Bofinger- und Walwei zusammen, erhöht das Konzept das Arbeitsangebot gegenüber dem Status quo um 46 Tsd. Personen. In Vollzeitäquivalenten gerechnet, steigt das Arbeitsangebot sogar um 146 Tsd. Der Grund für diesen stärkeren Effekt ist, dass das Modell viele in der Ausgangslage bereits Beschäftigte anregt, ihre Arbeitszeit auszuweiten und statt einer geringfügigen Tätigkeit eine Vollzeittätigkeit im Umfang über 30 Stunden wöchentlich zu suchen. Das Konzept von Bofinger und Walwei wirkt also in die intendierte Richtung. Im Vergleich mit anderen vorliegenden Konzepten zur Belebung des Arbeitsmarkts im Niedriglohnbereich - etwa dem vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Maßnahmenbündel, dem ifo-Modell oder dem Workfare-Konzept - ist die erwartete Belebung des Arbeitsangebots durch das Bofinger-Walwei-Modell allerdings klein." (Autorenreferat)

[370-L] Bonin, Holger; Schneider, Hilmar:
Untersuchung der beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen eines Konzepts für existenzsichernde Beschäftigung des Bundesministeriums für Wirtschaft: Kurzexpertise für das Bundesministerium für Wirtschaft, (IZA Research Report, No. 12), Bonn 2007, 53 S. (Graue Literatur; URL: http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_12.pdf)

INHALT: "Die Studie untersucht die beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen des BMWi-Modells. Dieses Konzept verbindet einen Kombilohn, der am regulären Arbeitsmarkt erzielte nicht existenzsichernde Einkommen auf das Niveau des ALG II anhebt, und das Workfare-Prinzip, das von arbeitslosen Hilfeempfängern immer eine Gegenleistung in einer öffentlich bereitgestellten Tätigkeit oder Ausbildung - im Umfang von 39 Wochenstunden - verlangt. Die vorgesehene Kombination von Workfare und Kombilohn ist aus prinzipiellen Überlegungen heraus problematisch, weil sie zu strategischem Verhalten einlädt. Hilfebedürftige könnten die Pflicht zur Gegenleistung umgehen, indem sie auf Tätigkeiten im regulären Arbeitsmarkt mit minimalen Arbeitszeiten ausweichen. So besteht die Gefahr, dass die positiven Wirkungen des Workfare-Prinzips auf das Arbeitsangebot weitgehend verpuffen. Um dieses Verhalten der Betroffenen auszuschalten, wäre es angeraten, auf die Möglichkeit zur Aufstockung nicht existenzsichernder Einkommen zu verzichten und nur das Workfare-

Prinzip umzusetzen. Wenn es gelingt, das Workfare-Prinzip effektiv durchzusetzen, lässt sich mit dem BMWi-Vorschlag eine massive Ausweitung der Arbeitsangebots erzielen." (Autorenreferat)

[371-L] Boockmann, Bernhard; Zwick, Thomas; Ammermüller, Andreas; Maier, Michael:
Do hiring subsidies reduce unemployment among the elderly?: evidence from two natural experiments, (Discussion Paper / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, No. 07-001), Mannheim 2007, 36 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070813n15.pdf)

INHALT: "We estimate the effects of hiring subsidies for older workers on transitions from unemployment to employment in Germany. Using a natural experiment, our first set of estimates is based on a legal change extending the group of eligible unemployed persons. A subsequent legal change in the opposite direction is used to validate these results. Our data cover the population of unemployed jobseekers in Germany and was specifically made available for our purposes from administrative data. Consistent support for an employment effect of hiring subsidies can only be found for women in East Germany. Concerning other population groups, firms' hiring behavior is hardly influenced by the program and hiring subsidies mainly lead to deadweight effects." (author's abstract)

[372-L] Boss, Alfred; Brown, Alessio J.G.; Snower, Dennis J.; Merkl, Christian:
Einstellungsgutscheine: konkrete Ausgestaltung für Deutschland, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1327), Kiel 2007, 20 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070705p02.pdf)

INHALT: "Dieses Papier erläutert die praktische Umsetzung des Konzeptes der Einstellungsgutscheine (Kieler Arbeitspapier 1302 'Comparing the Effectiveness of Employment Subsidies' von Alessio Brown, Christian Merkl und Dennis Snower). Nach unserem Konzept werden den Arbeitgebern bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten Einstellungsgutscheine ausgehändigt, wodurch die Lohnkosten befristet während der ersten Zeit der Beschäftigung sinken. Die Höhe der befristeten Gutscheine soll mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steigen sowie mit der Qualifikation und der anschließenden Beschäftigungsdauer abnehmen. Exemplarisch wird für die selbstfinanzierenden Gutscheine dies für verschiedene Dauern der Langzeitarbeitslosigkeit und verschiedene Qualifikationen konkretisiert. Es wird eine einfache Formel entwickelt, mit der die Höhe des Gutscheins in Abhängigkeit vom neuen Lohn, der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsdauer berechnet werden kann." (Autorenreferat)

[373-F] Brandt, Oliver, Dipl.-Geogr.; Cordes, Alexander, Dipl.-Ökon. (Bearbeitung); Revilla Diez, Javier, Prof.Dr. (Leitung):
Regionale Beschäftigungsentwicklung der gering und mittel Qualifizierten in Niedersachsen: Bestimmungsfaktoren und Handlungsempfehlungen

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 2000-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Niedersachsen, Westdeutschland

METHODE: Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 1.000; Betriebe der Branchen Ernährung, Chemie/ Kunststoff, Gesundheit in Vechta und Goslar -jew. 500-; Auswahlverfahren: total). Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 40; Expertengespräche mit zentralen Akteuren in Vechta und Goslar -jew. 20-). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts. Sekundäranalyse von Individualdaten (Herkunft der Daten: Mikrozensus, Wellen 1998-2004 -gerade Jahre-, Klassifikation von Berufen zu Qualifikationsklassen an Hand der Weiterbildungswahrscheinlichkeit, allgemeinbildender und beruflicher Abschlüsse bzw. mittels standardisierten Bildungsjahren, Stellung im Betrieb). Ökonometrische Komponentenzerlegung der Beschäftigungsentwicklung der Qualifikationsklassen der Kreisebene.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Polarisation and segmentation - do they coincide? Evidence from an occupational classification for Germany. Paper presented at the CAPE 2007, Nürnberg.

ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2008-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-; Land Niedersachsen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

INSTITUTION: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. -NIW- (Königstr. 53, 30175 Hannover)

KONTAKT: Cordes, Alexander (Tel. 0511-123316-43, e-mail: cordes@niw.de)

[374-F] Brinkmann, Christian; Müntenich, Michael (Bearbeitung); Rässler, Susanne, PD Dr. (Leitung):

Eingliederungseffekt und weiterer Nutzen von Eingliederungsmaßnahmen nach Paragraf 421i SGB III für Betreuungskunden mit Aktivierungsproblemen

INHALT: Zielerreichung wirksamer Kontakte wird bereits im Rahmen des gegenwärtigen Steuerungssystems in der Zielnachhaltung 2005 gemessen. Die bisher quantitative Betrachtung der Kontaktdichte wird durch eine Empfehlung zum wirkungsorientierten Umgang mit der Beratungszeit ersetzt. Grundlage dafür bildet die Kundengruppe. Erwartet wird eine differenzierte Kontaktdichte, die positiv auf die Erreichung der geschäftspolitischen Ziele wirkt. Solche und weitere Indikatoren sind für die zeitnahe Steuerung der Arbeitsförderung unabdingbar. Ohne Kontrollgruppenbildung erlauben sie jedoch noch keine kausalen Aussagen und bleiben rein deskriptiv. Zuordnungen: In einem wichtigen Teilbereich - Beauftragung von Trägern mit speziellen Eingliederungsmaßnahmen für Betreuungskunden - sollen mit dem vorliegenden Evaluationsprojekt die im nachfolgenden Abschnitt näher erläuterten Netto-Wirkungen der Maßnahmen ermittelt werden (Wirkungsanalyse auf der Basis eines Vergleichsgruppenansatzes). Nach der geschäftspolitischen Ausrichtung der BA ist bei Betreuungskunden Passivität zu vermeiden. "Aktivierung" kann auch außerhalb von Beratungsgesprächen stattfinden. Mit dem Untersuchungsziel ist eng die Beantwortung der Frage verknüpft, ob es sinnvoll sein kann, bei Dritten regelmäßig oder anlassbezogen Kontakte zur Aktivierung und zur Eröffnung von Perspektiven ggf. auch jenseits des ersten Arbeitsmarktes durchzuführen. Im Rahmen der Eingliederungsbilanzen wird ausgewiesen, wie viele Maßnahmeteilnehmer ein halbes Jahr nach Austritt nicht mehr arbeitslos gemeldet sind. Im Rahmen des vorliegenden Projekts sollen ergänzend zu diesen "Brutto-Verbleibsquoten" durch Vergleichs-/ Kontrollgruppenbildung Netto-Eingliederungseffekte ermittelt werden, mit Erfolgsindikatoren, die über Eingliederungsbilanzen hinausweisen. Dabei stehen im Vordergrund: Die Frage der Wiederbeschäftigungschancen, die Frage der Wirkungen auf die Einkommenssituation der Teilneh-

mer, Fragen der Entwicklung alternativer (Erwerbs-)Perspektiven. Auswirkungen auf die Beschäftigungsfähigkeit; weiterhin soll die Art der Kontakte, die Kontaktintensität bzw. Kontaktdichte ausgeleuchtet werden - mit den beauftragten Trägern ebenso wie mit den betreffenden Arbeitsagenturen. Abgerundet wird das Design durch eine Kosten-Nutzen-Analyse auf der jeweiligen Agenturebene. Das Projekt dient zugleich als "Pilotprojekt" für den Aufbau einer Kooperation zwischen dem IAB und der Zentrale bei produktspezifischen sozialen Experimenten, sofern diesen realisierbar sind und keine leistungsrechtlichen, ethischen oder sonstige Bedenken entgegenstehen. Soll nun anhand des Pilotprojektes herausgefunden werden, ob der arbeitsmarktpolitische Eingriff auch tatsächlich eingeführt werden soll, so erfordert dies zunächst eine formale Bewertung des Programmerfolges. Ziel: Soziales Experiment zur Evaluation des Paragrafen 421i SGB II für Betreuungskunden mit Aktivierungsproblemen.

METHODE: Inhaltlich geht es bei der auf BA-Maßnahmen bezogenen Ermittlung von Effekten arbeitsmarktpolitischen Handelns (im Folgenden kurz: Wirkungsanalyse) vor allem um folgende Aspekte: Zielgruppenerreichung und weitere Implementationsaspekte, individuelle Erträge wie Verbleib in Arbeit und Dauerhaftigkeit des durch arbeitsmarktlichen Handelns erworbenen Arbeitsplatzes, Beschäftigungseffekte, strukturelle Wirkungen, Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt, Substitutionsrisiken, Kosten, Budgeteffekte bei der BA und gesamtfiskalische Wirkungen, Alternativkosten. In Teilbereichen sollen in Zukunft verstärkt experimentelle Ansätze eingesetzt werden, sofern diese nicht gegen ethische und methodische Grundsätze verstoßen. In der Vergangenheit wurden hierzu eigene wichtige Erkenntnisse gesammelt (vgl. Profiling/ Case Management-Experiment Rudolph/ Müntnich 2001 und Zusammenarbeit bei der Evaluation von Modellprojekten mit Luschei/ Trube 2000). Auf diese Weise kann der bestmögliche Einsatz von Mitteln gewährleistet und eine erfolgreiche flächendeckende Einführung einer Maßnahme sichergestellt werden. Inhaltliche Aspekte der Vergleichsgruppenbildung: Merkmalsstrukturen. Am Ausgangspunkt der Untersuchung steht zunächst die deskriptive Analyse der potentiell Erfolg versprechenden und Erfolg hemmenden Merkmale und Einflussfaktoren für eine erfolgreiche Teilnahme (hypothetische Beschäftigungsfähigkeit). Erhebung: Vor Maßnahmebeginn wählt die jeweilige AA aus der Vormerkliste nach dem Zufallsprinzip (z.B. bei 100 geeigneten Teilnehmern jeder 2. auf der Liste, dabei sollte die Liste aber in einer Zufallsreihenfolge sein, um Systematiken z.B. durch ausländische Namen zu vermeiden) die Teilnehmer aus, die tatsächlich der Maßnahme zugewiesen werden. Aus dieser Experimentalgruppe gilt es dann die Teilnehmer und Nichtteilnehmer festzustellen und die Ergebnisse in der Vormerkliste festzuhalten.

ART: *BEGINN:* 2005-02 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Bundesagentur für Arbeit (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[375-F] Brinkmann, Christian (Bearbeitung); Wießner, Frank, Dr. (Leitung):
Beiträge zur Evaluation von Neuansätzen der Arbeitsförderung nach Paragraph 10 SGB III (Freie Förderung)

INHALT: Evaluation der Freien Förderung mit Teilbeiträgen des IAB, die in inhaltlich eng umgrenzten Förderbereichen mit Haushaltsmitteln der BA (teil-)finanzierte externe Evaluationen

so ergänzen sollen, dass zusammen mit vorliegenden systematischen Praxisberichten eine Gesamtbeurteilung dieser neuen Förderart erleichtert wird. Erarbeitet wird ein systematischer Rahmen für Monitoring und Evaluation der Freien Förderung, der auch über den Projektzusammenhang hinaus (bei Trägern, Arbeitsämtern, externen Evaluatoren) Verwendung finden kann. Im Hinblick auf begrenzte Kapazitäten und inhaltliche Affinitäten geht es zunächst um explorative Recherchen und die Vorbereitung von Verbleibsanalysen in den Förderbereichen. Existenzgründungsförderung als Ergänzung zum Überbrückungsgeld. Einstellungshilfen im Rahmen der Freien Förderung. Zum PLUS Lohn Duisburg wird in Absprache mit dem AA z.Z. eine Verbleibsuntersuchung mit experimentellem Design durchgeführt. Im Herbst 2001 wurden Teilnehmer nach dem Zufallsverfahren ausgewählt. Erste Datenabgleiche zum Verbleib arbeitslos deuten auf positive Netto-Effekte hin. Weitere Analysen werden in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik in Frankfurt/ Main durchgeführt (Ausweitung des Verbleibszeitraums von einem auf zwei bzw. drei Jahre, Vergleich der experimentell gewonnenen Ergebnisse mit solchen auf Basis ökonometrischer matching-Verfahren). Ziel: Das Projekt analysiert innovative Modellversuche im Rahmen der Freien Förderung.

METHODE: Es geht im Sinne einer Stufenabfolge schwerpunktmäßig um a) Dokumentenanalysen zu Projekten und dem Projektumfeld mit dem Ziel einer Typisierung, ergänzt um die Erfassung von Grunddaten zur Förderung (projekt- und teilnehmerbezogen); b) Expertengespräche im Umfeld systematisch ausgewählter Projekte mit dem Ziel einer Expertise vor allem zu den Aspekten Zielgruppenerreichung, Erfolgseinschätzungen (vor allem hinsichtlich Eingliederung), Einbettung in die Regelförderung, Instrumentensubstitution, aber auch zu anderen Aspekten (Kosten u.a.); c) projektbezogene Verbleibsanalysen auf der Basis von Datenabgleichen oder Nachbefragungen, möglichst auch zum längerfristigen Verbleib und mit der Bildung von Kontrollgruppen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Wießner, F.: Frei fördern und forschen. IAB Materialien, 2002, 2, S. 12-13.+++Brinkmann, C.: Controlling and evaluation of employment promotion and the employment services in Germany. in: IAB Labour Market Research Topics, No. 36, S. 1-28. Siehe unter: http://doku.iab.de/topics/1999/topics36.pdf .+++Brinkmann, C.: Zielcontrolling und Evaluation im Rahmen der Arbeitsförderung. Zur aktuellen Diskussion. Nürnberg 1999.

ART: *BEGINN:* 1999-03 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-5235, -3266 od. -3121, e-mail: info@iab.de)

[376-F] Brussig, Martin, Dr.phil.; Jansen, Andreas, Dipl.-Soz.; Thiel, Lucia, B.A. (Bearbeitung); Knuth, Matthias, Priv.Doz.Dr. (Leitung):

Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "Optierende Kommune" und "Arbeitsgemeinschaft", Untersuchungsfeld 3: Wirkungs- und Effizienzanalyse

INHALT: Diese Evaluation zielt darauf, die Implementation und Durchführung des SGB II durch die Träger vergleichend zu beobachten, ihre Wirkungen zu analysieren und Ursachen für Wirkungszusammenhänge herauszuarbeiten. Grundsätzlich sind die Träger die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die kreisfreien Städte und Kreise. Im Regelfall finden sich beide Träger in Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) zusammen, um sämtliche Leistungen aus einer Hand

zu erbringen. Die Experimentierklausel nach Paragraf 6a SGB II bestimmt, dass an Stelle der Agenturen für Arbeit auch kommunale Träger zugelassen werden können. Beginnend mit dem 1. Januar 2005 ist die Zulassung für 69 kommunale Träger für einen Zeitraum von 6 Jahren - also bis zum 31. Dezember 2010 - erteilt worden. Diese Evaluation ist in vier Untersuchungsfelder aufgeteilt: 1. Deskriptive Analyse und Matching, 2. Implementations- und Governanceanalyse, 3. Wirkungs- und Effizienzanalyse, 4. Makroanalyse und regionale Vergleiche. Das IAQ ist am Untersuchungsfeld 3 "Wirkungs- und Effizienzanalyse" beteiligt. Gegenstand des Untersuchungsfeldes 3 "Wirkungs- und Effizienzanalyse" ist eine Analyse, wie sich die Wirkungen des Aktivierungsprozesses für Individuen und Bedarfsgemeinschaften zwischen beiden Modellen der Aufgabenwahrnehmung unterscheiden, und welche Effekte durch unterschiedliche Organisationstypen - auch innerhalb der Modelle - bzw. durch den Einfluss des institutionellen Rahmens bedingt sind. Ziel des SGB II und Hauptkriterium für den Erfolg ist eine Verringerung oder Beseitigung der Hilfebedürftigkeit durch Integration in Erwerbstätigkeit. Jedoch gibt es auch Personen, für die eine direkte Vermittlung in Arbeit nicht möglich ist. Deshalb sind zwei weitere Ziele der Erhalt bzw. die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sowie die Soziale Stabilisierung der Hilfebedürftigen. Innerhalb des Untersuchungsfeldes 3 "Wirkungs- und Effizienzanalyse" kommt dem IAQ die Aufgabe zu, die Ziele "Erhalt bzw. Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit" und "Soziale Stabilisierung" so zu operationalisieren, dass gemessen werden kann, ob ARGEn oder Optierende Kommunen "es besser können", also die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erhöhen und die soziale Einbindung der Hilfebedürftigen zu stabilisieren - und "warum das so ist". Das Untersuchungsfeld 3 wird in Kooperation vom Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) -Koordination-, TNS Emnid sowie dem IAQ bearbeitet. Die Angaben hier beziehen sich auf das IAQ.

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 25.000; Bezieher/innen von ALG 2, repräsentativ für 154 Kreise und kreisfreie Städte; Auswahlverfahren: Quota). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Evaluation der Experimentierklausel nach Paragraph 6c SGB II - vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung "Optierende Kommune" und "Arbeitsgemeinschaft". Untersuchungsfeld 3: "Wirkungs- und Effizienzanalyse". Erster Bericht. Mannheim u.a. 2007, 230 S. Download unter http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2007/brussig01.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-08 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Entwicklungstrends des Erwerbssystems (45117 Essen)

KONTAKT: Brussig, Martin (Dr. Tel. 0209-1707-132, e-mail: martin.brussig@uni-due.de)

[377-L] Bundesagentur für Arbeit (Urheber):
Arbeitsmarkt 2006, in: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Jg. 55/2007, Sondernr. 1, 218 S. (URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070917n05.pdf)

INHALT: Nach einem Überblick über den Arbeitsmarkt in Deutschland im Jahr 2005 wird im Hauptteil auf das Arbeitskräfteangebot, die Arbeitskräftenachfrage, die Arbeitslosigkeit und Ausgleichsprozesse auf dem Arbeitsmarkt eingegangen. Danach folgen Informationen zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ein Tabellen-Anhang. (IAB)

[378-L] Buscher, Herbert S.:
Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel, Jg. 13/2007, H. 6, S. 173-178 (Standort: USB Köln(38)-MXG 07758; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/6-07.pdf)

INHALT: "Der Beitrag diskutiert insgesamt vier alternative Modelle zur Einkommenssicherung aus Erwerbstätigkeit: Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens, Überlegungen zur Einführung eines Mindestlohns, das Kombilohnmodell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Vorschlag des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), ein Workfare-Konzept in Deutschland einzuführen. Während Kombilohn- und Workfare-Modelle auf eine Eingliederung Arbeitsloser in den (ersten) Arbeitsmarkt abstellen, betrifft ein Mindestlohn zunächst bestehende Beschäftigungsverhältnisse und mittelbar Arbeitsplätze, die unter Umständen wegen des Mindestlohns abgebaut werden oder erst gar nicht entstehen. Ein Grundeinkommen oder Bürgergeld betrifft alle Bürger des Landes und stellt grundlegende Prinzipien des Erwerbslebens für die Zukunft in Frage. Gemein ist allen Ansätzen, dass sie zu einem existenzsichernden Einkommen führen sollen, entweder als staatliche Fürsorgeleistung oder durch Erwerbsarbeit. Mindestlohn, Kombilohn und Workfare werden dann überprüft, wie sie insbesondere auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wirken werden. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn scheint zur Lösung der ostdeutschen Arbeitsmarktprobleme nicht geeignet; als problematisch kann das Workfare-Konzept angesehen werden, so dass praktisch nur Kombilohnmodelle eingesetzt werden können. Aber auch diese lösen nur einen Teil des Problems, solange nicht ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (Unternehmensansiedlungen, verbessertes Bildungsangebot etc.) zeitgleich getätigt werden." (Autorenreferat)

[379-F] Caliendo, Marco, Dipl.-Volksw.; Thomsen, Stephan Lothar, Dipl.-Volksw.; Zeiss, Christopher, Dipl.-Volksw.; Jahn, Elke J., Dr. (Bearbeitung); Hujer, Reinhard, Prof.Dr.; Brinkmann, Christian; Stephan, Gesine, PD Dr. (Leitung):
Eingliederungseffekte und weiterer Nutzen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und SAM für die Geförderten unter besonderer Berücksichtigung von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) für Ältere

INHALT: Die BA hat im Jahre 2000 rd. 10 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) ausgegeben. Nach der Förderung der beruflichen Weiterbildung kommt diesem Teil der aktiven Arbeitsförderung die größte Bedeutung zu, ohne dass bislang vorliegende Evaluationsstudien hinreichende Klarheit über die Wirkung dieser Instrumente liefern können. Dies gilt auch für die in diesem Projekt im Vordergrund der Evaluation stehende individuelle Eingliederungszielsetzung. Bei den Rahmenzielsetzungen des SGB III (Paragraph 1,5-8) und auch bei den Zielvorgaben für ABM und SAM hatte die berufliche Eingliederung der Geförderten (nach der Maßnahme) vor den am 1.1.2004 in Kraft getretenen Gesetzesänderungen einen hohen Stellenwert. Gleichwohl sollten mit ABM und SAM auch früher schon zusätzliche Beschäftigung geschaffen (Entlastungsfunktion) und über die Wertschöpfung "reale" Wirkungen in der Region erzielt werden. Diese weiteren, bei einigen Personengruppen bzw. in einigen Regionen offenbar auch stark im Vordergrund stehenden Zielsetzungen werden bei der vorliegenden Untersuchung zunächst ausgeblendet, dürfen aber bei der Interpretation von Ergebnissen nicht aus den Augen verloren werden. Die Beschränkung auf die individuelle Ein- (bzw. Aus-)gliederungsperspektive bedeutet, dass die

Untersuchung für sich allein keine Gesamtevaluation von ABM ermöglicht; sie wird hierfür gleichwohl eine wichtige und überfällige Vorarbeit leisten. Im Rahmen der Eingliederungsbilanzen wird nunmehr ausgewiesen, wie viele Maßnahmeteilnehmer ein halbes Jahr nach Austritt nicht mehr arbeitslos gemeldet sind. Im Rahmen des vorliegenden Projekts sollen ergänzend zu diesen "Brutto-Verbleibsquoten" durch Kontrollgruppenbildung Netto-Eingliederungseffekte ermittelt werden, mit Erfolgsindikatoren, die über Eingliederungsbilanzen hinausweisen. Dabei stehen im Vordergrund die Wiederbeschäftigungschancen, die Stabilität der (nicht-geförderten) Beschäftigungsverhältnisse in kurz- und längerfristiger Perspektive sowie die Wirkungen auf die Einkommenssituation der Teilnehmer. Das Projekt diente zugleich als "Pilotprojekt" für den Aufbau einer "Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei" (flächendeckende Erschließung und Aufbereitung von für Evaluationszwecke unterschiedlicher Art brauchbaren Datensätzen über Maßnahmeteilnehmer und deren (spätere) Integration in das entstehende "data-warehouse"). Ziel: Ergänzend zu "Brutto-Verbleibsquoten" sollen durch Kontrollgruppenbildung Netto-Eingliederungseffekte ermittelt werden, die Hinweise auf die Wiederbeschäftigungschancen, die Stabilität der (nicht-geförderten) Beschäftigungsverhältnisse sowie die Wirkungen auf die Einkommen der Teilnehmer geben. *ZEITRAUM:* 2000-2001

METHODE: Bei der mikroökonometrischen Evaluation von nicht-experimentellen Daten steht man vor dem Problem, einen geeigneten Vergleichsmaßstab zu finden, um den isolierten Effekt der Maßnahme zu bestimmen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Maßnahme-Teilnehmer nicht unmittelbar mit der Gruppe der Nichtteilnehmer vergleichbar sind. Dieses in der wissenschaftlichen Diskussion als Selektionsverzerrung bekannte Problem kann durch verschiedene ökonometrische und statistische Korrekturverfahren gelöst werden. Als Beispiele seien das Matching-Verfahren und die Differenz-von-Differenzen-Methode genannt. Beim Matching-Verfahren werden den Maßnahme-Teilnehmern Personen aus der Kontrollgruppe zugeordnet, die in Bezug auf die für eine Selektionsverzerrung relevanten Charakteristika (möglichst) gleiche Ausprägungen haben. Auf solche Methoden soll im vorliegenden Projekt zurückgegriffen werden. Im Hinblick auf die erkennbaren methodischen Probleme bisheriger mikroökonometrischer Studien zum Eingliederungserfolg von ABM/ SAM sollen im vorliegenden Projekt unterschiedliche Zielsetzungen, Maßnahme- und Teilnehmerheterogenität so differenziert wie möglich explizit berücksichtigt werden. Dies setzt eine hinreichend große Stichprobe von Teilnehmern voraus; eine genaue Festlegung hierzu erfolgt mit Ausarbeitung des Untersuchungsdesigns. Erhebung: Die Stichprobenziehung hat kurz nach der erstmaligen zentralen und instrumentenübergreifenden Erschließung der Individualdatensätze von Maßnahmeteilnehmern aus dem entsprechenden BA-Fachverfahren (CoSach) begonnen. Zunächst wurde auf alle Abgänge des 1.Jahres 2000 zurückgegriffen (rd. 250.000 Förderfälle). Da SAM für Ältere erst im August 1999 eingeführt wurden und eine längere Förderdauer ermöglichen, können solche Fälle erst zu einem späteren Zeitpunkt einbezogen und auf ihren Verbleib hin analysiert werden. Im Detail analysiert wurden Förderzugänge vom Februar 2000 und Abgänge vom Herbst 2000. In der zweiten Projektphase werden Förderzugänge bis Mai 2001 einbezogen. Die Teilnehmer-Datensätze sind gut dokumentiert, enthalten aber weder Name/ Adresse noch die für Abgleiche mit der Beschäftigtendatei benötigte Versicherungsnummer. Hierfür und um weitere Strukturmerkmale der Geförderten zu erhalten, wurden sie in einer Vorphase des Projektes als erstes mit der zentralen Bewerber-Angebots-Datei (BewA über Arbeitslose und nicht arbeitslose Arbeitsuchende) abgeglichen. Aus der zentralen BewA werden auch für die Kontrollgruppenbildung Stichroben gezogen, wobei das Problem einer notwendigen "Datenanreicherung" für das angestrebte Matching-Verfahren und die Gewinnung von Zielvariablen stufenweise gelöst wird (weitere Abgleiche mit der BewA,

Verknüpfung mit der Beschäftigtendatei, Hinzufügen von Befragungsergebnissen). Im Frühjahr des Jahres 2002 wurde eine Befragung von Teilnehmern und Kontrollgruppe durchgeführt (insgesamt 50.000 Telefoninterviews). Ein späterer Abgleich mit der Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei ermöglicht es, nachfolgende Förderungen zu berücksichtigen (u.a. Identifizierung von "nicht geförderter" Beschäftigung.)

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hujer, R.; Caliendo, M.; Thomsen, S.L.: New evidence on the effects of job creation schemes in Germany - a matching-approach with threefold heterogeneity. in: Research in Economics, 58, 2004, 4, pp. 257-302.+++Caliendo, M.; Hujer, R.; Thomsen, S.L.: Evaluation der Eingliederungseffekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in reguläre Beschäftigung für Teilnehmer in Deutschland. in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 2004 (im Erscheinen).+++Caliendo, M.; Jahn, E.J.: Verbleibsquote ein Controlling-Indikator für den Eingliederungserfolg von ABM!? in: Zeitschrift für Evaluation, H. 1, S. 51-69.+++Caliendo, M.; Hujer, R.; Thomsen, S.L.: Evaluation individueller Netto-Effekte von ABM in Deutschland. Ein Matching-Ansatz mit Berücksichtigung von regionalen und individuellen Unterschieden. Nürnberg 2003. Siehe unter: http://doku.iab.de/werkber/2003/wb 0203.pdf . *ARBEITSPAPIERE:* Caliendo, M.; Hujer, R.; Thomsen, S.L.: Identifying effect heterogeneity to improve the efficiency of job creation schemes in Germany. Working Paper, Universität Frankfurt am Main 2004.

ART: *BEGINN:* 2001-04 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie -Empirische Wirtschaftsforschung- (Postfach 111932, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Brinkmann, Christian (Tel. 0911-179-3121 od. 069-79828115, e-mail: Christian.Brinkmann@iab.de)

[380-L] Caliendo, Marco; Kritikos, Alexander; Steiner, Viktor; Wießner, Frank:
Existenzgründungen: Unterm Strich ein Erfolg, (IAB Kurzbericht, 10/2007), Nürnberg 2007, 6 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1007.pdf)

INHALT: "Mit Einführung der Ich-AG im Jahr 2003 stieg die Zahl der geförderten Gründungen aus Arbeitslosigkeit auf ein nie gekanntes Niveau. Bis Mitte 2006 wurde insgesamt rund eine Million Gründungen gefördert, davon knapp 400.000 Ich-AGs mit dem Existenzgründungszuschuss (ExGZ). Zugleich wurden Existenzgründer nach wie vor mit Überbrückungsgeld (ÜG) gefördert. Sie haben ein höheres Qualifikationsniveau als ExGZ-Geförderte und entsprechen viel eher den nichtgeförderten Gründern. Mit dem ExGZ wurden Zielgruppen erreicht, die im Gründungsgeschehen zuvor unterrepräsentiert waren, wobei vor allem der hohe Frauenanteil auffällt. Ein Großteil der Geförderten ist 8 Monate nach Gründung noch selbständig. Sowohl ÜG- als auch ExGZ-Geförderte sind deutlich seltener arbeitslos gemeldet als vergleichbare Nicht-Teilnehmer und erzielen ein deutlich höheres Erwerbseinkommen. Das ÜG weist überdies eine positive monetäre Effizienz auf, d.h. die BA spart damit Kosten ein. Die monetäre Effizienz des ExGZ ist leicht negativ. Die Ich-AG zählt aber immer noch zu den vergleichsweise kostengünstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen." (Autorenreferat)

[381-F] Cramer, Ralph; Gilberg, Reiner (Bearbeitung); Hess, Doris, Dipl.-Soz.; Schröder, Helmut, Dr.; Schiel, Stefan, Dipl.-Volksw.; Kruppe, Thomas, Dr. (Leitung):
Evaluation des Arbeitsmarktpolitischen Programms FAIR (Förderung der Arbeitsaufnahme - integriert und regulär)

INHALT: Erfahrungen anderer Länder aufgreifend, wird als wirksame Strategie zur Reduzierung insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit eine Intensivierung der Vermittlungstätigkeit favorisiert, verbunden mit einer Strategie des Förderns und Forderns. Zielgruppe des Programms FAIR sind registrierte Langzeitarbeitslose, die Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe mit und/ oder Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) erhalten. Vorrangiges Ziel ist ihre Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch intensiven Personaleinsatz in der Vermittlung, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für individuell zugeschnittene Eingliederungshilfen und einer engen Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen und Trägern der Sozialhilfe. Es ist der Nachweis zu führen, dass sich die Mehraufwendungen amortisieren, zusätzlich latent vorhandene Arbeitsplätze akquiriert werden und die Vermittlung nachhaltig ist. Ein Vergleich mit den ähnlich gestalteten MoZArT-Modellversuchen ist durchzuführen. Das FAIR-Programm wird in vier Geschäftsstellen der Bundesagentur für Arbeit erprobt. Ziel: Es soll der Nachweis geführt werden, dass sich die Mehraufwendungen dieses Programms amortisieren, latent vorhandene Arbeitsplätze akquiriert werden und die Vermittlung nachhaltig ist. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Prozessevaluation (prozessbegleitend), Monitoring des Maßnahmeverlaufs, Wirkungsanalyse: Kontrollgruppenkonzept auf der Individual- und institutionellen Ebene zur Ermittlung von Nettoeffekten, Verdrängungseffekten; Auswertung einer Teilnehmer ACCESS-Datenbank, Auswertung von Geschäftsstatistiken der Arbeitsagenturen, der Bewerberangebotsdatei (ccArb-Bewa Bestand) und der Datei der Leistungsempfänger (coLei). Primärerhebung von Teilnehmern als dynamisches Panel (Modellorte und Kontrollgruppen), vorrangig zu erwerbsbiographischen Hintergründen und Verbleib nach Maßnahmen, mittels CATI. Primärerhebungen/ Expertengespräche bei den beteiligten Institutionen. Standardisierte Tagebücher zur Aufwandsermittlung. *DATENGEWINNUNG:* Experiment (Programmteilnehmer an FAIR vs. Nichtteilnehmer in einem Vergleichsamt -FAIRalt- bzw. dem A-Team desselben Amtes -FAIRneu-; Auswahlverfahren: Zuteilung nach geradem/ ungeradem Geburtsjahr). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: rd. 5.200 -1. Messzeitpunkt-, rd. 3.300 -2. Messzeitpunkt-; Teilnehmer am Programm und Vergleichsgruppe; Auswahlverfahren: Zufallsauswahl aus Teilnehmerdatei und Bewerberangebotsdatei der Vergleichsämter). Standardisierte Befragung, schriftlich (beteiligte Vermittler und Koordinatoren von nicht an FAIR beteiligten Vermittlern; Auswahlverfahren: total). Sekundäranalyse von Individualdaten (Auswertung der Teilnehmerdatenbank und Geschäftsdaten der beteiligten Agenturen). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Cramer, Ralph; Hess, Doris; Schiel, Stephan; Schröder, Helmut: Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Programms FAIR. Zwischenbericht 2003.

ART: *BEGINN:* 2002-10 *ENDE:* 2007-10 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: infas - Institut für Angewandte Sozialwissenschaft GmbH (Friedrich-Wilhelm-Str. 18, 53113 Bonn); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Schröder, Helmut (Dr. Tel. 0228-3822-406, e-mail: h.schroeder@infas.de); Wiedemann, Eberhard (e-mail: eberhard.wiedemann@iab.de)

[382-L] Cremer, Georg:
Sozialer Arbeitsmarkt: sinnvoll bei enger Zielgruppendefinition, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, H. 10, S. 27-32 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ist eine langfristig orientierte öffentliche Beschäftigung für Personen ohne Beschäftigungschancen sinnvoll? Der Autor vertritt die Ansicht, dass ein Sozialer Arbeitsmarkt ein sinnvolles sozialpolitisches, aber kein arbeitspolitisches Instrument ist. Es kann Menschen erreichen, die auch dann keine realistische Chance auf eine reguläre Beschäftigung haben, wenn die strukturellen Bedingungen für die Beschäftigung von Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen deutlich besser wären. Nur in einer längerfristigen öffentlich geförderten Beschäftigung können diese Menschen wieder eine Perspektive gewinnen. Das Instrument sollte so ausgestaltet werden, dass diese soziale Funktion auch faktisch erfüllt werden kann. Dies spricht dafür, eine enge Zielgruppendefinition zu wählen, Einsatzfelder und Förderbedingungen hierauf auszurichten und einen angemessenen Lohnabstand zur regulären Beschäftigung von gering qualifizierten Erwerbstätigen zu wahren." (Autorenreferat)

[383-L] Debus, Martin:
Arbeitsmarkteffekte des demografischen Wandels, (Sozialökonomische Schriften, Bd. 30), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 233 S., ISBN: 978-3-631-56875-0

INHALT: "In der wissenschaftlichen Literatur standen bis dato die Implikationen des demografischen Wandels für die Sozialversicherungen im Fokus. Die Arbeitsmarkteffekte sind bisher nur höchst unzureichend analysiert worden. Die Arbeit stößt in diese Lücke und liefert wichtige und neue Einsichten in die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen und mögliche Handlungsempfehlungen. Zum einen untersucht der Autor in einem OLG-Modell mit Sozialversicherung die Interdependenzen der Humankapitalbildung und der Renteneintrittsentscheidung. Zum anderen werden die Lohn- und Beschäftigungseffekte des demografischen Wandels analysiert. Hierzu wird zwischen jungen und alten Gewerkschaftsmitgliedern unterschieden und die Konsequenzen einer Veränderung der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung für die relativen Löhne und die relativen Arbeitslosenraten diskutiert." (Autorenreferat)

[384-F] Deeke, Axel, Dr.; Kruppe, Thomas, Dr.; Kurtz, Beate; Heidenreich, Meike; Szameitat, Jörg; Schiener, Claudia; Schweigard, Eva; Scioch, Patrycja; Oberschachtsiek, Dirk (Bearbeitung); Deeke, Axel, Dr. (Leitung):
Begleitforschung zum ESF-BA-Programm 2000-2006

INHALT: In der Zeit von 2000 bis 2006 wird die gesetzliche Arbeitsförderung nach dem SGB III mit dem bundesweiten ESF-BA-Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ergänzt. Das Programm bezieht zum einen Personen in die aktive Arbeitsförderung ein, die ansonsten wegen fehlender gesetzlicher Voraussetzungen zum Bezug von Leistungen zum Lebensunterhalt (nach SGB III und SGB II) nicht an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Trainingsmaßnahmen teilnehmen würden. Zum anderen ergänzt es das SGB III-Instrumentarium durch innovative Maßnahmekonzepte (z.B. Coaching von Existenzgründer/innen, Qualifizierung bei strukturell bedingter Kurzarbeit bzw. Transferkurzarbeit, Förderung der Sprachkompetenz arbeitsloser Personen mit Migrationshintergrund). Im Zentrum der

Begleitforschung stehen Erhebungen und Analysen zur Effektivität und Effizienz des ESF-BA-Programms. Zur ESF-Ergänzung in den einzelnen Maßnahmebereichen des SGB III werden insbesondere mikroanalytische Wirkungsanalysen im Vergleich zur entsprechenden gesetzlichen Regelförderung ohne ESF-Ergänzung und zur Nicht-Teilnahme durchgeführt. Auf übergreifender Programmebene wird die Umsetzung und Zielerreichung im Bezugsystem der übergeordneten ESF-Ziele (einschließlich der Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU) einerseits und der ergänzten SGB III-Förderung andererseits unter dem Aspekt eines eventuellen "europäischen Mehrwerts" (added value) evaluiert. Die Begleitforschung erfolgt in unterschiedlichen Teilprojekten: Die Projekte zur ESF-Ergänzung der Förderung beruflicher Weiterbildung (534.5), von Trainingsmaßnahmen (534.6), von Existenzgründungen (534.7), Kurzarbeit (534.8) und der berufsbezogenen Sprachkompetenz von Migranten (534.9) dienen jeweils der spezifischen Wirkungsanalyse der einzelnen Förderansätze des Programms. Daneben werden programmbezogene Querschnittsprojekte zur Implementation (534.3), zur Zielgruppenerreichung (534.4), zur regional differenzierenden aggregierten Evaluation (534.10) und zum Stellenwert des Programms im Kontext der ESF-Programme in Deutschland insgesamt (534.11) durchgeführt. Ziel: Gefragt wird nach dem added value des Programms im Vergleich zur gesetzlichen Arbeitsförderung nach dem SGB III, wobei neben der übergreifenden Programmevaluation insbesondere Wirkungsanalysen zu den einzelnen Instrumenten durchgeführt werden: u.a. Förderung der beruflichen Weiterbildung, Existenzgründungshilfen und Qualifizierung bei Kurzarbeit. *ZEITRAUM:* 2000-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die Begleitforschung arbeitet mit einem Konzept prozess- und kontextorientierter Wirkungsanalyse. Dies gilt sowohl für die übergreifende Programmevaluation im Vergleich zur gesetzlichen Arbeitsförderung als auch für die mikroanalytische Evaluation des Instrumenteneinsatzes bei der Ermittlung von Nettoeffekten mit Vergleichsgruppenansätzen. Entscheidende Voraussetzung sind geeignete Daten. Die erforderlichen Prozessdaten der BA werden in einem gesonderten Teilprojekt (534.2) zu Forschungsdaten des Projekts aufbereitet. Daneben werden in den Teilprojekten unterschiedliche Erhebungsmethoden eingesetzt bzw. kombiniert: angefangen von Expertengesprächen und Fallstudien bis hin zu bundesweiten repräsentativen Befragungen von ESF-BA-Geförderten und Vergleichsgruppen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brinkmann, C.: Förderung von Existenzgründungen. in: Deeke, Axel et al. (Hrsg.): Begleitforschung zum "ESF-BA-Programm 2000-2006". Bericht zur Halbzeitbewertung. IAB-Projektbericht, 10-534. Nürnberg 2003, S. 339-358. *ARBEITSPAPIERE:* Deeke, Axel; Kruppe, Thomas; Müller, Petra; Schuler, Werner: Begleitforschung zum "ESF-BA-Programm 2000-2006". Erster Zwischenbericht, Nürnberg Juli 2001.+++ Deeke, Axel; Kruppe, Thomas; Kurtz, Beate; Müller, Petra; Oertel, Martina; Schuler, Werner: Begleitforschung zum "ESF-BA-Programm 2000-2006" - zweiter Zwischenbericht. Nürnberg 2002.

ART: *BEGINN:* 2000-09 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-; Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-3132, e-mail: axel.deeke@iab.de)

[385-F] Deeke, Axel, Dr. (Leitung):
Kurzarbeit und Transferleistungen - Vorstudie

INHALT: Der Gesetzgeber hat in der letzten Zeit (Job-AQTIV-Gesetz, Hartz 3) die Instrumente des strukturellen Kurzarbeitergeldes und der Sozialplanmaßnahme in den Anwendungsbereichen ausgeweitet und neu geregelt - zuletzt ab 1.1.04 mit der Neuregelung als Transferkurzarbeitergeld und vorangehender Transfermaßnahme. Ziel ist eine Verstärkung dieser Ansätze "proaktiver" Arbeitsförderung in Beschäftigung bei drohender Arbeitslosigkeit infolge von Betriebsänderungen bzw. Stillegungen. Zugleich soll damit der klassischen "Vorruhestandspolitik" im Rahmen einer nur passiven Nutzung strukturbedingter Kurzarbeit der Boden entzogen werden. Im Rahmen dieser Vorstudie sollen die (potentiellen) Datengrundlagen und das analytische Konzept für ein IAB-Auftragsprojekt geklärt bzw. erarbeitet werden. Dies erfolgt in enger Verzahnung mit der Evaluation der ESF-BA-geförderten Qualifizierung bei struktureller Kurzarbeit bzw. Transferkurzarbeit. Bedingt durch die parallelen Arbeiten in der ESF-BA-Begleitforschung und infolge erheblicher Schwierigkeiten bei der Erschließung und Aufbereitung der wenigen einschlägigen Prozessdaten der BA mussten die Arbeiten mehrfach für einige Zeit unterbrochen werden, können aber im Laufe von 2007 wieder aufgenommen und dann zu Ende geführt werden. Als Datengrundlage werden neben der ST 42 herangezogen 1. die Strukturdaten Kug aus der gemeinsam mit dem früheren Referat Kug in der Hauptstelle (heute PP32) entwickelten dezentralen Anwendung in coLei PC Kug; 2. der Betriebspanel 2003 und 2006; 3. die Individualdatenbank der Begleitforschung zum ESF-BA-Programm. Ziel: Explorative Untersuchungen, Klärung der Datengrundlagen und Entwicklung eines analytischen Konzepts für eine nachfolgende Hauptstudie. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *BEGINN:* 2004-07 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[386-F] Dietrich, Hans, Dr.; Böhm, Rudolf; Jacob, Marita, Dr. (Bearbeitung); Dietrich, Hans, Dr. (Leitung):

Jugendliche im Übergang zu Ausbildung und Beschäftigung - Begleitforschung zum Jugendsofortprogramm (JUMP)

INHALT: Die IAB-Begleitforschung zum Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit untergliedert sich in fünf Teilprojekte: Mehrfachbefragung von JUMP-Teilnehmern (1999-2005). Zwischen 1999 und 2004 wurden 5.000 Teilnehmer an JUMP-Maßnahmen in 1999 und 4.000 Teilnehmer in 2000 zu drei Zeitpunkten befragt. Eine erste Befragung fand während der Maßnahmeteilnahme statt, eine zweite unmittelbar nach Beendigung der Maßnahme und eine dritte Befragung ein Jahr nach Maßnahmeende. Dabei wurden im Rahmen von Cati-Interviews Informationen über Maßnahmezugang und -verlauf, über den Ausbildungs- und Erwerbsverlauf vor bzw. nach Maßnahmeteilnahme erfasst und um Informationen zur materiellen, sozialen und psychosozialen Situation der Jugendlichen zum jeweiligen Befragungszeitpunkt ergänzt. Zentrale Fragestellungen beschäftigen sich mit: dem Ausbildungs- und Erwerbsverlauf der Jugendlichen bis zum Eintritt in das Sofortprogramm; den individuellen, sozialen, ausbildungs- und arbeitsmarktspezifischen Restriktionen beim Zugang; zu Ausbildung und Beschäftigung; den Ausbildungs- und Erwerbszielen von Maßnahmeteilnehmern; den ausbildungs- und erwerbsbezogenen Handlungs- und Entscheidungsmustern der Maßnahmeteilnehmer und deren Veränderung im Rahmen der JUMP-Förderung; der

Inanspruchnahme von Informationen und Beratungsangeboten zu Ausbildungs- und Berufsalternativen vor Eintritt in die und nach Abschluss der JUMP-Maßnahmen; der Bewertung der Beratung der Jugendlichen durch das Arbeitsamt vor Eintritt in Maßnahmen des Sofortprogramms; der Beurteilung der besuchten Maßnahme (inhaltlich/ fachlich, persönlich, trägerspezifisch); den Ausbildung- und Beschäftigungsperspektiven nach Maßnahmeteilnahme; dem Ausbildungs- bzw. Erwerbsverlauf im ersten Jahr nach Teilnahme an der JUMP-Maßnahme. Eine Befragung von mehrfach benachteiligten JUMP-Maßnahmeteilnehmern (1999-2002). Siebzig mehrfach benachteiligte Teilnehmer an Maßnahmen des Sofortprogramms wurden mittels qualitativer Interviews vertieft befragt. Die ausgewählten Jugendlichen weisen aufgrund einer Kumulation vermittlungshemmender Merkmale besondere Schwierigkeiten bei ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung auf. Evaluierung vor Ort (1999-2002). Eine qualitative Studie beschäftigt sich mit der Umsetzung des Sofortprogramms in zehn ausgewählten Arbeitsamtsbezirken und befragt Vertreter aus Arbeitsämtern, von Maßnahmeträgern, aus Betrieben sowie Sozial- und Wirtschaftsexperten bei Kommunen und Verbänden. Das Sofortprogramm wird dabei vielfach als Anstoß zu einer verbesserten Kooperation und Vernetzung bewertet; offen muss jedoch noch bleiben, welche Wirkungen aus diesen neuen Kooperationsformen resultieren. Bekanntheitsgrad und Bewertung von JUMP in der Bevölkerung (1999-2001). Im Rahmen allgemeiner Bevölkerungsumfragen wurde mehrfach der Bekanntheitsgrad des Sofortprogramms ermittelt. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere bei der eigentlichen Zielgruppe - den jugendlichen Arbeitslosen - das Programm trotz intensiver Bewerbung in den Medien am wenigsten bekannt war. Weiterhin wurde deutlich, dass dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit eine hohe Priorität zugemessen wurde, unabhängig davon ob das Programm selbst bekannt war oder nicht. JUMP-Maßnahme-Teilnehmer-Datenbank (1999-2005). Auf Basis der Prozessdaten der BA zum Jugendsofortprogramm wurde eine Maßnahmeteilnehmer-Datenbank aufgebaut, die für alle Teilnehmer an Maßnahmen des Jugendsofortprogramms eine vollständige JUMP-Maßnahmehistorie beinhaltet. Ziel: Das IAB begleitet das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Mit einer Längsschnittuntersuchung werden Informationen zur Maßnahmezuweisung und zum Maßnahmeverlauf, den Wirkungen auf die Handlungsorientierung von Maßnahmeteilnehmern, den Übergängen aus der Maßnahme und den weiteren Erwerbsverlauf nach deren Ende gewonnen.

METHODE: Projektbezogene Aufbereitung und Auswertung prozeßproduzierter Daten (Geschäftsstatistiken der BA); cati-Mehrfachbefragung; qualitative Befragung; Implemantationsstudie; Lebensverlaufsforschung (Longitudinalstudie, Panelstudie, Ereignisanalyse)

VERÖFFENTLICHUNGEN: Dietrich, H.: Aktuelle Ergebnisse aus der Begleitforschung zum Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, 2000, Nr. 20, S. 2095-2100. *ARBEITSPAPIERE:* Dietrich, H.: Erster Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Jugendsofortprogramms. IAB-Projektbericht, 4-486. Nürnberg 1999.+++Dietrich, H.: Aktuelle Ergebnisse aus der Begleitforschung zum Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (IAB-Projekt 4-486). Vorlage für Ausschuss II und ABF Ausschuss. 1999.+++ Dietrich, H.: Ergebnisse zum Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit nach Abschluss der ersten Befragungswelle (ABF und Ausschuss II-Vorlage). Nürnberg 2000.+++ Dietrich, H.: Bridging the gap to qualification and employment. The German immediate action programme to reduce youth unemployment. EU-peer review-working paper 2001.+++ Dietrich, H.: Übergänge aus längerer Arbeitslosigkeit - wer verlässt mit JUMP- bzw. SGB-III Maßnahmen längere Arbeitslosigkeit? Ausschuss-II-Vorlage 141, 2001.+++Dietrich, H.; Behle, H.; Böhm, R.; Eigenhüller, L.; Rothe, T.: School-to-work-transition und aktive Ar-

beitsmarktpolitik - Diskussionsunterlage für den Wissenschaftlichen Beirat des IAB. Working paper. 2001.+++Dietrich, H.: The German immediate action programme to reduce youth unemployment. Programme for training, qualification and employment of young people. Conference paper: COST A13 WG4 Youth Unemployment Meeting, Ljubljana, 2001.+++ Dietrich, H.: Grenzen und Möglichkeiten der Erfassung von Jugendarbeitslosigkeit. Internes Arbeitspapier. Nürnberg 1997.

ART: *BEGINN:* 1999-01 *ENDE:* 2007-10 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-3263, e-mail: hans.dietrich@iab.de)

[387-L] Dietz, Martin; Walwei, Ulrich:
Mehr Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, 2007, Sonderausg. 4, S. 28-33 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.cesifo-group.de/link/SD-4-2007.pdf)

INHALT: "Die Beschäftigungssituation wettbewerbsschwacher Arbeitnehmer ist hierzulande nach wie vor ungünstig. Deutschland weist im internationalen Vergleich einen relativ hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen auf und Geringqualifizierte sind in besonders starkem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen. Aufgrund dessen wird zunehmend - insbesondere auch in Regierungskreisen - diskutiert, ob durch eine Neuordnung des Niedriglohnbereichs die Chancen wettbewerbsschwacher Arbeitnehmer zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und zum Verbleib in Beschäftigung nachhaltig verbessert werden können. Der folgende Beitrag beschreibt zunächst das zu lösende Problem und entwickelt daraus einen Vorschlag." (Autorenreferat)

[388-L] Dietz, Martin; Walwei, Ulrich:
Hartz IV: Reform der Reform?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 31-38 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "Bürgergeld-Modelle und Workfare-Ansätze sehen grundlegende Veränderungen des Grundsicherungssystems vor. Die Autoren analysieren potentielle Wirkungen dieser Vorschläge und diskutieren alternativ den 'Bonus für Arbeit' zur Förderung existenzsichernder Beschäftigung im Niedriglohnsektor." (Autorenreferat)

[389-L] Dietz, Martin; Walwei, Ulrich:
Stärkere Arbeitsanreize im Niedriglohnbereich, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 5/6, S. 10-18 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Beschäftigungssituation wettbewerbsschwacher Arbeitnehmer ist hierzulande nach wie vor ungünstig. Deutschland weist im internationalen Vergleich einen relativ hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen auf und Geringqualifizierte sind in be-

sonders starkem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen. Daher ist zu diskutieren, wie die Chancen wettbewerbsschwacher Arbeitnehmer zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und zum Verbleib in Beschäftigung durch stärkere Arbeitsanreize im Niedriglohnbereich nachhaltig verbessert werden können. Der Beitrag analysiert zunächst das zu lösende Problem und zeigt dann die Möglichkeiten und Grenzen von Lösungswegen auf, die zuletzt auch politisch vermehrt in den Fokus gekommen sind." (Autorenreferat)

[390-L] Eichhorst, Werner (Hrsg.):
Wachstumsaspekte der Arbeitsmarktpolitik - von den Nachbarn lernen, (IZA Research Report, No. 13), Bonn 2007, 119 S. (Graue Literatur; URL: http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_13.pdf; http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_13en.pdf)

INHALT: "Der Forschungsbericht stellt den Endbericht des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderten Forschungsprojektes 'Wachstumsaspekte der Arbeitsmarktpolitik - von den Nachbarn lernen' dar, welches zwischen Januar und April 2007 durchgeführt worden ist. Er basiert auf den Kurzexpertisen zur Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz, in Österreich und Dänemark, welche unter Federführung des Forschungsinstitutes zur Zukunft der Arbeit (IZA) erstellt und im Hinblick auf mögliche Ableitungen für die Gestaltung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ausgewertet worden sind. Diese drei Referenzländer zeichnen sich im Vergleich zu Deutschland durch ein höheres Beschäftigungsniveau und niedrigere Arbeitslosigkeit aus. Da diese Unterschiede langfristiger Natur sind, ist es folgerichtig, nicht zyklische, sondern strukturelle Erklärungen zu suchen. Das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt lässt sich, das hat die vergleichende empirische Forschung gezeigt, im Wesentlichen durch folgende Parameter erklären: 1. Steuer- und Abgabenlasten; 2. Regulierung des Arbeitsmarktes (z.B. Kündigungsschutz); 3. Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit; 4. aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Die vergleichende Forschung weist jedoch auch darauf hin, dass unterschiedliche Modelle mit ähnlicher Funktionstüchtigkeit bestehen können und dass die jeweiligen institutionellen Regelungen nur im komplexen Arrangement ihres Zusammenwirkens adäquat verstanden werden können. Von daher sind Bewertungen ausländischer Erfahrungen immer kontextabhängig." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse (8-12); Michael Gerfin: Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz (20-44); Helmut Hofer, Rudolf Winter-Ebmer: Regulierung am österreichischen Arbeitsmarkt (46-70); Per Kongshoj Madsen: Dänemark - Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsergebnisse (72-101); Werner Eichhorst, Hilmar Schneider: Handlungsbedarf in Deutschland: Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik (102-119).

[391-L] Faber, Malte; Petersen, Thomas:
Gerechtigkeit und Marktwirtschaft - das Problem der Arbeitslosigkeit, (Discussion Papers / University of Heidelberg, Department of Economics, No. 449), Heidelberg 2007, 21 S. (Graue Literatur; URL: http://www.awi.uni-heidelberg.de/with2/Discussion%20papers/papers/dp449.pdf)

INHALT: "Zwei wesentliche Perspektiven, Arbeitslosigkeit zu untersuchen, sind die der Gerechtigkeit und die der Effizienz. Unverschuldete Arbeitslosigkeit wird als ungerecht empfunden. Zugleich wird häufig argumentiert, dass Arbeitslosigkeit zu gesellschaftlichen Wohlfahrtseinbußen führt, da Arbeit als Produktionsfaktor in erheblichen Umfang nicht genutzt

wird. Dieses zweite Argument ist unmittelbar ein Effizienzargument. Beide Argumente führen möglicherweise zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen davon, (i) warum Arbeitslosigkeit überhaupt ein Problem ist und (ii) von welchen Grundlagen man ausgehen sollte, um diesem Problem zu begegnen. Wir werden diese Fragen zu beantworten suchen, indem wir sie aus den beiden genannten Perspektiven betrachten. (Abschnitt 1). Die Perspektive der Effizienz ist die der Neuen Politischen Ökonomie (Public Choice), die auf dem Menschenbild oder Modell des Homo oeconomicus beruht (Abschnitt 2). Dieser werden wir in Abschnitt 3 eine andere gegenüberstellen, deren Basis das Menschenbild des Homo politicus ist. Den Homo politicus verstehen wir als einen Menschen, der in seinem Handeln vom Interesse an der Errichtung und Erhaltung eines gerechten politischen Gemeinwesens geleitet ist. Im Abschnitt 4 wenden wir uns dem Thema der Gerechtigkeit zu, indem wir die Konzepte der Ordnungsgerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit darstellen und diskutieren. Die Beziehung zwischen Gerechtigkeit und Marktwirtschaft wird in Abschnitt 5 untersucht. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um in Abschnitt 6 das Thema Marktwirtschaft und Arbeit und in Abschnitt 7 die Beziehung zwischen politischer Verantwortung und Arbeit zu behandeln. Schließlich untersuchen wir in Abschnitt 8 wirtschaftspolitische Perspektiven für den Arbeitsmarkt am Beispiel von Hartz IV. In Abschnitt 9 erläutern wir, dass die Idee der Ordnungsgerechtigkeit als Orientierung in der arbeitsmarktpolitischen Debatte verwendet werden kann." (Autorenreferat)

[392-L] Fertig, Michael; Jacobi, Lena; Kluve, Jochen; Schaffner, Sandra; Schmidt, Christoph M.; Schumacher, Peter Michael; Tamm, Marcus; Apel, Helmut; Friedrich, Werner; Hägele, Helmut; Buscher, Herbert; Claus, Thomas; Burda, Michael; Kvasnicka, Michael:
Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission: Arbeitspaket 1, Modul 1f: Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ; Endbericht, Juni 2006, Zusammenfassung und Schlußfolgerungen, (RWI-Projektbericht), Essen 2006, 19 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070724p04.pdf)

INHALT: Im Rahmen der Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission (Arbeitspaket 1) wurden die Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und die Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Modul 1f) untersucht. Das Dokument enthält die Zusammenfassung der wesentlichen Analysen und Ergebnisse der Evaluation sowie hieraus abgeleitete Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Im ersten Schwerpunkt werden die Ergebnisse hinsichtlich der Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen zusammengefasst: die Auswirkungen der Veränderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), der Reform geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs), der Einführung der Gleitzone in der Sozialversicherung (Midijobs) sowie der erleichterten Befristung älterer Arbeitnehmer. Insgesamt zeigt sich, dass die Einschätzung der Hartz-Reformen durch die Arbeitsmarktakteure eher zum Negativen tendiert, womit sich sich ein Trend aus dem Vorjahr fortsetzt. Zudem zeigt sich, dass es auf Seiten der Arbeitnehmer eine klare Investitionsbereitschaft gibt: 'Die Arbeitnehmer/innen sind offenkundig bereit, vorübergehend - durch eine Tätigkeit in Zeitarbeit, in einem Minijob, in einem Midijob - in ein nicht als vollwertig wahrgenommenes Beschäftigungsverhältnis mit vermutlich nennenswertem Lohnverzicht zu investieren, in der Hoffnung auf ein voll sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.' Im zweiten Schwerpunkt werden die Ergebnisse bezüglich der Evaluation der Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusammengefasst. Darge-

stellt werden die Befunde zum Benchmarking der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der Ebene der Agenturbezirke sowie der Untersuchung der Wirkung des regional unterschiedlichen Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf makroökonomische Indikatoren. Die Analyse zeigt unter anderem, dass die Effizienz der Arbeitsagenturen steigt, wenn das Betreuungsverhältnis zwischen Vermittlungsfachkraft und Kunden verbessert wurde. Die Ergebnisse des Benchmarking legen nahe, dass Arbeitsbeschaffung am zweiten Arbeitsmarkt, z.B. durch Arbeitsgelegenheiten, nicht Erfolg versprechend, sondern teilweise sogar kontraproduktiv ist. Subventionen, die auf eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt abzielen, erweisen sich als erfolgreicher, jedoch besteht hier die Gefahr von Mitnahmeeffekten in nennenswertem Umfang. (IAB)

[393-L] Fertig, Michael; Jacobi, Lena; Kluve, Jochen; Schaffner, Sandra; Schmidt, Christoph M.; Schumacher, Peter Michael; Tamm, Marcus; Apel, Helmut; Friedrich, Werner; Hägele, Helmut; Buscher, Herbert; Claus, Thomas; Burda, Michael; Kvasnicka, Michael:
Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission: Arbeitspaket 1, Modul 1f: Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ; Endbericht, Juni 2006. T. 2, Benchmarking und makroökonomische Analysen, (RWI-Projektbericht), Essen 2006, 159 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070724p03.pdf)

INHALT: "Das Benchmarking der Arbeitsagenturen dient dazu, Unterschiede in der Performance von Agenturen für Arbeit und Hinweise für die Ursachen dieser Unterschiede aufzuzeigen. Ziel des Benchmarking ist es, von erfolgreichen Agenturen zu lernen, Verbesserungsvorschläge für weniger erfolgreiche Agenturen zu erarbeiten und durch deren Umsetzung eine insgesamt höhere Performance zu erzielen. Der vorliegende Bericht zum Benchmarking beginnt mit einem Literaturüberblick, in dem zum einen auf die Ziele und Probleme von Benchmarking eingegangen und zum anderen eine Reihe von Methoden dargestellt wird (Kapitel 4.1). Anschließend wird in Kapitel 4.2 ein Konzept zum umfassenden Benchmarking der Arbeitsagenturen entwickelt und dessen Umsetzung erläutert. Aufgrund der mit der Einführung des SGB II verbundenen geänderten Zuständigkeit der Agenturen für Arbeit für nur noch einen Teil der Arbeitslosen, werden die in den Kapiteln 4.3 und 4.4 präsentierten Analysen getrennt für den Zeitraum 2000-2004 und das Jahr 2005 durchgeführt. Im Jahr 2005 liegt der Fokus der Untersuchung ausschließlich auf Maßnahmen nach dem Regelungskreis SGB III. Die Ergebnisse des Benchmarking werden in mehreren Schritten präsentiert. Zuerst wird ein Verbundindikator zur Messung von Performance entwickelt. Dann wird analysiert, welchen Einfluss regionale Strukturunterschiede auf die Performance haben und welche Erfolge Agenturen durch den Einsatz von Politikinstrumenten erzielen können. Abschließend wird analysiert, welche Organisationsstrukturen zu einer höheren Effizienz führen, also zu einer Verbesserung der Wirkung bei gleichem Politikeinsatz. Kapitel 4.5 fasst die wesentlichen Resultate zusammen." (Autorenreferat)

[394-L] Fertig, Michael; Jacobi, Lena; Kluve, Jochen; Schaffner, Sandra; Schmidt, Christoph M.; Schumacher, Peter Michael; Tamm, Marcus; Apel, Helmut; Friedrich, Werner; Hägele, Helmut; Buscher, Herbert; Claus, Thomas; Burda, Michael; Kvasnicka, Michael:
Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission: Arbeitspaket 1, Modul 1f: Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ; Endbericht, Juni 2006. T. 1, Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen, (RWI-Projektbericht), Essen 2006, XI, 235 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070724p02.pdf)

INHALT: Der Evaluationsauftrag am Submodul 2 der Hartz-Evaluation 'besteht in der Durchführung folgender Analysen: e) Benchmarking der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der Ebene der Agenturbezirke f) Untersuchung der Wirkung des regional unterschiedlichen Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf makroökonomische Indikatoren Für die Untersuchungen in beiden Submodulen wurde ein Methodenmix eingesetzt, der (i) Literatur- und Dokumentenanalysen, (ii) die deskriptive Auswertung vorhandener Datenquellen, (iii) die Durchführung umfangreicher leitfadengestützter face-to-face Interviews mit mehreren Akteuren in zehn ausgewählten Agenturbezirken, (iv) die Durchführung und Auswertung eigener Befragungen von Unternehmen, Beschäftigten in Midijobs und allen Arbeitsagenturen sowie (v) ökonometrische Analysen umfasst. Die Ergebnisse werden entsprechend der beiden Submodule in zwei Teilbänden dargestellt. Der vorliegende Band enthält in Kapitel 3 die Untersuchungsergebnisse zu den Verbesserungen der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen. Zuvor wird in Kapitel 2 allgemein das Konzept zur Durchführung der einzelnen Untersuchungsteile dargestellt. Der zweite Teilband umfasst somit die Analysen zu Submodul 2, d.h. darin werden erstens in Kapitel 4 die Ergebnisse des Benchmarking der aktiven Arbeitsmarktpolitik und zweitens in Kapitel 5 die Analysen zur makroökonomischen Wirkung des Einsatzes der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dargestellt. Den beiden Bänden des Endberichts sind ein Teilband, der eine Zusammenfassung und Schlussfolgerungen enthält, sowie ein Anhangband beigefügt." (Autorenreferat)

[395-L] Fichte, Damian (Bearbeitung):
Aussteuerungsbetrag abschaffen!, (Sonderinformation : Analysen, Argumente, Anstösse, 52), Berlin 2007, 30 S. (Standort: IAB-43200 BT 948; Graue Literatur; URL: http://www.karl-braeuer-institut.de/file.php?f=65/SI52_Aussteuerungsbetrag.pdf)

INHALT: "Der Aussteuerungsbetrag ist seit seiner Einführung umstritten. Vor allem die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung hat zu einem Rechtsstreit zwischen dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit und dem Arbeitsministerium geführt. Nach Ansicht des Instituts spricht jedoch alles gegen und nichts für den Aussteuerungsbetrag. Das Institut schlägt vor, ein Gesetzgebungsverfahren mit dem Ziel einer entsprechenden Änderung des Sozialgesetzbuchs einzuleiten und den Paragraph 46 Abs. 4 SGB II, der die Erhebung des Aussteuerungsbetrags regelt, ersatzlos abzuschaffen. Die dadurch frei werdenden Beitragsmittel sollten für eine Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung verwendet werden, der allein dadurch um bis zu 0,5 Prozentpunkte sinken könnte. Die Mindereinnahmen des Bundes, die infolge der Abschaffung des Aussteuerungsbetrags entstehen, sollten durch den Abbau von entbehrlichen Ausgaben ausgeglichen werden." (Autorenreferat)

[396-L] Fuest, Clemens; Mitschke, Joachim; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:
Wider die Arbeitslosigkeit der beruflich Geringqualifizierten: Entwurf eines Kombilohn-Verfahrens für den Niedriglohnsektor, (FiFo-CPE Discussion Papers : Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 07-1), Köln 2007, 26 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wiso.uni-koeln.de/finanzfors/pdf/FiFo-CPE-DP_07-1.pdf)

INHALT: "Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Von dieser Arbeitslosigkeit sind gering qualifizierte Arbeitnehmer in besonderer Weise betroffen. Ziel des von uns entwickelnden Kombilohn-Verfahrens für den Niedriglohnsektor ist es, beruflich geringqualifizierten Arbeitnehmern den Arbeitsplatz zu erhalten und denjenigen, die bereits arbeitslos sind oder am Anfang ihres Berufslebens keine Arbeit finden, zu einem Arbeitsplatz im ersten, regulären Arbeitsmarkt zu verhelfen. Auf der Basis von Mikrosimulationsrechnungen quantifizieren wir die Effekte unterschiedlicher Ausgestaltungsmöglichkeiten unseres Reformvorschlags im Hinblick auf die Kosten-, Arbeitsangebots- und Verteilungswirkungen und zeigen, dass beschäftigungssteigernde Varianten unter bestimmten Bedingungen aufkommensneutral zu finanzieren sind." (Autorenreferat)

[397-L] Fuest, Clemens; Mitschke, Joachim; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:
Der Kölner Kombilohn für den Niedriglohnsektor, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, 2007, H. 11, S. 25-29 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Autoren stellen in diesem Beitrag das von ihnen entwickelte Kombilohnmodell, den 'Kölner-Kombilohn', vor und berechnen Beschäftigungs- sowie Aufkommenswirkungen ihres Vorschlags, bei dem gering entlohnte, beschäftigte und ungekündigte Arbeitnehmer Anspruch auf eine steuerliche Lohngutschrift haben. Diese wird vom Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte vermerkt und vom Arbeitgeber mit dem Lohn ausbezahlt." (Autorenreferat)

[398-L] Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:
Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen von Kombilohnmodellen, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 4, S. 226-231 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Derzeit werden verschiedene Kombilohnmodelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Niedrigqualifizierten diskutiert. Der Beitrag untersucht die Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen der Kombilohn-Vorschläge von P. Bofinger, M. Dietz, S. Genders und U. Walwei einerseits und von C. Fuest, J. Mitschke, A. Peichl und T. Schaefer (FiFo-Modell) andererseits, sowie einer schlichten Variation der Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II. Der Vorschlag von P. Bofinger et al. sieht im wesentlichen einen Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen in Form einer negativen Einkommenssteuer für Arbeitnehmer vor. Der Vorschlag von C. Fuest et al. kombiniert Elemente einer auf die Arbeitnehmer beschränkten Grundeinkommenssicherung für den Niedriglohnbereich mit einer Workfare-Option. Die Berechnungen der Beschäftigungswirkungen konzentrieren sich auf die Auswirkungen eines Kombilohnes auf das Arbeitsangebot. Im Ergebnis zeigt sich, "dass Kombilohnmodelle einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor leisten können, wenn sie mit einer Pflicht der arbeitslosen Transferempfänger zu gemein-

nützliger Arbeit verbunden werden. Wenn darauf verzichtet wird, sind die Beschäftigungswirkungen geringer und die fiskalischen Risiken erheblich." (IAB2)

[399-L] Gundert, Stefanie:
Befristete Beschäftigung bei Berufsanfängern und älteren Arbeitnehmern, Berlin: Logos-Verl. 2007, 317 S., ISBN: 978-3-8325-1497-6

INHALT: "Im Zuge des fortschreitenden globalen Wettbewerbs wird die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland zunehmend politisch gefördert und von Befürwortern als notwendiger Schritt zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit bezeichnet. Die Autorin geht der Frage nach, ob sich befristete Arbeitsverträge zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Berufsanfängern und älteren Arbeitnehmern eignen. Anhand von Längsschnittdaten der Deutschen Lebensverlaufsstudie und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) werden quantitative Analysen zum Erwerbsverlauf befristet Beschäftigter in Westdeutschland durchgeführt. Wie sich zeigt, bieten befristete Stellen vor allem gut qualifizierten Arbeitnehmern die Chance auf eine stabile Weiterbeschäftigung. Hingegen wird gerade bei Personen, die mangels Ausbildungsqualifikationen oder infolge von Arbeitslosigkeit ohnehin schlechte Chancen am Arbeitsmarkt haben, eine dauerhafte Erwerbstätigkeit durch die Aufnahme einer befristeten Stelle gefährdet." (Autorenreferat)

[400-L] Hartlapp, Miriam; Schmid, Günther:
Arbeitsmarktpolitik für aktives Altern: zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands im Licht europäischer Erfahrungen, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 157-177, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: "Die Umkehrung des Lebenszyklus, von der Mark Twain redet, ist leider nur Wunschtraum. Aber ein gutes Stück eines solchen Traums steckt auch in der Devise 'aktives Altern'. Was könnte Arbeitsmarktpolitik beitragen, um die Lebensqualität beim Altern in diese Richtung zu verbessern? Die Verfasser gehen von der Annahme aus, dass die Teilnahme am Erwerbsleben und die Möglichkeit, während des Erwerbslebens bezahlte Arbeit mit unbezahlten produktiven Tätigkeiten - vor allem im Bildungs-, Pflege- und Kulturbereich - zu verbinden, wesentliche Elemente einer solchen Lebensqualität darstellen. Dass dabei als wichtiger Nebeneffekt auch ein Beitrag zur Bewältigung der Arbeitsmarkt- und Rentenkrise geleistet wird, ist erwünscht, steht aber nicht im Vordergrund. Im Gegenteil: Sie wenden sich gegen den Trend, aktives Altern nur unter der Perspektive der Rentensanierung oder Wettbewerbsfähigkeit zu betrachten (vgl. etwa OECD 2005a, S. 18). Vielmehr geht es darum, die Handlungsmöglichkeiten beim Übergang vom 'zweiten' ins 'dritte' Alter zu erhöhen. Im ersten Schritt stellen sie die Theorie der Übergangsarbeitsmärkte vor, aus der sie normative Kriterien für aktives Altern ableiten. Es folgt eine knappe empirische Bestandsaufnahme der Erwerbstätigkeit Älterer im europäischen Vergleich, um den arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf zu präzisieren. Im dritten Schritt verweisen sie auf gute Praktiken in anderen Ländern, die für die deutsche Reformdebatte von Interesse sein könnten. Am Schluss fassen sie die wichtigsten Empfehlungen zusammen." (Textauszug)

[401-F] Heckmann, Markus, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Schnabel, Claus, Prof.Dr.; Brixy, Udo, Dr.; Kohaut, Susanne, Dr. (Leitung):
Beschäftigungseffekte durch Gründungen: Analysen zur Qualität und Persistenz der geschaffenen Arbeitsplätze

INHALT: Das Projekt verfolgt zwei Ziele. Erstens soll es Aufschluss über die Herkunft von Beschäftigten geben, die in jungen Betrieben arbeiten. Zweitens soll Aufschluss über die Qualität der durch Gründungen geschaffenen Arbeitsplätze gewonnen werden. Dazu werden Daten einer jährlich stattfindenen Betriebsbefragung des IAB, bei der jedes Jahr die gleichen Betriebe befragt werden (IAB-Betriebspanel) und der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, die Angaben über die Beschäftigten in den jeweiligen Betrieben enthält, miteinander verknüpft (linked employer-employee-Datensatz). Analysiert wird eine Stichprobe aus Gründungen, die 1997 erstmals im Rahmen des IAB-Betriebspanels befragt wurden. Mit der Befragungswelle 2001 werden die noch an der Befragung teilnehmenden Gründungen fünf Jahre existiert haben. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Herkunft der Beschäftigten junger Betriebe interessiert, ob und wenn ja, wo die Mitarbeiter dieser Betriebe zuvor gearbeitet haben. Es ist bekannt, dass es innerhalb des Sektors junger Betriebe einen erheblichen Stellenumschlag gibt. Stellen fallen fort, weil die Betriebe stillgelegt werden oder nach kurzer Expansion wieder schrumpfen. Zudem gibt es Hinweise, dass auch bei weiter bestehenden Arbeitsplätzen, die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse kürzer ist als in älteren (und größeren) Betrieben. Hier soll geklärt werden, wie hoch die Anteile derjenigen sind, die auch zuvor in jungen und kleinen Betrieben gearbeitet haben. Durch die Gleichsetzung von einem Beschäftigungsverhältnis mit einem Arbeitsplatz können Aussagen über die Qualität der durch Gründungen geschaffen Arbeitsplätze getroffen werden. Dabei wird die Qualität durch folgende Dimensionen opperationalisiert: Dauerhaftigkeit des Arbeitsplatzes, Entlohnung, Qualifikation, Tatsache, ob der Betriebe der Tarifbindung unterliegt. Ziel: Das Projekt soll Aufschluss geben, erstens über die Herkunft von Beschäftigten, die in jungen Betrieben arbeiten, und zweitens über die Qualität der durch Gründungen geschaffenen Arbeitsplätze. *ZEITRAUM:* 1997-2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brixy, U.; Kohaut, S.; Schnabel, C.: Do newly founded firms pay lower wages? First evidence from Germany. in: Small Business Economics, Vol. 29, 2007, No. 1/2, pp. 161-171.

ART: *BEGINN:* 2003-10 *ENDE:* 2005-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik (Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Brixy, Udo (Dr. e-mail: udo.brixy@iab.de); Heckmann, Markus (Tel. 0911-5302-316, e-mail: markus.heckmann@wiso.uni-erlangen.de)

[402-F] Heinze, Anja; Winterhager, Henrik; Wunderlich, Gaby, Dipl.-Soz.Wiss.; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D.; Wiedemann, Eberhard, Dr.; Dann, Sabine, Dipl.-Volksw.; Rosemann, Martin, Dipl.-Volksw.; Strotmann, Harald, Dr.; Hagemann, Sabine; Utzmann, Hilde; Zeiss, Christopher; Jahn, Elke J., Dr. (Bearbeitung); Spermann, Alexander, PD Dr.; Sörgel, Werner, Dr.; Pfeiffer, Friedhelm, PD Dr.; Hujer, Reinhard, Prof.Dr.; Brinkmann, Christian; Klee, Günther, M.A.; Kruppe, Thomas, Dr. (Leitung):
Begleitforschung zur Vermittlung: Implementation und Evaluierung von Beauftragungen nach Paragraf 37(a) SGB III, Vermittlungsgutscheinen und PSA

INHALT: Im Zentrum der Untersuchung stehen wichtige Neuansätze der Vermittlung, die für die BA von großer geschäftspolitischer Bedeutung sind und deshalb auf Wunsch des zuständigen Geschäftsbereichs wissenschaftlich begleitet werden sollen. Wegen der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung der Datenbasis bei den PSA, den Datenzugängen und einer in Vorbereitung befindlichen eigenen PSA- Untersuchung des IAB beschränken sich die ökonometrischen Analysen dieses Projektes auf die Beauftragung Dritter und die Vermittlungsgutscheine. Bei weiteren Teilen, namentlich der Implementationsuntersuchung, werden die PSA jedoch einbezogen. Beim Einsatz der drei Instrumente kann es Überschneidungen geben. Sie sind deshalb nicht nur einzeln zu analysieren, sondern auch im Zusammenhang und unter Berücksichtigung funktionaler Alternativen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Vermittlungseffizienz der Arbeitsagenturen zu steigern, die Arbeitslosigkeitsdauer zu reduzieren und Arbeitslose schneller wieder in Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Ziel: Das Projekt soll die Effizienz oder Ineffizienz dieser Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufzeigen.

METHODE: Für die Begleitforschung sind eine Reihe aufeinander abgestimmter quantitativer und qualitativer Untersuchungen auf der Individualebene, auf der Ebene der Arbeitsagenturen sowie auf der gesamtwirtschaftlichen Makro-Ebene vorgesehen. Im Rahmen einer mikroökonometrischen Evaluation soll der Maßnahmeneffekt der Teilnehmer im Vergleich zu einer möglichst ähnlichen Kontrollgruppe von Nichtteilnehmern bestimmt werden. Da arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auch die Beschäftigungschancen von Nichtteilnehmern beeinflussen können, treten u.U. Verdrängungs- und Substitutionseffekte auf. Um die gesamtwirtschaftlichen Effekte von Maßnahmen zu evaluieren, sind daher ergänzend makroökonometrische Untersuchungen vorgesehen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Mikro- und Makro-Ebene erfolgt eine fiskalische Kosten-Nutzen-Rechnung zu den Instrumenten. Ferner werden Wirkungen der Maßnahmen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in den Arbeitsagenturen im Rahmen qualitativer Implementationsanalysen (auf der Basis von Expertengesprächen), sowie durch den Aufbau und die Auswertung von Projektdatenbanken untersucht. Dabei werden best practices zu identifizieren sein. Schließlich sollen die Maßnahmen auch aus der Sicht von arbeitslosen Teilnehmern analytisch reflektiert werden. *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, online; Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Zur Implementierung von Instrumenten aktiver Arbeitsmarktpolitik 2003 - Beauftragung Dritter nach Paragr. 37a SGB III, Personalserviceagenturen und Vermittlungsgutscheine nach Paragr. 421g SGB III. Erster Zwischenbericht.

ART: *BEGINN:* 2003-05 *ENDE:* 2006-03 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW- (Postfach 103443, 68034 Mannheim); Sinus München - Gesellschaft für Sozialforschung und Marktfor-

schung mbH (Hanauer Str. 58, 80993 München); Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. -IAW- (Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen); Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie -Empirische Wirtschaftsforschung- (Postfach 111932, 60054 Frankfurt am Main); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Sörgel, Werner (Dr. e-mail: werner.soergel@sinus-forschung.de); Spermann, Alexander (Dr. e-mail: spermann@zew.de); Hujer, Reinhard (Prof.Dr. e-mail: hujer@wiwi-frankfurt.de); Klee, Günther (e-mail: guenther.klee@iaw.edu)

[403-F] Herrmann, Hayo, Dr.; Gedeon, Emanuel; Meyer, Roland; Schneekloth, Nils; Schulz, Ann-Christine (Bearbeitung); Bröcker, Johannes, Prof.Dr. (Leitung):
Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2003 (IAB-Betriebspanel Report 2003)

INHALT: Das IAB Betriebspanel (IAB ist Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit) ist ein betriebsgestütztes Beobachtungssystem zur laufenden Analyse betrieblicher Bestimmungsgründe der Beschäftigung. Bislang war Schleswig-Holstein als eines der letzten Bundesländer noch nicht an den jährliche Erhebungen beteiligt. Mit einer Aufstockung der Stichprobe von etwa 150 auf ca. 800 Betriebe konnte ab 2002 auch in Schleswig-Holstein eine Erhebung realisiert werden, die eine landesspezifische Auswertung erlaubt. Die Datenerhebung wird von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Landes und im Rahmen der vom IAB organisierten Gesamtbefragung durchgeführt. Themenbereiche: 1. Basisdaten zu den Betrieben und den Beschäftigten. 2. Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsentwicklung: Personalstruktur, Personalpolitik, betriebliche Weiter- und Erstausbildung, Entlohnung, Arbeitszeitflexibilität. 3. Wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Betriebe: Ertragslage, Absatzorientierung, Investition, technischer Stand, Produktivität, öffentliche Förderung. *ZEITRAUM:* insbesondere 2002/2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schleswig-Holstein (zum Vergleich: Bundesgebiet West)

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 800; Betriebe).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Gedeon, Emanuel; Herrmann, Hayo; Meyer, Roland; Schneekloth, Nils; Schulz, Ann-Christine; Bröcker, Johannes (Hrsg.): IAB-Betriebspanel Report 2003: Arbeitgeberbefragung Schleswig-Holstein. Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 39. Kiel 2004.

ART: *BEGINN:* 2004-03 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* Land Schleswig-Holstein Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Regionalforschung (Olshausenstr. 40, 24098 Kiel)

KONTAKT: Herrmann, Hayo (Dr. Tel. 0431-8803363,
e-mail: herrmann@economics.uni-kiel.de)

[404-L] Hesse, Joachim Jens; Götz, Alexander:
Für eine zukunftsfähige Arbeits- und Sozialverwaltung: Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II ("Hartz IV") 2005-2007, (Staatsreform in Deutschland und Europa, Bd. 4), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 297 S., ISBN: 978-3-8329-3028-8 (Standort: UB Bonn(5)-4-2007/568)

INHALT: Der Band fasst die vorliegenden Evaluationen zur Aufgabenträgerschaft nach SGB II zusammen. Hierbei handelt es sich zum einen um einen Jahresbericht aus dem Jahr 2006, der sich auf alle Flächenländer bezieht. Der Bericht konstatiert eine operative Konsolidierung der Ausgabenwahrnehmung nach SGB II, das nach Einschätzung der Autoren die Fehlleistungen eines aus den Fugen geratenen Sozialstaats dokumentiert. Anknüpfungspunkte für eine integrative Aufgabenwahrnehmung müssen nach Ansicht der Verfasser ausgebaut werden. Die Verfasser plädieren für eine kommunale Beteiligung an der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ein zweiter Bericht von Anfang 2007 behandelt die Situation in Baden-Württemberg (politische Rahmenbedingungen, Organisationsentwicklung, Geschäftspolitik, Handlungsansätze zur Weiterentwicklung). Ein dritter Text greift die im Herbst 2007 zur Entscheidung anstehende Frage der Verfassungsmäßigkeit der mit den Arbeitsgemeinschaften nach SGB II gegebenen Mischverwaltung von Bund und Kommunen auf und gibt die hierzu im Rahmen der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht gemachten Ausführungen wider. (ICE2)

[405-F] Hielscher, Volker, Dr.; Ochs, Peter (Bearbeitung):
Von der Sozialbehörde zur "Matching-Maschine"? Der organisatorische Umbau der Bundesagentur für Arbeit und seine arbeits- und gesellschaftspolitischen Folgen

INHALT: Problemlage: Die Bundesagentur für Arbeit steht vor dem vorläufigen Abschluss des tiefgreifendsten Umbauprozesses ihrer Geschichte. Die Evaluation der Hartz-Gesetze, die im Juni 2006 abgeschlossen wurde und deshalb nur einen Teil des Reformprozesses der BA thematisieren konnte, hat gezeigt, dass im Zentrum des organisatorischen Umbaus der BA die Ausrichtung der Organisation und ihrer Prozesse auf Effizienz und Wirksamkeit steht. Dies führt zu einer Strategie der BA, die sich stark an betriebswirtschaftlichen Kalkülen und an dem Ziel von möglichst zahlreichen und schnellen Integrationen orientiert. Das Vorhaben knüpft an den Befund an, dass diese Architektur der BA-Reform und das mit der "aktivierenden" Arbeitsmarktpolitik bestimmte neue Verhältnis der Organisation zu ihren "Kunden" miteinander verwoben sind. Dabei steht die Arbeitshypothese im Mittelpunkt, dass das aktuelle Reform- und Organisationsparadigma der Bundesagentur für Arbeit zwar Wirkungen zeitigt, die aus der betriebswirtschaftlichen Perspektive eines einzelnen Unternehmens als Erfolg verbucht werden können, die auf der arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Seite hingegen zu problematischen Verwerfungen führen kann. Fragestellung: Im Rahmen des Projektes werden die arbeits- und gesellschaftspolitischen Folgen des organisatorischen Umbaus der Bundesagentur analysiert. Im Zentrum steht dabei eine empirische Untersuchung des Vermittlungsberatungsprozesses der BA im Bereich der "klassischen" Arbeitsförderung des SGB III. Sie ist durch folgende Fragestellungen geleitet: Wie wandeln sich die Bedingungen des Vermittlungsprozesses und die Implementationspraxis der Fachkräfte? Wie verändert sich die "Kundenbeziehung" im neuen Dienstleistungsverhältnis? Welche arbeitsmarktpolitischen Folgen resultieren aus dem neuen Dienstleistungsverhältnis? Welche Engführungen und Widersprüche sind zwischen der betriebswirtschaftlichen Systemlogik der Reform und den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bedarfen auf der Adressatenseite der BA zu verzeichnen? Mit diesem Zuschnitt soll der Zusammenhang zwischen Organisationshandeln und arbeitsmarktpolitischer Wirkung systematisch untersucht werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die empirische Basis des Projekts bilden zum einen Interviews mit Vermittlungsfachkräften sowie Führungskräften und Experten in verschiedenen Arbeitsagenturen und in der BA-Zentrale, in denen die Logik des Ressourceneinsatzes, der Prozess der Dienstleis-

tungsproduktion und die Spielräume der regionalen Arbeitsmarktakteure rekonstruiert werden. Sie werden durch die Hospitation von Vermittlungsberatungsgesprächen und durch Interviews mit Kundinnen und Kunden und Vermittlungsfachkräften ergänzt. Damit wird das Dienstleistungsverhältnis unter dem Vorzeichen "aktivierender" Arbeitsmarktpolitik sowohl aus der "Klientenperspektive" wie aus der Organisationsperspektive herausgearbeitet.

ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: ISO Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. (Trillerweg 68, 66117 Saarbrücken)

KONTAKT: Hielscher, Volker (Dr. Tel. 0681-95424-14, Fax: 0681-95424-27, e-mail: hielscher@iso-institut.de)

[406-L] Hielscher, Volker:
Die Arbeitsverwaltung als Versicherungskonzern?: zum betriebswirtschaftlichen Umbau einer Sozialbehörde, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 37/2007, Nr. 3 = H. 148, S. 351-368 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Einer der wichtigsten Pfeiler des sozialen Sicherungssystems in Deutschland, die Bundesagentur für Arbeit, ist Gegenstand der umfangreichsten Reorganisation des öffentlichen Sektors in Deutschland in den letzten Jahren gewesen. Der Beitrag beschreibt die wesentlichen Prinzipien dieses vom Management vorangetriebenen Reformprozesses und seine Konsequenzen für die Dienstleistungsqualität in lokalen Job-Centern. Er zeigt, dass ein Effizienzgewinn in der Arbeitsverwaltung bei bestimmten Gruppen von Arbeitsuchenden zu Problemen des Ausschließung aus Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik führt. (ICEÜbers)

[407-L] Hinz, Silke K.B.:
Ausgewählte Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der "Hartz"-Gesetze und der subjektiven Wahrnehmung von Betroffenen, Tönning: Der Andere Verl. 2007, 400 S., ISBN: 978-3-89959-579-6

INHALT: Die Autorin geht davon aus, dass es vordringliches Ziel deutscher Arbeitsmarktpolitik sein muss, die Sockelarbeitslosigkeit und die Verfestigung von Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Entsprechend dieser Hauptproblematik untersucht die Arbeit Ansatzmöglichkeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die subjektive Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit eine wichtige Voraussetzung für eine den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasste Handlungsweise zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist. Unter dieser Zielsetzung werden das subjektive Empfinden der Arbeitslosigkeit, die Höhe des Arbeitslosengelds II, die Gründe der Arbeitslosigkeit sowie die Art und Weise der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz thematisiert. Am Schluss der Arbeit stehen aus der wissenschaftlichen Analyse der bisherigen Erfahrungen herausgearbeitete Handlungsempfehlungen. Diese umfassen: 1. Änderung der bestehenden Regelungen der Minijobs (Verringerung der Aufspaltung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen in Minijobs; nicht im Nebenerwerb; Beschränkung auf einen festgelegten Prozentsatz pro Arbeitgeber); 2. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1.400 bis 1.500 Euro brutto pro Monat für alle in Deutschland tätigen Arbeitnehmer; 3. Arbeitszeit-

verkürzung und Abbau von Überstunden; 4. Einführung eines 'Arbeitsanteile-Siegels'; 5. stärkere Berücksichtigung der Arbeitsnachfrageseite zum Abbau des Defizits an Beschäftigungsmöglichkeiten. (IAB)

[408-F] Hirseland, Andreas, Dr.; Promberger, Markus, Dr.; Behrend, Olaf, Dipl.-Soz.; Sondermann, Ariadne, M.A. (Bearbeitung); Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Prof.Dr.; Allmendinger, Jutta, Prof. (Leitung):
Organisationsreform der Arbeitsämter und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener

INHALT: Im Mittelpunkt aktueller arbeitsmarktpolitischer Debatten steht die Einführung des Arbeitslosengeldes II ("Hartz IV"). Die seit etwa zwei Jahren in Angriff genommenen Reformen der Arbeitsmarktpolitik reichen jedoch viel weiter. Zu nennen sind hier einerseits die organisatorischen Voraussetzungen (Umstrukturierung der BA, Zusammenlegung der früheren Alhi und der Sozialhilfe auch in der Betreuung des Betroffenenkreises durch ARGEn bzw. 'optierende Kommunen/ Kreise'), die für einen stärker vermittlungsorientierten Umgang mit Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden geschaffen werden sollen. Auf der anderen Seite wurden auch (neben weiterbestehenden älteren) zahlreiche neue bzw. modifizierte Instrumente 'aktiver' Arbeitsmarktpolitik wie Eingliederungsvereinbarungen, Bildungsgutscheine, Vermittlungsgutscheine für private Arbeitsvermittler, PSA, 'Ich-AG', Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten ('1-Euro-Jobs'), usw., geschaffen und gleichzeitig die Dauer und die Höhe von Lohnersatzleistungen eingeschränkt, um so zusätzliche Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Die Reformen werden umfassend mit Blick auf Effektivität und Effizienz evaluiert. Es fehlen jedoch Untersuchungen, die mögliche ungleichheitsverstärkende oder -reduzierende Effekte der Reformen, sowie mit ihnen einhergehende Veränderungen sozialer Rechte genauer in den Blick nehmen. Das vorliegende Projekt soll hierzu einen Beitrag leisten. Das Projekt untersucht die Reformprozesse aus ungleichheits- und rechtssoziologischer Sicht. Es wird damit einen Beitrag zur Beurteilung und Bewertung des gegenwärtigen Umbaus von Sozialpolitik und des Staatsverständnisses (als "aktivierender", "gewährleistender" Staat, aber auch "workfare state" usw.) leisten. Das Projekt ist explorativ und arbeitet in strukturell ausgewählten Regionen schwerpunktmäßig mit qualitativen Methoden (s.u.). Mit seinen inhaltlichen und methodischen Schwerpunkten ergänzt das vorliegende Projekt die laufenden "Hartz-Evaluationen", namentlich Arbeitspaket 1, Modul 1a (Neuausrichtung der Vermittlung, Auftragnehmer WZB und infas) sowie Arbeitspaket 2 (Umbau der Bundesagentur für Arbeit, Auftragnehmer iso Saarbrücken und Peter Ochs Organisationsberatung). Diese Untersuchungen konzentrieren sich auf die Evaluation der neuen Strukturen und Prozesse hinsichtlich der Effektivität und Effizienz des Ressourceneinsatzes. Im vorliegenden Projekt geht es hingegen um einen wichtigen Teilaspekt, nämlich um das Zusammenwirken der 'Klassifikationsprozesse' durch Arbeitsvermittler bzw. Fallmanager mit den Handlungsstrategien und Handlungsressourcen des betroffenen Personenkreises nach SGB III (und später gegebenenfalls SGB II). Die Untersuchung fasst also unter einem spezifischen theoretischen Fokus gezielt die "Schnittstelle" zwischen dem (in sich vielfach neue herausbildende Organisationsziele und -abläufe eingebetteten) Expertenwissen' der Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit bzw. der ARGEn und den Handlungsressourcen (oder deren Fehlen) arbeitsloser Personen ins Auge. Anders als viele Projekte, die sich mit der Wirkung einzelner Maßnahmen befassen, befasst sich das Projekt also mit der Frage, wie die Arbeitsvermittler aus der Vielzahl von Maßnahmen jene auswählen, die sie Arbeitslosen empfehlen oder auferlegen, und wie die Arbeitslo-

sen mit diesen Empfehlungen (oder auch der Tatsache, dass bestimmte Maßnahme nicht empfohlen werden) umgehen und was gegebenenfalls ihre eigenen Handlungsstrategien sind, die diesen Empfehlungen entsprechen oder 'zuwider laufen'. Ziel: Verstärken oder reduzieren die organisatorischen Reformen der Arbeitsverwaltung Ungleichheiten? Wie wirken sich die Reformen auf die sozialen Rechte der Betroffenen aus? *ZEITRAUM:* 2002-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die Untersuchungsthematik soll angesichts des weitgehend fehlenden Wissens über die relevanten Dimensionen sowohl auf der Seite der Arbeitsvermittler/ Fallmanager als auch auf Seiten der Arbeitslosen mit qualitativen Forschungsmethoden bearbeitet werden (Leitfadeninterviews mit biografisch-narrativen Anteilen bei den Arbeitslosen). Damit sollen zunächst standardisierte Verfahren, wie sie in vielen Projekten der Hartz-Evaluation eingesetzt werden, ergänzt werden; Eine solche Ergänzung hat sich in vielen Bereichen in den Sozialwissenschaften inzwischen als fruchtbar herausgestellt. Im übrigen kann auch eine Forschungsstrategie, die vorrangig auf die Analyse von Massendaten setzt, qualitative Projekte nicht gänzlich ausschließen, und zwar nicht nur wegen des schon erwähnten explorativen Charakters der Untersuchung, sondern weil wichtige Wirkungsbeziehungen anders gar nicht ermittelt werden können. Im übrigen könnte (bei baldigem Beginn des Projekts) ein Transfer aus den qualitativen (Erst-)Befunden in das geplante SGB-II-Haus-haltspanel stattfinden; insofern können (und sollen) aus den qualitativen Befunden auch Möglichkeiten der standardisierten Überprüfung entwickelt werden. Grundgesamtheit sind die Mitarbeiter im Bereich Arbeitsvermittlung in den Agenturen für Arbeit und den ARGEn einerseits, der von die-sen betreute Personenkreise nach SGB III bzw. SGB II andererseits. (Aus Gründen des [eingeschränkten] Zugangs werden Agenturbe-zirke mit 'optierenden Kreisen/ Kommunen' nach Paragrafen 6a, 6b SGB II außer Acht gelassen). Angesichts der anzuwendenden Forschungsmethoden ist jedoch eine Zufallsstichprobe nicht zweckmäßig. Daher wurden unter strukturellen Gesichtspunkten (v.a. Regionstypen, Blien et al. 2004) sowie im Hinblick auf die Umsetzung der Orga-nisationsreform (Umstellung auf KuZ), bereits laufende oder geplante Implementationsstudien (soweit bekannt) sowie den Feldzugang für die mit den Interviews zu betrauenden Projektmitarbeiter des IAB in Arbeitsagenturen zunächst folgende Agenturbezirke ausgewählt: Ansbach Bonn Bremerhaven Essen Heide Landshut Neuruppin Pirmasens Sangerhausen Schwäbisch-Hall Schwerin. Die Agenturen werden durch ein mit PP der Zentrale abzustimmendes Schreiben des IAB um Mitwirkung gebeten. Vorgesehen ist jeweils die Befragung von 6-8 Mitarbeitern auf unterschiedlichen Hierarchiestufen sowie eine etwa gleiche Anzahl von Arbeitslosen. Erhebung: Die Untersuchung ist ferner als Panelstudie anzulegen, um Veränderungsprozesse sowohl in den Agenturen für Arbeit (und gegebenen-falls ARGEn) als auch bei den Arbeitslosen in den Blick zu bekommen. Da sich die Reformprozesse in den nächsten Monaten und Jah-ren fortsetzen werden (in den nächsten Monaten: Umstellung auf KuZ, Einführung der Handlungsprogramme), ist es auf jeden Fall erforderlich, deren Umsetzung durch die Agenturen bzw. ARGEn mittels Befragungen zu späteren Zeitpunkten zu verfolgen; dadurch können auch wichtige Aufschlüsse über die Möglichkeiten und Grenzen organisatorischen Wandels gewonnen werden. Bei den Arbeitslosen steht die Frage nach dem 'Erfolg' oder Misserfolg ihrer Handlungsstrategien sowie deren möglichen Änderungen im Zeitverlauf im Vordergrund; ebenfalls von Bedeutung sind (zu Beginn der Arbeitslosigkeit) die Antizipation eines möglichen Wechsels von SGB III nach SGB II (also die Frage, ob Arbeitslose die Aussichten auf die (reduzierten und bedarfsgeprüften) Leistungen nach SGB II als zusätzlichen Anreiz zu einer schnellen Arbeitsaufnahme wahrnehmen) sowie im Zeitverlauf (bei Fortbestehen der Arbeitslosigkeit) die Wahrnehmung und die faktischen Auswirkungen eines tatsächlich vollzogenen Wechsels. *DATENGEWINNUNG:* Quali-

tatives Interview (Stichprobe: 60; Fachkräfte -v.a. Arbeitsvermittlung- in Arbeitsagenturen, "Arbeitsgemeinschaften" und "optierenden Kommunen/ Kreisen" -Erstinterviews im Sommer 2005, Wiederholungsinterviews mit einem Teilsample im Sommer 2006; Auswahlverfahren: mehrstufig, Quota. Stichprobe: 60; Arbeitssuchende im SGB III und im SGB II - Erstinterviews im Sommer 2005, Wiederholungsinterviews mit einem Teilsample im Sommer 2006; Auswahlverfahren: mehrstufig, Quota). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Wroblewski, Angela: Eppur si muove? Activation policies in Austria and Germany. in: European Societies, Vol. 6, 2004, No. 4, pp. 485-509.+++Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang: Activating Germany. in: Bredgaard, Thomas; Larsen, Fleming (eds.): Employment policy from different angles. Kopenhagen: DJÖF Verl. 2005, pp. 95-114.+++Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf; Sondermann, Ariadne (Hrsg.): Fallverstehen und Deutungsmacht: Akteure in der Sozialverwaltung und ihre Klienten. Leverkusen: Budrich 2007. ISBN 978-3-86649-117-5.+++Behrend, Olaf: "... das geht zu Lasten eigener Emotionalität" - Instrumente zur Kudensteuerung in Arbeitsverwaltungen aus Sicht von Arbeitsvermittlern. in: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf; Sondermann, Ariadne (Hrsg.): Fallverstehen und Deutungsmacht: Akteure in der Sozialverwaltung und ihre Klienten. Opladen: Budrich 2007. ISBN 978-3-86649-117-5.+++ Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf; Sondermann, Ariadne: Disziplinieren und Motivieren. in: Evers, Adalbert; Heinz, Rolf (Hrsg.): Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008. ISBN 978-3-531-15766-5.

ART: *BEGINN:* 2005-02 *ENDE:* 2008-03 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. empirische Sozialforschung (57068 Siegen); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)

KONTAKT: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Prof.Dr. Tel. 0271-740-4384,
e-mail: ludwig-mayerhofer@soziologie.uni-siegen.de)

[409-L] Hohendanner, Christian; Promberger, Markus; Bellmann, Lutz:
Ein-Euro-Jobs in deutschen Betrieben: mehr als "alter Wein in neuen Schläuchen"?, in:
Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 12, S. 300-309 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Ein-Euro-Jobs nehmen einen prominenten Platz in der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose ein. Ähnlich zu anderen Beschäftigungsmaßnahmen erfüllen sie eine wichtige Funktion bei der Bereitstellung öffentlicher Güter: Sie ergänzen das Dienstleistungsangebot nicht gewinnorientiert arbeitender Betriebe. Allerdings bestehen Befürchtungen, dass ihr Einsatz die betriebliche Beschäftigungsstruktur beeinflusst. Die vorliegende Analyse mit Daten des IAB-Betriebspanels untersucht daher zwei Fragestellungen: Bestehen Zusammenhänge zwischen der Veränderung von Struktur und Umfang der betrieblichen Beschäftigung und der Nutzungsintensität der Ein-Euro-Jobs? Und inwieweit lässt sich diese Nutzungsintensität dadurch erklären, dass Ein-Euro-Jobs frühere Formen geförderter Beschäftigung ablösen? Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind folgende: Erstens werden Ein-Euro-Jobs in Betrieben eingesetzt, die bereits früher an Programmen der Beschäftigungs-

förderung teilgenommen haben. Zweitens lassen sich, allerdings nur in Ostdeutschland, negative Zusammenhänge zwischen dem Wachstum ungeförderter, befristeter Beschäftigung und dem Anteil der Ein-Euro-Jobber an der betrieblichen Belegschaft beobachten." (Autorenreferat)

[410-L] Hohmeyer, Katrin; Wolff, Joachim:
A fistful of Euros: does One-Euro-Job participation lead means-tested benefit recipients into regular jobs and out of unemployment benefit II receipt?, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 32/2007), Nürnberg 2007, 65 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp3207.pdf)

INHALT: "In 2005 a major reform of the German means-tested unemployment benefit system came into force. The reform aimed at activating benefit recipients, e.g., by a workfare programme, the so-called One-Euro-Job. This programme was implemented at a large scale. Participants receive their means-tested benefit and a small compensation of usually one to 1.5 Euro per hour worked. Participation typically lasts six months or less. We investigate the impact of One-Euro-Jobs for participants who entered the programme at the start of the year 2005. We apply propensity score matching to estimate the treatment effects on the outcomes regular employment, neither being registered as unemployed nor as job-seeker and no unemployment benefit II receipt. We observe these outcomes for about two years after programme start. The locking-in effects are small. Moreover, 20 months after programme there is a significant but small positive impact on the employment rate of female but not male participants. During the first two years after programme start, participation does not contribute to avoiding unemployment benefit II receipt. Our results imply that there is some effect heterogeneity: Participation reduces the employment rate of participants younger than 25 years, but raises it for some older participant groups. It is ineffective for participants who were recently employed, while it is effective for participants who lost their last contributory job between 1992 and 2000." (author's abstract)

[411-L] Horn, Gustav A.; Logeay, Camille; Stapff, Diego:
Viel Lärm um nichts?: Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung, (IMK Report, Nr. 20), Düsseldorf 2007, 7 S. (Graue Literatur; URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_20_2007.pdf)

INHALT: "Der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht. An Stelle der Beschäftigtenzahl steigt aber bisher hauptsächlich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Neue Stellen wurden bisher jedoch nicht in dem Ausmaß wie im vorangegangenen Zyklus geschaffen. Die Forscher des IMK ziehen aus ihrem Zyklenvergleich den vorläufigen Schluss, dass die Arbeitsmarktreformen nicht die gewünschte Wirkung einer rascheren Beschäftigungsausweitung entfalten. Vielmehr steht die vermehrte Flexibilisierung der Arbeitszeit in Konkurrenz zu Neueinstellungen. Erst jüngst hat die Zahl der Beschäftigten etwas stärker zugenommen. Damit diese Entwicklung anhält und vermehrt Arbeitslose profitieren, darf der Aufschwung von der Wirtschaftspolitik nicht abgewürgt werden." (Autorenreferat)

[412-F] Jaenichen, Ursula, Dr. (Leitung):
Selektivität und Eingliederungserfolg betriebsbezogener Einstellungshilfen

INHALT: Das Projekt soll dazu beitragen, das bestehende Informationsdefizit hinsichtlich der Wirksamkeit betrieblicher Einstellungshilfen abzumildern. Bislang existieren nur wenige mikroökonometrische Untersuchungen zu den Wirkungen von Lohnkostenzuschüssen auf individuelle Beschäftigungschancen. Das Projekt verwendet einen Vergleichsgruppenansatz: die Förderwirkung wird durch Kontrastierung der nach Förderung beobachteten Arbeitsmarktergebnisse der jeweiligen Gruppe geförderter Personen mit den Ergebnissen einer mit Matching-Verfahren ausgewählten Gruppe nicht geförderter Personen geschätzt. Zur Ermittlung üblicherweise nicht verfügbarer Personenmerkmale wurde eine Zusatzbefragung bei den Fachkräften der Arbeitsvermittlung durchgeführt. Ziel: Im Projekt wird mit Hilfe eines Vergleichsgruppenansatzes untersucht, welchen Einfluss betriebliche Einstellungshilfen auf individuelle Beschäftigungschancen ausüben.

METHODE: Anwendung mikroökonometrischer Methoden zur Schätzung individueller Wirkungen der Förderung mit Lohnkostenzuschüssen: Auf der Grundlage einer Stichprobe von ca. 9.000 durch betriebsbezogene Einstellungshilfen geförderten Personen und einer Vergleichsstichprobe von ca. 5.000 Personen werden Determinanten des Förderzugangs und individuelle Beschäftigungswirkungen der Förderung untersucht. Einbezogene Förderarten sind Lohnkostenzuschüsse nach SGB III (EGZ, EZN, SAM OfW) und die Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (Bhi). Primäre Datengrundlage sind Stichtagsabzüge der maschinell geführten Bewerberangebotsdateien und Maßnahmedateien ausgewählter Arbeitsämter sowie eine für die geförderten Personen und die Vergleichsstichprobe durchgeführte Zusatzerhebung bei Arbeitsvermittlerinnen und -vermittlern. Der Verbleib von geförderten und nicht geförderten Personen wird durch Abgleiche mit den Prozessdaten der BA (Leistungsempfängerdatei, Beschäftigtenstatistik und Arbeitslosenstatistik) ermittelt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Leitfäden für Interview mit Vermittlern und Leiter Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung.+++Erhebungsbögen für Förderpersonen und Vergleichspersonen.+++Jaenichen, U.; Wiedemann, E.: Die IAB-Evaluation betriebsbezogner Einstellungshilfen (1998). Vortrag auf dem Worshop von IAB und Arbeitsgruppe Wirkungsforschung des AK SAMF "Neuere Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik als Herausforderung für Wirkungsforschung" am 23./24. April 1998 in Nürnberg.

ART: *BEGINN:* 1997-10 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0911-179-5415 od. -3165, e-mail: ursula.jaenichen@iab.de)

[413-F] Jahn, Elke J., Dr. (Leitung):
Personal-Service-Agenturen - Begleitforschung und mikroökonometrische Evaluation

INHALT: Das Projekt hat zum Ziel, das Instrument PSA wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Neben Fragen der Implementation des Instrumentes PSA sowie Selektivitätsproblemen bei der Zuweisung von Arbeitslosen in eine PSA steht die mikroökonometrische Evaluation des Instrumentes im Mittelpunkt des Projektes. Ziel: Das Instrument PSA wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Westdeutschland, Ostdeutschland

METHODE: Für die mikroökonometrische Evaluation der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat sich weitgehend das Modell potentieller Ergebnisse durchgesetzt. Ziel der im Projekt verwendeten Matching-Verfahren ist es, den kausalen Effekt der Teilnahme auf die Teilnehmer zu identifizieren. Hierbei sollen auch Maßnahmeheterogenitäten berücksichtigt werden. Personal-Service-Agenturen können nach unterschiedlichen Erfolgskriterien evaluiert werden. Hierbei ist zwischen kurz- und langfristigen Effekten zu unterscheiden. Kurzfristige Effekte können sein: Abmeldung aus Arbeitslosigkeit und Eintritt in Beschäftigung. Der Übergang in die Beschäftigung kann nach den folgenden Austrittsgründen unterteilt werden: Übernahme durch den Entleiher, Selbstsuche und anschließender Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sowie Selbständigkeit. Zu den langfristigen Effekten gehört die kontinuierliche Beschäftigung über einen längeren Zeitraum (Beschäftigungsstabilität).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Jahn, Elke J.: Leiharbeit auf dem Prüfstand - Brückenschlag mit PSA kann gelingen. in: IAB Materialien, 2002, Nr. 4, S. 7-9.+++Jahn, E.J.; Ochel, W.: Contracting out employment services. Temporary agency work in Germany. in: Journal of European Social Policy, Vol. 17, 2007, No. 2, S. 125-138.

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2007-02 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiterin (e-mail: Elke.Jahn@iab.de)

[414-L] Kaldybajewa, Kalamkas; Mielitz, Bernd; Thiede, Reinhold:
Minijobs: Instrument für Beschäftigungsaufbau oder Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung?, in: RV aktuell : amtliches Mitteilungsblatt der Deutschen Rentenversicherung, Jg. 53/2006, H. 4, S. 126-132 (URL: http://www.deutsche-rentenversicherung.de/nn_14990/SharedDocs/de/Inhalt/04__Formulare__Publikationen/03__publikationen/Rvaktuell/2006/4__06__minijobs__thiede,property=publicationFile.pdf/4_06_minijobs_thiede)

INHALT: "Vorliegende Untersuchungen zu Anzahl, Struktur und Entwicklung von Minijobs und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sagen wenig darüber aus, ob Betriebe die Minijobs zur Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung oder aber als Instrument zum flexiblen Beschäftigungsaufbau nutzen. Hinweise zur Beantwortung dieser Frage kann u.U. eine Analyse der Veränderung der betrieblichen Beschäftigtenzahlen (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Minijobs) liefern, die auf Basis der von den Betrieben regelmäßig an die Rentenversicherungsträger (RV-Träger) abgegebenen Meldungen ermittelt werden können. In diesem Beitrag werden hierzu erste Ergebnisse präsentiert. Sie basieren auf einem Datensatz, der alle bei der Bundesversicherungsanstalt für Angesellte (BfA) Versicherten (versicherungspflichtige Arbeitnehmer und Beschäftigte mit Minijobs) einer größeren Anzahl von Betrieben enthält, die als Stichprobe aus der sog. Betriebsstättendatei der Rentenversicherung (RV) gezogen wurde. Die Ergebnisse können als vorsichtiger Hinweis darauf interpretiert werden, dass Minijobs zumindest im Jahr 2003 von den Betrieben tendenziell häufiger zur Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung genutzt wurden als zum flexiblen Aufbau neuer Beschäftigung." (Autorenreferat)

[415-L] Kistler, Ernst; Conrads, Ralph; Huber, Andreas M.; Kräußlich, Bernhard; Staudinger, Thomas:
Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt, (BBJ-Consult Info, 85), Berlin: BBJ Verl. 2006, 33 S., ISBN: 3-937033-24-6

INHALT: "Die EU-Kommission hat eine Mitteilung 'Der demografische Wandel in Europa - von der Herausforderung zur Chance' vorgelegt. Die Alterung der europäischen Bevölkerung ist eine nie dagewesene Herausforderung für die Gesellschaft als ganzes. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen, und zwar jetzt. So lautet die Schlussfolgerung der neuen Mitteilung. Die Mitgliedstaaten sind durchaus in der Lage, mit den Herausforderungen fertig zu werden, die eine schrumpfende Erwerbs- und eine alternde Gesamtbevölkerung mit sich bringt. Die Schlüssel zum Erfolg liegen in der Förderung der demografischen Erneuerung, der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und in einem längeren Berufsleben, in höherer Produktivität, der Integration von Migranten und tragfähigen öffentlichen Finanzen. Heutzutage kommen vier Menschen im arbeitsfähigen Alter auf jede Person von über 65. Die zurückgehende Geburtenrate, eine ansteigende Lebenserwartung und die Verrentung der Babyboom-Generation laufen darauf hinaus, dass sich dieses Verhältnis bis 2050 verschlechtert. Der demographische Wandel und die Veränderungen in den Unternehmen sowie die generell steigenden Qualifikationsanforderungen betreffen die regionalen Arbeitsmärkte immer stärker. Themen wie die geringen Chancen Älterer am Arbeitsmarkt, qualifikatorischer Mismatch, regionaler Arbeitsmarktpolitik etc. gewinnen zunehmend an Bedeutung. Das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie, gGmbH (INIFES) in Stadtbergen bei Augsburg beschäftigt sich seit Jahren in verschiedenen Analysen und Gestaltungsprojekten mit diesen Themen. Zu den grundlegenden Erfahrungen aus diesen Arbeiten gehört die Einsicht in die großen Unterschiede in den Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen, die Vergleiche und die Übertragbarkeit von 'Patentrezepten' oder Best Practice-Strategien erschweren - was es von der internationalen über die regionale bis hin zur betrieblichen Ebene notwendig macht, immer spezifische Analyse und Veränderungsprozess zu verbinden. Die beiden Beiträge geben anhand von zwei aktuellen Problemstellungen einen beispielhaften Eindruck von der Komplexität der Probleme, denen sich eine regionale Arbeitsmarktpolitik gegenübersieht." (Autorenreferat)

[416-L] Klinger, Sabine:
Haushalt konsolidieren oder Sozialbeiträge senken?: der kurzfristige Beschäftigungseffekt bei alternativer Verwendung der Einnahmen aus der Mehrwertsteueranhebung, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 5/6, S. 19-29 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Eine Politik für Arbeit und Konsolidierung lassen sich nicht ohne weiteres vereinbaren, jedenfalls nicht in der kurzen Frist. Der Beitrag untersucht den Zielkonflikt, aus dem heraus die Regierung über die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteueranhebung von 16 Prozent auf 19 Prozent entschied. Er erklärt die Wirkung der Mittelverwendung für Konsolidierung oder Abgabensenkung auf die Beschäftigung und illustriert sie durch eine Simulation mit einem makroökonomischen Modell." (Autorenreferat)

[417-F] Knuth, Matthias, PD Dr.; Brussig, Martin, Dr.; Schweer, Oliver; Maier, Michael; Ammermüller, Andreas; Boockmann, Bernhard, PD Dr.; Jaenichen, Ursula, Dr.; Heinemann, Sarah; Schäffer, Matthias; Hujer, Reinhard, Prof.Dr.; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D.; Bernhard, Sarah (Bearbeitung); Zwick, Thomas, PD Dr.; Stephan, Gesine, PD Dr. (Leitung):
Eingliederungszuschüsse und Entgeltsicherung (Modul 1d im Arbeitspaket 1 "Wirksamkeit der Instrumente" im Rahmen des Gesamtprojekts "Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission -EGZ- sowie des Zweistufenplans der Bundesregierung")

INHALT: Ziel des Projektes ist die Analyse der Effektivität und Effizienz dreier arbeitsmarktpolitischer Instrumente, die durch die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt modifiziert oder neu eingeführt wurden: Eingliederungszuschuss, Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer sowie Beitragsbonus (Übernahme der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmer). Der Untersuchungsansatz setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen: 1. In einer deskriptiven Analyse wird die zeitliche Entwicklung der Förder- und Beschäftigungsstrukturen für alle drei Instrumente beschrieben. Dabei wird nach einer Vielzahl betrieblicher und individueller Merkmale differenziert. 2. In zehn Agenturbezirken wird in einer Implementationsanalyse die Umsetzung, Nutzung, Wahrnehmung und Einschätzung der Instrumente analysiert. Befragt werden Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften nach Paragraf 44b SGB III, sowie Arbeitgeber, die den Eingliederungszuschuss oder den Beitragsbonus in Anspruch nehmen bzw. dies nicht tun. Zudem werden ältere Arbeitnehmer befragt, die Entgeltsicherung erhalten. 3. Die mikroökonometrische Evaluation enthält zwei sich ergänzende Aspekte: Einerseits ist zu fragen, ob die Fördermöglichkeiten tatsächlich die Aufnahme von Beschäftigung erleichtern. Andererseits muss untersucht werden, ob die Förderung auch längerfristig mit positiven Effekten auf die individuelle Beschäftigungssituation der Geförderten verbunden ist. 4. Für eine Analyse der Effizienz von Eingliederungszuschüssen soll abschließend eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden. In einem ersten Schritt ist für die Personenebene abzuschätzen, ob und inwieweit die Kosten der Förderung durch verringerte Zeiten des Leistungsbezugs aufgewogen werden. In einem zweiten Schritt sind mit Hilfe einer makroökonometrischen Analyse die Nettoeffekte des Instrumenteneinsatzes zu kalkulieren. Ziel: Das Projekt analysiert die Effektivität und Effizienz dreier arbeitsmarktpolitischer Instrumente, die durch die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt modifiziert oder neu eingeführt wurden: Eingliederungszuschuss, Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer sowie Beitragsbonus (Übernahme der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmer). *ZEITRAUM:* 2000-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: deskriptive Analyse; Implementationsanalyse; mikroökonometrische Evaluation; makroökonometrische Evaluation; Kosten-Nutzen-Analyse

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Knuth, M.: "Hartz IV": der Einzug des Fürsorgerechts in die Arbeitsförderung. Vortrag auf dem IAT-Kolloquium am 27. September 2004. Foliensatz. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit u. Technik 2004, 21 S. Download unter: http://www.iatge.de/aktuell/veroeff/2004/knuth14.pdf .

ART: *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2007-03 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW- (Postfach 103443, 68034 Mannheim); Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiterin (e-mail: gesine.stephan@iab.de)

[418-L] Knuth, Matthias; Isfort, Birgit:
Der implizite Kombilohn in der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Integrationsmodells "job2work", (IAQ-Forschungsbericht, 2007-02), Duisburg 2007, 51 S. (Graue Literatur; URL: http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2007/knuth03.pdf)

INHALT: Das von Januar bis September 2006 mit einer Nachlaufphase bis Dezember 2006 im Rahmen der ESF-kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik des Landes Thüringen geförderte Projekt "job2work" war darauf ausgerichtet, ein arbeitsmarktpolitisches Konzept zu entwickeln und zu erproben, das mit Hilfe von "Kombilöhnen" die nachhaltige Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den regulären Arbeitsmarkt bewirken soll. Die zentrale Basis des Projekts liegt in der Einführung der "Freibeträge bei Erwerbstätigkeit" nach Paragraphen 11 und 30 SGB II in die Praxis zur Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in Arbeit. Diese gesetzlichen Regelungen zielen darauf, einen allgemeinen und grundsätzlich wirkenden Anreiz zur Arbeitsaufnahme für Leistungen nach dem SGB II Beziehende zu schaffen, indem die Transferentzugsrate gegenüber den früher bei der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe gültigen Regelungen gesenkt wird. Um die Integrationserfolge des Projekts hinsichtlich der Frage Verringerung oder Wegfall der Hilfebedürftigkeit beurteilen zu können, werden in dem Bericht für ausgewählte Bedarfsgemeinschaften verschiedene Bereiche des Erwerbseinkommens betrachtet, die den Wegfall der Hilfebedürftigkeit markieren. Abschnitt 2 stellt das Projekt vor (zeitlicher Ablauf, Rahmenbedingungen, Interessen der Träger und die Sicht der einstellenden Unternehmen und der vermittelten Arbeitslosen). Abschnitt 3 widmet sich dem Umsetzungserfolg des Projekts auf Basis qualitativer Untersuchungsmethoden. Dabei werden folgende Fragestellungen bearbeitet: In welcher Zahl der Fälle wird die Arbeitsaufnahme erreicht; steht sie in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand der Initialphase? Wie nachhaltig ist die Arbeitsaufnahme? Welche Mechanismen wurden entwickelt um den Nachteil der fehlenden Verbindlichkeit auszugleichen? Welche Lohnbereiche sind für die Arbeitnehmer bei Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses zu erwarten? Wurde die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte verbessert? Wie wirksam ist die Kommunikationsstrategie? Welches Vermittlungspotential wird im Job2work-Netzwerk unabhängig von dem in diesem Fall genutzten Anreizmechanismus erkennbar. (IAB2)

[419-L] Kolf, Ingo (Redakteur); Gensler, Stefanie (Mitarbeiter):
Jugendarbeitslosigkeit: Jugendliche und Hartz IV: Was macht das Fördern?, Berlin 2007, 88 S. (Standort: IAB-96-210-22 BT 545; Graue Literatur; URL: http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/doku/01_aktuell/ticker/2007/2007_03_30_dgb_fes.pdf)

INHALT: "Der Reader dokumentiert einen gemeinsam von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB Bundesvorstand durchgeführten Expertenworkshop am 20. November 2006 in Berlin. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf gestaltet sich insbesondere für leistungsschwächere Jugendliche zunehmend schwieriger. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit von schulischen und beruflichen Abschlüssen, obwohl sie in zunehmendem Maße keine hinreichende Bedingung mehr dafür darstellen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Großteil gerade der sozial benachteiligten Jugendlichen befindet sich seit Einführung von Hartz IV im Januar 2005 im SGB II-Rechtskreis. Dort werden sie in einer der Organisationsformen (ARGE, Optionskommune als alleiniger SGB II-Träger oder getrennte Aufgabenwahrnehmung zwischen BA und Kommune) betreut. Gerade bei Jugendlichen gibt es durch vielfache Schnittstellen

zwischen den für verschiedene Leistungen zuständigen Behörden (z.B. auch zur Jugendberufshilfe und zur Jugendsozialarbeit) große örtliche Unterschiede in der Betreuung und Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher. Vor diesem Hintergrund stellte der Workshop 'Jugendliche und Hartz IV: Was macht das Fördern?' die Fragen, wie die praktische Arbeit mit Jugendlichen unter 25 im SGB II vor Ort aussieht und welche Verbesserungen sowohl auf der Ebene des Verwaltungshandelns als auch im Gesetz notwendig sein könnten." (Autorenreferat)

[420-F] Kraus, Margit, Dr.; Clauss, Markus; Schnabel, Reinhold, Prof.Dr.; Arntz, Melanie; Wiemers, Jürgen; Zika, Gerd, Dr. (Bearbeitung); Spermann, Alexander, PD Dr.; Feil, Michael (Leitung):
Aufbau eines IAB-Mikrosimulationsmodells

INHALT: Das SGB II regelt zum einen die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Grundsicherung) und zum anderen die Maßnahmen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen. In der Terminologie der Arbeitsmarktforschung handelt es sich um aktive und passive Leistungen an Arbeitslose. Von beiden Leistungsarten gehen Einflüsse auf das Verhalten ihrer Bezieher aus. Dabei ist davon auszugehen, dass die Höhe der Grundsicherung und die Anrechnung von eigenem Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Paragraf 30) das Erwerbsverhalten (Arbeitsangebot) unmittelbar beeinflussen. Aufgrund der großen Anzahl von Personen, welche die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Leistungen nach SGB II erfüllen (Das IAB schätzt die Zahl der potentiell zu aktivierenden Menschen auf 3,44 Mio., KB 11/2004.), ist neben den individuellen (mikroökonomischen) Effekten auch mit gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Hartz IV zu rechnen. Bei den aktiven Leistungen hängt die gesamtwirtschaftliche Bedeutung analog zur bisherigen Arbeitsmarktpolitik (SGB III) vom Umfang der Maßnahmen ab. Die Regelungen des SGB II hinsichtlich der Eingliederungsleistungen legen es einerseits nahe, das gesamte SGB II als ein soziales (politisches) Programm im Sinne der Evaluationsliteratur aufzufassen. Andererseits hat die Neuordnung der passiven Leistungen den Charakter einer Steuerreform. Die Untersuchung von allgemein gültigen Veränderungen des Steuer- oder Transferrechts wird üblicherweise nicht als Evaluationsforschung im engeren Sinne betrachtet. Hierbei handelt es sich vielmehr um finanzwissenschaftliche Analysen zu den Allokations- und Verteilungseffekten von existierenden Steuersystemen bzw. deren Veränderung. Die Untersuchung der personellen Einkommensverteilung erfordert die Verfügbarkeit eines möglichst großen Individualdatensatzes. In Deutschland kommen nur das Sozioökonomische Panel (SOEP) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) in Frage. Letztere wird jedoch nur alle fünf Jahre erhoben. Die letzte Erhebung wurde 2003 durchgeführt, die nächste ist für 2008 geplant. Die EVS ist damit für die SGB II Forschung am IAB nicht direkt einsetzbar. Das SOEP wird jährlich erhoben. Die Daten stehen in der Regel ein knappes Jahr nach Ende des Berichtsjahres zur Verfügung. Das bedeutet, dass mit Daten für 2005 frühestens Ende 2006 gerechnet werden kann. Der Vergleich von tatsächlichen Einkommensverteilungen, etwa ein Vergleich der Jahre 2004 und 2005 kann somit erst im Frühjahr 2007 geleistet werden. Das empirische Arbeitsangebotsmodell muss in der Lage sein, die komplexen Regeln des Steuer- und Transferrechts berücksichtigen zu können. Daher ist zur Beantwortung der zuvor aufgeworfenen Forschungsfragen der Aufbau bzw. Ausbau folgender Modelle/Instrumente vorgesehen: 1. Aufbau bzw. Weiterentwicklung eines Steuer-Transfer-Modells; 2. Aufbau bzw. Weiterentwicklung eines empirischen Arbeitsangebotsmodells. Beide Modelle sollen sich zu einem "dynamischen Mikrosimulationsmodell" ergänzen. Ein solches Modell ist ein geeignetes Instrument, um die Wirkungen der neuen Grundsiche-

rung für Arbeitssuchende auf die personelle Einkommensverteilung und das Arbeitsangebotsverhalten von Arbeitslosen zu untersuchen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die mikroökonometrische Forschung hat in den letzten 15 Jahren große Fortschritte erzielt. Mittlerweile ist die Schätzung von Arbeitsangebotsfunktionen und die Prognose von Verhaltensänderungen als Reaktion auf veränderte Steuer- oder Transferregeln auf Basis großer Individualdatensätze State of the Art. Methodisch setzt sich eine solche Analyse aus zwei Teilen zusammen, zum einen der Bestimmung von Nettoeinkommen (nach Steuern und Transfers) auf der Basis beobachteter Bruttogrößen und zum anderen aus einem empirischen Arbeitsangebotsmodell. Den ersten Teil bezeichnet man üblicherweise als Mikrosimulation, wobei die Abgrenzung zwischen Modellen ohne jegliche Verhaltensänderungen und solchen, die auch Reaktionen der betroffenen Personen zulassen, durchaus fließend sind.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Arntz, M.; Clauss, M.; Kraus, M.; Schnabel, R.; Spermann, A.; Wiemers, J.: Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform. Nürnberg 2007. Siehe unter: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb1007.pdf .

ART: *BEGINN:* 2005-05 *ENDE:* 2007-06 *AUFTRAGGEBER:* Bundesagentur für Arbeit *FINANZIERER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales

INSTITUTION: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW- (Postfach 103 443, 68034 Mannheim); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (e-mail: spermann@zew.de, Tel. 0621-1235-151, Fax: 0621-1235-225); IAB, Institution (e-mail: info@iab.de)

[421-L] Krug, Gerhard:

In-work benefits for low wage jobs: can additional income hinder labor market integration?, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 28/2007), Nürnberg 2007, 46 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2807.pdf)

INHALT: Lohnzuschüsse für Niedriglohn-Jobs sind ein Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um die berufliche Integration Geringqualifizierter und Langzeitarbeitsloser zu fördern. Der Autor stellt die Hypothese auf, dass durch die staatliche Lohnsubvention, auch wenn sich hierdurch der Durchschnittslohn erhöht, bei den Arbeitnehmern der Eindruck entsteht, dass die Arbeitgeber sich nicht der Reziprozitätsnorm verpflichtet fühlen. Dies führt zu einer geringeren Lohnzufriedenheit, hat negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsstabilität und verhindert positive Auswirkungen auf die berufliche Integration. Diese Hypothese wird in einer Untersuchung von Empfängern von Lohnzuschüssen und einer Kontrollgruppe überprüft. Die Methode des Propensity Score Matchings wird angewendet, um alle Unterschiede in der Zusammensetzung beider Gruppen auszuschalten, mit Ausnahme der Einkommensquelle. Es wird gezeigt, das Lohnzuschüsse die Lohnzufriedenheit (als ein Indikator für die wahrgenommene Verletzung der Reziprozitätsnorm) um 14 Prozent verringern. Dennoch bleibt die Frage offen, ob dies die geringen Auswirkungen von Lohnzuschüssen auf die Beschäftigungsstabilität erklärt. (IAB)

[422-L] Kull, Silke; Riedmüller, Barbara:
Auf dem Weg zur Arbeitsmarktbürgerin?: neue Konzepte der Arbeitsmarktpolitik am Beispiel allein erziehender Frauen, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 84), Berlin: Ed. Sigma 2007, 127 S., ISBN: 978-3-8360-8684-4

INHALT: "Der aktuellen deutschen Arbeitsmarktpolitik liegt die Idee des aktivierenden Sozialstaats zugrunde. Soziale Sicherung resultiert weniger aus dem Bürgerinnenstatus an sich, sondern aus einer Erwerbsbeteiligung. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird damit zu Arbeitsmarktbürgerinnen'. Dabei geraten zunehmend allein erziehende Frauen in den Blick der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Dieses Buch untersucht die Arbeitsmarktintegration allein Erziehender mithilfe repräsentativer Datensätze und entwickelt eine bisher einmalige empiriegestützte Erwerbstypologie, die verdeutlicht, welche Faktoren eine Erwerbsbeteiligung begünstigen und welche ihr entgegenstehen. Überdies analysieren die Autorinnen arbeitsmarktpolitische Modellprojekte sowie die jüngsten Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf ihre Auswirkungen für Single-Mütter. Dabei wird deutlich, dass der im Begriff 'Arbeitsmarktbürgerin' implizierte Anspruch auf eine Universalisierung der Erwerbsteilhabe sich für allein erziehende Frauen nur einlösen lässt, wenn die geschlechterpolitische Schieflage auf dem Arbeitsmarkt aufgehoben wird. Die jüngsten arbeitsmarkt-, sozial- und familienpolitischen Entwicklungen werden diesem Anspruch nur bedingt gerecht." (Autorenreferat)

[423-F] Kvasnicka, Michael, M.Sc. (Bearbeitung); Burda, Michael Christopher, Prof.Ph.D. (Betreuung):
Die Zeitarbeit und ihre Bedeutung für den deutschen Arbeitsmarkt

INHALT: Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit ist die Zeitarbeit zum Eckpfeiler der Arbeitsmarktreformen der Bundsregierung geworden. Wissenschaftlich fundierte ökonomische Analysen der Zeitarbeit in Deutschland liegen bislang jedoch kaum vor. Insbesondere fehlen Erkenntnisse über den quantitativen Beitrag der Zeitarbeit zur Dynamisierung der Ausgleichprozesse am bundesdeutschen Arbeitsmarkt, das Ausmaß der durch Zeitarbeit erfolgenden Integration Arbeitsloser in reguläre Beschäftigung sowie die mit einer Tätigkeit in der Industrie verbundenen kurz- und langfristigen Einkommenseffekte. Ursächlich hierfür ist nicht zuletzt die nach wie vor mangelhafte Datenlage zur Zeitarbeit. Eine quantifizierende Untersuchung dieser und weiterer Fragen unter Verwendung eines neuen, in Kooperation mit einem der größten deutschen Zeitarbeitsunternehmen erstellten Datensatzes, könnte einen entscheidenden Beitrag zum Verständnis der Funktionsweise dieses sehr dynamischen Arbeitsmarktsegmentes leisten. Eine zeitnahe Bewertung der beschlossenen Reformen zur Zeitarbeit würde dadurch ermöglicht, was der Fundierung zukünftiger wirtschaftspolitischer Entscheidungen dienen könnte. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: ca. 500.000; Herkunft der Daten: IAB Beschäftigtenstichprobe 1975-1995. Stichprobe: 20.000; Herkunft der Daten: GSOEP). Eigener Firmendatensatz (Stichprobe: ca. 70.000).
VERÖFFENTLICHUNGEN: Kvasnicka, Michael; Werwatz, Axel: Temporary agency workers - their employment conditions and prospects. in: Economic Bulletin/ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2003, 12.+++Kvasnicka, Michael; Werwatz, Axel: The wage effects of temporary agency work. in: Economic Bulletin/ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2003, 2. *ARBEITSPAPIERE:* Kvasnicka, Michael; Werwatz, Axel: On the wages of tempo-

rary help service workers in Germany. Berlin, Aug. 2002, 32 p. Download: http://econwpa.wustl.edu/eps/lab/papers/0309/0309004.pdf .+++Kvasnicka, M.: Inside the black box of temporary help agencies. Berlin, Okt. 2003, 34 p. Download: http://opus.zbw-kiel.de/volltexte/2004/1655/pdf/dpsfb200343.pdf .

ART: *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Wirtschaftstheorie II (Spandauer Str. 1, 10178 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 030-2093-5667, e-mail: kvasnicka@wiwi.hu-berlin.de)

[424-F] Lechner, Michael, Prof.Dr.; Miquel, Ruth, Dr.; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D.; Bergemann, Annette; Speckesser, Stefan; Wunsch, Conny (Bearbeitung); Bender, Stefan (Leitung):
Über die Wirksamkeit von FuU-Maßnahmen - ein Evaluierungsversuch mit prozessproduzierten Daten aus dem IAB

INHALT: Im Zeitraum 1991 bis 1997 hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Westdeutschland pro Jahr durchschnittlich ungefähr 3,6 Milliarden Euro für Maßnahmen der Fortbildung- und Umschulung ausgegeben. In dem Projekt werden verschiedene Formen von der BA geförderter Fortbildung und Umschulung (FuU), die Mitte der 90'er Jahre durchgeführt wurden, mittels ökonometrischer Verfahren evaluiert. Die empirische Analyse basiert auf neuen administrativen Daten des IAB, die speziell für die Evaluationsforschung in diesem Projekt aufbereitet wurden. Diese Daten ermöglichen nicht nur die Verwendung mikroökonometrischer Matching-Verfahren zur Behandlung des sogenannten Selektionsproblems, sondern auch die Identifikation langfristiger Massnahmeeffekte über einen Zeithorizont von mehr als sieben Jahren. Ziel: Es werden verschiedene Formen der BA-geförderten Fortbildung und Umschulung (FuU) aus der Mitte der neunziger Jahre mit ökonometrischen Verfahren evaluiert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

METHODE: Methodologie zur ökonometrischen Evaluation von Mehrfachteilnahmen; ökonometrische Studie

ART: *BEGINN:* 2000-10 *ENDE:* 2005-10 *AUFTRAGGEBER:* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit

INSTITUTION: Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung -SIAW- (Bodanstr. 8, 9000 St. Gallen, Schweiz); Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt Management und angewandte Mikroökonomik Professur für VWL, insb. Labor Economics (Postfach 111932 (247), 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Bender, Stefan (e-mail: stefan.bender@iab.de); Fitzenberger, Bernd (e-mail: Bernd.Fitzenberger@vwl.uni-mannheim.de); Lechner, Michael (e-mail: michael.lechner@unisg.ch)

[425-L] Meier, Johannes; Michels, Yves:
Erfolgsfaktoren zur weiteren Umsetzung des SGB II: ein Diskussionspapier, Gütersloh 2007, 6 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070314f11.pdf)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Entwicklung eines einheitlichen Kennzahlensets für die SGB II-Umsetzung. "Nachdem auch die ARGEn ein kennzahlengestütztes Steuerungssystem erarbeitet und implementiert haben, muss jetzt jenseits der unterschiedlichen organisatorischen Umsetzungsformen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sichergestellt werden. Da bereits im Jahr 2008 eine Evaluation erfolgen soll, besteht Zeitdruck, den Prozess der weiteren Optimierung der Umsetzung des SGB II mit viel Kraft und Engagement aller Akteure voranzutreiben. In dem Band wollen wir einige Erfolgsfaktoren herausarbeiten, die nach unserer Erfahrung aus dem Jahr 2006 besonderer Aufmerksamkeit bedürfen." (IAB2)

[426-L] Mendius, Hans Gerhard; Deiß, Manfred (Hrsg.):
Zwei Jahre EU-Osterweiterung: eine erste Bestandsaufnahme der Folgen für die Beschäftigung in Deutschland und den Nachbarstaaten, (Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis SAMF, 2007-01), Cottbus 2007, 175 S. (Standort: IAB-90-110.0465; Graue Literatur)

INHALT: Dokumentiert werden die Ergebnisse einer Arbeitstagung, die im Juni 2006 gemeinsam von der Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutschen Vereinigung für sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung e.V. (SAMF) durchgeführt wurde. Die Tagung unternimmt den Versuch, sowohl für die Altmitglieder als auch für die Beitrittsländer eine Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung unter besonderer Berücksichtigung der Folgen für die Beschäftigung in Deutschland und in den Nachbarstaaten zu ziehen. Die Entwicklung der bayerisch-tschechischen Grenzregion wird exemplarisch aufgearbeitet und es wird danach gefragt, welche Ansatzpunkte es gibt, die Entwicklung 'beschäftigungsfreundlich' zu beeinflussen. Ziele der Tagung waren: Austausch von Erfahrungen mit zwei Jahren 'Osterweiterung'; Diskussion der künftig erwarteten Entwicklungen; wechselseitige Information über bisherige Arbeit und geplante Aktivitäten; ggf. Etablierung von dauerhaften Austausch- und Arbeitszusammenhängen; Diskussion der Möglichkeiten kooperativer Forschung. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Manfred Deiß, Hans Gerhard Mendius: Erwartungen und Befürchtungen vor der EU-Osterweiterung und Fragen aus heutiger Sicht; Elmar Hönekopp, Albert Stichter-Werner: Die tschechisch-bayerischen Grenzregionen - Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktperspektiven; Jaroslav Dokoupil: EU-Osterweiterung und die Arbeitsmarktentwicklung in den tschechisch-bayerischen Grenzregionen; Jochen Tholen: EU-Osterweiterung und deutsche Direktinvestitionen in den MOEL - ihre Bedeutung für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsplatzverlagerungen - Thesen; Steffen Kinkel: Neue Erkenntnisse zu Standortverlagerungen: Häufige Fehler und Methoden zur besseren Entscheidungsfindung.

[427-F] Miquel, Ruth; Wiehler, Stephan; Wunsch, Conny; Biewen, Martin; Osikominu, Aderonke; Waller, Marie (Bearbeitung); Lechner, Michael, Prof.Dr.; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D.; Bender, Stefan (Leitung):
Die Beschäftigungswirkung der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) 2000-2002 auf individueller Ebene: eine Evaluation auf Basis der prozessproduzierten Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

INHALT: Die Fördermaßnahmen zur Fortbildung und Weiterbildung (FbW) gehören sowohl nach Teilnehmern als auch nach dem Mitteleinsatz zu einem Kernbestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Es ergibt sich zwangsläufig die Frage nach den (Arbeitsmarkt-)Effekten, die mit diesen Aufwendungen erreicht werden. Die zurzeit vorhandenen Informationen über die

Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden aus unterschiedlichen Gründen als unzureichend eingeschätzt. In diesem Projekt sollen die Beschäftigungswirkungen der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung untersucht werden. Hierbei werden die Prozessdaten der BA verwendet, so dass dadurch Möglichkeiten von Analysen hinsichtlich der Auswirkungen einer Teilnahme an heterogenen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik ergeben, die bisher noch nicht zufriedenstellend bearbeitet werden konnten. Dabei spielt eine bedeutende Rolle, dass für die Analyse eine weit größere Anzahl an Individuen verfügbar ist, die an FbW-Maßnahmen teilgenommen haben, als in anderen Mikrodatensätzen (z.B. Sozioökonomisches Panel des DIW). Damit sind Analysen möglich, die Aspekte betreffen, die bislang in der empirischen Arbeitsmarktforschung in der Bundesrepublik kaum untersucht wurden. Ziel: Das Projekt beschäftigt sich mit der Frage nach den (Arbeitsmarkt-)Effekten, die mit Fördermaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung (FbW) erreicht wurden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Lechner, M.; Wunsch, C.: Active labour market policy in East Germany: waiting for the economy to take off. Discussion Paper/ Univ. St. Gallen, Dept. of Economics, 2006-24. St. Gallen 2006.

ART: *BEGINN:* 2000-10 *ENDE:* 2006-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung -SIAW- (Bodanstr. 8, 9000 St. Gallen, Schweiz); Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt Management und angewandte Mikroökonomik Professur für VWL, insb. Labor Economics (Postfach 111932 (247), 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0410-712242350 od. 0621-181-1845, e-mail: stefan.bender@iab.de)

[428-L] Möhrle, Wilfried; Werner, Bernd:
Evaluierung des Projektes Kasseler Modell Kombilohn (KaMoKo), (Report / Hessen-Agentur GmbH, Nr. 681), Wiesbaden 2005, 131 S. (Graue Literatur; URL: http://www.hessen-agentur.de/mm/Kamoko_681.pdf)

INHALT: Zentrales Ziel des vorgestellten 'Kasseler Modells Kombilohn' ist die Verbesserung der Eingliederung von Sozialhilfeempfängern durch die aktive Erschließung neuer Arbeitsplätze im Bereich geringer Qualifikationserfordernisse und Entlohnung. Dies tritt im Modellversuch neben die herkömmliche Förderung der Eingliederung der Zielgruppe (Lohnkostenzuschüsse, Qualifizierungsmaßnahmen usw.). Die begleitende Evaluierung fand im Zeitraum von Oktober 2002 bis Oktober 2004 statt und basiert auf sechs Bausteinen: 1. Arbeitsmarktanalyse des regionalen Arbeitsmarkts Kassel; 2. Auswertung der Anträge, Sachund Durchführungsberichte der Zuwendungsempfänger; 3. mehrmalige Befragung der geförderten Teilnehmer; 4. mehrmalige Befragung der Arbeitgeber; 5. regelmäßiger Kontakt mit den im Projekt aktiven Berater; 6. Ergebnistransfer. Ergebnisse: Im Modellversuch wurden 109 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Teil- oder Vollzeitarbeitsverhältnisse des allgemeinen Arbeitmarktes vermittelt. Darüber hinaus erfolgten - ohne den Einsatz von Fördermitteln weitere 9 Vermittlungen in Mini-Jobs. Die Erwartung, neue und dauerhafte Arbeitsstellen im Niedriglohnsektor, besonders bei Privatpersonen zu schaffen, hat sich nicht erfüllt. (IAB)

[429-L] Mosley, Hugh:
Bilanz der Hartz-Reform im Bereich der Arbeitsvermittlung, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 5/6, S. 30-34 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Neuausrichtung der Arbeitsvermittlung wurde vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gemeinsam mit infas Bonn für den Zeitraum 2004 bis Frühjahr 2006 im Rahmen der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Evaluation der Hartz I-III-Gesetze untersucht. Dieser Beitrag fasst die Hauptergebnisse und Empfehlungen dieser Studie zusammen, die sich ausschließlich auf die Arbeitsvermittlung der Arbeitsagenturen und die Vermittlungsinstrumente im Geltungsbereich des SGB III beziehen. Die SGB-II-Reformen (Hartz IV) sind hingegen Gegenstand einer noch laufenden, separaten Evaluation des BMAS, die in diesem Beitrag außer Betracht bleiben." (Autorenreferat)

[430-F] Müller, Gerrit, Dr.; Gebhardt, Daniel; Christoph, Bernhard; Romeu Gordo, Laura, Dr.; Wenzig, Claudia, Dr.; Matthes, Britta, Dr.; Makrinius, Doreen; Hohmeyer, Katrin; Achatz, Juliane; Wolff, Joachim, PD Dr.; Rudolph, Helmut; Promberger, Markus, Dr.; Kupka, Peter, Dr.; Koch, Susanne, Dr. (Bearbeitung); Trappmann, Mark, Dr. (Leitung):
Panel "Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung"

INHALT: Um die individuellen und sozialen Folgen der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende adäquat untersuchen zu können, müssen die Haushaltskontexte von Leistungsempfängern berücksichtigt werden. Die Strategie einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik trifft auf haushaltstypische Lebensumstände und entfaltet deshalb kontextabhängige Wirkungen. Das IAB Haushaltspanel soll eine neue Datengrundlage bereitstellen, die es erlaubt, auch soziale Prozesse und nicht intendierte Nebeneffekte der Arbeitsmarktreform empirisch zugänglich zu machen. Die Fokussierung der Untersuchungsperspektive auf Kontexte und Dynamiken von Armutshaushalten erfordert ein längsschnittlich angelegtes Untersuchungsdesign. Dies gestattet nicht nur eine ereignisbezogene Untersuchung der Ein- und Austritte in den Leistungsbezug und deren Relation zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des SGB II. In den Blick geraten somit individuelle wie auch haushaltstypische Verfestigungen von Bedürftigkeit und mittel- bis langfristig deren mögliche Marginalisierungsfolgen, die im negativen Falle in einer intergenerationalen Reproduktion von Armutslagen enden können. Ebenfalls kenntlich werden jene in der Intention des SGB II erwünschten Pfade aus der Hilfebedürftigkeit und der (Re-)Integration ins Erwerbsleben, deren Beförderung oder (Nicht-)Beförderung durch die im SGB II vorgesehenen Maßnahmepakete im Kontext unterschiedlicher Haushaltskonstellationen. Ebenso ist die Frage nach den geschlechtsspezifischen Wirkungen und der Bedeutung von Berufs- und Erwerbsorientierungen von Frauen und Männern ohne Rückgriff auf die sozialen und ökonomischen Binnenstrukturen von Haushalten kaum hinreichend zu beantworten. Die forschungsleitenden Fragen eines IAB-Niedrigeinkommenspanels können zu folgenden Themenkomplexen gebündelt werden: 1. Welche Wege führen in die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen? 2. Wie verändert sich die soziale Lage der betroffenen Personen und Haushalte? 3. Wie wird Langzeitarbeitslosigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen subjektiv/ kognitiv bewältigt? Verändern sich handlungsrelevante Orientierungen der Befragten im Zeitverlauf? 4. Wie gestaltet sich der Kontakt zu den Trägern der Grundsicherung? Was kennzeichnet die institutionelle Handlungspraxis zur Eingliederung der Arbeit im zeitlichen Verlauf? 5. Welche Wege/ Faktoren

führen aus dem Hilfebezug? Die forschungsleitenden Fragen sind in ihrer Gesamtheit nicht allein mit einer Stichprobe der SGBII-Leistungsempfängern zu beantworten. Zur Analyse von Zugangsprozessen, zur Konstruktion von Kontrollgruppen, zur Einschätzung relativer Lebenslagen werden Informationen auch über andere Bevölkerungsgruppen benötigt. Das Haushaltspanel arbeitet daher mit einer disproportional geschichteten Bevölkerungsstichprobe mit Schwerpunkt im unteren Einkommensbereich. Ziel: Ziel des Projekts ist die Schaffung einer Längsschnitt-Datenbasis auf Personen- und Haushaltsebene für die ökonomische und soziologische SGB II-Forschung. Die zentralen Fragestellungen, die mithilfe des Panels beantwortet werden sollen, sind im Rahmen des Abstracts dargestellt.

METHODE: Quantitative Haushaltspanelbefragung. Modus: Mixed Mode-Befragung: CATI, bei Nichterreichbarkeit CAPI. Erhebung: Insgesamt werden 12.000 Haushalte in 300 Sampling Points befragt: 6.000 Haushalte: Zufallsstichprobe von Bedarfsgemeinschaften aus Prozessdaten, 6.000 Haushalte: Disproportional nach Status geschichtete Zufallsstichprobe von Hausadressen aus dem Adressmaterial eines kommerziellen Anbieters (microm MOSAIC).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bender, S.; Koch, S.; Meßmann, S.; Walwei, U.: Was muten sich Arbeitslose zu? Lohnkonzessionen von ALG-II-Empfängern. Nürnberg 2007. Siehe unter: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2307.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-08 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[431-L] Noll, Susanne; Wießner, Frank:

Selbständig oder arbeitslos: Brücke oder Falle?: einige empirische Betrachtungen zu geförderten Neugründungen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Perspektive, in: Berndt Keller, Hartmut Seifert (Hrsg.): Atypische Beschäftigung : Flexibilisierung und soziale Risiken, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 145-161, ISBN: 978-3-8360-8681-3

INHALT: Die Wirkungsrichtung geförderter Selbständigkeit auf die Chancen zu sozialer und materieller Teilhabe hängt von vielen Faktoren ab. Generell ist geförderte Selbständigkeit auch nach Ablauf der Förderung nicht notwendigerweise marginalisierend. Im günstigsten Fall hat die geförderte Selbständigkeit eine Brückenfunktion in dauerhafte selbständige Erwerbstätigkeit, im ungünstigsten Fall erweist sie sich als soziale Falle. Grundsätzlich sollte es möglich sein, durch geeignete sozial- und förderrechtliche Regelungen die Wirkung des Gründungsgeschehens positiv zu beeinflussen. Ein Mindestmaß an sozialer Absicherung zu erschwinglichen Preisen sollte ermöglicht werden. Eine Analyse der Eintritte in Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss (n=3000) illustriert Aspekte möglicher Prekarisierung. (ICE2)

[432-F] Otto, Anne, Dr.; Rau, Matthias; Schanne, Norbert; Kotte, Volker; Farhauer, Oliver, Dr.; Kunz, Marcus; Granato, Nadia, Dr.; Burkert, Carola, Dr.; Niebuhr, Annekatrin, Dr.; Bauer, Frank, Dr.; Wapler, Rüdiger, Dr.; Wrobel, Martin, Dr.; Weyh, Antje; Werner, Daniel; Amend, Elke; Lenecke, Philip; Dietrich, Ingrid, Dr.; Wiethölter, Doris; Bogai, Dieter, Dr.; Böhme, Stefan; Eigenhüller, Lutz; Fuchs, Stefan; Schaade, Peter; Harten, Uwe; Brück-Klingberg, Andrea; Kirchhof, Kai; Ludsteck, Johannes, Dr.; Hamann, Silke (Bearbeitung); Blien, Uwe, Priv.Doz. Dr. (Leitung):
Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten (VALA)

INHALT: Das Projekt untersucht in vergleichender Perspektive die Ökonomie und den Arbeitsmarkt von Bundesländern. Theoretische Basis sind u.a. Ansätze des regionalen Strukturwandels (vgl. Appelbaum und Schettkat) und der Neuen Regionalökonomie. Das VALA-Projekt knüpft an die Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland ENDOR-Projekt vgl.: "Die Entwicklung der ostdeutschen Regionen" (BeitrAB 267) an. Die Debatte über die Ursachen von und Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ignoriert häufig die erheblichen Disparitäten in der Beschäftigungsentwicklung zwischen Kreisen, Bundesländern oder siedlungsstrukturellen Kategorien. Eine empirische Untersuchung auf disaggregierter Ebene kann die makroökonomische Forschung in mehreren Richtungen ergänzen bzw. erweitern. Betrachtet man Städte, Kreise oder Bundesländer als eigenständige wirtschaftliche Einheiten, erhält man im Querschnitt eine beträchtliche Variation von ökonomischen Variablen (z.B. der Qualifikations-, Branchen- und Lohnstruktur), die zur Erklärung der Beschäftigungsentwicklung herangezogen werden kann und Aufschluss über relevante Faktoren der Beschäftigungsentwicklung auf verschiedenen Aggregationsebenen geben kann. Ziel der hier geplanten Untersuchung ist es, Beschäftigungseffekte des Lohnniveaus, der Qualifikations- und Firmengrößenstruktur, sowie des regionalen Branchen-Mix zu separieren und auch 'reine' Standorteffekte zu ermitteln, d.h. Beschäftigungseffekte die sich auf Kreise bzw. Bundesländer und siedlungsstrukturelle Gruppen beziehen und nicht über die anderen Variablen des Modells erklärt werden. Die Analyse erfolgt (unter Verwendung von Daten aus der Beschäftigtenstatistik) auf der Kreisebene und der Bundeslandebene Die verwendeten ökonometrischen Ansätze (Mehrebenenanalyse und Shift-Share-Regression) erlauben es, alle diese Detailanalysen im Rahmen eines umfassenden zweistufigen Regressionsmodells durchzuführen. In einem ersten Schritt werden regionale Lohneffekte im Rahmen einer erweiterten Lohngleichung identifiziert, die im zweiten Schritt (zusammen mit den anderen oben genannten Regressoren) zur Erklärung der Beschäftigungsentwicklung herangezogen werden. Um die teilweise massiven Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern abzubilden, erfolgt die Schätzung des Modells für die beiden Teile Deutschlands getrennt. Die Interpretation des Modells erfolgt dezentral durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des regionalen Forschungsnetzwerkes. Dadurch wird insbesondere Wissen über die Arbeitsmarktstrukturen vor Ort mit den ökonometrischen Ergebnissen verknüpft. Die im ersten Projektschritt ermittelten reinen Standorteffekte bilden die Basis für weitere Analysen von Einflüssen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Regionen und Bundesländern auf die Beschäftigungsentwicklung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des regionalen Forschungsnetzwerkes werden vor Ort zunächst eine qualitative Beschreibung der regionalen und landesspezifischen Wirtschaftspolitiken erstellen und sie zur Erklärung dieser Standorteffekte heranzuziehen. Auch für diesen Projektschritt ist geplant, die qualitative Analyse in eine quantitative zu überführen, z.B. durch die Bildung von Indikatoren für wirtschaftspolitische Maßnahmen und diese Indikatoren in das Regressionsmodell aufzunehmen. Die Ergebnisse sollen zum tieferen Verständnis regionaler Disparitäten beitragen und der Regionalpolitik sowie der regionalen Arbeitsmarktpolitik Handlungsansätze liefern, um die Beschäftigungsentwicklung zu fördern. Ziel: Das

Projekt untersucht in vergleichender Perspektive die Ökonomie und den Arbeitsmarkt der einzelnen Bundesländer. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland

METHODE: Aggregatdatenanalyse von Daten der Beschäftigtenstatistik mit der Shift-Share-Regression

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bogai, D.: Analyse der Beschäftigungsentwicklung in den ländlichen Räumen Brandenburgs. in: Kühnert, U. (Bearb.) (Hrsg.): Ländlich in die Zukunft. Rahmenbedingungen für ländliche Entwicklung an der Schwelle zur neuen EU-Strukturfondsperiode. Potsdam 2005, S. 11-20.+++Bogai, D.; Wiethölter, D.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Brandenburg. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/BB/2005/regional_bb_0105.pdf abrufbar.+++Böhme, S.; Eigenhüller, L.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Bayern. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/BY/2005/regional_by_0105.pdf abrufbar.+++Brück-Klingberg, A.; Harten, U.; Wrobel, M.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Niedersachsen. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/NSB/2005/regional_nsb_0205.pdf abrufbar.+++Burkert, C.; Kirchhof, K.; Schaade, P.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Hessen. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/ regional/H/2005/regional_h_0105.pdf abrufbar.+++Farhauer, O.; Granato, N.; Dietrich, I.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Thüringen. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/SAT/2005/regional_sat_0205.pdf abrufbar.+++Granato, N.; Farhauer, O.; Dietrich, I.: Tabellenband VALA. Datenmaterial für Sachsen-Anhalt und Thüringen der Studie "Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten". Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/SAT/2005/regional_sat_0305.pdf abrufbar.+++Granato, N.; Farhauer, O.; Dietrich, I.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Sachsen-Anhalt. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/SAT/2005/regional_sat_0105.pdf abrufbar.+++Hamann, S.; Jahn, D.; Rau. M.; Wapler, R.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Rheinland-Pfalz. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/RPS/2005/regional_rps_0105.pdf abrufbar.+++Kunz, M.; Weyh, A.; Lenecke, P.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Sachsen. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/s/2005/regional_s_0105.pdf abrufbar.+++ Niebuhr, A.; Kalpen, O. (Mitarb.): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Mecklenburg-Vorpommern. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/n 2005/regional_n_0105.pdf abrufbar.+++Niebuhr, A.; Kotte, V.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Schleswig-Holstein. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/N/2005/regional_n_0205.pdf abrufbar.+++Otto, A.; Schanne, N.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Saarland. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/RPS/2005/regional_rps_0205.pdf abrufbar.+++Rau, M.; Werner, D.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Baden-Württemberg. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/BW/2005/regional_bw_0105.pdf abrufbar.+++Wrobel, M.; Brück-Klingberg, A.; Harten, U.: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Bremen. Nürnberg 2005. Unter: http://doku.iab.de/regional/NSB/2005/regional_nsb_0105.pdf abrufbar.

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2006-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Ludsteck, Johannes (Dr. e-mail: johannes.ludsteck@iab.de)

[433-L] Patzwaldt, Katja:
Was leistete Politikberatung in den rot-grünen Arbeitsmarktreformen?, in: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.): Staat und Gesellschaft - fähig zur Reform? : 23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 211-228, ISBN: 978-3-8329-3007-3

INHALT: "Die rot-grüne Bundesregierung versuchte, ihrem Anspruch an ein neues Regieren' nach Inhalt und Form durch den Einsatz von Beratung gerecht zu werden. Verschiedene Formen von Politikberatung wurden parallel ausprobiert. Mit der Hartz-Kommission nahm die Politikberatung eine neue Wendung: Statt wissenschaftlicher Überzeugungskraft und Vorbereitung und Moderation eines politischen Verhandlungsprozesses setzte die Regierung auf die Welt des Marketings. Motiviert war sie dabei sowohl von der Hoffnung, mit Hartz' rhetorischer Hilfe die Wahl gewinnen zu können, als auch von der Absicht, die widerständigen Verbände und Parteiflügel durch einen neuen, breiteren und medial erzeugten Adressatenkreis überrunden zu können. Auch schon vor der Wahl und über sie hinaus gewannen die medial verkaufbaren, unterhaltenden Elemente einer Beratung immer mehr an Bedeutung." (Autorenreferat)

[434-L] Pfeifer, Christian:
Homogene und heterogene Teilnahmeeffekte des Hamburger Kombilohnmodells: ein Verfahrensvergleich von Propensity Score Matching und OLS-Regression, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 22/2007), Nürnberg 2007, 44 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2207.pdf)

INHALT: "Der Beitrag untersucht die homogenen und heterogenen Teilnahmeeffekte des Hamburger Kombilohnmodells. Hierfür werden neben dem Verfahren des Propensity Score Matching auch lineare Regressionen durchgeführt. Die so ermittelten Teilnahmeeffekte variieren nur geringfügig zwischen den beiden Evaluierungsmethoden. Jedoch ist die Ermittlung und Interpretation von heterogenen Teilnahmeeffekten mit linearen Regressionen einfacher als mit Matching Methoden. Insgesamt zeigen sich signifikant positive Teilnahmeeffekte, die bei Problemgruppen am Arbeitsmarkt höher ausfallen. Daher scheint das Hamburger Kombilohnmodell neben allgemein positiven Wirkungen auch zielgruppenorientiert zu sein." (Autorenreferat)

[435-F] Puhani, Patrick A., Prof.Dr. (Bearbeitung):
Effekte des Sozialstaates auf den Arbeitsmarkt - eine Mikro-Evaluation ausgewählter Reformen seit den 1950er Jahren (im Rahmen SPP 1169 "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* seit den 1950er Jahren
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Arbeitsökonomik (Königsworther Platz 1, 30167 Hannover)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: puhani@aoek.uni-hannover.de)

[436-L] Rässler, Susanne:
Sind Maßnahmen wirksam?: Evaluation der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, in: Joachim König, Christian Oerthel (Hrsg.): Mehrwert des Sozialen : Gewinn für die Gesellschaft ; ConSozial 2006, München: Allitera Verl., 2007, S. 104-121, ISBN: 978-3-86520-214-7 (Standort: UB München(19)-8/07/6993)

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick über das Projekt TrEffeR (Treatment Effects and Predictions), das von der Bundesagentur für Arbeit und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Zusammenarbeit mit der Universität Harvard entwickelt wurde. Das Projekt zielt auf eine umfassende Wirkungsanalyse unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, wobei nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die langfristigen Folgen der Maßnahmen untersucht werden. Das Evaluationsverfahren, die Datenlage und die Matching-Prozedur werden erläutert. Ein zentraler Faktor bei der Ermittlung der Effektivität von Maßnahmen ist die Definition geeigneter Zielvariablen: Je nach Zielvariable werden unterschiedliche Fördereffekte berechnet. Insgesamt zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Maßnahmearten: 'Während vor allem Trainingsmaßnahmen, die Förderung von Existenzgründungen sowie Eingliederungszuschüsse häufig gute Ergebnisse erzielen, sind diese beispielsweise bei FbW seltener zu finden.' Bei einer Verlängerung des Beobachtungszeitraums könnten auch für diese Maßnahmen positive Effekte ermittelt werden. (IAB)

[437-L] Rauch, Angela; Dornette, Johanna:
Berufliche Rehabilitation in Deutschland im Spannungsfeld der Sozialgesetzbücher II, III und IX, in: Deutsche Rentenversicherung -DRV- (Hrsg.): Gesund älter werden - mit Prävention und Rehabilitation : 16. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium vom 26. bis 28. März 2007 in Berlin, Bad Homburg: wdv Ges. f. Medien & Kommunikation, 2007, S. 281-282, ISBN: 978-3-938790-12-0

INHALT: Der Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer im Auftrag des IAB von der Universität Halle-Wittenberg durchgeführten qualitativen Implementationsstudie. Im Rahmen dieser Studie erfolgte mittels Experteninterviews eine detaillierte Untersuchung der Konsequenzen des Inkrafttretens des SGB II und den daraus folgenden Auswirkungen auf die Förderpraxis im Rahmen der beruflichen Rehabilitation. In den Interviews wurden besonders die alltäglichen Arbeitsroutinen hinsichtlich der Identifizierung von und des Umgangs mit potentiellen Rehabilitanden bzw. die Regelmäßigkeiten hinter den Entscheidungsprozessen für oder gegen berufliche Rehabilitation thematisiert. Ein weiteres Anliegen der Studie war die Wahrnehmung der Sozialstaatsreform durch die Vermittler und ihre Bewertung der Auswirkungen dieser Reform für die berufliche Rehabilitation. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Umstrukturierung des Hilfesystems zu großen Schwierigkeiten, v. a. im Bereich der beruflichen Rehabilitation geführt hat. Dies gilt vor allem für die Kommunikation zwischen den 'alten' und 'neuen' Vermittlungsinstitutionen. Außerdem limitieren finanzielle Einschränkungen die Wahlmöglichkeiten von Vermittlern. Dazu kommt eine Implementierung von Controllingsystemen, die durch die Konzentration auf die Effizienz von Maßnahmen eine zunehmende Selektivität in der Allokation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bewirkt. In Konsequenz dessen war und ist das System der beruflichen Rehabilitation weitreichenden Veränderungen ausgesetzt. Dabei stellen diese offenbar kein vorübergehendes Symptom der Implementierungsphase des SGB II dar, sondern ein sich verfestigendes strukturelles Phänomen,

das weiterhin Auswirkungen auf die berufliche Rehabilitation und in Folge auf die weitere Arbeitsmarktintegration haben wird. (IAB)

[438-F] Rebien, Martina; Vogler-Ludwig, Kurt (Bearbeitung); Kettner, Anja (Leitung):
Untersuchung der betrieblichen Auswirkungen von 1-EURO-Jobs sowie der betrieblichen Einschätzungen der Hartz-IV-Reformen

INHALT: Im Rahmen der Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots wird in den Jahren 2005-2008 untersucht, in welchen Betrieben und Verwaltungen 1-EURO-Jobs eingesetzt werden, welche Auswirkungen sie auf den Betrieb und die reguläre Belegschaft haben und wie die Betriebe die Integrierbarkeit der Personen in eine reguläre Beschäftigung einschätzen. Die Betriebe werden danach befragt, ob die jüngsten Arbeitsmarktreformen Auswirkungen auf den Verlauf von Stellenbesetzungsprozessen haben und ob sich Änderungen in den Bewerberprofilen und im Bewerberverhalten zeigen, die mit den Arbeitsmarktreformen in Zusammenhang gebracht werden. Ziel: Im Rahmen der Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots wird untersucht, in welchen Betrieben und Verwaltungen 1-EURO-Jobs eingesetzt werden, welche Auswirkungen sie auf den Betrieb und die reguläre Belegschaft haben und wie die Betriebe die Integrierbarkeit der Personen in eine reguläre Beschäftigung einschätzen. *ZEITRAUM:* 2005-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Repräsentative Betriebsbefragungen (geschichtete Stichprobe, iteratives Hochrechnungsverfahren), Anwendung der multiplen Imputation, deskriptive und multivariate Analysen. Erhebung: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots 2005-2008
VERÖFFENTLICHUNGEN: Kettner, A.; Rebien, M.: Hartz-IV-Reform: Impulse für den Arbeitsmarkt. Nürnberg 2007. Siehe unter: http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1907.pdf .
ART: *BEGINN:* 2005-08 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[439-L] **Reformkonzepte zur Erhöhung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich**, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, 2007, Sonderausg. 4, S. 3-53 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.cesifo-group.de/link/SD-4-2007.pdf)

INHALT: "Nachdem das ifo Institut im Mai des Jahres 2002 seine Studie zur Aktivierenden Sozialhilfe vorgestellt hatte, wurde in Deutschland eine Diskussion zu den Möglichkeiten einer aktivierenden Sozialpolitik zum Zwecke der Entwicklung des Niedriglohnsektors geführt, die bis zum heutigen Tage anhält und beständig an Breite gewinnt. Am Beginn der Diskussion standen noch im selben Jahr die Reaktionen der Hartz-Kommission, des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und des Sachverständigenrats. Die Magdeburger Alternative wurde entwickelt, und mittlerweile erinnert man sich wieder an die alten Konzepte einer negativen Einkommensteuer oder eines Bürgergeldes, die schon ein Jahrzehnt früher vor allem von soziologischer Seite diskutiert worden waren, das IZA tritt für eine allgemeine Arbeitsverpflichtung für Sozialleistungsbezieher (Workfare) ein, und in Kiel wird

die Idee der Einstellungsgutscheine propagiert. In diesem Schnelldienstheft wird der Versuch unternommen, Ordnung in die Vielfalt der inzwischen ausgearbeiteten Vorschläge zu bringen. Zu diesem Zweck wurden einige der relevanten Autoren gebeten, ihre Vorstellungen in knapper Form für den ifo Schnelldienst darzulegen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Hans-Werner Sinn, Wolfgang Meister, Wolfgang Ochel, Martin Werding: Reformkonzepte: ein Überblick; Friedrich Breyer: Das Modell des BMWi-Beirats; Wolfgang Franz: Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell: der Vorschlag des Sachverständigenrates; Martin Dietz, Ulrich Walwei: Mehr Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich; Holger Bonin, Armin Falk, Hilmar Schneider: Workfare - praktikabel und gerecht; Alessio Brown, Christian Merkl, Dennis Snower: Einstellungsgutscheine effektiver als Kombilöhne; Ronnie Schöb, Joachim Weimann: Die Magdeburger Alternative: lohnende Arbeit bezahlbar machen; Dieter Althaus: Das Konzept des Solidarischen Bürgergeldes; Hans-Werner Sinn, Christian Holzner, Wolfgang Meister, Wolfgang Ochel, Martin Werding: Die zentralen Elemente der Aktivierenden Sozialhilfe.

[440-L] Rudolph, Clarissa; Niekant, Renate (Hrsg.):
Hartz IV: Zwischenbilanz und Perspektiven, (Arbeit - Demokratie - Geschlecht, Bd. 5), Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2007, 237 S., ISBN: 978-3-89691-663-1

INHALT: "Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik - formuliert im Sozialgesetzbuch (SGB) II - ist höchst umstritten. Versprochen wurde, dass durch bessere Vermittlung mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Befürchtet wurde, dass Hartz IV zu mehr Ausgrenzung von Menschen ohne Arbeit führt. In dem Band tragen Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen ihre Erfahrungen und Analysen zusammen und ziehen damit eine kritische Zwischenbilanz der Wirkungen nach den ersten zwei Jahren Hartz IV." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Clarissa Rudolph, Renate Niekant: Einleitung - Hartz IV im Jahr 2007 (7-23); Silke Bothfeld: Die Entwicklung der sozialen Staatsbürgerschaft als Reformweg für den deutschen Sozialstaat (26-45); Judith Aust, Till Müller-Schoell: Vom Missbrauch einer Debatte (46-65); Matthias Knuth: Zwischen Arbeitsmarktpolitik und Armenfürsorge. Spannungsverhältnisse und mögliche Entwicklungen der "Grundsicherung für Arbeitsuchende" (66-91); Volker Baethge-Kinsky, Alexandra Wagner: Zur Umsetzung des "Gender Mainstreaming" in der wissenschaftlichen Evaluation der Hartz-Gesetze I bis III (94-109); Clarissa Rudolph: Gleichstellungspolitik als Luxus - Wandel und Persistenz von Geschlechterverhältnissen bei der Hartz IV-Umsetzung (110-134); Diana Auth, Bettina Langfeldt: Re-Familialisierung durch Arbeitslosengeld II? (135-155); Karin Lenhart: Ein "spanisches Fenster". Erkundungen zu Frauenförderung und Hartz IV in einem großstädtischen Jobcenter (156-175); Claus Reis: Fallmanagement - ein Mythos? Erfahrungen mit Case Management in unterschiedlichen Feldern kommunaler Sozialpolitik (178-192); Anne Ames: Das Erleben der Betroffenen (193-207); Gerhnd Jäclde, Hugo L. Roth: Erfahrungen aus der Praxis (208-218); Elke Tießler-Marenda: Nach der Reform - aktuelle Erfahrungen mit der Umsetzung von Hartz IV mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund (219-235).

[441-L] Satilmis, Ayla:
Auf dem Prüfstand: Niedriglöhne - Kombilöhne - Mindestlöhne: Anmerkungen zur aktuellen beschäftigungspolitischen Diskussion, in: Investieren, sanieren, reformieren? : die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, Marburg: Metropolis-Verl., 2006, S. 87-109, ISBN: 3-89518-569-8

INHALT: Der Beitrag diskutiert arbeitsmarktpolitische Konzepte im Zusammenhang mit der Ausweitung des Niedriglohnbereiches. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei die in der öffentlichen Debatte kursierenden Vorschläge und Konzeptionen zu Kombilöhnen und Mindestlöhnen, die damit verbundenen Erwartungen und ihre beschäftigungs- und sozialpolitischen Implikationen. Unter Hinzuziehung internationaler Erfahrungen und Erkenntnisse werden Chancen und Risiken der avisierten Strategien und Maßnahmen geprüft. Abschließend werden Eckfeiler eines Lösungskonzepts formuliert, das in der Lage ist, der Tendenz zur Prekarisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen Grenzen zu setzen. Voraussetzung dafür sind nach Auffassung der Autorin die Einführung von branchenübergreifenden Mindestlohnregelungen sowie die politische Unterstützung für Ansätze, gesellschaftlich unentbehrliche Arbeiten in komplexe Tätigkeiten und Berufsbilder zu integrieren und den Anteil regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auszubauen und nicht eine pauschale Förderung von 'einfachen' Dienstleistungen durch Kombilöhne. (IAB)

[442-L] Scheller, Henrik:
Die Auswirkungen von Hartz IV auf die föderativen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2006 : Bd. 7, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 257-271, ISBN: 978-3-8329-2147-7

INHALT: Der Beitrag skizziert Vorgeschichte, Verfahren und Ergebnisse des Gesetzgebungsprozesses zu Hartz IV. Vor diesem Hintergrund werden die verfassungsrechtlichen und fiskalischen Folgewirkungen der Hartz IV-Reform für das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen sowie den Bund-Länder-Finanzausgleich aufgezeigt. Im Mittelpunkt der Analyse steht der Wechselbezug zwischen den politisch-inhaltlichen Entscheidungen in einem Politikfeld - hier der Arbeitsmarktpolitik - einerseits und den strukturellen Rahmenbedingungen des föderalen Systems andererseits, die die konkrete Ausgestaltung eines Gesetzes maßgeblich prägen. Die Analyse der Auswirkungen der Hartz IV-Reform auf die föderativen Finanzbeziehungen zeigt, dass die Föderalismusforschung ihr Augenmerk stärker auf den Wechselbezug zwischen der Policy-Ebene auf der einen und der Politics- und Polity-Ebene auf der anderen Seite richten muss. (ICE2)

[443-F] Schels, Brigitte; Popp, Sandra (Bearbeitung); Achatz, Juliane (Leitung):
Jugendliche als besondere Zielgruppe im Rechtskreis SGB II

INHALT: Seit der institutionellen Neuregelung der Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige zum 1.1.2005 beziehen knapp eine Million Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren Leistungen nach dem SGB II. Jugendliche stellen eine besondere Zielgruppe aufgrund ihrer individuellen Lebenslaufposition im Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbstätigkeit dar. Nach dem SGB II verfügen Jugendliche in Abhängigkeit von Alter, Haushalts- und

Erwerbssituation in sehr unterschiedlichem Umfang über Ansprüche, folglich handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe. Das Projekt umfasst drei zentrale Fragestellungen: Erstens wird die soziale Wirklichkeit von hilfebedürftigen SGB II-Jugendlichen herausgearbeitet. Es wird festzustellen sein, inwiefern sich Jugendliche im Rechtskreis SGB II etwa bezüglich ihrer bisherigen Erwerbskarrieren, ihrer Qualifikation, etc. unterscheiden. Zweitens sollen Einflussfaktoren auf die Dynamiken des Leistungsbezugs bestimmt werden. Hierbei stehen vor allem die Dauer des Hilfebezugs von jugendlichen Hilfebeziehern im Mittelpunkt der Analysen. Ein dritter Analyseschwerpunkt beschäftigt sich mit dem Komplex "Fordern und Fördern", um Interaktionen zwischen Trägerschaften und Jugendlichen zu betrachten. Hierbei wird ebenso die Wirkung spezifischer Maßnahmen für Jugendliche im Rechtskreis SGB II untersucht. Ziel: Das Projekt liefert Grundinformationen zur sozialen und ökonomischen Lage von jugendlichen SGB II-Leistungsempfängern, analysiert den Zugang der Jugendlichen zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und deren Wirkung und betrachtet die längerfristigen Auswirkungen von SGB II auf den weiteren Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsverlauf. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[444-F] Scherschel, Karin, Dr. (Bearbeitung); Dörre, Klaus, Prof.Dr.Dr.; Brinkmann, Uli, Dr.phil. (Leitung):

Evaluation des QUADRIGA Projektes

INHALT: Ziel des Projektes ist eine Teil-Evaluation des Pilotprojektes QUADRIGA (Qualifizierung durch individuell gestaltende Assistenz). Das von der Bundesagentur für Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Jacobs Stiftung initiierte Projekt richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene in der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren (U25), die zum Rechtskreis SGB II zählen. Vielen von ihnen gelingt der Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt aufgrund von mangelnden Qualifikationen, Abschlüssen und praktischen Erfahrungen nicht. QUADRIGA soll eine verbesserte Qualifizierung und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern und so spätere Hilfebedürftigkeit vorbeugen. Das Konzept sieht vor, durch die Kombination von Zeitarbeit, Coaching und Qualifizierung einen Beitrag zur Integration von schwer vermittelbaren Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu leisten. *ZEITRAUM:* 2007-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Erfurt, Schwerin, Chemnitz

METHODE: Den theoretischen Hintergrund der Studie bildet die Arbeitsmarkt- und Prekarisierungsforschung. Methodisch werden zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragen Experteninterviews und problemzentrierte Interviews eingesetzt. Ziele der Evaluation sind 1. ist die Analyse der Kooperationsbeziehungen der beteiligten Akteure (Adecco, ARGE) und die 2. Analyse der Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen. Der Focus der Evaluation liegt auf folgenden Fragestellungen: Stellt Zeitarbeit in Kombination mit Qualifizierung einen "Türöffner" für eine Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt dar? Oder verstetigt sich die prekäre Situation von benachteiligten Jugendlichen im Zuge solcher Maßnahmen? Gelingt der Ausbau (und spätere Transfer) von Qualifikationen und Kompetenzen durch Zeitarbeit in Kombination mit Qualifizierung? Welche Synergien entstehen durch die Public-Private Partnership? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der einzelnen Akteure

(Fallmanager (ARGE), Verantwortliche in den Betrieben, Adecco-Betreuer) vor dem Hintergrund der Zielorientierung "individuell gestaltenden Assistenz"? Untersuchungsdesign: Implementations- und Wirkungsanalyse *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 101; Jugendliche aus dem Rechtskreis SGB II Experten der ARGE, Adecco, Betriebe; Auswahlverfahren: festgelegtes Sample). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2007-10 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - Forschungsdatenzentrum *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie (07737 Jena)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 03641-9-45536, e-mail: karin.scherschel@uni-jena.de)

[445-F] Schietinger, Marc; Kümmerling, Angelika, Dr.; Worthmann, Georg, Dr.; Voss-Dahm, Dorothea (Bearbeitung); Bosch, Gerhard, Prof.Dr.; Weinkopf, Claudia, Dr. (Leitung):
Evaluation des neuen Leistungssystems zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung (Saison-Kurzarbeitergeld)

INHALT: Die Bauwirtschaft ist im Vergleich zu vielen anderen Branchen durch eine hohe Arbeitsplatzunsicherheit geprägt, die Folge der starken Konjunkturabhängigkeit der Branche sowie der besonderen Unternehmensstruktur ist. Da in der Bauwirtschaft überwiegend kleine und mittlere Unternehmen anzutreffen sind, die selten mehrere große Aufträge gleichzeitig abarbeiten können und nur geringe interne Puffer haben, kommt es bei Auftragsrückgang häufig zu Entlassungen. Hinzu kommen witterungsbedingte Arbeitsausfälle in den Wintermonaten, die regelmäßig zur Entlassung von überdurchschnittlich vielen Arbeitskräften führt. Deshalb gibt es schon seit 1959 verschiedene Maßnahmen der Beschäftigungsstabilisierung, die von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. Im Jahre 1996 erfolgte ein Systemwechsel, indem die über Jahrzehnte bestehende so genannte "Schlechtwettergeldregelung" vom "Winterausfallgeld" abgelöst wurde. Das Winterausfallgeld beinhaltete - im Unterschied zum Schlechtwettergeld - eine stärkere finanzielle Beteiligung der Betriebe und Beschäftigte. Beide Seiten mussten in einem gewissen Umfang Arbeitsstunden einbringen, bevor sie Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nehmen konnten. Dieses System hatte jedoch nicht die gewünschten Wirkungen auf die Verstetigung der Beschäftigung. Mit dem zum 1. April 2006 eingeführten "Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung" wurde das System des Winterausfallgeldes vereinfacht und mit dem vorhandenen Kurzarbeitergeld kombiniert. Das Saison-Kurzarbeitergeld zeichnet sich dadurch aus, dass Beschäftigte und Betriebe keine Arbeitsstunden mehr einbringen und der Arbeitsausfall ab der ersten Ausfallstunde (witterungs- oder konjunkturbedingt) an das Bauunternehmen ausbezahlt wird. Darüber hinaus können ergänzende Leistungen gewährt werden, die über eine tariflich vereinbarte Umlage von Arbeitgebern und Beschäftigte gemeinsam finanziert werden. Im Rahmen des Projektes werden die Auswirkungen dieses so genannten "Saison-Kurzarbeitergeldes" untersucht.

METHODE: Gesetzgeber und Tarifvertragsparteien erwarten vom Saison-Kurzarbeitergeld in Kombination mit den ergänzenden Leistungen zahlreiche Vorteile gegenüber dem bisherigen Winterausfallgeld, wie z.B. eine stärkere Nutzung des Instruments, eine einfachere Umsetzung, einen vermehrten Einsatz von Zeitguthaben, eine geringere Winterarbeitslosigkeit sowie positive finanzielle Wirkungen auf Ausgaben von Bund, Kommunen und der Bundes-

agentur für Arbeit. Inwieweit diese Ziele bzw. Wirkungen erreicht werden, steht im Mittelpunkt des Projektes. Die zentralen Fragestellungen sind dabei: Welche Wirkungen ergeben sich aus der neuen Winterbauförderung auf den Bauarbeitsmarkt? Bietet das neue Leistungssystem bessere Anreize zur Weiterbeschäftigung in der Schlechtwetterzeit? Wie ist die Akzeptanz des neuen Systems bei den Beschäftigten und Bauunternehmen? Wie hoch ist der Arbeitsaufwand für die Arbeitsagenturen und Bauunternehmen? Hat das neue Instrument positive Einflüsse auf die Abarbeitung von Bauaufträgen? Wie sind die finanziellen Auswirkungen der neuen Regelung auf den Bundeshaushalt und den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit? Eine Evaluation des Saison-Kurzarbeitergeldes muss beachten, dass die Inanspruchnahme der neuen Förderung nicht nur von der Regelung an sich beeinflusst wird, sondern auch eine Reihe anderer Einflussfaktoren, wie etwa die Baukonjunktur, die Witterungsbedingungen, die Art der Bauaufträge usw. eine Rolle spielen können. Dieses Problem sowie die vielfältigen Fragestellungen der Evaluation erfordern den Einsatz und Kombination von unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden. Neben Expertengesprächen sind umfangreiche Auswertungen von statistischen Daten zum Bauarbeitsmarkt und der Entwicklung der Bauwirtschaft, eine Unternehmensbefragung sowie Fallstudien in Bauunternehmen vorgesehen.

ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit (45117 Essen)

KONTAKT: Bosch, Gerhard (Prof.Dr. Tel. 0209-1707-147, Fax: 0209-1707-124, e-mail: gerhard.bosch@uni-due.de); Weinkopf, Claudia (Tel. 0209-1707-142, Fax: 0209-1707-124, e-mail: claudia.weinkopf@uni-due.de)

[446-L] Schmid, Günther:
Der kurze Traum der Vollbeschäftigung: was lehren 55 Jahre deutsche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik?, in: Manferd G. Schmidt, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland : Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 177-201, ISBN: 978-3-531-14344-6

INHALT: Es wird die Frage diskutiert, warum die deutsche Politik nicht in der Lage war, die seit Mitte der 1970er Jahre erkennbare Arbeitsmarkt- und Beschäftigungskrise zu bewältigen. Dabei werden zunächst theoretische Ansätze zur Erklärung politischer Entscheidungsprozesse dargestellt. Vor diesem Hintergrund wird die 55-jährige Entwicklung der deutschen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in vier historischen Etappen skizziert und zu deuten versucht. Das abschließende Resümee bescheinigt dem deutschen Regierungssystem zwar hohe Lernfähigkeit innerhalb gegebener Rahmenbedingungen, aber auch erhebliches Beharrungsvermögen und schädliche Lenkungswirkungen einiger historisch gewachsener Basisinstitutionen. (GB)

[447-L] Schmid, Josef:
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - große Reform mit kleiner Wirkung?, in: Christoph Egle, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes : eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 271-294, ISBN: 978-3-531-14875-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5543)

INHALT: Der Verfasser stellt die Frage nach den Gründen für das "erfolgreiche Scheitern" der rot-grünen Bundesregierung auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Hierzu stellt er zunächst Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit dar, gibt einen Überblick über die diskutierten Strategien und Instrumente der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und referiert dann die Vorschläge der Hartz-Kommission sowie die daran anschließende Gesetzgebung. Auf dieser Basis werden drei Interpretationslinien vorgestellt: die These der begrenzten Reformmöglichkeiten im "semi-souveränen Staat", die These der administrativen Steuerungs- und Implementationsdefizite und die These der Erodierung der politischen und normativen Legitimationsgrundlagen der Regierungspolitik. Es zeigt sich, dass diese drei Effekte in ihrer Kombination verantwortlich sind für den geringen Erfolg der Arbeitsmarktpolitik der zweiten Regierung Schröder. (ICE2)

[448-L] Snower, Dennis J.; Winkelmann, Rainer; Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.):
The effects of globalization on national labor markets: diagnosis and therapy, (Beihefte der Konjunkturpolitik : Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, 57), Berlin: Duncker & Humblot 2006, 145 S., ISBN: 978-3-428-12299-8

INHALT: Die Auswirkungen der Globalisierung werden vielfach als Bedrohung für die nationalen Arbeitsmärkte angesehen. Daher widmete die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) ihre 69. Wissenschaftliche Konferenz in Berlin im April 2006 diesem aktuellen Thema. In den Vorträgen und Diskussionen wurden die Implikationen globalisierter Arbeitsmärkte beispielsweise für die Geld- und Fiskalpolitik, die Bedeutung der (De-)Regulierung in einem globalisierten Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarkteffekte durch Outsourcing behandelt. Andere Referenten thematisierten die Frage des Einkommensausgleichs und der Wirtschaftseffizienz, der Förderung des Niedriglohnsektors oder der Humankapitalbildung als Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Autoren vertreten die These, dass die Globalisierung nicht die Hauptursache für die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt - insbesondere für die Langzeitarbeitslosigkeit und gering Qualifizierte - darstellt, die Auswirkungen anderer Ursachen aber verstärken. Zur Lösung empfehlen sie beispielsweise eine stärkere Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, die Ausgestaltung der Sozialleistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit als Hilfen zur Arbeitsaufnahme, die Qualifizierung von Arbeitnehmern sowie eine gesteuerte Zuwanderung von Arbeitnehmern, aber keinesfalls eine Abschottung der Märkte. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Richard Layard: Full Employment for Europe (9-22); Justin van de Ven, Martin Weale: Equality and Efficiency: Policy for Globalisation (23-34); Christian Dreger, Stefan Kooths: The Effect of Globalization on Aggregate Labour Demand in EU countries (35-46); Comment: Herbert S. Buscher(47-54); Robert Jäckle: The Impact of FDI on the Skill Structure in German Manufacturing (55-78); Comment: Alexander Lipponer (79-82); Peter Nunnenkamp: Relocation, Offshoring and Labour Market Repercussions: The Case of the German Automobile Industry in Central Europe (83-104); Comment: Andre Jungmittag (105-112); Alexander Spermann: Basic Income Reform in Germany: Better Gradualism than Cold Turkey (113-130); Comment: Steffen J. Roth (131-142).

[449-L] Staiger, Martin:
Die Hartz-IV-Republik: Demütigung statt Förderung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 10, S. 1199-1207 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Trotz einer gegenwärtig deutlich sinkenden Zahl von Langzeitarbeitslosen stagniert die Zahl der auf ALG II angewiesenen Menschen in Haushalten mit zwei Personen, während sie ab drei Personen sogar deutlich steigt. Dies liegt nach Einschätzung des Autors in erster Linie an den geringen Löhnen, die ehemals Langzeitarbeitslose erzielen, wenn sie eine Arbeitsstelle gefunden haben. Die Löhne für eine Vollzeitbeschäftigung bei einer Zeitarbeitsfirma oder für andere entsprechend bezahlte Stellen reichen in der Regel aus, um als von Hartz IV unabhängig zu gelten - vorausgesetzt, es handelt sich um einen Alleinstehenden und auch noch zusätzlich um ein Kind. Wer einen nicht erwerbstätigen Partner oder mehrere Kinder hat, ist dagegen bei einem Niedriglohnjob oft auf ein aufstockendes ALG II angewiesen. Das Ausmaß des in den letzten Jahren stark angewachsenen Niedriglohnsektors lässt jedoch nach Ansicht des Autors vermuten, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - obwohl sie ein Anrecht auf aufstockendes ALG II haben - keinen entsprechenden Antrag gestellt haben. Das bedeutet, dass sogar noch wesentlich mehr als 7,4 Millionen Menschen einen Anspruch auf ALG II besitzen. Diese Zahl zeigt, dass das Ziel des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) bislang verfehlt wurde, wie der Autor in seinem Beitrag näher zeigt. (ICI2)

[450-F] Steiner, Viktor, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Work incentives. Earnings-related subsidies, and employment in low-wage labor markets - empirical analysis and policy simulations for Germany

INHALT: Ziel des Forschungsvorhabens ist die Analyse der Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktflexibilität, geringfügiger Beschäftigung und den institutionellen Voraussetzungen zur Entstehung eines Niedriglohnsektors in Deutschland. In der aktuellen wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion wird die Förderung eines Niedriglohnsektors als ein wichtiges Flexibilisierungspotenzial und eine Voraussetzung für die Verbesserung der Beschäftigungschancen und die Reduktion der Arbeitslosigkeit auf heterogenen Arbeitsmärkten, insbesondere von gering qualifizierten Arbeitskräften angesehen. Die aktuellen Sozialreformen in Deutschland zielen darauf ab, durch Subventionierung der Sozialbeiträge von Geringverdienern sowie durch Kürzungen bei den Einkommensersatzleistungen die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich zu verbessern. In diesem Teilprojekt soll untersucht werden, wie und in welchem Ausmaß Flexibilisierungspotenziale auf heterogenen Arbeitsmärkten durch das bestehende System der Einkommenssicherung beeinflusst werden, wie sich die aktuellen Sozialreformen auf die Beschäftigungschancen im Niedriglohnbereich auswirken und wie die Flexibilisierungspotenziale durch Reformalternativen ausgeschöpft werden könnten, um das Beschäftigungsniveau zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit insbesondere von gering qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland zu reduzieren. Damit soll ein Beitrag zur bisher in der Literatur weitgehend unerforschten Bedeutung der Subventionierung von Lohnsubventionen für das Ausschöpfen von Flexibilisierungspotenzialen auf heterogenen Arbeitsmärkten geleistet werden. Das primäre Ziel ist dabei eine empirisch fundierte Analyse dieser Fragestellung für Deutschland, obwohl die zu erwartenden Forschungsergebnisse insbesondere auch in methodischer Hinsicht sicher auch darüber hinaus von Interesse sein dürften. Ein methodisch wichtiger Beitrag des hier vorgeschlagenen Ansatzes besteht in der Iden-

tifikation und Schätzung der Arbeitsmarktwirkungen einer spezifischen Reform (Förderung geringfügiger Beschäftigung) bei gleichzeitiger Änderung anderer Regelungen mit ähnlichen vermuteten Arbeitsmarktwirkungen (Kürzungen der Einkommensersatzleistungen). Darüber hinaus sollen auf der Basis dieses erweiterten Mikrosimulationsmodells die Arbeitsmarkteffekte der kürzlich in Deutschland flächendeckend eingeführten Subventionierung von Sozialbeiträgen im Niedriglohnbereich quantifiziert und mögliche Reformalternativen bewertet werden. Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sind von dem Forschungsvorhaben daher auch Erkenntnisse zu erwarten, die aus wirtschaftspolitischer Sicht von Interesse sind. Dazu soll ein bereits bestehendes Mikrosimulationsmodell für Deutschland erweitert werden, um die komplexen Auswirkungen der aktuellen Sozialreformen auf die Budgetrestriktionen der privaten Haushalte und damit auf die Arbeitsanreize adäquat abbilden zu können. Das Mikrosimulationsmodell beinhaltet ein mikroökonometrisch geschätztes Arbeitsangebotsmodell auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels für Deutschland. Dieses Modell soll im Forschungsvorhaben u.a. um Fixkosten der Erwerbstätigkeit und Arbeitszeitrestriktionen erweitert werden, um die Entscheidung der Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich adäquat abbilden zu können. Darüber hinaus sind einige methodische Erweiterungen vorgesehen, die eine bessere Modellierung des Arbeitsangebots und -nachfrageverhaltens auf heterogenen Arbeitsmärkten erlauben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte (Boltzmannstr. 20, 14195 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: vsteiner@diw.de)

[451-L] Steinke, Joß:
Umbau der BA - mission accomplished?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 2, S. 173-180 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Als die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2002 die so genannten 'Hartz-Reformen' auf den Weg brachte, war eines ihrer Hauptanliegen die Reorganisation der Bundesanstalt (heute Bundesagentur) für Arbeit (BA) zum unternehmensähnlichen Dienstleister. Eine Verwaltungsreform dieser Größenordnung war in der Bundesrepublik bis dahin beispiellos. Vier Jahre nach Beginn der Reformen und nach Abschluss der wissenschaftlichen Evaluation zeichnet sich ein klareres Bild ab." (Autorenreferat)

[452-F] Stößel, Dieter, Dipl.-Soz. (Bearbeitung):
Evaluation des Schweinfurter Beschäftigungspaktes für Ältere "fünfzig PLUS arbeit"

INHALT: "Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte in den Regionen" ist ein Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für ältere Langzeitarbeitslose. Neben den Potenzialen der Wirtschaft und der Länder sollen künftig regionale Ideen und Strukturen intensiver als bislang genutzt werden. Dazu setzen in bundesweit 62 Regionen insgesamt 93 Arbeitsgemeinschaften und Kommunen innovative Konzepte zur Eingliederung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt um. In Schweinfurt verfolgt der regionale Beschäftigungspakt unter Federführung der Stabs-

stelle für Beschäftigung und Grundsicherung der Stadt Schweinfurt die Ziele des Bundesprogramms. Dieses Projekt wird durch das f-bb wissenschaftlich begleitet und evaluiert. *ZEITRAUM:* 2005-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bayern, Schweinfurt

METHODE: Während der zweijährigen Umsetzungsphase wird der Beschäftigungspakt im Sinne einer formativen Evaluation fachlich begleitet und beraten. Die Evaluation analysiert und fördert die Wirksamkeit, Zielerreichung und Nachhaltigkeit der entwickelten und umgesetzten Konzepte. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen (Projektmaterial). Aktenanalyse, offen (Antragsunterlagen, Projektkonzept). Beobachtung, teilnehmend (Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit des Projekts). Qualitatives Interview (Stichprobe: 15+7; Projektakteure, Arbeitslose; Auswahlverfahren: total, Quota). Sekundäranalyse von Individualdaten (Teilnehmerstammdaten; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Stößel, Dieter: Partnerschaftliche Evaluation von Arbeitsmarktprojekten. Evaluationsdesign, Rollen, Erfahrungen. in: Korge, G.; Brauer, K. (Hrsg.): Forschen und Beraten: Erfolgsfaktoren, Methoden und Instrumente der Netzwerkevaluation. Die lokalen Begleitforschungen des Bundesprogramms "50plus". Stuttgart: Fraunhofer IRB Verl. 2008 (geplant).

ART: *BEGINN:* 2005-11 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH -f-bb- (Obere Turnstr. 8, 90429 Nürnberg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0911-27779-23, e-mail: stoessel.dieter@f-bb.de)

[453-L] Tegtmeier, Werner:

Arbeitsmarktpolitik - Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitsmarktreformen, (ZeS-Arbeitspapier, Nr. 5/2007), Bremen 2007, 18 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zes.uni-bremen.de/pages/arbeitspapierBeschreibung.php?ID=262&SPRACHE=de)

INHALT: "Das Arbeitspapier untersucht Ziele und Rahmenbedingungen der jüngsten beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Reformen in Deutschland, die auf eine weit reichende Umstrukturierung der Rahmenbedingungen, des Förderinstrumentariums und auch der Förderintentionen ziel(t)en ('Agenda 2010', 'Hartz-Gesetze'). Es zeigt sich, dass die Vernachlässigung von Wirkungszusammenhängen Reformziele gefährden oder gar dysfunktionale Wirkungen haben kann. Dies wird exemplarisch an den Themen 'Arbeitslosigkeit', 'Arbeitslosigkeit und Übergang in Rente' sowie 'Arbeitslosen- und Sozialhilfe' ausgeführt. Die Betrachtungen schließen mit einem Plädoyer dafür, die ökonomischen, finanziellen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in den (arbeitsmarkt-)politischen Debatten wie im gesetzgeberischen Reformprozess nicht zu vernachlässigen." (Autorenreferat)

[454-L] Thomsen, Stephan Lothar:

Evaluating the employment effects of job creation schemes in Germany, (ZEW economic studies, Vol. 36), Heidelberg: Physica-Verl. 2007, 234 S., ISBN: 978-3-7908-1949-6

INHALT: "This book analyses the employment effects of job creation schemes for the participating individuals in Germany. Programmes provide subsidised jobs that are additional in nature and of value for society to hard-to-place individuals. International evidence on the effective-

ness suggests that programmes should be targeted to the needs of the unemployed and should be offered early in the unemployment spell. Both questions are studied for job creation schemes in Germany. In the empirical analysis, propensity score matching methods extended to the dynamic setting are applied to administrative data of the Federal Employment Agency." (author's abstract)

[455-L] Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert:
Arbeit und Armut: die deutsche Unterschichtdebatte im Lichte aktivierender Sozialstaatlichkeit, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 5/6, S. 50-58 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Schon nach wenigen Jahren aktivierender Sozialstaatlichkeit lassen sich deren Konsequenzen besichtigen: Die Konditionen der Erwerbsarbeit werden zunehmend als ein Mittel der internationalen Standortkonkurrenz gehandhabt und infolgedessen nehmen Beschäftigungsverhältnisse, die eine einigermaßen stabile Existenzsicherung gewährleisten, in raschem Umfang ab. Gleichzeitig sorgt eine veränderte sozialstaatliche Programmatik dafür, dass diejenigen, die als nicht mehr rentabel genug 'freigesetzt' wurden, möglichst rasch mit entsprechendem Nachdruck in Arbeitsformen gebracht werden, die - so die Kriterien der nationalen und internationalen Statistik - zwangsläufig mit Armut verbunden sind." (Autorenreferat)

[456-L] Vail, Mark I.:
The evolution of bargaining under austerity: political change in contemporary French and German labor-market reform, (MPIfG Discussion Paper, 07/10), Köln 2007, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_dp/dp07-10.pdf)

INHALT: "Anhand der Analyse der jüngsten Arbeitsmarktreformen in Frankreich und Deutschland diskutiert dieses Papier den Wandel nationaler Kapitalismusmodelle vor dem Hintergrund von wirtschaftlichem Kontext, politischen Institutionen und politischen Dynamiken der Anpassung. Im Kern wird argumentiert, dass sich die Präferenzen von Politikern und Repräsentanten der Interessengruppen verschoben haben. Diese Präferenzverschiebungen beruhen auf dem Klima wirtschaftlicher Austerität seit den 1970er Jahren, verbunden mit der Erblast früherer Politikmuster und deren mangelnder Fähigkeit, den Problemen langsamen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit gerecht zu werden. Daraus resultierten neue Politikmuster, die im Papier als 'kompetitiver Interventionismus' (competitive interventionism) im Falle Frankreichs und 'konfliktärer Korporatismus' (conflictual corporatism) im Falle Deutschlands umschrieben werden. Das Papier diskutiert allgemeine Implikationen dieser Befunde für das politökonomische Verständnis von Wirtschaftspolitik unter sich verändernden Randbedingungen. Insbesondere geht es dabei um das Verhältnis zwischen formalen institutionellen Konfigurationen und den Dynamiken politischer Aushandlung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren." (Autorenreferat)

[457-F] Vaut, Simon (Bearbeitung); Jann, Werner, Prof.Dr. (Betreuung):
Reform der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitstitel)

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation (August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam)
KONTAKT: Institution (Tel. 0331-977-3240, e-mail: lsjann@uni-potsdam.de)

[458-L] Vollmann, Hermann:
Der Weg zur Vollbeschäftigung: ein seit langem fälliger Fortschritt, Norderstedt: Books on Demand 2006, 206 S., ISBN: 3-8334-5525-X

INHALT: Der Autor setzt sich in seiner Abhandlung mit der Frage auseinander, wie Hochkonjunktur, Vollbeschäftigung und Sanierung der Staatsfinanzen kurzfristig hergestellt und dauerhaft gesichert werden können. Dabei geht er gemäß der Kreislaufanalyse davon aus, dass jedem realen Strom ein entgegengesetzt gerichteter monetärer Strom in gleicher Höhe gegenübersteht und dass, wenn das Volumen des monetären Stroms zu gering ist, der reale Strom dadurch behindert wird und die Konjunktur und die Beschäftigung leiden. Daraus wird die Empfehlung abgeleitet, bei Unterbeschäftigung den Umfang des monetären Stroms hinreichend auszuweiten. Für die Beseitigung hoher Arbeitslosigkeit wird ein größeres monetäres Volumen benötigt als vorhanden. Der Autor beschreibt die nach seiner Meinung schwerwiegenden Mängel des wirtschaftspolitischen Denkens von Regierung und Opposition, legt dar, dass 'sozial fragwürdige' politische Entscheidungen (Agenda 2010) unnötig sind und erläutert, welche Schritte aus seiner Sicht notwendig sind, um es der Zentralbank zu ermöglichen, durch geeignete Hilfe des Staates genügend Geld für Vollbeschäftigung zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Gefahr einer Inflation zu vermeiden. (IAB)

[459-F] Völter, Robert; Fitzenberger, Bernd, Prof.Ph.D. (Bearbeitung):
Long-run effects of training programs for the unemployed in East Germany

INHALT: Public sector sponsored training was implemented at a large scale during the transition process in East Germany. Based on new administrative data, the editors estimate the differential effects of three different programs for East Germany during the transition process. They apply a dynamic multiple treatment approach using matching based on inflows into unemployment. They find positive medium- and long-run employment effects for the largest program, provision of specific professional skills and techniques. In contrast, the programs practice firms and retraining show no consistent positive employment effects. Furthermore, no program results in a reduction of benefit recipiency and the effects are quite similar for females and males. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* East Germany
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Fitzenberger, Bernd; Völter, Robert: Long-run effects of training programs for the unemployed in East Germany. 2007, 35 p. See: http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/profs/fitzenberger/discussionpaper/documents/fuumult-ost-v9.pdf .+++Fitzenberger, Bernd; Völter, Robert: Additional appendix to "long-run effects of training programs for the unemployed in East Germany". 2007, 38 p. See: http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/profs/fitzenberger/discussionpaper/documents/fuumult-ost-app9.pdf .
ART: *ENDE:* 2007-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt Management und angewandte Mikroökonomik Professur für VWL, insb. Labor Economics (Postfach 111932 (247), 60054 Frankfurt am Main)
KONTAKT: Völter, Robert (Tel. 069-798-28302, Fax: 069-798-28303, e-mail: voelter@wiwi.uni-frankfurt.de)

[460-L] Walwei, Ulrich:
Arbeit der Zukunft und Zukunft der Arbeitsmarktpolitik, in: Hermann-Josef Blanke (Hrsg.): Die Reform des Sozialstaats zwischen Freiheitlichkeit und Solidarität, Tübingen: Mohr Siebeck, 2007, S. 87-115, ISBN: 978-3-16-149210-5

INHALT: Die Hartz-Reformen von 2002 können noch keiner abschließenden, aber bereits einer vorläufigen Bewertung unterzogen werden. In ex-ante-Analysen wird gefragt, 'ob die Reformen an den wirklichen Ursachen der deutschen Arbeitsmarktkrise ansetzen, ob sie die Beschäftigungsanreize der Unternehmen und die Arbeitsanreize der Erwerbspersonen dauerhaft erhöhen und ob sie zu einem nachhaltigen Aufbau der Beschäftigung und Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen können'. Dazu werden vor allem Wirtschaftsstatistiken und Arbeitsmarktstatistiken aus dem Zeitraum 1991-2005, aber auch Prognosen bis 2050 herangezogen. Zunächst werden die wesentlichen Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit analysiert. Hierzu zählen Wachstumsschwäche, mangelhafte Beschäftigungsdynamik und Verfestigung der Arbeitslosenquote. Auf dieser Grundlage wird eine erste Einschätzung der Hartz-Reformen vorgenommen. Dabei erweist sich die neue aktivierende Arbeitsmarktpolitik als durchaus erfolgversprechend. Langfristig müssen Arbeitsmarktreformen aber darüber hinaus gehen, so wie es das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für die Bereiche Fiskal-, Tarif-, Ordnungs- und Arbeitsmarktpolitik vorgeschlagen hat. (IAB)

[461-L] Walwei, Ulrich:
Vernachlässigte Potenziale? - Arbeit und Beschäftigung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Forum Berlin (Hrsg.): Fällt die Gesellschaft auseinander? Herausforderungen für die Politik : Auftaktveranstaltung des Projektes "Gesellschaftliche Integration", 28. September 2006, 2007, S. 61-78, ISBN: 978-3-89892-610-2 (Graue Literatur;
URL: http://www.fes.de/integration/pdf/Faellt_die_Gesellschaft_auseina.pdf)

INHALT: Der Beitrag ist folgendermaßen strukturiert: Zunächst wird kurz die Krise am Arbeitsmarkt beschreiben, um deutlich zu machen, welche Potenziale auf der globalen Ebene vernachlässigt werden. Anschließend wird auf einen wichtigen Punkt genauer eingegangen: Unabhängig von den Krisenerscheinungen ist die Arbeitsmarktentwicklung durch fortlaufende Wandlungsprozesse gekennzeichnet. In diesem Teil der Ausführungen sollen die spezifischen Potenziale deutlich werden. Dann geht der Autor kursorisch auf die Arbeitsmarktreformen ein und - mit Blick auf die vorher beschriebenen Potenziale - fragt danach, was von Seiten der Politik getan worden ist: War das notwendig? Ist das hinreichend? Damit möchte er aus seiner Sicht die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktreformen aufzeigen. Am Ende wird in einem etwas perspektivischen Blick im Kontext von wirtschaftlichem Strukturwandel, Globalisierung, technischem Fortschritt und demografischer Entwicklung aufgezeigt, wie groß der Handlungsdruck heute schon ist. Viele Dinge, die wir jetzt als Zukunftsfragen disku-

tieren, sind eigentlich schon Realität und bedürfen schon aktuell einer Umsteuerung. Auch hier sind noch einige Potenziale zu erschließen. (IAB2)

[462-L] Walwei, Ulrich:
Niedriglohn und Förderoptionen, in: Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (Hrsg.): Durch Niedriglohn zu mehr Beschäftigung? Ostdeutsche Erfahrungen oder: Wie kann eine Gesamtstrategie für mehr Beschäftigung aussehen? : Dokumentation der gemeinsamen Tagung des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung am 1. Dezember 2006, 2007, S. 59-72 (Standort: IAB-90-3099.0314; Graue Literatur)

INHALT: In dem Beitrag wird die These formuliert, dass in der Bundesrepublik Deutschland mehr Niedriglohnbeschäftigung gebraucht wird, dass diese jedoch anders 'besetzt' sein soll, um den harten Kern der Arbeitslosen aufzuweichen oder gar aufzulösen. Der Autor betont dabei die Bedeutung existenzsichernder Löhne im Niedriglohnbereich auf dem Niveau des Arbeitslosengeldes II. Nach Auffassung des Autors muss sich die Bewertung aller Förderoptionen im Niedriglohnbereich daran messen lassen, ob diese der Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Nach einem Überblick über die Entwicklung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquote bis 2004 und der relativen Größe des Niedriglohnsektors werden unterschiedliche Förderoptionen und Studien zum Niedriglohnsektor einer Bewertung unterzogen. Diskutiert werden befristete und unbefristete Kombilohnmodelle, Einstiegsgeld, Zuverdienstmöglichkeiten, Mini-Jobs, Arbeitsgelegenheiten sowie die Magdeburger Alternative. Zusammenfassend plädiert der Autor für das im Gutachten 'Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis, ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich' vorgestellte Modell, das aus drei Komponenten besteht: der Beibehaltung des Arbeitslosengeld-II-Niveaus, einer Abgabensenkung im Niedriglohnbereich durch Steuergutschriften und einem Mindestlohn von 4,50 Euro (750 Euro Vollzeiteinkommen im Monat), wobei letzterem besondere Wichtigkeit beigemessen wird, 'weil Unternehmen letztlich nicht erwarten dürfen, dass der Staat jeden noch so niedrigen Lohnsatz aufstockt.' Gleichzeitig soll die Begünstigung von Minijobs und Midijobs aufgegeben werden. Langfristig sieht der Autor in einer deutlichen Senkung der Sozialabgaben den 'Königsweg' zur Förderung der Beschäftigung in Deutschland. (IAB)

[463-F] Wapler, Rüdiger, Dr.; Werner, Daniel; Blien, Uwe, Prof.Dr.; Hujer, Reinhard, Prof.Dr.; Rodrigues, Paulo (Bearbeitung); Wolf, Katja, Dr. (Leitung):
Evaluation ausgewählter Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf regionaler Ebene

INHALT: Ein wesentliches Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt darin, die Gesamtzahl regulärer Beschäftigungsverhältnisse zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ob bzw. in welchem Umfang dies auf regionaler Ebene gelingt, ist die zentrale Forschungsfrage des vorliegenden Projekts. Im Hinblick auf die zunehmende Regionalisierung von Entscheidungen hinsichtlich der Struktur der Ausgaben auf Ebene der Agenturen für Arbeit und dem gleichzeitig immer wichtiger werdendem Controlling auf dieser Ebene, kommt der Frage nach regional unterschiedlichen Strategien große Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang muss untersucht werden, welche Instrumente in welchen regionalen Arbeitsmarktsituationen Erfolg versprechend sind. Anders als im Bereich der mikroökonometrischen Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik (AAMP), bei der die direkten Effekte für die teilnehmenden Indivi-

duen im Vordergrund stehen, gibt es für die regionale Ebene, bei der auch indirekte Effekte berücksichtigt werden, bislang vergleichsweise wenig empirische Ergebnisse für Deutschland. Hierbei hat sich außerdem bislang noch kein Standardverfahren zur Evaluation von AAMP auf regionaler Ebene durchgesetzt. In der Literatur lassen sich drei theoretische Ansätze unterscheiden: erweiterte Beschäftigungsfunktion, Beveridgekurve und Matchingfunktion. Im vorliegenden Projekt werden die Forscher zunächst die erweiterte Matchingfunktion heranziehen. Auf der methodischen Seite liegt die Neuerung in der angestrebten Verbindung von dynamischen Panelmodellen und räumlicher Ökonometrie. Das räumliche Bezugssystem für die Analyse bilden im Wesentlichen die 180 Bezirke der Agenturen für Arbeit. Da diese auf vielfältiger Weise miteinander verflochten sind, muss dies in der Modellspezifikation und der Schätzung berücksichtigt werden. Datengrundlage für das Projekt sind die Prozessdaten der BA. Bei der Operationalisierung des Erfolgsindikators für AAMP auf regionaler Ebene, die für die empirische Spezifikation von großer Bedeutung ist, kann auf zwei in den letzten Jahren geschaffenen neuen Datengrundlagen (Biodaten und Integrierte Erwerbsbiografie) zurückgegriffen werden. In einem zweiten Teilprojekt wird die erweiterte Matchingfunktion modifiziert, indem unterschiedliche Suchanstrengungen zwischen Arbeitslosen und Maßnahmeteilnehmern, die in allen Studien festgestellt werden, explizit berücksichtigt werden. Ziel: Zentrales Kriterium der Arbeitsmarktpolitik ist die Reduzierung bzw. Verkürzung der Arbeitslosigkeit. In diesem Projekt soll auf der regionalen Ebene untersucht werden, inwieweit die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik diesem Kriterium gerecht werden. Als Zielgröße werden dabei die Übergänge von Arbeitslosigkeit in reguläre Beschäftigung in einer Agentur verwendet. *ZEITRAUM:* 1998-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ost- und Westdeutschland

METHODE: Ein großes methodisches Problem bei makroökonometrischen Evaluationsstudien liegt im so genannten Simultanitäts- oder Endogenitätsproblem. Dies basiert darauf, dass der Einsatz von AAMP meist nicht exogen bezüglich der regionalen Arbeitsmarktsituation angesehen werden kann. Eine Berücksichtigung dieses Endogenitätsproblems kann z.B. in Form von GMM-Ansätzen geschehen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass sich Arbeitmärkte nach Schocks erst mit einer gewissen Verzögerung an ein neues Gleichgewicht anpassen. Diesem "Wirkungs-Lag" muss deshalb mit der Aufnahme verzögert abhängiger Variablen Rechnung getragen werden. Das räumliche Bezugssystem für die Analyse bilden im Wesentlichen die 180 Bezirke der Agenturen für Arbeit. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Agenturbezirke nicht unabhängig voneinander sind. Aus diesem Grund müssen verstärkt Methoden der räumlichen Ökonometrie herangezogen werden.

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2008-02 *AUFTRAGGEBER:* Seminarhotel & Trainingszentrum Bad Homburg *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Blien, Uwe (Prof.Dr. e-mail: uwe.blien@iab.de)

[464-L] Werner, Bernd; Rohde, Andreas:
Job-Center in Hessen, (Report / Hessen-Agentur GmbH, Nr. 695), Wiesbaden 2005, 110 S. (Graue Literatur; URL: http://www.hessen-agentur.de/mm/Report_695.pdf)

INHALT: 'Mit der Implementierung von Job-Centern und insbesondere den Job-OFFENSIV-Centern hat Hessen lange vor den Hartz-Reformen Neuland bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen betreten.' Neben dem primären Ziel der Wiedereingliederung sollen durch diese

Einrichtungen darüber hinaus weitere individuelle Unterstützungs- und Hilfsangebote für diese Zielgruppe entwickelt und eingesetzt werden. Die Evaluationsstudie der hessischen Job-Center stützt sich auf empirisch-qualitative Methoden: Neben der Durchführung von Workshops erfolgte eine Befragung der Kunden sowie der Mitarbeiter der Job-Center. Im Ergebnis zeigt sich, dass die untersuchten Institutionen eine sehr heterogene Kundenstruktur haben. Dies gilt insbesondere für den Status und das durchschnittliche Alter der Kunden. Eine Beschreibung der regionalen Arbeitsmärkte verdeutlicht außerdem die jeweils unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Ausgangssituation, und die Auswertung des Kundenmonitorings offenbart starke Unterschiede in der Betreuungsrelation. Der Anteil der Vermittlungen in den Arbeitsmarkt variiert zwischen 17 Prozent bis hin zu 38 Prozent. Die Job-Center schneiden in der Bewertung der Beratungs- und Vermittlungsgespräche und Leistungen durch die Kunden sehr unterschiedlich ab. Gesondert dargestellt wird die Evaluation der Jugendagentur Offenbach, deren Leistungsangebot sich primär an Personen unter 25 Jahre richtet. (IAB)

[465-L] Westerhoff, Horst-Dieter:
Die Greencard: zur Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung, (Diskussionsbeiträge aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, Campus Essen, Nr. 161), Essen 2007, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://www.uni-due.de/wiwi-essen/pdf/161.pdf)

INHALT: Von der Informations- und Telekommunikations-Branche (IT-Branche) wurde im Winter 1999/2000 vorgebracht, dass in ihrem Bereich ein großer Facharbeitermangel herrsche und dass dieser Mangel in Zukunft stark zunehmen werde. Diese Klagen aus der Wirtschaft waren nicht neu, in der Vergangenheit haben auch andere Branchen über Facharbeitermangel geklagt. Während in früheren Zeiten die Forderungen nach Anwerbung von Arbeitskräften von außerhalb der EU bei der Bundesregierung auf Reserve stießen, fielen die neuerlichen Klagen bei der rot-grünen Bundesregierung auf fruchtbaren Boden. Überraschend hat Bundeskanzler Schröder dann bei der Eröffnung der Cebit-Messe am 23. Februar 2000 in Hannover angekündigt, kurzfristig mehrere tausend ausländische IT-Fachkräfte von außerhalb der EU ins Land zu holen. Eine entsprechende Verordnung sollte binnen drei bis vier Monaten erlassen sein. Obwohl es dann noch einen weiteren Monat dauerte, kann man dem Urteil zustimmen: Gemessen an der sonst üblichen Dauer von Verordnungsverfahren ist die Greencard-Regelung erstaunlich schnell zustande gekommen. Sehr schnell hatte der Bundeskanzler auch den Begriff "Greencard" für die Initiative gefunden. Die vorliegenden Ausführungen beleuchten die Initiative aus allen genannten Blickwinkeln und wollen die Argumente nachzeichnen. Es stellt sich die Frage, ob die in der Öffentlichkeit geäußerten Bedenken und die Kritik an der Maßnahme berechtigt sind bzw. waren oder ob sie ins Leere gehen. Es soll aber auch gezeigt werden, mit welchen Schwierigkeiten in der Wirtschaftspolitik heute zu rechnen ist. Es wird damit auch ein Ausblick auf die Problematik vergleichbarer Maßnahmen von heute oder in der Zukunft gegeben. (ICD2)

[466-L] Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH; infas - Institut für Angewandte Sozialwissenschaft GmbH (Hrsg.):
Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission: Modul 1a, Neuausrichtung der Vermittlungsprozesse ; Bericht 2006 für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2006, LV, 500 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.wzb.eu/bal/ab/pdf/hartz_endbericht/endbericht_komplett.pdf)

INHALT: Das Evaluationsmodul 1a - durchgeführt vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und infas - Institut für angewandte Sozialwissenschaft - untersucht die Umsetzung der Reformelemente der Vorschläge der Hartz-Kommission im Rahmen von Implementationsanalysen und ökonometrischen Wirkungsanalysen. Ziele des Vorhabens sind: a) den Stand der Umsetzung der veränderten Vermittlungsprozesse systematisch in seiner Unterschiedlichkeit über die Agenturen für Arbeit zu erfassen und b) die Auswirkungen veränderter Vermittlungsprozesse auf die Vermittlungsqualität und die Arbeitsmarktwirkung zu evaluieren. Die Untersuchung der Neuausrichtung der Vermittlung beinhaltet folgende Elemente: Einführung der Reorganisation der Vermittlung im neuen Kundenzentrum; Neugestaltung der Vermittlungsdienstleistungen an Arbeitnehmer im Organisationsmodell; Bewerberaktivierung; Neugestaltung der arbeitgeberorientierten Vermittlung; Einsatz und Wirkung der vermittlungsnahen Dienstleistungen; Einschaltung Dritter, Eingliederungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen und Vermittlungsgutscheine; Vermittlungsprozesse der Arbeitsgemeinschaften. (IAB)

[467-F] Wolff, Joachim, PD Dr. (Bearbeitung); Nivorozhkin, Anton, Dr. (Leitung):
Überprüfung von Möglichkeiten einer Evaluierung der Wirkungen der Hartz IV Reform auf die Dauer der Arbeitslosigkeit mit einem "difference-in-difference" Ansatz

INHALT: Ziel ist es, festzustellen, ob bestimmte Gruppen von Empfängern von Arbeitslosengeld I (ALG I) effektiv von der Hartz IV kaum betroffen sind, d.h. mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Ende ihres ALG I Bezuges einen Job finden. Dann könnte die Reformwirkung auf Übergangsraten aus dem ALG I-Bezug in Beschäftigung mit einem "difference-in-difference" Ansatz untersucht werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2005-12 *ENDE:* 2008-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[468-L] Wolff, Joachim; Jozwiak, Eva:
Does short-term training activate means-tested unemployment benefit recipients in Germany?, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 29/2007), Nürnberg 2007, 64 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2907.pdf)

INHALT: Die Untersuchung bewertet für eine Stichprobe von Arbeitslosengeld II-Empfängern die Auswirkungen ihrer Beteiligung an kurzzeitigen Trainingsmaßnahmen in Deutschland. Die Autoren verwenden die Methode des Propensity Score Matching und amtliche Daten

über Maßnahmeteilnehmer und für eine Kontrollgruppe, die im Gegensatz zu anderen Evaluationsstudien auch Informationen über die Haushaltsmitglieder enthalten. Betrachtet wird der Zeitraum nach der Einführung der Hartz IV-Reform zu Beginn des Jahres 2005, deren Ziel die Aktivierung erwerbsfähiger Arbeitsloser aus bedürftigen Haushalten war. Kurzzeitige Trainingsmaßnahmen waren vor allem auf diese Zielgruppe gerichtet. Die Autoren untersuchen, ob diese Programme einen Einfluss auf die Erwerbsquote der Teilnehmer haben. Weiterhin wird analysiert, ob die Quote der Arbeitssuchenden und der Arbeitslosengeld II-Empfänger durch die Maßnahmen reduziert wird. Dabei wird zwischen schulischen und betrieblichen Trainingsmaßnahmen unterschieden. Im Ergebnis erweisen sich die betrieblichen Maßnahmen als erfolgreicher, da der Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern einen großen Einfluss auf die Beschäftigungschancen der Teilnehmer hat. Die Auswirkungen auf andere Ergebnisvariablen war geringer. Die Analyse betrachtet die Heterogenität der Auswirkungen, wobei zwischen Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland unterschieden wird. Andere Unterscheidungsfaktoren sind das Lebensalter, Migrationshintergrund, Qualifikation, Arbeitslosenquote, Familienstand/Kinder und der Zeitraum seit der letzten Beschäftigung. Beide Programme sind weniger effektiv für junge Menschen unter 25 Jahren. Dies kann bedeuten, dass diese Programme auch verhindern, dass junge Erwachsene länger als drei Monate als Arbeitslose registriert werden. (IAB)

[469-F] Worthmann, Georg, Dr. (Bearbeitung); Weinkopf, Claudia, Dr.; Worthmann, Georg, Dr. (Leitung):
Die Gestaltung der Evaluation des SGB II in NRW. Ein Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie

INHALT: Mit dem "Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (Hartz IV) wurden zum 01.01.2005 die bisherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur neuen "Grundsicherung für Arbeitsuchende" im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zusammengeführt. Träger der Leistungen nach dem SGB II sind die Bundesagentur für Arbeit sowie die Kreise und kreisfreien Städte (kommunale Träger). Die kommunalen Träger errichten gemeinsam mit den örtlichen Agenturen für Arbeit Arbeitsgemeinschaften, um die Aufgaben nach dem SGB II "aus einer Hand" zu erbringen. Alternativ zu den Arbeitsgemeinschaften können bundesweit 69 Kommunen im Rahmen einer Experimentierklausel die Umsetzung der Grundsicherung auch in Eigenregie durchführen, indem sie auch die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit übernehmen (Optionskommunen). Die Gestaltung des Leistungsprozesses und der Leistungsangebote in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen sind den Akteuren vor Ort überlassen. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass in den 44 Arbeitsgemeinschaften und 10 Optionskommunen in NRW die konkrete Umsetzung auf unterschiedlichen Wegen erfolgt. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) hat das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) beauftragt, ein Evaluationskonzept zur Umsetzung des SGB II zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Projektes steht, die Implementation des SGB II in NRW zu beobachten, systematisch auszuwerten und Indikatoren für standardisierte Auswertungen des Implementationsprozesses zu entwickeln. Dies steht in Einklang mit einer entsprechenden Empfehlung der EU-Kommission im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Eine zentrale Aufgabe des Projektes besteht darin, die beteiligten Akteure - kommunale Spitzenverbände, Regionaldirektion NRW, MAGS NRW und insbesondere Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen - bei der Implementation des SGB II zu unterstützen, um die Ziele des SGB II (u.a. Verbesserung der

Beschäftigungsfähigkeit, Arbeitsmarktintegration, Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit) zu erreichen. Darüber hinaus werden landesspezifische Analysen vorgenommen, die u.a. darauf abzielen, Evaluationsaktivitäten auf Bundes- und Landesebene miteinander zu koordinieren. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen

METHODE: Die Entwicklung des Evaluationskonzeptes zur Umsetzung des SGB II berücksichtigt quantitative und qualitative Analysen. Die Evaluation ist so konzipiert, dass sie an die Wirkungsforschung auf Bundesebene anschlussfähig ist. Landesspezifische Analysen werden vorgenommen, um sowohl die Ergebnisse aus NRW mit denen der Bundesebene (und ggf. aus anderen Ländern) vergleichen als auch über den Umsetzungsstand auf der Ebene von Kommunen, Regionen oder bezogen auf NRW insgesamt treffen zu können. Das Projekt beschränkt sich folglich nicht darauf, den Implementationsprozess zu beobachten und ex post zu dokumentieren. Aufgabe des Projektes ist es vielmehr, Grundlagen für die kontinuierliche Bereitstellung von relevanten Informationen zu schaffen und die Umsetzung des SGB II zu analysieren. Diese Vorgehensweise gewährleistet die zeitnahe Bearbeitung konkreter und aktueller Fragestellungen auf kommunaler, regionaler oder Landesebene. In einem "Datenreport Nordrhein-Westfalen" werden zentrale Kennzahlen zur Umsetzung des SGB II in NRW regelmäßig, zeitnah und praxisgerecht aufbereitet. Auf diese Weise wird die örtliche Situation transparent und vergleichbar und die Grundlage für Entscheidungen verbessert.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.); Worthmann, Georg (Bearb.): Grundsicherung für Arbeitsuchende in NRW: Datenreport Nordrhein-Westfalen, Berichtszeitraum Februar 2007. Monatsreport 02/2007. Düsseldorf: MAGS 2007. Unter: http://www.mags.nrw.de/08_PDF/arbeit/SGB_II-Datenreport_NRW_Feb__2007.pdf abrufbar.+++Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.); Worthmann, Georg (Bearb.): Grundsicherung für Arbeitsuchende in NRW: Datenreport Nordrhein-Westfalen, Berichtszeitraum Januar 2007. Monatsreport 01/2007. Düsseldorf: MAGS 2007. Unter: http://www.mags.nrw.de/08_PDF/arbeit/SGB_II-Datenreport_NRW_Jan__2007.pdf abrufbar.+++Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.); Worthmann, Georg (Bearb.): Grundsicherung für Arbeitsuchende in NRW: Datenreport Nordrhein-Westfalen, Berichtszeitraum Januar bis März 2007. Quartalsreport I/2007. Düsseldorf: MAGS 2007. Unter: http://www.mags.nrw.de/08_PDF/arbeit/SGB_II-Datenreport_NRW_Quartal_I_2007.pdf abrufbar.+++Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.); Worthmann, Georg (Bearb.): Grundsicherung für Arbeitsuchende in NRW: Datenreport Nordrhein-Westfalen, Berichtszeitraum Oktober bis Dezember 2006. Quartalsreport IV/2006. Düsseldorf: MAGS 2006. Unter: http://www.mags.nrw.de/08_PDF/arbeit/SGB_II-Datenreport_NRW_Quartal_IV_2006__2_.pdf abrufbar.+++ Worthmann, Georg: Die Umsetzung des SGB II in Nordrhein-Westfalen: regionale Unterschiede bei Ausgangslage und Anwendung der Grundsicherung für Arbeitsuchende. in: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2006. Gelsenkirchen 2006, S. 143-158. Unter: http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/jahrbuch/jahrb06/11-worthmann.pdf abrufbar.

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales *FINANZIERER:* Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit (45117 Essen)

KONTAKT: Weinkopf, Claudia (Dr. Tel. 0209-1707-142, Fax: 0209-1707-124, e-mail: claudia.weinkopf@uni-due.de); Worthmann, Georg (Dr. Tel. 0209-1707-256, Fax: 0209-1707-124, e-mail: georg.worthmann@uni-due.de)

[470-F] Wübbeke, Christina, Dr. (Bearbeitung); Promberger, Markus, Dr. (Leitung):
SGB II und ältere erwerbsfähige Hilfebedürftige

INHALT: Einen Schwerpunkt des Projekts bilden die vermittlungsrelevanten Charakteristika älterer Hilfebezieher und die Integration Älterer in Erwerbsarbeit unter den Rahmenbedingungen des SGB II. Dabei wird auch untersucht, inwieweit sich in der praktischen Umsetzung des SGB II Beschränkungen oder Selektivitäten beim Zugang Älterer zu Beratung, Vermittlung und Eingliederungsleistungen zeigen und welche Besonderheiten ihre Förderung aufweist. Ein weiteres Teilprojekt beschäftigt sich schließlich mit den Effekten der Arbeitsmarktreform auf die Alterssicherung älterer erwerbsfähiger Hilfebedürftiger. Ergänzt wird das Arbeitspaket durch Analysen zur Wirksamkeit konkreter arbeitsmarktpolitischer Einzelmaßnahmen für die Gruppe der älteren Hilfebezieher im Rahmen der SGB II-Arbeitspakete, Instrumente des SGB III und Arbeitsgelegenheiten. Diese Aufgaben werden vom FB 9 in Zusammenarbeit mit dem FB 1 wahrgenommen. Ziel: Das Projekt untersucht die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform Hartz IV auf die berufliche Integration und die soziale Absicherung älterer erwerbsfähiger Hilfebedürftiger. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Als Datengrundlage dienen die amtliche Statistik, die IAB-Querschnittbefragung Lebenssituation und soziale Sicherung 2005 sowie die in der 1. Jahreshälfte 2007 geplante Zusatzbefragung Arbeitsmarktintegration und Altersvorsorge älterer Hilfebezieher, die im Verbund mit der Querschnittbefragung ein Kurzzeit-Panel bilden wird. Methode: deskriptive und multivariate Analyseverfahren

VERÖFFENTLICHUNGEN: Wübbeke, C.; Hirseland, A.; Koch, S.: Das Altersarmutsrisiko von älteren Beziehern des Arbeitslosengelds II. Risikogruppen und Effekte des SGB II auf die Alterssicherung. in: Armutsfestigkeit sozialer Sicherung. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e.V., 12./13. Oktober 2006 in Lübeck. Berlin 2007, S. 18-46. *ARBEITSPAPIERE:* Wübbeke, C.: Ältere Bezieher von Arbeitslosengeld II: Einmal arm, immer arm? Nürnberg 2007. Unter: http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1407.pdf abrufbar.

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[471-L] Wülffing, Gisela (Redakteur):
Bleibt Armut weiblich?: Chancen für Frauen im Arbeitsmarktreform-Prozess ; Dokumentation der Fachtagung am 15. November 2006 in Frankfurt, Wiesbaden 2007, 47 S., ISBN: 3-89277-261-4 (Standort: Hess. LB Wiesbaden(43)-0043; Graue Literatur)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Einführung in die Tagung und Grußwort (3-5); Juliane Achatz: Lebensumstände und Arbeitsmarktperspektiven von Frauen im Rechtskreis SGB II (6-15); Clarissa Rudolph: Perspektiven geschlechtergerechter Arbeitsmarktpolitik (16-27); Dagmar Zeiß: Aktionslandkarte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (28-30); Christel Steylaers: Auf dem Weg zur Arbeitsmarktreife (31-32); Andrea Mohr: Kundinnen zweiter Klasse im SGB III? (33-34); Brunhilde Krüger-Ditsch: Die Kombimaßnahme 'Rückkehr in den Beruf' in Frankfurt (35-36); Bettina Eichhorn: Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse zu "Kundinnen zweiter Klasse im SGB III? (37-38); Siglinde Bohrke-Petrovic: Potenziale erkennen,

Qualifikationen bewerten (39-44); Rolf Keil, Leiter des Referats Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Hessischen Sozialministerium, im Gespräch (45-47).

[472-L] Wunsch, Conny:
Optimal use of labour market policies, (Discussion Paper / Universität Sankt Gallen, Volkswirtschaftliche Abteilung, No. 2007-26), St. Gallen 2007, 48 S. (Graue Literatur; URL: http://www.vwa.unisg.ch/org/vwa/web.nsf/SysWebRessources/VWA_2007_26_rev/$FILE/DP-0726-Wunsch+revised+version+ganz.pdf)

INHALT: "Labour market policies for the unemployed combine passive income support with active measures that aim at improving jobseekers' employment prospects. This paper extends the theoretical framework developed by Pavoni and Violante (2005a) for the optimal choice between different active and passive policies for the unemployed to a setting which allows for the use of a job search assistance programme that affects the exit rate to employment by raising search effectiveness but not productivity in the job. These programmes are one of the most widely used activation measures in OECD countries and should, therefore, be taken into account when considering the optimal design of labour market policies. The enriched model allows to answer a wide range of interesting policy questions. It is used to assess the optimality of the West German policy in the period 2000-2002 as well as the benefits from introducing tight monitoring. It is shown that sizeable budget savings could have been realised by switching to the optimal scheme, but that the net gains from monitoring are only small. In addition, some interesting results on the optimal use of job search assistance and training are derived. It is shown that existing policies already share some but not all features of the optimal scheme." (author's abstract)

[473-F] Zickert, Kathi (Bearbeitung); Stephan, Gesine, PD Dr. (Leitung):
Selektivitäten beim Zugang in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Deutschland vor und nach Inkrafttreten des SGB II

INHALT: Das Projekt untersucht, ob sich die Zugänge in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im SGB III seit Einführung des SGB II und des Aussteuerungsbetrages verändert haben. Dabei soll einerseits geprüft werden, ob bestimmte Maßnahmearten zugunsten von anderen verdrängt wurden und ob sich die durchschnittliche Maßnahmendauer verändert hat. Andererseits soll untersucht werden, ob bestimmte Personen nun mehr oder weniger als früher gefördert werden. Ziel: Das Projekt untersucht, ob sich die Zugänge in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im SGB III seit Einführung des SGB II und des Aussteuerungsbetrages verändert haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Durchgeführt werden zunächst deskriptive Analysen der Übergänge ausgewählter Zugangskohorten von Arbeitslosen in Maßnahmen. Gegebenenfalls sollen ergänzend ereignisanalytische Verfahren zur Anwendung kommen. Erhebung: Die Untersuchung basiert auf den Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit.
ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesagentur für Arbeit
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[474-F] Zika, Gerd, Dr. (Bearbeitung); Feil, Michael (Leitung):
Entwicklung eines gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodells

INHALT: Analyse der Folgen politischer Maßnahmen für den Arbeitsmarkt. Ziel derartiger Analysen ist, den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung im Sinne einer neutralen Politikberatung quantitative Anhaltspunkte zu liefern, welche Beschäftigungseffekte von dem Einsatz unterschiedlicher Instrumente ausgehen können und mit welchen Rückwirkungen auf andere ökonomische Größen zu rechnen ist. Ziel künftiger Forschungsvorhaben ist es, einen geeigneten Ansatz zur Integration der Zeitdimension in das bereits bestehende Modell zu finden und zu implementieren. Bislang werden die langfristigen Wirkungen von Maßnahmen anhand eines Vergleichs des Ausgangsgleichgewichts mit dem sich infolge der Maßnahme neu einstellenden Gleichgewichts bestimmt. Für die Analyse politischer Maßnahmen wäre es hilfreich, wenn einerseits bekannt wäre, welche Wirkungen zu welchen Zeitpunkten von einer Maßnahme ausgehen, und vor allem wann sich ein neues Gleichgewicht einstellt. Ziel: Das numerische allgemeine Gleichgewichtsmodell PACE-L soll einerseits weiterentwickelt und andererseits für aktuelle Fragestellungen verwendet werden. Bis 2007 soll insbesondere die Voraussetzung geschaffen werden, PACE-L mit dem neuen Mikrosimulationsmodell verbinden zu können. *ZEITRAUM:* 1998-2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Wirtschaftstheoretische Grundlage des neuen IAB-Politik-Simulationsmodelles ist die allgemeine Gleichgewichtstheorie. Als Vertiefungsrichtung der neoklassischen Theorie zur Analyse und Beschreibung einer Marktwirtschaft untersucht die allgemeine Gleichgewichtstheorie aus mikroökonomischer Sicht Situationen, in denen das Verhalten der Wirtschaftssubjekte untereinander kompatibel ist und zu einem Gleichgewichtszustand führt. Die Gleichgewichtstheorie kombiniert Verhaltenshypothesen über zweckrational handelnde Wirtschaftssubjekte mit der Untersuchung von Gleichgewichtszuständen. Im Gleichgewicht stimmen die individuellen Wirtschaftspläne aus Angebot und Nachfrage überein und genügen den Optimalitätsvorstellungen der Wirtschaftssubjekte - kein Wirtschaftssubjekt hat einen Grund, sein Verhalten zu verändern. Während in einer walrasianischen Modellwelt im Gleichgewicht alle Märkte geräumt sind, kann es bei Berücksichtigung von Marktunvollkommenheiten zu Gleichgewichten ohne Markträumung kommen. Bei der Koordination der Angebots- und Nachfrageentscheidungen der individuellen Wirtschaftssubjekte auf unterschiedlichen Märkten spielen flexible Preise eine zentrale Rolle. Sie übernehmen Signal-, Kompensations- und Lenkungsfunktionen. Ziel der Gleichgewichtsanalyse ist es, preisabhängige Angebots- und Nachfragefunktionen für Güter und Faktoren abzuleiten und für diese einen markträumenden Preisvektor zu bestimmen. Der Kritik an idealisierenden Marktmechanismen begegnet die angewandte Gleichgewichtsmodellierung durch die Berücksichtigung von Marktunvollkommenheiten und reale Preisrigiditäten (z.B. Mindestlöhne, monopolistische Preissetzung) oder Mengenrestriktionen (z.B. Beschäftigungsgarantien, Importquoten). So ist ein wesentlicher Baustein des IAB-Politiksimulationsmodells PACE-L ein spezielles Arbeitsmarkt-Modul, das die institutionellen Gegebenheiten des deutschen Arbeitsmarktes berücksichtigt. Die Existenz unfreiwilliger (gleichgewichtiger) Arbeitslosigkeit wird in diesem Rahmen als Ergebnis kollektiver Lohnverhandlungen auf der Branchenebene erklärt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Feil, M.; Zika, G.: Politikberatung mit dem Simulationsmodell PACE-L. Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel einer Senkung der Sozialabgaben. Nürnberg 2005. Siehe unter: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2005/fb1705.pdf .

ART: *BEGINN:* 1999-08 *ENDE:* 2010-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Leiter (e-mail: michael.feil@iab.de); Bearbeiter (Dr. e-mail: gerd.zika@iab.de)

[475-F] Zimmermann, Klaus F., Prof.Dr.; Schneider, Hilmar, Dr.; Falk, Armin, Prof.Dr.; Uhlendorff, Arne, Dr. (Bearbeitung):
Workfare statt Welfare: Anreizwirkungen und Humankapital (Teilprojekt P18 im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1169 "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Das deutsche System der sozialen Mindestsicherung in Form von Arbeitslosen- und Sozialhilfe generiert implizite Mindestlöhne und somit negative Anreizwirkungen auf das Arbeitsangebot im unteren Einkommensbereich. Ökonomisch lässt sich dieses Anzreizproblem lösen, indem erwerbsfähige Transferberechtigte das ihnen zuerkannte Mindesteinkommen nur dann in vollem Umfang erhalten, wenn sie im Gegenzug eine Beschäftigung annehmen (Workfare). Im Vergleich zum Status Quo erhöht dies die Attraktivität einfach entlohnter Tätigkeiten mit einem Einkommen oberhalb des Mindesteinkommens. Workfare stellt somit ein wichtiges Instrument zur Erschließung des Niedriglohnsektors und damit zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes dar. Gleichwohl stößt das Konzept auf gesellschaftspolitischen Widerstand. Dies ist insofern problematisch, als fehlende gesellschaftliche Akzeptanz eine mögliche Restriktion für ein ökonomisch sinnvolles Konzept darstellt. Ziel dieses Projekts ist es deshalb erstens, die Anreizwirkungen von Workfare empirisch zu evaluieren. Hierbei werden sowohl Felddaten aus einem Pilotprojekt in zwei Berliner Arbeitsamtsbezirken sowie aus Laborexperimenten verwendet. Zweitens werden Experimente durchgeführt, die Aufschluss über die Akzeptanz von Workfare geben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Berlin
METHODE: Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Experiment. Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: ca. 6.000; Zugänge in Sozialhilfe in Charlottenburg - Wilmersdorf (Berlin) der 2002/2003 im Alter von 18-30 Jahren; Auswahlverfahren: total).
ART: *BEGINN:* 2004-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: IZA Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (Schaumburg-Lippe-Str. 9, 53113 Bonn); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- (14191 Berlin)
KONTAKT: Zimmermann, Klaus F. (Prof.Dr. Tel. 0228-3894-200, e-mail: direktor@iza.org)

7 Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien und Jugendlichen

[476-L] Albrecht, Peter-Georg; Roth, Roland; Thielen-Reffgen, Caroline; Wetzstein, Thomas; Eckert, Roland:
Wir und die anderen: Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West, (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 260 S., ISBN: 978-3-531-14696-6 (Standort: UB Köln(38)-34A6788)

INHALT: Gegenstand der Untersuchung sind sozialräumlich interagierende Gruppen von Jugendlichen und ihre inneren und äußeren Konflikte und Konfliktbearbeitungsmuster. Gefragt wird, welches Gewicht dabei den spezifischen sozialräumlichen Bedingungen und den unterschiedlichen jugendspezifischen Aneignungsmöglichkeiten des Raums in diesen Gebieten zukommt und welchen Einfluss lokale Politik, öffentliche Programme und Gender auf die Jugendcliquen und ihre Sozialräume haben. Befragt wurden Jugendliche (n=128) aus öffentlich sichtbaren und zugänglichen Jugendcliquen in den alten und den neuen Bundesländern; ergänzend wurden 49 Expertengespräche geführt. Kern des Forschungsberichts sind vier lokale Fallstudien, wobei die Gruppen und ihre jeweiligen Aktionsräume im Mittelpunkt stehen. Dabei werden die einzelnen Konfliktypen dargestellt, die in den Untersuchungsgebieten identifiziert wurden - zunächst der gemeinsame Konflikt "Jugendgruppen vs. soziale Umwelt", dann jeweils spezifische Konfliktlinien. Abschließend werden sozialpädagogische Handlungsmöglichkeiten und jugendpolitische Perspektiven aufgezeigt. (ICE2)

[477-L] Althammer, Jörg; Klammer, Ute (Hrsg.):
Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung, Tübingen: Mohr Siebeck 2006, 224 S., ISBN: 978-3-16-148614-2

INHALT: "Die institutionelle Verankerung von Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung ist seit langem Gegenstand der sozialpolitischen Diskussion. Waren es ursprünglich die Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen familialer Lebensformen, die das tradierte Verständnis von Ehe und Familie in Frage stellten und einen sozialpolitischen Handlungsbedarf signalisierten, so sind es mittlerweile der demographische Wandel und seine gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die eine sozialpolitische Strukturreform erfordern. Vor diesem Hintergrund greift der Sammelband den Diskurs um die institutionelle Verankerung von Ehe und Familie im Steuerrecht und in der sozialen Sicherung erneut auf und führt ihn weiter. In der wissenschaftlichen Familienpolitik ausgewiesene Autoren unterschiedlicher Fachrichtungen - Rechtswissenschaften, Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaften - diskutieren in den einzelnen Beiträgen kritisch aktuelle Forschungsergebnisse und Reformansätze. Dabei werden unter anderem der Zusammenhang von demographischer Entwicklung und Familienpolitik in Deutschland, verfassungsrechtliche Fragen der Besteuerung von Ehe und Familie, der intergenerationale Leistungsausgleich sowie die Familienpolitik in Deutschland und im internationalen Vergleich beleuchtet." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Irene Gerlach: Aktuelle Entwicklungen in der Familienpolitik (1-24); Jörg Althammer, Hajo Rohmann: Reform der monetären Familienpolitik - Notwendigkeit und Optionen (25-54); C. Katharina Spiess: Die Bündelung und Integration familienbezogener Leistungen bei einer Familienkasse (55-72); Franziska Vollmer: Verfassungsrechtliche Fragen der Ehe- und Familienbesteuerung (73-92); Miriam Beblo, Denis Beninger, Francois Laisney: Besteuerung von Familien: Ökonomische Wirkungen der Reform-alternativen Individualbesteuerung und Familiensplitting (93-114); Notburga Ott: Zur Verringerung familienspezifischer Lebensrisiken und der Benachteiligung von Eltern in der Alterssicherung (115-122); Wolfgang Meyer: Probleme einer familienorientierten Reform der sozialen Sicherung (123-154); Marina Rupp: Die Lebenssituation kinderreicher Familien und sozialpolitische Herausforderungen (155-178); Margit Schratzenstaller: Monetärer Familienlastenausgleich in europäischer Perspektive (179-208); Angelika Engstler: Perspektiven der Familienpolitik aus Sicht der Bundesregierung (209-220).

[478-L] Auth, Diana:
Pronatalistischer Aktionismus: von der bevölkerungspolitischen Instrumentalisierung und Ökonomisierung der Familienpolitik in Deutschland, in: Diana Auth, Barbara Holland-Cunz (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik : Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen: B. Budrich, 2007, S. 81-102, ISBN: 978-3-86649-047-5 (Standort: UuStB Köln(38)-34A3345)

INHALT: Die Verfasserin setzt sich mit der jüngeren Familienpolitik in Deutschland auseinander. Sie rekonstruiert aktuelle Daten zum demographischen Wandel, insbesondere die konstant niedrige Geburtenrate und das Phänomen der Kinderlosigkeit - vor allem bei Akademikerinnen. Die Autorin wirft den familienpolitischen AkteurInnen der rot-grünen Bundesregierung und der Großen Koalition einen pronatalistischen Aktionismus vor. Dies begründet sie mit den Ursachen für Kinderlosigkeit und dem Hinausschieben von Kinderwünschen. Beide Aspekte zeigen deutlich, dass die familienfreundlichen Steuerungsversuche an der sozialen Realität von Männern und Frauen vorbei zielen und dass die Familienpolitik in erster Linie unter bevölkerungspolitischen und ökonomischen Imperativen betrieben wird. Dabei wird sowohl die generelle Steuerbarkeit von Fertilitätsentscheidungen als zu hoch eingeschätzt als auch die naive Vorstellung kolportiert, Frauen würden der gleichstellungspolitischen Mogelpackung auf den Leim gehen und sich als Mütter und Arbeitskräfte instrumentalisieren lassen. (ICG2)

[479-L] Beck-Gernsheim, Elisabeth:
Kinder, Krippen und Kulturkampf, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 7, S. 856-860 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasserin setzt sich mit der familienpolitischen Debatte auseinander und zeigt die hinter den Diskussion pro oder contra Ausbau von Kinderkrippen stehenden Weltbilder auf. Dabei werden die Bedeutung der Frauenrechte in der parteipolitischen Programmatik der SPD und der CDU und die impliziten Wertvorstellungen der beiden Parteien analysiert. Der Geburtenrückgang wird als zentrale Zukunftsfrage der Nation dargestellt. Wenn die moderne Gesellschaft mehr Kinder will, muss sie mehr Gleichberechtigung bieten. In diesem Kontext wird das Spannungsverhältnis zwischen dem Leitbild der traditionellen Familie und der Zukunft der Nation untersucht und der damit verbundene Wertekonflikt der Union präsentiert. Abschließend wird die These vertreten, dass es heutzutage nicht mehr vertretbar, Frauen gewaltsam ins Mutterglück zu treiben. (ICG)

[480-L] Beckmann, Sabine:
Die geteilte Arbeit?: Möglichkeiten einer sozialpolitischen Steuerung des Careverhaltens von Männern, in: Zeitschrift für Familienforschung : Beiträge zu Haushalt, Verwandtschaft und Lebenslauf, Jg. 19/2007, H. 3, S. 371-392 (Standort: USB Köln(38)-Z3070; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Gegenstand dieses Beitrags ist die Frage nach den sozialpolitischen Steuerungsmöglichkeiten einer geschlechtergerechten Verteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen. Der besondere Fokus der Untersuchung liegt auf der unbezahlten Arbeit und Männern. Es wird also die Frage behandelt, ob und wie verschiedene Wohlfahrtsstaatssysteme die Vertei-

lung der unbezahlten Arbeit beeinflussen und welche Rolle hierbei Männer spielen. Es wird zunächst ein Modell dargestellt, welches den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsregime, Arbeitsteilung und Geschlechterbeziehungen theoretisch umschreibt. Anhand dieses Modells wird die Entwicklung der auf Geschlechterleitbildern basierenden Wohlfahrtsstaatspolitik in Schweden, Frankreich und Deutschland analysiert und in Zusammenhang mit dem Wirken der Politik anhand der Verteilung von Care zwischen Männern und Frauen gebracht. Besondere Beachtung findet hierbei, inwieweit sich das Verhalten und die Interessen von Männern, beispielsweise hinsichtlich ihrer Bereitschaft Erziehungszeit zu übernehmen, verändert haben, und wie der entsprechende geschlechterkulturelle Wandel sozialpolitisch aufgegriffen und unterstützt wurde. Darüber hinaus zeigt der Beitrag. dass die Erweiterung von Länderanalysen um den Faktor der unbezahlten Arbeit eine genauere Analyse der länderspezifischen Geschlechterordnung ermöglichen kann." (Autorenreferat)

[481-L] Bergs, Christian; Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:
Reformoptionen der Familienbesteuerung: Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotseffekte, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 58/2007, H. 1, S. 1-27 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00957)

INHALT: Die Alterung der Bevölkerung in Deutschland hat dazu geführt, dass sich Politiker in wachsendem Maße mit der wirtschaftlichen Situation von Familien mit Kindern beschäftigen. Das kommt auch in der jüngsten steuerpolitischen Debatte zur Reform der Besteuerung von Familien und Ehepaaren zum Ausdruck. Der Beitrag verfolgt eine dreifache Zielsetzung. Im Rahmen einer Mikrosimulationsstudie soll untersucht werden, wie sich die Einführung verschiedener familienpolitischer Reformmaßnahmen im Steuerrecht auf die Einkommenssituation von Familien mit Kindern im Vergleich zu Singles und Ehepaaren ohne Kindern auswirken würden. Darüber hinaus werden die Verteilungseffekte über unterschiedliche Einkommensschichten hinweg untersucht. Abschließend werden die Folgen für das gesamtstaatliche Steueraufkommen und die Auswirkungen auf das Arbeitsangebot quantifiziert. Im Mittelpunkt stehen dabei begrenzte Realsplittingsysteme. Die Simulationsergebnisse zeigen, dass Realsplittingmodelle moderatere vertikale Umverteilungswirkungen erzeugen, im Vergleich z.B. zum Familiensplitting nach französischem Vorbild. Darüber hinaus würde das Realsplitting den Eingangssteuersatz des Zweitverdieners absenken und somit Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung schaffen. Es würde auch zu zusätzlichen Steuereinnahmen führen. (IAB)

[482-L] Bertram, Hans:
Konzept und zentrale Ergebnisse des Siebten Familienberichts, in: , 2006, S. 55-65

INHALT: "Dieser Beitrag fasst das Konzept und die zentralen Ergebnisse des siebten Familienberichts zusammen. Ein Überblick über bisherige Familienberichte und deren Wirkung wird vorangestellt. Familie wird nicht als fest stehende Institution verstanden, sondern sie wird erst durch die gemeinsamen Herstellungsleistungen ihrer Mitglieder zu einer Institution. Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass alle europäischen Staaten ein Aufschieben der Reproduktionsphase aufweisen. Nur den Nordeuropäern ist es gelungen, diese zu verlängern und somit werden auch mehr Kinder geboren. Ein Dreiklang von Zeit-, Infrastruktur und Geldpolitik wird vorgeschlagen, um den Lebensverlauf so zu organisieren, dass sich Familiengrün-

dung, care für ältere Familienmitglieder und Weiterbildung einbauen lassen (Erwerbslebenszyklusmodell). Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Eine regional differenzierte Darstellung der demographischen Entwicklung ermöglicht ein realistisches Bild von familiären Lebenslagen in Deutschland. Die Sachverständigenkommission schlägt vor, dass der Staat, die Tarifparteien, das Bildungssystem, Kommunen und Familien zusammenarbeiten, um das Erwerbslebenszyklusmodell zu realisieren. Finanzielle Transfers sollen transparent gestaltet und in Abhängigkeit von der Familienphase geleistet werden, wie beispielsweise das Elterngeld." (Autorenreferat)

[483-L] Boeßenecker, Karl-Heinz:
Soziale Dienstleister als Marktakteure: der Gesundheitssektor als Trendsetter auch für die Jugendhilfe?, in: Gregor Hensen (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe : Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit, Weinheim: Juventa Verl., 2006, S. 43-60, ISBN: 978-3-7799-1767-0 (Standort: UB Duisburg-Essen(464)-IAZ4356)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass die Entwicklungen in den vergangenen 15 Jahren zu einer veränderten Rolle des Staates führten, der sich inzwischen von seiner traditionellen Versorgungsrolle verabschiedet und ein neues Verständnis als gewährleistender, fördernder und fordernder Sozialstaat (Konzept des aktivierenden Staates) ausgebildet hat. Die damit verbundenen Folgerungen beziehen sich hierbei nicht nur auf das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, sondern ebenso auf das Verhältnis zwischen staatlichen und gemeinnützigen Akteuren. In ihrem Zusammenwirken führten die veränderten Bedingungen nicht nur zu einem kleiner werdenden Verteilungskuchen sozialstaatlicher Subventionen, sondern verschärften ebenso die Konkurrenzkonflikte innerhalb der traditionellen wohlfahrtlichen Akteursgruppen sowie zwischen diesen und den neu auftretenden Anbietern. Politische Entwicklungen auf der europäischen Akteursebene unterstützen und beschleunigen diesen Prozess. Die Folgen dieser veränderten Stellschrauben sind gewaltig und betreffen vor allem die Art der sozialpolitischen Entscheidungsgenerierung. In der Vergangenheit galt, dass Leistungsstandards, Maßnahmen und Programme im weitgehenden politischen Konsens zwischen den Wohlfahrtsverbänden einerseits und dem Staat andererseits vereinbart wurden. Was hierbei langsam entsteht, ist ein neues korporatistisches Beziehungsgeflecht, das auf der Basis von Leistungs-, Entgelt-, Qualität- und Dokumentationsvereinbarungen einen erweiterten Anbieterkreis umfasst und die bisher praktizierte Ausgrenzung privatgewerblicher Akteure beendet, was unter dem Begriff 'Ökonomisierung' zusammengefasst wird. Der Autor argumentiert, dass in der jüngsten 15-jährigen Modernisierungsphase bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen inzwischen Wettbewerb und eine größere Trägerpluralität den sozialen Dienstleistungs-"Markt" prägen. Es wird der Frage nachgegangen, ob eine solche Marktentwicklung als eine soziale zu bezeichnen wäre. Im engeren Bereich der Jugendhilfe lassen sich eher Tendenzen eines politisch gesteuerten Wettbewerbs konstatieren als eine Marktöffnung, die zu einem Konzentrations- und Verdrängungswettbewerb zwischen den unterschiedlichen Anbieterakteuren führt. Anders ist hingegen die Ausgangslage in weiten Bereichen des Gesundheitssektors, der mit zunehmender Tendenz durch Privatisierung- und Marktöffnungsprozesse geprägt ist. (ICG2)

[484-L] Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BIB- (Urheber):
Familien im Spannungsfeld von Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit: Ergebnisse aus Umfragen des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung im Kontext der aktuellen Diskussion, in: BiB-Mitteilungen : Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, Jg. 28/2007, H. 1, S. 21-26 (URL: http://www.bib-demographie.de/publikat/bib-mit1_2007.pdf)

INHALT: "Frauen in den neuen Bundesländern wollen häufiger vollzeiterwerbstätig sein und Kinder haben, während die westdeutschen Frauen bei ihren Vereinbarkeitsvorstellungen stärker dem traditionellen Modell des Vereinbarens von Beruf und Familie mit einem zeitlich begrenzten Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit folgen. Dies geht aus zwei Studien - der Populations Policy Action Study (2003) und des Generations and Gender Survey (2006) des BiB - hervor. Eine deutliche Mehrheit der Befragten begrüßten danach die Tatsache, dass Frauen sich nicht mehr ausschließlich um Haushalt und Familie kümmern, sondern erwerbstätig sind und ihr eigenes Geld verdienen. Allerdings hängt die Akzeptanz davon ab, ob Kinder da sind und welches Alter die Kinder gegebenenfalls haben. Eine klare Mehrheit von 87 Prozent ist der Meinung, dass die Beziehung einer berufstätigen Mutter zu ihrem Kind genauso gut sein kann wie die einer nichterwerbstätigen Mutter. Knapp die Hälfte der befragten Deutschen stimmt aber gleichzeitig auch der Aussage zu, dass ein Vorschulkind wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leidet. Aus den Antworten ergibt sich somit, dass die traditionellen Vorstellungen von der Rolle der Geschlechter sich zumindest teilweise, aber nicht vollständig aufgelöst haben. Frauen werden nicht mehr auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festgelegt - aber noch immer werden an sie andere Erwartungen gestellt als an Männer." (Autorenreferat)

[485-F] Bünnagel, Vera, Dipl.-Volksw.; Henman, Barbara, Dr. (Bearbeitung); Eekhoff, Johann, Prof.Dr.; Roth, Steffen J., Dr. (Leitung):
Möglichkeiten und Grenzen einer Bündelung familienpolitischer Leistungen

INHALT: Vor dem Hintergrund des intransparenten Status quo wird in der aktuellen politischen Diskussion eine Bündelung familienbezogener Leistungen in einer Familienkasse angestrebt. Dies ist sinnvoll, da die Leistungen auf diesem Weg transparenter, effizienter und effektiver gestaltet werden können. Zunächst erfolgt eine Systematisierung der bedeutendsten familienbezogenen Leistungen, um Förderleistungen von Maßnahmen abzugrenzen, die lediglich einer Vermeidung bzw. einem Ausgleich systemspezifischer Benachteiligungen von Eltern gegenüber Kinderlosen dienen, etwa im Steuersystem oder in den umlagefinanzierten Sozialversicherungen. Zugleich werden Widersprüche und fragwürdige Verteilungs- und Anreizwirkungen identifiziert. Auf dieser Basis werden Leistungen identifiziert, die für die Bündelung in einer Familienkasse geeignet sind. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bünnagel, Vera; Eekhoff, Johann: Auf Kosten der Armen. Schwarz-Rot will den Kinderzuschlag ausweiten. Doch das Instrument benachteiligt die Schwächsten. in: Rheinischer Merkur, 2007, Nr. 36, S. 12.

ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung (Pohligstr. 1 (Pohlighaus), 50969 Köln)

KONTAKT: Bünnagel, Vera (Tel. 0221-470-5352, e-mail: buennagel@wiso.uni-koeln.de)

[486-F] Bünnagel, Vera, Dipl.-Volksw.; Henman, Barbara, Dr. (Bearbeitung); Roth, Steffen, Dr. (Leitung); Eckhoff, Johann, Prof.Dr. (Betreuung):
Die Rolle des Staates bei der Kinderbetreuung

INHALT: In diesem Projekt soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, ob und wie staatliche Eingriffe zur Beeinflussung der zunächst rein familiären Entscheidungen über die Betreuung ihrer Kinder ordnungspolitisch zulässig sein können und wie sich eine konsistente steuerliche Berücksichtigung der anfallenden Kosten darstellen würde. Beide Bereiche sind jeweils für sich einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Auf dieser Basis können Überschneidungen herausgearbeitet und einer Prüfung unterworfen werden. Einerseits ist die Frage zu klären, ob und wenn ja warum und in welcher Form eine staatliche Förderung und Regulierung von Kinderbetreuung gerechtfertigt ist und ob dies mit der Erfordernis einer staatlichen Bereitstellung einhergeht. Auch ist die Frage zu stellen, ob die derzeit praktizierte Einkommensumverteilung innerhalb des Betreuungssystems ordnungs- und verteilungspolitisch sinnvoll ist. Andererseits ist die Frage der angemessenen Höhe und Form einer steuerlichen Berücksichtigung von Betreuungskosten zu beantworten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bünnagel, Vera; Henman, Barbara: Wahlfreiheit durch subventionierte Krippenplätze? in: Otto-Wolff-Institut Diskussionspapier 2007, 1. Auch in: Wirtschaftsdienst, Jg. 87, 2007, H. 5, S. 309-318.+++Bünnagel, Vera: Steuerpolitik ist keine Familienpolitik. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik, 2006, 12.+++Bünnagel, Vera: Plädoyer für eine ordnungspolitisch systematische Familienbesteuerung. in: Wirtschaftsdienst, Jg. 86, 2006, H. 12, S. 786-793.

ART: *BEGINN:* 2006-06 *ENDE:* 2009-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Wirtschaftspolitisches Seminar (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln); Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung (Pohligstr. 1 (Pohlighaus), 50969 Köln)

KONTAKT: Bünnagel, Vera (Tel. 0221-470-5352, e-mail: buennagel@wiso.uni-koeln.de)

[487-L] Bünnagel, Vera; Henman, Barbara:
Kleinkindbetreuung: Wahlfreiheit durch subventionierte Krippenplätze?, (Otto-Wolff-Institut Discussion Paper, 1/2007), Köln 2007, 21 S. (Graue Literatur; URL: http://www.otto-wolff-institut.de/Publikationen/DiskussionPapers/OWIWO_DP_1_2007.pdf)

INHALT: "Unter dem Stichwort Wahlfreiheit wird in der aktuellen politischen Debatte die Schaffung 500.000 zusätzlicher institutioneller Betreuungsplätze für Kleinkinder unter drei Jahren gefordert. Dreieinhalb Milliarden Euro müsste der Staat dafür Schätzungen des Familienministeriums zufolge jährlich zusätzlich zur Verfügung stellen. Aus ordnungspolitischer Sicht ist die der Subvention zu Grunde liegende Argumentation äußerst fragwürdig. Wahlfreiheit bei der Kleinkindbetreuung bedeutet, den Eltern die freie Entscheidung darüber zu belassen, ihr Kind selbst zu betreuen, zu Oma, Freunden oder einer Tagesmutter zu bringen, oder in einer institutionellen Einrichtung betreuen zu lassen - ob aus pädagogischen Gründen oder um beispielsweise einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Wahlfreiheit heißt nicht, eine bestimmte Betreuungsform oder ein bestimmtes Familienmodell einseitig zu subventionieren. Denn damit einher geht stets automatisch, andere zu diskriminieren. Der vorliegende Beitrag unter-

sucht, ob ein staatlicher Eingriff in den Markt für Kleinkindbetreuung erforderlich ist, um Wahlfreiheit herzustellen. Dies wird in der öffentlichen Diskussion vor allem mit dem Hinweis auf eine Übernachfrage nach den bestehenden Betreuungsplätzen (Wartelisten) gefordert. Der Beitrag analysiert die Gründe für den 'Mangel': Nur wenn das 'fehlende' Angebot auf ein Marktversagen zurückzuführen ist, ist der Staat gefordert, eine Angebotsausdehnung herbeizuführen. Der Beitrag stellt ein Versagen des Marktes jedoch in Frage und verdeutlicht, dass die Politik Gefahr läuft, mit der Schaffung subventionierter Krippenplätze das Gegenteil des postulierten Ziels zu erreichen - und die elterliche Wahlfreiheit einschränkt." (Textauszug)

[488-L] Bünnagel, Vera:
Familiensplitting: zur Familienförderung nicht geeignet: Plädoyer für eine ordnungspolitisch systematische Familienbesteuerung, (Otto-Wolff-Institut Discussion Paper, 2/2006), Köln 2006, 18 S. (Graue Literatur; URL: http://www.otto-wolff-institut.de/Publikationen/Diskussion Papers/OWIWO_DP_2_2006.pdf)

INHALT: Die Politik hat den Handlungsbedarf beim Thema Familienpolitik wieder entdeckt. Das ist grundsätzlich wünschenswert - denn im aktuell existierenden Instrumentenbündel ist selbst für Experten schwer durchschaubar, wer zu den Nettozahlern gehört und wer Nettoempfänger familienpolitischer Transfers ist. Was dringend fehlt, sind Transparenz und Systematik - es gibt keine einheitlichen Fördergrundsätze. Man sollte sich zunächst darüber klar werden, wen bzw. was man fördern möchte, um dann zu entscheiden, welches die passenden Instrumente zur Erreichung dieser Ziele sind - und welche der bestehenden Instrumente diesen Zielen möglicherweise zuwider laufen. Gleichzeitig sollte man sich bewusst machen, an welchen Stellen die Berücksichtigung des Familienstandes gerade keine Förderung darstellt, sondern dem Abbau familienspezifischer Benachteiligungen dient. Der vorliegende Beitrag versucht, zur Systematisierung der Diskussion beizutragen. Er soll verdeutlichen, was die Berücksichtigung des Familienstandes bei der Einkommensbesteuerung aus ordnungspolitischer Sicht leisten kann und sollte - und was nicht. Darauf aufbauend werden zwei - in der politischen Diskussion gelegentlich unzureichend differenzierte - Spielarten des Familiensplittings dargestellt und daraufhin untersucht, inwiefern sie diesen Anforderungen genügen: Das Familientarifsplitting in Anlehnung an das in Frankreich praktizierte Modell und das Familienrealsplitting, wie es etwa der Kölner Steuerrechtler Joachim Lang vertritt. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass ein Familiensplitting zur Förderung von Familien nicht geeignet ist. Zur Verbesserung der Steuergerechtigkeit zwischen Eltern und Kinderlosen hingegen wäre die Einführung eines Familienrealsplittings ein sinnvolles Instrument. Zum Abbau politisch gelegentlich suggerierter Benachteiligungen von Alleinerziehenden und unverheirateten Eltern gegenüber Eheleuten ist ein Familiensplitting hingegen nicht erforderlich. (ICD2)

[489-L] Butterwegge, Christoph:
Kinderarmut in einem reichen Land: ein Armutszeugnis für die ganze Gesellschaft, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 4, S. 439-444 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Spätestens seit dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht, den die rot-grüne Bundesregierung im Frühjahr 2005 vorgelegt hat, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit bewusst, dass (Kinder-)Armut auch hierzulande ein Problem darstellt. Der Autor stellt Ausmaß und Ursachen von Kinderarmut dar und formuliert politische Forderungen zur Abhilfe." (Autorenreferat)

[490-L] Butterwegge, Christoph:
Die "Normalität" der Kinderarmut, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/ 2007, H. 12, S. 1413-1416 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zur Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland nennt zunächst die Gründe, warum dieses Thema die Öffentlichkeit lange Zeit nicht bewegte. Dazu zählen die Fokussierung auf die Situation älterer Menschen, das Elend in den Entwicklungsländern, das Nichterkennen des Problems seitens der Pädagogen sowie der Versuch, die Schuld für Armut den Betroffenen in die Schuhe zu schieben. Im Anschluss wird sodann die jüngste Entwicklung vom Tabu- zum Modethema skizziert. Abschließend wird die ideologische Entsorgung der Armut kritisiert, da in der öffentlichen Diskussion wie in der Fachliteratur Ursache und Auslöser von Kinderarmut weiterhin verwechselt werden. (ICG2)

[491-F] Cramer, Caroline, Prof.Dr.; Schier, Michaela, Dr.; Stegen, Rafael, Dr.; Streit, Anne von (Leitung):
Begleitforschung zum Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) - regionale Profile - Exploration von Potenzialen

INHALT: keine Angaben
ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2006-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
INSTITUTION: Universität München, Fak. für Geowissenschaften, Department für Geographie Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Geographie (Luisenstr. 37, 80333 München)
KONTAKT: Kramer, Caroline (Prof.Dr. Tel. 089-289-22814, Fax: 089-289-22804, e-mail: caroline.kramer@geographie.uni-muenchen.de)

[492-L] Deckenbach, Karin:
Die Mutterglück-Falle: warum wir unser Frauenbild ändern müssen, München: Dt. Taschenbuch Verl. 2006, 240 S., ISBN: 3-423-24553-0

INHALT: Die Mutterglückfalle ist das deutsche Dilemma schlechthin. Es beschreibt das Problem, mit dem viele Frauen nach dem ersten Kind beruflich wie privat konfrontiert sind: Von der Mutter wird immer noch fast wie selbstverständlich verlangt, sich zu Hause um das Kind zu kümmern und eigene berufliche Ambitionen hintanzustellen. Während es in anderen Ländern wie etwa Schweden überaus normal ist, auch sehr kleine Kinder in die Obhut professioneller Betreuerinnen zu geben, ist hierzulande noch immer vom 'Betreuungsdiktat' oder aber der 'Rabenmutter' die Rede. Dieses in Deutschland so gehegte und gepflegte Familienbild, in dem nur die Mutter als Bezugs- und Betreuungsperson anerkannt wird, müsse daher, so die Autorin in ihrem Buch, einem konsequenten Wandel unterzogen werden, wenn man dem Gebur-

tenrückgang ernsthaft begegnen wolle. Dabei bringe es wenig, wenn der Staat in Familien hineinsubventioniert und damit das hierarchische Geschlechtermodell fördert, statt den Ausbau von Betreuungseinrichtungen zu forcieren, um auch Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern gleiche Ausgangsbedingungen zu bieten. (ZPol, NOMOS)

[493-L] Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.):
Kinderreport Deutschland 2007: Daten, Fakten, Hintergründe, Freiburg im Breisgau: Velber 2007, 220 S., ISBN: 978-3-86613-417-1

INHALT: "Mit dem neuen Kinderreport will das Deutsche Kinderhilfswerk einen aktuellen Überblick über die Situation der Kinder in Deutschland geben. Schwerpunkt des Bandes ist die Kinderarmut. Namhafte Experten und Expertinnen haben sich zusammengefunden, um der Öffentlichkeit neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zur Lage der Kinder zu präsentieren. Die Facetten reichen von aktuellen Befunden zur Kinderarmut bis hin zu einem internationalen Vergleich. Beleuchtet werden aber auch die Zusammenhänge von Kinderarmut und Medien, Gesundheit und Ernährung. Einen wichtigen Schwerpunkt bildet ferner die Sicht auf Kinder mit Migrationshintergrund. Zum Schluss finden Sie Vorschläge und Anregungen, wie es in Deutschland gelingen kann, Wege aus der Kinderarmut zu finden. Doch nicht nur die wissenschaftlichen Beiträge zeigen dies auf, auch Einrichtungen, die sich Tag für Tag um Schritte aus der Kinderarmut bemühen, stellen sich erstmalig im Kinderreport vor." (Autorenreferat)

[494-L] Eichhorst, Werner; Kaiser, Lutz C.; Thode, Eric; Tobsch, Verena:
Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich: zwischen Paradigma und Praxis, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2007, 132 S., ISBN: 978-3-89204-931-9

INHALT: "Bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück - aber nicht, weil Frauen hierzulande nicht arbeiten gehen wollen. Im Gegenteil: Gerade junge Eltern wünschen sich eine Berufstätigkeit für die Mutter, vom Teilzeitjob bis zur vollen Stelle. Doch die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind dafür bislang wenig günstig. Was muss sich ändern, damit Frauen berufliche Entwicklung und Kindererziehung miteinander in Einklang bringen können? Die Autorinnen und Autoren dieses Buches beleuchten familienpolitische Instrumente, sozial- und arbeitsmarktpolitische Regelungen sowie die Möglichkeiten, die Krippen, Kindergärten und Schulen für die Kinderbetreuung bieten. Einbezogen werden Beispiele aus dem Ausland, die wichtige Denkanstöße für die deutsche Debatte geben können. Hier geht es nicht nur um Chancengleichheit für Frauen. Erst wenn ihr Arbeitskräftepotenzial mobilisiert wird, kann es gelingen, die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die der demographische Wandel mit sich bringt, zu begrenzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird so zu einer zentralen Aufgabe der Beschäftigungspolitik." (Autorenreferat)

[495-F] Geissler, Birgit, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Wohlfahrtsstaat, Arbeitspolitik und Geschlechterverhältnis: Regulierung von Erwerbsarbeit und Biographie

INHALT: keine Angaben
VERÖFFENTLICHUNGEN: Geissler, B.; Pfau-Effinger, B.: Cultural change and family policies in East and West Germany. in: Carling, A.; Duncan, S.; Edwards, R. (eds.): Analysing families. London: Routledge 2001.+++Geissler, B.: Le politiche del lavoro in Germania. in: Magatti, M.; Rizza, R. (eds.): Le politiche del lavoro. Un quadro comparativo. Sociologia del lavoro n. 84. 2002.+++Geissler, B.; Pfau-Effinger, B.: Change in European care arrangements. in: Geissler, B.; Pfau-Effinger, B.: (eds.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Pr. 2005.+++Geissler, B.: Welfare state and the family in the field of social care. in: Geissler, B.; Pfau-Effinger, B.: (eds.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Pr. 2005.+++Geissler, B.: Zeitsouveränität: die paradoxe Erfahrung der Selbstbestimmung. in: Wagner, G.; Hessinger, P. (Hrsg.): Ein "neuer Geist des Kapitalismus"? Ambivalenzen und Paradoxien der Netzwerkökonomien. Wiesbaden: VS-Verl. für Sozialwiss. 2008 (im Erscheinen).
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE V Arbeit und Organisation Professur für Arbeitssoziologie und Sozialwissenschaften (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel.: 0521-106-3870, e-mail: birgit.geissler@uni-bielefeld.de)

[496-L] Gerlach, Irene:
Familienpolitik in Deutschland: Bilanz eines schwierigen Politikfeldes, in: Günther Heydemann, Eckhard Jesse (Hrsg.): 15 Jahre deutsche Einheit : deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen, Berlin: Duncker & Humblot, 2006, S. 177-206, ISBN: 3-428-12130-9 (Standort: UB Münster ZB Sozialwiss.(6A)-MG/15086/114)

INHALT: Der Beitrag geht zunächst auf die unterschiedlichen Begründungsmuster und Leitbilder von Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR ein und beschreibt dann die Entwicklung familienpolitischer Maßnahmen. Es wird die Situation von Familien in Ost- und Westdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sowie deren Entwicklung anhand demographischer Merkmale, der ökonomischen Situation von Familien, der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit sowie des Kinderbetreuungsangebotes dargestellt. Es wird gezeigt, dass es auch noch 15 Jahre nach dem Vollzug der Einheit wesentliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern gibt. Bei den derzeitigen familienpolitischen Handlungsnotwendigkeiten geht es um die monetäre Entlastung von Familien ebenso wie um die Vereinbarkeit von ausreichendem Betreuungsangebot für Kinder mit der Berufstätigkeit. Die Unterstützung von Elternkompetenz wird in der Zukunft eine höhere Bedeutung als bisher erhalten. Vor dem Hintergrund des deutschen 'PISA-Schocks' sollten zukünftig die Bereiche Erziehung, Betreuung und Bildung stärker vernetzt werden. (GB)

[497-L] Gerlach, Irene:
Elterngeld: Geschichte, Konzeption und Potenziale eines neuen familienpolitischen Instrumentes, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 55/2006, H. 3, S. 303-309 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das Eltergeld stellt einen Versuch der konzeptionellen Neuausrichtung im deutschen Familienlastenausgleich dar. Zentral dabei ist der Gedanke, dass den Eltern ein wesentlicher

Teil ihrer Verzichtskosten im ersten Lebensjahr ihrer Kinder ersetzt werden soll. Dahinter steht die Hoffnung auf die häufigere Erfüllung vorhandener Kinderwünsche und schließlich auch diejenige auf eine erhöhte Mütter- bzw. Elternerwerbstätigkeit." (Autorenreferat)

[498-F] Grekopoulou, Paraskevi, Dr. (Bearbeitung); Bender, Christiane, Prof.Dr. (Leitung):
Zur sozialen Lage von Kindern in individualisierter Gesellschaft

INHALT: Immer mehr Kinder wachsen in einer individualisierten Gesellschaft wie Deutschland jenseits gefestigter Familienstrukturen auf. Die Risiken für Kinder, in prekäre Lebenslagen zu geraten, nehmen zu. In diesem theoretischen und empirischen Forschungsprojekt werden Fragen nach den Sollbruchstellen beantwortet, die typischerweise in der gesellschaftlichen Infrastruktur der Kinderbetreuung, der Schulen, der medizinischen Versorgung, der familialen und nachbarschaftlichen Lebenswelten der Kinder aufbrechen und deren Leben und Entwicklung stark belasten. Über diese Analyse hinaus, wird die Frage nach den funktionalen Äquivalenten kommunaler Einrichtungen, Vereine und Kirchen vor Ort beantwortet. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Hamburg
METHODE: Theorien sozialer Ungleichheit
VERÖFFENTLICHUNGEN: Bender, Christiane: Es gibt keine Bilderbuchkinder. Überkommene Familienbilder und ideologische Scheuklappen verhindern Adoptionen. in: Frankfurter Rundschau, 20. Oktober 2006, S. 7.+++Dies.: Förderschulen für Nichtbehinderte öffnen. in: Süddeutsche Zeitung, 26. Oktober 2007.
ART: *BEGINN:* 2006-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Geistes- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Professur für Soziologie (Postfach 700822, 22008 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-6541-2505, e-mail: grekop@hsu-hh.de)

[499-F] Halatcheva, Maya, Dipl.-Soz.; Dietrich, Peter, Dipl.-Psych.; Hermann, Ute, Dipl.-Psych.; Weber, Matthias, Dipl.-Psych.; Sander, Eva, Dipl.-Päd. (Bearbeitung); Fichtner, Jörg, Dr. (Leitung):
Kinderschutz bei hochstrittiger Elternschaft

INHALT: Das Deutsche Jugendinstitut führt in Kooperation mit dem Institut für angewandte Familien-, Jugend- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam (IFK) sowie der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) ein Forschungsprojekt zum Kinderschutz bei hochstrittiger Elternschaft durch. Hoch eskalierte Elternkonflikte bei Trennung und Scheidung sind in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, von anhaltender Aktualität und zunehmend ein Thema in der Fachdiskussion. Für die familien-, kinder- und jugendpolitische Zielsetzung, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu geben, sie zu stärken und zu schützen und ihnen gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen, stellt hochstrittige Elternschaft einen hohen Risikofaktor dar. Deshalb wird nach wirksamen Interventionsansätzen an der Schnittstelle zwischen Familiengerichtsbarkeit und Jugendhilfe gesucht.
METHODE: Mit der Entwicklung und Evaluation zielgruppenspezifischer Diagnosetools und Unterstützungsprogramme möchte das Kooperationsprojekt dazu beitragen, die intrafamilialen Folgen eskalierter Elternkonflikte insbesondere im Hinblick auf den Schutz der betroffenen Kinder zu minimieren sowie die hohen personellen und finanziellen Belastungen der an hoch strittigen Kindschaftsrechtsverfahren beteiligten Institutionen zu vermindern und deren

Arbeit effektiver zu machen. Damit wird erstmalig in Deutschland eine wissenschaftliche Begleitung und vergleichende Bewertung der unterschiedlich weit entwickelten Interventionsansätze geleistet.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Paul, Stephanie; Dietrich, Peter S.: Expertise A: Genese, Formen und Folgen "Hochstrittiger Elternschaft" - nationaler und internationaler Forschungsstand. München: DJI 2006.+++Dies.: Expertise B: Wirkungen von Beratungs- und Unterstützungsansätzen bei hochstrittiger Elternschaft - nationale und internationale Befunde. Potsdam, München: IFK, DJI 2006.+++Ohlemann, Lydia: Interventionsmöglichkeiten bei hochstrittiger Elternschaft: eine Analyse der nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen unter besonderer Berücksichtigung förderlicher Rechsstrukturen im Ausland. München: DJI 2006.+++Fichtner, Jörg: Konzeptionen und Erfahrungen zur Intervention bei hoch konflikthaften Trennungs- und Scheidungsprozessen - exemplarische Praxisprojekte. München: DJI 2006.

ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Familie und Familienpolitik (Postfach 900 352, 81503 München); Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. -IFK- an der Universität Potsdam (Burgwall 15, 16727 Oberkrämer); Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. (Herrnstr. 53, 90763 Fürth)

KONTAKT: Leiter (Tel. 089-62306-351, e-mail: fichtner@dji.de)

[500-L] Hardmeier, Sibylle; Wahl, Angelika von:
Gebären und arbeiten: die Zukunftsfähigkeit deutscher Familien- und Arbeitsmarktpolitik, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 315-337, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: "Seit Jahren schon beschäftigen sich Sozialwissenschaft und Geschlechterforschung mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - nicht zuletzt deshalb, weil mit der fortwährenden Bildungsexpansion und der verstärkten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt das klassische EinErnährer-Modell für Väter ebenso wie das in den 1970er Jahren propagierte Drei-Phasen-Modell (Ausbildung/ Beruf - Kinderbetreuung - Wiedereinstieg) oder das Teilzeitmodell für Mütter einige "Risse" hinnehmen mussten. Dabei verblieb die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber überwiegend ein vermeintliches Frauenthema, das nur mäßige Resonanz in der öffentlichen Diskussion fand. In jüngster Zeit jedoch ist das Problem der Unvereinbarkeit zu einem Thema von erheblicher gesellschaftspolitischer Relevanz geworden: Denn man ist sich inzwischen dessen bewusst geworden, dass diese Frage auch mit Demografie und Bevölkerungspolitik zu tun hat. Allerdings werden in den aktuellen Debatten zuweilen vorschnelle Schlüsse gezogen, die manchmal sogar dazu führen, dass griffige, aber missverständliche Schlagzeilen wie 'Mehr Karriere, weniger Kinder' (Welt Kompakt, 28. Februar 2006, S. 6) formuliert werden, die auf mittlerweile überholten Daten basieren. Der vorliegende Betrag nimmt sich dieser weit verbreiteten Kurzformel als Ausgangspunkt an. Er diskutiert das Verhältnis von Arbeitsmarktintegration zu Kinderrate und weist erstens darauf hin, dass diese Themen nicht nur 'frauenspezifisch', sondern vielmehr an der zentralen Schnittstelle von staatlicher Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu suchen sind. Zweitens zeigt er auf, dass - wenn überhaupt - seit den 1990er Jahren die Realität in vielen Industriestaaten eher mit der Kurzformel 'Mehr Arbeit = mehr Kinder' zu erfassen ist. Methodisch lehnen sich die Verfasser dabei an jene Studien an, die die Entwicklung von

Kinderraten in den modernen Industriestaaten sowohl im Zeitverlauf wie auch international vergleichend analysiert haben. Dabei stützen sie sich einerseits auf das in der Policy-Forschung entwickelte Analyseraster, das Politikwechsel in fortgeschrittenen Industriestaaten untersucht (Hall 1993), um die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit bundesrepublikanischer Politik erfassen zu können. Diesen qualitativen Zugang ergänzen sie - andererseits - mit stärker quantitativen Analysen wie der 'Qualitative Comparative Analysis' (QCA), um Zusammenhänge und Ursachen zu diskutieren." (Textauszug)

[501-F] Helming, Elisabeth, Dipl.-Soz.; Thrum, Kathrin, Dr.; Sandmeir, Gunda, Dipl.-Soz.Päd.; Kindler, Heinz, Dr.; Küfner, Marion (Bearbeitung):
Pflegekinderhilfe

INHALT: 1. Phase: Grobanalyse deutscher Pflegekinderbereich (Datenlage, zentrale Fragestellungen); spezielle Problembereiche; Feststellung des Forschungsbedarfs. 2. Phase: Vertiefende Erhebungen, good practise herausarbeiten. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Multiinformanten (Pflegeeltern, Fachkräfte); Multimethoden (standardisierte Befragung, Fokusgruppen); Erhebung. Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Psychologischer Test (Stichprobe: ca. 300; Pflegeeltern; Auswahlverfahren: total). Gruppendiskussion (Stichprobe: ca. 30; Jugendamtsmitarbeiter; Auswahlverfahren: Quota). Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: ca. 15; Herkunftseltern, Pflegeeltern; Auswahlverfahren: Quota). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: ca. 70; Jugendamtsmitarbeiter; Auswahlverfahren: total. Stichprobe: ca. 700; Jugendämter -zur Struktur- und Materialien; Auswahlverfahren: total). Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Pflegestatistiken, Europa). Rechtsprechungsanalyse. Experteninterviews. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Projektantrag I/II; Projektbericht (intern).

ART: *BEGINN:* 2005-08 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Familie und Familienpolitik (Postfach 900 352, 81503 München); Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht -DIJuF- e.V. (Postfach 102020, 69010 Heidelberg)

KONTAKT: Helming, Elisabeth (e-mail: helming@dji.de)

[502-L] Henry-Huthmacher, Christine (Hrsg.):
Politik für Familien: Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft, Freiburg im Breisgau: Herder 2006, 227 S., ISBN: 3-451-23064-X (Standort: UB Trier(385)-JD-ln43527)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Christine Henry-Huthmacher: Einleitung (7-14); Wassilios E. Fthenakis: Familien: auch heute ein Zukunftsmodell (15-57); Wassilios E. Fthenakis: Der Vater - mehr als (nur) Brotverdiener? (58-85); Wassilios E. Fthenakis: Bis dass euch der Familienrichter scheidet (86-98); Warnfried Dettling: Familienkultur (99-122); Hans Bertram: Kinder - die Zukunft Deutschlands (123-183); Ilse Wehrmann: Kind- und familiengerechte Infrastrukturpolitik (184-212); Ulrich Mückenberger:. Die zeitpolitische Wende in der Familienpolitik (213-226).

[503-L] Hensen, Gregor (Hrsg.):
Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe: Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit, (Soziale Praxis), Weinheim: Juventa Verl. 2006, 188 S., ISBN: 978-3-7799-1767-0 (Standort: UB Duisburg-Essen(464)-IAZ4356)

INHALT: "Die Berücksichtigung ökonomischer Prinzipien und Kriterien nimmt in vielen Bereichen der Sozialen Arbeit schon jetzt einen hohen Stellenwert ein. Diese Ökonomisierung zielt auf die Implementierung marktanaloger und wettbewerbsorientierter Organisationsprinzipien, um die öffentlichen Sozialaufgaben zukünftig vor allem nach Effektivitäts- und Effizienzkriterien auszurichten. Was bedeutet die Ökonomisierung für das Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe - ändern sich ihre fachlichen Leitorientierungen? Sind sie lediglich das Resultat äußerer Anpassungszwänge oder bieten sich auf dieser Grundlage Chancen für eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe? Der Band nimmt eine grundlegende Standortbestimmung zu diesen Fragestellungen vor. Auf der Basis einer analytischen Rekonstruktion dieser Vorgänge werden die Perspektiven für eine zukunftsfähige Kinder-und Jugendhilfe diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christoph Butterwegge: Die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat und der Legitimationsverlust des Sozialen (11-24); Gregor Hensen: Markt und Wettbewerb als neue Ordnungsprinzipien. Jugendhilfe zwischen Angebots- und Nachfragesteuerung (25-41); Karl-Heinz Boeßenecker: Soziale Dienstleister als Marktakteure. Der Gesundheitssektor als Trendsetter auch für die Jugendhilfe? (43-60); Heinz-Jürgen Dahme, Norbert Wohlfahrt: Strömungen und Risiken der Verwaltungsmodernisierung in der Jugendhilfe (61-76); Gaby Flösser, Matthias Vollhase: Freie Wohlfahrtspflege zwischen subsidiärer Leistungserbringung und Wettbewerb (77-88); Werner Schipmann: Privat-wirtschaftliche Leistungsanbieter als Wegbereiter von sozialer Marktentwicklung in der Jugendhilfe. Zur Notwendigkeit einer Neustrukturierung (89-109); Jens Pothmann: Interkommunale Vergleiche - eine Simulation von Markt und Wettbewerb. Empirische Befunde zu Benchmarkingprozessen im Feld Hilfen zur Erziehung (111-126); Johannes Schnurr: Sozialraumbudgets. Verlust öffentlicher Gewährleistungsverantwortung durch sozialraumorientierte Finanzierungskonzepte? (127-136); Arne von Boetticher: Europäisches Wettbewerbsrecht und Dienstleistungsproduktion in der Kinder- und Jugendhilfe (137-157); Gregor Hensen: Rekonstruktion der Ökonomisierung zwischen subjektbezogenen Strategien und gesellschaftlichen Herausforderungen (159-185).

[504-F] Hieming, Bettina (Bearbeitung); Weinkopf, Claudia, Dr. (Leitung):
Instrumente der Arbeitsmarktpolitik und haushaltsnahe Dienstleistungen

INHALT: Im Mittelpunkt dieser Expertise, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erstellt wird, steht die Frage, ob und inwieweit bestimmte bereits bestehende bzw. aktuell diskutierte Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen Wirkung entfalten (können) - insbesondere bezogen auf eine Ausweitung des (legalen und offiziellen) Angebotes. Darüber hinaus soll analysiert werden, ob Job Center als Plattform für die Vermittlung von Kinderbetreuung und haushaltsnahen Dienstleistungen geeignet erscheinen bzw. unter welchen Rahmenbedingungen dies möglich wäre. Als "haushaltsnahe Dienstleistungen" werden hier familien- und haushaltsbezogene Dienstleistungen in einem umfassenden Sinne verstanden, die zur "Entlastung von Familien bei Alltags- und Betreuungsaufgaben" beitragen können - also z.B. Kindertagespflege, hauswirtschaftliche Hilfen, Unterstützung bei der Pflege u.ä. Solche Dienst-

leistungen können grundsätzlich auf zwei Wegen erbracht werden: im Rahmen von Arbeitsverhältnissen in Privathaushalten einerseits oder durch Dienstleistungsunternehmen, die in verschiedenen Branchen angesiedelt sein können, andererseits.

METHODE: Die Untersuchung der Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen: aufgrund einer Auswertung von Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme (bei bereits vorhandenen Förderinstrumenten) oder aufgrund von "Plausibilitätsüberlegungen" unter Rückgriff auf Informationen zu Besonderheiten, Strukturen und Rahmenbedingungen, unter denen haushaltsnahe Dienstleistungen bislang erbracht werden. Diese Vorgehensweise ist sowohl für bestehende als auch für diskutierte Instrumente möglich. Um die Wirksamkeit vorhandener und diskutierter arbeitsmarktpolitischer Instrumente fundiert einschätzen zu können, müssen beide angesprochenen Ansätze kombiniert werden. Hierfür spricht zum einen, dass für noch nicht umgesetzte Instrumente naturgemäß noch keine Erfahrungen zur Inanspruchnahme vorliegen. Zum anderen ist die Datenlage auch bei bereits bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumenten z.T. unzureichend, um auf dieser Basis verlässliche Aussagen darüber treffen zu können, in welchem Umfang sie im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen genutzt werden. Denn es wird häufig nicht erfasst, für welche konkreten Tätigkeiten die arbeitsmarktpolitische Förderung in Anspruch genommen wird. Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz weiterer Methoden notwendig, um zu tragfähigen Aussagen zu kommen - insbesondere eigene Recherchen bei Arbeitsagenturen und Job Centern.

ART: *BEGINN:* 2006-12 *ENDE:* 2007-08 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit (45117 Essen)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0209-1707-142, Fax: 0209-1707-124, e-mail: claudia.weinkopf@uni-due.de); Bearbeiterin (Tel. 0209-1707-179, Fax: 0209-1707-124, e-mail: bettina.hieming@uni-due.de)

[505-L] Hondrich, Karl Otto:
Weniger sind mehr: warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, 280 S., ISBN: 978-3-593-38270-8

INHALT: "Blüht uns der Krieg Alt gegen Jung? Werden wir das Ende der Familie erleben? Sehen wir dem Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, unserer Wirtschaft, unserer Kultur ins Auge? Sind mehr Kinder wirklich die Lösung?" (Autorenreferat)

[506-F] Hüning, Johannes (Bearbeitung); Böllert, Karin, Prof.Dr. (Betreuung):
Das Erziehungsgeschehen in der Familie aus der Perspektive der Familienberichte - eine Rekonstruktion familialer Erziehung, Bildung und Betreuung aus Sicht der sozialpolitischen Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland von 1968-2006

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 1968-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft Forschungsgruppe Personenbezogene Wohlfahrtsproduktion (Georgskommende 33, 48143 Münster)
KONTAKT: Institution, Sekretariat (Tel. 0251-83-24243, Fax: 0251-83-21194, e-mail: ewie@uni-muenster.de)

[507-F] Hüsken, Katrin; Wolf, Karin; Tautorat, Petra; Walter, Michael (Bearbeitung):
Kinderbetreuung in der Familie. Entscheidungsprozesse zu familialen und öffentlichen Betreuungssettings

INHALT: Auswertungen des Mikrozensus und der DJI-Betreuungsstudie belegen, dass Eltern eines gewissen Prozentanteils jedes Altersjahrgangs der 3-Jährigen bis zum Schuleintritt auf die Betreuung ihres Kindes im Kindergarten verzichten. Bei den 3-Jährigen sind es 39%, bei den 4-Jährigen 16% und bei den 5-Jährigen im Schnitt noch 10%. Auswertungen der Mikrodaten des Mikrozensus zeigen, dass diese Entscheidung häufig bei Familien mit Migrationshintergrund sowie bei Familien aus bildungsfernen Milieus getroffen wird. Geht man davon aus, dass der Kindergarten nicht nur für den Spracherwerb der Kinder eine wichtige Rolle spielt, sondern auch in seiner Funktion als Vorbereitung auf die Schule spätere Bildungschancen von Kindern wesentlich mit beeinflusst, so ist zu befürchten, dass zumindest ein Teil der Kinder, der Kindergartenplätze nicht in Anspruch nimmt, schon zu einem frühen Zeitpunkt seines Lebenslaufs von sozialer Ungleichheit im Bildungswesen betroffen ist. Die Thematik bekommt eine besondere Aktualität vor dem Hintergrund der kontrovers geführten Diskussion, ob eine (partielle) Kindergartenpflicht eingeführt werden sollte. Vor einem solch weit reichenden Schritt, der zudem u.a. verfassungsrechtliche Fragen aufwirft, wird es als dringend notwendig erachtet, zunächst einmal genauere Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Gruppen von Eltern warum auf den Kindergartenbesuch verzichten und was verändert werden müsste, damit der Kindergartenbesuch für diese Familien eine ernstzunehmende Alternative darstellt. Diese Thematik bildet die Kernfragestellung des Projekts. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland; voraussichtl. Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Stadtstaaten

METHODE: Phase I: Qualitative Untersuchung: In einer ersten explorativen Phase sollen mit wenigen Eltern, die ihre Kinder Zuhause betreuen, ausführliche halbstandardisierte Interviews geführt werden. Die Auswahl der Familien orientiert sich an den bisherigen Erkenntnissen zu Personengruppen, die auf der Basis der Analysen des Mikrozensus und der DJI-Kinderbetreuungsstudie als diejenigen identifiziert werden konnten, deren Kinder nicht den Kindergarten besuchen. Wichtige Gruppen sind dabei Familien mit einem Migrationshintergrund - und darin insbesondere diejenigen aus Nicht-EU-Staaten - sowie Familien aus bildungsfernen Milieus. Im Zuge dieser explorativen Phase soll weiterhin die Frage der Zugangswege zu den Familien, die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit ihrer Auskunftsbereitschaft sowie die Frage der angemessenen Befragungsform geklärt werden (schriftlich oder mündlich, in Deutsch oder in der Herkunftssprache). Analysen der DJI-Betreuungsstudie legen zusätzlich nahe, dass Umfeldbedingungen wie das vorhandene Platzangebot, aber auch Nachbarschaftskulturen durchaus relevante Einflussgrößen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sind. Deshalb werden solche Umfeldbedingungen, die auf der Basis der Ergebnisse der DJI-Betreuungsstudie noch weiter spezifiziert werden müssen, bei den Analysen berücksichtigt. Inhaltliche Schwerpunkte der leitfadengestützten Interviews sind neben der Frage der Kindertagesbetreuung Daten zur Familienstruktur, zu Ausbildung und Erwerbstätigkeit der

Eltern und zu ihrem sozialen Netzwerk sowie zu den lokalen Angeboten an Kindertagesbetreuung. Die ersten qualitativen Interviews werden von den ProjektmitarbeiterInnen durchgeführt, um Erkenntnisse über die beste methodische und inhaltliche Vorgehensweise zu gewinnen. Auf dieser Grundlage wird dann ein einheitlicher Interviewleitfaden entwickelt, der die Grundlage für die externen, insbesondere fremdsprachigen Interviewer darstellen wird. Für die explorative Phase werden mindestens 50 Interviews durchgeführt. Die Analyse der 50 Interviews wird gesicherte Erkenntnisse darüber ergeben, welche Typologie der Begründungskonstellationen existiert, wie Haushaltskonstellationen und Begründungstypologien in Verbindung stehen, wie die richtigen Interviewpartner gewonnen und motiviert werden können und schließlich wie die geschlossenen Fragen für die quantitative Erhebung aufgebaut sein müssen. Phase II: Quantitative Untersuchung: Auf der Grundlage der im Rahmen der explorativen Projektphase entwickelten Typologie der Begründungskontexte für die häusliche Kinderbetreuung unter Berücksichtigung regionaler und familialer Merkmale wird in der zweiten Phase des Projekts eine quantitativ ausgerichtete Untersuchung durchgeführt. In ausgewählten Gebietseinheiten - unter besonderer Berücksichtigung von Gebieten mit hohem Hauskinderanteil - sollen entsprechend den in der ersten Phase identifizierten Typen Stichproben aus den Haushalten gezogen werden, von denen im Kontext der Einschulung bzw. der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass das neu eingeschulte Kind im vorangegangenen Jahr nicht im Kindergarten war. Eine vollständige Erhebung bei allen in Frage kommenden Eltern per Interview ist nicht möglich. Mittels einer Stichprobenauswahl nach Grundtypen, differenziert nach Personen-, Haushalts- und Umfeldmerkmalen, kann die Anzahl der Interviews auf 10 bis 15 Prozent der Nicht-Besucher beschränkt werden. Die Recherche und Auswahl der Standorte sowie die Vorbereitung der Auswahl der InterviewteilnehmerInnen beginnt bereits im Februar 2007 und läuft somit parallel zur Explorationsphase. Mit den ausgewählten Eltern werden standardisierte Interviews mit ausschließlich geschlossenen Fragen durchgeführt. Als Zielgröße ergibt sich eine Anzahl von ca. 1.000 standardisierten Interviews. *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 50; Familien, deren Kinder keinen Kindergarten besuchen; Auswahlverfahren: Quota). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 500 -geplant-; Familien, deren Kinder keinen Kindergarten besuchen; Auswahlverfahren: Quota). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Tautorat, Petra; Walter, Michael; Hüsken, Katrin; Wolf, Karin: Kinderbetreuung in der Familie. Zwischen Platzmangel und Entscheidungsfreiheit. Zwischenbericht. Dortmund, München.

ART: *BEGINN:* 2006-12 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

INSTITUTION: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Kinder und Kinderbetreuung (Postfach 900352, 81503 München); Technische Universität Dortmund, Fak. 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut - Universität Dortmund (Vogelpothsweg 78, 44227 Dortmund)

KONTAKT: Wolf, Karin (e-mail: kwolf@dji.de, Tel. 089-62306-173, Fax: 089-62306-407)

[508-L] Jurczyk, Karin:
Ansätze zu einer emanzipatorischen Familienpolitik: der Siebte Familienbericht, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 10, S. 531-537 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Anlass für die aktuelle Aufmerksamkeit, die Familie und Familienpolitik erfahren, ist vor allem, dass die Konsequenzen des demografischen Wandels realisiert werden. Demgegenüber findet die Gleichstellungspolitik derzeit wenig Beachtung. Der Siebte Familienbericht der Bundesregierung versucht erstmals, diese beiden Politikbereiche systematisch miteinander zu verbinden. Er argumentiert, dass das Modernisierungsdefizit der Familienpolitik in Deutschland fatale Folgen habe. Die Beibehaltung traditionell gerahmter Geschlechterverhältnisse führe bei sich gleichzeitig verändernden gesellschaftlichen Bedingungen zu erheblichen Problemen im Familienleben und verhindere nicht zuletzt auch die Realisierung von Kinderwünschen. Deswegen fokussiert der Bericht auf die Umsetzung des Zweiverdienermodells, das Fürsorge im Lebenslauf für beide Geschlechter einschließt. Die Operationalisierbarkeit dieses Modells wird in verschiedenen Szenarien durchgespielt. Gleichwohl haben die hier sichtbaren emanzipatorischen Ansätze der Familienpolitik auch Grenzen und machen eine eigenständige Gleichstellungspolitik nicht überflüssig." (Autorenreferat)

[509-L] Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Ziegler, Holger (Hrsg.):
Erziehung zur Armut?: soziale Arbeit und die 'neue Unterschicht', Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 146 S., ISBN: 978-3-531-15389-6

INHALT: "Die 'neue Unterschicht' ist entdeckt und die Erziehung dieser prekarisierten Gesellschaftsmitglieder wird gefordert. Fachexpertinnen aus Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik gehen in diesem Band der Frage nach, wie angemessen eine solche Diagnose der 'neuen Unterschicht' und der damit verbundene Therapievorschlag einer Erziehung zur Armut ist: Wie wird hier soziale Ungleichheit in einer veränderten Form zum Gegenstand? Welche Herausforderungen sind damit für die Soziale Arbeit verbunden? Hält die Diagnose einer 'neuen Unterschicht' einer empirischen Überprüfung stand? In welcher Weise werden hier bestimmte Bevölkerungsgruppen zum Zielpunkt politischer Strategien? Die Beantwortung dieser Fragen macht das Spannungsverhältnis struktureller, kultureller und moralischer Erklärungsversuche mit Blick auf eine fachliche und politische Verortung Sozialer Arbeit analysierbar." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Fabian Kessl, Christian Reutlinger, Holger Ziegler: Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die "neue Unterschicht"- eine Einführung (7-15); Karl August Chassi: Unterschicht, prekäre Lebenslagen, Exklusion - Versuch einer Dechiffrierung der Unterschichtsdebatte (17-37); Mark Stern: Becoming mainstream: from the underclass to the entrepreneurial poor (39-54); Catrin Helle, Alexandra Klein, Sandra Landhäußer, Holger Ziegler: Das Elend der Sozialen Arbeit - Die "neue Unterschicht" und die Schwächung des Sozialen (55-79); Micha Brumlik: Soll ich je zum Augenblicke sagen ... Das Glück: Beseligender Augenblick oder erfülltes Leben? (81-96); Fabian Kessl, Christian Reutlinger: "Sozialhilfeadel oder Unterschicht?" Sieben Einwände gegen die territoriale Manifestation einer "neuen Unterschicht" (97-101); Michael Winkler: S' Lebbe iss doch, wie's iss. Unterschicht, Kultur und Soziale Arbeit - eine andere Geschichte (103-133); Fabian Kessl: Die Wiederkehr der sozialen Frage - ein Postskriptum zur jüngsten Debatte um die "neue Unterschicht" (135-144).

[510-F] Kleine, Wilhelm, Univ.-Prof.Dr.; Podlich, Carola, Dipl.-Sportlehrerin (Leitung):
Kinder in einer Altengesellschaft

INHALT: Angebunden an bestehende demografische Entwicklungsmodelle sollen in qualitativen Studien Experten, Kinder, Jugendliche, Vertreter der mittleren und alten Generation befragt und wissenschaftliche Ansätze wie Literatur analysiert werden, um zur Formulierung von Szenarien zu kommen, die die Lebensbedingungen von Kindern in einer Altengesellschaft beschreiben und als entsprechende Beratungsmodelle für die Strukturierung zukünftiger Gesellschaftsformen dienen können. Szenarienschwerpunkte können sein: Familienstruktur, Raum- und Zeitstrukturen, Medien, Arbeitsmarkt, Wirtschaft/ Finanzen, Bildung, Freizeitaktivitäten.

ART: *BEGINN:* 2004-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Schulsport und Schulentwicklung (Carl-Diem-Weg 6, 50927 Köln)

KONTAKT: Kleine, Wilhelm (Prof.Dr. Tel. 0221-4982-4540, e-mail: kleine@dshs-koeln.de)

[511-L] Klenner, Christina:
Gleichstellungspolitik vor alten und neuen Herausforderungen: welchen Beitrag leistet die Familienpolitik?, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 10, S. 523-530 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2007_10_klenner.pdf)

INHALT: "Der Beitrag analysiert den Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Während es Fortschritte vor allem in Bezug auf die rechtliche Gleichstellung, bei der Bildung, in den Einstellungen zu Geschlechterrollen sowie in der politischen Repräsentation gegeben hat, ist die Zunahme existenzsichernder Frauenerwerbsarbeit nur schleppend vorangekommen. Die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern ist nach wie vor groß, beim Frauenanteil an höheren Positionen sowie bei der geschlechtsspezifischen Verteilung der Familienarbeit hat sich kaum etwas verändert. Bezüglich der Arbeitszeit werden die Unterschiede sogar größer. Die Analyse zeigt, dass Deutschland nach wie vor eine Gleichstellungspolitik braucht, die über die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinausgeht. Gleichstellungspolitik steht dabei vor der Herausforderung, angesichts der auseinander driftenden sozialen Lage modifizierte Konzepte für verschiedene Gruppen von Frauen zu entwickeln. Die gegenwärtige Familienpolitik kann trotz ihrer Widersprüchlichkeit einen Beitrag zu mehr Gleichstellung leisten. Sie kann aber eine umfassende Gleichstellungspolitik nicht ersetzen." (Autorenreferat)

[512-F] Klinkhammer, Nicole, M.A. (Bearbeitung); Leu, Hans Rudolf, Dr. (Leitung):
Die Entwicklung erweiterter und flexibler Angebote in ausgewählten Bundesländern Deutschlands

INHALT: Ziel des Projektvorhabens ist es, einen Beitrag zur bedarfsgerechten Entwicklung familienfreundlicher, qualitativer Angebote in der Kinderbetreuung zu leisten. Zu diesem Zweck sollen zunächst gezielt innovative Formen von Flexibilisierung und Erweiterung von Angeboten zur Kindertagesbetreuung recherchiert werden, die über Regelangebote hinausgehen. Die empirischen Erhebungen an ausgewählten Standorten stellen eine erste Sichtung der jeweiligen Rahmenbedingungen und Strategien wichtiger involvierter Akteure (u.a. Leitung der Kindertageseinrichtung, Trägervertreter, Eltern/ Elternbeirat) ebenso wie deren Erfahrungen

dar. Auf dieser Grundlage werden Wege aufgezeigt, wie unter unterschiedlichen regionalen Bedingungen ein über das Regelangebot hinausgehender Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsbedarf im Interesse sowohl der Eltern als auch der Kinder aufgebaut und gesichert werden kann. Damit zielt das Projekt auch auf die Ubertragbarkeit der recherchierten Modelle flexibler Kinderbetreuung ab. Inwieweit können die Erkenntnisse aus den jeweils untersuchten Modellen übertragbar gemacht werden für andere Standorte? Angesichts der gegebenen komplexen Förderstrukturen und Akteurskonstellationen ist es für die Analyse der Modelle von Bedeutung, sich auf die für alle Standorte wesentlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungsvoraussetzungen zu konzentrieren. Die Möglichkeiten der Planung und Bereitstellung flexibler Betreuungsangebote hängt nach derzeitigem Erkenntnisstand von folgenden Dimensionen ab: 1. bundeslandbezogene Gesetzgebungen, 2. kommunale Fördervorgaben, 3. Trägerstrukturen und -interessen, 4. Elternperspektive, 5. einrichtungsbezogene Bildungs- und Förderkonzepte der Kinder. Jenseits der bestehenden regionalen Unterschiede kann die Analyse der unterschiedlichen Strukturebenen sowie der spezifischen Situation der Einrichtung, der Eltern, aber auch der Bildungs- und Betreuungskonzepte für Kinder einen erkenntnisleitenden Gewinn für die Weiterentwicklung der Angebote flexibler Kinderbetreuung liefern. Zusammenfassend verfolgt das Vorhaben zwei Kernziele: a) Einen ersten Überblick schaffen Durch die Darstellung innovativer Betreuungsmodelle soll die Bandbreite an Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen aufgezeigt werden. Bei der Auswahl der Modelle wird der Versuch unternommen, die in der Praxis bereits bestehende Heterogenität entsprechend abzubilden (z.B. Trägerform, Kooperationsmodelle (u.a. Kita-Tagesmütter), Einrichtungsform und Altersspanne der Kinder (z.B. Krippe, Kindergarten, altersgemischte Kita); b) Transfer ermöglichen. Die Anlage der empirischen Untersuchungen lässt es darüber hinaus zu, Gemeinsamkeiten z.B. in den Finanzierungswegen oder Kooperationsformen, aber auch wichtige Eckwerte für die Qualität der pädagogischen Angebote zu erfassen. Um einen Impuls für die Praxis geben zu können, gilt es die Ergebnisse der Analyse für einen Transfer prägnant zu abstrahieren (z.B. in einer Art von Leitfaden). *ZEITRAUM:* 2007/2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Standorte in ausgewählten Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, NRW, Sachsen)

METHODE: Als heuristischer Analyserahmen wird das sozialwiss. Konzept des "Welfare Mix" bzw. dem "Wohlfahrtspluralismus" angewandt. Dieses Konzept erscheint für die gegebene Fragestellung als besonders fruchtbar, weil es davon ausgeht, dass eine Wohlfahrtssteigerung für eine Gesellschaft - in diesem Fall die Weiterentwicklung bzw. der Ausbau der Kindertagesbetreuung - nicht durch einen Sektor alleine gewährleistet werden kann, sondern ein Zusammenwirken aller Sektoren - Markt, Staat, Bürgersgesellschaft/ Non-Profit Sektor und intermediärem Sektor - notwendig ist. Bei diesem Zusammenwirken gilt es die sektorspezif. Eigenlogiken optimal miteinander zu verknüpfen, d.h. das Konzept berücksichtigt u.a. die akteursspezif. Handlungslogiken und Organisationskulturen, die Finanzierung von Angeboten durch einen Ressourcenmix und die jew. Zielvorstellungen der Akteure, die auch in Konflikt miteinander stehen können. Das bedeutet, das Konzept des "Welfare Mix" ist nicht nur eine analytisch-konzeptionelle Antwort auf die bereits in der Praxis bestehenden "Ressourcen- und Akteursmixturen" zur Gestaltung und Finanzierung soz. Einrichtungen bzw. der erweiterten Angebote in der Kindertagesbetreuung. Für die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen sowie unter Einbezug welcher Akteure und Ressourcen Angebote ermöglicht werden können, bietet es darüber hinaus auch eine sinnvolle Analysefolie an. Von Interesse sind erw. und flexible Bildungs- und Betreuungsangebote, die über das im jew. Bundesland vorhandene "Regelangebot" hinausgehen und damit auf die veränderten Bedarfe von Familien reagieren. Hierfür ist es notwendig, auf der Basis von Dokumentenanalysen (v.a. Gesetzestexte auf Lan-

des- bzw. Kommunalebene) die unterschiedl. Bedeutungen des Begriffs "Regelangebot" in ausgew. Bundesländern zu klären, um dann insg. 10 Kindertageseinrichtungen zu recherchieren, die bes. flexible, deutlich erweiterte und damit über das sonst verbreitete Regelangebot hinausgehende Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder anbieten. Die empirische Arbeit setzt sich i.W. aus 2 Phasen zusammen: Telefoninterviews mit wichtigen Akteuren an diesen 10 recherchierten Standorten sowie einem Besuch und damit verbundenen Erhebungen bei 4-5 aus diesem Sample ausgewählten Modellen (u.a. Erfassung der Elternperspektive) zusammen. Diese Erhebungsschritte stellen den Kern der Informationsgenerierung dar. Für die Interviewvorbereitung sind für die ausgew. Standorte die Daten und Informationen zu folgenden Dimensionen entsprechend in die Überlegungen mit einzubeziehen: bundeslandbezogene Gesetzgebungen, kommunale Fördervorgaben, Trägerstrukturen. Das erforderliche Material setzt sich aus leitfadengestützten Telefoninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen der Träger, Jugendamt und der Einrichtungsleitung sowie zusätzl. Befragungen vor Ort zusammen (u.a. Gruppendiskussionen mit Eltern der Einrichtung, Interviews mit Trägervertretungen). Durch den Einblick in den Betreuungsalltag vor Ort sowie die Sichtung wichtiger Dokumente, insb. mit Blick auf das päd. Bildungs- und Betreuungskonzept der Kita, können wesentl. Informationen über das jew. Modell gewonnen werden. Die gewonnen Informationen sollen in der Analyse Aufschluss geben über die beiden Dimensionen: 1. Elternperspektive, 2. einrichtungsbezogene Bildungs- und Förderkonzepte der Kinder. Ziel dieses methodischen Vorgehens ist es, die wesentl. Faktoren herauszuarbeiten, die in den recherchierten Einrichtungen zur Angebotsflexibilisierung und -erweiterung geführt haben und welche Entwicklungshürden und -möglichkeiten im Kontext der geg. Förderbedingungen bestehen. Hier schließt sich das Interesse an, Informationen über die Organisation und Finanzierung der Modelle zu gewinnen. Durch den Einbezug unterschiedl. Akteursperspektiven ist es möglich, förderliche oder spannungsreiche Faktoren für die jew. Akteurskonstellationen oder - Kooperationsformen zu analysieren. Untersuchungsdesign: Querschnitt; Fokus auf spezif. Stichprobe *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, standardisiert (Stichprobe: 6; Landesgesetzgebungen -Kindertagesbetreuung-; Auswahlverfahren: bewusst). Gruppendiskussion (Stichprobe: 6; Eltern -6 Gruppen à 4-8 TeilnehmerInnen-; Auswahlverfahren: Zufall). Qualitatives Interview (Stichprobe: 6; Experteninterview mit VertreterInnen örtlicher Jugendämter; Auswahlverfahren: bewusst). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 16; Leitung/ Geschäftsführung von Kindertageseinrichtungen; Auswahlverfahren: bewusst). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 445; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2007-06 *ENDE:* 2008-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Robert Bosch Stiftung GmbH

INSTITUTION: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Kinder und Kinderbetreuung (Postfach 900352, 81503 München)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 089-62306-173, e-mail: nklinkhammer@dji.de)

[513-L] Knuth, Nicole; Koch, Josef; Nüsken, Dirk; Wolff, Mechthild (Hrsg.):
Hinter'm Horizont geht's weiter ...: Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe, Frankfurt am Main: IGfH-Eigenverl. 2006, 380 S., ISBN: 3-925146-62-8 (Standort: FHB Merseburg(542)-Sozpaed79.10/675(1)/1)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Franz Hamburger: Perspektiven der Jugendhilfe zwischen europäischer Öffnung und sozialpolitischer Schließung (23-48); Joachim Merchel: Markierungs-

punkte für fachliche und organisatorische Veränderungen in der Erziehungshilfe: Wollen oder müssen sich Akteure der Erziehungshilfe bewegen? (49-86); Michael Galuske: Methodenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe -Risiko oder Chance? (49-86); Claudia Bier-Fleiter: Familienbilder in der Jugendhilfe (87-114); Ulrich Bürger, Reinhold Schone: Demographischer Wandel und Erziehungshilfen -Anforderungen und Perspektiven (115-130); Luise Hartwig: Kinder und Jugendliche in Gewaltbeziehungen. Neue Problemanzeigen und Perspektiven für die Hilfen zur Erziehung (151-164); Friedhelm Peters: Die Organisation der Jugendhilfe und ihre herrschenden Diskurse - Widersprüchlichkeiten und sozialpolitische Herausforderungen (165-190); Uwe Schulz: Bildung, Erziehung, Förderung und Betreuung an einem Ort: Die offene Ganztagsschule in Nordrhein-Westfalen (191-208); Matthias Schilling: Fachkräfte in den Erziehungshilfen - Anforderungen und Qualifikationsprofile (209-224); Werner Freigang: Anforderungen an die Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe -Welches Personal braucht die Erziehungshilfe? (225-242); Mathias Schwabe: Indikatoren einer professionellen Hilfeplanung nach Paragraf 36 KJHG - Thesen vor dem Hintergrund eines Methodenbuchs für die Praxis (243-266); Dirk Nüsken: Chancen trotz Rückzug oder der Anfang vom Ende? Hilfen für junge Volljährige: Eine Zwischenbilanz (267-288); Hannelore Häbel: Zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit geschlossener Unterbringung in der Heimerziehung (289-304); Rita Bünemann de Falcdn: Zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in den Hilfen zur Erziehung - Ein Beispiel aus der Praxis (305-326); Hans-Ullrich Krause: Perspektiven der Hilfen zur Erziehung (327-354); Karlheinz A. Geißler: Das Glück wartet in der Pause. Von der Produktivität unproduktiver Zeitformen (355-376).

[514-F] Küfner, Marion; Eschelbach, Diana; Phillips, Axel, Dr. (Bearbeitung); Meysen, Thomas, Dr. (Leitung):
Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe

INHALT: Entwicklung von Vorschlägen für eine Neuregelung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit (Paragrafen 86ff. SGB VIII) und Kostenerstattung (Paragrafen 89ff. SGB VIII) innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Qualitative Interviews; Rechtsgutachten. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen (Rechtsgutachten des DIJuF, einschlägige Rechtsprechung und Literatur; Auswahlverfahren: total). Qualitatives Interview (Stichprobe: 30-40; MitarbeiterInnen von Jugendämtern und freien Trägern; Auswahlverfahren: Auswahlplan). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht -DIJuF- e.V. (Postfach 102020, 69010 Heidelberg)
KONTAKT: Küfner, Marion (Tel. 06221-981817, e-mail: kuefner@dijuf.de)

[515-L] Lange, Yvonne:
Fertilität und Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland: eine empirische Analyse,
(Schriften zur empirischen Wirtschaftsforschung, Bd. 10), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 153 S., ISBN: 978-3-631-56265-9

INHALT: "Um die negativen Folgen des demografischen Wandels abzumildern, werden u.a. eine verstärkte Frauenerwerbstätigkeit und eine Steigerung der Geburtenrate diskutiert. Der Gesamtkonzeption aus familien-, gesellschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele muss eine detaillierte Erforschung ihrer Ursachen vorausgehen. Das ist Ziel dieser Arbeit, in deren Zentrum eine quantitative Analyse des Zusammenhangs zwischen der Fertilität und der Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland steht. In einer ersten Stufe dienen empirische Analysen der Ableitung potentieller Determinanten für die ökonometrischen Paneldaten-Modelle der zweiten Stufe. Multivariate Probitmodelle für Querschnittsdaten, Classical-Pooling-Probitmodelle sowie Random-Effects-Probitmodelle kommen dabei zur Anwendung. Sie bringen die erklärenden Variablen hervor, die einerseits die Fertilität und andererseits die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland signifikant beeinflussen. Die im Rahmen dieser Arbeit gewonnenen Ergebnisse sind plausibel und anschaulich zu interpretieren, sodass aus ihnen Eckpunkte einer Familienpolitik abgeleitet werden können." (Autorenreferat)

[516-F] Mennemann, Hugo, Prof.Dr.; Macsenaere, Michael, Prof.Dr.; Meyer, Friedrich, Dr. (Bearbeitung); Löcherbach, Peter, Prof.Dr.; Hermsen, Thomas, Prof.Dr.; Paries, Gabriele (Leitung):
Computergestütztes Case Management in der Kinder- und Jugendhilfe (CM4JU) - Vernetzungsformen sozialer Arbeit. Evaluationsstudie zum Thema Kundenzufriedenheit und Wirkungszusammenhänge von Maßnahmen im Bereich Hilfen zur Erziehung

INHALT: 1. Fortentwicklung und Optimierung des Softwareprogramms GeDok in der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung Um Verfahren der wirkungsorientierten Steuerung im Bereich Hilfen zur Erziehung dauerhaft und überregional vergleichend einsetzen zu können, wird das von einigen kommunalen Jugendämtern eingesetzte Softwareprogramm GeDok in der Weise optimiert und erweitert, dass eine systematische und empirisch abgesicherte datenbasierte Erfassung, Dokumentation und Auswertung fallbezogener und systembezogener Daten ermöglicht wird. Im Vordergrund steht die Erfassung aller relevanten Daten zur Analyse der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Die mittels dieser erweiterten Funktionalitäten gewonnenen Informationen bilden die Grundlage für eine prospektive Evaluation der Wirkungsweise von biographie- und netzwerkorientierten Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Handlungskonzeptes des Case Managements (CM). Um eine einseitige Fokussierung auf CM von GeDok zu vermeiden wird konsequent darauf geachtet, dass es sich um ein hinsichtlich der eingesetzten Methodik standardisierbares computergestütztes Dokumentations- und Evaluationsinstrument handelt, das grundsätzlich den Vergleich aller Handlungskonzepte der sozialen Arbeit hinsichtlich Effektivität und Effizienz erlaubt. Am Beispiel der auf CM ausgerichteten Evaluationsstudie (Zielsetzung 2) wird die Funktionalität und Praktikabilität des Programms systematisch erprobt. Im Vordergrund steht die datenbasierte Eignung für ein Qualitätsentwicklungsverfahren und zwar ganz unabhängig davon, ob das jeweilige Jugendamt CM dauerhaft implementiert oder nicht. Zusammengearbeitet wird hierbei mit der Firma GEBIT aus Münster, die das Programm GeDok entwickelt hat. Fachberaterisch und personell begleitet wird die Umsetzung dieses Projektziels durch die Katholische Fachhochschule NW Nordrhein-Westfalen, die Katholische Fachhochschule Mainz und den Landschaftsverband Rheinland in Köln. 2. Durchführung Evaluationsstudie von Wirkungszusammenhängen Seitens der Praxis wird mit der Einführung von CM unterstellt, dass dieses Handlungskonzept nicht nur zu einer bedarfsgerechten Ausschöpfung der Hilfsmöglichkeiten des gesamten Leistungskatalogs der Hilfen zur Erziehung führt, sondern

auch, dass mittels CM sowohl die Effektivität und Effizienz der Hilfeleistung (Reduzierung der Kosten bei gleichen Effekten, gleiche Kosten bei höheren Effekten, Anschlusshilfen entfallen) erhöht wird, die Kooperationsbereitschaft des Klienten zunimmt und damit die subjektive Zufriedenheit im Hilfeprozess gesteigert wird. Verbessert wird, so die Annahme, auch der Aufbau von Ressourcen, der Abbau von Defiziten bei den betroffenen jungen Menschen und deren Familien sowie die Mitarbeiterzufriedenheit in den beteiligten Institutionen. Das Forschungsprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, diese Grundannahmen zu überprüfen. Damit reagiert das Vorhaben auf ein Bedarfsprofil der Praxis, das vor dem Hintergrund des Wandels der sozialen Dienste intensiv nachgefragt wird. Die aktuelle Diskussion um die Weiterentwicklung der sozialen Dienste im Bereich der Hilfen zur Erziehung konzentriert sich insbesondere auf die Frage, wie bei knappen öffentlichen Mitteln der aus unterschiedlichen Gründen notwendige weitere Ausbau in fachlich angemessener Weise realisiert und zugleich ein hohes Maß an Qualität sichergestellt werden kann. Gleichzeitig stehen die Diensteanbieter vor der Aufgabe, auf gewandelte Nutzererwartungen und -bedingungen (Kundenorientierung) zu reagieren, die Leistungs- und Einrichtungsvielfalt besser aufeinander abzustimmen und Fragen der Qualitätssicherung einen höheren Stellenwert einzuräumen.

METHODE: Um den Herausforderungen im Rahmen der geplanten Evaluationsstudie gerecht werden zu können, erscheint im vorliegenden Fall die Wahl eines Kontrollgruppendesigns als geeignet. In den beteiligten kommunalen Jugendämtern werden zwei Untersuchungsgruppen gebildet, eine Experimentalgruppe mit der zu evaluierenden Maßnahme und eine Kontrollgruppe ohne diese Maßnahme. Die Zielsetzung besteht in der Entwicklung eines Evaluationsdesigns, das sowohl Aussagen hinsichtlich der Effizienz als auch hinsichtlich der Zufriedenheit von Kunden und Mitarbeitern erlaubt. Auf diese Art wird Fehlentwicklungen einer einseitigen ökonomischen Sichtweise entgegengesteuert, wie sie mit der Einführung von CM in den Vereinigten Staaten auch heute noch zu beobachten sind. 3. Einführung eines wissensbasierten Geschäftsprozessmanagements als Qualitätssicherung. Auf der Basis der erhobenen Daten und Ergebnisse wird für die beteiligten Jugendämter in der Endphase des Projektes eine Auswertung erstellt, die sowohl einen Einzelbericht mit den eigenen Daten als auch einen Gesamtbericht mit den Daten der Gesamtstichprobe enthält. Mittels dieser Daten und ebenfalls unabhängig von der Frage, zu welchen Ergebnissen die Studie hinsichtlich des Stellenwertes von CM kommt, bilden diese Informationen einen Wissenspool, der im Interesse der Effizienz und Qualitätssicherung jeweils für die einzelnen Jugendämter und auch für Jugendämter im Verbund nutzbar ist. Die Daten und gewonnenen Ergebnisse lassen sich in Relation setzen zu anderen Jugendämtern, um auf der Basis dieses Wissens ein Stärken- und Schwächenprofil erstellen zu können. Standardisierte Befragung, schriftlich: Im vorliegenden Fall werden zwei Untersuchungsgruppen gebildet: die Experimentalgruppe, in der systematisch Case Management-Methoden eingesetzt werden und die Kontrollgruppe, in der ohne Case Management gearbeitet wird. Die Erhebung ist prospektiv konzipiert. Dies ist zwar mit einem höheren Aufwand verbunden, führt aber bei einer konsequenten Umsetzung zu harten und validen Daten. Retrospektive Erhebungstechniken, wie zum Beispiel Aktenanalysen, können in Anbetracht der Sensibilität des Untersuchungsgegenstandes bestenfalls als ergänzende Methode eingesetzt werden. Für Veränderungsmessungen stellt ein Pretest-Posttest-Plan mit zwei Erhebungszeitpunkten zu Beginn und am Ende der Intervention die Minimalvoraussetzung dar. Da ein weiterer Erhebungszeitpunkt die Reliabilität der Messungen erheblich steigern kann und darüber hinaus differenzierte Verlaufsaussagen gewonnen werden, sind mindestens drei Erhebungszeitpunkte geplant: t1: Ausgangserhebung (Pretest), t2: Verlaufserhebung zur Hälfte der prognostizierten Hilfedauer, t3: Abschlusserhebung zum Ende der Hilfe (Posttest). Zum Beleg der Nachhaltigkeit wäre(n) darüber hinaus eine oder mehrere Katamne-

se(n) fachlich geboten. Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfeevaluation (zum Beispiel Jugendhilfe-Effekte-Studie) zeigen allerdings, dass katamnestische Erhebungen trotz hohen Aufwandes mit einem zum Teil drastischen drop-out (Reduzierung der Stichprobengröße) verbunden sind. Im Rahmen der hier geplanten Untersuchung mit einer Laufzeit von drei Jahren kann eine Katamnese aufgrund des prospektiven Erhebungsdesigns nicht verwirklicht werden. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 75; Experimentalgruppe, Kontrollgruppe). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Poguntke-Rauer, Markus; Mennemann, Hugo; Löcherbach, Peter: Hilfeplanprozess und Assessment im Allgemeinen Sozialen Dienst durch EDV-Unterstützung. in: NDV, Jg. 87, 2007, Nr. 3, S. 75-84.

ART: *BEGINN:* 2005-03 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesministerium für Bildung und Forschung

INSTITUTION: Katholische Fachhochschule Mainz, FB Soziale Arbeit (Postfach 2340, 55013 Mainz); Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen Abt. Münster, FB Sozialwesen (Piusallee 89, 48147 Münster); IKJ Institut für Kinder- und Jugendhilfe gGmbH (Saarstr. 1, 55122 Mainz); Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie - GEBIT- (Corrensstr. 80, 48149 Münster)

KONTAKT: Hermsen, Thomas (Prof.Dr. Tel. 06131-2894417, e-mail: hermsen@t-online.de)

[517-L] Merino, Rafael; Seckinger, Mike:
Partizipation von Kindern und Jugendlichen in und durch Jugendarbeit: einige Betrachtungen aus spanischer und deutscher Perspektive, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2/2007, H. 4, S. 361-376 (Standort: USB Köln(38)-XG 9053; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Förderung der Beteiligung Jugendlicher gehört zu den wichtigsten Zielen der Jugendpolitik auf europäischer Ebene. In diesem Beitrag zeigen die Autoren an Entwicklungslinien in der Jugendarbeit in Spanien und Deutschland wie sich dieses Politikziel widerspiegelt. Im Vergleich der Entwicklungen werden sowohl Unterschiede in der Absicherung und dem Stellenwert von Jugendarbeit deutlich als auch Hindernisse bei der Förderung von Beteiligung erkennbar, die in Spanien und Deutschland zum Tragen kommen." (Autorenreferat)

[518-F] Micheel, Brigitte, Dr.; Bußmann, Ulrike (Bearbeitung); Stöbe-Blossey, Sybille, Dr. (Leitung):
Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung

INHALT: Arbeitsmarktpolitik einerseits und die Infrastrukturentwicklung in der Kinderbetreuung andererseits stehen in einem doppelten Zusammenhang. Erstens wird die außerfamiliäre, zunehmend auch ganztägig erforderliche Betreuung von Kindern selber zu einem bedeutenden Beschäftigungsbereich, in dem Arbeitsplätze (meistens für Frauen) entstehen. Ohne geeignete Konzepte könnte es allerdings angesichts der demographischen Entwicklung in diesem eigentlich expansionsträchtigen Beschäftigungsfeld auch zum Wegfall von Arbeitsplätzen kommen; die Chancen bestehen vor allen darin, dass Arbeitsplätze abgesichert und neu geschaffen werden, indem die Betreuungsangebote erweitert und ergänzt werden - sowohl bezüglich der Altersgruppen als auch im Hinblick auf die Entwicklung von differenzierten,

ganztägig verfügbaren Angeboten, die Eltern auch bei sog. "atypischen" Arbeitszeiten tatsächlich eine Berufstätigkeit ermöglichen. Damit ist der zweite Aspekt des Zusammenhangs zwischen Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung angesprochen: Eltern brauchen geeignete Kinderbetreuungslösungen, um am Erwerbsleben teilhaben zu können - die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung ist damit ein zentrales Element, das die Beschäftigungsfähigkeit von Eltern beeinflusst. Ziel des Modellprojekts "Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung" ist die Forschung und Entwicklung zu Konzepten, zu einer Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsinfrastruktur mit größtmöglichen positiven arbeitsmarktpolitischen Effekten beitragen. Im Sinne eines Aktivierungsansatzes soll das Projekt ein Anschub- und Entwicklungsmanagement für den Aufbau von ergänzenden flexiblen und individualisierten Betreuungsangeboten leisten, lokale Akteure bei dieser Aufgabe unterstützen und damit zur Entwicklung innovativer, nachhaltiger Strukturen führen. Dem IAT obliegt dabei die Aufgabe der Forschung, dem Kooperationspartner do.it Projektmanagement GmbH & Co. KG (Castrop-Rauxel) die Aufgabe der Entwicklung.

METHODE: Im Rahmen des Projektes werden den Zielsetzungen entsprechende Konzepte analysiert und weiterentwickelt, Handreichungen erarbeitet und Berater/innen geschult. In Kooperation mit den örtlichen Jugendämtern werden in sechs Kommunen modellhaft innovative Strukturen aufgebaut. Das IAT wird den Prozess wissenschaftlich begleiten und in generalisierbarer Form auswerten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Micheel, Brigitte: U.Fa.Flex. NRW - Modellprojekt "Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung". Workshop "Gute Praxis Kinderbetreuung U3 für Mütter und Väter aus der Elternzeit", GIB, Bottrop, 10.08.2006.+++Dies.: Dienstleistungen für Kinder und Familien - Kommentierung im Lichte der beschäftigungsorientierten Forschung. "Verborgene Potenziale" - Neue Handlungsfelder und neue Jobs in personenorientierten sozialen Dienstleistungen/ Auswertungsworkshop Deutschland, IRS - Job Creation in Innovative Relational Services, Zeche Zollverein, Essen, 17.10.2006.+++Dies.: Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagespflege - ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit am Arbeitsmarkt? Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung - Ausbau der Betreuungsinfrastruktur - ein Handlungsfeld für Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte in Lokalen Bündnissen für Familie, Workshop DGB-Projekt "Vorfahrt für Familien", DGB, Düsseldorf, 08.11.2006.+++Dies.: U.Fa.Flex.NRW - Modellprojekt "Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung". Frauenbeirat, Stadt Bochum, Bochum, Rathaus, 05.09.2006.+++Dies.: Unternehmen (+) Familie - atypische Betreuungsbedarfe und betriebliche Unterstützung. Forum: Familie und Betreuung, SPD Ennepe-Ruhr, Herbede, 29.08.2006.+++Dies.: U.Fa.Flex-NRW - ein Beispiel guter Praxis aus Hückeswagen. Oberbergisches Bündnis für Familie - Auftaktveranstaltung, Oberbergischer Kreis, Gummersbach, Kreishaus, 18.12.2006.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales; Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit -Europäischer Sozialfonds-

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (45117 Essen)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0209-1707-130, Fax: 0209-1707-110,
e-mail: sybille.stoebe-blossey@uni-due.de)

[519-L] Mohn, Liz; Leyen, Ursula von der (Hrsg.):
Familie gewinnt: die Allianz und ihre Wirkungen für Unternehmen und Gesellschaft, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2007, 172 S., ISBN: 978-3-89204-927-2

INHALT: "'Familie gewinnt' lautet das Resümee dieses Buches. Es ist der Fortsetzungsband von 'Familie bringt Gewinn', dem Gründungsmanifest der von der Bertelsmann Stiftung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten 'Allianz für die Familie'. Angetreten ist die Allianz im Jahr 2003 als ein deutliches Bekenntnis starker gesellschaftlicher Akteure zur Familie und ihren Werten. Dieser Band bilanziert ihre Wirkungen für Unternehmen und Gesellschaft während der letzten vier Jahre. Prominente Partnerinnen und Partner der Allianz präsentieren hier ihr aktives Engagement: für mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt, für zufriedenere Eltern und glücklichere Kinder in unserem Land. Renommierte Vordenker wie der Soziologe Hans Bertram, der Zeithistoriker Paul Nolte und der Publizist Warnfried Dettling stellen einführend dar, wie sich die Bedürfnisse von Familien im historischen Überblick verändern. Um diesen neuen Lebensrealitäten im 21. Jahrhundert gerecht zu werden, ist eine politische Gesamtstrategie erforderlich. Fachleute aus der Praxis zeigen die vielfältigen Möglichkeiten auf, Familienfreundlichkeit im Alltag umzusetzen. Edeltraut Glänzer, Mitglied im Hauptvorstand der IG BCE, Gisela Erler, Gründerin und Geschäftsführerin der pme Familienservice GmbH, oder Ludwig Georg Braun, Präsident des DIHK, weisen gangbare Wege und nennen gute Beispiele dafür, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gelingen kann." (Autorenreferat)

[520-L] Mückenberger, Ulrich; Spangenberg, Ulrike; Warncke, Karin:
Familienförderung und Gender Mainstreaming im Steuerrecht, (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 30), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 301 S., ISBN: 978-3-8329-2326-6

INHALT: "Im Auftrag des Bundesfinanzministers wird ein Gesetzgebungsvorhaben zur steuerlichen Familienförderung auf seine Vereinbarkeit mit Maßstäben der Geschlechtergerechtigkeit untersucht. Im Gesetzgebungsverlauf werden geschlechterpolitische Wirkungsannahmen und die Beteiligung der Geschlechter an der Entscheidungsfindung beobachtet. Die rechtliche Geltung des Gender-Mainstreaming-Prinzips (GM) nach deutschem und nach Europarecht wird belegt. Entgegen der Annahme, GM sei eine unverbindliche Absichtserklärung, erweist sich, dass das Erfordernis der Geschlechtergerechtigkeit einen verbindlichen Rationalitätsmaßstab für gesetzgeberische Entscheidungsprozesse darstellt. Anhand internationaler Beispiele werden Empfehlungen unterbreitet, wie die familienpolitische Einkommenssteuergesetzgebung dem GM wirksam und angemessen Rechnung tragen kann: Sie muss Männern wie Frauen gleichermaßen Elternschaft und qualifizierte Berufstätigkeit erlauben und hierzu steuerliche Maßnahmen im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen der Familienförderung - wie Kinderund Seniorenbetreuung, familiengerechte Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung usw. - ergreifen." (Autorenreferat)

[521-L] Nauck, Bernhard:
Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern, in: Josef Ehmer, Ursula Ferdinand, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Herausforderung Bevölkerung : zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem "Dritten Reich", Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 321-331, ISBN: 978-3-531-15556-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/7648)

INHALT: Gary S. Becker, der Begründer und prominenteste Vertreter der Neuen Haushaltsökonomie, hat die Familientheorie insbesondere um zwei wesentliche Aspekte bereichert: Anders als austauschtheoretische Ansätze z.B. fasst er Familienhaushalte nicht ausschließlich als

Verteilungs- und Konsumeinheiten von marktmäßig erwerbbaren Gütern auf, sondern vielmehr auch als Produktionseinheiten, in denen nicht-marktmäßig erwerbbare "commodities" erst einmal hervorgebracht werden müssen. Zu solchen "commodities" zählen Liebe, Zuneigung, Unterstützung, Dienstleistungen und ebenso gemeinsame Kinder. Haushalte optimieren ihr Verhalten entsprechend dem Preis des jeweiligen Gutes, d.h. den damit verbundenen direkten Kosten, Zeitinvestitionen und Opportunitätskosten. Die Nutzenproduktion des Haushalts wird von zwei Restriktionen begrenzt: (1) Es ist nur ein beschränktes Budget vorhanden (z.B. Haushaltseinkommen) und (2) es steht nur eine bestimmte Zeitmenge zur Verfügung. Quantität und Qualität - d.h. Humanvermögen als Resultat der elterlichen Investitionen in Bildung und Erziehung - von Kindern stehen so in einer inversen Beziehung zueinander, da beide von Budgetrestriktionen betroffen sind. Der vorliegende Beitrag kritisiert diese haushaltsökonomischen Erklärungen als unvollständig. Diese Unvollständigkeit ergibt sich daraus, dass die abgeleiteten Fertilitätsmodelle ausschließlich preistheoretisch fundiert sind, da sie sich auf die individuell variablen, insbesondere aber auf die in Wohlstandsgesellschaften generell ansteigenden Kosten von Kindern beziehen. Dagegen werden die variablen Bedingungen dessen, was Kindern ihren Eltern "bieten" können, d.h. die Angebotsseite bzw. der Nutzen, nicht thematisiert oder als Konstante behandelt. Bevölkerungspolitische Fragen erscheinen ausschließlich als ein Kostenproblem. (ICA2)

[522-L] Onnen-Isemann, Corinna:
Deutsche Perspektive: Kinderlosigkeit - französische Perspektive: Elternschaft?: Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Frankreich und Deutschland, in: Diana Auth, Barbara Holland-Cunz (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik : Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen: B. Budrich, 2007, S. 165-180, ISBN: 978-3-86649-047-5 (Standort: UuStB Köln(38)-34A3345)

INHALT: Die Autorin nimmt aus vergleichender Perspektive die Familienpolitik in Deutschland und Frankreich in den Blick. Es wird gezeigt, dass dieser Vergleich deswegen aufschlussreich ist, weil es sich um zwei wohlfahrtsstaatlich ähnlich strukturierte Länder handelt, die jedoch familien- und gleichstellungspolitisch erhebliche Differenzen aufweisen. Es werden die beträchtlichen Fertilitätsunterschiede in den beiden Ländern erläutert. Während die französische Geburtenrate fast das so genannte Nettoreproduktionsniveau erreicht, stagniert die Rate in Deutschland auf niedrigem Niveau. Die Verfasserin arbeitet weitere Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Fertilität in den beiden Ländern heraus und kontrastiert diese mit der Familienpolitik in Frankreich einerseits und West- und Ostdeutschland andererseits. Gravierende Länder-Differenzen zeigt sie insbesondere in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik gegenüber Müttern und dem Mutterleitbild. Sie prognostiziert für Deutschland steigende Kinderlosigkeit, instabile Partnerschaften und zunehmende Ehescheidungen, sollte die Vereinbarkeitsproblematik nicht gelöst werden können. (ICG2)

[523-L] Peters, Friedhelm:
Die Organisation der Jugendhilfe und ihre herrschenden Diskurse: Widersprüchlichkeiten und sozialpolitische Herausforderungen, in: Nicole Knuth, Josef Koch, Dirk Nüsken, Mechthild Wolff (Hrsg.): Hinter'm Horizont geht's weiter ... : Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe, Frankfurt am Main: IGfH-Eigenverl., 2006, S. 165-190, ISBN: 3-925146-62-8 (Standort: FHB Merseburg(542)-Soz-paed79.10/675(1)/1)

INHALT: Der Verfasser stellt die zentralen Diskurse zu organisatorischen Fragen und sozialpolitische Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe in ihren aktuellen Ausprägungen und Widersprüchlichkeiten dar. Sein Ziel ist, angesichts der derzeitigen Modernisierungsstrategien auf eventuelle problematische Handlungsorientierungen und mögliche Alternativen aufmerksam zu machen. Bezug nehmend auf den Diskursbegriff von Foucalt rekonstruiert er Teile und Elemente der sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Diskurse (Qualität, Wettbewerb, Kunden- und Wirkungsorientierung). Dabei markiert er sichtbare oder erwartbare Konsequenzen für die Jugendhilfe und leitet Ansatzpunkte für die Etablierung eines Gegendiskurses über die Leistungen sozialer Arbeit ab. (ICG2)

[524-L] Peukert, Almut:
Das Elterngeld: Deutschland auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit?, (WIP Working Paper, Nr. 34), Tübingen 2006, 35 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wip-online.org/downloads/Peukert_Almut_2006_a.pdf)

INHALT: "Zum Januar 2007 wird das Elterngeld in Deutschland eingeführt. Im Vorfeld gab es innerhalb der Großen Koalition heftige politische Kontroversen über 'Papamonate', 'Wickelvolontariate' und 'Einschränkungen der Wahlfreiheit von Familien'. Der erzielte Kompromiss zum Elterngeld wurde als innovative sozialstaatliche Reform und Paradigmenwechsel propagiert. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie das Elterngeld aus einer Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit zu beurteilen ist und in diesem Sinne tatsächlich einen Paradigmenwechsel darstellt. Dazu wird auf das Modell einer Gerechtigkeitsutopie von Nancy Fraser zurückgegriffen und das Elterngeld anhand dessen einer normativen Bewertung unterzogen. Ist Deutschland durch das Elterngeld einer Geschlechtergerechtigkeit näher gekommen? Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass das Elterngeld, da es auf eine geschlechtsstrukturierte Realität trifft, die vorhandene Arbeitsteilung eher verfestigt als diese aufzubrechen. Es kann als zaghafter, jedoch nicht gänzlich überzeugender Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit gewertet werden." (Autorenreferat)

[525-L] Plünnecke, Axel; Seyda, Susanne:
Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (IW-Analysen, 27), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2007, 76 S., ISBN: 978-3-602-14760-1

INHALT: "Der Familienpolitik kommt bei der Bewältigung des demografischen Wandels eine besondere Rolle zu, da sie Maßnahmen ergreifen kann, mit deren Hilfe der Trend umgekehrt, die Geburtenrate also angehoben werden kann. Familienpolitik hat ferner Auswirkungen auf das Verhalten von Familien, die ihrerseits Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums in Deutschland nehmen. Die vorliegende Studie befasst sich mit der Frage, inwieweit durch eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik die zukünftigen Wachstumschancen verbessert werden können. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei neben den Wachstumswirkungen einer höheren Geburtenrate auch die Effekte der Familienpolitik auf Erwerbsbeteiligung und Bildungsstand der Bevölkerung." (Autorenreferat)

[526-F] Puxi, Marco, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Umsetzung der Chancengleichheitspolitik im Europäischen Sozialfonds 2007-2013

INHALT: Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde ein Gutachten zur strategischen Weiterentwicklung und Verankerung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der Förderperiode 2007-2013 entwickelt. Grundlage für die Empfehlungen waren die Ergebnisse aus der ESF Umsetzung in den Jahren 2000 bis 2005. *ZEITRAUM:* 2007-2013

METHODE: Die Studie wendet den Gender-Mainstreaming-Ansatz auf die neue Strukturfondsförderperiode 2007-2013 an und definiert - aufgrund von Vorgaben der EU und den Erfahrungen aus der Förderperiode 2000-2006 - strategische, strukturelle und inhaltliche Rahmenbedingungen für Programmierung, Steuerung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation des ESF in Deutschland von 2007-2013. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert. Aktenanalyse, standardisiert. Qualitatives Interview (Auswahlverfahren: Länderfondsverwaltungen). Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: ESF Monitoringsysteme von Bund und Ländern; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Puxi, Marco; Dolze, Liane: Studie "Umsetzung der Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Europäischen Sozialfonds 2007-2013". Endbericht vom 5. Dezember 2005. Dresden: ISG-Dresden Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, 44 S.

ART: *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH Büro Berlin (Gorgasring 2, 13599 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0351-31081-99, Fax: 0351-31081-90, e-mail: puxi@isg-institut.de)

[527-F] Reich, Nora, Dipl.-Geogr. (Bearbeitung); Laux, Hans-Dieter, Prof.Dr.; Merz, Monika, Prof.Ph.D. (Betreuung):
Das neue Elterngeld und die Geburtenrate in Deutschland: eine ökonomische Analyse

INHALT: Ziel: Prognose für die Wirkung des zum 1. Januar 2007 eingeführten Bundeselterngeldgesetzes (BEEG) auf die Gesamtfertilitätsrate und die Fertilitätsstruktur in Deutschland an Hand von wirtschaftstheoretischen Ansätzen und internationalen Erfahrungen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Skandinavien, Südeuropa, Westeuropa

METHODE: theoretischer Ansatz: 1. Analyse wirtschaftstheoretischer Aufsätze zur Wirkung von Familienpolitik auf Fertilität; 2. Analyse der Wirkung von Familienpolitik in Skandinavien, Mitteleuropa und Südeuropa

ART: *BEGINN:* 2007-03 *ENDE:* 2007-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Bonn, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Institut für Internationale Wirtschaftspolitik (Lennéstr. 37, 53113 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0228-7218965, e-mail: nora11@gmx.de)

[528-L] Reichart, Elisabeth; Chesley, Noelle; Moen, Phyllis:
The end of the career mystique?: policy and cultural frameworks that structure the work-family interface in the United States and Germany, in: Zeitschrift für Familienforschung : Beiträge zu Haushalt, Verwandtschaft und Lebenslauf, Jg. 19/2007, H. 3, S. 337-370 (Standort: USB Köln(38)-Z3070; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In den USA und in Deutschland prägt ein falscher Karriereglaube die Vorstellung des Normallebenslaufs; der Glaube nämlich, dass lebenslange, kontinuierliche und aufstiegsorientierte Erwerbsarbeit der Schlüssel zu einem beruflich und privat erfolgreichen Leben sei. Dieser 'Karrierewahn' ist die Kehrseite des 'Weiblichkeitswahns' (Friedan 1963) der 1950er Jahre; beide kulturelle Leitbilder versinnbildlichten die Trennung der Sphären von Beruf und Familie nach Geschlecht und fanden ihren Ausdruck im Ernährermodell als Norm des Familienlebens. Im Arbeitsmarkt und im Modus der sozialen Absicherung ist die Erwartung lebenslanger Erwerbsarbeit reifiziert, und Männer und Frauen streben heute eine kontinuierliche Vollzeittätigkeit an. So haben immer weniger Beschäftigte eine 'Hausfrau', die sie in ihrer Karriere unterstützt. Erst recht wenn Arbeitnehmer(innen) Eltern werden, brechen die Konflikte zwischen den Anforderungen der Erwerbsarbeit und der erhöhten Sorge- und Hausarbeit voll auf. Bei der Geburt von Kindern werden Berufs- und Familienrollen in der Paarbeziehung neu konfiguriert; die Vereinbarkeitsmodelle, die Paare dann wählen, sind mit geprägt durch Gelegenheitsstrukturen des jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen, institutionellen und kulturellen Kontexts. In diesem Beitrag richten wir den Fokus auf drei Fallbeispiele (die USA, West- und Ostdeutschland), um darzustellen, wie wohlfahrtsstaatliche Politik und kulturelle Schemata zusammenspielen, und dabei bestimmte, geschlechtertypisierende Erwerbsmuster bei Elternpaaren und damit soziale Ungleichheiten hervorbringen und verstärken." (Autorenreferat)

[529-L] Rüling, Anneli:
Jenseits der Traditionalisierungsfallen: wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen, (Politik der Geschlechterverhältnisse, Bd. 35), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, 293 S., ISBN: 978-3-593-38485-6

INHALT: Die Verfasserin geht von der These aus, dass Ehepaare, die ein egalitäres Arrangement von Arbeit und Leben verwirklichen, sich an strukturellen Rahmenbedingungen reiben oder eigene Strukturen für ihr Arrangement schaffen müssen. Über die individuelle Arbeitsteilung von Paaren hinaus behandelt die Untersuchung auch die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundene geschlechterpolitische Dimension. Die Verfasserin fragt zunächst nach der Behandlung familialer Arbeitsteilung in verschiedenen Theorietraditionen und legt ein an Giddens' Strukturierungstheorie orientiertes Konzept vor, das Struktur und Handlung verbindet. Sie stellt eine Typologie der Arrangements von Arbeit und Leben auf und beschreibt strukturelle Barrieren, auf die die Befragten bei der Realisierung ihrer Arrangements treffen. Solche "Traditionalisierungsfallen" sind der berufliche Wiedereinstieg der Mutter als Armutsrisiko, die Koordination der beruflichen Entwicklung beider Elternteile als Überforderung sowie geschlechtsspezifische Deutungen bei Kinderbetreuung und Hausarbeit. Handlungsstrategien zur individuellen Bewältigung der Traditionalisierungsfallen werden auf der Basis einer empirischen Untersuchung dargestellt (n=25). Abschließend wird diskutiert, in wie fern bei unterschiedlichen Bewältigungen der Traditionalisierungsfallen von einer Modernisierung der Geschlechterverhältnisse gesprochen werden kann und welche strukturellen Änderungen in wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen notwendig sind, um Traditionalisierungsfallen zu vermeiden. (ICE2)

[530-L] Saraceno, Chiara:
Die Familie im Zentrum demografischen und gesellschaftlichen Wandels: Probleme, Debatten und Politiken im europäischen Vergleich, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2006 : Zukunftsfähigkeit Deutschlands ; sozialwissenschaftliche Essays, Berlin: Ed. Sigma, 2007, S. 293-314, ISBN: 978-3-89404-086-4

INHALT: "Gegenwärtig begegnet man in den westlichen Gesellschaften häufig der Ansicht, die Familie befinde sich im Belagerungszustand. Phänomene wie Zusammenleben ohne Ehe, niedrige Geburtenrate, Instabilität der Ehen, unterschiedliche Formen der Sexualität und Demokratisierung der Generationenbeziehungen werden als Bedrohung für das Überleben der Familie als soziale Institution wahrgenommen. Da die Familie als ein Bollwerk sozialer, aber auch persönlicher Stabilität gilt, wird ihre Schwächung als Indiz für einen umfassenderen gesellschaftlichen Verfall gesehen. Innerhalb eines Landes kann sich, abhängig von den jeweiligen kulturellen und politischen Gegebenheiten, die Aufmerksamkeit auf den einen oder anderen Aspekt dieser Veränderungen konzentrieren. In Deutschland scheinen die niedrige Geburtenrate und das Altern der Bevölkerung im Vordergrund der Überlegungen zum Wandel der Familie zu stehen. Die Debatte um die genannten Veränderungen wirft grundsätzlich zwei Fragen auf. Bei der ersten geht es um empirische Belege für diesen Wandel und darum, ob wir tatsächlich vor völlig neuen Phänomenen stehen. Dies gilt insbesondere für die Differenzierung und Pluralisierung von Familienformen. Sind dies tatsächlich Erscheinungen neueren Datums, die als Bruch mit einer langen Tradition von Stabilität und Homogenität zu sehen sind? Die zweite Frage betrifft die Deutung des gegenwärtigen Wandels der Familie. Handelt es sich tatsächlich um eine fortschreitende Schwächung der Familie als Ort der Reziprozität, Intimität, des Generationentransfers und der Solidarität? Oder stehen wir vielmehr in einem Prozess der Neudefinition, vielleicht sogar Neu-Institutionalisierung von Familienformen? Je nachdem, wie die Antworten auf diese Fragen ausfallen, ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten politischen Handelns." (Textauszug)

[531-L] Schulte, Erhard:
Die Weiterentwicklung der beruflichen Benachteiligtenförderung im Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit/ Jugendberufshilfe: ein Zukunftsszenario ; Analysen, Feststellungen und Vorschläge, Bonn 2004, 67 S. (Graue Literatur; URL: http://www.agke-augsburg.de/6_fachinfos/documents/expertise-schulte.pdf)

INHALT: "Der Autor entwickelt in seiner Expertise langfristige und strategische Leitlinien zur Weiterentwicklung der beruflichen Benachteiligtenförderung im Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit/ Jugendberufshilfe. Dabei handelt es sich um Entwicklungslinien, die in ein Modell einer zukünftigen beruflichen Benachteiligtenförderung einmünden. Ziel der vorliegenden Entwicklungsvorschläge ist es, die berufliche Benachteiligtenförderung als eigenständigen Bereich des Bildungs- und Berufsbildungssystems dauerhaft zu etablieren. Die Vorschläge der Expertise beinhalten weitreichende Strukturveränderungen, die nur dann realisiert werden können, wenn grundlegende Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehört vor allem eine verlässliche Finanzierung der Arbeit der Träger, damit sie ihre Aufgaben in der Berufsausbildungsvorbereitung und in der Berufsausbildung erfüllen können. Unabdingbar ist ferner, dass die ausbildende Wirtschaft sich viel stärker als bisher der Ausbildungsinteressen von benachteiligten Jugendliche annimmt." (Textauszug)

[532-L] Schulze, Heike:
Handeln im Konflikt: eine qualitativ-empirische Studie zu Kindesinteressen und professionellem Handeln in Familiengericht und Jugendhilfe, (Bibliotheca academica. Reihe Soziologie, Bd. 4), Würzburg: Ergon Verl. 2007, 595 S., ISBN: 978-3-89913-570-1 (Standort: UB Siegen(467)-21 IBB 2073)

INHALT: Die vorliegende Arbeit ist ein umfassender Versuch, die rechts- und professionssoziologische Analyse des kindschaftsrechtlichen Verfahrens bei Trennung und Scheidung in den Kontext des gesellschaftlichem Wandels - insbesondere von Familie und Kindheit - zu integrieren. Ausgangspunkt bildet das neue Kindschaftsrecht, das am 1. Juli 1998 in Deutschland mit dem Ziel in Kraft getreten ist, die "Rechte des Kindes zu verbessern und das Kindeswohl auf bestmögliche Art und Weise zu fördern". Gleichzeitig ist auch ein neues Berufsbild im Familiengericht entstanden: der Verfahrenspfleger nach Par. 50 FGG (Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit), auch unter der Bezeichnung "Anwalt des Kindes" bekannt. Im ersten Kapitel der Studie werden gesellschafts-, familien- und kindheitssoziologische Aspekte in ihrer Historizität aufgezeigt. Den forschungstheoretischen Rahmen bietet die Wissenssoziologie von Berger und Luckmann mit ihren Theoremen zur gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit. Im zweiten Kapitel werden die konkreten Gesetzesentwicklungen und Reformdiskussionen im Kindschaftsrecht analysiert. Gegenstand des dritten Kapitels sind die divergierenden Auslegungen des Par. 50 FGG sowie die Ambivalenzen im Kindschaftsrecht. Das vierte Kapitel erörtert die Bedeutung von Professionalität und Professionalisierung in der Verfahrenspflegschaft, wobei systemtheoretische, strukturtheoretische und interaktionistische Forschungsansätze zugrunde gelegt werden. Nach einer Erläuterung der angewandten Methoden werden dann im Hauptteil der Arbeit die empirischen Ergebnisse über die kindschaftsrechtlichen Verfahren bei Trennung und Scheidung dargestellt und eine eigene Praxistheorie entwickelt. (ICI)

[533-L] Schwarz, Karl:
Zur Problematik von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit als Mittel zur Förderung des Kinderwunsches, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 32/2007, H. 1/2, S. 35-50 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Schon seit mehr als 30 Jahren besteht ein Geburtendefizit, das - ohne hohe Zuwanderung - eine mit der Zeit steigende Bevölkerungsabnahme hervorrufen müsste. In wachsendem Maße wird daher eine pronatalistische Bevölkerungspolitik gefordert. Sie soll die Nachteile beseitigen, die dadurch entstehen, dass - auf die denkbar kürzeste Formel gebracht - Kinder Geld und geldwerte Zeit kosten. Oder - humaner ausgedrückt -, dass man heute nicht mehr erwarten dürfte, dass der Beitrag von Eltern zum Humanvermögen umsonst, und noch dazu auf Kosten der Frau, zu haben sei. Die Demographen haben daher wenig Erfolg, wenn sie meinen, die Heranwachsenden müssten doch Lust auf wenigstens ein Kind haben und auch noch einige zu mehr als zwei Kindern ermutigen können. Vor mehr als 100 Jahren konnte man noch sagen, wer keine Kinder hat, muss im Alter und bei Krankheit sehen, was aus ihm wird, heute haben wir ausgeklügelte Sozialversicherungssysteme, von denen sogar diejenigen profitieren, die nur wenig oder gar nichts hineingezahlt haben. Als Rezept wird nunmehr auch für Deutschland empfohlen, Kindererziehung weitgehend Institutionen zu überlassen, die das mit ausgebildeten Kräften ja viel besser können sollen als die Mütter derjenigen, die heute als

Erwachsene darüber entscheiden. Damit ist Bevölkerungs- und Familienpolitik unversehens und wohl auch gewollt - Frauenpolitik geworden, die sich vor allem diejenigen leisten können, die als gut Verdienende die Kindererziehung an Haushaltshilfen und Kindermädchen abgeben. Dass es daneben Frauen gibt, die wenig verdienen oder keinen Arbeitsplatz finden und für verlängertes Erziehungsgeld auch bereit wären, ihre Kinder in der Familie großzuziehen, wird dabei leicht vergessen. Leicht vergessen wird oft auch, dass institutionelle Kindererziehung sehr teuer ist und es unter den Ländern, die als Vorbild dienen, so gut wie keines mehr mit Kinderzahlen über dem Reproduktionsminimum gibt. Wer aus der neuerdings propagierten Familienpolitik eine für die Bevölkerungsentwicklung ausreichende Zunahme der Kinderzahlen erwartet, wird daher voraussichtlich enttäuscht werden; denn hierzu wäre neben einer radikalen Verminderung der Kinderlosigkeit auch eine größere Bereitschaft zu mehr als zwei Kindern erforderlich. Das ist vor 1990 noch nicht einmal in der früheren DDR gelungen, und schon gar nicht mehr von einer Bevölkerung zu erwarten, von der die heute um 30-Jährigen meinen, Kinder zu haben, sei keine Voraussetzung für ein erfülltes Leben." (Autorenreferat)

[534-L] Stern, Nadine:
Familienpolitische Konzepte im Ländervergleich: Sprungbrett oder Stolperstein für erwerbstätige Mütter?, Marburg: Tectum Verl. 2007, 153 S., ISBN: 978-3-8288-9269-9

INHALT: "Die bürgerliche Rollenverteilung zwischen dem arbeitenden Mann und der haushaltenden Ehefrau entspricht seit Jahrzehnten nicht mehr dem Selbstverständnis fortschrittlicher Industriegesellschaften. Es besteht weitgehend Konsens, dass auch der Wohlfahrtsstaat mit seinen Segnungen die gleichberechtigte Belastung in Beruf und Familie fördern soll. Aber obwohl neben politikwissenschaftlichen auch volkswirtschaftliche und demografische Gesichtspunkte gegen das Ernährermodell sprechen, wird es weiterhin vielerorts durch politische Regulierungen verfestigt. Nadine Stern untersucht die geschlechterpolitische Wirkung der deutschen, der französischen und der schwedischen Familienpolitik. Dazu stellt sie zentrale familienpolitische Regulierungen gegenüber. Ergebnis sind nicht nur länderspezifische Erkenntnisse. Die Autorin geht vielmehr der Frage nach, wie finanzielle Regulierungen, Kinderbetreuungs- und Erziehungsfreistellungsregelungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen gezielt fördern können." (Autorenreferat)

[535-F] Suess, Gerhard J., Prof.Dr.; Ludwig-Körner, Christiane, Prof.Dr. (Leitung):
Wie Elternschaft gelingt

INHALT: In verschiedenen Regionen Deutschlands existieren bereits einzelne Projekte und Modelle zur Unterstützung der Entwicklung von Kindern und zu einem besseren Schutz in der frühen Kindheit. Mit dem seit November 2006 bestehenden Programm "Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme" wurden nun vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weitere Projekte zur Förderung und wissenschaftlichen Begleitung ausgewählt. Im Mittelpunkt des Projekts "Wie Elternschaft gelingt" an der Fakultät Soziale Arbeit und Pflege steht die Verbesserung der Erreichbarkeit von belasteten Eltern und ihre Begleitung mit passgenauen Hilfen. Dabei bindet es Akteure aus den Bereichen Jugendhilfe und Gesundheitswesen in einen Qualitätsentwicklungsprozess ein. Werdende Mütter beziehungsweise Paare sollen im Übergang zur Elternschaft besser erreicht und effektiv begleitet werden, deren Lebensbedingungen durch eine Kumulation verschiedener Risikofak-

toren gekennzeichnet sind. Die wesentlichen Maßnahmen sind: Frühzeitige Identifikation stark belasteter werdender Eltern während der Schwangerschaft und deren Risikobewertung nach der Geburt unter Einbeziehung von verfügbaren Ressourcen; Implementierung passgenauer früher Hilfen für hoch belastete Familien mit Säuglingen und Kleinkindern in das Regelsystem der Jugendhilfe; Schaffung von Clearing-Systemen zur Identifikation und Vermittlung von Eltern-Kind-Paaren mit intensivem Hilfebedarf. Das Ziel, ein empirisch fundiertes Instrumentarium zur Qualitätsentwicklung im Bereich Früher Hilfen zu entwickeln, wird in enger Kooperation mit der Hamburger Behörde für Soziales und Gesundheit angestrebt. Weitere Informationen zum Projekt sind unter: http://www.fruehe-hilfen.de/ abrufbar. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2010-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

INSTITUTION: Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fak. Soziale Arbeit und Pflege (Berliner Tor 5, 20099 Hamburg); Fachhochschule Potsdam, FB Sozialwesen (Postfach 600608, 14406 Potsdam)

KONTAKT: Suess, Gerhard J. (Prof.Dr. Tel. 040-42875-7004, e-mail: info@gerhard-suess.de)

[536-L] Träger, Jutta:
Neue Wege familialer Arbeitsteilung: Neuorientierung in der Familienpolitik?, in: Diana Auth, Barbara Holland-Cunz (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik : Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen: B. Budrich, 2007, S. 145-163, ISBN: 978-3-86649-047-5 (Standort: UuStB Köln(38)-34A3345)

INHALT: Die Verfasserin setzt sich mit den Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf verschiedene Familienmodelle auseinander, insbesondere auf das traditionelle Familienernährermodell sowie auf duale, vereinbarkeitsorientierte Familienmodelle. Dazu zeichnet sie die Erosion des traditionellen Familienernährermodells nach und beschreibt alternative Familienmodelle. Anhand von Interviews mit Müttern und Vätern zeigt sie einerseits den geringen Stellenwert familienpolitischer Maßnahmen für das Fertilitätsverhalten, andererseits deren wichtige Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also für die Wahl des Familienmodells. Des Weiteren betrachtet die Autorin die Familienpolitik seit der rot-grünen Regierungszeit und stellt deren Wirkungen auf verschiedene Familienmodelle dar. Zum Schluss werden Anforderungen an eine Familienpolitik formuliert, die einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient und damit den Übergang zu egalitäreren Familienmodellen fördert. (ICG2)

8 Gesundheitspolitik

[537-L] Altgeld, Thomas; Bächlein, Bärbel; Deneke, Christiane (Hrsg.):
Diversity Management in der Gesundheitsförderung: nicht nur die leicht erreichbaren Zielgruppen ansprechen?, Frankfurt am Main: Mabuse Verl. 2006, 179 S., ISBN: 3-938304-23-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-RT400D6M2G)

INHALT: "Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote erreichen meistens vor allem die Zielgruppen, die zum Beispiel aufgrund ihres höheren Bildungsstandes ohnehin schon ein größeres Interesse an Gesundheitsthemen mitbringen. Andere Gruppen mit wesentlich schlechteren Ausgangslagen aufgrund ihres Lebensalters, ihrer sozialen Lage oder auch ihres Geschlechtes werden dagegen kaum erreicht. Diversity Management ist eine Strategie, die sich vor allem im angelsächsischen Bereich in größeren Unternehmen gut etabliert hat. Der zugrunde liegende Gedanke ist, dass ein Umfeld von kultureller und sozialer Verschiedenartigkeit, in dem Unterschiede zwischen Personen wertgeschätzt werden, eine Reihe von ökonomischen Vorteilen mit sich bringt. Übertragen auf den Bereich der Gesundheitsförderung bedeutet dies eine genauere Definition von Zielgruppen und eine stärkere Berücksichtigung ihrer Verschiedenartigkeit (Diversität). Vor allem müssen Unterschiede in Hinblick auf kulturelle Herkunft, Alter, Geschlecht, Religion, Behinderung, sexuelle Orientierung, aber auch sozialem Status stärker berücksichtigt werden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ursula von der Leyen: Vorwort (7-9); Elisabeth Pott: Vorwort (10-12); Thomas Altgeld, Bärbel Bächlein, Christiane Deneke: Einleitung (13-19); Peter Gross: Multioptionsgesellschaft, New Diversity und Gesundheit (23-34); Michael Stuber: Diversity Management in der Gesundheitsförderung - Zielgruppen und Zielgruppengenauigkeit im Wandel (35-48); Thomas Altgeld: Diversity Management in der Gesundheitsförderung (49-72); Adelheid Kuhlmey: Ältere als Zielgruppe der Gesundheitsförderung (75-84); Andreas Mielck: Wie lassen sich die Zielgruppen für Interventionsmaßnahmen bestimmen? (85-100); Petra Kolip, Ellen Kuhlmann: Bedarfsgerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit - neue Horizonte für die Prävention (101-114); Theda Borde: Zur Bedeutung der Ethnizität als Faktor im Diversity Management (115-133); Michael Drupp: Diversity Management - Möglichkeiten und Grenzen einer Nutzung im Rahmen des betriebliches Gesundheitsmanagements (137-150); Ärztekammer Niedersachsen: Prävention schreibt die Ärztekammer Niedersachsen groß (151-154); BKK Landesverband Niedersachsen-Bremen: Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Deutschland (155-158); Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover: Diversity Management: Kreative Konzepte und gelebte Werte (159-161); IKK-Landesverband Niedersachsen: Pflege nach Qualität bezahlen (162-166); Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen: Primärprävention - ohne die niedergelassene Ärzteschaft geht es nicht (167-168); Landwirtschaftliche Krankenkasse Niedersachsen-Bremen: Soziale Sicherheit unter einem Dach = Soziale Sicherheit aus einer Hand! (169-172); VdAK/AEV - Landesvertretung Niedersachsen e.V: Gesundheitsversorgung auf Grundlage der Selbsthilfe-Idee (173-176).

[538-L] Bandelow, Nils; Hartmann, Anja:
Weder rot noch grün: Machterosion und Interessenfragmentierung bei Staat und Verbänden in der Gesundheitspolitik, in: Christoph Egle, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes : eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 334-354, ISBN: 978-3-531-14875-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5543)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob es in der zweiten Legislaturperiode gelungen ist, eine gesundheitspolitische Konzeption zu entwickeln und umzusetzen, die den zunehmenden Herausforderungen ebenso gerecht wird wie rot-grünen Zielsetzungen. Er stellt die wichtigsten Gesetzentwürfe der Regierung vor und analysiert sie im Hinblick auf die jeweiligen Steuerungserfolge der Regierung (Vorschaltgesetz, Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz, Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention). Es gelang Rot-Grün auch in der zweiten Legislaturperiode

nicht, grundlegende Veränderungen durchzusetzen. Gründe hierfür lagen in Interessenfragmentierungen innerhalb der Kernexekutive und in der Interessenvermittlung zwischen Staat und Zivilgesellschaft bei zunehmend pluralisierten und fragmentierten Verbänden. (ICE2)

[539-L] Bandelow, Nils C.:
Gesundheitspolitik: Zielkonflikte und Politikwechsel trotz Blockaden, in: Manferd G. Schmidt, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland : Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 159-176, ISBN: 978-3-531-14344-6

INHALT: Insgesamt zeigt die Bilanz von 55 Jahren bundesdeutscher Gesundheitspolitik, dass verbreitete Annahmen zu den Auswirkungen verhandlungsdemokratischer Strukturen auf Politikergebnisse zu vereinfachend sind: Selbst die Beteiligung von Vetospielern muss nicht zwingend zu Politikblockaden führen. Dies zeigen etwa die Entscheidungen der sozialliberalen Koalition und das Gesundheitsstrukturgesetz. Insgesamt sind im bundesdeutschen Gesundheitswesen grundlegende Wandlungsprozesse zu beobachten, vor allem im Hinblick auf die Betonung der Aspekte Finanzierbarkeit und Qualität. Es zeigt sich, dass verhandlungsdemokratische Institutionen nur dann wesentliche Reformen ermöglichen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: (1) Die Ziele der Beteiligten dürfen sich nicht widersprechen. (2) Es besteht eine solidarische Interaktionsorientierung von Verhandlungspartnern. (GB)

[540-L] Bandelow, Nils C.:
Ärzteverbände: Niedergang eines Erfolgsmodells?, in: Thomas von Winter, Ulrich Willems (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 271-293, ISBN: 978-3-531-14589-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4601)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass trotz der teilweisen Rückwirkung der Gemeinwohlrhetorik auf die Verbandsziele - vor allem bei den ärztlichen Körperschaften - die eigenen Statusinteressen und finanziellen Ziele vor allem der niedergelassenen Kassenärzte im Mittelpunkt der Politik führender Ärzteverbände standen. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sich die Rahmenbedingungen der Ärzteverbände verändert. Hierfür war zunächst vor allem die Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes 1992 verantwortlich. Die Durchsetzung des Gesetzes unter Ausnutzung eines besonderen "Politikfensters" gegen den erbitterten Widerstand der Ärzteverbände nahm der Ärztelobby einen Teil ihres seit den 1960er Jahren verbreiteten Mythos der unüberwindlichen Blockademacht. Nachhaltige Wirkungen zeigten auch die eingeleiteten strukturellen Veränderungen des Gesundheitswesens: Die deutlich verschärften und zunehmend auch zu Lasten der Ärzte durchgesetzten Kostendämpfungsmaßnahmen erhöhten die ärztliche Konkurrenz um die verbleibenden Ressourcen und schwächten die Akzeptanz der Verbandseliten. Die Weiterentwicklung der Verhandlungsstrukturen und die vor allem von der rot-grünen Bundesregierung vorangetriebene gezielte Veränderung der Machtverhältnisse im Gesundheitswesen stellten die etablierten Verbände vor weitere Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der Darstellung dieser Entwicklungen werden die etablierten Annahmen und Erklärungen der älteren politikwissenschaftlichen Forschung zu Ärzteverbänden vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen hinterfragt. Es wird den Fragen nachgegangen, ob Ärzteverbände noch immer eine mitglieder- und ressourcenstarke Vetomacht im Gesundheitswesen darstellen und ob in den Ärzteverbänden nach wie vor ein konservatives Kar-

tell von Verbandsfunktionären an der Spitze der nach außen pluralistischen, tatsächlich aber eng miteinander verbundenen Verbände dominiert. Es werden die verschiedenen Rekrutierungsgrundlagen und Machtressourcen ärztlicher Organisationen dargestellt und die innerverbandlichen Strukturen analysiert. In diesem Kontext werden die wichtigsten Entwicklungen bei den Wahlen zu den Vertreterversammlungen der Körperschaften aufgezeigt. Zum Schluss werden die Ziele und Strategieveränderungen der Ärzteverbände exemplarisch analysiert. (ICG2)

[541-L] Bechmann, Sebastian:
Gesundheitssemantiken der Moderne: eine Diskursanalyse der Debatten über die Reform der Krankenversicherung, Berlin: Ed. Sigma 2007, 263 S., ISBN: 978-3-89404-552-4

INHALT: "Gesundheitspolitik ist in der Bundesrepublik seit Beginn der 1990er Jahre zum politischen Dauerbrenner geworden. Die Rede ist von einer Krise der gesetzlichen Krankenversicherung und der objektiv gegebenen Notwendigkeit einer Reform. Dem hält der Autor in diesem Buch die These entgegen, daß Gesundheitspolitik heute als das Ergebnis der kommunikativen Umstellung von der wohlfahrtsstaatlichen auf die reflexive Risikosemantik zu verstehen ist. Der Umgang mit Krankheit und Gesundheit ist damit keine Antwort auf 'objektiv' gegebene Rahmenbedingungen, sondern Resultat gesellschaftlichen und damit sozial konstruierten Wissens. Gegenwärtige Gesundheitspolitik reagiert auf die Folgen des eigenen vergangenen Handelns. Sie begegnet nicht mehr primär Krankheitszuständen, sondern sucht eine Antwort auf die Fragen zu finden, was als medizinischer Fortschritt zu gelten habe, wie dieser zu finanzieren sei und wer darüber entscheiden solle. Der Autor rekonstruiert die historischen Diskurse zur gesetzlichen Krankenversicherung vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute und untersucht diskursanalytisch Bundestagsdebatten zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zwischen 1998 und 2003." (Autorenreferat).

[542-L] Biniossek, Claudia; Betz, Dirk; Fetchenhauer, Detlef; Lüngen, Markus:
Fairness ohne Eigennutz: Handlungsannahmen in der ökonomischen Theorie und Auswirkungen auf Reformoptionen im Gesundheitswesen, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 56/2007, H. 9/10, S. 252-258 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Fairness aus Eigennutz (standardökonomische Verhaltenstheorie) und die Orientierung an Fairness der empfangenen Auszahlungen (Experimentelle Wirtschaftsforschung) werden in der ökonomischen Literatur als Ursachen für kooperatives Verhalten angesehen. In Kollektivgutexperimenten und anderen empirisch beobachtbaren Situationen wählen manche Akteure jedoch zu ihrem finanziellen Nachteil eine faire Strategie ohne Orientierung an ihren eigenen Auszahlungen. Diese Fairness mit einem geringen Grad an Zweckrationalität wird hier als Fairness ohne Eigennutz definiert. In einer Zweitauswertung einer Studie zur Gesundheitsreform wird aufgezeigt, dass ein Wechsel von der einkommensbezogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland (bisheriges solidarisches System) zu pauschalierten Beiträgen (Gesundheitsprämien bzw. Kopfpauschalen) sowohl von Verlierern als auch von Gewinnern abgelehnt wird aufgrund von Fairness ohne Eigennutz. Es wird empfohlen, die Einspeisung von Fairness ohne Eigennutz in ökonomische Modelle zu disku-

tieren und die Grundlagen des Paradigmenwechsels von der älteren Wohlfahrtsökonomie zur Neuen Politischen Ökonomie empirisch zu prüfen." (Autorenreferat)

[543-L] Boltanski, Luc:
Soziologie der Abtreibung: zur Lage des fötalen Lebens, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, 541 S., ISBN: 978-3-518-58475-0 (Standort: UB Köln(38)-34A 7954)

INHALT: Die Studie untersucht die entscheidende Rolle jener Verschiebungen, die insbesondere die Bedingungen der Fortpflanzung, der Schwangerschaft und der Geburt betreffen. Diese Veränderungen berühren einerseits die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft, die Vorstellung der Familie, die Beziehung zwischen den Geschlechtern, die Formen des sexuellen und emotionalen Lebens - also die hauptsächlichen Dimensionen des Privatlebens im allgemeinen -, andererseits berühren sie aber auch unser Verhältnis zu den neuen biotechnologischen Möglichkeiten. Diese neuen Möglichkeiten werden breit diskutiert, da man fürchtet, sie würden Dimensionen des Menschlichen in Frage stellen, die in den westlichen Gesellschaften vorherrschen und bis dahin für selbstverständlich gehalten wurden. Entwicklungen, die mit der künstlichen Befruchtung verbunden sind oder der relativ seltene Einsatz von Leihmüttern oder noch nicht existierende Praktiken wie das Klonen eines Menschen sind ebenfalls Untersuchungsgegenstand des Autors. Im Zentrum steht jedoch die Legalisierung der Abtreibung, die mit der Frauenbewegung zusammenhängt und das Privatleben in Gestalt der Familie, der Gefühle oder der Sexualität einschneidend betrifft. (ICA2)

[544-L] Börsch-Supan, Axel:
Nachfrageseitiger Wettbewerb im Gesundheitswesen, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 130), Mannheim 2007, 19 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_130-07.pdf)

INHALT: "Dieses Papier skizziert grundsätzliche Überlegungen, wie die euphemistisch so genannten 'Effizienzreserven' des deutschen Gesundheitswesens erschlossen werden können. Eine zentrale Rolle spielt dabei die nachfrageseitige Wettbewerbsordnung auf dem System von Märkten, das die ökonomische Grundlage des Gesundheitswesens bildet." (Autorenreferat)

[545-F] Briesen, Detlef, PD Dr. (Bearbeitung):
Essen, Trinken, Rauchen. Der Staat und der gesunde Konsum. Eine Studie zur präventiven Gesundheitspolitik in Deutschland und den USA im 20. Jahrhundert

INHALT: Aktuell wird in Deutschland intensiv über Bestrebungen debattiert, die Bevölkerung zu einem gesundheitsbewussten Lebensstil anzuhalten. Dies geschieht vor dem Hintergrund explodierender Gesundheitskosten und einer Epidemie von chronischen Krankheiten, die zum Großen durch die Lebensweise der Menschen verursacht werden, besonders durch das Rauchen sowie falsches oder übermäßiges Essen und Alkoholkonsum. Krankheiten wie Diabetes, Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen usw. müssen hier als Beispiele genügen. Die aktuelle Debatte wird jedoch in der Studie zum Anlass genommen zum einen nach den langfristigen Gründen für die derzeitigen Defizite zu fragen. Zum anderen stellt sich heraus, dass die Dis-

kussion um die menschliche Gesundheit stets die gewünschten und ungewünschten Veränderungen menschlicher Lebensstile in den letzten zweihundert Jahren begleitet hat. *ZEITRAUM:* 20. Jahrhundert *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, USA

METHODE: Methodisch haben die Barbeiter eine klassische Geschichte des menschlichen Alltagsverhaltens geschrieben, wobei der deutsch-amerikanische Vergleich Einblick, in allgemeine Strukturen moderner und postmoderner Gesellschaften ermöglicht. Theoretisch wird der Versuch unternommen, Konsum-, Gesundheits- und Diskursgeschichte im Sinne einer Rekonstruktion historischer Tatbestände zu verbinden. *DATENGEWINNUNG:* Historische Literatur- und Quellenanalysen. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2005-11 *ENDE:* 2008-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Geschichte (57068 Siegen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 02206-910981 od. 0271-740-4502 -Sekr.-, e-mail: briesen@fb1.uni-siegen.de)

[546-L] Cortekar, Jörg; Hugenroth, Susanne:
Managed Care als Reformoption für das deutsche Gesundheitswesen, Marburg: Metropolis-Verl. 2006, 168 S., ISBN: 3-89518-542-6

INHALT: Das Buch folgt der nicht selten geäußerten Prämisse, dass eine Gesundung der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland nicht allein mit Kostendämpfungsprogrammen zu erzielen ist, sondern es einer Umstrukturierung des gesamten Systems bedarf. Mit dem in den USA entwickelten Konzept des Managed Care steht ein komplexes Instrumentarium für eine solche Umgestaltung zur Verfügung. Um eine quotengünstige, aber qualitativ hochwertige Krankenversorgung zu gewährleisten, zielt Managed Care u. a. auf eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Patienten und sucht durch Anreizsysteme das Verhalten von Ärzten und Versicherten zu steuern. Cortekar und Hugenroth stellen die Strategien, Ziele und Maßnahmen des auf den Prinzipien Kommunikation, Kooperation und Koordination aufbauenden Konzeptes ausführlich vor, erläutern, was bislang in Deutschland unter Managed Care verstanden wird und wie einzelne Konzeptelemente bereits im deutschen Gesundheitssystem in Form von Modellvorhaben, Strukturverträgen und integrierter Versorgung eingesetzt werden. (ZPol, NOMOS)

[547-F] Dahlbeck, Elke; Schalk, Christa (Bearbeitung); Hilbert, Josef, PD Dr. (Leitung):
Entwicklungskonzept Gesundheitswirtschaft NRW

INHALT: Ziel des Projektes ist es, die Landesregierung NRW bei der Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft NRWs - im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Gesundheitswirtschaft NRW - zu beraten und zu unterstützen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen, Ruhrgebiet

METHODE: Im Rahmen der Arbeiten zum Entwicklungskonzept "Gesundheitswirtschaft NRW" liefert das IAT Daten zu Beschäftigung und Wirtschaft in der Gesundheitswirtschaft. Neben der Beschreibung und Analyse bisheriger Entwicklungsverläufe, werden Beschäftigungsprognosen in ausgewählten Teilbereichen für zukünftige Trends innerhalb der Gesundheitswirtschaft erstellt. Daneben werden qualitative Analysen zu ausgewählten Themengebieten der

Gesundheitswirtschaft konzipiert. Hierbei handelt es sich um eine konzeptionelle Weiterentwicklung der bisherigen Arbeiten. Während der bisherige Fokus auf einzelne Bereiche der Gesundheitswirtschaft gelegt wurde, um dort spezifische Entwicklungsmöglichkeiten aufzudecken und voranzutreiben, geht es nunmehr darum, Schnittstellen zwischen den einzelnen Bereichen genauer zu analysieren. Mit diesem integrierten Vorgehen sollen Lösungen gesucht werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen zu optimieren. In einem ersten Schritt wird der regionale Fokus auf das Ruhrgebiet gelegt, im weiteren Verlauf der Arbeiten sollen darüber hinaus aber weitere wichtige Gesundheitsregionen NRWs genauer beleuchtet werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Fox, Katja; Schalk, Christa: Regionale Qualifizierungs- und Innovationsstrategien in der Medizintechnik. in: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2006. Gelsenkirchen, S. 79-95.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Fachhochschule Gelsenkirchen, Institut Arbeit und Technik (Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0209-1707-120, Fax: 0209-1707-245, e-mail: hilbert@iat.eu)

[548-L] Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):
Gesund älter werden - mit Prävention und Rehabilitation: 16. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium vom 26. bis 28. März 2007 in Berlin, (DRV-Schriften, Bd. 72), Bad Homburg: wdv Ges. f. Medien & Kommunikation 2007, 607 S., ISBN: 978-3-938790-12-0

INHALT: Der Band dokumentiert die Beiträge des von der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften gemeinsam mit der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und dem Lehrstuhl für Versorgungssystemforschung und Grundlagen der Qualitätssicherung in der Rehabilitation der Charite Universitätsmedizin Berlin veranstalteten Kolloquiums zur Bedeutung von Rehabilitation und Prävention angesichts der demographischen Alterung der Gesellschaft. Die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ohne gesundheitliche Einschränkungen für möglichst viele ältere Menschen zu erreichen, sollte ein prioritäres politisches Ziel sein. Die von der Politik geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit soll die Relation zwischen Beitragszeiten und Dauer des Rentenbezugs günstiger gestalten. Ein späterer Ruhestand setzt aber - neben geeigneten Arbeitsplätzen - die Erwerbsfähigkeit der älteren Arbeitnehmer voraus. Dabei sind Prävention und Rehabilitation unverzichtbare Instrumente. Für die Rehabilitation stellt sich die Aufgabe, die spezifischen Bedarfe älterer Rehabilitanden zu erkennen und die Leistungen bedarfsgerecht und effektiv zu erbringen. Die präventive Ausrichtung der Rehabilitation entspricht dem im SGB IX formulierten Vorrang der Prävention. Chronisch kranke Patienten können den Verlauf ihrer Erkrankung und deren Folgen oft durch einen geänderten Lebensstil günstig beeinflussen. Dies bei den Rehabilitanden zu initiieren und sie zum Selbstmanagement ihrer Erkrankung zu motivieren und zu befähigen, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Rehabilitation. Die Reha-Forschung trägt dazu bei, die entsprechenden Konzepte weiterzuentwickeln und wissenschaftlich zu fundieren. (IAB2) Inhaltsübersicht: Plenarvorträge; Patientenschulung und Konzepte der Lebensstiländerung; Betriebliche Gesundheitsförderung; Rehabilitation bei älteren Rehabilitanden; Methodik der Reha-Forschung; Assessmentinstrumente; ICF; Rehabilitanden-Management-Kategorien (RMK) und andere Klassifikationssysteme; Evidenzbasierung und Leitlinien in der Rehabilitation; Qualitätsmanagement; Epidemiologie und

Reha-Bedarf; Reha-System; Gender-Mainstreaming in der Rehabilitation; Berufliche Orientierung; Betriebliches Eingliederungsmanagement; Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben; Sozialmedizin; Rehabilitationspsychologie; Reha-Ökonomie; Rehabilitationsrecht; Orthopädische/ rheumatologische Rehabilitation; Neurologische Rehabilitation; Kardiologische Rehabilitation; Onkologische Rehabilitation; Gastroenterologische Rehabilitation; Pneumologische Rehabilitation; Psychotherapeutische Intervention; Altersspezifische Aspekte der Rehabilitation bei Abhängigkeitserkrankungen; Rehabilitation bei psychischen Störungen; Rehabilitation bei chronischen Schmerzen; Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen.

[549-F] Eisen, Roland, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Organizational forms of medical service delivery - HMOs, PPOs and other forms of managed care

INHALT: Es geht um die Frage, ob durch geeignete Reformen der Angebotsstrukturen auf dem Gesundheitsmarkt sich Kosteneinsparmöglichkeiten realisieren lassen, ohne die Qualität zu verschlechtern. In der Literatur werden verschiedene, schon erprobte Formen diskutiert: health maintenance oder preferred provider organizations und andere.
METHODE: Anwendung der ökonomischen Vertragstheorie *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.
ART: *BEGINN:* 2007-05 *ENDE:* 2008-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler
INSTITUTION: Eisen, R. (Dr.-Böttcher-Str. 12, 81245 München)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: eisen@wiwi.uni-frankfurt.de)

[550-L] Elkeles, Thomas; Kirschner, Wolf:
Arbeitslosigkeit und Gesundheit: Interventionen durch Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement - Befunde und Strategien, (Gesundheitsförderung und Selbsthilfe, Bd. 3), Bremerhaven: Wirtschaftsverl. NW 2004, 270 S., ISBN: 3-86509-135-0

INHALT: "Vor dem Hintergrund aktueller Strategien zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen rücken von Arbeitslosigkeit betroffene Personen zunehmend in den Fokus des Interesses. Im Vergleich zu Erwerbstätigen weisen sie einen schlechteren Gesundheitsstatus auf und sind somit eine wichtige Zielgruppe für Ansätze der Prävention und Gesundheitsförderung. Vor diesem Hintergrund liefert die Expertise eine empirische Grundlage zur Konzeptionierung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Die Bestandsaufnahme aktueller sozialepidemiologischer Befunde zum Themenkomplex 'Arbeitslosigkeit und Gesundheit' bildet die Grundlage zur Bestimmung grundsätzlicher Möglichkeiten gesundheitsbezogener Interventionen für die Zielgruppe. Dabei werden sowohl rechtliche Möglichkeiten als auch Chancen und Grenzen für Akteure der 'organisierten Gesundheitsförderung' und der Sozialversicherungsträger diskutiert. Gesundheitliche Interventionen für Arbeitslose aus Deutschland und dem Ausland werden bewertet, um sowohl den Entwicklungsstand der Praxis auf diesem Gebiet zu verdeutlichen als auch Handlungsempfehlungen abzuleiten. Im Kontext des schwierigen Themenfeldes kommt die Expertise zu dem Schluss, gesundheitliche Interventionen bei Arbeitslosen entscheidend zu verstärken, auch wenn die Evidenz prinzipieller Wirksamkeit spezifischer gesundheitlicher Interventionen derzeit noch als insgesamt gering bezeichnet werden muss. Hier zeichnet sich weiterer Forschungs- und Konzeptionsbedarf ab." (Autorenreferat)

[551-L] Ewers, Michael; Schaeffer, Doris:
Dying in Germany: consequences of societal changes for palliative care and the health care system, in: Journal of public health : Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Vol. 15/2007, No. 6, S. 457-465 (URL: http://www.springerlink.com/content/1613-2238/)

INHALT: "The changes in the way people die and the new challenges in dealing with dying and death have not been realized to their full extent or discussed in respect to their implications and consequences for end-of-life care in Germany. The purpose of this problem analysis paper is to provide an overview of the most important societal changes and to address the consequences for end-of-life care in the German Health Care System from a public health nursing point of view. It will be demonstrated that an exclusive focus on fostering the development of palliative care as a form of specialized health care and thereby allowing only a few people access to qualified care at the end of life is not a sufficient approach. It will be rather necessary to make broad changes in all areas of health care in order to achieve a level of end-of-life care that is of high quality and appropriate to match people's needs. The most important challenges to be managed in the German health care system will be presented and discussed." (author's abstract)

[552-L] Gierth, Matthias:
Eine unendliche Geschichte?: zum Streit um ein Gesetz über Patientenverfügungen, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 53/2007, H. 6 = Nr. 451, S. 57-62 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de//db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_11014_1.pdf)

INHALT: "Im Streit um Patientenverfügungen bilden Lebensschutz und Selbstbestimmung einander gegenüberstehende Pole. Ein Alternativplan zur gesetzlichen Regelung greift das Konzept umfassender Vorsorge im fortgeschrittenen Krankheitsstadium auf. Zum aktuellen Stand der Debatte." (Autorenreferat)

[553-L] Golly, Perry:
Soziale Gerechtigkeit im Gesundheitswesen: eine Analyse des bundesdeutschen Gesundheitssystems, Marburg: Tectum Verl. 2006, 165 S., ISBN: 3-8288-9153-5 (Standort: USB Köln(38)-34A759)

INHALT: "Kann es ein sozial gerechtes Gesundheitswesen geben? Wie sollte es aussehen? Wohlfahrtsstaat und Eigenverantwortung, Bürgerversicherung und Prämienmodell - die deutsche Sozialpolitik sieht sich seit Jahren einem gewaltigen Reformdruck gegenüber, alle sozialstaatlichen Institutionen stehen auf dem Prüfstand. Auf der Basis der gerechtigkeitstheoretischen Konzeption von John Rawls stellt dieses Buch mit Hilfe kritischer Interpretationsansätze von Wilfried Hinsch, Wolfgang Kersting und Peter Koller Gerechtigkeitsgrundsätze vor, mit denen ein Gesundheitssystem bewertet werden kann. Dieses wird schließlich mit den Korrekturvorschlägen der beiden populärsten Reformvorschlägen in der bundesdeutschen Diskussion, der Bürgerversicherung und dem Prämienmodell, verglichen und in Kernpunkten ein Gesundheitswesen entwickelt, welches die Vorteile der drei Modelle bündelt und Gerechtigkeitsmängel minimiert." (Autorenreferat)

[554-L] Graefe, Stefanie:
Zwischen Wahlfreiheit und Entscheidungszwang: zur Ökonomie des "entlastenden" Sterbens, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 37/2007, Nr. 3 = H. 148, S. 421-437 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Es steht zu erwarten, dass die Patientenverfügung sowie die passive und indirekte Sterbehilfe in Deutschland bald legalisiert werden. Im Mittelpunkt der aktuellen Debatte steht die Autonomie des Patienten am Ende seines Lebens. Ein entsprechendes Gesetz soll es dem Individuum erlauben, sein Leben mit medizinischer Hilfe vorzeitig zu beenden - nicht nur im Falle eines nahen Todes, sondern auch unter Umständen, unter denen der Patient nicht in der Lage ist, seinem eigenen Willen Ausdruck zu verleihen (Demenz, vegetativer Zustand). Einerseits werden hiermit Befürchtungen aktiviert, für Verwandte oder die Gesellschaft in Zeiten begrenzter Ressourcen zur Belastung zu werden, andererseits werden solchen Befürchtungen gerade beschwichtigt. Diese unterschwelligen Zusammenhänge werden hier analysiert. (ICEÜbers)

[555-L] Graumann, Sigrid; Grüber, Katrin (Hrsg.):
Grenzen des Lebens, (Mensch-Ethik-Wissenschaft, Bd. 5), Berlin: Lit Verl. 2007, 195 S., ISBN: 978-3-8258-0365-0

INHALT: "Die Grenzen des Lebens, sein Anfang und sein Ende, waren Jahrhunderte lang klar und eindeutig bestimmt. Mit den Errungenschaften der Biomedizin werden diese Grenzen unscharf - Menschen können künstlich gezeugt werden und künstlich am Leben gehalten werden; durch den Tod des einen, kann ein anderer Mensch weiterleben - Dank der Transplantationsmedizin. Diesen Errungenschaften stehen viele ambivalent gegenüber. Neue Behandlungsmöglichkeiten werden begrüßt, lösen aber oft auch Abneigung und Ängste aus. Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der kulturelle Umgang mit Leben und Tod in seinen historischen, medizinisch-naturwissenschaftlichen, individuell-erfahrungsweltlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten. Dabei werden ethische Fragen keineswegs ausgeklammert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Sigrid Graumann: Einleitung (7-12); Elisabeth List: Grenzen des Lebens (13-26); Gesa Lindemann: Jenseits von Anerkennung (27-44); Anna Bergmann: Labor und Bühne: Medizinischer Erkenntnisfortschritt im anatomischen Theater (45-60); Andreas Winkelmann: Die menschliche Leiche in der heutigen Anatomie (61-74); Angela Hörschelmann: Sterbehilfe im Spielfilm (75-86); Alfred Simon: Selbstbestimmtes Sterben mit fremder Hilfe? (87-96); Andreas Kuhlmann: Behandlungsverzicht - Selbstbestimmung und passive Sterbehilfe (97-104); Andreas Zieger: Menschen im Wachkoma - Mythos und Lebenswirklichkeit (105-120); Yvonne Denier: "Care" und die Grenzen des Lebens - Thesen zur allgemeinen Gesundheitspolitik und zur Rolle der menschlichen Sterblichkeit (121-133); Felix Welti: Der sozialrechtliche Anspruch und die Grenzen des Lebens (135-152); Vera Kalitzkus: Postmortale Organspende im Erleben der Angehörigen (153-164); Silke Domasch: nicht implantieren, verwerfen, absterben lassen. Zur sprachlichen Konstitution neuer biomedizinischer Sachverhalte am Lebensbeginn (165-178); Beatrix Rubin: Das therapeutische Versprechen der embryonalen Stammzellforschung (179-192).

[556-F] Groß, Cornelia, Dipl.-Psych.; Heim-Dreger, Uwe, Dr.; Newedel, Stefanie, Dipl.-Psych. (Bearbeitung); Kohlmann, Carl-Walter, Prof.Dr.; Eschenbeck, Heike, Dr. (Leitung):
Vernetzte Gesundheitsförderung in der Schule (VEGIS)

INHALT: Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen haben das Ausmaß einer Gesundheitskrise angenommen. Nach den Schätzungen der WHO (vgl. Pressemitteilung vom 9. März 2006; http://www.who.dk) kann davon ausgegangen werden, dass in Europa 10 bis 30% der Kinder und 8 bis 25% der Jugendlichen zu viel Körperfett aufweisen. Adipöse Kinder haben einen erhöhtes Risiko Typ-2-Diabetes mellitus, koronare Herzerkrankungen oder andere chronische Erkrankungen schon als Jugendliche oder während des jungen Erwachsenenalters zu entwickeln. Die WHO spricht von einem alarmierenden Anstieg von Adipositas bei jungen Menschen. Es besteht kein Zweifel, dass nur über präventive Maßnahmen und eine nachhaltige Gesundheitsförderung dieser Herausforderung begegnet werden kann, wobei verschiedene gesellschaftliche Ebenen gefordert sind. Das Health Evidence Network (vgl. Pressemitteilung der WHO vom 7. März 2006) zeigt, dass schulische Gesundheitsförderung die Gesundheit der Kinder verbessern kann. Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit, der gesunden Ernährung und der körperlichen Aktivität zeigten die höchste Wirksamkeit. Die Schule wird als ein geeigneter Ansatzpunkt betrachtet, um Präventionsmaßnahmen weiter zu etablieren. Im Grundschulalter werden Verhaltensgewohnheiten (auch gesundheitsbezogene) erlernt und stabilisiert und die schulische Sozialisation nimmt auf die Entwicklungsprozesse einen wesentlichen Einfluss. Die herausragende Stellung der Schule liegt u.a. auch darin begründet, dass sie für präventive Maßnahmen den Zugang zu nahezu vollständigen Alterskohorten ermöglicht und den Einsatz gruppenbezogener Maßnahmen eröffnet. Die Projektziele liegen in der Verbindung von a) Beratung bei der schulischen Gesundheitsförderung in der Region, b) der Schaffung eines Forums für Akteure in der schulischen Gesundheitsförderung inkl. der Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie c) der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von "Daten für Taten" mit der Gmünder ErsatzKasse GEK.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Gmünder ErsatzKasse GEK

INSTITUTION: Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. I, Institut für Humanwissenschaften Abt. Psychologie (Oberbettringer Str. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd)

KONTAKT: Kohlmann, Carl-Walter (Prof.Dr. Tel. 07171-983-448,
e-mail: carl-walter.kohlmann@ph-gmuend.de); Eschenbeck, Heike (Dr. Tel. 07171-983-403,
e-mail: heike.eschenbeck@ph-gmuend.de)

[557-L] Hafen, Martin:
Mythologie der Gesundheit: zur Integration von Salutogenese und Pathogenese, Heidelberg: Auer 2007, 127 S., ISBN: 978-3-89670-380-4 (Standort: UB Saarbrücken(291)-2007/2019)

INHALT: "Gesundheit ist ein zentrales Thema unserer Zeit. Aber was ist eigentlich Gesundheit? Ist sie etwas positiv Bestimmbares oder ist sie nur die andre Seite der Krankheit? Eine allgemein anerkannte Definition von Gesundheit gibt es nicht. Das Buch setzt sich mit diesem Defizit an begrifflicher Tiefenschärfe auseinander, erarbeitet eine Definition von Gesundheit und Krankheit und dekonstruiert einige wenig trennscharfe Unterscheidungen wie 'Prävention/Gesundheitsförderung' oder 'Salutogenese/Pathogenese'. Ausgehend davon biete es Ansätze zu einer systemtheoretischen Beschreibung des Gesundheitssystems als Einheit von Prä-

ventions- und Behandlungssystem und zieht aus dieser Analyse den Schluss, dass die ständig steigenden Kosten im Gesundheitswesen nur mit einer nachhaltigen Umstellung von kurativer auf präventive Medizin in den Griff zu bekommen sind. Den Einstieg bildet ein kurz gefasster historischer Rückblick über die Entwicklung unterschiedlicher Gesundheitskonzepte, der mit der Einführung einiger Gesundheitsdefinitionen abgeschlossen wird, die aus dieser Entwicklung hervorgegangen sind. Diese Definitionen werden dann mit den Mitteln der soziologischen Systemtheorie analysiert, um allfällige definitorische Unklarheiten aufzuzeigen und die Reihe der Definitionen um eine systemtheoretisch inspirierte Fassung zu erweitern. Abgeschlossen wird das Buch mit einem Kapitel zur Bedeutung der pathogenetischen und salutogenetischen Perspektiven auf die Ausgestaltung eines Gesundheitssystems, das die individuellen Bedürfnisse befriedigt, ohne die Kostenspirale in einem Mass weiter nach oben zu drehen, dass sich immer weniger Leute Gesundheit leisten können." (Textauszug)

[558-F] Hahn, Daphne, Dr.phil.; Hendel-Kramer, Anneliese, Dipl.-Soz.; Tomaczewsky, Kathleen, Dipl.-Soz.; Hantsche, Brigitte, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Maschewsky-Schneider, Ulrike, Prof.Dr.; Helfferich, Cornelia, Prof.Dr.; Hinze, Lieselotte, PD Dr.; Begenau, Jutta, Dr.; Hagemann-White, Carol, Prof.Dr. (Leitung):
Untersuchung zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland

INHALT: Ziel des Projektes: Geschlechtsspezifische Besonderheiten und Entwicklungstrends in der gesundheitlichen Lage von Frauen in Deutschland herauszuarbeiten. Einbezogen werden die besondere Entwicklung gesundheitlicher Faktoren in Ost- und Westdeutschland. Das Gesamtprojekt ist interdisziplinär konzipiert und setzt sich aus verschiedenen Teilprojekten zusammen, die von unterschiedlichen wissenschaftlichen Institutionen bearbeitet werden. Ergebnisse: Der Gesamtbericht gibt einen Überblick über die gesundheitliche Situation von Frauen in Deutschland, aus dem Schlussfolgerungen für konkrete sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ableitbar sind. Die Ergebnisse erlauben Schlussfolgerungen für die Definition von Gesundheitsindikatoren, die spezifische gesundheitliche Problemlagen, aber auch Ressourcen auf dem Hintergrund der sozialen Lebenssituation abbilden und die in der Gesundheitsberichterstattung einsetzbar sind. Darüber hinaus wurde der Bedarf weitergehender frauenspezifischer Gesundheitsforschung spezifiziert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* West- und Ostdeutschland

METHODE: Die im Projekt behandelten Themen orientieren sich an den in der Frauenforschung formulierten Defiziten und prioritären Forschungsfeldern. Folgende Themen werden beschrieben: 1. eine sozialepidemiologische Beschreibung und Analyse geschlechts- und schichtspezifischer Unterschiede in Gesundheit und Krankheit, 2. eine Bestandsaufnahme von Untersuchungen zum Zusammenhang von Erwerbs- und Familienarbeit und Gesundheit, 3. eine Bestandsaufnahme zu Forschungsergebnissen zur reproduktiven Gesundheit, 4. Untersuchungen zur institutionellen und gesundheitlichen Versorgung von Frauen. Methodisches Vorgehen: Auswertung von Daten der Gesundheitsberichterstattung des Bundes; Reanalysen vorhandener Datensätze z.B. des nationalen Gesundheitssurveys Ost und West, Mortalitätsdaten des Statistischen Bundesamtes; Aufarbeitung von Studien, Statistiken und Daten zur beruflichen und gesundheitlichen Situation von Frauen in der DDR; Auswertung sozialepidemiologischer und sozialwissenschaftlicher Studien zum Thema Reproduktive Gesundheit, Arbeit und Gesundheit; Analyse neuerer Literatur, insbesondere zum frauenspezifischen Zusammenhang von sozialer Lage, Arbeitsbedingungen und Gesundheit.

ART: *BEGINN:* 1997-11 *ENDE:* 1999-12 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Technische Universität Berlin, Fak. VII Wirtschaft und Management, Institut für Gesundheitswissenschaften Abt. Gesundheitssoziologie (Str. des 17. Juni 145, EB 2, 10623 Berlin); Sozialwissenschaftliches Frauenforschungsinstitut -SoFFI K- der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg (Buggingerstr. 38, 79114 Freiburg im Breisgau); Universität Magdeburg, Medizinische Fakultät, Institut für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie Lehrstuhl Sozialmedizin (Leipziger Str. 44, 39120 Magdeburg)

KONTAKT: Hahn, Daphne (Dr. Tel. 030-314-79430, Fax: 030-314-25707, e-mail: hahn@ifg.tu-berlin.de)

[559-L] Heindl, Ines:
Ernährung, Gesundheit und soziale Ungleichheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 42, S. 32-38 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/files/V24398.pdf)

INHALT: "Viele Familien sind mit den Aufgaben einer Ernährungs- und Gesundheitsbildung ihrer Kinder überfordert. Soziale Ungleichheit geht mit unterschiedlichem Ess- und Bewegungsverhalten einher. Die sich daraus ergebenden Verpflichtungen gesundheitlicher Allgemeinbildung werden in Deutschland unterschätzt." (Autorenreferat)

[560-L] Helmert, Uwe; Braun, Bernard; Milles, Dietrich; Rothgang, Heinz (Hrsg.):
Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin: Festschrift für Rainer Müller, (Schriftenreihe "Gesundheit - Arbeit - Medizin", Sonderausg.), Bremerhaven: Wirtschaftsverl. NW 2007, 373 S., ISBN: 978-3-86509-643-2 (Standort: SB Berlin(1)-1A642/770)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Dietrich Milles: Durchwachsen. Zum Aufbau der Gesundheitswissenschaften an der Universität Bremen (9-39); Dieter Borgers: Die "Relativitätstheorie" des kardiovaskulären Risikos. Ein neues Verständnis und seine klinisch-epidemiologischen Grundlagen (41-53); Uwe Helmen Gerd Marstedt: Gar nicht krank ist auch nicht gesund. Gesundheit und Krankheit von A-Z (54-58); Marcus Kahrs: Gesundheitskompetenz. Individuelle Fähigkeiten als Grundlage selbstgesteuerten Gesundheitshandelns (59-74); Frauke Koppelin: Prävention und Gesundheitsförderung in wohlfahrtsstaatlichen Arrangements (75-92); Walter Samsel: Herzsport in Oldenburg (93-128); Thomas Schulz: Leben im Wettbewerb. Körpermodellierung in neoliberal geprägten Zeiten (129-146); Eva Senghaas-Knobloch: Konjunkturen und Leidenschaft. Arbeit als Gegenstand der Arbeits- und Gesundheitsforschung (147-159); Wolfgang Hien: Betriebsmedizin muss "vor Ort" sein. Die neue Gefahrstoffverordnung weist der Arbeitsmedizin eine deutlich erweiterte Aufgabenstellung zu (161-175); Wolfgang Ritter, Stephanie Pöser, Joachim Larisch: Sicherheit und Gesundheit als wertschöpfendes und lernendes Netzwerk am Beispiel der Bauindustrie (177-195); Bernard Braun: Alles Müller oder was!? 30 Jahre Gesundheitsberichterstattung mit Prozessdaten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Bremen (197-220); Gerd Glaeske: Unverzichtbare Trias. Qualität, Ethik und Ökonomie - Kriterien zur Steuerung eines solidarischen Gesundheitswesens (221-238); Melanie Rosenwirth, David Klemperer, Uwe Helmert, Bernard Braun: Shared Decision Making. Ergebnisse des Bertelsmann Gesundheitsmonitors (239-253); Lars Borchert, Heinz

Rothgang: Pflegeheime und Sterblichkeit: Immer älter und gebrechlicher ins Heim? (255-268); Wolfgang Voges: Soziale Unterschiede der Suizidalität im Alter (269-282); Ellen Kuhlmann: Gesundheitsreformen aus der Genderperspektive (283-297); Rolf Müller: Die Bedeutung der GKV-Daten für die Gesundheitsberichterstattung (299-317); Petra Buhr: Experiment DRG. Experiment DRG-Forschung. Wie kann man die Folgen der Einführung von Fallpauschalen für die Versorgungsqualität messen? (319-339); Norbert Schmacke: Kann man Gesundheitspolitik verstehen? (341-350); Magnus Müller-Lüdenscheidt: Der Sozialforscher (351-365).

[561-L] Henrichs, Klaus:
Rauchen: ein soziales Problem, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2006, 106 S., ISBN: 978-3-8364-0190-6 (Standort: PHB Freiburg(FREI129)-Psy/K230:16)

INHALT: "Nichtraucherförderung. Aber leider profitieren die Bevölkerungsgruppen, aus denen prozentual die meisten lebenslangen Raucher hervorgehen, nachweislich kaum von den Präventions- bzw. Raucherentwöhnungsprogrammen. Das Gegenteil ist der Fall:Die Zahl der 'Raucherkarrieren', die schon im Grundsschulalter beginnen, steigt ausschließlich in jenen Gruppen ständig an. Dies hat Folgen für unsere Gesellschaft, Volkswirtschaft und unsere Sozialsysteme. Nach Erläuterung der Ursachen des Rauchens und der aktuellen Strategien der Tabakprävention erfolgt ein genereller Überblick über die Vorgehensweisen anderer Staaten (USA, Niederlande u.a.). Im letzten Kapitel soll einen Vorschlag für ein ursachenbezogenes Tabakpräventionsprogramm im föderativ geprägten Deutschland vorgestellt werden, um auch die Menschen in sozial benachteiligten Schichten, deren Proporz an der Gesamtbevölkerung stetig zunimmt, zu erreichen." (Autorenreferat)

[562-L] Holst, Jens:
Kostenbeteiligung für Patienten - Reformansatz ohne Evidenz!: theoretische Betrachtungen und empirische Befunde aus Industrieländern, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Forschungsgruppe Public Health, 2007-304), Berlin 2007, 118 S. (Graue Literatur; URL: http://skylla.wzb.eu/pdf/2007/i07-304.pdf); Forschungsbericht/Nummer: SP I 2007-304

INHALT: "Die internationale Gesundheitssystemforschung zeigt in praktisch allen Industrieländern einen einheitlichen Trend auf: die zunehmende Verlagerung der Kosten von der solidarischen Finanzierung auf die privaten Haushalte. Gesetzgeber wie Berater begründen dies üblicherweise mit der Stärkung von Kostenbewusstsein und vor allem der 'Eigenverantwortung'. Wirtschaftswissenschaftler betrachten Selbstbeteiligungen in der Gesundheitsversorgung als notwendig, um dem Missbrauch der Solidargemeinschaft entgegenzuwirken. Von Gebühren und Zuzahlungen erwarten sie eine 'vernünftigere' Inanspruchnahme der Gesundheitsleistungen und eine finanzielle Stabilisierung der Systeme. Die Sicht vieler Politiker und Wirtschaftsexperten auf den 'Gesundheitsmarkt' ist durch das Theorem des versichertenseitigen Moral Hazard geprägt. Dieses Modell macht Krankenversicherte zu rationalen 'Nutzenmaximierern', die zum eigenen Vorteil über den Bedarf hinaus Leistungen in Anspruch nähmen und dadurch gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsverluste verursachten. Moral Hazard in der Krankenversicherung gehört zum Standard-Repertoire ökonomischer Lehrbücher. Die vorliegende Arbeit wertet die umfangreiche Literatur über Ansätze und Versuche der Kostenbetei-

ligung von Patienten aus, die in den letzten vier Jahrzehnten erschienen ist. Dabei stellt sich heraus, dass belastbare Belege für das Moral-Hazard-Verhalten von Versicherten bzw. Patienten bisher fehlen und die üblicherweise angeführte Empirie für den Nachweis ungeeignet ist. Gesundheitswissenschaftliche, versorgungsbezogene und klinische Studien legen vielmehr nahe, dass die Versicherten das System nicht ausnutzen wollen oder können. Die Einführung von Kostenbeteiligungen für Patienten scheint eher die bedarfsgerechte Versorgung zu gefährden, weil sie Kranke von der Inanspruchnahme abhalten. Die Vorstellung von der 'rationalen' Nutzung des Gesundheitswesens entpuppt sich als realitätsfremd. Nach gründlicher Auswertung des Forschungsstandes kommt der Autor zum Schluss, dass Moral Hazard in der Krankenversicherung ein Popanz der akademischen Wirtschaftstheorie geblieben ist. Für die Einführung von Kostenbeteiligungen für Patienten fehlt es an hinreichender realitätsbasierter Evidenz. In Anbetracht der schädlichen versorgungspolitischen Effekte erscheinen die Rücknahme aller Patientenzuzahlungen und der Verzicht auf Selbstbeteiligungen geboten." (Autorenreferat)

[563-F] Homann, Denise (Bearbeitung); Meier, Bernd-Dieter, Prof.Dr.jur. (Leitung); Meier, Bernd-Dieter, Prof.Dr.jur. (Betreuung):
Betrug im Gesundheitswesen

INHALT: Ziel des Forschungsprojektes ist es, den vorhandenen Verbreitungsgrad von betrügerischen Handlungen im deutschen Gesundheitssystem, deren typische Erscheinungsformen, die verursachten Schäden sowie die sich in diesem Kriminalitätsbereich ergebenden Besonderheiten und speziellen Schwierigkeiten bei der Aufklärung und Strafverfolgung in Erfahrungen zu bringen. An diese Deskription anknüpfend, sollen Überlegungen zur Prävention vorgestellt werden, d.h. es soll festgestellt werden, welche Kontroll- und Sanktionierungsinstrumente zu aktivieren sind, um die angerichteten Schäden zu reduzieren. *ZEITRAUM:* 2002-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Auswertung von Strafverfahrensakten; Befragung der möglichen Geschädigten sowie Auswertung der von diesen über Forschungsfeld verfassten Berichte. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, standardisiert (Stichprobe: 250-300; Auswahlverfahren: Zufall). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 25-50; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Kaufmännische Krankenkasse (KKH), Hannover *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Universität Hannover, Juristische Fakultät, Kriminalwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie (Postfach 6047, 30060 Hannover)
KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: homann@jura.uni-hannover.de)

[564-L] Isfort, Michael; Weidner, Frank:
Pflege-Thermometer 2007: eine bundesweite repräsentative Befragung zur Situation und zum Leistungsspektrum des Pflegepersonals sowie zur Patientensicherheit im Krankenhaus, Köln 2007, 52 S. (Graue Literatur; URL: http://www.dip-home.de/material/downloads/Pflege-Thermometer2007.pdf)

INHALT: Das Pflege-Thermometer 2007 ist eine repräsentative Untersuchung leitender Pflegekräfte im Krankenhaus. Den Studienergebnissen liegen Daten aus 263 bundesdeutschen Krankenhäusern zugrunde. Gegenstand der Untersuchung war die Pflegepersonalsituation in den Einrichtungen mit der Ermittlung der Auswirkungen des Strukturwandels in den Krankenhäusern auf die Patienten insbesondere unter den Gesichtspunkten Patientensicherheit und Versorgungsqualität. Des Weiteren wurden die Veränderungen der Tätigkeitsfelder der Berufsgruppen sowie tarifliche Neuordnungen in den Krankenhäusern hinsichtlich ihrer Auswirkungen untersucht. Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass die Krankenhäuser in den letzten Jahren erhebliche Umstrukturierungen vorgenommen haben, die noch nicht abgeschlossen sind. Handlungsleitend scheinen dabei Kostendruck und zunehmende Ökonomisierung zu sein. Nur zwei von fünf Krankenhäusern sehen die finanzielle Basis für sich langfristig als gesichert an und jedes vierte Krankenhaus rechnet damit, in den kommenden fünf Jahren mit einem anderen Haus zusammengelegt zu werden. Diese Entwicklung beeinflusst auch in erheblichem Umfang die Personalsituation. Die leitenden Pflegekräfte sehen sich vor allem damit konfrontiert, dass die Lösung der Kostenproblematik in ihrem Bereich gesucht wird. Der Personalabbau im Pflegebereich schreitet weiter voran und hat sich in den letzten vier Jahren sogar noch beschleunigt. Dies führt zu einem Exodus der Pflege aus den Krankenhäusern und zur Rationierung pflegerischer Dienstleistungen für Patienten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es einer konsequenten Beobachtung und Sicherung der pflegerischen Versorgungsqualität bedarf, die über die derzeitigen Indikatoren der Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung (BQS) nicht abgedeckt wird. (IAB)

[565-L] Janßen, Christian; Borgetto, Bernhard; Heller, Günther (Hrsg.):
Medizinsoziologische Versorgungsforschung: theoretische Ansätze, Methoden, Instrumente und empirische Befunde, (Gesundheitsforschung), Weinheim: Juventa Verl. 2007, 278 S., ISBN: 978-3-7799-1148-7

INHALT: "Versorgungsforschung bezieht sich als Teilgebiet der Gesundheitssystemforschung auf die Kranken- und Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern, Arztpraxen und sonstigen Gesundheitseinrichtungen, in denen die konkreten Versorgungsleistungen zusammen mit dem Patienten erbracht werden. Versorgungsforschung kann darüber hinaus aus systemtheoretischer Perspektive als Analyse von Input in das Versorgungssystem, Throughput, Output und Outcome verstanden werden. Vordringliche Aufgaben der Versorgungsforschung sind die Beschreibung und Analyse der Versorgungssituation, die Entwicklung von Versorgungskonzepten, die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung neuer Versorgungskonzepte und die Evaluierung neuer und alter Versorgungskonzepte im medizinischen Alltag. Der vorliegende Band reflektiert die Arbeit der Arbeitsgruppe 'Versorgungsforschung' der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie. Im Mittelpunkt stehen dabei theoretische Ansätze, Methoden und Instrumente sowie bereits erzielte Ergebnisse aus der Medizinsoziologie, welche in der Versorgungsforschung zur Anwendung kommen. Er stellt somit eine Synopse von verschiedenen Arbeitsgebieten in der Versorgungsforschung dar. Der Band wendet sich an Forschende und Lehrende sowie Studierende im fortgeschrittenen Semester und ermöglicht den Einstieg in einen relativ jungen Forschungsbereich." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christian Janßen, Bernhard Borgetto, Günther Heller: Versorgungsforschung und Medizinische Soziologie. Eine Einleitung (7-11); Cornelia Bormann: Theoretische Aspekte und Ansatzpunkte der Versorgungsforschung (13-24); Bernhard Borgetto, Alf Trojan: Versorgungsforschung und Laiensystem (25-47); Birgit Babitsch, Ellen Kuhlmann: Die Integration von

Gender in die Versorgungsforschung. Theoretische Ansatzpunkte und empirische Beispiele (49-65); Bernhard Borgetto, Bernhard Mann, Christian Janßen: Soziologische Theorien in der medizinsoziologischen Versorgungsforschung (67-84); Cornelia Bormann, Günther Heller: Bedarf und Verfügbarkeit von Daten für eine nutzerorientierte Versorgungsforschung in Deutschland (85-92); Enno Swart, Günther Heller: Nutzung und Bedeutung von (GKV-)Routinedaten für die Versorgungsforschung (93-112); Michael Ebert: Steuerungsinstrumente in der Versorgung (113-124); Thomas Uhlemann, Joachim Klose: Bedarfsplanung vor dem Umbruch: Fehlallokationen in der Verteilung niedergelassener Ärzte (125-147); Günther Heller: Perinatologische Versorgungsforschung. Historische Ansätze und aktuelle Entwicklungen (149-162); Wolfgang Settertobulte, Matthias Richter: Gesundheitliche Versorgung für Kinder und Jugendliche (163-175); Christian Janßen, Oliver Ommen, Susanne Fuß, Holger Pfaff: Schwere Verletzungen und Lebensqualität: Die bio-psychosozialen Folgen schwerer Unfälle (177-204); Bernhard Borgetto, Andreas Kern: Behandlungsunterschiede in der Versorgung von Patienten mit rheumatoider Arthritis (205-215); Asja Maaz, Johanna Nordheim, Maik H.-J. Winter, Adelheid Kuhlmey: Chronische Krankheit im Alter: Versorgungsrealitäten aus Patientensicht (217-236); Günther Lüschen, Karim Abu-Omar, Olaf von dem Knesebeck: Krankenversicherung, sozialer Status und Gesundheit im Alter: Ein deutsch-amerikanischer Systemvergleich (237-252); Eva Mnich, Susanne Kohler: Ein europäischer Vergleich zum Effekt wohlfahrtsstaatlicher Transfers auf familiale Pflege: Wirkungen der deutschen Pflegeversicherung (253-272); Christian Janßen, Bernhard Borgetto, Günther Heller: Versorgungsforschung und Medizinische Soziologie - ein Ausblick (273-274).

[566-L] Jürges, Hendrik:
Health insurance status and physician-induced demand for medical services in Germany: new evidence from combined district and individual level data, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 119), Mannheim 2007, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_119-07.pdf)

INHALT: "Germany is one of the few OECD countries with a two-tier system of statutory and primary private health insurance. Both types of insurance provide fee-for-service insurance, but chargeable fees for identical services are more than twice as large for privately insured patients than for statutorily insured patients. This price variation creates incentives to induce demand primarily among the privately insured. Using German SOEP 2002 data, I analyze the effects of insurance status and district (Kreis-) level physician density on the individual number of doctor visits. The paper has four main findings. First, I find no evidence that physician density is endogenous. Second, conditional on health, privately insured patients are less likely to contact a physician but more frequently visit a doctor following a first contact. Third, physician density has a significant positive effect on the decision to contact a physician and on the frequency of doctor visits of patients insured in the statutory health care system, whereas, fourth, physician density has no effect on privately insured patients' decisions to contact a physician but an even stronger positive effect on the frequency of doctor visits than the statutorily insured. These findings give indirect evidence for the hypothesis that physicians induce demand among privately insured patients but not among statutorily insured." (author's abstract)

[567-F] Klas, Christian (Bearbeitung):
Strukturelle und verhaltensbezogene Gestaltungsmöglichkeiten auf dem solidarisch finanzierten Markt für Gesundheitsleistungen

INHALT: keine Angaben
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: European Business School, Department für Marktorientierte Unternehmensführung, Lehrstuhl für Health Care Management (Rheingaustraße 1, 65375 Oestrich-Winkel)
KONTAKT: Institution (Tel. 06723-69110, Fax: 06723-69133, e-mail: klaudia.kirsch@ebs.edu)

[568-L] Klauber, Jürgen; Robra, Bernt-Peter; Schellschmidt, Henner (Hrsg.):
Krankenhaus-Report 2007: Krankenhausvergütung - Ende der Konvergenzphase?, Stuttgart: Schattauer 2008, XX, 491 S., ISBN: 978-3-7945-2609-3

INHALT: "Bereits seit mehreren Jahren befindet sich die Krankenhauslandschaft in Deutschland in einem grundlegenden Wandel. Während in der aktuellen Berichterstattung über das Gesundheitswesen derzeit ohne Zweifel das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz im Vordergrund steht, darf hierüber nicht vergessen werden, dass speziell im Krankenhausbereich mit der vor einigen Jahren erfolgten Einführung der GDRGs ein geradezu epochaler Wandel in der Vergütung von stationären Krankenhausleistungen eingeleitet wurde, der längst nicht zum Abschluss gekommen ist. Tatsächlich hat die Vergütung über die G-DRGs den Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern schon in fundamentaler Weise verändert; sie könnte darüber hinaus auch im Verhältnis der Krankenhäuser zu den übrigen Akteuren in diesem Bereich - dem Bund, den Ländern, den Kostenträgern, um nur einige zu nennen -noch weitere nachhaltige Veränderungen bewirken. Zumindest adressiert das neue Vergütungssystem entsprechende Aufforderungen an die Politik, etwa bezogen auf die Fragen der zukünftigen Bedarfsplanung, der Finanzierung der Investitionen oder auch dem zukünftigen Vertragsspielraum. Vor diesem Hintergrund widmet sich der Krankenhaus-Report 2007 erneut den G-DRGs und ihren Auswirkungen auf die Entwicklung des Krankenhausbereichs. Der Schwerpunkt behandelt dabei insbesondere den sogenannten Konvergenzprozess. Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass die Einführung der G-DRGs in einem geordneten, mehrere Jahre andauernden Prozess vonstatten gehen soll. Dies betrifft nicht nur die Anpassung des Fallpauschalenkatalogs an die deutschen Gegebenheiten, sondern vordringlich auch die schrittweise Annäherung der krankenhausspezifischen Vergütungen an das landesdurchschnittliche Niveau. Je nach Ausgangslage der Kliniken ist dieser Prozess mit deutlichen Erlösverlusten oder -gewinnen verbunden und macht entsprechende Anpassungsleistungen der Krankenhäuser notwendig." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Thomas Braun, Ferdinand Rau, Karl Heinz Tuschen: Die DRG-Einführung aus gesundheitspolitischer Sicht. Eine Zwischenbilanz (3-22); Norbert Roeder, Holger Bunzemeier, Wolfgang Fiori: Ein lernendes VergütungssystemVom Budgetierungsinstrument zum deutschen Preissystem (23-48); Jürgen Wasem, Isabelle Rotter, Axel Focke, Gerhard Igl: Verändertes Kodierverhalten als eine der ungeklärten Herausforderungen der DRG-Einführung (49-62); Günter Neubauer, Andreas Beivers: Ende der Konvergenzphase und Neuordnung der Krankenhaussteuerung: Zum Stand der ordnungspolitischen Diskussion (63-80); Wulf-Dietrich Leber, Jürgen Malzahn, Johannes Wolff: Elektiv wird selektiv. Grundzüge eines wettbewerbsorientierten, nach Leistungen differenzierenden Ordnungsrahmens für Krankenhäuser ab dem Jahr 2009; Desdemona Hucke, Ludwig Kuntz, Rainer Wuttke: Selektive flexible Budgets für den Übergang vom Kollektiv- zum Selektivvertrag (107-

120); Rüdiger Strehl: Die Rolle der Universitätsklinika und ihrer Ambulanzen in der zukünftigen Versorgung (121-142); Stefan Felder, Stefan Fetzer, Jürgen Wasem: "Was vorbei ist, ist vorbei": Zum Übergang in die monistische Krankenhausfinanzierung (143-156); Markus Lüngen, Andreas Gerber, Karl W. Lauterbach: Pay-for-Performance: Neue Impulse für den Wettbewerb zwischen Krankenhäusern? (157-170); Günther Heller, Christian Günster, Enno Swart: Perspektiven der Qualitätssicherung mit Routinedaten (QSR) (171-194); Christian Günster: Komponentenzerlegung und Warenkorbänderungen (185-194); Peter Dirschedl, Matthias Mohrmann: Stichprobenprüfung nach Paragraph 17c KHG: Methodik, praktische Erfahrungen und Ergebnisse in Baden-Württemberg (195-210); Hermann Ewald, Bernd-Oliver Maier, Volker E. Amelung, Thomas Schindler, Nils Schneider: Perspektiven der Palliativversorgung (211-228); Jutta Visarius, Andreas Lehr: Krankenhauspolitische Chronik: 2006 (August) bis 2007 (Juli) (229-256); Jörg Friedrich, Gregor Leclerque, Katrin Paschen: Die Krankenhausbudgets 2004 bis 2006 unter dem Einfluss der Konvergenz (257-276); Ute Bölt: Statistische Krankenhausdaten: Grund- und Kostendaten der Krankenhäuser 2005 (277-308); Torsten Schelhase: Statistische Krankenhausdaten: Diagnosedaten der Krankenhäuser 2005 (309-342); Jutta Spindler: Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik: Diagnosen und Prozeduren der Patienten auf Basis der Daten nach Paragraph 21 Krankenhausentgeltgesetz (343-370); Thomas Graf: Statistische Krankenhausdaten: Grund- und Kostendaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (371-392).

[569-L] Klie, Thomas:
Engagementpotentiale im Pflegebereich, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 2, S. 72-85

INHALT: "Der Verfasser lotet Engagementpotentiale in der Pflege aus und macht konzeptionelle Vorschläge zu ihrer Verankerung im Wohlfahrtspluralismus. Dieser zeichnet sich durch einen Welfare Mix im Zusammenspiel von Staat, Markt, Drittem Sektor und informellem Sektor (Familien, Nachbarschaften etc.) aus. Besondere Bedeutung kommt hierbei den noch nicht ausgeschöpften Potentialen älterer Menschen zu, da deren Engagement in einer gerontologischen Win-Win-Situation resultiert. Eine wohlfahrtspluralistische Konzeptionalisierung sollte normativ begründet, strategisch konzipiert und operativ arrangiert sein. Anhand der Beispiele Hospizarbeit, dem Projekt 'Bürgerschaftliches Engagement und Lebensqualität im Alter' (BELA) und Pflegebudgets wird gezeigt, wie ein Welfare Mix unter Berücksichtigung dieser Ebenen und unter Einbezug bürgerschaftlichen Engagements gelingen kann. Mit diesem wohlfahrtspluralistischen Ansatz verbinden sich sowohl eine weitergehende Programmatik mit innovativen Potentialen als auch Risiken, denen die Integrations-und Teilhabezusage bürgerschaftlichen Engagements entgegenstehen." (Autorenreferat)

[570-L] Klytta, C.; Wilz, Gabriele:
Selbstbestimmt aber professionell geleitet?: zur Effektivität und Definition von Selbsthilfegruppen, in: Das Gesundheitswesen : Sozialmedizin, Gesundheits-System-Forschung, Public Health, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Medizinischer Dienst, Jg. 69/2007, H. 2, S. 88-97 (Standort: USB Köln(38)-Un I Zs.402 / LS; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2007-970148)

INHALT: "Ziel: Da die Effektivität von Selbsthilfegruppen (SHGs) als nicht erwiesen gilt und themenübergreifende Reviews zu SHGs rar sind, wird mit diesem Artikel ein Überblick über den derzeitigen Forschungsstand gegeben. Außerdem wird möglichen Ursachen für die bislang unklare Datenlage nachgegangen. Methodik: Mittels umfassender Literaturrecherche wurde ein Review von Studien zu SHGs (und sogenannten support groups) erstellt, die mit Längsschnittdesign und Kontrollgruppen gearbeitet haben. Sieben Studien erfüllten die Kriterien.Ergebnisse: In vier der sieben Studien konnten positive Effekte gegenüber der Kontrollgruppe belegt werden, in den drei anderen Studien gleichwertige Outcomes verglichen mit denen der Kontrollgruppe. Schlussfolgerungen: Angesichts der naturalistischen Designs ist dieses Ergebnis ein deutlicher Hinweis auf die Effektivität von SHGs. Als Schwierigkeit der bisherigen Forschung kann v.a. eine ungenügende Berücksichtigung der Heterogenität der Gruppen verantwortlich gemacht werden - insbesondere im Hinblick auf die Differenzierung zwischen SHGs und professionell geleiteten Gruppen. Die Definition schließt zwar professionelle Leitung aus, tatsächlich entspricht professionelle Involvierung in SHGs bis hin zu deren Leitung aber der Regel. Aus dieser Analyse werden Vorschläge für einheitliche Klassifizierungen abgeleitet, um SHGs von professionell geleiteten Gruppen zu trennen, sowie zusätzliche Abstufungen anhand des Ausmaßes professioneller Involvierung vornehmen zu können. Es wird für eine generell stärkere Berücksichtigung organisatorischer Unterschiede in der Forschung zu SHGs plädiert." (Autorenreferat)

[571-L] Knappe, Eckhard:
Gesundheitsreformen im Konflikt zwischen nachhaltiger Finanzierung, Effizienz und sozialem Ausgleich, (ZeS-Arbeitspapier, Nr. 8/2007), Bremen 2007, 22 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zes.uni-bremen.de/pages/arbeitspapierBeschreibung.php?ID=264&SPRACHE=de)

INHALT: "Die 'Performance' eines Gesundheitswesens, aber auch jede 'Gesundheitsreform' kann nur anhand bestimmter Kriterien beurteilt werden. Hierzu zählen mindestens die 'Nachhaltigkeit der Finanzierung', die 'Effizienz der Leistungserbringung und der Abdeckung des Krankheitsrisikos' sowie ein 'zielführender Sozialausgleich'. Anhand dieser drei Kriterien wird das System der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Reformdiskussion kritisch analysiert." (Autorenreferat)

[572-F] Kuchinke, Björn, Dr.rer.pol.; Sauerland, Dirk, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Der Zugang zu stationären Leistungen in Deutschland: eine Studie zur Ermittlung der Bedeutung des Versichertenstatus

INHALT: Hintergrund: Internationale Studien (z.B. Asplin et al. 2005) zeigen, dass schon der Zugang zur medizinischen Versorgung davon abhängig ist, wie die in Anspruch zunehmenden Leistungen finanziert werden. Auch für das deutsche Gesundheitssystem gibt es die Vermutung, dass die privat Versicherten nicht nur besser behandelt werden als die gesetzlich Versicherten, sondern auch einen schnelleren Zugang zu Diagnose und Behandlung erhalten. Diese Vermutung wird auch durch eine aktuelle Untersuchung (WIDO 2006) gestützt, die auf Befragungen von Patienten basiert. Problem: Die vorhandenen Untersuchungen zum Thema "Zugang" basieren im Wesentlichen auf Patientenbefragungen und analysieren in erster Linie den Zugang zu Leistungen im ambulanten Bereich. Systematische Daten für den stationären Bereich fehlen ebenso wie eine andere, validere Datenbasis als die Befragung von Patienten.

Beide Lücken sollen mit der vorliegenden Arbeit geschlossen werden. Ergebnisse: Die Ergebnisse zeigen, dass die durchschnittliche Wartezeit auf einen Behandlungstermin zum Teil auch vom angegebenen Status des Anrufers (privat versichert, gesetzlich versichert) abhängig ist. Darüber hinaus können sowohl die Trägerschaft eines Krankenhauses (öffentlich, freigemeinnützig, privat) als auch seine Größe (Zahl der Abteilungen) einen Einfluss auf die durchschnittliche Wartezeit bis zur Behandlung haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Auf Basis von anonymen Telefonanfragen wurden für ausgewählte und vorab als abgeklärte die Diagnose angekündigte Krankheitsbilder Termine für eine Behandlung in den betreffenden Fachabteilungen eines Krankenhauses vereinbart. Die Krankheitsbilder kamen aus dem Bereich der Frauenheilkunde (Konisation bei PAPP III D), der Kardiologie (Stenose) sowie der Chirurgie (Weber B Fraktur). Insgesamt sind mehr als 800 Krankenhäuser im Rahmen der Studie berücksichtigt worden. Die Befragungsergebnisse sind dann mit Hilfe multipler Regressionsanalysen (multiple regression analysis) ökonometrisch analysiert worden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 800). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Universität Ilmenau, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL Fachgebiet Wirtschaftspolitik (Postfach 100565, 98684 Ilmenau); Wissenschaftliche Hochschule Lahr (Hohbergweg 15-17, 77933 Lahr)

KONTAKT: Kuchinke, Björn (Dr. Tel. 03677-69-4034, Fax: 03677-69-4203, e-mail: bjoern.kuchinke@tu-ilmenau.de)

[573-L] Kuhn, Michael; Nuscheler, Robert:
Optimal public provision of nursing homes and the role of information, (Rostocker Zentrum - Diskussionspapier, No. 13), Rostock 2007, 37 S. (Graue Literatur; URL: http://www.rostocker zentrum.de/publikationen/rz_diskussionpapier_13.pdf)

INHALT: "Increasing demand for long-term care poses at least four challenges to the policy-maker: (i) How should care be supplied, within a nursing home or within the family? (ii) What level of care should be provided in the different arrangements? (iii) How do the answers relate to the severity of dependence? (iv) How can financial strain be mitigated for families with severely dependent members? The problems are aggravated when individual severity is the family's private information. We consider a theoretical model of long-term care provision under adverse selection. Households who are assumed to be altruistic towards dependent members decide on the amount of care and on the context of provision: within the household or within a nursing home. Nursing homes provide more effective care for severe cases but impose a disutility from being institutionalized on all cases. The regulator sets a transfer to redistribute consumption and, where relevant, to finance public nursing homes. We derive the allocations under full and asymmetric information with and without nursing homes, respectively, and examine under which conditions nursing homes improve social welfare. Our main result is that by imposing a utility loss without offering greater effectiveness in the care for mildly dependent cases, the nursing home facilitates self-selection and mitigates and possibly eliminates distortions in caring levels and transfers. Informational asymmetries may thus lead to care being provided too often within institutions rather than within a family context." (author's abstract)

[574-L] Langkutsch, Holger; Vöcking, Johannes (Hrsg.):
Gedanken: Gesundheit, Solidarität, Kultur ; eine Festschrift für Dr. Eckart Fiedler, Opladen: B. Budrich 2006, 247 S., ISBN: 978-3-938094-89-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006/9129)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Holger Langkutsch, Johannes Vöcking: Prolog (11-16); Reinhard Busse: Nutzen und Wirtschaftlichkeit der Versorgung - wie kann Health Technology Assessment helfen? (17-22); Rainer Daubenbüchel: Solidarität. Der Risikostrukturausgleich als Element des Solidarprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung (23-34); Heiner Geißler: Die Neue soziale Frage: Globale Solidarität (35-38); Klaus-Dirk Henke: Was ist uns die Gesundheit wert? Probleme der nächsten Gesundheitsreformen und ihre Lösungsansätze (39-58); Rainer Hess: Der Stellenwert der gemeinsamen Selbstverwaltung in einem auf Vertragswettbewerb ausgerichteten System (59-68); Jörg-Dietrich Hoppe: Wettbewerb und Leistungskatalog der GKV (69-78); Jürgen Keßler: Die gesetzliche Krankenversicherung als Ausnahmebereich im deutschen und europäischen Wettbewerbsrecht (79-94); Andreas Köhler: Solidarität im Gesundheitswesen (95-104); Karl Lauterbach: Ist Solidarität in der Finanzierung des Gesundheitswesensnoch notwendig? (105-118); Margret Mönig-Raane: Gedanken ... zur Selbstverwaltung (119-126); Peter Oberender, Jürgen Zerth: Disease Management im Kassenwettbewerb: eine ökonomische Betrachtung (127-138); Horst W. Opaschowski: Leben mit Wahlverwandtschaften und sozialen Konvois. Was die Menschen im 21. Jahrhundert zusammenhält (139-150); Jürgen Rüttgers: Was heißt heute "Solidarität"? (151-168); Ulla Schmidt: Reformen im Gesundheitswesen sind permanent vonnöten (169-174); Matthias Schrappe: Debatten eines modernen Gesundheitssystems:Patientensicherheit als Paradigma? (175-188); Wolfgang Schroeder: Demografischer Wandel ist gerecht gestaltbar (189-200); Horst Seehofer: Zukunft braucht Menschlichkeit: Herausforderungen im Sozialstaat (201-208); Rudolf Seiters: Die Würde des Menschen ist unantastbar (209-216); Jürgen Wasem, Daniela Freyer: Kassenwettbewerb mit morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (217-224); Matthias von Wulffen: Die Gerichtliche Kontrolle des Leistungsumfangs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (225-244).

[575-L] Langness, Anja:
Prävention bei sozial benachteiligten Kindern: eine Studie zur Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen, (Studien zur Gesundheits- und Pflegewissenschaft), Bern: Huber 2007, 251 S., ISBN: 978-3-456-84450-3 (Standort: USB Köln(38)-34A9882)

INHALT: "Der Einfluss sozialer Faktoren auf die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen ist besonders deutlich an den Früherkennungsuntersuchungen im Kindesalter abzulesen. Geringe Teilnahmeraten sind vor allem bei sozial benachteiligten Kindern festzustellen. Krankheiten und Entwicklungsverzögerungen können daher bei diesen Kindern nicht rechtzeitig erkannt und behandelt werden. Somit erreicht das universell ausgerichtete Präventionsprogramm gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen nicht, die am meisten von ihm profitieren würden. Diese Studie analysiert die Ursachen der niedrigen Teilnahme sozial benachteiligter Kinder an Präventionsmaßnahmen. Auf Grundlage der Analyse werden im Anschluss bedarfsorientierte und zielgruppenspezifische Strategien zur Steigerung der Inanspruchnahme ebenso erörtert wie innovative Möglichkeiten, sozial benachteiligte Kinder und deren Eltern umfassend gesundheitlich zu versorgen und zu beraten." (Autorenreferat)

[576-F] Madarász, Jeannette Zsusza, Ph.D. (Bearbeitung):
Geschichte der Gesundheitsvorsorge: die Genese und Entwicklung der Gesundheitsprävention in Deutschland von 1918 bis 1995 (Teilprojekt II im Rahmen des Forschungsschwerpunkts "Präventives Selbst")

INHALT: Im Mittelpunkt steht der Umgang mit chronischen Krankheiten, insbesondere die Prävention von Herz-Kreislauf-Krankheiten. Das Projekt ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens ("Präventives Selbst"), an dem mehrere Kooperationspartner beteiligt sind, v.a. die Humboldt-Universität Berlin, die Charité und die Universität Hamburg. *ZEITRAUM:* 1918-1995 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, DDR, Großbritannien
ART: *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bundesministerium für Bildung und Forschung
INSTITUTION: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa -ZCM- (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 030-25491-289, Fax: 030-25491-582, e-mail: madarasz@wzb.eu)

[577-L] Marrs, Kira:
Ökonomisierung gelungen, Pflegekräfte wohlauf?, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 9, S. 502-507 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Gesundheitsreform in Deutschland macht auch vor Krankenhäusern und deren Beschäftigten nicht halt. Die zunehmende Privatisierung von Krankenhäusern und die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf ein Fallpauschalensystem (DRG) führen zu verstärktem Kosten- und Wettbewerbsdruck und wachsender Ökonomisierung im Krankenhaus. Um Ersterem zu begegnen, werden auch in Krankenhäusern vermehrt leistungsorientierte Steuerungsformen und Managementkonzepte eingeführt. Insbesondere für Pflegekräfte bedeuten diese Veränderungen sowohl Arbeitsverdichtung als auch erhöhten Zeit- und Leistungsdruck. Die Pflegerinnen und Pfleger teilen die verstärkte Wettbewerbs- und Leistungsorientierung ihrer Krankenhäuser (bisher) nur bedingt. Die neuen ökonomischen Zielvorgaben stehen häufig in Widerspruch zu ihren ethischen Vorstellungen und ihrem pflegerischen Selbstverständnis." (Autorenreferat)

[578-L] Maurer, Jürgen:
Modelling socioeconomic and health determinants of health care use: a semiparametric approach, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 145), Mannheim 2007, 21 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_145-07.pdf)

INHALT: "This paper suggests bivariate semiparametric index models as a tool for modelling the interplay of socioeconomic and health characteristics in determining health care utilisation. These models allow for a fully nonparametric relationship between socioeconomic status, health care need and care utilisation. The only parametric restriction imposed is that multiple socioeconomic and health indicators can be aggregated into two distinct indices that measure the broader concepts of socioeconomic status and health care need, respectively. We demon-

strate the usefulness of this class of models based on an illustrative empirical example. The estimations highlight complex interactions of socioeconomic status and health care need in determining care use, which may be difficult to grasp via standard parametric modelling approaches." (author's abstract)

[579-F] Menzel, Kai, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Eekhoff, Johann, Prof.Dr. (Leitung):
Wettbewerb auf der Angebotsseite des Gesundheitswesen

INHALT: Das deutsche Gesundheitswesen ist gekennzeichnet durch hohe pro Kopf Ausgaben und im internationalen Vergleich allenfalls durch mittelmäßige Ergebnisse. Vieles spricht dafür, dass es erhebliche Ineffizienzen bei der Leistungserstellung gibt. Viele Gesundheitsökonomen sehen eine wichtige Ursache für diese Probleme in unzureichendem Wettbewerb. Während für einen stärkeren Versicherungswettbewerb bereits ausgearbeitete Vorschläge vorliegen, existieren diese kaum für die Angebotsseite des Gesundheitswesens. Ziel des Projektes ist, vor diesem Hintergrund einen Ordnungsrahmen für den Markt für Gesundheitsleistungen zu erarbeiten. Es wird untersucht, inwieweit im Gesundheitswesen eine Steuerung durch Marktmechanismen möglich ist und welche staatlichen Eingriffe für einen funktionierenden Wettbewerb notwendig sind. Der Schwerpunkt liegt auf den Leistungen der Ärzte und Krankenhäuser sowie der integrierten Versorgungseinrichtungen (z.B. medizinische Netze mit einem Krankenhaus, niedergelassenen Ärzten, Rehabilitationszentren, etc.). Kai Menzel hat im Rahmen des Projekts am 8. Juni 2006 auf dem interdisziplinären Kongress "Junge Naturwissenschaft und Praxis" der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung einen Vortrag mit dem Titel "Präventionsanreize in verschiedenen Krankenversicherungssystemen" gehalten. Der Beitrag wurde im Tagungsband abgedruckt. Mit einem Beitrag zum Thema "Funktionsfähigkeit des Marktes für Qualitätsinformation im Gesundheitswesen" ("The market for health quality information - Problems and remedies") stellte Kai Menzel das Projekt im Dezember 2006 bei der 3. International Jerusalem Conference an Health Policy vor.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Menzel, Kai: Bestimmt kein Käse: Gesundheitsreform in den Niederlanden. in: Ordnungspolitischer Kommentar des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, 2006, 5. *ARBEITSPAPIERE:* Menzel, Kai: Der Markt für Informationen über die Qualität medizinischer Leistungserbringer. in: Otto-Wolff-Institut Diskussionspapier, 2006, 4.
ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung
INSTITUTION: Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln (Pohligstr. 1, 50969 Köln)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-470-6610, e-mail: menzel@wiso.uni-koeln.de)

[580-L] Michelmann, H.; Himmel, W.:
Reproduktionsmedizin in Deutschland: Besonderheiten und Dilemmata, in: Das Gesundheitswesen : Sozialmedizin, Gesundheits-System-Forschung, Public Health, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Medizinischer Dienst, Jg. 67/2005, H. 8/9, S. 605-612 (Standort: USB Köln(38)-Un I Zs.402 / LS; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2005-858578)

INHALT: "Hintergrund: Technische Fortschritte und Erfolge der Fortpflanzungsmedizin könnten zu einer problematischen Ausweitung der Behandlungsindikation bei ungewollter Kinderlosigkeit führen. Unter den derzeitigen rechtlichen Gegebenheiten in Deutschland (Verbot der selektiven Blastozystenkultur) ist mit negativen Folgen für die reproduktive Gesundheit, das heißt weder mit einer Steigerung der Schwangerschaftsrate noch mit einer Senkung der Mehrlingsschwangerschaften zu rechnen. Methode: Auf Basis einer gezielten Literaturrecherche werden drei Themen gesundheitswissenschaftlich fokussiert: (1) der Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Reproduktionsmedizin, (2) Erfolgskriterien der künstlichen Befruchtung sowie (3) neue Behandlungsoptionen und ethisch-juristische Probleme. Ergebnisse: Parallel zur steigenden Kinderlosigkeit in Deutschland (und anderen Industrienationen) etablierte sich die Reproduktionsmedizin, die mittlerweile zu knapp 2 % aller Geburten beiträgt. Das Ausmaß tatsächlich ungewollter Kinderlosigkeit - oft als Begründung für die Notwendigkeit einer frühzeitigen reproduktionsmedizinischen Intervention genannt - ist allerdings weit geringer (unter 8 Prozent) als häufig behauptet (zwischen 10 und 15 Prozent). Ein Erfolg der Reproduktionsmedizin realisiert sich für Patienten oft nur nach einer Serie von Behandlungszyklen und ist - insbesondere in Deutschland - von einer hohen Rate an Mehrlingsschwangerschaften begleitet. Erfolg in der Kinderwunschbehandlung sollte daher an der Rate gesunder, nicht frühzeitig geborener Einlinge und einer verbesserten Lebensqualität gemessen werden. In diesem Sinne könnte die in Deutschland bisher verbotene selektive Blastozystenkultur den Behandlungserfolg steigern und die Belastung für die betroffenen Paare senken. Schlussfolgerung: Die gesundheitswissenschaftliche Betrachtung der Reproduktionsmedizin zeigt die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung von Patientenbedürfnissen und einer offenen Diskussion über neue Verfahren, die wahrscheinlich zu einer besseren reproduktiven Gesundheit beitragen, bisher aber aufgrund eines möglicherweise falsch verstandenen juristischen Schutzes des frühen Embryos nicht zur Anwendung kommen dürfen." (Autorenreferat)

[581-F] Möller, Isabell, Dipl.-Ökon.; Koch, Torsten, Dipl.-Soz.Wiss.; Plaß, Stefan, Dr.phil.; Mayer, Daniela (Bearbeitung); Blanke, Bernhard, Prof.Dr.rer.pol. (Leitung):
Systemische Effekte der Fallpauschalierung (DRG) auf Einrichtungsqualität und Vernetzung der stationären Versorgung

INHALT: Die "Modernisierung des Gesundheitssystems" in Deutschland umfasst nicht nur die öffentlich diskutierten Reformen der Finanzierung und Ansätze zur Veränderung von Steuerungsstrukturen (Selbstverwaltung, Vertragsformen), sondern zahlreiche - kaum miteinander verbundene - Bemühungen um Qualitätsverbesserungen, Integration von Versorgungsketten und seit 2002 eine einschneidende Veränderung der Vergütungsstrukturen in den Akutkrankenhäusern. Diese Reform betrifft auch die Bundesländer in ihrer eigenständigen gesundheitspolitischen Gestaltungsfähigkeit (Krankenhausplanung). Mit der Einführung der DRGs seit 2002 wird nicht nur ein Rechenwerk implementiert, sondern es werden noch kaum bekannte Effekte auf die Organisation Krankenhaus, die dort beschäftigten Berufsgruppen sowie die Patientenversorgung und die regionale Gesundheitswirtschaft induziert. Diese vielschichtigen Effekte sollen in diesem Projekt mit einer innovativen Kombination qualitativer Methoden am Beispiel niedersächsischer Krankenhäuser untersucht und prospektiv ausgewertet werden. Der Fokus des Projektes ist der Einfluss der Ökonomisierung der stationären und ambulanten ärztlichen Leistung auf die Patientenversorgung und die Freiheit der ärztlichen Tätigkeit. Daraus ergibt sich die Kernfrage, ob und wie die neuen ökonomischen Instrumente

andere Reformen der Versorgung (Qualität und Integration) beeinflussen und welche Verbesserungsmöglichkeiten schon in der ersten Implementationsphase erkennbar und umsetzbar sind. Um nicht nur organisationsinterne Lernprozesse anzustoßen, werden die Ergebnisse in die gesundheitspolitische Umwelt transferiert. Dieses Projekt wird in Kooperation mit dem Zentrum für Qualität und Management im Gesundheitswesen (ZQ), einer Einrichtung der Ärztekammer Niedersachsen, durchgeführt und von der Qualitätsinitiative, Niedersächsischer Verein zur Förderung der Qualität im Gesundheitswesen e.V., gefördert. Website: http://www.effekte-drgs.de . *ZEITRAUM:* ab 2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2008-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* QualitätsInitiative, Niedersächsischer Verein

INSTITUTION: Universität Hannover, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Abt. Sozialpolitik und Public Policy (Im Moore 13, 30167 Hannover)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0511-762-2952, od. -4791, e-mail: blanke@ipw.uni-hannover.de)

[582-L] Nagel, Eckhard:
Das Gesundheitswesen in Deutschland: Struktur - Leistungen - Weiterentwicklung, Köln: Dt. Ärzte-Verl. 2007, XXII, 408 S., ISBN: 978-3-7691-3220-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4206)

INHALT: "Das Gesundheitswesen in Deutschland hat eine lange Tradition. Es ist gewachsen, als Ganzes und in seinen einzelnen Teilen. Das Ergebnis ist in Verbindung mit weiteren Teilen der sozialen Sicherung, insbesondere der Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe, ein kompliziertes und oft schwer verständliches Gebilde. Dabei gibt es Interdependenzen und Überschneidungen. Viele Fragen kann oft nur ein Fachmann aus dem jeweiligen Bereich beantworten. Und dennoch ist es ein funktionierendes System, das weltweit Anerkennung und zunehmend mehr Beachtung findet. Dieses Buch beschreibt das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland und weitere wichtige Teile der sozialen Sicherung in allgemeinverständlicher Form und trotzdem so detailliert, dass eine umfassende Information vermittelt wird. Die meisten Bereiche werden mit einer kurzen geschichtlichen Entwicklung eingeleitet. Es folgt eine Darstellung von Strukturen und Leistungen mit Zeitreihen von 1960 bis heute. Für eine Reihe von Bereichen wird abschließend ein Überblick über diskutierte Probleme und Möglichkeiten der Weiterentwicklung gegeben. Die wesentlichen Bestimmungen des am 1. Januar 1993 in Kraft getretenen Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheits-Strukturgesetz) sind berücksichtigt. Wir danken der Robert Bosch Stiftung GmbH für die finanzielle Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Buches." (Textauszug)

[583-L] Reinermann, Heinrich (Hrsg.):
Das Dilemma der modernen Medizin: Gratwanderung zwischen Machbarkeit, Sinnhaftigkeit und Bezahlbarkeit, (Johann-Joachim-Becher-Preis, 2004), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 210 S., ISBN: 3-8329-1713-6

INHALT: Bei den Aufsätzen dieses Bandes handelt es sich um wissenschaftliche Arbeiten, die von der Johann Joachim-Becher-Stiftung in Speyer prämiert wurden, sowie um die Reden anlässlich der Preisverleihung. Thematisiert werden die Probleme des deutschen Gesundheitssystems vor allem aus betriebswirtschaftlicher Perspektive und aus der Sicht des Manage-

ments. Der Preisträger Ralf Ziegenbein, Professor an der International School of Management in Dortmund, plädiert dafür, das Gesundheitssystem künftig in einem kapitaldeckungsorientierten Verfahren zu finanzieren. Für jede Person würde ein 'Gesundheits-Sparkonto' geführt, gekoppelt an eine Eigenverantwortung des Bürgers über die Inanspruchnahme von Leistungen. Als Beispiel für eine solche Finanzierung führt Ziegenbein das Gesundheitssystem in Singapur an. Dort werde der Einzelne nur noch im Extremfall gesondert unterstützt. Das bisher in Deutschland gültige Modell einer Solidargemeinschaft sieht der Autor als nicht mehr zeitgemäß an. Weitere prämierte Arbeiten haben die Kostenanalyse im institutionenübergreifenden Prozess der Krankheitsbehandlung zum Thema sowie die Bedeutung der Erkenntnisse der Genomforschung für die Gesundheitspolitik. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Heinrich Reinermann: Johan Joachim Becher-Preis 2004: Die Laudationes (20-27); Ralf Ziegenbein: Eigenverantwortung: Der Schlüssel zur erfolgreichen Reform des deutschen Gesundheitssystems (28-30); Richard Auernheimer: Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung im Spannungsfeld zwischen Solidarität und Eigenverantwortung (31-40); Friederike Wall, Regina Schröder, Henriette Langner, Werner Ischebeck, Axel Herzog, Dorothea Osenberg: Kostenanalyse im institutionenübergreifenden Prozess der Krankheitsbehandlung (41-74); Angela Brand, Peter Schröder, Peter Dabrock, Helmut Brand: Bedeutung und Erkenntnisse der Genomforschung für Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung - Diskussion, Aktivitäten und Institutionalisierung von Public Health Genetics in Deutschland (75-138); Boris Augurzky, Samuel Berhanu, Silja Göhlmann, Sebastian Krolop, Andreas Liehr-Griem, Christoph M. Schmidt, Harald Tauchmann, Stefan Terkatz: Strukturreformen im deutschen Gesundheitswesen (139-168); Ralf Ziegenbein: Mit dem Gesundheits-Sparkonto zu mehr Eigenverantwortung: Ein Ansatz zur Reform eines solideren Gesundheitssystems (169-194).

[584-L] Richter, Matthias; Lampert, Thomas; Hurrelmann, Klaus:
Soziale Ungleichheit und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter: aktuelle Erkenntnisse zur gesellschaftlichen Differenzierung gesundheitlicher Risiken und deren Ursachen, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 55/2006, H. 2, S. 195-209 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "'Weil du arm bist, musst du früher sterben.' Diese Aussage hat für Erwachsene immer noch ihre Gültigkeit. Wie ist es aber um unsere Kinder und Jugendlichen bestellt? Die Forschung zeigt auch hier, dass die Chancen für ein gesundes und langes Leben sich in Abhängigkeit von der Bildung, dem Beruf und dem Einkommen der Eltern ergeben. Ursachen dieses sozialen Gradienten in der Gesundheit finden sich in erster Linie in den ungleichen Lebensbedingungen der Heranwachsenden. Nur über eine Senkung gesundheitsschädigender Belastungen und dem Aufbau persönlicher und sozialer Ressourcen bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann dieser gesellschaftlichen Herausforderung entgegengewirkt werden." (Autorenreferat)

[585-L] Rosenwirth, Melanie; Klemperer, David; Helmert, Uwe; Braun, Bernard:
Shared Decision Making: Ergebnisse des Bertelsmann Gesundheitsmonitors, in: Uwe Helmert, Bernard Braun, Dietrich Milles, Heinz Rothgang (Hrsg.): Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin : Festschrift für Rainer Müller, Bremerhaven: Wirtschaftsverl. NW, 2007, S. 239-253, ISBN: 978-3-86509-643-2 (Standort: SB Berlin(1)-1A642/770)

INHALT: Der Beitrag präsentiert die Befragungsergebnisse von Versicherten und Ärzten in Deutschland für den Zeitraum 2002 bis 2006. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Bertelsmann Gesundheitsmonitors (GeMo) liegen auf der Status-quo-Erhebung der ambulanten Versorgung. Im Einzelnen werden dabei folgende Themen berücksichtigt: (1) Inanspruchnahme der ambulanten Versorgung, (2) differenzierte Merkmale der Arzt-Patient-Interaktion und ihre Bewertung durch Versicherte und Ärzte, (3) Informationsbedürfnisse der Versicherten, (4) der Umfang des Krankenversicherungsschutzes sowie (5) das Ausmaß der persönlichen Gesundheitsausgaben. Den Befunden vorangestellt ist die Darstellung des Konzepts des Shared Decision Makings als das am weitesten entwickelte und am besten operationalisierte Konzept der Patientenbeteiligung. Der GeMo belegt den starken und wachsenden Wunsch von Patienten und Bürgern nach Beteiligungsmöglichkeiten an medizinischen Entscheidungen. Grundsätzlich erscheint die Ärzteschaft diesem Wunsch aufgeschlossen. Die noch immer zu beobachtende Vorherrschaft paternalistischer Formen der Arzt-Patient-Kommunikation ist fehlenden Kompetenzen und einer noch nicht vollendeten Veränderung ärztlicher Haltung geschuldet. An diesem Punkt müssen politische Maßnahmen ansetzen. (ICG2)

[586-L] Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (Hrsg.): **Kooperation und Verantwortung: Voraussetzungen einer zielorientierten Gesundheitsversorgung ; Gutachten 2007**, Bonn 2007, 911 S. (Graue Literatur; URL: vttp://www.svr-gesundheit.de/Startseite/Langfassung.pdf; http://www.svr-gesundheit.de/Gutachten/%DCbersicht/Kurzfassung.pdf)

INHALT: Mit dem Gutachten 2007 erfüllt der Rat seinen Auftrag, unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen und der vorhandenen Wirtschaftlichkeitsreserven Prioritäten für den Abbau von Versorgungsdefiziten und bestehenden Überversorgungen sowie Möglichkeiten und Wege zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens aufzuzeigen. Schwerpunkte des Gutachtens bilden die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe, die integrierte Versorgung, das Krankenhauswesen, die Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung und die Primärprävention in vulnerablen Gruppen. Unter dem Aspekt einer zielorientierten Gesundheitsversorgung, die eine entsprechende Kooperation aller an den Prozessen gesundheitlicher Leistungserstellung Beteiligten und die Berücksichtigung ihrer Interessen voraussetzt, beschäftigen sich die einzelnen Kapitel mit folgenden Themen: Die Entwicklung der Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe als Beitrag zu einer effizienten und effektiven Gesundheitsversorgung; Integrierte Versorgung in der GKV: Entwicklung, Stand, Managed Care und Perspektiven; Krankenhausplanung, Investitionsfinanzierung und Weiterentwicklung des G-DRG-Systems; Qualität und Indikatoren der Patientensicherheit: Auswirkungen der Veröffentlichung von Qualitätsdaten und der qualitätsbezogenen Vergütung; Primärprävention in vulnerablen Gruppen - unter anderem Strategien der Primärprävention bei Arbeitslosen. Es werden unter Effizienz- und Effektivitätsaspekten Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die als adaptive Reformschritte unmittelbar an den bestehenden Strukturen ansetzen. Ziel der Reformvorschläge zu einer evolutorischen Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens ist es, einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Wachstumsbranche zu leisten. (IAB)

[587-L] Selder, Astrid:
Medical associations, medical education and training on the job, in: CESifo economic studies, Vol. 52/2006, No. 3, S. 548-564 (URL: http://cesifo.oxfordjournals.org/cgi/reprint/52/3/548.pdf)

INHALT: Die Studie analysiert die Bedeutung ärztlicher Vereinigungen für die Einkommen von Ärzten und die Standards medizinischer Aus- und Weiterbildung. Je höher die Standards sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer angemessenen Behandlung von Patienten. Es wird gezeigt, dass die ältere Generation von Ärzten die jüngeren Ärzte ausbeutet, indem sie entweder die Bezahlung nach dem Senioritätsprinzip durchsetzt oder einen höheren Standard für die medizinische Ausbildung und einen niedrigeren Standard für die berufliche Weiterbildung festlegt als die Gesundheitsbehörde. Die höchsten Erträge, die für Ärzte möglich sind, kommen nur der älteren Generationen von Ärzten zugute, die ursprünglich die ärztlichen Vereinigungen gegründet haben. Wenn man das System zugunsten individueller Vertragsabschlüsse beseitigen will, muss man über Kompensationsleistungen für die gegenwärtige Generation älterer Ärzte nachdenken. (IAB)

[588-F] Sell, Stefan, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Die Zukunft der Gesundheitswirtschaft - Märkte, Technologien, Finanzierungssysteme

INHALT: keine Angaben
VERÖFFENTLICHUNGEN: Sell, S.: Die Zukunft der Gesundheitswirtschaft. Märkte, Technologien und Finanzierungssysteme. Gutachten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2005, 80 S. Download unter: ISBN 3-89892-439-4. http://www.rheinahrcampus.de/fileadmin/institute/ibus/Zukunft_der_Gesundheitswirtschaft_Sell_Internet.pdf .
ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Fachhochschule Koblenz RheinAhrCampus Remagen, FB Betriebs- und Sozialwirtschaft, Institut für Bildungs- und Sozialmanagement -ibus- (Südallee 2, 53424 Remagen)
KONTAKT: Leiter (Tel. 02642-932-100 od. -300, Fax: 02642-932-301, e-mail: sell@rheinahrcampus.de)

[589-F] Spyra, Karla, Dr.; Klepka, Franziska, Dipl.-Pflegew.; Schimpf, Sabine, Dipl.-Psych. (Bearbeitung); Müller-Fahrnow, Werner, Prof.Dr. (Leitung):
IQMG - Institut für Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen

INHALT: Ziel der Forschungs- und Entwicklungsaufgabe ist die Weiterentwicklung des im vorangegangenen Forschungsprojekt (2001-2003) erarbeiteten Integrierten Qualitätsmanagement-Programms-Reha (IQMP-Reha), welches 2004 erstmalig und im Januar 2006 in der zweiten Auflage veröffentlicht wurde: 1. Überarbeitung der für relevante Reha-Indikationen erstellten indikationsspezifischen Kataloge, welche das IQMP-Reha ergänzen und Erweiterung um weitere Kataloge; 2. Pflege und Ausbau bestehender Kooperationsbeziehungen (z.B. DIN EN ISO, KTQ) sowie Abstimmung mit weiteren QM-Verfahren im Reha-Bereich und zielgruppenspezifischen QM-Angeboten (z.B. proCum Cert im konfessionellen Reha-Bereich); 3. Ergänzung des IQMP-Reha um ein unternehmensunabhängiges Qualitätsberichts-

konzept, welches sich durch einheitliche Anforderungen auszeichnet und die gesetzlichen Anforderungen für den Qualitätsbericht der Akutkrankenhäuser mit berücksichtigt.

METHODE: konzeptionelle Tätigkeiten auf Basis von Literaturrecherche; Analyse von Veröffentlichungen der Reha-Träger und fachspezifischer Publikationen; Konsentierung der Ergebnisse mit QM-Experten

VERÖFFENTLICHUNGEN: Institut für Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen IQMG GmbH (Hrsg.): IQMP-Reha Manual. Integriertes Qualitätsmanagement-Programm-Reha. Berlin 2006.+++Müller-Fahrnow, W.; Spyra, K.; Saß, A.-Ch.; Reineke B.: Das integrierte Qualitätsmanagementprogramm (IQMP) - ein innovatives QM-Konzept für die medizinische Rehabilitation. in: Hellmann, W.: Handbuch integrierte Versorgung: Strategien - Konzepte - Praxis. ecomed MEDIZIN. Landsberg/ Lech 2005.+++Spyra, K; Müller-Fahrnow, W.; Rieger, J.; Schimpf, S.; Subkowski, P.: Strukturierter Qualitätsbericht für Rehabilitationskliniken. Ein software-unterstütztes Konzept für Rehabilitationskliniken zur Erhebung und Veröffentlichung von qualitätsrelevanten Daten zur medizinischen Rehabilitation. in: Sucht aktuell. Zeitschrift des Fachverbandes Sucht e.V., 2005, 2, S. 49-55. *ARBEITSPAPIERE:* Müller-Fahrnow, W.: Neues zum IQMP-Reha-Verfahren - Manual I Version 2. Qualitätsbericht, Software. Vortrag auf der Veranstaltung des BDPK: Qualitätsmanagement in der medizinischen Rehabilitation - zwei Jahre Praxiserfahrung mit dem IQMP-Reha, 22./23.03.2006 in Berlin.+++Ders.: Integriertes Qualitätsmanagement-Programm-Reha - Konzepte, Manual, rehaklinische Implementation. Vortrag auf der Veranstaltung des BDPK: Qualitätsmanagement in der medizinischen Rehabilitation - Start des Intergrierten Qualitätsmanagement-Programms-Reha (IQMP-Reha) 02.03.2004 in Frankfurt/ Main.+++Ders.: Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der medizinischen Rehabilitation. Vortrag auf der Veranstaltung der BfA und des BDPK: Die Zukunft der Rehabilitation als tragende Säule des Sozialwesens 24.09.2003 in Berlin.+++Downloads unter: http://www.reha-vqs.charite.de/forschung/iqmg.html .

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* IQMG - Inst. für Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen GmbH *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, Medizinische Fakultät Charité - Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte -CCM-, Lehrstuhl für Versorgungssystemforschung und Grundlagen der Qualitätssicherung in der medizinischen Rehabilitation (Luisenstr. 13a, 10098 Berlin)

KONTAKT: Leiter (Tel. 030-45051-7092, e-mail: werner.mueller-fahrnow@charite.de)

[590-L] Vinz, Dagmar; Dören, Martina:
Diversity policies and practices: a new perspective for health care, in: Journal of public health : Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Vol. 15/2007, No. 5, S. 369-376
(URL: http://www.springerlink.com/content/1613-2238/)

INHALT: "Background: Globalization and migration intensify relations of interdependence between individuals all over the world and lead to complex forms of social and cultural diversity both within and across societies. The changing structure of family patterns and processes of individualization also contribute to growing diversity. Organizations and actors in health care will therefore also be challenged to achieve social inclusion of care seekers with different social and cultural backgrounds. Disparities in the health status of people from socially and culturally diverse backgrounds have been examined broadly, but the question is how diversity as an innovative concept will influence any agenda of research on human health and

health care provision. Objective: The purpose of this article is to theorize what a diversity framework could imply for health research and care system alike. The authors thesis is that diversity as a reference point for research and practices will gain significance in Germany and Europe. The authors will present methodologies to understand diversity and 'intersectionality' as paradigms to investigate the complexity and interdependence of health modifiers. Methodologies: Diversity does not construct hierarchies of health modifiers and avoids focusing on groups without further differentiation. Health care programs will not only be challenged by the rising diversity among both patients and staff in the health care sector but also by supporting the integration of more disabled and chronically ill persons into the labor markets of ageing societies which cannot afford leaving groups behind as an unrecognized potential. Anti-discrimination legislation in Europe will possibly drive implementation of diversity policies in health care functions. Last but not least diversity management may become attractive as a strategy for improving the effectiveness of any structured health care program for prevention, rehabilitation and treatment alike through the implementation of a more consistent, multidimensional target group orientation. Conclusion: Diversity as a conceptual framework applied to the health care field has yet to prove whether it may be a new tool possibly worthwhile to be developed to improve quality of care - but it has the potential to meat the challenges of health equity, defined in terms of resource allocations and access to health care determined by needs of multiple groups of patients." (author's abstract)

[591-L] Wallner, Jürgen:
Health Care zwischen Ethik und Recht, Wien: Facultas-Verl. 2007, 331 S., ISBN: 978-3-7089-0048-3 (Standort: FH Bielefeld(10)-VZ VE Wall)

INHALT: "Die unzähligen Möglichkeiten in Medizin, Pflege und Biotechnologie eröffnen Chancen, stellen aber auch Risiken dar - technische wie ethische. Nicht nur spektakuläre Fälle, in denen es um Sterbehilfe, Klonierungsversuche oder Schadensersatz für ein Kind mit Behinderung geht, lassen den Ruf nach Ethik und Recht laut werden. Vielmehr ist der gesamte Bereich der Health Care von Vorschriften, Leitlinien, Kodizes und anderen Reglementarien durchdrungen. Worauf gründen sich solche Anweisungen? In welchen Bereichen sind sie notwendig? Wie sind sie auszugestalten? Was soll dem einzelnen Menschen und seinem Gewissen überlassen bleiben, was soll in einer Berufsgruppe geregelt werden, was benötigt staatliches Recht? - Vor lauter Sorge um die normative Anforderungen, die heute von Ethik und Recht verlangt und formuliert werde geht die eigentliche Sorge von Health Care, nämlich jene um die beteiligten Menschen, bisweilen unter. Das Buch Health Care zwischen Ethik und Recht zeigt, wie diese Sorge in den Haltungen, den Handlungen und den Institutionen wach gehalten werden kann. Es bietet dabei einen umfassenden Einblick in den Stand der heutigen ethischen Diskussion, Auskünfte und Analysen zur rechtlichen Lage in Österreich und Deutschland, eine Verknüpfung von individual- und sozialethischer Perspektive, einen berufs- und disziplinenübergreifenden Zugang, grundlegende Informationen zu den medizinischen und biotechnologischen Diskussionsfeldern." (Autorenreferat).

[592-F] Wirtz, Bernd W., Univ.-Prof.Dr.; Ullrich, Sebastian (Bearbeitung):
E-Health - Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte

INHALT: Die dynamische Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologie schlägt sich in enormem Maße entlang der gesamten Versorgungskette im Gesundheitssektor nieder. Krankenhäuser ebenso wie Krankenkassen, Apotheken und niedergelassene Ärzte können durch den Einsatz dieser neuen Technologien in verschiedenen Bereich erheblich profitieren. So messen mehr als 80% der Investitionsentscheider im Gesundheitsbereich dem Thema e-Health in den kommenden 3 Jahren eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei. Die elektronische Gesundheitskarte kann als prototypische Anwendung von e-Health angesehen werden. Sie berührt Patienten und die Versorgungskette gleichermaßen. Bisherige Reaktionen auf die elektronische Gesundheitskarte waren jedoch eher verhalten, da besonders Aspekte des Datenschutzes kritisiert wurden. Vor diesem Hintergrund scheint eine Untersuchung der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte zwingend notwendig. Generell ist das Forschungsfeld zu e-Health bisher nur sehr dürftig bearbeitet und erste Arbeiten greifen bspw. die Thematik der Erfolgsrechnung oder die der Organisationsgestaltung auf. Wissenschaftliche Untersuchungen zur Akzeptanz von e-Health-Anwendungen liegen nicht vor. Vor dem Hintergrund des Bedeutungsgewinns von e Health lautet die zentrale, nachhaltigkeitsorientierte Forschungsfrage deshalb: "Welche Aktionsparameter determinieren die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte entlang der Versorgungskette." Im Fokus der Untersuchung stehen dabei eine Reihe von Arbeitshypothesen wobei hier einige beispielhaft angeführt werden. H1: Die elektronische Gesundheitskarte führt zu einer nachhaltigen Verringerung der Prozesskosten bei Krankenkassen. H4: Die elektronische Gesundheitskarte stellt insgesamt ein wichtiges Steuerungsinstrument nachhaltiger Entwicklung im Gesundheitssektor dar. H7: Die elektronische Gesundheitskarte stellt ein effektives Mittel zu Vermeidung von Leistungsmissbrauch dar. H9: Sicherheits- und Datenschutzaspekte stellen eine Akzeptanzbarriere für die elektronische Gesundheitskarte und damit eine Barriere für die nachhaltige Entwicklung im Gesundheitssektor dar. Durch die empirische Überprüfung der aufgestellten Hypothesen sollen wichtige Erkenntnisse aus den Testfällen der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte gewonnen werden, wie z.B. 1. Identifikation von Schlüsselfaktoren, die die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte beeinflussen, 2. Identifikation von Implementierungshindernissen und Ableitung von Handlungsempfehlungen, 3. Erkenntnisse bzgl. der Erschließung der nachhaltigen ökonomischen Potenziale der elektronischen Gesundheitskarte. Aus wissenschaftlicher Perspektive trägt das Projekt in zweierlei Hinsicht zum Erkenntnisfortschritt bei. Zum einen wird die Akzeptanzforschung allgemein weiter vorangetrieben. Zum anderen wird die empirisch gesicherte Erkenntnisbasis im Themenfeld der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Verwaltung weiter vergrößert. Für die Praxis kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse einen enormen Beitrag zur Testphase und der späteren Implementierung der Gesundheitskarte leisten.

METHODE: Ein grundlegendes Desideratum der geplanten Untersuchung zum Thema e-Health besteht in der Verfolgung des Postulates der theoriegeleiteten Forschung und empirischen Überprüfung. Dieses erfordert es, neben einem ausführlichen analytischen Rekurs auf relevante Theorien, ein adäquates Forschungs- bzw. Untersuchungsdesign zu entwickeln. Das zum Thema "Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte" entwickelte Hypothesensystem soll einer empirischen Überprüfung in der Verwaltungspraxis unterzogen werden, wobei die Grundgesamtheit der Untersuchung die Gesundheitsinstitutionen des 10.000 Tests zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte darstellen. Die zu überprüfenden Hypothesen bilden zusammen ein komplexes Wirkungsgefüge, da die exogenen Aktionsvariablen bei der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte auf ein Akzeptanzmodell mit internen Beziehungen wirken. Hierbei kommt zwar eine separate Betrachtung der exogenen, jedoch nicht der endogenen Variablen in Betracht. Diesem Sachverhalt und den besonderen Variablenty-

pen muss das zu verwendende Auswertungsverfahren gerecht werden. In der Literatur wird für diese Art von Auswertungen vor allem die Kausalanalyse empfohlen, welche sich international als sehr leistungsfähiges Verfahren durchgesetzt hat.

ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Sektion 01 Modernisierung in Staat und Verwaltung (Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67324 Speyer)

KONTAKT: Ullrich, Sebastian (Tel. 06232-654436, e-mail: ullrich@foev-speyer.de); Wirtz, Bernd W. (Prof.Dr. e-mail: wirtz@foev-speyer.de)

[593-F] Wölfel, Julia, Dipl.-Kff. (Bearbeitung); Diller, Hermann, Prof.Dr. (Leitung):
Die Förderung des Gesundheitsverhaltens durch Bonusprogramme der Krankenkassen

INHALT: Konzeption eines Untersuchungsdesigns zur Begleitkontrolle des Einstellungs- und Verhaltenswandels von Krankenkassenmitgliedern in Folge der Einführung eines Bonusprogramms für gesundheitsfördernde Aktivitäten. Mitwirkende Institutionen: AOK Nordbayern, Simon-Kucher und Partner.

METHODE: Die Förderung des Gesundheitsverhaltens durch Bonusprogramme der Krankenkassen (3. Befragungswelle 2007: logistische Regression; Matching-Verfahren). Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 641; AOK-Bayern-Versicherte; Auswahlverfahren: Quota). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Diller, Hermann; Wölfel, Julia: Evaluation des AOK-Prämienprogramms. Studienbericht zur 3. Befragungswelle im Juli 2007.

ART: *BEGINN:* 2004-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Simon, Kucher & Partners

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl BWL, insb. Marketing (Postfach 3931, 90020 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-5302-214, Fax: 0911-5302-210,
e-mail: diller@wiso.uni-erlangen.de)

9 Weitere Interventionsbereiche wie Einkommensverteilung und Wohnungswesen

[594-L] Behrens, Christian-Uwe:
Solidarität durch Umverteilen oder Teilhabe am Markt?: eine Abwägung unter Berücksichtigung der katholischen Soziallehre, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 33/2007, H. 3, S. 206-230 (Standort: USB Köln(38)-Haa1470; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Ansicht, Menschen sollten füreinander eintreten, wird allgemein akzeptiert. Sie mündet für viele in der Forderung, die Reichen sollten die Armen unterstützen. Weil der privaten Hilfsbereitschaft unzureichend getraut wird, folgt daraus die verbreitete Forderung nach

staatlicher Umverteilung zugunsten der Benachteiligten. Dieser Artikel begründet, warum es im Allgemeinen hingegen besser und gerechter ist, Solidarität dadurch zu zeigen, dass den Bedürftigen Teilhabe am Markt ermöglicht wird, als lediglich Mittel zu ihren Gunsten umzuverteilen. Die Begründung berücksichtigt christliche Wertvorstellungen." (Autorenreferat)

[595-L] Bleeker-Dohmen, Roelf:
Der öffentliche Verteilungskampf: eine Medieninhaltsanalyse der Vermögenssteuerdebatten zwischen 1994 und 2003, Berlin: Logos-Verl. 2006, 207 S., ISBN: 3-8325-1338-8 (Standort: UB Duisburg(464)-09ZZZG9930)

INHALT: Nach einem Überblick über die Vermögensverhältnisse in Deutschland werden die historische Entwicklung sowie die Idee und die grundlegenden Funktionen der Vermögenssteuer dargestellt und die Vermögenssteuer unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet. Anschließend werden die Varianten der Vermögenssteuer vorgestellt. Des Weiteren wird der Zeitaspekt der Vermögenssteuerdebatten untersucht. Vor dem Hintergrund eines Überblicks über den Verlauf der Diskussionen werden die größten Debatten hinsichtlich ihrer Hintergründe analysiert. Anschließend wird der Sachaspekt der Vermögenssteuerdebatten thematisiert. Dort wird dargestellt, wie die Aussagen der Sprecher erfasst und kategorisiert werden, bevor die Deutungsmuster einzeln hinsichtlich ihrer theoretischen Grundlagen sowie ihrer praktischen Verwendung in den Diskussionen vorgestellt. Das beinhaltet sowohl die Darstellung ihrer Verwendung in den Hauptdebatten als auch ihre Zuordnung zu vier Kategorien von Besteuerungsgrundsätzen. Diese Besteuerungsgrundsätze orientieren sich an den eingangs präsentierten grundsätzlichen Auffassungen davon, wie Vermögen verteilt werden soll, und erlauben es, die Deutungsmuster nach entsprechenden Gesichtspunkten zu ordnen. Die Besteuerungsgrundsätze basieren dabei auf ethischen bzw. sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen, rechtlichen, technischen und sonstigen Überlegungen, die anschließend dargestellt werden. Einen Schwerpunkt der Untersuchung stellt der Sozialaspekt dar. Hier werden die Sprecher und ihre Kategorisierungen nach ihrer Zugehörigkeit zu den Teilsystemen und ihrer Nähe zu den politischen Entscheidungsgewalten sowie den politischen Konfliktlinien eingeführt, an denen sich der Verteilungskonflikt traditionell orientiert. In diesem Kontext wird die Rolle der Medien - sowohl ihre allgemeinen Wirkungsweisen als auch die speziellen Bedingungen der untersuchten Tageszeitungen - analysiert. Nachdem die Deutungsmuster und die Sprecher sowie die Kategorien, denen sie zugeordnet werden, eingeführt worden sind, werden die Deutungen der Verteilungsfragen unter dem Aspekt der verschiedenen Interessen, Verpflichtungen und Strukturen, die sich aus den Sprecherkonstellationen in der Öffentlichkeit ergeben, analysiert. Hier werden der Sach- und der Sozialaspekt der Debatten zusammengeführt. Auf dieser Grundlage werden die unterschiedlichen Argumentationspräferenzen der Sprecher vor dem Hintergrund ihrer Positionen in der Öffentlichkeit dargestellt. (ICG2)

[596-F] Eekhoff, Johann, Prof.Dr.; Arentz, Oliver, Dipl.-Volksw.; Rauen, Stephan, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft

INHALT: Die Kommission "Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft" befasst sich mit der Zukunft der Immobilienwirtschaft. Anlass der Kommission sind die Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände an internationale Finanzinvestoren. Hier zeigt sich ein Bruch in der

Wahrnehmung. Bislang galt das Gut Wohnen als Sozialgut und damit als nicht-marktfähig. Zunehmend setzt sich jedoch die Ansicht durch, dass Wohnungen durchaus als normale Investitionsgüter gesehen werden können. Die Kommission soll dieses Spannungsverhältnis ausleuchten und bestimmen, welche Konsequenzen hieraus für die Wohnungspolitik erwachsen. *ZEITRAUM:* ab 2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die Beobachtungen werden auf sozialökologische und ökonomische Theorien des Wohnens und Städtebaus gestützt.

ART: *BEGINN:* 2006-08 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln (Klosterstr. 79b, 50931 Köln)

KONTAKT: Arentz, Oliver (Tel. 0221-470-570-5680, e-mail: arentz@wiso.uni-koeln.de)

[597-F] Harth, Kristina, Dr.med.; Becht, Anita; Seitz, Dipl.-Dok.; Heins, Elizabeth (Bearbeitung); Böhler, Eva, Jun.-Prof.Dr.oec.troph.; Letzel, Stephan, Univ.-Prof.Dr.med. (Leitung):

ASG-Studie: Armut, Schulden und Gesundheit. Netzwerke der Gesundheitsprävention bei Schulden und Armut

INHALT: Erstmalig für Deutschland werden quantitative Daten zur Gesundheits- und Lebenssituation von überschuldeten Privatpersonen erhoben. Die Problemsituation der Betroffenen soll damit auf ökonomischer, sozialer und gesundheitlicher Ebene aufgezeigt werden. Die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Schuldnerberatungsstellen und weitere Institutionen wird beschrieben werden. Es sollen Maßnahmen entwickelt werden, um speziell Menschen mit finanziellen Problemen eine optimale Gesundheitsfürsorge zu ermöglichen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Rheinland-Pfalz

METHODE: Eine einmalige schriftliche Befragung an überschuldeten Privatpersonen, die in einer Schuldnerberatungsstelle in Rheinland-Pfalz beraten werden, wurde bis 28. Februar 2007 durchgeführt. Der Datenschutzbeauftragte sowie die Ethikkommission von Rheinland-Pfalz haben das gesamte Vorgehen geprüft und der Durchführung zugestimmt. Alle offiziell anerkannten Schuldnerberatungsstellen in Rheinland-Pfalz haben im Juli 2006 pro Vollzeitstelle 30 Studienunterlagen für potentielle Probanden zugeschickt bekommen. Die Studienunterlagen bestehen aus: Informationsschreiben für Studienteilnehmer, Fragebogen für Studienteilnehmer, frankierter und adressierter Rückumschlag für Studienteilnehmer, Informationsposter für die Schuldnerberatungsstellen, Informationszettel für die Mitarbeiter der Schuldnerberatungsstellen, Strichliste zur Erfassung der ausgegebenen Fragebögen. Insgesamt wurden 2.265 Fragebögen an 53 Schuldnerberatungsstellen in Rheinland-Pfalz verteilt. Die Erhebung erfolgt anonym. Die Schuldnerberatungsstellen werden in regelmäßigen Abständen angerufen, um motivierend für die Studienunterstützung zu werben.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Mainz, FB 04 Medizin, Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin (Obere Zahlbacher Str. 67, 55131 Mainz)

KONTAKT: Institution (Tel. 06131-39-33233, Fax: 06131-39-36680, e-mail: arbeitsmedizin@uni-mainz.de)

[598-L] Hauser, Richard:
Armut in Deutschland - versagt der Sozialstaat?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87/2007, H. 3, S. 172-181 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Empirische Untersuchungen haben nachgewiesen, dass es in Deutschland in einem beträchtlichen Ausmaß Armut gibt. Wie wird Armut definiert? Wie kann man Armut messen? Hat in Deutschland die Ungleichheit der Einkommensverteilung zugenommen? Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um Armut zu verhindern?" (Autorenreferat)

[599-L] Heinelt, Hubert; Egner, Björn:
Wohnungspolitik: von der Wohnraumzwangsbewirtschaftung zur Wohnungsmarktpolitik, in: Manferd G. Schmidt, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland : Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 203-220, ISBN: 978-3-531-14344-6

INHALT: Es werden zunächst allgemeine institutionelle Rahmenbedingungen der Wohnungspolitik in Deutschland und die ihnen zugrunde liegenden dominanten Problemsichten und Handlungsorientierungen skizziert. Es folgen ein kurzer historischer Abriss wohnungspolitischer Interventionen seit 1945 und Reflexionen über wohnungspolitische Politikprozesse in dieser Zeit. Gefragt wird, warum bestimmte Akteure in den letzten Jahren für eine Veränderung oder den Erhalt einzelner wohnungspolitischer Instrumente eingetreten sind und dabei Koalitionen' gebildet haben. Ein Ausblick auf die zukünftige Entwicklung wohnungspolitischer Interventionen schließt den Beitrag ab. (GB)

[600-L] Hupfeld, Stefan:
Rich and healthy - better than poor and sick?: an empirical analysis of income, health, and the duration of the pension benefit spell, (Diskussionspapiere der DFG-Forschergruppe "Heterogene Arbeit: positive und normative Aspekte der Qualifikationsstruktur der Arbeit", Nr. 07/07), Konstanz 2007, 40 S. (Graue Literatur; URL: http://w3.ub.uni-konstanz.de/v13/volltexte/2007/2911//pdf/0707_Hupfeld_Rich_and_Healthy.pdf)

INHALT: "We analyze the relationship between duration of the pension benefit spell and pension benefit claims from the German public pension system, with a special emphasis on differential results with respect to health. This relationship is crucial and causal for a potential structural pattern of redistribution between different income and health groups, induced by the public pension system. Evidence for such redistribution from poor to rich is present for most of the specifications in our analysis. The specification we believe to be correct is partially-linear, does therefore not impose any parametrical restrictions between duration and benefit claims, and allows for potential endogeneity. The relationship we extract is remarkably close to positively linear. Additionally we find that the income gradient is steeper for pensioners in bad health, meaning that redistribution from the least able to the most able individuals is more pronounced the worse the health status is." (author's abstract)

[601-L] Koller, Peter:
Ökonomische Verteilungsgerechtigkeit, in: Claus Langbehn (Hrsg.): Recht, Gerechtigkeit und Freiheit : Aufsätze zur politischen Philosophie der Gegenwart ; Festschrift für Wolfgang Kersting, Paderborn: mentis Verl., 2006, S. 79-110, ISBN: 978-3-89785-557-1

INHALT: Der Beitrag diskutiert einen Aspekt der distributiven Gerechtigkeit, den der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit. Dazu unterscheidet er zwischen vier Arten der Gerechtigkeit - Verteilungsgerechtigkeit, Tauschgerechtigkeit, politische Gerechtigkeit und korrektive Gerechtigkeit -, die jeweils unterschiedliche Richtlinien verlangen. Diese Richtlinien, so die Behauptung, lassen sich als allgemeine Grundsätze formulieren, denen breite Zustimmung sicher ist. Dieser Typus der Gerechtigkeit wird dann sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext erörtert. Die Verteilungsgerechtigkeit besitzt ein besonderes Gewicht, da sie die Ausgangsverteilung der grundlegenden Ansprüche festlegt, die den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern im Rahmen des Wirtschaftslebens unabhängig von ihren vorangehenden Aktivitäten oder anderen kontingenten Umständen zukommen. Deshalb steckt der Autor den Rahmen ab, in dem die Forderung der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit als Teil der sozialen Gerechtigkeit auf moderne Volkswirtschaften Anwendung findet. Danach wird in einem zweiten Schritt versucht, die Erfordernisse der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit mit Bezug auf nationale und internationale Wirtschaftsordnungen zu spezifizieren.(ICA2)

[602-F] Mackscheidt, Klaus, Prof.Dr.; Rauen, Stephan, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):
Wirkungen von Hartz IV auf Mobilität und Wohnungsversorgung der Mieter

INHALT: In dem Gutachten werden die sozial- und wohnungspolitischen Folgen der seit dem 1.1.05 geltenden Änderungen des Sozialgesetzbuches -Hartz IV- untersucht: die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, die Belastung der kommunalen Haushalte, Umzüge der betroffenen Transferempfänger. Besonderes Interesse gilt der Entwicklung auf dem unteren Preissegment des Mietwohnungsmarktes. *ZEITRAUM:* 2004-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Neben der Auswertung der Daten der Arbeitsagentur zu SGB II werden auch Erfahrungen einzelner Kommunen in Ost und West, in der Stadt und auf dem Lande ausgewertet.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Eekhoff, Johann; Mackscheidt, Klaus: Auswirkungen von Hartz IV auf die Mobilität und Wohnungsversorgung der Mieter. in: Wirtschaftsdienst, 2006, 4, S. 236-243.
ART: *BEGINN:* 2006-04 *ENDE:* 2007-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln (Klosterstr. 79b, 50931 Köln)
KONTAKT: Mackscheidt, Klaus (Prof.Dr. Tel. 0221-370-5573,
e-mail: inwo@wiso.uni-koeln.de)

[603-L] Mümken, Jürgen:
Kapitalismus und Wohnen: ein Beitrag zur Geschichte der Wohnungspolitik im Spiegel kapitalistischer Entwicklungsdynamik und sozialer Kämpfe, Frankfurt am Main: Ed. AV 2006, 311 S., ISBN: 978-3-936049-64-0 (Standort: BSB München(12)-2007.37267)

INHALT: Ziel der Untersuchung ist es zu zeigen, wie die Wohnungspolitik auf die sich verändernden kapitalistischen Formationen und ihre sozialen Kämpfe reagierte. Dementsprechend setzt die Untersuchung zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein, als die Lebens- und Arbeitsbedingungen der unteren Schichten zu einem Problem zu werden begannen (Veränderungen in der Frauenarbeit, Hungerrevolten). Der Gang der Darstellung ist im Folgenden chronologisch geordnet: (1) Wohnungsfrage nach 1848 bis zum Ersten Weltkrieg (Arbeiterbewegung, bürgerliche Familie, Häuserkämpfe 1872, Fabrikgesellschaft, Gartenstadtbewegung); (2) Wohnungsfrage in der Weimarer Republik (Novemberrevolution, Taylorismus, Häuserkämpfe 1932); (3) Wohnungsfrage im Nationalsozialismus (soziale Frage, nationalsozialistische Wohnungspolitik); (4) Wohnungsfrage in der BRD (Fordismus, Postfordismus, Häuserkämpfe 1945, 1972 und 1980-84). Die Untersuchung versteht sich als Beitrag zu einer Herrschaftsgeschichte des Wohnens im Sinne des Schlussworts des Verfassers: "Häuserkampf ist Klassenkampf." (ICE2)

[604-L] Nave-Herz, Rosemarie:
Die soziologische Relevanz von Vererbungspraktiken in Deutschland, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 4, S. 505-516 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auf das Schlagwort 'Erbengeneration' wird immer häufiger in der öffentlichen Diskussion im Hinblick auf die Alterssicherung der zukünftigen Generationen in Deutschland hingewiesen, ohne aber dieses mit entsprechenden Daten über die Vererbungsvolumina und über die Vererbungspraktiken zu belegen und zu problematisieren. In diesem Artikel werden zunächst die verstreut vorhandenen empirischen Fakten zusammengetragen und systematisiert präsentiert, um anschließend die sozialstrukturellen Folgen des Vererbens und Erbens zu analysieren." (Autorenreferat)

[605-L] Schäfer, Claus:
Erste Reue über Verteilungssünden?: zur Einkommensentwicklung 2006, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 11, S. 579-588 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2007_11_schaefer(1).pdf)

INHALT: "Der diesjährige WSI-Verteilungsbericht referiert wieder aktuelle empirische Daten zur gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung, insbesondere zu Löhnen und Gewinnen, wie zu personeller Verteilung bei privaten Haushalten. Danach setzt sich trotz konjunkturellem Aufschwung in Deutschland die seit Langem beobachtbare Zunahme von Ungleichheit, Armut und sozialem Ausschluss fort. Gefördert wird diese Entwicklung nicht zuletzt von der Fiskalpolitik, die erneut niedrige Einkommen belastet hat und hohe Einkommen entlasten will. Auch die staatliche Politik trägt damit Verantwortung, dass wegen nach wie vor unzureichender Binnennachfrage der weltmarktabhängige Aufschwung nicht zu einem höheren und vor allem stabileren Wachstum führt." (Autorenreferat)

10 Verbände und die Organisation sozialpolitischer Maßnahmen

[606-L] Bahle, Thomas:
Wege zum Dienstleistungsstaat: Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 361 S., ISBN: 978-3-531-15089-5 (Standort: UuStB Köln(38)-34A4029)

INHALT: Einleitend wird der Begriff der sozialen Dienste definiert. Dabei geht es zum einen um eine Bestimmung der spezifischen Merkmale sozialer Dienste im Unterschied zu anderen Dienstleistungen, zum andern um eine Abgrenzung gegenüber den Wohlfahrtsbereichen Gesundheit und Bildung. Es werden die vielfältigen historischen und im internationalen Vergleich variierenden institutionellen Verbindungen und Trennlinien zwischen den sozialen Diensten, dem Gesundheitssystem und dem Bildungswesen berücksichtigt. Anschließend wird das Konzept der Institutionalisierung vorgestellt und auf den Bereich der sozialen Dienste angewendet. Vor diesem Hintergrund werden die westeuropäischen Länder empirisch im Hinblick auf die Angebotsstruktur sozialer Dienste vergleichend analysiert. Ausmaß und Form der sozialen Dienste für Kinder und ältere Menschen stehen im Mittelpunkt. Außerdem werden die verschiedenen Formen ambulanter, stationärer und teilstationärer Dienste vorgestellt und für die Zielgruppen Kinder, ältere Menschen und Behinderte spezifiziert. Es werden auch die Anbieterstrukturen sozialer Dienste im westeuropäischen Vergleich analysiert. Dabei werden drei Typen von Anbietern unterschieden: öffentliche, freie (gemeinnützige) und privat-kommerzielle Träger. Es wird dabei unterstellt, dass sich die historischen Ursprünge und Funktionsweisen dieser verschiedenen Organisationsformen in charakteristischer Weise voneinander unterscheiden, wobei sich hinter den jeweiligen Typen sehr verschiedene konkrete Organisationen verbergen können. Im öffentlichen Sektor gibt es zum Beispiel große Unterschiede zwischen lokalen und anderen Anbietern, im privat-kommerziellen Sektor variiert die Organisationsform von großen kapitalstarken Unternehmen bis hin zu kleinen selbständig Erwerbstätigen. Die größte Variation findet sich aber innerhalb des freien, gemeinnützigen Sektors. Hierunter fallen einerseits große, landesweit organisierte Verbände der freien Wohlfahrt, andererseits kleine, lokale Initiativen und Gruppen. Die europäischen Länder unterscheiden sich nicht nur in der Verteilung der Dienstleistungsangebote auf die drei großen Sektoren, sondern auch im Hinblick auf die interne Struktur der jeweiligen Sektoren. Die Entwicklung der sozialen Dienste für Kinder, alte Menschen und Behinderte in England und Wales, Frankreich und Deutschland stellt einen Schwerpunkt der Untersuchung dar. Gleichzeitig wird ein Überblick über das nationale soziale Dienstleistungssystem gegeben. Bei der empirisch-quantitativen und institutionellen Analyse der Entwicklung sozialer Dienste wird auf die Besonderheiten in jedem dieser Bereiche eingegangen. Diese Analyse ist in jeweils drei Teile gegliedert: Entwicklungen vor den neueren grundlegenden Reformen, die Inhalte dieser Reformen und die strukturellen Entwicklungen nach den Reformen. Damit werden Kontinuitätslinien oder Brüche in der Entwicklung sozialer Dienste über die Reformen hinweg festgestellt. Den Abschluss jedes Länderkapitels bildet eine zusammenfassende, bereichsübergreifende Betrachtung der neueren Reformen in den sozialen Dienstleistungssystemen und ihrer Auswirkungen auf die strukturelle und institutionelle Entwicklung sozialer Dienste. Im Mittelpunkt steht die Rolle des Wohlfahrtsstaates. Zum Schluss werden die Ergebnisse der Länderkapitel in vergleichender Perspektive zusammengefasst. Dabei werden die zentralen Strukturmerkmale sozialer Dienste vor und nach den grundlegenden Reformen der 1980er und 1990er Jahre miteinander verglichen. (ICG2)

[607-L] Bayer, Michael:
Paradigmenwechsel im Wohlfahrtsverband: Herausforderungen und Widerstände, in: Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki, Christian Reutlinger, Jan Zychlinksi (Hrsg.): Deutschland als Entwicklungsland : transnationale Perspektiven sozialräumlichen Arbeitens, Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verl., 2007, S. 124-139, ISBN: 978-3-7841-1651-8 (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IU720/DI00/D4E6)

INHALT: Im Mittelpunkt des Beitrag steht die Frage nach Möglichkeiten und Notwendigkeit einer organisationalen Veränderung nicht nur in Hinblick auf praktisches Handeln, sondern auch auf organisationales Selbstverständnis. Die Basis bildet wissenschaftliche Begleitforschung zu innerorganisatorischen Reformprozessen in der Caritas. Soziale Organisationen, so wird gezeigt, können als Vermittlungsinstanzen verstanden werden. Ihre Leitbilder sind Ausgangspunkt einer regelmäßigen Diskussion innerhalb der Organisation. Neue organisatorische Erfahrungen haben oft den Charakter einer "black box". Handlungsmotive müssen transparent gemacht werden. Die Dokumentation praktischer Erfahrung im Organisationsgedächtnis muss als eine Form der Realitätsrepräsentation begriffen werden. Die Erzeugung von quantitativen Daten muss kritisch hinterfragt werden. (ICE2)

[608-F] Buckley, Andrea, Dipl.-Soz.Arb.; Biebricher, Martin, Dipl.-Soz.Arb.; Markert, Andreas, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Boeßenecker, Karl-Heinz, Prof.Dr. (Leitung):
Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit

INHALT: Das Projekt verlief in drei Phasen. Phase 1: Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren für eine Auseinandersetzung mit Qualität in der Sozialen Arbeit; Phase 2: Anwendung und Verbreitung von Qualitätsdebatten und -methoden in Einrichtungen Sozialer Arbeit; Phase 3: Entwicklung eines Referenzsystems zur Beuurteilung und zum Vergleich unterschiedlicher Qualitätskonzepte. Aufbauend auf den Erkenntnissen der ersten beiden Phasen. Ergebnis: Modell "QUI". *ZEITRAUM:* ca. 1990 bis hin zu zukünftigen Entwicklungen *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland (in Phase 3 des Projektes: Nordrhein-Westfalen), Dauerbeobachtung
METHODE: Das Projekt hat in unterschiedlichen Phasen jeweils andere Zielpopulationen im Blick gehabt. Mit den im Zeitablauf variierenden Fragestellungen waren unterschiedliche Untersuchungsdesigns verknüpft. Die letzte Phase (3) wurde durch einen deskriptiv-komparativen Ansatz und einer darauf aufbauenden theoriebasierten Exploration geprägt. Teil 3: theoriebasierte Exploration; Entwicklung eines integrativen Modells. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Inhaltsanalyse, offen. Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, schriftlich; Standardisierte Befragung, online; Sekundäranalyse von Individualdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
VERÖFFENTLICHUNGEN: FSP Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft (Hrsg.): Qualitätskonzepte in der Sozialen Arbeit - eine Orientierung für Studium und Praxis. Münster: Votum-Verl. 2002.+++Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände (Hrsg.): Endbericht zum Forschungsprojekt "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit". Arbeitsmaterialien, Nr. 8b. Düsseldorf 2002.+++Buckley, Andrea: Qualitätsentwicklung in der Sozialen Arbeit. Eine kommentierte Bibliographie mit Publikationen ab 2002. Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft: Schriftenreihe Arbeitsmaterialien, Nr. 19. Dezember 2004. *ARBEITSPAPIERE:* Hansbauer, Peter; Paul-Roemer, Gottfried; Boeßenecker, Karl-Heinz: Forschungsprojekt Qualitätsmerkmale und Qualitätsentwicklung in der

Sozialen Arbeit. Erster Zwischenbericht: Positionen zur Qualitätsdiskussion in der Soziale Arbeit aus der Sicht von leitenden Mitarbeitern in frei-gemeinnützigen Verbänden. Dokumentation des gleichnamigen Symposiums. Arbeitsmaterialien/ FH Düsseldorf, FSP Wohlfahrtsverbände/Sozialwirtschaft, Nr. 8. Düsseldorf, Jan. 1998.+++Weigel-Stollenwerk, Nicole; Biebricher, Martin; Boeßenecker, Karl-Heinz: Forschungsprojekt Qualitätsmerkmale und Qualitätsentwicklung in der Sozialen Arbeit. Zweiter Zwischenbericht. Arbeitsmaterialien/ FH Düsseldorf, FSP Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft, Nr. 8a. Düsseldorf, Juni 2000. +++Forschungsprojekt Qualitätsmerkmale und Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit. Ausgewählte Textzusammenfassungen. Arbeitsmaterialien/ FH Düsseldorf, FSP Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft, Nr. 13. Düsseldorf, Juni 2000.+++Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände (Hrsg.): Endbericht zum Forschungsprojekt "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit". Arbeitsmaterialien, Nr. 8b, Nr. 19, Nr. 22. Düsseldorf 2002.

ART: *BEGINN:* 1998-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Max-Traeger-Stiftung

INSTITUTION: Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände, Sozialwirtschaft, 3. Sektor-Organisationen (Universitätsstr., Geb. 24.21, 40255 Düsseldorf)

KONTAKT: Buckley, Andrea (Tel. 0211-81-14656, e-mail: andrea.buckley@fh-duesseldorf.de); Institution (e-mail: info@wohlfahrtsverbaende.de)

[609-F] Buckley, Andrea, Dipl.-Soz.Arb. (Bearbeitung); Boeßenecker, Karl-Heinz, Prof.Dr. (Leitung):

Wohlfahrtsverbände unter europäischen Herausforderungen

INHALT: keine Angaben

METHODE: Dauerbeobachtung

VERÖFFENTLICHUNGEN: Boeßenecker, Karl-Heinz: Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Weinheim u.a.: Juventa 2005, 336 S. ISBN 3-7799-1875-7.+++Buckley, Andrea: Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft. Schriftenreihe Arbeitsmaterialien, Nr. 18: Europa - Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Dokumente und Themeneinführung. Dezember 2004.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände, Sozialwirtschaft, 3. Sektor-Organisationen (Universitätsstr., Geb. 24.21, 40255 Düsseldorf)

KONTAKT: Institution (Tel. 0211-81-14656 o. -14607, Fax: 0211-81-117-89, e-mail: info@wohlfahrtsverbaende.de); Bearbeiterin (e-mail: andrea.buckley@fh-duesseldorf.de)

[610-F] Buckley, Andrea, M.A., Dipl.-Soz.Arb. (Bearbeitung); Boeßenecker, Karl-Heinz, Prof.Dr. (Leitung):

Organisations-/ Marktentwicklung in der Sozialwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

INHALT: Europäische Dienstleistungsrichtlinie, nationale gesetzliche Regelungen (z.B. Gemeinnützigkeitsrecht, Qualitätsentwicklung); Trägerentwicklung: kommunale, staatliche Träger,

freigemeinnützige Träger, privat-gewerbliche Anbieter sozialer Dienstleistungen, Fusionen, Kooperationen. Weitere Informationen unter: http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2007/326/ . *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Boeßenecker, Karl-Heinz: Spitzenverbaende der Freien Wohlfahrtspflege. Weinheim u. München: Juventa 2005, 336 S. ISBN 3-7799-1875-7.+++Buckley, Andrea; Boeßenecker, Karl-Heinz: Organisationsentwicklung in der Sozialwirtschaft: Projektbericht - eine Zwischenbilanz. Schriftenreihe Arbeitsmaterialien, Nr. 23. Siehe: http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2007/326/ 26 S.

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände, Sozialwirtschaft, 3. Sektor-Organisationen (Universitätsstr., Geb. 24.21, 40255 Düsseldorf)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0211-811-4656, e-mail: andrea.buckley@fh-duesseldorf.de)

[611-L] Erlinghagen, Marcel:

Die Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit und informeller Hilfe nach dem Renteneintritt: Analysen mit dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP), (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 27/2007), Berlin 2007, 27 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/60173/diw_sp0027.pdf)

INHALT: Durch den demographischen Wandel wird sich nicht nur die absolute Zahl, sondern auch der Bevölkerungsanteil älterer Menschen in Deutschland deutlich erhöhen. Die Verschiebung des Verhältnisses zwischen den produktiv tätigen Erwerbstätigen einerseits und den aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Rentnern andererseits wird dabei in der Öffentlichkeit häufig mit dem Schlagwort einer zunehmende 'Alterslast' umschrieben, auf die es sozialpolitische Antworten zu finden gelte. Im Zuge dieser Debatte wird dabei in jüngerer Zeit vermehrt auf die von Senioren geleistete informelle Arbeit in Form von Ehrenämtern und Netzwerkhilfe hingewiesen. Der Beitrag analysiert den Zusammenhang zwischen frei werdenden Zeitressourcen und der Beteiligung an informeller Arbeit, indem er nicht nur den Einfluss des Renteneintritts bezüglich der Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit und an informeller Hilfe untersucht, sondern gleichzeitig auch die Rolle des vorausgegangenen Lebensverlaufs unter dem Gesichtspunkt thematisiert, wie weiter zurückliegende Erfahrungen mit informellen Tätigkeiten die Beteiligung in diesem Bereich im Alter beeinflussen. Zunächst wird der Stand der Forschung hinsichtlich des Einflusses des Renteneintritts und des vorausgegangenen Lebensverlaufs auf die Beteiligung an informeller Arbeit erläutert. Die Entwicklung des Umfangs der Beteiligung von Älteren an informeller Arbeit seit Mitte der 1980er Jahre wird nachgezeichnet. Multivariate Längsschnittanalysen geben Aufschluss über die Bedeutung des Renteneintritts und der vorausgegangenen Erfahrungen mit informellen Tätigkeiten im Lebensverlauf. Der Beitrag schließt mit dem Fazit, dass informelle Arbeit älterer Menschen das Wohlbefinden der Aktiven selbst erhöhen und gleichzeitig wichtige und wertvolle Leistungen für die Gesamtgesellschaft bereitstellen kann. Obwohl der Übergang in den Ruhestand ein idealer Zeitpunkt ist, um Ältere für ehrenamtliches Engagement oder aber Netzwerkhilfe zu gewinnen, ist der vorgelagerte Lebensverlauf mit zurückliegenden Ehrenamtserfahrungen entscheidend für die Aktivierung und die kontinuierliche Beteiligung an informeller Arbeit im Alter. (IAB)

[612-F] Fachhochschule Düsseldorf:
Soziale Dienste im DRK - Best-Practice Beispiele im Bereich Gesundheit und Rehabilitation

INHALT: Das DRK ist ähnlich wie andere Wohlfahrtsverbände eine föderativ strukturierte Organisation. Dienste und Einrichtungen der sozialen Arbeit, hauptamtliche und ehrenamtliche Aktivitäten realisieren sich daher in regionalen und lokalen Gliederungen mit hoher Eigenständigkeit. Was hier im einzelnen an "good" und "best-practice Beispielen" geschieht, bleibt aufgrund der föde-ralen Struktur weitgehend unbekannt. Das Rechercheprojekt lokalisiert Best-Practice Beispiele in der DRK-Sozialarbeit mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Rehabilitation und will diese verbandsöffentlich im Rahmen einer Fachtagung bekannter machen.

METHODE: Anhand von 11 Kriterien werden Arbeitsansätze auf ihre Relevanz als "good practice" oder "best-practice" Beispiele vom Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände/ Sozialwirtschaft recherchiert und dokumentiert. 1. Konzeption, Selbstverständnis (u.a. Vorlage einer schriftlichen Konzeption); 2. Zielgruppe (genauere Angaben über Nutzer, Adressatengruppe); 3. Innovation (Beschreitung neuer Lösungswege); 4. Nachhaltigkeit (kein kurzfristiger Aktivismus); 5. Multiplikatorenkonzept (Verbreitung des Arbeitsansatzes ist geplant); 6. Arbeitsweise (inhaltlich begründet und für Außenstehende nachvollziehbar); 7. Partizipation (Beteiligungskonzept für Nutzer und Adressaten); 8. Projektübergreifender Ansatz Netzwerke (verbandsübergreifende Kooperation); 9. Qualitätsmanagement/ -entwicklung, Evaluation (Struktur-, Prozess-, Ergebnis-, Wirkungsqualität werden überprüft); 10. Dokumentation (erfolgt schriftlich und ist öffentlich zugänglich); 11. Ressourcenausstattung (sachadäquate Kosten-Nutzen-Relation, Kombination von betriebswirtschaftlichen- und sozialpolitischen Kriterien). Um als Best-Practice Beispiel qualifiziert zu werden, müssen folgende fünf Mindestkriterien erfüllt sein: 2. Zielgruppen, 3. Innovation, 4. Nachhaltigkeit, 10. Dokumentation und 11. Ressourcenausstattung.

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände, Sozialwirtschaft, 3. Sektor-Organisationen (Universitätsstr., Geb. 24.21, 40255 Düsseldorf)

[613-L] Gerstner, Wolfgang; Kniffki, Johannes; Reutlinger, Christian; Zychlinksi, Jan (Hrsg.):
Deutschland als Entwicklungsland: transnationale Perspektiven sozialräumlichen Arbeitens, (Caritas International - Brennpunkte), Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verl. 2007, 292 S., ISBN: 978-3-7841-1651-8 (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IU720/DI00/D4E6)

INHALT: "Gesellschaftliche Veränderungen, wie sie in hoher Dynamik in allen Bereichen ablaufen, lassen sich immer weniger mit den Instrumentarien des historisch entstandenen Wohlfahrtsstaatsmodells bewältigen. Für soziale Arbeit und ihre Organisationen erwächst daraus eine neue Rolle. Die Auseinandersetzung des in diesem Buch vorgestellten Arbeitsansatzes mit solidarischem Handeln als gesellschaftliche Ressource fand ihren Anfang mit der Jahrhundertflut an der Elbe im August 2002. Im Rahmen des Hilfsprogramms von Caritas international sind Pilotprojekte des sozialräumlichen Arbeitens entstanden. Der Begriff der sozialen Entwicklung wurde aufgegriffen und der Fokus weg von der institutionalisierten Logik wohlfahrtsstaatlicher und auf das Individuum konzentrierter Interventionen hin zu den alltäglichen Bewältigungsleistungen und Gestaltungspotentialen 'normaler Menschen' - in Abgren-

zung zu abstrakten Wirkungszusammenhängen beziehungsweise politischen Akteuren - gelenkt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki, Christian Reutlinger und Jan Zychlinski: Von der Problemorientierung zur sozialen Entwicklung - Plädoyer für eine Perspektivenveränderung (14-29); Andreas Novy: Soziale Entwicklung in der Einen Welt (30-40); Christian Reutlinger: Sozialraum aus sozialer Entwicklungsperspektive - inter- und transnationale Zugänge zu einem Modekonzept (41-56); Hans Günther Homfeldt, Wolfgang Schröer und Cornelia Schweppe: Soziale Entwicklung, "agency" und transnationale Hilfsorganisationen (57-75); Lothar Stock: Erfahrungen der Pilotprojekte in der Auseinandersetzung mit Arbeitslosigkeit vor Ort (76-91); Bernhard Prosch und Thomas Ammon: Soziales Kapital und sozialräumliche Arbeit (92-107); Jan Zychlinski: Sozialkapital - dynamischer Exkurs (108-112); Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki, Bernhard Prosch, Christian Reutlinger und Jan Zychlinski: Diskussionsbeitrag soziales Kapital - ein Beispiel zum konstruktiven Umgang mit Modekonzepten und Mainstream-Begriffen im Kontext der Pilotprojekte (113-123); Michael Bayer: Paradigmenwechsel im Wohlfahrtsverband: Herausforderungen und Widerstände (124-139); Peter-Georg Albrecht: Nur wenig Miteinander: Das Verhältnis von Kirchengemeinden und Pilotprojekten (140-157); Johannes Kniffki: Konzeptionelle Grundlagen der sozialräumlichen Projektarbeit (160-170); Johannes Kniffki und Jan Zychlinski: Konzeption und Umsetzung der Pilotprojekte (171-195); Wolfgang Gerstner: Daten zu den Pilotprojekten (196-214); Michael Bayer und Christian Reutlinger: Wissenschaftliche Begleitung als reflektierende Praxis (215-221); Nils Kahlefendt: Neu Land (222-260); Carina Tausch: Einblick in das Pilotprojekt Dessau-Waldersee (261-266); Bernhard Prosch: Gestaltungsversuche sozialer Entwicklung (267-276); Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki, Christian Reutlinger und Jan Zychlinski: Sozialräumliche Projektarbeit als Entwicklungsarbeit: ein Ausblick (277-282); Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki, Christian Reutlinger und Jan Zychlinski: Arbeitspapier "EXSE - Existenzsicherung und soziale Entwicklung" (283-286); Bernhard Prosch: Thesenpapier 1: Soziales Kapital (287-288); Wolfgang Gerstner, Johannes Kniffki und Jan Zychlinski: Thesenpapier 2: Soziales Kapital (289).

[614-F] Hilpert, Markus, PD Dr. (Bearbeitung):
Research priorities in the fields of social economy and informal sector - European research agenda setting

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europe
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* DLR Projektträger Gesundheitsforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
INSTITUTION: Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH -INIFES- (Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0821-243694-27, Fax: 0821-432531, e-mail: hilpert@inifes.de)

[615-L] Jakob, Gisela:
Anerkennungskultur als Ausdruck einer modernen Engagementförderung, in: Thomas Möltgen (Hrsg.): Ehrenamt - Qualität und Chance für die soziale Arbeit : Reader zur Sommeruniversität Ehrenamt 2006 Köln, Kevelaer: Butzon u. Bercker, 2006, S. 62-77, ISBN: 978-3-7666-0802-4 (Standort: SLUB Dresden(14)-DS6500M693E3)

INHALT: Die Verfasserin argumentiert, dass das Thema 'Anerkennungskultur' für eine Modernisierung des freiwilligen bürgerlichen Engagements steht. Sie zeigt die grundlegenden Veränderungen dieses Engagements im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklungen. Dabei handelt es sich um die Erosion tradierter sozialer Milieus, veränderte Wertorientierungen, Veränderungen in den Generationenbeziehungen, in den Familien- und Lebensformen, im Arbeitsleben und im wohlfahrtsstaatlichen Engagement sowie in den Bedingungen sozialer Absicherung. Es wird festgestellt, dass die Gruppe der ehrenamtlichen Mitarbeiter überaltert und neue Ehrenamtliche schwer zu gewinnen sind. Hinzu kommen Veränderungen in sozialen Organisationen und in der freien Wohlfahrtspflege, die unter Stichworten wie Ökonomisierung, Verbetrieblichung thematisiert werden. Vor diesem Hintergrund wird gezeigt, dass die Etablierung einer Anerkennungskultur für freies bürgerliches Engagement eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Es werden unterschiedliche Anerkennungsformen und die Leitlinien für die Entfaltung einer Anerkennungskultur dargestellt. (ICG)

[616-F] Koch-Nielsen, Inger, M.A.; Hrafnsdottir, Steinunn, Prof.Ph.D.; Rappana Olsen, Bennedichte, Prof.; Seim, Sissel, Prof.; Svedberg, Lars, Prof.Ph.D.; Westman, Riikka, M.A.; Evers, Adalbert, Prof.Dr.; Nylund, Marinne, Prof.Ph.D. (Bearbeitung); Matthies, Aila-Leena, Prof.Dr. (Leitung):
Citizens' intermediate organisations and governance of the challenges of welfare services in nordic societies

INHALT: The aim of this research proposal is to analyse the state of the art of research-based body of knowledge on the third sector and new civic society organisations connected to the welfare services in the Nordic countries. The research project will be based on existing research from the Nordic countries, but it should also provide a kind of an "outsider's view", a distanced perspective on the Nordic model from a comparative European point of view. The research is committed to the question of the future of the Nordic welfare state model, and will target on the new organisational diversity in producing welfare services considering also the very new development of social economy and new projects generated by EU-policies. (Modifications of public ownership of common goods, supra-national third sector organisations, new areas of civic society's self-organisation). The overall question concerns the role of civic society organisations in relation to the future of the special benefits of the Nordic model of a welfare state from the comparative European perspective. The continuity of the historical role of citizens' organisations as pioneers of new development will also be reflected. The crucial question is how far the new forms of associations are related to particular modernisation issues in Nordic societies (de-traditionalisation of family, gender, work, socio-cultural milieus and ethnic structures). The methodological notion will be comprehensive rather than exclusive. The methodological idea is to integrate the two dominating and contrasted European approaches to third sector research: the US-led conceptualisation of the third sector as an independent and opposite sector between the state and the market, as well as the European approach conceptualising the intermediate nature of the area in question. As regards the research material to be analysed, it will not be limited only to the research using literally the concepts of the third sector and non-profit organisations in the Nordic countries, but embrace the entire intermediate field between private households, market based enterprises and the state and municipal agencies. Both the established (economical-structural) macro-level quantitative research and the more (ethical, activity-oriented) grass-root level, qualitative, gender sensitive and up to day characterisation of the Nordic third sector will we used to explore the

area around the welfare service fields. The analysis process of the research material will roughly modify the "Grounded Theory" method in textual analysis, whilst comparing the material with the questions stated in the theoretical frame, but in the meantime being open to the dynamics of the material itself. Since this will be a research overview and "research on research", research politics as such will also be addressed: what has been seen as research and what not, who is doing what kind of research and in what kind of an institutional frame. A critical and future oriented assessment of research already maintained and still needed in the respective area, will be provided. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Northern Europe

VERÖFFENTLICHUNGEN: S. http://www.sgw.hs-magdeburg.de/projekte/nordic/ .

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Nordic Council of Ministers

INSTITUTION: Hochschule Magdeburg-Stendal, FB Sozial- und Gesundheitswesen (Breitscheidstr. 2, 39114 Magdeburg)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0391-8864317, Fax: 0391-8864293,
e-mail: Aila-Leena.Matthies@hs-magdeburg.de)

[617-L] König, Joachim; Oerthel, Christian; Puch, Hans-Joachim (Hrsg.):
Mehrwert des Sozialen: Gewinn für die Gesellschaft ; ConSozial 2006, München: Allitera Verl. 2007, 331 S., ISBN: 978-3-86520-214-7 (Standort: UB München(19)-8/07/6993)

INHALT: "Soziale Arbeit, Pflege oder Betreuung hilfsbedürftiger Menschen erscheinen in den öffentlichen Debatten häufig ausschließlich als Kostenfaktor. Übersehen wird dagegen die 'Rendite' der Investitionen im Sozialmarkt: Integration oder Solidarität sind keine Floskeln für Sonntagsreden, sondern stellen einen echten Mehrwert, einen Gewinn für die Gesellschaft dar. Die wichtigsten der über 50 Vorträge und Workshops zu diesem aktuellen Thema werden vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher Befunde dargestellt und diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Schneider: Grußwort (9-12); Christa Stewens: Zum Geleit (15-16); Burkard Rappl: Mehrwert der ConSozial - Rückblick 2006 und Ausblick 2007 (17-18); Joachim König, Christian Oerthel und Hans Joachim Puch: Das Soziale - in jeder Hinsicht wertvoll (19-25); Friedrich Wilhelm Graf: Mehrwert des Sozialen - Gewinn für die Gesellschaft? (29-45); Norbert Walter: Die Welt auf der Suche nach Führung (46-48); Rudolf Hammerschmidt: Weitsichtig planen - sicher finanzieren (51-76); Christian Tölken: Alternde Belegschaften in einer alternden Gesellschaft - Herausforderung für das Personalmanagement (77-91); Georg Cremer: Bildung und Befähigung - Chancen für benachteiligte Jugendliche (92-103); Susanne Rässler: Sind Maßnahmen wirksam? Evaluation der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik (104-121); Heidrun Metzler: Selbstbestimmt leben mit dem Persönlichen Budget? (122-136); Gerd Placke: Vom "gut gemeint" zum "gut gemacht" - Die Marktplatz-Methode zur Anbahnung von sozialen Partnerschaften zwischen Unternehmen und Gemeinnützigen im lokalen Umfeld (137-143); Erny Gillen: Orientierungswissen für Führungskräfte - Ein Blick über die Grenzen (144-159); Karl Stengler: Community care - community fit? Regionale Strukturen schaffen für ein selbstbestimmtes Leben (160-172); Hans-Joachim Gergs: Vom Sozialmanagement zum Social Entrepreneurship - Sozialen Mehrwert schaffen durch unternehmerisches Denken und Handeln (173-185); Basina Kloos: Katholisch kurieren - Führen mit Werten (186-196); Gabriele Moos und Petra Zimmermann: Insolvenzen in der Sozialwirtschaft - Versagen der Aufsichtsgremien? (197-201); Anton Hahne: Falsche Behutsamkeit - Konflikte als Motor des Wandels (202-215); Georg von Schnurbein: Das Ehrenamt in der Professionalisierungsfalle (216-223); Heinz Josef Kessmann: Von der Objekt- zur Sub-

jektförderung - Wandel der Arbeitsprozesse (224-236); Harald Tornow und Gerd Dworok: Wirkung wirksam messen (239-246); Meindert Haveman: Selbstbestimmung im Alter von Menschen mit geistiger Behinderung (247-266); Jürgen Auer und Josef Hennemann: Leistungsorientierte Vergütungsbestandteile im TVÖD (267-275); Gabriele Schirmeister: Öffentlichkeitsarbeit als Führungsaufgabe - So positionieren Sie Ihre Einrichtung im Markt (276-284); Susanne Borris: Handlungskompetenzen von Erzieherinnen stärken (285-290); Werner Haisch und Jonas Glonnegger: Qualitätsmanagement in der Eingliederungshilfe 15 Jahre umsonst? (291-297); Birgit Winterhalter: Basel II schafft neue Chancen - Besseres Rating für soziale Organisationen durch Wissensbilanzen (298-304); Annemarie Gerzer-Sass: Familienkompetenzen als Potenzial für eine innovative Personalpolitik (307-312); Gottfried Kirmeier: WO-BAY Kooperation (313-316); Axel Geigendörfer: Die ConSozial im achten Jahr (319-326).

[618-L] Langer, Andreas:
Dienstleistungsstrukturen in der Sozialen Arbeit zwischen Verwaltungsreform und Professionalisierung, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 3, S. 223-246 (Standort: USB Köln (38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Wie wirken sich politisch initiierte Veränderungsprozesse bzw. Reformen auf Professionalität und professionelles Handeln aus? Vor dem Hintergrund einer qualitativ empirischen Studie zeichnet sich eine Pluralisierung und gleichzeitige Schließung in der Verhältnisbestimmung zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe ab. Im Rahmen dieser Dienstleistungsstrukturen gewinnt das professionelle Dienstleistungsmanagement an Bedeutung. Die konkrete Fallbearbeitung ist dagegen durch Paradoxien bestimmt, die die Effektivität, Effizienz und Qualität der Dienstleistungen gefährden." (Autorenreferat)

[619-L] Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.):
Solidarische Ökonomie in Europa: Betriebe und regionale Entwicklung ; internationale Sommerschule in Imshausen, (Entwicklungsperspektiven, Nr. 85/86), Kassel: Kassel Univ. Press 2007, 296 S., ISBN: 978-3-89958-282-6 (Standort: UB Dortmund(290)-F80376)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Heiner Fleischmann, Clarita Müller-Plantenberg, Martina Spohr: Einleitung - Motivation der Veranstalter (11-14); Regionale Entwicklungen: Claudia Sánchez Bajo: Regionale Entwicklung und Soziale Kohäsion in der EU (17-46); Martin Häusling: Politik im ländlichen Raum (47-54); Clarita Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie und Regionale Entwicklung (55-67); Soziale Bewegungen und Solidarische Ökonomie in Italien: Piero Gallina: Forlì-Cesena: Werte und Wert des genossenschaftlichen Models (71-76); Paolo Galeotti, Stefania Checchelani: Das Konsortium SOL.CO. Mantua (77-98); Els Reynaert: Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie in Rom und Italien (99-106); Livia Consolo: Sozialgenossenschaften und Kommunale Verwaltung in Italien (107-110); Statistisches Institut Italiens (ISTAT): Dienstleistungen, die in Sozialgenossenschaften Italiens angeboten werden - Ein Überblick (111-113); Sachverständigengruppe für die Auftragsvergabe: Die Vergabe von Aufträgen für soziale Dienstleistungen seitens der Gemeinden und Lokalbehörden (115-122); Ausbildung: Rosângela Alves de Oliveira: Universität und Solidarische Ökonomie: Die brasilianische Erfahrung im Aufbau einer Methodologie (125-141); Bughard Flieger: Selbsthilfegenossenschaften (143-149); Dario Carrera, Marco Meneguzzo, Alessand-

ro Messina: Inkubatoren für Soziale Unternehmen - die Italienischen Erfahrungen (151-180); Ernährung: Dietmar Groß: "Biologisch und regional vom Acker bis auf den Teller" (183-187); Axel Holzhauer: Wassergenossenschaft in Großropperhausen (189-194); Energie: Jürgen Klose: Gemeinsamer Aufbau der Ölmühle in Eiterfeld Großentaft (197-204); Karsten Tent: Gemeinschaftsprojekte: Solardächer (205-207); Finanzierung: Reiner Scheiwe: "Eine Gesellschaft, in der nur das Geld etwas wert ist, ist nichts wert" (211-216); Heinz-Ulrich Eisner: Wie stärkt das regionale Zahlungsmittel die regionale Entwicklung und das kulturelle Leben? (217-230); Hans Jürgen Fischbeck: Die B'Mark - ein Regiogeld-Projekt für die Uckermark (231-235); Vorschläge von Gemeinschaftsbetrieben - kommunale Antworten: Siegfried Franke: Landkreis Waldeck-Frankenberg (239-243); Horst Pipper: Werra-Meißner-Kreis (245-248); Georg Lüdtke: Über eigene Ideen dafür sorgen, dass man vor Ort Energie produziert, die man verkauft (249-254); Internationalen Erfahrungen und Solidarische Ökonomie in Europa: Bruno Roelants: Der Beitrag der Genossenschaften zu langfristiger lokaler Entwicklung (257-261); Zu Rahmenbedingungen in Deutschland: Burghard Flieger: Das novellierte Genossenschaftsgesetz als Chance für die Sozialwirtschaft (265-273).

[620-L] Radtke, Katrin:
Ein Trend zu transnationaler Solidarität?: die Entwicklung des Spendenaufkommens in der Not- und Entwicklungshilfe, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Abteilung Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen, 2007-304), Berlin 2007, 31 S. (Graue Literatur; URL: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2007/iv07-304.pdf); Forschungsbericht/Nummer: SP IV 2007-304

INHALT: "Die Zukunft der Solidarität wird immer wieder in der Zerfallsperspektive thematisiert. Wenn Solidarität 'nationale Solidarität' meint, so kann es mit dem behaupteten Niedergang des Nationalstaats auch durchaus zur Schwächung bestimmter solidarischer Verhaltensweisen kommen. Doch Solidarität existiert in vielen verschiedenen Formen und findet in unterschiedlichen Bezugsrahmen statt. Solidarität hört nicht notwendigerweise an nationalstaatlichen Grenzen auf. Eine gewisse Konjunktur erlebte daher in den letzten Jahren der Begriff der 'transnationalen Solidarität'. Findet Solidarität zunehmend jenseits des Nationalstaats statt? Diese Frage wird so vielfältig wie kontrovers in den verschiedensten Disziplinen diskutiert. In den Internationalen Beziehungen erhält sie ihre Bedeutung insbesondere im Rahmen der Diskussion um die Entstehung einer normativ gehaltvollen politischen Ordnung jenseits des Nationalstaats. Empirische Studien, die sich mit dem Trend zu transnationaler Solidarität beschäftigen, liegen bisher jedoch so gut wie gar nicht vor. Das vorliegende Papier untersucht den behaupteten Trend zu transnationaler Solidarität exemplarisch am Beispiel der Spenden für die Nothilfe und Entwicklungshilfe. In den Blick gerückt werden neben dem relativen Anteil der Spenden für die Not- und Entwicklungshilfe auch die Spendeneinnahmen von ausgewählten Organisationen in diesem Bereich. Als vorläufiges Ergebnis der Analyse lässt sich zwar ein Trend zu transnationaler Solidarität ausmachen. Dieser Trend ist allerdings durch tiefe Brüche gekennzeichnet, die einer weiteren Erklärung bedürfen." (Autorenreferat)

[621-F] Reuter, Christian, Dipl.-Soz.Päd. (Bearbeitung); Otto, Ulrich, Prof.Dr.rer.soc.habil. (Betreuung):
Die Modernisierung und Restrukturierung ausgewählter Sozialer Dienste unter den Bedingungen des Wandels des Wohlfahrtsstaatsarrangements

INHALT: keine Angaben
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Promotionsstipendium
INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft Professur für Sozialmanagement in pädagogischen Handlungsfeldern (Am Planetarium 4, 07737 Jena)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: ch.reuter@arcor.de)

[622-L] Schmid, Josef; Mansour, Julia I.:
Wohlfahrtsverbände: Verbandspolitik im Spannungsfeld von divergierenden Interessen und hierarchischer Integration, in: Thomas von Winter, Ulrich Willems (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 244-270, ISBN: 978-3-531-14589-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4601)

INHALT: Die Verfasser gehen davon aus, dass die Wohlfahrtsverbände sich auf einem Terrain bewegen, das seit einiger Zeit durch zunehmende Effizienzorientierung, sozialpolitische Kürzungs- und Umbaumaßnahmen sowie Marktfreiheit (vorangetrieben vor allem durch den von der Europäischen Union geforderten ökonomischen Wettbewerb) geprägt wird. Die Autoren setzen sich mit diversen theoretischen Ansätzen auseinander und zeigen, dass die konzeptionellen Prämissen für einen erheblichen 'Bias' in der Prognose der künftigen Entwicklung der verbandlichen Wohlfahrtspflege sorgen. Es wird gezeigt, dass Veränderungen einzelner Trägerorganisationen und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände nicht zu einem Wandel des gesamten Systems bzw. des Dritten Sektors insgesamt führen müssen. Dies wird anhand des Beispiels der Niederlande verdeutlicht. Es wird argumentiert, dass für die Entwicklungsperspektiven der Wohlfahrtsverbände auch die unterschiedlichen Erwartungen und Leistungsanforderungen relevant sind, die in der gesellschaftspolitischen Umwelt der Verbände artikuliert werden. Wer von einem neoliberalen Gesellschaftsmodell ausgeht, der kann den Dritten Sektor als Produktionsstätte für nicht marktfähige Dienstleistungen oder als Auffanglager für sozial desintegrierte Menschen interpretieren. Altruismus und Spendenmoral wären dann die Korrelate des freien Wettbewerbs und der ihm innewohnenden gesellschaftlichen Marginalisierungseffekte. Auch hierzu gibt es eine Gegenposition: Gesellschaften, die dicht verflochten und vernetzt sind, verdanken ihren Wohlstand auch der Existenz und Interdependenz stabiler Organisationen wie etwa der Wohlfahrtsverbände. Anhand der analysierten Entwicklungsperspektiven werden unterschiedliche Szenarien für die Zukunft der verbandlichen Wohlfahrtspflege dargestellt. Es wird hervorgehoben, dass die deutschen Wohlfahrtsverbände derzeit versuchen, den vielfältigen Herausforderungen durch gezielte Modernisierungs-, Rationalisierungs- und Reorganisationsstrategien gerecht zu werden. Es bleibt vorläufig offen, ob sich die dabei gleichzeitig zu verfolgenden Ziele der ökonomischen Effizienz, der sozialmoralischen Profilierung, der politischen Machtsicherung und der organisatorischen Integration auf Dauer vereinbaren lassen oder ob sich eine Zerreißprobe nur dadurch verhindern lässt, dass man künftig die multifunktionalen Aufgaben der Spitzenverbände in formal separaten Strukturen wahrnimmt. (ICG2)

[623-L] Sting, Stephan:
Soziale Dienste, Schule und zivilgesellschaftliches Klima, in: Social work & society, Vol. 5/ 2007, No., S. 242-250 (URL: http://www.socwork.net/2007/festschrift/csei/sting/Sting.pdf)

INHALT: Der Beitrag untersucht die Entwicklung auf die Schule bezogener sozialer Dienste in verschiedenen Staaten Europas und zeigt, dass der zunehmende Qualifikations- und Selektionsdruck in der Schule Integrationsprobleme schafft. Soziale Dimensionen von Bildung sind der Ausgangspunkt für die Kooperation sozialer Dienste in der Schule und eröffnen Möglichkeiten für den produktiven Umgang mit Differenzen zwischen sozialer Herkunft, informellem sozialem Milieu und Bildungsmilieu in der Schule. Besondere Aufmerksamkeit gilt Unterschieden in soziokulturellen Gewohnheiten, sozioökonomischen Möglichkeiten und kollektiven Interaktionspraktiken. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Orientierung auf eine partizipative Zivilgesellschaft, die wichtig für die Interaktion zwischen Lehrern und Schülern und zwischen sozialen Diensten und Klienten ist. Die Analyse der institutionellen Struktur und der Interaktionspraktiken ist ebenso eine Aufgabe künftiger Forschung wie ein internationaler Vergleich der verschiedenen Beiträge, die soziale Dienste zu einem partizipativen zivilgesellschaftlichen Klima in der Schule leisten können. (ICEÜbers)

[624-L] Winter, Thomas von; Willems, Ulrich (Hrsg.):
Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 570 S., ISBN: 978-3-531-14589-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4601)

INHALT: "Interessenverbände sind Schlüsselakteure in der Demokratie und erfüllen unverzichtbare Funktionen als Scharniere zwischen Gesellschaft und Staat. Dieses Studienbuch führt umfassend und detailliert in zentrale Aspekte der Forschung zu Verbänden und zum Verbandssystem in Deutschland ein: Neben den historischen und theoretischen Grundlagen behandelt es einzelne Verbändetypen und das Wirken der Verbände im gesellschaftlichen und politischen Prozess." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Willems, Thomas von Winter: Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt (13-50); Ralf Kleinfeld: Die historische Entwicklung der Interessenverbände in Deutschland (51-83); Bernhard Weßels: Das bundesdeutsche Verbandssystem in vergleichender Perspektive. Politische Spannungslinien und politische Ökonomie (84-118); Werner Reutter, Peter Rütters: Mobilisierung und Organisation von Interessen (119-138); Helmut Voelzkow: Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Verbänden in Deutschland (139-172); Anke Hassel: Gewerkschaften (173-196); Wolfgang Schroeder: Arbeitgeberverbände (197-220); Achim Lang, Volker Schneider: Wirtschaftsverbände. Verbandspolitik im Spannungsfeld von divergierenden Interessen und hierarchischer Integration (221-243); Josef Schmid, Julia I. Mansour: Wohlfahrtsverbände. Interesse und Dienstleistung (244-270); Nils C. Bandelow: Ärzteverbände. Niedergang eines Erfolgsmodells? (271-293); Elmar Rieger: Bauernverbände. Agrarische Interessenpolitik, institutionelle Ordnung und politischer Wettbewerb (294-315); Ulrich Willems: Kirchen (316-340); Thomas von Winter: Sozialverbände (341-366); Joachim Amm: Umweltverbände (367-392); Annette Zimmer: Verbände als Dienstleister und Träger öffentlicher Aufgaben (393-412); Ursula Bazant, Klaus Schubert: Verbände in Politiknetzwerken (413-438); Theo Schiller: Verbände und Parteien (439-464); Gerhard Vowe: Das Spannungsfeld von Verbänden und Medien: Mehr als öffentlicher Druck und politischer Einfluss(465-488); Martin Sebaldt: Verbände im Transformationsprozess Ostdeutschlands (489-512); Rainer Eising: Nationale

Verbände und soziale Bewegungen in Europa (513-538); Lars Holtkamp, Jörg Bogumil: Verbände auf kommunaler Ebene (539-562).

[625-L] Winter, Thomas von:
Asymmetrien der verbandlichen Interessenvermittlung, in: Ralf Kleinfeld, Annette Zimmer, Ulrich Willems (Hrsg.): Lobbying : Strukturen, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 217-239, ISBN: 978-3-8100-3961-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/1417)

INHALT: "Der Beitrag hinterfragt kritisch, ob man aufgrund der deutlichen Zunahme der Vertretung sog. schwacher sowie schwer zu organisierender Interessen von einem Abflachen der Asymmetrien in der verbandlichen Interessenvertretung sprechen kann. Stimmt es, dass gerade im Vergleich zu Wirtschaftsinteressen Anliegen sozial Schwacher, Probleme der Umwelt oder auch die nachfolgender Generationen heute stärker zu Wort kommen und auch berücksichtigt werden? Rein von der numerischen Existenz zahlreicher Interessengruppen, NGO- und NPO-Vertreter, so von Winter, sollte man nicht auf ihre politische Schlagkraft schließen. Nach wie vor verfügen Wirtschaftsverbände über die größeren Ressourcenpotentiale und insofern auch über strategische Vorteile im 'Powerplay' der Interessenvertretung. Hinzu kommt, dass korporatistische Strukturen nicht selten zur Entstehung von 'exklusiven Verhandlungszirkeln' führen, zu denen nur kleine Gruppen von Interessenvertretern von Seiten der Politik zugelassen werden. Exemplarisch zeigt von Winter am Beispiel der Sozialverbände, dass der bundesdeutsche Korporatismus auch zu einer ausgeprägten Segmentierung im Sinne einer Abschottung der verschiedenen Politikbereiche führt, und insofern gerade für neue Interessengruppen nur äußerst schwer zugänglich ist. So komme es nur sehr begrenzt zu einem Abbau der asymmetrischen Interessenvertretungsstruktur. Zu deren Überwindung ist nach von Winter daher staatliches Handeln im Sinne gezielter Förder- und Öffnungspolitik und insbesondere ihre Einbeziehung in den Implementationsprozess gefragt." (Autorenreferat)

[626-L] Wohlfahrt, Norbert:
Neue Sozialstaatlichkeit und bürgerschaftliches Engagement, in: Thomas Möltgen (Hrsg.): Ehrenamt - Qualität und Chance für die soziale Arbeit : Reader zur Sommeruniversität Ehrenamt 2006 Köln, Kevelaer: Butzon u. Bercker, 2006, S. 197-210, ISBN: 978-3-7666-0802-4 (Standort: SLUB Dresden(14)-DS6500M693E3)

INHALT: Der Verfasser analysiert die Ziele der sozialstaatlichen Modernisierung und die Folgen der sozialstaatlichen Entwicklung. Es wird der Frage nachgegangen, ob Bürgerengagement mehr soziale Ungleichheit schafft. Es wird gezeigt, dass der Umbau des Sozialstaats nach dem Motte 'Vom Leistungs- zur Gewährleistungsstaat' sich als ein Abbau der etablierten Leistungstiefe erweist und lässt Versorgungslücken entstehen. Diese rückzugsbedingten Versorgungslücken sollen durch professionellere Anbieter und immer effizienter werdende Leistungserbringung kompensiert werden. Aber auch die Aktivierung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement soll dazu beitragen, dass angesichts des Sozialstaatsabbaus sich auftuende Versorgungsdefizite und -lücken geschlossen werden können. Die aktivierten informellen Unterstützungsnetzwerke der Zivilgesellschaft sollen als Teil der staatlich organisierten und gesteuerten Leistungskette operieren und mit der professionellen Leistungserbringung vernetzt werden, damit die Leistungstiefe sozialstaatlichen Handelns (scheinbar) erhalten bleibt. Die Architektur des neuen Sozialstaats wird durch diese Forderungen und Entwick-

lungen nicht nur komplexer, sondern gleichzeitig auch instabil und widersprüchlich. Die politische Vision, durch Markt und Zivilgesellschaft den Sozialstaat retten zu können und als 'Vorsorgestaat' bzw. sozialen Investitionsstaat neu erfinden zu können, erweist sich als Illusion. Es wird die These vertreten, dass die Wohlfahrtsverbände ihr bislang dominierendes Konzept der Sozialpartnerschaft mit dem Staat kritisch überdenken und versuchen sollen, ihre verbandliche Identität zu schärfen. Wenn es ihnen gelingt, ihre Partikularität (wieder) sichtbar zu machen, dann steigen auch die Chancen einer stärkeren Verklammerung mit ihren soziokulturellen Milieus und damit mit der entscheidenden Grundlage, aus der sich das freiwillige Engagement von Menschen speist. (ICG2)

[627-L] Zimmer, Annette; Behr, Markus; Vilain, Michael:
Ausbildungsangebote für den Dritten Sektor, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 2, S. 126-133

INHALT: "Gemeinnützige Organisationen befinden sich weltweit auf Wachstumskurs und sind daher mit gestiegenen Erwartungen an ihre Effizienz und ihr Leistungsspektrum konfrontiert. Als zivilgesellschaftliche Organisationen werden sie mit Blick auf Dienstleistungsqualität, auf Transparenz und Accountability zunehmend an For-Profit-Organisationen gemessen. Auf diese veränderten Kontexte beginnt sich das Aus- und Weiterbildungssystem einzustellen. Pionierland im Bereich der Ausbildung des Personals von Non-Profit-Organisationen (NPO) sind die USA. Nach einem Blick auf die NPO-Ausbildungssituation in den USA wird die Bedeutung des Dritten Sektors als Arbeitsmarkt in Deutschland skizziert und anhand ausgewählter Fallbeispiele fünf Modelle vorgestellt, welche die Aus- und Weiterbildungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Engagierte hierzulande widerspiegeln. Bei diesen Modellen handelt es sich um NPO-Ausbildung (1) mit bereichsspezifischer Orientierung im Kontext von Fachhochschulen für Sozialarbeit, (2) im Kontext der Wirtschaftswissenschaften, (3) in Verbindung mit einem NPO-bezogenen Forschungs- und Beratungszentrum, um (4) bereichs- und milieuspezifische Weiterbildung ohne Hochschulanbindung sowie um (5) Angebote mit der Zielgruppe ehrenamtlicher bzw. freiwilliger MitarbeiterInnen. Erforderlich sind einheitliche Qualitätsstandards und eine Diskussion um ein 'Kerncurriculum', wie sie in den USA bereits stattfindet." (Autorenreferat)

[628-L] Zimmer, Annette; Hallmann, Thorsten:
Nonprofit-Sektor, Zivilgesellschaft und Sozialkapital: drei Perspektiven auf den sozialen Raum zwischen Staat, Markt und Privatsphäre, in: Ulrich Hatzfeld, Franz Pesch (Hrsg.): Stadt und Bürger, Darmstadt: Verl. Das Beispiel, 2006, S. 86-89, ISBN: 978-3-939486-22-0 (Standort: UB Trier(385)-45MB/g67109)

INHALT: Der Beitrag stellt drei Ansätze vor, die die Rolle von gemeinnützigen Organisationen, Verbänden und Netzwerken auf unterschiedliche Weise konzeptionell erfassen wollen: den Nonprofit- oder Dritter Sektor-Ansatz, die Zivilgesellschaftsdebatte und die Sozialkapital-Theorie. Da jeder dieser drei Ansätze eine andere Perspektive wählt (Individuum, Organisation, Gesellschaft) und spezifische "blinde Flecken" aufweist, plädiert er für eine Zusammenschau aller drei Ansätze, um Potenziale, Funktionen und Leistungen bürgerschaftlicher Assoziationen und Aktivitäten adäquat erfassen zu können. (ICE2)

[629-L] Zimmer, Annette:
Verbände als Dienstleister und Träger öffentlicher Aufgaben, in: Thomas von Winter, Ulrich Willems (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 393-412, ISBN: 978-3-531-14589-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4601)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass von der Politikwissenschaft zu Unrecht der Aspekt der Verbandstätigkeit meist ausgeblendet wird, dass in einem erheblichen Ausmaß Verbände auch als Produzenten von Gütern und Leistungen tätig sind. Zudem übernehmen sie als Dienstleister in einem beachtlichen Umfang öffentliche Aufgaben, die von Seiten des Staates an gemeinnützige bzw. Nonprofit-Organisationen herangetragen und delegiert werden. Gelingt es Verbänden nicht, ihre Mitgliedschaft bei der 'Stange zu halten' und sozial einzubetten, so verlieren sie mittelfristig nicht nur an Legitimation, sondern auch an politischem Durchsetzungsvermögen und an Schlagkraft, da ihnen die 'Stammkunden' verloren gehen. Der Autor nimmt eine betriebswirtschaftlich-ökonomische sowie eine soziologisch-integratorische Perspektive ein und betrachtet Verbände vorrangig als Dienstleister für ihre Mitglieder und/oder die allgemeine Öffentlichkeit sowie als Träger von öffentlichen Aufgaben und damit als Partner des Staates bei der Wohlfahrtsproduktion. Es wird eine begriffliche Klärung vorgenommen und Unterschiede wie Gemeinsamkeiten in der Rede von Verband, Verein, Nonprofit-Organisation (NPO), Non-Governmental-Organisation (NGO) sowie Dritte-Sektor-Organisation erläutert. Daran anschließend wird deutlich gemacht, dass es sich bei Verbänden und ihren Mitgliederorganisationen um multifunktionale Organisationen handelt. Unter Rekurs auf die Ergebnisse der Deutschlandstudie des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project wird ein Eindruck davon vermittelt, über welches ökonomische Potenzial Verbände bzw. Nonprofit-Organisationen in Deutschland verfügen. Vor diesem Hintergrund werden jene theoretischen Ansätze vorgestellt, die aus mikroökonomischer, funktionalistischer sowie neoinstitutionalistischer Sicht erklären, warum Verbände als Dienstleister am Markt sowie als Träger öffentlicher Aufgaben tätig sind. Zum Schluss werden die Managementprobleme und -schwierigkeiten zur Diskussion gestellt, die sich aufgrund des multiplen Aufgaben- und Tätigkeitsspektrums von Verbänden ergeben. (ICG2)

11 Sozialpolitik in der Europäischen Union

[630-F] Alda, Holger, Dr.; Bartelheimer, Peter, Dr. (Bearbeitung); Bonvin, Jean-Michel; Kädtler, Jürgen, Priv.Doz. Dr. (Leitung):
Resources, rights and capabilities: in search of social foundations for Europe (CAPRIGHT)

INHALT: Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Verbundprojekt, an dem zweiundzwanzig Institute aus dreizehn europäischen Ländern beteiligt sind. Dieser Verbund schließt thematisch an das in den Jahren 2003 bis 2005 unter Beteiligung des SOFI durchgeführte Verbundvorhaben EUROCAP sowie an ein parallel dazu realisiertes zu Ressourcenregimen an (RESORE). Der Verbund wird von der Europäischen Union im Rahmen ihres 7. Forschungsrahmenprogramms gefördert. Der neue Verbund untersucht Zusammenhänge zwischen der Arbeitsmärkten, Beschäftigungsverhältnissen und Wohlfahrtsregimen unter der Fragestellung, über welche Freiheiten im Sinne realer Entfaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume unterschiedliche Individuen in diesen Erwerbsgesellschaften verfügen (können) und welche

Bedingungen und Voraussetzungen dabei fördernd oder hemmend im Spiel sind. Im Zusammenhang mit der Lissabonstrategie der Europäischen Union und dem damit verbundenen Streben nach einer dynamischen, wirtschaftlich florierenden "Wissensgesellschaft" geht es dabei insbesondere darum, wie wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeitsvorstellungen positiv mit einander verknüpft werden können. Drei Themenkomplexe stehen dabei im Zentrum der empirischen Untersuchungen: der Zusammenhang zwischen Geschlecht, Handlungsmöglichkeiten und Entfaltungschancen; berufliche Aus- und Weiterbildungsstrukturen und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten; Restrukturierungen im Bereich der Erwerbsarbeit, ihre Konsequenzen für Beschäftigte wie deren Möglichkeiten, Einfluss auf die betreffenden Entwicklungen zu nehmen. Bei der Untersuchung dieser Zusammenhänge kommen unterschiedliche sozialwissenschaftliche Disziplinen zum Tragen: Soziologie, Politische Wissenschaft, Anthropologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften und Philosophie. Disziplinübergreifend kommen dabei zwei komplementäre Forschungsperspektiven zum Tragen: eine von Amartya Sens Capabilities-Konzept inspirierte Perspektive auf individuelle Verwirklichungschancen, und ein von der Ebene gesellschaftlicher Institutionen her gedachter Ansatz, der auf Ressourcenregime abstellt. An dem Projekt sind zweiundzwanzig Partner aus elf europäischen Ländern beteiligt. Die Koordination liegt - wie bereits bei einem Vorgängerverbund - bei Robert Salais von der ENS Cachan. (S.a. http://www.capright.eu). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bonvin, Jean-Michel: La démocratie dans l'approche d'Amartya Sen. in: L'économie politique, 2005, n 27, 24-37.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: What informational basis for assessing job-seekers? Capabilities vs. preferences. in: Review of Social Economy, vol. LXIII, 2005, n 2, pp. 269-290.+++Bonvin, Jean-Michel; Moachon, E.: Les métamorphoses de l'institution à l'âge de la négociation. in: Négociations, 2005, 1, pp. 44-56.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Occupabilità e capability: il ruolo delle agenzie locali nell'attuazione delle politiche sociali: occupabilità e capability. in: Rivista delle Politiche Sociali, 2005, 1, pp. 47-78.+++Bonvin, Jean-Michel; Dean, H.; Farvaque, N.; Vielle, P.: Developing rights and capabilities in welfare-to-work policies. in: European Societies, 2005, 1, pp. 4-26.+++Bonvin, Jean-Michel; Badan, Ph.; Moachon, E.: Le rôle des acteurs locaux dans les nouvelles politiques de l'emploi. in: Revue suisse de sociologie, 2004, 3, pp. 381-396.+++Bonvin, Jean-Michel: Sortir de l'homo oeconomicus: la voie anthropologique d'Amartya Sen. in: Finance & the Common Good/ Bien commun, 2005, n 22, pp. 72-80.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Social opportunities and individual responsibility: the capability approach and the third way. in: Ethique économique, 2005, 1, pp. 1-23.+++Bonvin, Jean-Michel: Le partenariat social peut-il survivre à la flexibilité? In: AGEFI, Supplément "Entreprises", mars 2004, p. 62-64.+++Bonvin, Jean-Michel; Badan, Ph.; Moachon, E.; Thelen, L.: Protection sociale et marché du travail en transition. Une approche en termes de capabilités. in: Dang, A.; Outin, J.L.; Zajdela, H. (dir.): Défis et mutations des relations emploi-protection sociale. Paris, Ed. du CNRS 2006.+++Bonvin, Jean-Michel: Assessing the European social model against the capability approach. in: Jepsen, M.; Serrano, A. (eds): Unravelling the European Social Model. Cambridge: Polity Pr. 2006.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Promoting capability for work: the role of local actors. in: Deneulin, S.; et al. (eds): The capability approach. Towards structural transformations. Dordrecht, Springer 2006, pp. 121-43.+++Bonvin, Jean-Michel; Moachon, E.: L'activation et son potentiel de subversion de l'Etat social. in: Vielle, P.; Pochet, Ph.; Cassiers, I. (eds): L'Etat social actif. Bruxelles, PIE Lang 2005, pp. 62-92.+++Bonvin, Jean-Michel; Schoenenberger, A.: Etat-providence et liberté individuelle, les coordonnées du débat. in: Nollert, M.; Scholtz, H. (eds): Wirtschaft in soziologischer Perspektive. Diskurs und empirische Analysen. Münster:

LIT Verl. 2004, pp. 211-26.+++Bonvin, Jean-Michel: The rhetoric of activation and its effects on the definition of the target groups of social integration policies. in: Serrano Pascual, A. (ed): Are activation policies converging in Europe? The European employment strategy for young people". Brussels: ETUI 2004, pp. 101-27.+++Bonvin, Jean-Michel: A capability approach to individualised and tailor-made activation. in: Berkel, R. van; Valkenburg, B.: Making it personal". Bristol: Policy Pr. 2007 (forthcoming). *ARBEITSPAPIERE:* Bonvin, J.-M.: Régulation de l'emploi et du marché du travail, une approche en termes de capabilités. Conférence à l'Ecole des relations industrielles de l'Univ. de Montréal, 16 février 2006. +++Bonvin, J.-M.: Market-like practices in public institutions. The case of activation policies in Switzerland. Paper presented at the EGOS conference, Bergen, July 2006.+++Bonvin, J.-M.: Employment and labour market regulation. A capability approach. Papier présenté à l'occasion de l'atelier "Sozioökonomische Berichterstattung", Univ. Göttingen, 22 février 2006. +++Bonvin, J.-M.: Corporate social responsibility in Switzerland. The case of the metal sector. Papier présenté à la conférence "Corporate Governance and Corporate Social Responsibility", Osaka (Japon), 30 janvier 2006.+++Bonvin, J.-M.: Toward a European politics of capabilities. The role of local agencies in implementing social policies. Conférence présentée à l'Univ. de Milan La Bicocca, 17 mars 2005 (invitation).+++Bonvin, J.-M.: Restructurations d'entreprise et droits des travailleurs. Le cas de l'industrie métallurgique en Suisse. Conférence présentée à l'IRES, Paris, 30 juin 2005.+++Bonvin, J.-M.: La sécurité sociale au service de la responsabilisation des individus? Des situations nationales contrastées. Conférence plénière à l'occasion des 19e Journées d'Etudes Juridiques Jean Dabin, Louvain-la-Neuve, 15 décembre 2005.+++Bonvin, J.-M.: La responsabilité sociale des entreprises en Suisse: discours et pratiques. Papier présenté au module "sociologie économique" du congrès de la Société suisse de sociologie, Saint-Gall, 7 octobre 2005.+++Bonvin, J.-M.: La métamorphose des institutions à l'âge de la négociation. Papier présenté à la Conférence Négocia, Chambre du commerce et de l'industrie, Paris, 17 novembre 2005.+++ Bonvin, J.-M.: Entreprise et responsabilité sociale: enjeux et défis. Papier présenté à la 4ème Rencontre "Finance, éthique et responsabilité", Château de Bossey, 30 septembre 2005.+++Bonvin, J.-M.: Employabilité, capabilités et développement des compétences. Papier présenté à l'Université de Grenoble dans le cadre du Master en sciences de l'éducation "Formation, emploi et compétence", Grenoble, 28 janvier 2005 (invitation).+++Bonvin, J.-M.: Comparing OECD and EU activation strategies. Papier présenté lors de l'atelier "European Employment Strategy and Austria", Arbeiterkammer, Wien, 16 novembre 2005 (invitation).+++Bonvin, J.-M.: Capability for voice and deliberative democracy. Contribution à la conférence de l'HDCA, Paris, 13 septembre 2005.+++Bonvin, J.-M.: Assessing the European social model against the capability approach. Contribution plénière à la conférence "Arbeitsmarktpolitik in Europa", Arbeiterkammer Wien, 15 novembre 2005 (invitation).+++Bonvin, J.-M.; Farvaque, N.: What informational basis for assessing job-seekers, capabilities vs. preferences. Paper presented at the "Capabilities and Happiness" Workshop, Cambridge, 19 March 2004.+++Bonvin, J.-M.; Dean, H.; Farvaque, N.: Developing capabilities and rights in welfare-to-work policies. Paper presented at the final COSTa15 Conference, Nantes, 22 May 2004.+++Bonvin, J.-M.: The local dimension in labour market policies: Promoting autonomy or enforcing compliance? Paper presented at the 2nd ESPANET Conference, Oxford, 9-11 September 2004.+++Bonvin, J.-M.: Social and individual security, opportunities and responsibility. The capability approach and the Third Way. Paper presented at the 4th Conference of the Capability Approach, Pavie, 5-7 September 2004.+++Bonvin, J.-M.: Politiques locales de l'emploi en Suisse. Papier présenté à l'Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique (IWEPS), Namur, 17 décembre 2004 (invitation).+++For further information: http://www.sidos.ch .

ART: *BEGINN:* 2006-03 *ENDE:* 2010-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Union

INSTITUTION: Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. -SOFI- (Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen); Haute école de travail sociale et de la santé -EESP- (Chemin des Abeilles 14, 1010 Lausanne, Schweiz)

KONTAKT: Kädtler, Jürgen (Dr. e-mail: juergen.kaedtler@sofi.uni-goettingen.de); Bonvin, Jean-Michel (e-mail: jmbonvin@eesp.ch)

[631-L] Anderson, Karen:
Promise and perils: multipillar pension systems can at times be vulnerable, in: WZB-Mitteilungen, 2007, H. 117, S. 27-30 (Standort: USB Köln(38)-XA1592; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.wzb.eu/publikation/pdf/wm117/27-30.pdf)

INHALT: Neben der gesetzlichen Rentenversicherung sind die betriebliche und die private Altersvorsorge weitere Pfeiler der Alterssicherung. Der Beitrag gibt einen Überblick über die - gesetzlich vorgeschriebene - betriebliche Rentenversicherung in der Schweiz und die quasi-gesetzlichen betrieblichen Versicherungssysteme in Dänemark und den Niederlanden. Trotz strikter staatlicher Überwachung zeigen sich hier Probleme. Die negative Entwicklung am Aktienmarkt in den Jahren 2000 und 2001 hat in Dänemark, in der Schweiz und in den Niederlanden zu einer beträchtlichen Schwächung der zweiten Säule der Altervorsorge geführt. (ICE)

[632-L] Andersson, Gunnar; Scott, Kirk:
Childbearing dynamics of couples in a universalistic welfare state: the role of labor-market status, country of origin, and gender, (MPIDR Working Paper, 2007-016), Rostock 2007, 33 S. (Graue Literatur; URL: http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2007-016.pdf)

INHALT: "In this paper, we provide a study of childbearing dynamics by the labor-market status of co-residing one- and two-child parents in Sweden. We apply event-history techniques to longitudinal register data on life histories of foreign-born mothers from ten different countries and the partners to these women as well as a sample of Swedish-born mothers and their partners. Our context is a universalistic welfare state geared towards gender and social equality where formal social rights largely are independent of a person's civil status, citizenship, and country of origin. We investigate to what extent the associations of parents' labor-market status with childbearing in Sweden differ between women and men and by country of origin. We find that patterns of association are fairly similar on both these personal dimensions. As measured by the way labor-market activity of parents is related to their subsequent childbearing behavior, we find striking evidence of equality by gender as well as some evidence of integration of immigrants into the dynamics of Swedish society." (author's abstract)

[633-L] Baer, Susanne:
Gleichheit und Vielfalt in Europa: kontextualisierte Perspektiven, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, 2007, H. 1, S. 57-66

INHALT: Der Beitrag unterzieht die unterschiedlichen Gleichstellungskonzepte und Gleichstellungspolitiken einem Vergleich auf europäischer Ebene und skizziert forschungsstrategisch warum und in welcher Weise mehr vergleichende und transdisziplinäre Forschung einen Gewinn für die Analyse von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken darstellt. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass sich die Frage nach den Erfolgsbedingungen von Gleichstellungsvorgaben, nach Instrumenten und Strategien, aber auch nach den Wirkungen von Gleichstellungspolitik nur komparativ in einer Kombination von feministischer Politikwissenschaft und Kenntnissen der rechtlichen Fundierung von Gleichstellungspolitik beantworten lassen. Einzelaspekte von Gleichstellungspolitiken aus politik-, sozial- und rechtswissenschaftlicher europäischer Perspektive werden in einem europäischen Nord-West-Vergleich (Gegenüberstellung des staatsorientierten Modells der skandinavischen Länder und des marktorientierten westeuropäischen Modells) und einem inner-nordischen Vergleich (Schweden, Finnland) erläutert. Voraussetzung für eine erfolgreiche komparative europäische Forschung zur Gleichstellungspolitik sind die Orientierung auf Gender als einer grundlegenden Kategorie sozialer, kultureller und konzeptioneller Annahmen und auf den Zusammenhang zwischen Gender und anderen kategorialen Zuschreibungen wie Intersektionalität und Interdependenzen. (IAB)

[634-L] Bähr, Holger; Treib, Oliver; Falkner, Gerda:
Von Hierarchie zu Kooperation?: zur Entwicklung von Governance-Formen in zwei regulativen Politikfeldern der EU, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2007, H. 40, S. 92-115 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Hierarchie und Kooperation stellen im Mehrebenensystem der Europäischen Union (EU) zentrale Modi der Governance dar, die Arten von Koordination und Steuerung der Mitgliedstaaten durch die EU beschreiben. In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich die Modi der Governance in zwei regulativen Politikfeldern der EU, der Umweltpolitik und der Sozialpolitik, während der vergangenen Jahrzehnte verändert haben und welche Ursachen diese Veränderungen haben. Als Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Politikfeldern diskutieren wir politikfeldspezifische Ausprägungen der folgenden Faktoren: Entscheidungs- und Zugangsregeln, die Art der Regulierung, die institutionelle Verwurzelung nationaler Politiktraditionen und die Akzeptanz europäischer Regulierung in der nationalen Wählerschaft." (Autorenreferat)

[635-L] Becker, Jens; Joost, Angela; Hyna, Barbara:
Lernende Metropolen: Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in Berlin, Budapest, Warschau und Wien im Vergleich, (Socialia : Studienreihe Soziologische Forschungsergebnisse, Bd. 82), Hamburg: Kovac 2007, 479 S., ISBN: 978-3-8300-2628-0

INHALT: "Der europäische Integrationsprozess beeinflusst das politische Handeln auf allen Ebenen: national, regional und metropolitan. Was die großen Städte angeht, liegt der Fokus der bisherigen sozialwissenschaftlichen und kulturgeographischen Forschung häufig auf ihren Strukturen und Wettbewerbsbeziehungen. Im Gegensatz dazu zeigt die vorliegende Studie, dass metropolitane bzw. transmetropolitane Interaktionen in den 1990er Jahren wesentlich vielschichtiger sind. Sie weisen Kooperationen, Kommunikationen, Lern- und Vernetzungs-

prozesse auf, die sich aus Denationalisierung, Globalisierung und Europäisierung ergeben. Die verschiedenen Beziehungsebenen zwischen städtischen, nationalen und NGO-Akteuren untersuchen die Autorinnen und Autoren am Beispiel der Arbeitsmarkt-, der Emigrations- und der 'Stadtaußen'politiken in den vier Metropolen Berlin, Wien, Warschau und Budapest. Als eine der ersten sozialwissenschaftlichen Metropolenstudien geht die vorliegende Studie darauf ein, wie Städte bei der Problemlösungssuche grenzüberschreitend zusammen arbeiten und wie Wissenstransfer und Lernerfahrungen eigene Dynamiken entfalten. Im Mittelpunkt stehen Kommunikations-, Kooperations-, Lern- und Vernetzungsprozesse, die sich aus Globalisierung und Europäisierung ergeben und die Arbeitsmarkt-, Integrations- und 'Stadtaußen'-Politiken Berlins, Budapests,Warschaus und Wiens prägen." (Textauszug).

[636-L] Becker, Peter:
Beschäftigungs- und Sozialpolitik, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 145-150, ISBN: 978-3-8329-2447-8 (Standort: FHB Gelsenkirchen(1010)-PQZ48-2006)

INHALT: Der Beitrag zur EU-Innenpolitik im Zuge des europäischen Integrationsprozesses 2005/2006 befasst sich mit der Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) die Lissabon-Strategie, (2) die beschäftigungspolitischen Zielsetzungen und ihre Umsetzung sowie (3) die Modernisierung der Sozialsysteme. Der Begriff des Europäischen Sozialmodells steht seit den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden immer stärker im Mittelpunkt der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik. Zu einem Schlüsselbegriff in den Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit der europäischen Sozialstaatsmodelle hat sich der Begriff der Flexicurity entwickelt. Mit diesem Begriff verbindet sich eine Politik, die erhöhte Flexibilität auf den Arbeitsmärkten mit sozialer Sicherheit der Arbeitnehmer kombiniert. Insgesamt zeigt sich aber, dass sich die angestrebten Beschäftigungsziele in weiter Ferne befinden und auch bei der Armutsbekämpfung keine nennenswerte Verbesserung der Situation feststellbar ist. (ICG2)

[637-L] Becker, Uwe:
The Scandinavian model: still an example for Europe?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2007, H. 4, S. 41-57 (URL: http://www.fes.de/ipg/2007/4/05_Becker_US.pdf)

INHALT: "While other countries fell into a period of stagnation, Scandinavia showed robust growth, maintained its welfare state, and found its way back to high employment. What is distinctive about the Scandinavian countries is their social democratic tradition and corporatism that brought about the active welfare state, at the center of which stands employment stimulation and job creation, particularly in the public sector. In recent years this welfare system has once more been combined with competitiveness." (author's abstract)

[638-L] Bernhard, Stefan:
Das europäische Exklusionsparadigma: legitimierte und legitimierende Dynamiken der Offenen Koordinierungsmethode, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 53/2007, H. 4, S. 341-364 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der vorliegende Artikel hinterfragt die weit verbreitete Annahme, dass die Offene Koordinierungsmethode ausschließlich mehr oder weniger erfolgreiches dezentrales Politiklernen zwischen Mitgliedsstaaten inspiriert. Es wird die These aufgestellt, dass freiwillige Politikkoordinierung als Infrastruktur für die Diffusion von Paradigmen richtiger Politik fungiert. Am Beispiel der Koordinierung nationaler Armuts- und Ausgrenzungspolitiken wird gezeigt, wie sich im Zuge der transnationalen Zusammenarbeit ein europäisches Exklusionsparadigma um die Dimension der Beschäftigung herausgebildet hat, das im Zuge der Reform der Lissabon-Strategie schärfer konturiert und zugleich den ökonomischen Zielen von Wachstum und Beschäftigung untergeordnet wird. Der legitimierte Prozess des Politiklernens wird so durch einen legitimierenden Prozess der Paradigmendiffusion flankiert." (Autorenreferat).

[639-L] Biffl, Gudrun:
The employment of women in the European Union, (WIFO Working Papers, No. 297), Wien 2007, 24 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_297$.PDF)

INHALT: "The increasing employment of women in Europe is not only a result of economic restructuring, but also a consequence of changing family structures, changing expectations, changing wage determination mechanisms and increasing urbanisation. Many of the services which have been outsourced from the household sector to the market sector tend to remain almost exclusively a female employment domain. Thus, the areas of production that constitute the domain of female work in traditional societies remain the same in the developed industrial societies; only the degree of marketisation differs. The extent to which domestic work is outsourced depends upon the welfare model. Thus, it is a different set of taxes, transfer payments and public services in the various models which impacts on the relative efficiency and direct and indirect costs of goods and services which can be produced in the household or the market sector. Different institutional settings impact on the opportunity cost of domestic work and/or the shadow price of the domestic good or service, resulting in a divergence of the employment rate of women between the various models in the EU." (author's abstract)

[640-L] Börsch-Supan, Axel:
European welfare state regimes and their generosity towards the elderly, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 128), Mannheim 2007, 29 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_128-07.pdf)

INHALT: "The paper examines the generosity of the European welfare state towards the elderly. It shows how various dimensions of the welfare regimes have changed during the recent 10-15 years and how this evolution was related to the process of economic integration. Dimensions include general generosity towards the elderly and more specifically generosity towards early retirement and generosity towards the poor. Using aggregate data (EUROSTAT, OECD) as well as individual data (SHARE, the new Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe), the paper looks at the statistical correlations among those types of system generosity and actual policy outcomes, such as unemployment and poverty rates among the young and the elderly, and the inequality in wealth, income and consumption. While the pa-

per is largely descriptive, we also try to understand which economic and political forces drive social expenditures for the elderly in the European Union and whether spending for the elderly crowds out spending for the young." (author's abstract)

[641-L] Brie, André:
Die Linke und Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 8, S. 985-994 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit der aktuellen Krise der europäischen Integration und Einigung auseinander und zeigt, dass sie ernster und tiefer als je zuvor ist. Sie hat strukturelle Ursachen. Desintegration, Renationalisierung, die Rückentwicklung zu einer bloßen Freihandelszone sind trotz der weit fortgeschrittenen supranationalen Momente des bisherigen Integrationsprozesses keine Unmöglichkeit mehr. Es wird argumentiert, dass eine Orientierung auf den Sozialstaat nicht einfach die Gleichwertigkeit von Sozial- und Wirtschaftspolitik bedeutet, sondern ein prinzipiell anderes Herangehen impliziert. Mit seiner gesamten Politik, einschließlich der Wirtschafts- und Währungspolitik, werden Staat und EU auf sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit sowie eine solidarische Entwicklung der Union verpflichtet. Wer in Staaten wie Deutschland oder Frankreich um die Neugewinnung des Sozialstaats kämpft, muss die europäische Integration als entscheidenden Raum dieses Kampfes berücksichtigen und annehmen. Demokratisierung der Europäischen Union, sozialer Zusammenhalt, soziale Sicherheit und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele und ihr integraler Bestandteil zugleich sein. (ICG2)

[642-F] Buchkremer, Jenny, Dipl.-Soz.; Zirra, Sascha, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Heidenreich, Martin, Prof.Dr. (Leitung):
Die Offene Methode der Koordinierung. Ein Weg zur Modernisierung nationaler Beschäftigungs- und Sozialpolitiken?

INHALT: Wesentliche Rahmenbedingungen einer europäischen Sozialpolitik sind der Vorrang wirtschaftlicher Integrationsprojekte, die Mehrebenenstruktur der EU und die Vielfalt der wohlfahrtsstaatlichen Systeme in Europa. Eine europaweit einheitliche Sozialpolitik ist daher weder möglich noch wünschenswert. Durch die Osterweiterung, die stärkere Öffnung nationaler Wirtschaftsräume und die politische Vertiefung der EU steigen allerdings die Anforderungen an eine koordinierte Modernisierung der nationalen Systeme sozialer Sicherung. Hierzu kann die offene Methode der Koordinierung (OMK) einen Beitrag leisten. In der Diskussion werden zahlreiche mögliche Vorteile dieses Verfahrens hervorgehoben: Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure, die verbesserte Abstimmung zwischen regionalen, nationalen und europäischen Akteuren, die Chance wechselseitigen Lernens trotz Berücksichtigung der nationaler Vielfalt. Empirisch wurde dies bisher jedoch noch kaum überprüft. In dem laufenden Projekt soll diese Lücke durch die empirische Untersuchung der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der Eingliederungspolitik in Italien, Frankreich und Deutschland geschlossen werden. Hierbei soll die These überprüft werden, dass die OMK trotz der Beharrungsmomente nationaler Ordnungen - die in den betrachteten konservativen Wohlfahrtsstaaten besonders ausgeprägt sind - einen Beitrag zur pfadabhängigen Modernisierung nationaler

Beschäftigungs- und Sozialpolitiken leisten kann. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Brüssel

METHODE: Insgesamt sind somit vier Arbeitspakete abzuarbeiten: 1. Im Rahmen des ersten Arbeitspakets soll der Beitrag der Offenen Methode der Koordinierung zur Europäisierung der nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitiken auf allgemeiner Ebene analysiert werden. Auf Grundlage einer zusammenfassenden Auswertung der empirischen Untersuchungen soll ein Beitrag zur Debatte um die Europäisierung nationaler Regulationsstrukturen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik geleistet werden. 2. Im Rahmen des zweiten Arbeitspakets sollen die italienischen, deutschen und französischen Beschäftigungs- und Sozialschutzordnungen rekonstruiert werden, um die Eigenlogiken dieser nationaler Ordnungen und die damit einhergehenden Pfadabhängigkeiten zu rekonstruieren. 3. Im Rahmen des dritten Arbeitspakets soll die Implementierung der OMK Beschäftigung und Sozialschutz in Italien, Frankreich und Deutschland untersucht werden. Herausgearbeitet werden soll, welche Akteure mit welchen Zielen und Strategien an der Erarbeitung der nationalen Aktionspläne beteiligt sind und welche Auswirkungen die Koordinierungsprozesse auf die nationalen Reformprojekte im Bereich der Beschäftigungs- und Armutspolitik haben. Als Ergebnis sollen sechs Fallstudienberichte über die Erstellung der nationalen Aktionspläne im Bereich der Sozialschutz- und Beschäftigungspolitik erarbeitet werden. 4. Im Rahmen des vierten Arbeitspakets sollen die Entwicklung der Zielvorgaben und Indikatoren, die Verhandlungen während der Erstellung des gemeinsamen Berichtes (einschließlich der Empfehlungen) und die Weiterentwicklung im Rahmen der ab 2006 geplanten Straffung auf der europäischen Ebene untersucht werden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Expertengespräche auf der nationalen und europäischen Ebene, Europäische Regulationsebene, OMK Beschäftigung: Kommission -GD Beschäftigung/ Soziales-, Ministerrat -Ständige Vertretungen der 3 Länder-, Beschäftigungsausschuss, WSA, Parlament, Ausschuss der Regionen, EGB/ UNICE, OMK Eingliederung: Kommission -GD Beschäftigung/ Soziales-, Ministerrat -Ständige Vertretungen der 3 Länder-, Ausschuss für Sozialschutz, WSA, Parlament, Ausschuss der Regionen, EGB/ UNICE, European Antipoverty Network u.a. zivilgesellschaftliche Akteure -Eurodiaconia etc.-, Nationale Regulationsebene -Italien, Frankreich, Deutschland-, OMK Beschäftigung: federführende Ministerien, interministerielle Kooperationen, Regionen/ Bundesländer, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, weitere Akteure der Zivilgesellschaft, OMK Eingliederung: federführendes Ministerien, interministerielle Kooperationen, Regionen/ Bundesländer, Wohlfahrtsverbände -Caritas etc.-, weitere Akteure der Zivilgesellschaft). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Heidenreich, Martin; Bischoff, Gabriele: The open method of coordination. A way to the Europeanization of social and employment policies? in: Journal of Common Market Studies, 2007 (in print).+++Zirra, Sascha; Buchkremer, Jenny: Learning within fields: the limited success of the European employment strategy in Germany. in: European Spatial Research and Policy, 14, 2007, 1, pp. 63-84.+++Buchkremer, Jenny; Heidenreich, Martin; Huber, Andreas; Zirra, Sascha: Das Rückgrat eines sozialen Europas. Die offene Methode der Koordinierung als europäisches Instrument zur Modernisierung nationaler Sozial- und Beschäftigungsordnungen. in: Uni.vers, 2006, 10.+++Zirra, Sascha; Buchkremer, Jenny: Transnationales Lernen in nationalen Feldern: der begrenzte Erfolg der Europäischen Beschäftigungsstrategie in Deutschland. Bamberger Beiträge zur Europaforschung und zur internationalen Politik, Nr. 9. 2006. *ARBEITSPAPIERE:* Heidenreich, Martin; Bischoff, Gabriele: Die offene Methode der Koordinierung. Ein Weg zur Europäisierung der Sozial- und Beschäftigungspolitik? Unveröffentl. Arbeitspapier. Bamberg/ Brüssel, Aug. 2004, 22 S. Download unter: http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/omk.htm .+++Zirra, Sa-

scha; Buchkremer, Jenny: Transnationales Lernen in nationalen Feldern: der begrenzte Erfolg der Europäischen Beschäftigungsstrategie in Deutschland. Bamberger Beiträge zur Europaforschung und zur internationalen Politik, Nr. 9. Bamberg: Univ., Fak. für Sozial- und Wirtschaftswiss. 2006. Unter: http://web.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/dokumente/beip9.pdf abrufbar.+++Zirra, Sascha: Impacts of the European employment strategy on domestic institutions in Germany, Italy and France. Paper presented at the Second joint Doctoral Workshop Development of Work and Welfare Reform in European Societies. ESPAnet and REC-WOWE. October 5-6, 2007. University of Hamburg.

ART: *BEGINN:* 2005-04 *ENDE:* 2007-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Oldenburg, Fak. 01 Bildungs- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Fach Soziologie Professur für Sozialstrukturanalyse der Bundesrepublik Deutschland - auch im internationalen Vergleich (Ammerländer Heerstr. 114-118, 26111 Oldenburg)

KONTAKT: Leiter (e-mail: martin.heidenreich@uni-oldenburg.de, Tel. 0441-798-4867)

[643-L] Busemeyer, Marius R.; Kellermann, Christian:
Overstretching solidarity?: trade unions' national perspectives on the European Economic and Social Model, Berlin 2007, 12 S., ISBN: 978-3-89892-744-4 (Graue Literatur;
URL: http://library.fes.de/pdf-files/id/04751.pdf)

INHALT: "Trade unions conceive the current crisis of the EU as a chance to promote a more socially balanced European Union. Economic and social objectives of trade unions touch upon all relevant fields of the European Economic and Social Model. However, regarding Europeanization, unions' perceptions and reform options differ greatly across Europe, because to most unions the national level remains the basic terrain. National welfare structures help explain similar and different positions of trade unions in the EU. Competing interests sometimes seem to overstretch trade unions' solidarity." (author's abstract)

[644-L] Chung, Heejung; Kerkhofs, Marcel; Ester, Peter:
Working time flexibility in European companies: establishment survey on working time 2004-2005, Luxembourg: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 83 S., ISBN: 978-92-897-0805-0

INHALT: "Working time arrangements can have a significant bearing on the efficiency and productivity of companies as well as the health, wellbeing and motivation of their employees. This report provides unique insight into the various working time flexibility arrangements currently in place in companies across Europe. It is based on analysing the findings of a large-scale, representative survey carried out in establishments with 10 or more employees in 21 European countries in 2004-5. The report looks at whether and how countries differ in their application of flexible working time systems. It analyses the perceived impact of such arrangements on company performance in terms of economic success and employment stability or growth." (author's abstract)

[645-F] Clemens, Conrad, M.A. (Bearbeitung); Bolle, Michael, Prof.Dr. (Betreuung):
Quo Vadis, Europäisches Sozialmodell? Die Zukunft Europäischer Sozialmodelle: eine Analyse der Bedeutung der EU-Kommission im intergouvernementalen politischen Entscheidungsprozess

INHALT: Welche sozialpolitischen Vorstellungen hat die EU-Kommission und wie würden sich diese in den Mitgliedsstaaten durchsetzen lassen? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa
METHODE: Einordnung der erforschten Präferenzen der Kommission in bestehende Kategorisierungen (Sapir, 2006, Boeri, 2002) Europäischer Sozialmodelle und anschließende Bewertung der politischen Anpassungskosten anhand eines theoretischen Entscheidungsmodells.
ART: *BEGINN:* 2007-11 *ENDE:* 2009-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Jean Monnet Centre of Excellence (Ihnestr. 56, 14195 Berlin)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0174-1736004, e-mail: c.clemens@jmc-berlin.org)

[646-L] Dienel, Christiane:
Die Betreuung älterer Familienmitglieder im europäischen Vergleich: Perspektiven einer europäischen Politik für familiäre Pflege, in: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 17/2007, H. 3, S. 281-300 (Standort: USB Köln(38)-XG07112; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bjs-digital.de/)

INHALT: "Der demografische Wandel und der steigende Anteil älterer, pflegebedürftiger Menschen in Europa erhöhen die Verantwortung der Familien für Betreuung und Care-Management. Europaweit haben sich sehr unterschiedliche Modelle der Verteilung der Verantwortung zwischen familiärer Pflege, öffentlichen und marktbasierten Angeboten herausgebildet. Die Konvergenz der demografischen Situation erhöht den Druck auf die wohlfahrtsstaatliche Unterstützung familiärer Betreuungsleistungen. Am Beispiel von Finnland, Frankreich und Italien werden unterschiedliche Pfade und Entwicklungsstufen in der Pflege illustriert." (Autorenreferat)

[647-L] Döring, Diether:
Sozialstaatsstrategie und Beschäftigung im europäischen Vergleich, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2007, 40 S., ISBN: 978-3-89892-685-0 (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04716.pdf)

INHALT: "In der vorliegenden Studie kam es insbesondere darauf an, den spezifischen Beitrag herauszuarbeiten, den Sozialpolitik bzw. der Sozialstaat in verschiedenen Ländern der Europäischen Union auf die Beschäftigungsentwicklung hat. Es geht insbesondere um die Fragen, wie die Sozialstaaten ihre sozialen Sicherungssysteme gestalten, ob und wie bestimmte Beschäftigungssegmente aus finanz- bzw. steuerpolitischer Sicht begünstigt und welche familien- und bildungspolitischen Strategien verfolgt werden, die zum Abbau von Arbeitslosigkeit führen. Die Beschaffenheit und die Art und Weise des Zusammenwirkens dieser recht unterschiedlichen Elemente wird als entscheidend dafür angesehen, wie erfolgreich Sozialpolitik für die Entwicklung der Beschäftigung in den jeweiligen Ländern ist. Das Fazit des Autors lautet: Länder wie Deutschland, Frankreich und auch Belgien haben ihren Sozialstaat weniger optimal aufgestellt als beispielsweise Dänemark, Schweden oder Großbritannien. Letztere

haben bereits seit längerer Zeit höhere Erwerbs- und damit einhergehend geringe Arbeitslosenquoten erzielt." (Textauszug)

[648-L] Döring, Diether:
Sozialstaat und Erwerbstätigkeit in Europa, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2007, H. 1, S. 89-97 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der fortschreitende Integrationsprozess hat den wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa von vielen nationalstaatlichen Schranken befreit. Im Zuge dessen geraten auch die unterschiedlichen sozialstaatlichen Ansätze Europas in einen schärferen Wettbewerb untereinander. Was sind die Kriterien für Erfolg oder Misserfolg eines bestimmten sozialstaatlichen Ansatzes in diesem Wettbewerb? In diesem Beitrag geht es um die Frage, wie möglichst förderliche Impulse für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung gesetzt werden." (Autorenreferat)

[649-F] Dupper, Ockert, Prof.; Grienberger-Zingerle, Maria; Kaufmann, Otto; Köhler, Peter; Ross, Friso; Schulte, Bernd; Sichert, Markus (Bearbeitung); Eichhorst, Werner, Dr.; Konle-Seidl, Regina, Dipl.-Wirtsch.-Päd. (Leitung):
Aktivierende Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich

INHALT: In zahlr. Ländern wurde die passive und aktive Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren einer grundlegenden Reform unterworfen. So wird heute auf interna. Ebene weniger von "aktiver Arbeitsmarktpolitik" als mehr von "aktivierender Arbeitsmarktpolitik" gesprochen. Der Begriff "Aktivierung" ist umfassender und beschränkt sich nicht allein auf die gängigen Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik, deren Effektivität und Effizienz bereits seit längerem in Zweifel gezogen wird. Stärkung der Eigenverantwortung, Befähigung zur selbständigen Anpassung an die Herausforderungen des Arbeitsmarktes und Förderung der Risikobereitschaft sind wesentliche Elemente aktivierender Arbeitsmarktpolitik, als deren Vorreiter GB, die NL, Schweden, DK und in jüngster Zeit die Schweiz gelten. Der Gedanke "bezahlter Arbeit" als primäre Grundlage sozialer Absicherung wurde wesent. stärker betont als früher, d.h. Einkommen aus Arbeit ist Einkommen aus Transferleistungen grundsätzlich vorzuziehen. Die politischen Statements "Welfare to Work" in GB, "Work, Work, Work" in den Niederlanden, "Active Line" in Dänemark und "Fördern und Fordern" in Deutschland sind zentrale Reformelemente, die darauf abzielen, die Erwerbsbeteiligung der Arbeitslosen zu erhöhen. Daraus ergaben sich Konsequenzen nicht nur für die aktive, sondern auch passive Arbeitsmarktpolitik. Rechte und Pflichten der Stellensuchenden wurden enger miteinander verzahnt, d.h. der Bezug von Lohnersatzleistungen wurde stärker als in der Vergangenheit mit Bedingungen verknüpft, wie der intensiven Arbeitssuche, der Annahme von Stellenangeboten und der Beteiligung an Trainingsmaßnahmen. Weitere Elemente dieser Politik waren der erschwerte Zugang zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die Absenkung des Niveaus der sozialen Absicherung, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und eine stringentere Sanktionspolitik der Arbeitsämter für den Fall, dass Leistungsempfänger ihren Verpflichtungen nicht nachkamen. Die Aktivierungsmaßnahmen sollten in Verbindung mit der Intensivierung der Arbeitsvermittlung das Matching auf dem Arbeitsmarkt verbessern und die Reservationslöhne der Stellensuchenden senken, was ebenfalls zu einer beschleunigten Arbeitsauf-

nahme beitragen kann. Das Projekt soll die Ausgestaltung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mehrerer Länder systematisch vergleichen. Neben einer Darstellung der Veränderungen im Recht der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderung soll die Umsetzung der Reformen in den Ländern hinweg systematisch erfasst werden (z.B. die Handhabung der Zumutbarkeitskriterien, Verhängung von Sanktionen). Gerade hier besteht noch erheb. Forschungsbedarf. Mit Hilfe der hierbei gewonnenen Informationen sollen die Wirkungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik v.a. auf Dauer des Leistungsbezugs und auf die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in Arbeit auf individueller Ebene untersucht werden. Bei der Abschätzung der Effekte ist für Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und evtl. andere Kontextbedingungen zu kontrollieren. Zu erwarten ist dass die Aktivierung je nach Einbettung in unterschiedliche Arbeitsmarktverfassungen und Wohlfahrtsstaatsregime unterschiedlich funktioniert. Im Rahmen des interna. Vergleichs ist herauszuarbeiten, unter welchen institutio. Rahmenbedingungen welche aktivierenden Maßnahmen erfolgreich sind. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass Änderungen in der Steuerungs- und Implementationsstruktur der Arbeitsmarktpolitik - etwa die Einführung von Zielsteuerung und Leistungsvergleich - nicht nur zufällig mit der Einleitung einer Aktivierungsstrategie einhergehen, sondern sich diese beiden Entwicklungen kausal bedingen. Ziel des Projektes ist ein systema. interna. Vergleich der Ausprägung, Funktionsweise und der Wirkung aktivierender Arbeitsmarktpolitik in einer Reihe systematisch ausgewählter Staaten, um darüber Aussagen über die Voraussetzungen für eine effektive Aktivierungsstrategie in der Arbeitsmarktpolitik treffen zu können. *ZEITRAUM:* 1990-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Großbritannien, Niederlande, Schweden, Dänemark, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, USA

METHODE: Das Projekt wird interdisziplinär angelegt und juristische, ökonomische und sozialwissenschaftliche Fragestellungen und Ansätze verbinden. Zentrale Fragestellungen sind die folgenden: 1. Welche Ausgestaltung aktivierender Arbeitsmarktpolitik lässt sich in den einzelnen Ländern im formalen Recht beobachten? 2. Wie werden aktivierende Arbeitsmarktpolitiken in der Praxis umgesetzt? Welche Veränderungen sind dabei in der Steuerungs- und Implementationsstruktur der Arbeitsmarktverwaltungen verbunden? 3. Wie lässt sich die Wahl unterschiedlicher Aktivierungsstrategien erklären? 4. Welche Wirkungen hat die Formulierung und Umsetzung von aktivierender Arbeitsmarktpolitik auf den Verbleib in Arbeitslosigkeit und die Integration in Beschäftigung? Inwieweit hängen die Effekte aktivierender Politik von flankierenden Reformen in anderen Politikbereichen und ökonomischen Kontextbedingungen in einem weiteren Sinne ab? Innerhalb eines einheitlichen konzeptionell-analytischen Rahmens werden die in den Vergleich einbezogenen Länder systematisch dargestellt und im Hinblick auf die untersuchungsleitenden Fragestellungen verglichen. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht durchgeführt. Es wird darüber hinaus ein Netzwerk von nationalen Experten mit juristischem, ökonomischem und sozialwissenschaftlichem Hintergrund aufgebaut, um jeweils spezifisches Wissen über die einzelnen Länder gewinnen zu können. Das Projekt wird acht Länder abdecken: Deutschland, Dänemark, Schweden, Frankreich, die Niederlande, die Schweiz, Großbritannien und die USA. Der Beobachtungszeitraum wird sich auf rund 10 Jahre erstrecken.

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg); Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Sozialrecht (Amalienstr. 33, 80799 München)

KONTAKT: Eichhorst, Werner (Dr. e-mail: eichhorst@iza.org)

[650-F] Eichenhofer, Eberhard, Univ.-Prof.Dr.Dr.iur.h.c. (Leitung):
Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Europäischen Sozialmodells

INHALT: Eberhard Eichenhofer schildert die Herausbildung des Sozialstaats in Europa, dessen Anfänge bis ins Mittelalter zurückreichen. Besonderes Augenmerk legt er auf die Frage, wie sich der Sozialstaat seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Europäischen Binnenmarkt verändert hat. Er zeigt, dass der europäische Sozialstaat inzwischen Wirklichkeit geworden ist - durch zwischenstaatliche Verflechtung der Sozialleistungssysteme, soziale Grundrechte, Beschäftigungspolitik, Kampf gegen Diskriminierungen und manches mehr. Die Vorstellungen der EU von einem aktiven, vorsorgenden Sozialstaat als Antwort auf die Herausforderungen durch die Globalisierung prägen heute die Sozialpolitik sämtlicher europäischer Staaten. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa
VERÖFFENTLICHUNGEN: Eichenhofer, Eberhard: Geschichte des Sozialstaats in Europa: von der "sozialen Frage" bis zur Globalisierung. Beck'sche Reihe, Bd. 1761. München: C.H. Beck 2007, 219 S. ISBN 978-3-406-54789-8.
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Sozialrecht und Bürgerliches Recht (07737 Jena)
KONTAKT: Institution, Sekretariat (Tel. 03641-942150, e-mail: s.bernhardt@recht.uni-jena.de)

[651-F] Erlinghagen, Marcel, Dr. (Leitung):
Beschäftigungsstabilität und Beschäftigungssicherheit in Deutschland und Europa

INHALT: In der öffentlichen ebenso wie in der wissenschaftlichen Debatte werden die Begriffe "Beschäftigungsstabilität" und "Beschäftigungssicherheit" häufig synonym verwendet. Bei näherer Betrachtung lassen sich jedoch wesentliche Differenzierungen vornehmen: Mit Beschäftigungsstabilität ist in erster Linie die Dauerhaftigkeit von Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen gemeint. Der Begriff beschreibt, wie lange Beschäftigte in einem Unternehmen verbleiben. Der Begriff der Beschäftigungssicherheit zielt dem gegenüber in erster Linie nicht auf die Dauer von Betriebsbindungen ab, sondern hat eine qualitative Ausrichtung. Dabei kann zwischen objektiver und subjektiver Beschäftigungssicherheit unterschieden werden. Die objektive Beschäftigungssicherheit bezieht sich dabei auf die Qualität von Mobilitätsprozessen auf dem Arbeitsmarkt z.B. hinsichtlich der Frage, ob Austritte aus Unternehmen eher freiwillig oder unfreiwillig erfolgen. In diesen Bereich gehören auch Fragen hinsichtlich der mit Betriebsaustritten verbundenen Einkommens- oder Statusmobilität. Die subjektive Beschäftigungssicherheit bezieht sich dem gegenüber vor allem auf das subjektive Empfinden sowohl der eigenen, individuellen Beschäftigungssituation als auch der gesamtwirtschaftlichen Lage. Das Eigenprojekt soll sowohl Fragen der Beschäftigungsstabilität als auch der Beschäftigungssicherheit berücksichtigen und knüpft an die Projekte "Restrukturierung des Arbeitsmarktes" (1999-2003) und "Arbeitsmarkt-Monitor" (2003-2005) an, die in der Abteilung Arbeitsmarkt bzw. im Forschungsschwerpunkt TRENDS durchgeführt worden sind. Die dort vorgenommenen Analysen sollen fortgeführt, ergänzt und erweitert werden. Zwar existiert eine Reihe von Untersuchungen, die sich entweder mit Beschäftigungsstabilität oder aber mit Beschäftigungssicherheit beschäftigen. Wenige Analysen versuchen auch, beide Parameter in gemeinsamen Analysen zu erfassen. Bislang existiert jedoch keine Untersuchung, die sowohl Beschäftigungsstabilität als auch Beschäftigungssicherheit in einer international vergleichenden Studie untersucht hätte. Das Projekt soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu

schließen. Denn sowohl die Beschäftigungsstabilität als auch die Beschäftigungssicherheit sind wesentliche Indikatoren für die Funktionsweise von Arbeitsmärkten. So kann die Verteilung von unabgeschlossenen Betriebszugehörigkeitsdauern etwas über die Segmentation von Arbeitsmärkten aussagen. Eine starke Ungleichverteilung lässt so möglicherweise auf stärker segmentierte Arbeitsmärkte schließen. Des Weiteren ist auch ein Zusammenhang zwischen der Betriebszugehörigkeitsdauer und der volkswirtschaftlichen Innovationsfähigkeit denkbar. Geringe sowie lange Betriebszugehörigkeitsdauern können unter Umständen Indikatoren für Innovationsschwächen darstellen, da die Verteilung von Betriebszugehörigkeitsdauern auch als Indiz für die erwerbsregimespezifische Humankapitalnutzung innerhalb von Betrieben interpretiert werden kann. Ein interessanter Punkt wird in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Stabilität und Beschäftigungssicherheit sein. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Europa

METHODE: Das Projekt verfolgt mehrere Ziele. Zum einen sollen ausgehend von der bereits existierenden Forschungsliteratur theoretische Überlegungen hinsichtlich des Zusammenhangs von Beschäftigungsstabilität, Beschäftigungssicherheit und Erwerbsregimen vorgenommen werden, die dann zu empirisch überprüfbaren Hypothesen führen sollen. Zum anderen sollen umfangreiche deskriptive Analysen durchgeführt werden. Dazu gehört die Darstellung unterschiedlicher Verteilungen von Betriebszugehörigkeitsdauern im internationalen Vergleich, wobei hierbei auch differenzierte Analysen bspw. hinsichtlich geschlechts- oder qualifikationsspezifischer Unterschiede erfolgen sollen. Ferner soll eine "Landkarte der Unsicherheit" erstellt werden, die deutlicht macht, in welchen Ländern eine besonders große Beschäftigungsunsicherheit herrscht. Darüber hinaus ist von Interesse, ob jenseits dieser möglichen Niveaunterschiede ähnliche oder unterschiedliche Beschäftigtengruppen in den jeweiligen Ländern um ihre Weiterbeschäftigung fürchten. Später sind dann noch multivariate Analysen geplant, die Aufschluss über die Ursachen der zu erwartenden Länderunterschiede geben sollen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Erlinghagen, Marcel: Job stability, mobility and labour market restructuring: evidence from German microdata. in: Management Revue, 17, 2006, pp. 372-394.+++Erlinghagen, Marcel; Mühge, Gernot: Wie kann man die Beständigkeit von Beschäftigungsverhältnissen messen? Durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer und Überlebensrate: zwei Messkonzepte im Vergleich. in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 35, 2006, S. 308-315. *ARBEITSPAPIERE:* Erlinghagen, Marcel: Länderunterschiede in der Selbstwahrnehmung der eigenen Beschäftigungsunsicherheit. Gibt es unterschiedliche europäische Kulturen der Angst? Zweite Europäische Sommeruniversität der Arbeit, Institut Arbeit und Technik, Duisburg, Universität Duisburg-Essen, 31.08.2006. Unter: http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2006/erlinghagen02.pdf abrufbar.+++Ders.: Länderunterschiede in der selbstwahrgenommenen Beschäftigungsunsicherheit. Gibt es unterschiedliche europäische Kulturen der Angst? 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Kassel, 12.10.2006.+++Ders.: National differences in self-perceived job insecurity. Are there different European cultures of fear? Annual Conference of the British Sociological Association (BSA), British Sociological Association (BSA), London, 12.04.2007.+++Ders.: National differences in self-perceived job insecurity. Are there different European "Cultures" of fear. 19th Annual Meeting on Socio-Economics, Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE), Kopenhagen, 28.06.2007.+++Ders.: National differences in self-perceived job insecurity. Are there different European "Cultures" of fear. 28th Conference of the International Working Party on Labour Market Segmentation (IWPLMS), International Working Party on Labour Market Segmentation (IWPLMS), Aix-en-Provence, 04.07.2007.+++Ders.: National differences in self-perceived job insecurity: are there different

European "Cultures" of fear. Conflict, citizenship and civil society: 8th Annual Conference of the European Sociological Association (ESA), ESA, Glasgow, 04.09.2007.+++Ders.: National differences in self-perceived job insecurity: are there different European "Cultures" of fear. Work, Employment and Society Conference 2007, Aberdeen University, Aberdeen, 13.09.2007.

ART: *BEGINN:* 2006-03 *ENDE:* 2008-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation - IAQ- Forschungsabteilung Entwicklungstrends des Erwerbssystems (45117 Essen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0209-1707-342, Fax: 0209-1707-110,
e-mail: marcel.erlinghagen@uni-due.de)

[652-F] Erthal, Claudia, Dipl.-Soz.; Schroth, Andreas, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Bussmann, Kai, Prof.Dr. (Leitung):
Auswirkungen eines gesetzlichen Verbots von Gewalt in der Erziehung im europäischen Vergleich

INHALT: Das Forschungsprojekt knüpft an ein DFG-Projekt in den 90er Jahren zum Thema "Familiale Gewalt gegen Kinder und die Ambivalenz des Rechts" an. Anhand eines Vergleichs von ausgewählten europäischen Ländern wird eine Bestandsaufnahme zum Ausmaß von Gewalt in der Erziehung beabsichtigt. Des Weiteren soll evaluiert werden, welche Effekte von einem gesetzlichen Verbot von Gewalt in der Erziehung ausgehen. Untersucht werden Wirkungen auf das Verhalten, die Einstellungen, die Kommunikation und auf das Rechtsbewusstsein sowie -wissen der Rechtsadressaten. Schweden führte 1979 als erstes Land ein Verbot von Körperstrafen in der familialen Erziehung ein, das von einer breit angelegten landesweiten Informations- und Aufklärungskampagne begleitet wurde. Seither sind dort ein Rückgang von Gewalt in der Erziehung sowie eine zunehmende Ablehnung von Körperstrafen bei Eltern und Kindern bzw. Jugendlichen zu verzeichnen. Es bleibt aber umstritten, ob bzw. wie weit diese Entwicklung auf das rechtliche Verbot zurückgeführt werden kann. Mittlerweile haben weitere europäische Länder Körperstrafenverbote implementiert, aber auch hier wurden deren Auswirkungen mit Ausnahme von Deutschland nicht untersucht. Es werden daher in mehreren europäischen Ländern repräsentative Interviews mit Eltern geführt und mit den Ergebnissen der Studien des Projektleiters in Deutschland verglichen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2009-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Juristischer Bereich, Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie (06099 Halle)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0345-55-23116, Fax: 0345-55-27070,
e-mail: bussmann@jura.uni-halle.de)

[653-L] Etxezarreta, Miren; Grahl, John; Huffschmid, Jörg; Mazier, Jacques:
EuroMemo 2004, Hamburg: VSA-Verl. 2005, 96 S., ISBN: 3-89965-130-8

INHALT: Die Lissabon-Strategie sei gescheitert. Diese Tatsache lasse sich auf einen falschen politischen Ansatz zurückführen, so das Urteil der 'Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa'. In ihrem 'EuroMemo

2004', das von fast 300 europäischen Ökonomen unterstützt wird, fordern sie eine grundlegende Reform der EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Ziel dieser Reform sollte ein spezifisches europäisches Gesellschaftsmodell als Alternative zum US-Modell sein, das auf den Kernelementen Vollbeschäftigung, soziale Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, ausgeglichene internationale Wirtschaftsbeziehungen und wirksame Entwicklungshilfe aufbaut. Ferner treten sie für Vollbeschäftigung, einen starken öffentlichen Sektor und eine Korrektur des europäischen Verfassungsentwurfs ein. (ZPol, NOMOS)

[654-L] Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (Hrsg.):
Employment in Europe 2007, Brüssel: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 324 S., ISBN: 978-92-79-06669-6

INHALT: "This is the 19th edition of the Employment in Europe report, which has become one of the main tools of the European Commission in supporting Member States in the analysis, formulation and implementation of their employment policies. Employment in Europe traditionally provides an overview of the employment situation in the EU, and focuses on a limited number of topics that are high on the EU's employment policy agenda. The overarching themes of this year's edition are a life-cycle approach to work, flexicurity and the evolution of labour income share (i.e. the part of value added that is allocated to labour). The report thus continues to inform the broad policy debate on flexicurity, which resulted in a Commission Communication on Common Principles of Flexicurity (COM(2007) 359 of 27/06/2007) and also provides analytical support to the Commission Communication on Youth (COM(2007) 498 of 04/09/2007)." (excerpt)

[655-L] Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (Hrsg.):
Europäisches Beschäftigungsobservatorium: Bericht vom Frühjahr 2006, Luxembourg: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 185 S. (Standort: IAB-90-309.0964; URL: http://p30029.typo3server.info/fileadmin/pdfs/Reports/european_employment_review/employment_observatory_de1.pdf)

INHALT: "Diese Zusammenfassung - vom Europäischen Beschäftigungsobservatorium (EBO) auf Grundlage der von den nati- onalen Sysdem-Arbeitsmarktexperten verfassten Berichte erstellt - gibt einen Überblick über innovative Arbeits- marktmaßnahmen in 29 europäischen Ländern (25 EU- Mitgliedstaaten plus Bulgarien, Rumänien, die Türkei und Norwegen). Die auf nationaler Ebene beobachteten Trends werden aus dem Blickwinkel der Entwicklungen und Prioritäten auf EU-Ebene und insbesondere der neuen Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005 bis 2008) zur Neubelebung der Strategie von Lissabon betrachtet, die im April 2005 vorgeschlagen und im Juli 2005 vom Europäischen Rat gebilligt wurden." (Textauszug, IAB-Doku)

[656-L] Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (Hrsg.):
Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006: Kurzfassung, Luxembourg: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 55 S., ISBN: 92-79-03140-6

INHALT: "Der Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union, der seit dem Jahr 2000 jährlich veröffentlicht wird, soll mit Hilfe konkreter Daten und vorausschauender Analysen einen Beitrag zu einer fundierten öffentlichen Diskussion über die Sozialpolitik leisten. Er besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird ein besonderes Thema umfassend dargestellt. Den zweiten Teil bilden Statistiken für alle Bereiche der Sozialpolitik und ein Anhang mit Erläuterungen." (Autorenreferat)

[657-L] Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (Hrsg.):
Flexicurity pathways: turning hurdles into stepping stones, Brüssel 2007, 41 S. (Graue Literatur; URL: http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/pdf/flexi_pathways_en.pdf)

INHALT: Die Publikation umfasst den Bericht einer von der Europäischen Kommission eingesetzten Expertengruppe, die sich mit der Verbesserung der Situation der Flexicurity in den einzelnen Ländern befassen und Vorschläge zur Entwicklung gemeinsamer Grundsätze von Flexicurity erarbeiten sollte. Der Begriff der Flexicurity steht dabei für eine politische Strategie Erhöhung der Flexibilität der Arbeitsmärkte, Arbeitsorganisationen und Arbeitsbeziehungen einerseits und der Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit andererseits. Angesichts der kulturellen und arbeitsmarktspezifischen Unterschiede zwischen den EU-Ländern soll keine maßgeschneiderte Flexicurity-Lösung für alle Mitgliedstaaten entwickelt werden, es werden vielmehr vier so genannte 'Pfade' beschrieben, die den Weg hin zu mehr Flexibilität und Sicherheit weisen sollen: 1. Reduzierung der Asymmetrien zwischen normalen, standardisierten und atypischen Arbeitsverhältnissen durch Einbeziehung letzterer in Tarifverträge, Arbeitsrecht, soziale Sicherung und lebenslanges Lernen; 2. Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern durch Stärkung der Sicherheit im Übergangsprozess; 3. Schließung von Qualifizierungslücken und Verbreiterung des Qualifizierungsangebots durch Erhöhung und Vertiefung der Investitionen in Weiterbildung; 4. Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Empfänger von Sozialleistungen, Vorbeugung vor Langzeitabhängigkeit von Sozialleistungen, Normalisierung informeller Arbeitsverhältnisse und Erweiterung der für den Wandel notwendigen institutionellen Kapazitäten. (IAB)

[658-L] Europäische Kommission, Statistisches Amt -EUROSTAT- (Hrsg.):
Labour market policy: 2007 edition, (Statistical books), Luxembourg: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 178 S., ISBN: 978-92-79-06543-9

INHALT: "Dies ist die achte Auflage der Eurostat Veröffentlichung zur Arbeitsmarkpolitik Datenbank. Sie enthält Daten zu den öffentlichen Ausgaben und den TeilnehmerInnen (oder LeistungsempfängerInnen) von arbeitsmarktpolitischen (AMP) Eingriffen im Jahr 2005. Sie enthält mehrere Verbesserungen. Zunächst ist die Methodologie erfolgreich überarbeitet worden und der existierende Datenbestand wurde entsprechend angepasst (siehe Eurostat New

Cronos Datenbank). Im Folgenden die wichtigsten Veränderungen in der Veröffentlichung: (1) neue Tabellen und Grafiken für Indikatoren der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EES); (2) ein neuer Vollständigkeitsindikator erhöht deutlich die Zahl der berechenbaren TeilnehmerInnen-Aggregate; (3) die detaillierten Tabellen betreffend TeilnehmerInnen und Ausgaben enthalten nun Zwischensummen nach Interventionsart für jeden Mitgliedsstaat; (4) alle Tabellen nutzen nun die selben Abkürzungskennzeichen wie New Cronos; (5) die methodologischen Anmerkungen sind durch einen Link zur Vollversion der 'AMP Methodik' ersetzt worden; (6) neue Tabellen zur Arbeitskräftereserve und zum Bevölkerungsanteil, der grundsätzlich arbeiten möchte, wurden hinzugefügt; (7) ferner gibt es neue Tabellen, welche nationale Datenquellen für Ausgaben und für Daten über TeilnehmerInnen angeben." (Autorenreferat)

[659-F] Fahrholz, Christian, Dr.; Dragan, Gabriela, Prof.; Gamble, Andrew, Prof.; Gáspár, Pál, Prof.; Nenovsky, Nikolay, Prof.; Ohlsson, Henry, Prof.; Padoa Schioppa, Fiorella Kostoris, Prof.; Steunenberg, Bernard, Prof.; Cacheux, Jacques le, Prof. (Bearbeitung); Bolle, Michael, Prof.Dr. (Leitung):
ComEurope, sustainability of European socio-economic development models

INHALT: Ziel des Projektes ist es, die Nachhaltigkeit europäischer sozio-ökonomischer Entwicklungsmodelle zu evaluieren. Die globale Integration von Märkten, unter anderem von Finanzmärkten, sowie das Altern der Bevölkerungen in den meisten europäischen Ländern stellen europäische Gesellschaften vor besondere Herausforderungen. Folgende Fragen stellen sich in diesem Kontext: Welche sozio-ökonomischen Entwicklungsmodelle sind nachhaltig? Welche Modelle sind fähig sich diesen Herausforderungen in der Form anzupassen, dass sie weiterhin in der Lage sind, ihre sozialen und ökonomischen Ziele verwirklichen zu können? Das Projekt beantwortet diese Fragen in zwei Schritten. In einer ersten Phase wird die makroökonomische Leistungskraft der unterschiedlichen Modelle verglichen. Dies ermöglicht den Forschern zu bestimmen, welche Modelle effektiv (d.h., dass das Modell in der Lage ist seine sozialen und ökonomischen Ziele zu verwirklichen) und effizient (d.h., dass die anvisierten Ziele mit dem geringstmöglichen Aufwand erreicht werden) sind. Die erste Phase beinhaltet ebenfalls eine Untersuchung des Ursprungs und der Entwicklung unterschiedlicher Modelle. Ein besseres Verständnis des Ursprungs und der Entwicklung sozio-ökonomischer Entwicklungsmodelle wird es ermöglichen zu bestimmen, wie sich unterschiedliche Modelle an die Herausforderungen unserer Zeit anpassen werden und ob sie in diesem Rahmen divergieren oder konvergieren werden. Auf den Erkenntnissen der ersten Phase aufbauend, werden wir in einer zweiten Phase die Nachhaltigkeit sozialer Modelle untersuchen. In diesen Rahmen wird gefragt: Welche Modelle sind stabil genug, um ihre charakteristischen Eigenschaften zu erhalten und gleichzeitig flexibel genug, um sich ihrer veränderten Umwelt anzupassen? Die Antworten zu diesen Fragen werden die Forscher durch eine Untersuchung institutioneller Anpassungsstrategien auf nationaler, europäischer und globaler Ebene finden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

METHODE: Das Projekt baut auf den Methoden und Theorien der modernen politischen Ökonomie auf. Dies beinhaltet zum einen das Anwenden formaler Methoden, um die logische Konsistenz theoretischer Argumente zu sichern. Zum anderen werden die so formulierten Theorien quantitativen und qualitativen empirischen Tests unterworfen.

ART: *BEGINN:* 2008-09 *ENDE:* 2011-02 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Europäische Kommission

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Jean Monnet Centre of Excellence (Ihnestr. 56, 14195 Berlin)
KONTAKT: Fahrholz, Christian (Dr. Tel. 030-838-56275, e-mail: c.fahrholz@jmc-berlin.org)

[660-L] Fisahn, Andreas:
Soziale Rechte: Normierungen im Grundgesetz und im Entwurf der EU-Verfassung, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2007, H. 203, 869-877 (URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/203/203Fisahn.pdf)

INHALT: Trotz aller Diskussionen und Anstrengungen gibt es immer noch kein einheitliches, spezifisch europäisches Sozialmodell. Die potenziellen positiven und negativen Effekte einer sozialpolitischen Harmonisierung, wie sie der Entwurf eines Verfassungsvertrags vorsieht, werden deutlich, wenn man den Vertragsentwurf mit dem deutschen Grundgesetz vergleicht. Im Gegensatz zum Grundgesetz zielt der Vertragsentwurf auf eine ökonomische Agenda, die nur marktkonforme Sozialpolitik ermöglicht. Das schließt eine sozialpolitische Integration auf europäischer Ebene praktisch aus. Es gibt nach wie vor Gründe für ein "Nein" zum Verfassungsentwurf. (ICEÜbers)

[661-F] Forreiter, Niklas, Dipl.-Sozialwirt; Kotlenga, Sandra, Dipl.-Sozialwirt; Schulz, Andreas D., Dipl.-Verw.Wiss. (Bearbeitung); Evers, Adalbert, Prof.Dr. (Leitung):
EMDELA. Das Design lokaler Politiken zur Arbeitsmarktintegration - Elemente und Indikatoren der Leistungsbewertung

INHALT: Das Projekt hatte zum Ziel, Indikatoren zur Bewertung lokaler Politiken der aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung in Hinblick auf deren Beitrag zur sozialen Inklusion zu entwickeln. Die Indikatoren stellen daher eine Verknüpfung zwischen oftmals voneinander getrennten Politikbereichen (Beschäftigungsstrategie einerseits und soziale Inklusionspolitiken andererseits) her. Ausgangspunkt waren dabei Gestaltungselemente aktiver Arbeitsmarktpolitik, die sich als europaweit beobachtbare Trends abzuzeichnen scheinen bzw. im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung europäischer Inklusionspolitiken als förderlich zur Erreichung beschäftigungspolitischer und sozialer Inklusionsziele bewertet werden: Dezentralisierung aktiver Arbeitsmarktpolitik, Bedeutungszuwachs von Kooperationen und Netzwerken, Einsatz von Fallmanagementansätzen, Anwendung von Methoden der Leistungsbewertung, Verknüpfung sozialpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Strategien, zunehmende Konditionalität des Leistungsbezugs. Im Rahmen von Länderstudien wurde untersucht, ob und in welchem Ausmaß sich europaweit gemeinsame Gestaltungselemente beobachten lassen, ob und mit welchen Gestaltungselementen lokale Arbeitsmarktpolitik einen Beitrag zur sozialen Eingliederung leistet oder umgekehrt soziale Exklusion verschärft. Hierfür wurde eine Vorschlagsliste mit Indikatoren entwickelt, die nicht nur Ergebnisindikatoren, sondern auch politik-, struktur-, und prozessbezogene Indikatoren integriert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Italien, Finnland, Großbritannien
METHODE: Ein erster Entwurf von Indikatoren wurde im Rahmen einer empirischen Untersuchung in vier Ländern auf Signifikanz, Validität und länderübergreifende Anwendbarkeit überprüft und angepasst. In Kooperation mit vor Ort tätigen Forschungsgruppen wurden zu diesem Zweck in Deutschland, Italien, Finnland und Großbritannien Experteninterviews mit lokalen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik sowie nationalen Expertenworkshops durchgeführt.

Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer europäischen Konferenz vorgesestellt und in inhaltlicher und methodischer Hinsicht diskutiert.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Evers, A.; Forreiter, N.; Kotlenga, S.; Schulz, A.D.: The emerging design of local labour market integration - elements and performance indicators. Indicators for the evaluation of local labour market policies with a view to social inclusion. Gießen/ Göttingen, Juni 2007, 29 p. Download: http://zoom-ev.de/english/pdfs/Indicatorsforalmpwith aviewtosocialinclusion.pdf .

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2007-03 *AUFTRAGGEBER:* Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit *FINANZIERER:* Auftraggeber; Aktionsprogramm d. Gem. z. Bekämpfung d. sozialen Ausgrenzung

INSTITUTION: Universität Gießen, FB 09 Agrarwissenschaften, Ökotrophologie und Umweltmanagement, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung Professur für vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik (Bismarckstr. 37, 35390 Gießen); Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. (Theaterstr. 8, 37073 Göttingen)

KONTAKT: Kotlenga, Sandra (Tel. 0551-5084513,
e-mail: s.kotlenga@prospektive-entwicklungen.de)

[662-L] Fux, Beat:

Flexibilisierung und Politik: ein Vergleich west- und osteuropäischer Länder, in: Marc Szydlik (Hrsg.): Flexibilisierung : Folgen für Arbeit und Familie, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 149-169, ISBN: 978-3-531-15216-5

INHALT: "Flexibilisierung birgt einerseits erhöhte Arbeitsmarktrisiken (Prekarisierung), bietet andererseits aber auch Chancen zur Erweiterung individueller Handlungsspielräume. Vor dem Hintergrund dieser Ambivalenz untersuchen wir in diesem Beitrag, wie einerseits politische Akteure und andererseits die Bevölkerung flexibilisierungsorientierte Politiken evaluieren. Es lässt sich zeigen, dass mit Maßnahmen, welche die Flexibilisierung fördern, sowohl system- als auch sozialintegrative und individualisierende Motive verknüpft werden, wobei deren Gewichtung bei beiden analysierten Akteurgruppen in ähnlicher Weise länderspezifisch variieren. In strukturschwächeren Kontexten wird Flexibilisierung eher unter dem Blickwinkel der partiellen Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt (Förderung von Teilzeitstellen) wahrgenommen. Demgegenüber erfahren in den modernisierten Ländern flexible Zeitmodelle eine höhere Wertschätzung. Mit diesen unterschiedlichen Bewertungen korrespondieren die erwarteten und beobachteten Wirkungsweisen. Während in den westlichen Ländern natalistische Effekte weitgehend in Abrede gestellt werden, erhofft man sich im Osten sowohl eine Stimulierung des reproduktiven Verhaltens als auch die Verringerung strukturell erzwungener Erwerbspartizipation und der sozialen Exklusion von Frauen. Demgegenüber kann gezeigt werden, dass fertilitätsfördernde Effekte marginal sind und der Nutzen der Flexibilisierung vor allem in der Optimierung familialen Alltagshandelns zu suchen ist." (Autorenreferat)

[663-L] Hackauf, Horst:

Bildung, Gesundheit und soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in europäischen Gesellschaften, in: Gerd Grözinger (Hrsg.): Perspektiven der Bildungsforschung, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 137-162, ISBN: 978-3-631-54805-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4381)

INHALT: Der Verfasser vertritt die These, dass sich empirisch viele Belege für die Zusammenhänge zwischen der sozialen Lebenslage und den Gesundheitsrisiken von Kindern und Jugendlichen aufzeigen lassen. Die Einbeziehung differenzierter Lebenslagen zeigt, dass sich die soziale Benachteiligung nicht nur auf Armutspopulationen beschränkt, sondern auch in den höheren sozialen Schichten bestimmte Problemlagen generieren kann. Das heißt, dass sich das Phänomen des "sozialen Gradienten" nicht nur in unteren sozialen Schichten nachweisen lässt, sondern auch vor den Mittelschichten nicht halt macht. Somit ist es erforderlich, herkömmliche Schichtindikatoren um die analytischen und empirischen Ansätze der Lebenslagenforschung zu erweitern. Zur Verminderung der genannten Ungleichheit haben die staatliche Gesundheitsforderung und das Bildungssystem frühzeitig anzusetzen, damit negative Entwicklungen kompensiert oder aufgehalten werden. Es wird plädiert für die Entwicklung eines umfassenden Konzepts, das nicht nur die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten- im Sinne klassischer Armutsbekämpfung - anspricht,sondern auch die von der Lebenslagenforschung festgestellten Phänomene der relativen sozialenBenachteiligung" in den Blick nimmt. Die Kompensation der gesundheitlichen Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen bedarfnachweislich geeigneter sozial- und gesundheitspolitischer Maßnahmen des Staates. Obwohl etliche wissenschaftliche Analysen zur gesundheitlichen Ungleichheit noch nicht abgeschlossen sind, ist es sinnvoll, praktische Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheitsfolgen einzuführen. Ein bedeutender Faktor ist zunächst die Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen, doch sind auch Maßnahmen zur sozialen und intersubjektiven Selbsthilfe erforderlich. Durch Gesundheitsförderung und Prävention sollte der Gesundheitszustand der Nachkommen der unteren Statusgruppen verbessert werden. (ICG2)

[664-L] Hamburger, Franz:
Perspektiven der Jugendhilfe zwischen europäischer Öffnung und sozialpolitischer Schließung, in: Nicole Knuth, Josef Koch, Dirk Nüsken, Mechthild Wolff (Hrsg.): Hinter'm Horizont geht's weiter ... : Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe, Frankfurt am Main: IGfH-Eigenverl., 2006, S. 23-48, ISBN: 3-925146-62-8 (Standort: FHB Merseburg(542)-Soz-paed79.10/675(1)/1)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem Thema der Europäisierung und der Veränderung des Rahmens der nationalen Sozial- und Jugendhilfepolitik auseinander. Die Dynamik des Sozialen im europäischen Mehrebenengeflecht stellt einen Schwerpunkt der Analyse dar. Er befasst sich mit den Konsequenzen der europäischen Integration von bisher autonomen Nationalstaaten für den Rahmen, innerhalb dessen die Staatstätigkeit die sozialen Probleme reguliert. Diese Konsequenzen werden im Hinblick auf die Veränderungen der Jugendhilfe konkretisiert und die zu erwartenden Horizonterweiterungen, -verschiebungen und –eingrenzungen sowie die Entwicklungslinien für die Jugendhilfe nachgezeichnet. Er kommt zu dem Schluss, dass sich noch nie vor dem Hintergrund der Europäisierung der Jugend- und Sozialpolitik die Horizonte erweitert haben, ohne dass nicht immer auch zumindest unbeabsichtigte Nebenfolgen sichtbar geworden sind. (ICG2)

[665-L] Harding, Johannes M.; Gran, Stefan; Georgiev, Stefan; Boulasikis, Athanasios:
The EES between is and should be: an analysis of member state compliance to the European Employment Strategy, (CIS Papers, No. 15), Hamburg 2007, 94 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_dwp_cis/CP_15_Harding_et_al.pdf)

INHALT: "This paper seeks to analyse the impact of the European Employment Strategy on three selected Member States of the European Union, namely Germany, Greece and Italy. It furthermore analyses the consequences of the Reform of the EES in 2002, in that it tries to outline the extent, to which the EES in its original and reformed version had an impact on Germany's, Greece's and Italy's performance in the field of employment and activation policy in the expected way. By outlining the reform as such, as well as the difference which occur in the performance of the member states in the respective policy fields, the extent to which the EES, as well as the reform thereof, satisfied the expectations which have been put on it, shall be displayed. The paper comes to ambivalent findings. Indicating that the expectations of the Commission, i.e. the European sphere were as such, that full member states compliance with the strategy was expected, dissatisfaction of expectations must be assumed. However, the EES did fairly contribute to the diffusion of social policy as a European matter, as well as a certain overall terminology and respective agenda." (author's abstract)

[666-L] Hartlapp, Miriam:
Intra-Kommissionsdynamik im Policy-Making: EU-Politiken angesichts des demographischen Wandels, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2007, H. 40, S. 139-160 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Entgegen der gängigen Betrachtung der Europäischen Kommission als einheitlichem Akteur wird in diesem Beitrag das Auftreten der Interaktion zwischen Generaldirektionen untersucht. Im Zentrum der Analyse steht der Einfluss von Intra-Kommissionsdynamik auf das EU-Policy-Making und die Generierung von Kompetenzen. Unter Einbeziehung bürokratisch-technischer und interessensbasierter Erklärungsansätze argumentiere ich, dass Intra-Kommissionsdynamik sowohl Einfluss auf die Inhalte der Kommissionsposition als auch auf die Geschwindigkeit der Kompetenzgenerierung nehmen kann. Die Argumente werden an zwei Beispielen des EU-Policy-Making für Ältere, den Zusätzlichen Renten und der Offenen Methode der Koordinierung Renten, illustriert." (Autorenreferat)

[667-L] Heckmann, Friedrich:
Subsidiarität und Föderalismus - Subsidiarität als Schlüssel zur Europäischen Sozialpolitik, in: Hans-Georg Babke (Hrsg.): Die Zukunftsfähigkeit des Föderalismus in Deutschland und Europa, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 73-98, ISBN: 978-3-631-56236-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007 6323)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst mit dem Subsidiaritätsprinzip auseinander, das heute ein Strukturprinzip der EU und eine Bremse gegen Brüsseler Zentralismus ist. Er wendet sich dann den Vorstellungen von Subsidiarität und Föderalismus zu, die Johannes Althusius in "Politica" formuliert hat und die sich zu einer "Lehre des radikalen Föderalismus" zusammenfassen lassen. Sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für Europa kann Subsidiarität nach Überzeugung des Verfassers zur Demokratisierung und zu einer demokratischen politischen Kultur Entscheidendes beitragen. Hier zitiert er Hüglin, der die föderale Bundesvorstellung des Althusius als eine Besinnung auf alternative Traditionsbestände der europäischen Kultur würdigt. (ICE2)

[668-F] Hertwig, Markus, Dipl.-Soz.Wiss.; Rampeltshammer, Luitpold, M.A. (Bearbeitung); Pries, Ludger, Prof.Dr.Dr. (Leitung):
Der Europäische Betriebsrat als transnationale Organisation? Typik, Stabilität, Verhandlungsoutput und Kontextbedingungen der Europäischen Betriebsräte am Beispiel der europäischen Automobilindustrie

INHALT: Ziel des angestrebten Forschungsprojektes ist es, die Europäischen Betriebsräte (EBR) aus einer organisationssoziologischen und Transnationalisierungsperspektive empirisch zu untersuchen unter der Fragestellung, ob sie eher als Verlängerungen und Stabilisatoren der an den Unternehmenszentralen ausgerichteten Macht- und Interessenstrukturen wirken oder ob sie sich perspektivisch zu genuin europäischen und transnationalen Organisationen entwickeln können. Im Zentrum der Projektes steht die Durchführung von Fallstudien (Dokumentenanalysen und Experteninterviews) in EBR-fähigen Unternehmen der Automobilindustrie (Endhersteller und Zuliefererbetriebe) an den fünf Standorten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Polen. In der Durchführung ist eine Kooperation mit einschlägigen wissenschaftlichen Instituten in den einzelnen Ländern vorgesehen, welche in das Forschungsprojekt integriert werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Polen
METHODE: Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Fallstudien zu jeweils sechs EBR-fähigen Automobilendherstellern und -zulieferern auf der Basis von Dokumentenanalysen und Experteninterviews in jeweils fünf Standorten der untersuchten Unternehmen -in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Polen- sowie zusätzliche Experteninterviews in Verbänden und Wissenschaft). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2007-02 *ENDE:* 2009-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität Bochum, Fak. für Sozialwissenschaft, Sektion Soziologie Lehrstuhl Organisationssoziologie und Mitbestimmungsforschung (44780 Bochum)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0234-32-25429, e-mail: ludger.pries@ruhr-uni-bochum.de)

[669-L] Höchstetter, Klaus:
Die offene Koordinierung in der EU: Bestandsaufnahme, Probleme und Perspektiven, (Nomos Universitätsschriften : Recht, 504), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 264 S., ISBN: 978-3-8329-2391-4

INHALT: Im März 2000 führte der Europäische Rat eine neue Form der Politikgestaltung, die offene Methode der Koordinierung, ein. Das Instrument der unverbindlichen politischen Zielsetzungen besitzt nach Höchstetter das Potenzial, 'das Regieren in Europa langfristig substantiell und nachhaltig zu verändern' (21). Die Arbeit beinhaltet eine Bestandsaufnahme der offenen Methode und eine Analyse der rechtlichen Grundlagen, die eine Abgrenzung zu anderen Verfahren der Koordination und Entscheidung innerhalb der Europäischen Union einbezieht. Die über mehrere Politikfelder hinweg vollzogene Analyse führt zu dem Ergebnis, dass für eine Kategorie von Politikbereichen der Wunsch besteht, die offene Methode als hauptsächliches Handlungsinstrument einzusetzen. Dazu gehören u. a. die wirtschaftspolitischen Leitlinien und die Europäische Beschäftigungsstrategie. Für eine andere Kategorie gilt, dass zwar zwischen den Regierungen die Übereinkunft zur Anwendung der Methode besteht, die Umsetzung jedoch weit hinter den Erwartungen zurückliegt. In diese Gruppe von Politikbe-

reichen fällt u. a. die Forschungs- und Entwicklungspolitik. Auch wenn die freiwillige und flexible Natur der Methode positive Effekte auf die Koordination zwischen den Staaten hat, kritisiert Höchstetter insbesondere die fehlende Rechtsverbindlichkeit und weist auf die fehlende Einbindung dritter Akteure hin. (ZPol, NOMOS)

[670-L] Hörber, Thomas:
Societal security: the development of the European social model during the Cold War, in: Hamburg review of social sciences, Vol. 2/2007, No. 2, S. 31-57 (URL: http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/02_02/August_2007_2_Hoerber.pdf)

INHALT: "This paper will show how the three biggest European nation states, i.e. France, Germany and Britain, adapted their national welfare policies to changing emphases in the European social agenda and vice-versa. It will show that convincing its citizens that the political system was effective and just, not least through the welfare state, was an important objective of post war politics, in which European social initiatives sometimes supported national efforts financially or ideologically. In particular, in the field of social justice and welfare, the Communist system promised the weakest segments of the Western populations a better life than under the Capitalists. Hence, societal security was an area of intense ideological competition which also found its reflection in the aspirations for the European integration process, manifest in the many Socialist ideals in early European institutional development, such as workers' participatory rights under the ECSC. The main question of this essay will seek to provide an answer as to the impact of European social legislation on national policies. It is the thesis of this essay that despite weak European institutions - in comparison to the powers of the nation states - in the first decade of the integration process, a convergence of national social policies happened. It will also be shown that this convergence process had a European component on the basis of which it will be argued that European social legislation provided reference points for national legislators leading to the convergence of national social policies." (author's abstract)

[671-F] Hummelsheim, Dina, M.A. (Bearbeitung):
Müttererwerbstätigkeit in Belgien, West- und Ostdeutschland: der Einfluss familienpolitischer Institutionen und kultureller Prägung

INHALT: Von besonderer Relevanz zur Erklärung nationaler Unterschiede im Müttererwerbsniveau ist, inwieweit der Wohlfahrtsstaat Aufgaben der Betreuung und Erziehung von Kindern übernimmt und inwieweit er sie an andere Institutionen (z.B. an die Familie) delegiert. Insbesondere zwei familienpolitische Institutionen spielen hierbei eine entscheidende Rolle: zum einen das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung, zum anderen die Möglichkeit Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen zu können. Während ein gutes Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung einen positiven Effekt auf eine mütterliche Erwerbsbeteiligung ausüben sollte, ist von einem (ausgedehnten) Elternurlaub ein negativer Effekt zu erwarten. Zwar werden Belgien und Westdeutschland in der Regel als konservative Wohlfahrtsregime typologisiert (Esping-Andersen 1990), deren geringe und diskontinuierliche Integration von Frauen in das Erwerbsleben auf eine Familienpolitik zurückzuführen ist, die sich noch stark am männlichen Alleinverdiener-Modell orientiert und die Erwerbsbeteiligung von Frauen wenig fördert, allerdings ergeben sich beträchtliche Unterschiede in den politisch-institutionellen Regelun-

gen zur Kinderbetreuung zwischen den beiden Ländern. Belgien verfügt im Gegensatz zu Westdeutschland über ein gut ausgebautes Netz an institutioneller Kinderbetreuung, während Westdeutschland wiederum im Gegensatz zu Belgien einen ausgedehnten Elternurlaub ermöglicht. Ausgehend von den beiden prototypischen Regelungen (Elternzeit vs. öffentliche Kinderbetreuung) stellt Ostdeutschland eine Mischform dar: es gibt einerseits die Möglichkeit einen ausgedehnten Elternurlaub in Anspruch zu nehmen, andererseits steht ein gut ausgebautes Netz an Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung. Demnach stehen Belgien, West- und Ostdeutschland für drei unterschiedliche Kinderbetreuungssysteme, was sie als Gegenstand zur Untersuchung der Wirkung des institutionellen Kontextes auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern besonders interessant macht. Darüber hinaus repräsentieren diese drei Regionen aber auch verschiedene kulturelle Gebiete im Hinblick auf die Rolle der Frau. Während in erster Linie Belgien, in zweiter Linie Westdeutschland von einer eher traditionell-konservativen Ausrichtung bestimmt werden, d.h. der Frau und Mutter die Hauptverantwortung für Haushalt und Kinder obliegt, weist Ostdeutschland ein aus der sozialistischen Prägung entstandenes egalitäreres Geschlechtsrollenverständnis und damit verbunden, eine höhere Erwerbsorientierung von Frauen und Müttern auf. Die spezifische Konstellation der Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen bzw. Ländern (West-, Ostdeutschland, Belgien) in Bezug auf verfügbare institutionelle Systeme und kulturelle Prägung, scheinen wie geschaffen, um die Frage nach der Dominanz des einen oder anderen Faktors zu beantworten: Kann die Erwerbstätigkeit von Müttern also mittels institutioneller Verfahren "von oben verordnet" werden oder dominiert doch am Ende die kulturelle Verfassung der Gesamtgesellschaft? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Belgien, West- und Ostdeutschland

METHODE: Mithilfe von Panelanalysen (1992-2003) wird empirisch untersucht, wie die kurz- und langfristigen Effekte der Geburt eines Kindes auf das Erwerbsverhalten von belgischen, west- und ostdeutschen Müttern ausfallen. Der Ländervergleich liefert Aufschlüsse über die Wirkung der politisch-institutionellen Regelungen zur Kinder-betreuung (Elternurlaub und öffentliche Kinderbetreuung) sowie des kulturellen Kontextes auf den Erwerbsverlauf von Müttern. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face; Sekundäranalyse von Individualdaten; Panelanalyse.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (Herbert-Lewin-Str. 2, 50931 Köln)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0221-470-2078, Fax: 0221-470-2069, e-mail: hummelsheim@wiso.uni-koeln.de)

[672-L] John, Klaus-Dieter:

Die Soziale Marktwirtschaft im Kontext des europäischen Integrationsprozesses - Befund und Perspektiven, in: Michael von Hauff (Hrsg.): Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, Marburg: Metropolis-Verl., 2007, S. 143-191, ISBN: 978-3-89518-594-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5205)

INHALT: Gegenstand des Beitrag ist die Frage, welche Rolle das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft bei der Entwicklung der Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft gespielt hat und welche Chancen das Modell hat, auch künftig als Orientierungspunkt für die Zukunft der EU zu dienen. In einem ersten Schritt wird bestimmt, was unter dem - nicht einheitlich definierten - Begriff "Soziale Marktwirtschaft" zu verstehen ist. Im Folgenden wird geprüft, welchen Einfluss dieses marktwirtschaftlichen Konzepts im Prozess der europäischen

Integration auf die europäische Wirtschaftsverfassung gehabt hat. Dazu werden zentrale Elemente der europäischen Wirtschaftsverfassung auf ihre Übereinstimmung mit entsprechenden Elementen des Konzepts hin überprüft. Zwar lässt sich kein explizites Bekenntnis zu einem bestimmten ordnungspolitischen Leitbild erkennen, das ordnungspolitische Leitbild der EU ist jedoch deutlich von der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Ein Vergleich mit alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Modellen lässt vermuten, dass die Soziale Marktwirtschaft auch künftig eine wichtige Rolle als wirtschaftspolitisches Leitbild in der EU spielen wird. (ICE2)

[673-L] Kaelble, Hartmut:
Sozialgeschichte Europas: 1945 bis zur Gegenwart, München 2007, 437 S., ISBN: 978-3-406-54984-7

INHALT: "In dieser umfassenden Sozialgeschichte Europas nach 1945 kommen zahlreiche aktuelle gesellschaftliche Probleme zur Sprache. Der Autor beschreibt vieldiskutierte Bereiche wie Arbeit, soziale Sicherungssysteme, Bildung und Familie. Er stellt den grundlegenden Wandel der europäischen Gesellschaften seit 1945 dar und verfolgt die markanten Unterschiede innerhalb Europas, aber auch europäische Gemeinsamkeiten und gesellschaftliche Besonderheiten bis zur Gegenwart. Hartmut Kaelble widmet sich in dieser Sozialgeschichte Europas vielen brisanten Themen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Er untersucht Veränderungen der Familienstruktur, der Arbeitssituation, der Bildungssysteme, des Konsumverhaltens, der Migrationsströme und sozialen Sicherungssysteme in den einzelnen Ländern; aber auch Fragen nach gemeinsamen europäischen Werten und sozialer Ungleichheit werden aufgeworfen. Ausgehend von der Nachkriegszeit wird die Epoche des Wirtschaftsbooms beschrieben, währenddessen sich der Massenkonsum durchsetzt, aber auch die modernen Städte und der Wohlfahrtsstaat Gestalt gewinnen. Einen großen Raum nimmt die Epoche der 1970er und 1980er Jahre ein, die einen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft markiert: Ölschock, wachsende Arbeitslosigkeit, die Pluralisierung der gesellschaftlichen Modelle und die neuen sozialen Bewegungen zeigen gravierende Veränderungen der europäischen Gesellschaften an. Schließlich beschreibt Hartmut Kaelble die Veränderungen seit 1989, die einen erneuten Wertewandel mit sich brachten." (Autorenreferat).

[674-L] Kaufmann, Inge; Schwan, Alexander:
Flexicurity auf Europas Arbeitsmärkten - der schmale Grat zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit, Berlin 2007, 6 S., ISBN: 978-3-89892-832-8 (Graue Literatur;
URL: http://library.fes.de/pdf-files/id/05008-20071129.pdf)

INHALT: "Die EU-Arbeits- und Sozialminister wollen sich Anfang Dezember auf gemeinsame Grundsätze zu Flexicurity festlegen. Flexicurity steht für die Kombination aus Flexibilität und sozialer Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Bisher befindet sich diese angestrebte Balance im Entwurf der EU-Kommission jedoch in einer Schieflage: zu viel Flexibilität und zu wenig soziale Sicherheit. Damit kommt sie vor allem kurzfristigen Interessen der Arbeitgeber entgegen. Die Alternative zum Kommissions-Vorschlag besteht in einer Abwendung von der reinen Unterstützung der Unternehmensinteressen durch Flexibilisierung und einer Hinwendung zu mehr sozialer Sicherheit und dem Schutz der Arbeitnehmerrechte. In diesem Artikel werden konkrete Vorschläge für eine ausgewogene Balance aus Flexibilität und Sicherheit am

Arbeitsmarkt unterbreitet, die den Mitgliedstaaten längerfristig zu mehr Wachstum verhelfen und das Europäische Sozialmodell stärken." (Autorenreferat)

[675-L] Keller, Berndt; Werner, Frank:
Arbeitnehmerbeteiligung in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE): eine empirische Analyse der ersten Fälle, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 11, S. 604-612 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Artikel präsentiert eine der ersten systematischen Analysen aller bis dato existierenden Europäischen Aktiengesellschaften (SEs). Zunächst wird ein Überblick über die bisher gegründeten SEs und ihre Charakteristika gegeben. Dabei werden verschiedene 'Subtypen' vorgestellt: Außer 'normalen' SEs, also Unternehmen, die über wirtschaftliche Aktivität und Arbeitnehmer verfügen, gibt es auch eine Vielzahl von leeren, Vorrats- und 'UFO'-SEs. Anschließend wird der Fokus speziell auf Fragen der Arbeitnehmerbeteiligung gerichtet. Diese wird in dieser neuen Rechtsform nicht mehr detailliert inhaltlich-materiell geregelt, stattdessen wird auf eine Verhandlungslösung zurückgegriffen, um die verschiedenen nationalen Traditionen und Systeme unter einen Nenner bringen zu können. Dieses institutionelle Arrangement bringt bestimmte Implikationen mit sich. Die beiden Ebenen von Arbeitnehmerbeteiligung, d.h. die Ebene des 'SE-Betriebsrat' bzw. die der Unternehmensmitbestimmung, also der Arbeitnehmerbeteiligung in den Leitungsorganen der SE, werden detailliert dargestellt. Ein Ausblick reflektiert Auswirkungen für die Arbeitsbeziehungen." (Autorenreferat)

[676-L] Kieselbach, Thomas (Hrsg.):
Social convoy in enterprise restructuring: concepts, instruments and views of social actors in Europe, München: Hampp 2006, 351 S., ISBN: 3-8618-031-4 (Standort: UB Köln(38)-34A 5430)

INHALT: "While occupational transitions increase, employees experience insecurity with regard to their individual employment situation to a much larger degree than in the past. The formal guarantee of a workplace exists no longer, or else only to a lesser degree. Society will have to respond to these changes, and also research has to redirect its focus. Continuous adaptation to the changing labour market - the so-called employability - describes the new challenge. Yet, the responsibility for the establishment of this new concept or characteristic can not only be placed an the individual employees; nor should the consequences of company restructuring merely be borne by society in general. The companies themselves that dismiss employees or ask for greater flexibility should be considered responsible to a greater extent than in the past. At the same time, individuals should cease to merely be receivers of help and benefits, but should become active partners in the process of re-orientation. The normalisation of occupational transitions formed the entrance to the scientific evaluation of the European research project 'Social Convoy and Sustainable Employability: Innovative Strategies for Outplacement/Replacement Counselling' (SOCOSE) coordinated by Thomas Kieselbach at the University of Bremen. The results of this project are based an interdisciplinary research. In five countries (Belgium, Germany, Italy, Spain, and The Netherlands), psychologists and social scientists analysed the social convoy in the course of dismissal until successful re-integration into the labour market. Two associated partners further contributed from the field of labour law and business ethics, respectively. The main outcome of the project is a concept which can

be used for outlining outplacement/replacement intervention strategies for employees affected by job insecurity within a wide variety of different settings and in different countries." (author's abstract). Contents: Jan Vandoorne, Hans De Witte: Social convoy and sustainable employability in Belgium (13-28); Thomas Kieselbach, Gert Beelmann, Olaf Wagner: Social convoy and sustainable employability in Germany (29-45); Sebastiano Bagnara, Maurizio Franzini, Alberto Battistini, Leonardo Bargigli: Social convoy and sustainable employability in Italy (46-61); Louis Lemkow, Ramon Sentmarti: Social convoy and sustainable employability in Spain (62-77); Wilmar Schaufeli, Arnold Bakker, Ellen Heuven: Social convoy and sustainable employability in The Netherlands (78-96); Thomas Kieselbach, Olaf Wagner, Sabine Mader, Gert Beelmann: Comparative Report an social convoy and sustainable employability in five European countries (97-130); Thomas Kieselbach, Sabine Mader: New responsibilities in changing labour markets Views from different social actors in Europe (131-207).

[677-L] Klecha, Stephan:
Europas Sozialpolitik als schwieriger Aushandlungsprozess: Akteure und Handlungsoptionen unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeitpolitik, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2007, 22 S., ISBN: 978-3-89892-767-3 (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/04859.pdf)

INHALT: Die Sozialpolitik ist ein Politikfeld, auf dem die Europäische Union erst spät in der Geschichte ihres Integrationsprozesses tätig wurde. Bis heute blieb sie jedoch ein stiefmütterlich behandeltes Kind der Vertiefung. Lange Zeit stand die europäische Einigung im Zeichen der Liberalisierung der Märkte. Erst bei der Verwirklichung des Binnenmarkts 1993 unter der Kommissionspräsidentschaft von Jacques Delors nahm das Interesse am sozialen Europa als einer Legitimationsgrundlage und Flankierung des wirtschaftlichen Integrationsprozesses Gestalt an. In dem vorliegenden Beitrag wird zunächst in sehr allgemeiner Form aufgezeigt, wie sich die Sozialpolitik der Europäischen Union entwickelt hat, welche Akteure an ihr mitwirken und welche Schwierigkeiten es bei der Implementierung einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik gibt. Dazu wird im Speziellen die Blockade der Arbeitszeitrichtlinie untersucht. Schließlich wird auf Strategien und Optionen der Gewerkschaften zur Ausgestaltung der sozialen Dimension Europas eingegangen. (ICD2)

[678-L] Kluve, Jochen:
Ist die aktive Arbeitsmarktpolitik in Europa effektiv?: Ergebnisse einer Meta-Analyse, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 61/2007, H. 5/6, S. 35-43 (Standort: USB Köln(38)-Haa902; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Viele europäische Staaten setzen Maßnahmen der sog. Aktiven Arbeitsmarktpolitik - wie z.B. Fortbildungsprogramme oder Lohnsubventionen - zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein, oftmals mit erheblichem finanziellen Aufwand. Es gibt jedoch kaum länderübergreifende empirische Erkenntnisse darüber, welche Art von Maßnahme unter welchen Bedingungen für welche Zielgruppe an Teilnehmern tatsächlich wirksam ist. Eine Meta-Analyse auf Basis von Evaluationsstudien aus einzelnen europäischen Ländern kann diese Frage beantworten - mit überraschend eindeutigen Ergebnissen." (Autorenreferat)

[679-F] Kohler, Harald, Dr. (Bearbeitung); Schmid, Josef, Prof.Dr.rer.soc. (Leitung):
Altes und neues Europa. Neue Formen von Arbeitsbeziehungen und Arbeitsstandards als soziale Herausforderung in einem erweiterten Europa

INHALT: Das Projekt zielt darauf ab, arbeitspolitische Interessenvertretungen als Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen und kirchlicher Einrichtungen in drei alten europäischen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich und Italien) sowie zwei neuen europäischen Mitgliedstaaten (Tschechien und Slowakei) und einem potentiellen europäischen Beitrittsland (Kroatien) im Hinblick auf die Ausgestaltung a) neuer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse, b) der finanziellen Mindestabsicherung sowie c) der Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch einen gezielten Informations- und Erfahrungsaustausch, dem Auf- und Ausbau von transnationalen Netzwerkbeziehungen sowie durch ein Länder übergreifendes Voneinanderlernen zu stärken. Hieraus ergeben sich folgende Untersuchungs- und Diskussionsgegenstände: 1. Veränderungen bei den Arbeitsverhältnissen auf der Basis gesetzlicher und tariflicher Regelungen; 2. neue Vertragsformen für Arbeitsverhältnisse (prekäre Beschäftigung usw.); 3. Formen der finanziellen Mindestabsicherung (Mindestlöhne und Grundsicherung); 4. Auswirkungen sich verändernden Formen von Arbeitsbeziehungen auf Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmern. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

METHODE: Im Rahmen der wissenschaftlichen Expertisen erfolgt dazu eine empirisch-analytische Aufarbeitung der Projektgegenstände für die exemplarisch ausgewählten europäischen Länder. Die Auswahl der 6 Partnerländer orientierte sich 1. an einer relativen Repräsentativität der langjährigen Mitgliedstaaten mit ihren unterschiedlichen Traditionen von verfestigten und gleichwohl in Veränderung begriffenen Arbeitsbeziehungen unter Berücksichtigung der Sozialpartner (Deutschland, Frankreich, Italien) zum einen und 2. an einer gezielten exemplarischen Öffnung für jüngere Mitgliedstaaten und Beitrittsländer Mittel- und Südosteuropas (Tschechische Republik, Slowakische Republik, Kroatien), die sich weiterhin in einer Phase des Umbruchs der Strukturen der Arbeitsbeziehungen befinden. Die Expertisen umfassen konzeptionelle und vergleichende Elemente, allgemeine Darstellung der industriellen Beziehungen und des sozialen Dialogs neuer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse, vertiefende Darstellungen neuer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse, der finanziellen Mindestabsicherung sowie der Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den genannten Ländern. Ferner werden Good Praxis Beispiele dargestellt. Neben den wissenschaftlichen Expertisen sind Fortbildung, Kommunikation und Vernetzung die zentralen Projektelemente. Ihre Umsetzung erfolgt durch: a) Publikation und Aufbereitung der Projektergebnisse für die arbeitspolitischen Interessenvertretungen; b) Seminar und Abschlusskonferenz; c) interaktives Lernen über eine Internet- und Lernplattform als ein Coaching- Angebot für arbeitspolitische Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter aus den beteiligten Ländern; d) Einbindung der nationalen und transnationalen Partner in die Projektumsetzung und Auf- und Ausbau von Netzwerkbeziehungen und Kontaktbeziehungen; e) transnationalen, ergebnisoffenen Austausch.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. I Innen- und EU-Politik und Politische Theorie Professur für Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse (Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 07071-2974506, Fax: 07071-292417, e-mail: josef.schmid@uni-tuebingen.de); Bearbeiter (Tel. 07071-2978370, Fax: 07071-292417, e-mail: harald.kohler@uni-tuebingen.de)

[680-L] Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.):
Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel 2007, 30 S. (Graue Literatur; URL: http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jul/genderpaygap_de.pdf; http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jul/genderpaygap_en.pdf)

INHALT: Thema der Mitteilung ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union. Es wird als dauerhaftes und komplexes Phänomen beschrieben, welches durch Unterschiede bei den einzelnen Personen, beim Beschäftigungstyp oder bei den Unternehmen bedingt sein kann, und das zudem auf geschlechtsspezifische Segregation auf dem Arbeitsmarkt, auf institutionelle Faktoren und soziale Normen, Traditionen und Stereotype zurückgeführt werden kann. Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie Nichtdiskriminierung sind Teil der Grundprinzipien der Europäischen Union. Dem zufolge ist die Bekämpfung des Lohngefälles eine politische Priorität für die Europäische Union. Vier Aktionsfelder werden genannt: 1. die Analyse der Möglichkeiten zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens und seiner Umsetzung; 2. die volle Ausschöpfung der Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung; 3. Werbung für Gleichheit des Arbeitsentgelts bei den Arbeitgebern; 4. die Unterstützung des Austauschs bewährter Verfahren auf Gemeinschaftsebene. Zudem wird gefordert, die Analyse dieses Phänomens voranzutreiben, um gezielt Wege zu benennen, um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu verringern. Der Annex dokumentiert die rechtlichen Regelungen, beschreibt den Eurostat-Indikator für das Lohngefälle, gibt einen Überblick über die Statistik und führt für einzelne Mitgliedsländer Beispiele für politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen auf. (IAB)

[681-L] Kotsioni, I.; Chatzis, C.; Chronopoulou, E.; Linos, A.:
Social and occupational health protection for self-employed farmers in the European Union, in: Journal of public health : Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Vol. 15/2007, No. 4, S. 315-321 (URL: http://www.springerlink.com/content/1613-2238/)

INHALT: "Aim: The focus of this article deals with the diversity of national social security provisions specific to self-employed farmers in the European Union (EU) and attempts an initial research and categorisation of social protection provisions applying to the European population of self-employed farmers. Methods: An extensive internet search was performed to identify national social security provisions for self-employed farmers. A crude categorisation of social security provisions for self-employed farmers is attempted aiming to identify EU Member States (MS) that apply: (1) a general social protection scheme for all the population, (2) a social protection scheme specific for the totality of the self-employed population, and (3) a social protection system specific for self-employed farmers. National provisions for the coverage of self-employed farmers for occupational injuries and diseases are also categorised. Moreover a care study from Finland is presented describing the innovatory Finnish system of

substitute farmers' services that allows self-employed farmers to be substituted in their farms in case of sickness, injury or holidays. Conclusion: Persons occupied in agriculture in the EU MS, while facing many of the same occupational risks, are covered to varying degrees by national social security schemes. An initial conclusion that was derived is that countries that apply special social security systems for self-employed farmers are more likely to include in the provisions of their systems the coverage for occupational injuries and diseases as well. The increased diversity of national provisions regarding the protection of self-employed farmers should be further researched at the European level and efforts for the coordination of relevant national policies towards a more comprehensive coverage of farmers should be discussed." (author's abstract)

[682-F] Kovacheva, Siyka, Dr.; Biggart, Andy; Julkunen, Ilse, Prof.; Marcovici, Octav; Jung, Bogdan, Dr.; Machacek, Ladislav, Prof.; Capucha, Luis, Dr.; Kazepov, Yuri, Prof.; Lopez Blasco, Andreu, Dr.; Lassnigg, Lorenz, Dr.; Steiner, Mario; Moerch, Sven, Prof.; Jensen, Torben B., Prof.; Ule, Mirjana, Prof.; Stathakopoulos, Penelope; Telipoulou, Kassandra (Bearbeitung); Walther, Andreas, Dr.; Pohl, Axel (Leitung):
Benachteiligte Jugendliche in Europa

INHALT: Die thematische Studie zu Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche zielte auf ein besseres Verständnis der Benachteiligung von Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf. Die Studie liefert lokalen, nationalen und EU-Politikverantwortlichen sowie Nicht-Regierungsorganisationen eine Wissensbasis über Politikansätze, die im Kontext der erweiterten EU entwickelt, implementiert und evaluiert worden sind. Diese Wissensbasis basiert auf dem Vergleich der unterschiedlichen institutionellen und Arbeitsmarktkontexte in Europa. Von den 13 beteiligten Ländern haben Bulgarien, Finnland, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakische Republik, Spanien und das Vereinigte Königreich erhebliche Probleme bei der Inklusion von arbeitslosen Jugendliche oder von Schulabbrechern. Diesen Ländern wurden Österreich, Dänemark und Slowenien als "Kontrastländer" mit besserer Performance in diesen Bereichen gegenübergestellt. Das Hauptziel war, Faktoren zu identifizieren, die für den Erfolg oder Misserfolg von Politikansätzen zur nachhaltigen Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf verantwortlich sind. Der spezifische Untersuchungsansatz dieser Studie beruhte auf den folgenden Ausgangsannahmen: 1. Benachteiligung wird anhand des Zusammenspiels sozio-ökonomischer Strukturen, institutioneller Maßnahmen und Problemdefinitionen und individueller Wahrnehmungen und Handlungsstrategien analysiert. 2. Aus vergleichender Analyse und gelingenden Maßnahmen lernen setzt voraus, dass die Komplexität von Übergangsregimes und deren Pfadabhängigkeit berücksichtigt wird, und dass statt der einfachen "Übertragung" politischer Modelle nach funktionellen Äquivalenten von Erfolgfaktoren gesucht wird. Die thematische Studie identifizierte in einem ersten Schritt die Schlüsselprobleme in den jeweiligen Ländern und bündelte diese zu länderübergreifenden Problemkonstellationen. In einem zweiten Arbeitsschritt wurden aktuelle Maßnahmen auf ihre Angemessenheit angesichts dieser Problemkonstellationen hin überprüft. In einem dritten Schritt wurden Erfolgsfaktoren für Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche analysiert. In einem abschließenden Arbeitsschritt wurden Empfehlungen erarbeitet, wie Poltitikgestaltung und Praxis von "gelungenen Beispielen" profitieren können, ohne kontextspezifische Anteile aus den Augen zu verlieren. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden in einem vergleichenden Bericht über Muster der Benachteiligung von Jugendlichen zusammengefasst, der es erlaubt, damit zusammenhängende Politikbereiche und Erfolgsfak-

toren kontext- und anwendungsbezogen zu bewerten (es existiert außerdem eine deutschsprachige Zusammenfassung). Diesem Bericht beigefügt ist ein Annex mit Zusammenfassungen der länderspezifischen Analyse von Benachteiligung, Maßnahmen und Empfehlungen. Ein Konsortium aus erfahrenen Expertinnen und Experten ist verantwortlich für die länderspezifischen Teile der Studie. Der gemeinsame Arbeitsprozess umfasste einen gemeinsamen Workshop aller Beteiligten sowie eine Reihe von länderspezifischen Veranstaltungen, bei denen die Ergebnisse mit nationalen Experten aus Politik, Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen diskutiert wurden. Die Ergebnisse wurden bei einem Abschlussseminar in Brüssel mit nationalen und europäischen Verantwortlichen aus Politik und von Maßnahmeträgern diskutiert. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Walther, Andreas; Pohl, Axel u.a.: Thematic study on policy measures concerning disadvantaged youth. Final report. Tübingen 2005 (Download unter: http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/youth_study_en.pdf).+++Thematische Studie über politische Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche. Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Ergebnisse Strategischer Studien, 6 (ISSN 1830-5431) (Download unter: http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/youth_leaflet_de.pdf).+++ Walther, Andreas; Pohl, Axel u.a.: Thematic study on policy measures concerning disadvantaged youth. Final report. Vol. 2. Tübingen 2005 (Download unter: http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/youth_study_annex_en.pdf).

ART: *BEGINN:* 2004-12 *ENDE:* 2005-10 *AUFTRAGGEBER:* Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für regionale Innovation und Sozialforschung -IRIS- e.V. (Fürststr. 3, 72072 Tübingen); Institut für Höhere Studien (Stumpergasse 56, 1060 Wien, Österreich)

KONTAKT: Walther, Andreas (Dr. Tel. 07071-9520-60, Fax 07071-9520-77, e-mail: andreas.walther@iris-egris.de); Pohl, Axel (e-mail: axel.pohl@iris-egris.de)

[683-F] Kuitto, Kati, Dipl.-Pol.; NN (Bearbeitung); Jahn, Detlef, Prof.Dr. (Leitung):
Wohlfahrtsstaatliche Politik im erweiterten Europa. Eine Untersuchung der Entwicklungstendenzen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements in West- und Osteuropa

INHALT: Europäische Wohlfahrtsstaaten sehen sich seit Jahren mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Wachsender Wettbewerbsdruck als Folge wirtschaftlicher Globalisierung, demographischer und wirtschaftsstruktureller Wandel, Austerität der Sozialversicherungssysteme sowie wachsenden Interdependenzen zwischen west- und osteuropäischen Staaten durch die Integration der postkommunistischen Staaten, deren Wohlfahrtsstaatlichkeit im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Transformation gänzlich zur Revision stand, haben Forscher und Entscheidungsträger befürchten lassen, dass eine Konvergenz von europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hin (race to the bottom) stattfinden wird. Doch lässt sich dieser Trend empirisch bestätigen? Wohin geht die Wohlfahrtsstaatlichkeit im erweiterten Europa? Das Ziel des Projektes ist es, erstens die wohlfahrtsstaatlichen Politikmuster sowie ihren Wandel und mögliche Konvergenz-/ Divergenztendenzen in 29 west- und mittelosteuropäischen Staaten im Zeitraum von 1995 bis 2006 zu identifizieren. Zweitens soll empirisch getestet werden, welchen Einfluss internationale Faktoren, die unter den Stichworten Globalisierung und Europäisierung summiert werden können, unter Berücksichtigung zentraler nationalstaatlicher Faktoren auf die wohlfahrtsstaatliche Politik im erweiterten Europa ausüben. Damit trägt das Projekt dazu bei, unsere wissenschaftlichen Kenntnis-

se über die Entwicklung der Wohlfahrtsstaatlichkeit im gesamten Europa unter Berücksichtigung der postkommunistischen Staaten zu vertiefen und den Forschungsstand der empirisch vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung auf die mittelosteuropäischen Staaten zu erweitern. *ZEITRAUM:* 1995-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa (29 Länder)

METHODE: Untersuchungsdesign: Querschnitt; gepoolte Zeitreihenanalyse *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

ART: *BEGINN:* 2008-10 *ENDE:* 2010-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre (Baderstr. 6-7, 17489 Greifswald)

KONTAKT: Kuitto, Kati (Tel. 03834-863156, e-mail: kuitto@uni-greifswald.de)

[684-F] Lang, Kristina; Sproß, Cornelia (Bearbeitung); Konle-Seidl, Regina; Fromm, Sabine, Dr. (Leitung):

Aktivierungsstrategien für erwerbsfähige Hilfebezieher im internationalen Vergleich

INHALT: Durch einen internationalen Vergleich ähnlich gelagerter "Aktivierungsreformen" soll ein Beitrag zur Klärung der zentralen Frage geleistet werden, unter welchen institutionellen und konjunkturellen Kontextbedingungen Strategien der Aktivierung für erwerbsfähige Hilfebezieher erfolgreich sind. Ziel des Projektes ist ein systematischer internationaler Vergleich der Ausprägung, Funktionsweise und Wirkung aktivierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für erwerbsfähige Hilfebezieher in ausgewählten Ländern, um Aussagen über die Implementation und Wirkung einer effektiven Aktivierungsstrategie für erwerbsfähige Hilfebezieher in Deutschland treffen zu können. Folgende zentrale Forschungsfragen stehen im Mittelpunkt des Projektes: Welche Ausgestaltungen von Fordern und Fördern findet man - abhängig vom jeweiligen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsregime - im internationalen Vergleich? Welche unmittelbare Wirkungsziele (Eingliederung, Beschäftigungsfähigkeit, Stabilisierung) wurden in den verschiedenen Ländern definiert? Welche Wirkung zeigen Aktivierungsstrategien auf die individuellen Wiederbeschäftigungschancen von erwerbsfähigen Hilfebeziehern im internationalen Vergleich? Wie wirken sich Aktivierungsstrategien auf die Dauer von Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug, Übergänge in verschiedene Formen der Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit im spezifischen nationalen Kontext aus? Wie muss eine Politik der ökonomischen Anreize und Sanktionen zur Aufnahme einer Arbeit ausgestaltet sein (Anreizkompatibilität des Transfersystems), damit sie sich als wirksam erweist? Konnte in den Vergleichsländern der Zielkonflikt zwischen materieller Existenzsicherung und negativen Erwerbsanreizen von Sozialleistungen gelöst werden? Konnte durch Integration in Erwerbsarbeit Hilfebedürftigkeit überwunden werden? Gibt es im Ländervergleich Personengruppen, die trotz "Fördern und Fordern" nicht integriert werden können? Ziel: Systematischer Ländervergleich der Aktivierungsstrategien für erwerbsfähige Hilfeempfänger. Welche unterschiedlichen Ausprägungen dieser Strategien hinsichtlich Zielgruppen, Zieldefinitionen, Implementationsstrategien usw. lassen sich in den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Zusammenhängen beobachten und wie sind sie hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu beurteilen? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Großbritannien, Niederlande, Schweden, Dänemark, USA

METHODE: Systematischer Vergleich der Änderungen im Leistungsrecht, der aktivierenden Eingliederungshilfen und der damit verbundenen institutionellen Veränderungen in ausgewählten Ländern (Großbritannien, die Niederlande, Schweden, Dänemark und den USA).

Systematische Aufbereitung und Auswertung (Meta-Analyse) vorliegender Implementations- und Evaluationsstudien.

ART: *BEGINN:* 2005-09 *ENDE:* 2007-08 *FINANZIERER:* Bundesministerium für Arbeit und Soziales

INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0911-179-0, e-mail: info@iab.de)

[685-L] Leiber, Simone; Schäfer, Armin:
Der doppelte Voluntarismus in der EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2007, H. 40, S. 116-135 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In diesem Beitrag werden die seit Anfang der 1990er Jahre neu entstandenen Governance-Modi in der Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU analysiert. Dabei zeigt sich eine Ausdifferenzierung in zwei Richtungen: Im Bereich der negativen Integration hat supranationale Zentralisierung weiter an Bedeutung gewonnen. Positive Integration ist dagegen zunehmend weichen, kooperativen Steuerungsformen unterworfen. Auf unverbindliche Verfahren wird zurückgegriffen, wenn der Konsens zur Vergemeinschaftung fehlt. In diesen Fällen lässt sich ein doppelter Voluntarismus - bei den Verfahren und den Inhalten - konstatieren, der vor allem den Sozialen Dialog betrifft. In der Gesamtschau kann eine Verdrängung der Hierarchie als relevantem Modus der EU-Governance ebenso wenig diagnostiziert werden wie eine Konvergenz der Governance-Formen zwischen Politikbereichen." (Autorenreferat)

[686-L] Leiber, Simone:
Gestaltungsoptionen für ein "Soziales Europa", Berlin 2007, 4 S., ISBN: 978-3-89892-738-3 (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/id/04811.pdf)

INHALT: Wenn man sich mit der Frage befasst, auf welche Weise die Europäische Union (EU) nationale Wohlfahrtsstaaten beeinflusst, so ist noch immer eine Unterscheidung von Leibfried und Pierson hilfreich. Diese unterscheiden drei Arten von Einflüssen, mit denen die EU auf die Souveränität der nationalen Sozialstaaten einwirkt: erstens direkte Einflussnahme durch so genannte positive oder "aktive" Regelungs- und Rechsetzung, die dann durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ausgelegt wird; zweitens direkte Einflussnahme durch negative, Markthemmnisse beseitigende Integration - dazu gehören bspw. Einschränkungen der Souveränität nationaler Sozialstaaten, die durch den Zwang zu Anpassungen der Sozialsysteme an die Erfordernisse des Binnenmarktes (v.a. der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit) notwendig werden; drittens indirekte Einflüsse wie etwa Zwänge zur Haushaltskonsolidierung im Rahmen der Währungsunion, die Spielräume für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme einschränken. Im Laufe der 1990er Jahre haben die Instrumente der positiven, "aktiven" EU-Sozialpolitik einen beachtlichen Entwicklungsschub erfahren. Dazu zählt in Teilen auch die so genannte Offene Methode der Koordinierung (OMK). Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, ob sich das Bild vom "begrenzten Erfolg" der aktiven Sozialpolitik, das zahlreiche Autoren Mitte der 1990er Jahre konstatierten,

inzwischen verändert hat und welche Schlussfolgerungen sich für zukünftige Gestaltungsoptionen der "sozialen Dimension" Europas daraus ergeben. (ICD2)

[687-F] Lingnau, Kathrin, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Waldschmidt, Anne, Prof.Dr. (Leitung):
Soziale Teilhabe in Europa: eine Studie zu den Ordnungsprinzipien europäischer Sozial- und Gleichstellungspolitik am Beispiel der Politiken für behinderte Menschen auf supranationaler und nationaler Ebene

INHALT: Behindertenpolitik ist kein klar abgrenzbares Politikfeld, sondern existiert vielmehr als komplexer "policy mix" im Spannungsfeld von Existenzsicherung (sozialpolitische Absicherung), Rehabilitation (Arbeitmarktintegration) und Gleichstellung (Bürgerrechtspolitik). Außerdem macht sich der wachsende Einfluss der Europäischen Union als supranationaler Akteur - zum Beispiel bei der Verabschiedung des Gleichbehandlungsgesetzes in Deutschland - bemerkbar. Vor diesem Hintergrund werden in dem Forschungsprojekt behindertenpolitisch relevante Dokumente der EU analysiert, um die Genese der europäischen Behindertenpolitik auf programmatischer und institutionell-struktureller Ebene zu rekonstruieren. Außerdem wird untersucht, inwieweit sich die europäischen Ordnungsprinzipien in nationalen Politiken wiederfinden und welche Rolle die EU-Vorgaben in den nationalen Implementationsprozessen spielen. Zu diesem Zweck werden auf der Basis der Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen (1990) drei Länderprofile erstellt: Deutschland für den konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaatstyp, Großbritannien für den wirtschaftsliberalen Typ und Schweden für den sozialdemokratisch-universalistischen Typ. Die Länderanalysen fragen nach dem Spannungsverhältnis zwischen der sozialpolitisch ausgerichteten Behindertenpolitik und der Bürgerrechts- und Gleichstellungspolitik. *ZEITRAUM:* ab 1945 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa, Deutschland, Großbritannien, Schweden

METHODE: Neben Literaturanalysen ist eine Dokumentenanalyse zentraler Quellen der EU vorgesehen. Für die drei Länderberichte werden Diskursanalysen, Akteurskonstellationsanalysen, Analysen der Versorgungspraxis sowie Sekundäranalysen statistischer Daten durchgeführt. *DATENGEWINNUNG:* Dokumentenanalyse, offen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Waldschmidt, Anne: Behindertenpolitik im Spannungsverhältnis zwischen Normierung und Normalisierung. in: Graumann, Sigrid; Grüber, Kathrin (Hrsg.): Anerkennung, Ethik und Behinderung: Beiträge aus dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft. Mensch - Ethik - Wissenschaft, Bd. 2. Münster: Lit Verl. 2005, S. 175-194. ISBN 3-8258-8322-1.+++Waldschmidt, Anne: Robert Castel: die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. in: KultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Nr. 52, 2007, S. 51-54.+++Waldschmidt, Anne: Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen. in: Stein, Roland; Orthmann, Dagmar (Hrsg.): Basiswissen Sonderpädagogik. Band V: Lebensgestaltung bei Behinderungen und Benachteiligungen im Erwachsenenalter und Alter. Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren (in Vorbereitung).+++Waldschmidt, Anne: Existenzsicherung - ein soziales Recht? Überlegungen zur Theorie der Behindertenpolitik unter besonderer Berücksichtigungen von Menschen mit schwerer Behinderung. in: Grüber, Katrin; Dederich, Markus (Hrsg.). Herausforderungen: mit schwerer Behinderung leben. Beiträge aus dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft. Frankfurt am Main: Mabuse Verl. 2007, S. 61-74. ISBN 978-3-938304-74-7. *ARBEITSPAPIERE:* Waldschmidt, Anne: European disability policy - disability policy in Europe: a German perspective. Presentation at the Annual Conference 2005 of ESPAnet - The Network for European Social Policy Analysis "Making Social Policy in the Postindustrial Age", Univ. of

Fribourg, September 24th, 2005, Fribourg/ Switzerland, 16 S. Unter: http://www.unifr.ch/travsoc/espanet05/papers/pap05-03.pdf abrufbar.+++Waldschmidt Anne; Lingnau, Kathrin: Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt "Soziale Teilhabe in Europa: eine Studie zu den Ordnungsprinzipien europäischer Sozial- und Gleichstellungspolitik am Beispiel der Politiken für behinderte Menschen auf supranationaler und nationaler Ebene" zur Vorlage an den Auftraggeber RheinEnergieStiftung Jugend/ Beruf, Wissenschaft. Köln: Oktober 2007, 96 S.

ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* RheinEnergieStiftung Jugend/ Beruf, Wissenschaft, Köln *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation Lehrstuhl für Soziologie in der Heilpädagogik, Sozialpolitik und Sozialmanagement (Frangenheimstr. 4, 50931 Köln)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0221-470-6891, e-mail: soziologie-heilpaedagogik@uni-koeln.de)

[688-L] Linsenmann, Ingo:
Bildungs- und Jugendpolitik, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 155-158, ISBN: 978-3-8329-2447-8 (Standort: FHB Gelsenkirchen(1010)-PQZ48-2006)

INHALT: Der Beitrag zur EU-Innenpolitik im Zuge des europäischen Integrationsprozesses 2005/2006 befasst sich mit der Bildungs- und Jugendpolitik. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) die Zielsetzungen im Lissabon-Prozess, (2) die Maßnahmen auf europäischer Ebene, (3) den Vorschlag für ein Europäisches Technologieinstitut sowie (4) die Bildungs- und Jugendprogramme 2007-2013. Auf europäischer Ebene sind derzeit im Rahmen der Umsetzung des Arbeitsprogramms 'Allgemeine und Berufliche Bildung 2010' insbesondere die Kompatibilität der Bildungssysteme, die Anerkennung von Qualifikationen und der Abbau von Mobilitätshindernissen Ziel verschiedener Initiativen der Europäischen Kommission. Gleichzeitig werden die beiden Flagship-Programme in den Breichen Bildung und Jugend pünktlich Anfang des Jahres 2007 starten können. Weiterhin für Wirbel sorgt das Lieblingsprojekt des Kommissionspräsidenten zur Errichtung eines Europäischen Technologieinstituts. (ICG2)

[689-L] Makarovic, Matej; Ivancic, Angelca; Podmenik, Darka:
Social and political participation: is there an European convergence?, in: Frane Adam (Hrsg.): Social capital and governance : old and new members of the EU in comparison, Münster: Lit Verl., 2007, S. 51-88, ISBN: 978-3-8258-9658-7 (Standort: UB Siegen(467)-31 PEN 11410)

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht der Vergleich zwischen den alten und neuen europäischen Demokratien hinsichtlich der Muster von sozialer und politischer Partizipation. Die Verfasser gehen der Frage nach, welche Merkmale die Muster der Partizipation konstituieren und wie sie sich interpretieren lassen. Zur Erfassung der Verfügbarkeit des sozialen Kapitals werden sowohl quantitative (hierarchische Clusteranalyse) als auch qualitative Methoden verwendet (Triangulationsansatz). Die Verfasser stellen fest, dass keine Tendenzen im Sinne einer gesamteuropäischen Konvergenz vorhanden sind, und schildern die Unterschiede zwischen den identifizierten Mustern. Dabei werden gemäßigte, aktive und passive Demokratien unterschieden. Zugleich werden auch einige Teilkonvergenztendenzen zwischen einigen neuen und alten Demokratien diagnostiziert. Die Nationen mit hohem Niveau des so-

zialen Kapitals zeigen auch ein hohes Niveau praktisch aller Formen soziopolitischer Partizipation. Dazu gehören auch solche, die nicht direkt mit dem sozialem Kapital verbunden sind, wie z.B. die stimmberechtigte und die passive Mitgliedschaft. (ICG2)

[690-L] Mattei, Paola:
The welfare state and new challenge from the back door, (TranState Working Papers, No. 65), Bremen 2007, 36 S. (Graue Literatur; URL: http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=74)

INHALT: "Empirische Untersuchungen zum organisatorischen Wandel des Wohlfahrtsstaates in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien seit den 80er Jahren deuten auf einen konvergenten und konsistenten Homogenisierungsprozess hin, der hauptsächlich durch institutionellen mimetischen Isomorphismus angetrieben wird. Die neue Organisationsweise wird zunehmend durch die strukturelle Autonomisierung einzelner Leistungsträger geprägt. Dieser Beitrag argumentiert, dass die Wahrscheinlichkeit der Einführung organisatorischer Autonomie steigt, wenn diese normativ gefördert wird, und zwar unabhängig von der Verschiedenheit institutioneller Rahmenbedingungen und der Art des Wohlfahrtsregimes. Es ist daher Hauptanliegen dieses Arbeitspapiers, die Gemeinsamkeiten und Konvergenzprozesse organisatorischer Strukturen über Länder und Sektoren hinweg zu erklären und die treibende Kraft dieses Homogenisierungsprozesses zu identifizieren. Warum nehmen unterschiedliche Organisationsfelder über verschiedene Länder und Wohlfahrtsregimes hinweg ähnliche Organisationsstrukturen an, ohne dass abgesicherte Belege für ökonomische Effizienzgewinne vorlägen? Die Konvergenz der Organisationsweise von Leistungsträgern unterschiedlicher Wohlfahrtstaaten wird nicht nur durch die ökonomische Globalisierung oder den Anspruch auf Leistungseffizienz vorangetrieben. Vielmehr erklärt sich diese Konvergenz durch das Bedürfnis von Politikern, neue Legitimationsquellen zu erschließen, in einer Zeit, in der politische Verantwortung zunehmend auf Manager verlagert wird. Der vorliegende Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zuerst wird die Theorie des mimetischen Isomorphismus erweitert, indem sie zur Erklärung neuer Muster wohlfahrtsstaatlicher Leistungserbringung herangezogen wird. Zweitens wird der Reformprozess der Autonomisierung des Schul- und Krankenhauswesens in Großbritannien im Vergleich zu Frankreich und Italien diskutiert. Im dritten Teil konzentriert sich der Beitrag auf Deutschland. Hier wird empirisch gezeigt, dass der deutsche Fall nicht länger der Kategorie 'Immobilisme' zugeordnet werden kann, am wenigsten im Bezug auf sein Gesundheitswesen. Zuletzt werden die weitgehenden Implikationen organisatorischer Homogenisierung für die TRUDI Konstellation diskutiert (Leibfried und Zürn, 2005)." (Autorenreferat)

[691-L] Melis, Africa:
Teilnahme von Männern und Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, 2004, (Statistik kurz gefasst : Bevölkerung und soziale Bedingungen, 66/2007), Brüssel 2007, 7 S. (Graue Literatur; URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-07-066/DE/KS-SF-07-066-DE.PDF)

INHALT: "Mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik (AMP) wird eingegriffen, wenn es darum geht, Erwerbslose und andere benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu aktivieren und zu unterstützen. Die Hauptzielgruppe für solche Eingriffe sind die registrierten Arbeitslosen, in

ganz Europa wird jedoch neben der Aktivierung Erwerbsloser zunehmend auch die von nicht erwerbsaktiven Personen in den Mittelpunkt dieser Politik gestellt. In der EU insgesamt scheinen Frauen bei AMP-Eingriffen im Verhältnis zu ihrem Anteil an den registrierten Arbeitslosen und allgemein an der Gesamtzahl all derer, die gerne arbeiten würden, unterrepräsentiert zu sein. Tatsächlich ist die Aktivierungsquote der Männer 9 Prozentpunkte höher als die der Frauen. Die Situation ist jedoch von Land zu Land verschieden, und bei der Interpretation der Daten ist wegen der unterschiedlichen Definitionen und Rechtsvorschriften in den einzelnen Ländern Vorsicht geboten." (Autorenreferat)

[692-L] Meyer, Hendrik; Schubert, Klaus:
Vom nationalen Wohlfahrtsstaat zum europäischen Sozialmodell?, in: Nils C. Bandelow, Wilhelm Bleek (Hrsg.): Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien : Festschrift für Ulrich Widmaier, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 29-42

INHALT: "Ziel dieses Beitrages ist eine Sekundäranalyse der Literatur zur internationalen 'Sozialstaatsforschung'. Grundlage ist dabei eine, wenn auch sicher nicht vollständige, dennoch breite Dokumentation der wissenschaftlichen Literatur zur Sozialstaatsforschung, die unter Zuhilfenahme einer adäquaten Verschlagwortung einen Erkenntnis gewinnenden Blick auf die wichtigsten sozialstaatlichen Diskussionsstränge der letzten fünfzehn Jahre eröffnet. Zu diesem Zweck sollen zunächst kurz die Grundlagen sowie die wesentlichen theoretischen und methodischen Kritikpunkte zur vergleichenden Sozialstaatsforschung skizziert werden 2. um auf dieser Basis dann auf die Bedeutung der Globalisierung 3. und der Europäisierung 4. als maßgebliche Herausforderung für europäische Wohlfahrtsstaaten einzugehen. In einem weiteren Schritt wird dann das ESM nicht nur als Versuch dargestellt, diesen Herausforderungen zu begegnen, sondern es wird auch danach gefragt, in welchem Umfang es gelingt, kollektives sozialpolitisches Handeln auf europäischer Ebene einzurichten 5. Im letzten Abschnitt 6. soll die Frage nach dem "Erfolg" des ESM beantwortet und ein Vorschlag zur Öffnung und Effektivierung der vergleichenden Sozialstaatforschung gemacht werden." (Textauszug)

[693-L] Mnich, Eva; Kohler, Susanne:
Ein europäischer Vergleich zum Effekt wohlfahrtsstaatlicher Transfers auf familiale Pflege: Wirkungen der deutschen Pflegeversicherung, in: Christian Janßen, Bernhard Borgetto, Günther Heller (Hrsg.): Medizinsoziologische Versorgungsforschung : theoretische Ansätze, Methoden, Instrumente und empirische Befunde, Weinheim: Juventa Verl., 2007, S. 253-274, ISBN: 978-3-7799-1148-7

INHALT: Die Untersuchung will die Gültigkeit der Komplementaritätshypothese klären, der zu Folge finanzielle Anreize eine zusätzliche Pflege-Motivation für die Familienangehörigen bedeuten und die familiale Pflege fördern. Basis der Untersuchung ist Datenmaterial zur familialen Pflege für sechs europäische Länder (Italien, Griechenland, Schweden, Polen, Großbritannien, Deutschland), das im Rahmen des Forschungsprojekts EUROFAMCARE erhoben wurde. Die Vergleichbarkeit wird über eine Typisierung von Pflegesituationen hergestellt. Die Untersuchung bestätigt die spezielle Komplementaritätshypothese, wonach das Pflegegeld in Deutschland mit seinen direkten Transferkomponenten die intergenerationelle Pflege zu befördern vermag. (ICE2)

[694-F] Moachon, Eric; Badan, Philippe; Thelen, Lionel (Bearbeitung); Bonvin, Jean-Michel (Leitung):
Eurocap, "Social dialogue, employment and territories. Towards a European politics of capabilities"

INHALT: To turn Europe into a knowledge-based economy as advocated at Lisbon in March 2000 threatens social cohesion. The flexibilisation of work, industry and regional economies creates conflict between two strategic objectives. To raise levels of employability and adaptability through 'active labour market policy' threatens job security and increases social risk. 'Modernising social protection' implies controlling its costs. Other things being equal, the first objective raises demands for protection while the second lowers its quality. This conflict is central to future social dialogue. Europe's social actors and citizens will judge change in terms of equitable access to work and sound social protection, as experienced in their lives. To respond to these expectations, Europe needs to build a framework of active security. These conclusions were reached in the preparatory workshops and European conference held by the researchers and actors in the European social dialogue who present this research project. A rigorous, innovative theoretical and methodological approach must underpin a sound empirical analysis of the facts. The problem is further complicated by the way it cuts across normal divisions of public action: work, employment, social protection, regional development. The process of work transformation reconfigures these elements and their interaction. It disrupts social relations within firms, people's lives, their visions of the future, their ambitions and work plans, the connections with markets and social protection, local networks. Most research happily adopts a global approach to institutionalised systems along a logic of adjustment. They advocate simplistically the extension of general and vocational training. The originality of our proposal lies in the premise that a knowledge-based economy is an economy whose products, services, types of work are in constantly evolving, responding to pressure to innovate. Uncertainty becomes the driving force for action. Hence the problem of social cohesion: the potential response is not passive protection, but active security. Both problem and response concern firms as much as individuals. This analysis centres the project on the theoretical concept of capabilities. To face uncertainty, actors need capabilities - real possibilities of operating in an efficient manner to protect themselves from risk. The public actor - Europe - must promote an equitable distribution of capabilities, their development and their reinforcement in law and social convention. The concept has a long tradition in economics, (being central to the work of Amartya Sen, Nobel prize winner in economics) and in law. It is currently highly relevant. The project uses a sample of regions and firms in seven European countries. Empirical, detailed research analyses a range of business policies and public plans. These integrate work change, social dialogue and collective responsibility into the organisation of the economy, employment and welfare provision. Do these approaches involve a 'politics of capabilities'? Do they offer security as employment changes? We suspect localities are more advanced in practical knowledge and experience than is often believed. The research aims to learn from local lessons: to produce more systematic, scientific analysis, reflexive and applicable to European social dialogue and legislation. The objective is an evaluation of macroeconomic policies and social policies. Regional and macro-analysis will merge to generate new statistical categories, indicators, indices. The research will, by orchestrating work between researchers and social actors, produce theoretical knowledge, regional analysis, policy lessons. For further Information: http://www.sidos.ch/ . *ZEITRAUM:* 1990-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* pays impliqués: Allemagne, Belgique, France, Italie, Royaume-Uni, Suède, Suisse

METHODE: Monitoring and Analytical Tools: The project is cross-cutting and interdisciplinary. Rather than treat territory on the one hand, systems of social protection on the other, with employment policy and macro-economics as extras, we have selected outstanding points of the problem (thanks to the interrogation from the social actors mentioned below). The data and tools we wish to produce must be useful to the partners involved in European social dialogue. The governance of a process leading Europe towards a politics of capabilities is not a political strategy designed for a Centre that is confronted by rational and opportunistic actors. This is Williamson's conception; for our project, it is an illusion (Williamson, 1985). Mutual learning and the exchange of good practice, agreement on a common agenda, the actors taking responsibility in a framework of subsidiarity and the creation of information frameworks - these are the best methods. As well as from theories of governance, we will draw lessons from current research on experimentalist democracy (Sabel, 1999; Sabel, 2000). The objective to shape, support and develop the capabilities of economic actors (firms, workers, territories) is a necessary aim for everyone at every moment. This requires, among other things, proximity, attention to diversity and the need to construct, through deliberation with interested parties, practical solutions. Far from being utopian, these characteristics are all present in Europe in multiple public initiatives or in innovative policies of firms. They are often wrongly dismissed as 'local' experiments. We will demonstrate that these are the points of application for a European strategy of capabilities. Questions from actors of European social dialogue The social actors who participate in this project are personally and institutionally involved in the European social dialogue as representatives of their mandated interests; they contribute positively to the construction of the community. They support continuing in-depth investigation involving social scientific research, notably the current series of workshops funded by the DG Employment and Social Affairs. This series of workshops concluded with a conference in Brussels on 13-14 January 2001, held under the Presidency of the DG Employment and Social Affairs. The network of researchers and social actors have also participated in the Conference on changes in work, organised by the French Presidency of the European Union on 18-19 September 2000 in Paris. These were opportunities to deepen the dialogue that has been pursued in 2001 to prepare this project. This relationship with the researchers has alerted the social actors to an important strategy in the promotion of a knowledge society. It encourages, while protecting individual independence, an 'open co-ordination' of research and action - comparable to the type welcomed in territorial civil and social dialogue and also in the creation of employment policies, brought to the fore at the Lisbon Summit. Two of the social actors, CES and CEEP, have been linked in operational partnership for four years, to promote lasting development and regional co-operation; their experience at territorial level strengthens their capacity to intervene at the European level. The problematic addressed to researchers within the project seeks to develop their capacity for intervention in community politics, based on the research results. The researchers on themes under study are required to orchestrate theoretically the social actors' ability to formalise the issues and the political alternatives and orientations available at European, national and territorial levels. The problematic is based on five perspectives: capabilities, territories, active security against hazards, the negotiation of collective agreements at European level, awareness of industrial restructuring. It also refers to the interactions between these perspectives. Further Information: http://www.sidos.ch/ .

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bonvin, Jean-Michel: La démocratie dans l'approche d'Amartya Sen. in: L'économie politique, 2005, n 27, pp. 24-37.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: What informational basis for assessing job-seekers? Capabilities vs. preferences. in: Review of Social Economy, vol. LXIII, 2005, n 2, pp. 269-90.+++Bonvin, Jean-Michel; Moachon, E.:

Les métamorphoses de l'institution à l'âge de la négociation. in: Négociations, 2005, 1, pp. 44-56.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Occupabilità e capability: il ruolo delle agenzie locali nell'attuazione delle politiche sociali: occupabilità e capability. in: Rivista delle Politiche Sociali, 2005, 1, pp. 47-78.+++Bonvin, Jean-Michel; Dean, H.; Farvaque, N.; Vielle, P.: Developing rights and capabilities in welfare-to-work policies. in: European Societies, 2005, 1, pp. 4-26.+++Bonvin, Jean-Michel; Badan, Ph.; Moachon, E.: Le rôle des acteurs locaux dans les nouvelles politiques de l'emploi. in: Revue suisse de sociologie, 2004, 3, pp. 381-96.+++Bonvin, Jean-Michel: Sortir de l'homo oeconomicus: la voie anthropologique d'Amartya Sen. in: Finance & the Common Good/ Bien commun, n 22, 2005, pp. 72-80.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Social opportunities and individual responsibility: the capability approach and the third way. in: Ethique économique, 2005, 1, pp. 1-23.+++Bonvin, Jean-Michel: Le partenariat social peut-il survivre à la flexibilité? in: AGEFI, Supplément "Entreprises", 2004, p. 62-4.+++Bonvin, Jean-Michel; Badan, Ph.; Moachon, E.; Thelen, L.: Protection sociale et marché du travail en transition. Une approche en termes de capabilités. in: Dang, A.; Outin, J.L.; Zajdela, H. (dir.): Défis et mutations des relations emploi-protection sociale. Paris: Editions du CNRS 2006.+++Bonvin, Jean-Michel: Assessing the European social model against the capability approach. in: Jepsen, M.; Serrano, A. (eds): Unravelling the European social model. Cambridge, Polity Pr. 2006.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Promoting capability for work: the role of local actors. in: Deneulin, S. et al. (eds): The capability approach, towards structural transformations. Dordrecht: Springer 2006, S. 121-43.+++Bonvin, Jean-Michel; Moachon, E.: L'activation et son potentiel de subversion de l'etat social. in: Vielle, P.; Pochet, Ph.; Cassiers, I. (eds): L'Etat social actif. Bruxelles, PIE Lang 2005, pp. 62-92.+++Bonvin, Jean-Michel; Schoenenberger, A.: Etat-providence et liberté individuelle, les coordonnées du débat. in: Nollert, M.; Scholtz, H. (eds): Wirtschaft in soziologischer Perspektive. Diskurs und empirische Analysen. Münster: LIT Verl. 2004, p. 211-226.+++Bonvin, Jean-Michel: The rhetoric of activation and its effects on the definition of the target groups of social integration policies. in: Serrano Pascual, A. (ed): Are activation policies converging in Europe? The European employment strategy for young people. ETUI: Brussels 2004, pp. 101-127.+++Bonvin, Jean-Michel: A capability approach to individualised and tailor-made activation. in: Berkel, R. van; Valkenburg, B.: Making it personal. Bristol: Policy Pr. 2007 (forthcoming). *ARBEITSPAPIERE:* Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: Towards a capability-friendly social policy, the role of local implementing agencies. Présenté à Cambridge le 25 juin 2003 dans le cadre de la conférence du VHI sur "Capabilities and Justice".+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, Nicolas: Employability and capability: the role of local agencies in implementing social policies. Présenté à la 3rd Conference on Capabilities de Pavie de septembre 2003.+++Bonvin, Jean-Michel; Thelen, Lionel: Deliberative democracy and capabilities, the impact and significance of capability for voice. Présenté à la 3rd Conférence on Capabilities de Pavie 2003.+++Bonvin, Jean-Michel; Moachon, E.: Social integration policies in Belgium, France and Switzerland: the continental model re-examined. Papier présenté à la conférence du réseau ESPANet de Copenhague, 2003.+++Bonvin, Jean-Michel; Farvaque, N.: What informational basis for assessing job-seekers, capabilities vs. preferences. Paper presented at the "Capabilities and Happiness" Workshop, Cambridge, 19 March 2004.+++Bonvin, Jean-Michel; Dean, H.; Farvaque, N.: Developing capabilities and rights in welfare-to-work policies. Paper presented at the final COSTa15 Conference, Nantes, 22 May 2004.+++Bonvin, Jean-Michel: Employment agencies in Europe. Paper presented at the international CAPVOICE conference, Warsaw, 11-12 June 2004.+++Bonvin, Jean-Michel: L'entreprise comme lieu de recombinaison de l'économique et du social? Présentation à la conférence l'individu social de l'AISLF, Tours, 5-9 juillet

2004.+++Bonvin, Jean-Michel: Social and individual security, opportunities and responsibility. The capability approach and the Third Way. Paper presented at the 4th Conference of the Capability Approach, Pavie, 5-7 September 2004.+++Bonvin, Jean-Michel: The local dimension in labour market policies: Promoting autonomy or enforcing compliance? Paper presented at the 2nd ESPANET Conference, Oxford, 9-11 September 2004.+++Bonvin, Jean-Michel: La protection sociale en transition. Une approche en termes de capabilités. Papier présenté à la conférence du Matisse, Paris, 16-7 septembre 2004.+++Bonvin, Jean-Michel: Politique sociale et emploi. Papier présenté à la conférence du Réseau d'études appliquées en politiques sociales "La recherche en politique sociale", Sion - IUKB, 17 novembre 2004 (invitation).+++Bonvin, Jean-Michel: Employability and capability, The role of local agencies. Paper presented at the ASPEN Network workshop, Vaxjo (Sweden), 11-12 December 2004 (invitation).+++Bonvin, Jean-Michel: Politiques locales de l'emploi en Suisse. Papier présenté à l'Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique (IWEPS), Namur, 17 décembre 2004 (invitation).+++Bonvin, Jean-Michel: Employabilité, capabilités et développement des compétences. Papier présenté à l'Université de Grenoble dans le cadre du Master en sciences de l'éducation "Formation, emploi et compétence", Grenoble, 28 janvier 2005 (invitation).+++Bonvin, Jean-Michel: Toward a European politics of capabilities. The role of local agencies in implementing social policies. Conférence présentée à l'Université de Milan La Bicocca, 17 mars 2005 (invitation).+++Bonvin, Jean-Michel: Restructurations d'entreprise et droits des travailleurs. Le cas de l'industrie métallurgique en Suisse. Conférence présentée à l'IRES, Paris, 30 juin 2005.+++Bonvin, Jean-Michel: Capability for voice and deliberative democracy. Contribution à la conférence de l'HDCA, Paris, 13 septembre 2005.+++Bonvin, Jean-Michel: Entreprise et responsabilité sociale: enjeux et défis. Papier présenté à la 4ème Rencontre "Finance, éthique et responsabilité", Château de Bossey, 30 septembre 2005.+++ Umfangreiche Literaturliste unter: http://www.sidos.ch/ .

ART: *BEGINN:* 2002-12 *ENDE:* 2006-02 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Projet de l'UE

INSTITUTION: Universität Fribourg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Departement des sciences de la société (Bd. de Pérolles 90, 1700 Fribourg, Schweiz)

[695-L] Neugart, Michael:
Provisions of the welfare state: employment protection versus unemployment insurance,
(European Economy : Economic Papers, No. 279), Brüssel: Amt f. amtl. Veröff. d. Europ. Gemeinschaften 2007, 23 S., ISBN: 978-92-79-04632-2

INHALT: "Employment protection and unemployment benefits are considered as the most prominent insurance devices for workers to protect themselves against the risk of unemployment. It occurs that societies either choose a high level of employment protection relative to unemployment benefits or vice versa. This paper explains where countries locate on this trade-off." (author's abstract)

[696-L] Nollert, Michael:
Soziale Sicherheit und Exklusion im flexiblen Kapitalismus: eine komparative Analyse und Evaluation von Flexicurity-Politiken, in: Ulrich Brinkmann, Karoline Krenn, Sebastian Schief (Hrsg.): Endspiel des kooperativen Kapitalismus? : institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 196-217, ISBN: 978-3-531-15325-4 (Standort: UB Köln(38)-34A5923)

INHALT: Der Verfasser geht der Frage nach, in wie weit der paradigmatische Anspruch des Flexicurity-Konzeptes, wie er u.a. von der Europäischen Union formuliert wird, in den Ländern der EU und darüber hinaus in die Tat umgesetzt wurde. Das Konzept Flexicurity bildet eine begriffliche Synthese von flexiblen Arbeitsmärkten und sozialer Sicherheit und lässt sich daher definieren als eine politische Strategie, die einen hohen Grad an Flexibilität des Arbeitsmarkts mit einem hohen Grad an sozialer Sicherheit zu verbinden versucht. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die numerische Flexibilität vornehmlich durch eine Deregulierung der Arbeitsmärkte bzw. Liberalisierung des Arbeitsrechts erhöhen lässt. Parallel dazu wird die soziale Sicherheit durch einen hohen Grad an Dekommodifizierung bzw. Substitutierung von Einkommenseinbußen und tiefen Anspruchsschwellen bei Arbeitslosigkeit, Alter oder Krankheit institutionell verankert. Flexicurity impliziert idealiter, dass Beschäftigte sowohl in normalen als auch atypischen Arbeitsverhältnissen einerseits über weniger arbeitsrechtlichen Schutz, andererseits aber im Falle des Verlusts des Arbeitsplatzes über eine überdurchschnittliche soziale Absicherung verfügen. Der Autor analysiert den Einfluss flexibilisierter Arbeitsmärkte auf die soziale Exklusion. Er stützt sich bei seiner Analyse auf zahlreiche gut eingeführte Indizes zum Bereich Flexicurity, Arbeitsmarkt und Exklusion und zeigt, dass neben Dänemark und der Niederlande, den Musterbeispielen für Flexicurity, auch Schweden eine konsequente Flexicurity-Politik implementiert hat. Über das Konzept der Flexicurity kann der Konflikt zwischen Flexibilisierung auf der einen Seite und Exklusion bzw. Ungleichheit auf der anderen Seite der Meinung des Autors nach entschärft werden. (ICG2)

[697-L] Ochel, Wolfgang:
Sozialstaat, Migration und EU-Erweiterung, in: E. Jürgen Krauß, Michael Möller, Richard Münchmeier (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Kassel: Kassel Univ. Press, 2007, S. 37-58, ISBN: 978-3-89958-249-9 (Standort: Bayer SB München(12)-2007.22205; URL: http://www.upress.uni-kassel.de/online/frei/978-3-89958-249-9.volltext.frei.pdf)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass das Sozialsystem häufig als ein wichtiges Merkmal der Qualität europäischer Gesellschaften betrachtet wird. Die wirtschaftliche Integration von Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau kann erhebliche Veränderungen in der Arbeitsteilung und in der Mobilität von Unternehmen und Produktionsfaktoren auslösen. Es wird gezeigt, dass die Erweiterung der EU um die wirtschaftlich weniger entwickelten mittel- und osteuropäischen Länder die Gefahr birgt, dass es zu einer Erosion der sozialen Sicherungssysteme in den Ländern der EU 15 kommt. Da eine Einschränkung der Mobilität der Arbeitskräfte auf Dauer nicht möglich sein wird und auch nicht wünschenswert ist, kann nur versucht werden, dem Abbau der Grundsicherung durch sozialpolitische Maßnahmen zu begegnen. Die Prüfung der relevanten Vorschläge zeigt, dass die Verzögerung der Integration der Zuwanderer in das Sozialsystem der Zielländer zwar die Erosion der sozialen Sicherungssysteme verhindern könnte, andererseits aber mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Umset-

zung und negativen Nebenwirkungen verbunden wäre. Die Harmonisierung der sozialen Sicherung in der EU würde entweder zu einem Abbau der Grundsicherung in den weiter entwickelten Ländern führen (bei einem niedrigen Sicherungsniveau) oder die Arbeitslosigkeit in den weniger entwickelten Ländern erhöhen (bei einem hohen Sicherungsniveau). Angesichts der nur begrenzten Möglichkeiten, der Erosion der Sozialsysteme durch sozialpolitische Maßnahmen zu begegnen, wäre es wichtig, durch eine Erhöhung der Lohnflexibilität zu verhindern, dass die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedsländern die Arbeitslosigkeit in den EU-15-Ländern erhöht. Damit würde die Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme abnehmen und die für das Sozialsystem zerstörerischen Mechanismen des Systemwettbewerbs an Kraft verlieren. (ICG2)

[698-L] Ochsen, Carsten; Welsch, Heinz:
Who benefits from labor market institutions?: evidence from surveys of life satisfaction,
(Rostocker Zentrum - Diskussionspapier, No. 15), Rostock 2007, 24 S. (Graue Literatur; URL: http://www.rostockerzentrum.de/publikationen/rz_diskussionpapier_15.pdf)

INHALT: "This paper investigates the welfare effects of labor market institutions in Europe, placing an emphasis on how the institutions' effects are differentiated by socio-demographic subgroups. We study how life satisfaction of European citizens is affected by employment protection and the level and duration of unemployment benefit payments. Using data for more than 300,000 individuals in ten European countries, 1975-1998, we find that more employment protection and a higher benefit replacement rate increase life satisfaction of the average citizen. With respect to socio-demographic subgroups, effects are positive for any single group and particularly pronounced for the unemployed and the less educated. Longer duration of unemployment benefit payments does not have significant effects, neither on average nor for most of the subgroups. The institutional variables have their largest impact at the top of the life satisfaction spectrum." (author's abstract)

[699-L] Opielka, Michael:
Soziale Verfassungswerte: die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates als Projekt Europas, in:
Helmut Heidt (Hrsg.): Die Werte Europas : Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Münster: Lit Verl., 2005, S. 120-129, ISBN: 3-8258-8770-7

INHALT: Soziale Verfassungswerte und ihre Institutionalisierung im Projekt des Wohlfahrtsstaates sind ein kaum zu überschätzender Beitrag Europas in der Evolution moderner Gesellschaften. Soziale Verfassungswerte bewegen sich im Spannungsfeld von Religion und Politik. Die Kontroverse um das "Schröder/Blair-Papier" 1999 und damit zwischen Liberalismus und Sozialstaatlichkeit macht deutlich, was eine "soziale" Politik und soziale Verfassungswerte auszeichnet. Ein Vergleich zwischen Europa und den USA zeigt, dass der Wohlfahrtsstaat ein zentraler Bestandteil der europäisch-kulturellen Werteordnung ist. Die EU muss soziale Mindeststandards garantieren, ohne höhere Standards einzelner Mitgliedsstaaten zu behindern. (ICE2)

[700-L] Oppeln, Sabine von:
Das Europäische Sozialmodell: Bilanz und Perspektiven, (Berliner Arbeitspapier zur Europäischen Integration, Nr. 3), Berlin 2007, 16 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.fu-berlin.de/polsoz/polwiss/europa/arbeitspapiere/2007-3_vonOppeln.pdf)

INHALT: "Das Scheitern des europäischen Verfassungsvertrages hat die Diskussion über ein europäisches Sozialmodell erneut intensiviert. Über Jahrzehnte spielte die Sozialpolitik in der europäischen Politik nur eine untergeordnete Rolle. Erst mit der Realisierung des Binnenmarktes und der Einrichtung der Währungsunion wurden die sozialpolitischen Zielsetzungen und Kompetenzen der Gemeinschaft ausgebaut und die soziale Dimension europäischer Politik zunehmend thematisiert. Der Anpassungs- und Reformdruck im Kontext der Prozesse der Globalisierung und Europäisierung, neue demografische Herausforderungen sowie die Verschärfung sozialer Problemlagen infolge anhaltend hoher Arbeitslosenquoten und die Gefahr einer Erosion des sozialen Zusammenhalts in der größer werdenden Europäischen Union sind die Hintergründe dafür, dass sich die Sozialpolitik parallel zur Vertiefung der ökonomischen Integration vom Accessoire zu einem Kernbestandteil europäischer Politik entwickelt hat. Nicht zuletzt ist das vorläufige Scheitern des Verfassungsvertrages, das durch das negative Votum der niederländischen und französischen Bevölkerung ausgelöst wurde, im Wesentlichen auf die ungelöste Frage der sozialen Dimension europäischer Politik zurückzuführen. Dabei verweist nicht nur das Votum der Franzosen zum Verfassungsvertrag, sondern auch die generelle Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten auf die große Bedeutung, die den ökonomischen und sozialen Sorgen der europäischen Bürger zuzumessen ist. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Sozialen für die europäische Politik soll im folgenden Beitrag die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik bilanziert und zugleich nach ihren Perspektiven gefragt werden. Berücksichtigt werden dabei sowohl die institutionellen Strukturen und sozialpolitischen Handlungsoptionen im europäischen Mehrebenensystem als auch die ordnungspolitischen Orientierungen, die sich in der jüngeren Debatte über das Europäische Sozialmodell niederschlagen." (Autorenreferat)

[701-L] Ostheim, Tobias; Zohlnhöfer, Reimut:
Weiche Koordinierung in der Beschäftigungspolitik: Prozess und Auswirkungen in Deutschland, in: Horst Tomann (Hrsg.): Die Rolle der europäischen Institutionen in der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 109-131, ISBN: 978-3-8329-2165-1

INHALT: Die Verfasser stellen die wichtigsten Aspekte der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) sowie ihre Wirkungen auf nationalstaatliche Politiken vor. Dabei werden der Koordinierungsmechanismus des Luxemburger Prozesses und die Inhalte der Europäischen Beschäftigungsstrategie dargestellt und verortet. Anschließend werden schließlich die Auswirkungen des Luxemburg-Prozesses auf die nationalstaatliche Politikgestaltung am Beispiel der deutschen Arbeitsmarktpolitik diskutiert. Es wird gezeigt, dass acht Jahre nach seiner Einführung der beschäftigungspolitische Koordinierungsprozess als Bestandteil der europäischen Politik fest etabliert ist. Fragen nach seinem Einfluss auf die mitgliedstaatliche Politik, seiner Effizienz und Dauerhaftigkeit sind damit jedoch noch nicht beantwortet. Verglichen mit anderen Beispielen der Offenen Methode der Koordinierung etwa im Bereich der Sozialpolitik besitzt die primärrechtlich verankerte gemeinsame Beschäftigungspolitik ein vergleichsweise solides Fundament. Der zugrunde liegende rekursive Prozess ist trotz der Überarbeitung in den letzten Jahren im Wesentlichen erhalten geblieben: Eine Erosion hat nicht stattgefunden,

aber die häufig als unverbindlich gekennzeichnete Koordinierung scheint auf absehbare Zeit auch nicht in eine weitere Integration des Politikfeldes zu münden. Dabei ist festzuhalten, dass die Entscheidung für harte oder weiche Koordinierung in verschiedenen Bereichen der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik kaum einer ökonomischen Logik folgt. Es lassen sich aber selektiv Einflüsse auf einzelne Policies nachweisen. Das betrifft vornehmlich die präventive Arbeitsmarktpolitik, bei der wir Verstärkereffekte festgestellt haben, sowie die Einführung des Gender Mainstreaming in der Arbeitsmarktpolitik und die Politik der Frühverrentung, bei denen sogar von Lenkungseffekten gesprochen werden kann. Diese selektive Einflussnahme erscheint dann wahrscheinlicher, wenn die betroffenen Referate die beschäftigungspolitischen Leitlinien rezipiert haben, die europäischen Zielvorgaben vergleichsweise konkret sind (etwa in Form von quantifizierten Zielvorgaben oder Ratsempfehlungen) und die Regierung dem vorgeschlagenen Weg aufgeschlossen gegenübersteht. (ICG2)

[702-F] Pamp, Oliver, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Bolle, Michael, Prof.Dr. (Betreuung):
Political institutions, political competition and social security reform in Europe

INHALT: Population aging is expected to strain economies and fiscal budgets throughout the industrialized world. The need for pension reform in almost all these countries is widely discussed. However, countries differ markedly in their ability to actually go about changing their systems of old-age provision. While economists usually look at efficiency aspects of different pension systems as well their macroeconomic implications, they, so far, have had less success in explaining when and why pension reforms may be politically feasible. The commonly used overlapping generations models that usually look at the age of the median voter as the decisive determinant are a rather primitive representation of political decision making in democratic systems. This project develops two simple models that aim at explaining decision making on pensions at the voting as well as the legislative level. The structure of electoral institutions shape political competition by office-seeking legislators, making it in certain systems much harder to enact reforms. At the parliamentary level, it is assumed that legislators care both about re-election and their partisan policy preferences. Moreover, their position is also influenced by the overall fiscal situation. The general implications of these models, especially the importance of the overall fiscal situation, are then empirically tested using time-series cross-section analyses of a set of OECD countries. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa
METHODE: Two formal, gametheoretic models are being developed. The resulting hypotheses are then being econometrically tested using panel data. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: N=20, T=30; OECD Länder). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2008-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Wissenschaftler
INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Jean Monnet Centre of Excellence (Ihnestr. 56, 14195 Berlin)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 030-838-54231, e-mail: o.pamp@jmc-berlin.org)

[703-L] Peter, Gerd (Hrsg.):
Grenzkonflikte der Arbeit: die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik,
Hamburg: VSA-Verl. 2007, 371 S., ISBN: 978-3-89965-234-5

INHALT: "In den entwickelten Gesellschaften vollziehen sich seit Jahren Veränderungen, die weitreichende Konsequenzen für die Arbeitswissenschaft und die betrieblichen und gewerkschaftlichen Akteure haben. Das Verhältnis von Strategien auf der Unternehmens- und der betrieblichen Ebene wird spannungsreicher. Die Reorganisationsstrategien erfolgen selten 'aus einem Guss', sind widersprüchlich und umkämpft. Die Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation zeitigen ein Nebeneinander von Prekarisierungs-, (Re-)Taylorisierungs-, Subjektivierungs- und Aufwertungstendenzen. Diese Veränderungen in der Arbeitswelt sind von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Flexibilisierung, Entgrenzung der Arbeitszeit) und der Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Arbeitspolitik abhängig, und damit in Europa auch länderspezifisch voneinander zu unterscheiden. Der Band bilanziert diese Dimensionen europäischer Arbeitskultur, führt verschiedene wissenschaftliche Ansätze zusammen und diskutiert die Frage nach der Arbeitspolitik neuen Typs in den Themenfeldern: Arbeitszeitpolitik und Arbeitsgestaltung; Institutionen und Akteure; Prekarisierung und europäische Kultur der Arbeit - neue betriebliche Steuerungskonzepte; Arbeits- und Gesundheitsforschung; eingreifendes Denken und 'Gute Arbeit' als politischer Auftrag." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Gerd Peter: 'Grenzkonflikte der Arbeit' - Einführung (9-24). Wo stehen wir heute - wo könnten wir stehen? - Eberhard Ulich: Arbeitsgestaltung als politisches Projekt - eine europäische Erfahrungsbilanz für die Zukunft (27-47); Karl Georg Zinn: Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen - Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus (48-76); Steffen Lehndorn: Stammland, Neuland, Niemandsland - Der gegenwärtige Umbruch in der Arbeitszeitpolitik (79-94); Andrea Fergen: Schlechte Zeiten - Gute Zeiten - mit gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik zu "guter Arbeit" (95-116); Wolfgang Kötter: Gute Beispiele, wenige Nachahmer - Große ungenutzte Potenziale für partizipative Produktionsrationalisierung (117-128); Martin Kuhlmann: Jenseits von Gruppenarbeit - Perspektiven der Arbeitspolitik (129-143); Erich Latniak: Organisationswandel und Gruppenarbeit - eine Zwischenbilanz (144-161); Hilde Wagner: 'Gute Arbeit' im Spannungsfeld von Betriebs- und Tarifpolitik - neue Ausgangsbedingungen und integraler Ansatz (165-181); Helmut Martens: Primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik - ein zu erneuernder Zusammenhang (182-201); Dieter Sauer: Vermarktlichung und Politik - Arbeitspolitik unter den Bedingungen Indirekter Steuerung (202-217); Wilfried Kruse: Eine europäische Kultur abhängigen Arbeitens? Beobachtungen und Fragen, auch zur möglichen Rolle der Gewerkschaften (218-227); Frieder Otto Wolf: Beginn eines erfolgreichen politischen Gegen-Handelns - arbeitspolitische Konsequenzen aus dem Scheitern der "Villepin-Reform" in Frankreich (228-238). Konzeptionelle Erneuerung von Arbeitsforschung für Arbeitspolitik - Klaus Peters: Die Ohnmacht der Mächtigen - Anmerkungen zum Unterschied zwischen Zwang und Notwendigkeit (241-253); Ines Langemeyer: Eingreifendes Denken für neue Arbeitsverhältnisse? Zum Paradigmenwechsel der arbeitssoziologischen Forschung (254-266); Nadine Müller: Herrschaftsverhältnisse nach der Computerisierung - wie setzen sich Kooperationsanforderungen und Unternehmensführung widersprüchlich ins Verhältnis? (267-288); Sebastian Reinfeldt: Herrschen durch Subjektivieren? (289-296); Hien, Wolfgang: "Neue Autonomie" und Freiheit - kritische Anmerkungen aus hänomenologischer Sicht (297-312); Arno Georg, Gerd Peter: Grenzkonflikte in Arbeitssituationen - methodisch-konzeptionelle Überlegungen einer neuen Arheitsund Gesundheitsforschung (313-337). Gerwerkschaftliche Aktivitäten mit Arbeitswissenschaft - Klaus Pickshau: Gute Arbeit - vom Projekt zum gewerkschaftlichen Arbeitsfeld? Versuch einer Zwischenbilanz (341-356); Pia Paust-Lassen: Fünf Jahre Diskursprojekt "Forum Neue Politik der Arbeit" (357-369).

[704-L] Petrasova, Alexandra:
Sozialschutz in der Europäischen Union, (Statistik kurz gefasst : Bevölkerung und soziale Bedingungen, 99/2007), Luxembourg 2007, 11 S. (Graue Literatur; URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-07-099/DE/KS-SF-07-099-DE.PDF; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-07-099/EN/KS-SF-07-099-EN.PDF)

INHALT: "2004 machten die Sozialschutzausgaben in der Europäischen Union 27,3 Prozent des BIP aus. Allerdings ist der Anteil in manchen Ländern mehr als doppelt so hoch wie in anderen. Die Ausgaben sind in Schweden am höchsten (32,9 Prozent) und in Lettland am niedrigsten (12,6 Prozent). In den meisten Ländern wird ein Großteil der Sozialleistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aufgewendet. Auch die Ausgaben für Krankheit/ Gesundheitsversorgung sind in der EU-25 im Zeitraum 2000-2004 gleichmäßig gestiegen (um durchschnittlich 3,8 Prozent im Jahr). Die Systeme zur Finanzierung des Sozialschutzes unterscheiden sich von einem Land zum anderen deutlich, wobei einmal die Sozialversicherungsbeiträge (59,5 Prozent der Gesamteinnahmen auf EU-25- Ebene im Jahr 2004) und ein andermal die staatlichen Zuweisungen (37,3 Prozent) im Vordergrund stehen. Es sind jedoch Anzeichen für eine Annäherung der Systeme erkennbar." (Autorenreferat)

[705-L] Reisz, Gesa:
Solidarität der Europäerinnen und Europäer, europäische Solidarität?: Solidaritätsdeutungen in Deutschland und Frankreich, in: Helmut Heidt (Hrsg.): Die Werte Europas : Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Münster: Lit Verl., 2005, S. 130-142, ISBN: 3-8258-8770-7

INHALT: Anknüpfend an das "Schröder/Blair-Papier" und die Kritik des Sozialisten Jospin daran untersucht der Beitrag die unterschiedliche Haltung der französischen und der deutschen Linken zu "Solidarität". Zunächst wird die historische Dimension der beiden Traditionslinien herausgearbeitet, um dann nach Solidarität in Parlamentsreden linker Regierungschefs in Deutschland und Frankreich zur Sozialpolitik in der Nachkriegszeit (bis 2000) zu fragen. Hier werden inhaltliche Gemeinsamkeiten in der Solidaritätsdeutung sichtbar, bei der Gerhard Schröder eine Ausnahme bildet. Dennoch ist gerade auf europäischer Ebene eine Verständigung über gemeinsame Werte nicht ohne Hindernisse erreichbar. (ICE2)

[706-L] Ritzer, Christa; Stronegger, Willibald J.:
Die Determinanten der Adipositas-Epidemie in Europa: welche Ansatzpunkte für präventive Strategien?, in: Prävention : Zeitschrift für Gesundheitsförderung, Jg. 30/2007, H. 1, S. 3-7

INHALT: "Adipositas gilt als weltweit zunehmendes Gesundheitsproblem, das mit einer Reihe chronischer Folgeerkrankungen einhergehen kann. Epidemiologische Analysen der Adipositas beschränken sich in der Regel auf das Auffinden korrelierender biomedizinischer- und Verhaltensfaktoren, ohne ein umfassend kontextuelles Modell der Determinanten zugrunde zu legen. Ausgehend von einer Review der in den letzten zehn Jahren veröffentlichten Arbeiten zur analytischen Epidemiologie der Adipositas in Europa werden in einem ersten Schritt die in der Literatur beschriebenen Determinanten gesichtet. Darauf aufbauend wird eine Integration der nachgewiesenen Risikofaktoren in einem hierarchischen Modell vorgeschlagen. Das vorgestellte Mehrebenenmodell der Adipositas kann als Ausgangspunkt für weiterfüh-

rende analytische Studien sowie für die Entwicklung präventiver Strategien dienen und verdeutlicht, dass im Umgang mit der zunehmenden Adipositasepidemie eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren erforderlich ist, um eine nachhaltige Eindämmung der Epidemie zu erzielen. Dazu gehören die Gesundheitsberufe ebenso wie die jeweiligen Regierungen, die Nahrungsmittelindustrie, die Medien und nicht zuletzt der Konsument." (Autorenreferat)

[707-L] Roth, Christian:
Perspektiven einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Axel Sell, Maren Wiegand-Kottisch (Hrsg.): Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Globalisierung : Spielräume regionaler, nationaler und internationaler Akteure, Münster: Lit Verl., 2007, S. 177-195, ISBN: 978-3-8258-0245-5 (Standort: UB Bonn(5)-20073650)

INHALT: Der Verfasser untersucht die Frage, inwieweit es der EU mit Hilfe des Instruments 'Territoriale Beschäftigungspakte' gelingt, sich neue Steuerungspotentiale zu eröffnen, und wie diese im Vergleich zu den klassischen Steuerungsinstrumenten 'Recht' und 'Geld' zu bewerten sind. Wenn man die Bedingungen betrachtet, unter denen politische Steuerung in der europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erfolgt, lässt sich in den letzten Jahren eine Pluralisierung der Steuerungsinstrumente beobachten, die die spezifischen institutionellen Restriktionen und sachlichen Problemlagen dieses Politikfeldes reflektiert. Sie lässt sich als Ergänzung der 'klassischen' regulativen und (re-)distributiven Steuerungsmodi auf 'weiche' Steuerungsformen interpretieren. Die Territorialen Beschäftigungspakte, wie sie die Europäische Union seit 1996 initiiert und unterstützt hat, entsprechen diesen neuen Steuerungsformen in hohem Maße. Es soll versucht werden, die Steuerungsdefizite im Politikfeld Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik (wie geringe finanzielle Ressourcen, politische Konsensdefizite und Implementationsprobleme) dadurch zu verringern, dass mittels Dezentralisierung und Partnerschaft mit gesellschaftlichen Akteuren neue Steuerungspotentiale mobilisiert werden. Es wird auf die 'verfassungspolitische' Entwicklung des Politikfeldes auf supranationaler Ebene eingegangen und die Steuerungsstruktur europäischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik herausgearbeitet. Daran schließt sich die Erörterung der steuerungspolitischen Restriktionen in diesem Politikfeld an. Anschließend werden am Beispiel der 'Territorialen Beschäftigungspakte' die Steuerungspotentiale europäischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik jenseits von Regulation und (Re-)Distribution erläutert. Zum Schluss wird die Steuerungsfähigkeit des neuen Politikinstruments und dem ihm zugrunde liegenden neuen Steuerungsverständnisses analysiert. (ICG2)

[708-L] Rovelli, Riccardo; Bruno, Randolph:
Labor market policies and outcomes: cross country evidence for the EU-27, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 3161), Bonn 2007, 56 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp3161.pdf)

INHALT: "Using new linked employee-workplace data for Britain in 2004, we find that the nature of the public private pay gap differs between genders and that of the gender pay gap differs between sectors. The analysis shows that little none of the gender earnings gap in both the public and private sector can be explained by differences in observable characteristics. Decomposition analysis further reveals that the contribution of differences in workplace char-

acteristics to the public private earnings gap is sizeable and significant. Whilst the presence of performance related pay and company pension schemes is associated with higher relative earnings for those in the private sector, an important workplace characteristic for the public private pay gap is the presence of family-friendly employment practices. Increased provision is especially associated with higher relative earnings in the public sector for women." (author's abstract)

[709-L] Rüling, Anneli:
Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Vergleich, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 10, S. 538-545 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Beitrag bewertet die Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer aus gleichstellungspolitischer Perspektive. Zunächst werden die Familienleitbilder der aktuellen EU-Politiken zur Vereinbarkeit dargelegt. Sodann werden ausgehend von einer normativen Position der Gleichverteilung von Familien- und Erwerbsarbeit die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Beteiligung der Männer an Haus- und Familienarbeit in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden verglichen. Im Anschluss werden die Grundlinien familienpolitischer Regulierungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in diesen Ländern analysiert und es wird diskutiert, welche familienpolitischen Regulierungen gleichstellungspolitisch vorteilhaft sind. Als Ergebnis zeigt sich: Ob eine Vereinbarkeitspolitik mit gleichstellungspolitischen Zielen zusammengeht, hängt wesentlich von den verfolgten Familienmodellen und der Thematisierung der familialen Verantwortung der Väter ab." (Autorenreferat)

[710-L] Schneider, Karsten:
Strategien und Instrumente regionaler Beschäftigungspolitik in der EU, in: Axel Sell, Maren Wiegand-Kottisch (Hrsg.): Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Globalisierung : Spielräume regionaler, nationaler und internationaler Akteure, Münster: Lit Verl., 2007, S. 151-175, ISBN: 978-3-8258-0245-5 (Standort: UB Bonn(5)-20073650)

INHALT: Der Verfasser untersucht anhand des deutschen Beispiels die Ausgangsbedingungen der Entstehung regionaler Beschäftigungspolitik und setzt sich vor diesem Hintergrund mit der (Initiatoren-)Rolle der EU in Bezug auf regionale Beschäftigungspolitik auseinander. Anschließend werden die Unterschiede regionaler resp. lokaler Beschäftigungspolitik in verschiedenen Mitgliedsstaaten empirisch vergleichend dargestellt. Es wird gezeigt, dass ein hohes Maß an staatlicher Kontrolle, welche z. B. vermittelt über Ressourcen wirksam wird, die Erfolgswahrscheinlichkeit beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf der lokalen Ebene reduziert. Insbesondere Fallmanagement, enge Kooperation mit Arbeitgebern und die Nutzung der besonderen Kenntnisse der örtlichen Situation sind praktisch flächendeckend zu beobachten. Der Abstand der verschiedenen Ebenen im Mehrebenensystem reduziert sich, insbesondere die lokale Ebene gewinnt an Bedeutung. Trotz der empirisch ersichtlichen Erfolge regionaler Beschäftigungspolitik konnten die von der EU geförderten 'Territorialen Beschäftigungspakte' keine besonderen Erfolge verzeichnen. Hier zeigen sich verblüffende Parallelen zu dem o. g. negativen Einfluss staatlicher Kontrolle. Auf der Grundlage der Untersuchungs-

ergebnisse werden Handlungsmöglichkeiten und Grenzen regionaler Beschäftigungspolitik abgeleitet. Damit die beschäftigungspolitischen Probleme gelöst werden können und die Europäische Beschäftigungsstrategie zu einem Erfolg werden kann, besonderes Augenmerk auf die regionale Umsetzung gelegt werden muss. Der Autor argumentiert, dass die Arbeitsgemeinschaften (ARGE) Kooperation zwischen staatlichen und kommunalen Akteuren auf Dauer gestellt haben. Dabei droht die Interaktion mit weiteren Akteuren zu kurz zu kommen. Während die Agenturen stark zentralistisch und hierarchisch ausgerichtet sind, agieren kommunale Akteure eher nach örtlichen Verhältnissen. Die Integration kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Agenturen stärker dezentralisiert werden. (ICG2)

[711-L] Schulten, Thorsten:
Europäischer Tarifbericht des WSI - 2006/2007, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 9, S. 475-482 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2007_09_schulten.pdf)

INHALT: "Der aktuelle Europäische Tarifbericht des WSI gibt einen Überblick über die tarifpolitische Ausrichtung der Europäischen Union in den Jahren 2006 und 2007. Hierbei werden die Entwicklung der Nominal- und Reallöhne, die Ausschöpfung der nationalen Verteilungsspielräume, die Entwicklung der gesetzlichen Mindestlöhne sowie der tarifvertraglichen und effektiven Arbeitszeiten in den 27 EU-Staaten analysiert. Angesichts deutlich höherer Wachstums- und rückläufiger Arbeitslosenraten haben sich die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifpolitik deutlich verbessert. Allerdings weisen die meisten EU-Staaten eine negative Verteilungsbilanz auf, bei der die Löhne hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurückbleiben. Für eine Verstetigung des ökonomischen Aufschwungs wäre eine deutlich expansivere Lohnpolitik nötig." (Autorenreferat)

[712-L] Schulze Buschoff, Karin; Protsch, Paula:
Die soziale Sicherung von (a-)typisch Beschäftigten im europäischen Vergleich, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 2007-105), Berlin 2007, 23 S. (Graue Literatur; URL: http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2007/i07-105.pdf)

INHALT: "Ziel des Beitrags ist es, Licht in die Grauzone atypischer Beschäftigung und ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung zu bringen. Als atypische Beschäftigungsverhältnisse definieren wir Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung und Solo-Selbstständigkeit. Zunächst werden Art und Umfang von atypischer Beschäftigung im Zeitvergleich in sechs Ländern dargestellt (Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Italien, Dänemark und Polen). Es zeigt sich, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse insgesamt in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Sie sind häufig Bestandteil unsteter Erwerbsverläufe und mit einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko verbunden. Daran anschließend wird der Frage nachgegangen, ob und in welcher Weise die nationalen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen die einzelnen Formen atypischer Beschäftigungsverhältnisse umfassen und die mit ihnen verbundenen spezifischen Risiken berücksichtigen." (Autorenreferat)

[713-L] Schulze Buschoff, Karin; Protsch, Paula:
Auf dem Weg zur Flexicurity: soziale Sicherung atypischer Arbeitsverhältnisse im Europa-Vergleich, in: WZB-Mitteilungen, 2007, H. 117, S. 31-35 (Standort: USB Köln(38)-XA1592; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.wzb.eu/publikation/pdf/wm117/31-35.pdf)

INHALT: "Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Befristungen und Solo-Selbstständigkeit sind häufig Bestandteil unsteter Erwerbsverläufe und mit einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko verbunden. Ein Sechs-Länder-Vergleich zeigt, dass in Deutschland einzelne Formen atypischer Beschäftigung von der Sozialversicherung nicht erfasst werden, während die soziale Absicherung von atypisch Beschäftigten zum Beispiel in Dänemark vergleichsweise umfassend gewährleistet ist." (Autorenreferat)

[714-L] Schulze Buschoff, Karin:
"Neue Selbstständige" und soziale Sicherheit: ein europäischer Vergleich, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 387-393 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In den meisten europäischen Ländern hat die selbstständige Erwerbsarbeit in den letzten Dekaden an Bedeutung gewonnen, so auch in Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Italien und Schweden. Vor allem der Anteil der Solo-Selbstständigen ist stetig gestiegen. Diese Entwicklung ist mit neuen Herausforderungen an die Sozialpolitik verbunden und wirft die Frage auf, ob und in welcher Form die staatlichen Systeme diese Herausforderungen meistern. Um diese Frage zu beantworten, wird die Absicherung der Selbstständigen in zentralen Zweigen der nationalen Sozialversicherungssysteme umrissen. Weiterhin wird beschrieben, welche Politik die Europäische Kommission hinsichtlich der Absicherung der Selbstständigen verfolgt. Schließlich wird auf die kollektive Interessenvertretung Selbstständiger, z.B. durch die Gewerkschaften, eingegangen." (Autorenreferat)

[715-L] Schulz-Nieswandt, Frank; Maier-Rigaud, Remi:
Gesundheits- und Verbraucherpolitik, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 167-172, ISBN: 978-3-8329-2447-8 (Standort: FHB Gelsenkirchen(1010)-PQZ48-2006)

INHALT: Der Beitrag zur EU-Innenpolitik im Zuge des europäischen Integrationsprozesses 2005/2006 befasst sich mit der Gesundheits- und Verbraucherpolitik. Die Ausführungen folgen analytisch einer zweidimensionalen Politikfeldaufschlüsselung. Im ersten Schritt wird zunächst die Tätigkeit der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit charakterisiert. Ein Beispiel für derartige Regimetätigkeit im europäischen Mehrebenensystem ist das 'Grünbuch zur Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung'. Zwischen den europäischen Institutionen wird diskutiert, ob erstmals im Aktionsprogramm der Gemeinschaft von 2007 bis 2013 Gesundheits- und Verbraucherpolitik integriert behandelt werden sollen. Das Gesundheitsprogramm umfasst drei Ziele: (1) besserer Gesundheitsschutz der Bürger, (2) Gesundheitsförderung für Wohlstand und Solidarität sowie (3) Schaffung und Verbreitung von Wissen zu Gesundheitsfragen. Im zweiten Schritt wird sodann die binnenmarktorientierte Neu-

Regulierung der Gesundheitsdienstleistungen für die Bürger im Lichte von Effizienz, Qualität und wohlfahrtsoptimalen Preisen betrachtet. (ICG2)

[716-L] Seifert, Hartmut; Tangian, Andranik S.:
Flexicurity: reconciling social security with flexibility: empirical findings for Europe, (WSI-Diskussionspapier, Nr. 154), München 2007, 33 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_154_e.pdf)

INHALT: "It is empirically shown that the more flexible employment, the more it is precarious. For this purpose, two families of indices, of flexible work and of precarious work, are defined basing on the Fourth European Survey of Working Conditions 2005 by the European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Two methodologies of constructing composite indicators are applied, of the Hans Böckler Foundation, and of the OECD. Both methodologies give very similar results. After the indices have been constructed, the dependence between flexibility and precariousness of work is established by regression analysis with statistical certainty. Besides, it is revealed that the institutional regulation of employment does not necessarily imply the adequate factual effect. For instance, Turkey and Greece with a strict employment protection legislation have a high labour market flexibility due to a large fraction of employees who work with no contract. Among other things, it is shown that the employment flexibility has the strongest negative effect on the employability. It implies serious arguments against the recent reconsideration of the function of social security attempted by the European Commission within the flexicurity discourse. The suggested shift from income security towards a high employability cannot be consistently implemented. Our study provides empirical evidence that a high employability can be hardly attained under flexible employment." (author's abstract)

[717-L] Sittermann, Birgit:
Europe: core business or bonus?: German and Hungarian social NGOs in the field of youth policy and their way of dealing with EU policy, Münster 2006, 29 S. (Graue Literatur;
URL: http://nez.uni-muenster.de/download/ESPAnet_2006_Stream_9_Paper_Sittermann.pdf)

INHALT: Der wachsende Einfluss der Europäischen Union auf ihre Mitgliedstaaten wird gegenwärtig unter dem Stichwort der Europäisierung in der Politikwissenschaft verstärkt thematisiert. Dabei stehen die Anpassungsprozesse, die nationale Akteure und Institutionen vornehmen müssen, sowie die Bedingungen, unter denen es zu solchen Anpassungsprozessen kommt, im Vordergrund. Auch die Organisationen des Dritten Sektors bzw. der Zivilgesellschaft sind zunehmend von dem wachsenden Einfluss der EU betroffen: Durch die EU und ihre wachsenden Kompetenzen stehen sie vor neuen Herausforderungen, werden doch Themen, die die Organisationen betreffen, zunehmend auf europäischer Ebene behandelt. Im Fokus dieser Arbeit stehen die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Frage, ob auch innerhalb dieser Organisationen spezifische Anpassungsprozesse an den Einfluss der EU stattfinden. Exemplarisch werden Organisationen in Deutschland und Ungarn, die von EU-Jugendpolitik betroffen sind, untersucht. (ICDÜbers)

[718-L] Siurala, Lasse:
A European framework for youth policy: what is necessary and what has already been done?, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2/2007, H. 4, S. 377-390 (Standort: USB Köln(38)-XG 9053; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "A strength in European youth policy is the existence of common objectives and instruments of implementation. Council of Europe and European Union have established objectives for their youth policies through a discussion with the member countries and the young people. In addition there are procedures and networks of policymakers, practitioners and researchers to implement them. The article goes on to identify areas for improvement, like enhancing the role of youth policy in the current reshaping of a complex Europe, reducing the implementation gap, strengthening the evidence-base of policymaking and promoting youth policy programmes as a learning processes. Finally the article focuses on the challenge of linking actors and competences in the youth field." (author's abstract)

[719-L] **Sozialraum Europa**, (Dossier / Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, 32), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2007, 76 S., ISBN: 978-3-602-14755-7

INHALT: "Eine gemeinsame Politik im Bereich der Sozialsysteme der mittlerweile 27 europäischen Mitgliedsstaaten grenzt an eine Jahrhundertaufgabe. Das vorliegende Dossier betrachtet differenziert die unterschiedlichen Regelungen bei den fünf Grundsicherungssystemen: der Arbeitslosenversicherung, der Kranken- und der Pflegeversicherung, der Unfall- und der Rentenversicherung. Es wird deutlich, wo Ansatzpunkte für eine einheitliche Sozialpolitik bestehen - etwa beim Arbeitsschutz - und in welchen Systemen sich Gemeinsamkeiten nur schwer herstellen lassen, weil sie im Grundsatz zu unterschiedlich konstruiert sind. Die Übersicht bezieht sich auf die 25 Mitgliedsstaaten der EU bis 2006. Die am 1.1.2007 neu dazugekommenen Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien sind aufgrund fehlender Daten im vorliegenden Dossier noch nicht erfasst." (Autorenreferat)

[720-L] Tangian, Andranik S.:
Is flexible work precarious?: a study based on the 4th European Survey of Working Conditions 2005, (WSI-Diskussionspapier, Nr. 153), Düsseldorf 2007, 77 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_153_e.pdf)

INHALT: "The analysis of interaction of flexibility and precariousness of work shows that the more flexible employment, the more it is precarious. For this purpose, two families of indices, of flexible work and of precarious work, are defined basing on the Fourth European Survey of Working Conditions 2005 by the European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Two methodologies of constructing composite indicators are applied, of the Hans Böckler Foundation, and of the OECD. Both methodologies give very similar results. After the indices have been constructed, the dependence between flexibility and precariousness of work is established by regression analysis with statistical certainty. Besides, it is revealed that the institutional regulation of employment does not necessarily imply the adequate factual effect. For instance, Turkey and Greece with a very strict employment protection legislation have a high labour market flexibility due to a large fraction of employees who work with no contract. Among other things, it is shown that the employment flexibility has

the strongest negative effect on the employability. It implies serious arguments against the recent reconsideration of the function of social security attempted by the European Commission within the flexicurity discourse. The suggested shift from income security towards a high employability cannot be consistently implemented. Our study provides empirical evidence that a high employability can be hardly attained under flexible employment." (author's abstract)

[721-L] Thalacker, Patrick:
Ein Sozialmodell für Europa?: die EU-Sozialpolitik nach der Erweiterung, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 55/2006, H. 2, S. 165-181 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auch wenn zentrale Bereiche sozialpolitischer Gestaltung vom EU-Zuständigkeitsbereich nach wie vor ausgeschlossen sind, leistet die EU mit ihrer Sozialpolitik einen Beitrag zur Entwicklung eines normativen Europäischen Sozialmodells. Im Zuge der Beitrittsvorbereitung hat die EU wichtige sozialpolitische Reformen in Mittel- und Osteuropa unterstützt. In der erweiterten EU bestehen zwar größere Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch Ansätze zur Konvergenz." (Autorenreferat)

[722-L] Vaubel, Roland:
Die politische Ökonomie der sozialpolitischen Regulierung in der Europäischen Union, in: Klaus Heine, Wolfgang Kerber (Hrsg.): Zentralität und Dezentralität von Regulierung in Europa, Stuttgart: Lucius u. Lucius, 2007, S. 237-260, ISBN: 978-3-8282-0383-9 (Standort: UB Bayreuth(703)-31QM430H468Z5)

INHALT: Seit Ende der 1980er Jahre hat die Europäische Gemeinschaft eine Vielzahl sozialpolitischer Regulierungen erlassen, die weitgehend in die Vertragsfreiheit eingreifen. Der Beitrag diskutiert diese sozialpolitischen Regulierungen als das Werk von Regulierungskartellen, als Versuche, die Kosten der konkurrierenden Minderheit in die Höhe zu treiben und als Ersatz für Staatsausgaben und unternimmt den Versuch, sie vermittels eines spieltheoretischen Zwei-Länder-Modells zu analysieren. Vier sozialpolitische Regulierungen der EU werden aus empirischer Sicht analysiert. Es zeigt sich ein uneinheitliches Ergebnis. Während das Regulierungsniveau der Arbeitszeitrichtlinie niedriger ist als das bis dahin geltende Regulierungsniveau der meisten Mitgliedstaaten, sind das Regulierungsniveau der Arbeitsschutzrahmenrichtlinie, der Bildschirmrichtlinie und der Maschinenrichtlinie höher. (ICE)

[723-L] Walther, Andreas:
Aktivierung als neues Paradigma der Lebenslaufpolitik in Europa: Varianten aktiver Arbeitsmarktpolitik und ihre biographische Relevanz für junge Erwachsene, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2/2007, H. 4, S. 391-404 (Standort: USB Köln(38)-XG 9053; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Unter dem Stichwort 'Jugend als Ressource' hat europäische Jugendpolitik in den letzten Jahren die Entstandardisierung und Individualisierung der Übergänge Jugendlicher zum Erwachsensein zur Kenntnis genommen. Zwei zentrale jugendpolitische Prinzipien sind

Partizipation und Aktivierung. Auf der Grundlage zweier europäisch-vergleichender empirischer Studien untersucht der Beitrag zum einen, wie das Verhältnis von Aktivierung und Partizipation in unterschiedlichen europäischen Kontexten interpretiert und konkret umgesetzt wird. Zum anderen wird anhand dreier deutscher Fallbeispiele illustriert, welche biographischen Konsequenzen unterschiedliche Interpretationen des Aktivierungsdiskurses für junge Frauen und Männer im Übergang haben können. In Bezug auf die Jugend- und Übergangsforschung unterstützt die international vergleichende Perspektive eine subjektorientierte Forschungsperspektive, indem sie institutionelle Maßstäbe des Gelingens oder Scheiterns von Übergängen relativiert. Für die Übergangspolitik lassen sich dagegen Faktoren benennen, die ein aktives Übergangshandeln der Subjekte ermöglichen." (Autorenreferat)

[724-F] Wasner, Barbara, Dr.phil. (Bearbeitung):
Alterssicherung in Europa: Institutionenwandel durch Europäisierung?

INHALT: keine Angaben
ART: *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. I, Institut für Humanwissenschaften Abt. Soziologie - Politikwissenschaft (Oberbettringer Str. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd)

[725-F] Weber, Sabrina, Dipl.-Verw.Wiss. (Bearbeitung); Keller, Berndt, Prof.Dr. (Betreuung):
Autonome Sozialdialoge auf EU-Ebene: Probleme und Auswirkungen von freiwilligen Vereinbarungen

INHALT: Ziel des Projekts ist es, vergleichend über zwei Sektoren (Handel und Elektrizitätswirtschaft, die auf europäischer Ebene einen aktiven Sozialdialog führen) und drei Länder (Dänemark, Deutschland und Großbritannien, die unterschiedliche Systeme der Arbeitsbeziehungen darstellen) zu analysieren, wie nationale Sozialpartner mit den freiwilligen europäischen Sozialpartnervereinbarungen umgehen. Hier stellt sich die Frage nach der Regelungsfähigkeit durch freiwillige, bilaterale Vereinbarungen zwischen Verbänden im Mehrebenensystem der EU. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
METHODE: EU-Implementationsforschung; akteurzentrierter Institutionalismus. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen; Beobachtung, nicht teilnehmend; Qualitatives Interview. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Weber, S.: Autonomous social dialogue at EU level: problems and effects of voluntary agreements - challenges in implementing. 'New generation texts'. Paper presented at the IIRA Europe 2007 Conference, Manchester, Sept. 2007.+++Weber, S.: Implementing European social partner agreements: a framework for analysis and first empirical evidence. Paper presented at the IREC Conference, Athens, July 2007.
ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2009-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung
INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Arbeits- und Sozialpolitik (Fach D 83, 78457 Konstanz)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 07531-88-3359, e-mail: sabrina.weber@uni-konstanz.de)

[726-L] Wendt, Claus:
Sinkt das Vertrauen in Gesundheitssysteme?: eine vergleichende Analyse europäischer Länder, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 7, S. 380-386 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In diesem Beitrag wird ein Modell zur Analyse von Vertrauen in Gesundheitssysteme vorgestellt. Vertrauensbildungsprozesse basieren danach nicht nur auf individuellen Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung, sondern darüber hinaus auf Wertvorstellungen, die Gesundheitssystemen zugrunde liegen. Die vergleichende Analyse von 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigt eine steigende Unzufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit von Gesundheitssystemen. Gleichzeitig sind die Bürgerinnen und Bürger weiterhin der Auffassung, dass es die Aufgabe des Staates sei, ein hohes Ausmaß an Solidarität und einen chancengleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu garantieren. In den meisten Ländern schwächt sich somit nur eine Grundlage für 'Vertrauen in Gesundheitssysteme' ab, während die elementaren Wertvorstellungen, auf denen die Gesundheitssysteme basieren, weiterhin auf Akzeptanz stoßen." (Autorenreferat)

[727-L] Wicke, Hans-Georg:
Die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen als gemeinsame Aufgabe von Jugendpolitik in Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2/2007, H. 4, S. 405-420 (Standort: USB Köln(38)-XG 9053; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Jugendpolitik und Europa - eine Verbindung, die vor Jahren noch auf heftigste Ablehnung gestoßen ist. Mit dem Weißbuch 'Neuer Schwung für die Jugend Europas' wurde jedoch in 2001 ein jugendpolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet. Seitdem hat sich die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich in drei Säulen entwickelt: die Offene Methode der Koordinierung, der Europäische Pakt für die Jugend sowie die Jugendpolitik als Querschnittspolitik. Seit 2006 werden grundlegende Überlegungen zur Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa angestellt. Die Debatte um die Neugestaltung von Jugendpolitik in Europa soll 2009 abgeschlossen sein. Der Artikel zieht im ersten Teil eine Bilanz der bisherigen jugendpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Im zweiten Teil stellt er konkrete Überlegungen für die Gestaltung einer Jugendpolitik in Europa an, die perspektivisch auf fünf zentralen Elementen beruhen sollte: 1. die Gestaltung der Lebensbedingungen von jungen Menschen in Europa ist eine gemeinsame Verantwortung der EU und deren Mitgliedstaaten; 2. Ressortpolitik und Querschnittspolitik müssen zu einer ganzheitlichen und verbindlichen Kinder- und Jugendpolitik in Europa verbunden werden; 3. die EU hat eine ergänzende aktive Rolle in der Kinder- und Jugendpolitik und benötigt dafür angepasste Strukturen und förderpolitische Programme; 4. ein europäischer Jugendbericht und Netzwerke zum Austausch bewährter Praktiken sind Schlüsselinstrumente einer Kinder- und Jugendpolitik in Europa in den nächsten Jahren; 5. die Beteiligung junger Menschen und der kinder- und jugendhilfepolitischen Strukturen auf allen Ebenen und in allen Phasen muss entwickelt werden.

[728-F] Wiß, Tobias, Dipl.-Pol.; Gronwald, Mareike, M.A. (Bearbeitung); Ebbinghaus, Bernhard, Prof.Dr.; Bonoli, Giuliano, Prof.Dr. (Leitung):
Die Regulierung von Zusatzrenten in Europa: kollektive Rechte und soziale Ungleichheit

INHALT: Die zunehmende Bedeutung nicht-staatlicher Zusatzrenten in Europa (in Westeuropa sowie in den neuen EG-Mitgliedsstaaten) wirft grundsätzliche Fragen über die Absicherung von partizipativen und sozialen Rechten auf. Der Umfang, die Leistungsberechnung, die Finanzierungsmodalitäten und andere Versicherungsmerkmale variieren je nach staatlicher bzw. kollektiver Regulierung der Zusatzrenten. Mit Hilfe von Länderstudien nationaler Experten vergleicht das internationale Projekt die Entwicklung von Zusatzrenten, insbesondere die Rolle von Staat und Sozialpartnern bei der Regulierung betrieblicher und privater Altersversorgung. Spezialstudien analysieren die Auswirkung unterschiedlicher Governance-Modi auf gegenwärtige und zukünftige soziale Ungleichheit im staatlichen und privaten Alterssicherungssystem. *ZEITRAUM:* 1989-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
METHODE: Länderstudien (Sekundäranalyse und Interviews); Mikrodatenanalyse und Simulationsmodelle. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; internationaler Vergleich *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, standardisiert; Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Immergut, Ellen M.; Anderson, Karen M.; Schulze, Isabelle (eds.): The handbook of West European pension politics. Oxford 2007.+++Ebbinghaus, Bernhard: Reforming early retirement in Europe, Japan and the USA. Oxford: Univ. Press 2006. ISBN 0-19-928611-6.+++Ebbinghaus, Bernhard; Schulze, Isabelle: Krise und Reform der Alterssicherung in Europa. in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 47, 2007.+++Ebbinghaus, Bernhard: The politics of pension reform managing interest group conflicts. in: Clark, Gordon L.; Munnell, Alicia H.; Orszug, Michael (eds.): The Oxford handbook of pensions and retirement income. Oxford, UK 2006, pp. 759-777.
ART: *BEGINN:* 2005-11 *ENDE:* 2009-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich A Die Europäischen Gesellschaften und ihre Integration (68131 Mannheim)
KONTAKT: Ebbinghaus, Bernhard (Prof.Dr. Tel. 0621-181-2802,
e-mail: bebbinghaus@sowi.uni-mannheim.de)

[729-L] Wolfswinkler, Günther:
Die Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik: Grenzen und Effekte transnationaler Politikgestaltung am Beispiel Deutschlands, (Regieren in Europa, 12), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 309 S., ISBN: 978-3-8329-1801

INHALT: Wolfswinkler fragt, ob und in welchem Maße die Europäische Union Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Arbeitsmarktpolitik genommen hat. Der Autor möchte Europäisierungseffekte 'auf sehr breiter Basis und entlang der Gegenüberstellung zweier unterschiedlicher Policies' (17) erfassen. Die beiden arbeitsmarktpolitischen Felder, die Wolfswinkler dabei in den Fokus seiner umfassenden, konstruktivistisch angeleiteten empirischen Untersuchung rückt, sind die Europäische Beschäftigungsstrategie und der Europäische Sozialfonds. Er vertritt die These, dass die sogenannte 'Eurosklerose' der 80er-Jahre die Arbeitsteilung zwischen mitgliedstaatlicher und supranationaler Sphäre neu konfiguriert und schließlich eine

neue Form des kooperativen Regierens im europäischen Kontext hervorgebracht hat, die verstärkt auf 'weiche', d. h. Autonomie schonende Methoden der politischen Steuerung zurückgreift. Bezogen auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zeigt Wolfswinkler, dass dieses 'neu konturierte institutionelle Gefüge eine polit-ökonomische Konstellation hervorbringt, welche die tradierten Muster der Arbeitsmarkt- und Sozialregulation in den Mitgliedstaaten zersetzt' (19) und sie an den Vorgaben der europäischen Ebene neu ausrichtet. (ZPol, NOMOS)

[730-L] Woods, Dorian R.:
Focusing on care: family policy and problems of analysis, (WIP Working Paper, Nr. 30), Tübingen 2006, 37 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.wip-online.org/downloads/Woods_Dorian_2006_a.pdf)

INHALT: "This paper addresses problems of analysis in family policy and suggests new standards of examination. The first part of the paper outlines Esping-Andersen's interpretation of family policy and its functions within the welfare state from his 1999 work 'Social Foundations of Postindustrial Economies.' I explain how the terms defamilialization, familialism and non-familialism and their influence on other authors incompletely address families with regard to current issues. I show that the conceptualization, measurement, and interpretation of family policy are lacking. This has consequences for addressing and interpreting overall welfare state development. In the second part of my paper, I propose a conceptualization to interpret family policy which especially addresses the perspective of the general carer in the welfare state. Here is a focal point that gives better in-sight into the welfare state crisis and how a welfare state could be more adequately conceptualized. The issue of care, I argue, is very much part of what has become a question of the welfare state function and the problems faced by the welfare state. The terms that I have coined to capture family policy functions in the welfare state with an analytical focus on care are carer-commodification and carer-stratification. They have their theoretical roots in empirical studies on family policy developments in the U.S. and the U.K. Finally, I extend these terms to interpret other European welfare states and their family policies." (author's abstract)

12 Sozialpolitik Österreichs

[731-L] Aiginger, Karl; Tichy, Gunther; Walterskirchen, Ewald:
WIFO-Weißbuch: mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation ; Zusammenfassung, Wien 2006, XII, 187 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2006_WEISSBUCH_ZUSAMMENFASSUNG_27639$.PDF)

INHALT: "Das derzeit für Österreich prognostizierte Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Ein höheres Wachstum ist und bleibt der wichtigste Hebel zur Steigerung der Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Für ein Hochlohnland, das sich an Europas Spitze orientiert, und für eine der reichsten Nationen Europas und der Welt muss eine Strategie zur Forcierung von Wachstum und Beschäftigung aber auf der Basis

von Innovation und Qualifikation entwickelt werden. Technischer Fortschritt und Qualitätsverbesserungen und nicht quantitatives Wachstum auf Basis niedriger Löhne lautet der Kurs. Dazu ist ein ganzes Bündel von gut aufeinander abgestimmten Reformmaßnahmen entlang einer von gesellschaftlichem Konsens und Optimismus getragenen und durch langfristige Finanzierung abgesicherten Strategie notwendig. Eine solche Strategie schlägt das Weißbuch des WIFO 'Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation' vor. Das Weißbuch baut auf elf Strategieelementen auf, in denen eine Neuausrichtung der österreichischen Innovationsstrategie vom Technologienehmer zum Technologiegeber und eine radikale Umgestaltung des Aus- und Weiterbildungssystems an zentraler Stelle stehen. Die Strategieelemente übersetzen sich in acht zielorientierte Maßnahmenpakete. Die Umsetzung der Gesamtstrategie soll in drei Phasen erfolgen - beginnend mit der Kick-off-Periode 2007 bis 2009. Ab 2015 kann Wachstum dann nur noch auf technischen Fortschritt und Qualitätsverbesserungen aufbauen." (Autorenreferat)

[732-L] Alteneder, Wolfgang; Gregoritsch, Petra; Kernbeiß, Günter; Löffler, Roland; Lehner, Ursula; Wagner-Pinter, Michael:
Der Ersteinstieg am österreichischen Arbeitsmarkt: Befunde zu den Arbeitsmarkterfahrungen von Personen des Geburtsjahrganges 1980 ; Endbericht, (AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte), Wien 2006, 59 S. (Graue Literatur; URL: http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Endbericht-ersteinstieg.pdf)

INHALT: "Im Alter von 25 Jahren lässt sich für einen größeren Teil der erwerbsaktiven jungen Frauen und Männer abschätzen, wie gut ihnen der Ersteinstieg in den Arbeitsmarkt gelungen ist. Im Rahmen der Studie wird eine solche Einschätzung für alle erwerbsaktiven jungen Männer und Frauen vorgenommen, die 2005 das 25. Lebensjahr erreicht haben. Das sind insgesamt rund 41.200 junge Frauen und 48.800 junge Männer. Noch vor einem richtigen Berufseinstieg gehen junge Frauen und Männer (vor allem in weiterführenden Schulen und an Universitäten) einer Ferialbeschäftigung nach, die in manchen Curricula sogar als Praktikum zwingend vorgesehen sind. Ein Viertel aller Erwerbsaktiven (der heute 25-Jährigen) sind solcher Ferialbeschäftigung nachgegangen: Das ist ein hoher Anteil, da solche 'Ferialzeiten' für Pflichtschulabgänger/innen oder Lehrlinge nicht zur Verfügung stehen. Im Regelfall erzielten die Jugendlichen rund EUR 633,- aus ihrer Ferialbeschäftigung (pro Kalenderjahr). Als erste ihres Jahrganges haben jene jungen Frauen und Männer den Ersteinstieg in den Arbeitsmarkt unternommen, die nach der Pflichtschule jedem weiteren Bildungsweg (vorerst) ausgewichen sind. Von ihnen sind 7.100 junge Frauen und 7.511 junge Männer mit 25 erwerbsaktiv gewesen. Rund 70% von ihnen haben am Arbeitsmarkt richtiggehend Fuß gefasst (44% gehen einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung nach). Und die anderen 30%? Mit einer Lehre (nach dem Pflichtschulabschluss) hat es fast die Hälfte des Jahrganges versucht. Dieser Einstieg steht den jungen Frauen allerdings weniger weit offen als Burschen. Zudem unterliegen Mädchen einem deutlich höheren Abbruchsrisiko als Burschen. Die Konsequenz: Im Alter von 25 Jahren verfügen doppelt so viel junge Männer als junge Frauen über einen Lehrabschluss. Die Leistungen des Arbeitsmarktservice gehen über Informationen und Vermittlungen weit hinaus. Ein beträchtlicher Kreis der jungen Frauen und jungen Männer des Jahrganges 1980 hat angesichts drohender oder anhaltender Beschäftigungslosigkeit eine starke Ermutigung und Förderung erfahren, zusätzliche berufliche Qualifikationen (oft auch nur die fehlenden Basisqualifikationen) nachzuholen. Welchen Unterschied eine erfüllte Lehrzeit (und damit etwa die aktuelle Lehrstellenförderung) machen kann, zeigt sich am Jahrgang 1980: Wer eine Lehre

durchlaufen hat, ist besser in das Arbeitsmarktgeschehen integriert, ist mehr Tage im Jahr beschäftigt und erzielt ein höheres Einkommen." (Autorenreferat)

[733-L] Alteneder, Wolfgang; Gregoritsch, Petra; Kernbeiß, Günter; Löffler, Roland; Lehner, Ursula; Wagner-Pinter, Michael:
Der Ersteinstieg am österreichischen Arbeitsmarkt: Bundesländerberichte ; Befunde zu den Arbeitsmarkterfahrungen von Personen des Geburtsjahrganges 1980, (AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte), Wien 2006, 336 S. (Graue Literatur; URL: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/endbericht_bundeslaender_integriert.pdf)

INHALT: "Der Ersteinstieg in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Meilenstein für das weitere Berufsleben. Das Arbeitsmarktservice schenkt dieser kritischen Phase in seinen Programmen und Dienstleistungen für junge Frauen und Männer große Aufmerksamkeit. Der Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen ist in diesem Bereich beträchtlich. Gegen den skizzierten Hintergrund legt Synthesis Forschung im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich quantitative Bundeslandbefunde zum Ersteinstieg junger Frauen und Männer vor. Diese Befunde sind aus 'Längsschnittanalysen' gewonnen, bei denen alle Erwerbstätigen eines Geburtsjahrganges in ihrer Erwerbslaufbahn verfolgt werden. Die Grundgesamtheit bilden alle jungen Frauen und Männer, die im vergangenen Jahr 2005 ihr 25. Lebensjahr erreicht haben." (Autorenreferat)

[734-L] Altzinger, Wilfried; Wild, Michael:
Umfang und Struktur der österreichischen Ausfuhrförderung sowie deren beschäftigungspolitische Implikationen, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 33/2007, H. 3, S. 333-362 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Österreichische Kontrollbank (OeKB) förderte die Internationalisierung österreichischer Unternehmen erheblich. Zwischen 1995 und 2004 genehmigte sie Bundesgarantien (G-4) und Wechselbürgschaften (WB) in der Höhe von über 13 Mrd. Insgesamt wurden dabei über 1.000 Projekte gefördert. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die geförderten Unternehmen einen deutlichen Beitrag zur Verbesserung der Leistungsbilanz leisteten. Die Konzentration des gesamten Fördervolumens war jedoch enorm. Auf nur 60 Unternehmen (6% der Förderfälle) entfielen 60% des Fördervolumens. Insbesondere der Finanz- und Versicherungssektor wurde bei seiner Internationalisierung in MOE durch die Bundesgarantien stark unterstützt. Die Nachfrage nach Wechselbürgschaften bedeutete für die Unternehmen insgesamt eine beträchtliche Kostenreduktion, welche sich sowohl in Form von höheren Erträgen als auch in Form von höheren Löhnen niederschlug. Positive Beschäftigungseffekte können nicht nachgewiesen werden. Insgesamt zeigt sich, dass zwar durch beide Maßnahmen die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft kräftig unterstützt wurde, dass jedoch die im Gesetz verbriefte Prüfung der Maßnahmen nach 'gesamtwirtschaftlichen, ökologischen und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen', die Prüfung auf Mitnahmeeffekte sowie die Diskussion hinsichtlich der starken Konzentration der Programme bisher nur unzureichend erfolgte und entsprechend intensiviert werden sollte." (Autorenreferat)

[735-L] Auer, Eva; Buzek, Andreas; Gatterbauer, Marlies:
Arbeitsmarktmonitoring 2006 mit dem Data Warehouse des Arbeitsmarktservice, (AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte), Wien 2007, 51 S. (Graue Literatur; URL: http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Arbeitsmarktmonitoring2006-dwh.pdf)

INHALT: Der Bericht gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Data Warehouse im Arbeitsmarktservice (AMS) Österreich seit 1998. 'Innerhalb des Data Warehouses (DWH) von AMS und BMWA spielt das Monitoring (MON) seit Produktivsetzung des ersten Moduls (Verbleibsmonitoring, 2003) eine herausragende Rolle - sowohl in seiner konzeptiven Vorbildwirkung als auch in seiner strategischen und operativen Rolle.' Für den im AMS gewählten Steuerungsansatz -Management by Objectives - wird via DWH sowohl die Planung und Zielquantifizierung als auch das Controlling durchgeführt. Die MON-Daten (Verknüpfung von Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (HV) und des AMS und einiger spezieller Informationen der Versicherungsträger) spielen hier eine entscheidende Rolle, da nur damit z.B. der Einschaltgrad (bei offenen Stellen und Stellenbesetzungen) oder der Anteil von Arbeitsaufnahmen verschiedener Kundengruppen des AMS ermittelt werden können. Weiterhin kann die Effektivität von Schulungen sowie die Analyse der Nachhaltigkeit der Arbeitsaufnahmen von SchulungsabgängerInnen vorgenommen werden. Die hierbei gewonnenen Informationen kommen somit über die verbesserte Maßnahmengestaltung direkt oder indirekt wieder den KundInnen des AMS zugute. Themenbereiche: 1. Verbleibsmonitoring: Möglichkeiten einer personenbezogenen Analyse von Karriereverläufen am Beispiel der Aktiven Arbeitsuche; 2. Karenzmonitoring 2000-2006; 3. Erwerbskarrierenmonitoring: Die Dynamik am österreichischen Arbeitsmarkt 2006, Arbeitsplatz- und Branchenwechsel am österreichischen Arbeitsmarkt, Der Dienstleistungsscheck im Monitoring; 4. Betriebsmonitoring: Neue Dimension im Betriebsmonitoring - Die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses, Ein kurzer deskriptiver Aufriss von Beschäftigungsaufnahmen im Zusammenhang mit Förderungen durch das Arbeitsmarktservice. (IAB)

[736-L] Dornmayr, Helmut; Henkel, Susanna-Maria; Schlögl, Peter; Schneeberger, Arthur; Wieser, Regine:
Benachteiligte Jugendliche - Jugendliche ohne Berufsbildung: qualitative und quantitative Erhebungen ; Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Schlussfolgerungen ; Endbericht, (AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte), Wien 2006, 143 S., ISBN: 3-85495-300-3 (Graue Literatur; URL: http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Benachteiligte_Jugendliche.pdf)

INHALT: Die Studie untersucht mittels verschiedener quantitativer und qualitativer Erhebungsinstrumente (Auswertung sekundärstatistischer Daten und Befragungen von Angehörigen der Zielgruppe) die Lebensbedingungen, Ausbildungs- und Berufsverläufe sowie die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, d.h. mit keinem über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss. Es wird empirisch evident, dass es einen Migrationshintergrund der Ausbildungsprobleme gibt. Bildung und Erwerbstätigkeit haben bei allen interviewten Jugendlichen einen durchaus hohen Stellenwert. Generell ist darauf zu verweisen, dass auch die 20- bis 24-Jährigen ohne Sekundarabschluss II eine Reihe von formalen Qualifikationen erworben haben und über formelle und informelle Kompetenzen in unterschiedlichster Form verfügen. Gemeinsam ist ihnen jedoch allen, dass formale 'Erfolgskriterien' wie ein positiver Schulabschluss oder eine nachhaltige Integration ins Beschäftigungssystem bislang nicht erreicht wurden. Die Studie entwickelt Empfehlungen, die von bil-

dungspolitischen Aktivitäten bis in das Feld der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in die effektive und effiziente Verwaltung von Beratungs- und Vermittlungsdiensten, die einer Benachteiligung entgegenwirken, bzw. versuchen diese nicht entstehen zu lassen, reichen: Ausbau/ Weiterentwicklung innovativer und alternativer Ausbildungsmodelle und Lernformen; Positive Beispiele von gelungenen Biografien als Unterstützung nützen; (Aus)Bildungsfähigkeit als Maßnahmenziel erkennen, zulassen und geeignete Methoden entwickeln; Fokussierung der Förderung von Kompetenzen und Stärken; Anerkennung und Weiterentwicklung von informell erworbenen Kompetenzen und Teilqualifikationen ('Drop-Outs'); Nachhaltige Vernetzung von AkteurInnen fördern; Case Management forcieren; Ausbau der Bildungs- und Berufsberatung; MigrantInnen als besondere Zielgruppe. (IAB)

[737-L] Dornmayr, Helmut; Lenger, Birgit:
Evaluierung der Maßnahmen der GründerInnenförderung des AMS: empirische Studie ; Endbericht, (AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte), Wien 2006, 312 S. (Graue Literatur; URL: http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/UPG-Evaluierung.pdf)

INHALT: "Die Ergebnisse der Evaluation des Unternehmensgründungsprogrammes (UGP) des AMS zeugen über weite Strecken von einer beeindruckenden Erfolgsgeschichte. Neben der Analyse von internationalen Beispielen der Förderung von Unternehmensgründungen aus Arbeitslosigkeit, der Analyse verschiedenster sekundärstatistischer Daten und der Durchführung von Einzelfallstudien mit GründerInnen wurden hierbei auch mehr als 1.000 GründerInnen der Gründungsjahrgänge 1999-2005 hinsichtlich Verlauf und Erfolg ihrer Unternehmensgründung sowie bezüglich der Zufriedenheit mit AMS und Gründungsberatung befragt." (Autorenreferat)

[738-L] Gregoritsch, Petra:
Gesicherte Arbeitsmarktintegration durch Maßnahmenteilnahme?: AMS-Maßnahmen in einer Mehrjahresperspektive 2001-2004, Wien 2007, 14 S. (Graue Literatur; URL: http:// www. ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Kurzbericht_gesicherte_Arbeitsmarktintegration. pdf)

INHALT: "Rund ein Drittel aller vom Arbeitsmarktservice (AMS) betreuten Personen werden in weiterführende Maßnahmen eingebunden. Im Vierjahreszeitraum 2001 bis 2004 waren es insgesamt 508.450 Personen, die an Maßnahmen teilgenommen haben. Die Publikation diskutiert den Aspekt der Arbeitsmarktintegration dieses Personenkreises, so z.B. anhand der erzielten Beschäftigungstage nach Ende der Maßnahmenteilnahme." (Autorenreferat)

[739-L] Hadolt, Bernhard:
Die Genese der Reproduktionstechnologiepolitik in Österreich: Überlegungen zum Politiklernen in neuen Politikfeldern, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 36/ 2007, H. 3, S. 285-302 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Dieser Artikel setzt sich mit der Rolle von Politiklernens für die Herausbildung der österreichischen Reproduktionstechnologiepolitik während der 1980er und frühen 1990er Jahre auseinander und sucht diesbezügliche Befunde für eine Weiterentwicklung der Konzep-

tion des Politiklernens nutzbar zu machen. Drei Annahmen dieser Konzeption werden genauer untersucht: dass politische AkteurInnen in erster Linie aus Erfahrungen mit Policy-Wirkungen lernen; dass eine bestimmte Politik als Reaktion auf die Herausforderung einer als politikextern verstandenen Welt zu sehen sei; und dass Lernen vorrangig zwischen Policies zu verzeichnen sei, nicht jedoch innerhalb eines Politikprozesses. Im Beitrag wird gezeigt, dass diese Annahmen nur bedingt auf den Fall der österreichischen Reproduktionstechnologiepolitik zutreffen, da sich aufgrund der Novität der Reproduktionstechnologien ein entsprechendes Politikfeld erst herauszubilden hatte. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Lernprozesse hierfür eine wesentliche Rolle spielten. Es wird geschlussfolgert, dass Policy-Lernen nicht notwendigerweise auf tatsächlich gemachten Erfahrungen beruhen muss, sondern auch auf 'imaginierte' Erfahrungen fußen kann. Des Weiteren können Lernprozesse auch in der Übersetzung von Grundüberzeugungen der politischen AkteurInnen in Policies erfolgen. Schließlich finden Lernprozesse nicht nur zwischen Politiken statt, sondern auch innerhalb des Politikformulierungsprozesses." (Autorenreferat)

[740-L] Hammer, Gerald; Klapfer, Karin:
Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Modul der Arbeitskräfteerhebung 2005, Wien 2006, 127 S., ISBN: 3-902479-74-4 (Graue Literatur; URL: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/services/publikationen/3/publdetail?id=3&listid=3&detail=253)

INHALT: "Die vorliegende Publikation beinhaltet Ergebnisse zum Ad-hoc-Modul 2005 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie'. Zentrales Thema sind Betreuungsverpflichtungen, sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, und deren Vereinbarkeit mit der aktuellen beruflichen Situation. Die Erhebung geht auf die Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zurück, die in der zugrunde liegenden Verordnung (EG) Nr. 29/2004 vom 8. Januar 2004 festhält: 'Es besteht Bedarf an umfassenden und vergleichbaren Daten über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Hinblick auf die Ziele der EU-Gleichstellungspolitik zur Beschäftigungsförderung, die im Rahmen der vom Rat am 22. Juli 2003 beschlossenen Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen 2003 in der speziellen Leitlinie über die 'Gleichstellung der Geschlechter' genannt wird.' Der Bedarf an unterstützenden Betreuungseinrichtungen wird ebenso angesprochen, wie die Schwierigkeiten des Wiedereinstiegs nach einer beruflichen Unterbrechung wegen Kinderbetreuung. Die Ergebnisse werden nach den wichtigsten demographischen, erwerbs- und haushaltsstatischen Merkmalen präsentiert." (Autorenreferat)

[741-L] Klocker, Karin:
Bildung und Arbeitsmarkt: Bildung - der Schlüssl zum Erfolg, in: Heidi Möller (Hrsg.): Bildung schafft Zukunft : 1. Innsbrucker Bildungstage, 17.-18. November 2005, Innsbruck: Innsbruck Univ. Pr., 2006, S. 146-158, ISBN: 3-901249-87-7 (Standort: PH Ludwigsburg(Lg1)-Paed1cbBil)

INHALT: Die Verfasserin geht davon aus, dass die Situation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt durch ein schwaches Wirtschaftswachstum, mäßiges Beschäftigungswachstum, steigendes Angebot an Arbeitskräften, zunehmenden Bedarf an Flexibilität des Arbeitsmarktes im numerischen, funktionalen, einkommensmäßigen, zeitlichen und örtlichen Sinn sowie durch eine steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Sie analysiert den Arbeitsmarkt als Markt und schildert die bestehenden Interventionsmöglichkeiten. Anhand Zahlen aus der Arbeitslosenstatistik wird die These vertreten, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko indirekt proporti-

onal zur Höhe des letzten Schulabschlusses ist. Vor diesem Hintergrund werden die betriebliche Weiterbildung und die aktive Arbeitsmarktpolitik des Arbeitsmarktsservices präsentiert. (ICG)

[742-L] Leitner, Andrea:
Frauenförderung im Wandel: Gender Mainstreaming in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik, (Campus Forschung, 918), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, 264 S., ISBN: 978-3-593-38356-9

INHALT: "Mit Gender Mainstreaming soll die Gleichstellung der Frau in Institutionen und Behörden systematisch umgesetzt werden. Andrea Leitner untersucht am Beispiel des österreichischen Arbeitsmarktservices die Chancen und Grenzen des Konzepts. Dort wurde Gender Mainstreaming zwar verankert, doch subtile Benachteiligungen so das Ergebnis ihrer Studie - sind weiter wirksam. Überdies droht die Gefahr, dass sich das Konzept auf angeordnetes Verwaltungshandeln reduziert und der inhaltliche Anspruch verlorengeht." (Autorenreferat)

[743-L] Loos, Roland:
Integration von gering Qualifizierten in das Lebensbegleitende Lernen und in den Arbeitsmarkt: Initiativen aus Österreich, Dänemark und Spanien im Vergleich, in: SWS-Rundschau, Jg. 47/2007, H. 4, S. 406-423 (Standort: USB Köln(38)-XH05177; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Artikel werden good-practice-Lernkonzepte vorgestellt, die geeignet sind, gering Qualifizierten den Zugang zum Lebensbegleitenden Lernen (lifelong learning: LLL) zu ermöglichen. Solche Konzepte können nur dann erfolgreich sein, wenn es ihnen gelingt, LLL-ferne Gruppen nachhaltig zum Lernen zu motivieren. Dies leisten die vorgestellten Modelle vor allem mit der Verknüpfung von Lernen und Arbeit sowie mit verschiedenen Formen von Mentoring. Durch diese Modelle können erfolgreich berufsrelevante Qualifikationen vermittelt werden. Ferner zeichnen sich die Initiativen dadurch aus, dass sie durch geeignete Begleitmaßnahmen die Integration in Arbeitsmarkt und Erwerbsleben so weit wie möglich sicherstellen. Neben aktiver Nachbetreuung stellen dabei vor allem innovative Kooperationsformen und Regelungen mit Betrieben eine Möglichkeit dar, die Integration in den Arbeitsmarkt verstärkt zu fördern." (Autorenreferat)

[744-L] Mosberger, Brigitte; Sturm, René (Hrsg.):
Zwischen Lifelong Learning, Qualitätsdebatte und Werkvertrag: Beiträge im Anschluß an die Fachtagung "Kompetenzen, Berufsfelder und Arbeitsbedingungen von TrainerInnen" vom 5. Oktober 2005 in Wien, (AMS Report, 53), Wien: Communicatio 2006, 71 S., ISBN: 3-85495-234-1

INHALT: "Die Praxis der Trainingsarbeit (Arbeitsbedingungen) im Spannungsfeld zwischen den programmatischen Vorgaben von Lifelong Learning, Arbeitsmarktpolitik, betriebswirtschaftlichen Logiken und individueller Motivation stand im Mittelpunkt der Tagung. Der AMS report beinhaltet die teilweise überarbeiteten und erweiterten Beiträge sowie eine Zusammenfassung der Podiumsdiskussion dieser Tagung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Jörg

Markowitsch, Günter Hefler: Kein Markt, ein Markt, viele Märkte? Zur Marktsitutation und Professionalisierung der Weiterbildung in Österreich (9-27); Lena Doppel: Arbeitsbedingungen von Trainerinnen und Trainern: 'Erwachsene unterrichten ist ein Kinderspiel' - Mythen und Wahrheiten rund um den Modeberuf 'Trainer' (28-32); Brigitte Mosberger, Thomas Kreiml: Hohe Qualität und geringe Honorare - optimale und reale Rahmenbedingungen in der Arbeit von freiberuflichen TrainerInnen im arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenbereich (33-47); Alfred Fellinger: Qualitätsstandards in der Erwachsenenbildung (48-56); Manuela Vollmann: Zur Problematik AMS-geförderter Maßnahmen aus Trägersicht - Qualität im Wettbewerb bei sozialen und arbeitsmarktpolitischen Diensleistungen (57-61); Eva Scherz: Potentiale gewerkschaftlicher Arbeit bei atypisch beschäftigten TrainerInnen (62-65); Thomas Kreiml: Podiumsdiskussion 'Qualitätsansprüche, Probleme, Herausforderungen und Trends der Trainingsarbeit' (66-71).

[745-L] Schopf, Anna; Ringler, Paul:
Arbeit ohne Wert?: Strukturmerkmale der PraktikantInnen-Beschäftigung im Hochschulkontext in Österreich ; eine quantitative Studie, Wien 2007, 54 S. (Graue Literatur; URL: http://www.generation-praktikum.at/download/Schopf-Ringler_Arbeit_ohne_Wert_Plattform_Generation_Praktikum.pdf)

INHALT: Eine größer werdende Zahl junger Menschen an der Grenze zwischen Beruf und Ausbildung absolviert immer mehr Praktika und auch in Österreich ist der Begriff 'Generation Praktikum' als mediales Schlagwort Teil des öffentlichen Diskurses. In dieser Diskussion liegt der Schwerpunkt auf den unbezahlten Praktika (gewissermaßen als 'Arbeit ohne Wert') ohne andere Aspekte des in den letzten Jahren entstandenen Praktika-Arbeitsmarktes zu beleuchten. Die Studie hat zum Ziel, einen vollständigen Überblick über die Situation der PraktikantInnen in Österreich zu geben. Dabei stehen besonders strukturelle Merkmale der PraktikantInnen-Beschäftigung im Vordergrund. Der Wert eines Praktikums wird nicht nur in monetären Begriffen untersucht. Auch dessen Nutzen in der Berufsbiographie und der Stellenwert der PraktikantInnen am Arbeitsplatz sind Teil der Analyse. In diesem Sinne ist die Frage nach 'Arbeit ohne Wert' in einem umfassenden Kontext zu verstehen. Die Studie zeigt, dass sich hinter dem Überbegriff 'Praktikum' zum Teil sehr verschiedene Sachverhalte verstecken. Ein gesellschaftlich übergreifendes Verständnis des Begriffes existiert nicht: PraktikantInnen unterscheiden sich in ihren Erwartungen und Erfahrungen zur selben Sache, vom Schnupperjob bis hin zur freien Mitarbeit mit Anstellungsoption. Das ausbildungsbezogene Praktikum steht außerdem für eine große Spannweite im Bezug auf Bezahlung, Dauer, Tätigkeitsfelder und arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen. Besonders die verbreitete Unwissenheit über die mögliche Beschäftigungsformen und kollektivvertraglichen Regelungen auf Seiten der PraktikantInnen, sowie der große Anteil an sozial nicht abgesicherten Praktika werden als Problem gesehen. Am Ende der Studie werden Lösungsvorschläge und Empfehlungen für PraktikantInnen, UnternehmerInnen, Politik und Interessenvertretungen präsentiert. (IAB)

[746-L] Soltýsová, Denisa:
Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, (Diskussionspapier / Europa-Kolleg Hamburg, Institut für Integrationsforschung, 1/2007), Hamburg 2007, 105 S. (Graue Literatur; URL: http://www.europa-kolleg-hamburg.de/Seiten/diskussion/pdf/Diskussionspapier%2001-2007.pdf)

INHALT: Die europäische Integration wurde schon vor Jahrzehnten als ein "Elitenprojekt" bezeichnet, das in einen "permissiven Konsens" der Bevölkerung eingebettet ist. Der "permissive Konsens" äußert sich darin, dass Integration von den Bevölkerungen der europäischen Länder nicht gefordert, sondern toleriert wird. Der vorliegende Beitrag geht folgenden Fragen nach: (1) Was haben zwei Jahre der Osterweiterung für die EU gebracht? (2) Welche unmittelbaren Auswirkungen kann man auf dem Arbeitsmarkt der "alten EU" beobachten? (3) Wie ist es den Bürgern der Nachbarländer in den ersten zwei Jahren ihrer Mitgliedschaft in der EU ergangen? (4) Profitieren die innerhalb der EU die unmittelbaren Nachbarländer der neuen Beitrittsländer vom Integrationsprozess am stärksten? Am konkreten Beispiel des österreichischen Arbeitsmarktes zieht die Autorin eine Bilanz der Auswirkungen der letzten Runde der EU-Erweiterung. Denn gerade in diesem Land, das aufgrund seiner geographischen Lage, der bestehenden Einkommens- und Lohnunterschiede, seiner historischen und kulturellen Nähe, waren die Befürchtungen vor Migrationsflut und steigender Arbeitslosigkeit am größten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden die Auswirkungen der Migration aus den mittel- und osteuropäischen Länder anhand der Erfahrungen Österreichs analysiert, das im Vergleich zu Deutschland den drohenden Befürchtungen erfolgreich entgegen gegangen ist. Stark konzentriert sich die Autorin vor allem auf die Auswirkungen für die Beschäftigung. Im ersten, deskriptiven Teil werden die geschichtlichen Zusammenhänge der Osterweiterung dargestellt, im zweiten Teil erläutert die Autorin die vertraglichen Grundlagen des Beitrittsprozesses und der Personenfreizügigkeit in der erweiterten EU und im letzten, dritten Teil werden das neoklassische ökonomische Modell der Migration sowie die Migrations-Prognosen (ökonometrische Analysen) diskutiert. (ICD2)

[747-L] Sprengseis, Gabriele; Lang, Gert (Hrsg.):
Vom Wissen zum Können: Forschung für NPOs im Gesundheits- und Sozialbereich, Wien: Facultas-Verl. 2006, 270 S., ISBN: 978-3-85076-775-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007. 16009)

INHALT: "Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels stellen Organisationen (NPOs) im Gesundheits- und Sozialbereich Herausforderungen. Das Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes hat sich zum Ziel gesetzt, im kontinuierlichen Dialog zwischen Theorie und Praxis -vom Wissen zum Können - mittels angewandter Forschung Lösungen zu aktuellen und zukünftigen Fragestellungen im Gesundheits- und Sozialbereich zu erarbeiten. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts erscheint eine Sammelpublikation, in der Projekt- und Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre sowie die erfolgreiche inter- und transdisziplinäre Arbeitsweise präsentiert werden. Die Publikation richtet sich an innovative Kräfte im Gesundheits- und Sozialbereich, an Wissenschafterinnen, Lehrende und Lernende." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Vorspann: Gert Lang, Gabriele Sprengseis: Der Wandel als multifaktorielle und interdisziplinäre Herausforderung für den Gesundheits- und Sozialbereich (19-25); Anton Amann: Gesellschaftlicher Wandel, erfolgreiches Handeln und der Wert des Helfens (26-37); Josef Kytir: Demographische Entwicklungen und Prognosen (38-51); August Österle, Christoph Badelt: Zur Finanzierung des Gesundheits- und Sozialsystems: Vom Wandel mit ungeklärten Folgen (52-59); Angela Wroblewsk, Andrea Leitner: Arbeitswelten im Wandel: Neue Polarisierungstendenzen durch Massenarbeitslosigkeit und Flexibilisierung (60-69); Eva Rdsky: Frauengesundheit: Schritt vor Schritt kommt auch ans Ziel (70-81); Ruth Simsa: Navigation auf rauer See: Gegenwärtige Veränderungen und Herausforderungen an NPOs (82-92); Michael Hüpfl, Michael Zimpfer: Präklinische Notfallversorgung

von 1881 bis heute (93-101); Christoph Redelsteiner: Das Wiener Rote Kreuz auf dem Weg zum Qualitätsmanagement: Projektauslöser, Implementierung und spezifische Erfahrungen (102-111); Robert P. Horacek: Strukturwandel der NPOs am Beispiel der Gesundheits und Sozialen Dienste des Wiener Roten Kreuzes (112-122); Christina Badelt: Im Gespräch mit DI Dr. Otto-Klaus Burger: Das Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes. Ein retrospektiver Erfahrungsbericht (123-128); Ingrid Spicker: Betriebliche Gesundheitsförderung in der mobilen Pflege und Betreuung (129-140); Brigitte Pabst: Plan60: Gesundheitsförderung für Ältere im urbanen Setting (141-151); Gert Lang: Arbeitswelt in Veränderung und Krankenstand. Berufliche Anforderungen, Stress und Gesundheit (152-165); Barbara Kuss: Mit Empowerment zu Beschäftigung: Das Engagement des Roten Kreuzes für arbeitsuchende Menschen (166-176); Monika Wild: Angewandte Pflegeforschung in der Hauskrankenpflege (177-191); Christian Dörner: Rettungsdienstmitarbeiterinnen verarbeiten belastende Einsätze: Projekt SvE-Peer (192-200); Klaus Hörauf, Roman Fleischhackl: Defibrillatoren retten Leben (201-212); Katharina Pils: Der Wiener Internationale Geriatriekongress 1998-2007 (213-228); Gabriele Sprengseis, Gert Lang: Das Rote Kreuz als Innovationsmotor (229-236); Gabriele Sprengseis, Gert Lang: Das Spannungsfeld Forschung, Politik und Praxis (237-251); Gabriele Sprengseis, Gert Lang: Inter- und transdisziplinäre Forschung im Alltag (252-256).

[748-L] Winter-Ebmer, Rudolf:
Was kann Arbeitsmarktpolitik leisten?, in: WISO : Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW, Jg. 30/2007, H. 1, S. 111-132

INHALT: "1993 gab die Arbeiterkammer eine Studie zur 'Erfolgskontrolle der dualen Berufsausbildung in Oberösterreich' in Auftrag. Zentrale Forschungsfrage war der Berufsverbleib von LehrabsolventInnen drei bis vier Jahre nach dem Lehrabschluss. 2003 knüpfte eine Folgestudie an diesem Befragungskonzept an. 2004 befragte das Institut für Berufsbezogene Erwachsenenbildung 31- bis 35-jährige AK-Mitglieder. Untersucht wurden Erstausbildungen nach Karriereverlauf und Nachhaltigkeit. Die Studien zeigen Barrieren für erfolgreiche Berufsverläufe unter Bezugnahme auf die Erstausbildung auf. Vereinfacht gesagt, hängt die Wahrscheinlichkeit eines Karriereerfolgs wesentlich von der Qualität der Erstausbildung ab. Während das Einkommen proportional zum Erstausbildungsniveau wächst, verhält sich das Arbeitslosigkeitsrisiko disproportional dazu. Weibliche Karrierechancen sind 'barriereärmer' als männliche. Bei LehrberufsabsolventInnen variiert der Berufserfolg nach Beruf(sgruppe), Branche und Geschlecht. Beruflicher Aufstieg und Arbeitszufriedenheit sind wesentlich durch die Qualität der Lehrausbildung bedingt." (Autorenreferat)

[749-L] Wipplinger, Ronald; Winter-Ebmer, Rudolf:
Pensionszugang in Österreich im internationalen Vergleich, (Working Paper / University of Linz, Department of Economics, No. 0707), Linz 2007, 14 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.economics.uni-linz.ac.at/papers/2007/wp0707.pdf)

INHALT: 'Österreich gilt als Land der Frühpensionisten.' Das Durchschnittsalter für den Berufsausstieg bei Männern liegt in Österreich seit den 1980er Jahren zwischen 58 und 59 Jahren, bei Frauen um die 57 Jahre. Die Studie untersucht die Erwerbsbeteiligung älterer Österreicher im internationalen Vergleich und geht der Frage nach, ob der frühere Berufsausstieg der östereichischen Arbeitnehmer auf ihre Familiensituation, auf gesundheitliche Gründe oder

auf die Struktur des Rentensystem zurückzuführen ist. Es werden Daten der ersten Welle von SHARE (Survey on Health, Ageing and Retirement in Europe) einer erstmals im Jahre 2004 in zehn europäischen Ländern durchgeführten Erhebung verwendet. Es zeigt sich, dass in Österreich die Erwerbsquote der über 50jährigen unter allen verglichenen Ländern am niedrigsten sind. Dies gilt auch bei Ausschaltung demographischer und gesundheitlicher Unterschiede zwischen den Ländern. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die Finanzierbarkeit des Umlageverfahrens nicht primär an der demographischen 'Überalterung' der Gesellschaft liegt, sondern vielmehr an der Fähigkeit der Ökonomie und der Gesellschaft, die Beschäftigungsquoten zu erhöhen. 'Eine bloße Anhebung des Mindestpensionsalters kann also zu starken Verwerfungen führen, wenn nicht gleichzeitig die Beschäftigungschancen älterer Personen gefördert werden.' (IAB)

13 Sozialpolitik der Schweiz

[750-F] Bade, Stephanie, lic.oec.publ.; Ott, Walter, lic.oec.publ. (Bearbeitung); Seiler, Benno (Leitung):
Finanzieller Nutzen und Wirksamkeit von Massnahmen zur Arbeitsintegration

INHALT: Für die Stadt Winterthur werden der finanzielle Nutzen und die Wirksamkeit der städtischen Arbeitsintegrationsprojekte analysiert. Direkte, indirekte und intangible Kosten und Nutzen werden in der Analyse berücksichtigt. *ZEITRAUM:* 2006-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Stadt Winterthur
ART: *BEGINN:* 2006-09 *ENDE:* 2007-07 *AUFTRAGGEBER:* Soziale Dienste der Stadt Winterthur *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: econcept AG Forschung, Beratung, Projektmanagement (Lavaterstr. 66, 8002 Zürich, Schweiz)
KONTAKT: Institution (e-mail: info@econcept.ch)

[751-F] Baur, Martin; Schmid, Adrian; Keller, Beat (Bearbeitung); Ott, Walter, lic.oec.publ. (Leitung):
Machbarkeitsstudie über die freie Wahl der Pensionskasse

INHALT: Die freie Wahl der Pensionskasse wurde in den letzten Jahren vermehrt zum Thema politischer und wissenschaftlicher Debatten. Die jüngsten Entwicklungen in der beruflichen Vorsorge (Börsenbaisse, Herabsetzung des Mindestzinssatzes sowie die Senkung des Umwandlungssatzes) haben die mit der Vorsorge verbundenen Risiken deutlich gemacht. Das hat die Forderung verstärkt, den Versicherten mehr Entscheidungsfreiheit und eine bessere Kontrolle über ihre Vorsorgeleistungen einzuräumen. Verschiedene OECD-Länder haben Erfahrungen mit individualisierten Vorsorgesystemen gemacht und können bei der Evaluation neuer Vorsorgesysteme Hinweise auf die möglichen Auswirkungen der Individualisierung aber auch auf sinnvolle Organisationskonzepte dafür liefern. In dem vom BSV ausgeschriebenen Forschungsprojekt wird untersucht, inwieweit eine freie Wahl der Pensionskasse in der Schweiz realisierbar ist. Dazu werden vom BSV drei Szenarien mit unterschiedlicher Wahlfreiheit bei der Pensionskasse vorgegeben. Für diese drei Szenarien werden die Konsequen-

zen auf den Vorsorgeschutz und die Leistungshöhe, die möglichen Strategien der Akteure, die resultierenden Risiken, die Machbarkeit der Aufsicht, die Auswirkungen auf die heutigen Vorsorgeeinrichtungen und die wirtschaftlichen Auswirkungen untersucht werden. Zusätzlich werden die internationalen Erfahrungen berücksichtigt (Chile, Australien GB, S, USA, BRD) und untersucht, ob eine freie Wahl der Pensionskasse die Sozialziele der beruflichen Vorsorge beeinträchtigen könnte. Weitere Informationen unter: http://www.sidos.ch/ . *ZEITRAUM:* 2003-2015 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz

METHODE: Auswirkungsanalysen über Literatur- und Internetsearches. Szenariobildung und ex ante Assessment der Szenario-Wirkungen. Vertiefung, Test/ Plausibilisierung der Szenariowirkungen durch Schlüsselpersonen und Stakeholder (Vorsorgeeinrichtungen, Berater von Vorsorgeeinrichtungen, Bundesverwaltung, Kantone, Aufsichtsbehörden, Sozialpartner, Wissenschaft) mittels Experteninterviews und Experten-/ Stakeholder-Workshop.

ART: *BEGINN:* 2004-11 *ENDE:* 2005-07 *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Sozialversicherung -BSV- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: econcept AG Forschung, Beratung, Projektmanagement (Lavaterstr. 66, 8002 Zürich, Schweiz); Ecofin AG (Neumünterallee 6, 8032 Zürich, Schweiz)

[752-L] Bender, Christiane; Grassl, Hans; Schaal, Markus:
Der Schweizer Arbeitsmarkt: Sonderfall unter Modernisierungsdruck, in: Thomas S. Eberle, Kurt Imhof (Hrsg.): Sonderfall Schweiz, Zürich: Seismo Verl., 2007, S. 172-187, ISBN: 3-03-777047-3 (Standort: LB u. Murh. B Kassel(34)-25soz/9.1SON)

INHALT: Die Verfasser gehen der Frage nach, ob eine Politik der nationalen Wohlfahrt im Zeitalter der Globalisierung möglich ist. Den Sonderfall Schweiz machen sie daran fest, dass die Schweiz in Deutschland als ökonomisches Erfolgsmodell und Vorbild gilt. Vordergründig scheint dies den wirtschaftsliberalen Arbeitsmarktstrategen Recht zu geben. Die Autoren plädieren für eine differenzierte Analyse nationaler Arbeitsmärkte, welche komplexere institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen mit einbezieht, weil der Erfolg bzw. das Scheitern der Arbeitsmarktpolitik eines Landes von sozial und kulturell tiefverankerten Ordnungsideen abhängt. Innerhalb der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen stellt die Schweiz eine 'liberal-konservative Mischform' dar, nämlich ein sozialpartnerschaftlich fundiertes nationalliberales Regime. In der klassischen Arbeitsmarktpolitik des konservativen Sozialstaatsmodells waren inländische Männer die begünstigte Kerngruppe, während Frauen, Ausländer, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer die Manövriermasse bildeten. Es wird argumentiert, dass der kulturelle und sozialstrukturelle Wandel die Spielräume einer angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik verringert hat und die tradierten Ordnungsideen in Frage stellt. Die Frauen reduzieren beispielsweise die Manövriermasse, indem sie auf Erwerbsarbeit nicht mehr verzichten wollen. Beschäftigungsgewinne lassen sich v. a. im Bereich verbraucherbezogener Dienstleistungen erzielen, und die Schweiz hat diesbezüglich ein Spitzenniveau erreicht. Dies ist v.a. auf den Erfolg des Tourismus zurückzuführen, während alle übrigen Branchen von den typischen Charakteristika eines konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaates geprägt sind, welche die Expansion ökonomisierter sozialer Dienstleistungen blockieren. Die Autoren fassen ihre Ausführungen dahingehendzusammen, dass die größten Herausforderungen für die nationalen Arbeitsmärkte nicht aus der Europäisierung und Globalisierung entstehen, sondern aus dem Innersten der Industrienationen selbst. (ICG2)

[753-F] Bergen, Matthias von (Leitung):
Kantonales Reporting 2005 der Sozialdienste

INHALT: Ziel des Kantonalen Reportings der Sozialdienste ist, grobe Aussagen zur Wirkung der Sozialdienste im Kanton Bern sowie Hinweise zur Bedarfsentwicklung im Bereich der institutionellen Sozialhilfe zu erhalten. Die Wirkung der Arbeit der Sozialdienste wird anhand von sieben Wirkungszielen beurteilt. Mit der Erhebung 2005 liegt nach den Erhebungen 2003 und 2004 sowie dem "Pilotversuch" 2002 bereits das vierte Kantonale Reporting vor. Es dient dem Kantonalen Sozialamt als Steuerungs- und Führungsinstrument. Für das vorliegende Reporting des Jahres 2005 konnten die Resultate von 68 Sozialdiensten sowie der entsprechenden 68 Sozialbehörden berücksichtigt werden. (Zwischen)ergebnisse: Die Sozialdienste des Kantons Bern sehen sich - bei stagnierenden Ressourcen - einem steigenden Bedarf nach Sozialhilfe gegenüber: Die Zahl der Sozialhilfeempfangenden hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Während im Jahr 2002 im Kanton Bern noch 41'000 Personen von Sozialhilfe lebten (4.4% der Bevölkerung), waren es im Jahr 2005 bereits 44'117 Personen (4.6% der Bevölkerung). Trotz dieser schwierigen Gegebenheiten arbeiten die Sozialdienste aufgrund der Ergebnisse der vorliegenden Erhebung weiterhin wirksam. Die Ergebnisse im Einzelnen: 1. Gesamtleistung, Wirtschaftlichkeit, Zusammenarbeit und Wahrnehmung in der Öffentlichkeit werden von den Sozialdiensten wie auch von den Sozialbehörden weiterhin überwiegend positiv beurteilt. Dabei fällt die Beurteilung von Gesamtleistung und Wirtschaftlichkeit gegenüber dem Vorjahr noch positiver aus. 2. Trotz der nochmals gestiegenen Fallbelastung und der knappen personellen Ressourcen können die Sozialdienste weiterhin ein hohes Leistungsniveau sicherstellen. Dies spricht für die professionelle Arbeit, die in den Sozialdiensten geleistet wird. Es wird aber auch deutlich, dass die Sozialdienste an der Grenze des Zumutbaren arbeiten. Die hohe Belastung wirkt sich vor allem zulasten der Präventionsarbeit sowie der individuellen Beratung der KlientInnen aus. 3. Die Existenz scheint für die grosse Mehrheit der Klient/innen gesichert zu sein. Sie führen in der Einschätzung der Sozialdienste zum überwiegenden Teil ein menschenwürdiges Leben. Ein beachtlicher Teil ist jedoch - aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen (u.a. psychische Probleme, fehlende Sprachkenntnisse), aber auch wegen fehlender finanzieller Ressourcen - von der Teilnahme am sozialen Leben ausgeschlossen. 4. Die von den Sozialdiensten mit den KlientInnen individuell vereinbarten Ziele sind im Durchschnitt aller Sozialdienste in rund 80% der Fälle erreicht worden. In den anderen Fällen waren vor allem der Mangel an Arbeitsplätzen oder Plätzen in Beschäftigungsprogrammen, Gesundheits- und Suchtprobleme, aber auch fehlende personelle Ressourcen beim Sozialdienst ausschlaggebend für die ungenügende Zielerreichung. Auffallend ist, dass gegenüber den Vorjahren die grossen Unterschiede in der Einschätzung zwischen den Sozialdiensten weitgehend verschwunden sind. Dies lässt auf eine nun professionelle Anwendung des Instruments der Zielvereinbarungen schliessen. 5. Die Aktivierung von Ressourcen der KlientInnen durch den Sozialdienst konzentrierte sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich stärker auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Als besonders wirksam für die Ressourcenaktivierung erwiesen sich die Zusammenarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen sowie lösungs- und ressourcenorientierte Beratungsgespräche, wofür allerdings häufig nicht genügend Zeit zur Verfügung stand. 6. Einmal mehr bestätigt sich die zentrale Bedeutung, die den unterstützenden sozialen Dienstleistungen (Beschäftigungsprojekte, Kinderkrippen, Tagesschulen, offene Kinder- und Jugendarbeit, Sprachkurse, Wohnhilfe etc.) für die Wirksamkeit der Sozialhilfe zukommt. 7. Sozialhilfe wird nun praktisch flächendeckend subsidiär geleistet. Umfangreiche Informationen unter: http://www.sidos.ch/ . *ZEITRAUM:* Jahr 2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Kanton Bern

METHODE: Die Wirksamkeit der Arbeit der Sozialdienste ist anhand der im Jahr 2002 vom Kantonalen Sozialamt in Zusammenarbeit mit einer Expert/innen-Gruppe festgelegten sieben gleichwertigen Wirkungsziele überprüft worden. Die Wirkungsziele des Sozialdienstes sind wie folgt definiert worden: 1. Akzeptanz im Umfeld: Das gesellschaftliche Umfeld ist überzeugt, dass der Sozialdienst wirtschaftlich arbeitet und sinnvoll handelt. Die Beurteilung erfolgt aus Sicht des Sozialdienstes und der zuständigen Sozialbehörde. 2. Existenzsicherung: Die soziale Existenz ist gesichert und beinhaltet Obdach, menschenwürdiges Leben, grundlegende medizinische Versorgung und Teilnahme am sozialen Leben. 3. Zielorientierte Entwicklung: Die individuell festgelegten und vereinbarten Ziele sind erreicht. 4. Autonomie: Die Klient/innen führen ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben. 5. Ressourcenaktivierung: Die integrationsfördernden Ressourcen der Klient/innen und ihres Umfeldes sind aktiviert. 6. Prävention: Drohendeoder zusätzliche Abhängigkeit und Bedürftigkeit sind abgewiesen. Das Wirkungsziel "Ablösung vom Sozialdienst" soll erst im Rahmen der im Aufbau begriffenen Bundesstatistik beurteilt werden. Ein zusätzliches Ziel ist die "Subsidiarität" (gesetzliche Vorgabe resp. Vorgabe aus dem Projekt "Neue Verwaltungsführung NEF Kanton Bern"). Aufgabe der Sozialdienste ist es, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Unterstützung subsidiär geleistet wird. Zur Beurteilung der einzelnen Wirkungsziele wurde ein entsprechender Fragenkatalog (standardisierter Fragebogen) verwendet. Die Fragen sind von den Leitungen der Sozialdienste beantwortet worden. Ein Teil der Sozialdienstleitungen hat hierzu zusätzlich auch Mitarbeitende miteinbezogen. Das Wirkungsziel "Akzeptanz im Umfeld" wurde nicht nur von den Sozialdiensten, sondern auch durch die zuständigen Sozialbehörden beurteilt. Zusätzlich wurden die Sozialdienste wie für die Erhebung 2004 nach ihrer Praxis im Zusammenhang mit Kürzungen von Sozialhilfeleistungen an ihre Klient/innen befragt. Was die Einschätzung des sozialpolitischen Handlungsbedarfs betrifft, wurden die Fragen für die vorliegende Erhebung vereinfacht: Sowohl Sozialdienste wie auch Sozialbehörden wurden nach Optimierungsmöglichkeiten a) in der individuellen Sozialhilfe (Sozialdienst) sowie b) in der institutionellen Sozialhilfe in den nächsten vier Jahren befragt. Da sich die Sozialdienste im Kanton Bern in Bezug auf Einzugsgebiet, Grösse und Struktur erheblich unterscheiden, wurden die Sozialdienste in sechs Kategorien gegliedert.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kant. Sozialamt der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (Hrsg.): Kantonales Reporting 2005 der Sozialdienste. Bern: Kant. Sozialamt der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern 2006.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2006-04 *AUFTRAGGEBER:* Kanton Bern Gesundheits- und Fürsorgedirektion Sozialamt *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Mundi consulting ag (Marktgasse 38, 3000 Bern, Schweiz)

[754-L] Brugger, Ernst A.; Frey, Rene L.:
Nachhaltige Altersvorsorge Schweiz - NAVOS: der Umbau, Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung 2005, 132 S., ISBN: 3-03-823301-3

INHALT: Mit dem Ziel, eine offene und sachliche Diskussion über eine nachhaltige Altersvorsorge anzuregen, haben die Autoren zusammen mit Vertretern aus Wissenschaft, Praxis und Politik in Verbindung mit 'The Sustainable Forum Zürich (TSF)' Ansätze für eine politisch tragfähige Lösung für die Schweiz erarbeitet. Mit diesem Band stellen sie ihr NAVOS-Konzept vor. Es basiert auf den bisherigen drei Säulen der schweizerischen Altersvorsorge, reformiert dieses aber grundlegend durch Vereinfachungen, Entflechtungen und Deregulierungen. Zunächst wird in die allgemeine Problematik von demografischer und gesamtwirt-

schaftlicher Entwicklung eingeführt, anschließend werden die Eckpunkte der NAVOS-Strategie vorgestellt und schließlich Fragen der Realisier- und Finanzierbarkeit behandelt. Ein im Auftrag des TSF vom Center for Corporate Responsibility and Sustainability publizierter begleitender wissenschaftlicher Sammelband kann gratis im Internet heruntergeladen werden. (ZPol, NOMOS)

[755-L] Caduff, Raymond:
Schweizer Sozialhilfe auf dem Prüfstand: eine kritische Analyse aus sozialethischer Perspektive, Zürich: Rüegger 2007, 181 S., ISBN: 978-3-7253-0878-1 (Standort: UB Siegen(467)-21IBES1657)

INHALT: "Leistet die Sozialhilfe in der Schweiz menschenwürdigeund sachgerechte Hilfe? Wie steht es mit ihrer inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung? Diese und andere Fragen stehen im Zentrum dieser sozialethischen Analyse der schweizerischen Sozialhilfe. Anhand der einschlägigen sozialwissenschaftlichenund juristischen Referenzliteratur wird die gewachsene, vielgestaltige Wirklichkeit der Sozialhilfe in der Schweiz beschrieben. Die Arbeit bietet eine nüchterne Bestandesaufnahme der Situation der schweizerischen sozialstaatlichen Regelungen und Strukturen. Auf der Grundlage von den bekannten ethischen Prinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität und der Gerechtigkeit wird die Sozialhilfe analysiert. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Beteiligungsgerechtigkeit, welche die Schwachstellen des heutigen Systems deutlich macht. Die aus der Analyse entwickelten Reform-Anregungen bieten eine konstruktive Perspektive für die Verbesserung des sozialstaatlichen Handelns. Angesprochen sind die verschiedenen Akteurinnen und Akteure bei Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Institutionen." (Autorenreferat)

[756-F] Colombo, Benedetta (Bearbeitung); Schulz, Peter (Leitung):
Patients' Rights Study (PARIS)

INHALT: This intervention study aims to detect the best medium to help patients fully understand their rights. After giving a leaflet about patients' rights to almost one hundred of patients in an Ente Ospedaliero Cantonale hospital (hospital body of Canton Ticino), we will analyze the readability and comprehension level of the document, evaluating the effects of its delivery on patients. We will give a leaflet without any explication to a few patients (control group), while the rest will receive a leaflet with an active exposition of health professionals (experimental group). (Intermediate) results: This intervention study aims to detect the best medium to help patients fully understand their rights. The Ente Ospedaliero Cantonale (hospital body of Canton Ticino) has prepared a leaflet about patients' rights to and we will analyze its readability and comprehension level of the document. Then we will evaluate the effects of its delivery on patients first of all we will test the average knowledge of patient about this topic without the leaflet. Then, we will give this leaflet without any explication to few patients (control group), while the rest will receive a leaflet with an active exposition of health professionals (experimental group). In this way we can see if the leaflet is useful and if its delivery has increased their knowledge about this topic. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ticino
METHODE: experimental project; comprehensibility and readability test *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, schriftlich.

ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2006-11 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Ente Ospedaliero
INSTITUTION: Università della Svizzera Italiana, Facoltà di scienze della communicazione, Health Care Communication Laboratory (Via Giuseppe Buffi 13, 6900 Lugano, Schweiz)

[757-F] Corecco-Allegri, Simona; Abatti, Roberto (Bearbeitung); Dafflon, Bernard, Prof. (Leitung):
Le financement public des assurances sociales

INHALT: Il s'agit d'examiner quel est l'apport du secteur public au financement des assurances sociales, de manière globale et transversales pour l'ensemble des assurances selectionnées: apport direct par la prise en charge des déficits ou d'une part des dépenses des assurances sociales, apport indirect par les budgets publics finançant des institutions offrant des prestations relevant des assurances sociales (par exemple: les déficits des hôpitaux), incidence indirecte par la fiscalité. Ce faisant, on examine également les politiques de restriction budgétaire qui ont influencé le financement public des assurances sociales, les aspects péréquatifs des contributions cantonales, ainsi que les incidences redistributives. *ZEITRAUM:* 1948 à 2006 pour le bilan et la synthèse historique, dès 2006 pour les propositions *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Suisse
METHODE: Analyse historique du développement de la participation du secteur public au financement des assurances sociales; matrice d'analyse croisée entre les diverses assurances sociales; séries temporelles absolues, relatives et à des prix constants déflatés; multicorrélations
VERÖFFENTLICHUNGEN: Dafflon, B.: Le financement des assurances sociales en Suisse: analyse du point de vue des charges sur les salaires et des incidences redistributives. in: Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, 43, 1999, I, p. 22-47.+++Dafflon, B.: Politique sociale et solidarité péréquative dans un Etat fédéraliste: le cas suisse. in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 135, 1999, 3, p. 455-476.+++Dafflon, B.: Fédéralisme et sécurité sociale en Suisse: le cas de l'assurance maladie. in: Cattoir, De Bruycker, Dumont, Tulkens, Witts (eds.): Autonomie, solidarité et coopération: quelques enjeux du fédéralisme belge. Bruxelles: Ed. Larcier 2002, p. 175-209. +++ Dafflon, B.: Die Dezentralisierung der Sozialpolitik: eine unmögliche Mission? Der Fall der Krankenversicherung in der Schweiz. in: Färber, Gisela (Hrsg.): Das föderative System in Deutschland. Bestandesaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2005, 352 S. ISBN 3-88838-053-7.
ART: *BEGINN:* 1996-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Fribourg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Departement für VWL Professur für Finanzwissenschaft (Bd. de Pérolles 90, 1700 Fribourg, Schweiz)
KONTAKT: Leiter (e-mail: bernard.dafflon@unifr.ch)

[758-F] Gazareth, Pascale; Iglesias, Katia; Wyss, Malika (Bearbeitung); Hainard, François, Prof. (Leitung):
Mécanismes d'intégration et d'exclusion par le travail dans un environnement économique et social en mutation

INHALT: Cette recherche prend place au sein du module Emploi, travail salarié et protection sociale du Programme national de recherche (PNR)51 "Intégration et exclusion" (http://www.nfp51.ch). Elle s'intéresse aux liens existant entre la (mauvaise) qualité de l'intégration professionnelle et le risque d'exclusion sociale. En effet, e travail occupe toujours une place essentielle dans les mécanismes de socialisation et d'intégration sociale. Nous postulons toutefois que la déstructuration actuelle de l'emploi et des conditions de travail peut aboutir à la fragilisation et à la dévalorisation des individus au sein même du monde du travail et ainsi amorcer des mécanismes pouvant conduire à l'exclusion sociale. Il s'agit dès lors d'étudier les liens entre intégration professionnelle et intégration sociale, et de voir dans quelle mesure une intégration professionnelle précaire (au sens d'une intégration marquée par l'insécurité de l'emploi et/ ou l'insatisfaction au travail - voir Serge Paugam (2000), Le salarié de la Précarité, Paris: PUF) est source d'exclusion sociale mesurée à travers 3 dimensions principales: la situation économique, la participation sociale (niveau institutionnel et niveau interpersonnel) et la santé. Considérant l'exclusion sociale à la fois comme un état et comme un processus, l'objectif est de cumuler une approche transversale et une approche longitudinale. Un descriptif plus complet en 3 langues (français, allemand et anglais) est disponible sur le site du PNR 51. Pour plus informations: http://www.sidos.ch/fw_query/siweb2.fwx?htm.sel0=8824 . *ZEITRAUM:* 1999-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Suisse

METHODE: Cette recherche est de type quantitative. Plus précisément, nous avons recourru à une analyse secondaire des données du Panel Suisse de ménages (PSM - voir wwww.swisspanel.ch), multivariée (régressions logistiques), transversale (vague 1 - 1999) et longitudinale (5 premières vagues 1999-2003). Démarche méthodologique: Entretiens standardisés par téléphone, Analyse secondaire de données individuelles Univers de référence: population active suisse Nombre et/ou taille des objets: 5087 (transversal) et 3941 (longitudinal) Sélection ou échantillonnage: échantillonnage aléatoire Design du relevé: enquête annuelle par panel auprès de tous les membres adultes des ménages sélectionnés; 1999 -. Données relevées par: Panel Suisse de Ménages (PSM) et MIS-Trend Précisions significatives: Certaines constructions de variables (en particulier, la variable d'intégration professionnelle), sont disponibles sur demande et seront transmises au PSM pour un usage par d'autres chercheurs-euses. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch; Sekundäranalyse von Individualdaten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Hainard, F.; Gazareth, P.; Iglesias, K.; Wyss, M.: Mécanismes d'intégration et d'exclusion par le travail. Rapport final. Neuchâtel: Université de Neuchâtel, Institut de sociologie 2005.

ART: *BEGINN:* 2003-05 *ENDE:* 2005-11 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* NFP 51 Integration und Ausschluss

INSTITUTION: Université de Neuchâtel, Faculté des lettres et sciences humaines, Institut de sociologie (Faubourg de l'Hôpital 27, 2000 Neuchâtel, Schweiz)

[759-L] Lengwiler, Martin:
Risikopolitik im Sozialstaat: die schweizerische Unfallversicherung ; 1870-1970, (Industrielle Welt : Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 69), Köln: Böhlau 2006, XVIII, 445 S., ISBN: 978-3-412-08606-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007605)

INHALT: "Sozialversicherungen haben den Umgang mit Risiken seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert fundamental verändert. Am Beispiel der staatlichen Unfallversicherung der Schweiz wird dieser Wandel, eingebettet in den europäischen und transatlantischen Kontext, untersucht. Das Buch verfolgt die Entwicklung der Risikoforschung von der Planung der staatlichen Unfallversicherung vor dem Ersten Weltkrieg bis zu ihrer Konsolidierung nach 1945. Arbeitsmedizin, Arbeitspsychologie und Versicherungsmathematik spielten für die Organisation und Durchführung der Unfallversicherung eine Schlüsselrolle. Der Staat erlaubte diesen Disziplinen, ihre Risikokonzepte empirisch zu überprüfen und dadurch die Grundlagen für die moderne Risikoforschung zu bereiten. Beleuchtet wird auch der Aufstieg des Präventionsgedankens in der Industriearbeit nach 1945, der ein goldenes Zeitalter der sozialstaatlichen Risikoforschung einläutete. Insgesamt verweist die Studie auf das methodologisch noch kaum ausgeschöpfte Potential einer Verbindung von Sozial- und Wissenschaftsgeschichte. Der erste Teil schildert die methodisch-theoretischen Debatten der neueren historischen und soziologischen Sozialstaatsforschung und skizziert davon ausgehend Fragestellung und erkenntnisleitende Hypothesen der Arbeit. Der zweite Teil stellt das schweizerische Fallbeispiel vor, erläutert den relevanten Forschungsstand und die zentralen Begriffe der Untersuchung, diskutiert die Quellenlage und steckt den Untersuchungszeitraum ab." (Textauszug)

[760-L] Netzwerk Arbeitsmarkt (Hrsg.):
Arbeitsmarkt 2010 - Chance für alle?: eine Standortbestimmung zur Arbeitsmarktintegration, Chur: Rüegger 2007, 179 S., ISBN: 978-3-7253-0869-9

INHALT: "Das Netzwerk Arbeitsmarkt hat zwei Dutzend Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden eingeladen, über ihre Annahmen und Vorstellungen zur Entwicklung des schweizerischen Arbeitsmarktes nachzudenken, die heute bestehenden Integrationsmassnahmen kritisch zu würdigen und Ideen zu entwickeln, wie Arbeitsmarkt-Integration zukünftig gestaltet werden sollte. Das Buch stellt die Ergebnisse vor: Einschätzungen zur Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes aufgrund einer Analyse der Entwicklung der letzten 20 Jahre; eine kurze Geschichte der 'Arbeitsmarktlichen Massnahmen'; Chancen und Risiken für verschiedene Gruppen von Stellensuchenden im aktuellen Markt; Stärken und Schwächen der heute bestehenden Angebote; Vorschläge und Anregungen für die Weiterentwicklung und Neugestaltung von Integrationsmassnahmen. Die Publikation will Anstösse geben für die zukünftige Gestaltung der Arbeitsintegration und für eine interinstitutionelle Zusammenarbeit der an arbeitsmarktlichen Massnahmen beteiligten Institutionen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Andres Frick, Daniel Lampart: Entwicklungen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 1980 (15-47); Hannes Lindenmeyer: 85 Jahre Arbeitsmarkt-Massnahmen in der Schweiz und ihre Zukunft - eine Standortbestimmung (49-74); Barbara von Glutz, Hannes Lindenmeyer: Zukunft der Arbeitsmarktmassnahmen. Eine Delphi-Befragung und ihre Ergebnisse (75-89); Peter Hasler: Arbeitspolitische Visionen für das nächste Jahrhundert (91-103); Alex Beck: Nicht an Arbeit droht ein Mangel (105-116); Beat Ringger: Anschluss für alle sichern (117-127); Michael Lechner, Stefanie Behncke, Markus Frölich: Die Wirkung aktiver Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz. Ergebnisse aus verschiedenen Evaluationsstudien von 2002 bis

2006 (129-135); Serge Gaillard: Arbeitsmarktliche Massnahmen und Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in der Bewährungsprobe (137-146); Daniel C. Aeppli: Aussteuerung - Es braucht andere Lösungen als die Endstation Sozialhilfe; Winkler, Ruedi: Drei Forderungen an die zukünftige Ausgestaltung der arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) (147-152); Hermann Engler: arbeitsmarktliche Massnahme - abschaffen oder ausbauen? (153-165); Christian Bolt, Thomas Ineichen, Peter Schnüriger: Arbeitsmarktintegration: Jetzt die Chancen nutzen! (167-179).

[761-L] Nollert, Michael; Pelizzari, Alessandro:
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als Chance oder Risiko?: atypisch Beschäftigte in der Schweiz, in: Marc Szydlik (Hrsg.): Flexibilisierung : Folgen für Arbeit und Familie, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 130-148, ISBN: 978-3-531-15216-5

INHALT: "Die Schweiz gehört zu den Ländern mit einer vergleichsweise geringen arbeitsrechtlichen Protektion von Beschäftigten und einer starken Verbreitung atypischer Arbeitsverhältnisse. Der Beitrag befasst sich zum einen mit den empirischen Zusammenhängen zwischen Arbeitsrecht, atypischen Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit. Zum anderen werden die Strategien thematisiert, die atypisch Beschäftigte in der Schweiz anwenden, um die von arbeitsrechtlichen Unsicherheiten und Prekarität charakterisierten Lebenslagen zu meistern. Die statistischen Analysen sprechen dafür, dass eine hohe arbeitsrechtliche Protektion der Normalbeschäftigten insbesondere zur Verbreitung befristeter Arbeitsverhältnisse beigetragen hat. Das Beispiel der Schweiz zeigt zudem, dass eine arbeitsrechtliche Deregulierung sowohl zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen als auch zur Verschärfung der Einkommenskluft beiträgt. Die Analysen der qualitativen Interviews dokumentieren schließlich, dass nur eine Minderheit der atypisch Beschäftigten ihr Arbeitsverhältnis als Chance begreift, um beispielsweise Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Mangels arbeitsmarktrelevanter Ressourcen fühlen sich viele atypisch Beschäftigte dem zunehmenden Flexibilisierungsdruck nicht gewachsen." (Autorenreferat)

[762-L] Nollert, Michael:
Sonderfall im rheinischen Kapitalismus oder Sonderweg im liberalen Wohlfahrtskapitalismus?: zur Spezifität des Sozialstaats Schweiz, in: Thomas S. Eberle, Kurt Imhof (Hrsg.): Sonderfall Schweiz, Zürich: Seismo Verl., 2007, S. 153-171, ISBN: 3-03-777047-3 (Standort: LB u. Murh. B Kassel(34)-25soz/9.1SON)

INHALT: Um die Eigenart des Sozialstaats Schweiz herauszuarbeiten, nimmt der Verfasser zwei Diagnosen zum Ausgangspunkt, welche die Schweiz je unterschiedlich verorten. Der französische Ökonom Michel Albert beschreibt zwei Typen von Kapitalismus, den rheinischen Kapitalismus sowie den neoamerikanischen Kapitalismus und rechnet die Schweiz dem rheinischen Modell zu. Esping-Andersen dagegen unterscheidet anhand der beiden Dimensionen Dekommodifizierung und Destratifizierung drei Typen von Wohlfahrtsregimen, nämlich den liberalen Typus, den rheinischen Kapitalismus konservativer Prägung und den sozialdemokratischen Typ. Im Gegensatz zu Albert ordnet er die Schweiz dem liberalen Typus zu. Da sich Esping-Andersen auf Daten aus dem Jahre 1980 bezieht und Albert auf Daten jüngeren Datums, geht der Autor der Frage nach, ob die unterschiedliche Zurechnung auf eine zwischenzeitliche Veränderung des Sozialstaats Schweiz zurückgeführt werden kann. Er argu-

mentiert, dass die Schweiz sowohl einen Sonderfall im rheinischen Kapitalismus bildete als auch einen Sonderweg in der Welt des liberalen Wohlfahrtskapitalismus beschritt. Nach einer Erörterung von Argumenten, die für die liberale bzw. rheinische Klassifikation des Landes sprechen, zieht er eine Reihe von Indikatoren für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung heran und führt zwei Clusteranalysen mit Daten für die frühen 1980er Jahre und aktuellen Werten durch. Er kommt zu dem Schluss, dass die Schweiz damals im europäischen Cluster tatsächlich ein (liberaler) Sonderfall war, dass sie seither in der Welt des liberalen Wohlfahrtskapitalismus aber einen Sonderweg hin zum rheinischen Modell beschritten hat und heute in Kontinentaleuropa keine Sonderstellung mehr einnimmt. (ICG2)

[763-L] Oesch, Daniel:
Weniger Koordination, mehr Markt?: kollektive Arbeitsbeziehungen und Neokorporatismus in der Schweiz seit 1990, in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 13/2007, Iss. 3, S. 337-368 (URL: http://www.ingentaconnect.com/content/spsa/spsr/2007/00000013/00000003/art00002/)

INHALT: "Dieser Beitrag diskutiert die These, wonach sich die industriellen Beziehungen in der Schweiz weg vom koordinierten rheinischen hin zum marktorientierten angelsächsischen Modell bewegten. Die Koordination zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wird erstens im Bereich der kollektiven Arbeitsbeziehungen sowie zweitens in der Politikgestaltung untersucht. In einem dritten Schritt wird die Entwicklung der Repräsentationsmacht der Verbände seit Anfang der 1990er Jahre diskutiert. Nur wenig spricht dafür, dass sich die Schweiz vom Koordinationsmodell bewegt: Dezentralisierung und Individualisierung der Lohnpolitik haben zwar zu weniger Koordination geführt. Im Rahmen der Personenfreizügigkeit haben Gesamtarbeitsverträge jedoch stark an Bedeutung gewonnen. Die Verbände sind zudem weiterhin in den meisten außerparlamentarischen Regulierungsinstanzen vertreten und spielen in der Wirtschaftspolitik die Rolle des Vetoplayer." (Autorenreferat)

[764-L] Opielka, Michael:
Die Gemeinschaft der Schweiz: wie Sozialpolitik den Nationalstaat sinnvoll erhält, in: Thomas S. Eberle, Kurt Imhof (Hrsg.): Sonderfall Schweiz, Zürich: Seismo Verl., 2007, S. 188-209, ISBN: 3-03-777047-3 (Standort: LB u. Murh. B Kassel(34)-25soz/9.1SON)

INHALT: Der Verfasser geht der Frage nach, ob es heute eine 'Gemeinschaft Schweiz' noch gibt und welche Werte und Praktiken diese Gemeinschaft gegebenenfalls integrieren. Der Autor kombiniert den theoretischen mit einem empirischen Zugang. Den theoretischen Rahmen konstruiert er in Bezug auf Talcott Parsons, bei dem gesellschaftliche Gemeinschaft neben dem Wirtschafts-, dem Politik- und dem Legitimationssystem ein gleichursprüngliches Element der Gesellschaftsanalyse ist. Es wird argumentiert, dass eine spezifische Rekombination der Interpenetrationen des politischen Systems mit den gemeinschaftlichen Subsystemen 'Hilfe' und 'Öffentlichkeit' den Schweizer Sonderweg hinsichtlich der nationalen Gemeinschaftsbildung ausmacht. Die erste Interpenetration konstruiert die Sozialpolitik, die zweite die Demokratie. Aufgrund der empirischen Beobachtung, dass die Soziallast- und Sozialleistungsquote der Schweiz sich in den letzten 20 Jahren drastisch gesteigert und dem europäischen Mittelwert angeglichen haben, diagnostiziert der Verfasser einen regimetypologischen Revisionsbedarf. Er schlägt eine Erweiterung der drei Typen von Esping-Andersen um den Re-

gimetyp 'Garantismus' vor. Die vier Typen werden nun am Beispiel Schweiz-Deutschland mit gesellschaftlichen Subsystembezügen rekombiniert. Der Autor greift auf die Variation der Regimezuordnungen verschiedener Politikfelder zurück und zeigt, dass auf dem einen Gebiet der Sozialstaat liberal, auf dem anderen sozialistisch sein kann. Er bezeichnet den Schweizer Wohlfahrtsstaat als 'weich garantistisch'. Obwohl der Prozess der Globalisierung die Absenkung und Diffusion von politisch definierten Nationalitätsgrenzen fördert, sind die gemeinschaftlichen Teilsysteme 'Hilfe' und 'Öffentlichkeit' noch immer fast ausschließlich nationalstaatlich verfasst und machen das Gebilde 'Nationalstaat' noch für einige Zeit 'sinnvoll'. (ICG2)

[765-F] Pichler, Markus (Bearbeitung); Bender, Gabriel (Leitung):
Politique locale de la jeunesse en zone périphérique: analyse de besoin et pistes d'action

INHALT: La recherche est issue d'une demande explicite d'élus responsables de la politique de la jeunesse dans des exécutifs communaux. Deux recherches simultanées ont été conduites: a) sur le territoire de Vernayaz (1'470 habitants) Evionnaz (860 h.) Collonges (450h.) et Dorénaz (510h). b) sur la commune de Fully (6'000 habitants) La commission cantonale de la jeunesse a également soutenu financièrement le projet . Objectif de la recherche: Etablir un portrait de la jeunesse (niveau du constat); analyser la dynamique de chaque commune (niveau du constat); repérer les volontés de changement (niveau politique); favoriser les options stratégiques régionales (niveau du management); contribuer à la mise en oeuvre des options retenues (niveau de l'exécution). Processus: La recherche s'est déroulée en deux temps. Les partenaires ont validé les constats, avant que les chercheurs ne poursuivent leurs investigations. La recherche a établit la cible, les moyens de l'atteindre et les critères d'évaluation. Un catalogue de prestations à mettre en place en fonction d'objectifs propres a été dressé à partir de six besoins reconnus de la jeunesse locale: être entendu; avoir de l'espace; être encadré; être soutenu; entendre des messages cohérents; grandir dans une cité ouverte aux jeunes. L'originalité de la recherche tient dans le croisement de deux approches a priori irréductibles, le new public management comme processus administratif et le développement durable comme critères de performance. Travaux effectués: portrait de la jeunesse locale; examen des documents de référence; analyse des données socio-démographiques; segmentation de la jeunesse (âge, domicile, origine, etc.): entretien d'enquête auprès d'une trentaine de jeunes significatifs (individuel et/ ou collectifs) et auprès d'une trentaine de personnes actives dans le domaine de la jeunesse. Analyse de la dynamique communale en matière de jeunesse: mise en lumière des tensions (zones de flous, différences de perception, incohérences); repérage du potentiel de changement; entretien avec le président élu de chaque commune et le responsable du dicastère jeunesse (10 entretiens); 8 séances de travail avec les personnes de références. Proposition des options de politique de la jeunesse (niveau politique): liste des besoins compatibles avec les objectifs généraux de la politique locale; liste des prestations à offrir; articulation des prestations en plusieurs scénarios; estimation des ressources nécessaires (matérielles, financières, humaines et informatives) Pistes de mise en pratique des options stratégiques retenues (niveau du management): évaluation des ressources effectives; planification des actions; choix des critères de pertinence des actions fournies. *ZEITRAUM:* 2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Communes de Fully, Vernayaz, Collonges, Evionnaz et Dorénaz
METHODE: focus groupe; entretiens semi-directs; analyse documentaire

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Bender, Gabriel; Pichler, Markus: Politique de la jeunesse en zone périphérique, analyse et pistes d'action. Rapport de recherche au Conseil communal de Fully 2003, 86 p.

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2003-07 *AUFTRAGGEBER:* Administrations communale de Fully, de Vernayaz et d'EvionnazAdministrations communale de Collonges et de Dorénaz *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Haute École Valaisanne -HEVs-, Institut Santé & Social (Route de Gravelone 5, 1950 Sion, Schweiz)

[766-F] Priez, France; Pellegrini, Sonia; Vitale, Sarino; Chevrou-Séverac, Hélène (Bearbeitung); Jeanrenaud, Claude (Leitung):
Le coût social de l'abus d'alcool en Suisse

INHALT: L'objectif de l'étude est d'identifier et de mesurer l'ensemble des dommages que provoque l'abus d'alcool et d'exprimer le résultat sous la forme d'une grandeur monétaire. Le coût social de l'abus d'alcool correspond au fardeau que la consommation abusive représente pour la société à l'année de référence. Il comprend aussi bien les charges assumées par les victimes elles-mêmes (coûts privés) que celles supportées par la population générale (coûts externes). Il se compose des coûts directs, indirects et humains. Le coût direct comprend toutes les dépenses engagées pour corriger les conséquences négatives de l'abus d'alcool, qu'il s'agisse d'atteintes à la santé ou de dommages matériels (méthode du coût de correction). Le coût indirect correspond à la valeur de la production perdue en raison d'une consommation excessive d'alcool. L'abus d'alcool est en effet à l'origine d'une diminution de la productivité sur le lieu de travail, d'incapacités temporaires de travail, de cas d'invalidité et de décès prématurés. Les coûts humains expriment la baisse de qualité de vie des personnes atteintes dans leur santé et la perte de bien-être associée à la diminution de l'espérance de vie. Pour les consommateurs à problèmes et leur famille, ils représentent sans aucun doute une part substantielle du fardeau provoqué par l'abus d'alcool. Résultats (intermédiaires): Les coûts directs sont estimés à 726 millions de francs. Les pertes de productions - coûts indirects - sont évaluées à 1,6 milliards de francs pour l'année 1998. La consommation excessive d'alcool entraîne un important sacrifice de bien-être en termes de perte de qualité de vie et de réduction de l'espérance de vie. Les coûts humains correspondent aux conséquences de l'abus d'alcool sur la santé et la qualité de vie et sont estimés par la population à 4,3 miliards de francs. *ZEITRAUM:* 1998 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Suisse

METHODE: Les coûts directs et indirects sont estimés à l'aide de la méthode du capital humain. Pour l'évaluation des coûts humains, une enquête a été réalisée sous forme d'entretiens standardisés face-to-face. Les méthodes sous-jacentes sont l'évaluation contingente et le standard gamble. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Jeanrenaud, Claude; Priez, France; Pellegrini, Sonia; Chevrou-Séverac, Hélène; Vitale, Sarino: Le coût social de l'abus d'alcool en Suisse. Neuchâtel: Institut de Recherches Economiques et Régionales 2003.+++Jeanrenaud, Claude; Priez, France; Vannotti, Marco: Valuing intangible costs of cirrhosis of the liver: a two-step procedure. in: Revue suisse d'économie politique et de statistique, vol. 137, 2001, no. 1, pp. 87-102.+++ Priez, F.; Pellegrini, S.; Jeanrenaud, C.: Coûts humains des atteintes à la santé attribués à la consommation abusive d'alcool en Suisse. in: Recherches de l'OFSP en matière de dépendances 2002-03, Berne, OFSP 2005.+++Jeanrenaud, C.; Pellegrini, S.; et al.: Les coûts indi-

rects de l'abus d'alcool en Suisse. in: Recherches de l'OFSP en matière de dépendances 2002-03. Berne: OFSP 2005. *ARBEITSPAPIERE:* Chevrou-Séverac, Hélène: L'impact de l'abus d'alcool sur l'emploi en Suisse. Neuchâtel: Institut de Recherches Economiques et Régionales 2001. (Working Paper 0101).+++Pellegrini, Sonia; Jeanrenaud, Claude: Valuing intangible costs of alcohol dependency as a public good. Neuchâtel: Institut de Recherches Economiques et Régionales 2001. (Working Paper 0102).

ART: *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Gesundheit -BAG- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Université de Neuchâtel, Faculté des sciences économiques, Institut de recherches économique -IRENE- (Pierre-à-Mazel 7, 2000 Neuchâtel, Schweiz)

KONTAKT: Pellegrini, Sonia (e-mail: Sonia.Pellegrini@unine.ch)

[767-L] Ragni, Thomas:

Die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung in der Schweiz: Übersicht über die Hauptergebnisse des "Follow-up" der Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Beurteilung der sechs Abschlussberichte, (DP-Diskussionspapier / Staatssekretariat für Wirtschaft, Direktion für Wirtschaftspolitik), Bern 2007, 34 S. (Graue Literatur;
URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k070807p01.pdf)

INHALT: "In einer Art 'Metaevaluation' möchte der vorliegende Bericht eine theoretisch, methodisch und statistisch angeleitete Beurteilung liefern der sechs Endberichte des 'Follow-up' der Evaluation der schweizerischen aktiven Arbeitsmarktpolitik. Ausserdem soll der Bericht eine Übersicht über die wichtigsten Evaluationsergebnisse geben und ein abschliessendes Fazit ziehen." (Autorenreferat)

[768-L] Rieger, Andreas; Baumann, Hans:

Mindestlohnpolitik in der Schweiz und in Europa: gewerkschaftliche Lohnpolitik seit 1990, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, s. 165-176 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Die Verfasser zeigen, dass in der Hochkonjunktur, welche in der Schweiz von 1954 bis 1971 ohne Unterbruch herrschte, der Binnen-Arbeitsmarkt schnell ausgetrocknet war, was für einen allgemeinen Lohndruck nach oben sorgte. Für Gegendruck nach unten sorgte die "industrielle Reservearmee" der MigrantInnen. Sie analysieren die relevanten Regelungen der Lohnentwicklung und stellen fest, dass dieses Lohn-System mit seinen Sonderstatuten, seiner fehlenden Freizügigkeit und seiner fremdenpolizeilichen Kontrolle den MigrantInnen eine unmenschliche apartheid-ähnliche Arbeits- und Lebenssituation aufzwang. Die tiefsten Löhne wurden in diesem System dort bezahlt, wo auch der innere Arbeitsmarkt nicht ganz ausgetrocknet und der gewerkschaftliche Organisationsgrad tief war, d.h. in typischen Frauenbereichen. Die 1990er Jahre brachten den endgültigen Bruch mit dem bisherigen Lohnsystem: Die Arbeitslosigkeit, welche sich ab 1992 aufbaute, war eine Binnen-Arbeitslosigkeit. Hinzu kam in den 1990er Jahren eine massive Welle von Privatisierungen und von Outsourcing. Mit den Privatisierungen fielen Zehntausende von Beschäftigten aus den öffentlichen Besoldungssystemen heraus in Tieflohnsituationen, so z.B. in der Reinigungsbranche. Diese Entwicklung führte von 1991 bis 1998 zu einer starken Ausweitung von Tieflohnbereichen und die Zahl der arbeitenden Armen wuchs auch in der Schweiz an. Vor diesem Hintergrund werden die Mindestlohnkampagne der Gewerkschaft und die Situation der Mindestlöhne im europäischen

Umfeld dargestellt. Es wird argumentiert, dass in all jenen Branchen, in welchen die Gewerkschaften eine gewisse Kraft aufbauen können, und überall dort, wo auf der anderen Seite Arbeitgeber über einen vertragsfähigen Zusammenschluss verfügen, die Strategie der Gesamtarbeitverträge mit verbindlichen Mindestlöhnen sicher weiterhin sinnvoll ist. Sie erlaubt, ein Mindestlohnsystem zu behalten und auszubauen, welches Mindestlöhne für verschiedene Ausbildungs- und Erfahrungsstufen und für verschiedene Funktionen vorsieht. Die Branchenmindestlöhne können zudem günstigere Kräfteverhältnisse in einzelnen Branchen in höheren Mindestlöhnen fixieren. Eine mögliche Umsetzung des staatlichen Mindestlohnes könnte aus dem verbindlichen Normalarbeitsvertrag (NAV) hervorgehen, der bereits heute im Instrumentarium der flankierenden Maßnahmen besteht. (ICG2)

[769-F] Ruflin, Regula, Dr. (Bearbeitung); Schedler, Kuno, Prof.Dr.; Eberle, Thomas S., Prof.Dr. (Betreuung):
Wohlfahrtsstaatliches Kontraktmanagement. Die Verhandlung und Umsetzung von Leistungsverträgen als Herausforderung für Nonprofit-Organisationen

INHALT: Private Nonprofit-Organisationen sind eine der zentralen Tragsäulen des Schweizer Sozialstaats. Seit Aufkommen von New Public Management in den 90er Jahren lösen zunehmend Leistungsverträge die bisherigen defizitorientierten Subventionsverfügungen ab, welche bis anhin die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Leistungserbringer/innen prägten. Mit dem Einsatz von Leistungsverträgen, auch Kontrakte genannt, finden nicht nur verwaltungsintern Veränderungen statt, sondern auch überall dort, wo die Verwaltung mit öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Organisationen zusammenarbeitet. Obwohl in den letzten Jahren auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene zunehmend Leistungsverträge abgeschlossen und korrespondierende Controllinginstrumente eingeführt werden, ist unbekannt, ob und was durch den Einsatz von Leistungsverträgen in der strategischen und operativen Führungsarbeit sowie in der konkreten Leistungserbringung durch die Mitarbeitenden verändert wird und wie die betroffenen Personen diese Veränderungen interpretieren. Diese Dissertation geht diesen Fragen aus konstruktivistischer, interpretativ-organisationssoziologischer Sicht nach und hat als Ziel, die in theoretischen und essayistischen Abhandlungen oft emotional geführte Debatte zu Kontraktmanagement im Sozialbereich empirisch zu fundieren. Dabei sollen die empirischen Erkenntnisse aus der Schweiz gezielt in Bezug zur US-amerikanischen Kontraktmanagementdebatte gestellt werden, da diese im internationalen Vergleich am längsten geführt wird (seit den 60er Jahren) und empirisch am ausgewiesensten ist. (Zwischen)ergebnisse: Mit New Public Management hat in der Schweiz in den 90er Jahren auch das wohlfahrtsstaatliche Kontraktmanagement Eingang in Politik und Verwaltung gefunden. Unter Einbezug des internationalen wissenschaftlichen Diskurses untersucht diese Dissertation interdisziplinär anhand des Alltags zweier Nonprofit-Organisationen, welche öffentliche Mittel erhalten, inwiefern Leistungsverträge ihre Strategie, Struktur, Kultur und ihr Potential beeinflussen. Eine Umfrage bei der Schweizer Städteinitiative hinsichtlich der Kontraktmanagementpraxis im Sozialen Sektor zeigt, dass Kontraktmanagement in jeder Gemeinde und oftmals von Fall zu Fall anders wahrgenommen und umgesetzt wird. Der Wechsel vom Subventionsmodell zum Kontraktmanagement ist für alle beteiligten Fach- und Führungspersonen einschneidend, beinhaltet jedoch (heute noch) weniger Veränderungen für die Klient/innen. Eine bisher qua Gewohnheitsrecht stattfindende Zusammenarbeit in der Bestellung und Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bedarf nun nämlich nicht nur der Klärung von Menge, Qualität und Kosten konkreter Leistungen, sondern auch der Klärung

sozialpolitischer Zielsetzungen und der Offenlegung politischer Verflechtungen. Die Planung des Kontraktprozesses, die Transparenz über die Möglichkeiten und Grenzen der Verhandlungsführung und die zwischen den Verhandlungsteilnehmenden gepflegten Umgangsformen erweisen sich für einen gelingenden Kontraktmanagementprozess als zentral. Kontraktmanagement beinhaltet latent die Gefahr der zeitlichen und fachlichen Überforderung von in Nonprofit-Organisationen ehrenamtlich tätigen strategischen Führungspersonen, die zivilgesellschaftlich eine wichtige Funktion ausüben. Die Berechnung der Kontraktsumme, der hohe Transaktionskostenaufwand und die Bindung von Ressourcen an Qualitätskontrolle, Leistungserhebung und Berichterstattung bergen überdies die Gefahr einer Innovationshemmung. Kontraktmanagement, so das Fazit, stellt eine sozialpolitische Aushandlungsarena dar, in welcher wohlfahrtsstaatspolitische Vorstellungen zu Zielen, Zielgruppen, Leistungen und Erbringungsstrukturen expliziert werden. Nonprofit-Organisationen, seit je her Tragsäulen des Schweizer Wohlfahrtsstaates, befinden sich dabei im Spagat zwischen ihrer ökonomischen Orientierung und ihrer gesellschaftlichen Vision. *ZEITRAUM:* 2002-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz, mit internationalem Vergleich, insbesondere zu Deutschland, Österreich und USA

METHODE: 1. Wissenschaftstheoretischer Bezug Diese Dissertation ist der interpretativen oder verstehenden Organisationsforschung zuzurechnen. In den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Betrachtungen werden die individuellen Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion ("Alltagstheorien") der organisationalen Akteur/innen gestellt. Das Organisationsverständnis ist somit stark geprägt von einer soziologischen, konstruktivistischen Sichtweise. Damit wird betont, dass in der Analyse von Organisationen nicht von einer a priori Realität oder zu entdeckenden Wahrheit ausgegangen wird, sondern stattdessen die Wahrnehmungen und Bedeutungszuschreibungen der Akteur/innen in ihrem Kontext empirisch erarbeitet werden sollen. Oder, anders formuliert, es wird nicht nach einer Realität der Organisation per se gesucht, sondern nach jener Realität, welche sich die Organisationsmitglieder immer wieder durch Interaktion herstellen. 2. Forschungsmethodisches Vorgehen Diese Dissertation arbeitet mit einem qualitativen Forschungszugang, konkret mit qualitativen Einzelfallstudien, um in einer komplexen und wenig erforschten Thematik möglichst viel Heterogenität erfassen zu können. Über den Zugang zu subjektiven Sichtweisen der handelnden Akteure und Akteurinnen werden deren konkrete Handlungssysteme analysiert. Als Quelle eben dieser subjektiven Wahrnehmungen und handlungssteuernden Erlebnissen der Akteur/innen dienen mündliche und schriftliche Textquellen sowie Artefakte. Konkret werden diese erhoben mittels (teilnehmender) Beobachtung dieser Akteur/innen in ihrem Organisationsalltag, mittels halb-offener Einzel- und Gruppeninterviews sowie mittels Dokumenten - und Artefaktanalyse. Da zudem Organisationen nicht isoliert existieren, sondern sich in dauerndem Austausch mit ihrer Umwelt befinden, werden auch - insofern im Rahmen der Empirie als relevant bezeichnet - kontextuelle Faktoren (z.B. sozialpolitische Rahmenbedingungen) in die Analyse der empirischen Daten einbezogen. Der hier gewählte qualitative Forschungsprozess ist iterativ, das heisst, man nähert sich schrittweise dem Ergebnis an. In dieser Arbeit findet der Forschungsprozess nicht streng konsekutiv und linear statt, sondern verzahnt. Das bedeutet, im Forschungsprozess findet die Auseinandersetzung mit Theorie und empirischen Ergebnissen anderer Forscher/-innen, die Erhebung einer oder mehreren Datenarten und die Auswertung der erhobenen bzw. gesammelten Daten parallel und abwechselnd statt. Dieses Schritt für Schritt entwickelte Verständnis sollte als Endergebnis inter-subjektiv nachvollziehbar sein. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Akten- und Dokumentenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Qualitatives Interview; Artefaktenanalyse (Stichrprobe: ca. 4; Beratungsstellen –Sozialarbeiterische Beratungsstellen-; Auswahlverfahren: "Fallkontrastrierung" - Organisationen,

welche mindestens mit einer Stadt der Schweizer Städteinitiative einen Leistungsvertrag haben -telefonische/ persönliche Kontaktaufnahme mit diesen Städten-). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ruflin, R.: Wohlfahrtsstaatliches Kontraktmanagement. Die Verhandlung und Umsetzung von Leistungsverträgen als Herausforderung für Nonprofit-Organisationen. Bern: Haupt 2006.+++Ruflin, R.; Schiess, V.: Nationale Qualitätsstandards für heil- und sonderpädagogische Angebote. in: Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik SZH, 6, 2003, 9, S. 15-21.+++Ruflin, R.: Qualitätsentwicklung im Sozialbereich. in: VM Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management, 1, 2002, 28, S. 58-69.+++Ruflin, R.; Schiess, V.: Qualitätsmanagement in der Sonderpädagogik: Herausforderungen am Beispiel der Entwicklungen bei Heimen, Tagesstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. in: Bulletin Arbeitsgemeinschaft LehrerInnen für Geistigbehinderte ALG, 1, 2002, 92, S. 15-23. *ARBEITSPAPIERE:* Ruflin, Regula: Leistungsverträge in der Sozialen Arbeit. Qualitative Fallstudien von Beratungsstellen. Unveröffentlichte Vorstudie zur Dissertation. Universität St. Gallen, St. Gallen.

ART: *BEGINN:* 2000-10 *ENDE:* 2005-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Universität St. Gallen, Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus - IDT- Abt. Verwaltungsmanagement (Varnbüelstrasse 19, 9000 St. Gallen, Schweiz); socialdesign ag (Sennweg 6, 3012 Bern, Schweiz)

[770-F] Stadelmann-Steffen, Isabelle (Bearbeitung); Linder, Wolf, Prof.Dr. (Betreuung):
Policies, Frauen und der Arbeitsmarkt

INHALT: Im Zentrum des Dissertationsprojektes steht die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen. Seit den 1960er Jahren hat die Zahl der Frauen, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, in der Schweiz wie in den anderen Industriestaaten stark zugenommen. Mit einer Erwerbsquote von über 70 Prozent weist die Schweiz im internationalen Vergleich eine der höchsten Frauenerwerbsquotenüberhaupt auf. Während im internationalen Vergleich jedoch drei Viertel der Arbeitnehmerinnen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, ist dieser Anteil in der Schweiz mit rund 50 Prozent aussergewöhnlich gering. Wird diese Tatsache für die Messung der Arbeitsmarktintegration von Frauen berücksichtigt, nimmt die Schweiz in der Rangliste der OECD-Länder einen Platz im hinteren Mittelfeld ein. Vor dem Hintergrund dieser Bemerkungen soll die Dissertation Antworten auf folgende Fragen geben: Wie ist die Situation der Frauen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich aktuell und im Zeitvergleich tatsächlich einzuschätzen? Womit lässt sich das Niveau und die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Schweiz erklären? Wie lässt sie sich möglicherweise beeinflussen? Bisherige Studien zu diesem Thema waren in erster Linie ökonomischen und soziologischen Ansätzen verpflichtet und stellten den individuellen Entscheid der Frauen in Abhängigkeit von Kosten-Nutzenüberlegungen, bzw. von gesellschaftlichen Faktoren in den Vordergrund, während die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in der Politikwissenschaft ein relativ wenig erforschtes Gebiet darstellt. Vor dem Hintergrund des bestehenden Forschungsstandes soll die Dissertation den Theorie- und Forschungsstand auf drei Ebenen erweitern: 1) Die Stärkung des politikwissenschaftlichen Ansatzes: Obwohl sich politikwissenschaftliche Faktoren für die Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit theoretisch aufdrängen, fanden sie bisher kaum systematisch Eingang in die Forschung. Es soll deshalb untersucht werden, inwiefern die Politik die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen beeinflusst. Der Dissertation wird hierzu ein kompa-

rativ-institutionalistischer Ansatz der Arbeitsmarktforschung zu Grunde gelegt. Dahinter steht die Annahme, dass soziale und politische Institutionen und Instrumente auf der Makro- und Mesoebene wesentliche Erklärungsfaktoren für die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen darstellen. Die zentrale These spricht nicht zuletzt dem Einfluss von konkreten Policies einen wesentlichen Stellenwert für die Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit zu und kann als Erweiterung bisheriger politisch-institutioneller Erklärungsansätze verstanden werden. Dies in dem Sinne als betont wird, dass nicht nur die politischen Institutionen und Werte, sondern auch die daraus folgende Politik, bzw. ihre Inhalte von Bedeutung sind. 2) Die Kombination von politikwissenschaftlichen, ökonomischen und soziologischen Theoriesträngen: Die meisten bisherigen Studien wählten einen relativ engen theoretischen disziplinenspezifischen Fokus. Doch gerade das Beleuchten der Frauenerwerbstätigkeit aus verschiedenen Perspektiven kann möglicherweise einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis des Phänomens leisten. Es ist deshalb Ziel dieser Untersuchung, die Frauenerwerbstätigkeit unter Einbezug der drei Theoriestränge von verschiedenen Perspektiven zu betrachten und die Erklärungskraft der Ansätze gegeneinander abzuwägen. Die Kombination von Individual- und Kontextebene: Neben dem Einbezug verschiedener Theoriestränge dürfte auch die Betrachtung mehrerer Analyseebenen von Bedeutung sein. Der Dissertation liegt die Annahme zu Grunde, dass ein Wechselverhältnis zwischen dem individuellen Verhalten von Frauen und ihrem Umfeld besteht. Insbesondere ist der Entscheid einer Frau, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, geprägt vom gesellschaftlichen, strukturellen und institutionellen Kontext. Indem Individual- und Kontextebene kombiniert werden, soll diesem Zusammenspiel Rechnung getragen werden. *ZEITRAUM:* 1980-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz (einerseits auf der Ebene der Kantone andererseits im internationalen Vergleich)

METHODE: Ziel der Studie ist es, die Arbeitsmarktintegration der Schweizer Frauen sowie deren Bestimmungsfaktoren zu untersuchen. Hierzu wird ein mehrstufiges Verfahren gewählt, das nicht zuletzt die Integration der verschiedenen Forschungsansätze und damit eine differenzierte Analyse erlaubt. Teil 1: Die Frauenerwerbstätigkeit in der Schweiz Die Beschreibung und Einordnung der Schweizer Gegebenheiten soll in mehreren Schritten und mit einer Mix aus sowohl qualitativen als auch quantitativen Verfahren erfolgen. Im Zentrum steht einerseits ein quantitativer Vergleich der OECD-Staaten auf Makroebene, andererseits eine Fallstudie zur Schweiz unter Anwendung der Erklärungsgrössen, die sich im internationalen Vergleich als wichtig erwiesen haben. Damit sollen Bestimmungsgrössen auf Kontextebene ausgemacht werden, welche die Arbeitsmarktpartizipation der Schweizer Frauen möglicherweise beeinflussen und erklären können. Teil 2: Kombination von individuellen und Kontextfaktoren - eine Mehrebenenanalyse Wie oben erläutert, liegt der Untersuchung ein integraler Forschungsansatz zu Grunde. Zum einen wird die potentielle Erklärungskraft sowohl der politikwissenschaftlichen als auch der soziologischen und ökonomischen Theorien unterstellt. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass politische, kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen einen wichtigen Einfluss auf den Entscheid der Frauen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren, ausüben. Um die Wirkung von Kontextfaktoren auf das individuelle Arbeitsmarktverhalten systematisch überprüfen zu können, ist es wichtig, dass individuelle Variablen und Kontextgrössen nicht nur nebeneinander, sondern kombiniert analysiert werden. Diese Kombination von Individual- und Kontextfaktoren kann mittels Mehrebenenanalyse geschehen. Dabei bilden Individualdaten aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung die erste Datenebene, die durch Kontextfaktoren auf kantonaler Ebene ergänzt werden. Jede Frau im Sample kann damit einer Untereinheit, einem Kanton, zugeordnet werden, der unterschiedliche Rahmenbedingungen bietet. Untersuchungsdesign: Querschnitt, evtl. Panel (weitere relevante Präzisierungen: kantonale Kontextfaktoren, insb. Policies) *DATENGEWINNUNG:* Sekundär-

analyse von Aggregatdaten (Stichprobe: bis 30; OECD-Staaten; Auswahlverfahren: gemäß OECD-Statistiken). Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: 30.610; weibliche Schweizer Bevölkerung; Auswahlverfahren: Stichprobe gemäß SAKE). Akten- und Dokumentenanalyse, offen; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: 26; Schweizer Kantone - kantonale Kontextfaktoren, insb. Policies; Auswahlverfahren: total).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Steffen, Isabelle: Frauenerwerbstätigkeit im Wechselverhältnis von nationaler Politik und internationaler Wirtschaft. in: Globale Wirtschaft - nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel. Ein Almanach junger Wissenschaftler. Berlin: Hans Martin Schleyer-Stiftung, S. 212-213. *ARBEITSPAPIERE:* Steffen, Isabelle: Stärken und Schwächen gepoolter Zeitreihen-Designs am Beispiel der Frauenerwerbsbeteiligung in 22 OECD-Staaten. Paper präsentiert am Jahreskongress der schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft, 18./19. November 2004, Balsthal.+++Steffen, Isabelle: Öffentliche Politik und die Arbeitsmarktintegration der Frauen im OECD-Vergleich. Paper präsentiert im Institutskolloquium IPW und IKMB, 16.6.2005, Universität Bern.+++Steffen, Isabelle: Measuring policy effects - multilevel analysis in comparative political research. Paper prepared for the 1st ECPR Graduate Conference, Essex, 7-9 September 2006.+++Steffen, Isabelle: Der sozialpolitische Kontext der Frauenerwerbstätigkeit. Eine Mehrebenenanalyse zur Frauenerwerbsbeteiligung in der Schweiz. Paper präsentiert am Jahreskongress der schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft, 2./3. November 2006, Balsthal.

ART: *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: steffen@ipw.unibe.ch)

[771-F] Wapf, Bettina, lic.phil. (Bearbeitung); Peters, Matthias, lic.phil. (Leitung):
Evaluation der Wirkungen lokaler Alkoholpolitiken - eine vergleichende Fallstudienanalyse

INHALT: Die Entwicklung lokaler Alkoholpolitiken zu fördern, ist eines der Ziele des Pro-jekts "Die Gemeinden handeln!" Es geht darum, auf kommunaler Ebene die Formulierung und Verwirklichung lokaler Alkoholpolitiken zu unterstützen und somit Verbindlichkeiten im Handeln gegen die Alkoholproblematik, insbesondere in Bezug auf den risikoreichen Alkoholkonsum Jugendlicher, herzustellen. Das Projekt steht unter der Projektleitung von Radix Gesundheitsförderung im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. Die Evaluation bezweckt einen Informationsgewinn darüber, ob und was lokale Alkoholpolitiken bewirken und welche Kontextbedingungen oder begleitenden Massnahmen der Wirksamkeit förderlich sind. Im Weiteren sollen Entscheidungsgrundlagen zur Verbesserung der Konzeption und Implementierung lokaler Alkoholpolitiken gegeben werden. Im Rahmen einer vergleichenden Fallstudien-analyse wurden 13 Fallstudien durchgeführt. (Zwischen)ergebnisse: Die Evaluation zeigt, dass bisher nur wenige Massnahmen umgesetzt wurden und ihre Wirkung beschränkt blieb. Das Projekt hat kaum die Formulierung und Implementierung von lokalen Alkoholpolitiken im politikwissenschaftlichen Sinne ausgelöst. Das Projekt "Die Gemeinden handeln!" hatte zwar die klare Zielset-zung, lokale Alkoholpolitiken anzustossen, strebte diese Zielsetzung jedoch zu wenig systematisch und konsequent an. Das Projekt hat den Policy-Ansatz nicht konsequent verwirklicht. Aufgrund dieser Ergebnisse wurden folgende Empfehlungen formuliert: Das Bundesamt für Gesundheit

verlangt bei Projektgesuchen eine formulierte Programmtheorie für das Projekt. Das Bundesamt für Gesundheit prüft im Rahmen der Umsetzung seiner Präventionspolitik (im Suchtbereich) grundsätzlich und fallbezogen andere Behördenarrangements. Das Bundesamt für Gesundheit prüft grundsätzlich und fallbezogen eine Umkehr in der Unterstützung, weg von einer Unterstützung von Gesundheitsinitiativen hin zu einer Unterstützung bestehender und implementierter Politiken. *ZEITRAUM:* 2003-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Gemeinden Glarus GL, Gemeindeverb. Werdenberg SG,Richterswil ZH, Vevey VD, Pfäffikon ZH, Möhlin AG, Yverdon VD, Mendrisio TI

METHODE: vergleichende Fallstudien; Datenerhebung: Dokumentenanlayse, qualitative Interviews (persönlich und telefonisch) *DATENGEWINNUNG:* Akten- und Dokumentenanalyse, offen (Stichprobe: ca. 14; Dokumente des Projekts; Auswahlverfahren: total). Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 70-100; am Projekt beteiligte Personen sowie Umfeld in den Gemeinden; Auswahlverfahren: total, gezielt). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Peters, M.; Wapf, B.: Evaluation der Wirkungen lokaler Alkoholpolitiken - eine vergleichende Fallstudienanalyse. Schlussbericht. econcept im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit, Kompetenzzentrum für Evaluation, Zürich 2006.+++Peters, M.; Wapf, B.: Evaluation der Wirkungen lokaler Alkoholpolitiken - eine vergleichende Fallstudienanalyse. Executive Summary. econcept im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit, Kompetenzzentrum für Evaluation, Zürich 2006.

ART: *BEGINN:* 2005-05 *ENDE:* 2006-09 *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Gesundheit -BAG- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: econcept AG Forschung, Beratung, Projektmanagement (Lavaterstr. 66, 8002 Zürich, Schweiz)

KONTAKT: Leiter (e-mail: matthias.peters@econcept.ch)

[772-L] Widmer, Frédéric:
Stratégies syndicales et renouvellement des élites: le syndicat FTMH face à la crise des années 1990, in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 13/2007, Iss. 3, S. 395-431 (URL: http://www.ingentaconnect.com/content/spsa/spsr/2007/00000013/00000003/art00004/)

INHALT: "Der vorliegende Artikel analysiert, am Beispiel der Entwicklung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands (SMUV) zwischen 1970 und 2004, den Anpassungsprozess der Gewerkschaften anlässlich ihrer geschwächten Position in den 1990er Jahren. Es wird argumentiert, die Schwächung des SMUV im wirtschaftlichen Bereich habe zu einer Verlagerung seiner Aktivität auf den politischen Sektor geführt. Seine strategische Neuausrichtung hatte zwei Aspekte: erstens wurden die 'traditionellen Eliten' durch neue Kader, typischerweise SP-Mitglieder mit Universitätsabschluss, ersetzt. Dieser personelle Wandel hat zweitens einer erneuerten, freundlicheren Beziehung zum Staat und einer Diversifikation der Handlungsinstrumente Vorschub geleistet. Begleitend zu den Tarifverhandlungen kommen in stärkerem Masse Strategien der Politisierung, Mobilisierung und Mediatisierung zur Anwendung. Insgesamt zeigt die beschriebene Entwicklung von einer Annäherung an die SP." (Autorenreferat)

[773-F] Widmer, Gaelle; Pellegrini, Sonia (Bearbeitung); Jeanrenaud, Claude (Leitung):
Le coût social de la consommation de drogues illégales en Suisse

INHALT: L'objectif du projet est de mesurer, pour l'année 2000, le coût de la consommation de drogues illégales pour la communauté en Suisse. Il identifie et mesure l'ensemble des dommages que provoque la consommation de drogue et exprime le résultat sous la forme d'une grandeur monétaire. Le coût social correspond au fardeau que la consommation de stupéfiants représente pour la société à l'année de référence. Il comprend aussi bien les charges assumées par les victimes elles-mêmes (coûts privés) que celles supportées par la population générale (coûts externes). Le coût social comprend trois grandes catégories de coûts: les dépenses engendrées par les traitements, l'aide et le soutien aux toxicodépendants (coûts directs), les pertes de production dues aux décès prématurés, à la maladie et au trafic de stupéfiants (coûts indirects) et la perte de qualité de vie des personnes dont la vie est affectée par la consommation ou le trafic de stupéfiants (coûts humains). Résultats (intermédiaires): Les coûts directs s'élèvent à 1,4 milliard, les coûts indirects à 2,3 milliards et les coûts humains à 0,4 milliard. Le coût social total de la consommation de drogues illicites atteint donc 4,1 milliards. *ZEITRAUM:* 2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Suisse

METHODE: Les coûts directs et indirects sont estimés à l'aide de la méthode du capital humain. Pour l'évaluation des coûts humains, une enquête sera réalisée sous forme d'entretiens standardisés face-to-face. La méthode envisagée est l'évaluation contingente. *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Jeanrenaud, C.; Pellegrini, C.; Widmer, G.: Which of tobacco, alcohol or illicit drugs imposes the greatest burden on society? A comparison of the social cost of substance abuse in Switzerland. Oral presentation, 7th Workshop on Costs and Assessment in Psychiatry - Financing Mental and Addictive Disorders, Venice, March 18-20 2005.+++Jeanrenaud, C., Widmer, G.; Pellegrini, S.: Le coût social de la consommation de drogues illégales en Suisse. Rapport à l'attention de l'Office fédéral de la santé publique. Neuchâtel: Institut de recherches économiques, Université de Neuchâtel 2004.

ART: *BEGINN:* 2001-03 *ENDE:* 2004-06 *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Gesundheit -BAG- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Université de Neuchâtel, Faculté des sciences économiques, Institut de recherches économique -IRENE- (Pierre-à-Mazel 7, 2000 Neuchâtel, Schweiz)

14 Sozialpolitiken ostmittel- und osteuropäischer Staaten

[774-L] Alexiu, Teodor Mircea:
Rumänien: schwere Krise des Rentensystems, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 19/2007, Nr. 1, S. 7-10

INHALT: "Nach 1989 schlitterte das staatliche Rentensystem in Rumänien in eine arge Krise; die Anzahl der RentnerInnen nahm zu, die der EinzahlerInnen ins System ab, und die hohe Inflation tat das Übrige zur Wertminderung der Renten. Jetzt versucht der Staat durch die Stärkung der privaten Zukunftsvorsorge dagegen zu steuern, wodurch aber neue soziale Ungleichheit entsteht." (Autorenreferat)

[775-L] Borre, Ole:
Social trust in the Baltic Sea Region, in: Mai-Brith Schartau, Sten Berglund, Bernd Henningsen (Eds.): Political culture : values and identities in the Baltic Sea Region, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2007, S. 97-115, ISBN: 978-3-8305-1260-8 (Standort: BSB München(12)-2007.39375)

INHALT: Die Studie zum europäischen Integrationsprozess und seinem Einfluss auf die postkommunistischen Gesellschaften in der Ostseeregion untersucht das soziale Vertrauen der Bevölkerung in zehn Staaten. Die Ausgestaltung des sozialen Vertrauens, verstanden als ein wichtiges politisches Merkmal, gilt als Indikator für die Stärke der Zivilgesellschaft. Nach einer Skizzierung früherer Forschungsergebnisse werden folgende aktuelle Befunde, basierend auf Befragungen, präsentiert: (1) Soziale Netzwerke (Mitgliedschaften in Organisationen und freiwilligen Initiativen), (2) sozialer Status (Haushaltseinkommen), (3) die Vermittlung von Werten bei der Kindererziehung, (4) politische Ideologien, differenziert in Sozialisten und Liberale, (5) Zufriedenheit mit der Demokratie und politische Aktivitäten, (6) Nationalismus und die Einstellung zur pluralistischen Gesellschaft. Die Untersuchung offenbart einen engen Zusammenhang zwischen der Einbettung in das soziale Netzwerk und sozialem Vertrauen sowie einen negativen Bezug zu autoritären Werten. Somit stehen die misstrauischen Menschen außerhalb der aktiven Zivilgesellschaft und verfolgen eine Wertekonformität bei der Kindererziehung. Politisch betrachtet findet man diese Personen sowohl im rechten als auch im linken Lager. Sie zeichnen sich durch politische Passivität, Unzufriedenheit mit der demokratischen Entwicklung und Ablehnung von Migranten aus. (ICG2)

[776-F] Careja, Romana (Bearbeitung); Armingeon, Klaus, Prof. (Leitung):
Industrial relations and politics in post-communist countries

INHALT: Do systems of industrial relations - the interaction of labor unions, employers' organizations, and the state - vary between post-communist nations? How can we explain this variation, if there is any? And what political role do industrial relations perform in post-communist nations? These are the guiding questions of our research project. In the established democracies of the OECD country group, industrial relations vary between nations. Much of this variation is due to historical decisions and political power distribution that determine the extent and mode of state intervention in labor relations. Here, systems of industrial relations are related to production regimes and to political systems. These labor relations are of paramount importance for the working of the democratic system: they isolate industrial conflict from political conflict; integrate employees and employers into the political system; release government from intervention by private self-regulation of working conditions and by providing vocational training through social partners; and influence the formulation and implementation of economic and social policies by providing expertise and by assuming tasks in the enforcement of laws and other public regulations. On the flip side, systems of industrial relations produce constraints, burdens, and challenges for the economic and political system. According to the most recent analyses, none of these functions do apply to industrial relations in post-communist countries. There, trade unions are weak, employers' organizations are without much clout, collective bargaining is widely irrelevant, and union and employers' participation in economic and social policy making and implementation is largely ineffective. Instead of many different industrial relations systems, in the former Eastern bloc we find evidence of only one type of system, characterized by feebleness and irrelevancy. Instances of temporar-

ily strong labor movements-such as the Romanian miners' movement-represent deviant cases. One could summarize these findings with the thesis that industrial relations hardly matter in post-communist nations. The proposed project will test this proposition. It will do so by systematically comparing the national systems of industrial relations in post-communist countries and by analyzing the political role of industrial relations systems in the post-communist world. In order to gauge the range of variation and the effect of industrial relations systems, Western types of industrial relations systems are used as points of reference. We will start from a quantitative configurational analysis of all 28 post-communist industrial relations systems, based on a few selected indicators. This analysis will be deepened based on a larger set of indicators for the 10 countries that joined or will join the EU within the next few years. Provided data are available, this more detailed study will be done for two to four of the economically and democratically most advanced post-Soviet states. Finally, based on the results of the quantitative analysis, a sample of four to six countries, representing a typical range of inter-country variation, will be selected, and a qualitative analysis of the role of industrial relations in economic and social policy making will be conducted. *ZEITRAUM:* 2006-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* post communist countries

METHODE: comparative method

ART: *BEGINN:* 2006-04 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* NFP 41 Verkehr und Umwelt: Wechselwirkungen CH-Europa

INSTITUTION: Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz)

[777-L] Fimpel, Julia; Stolpe, Michael:
The welfare costs of HIV/ AIDS in Eastern Europe: an empirical assessment using the economic value-of-life approach, (Kieler Arbeitspapiere / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, No. 1297), Kiel 2006, 68 S. (Graue Literatur;
URL: http://opus.zbw-kiel.de/volltexte/2006/5104/pdf/kap1297.pdf)

INHALT: "Based on the aggregation of individual willingness-to-pay for a statistical life, we calibrate an intertemporal optimization model to determine the aggregate welfare losses from HIV/ AIDS in 25 Eastern European countries. Assuming a discount rate of three percent, we find a total welfare loss for the whole region of 1.2 trillion US-Dollar, approximately 16 percent of the region's annual GDP between 1995 and 2001. Although prevalence and incidence rates diverge sharply between countries - with central Europe far less affected than the major countries in the Commonwealth of Independent States and the Baltics - the epidemic is likely to spread to all countries unless a coherent strategy of prevention and treatment is backed up by substantial increases in health care investments. The sheer size of this task and the international nature of the epidemic render this one of the most important current challenges for all of Europe." (author's abstract)

[778-L] Fischer, Martina:
The need for multi-dimensional youth work: education, interethnic networking an income generation, in: Martina Fischer (Hrsg.): Peacebuilding and civil society in Bosnia-Herzegovina : ten years after Dayton, Münster: Lit Verl., 2006, S. 233-255, ISBN: 3-8258-8793-6 (Standort: UB Siegen(467)-31 PES 1643)

INHALT: Die Autorin gibt zunächst einen kurzen Überblick über die allgemeinen Ziele und Herausforderungen der Jugendarbeit in Bosnien-Herzegowina. Sie stellt anschließend das Pilotprojekt "Young People Build the Future" näher vor, das durch die bosnisch-deutsche nichtstaatliche Organisation "Ipak" ins Leben gerufen wurde und durch die deutsche Studentenorganisation "Schüler Helfen Leben" und das Berghof Forschungszentrum unterstützt wird. Das Projekt hat eine multidimensionale Struktur, denn es kombiniert Entwicklungsstrategien mit friedenssichernden Maßnahmen und gibt Anregungen für eine interkulturelle Kommunikation durch Jugendnetzwerkbildung, Berufsförderung und Einkommensbildung. Die Autorin berichtet über die Ziele und Strategien des Pilotprojekts und stellt erste positive Ergebnisse vor. (ICI)

[779-L] Haan, Peter; Myck, Michal:
Safety net still in transition: labour market incentive effects of extending social support in Poland, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 3157), Bonn 2007, 38 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp3157.pdf)

INHALT: "Many aspects of the economic transition which started in 1989 in Poland are by now complete. However, the route Polish governments have so far taken concerning the system of support for low-income families still implies very different poverty alleviation schemes compared to those found in many developed countries. We examine the Polish system of social assistance in a comparative context with Germany and focus on its implications for financial incentives to work. The paper shows the effect of extending the financial support system for poorest families in Poland on labour market incentives. We demonstrate that assumptions concerning sharing of resources among families within households have significant implications on the resulting financial incentives and importantly change the implied consequences of the reforms. This is the case especially for single-adult families. 74% of single adults without children, and 53% of lone parents in Poland live in multi-family households." (author's abstract)

[780-L] **Internationale Arbeit der GVG**, (Informationsdienst / Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. -GVG-, 322), Köln 2007, 29 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.gvg-koeln.de/xpage/objects/pub_info/docs/38/files/ID-322.pdf)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Birgit Garbe-Emden, Joachim Hülsmann, Michael Sauer, Agnes Senkow, Nathalie Bélorgey: Soziale Sicherung in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien - ein Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis (7-16); Yvette Shajanian Zarneh: Fallpauschalen im Krankenhaus - Zusammenarbeit mit Rumänien (17-18); Martin Wrede: Soziale Sicherung in Entwicklungs- und Schwellenländern: Bedeutung des institutionalisierten Interessensausgleichs (19-23); Brigitte Froneberg, Holger Trechow: Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Türkei im Arbeitsschutz (25-27); Institutionenpartnerschaften in der Arbeits- und Sozialpolitik (29).

[781-L] Kohler, Wilhelm; Arndt, Christian; Mattes, Anselm; Knogler, Michael; Lankes, Fidelis; Fidrmuc, Jarko:
Die neuen Mitglieder: Motor oder Bremse der europäischen Integration?, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, H. 14, S. 3-20 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am 1. Mai 2004 traten zehn weitere Länder der Europäischen Union bei. Dieses Jahr folgten Bulgarien und Rumänien. Mit 27 Nationen ist nunmehr der weltweit größte Staatenbund und Wirtschaftsraum mit mehr als 500 Mill. Menschen entstanden. Drei Jahre nach der Osterweiterung ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Wurden die Erwartungen erfüllt? Vor welchen politischen und wirtschaftlichen Problemen stehen die neuen Mitgliedsländer? Welche Wirkungen hatte die Erweiterung auf die EU? Zu diesen Fragen fand vom 15. bis 17. Juni 2007 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Osteuropa-Institut, München, unter der Leitung von Wolfgang Quaisser eine Tagung statt. Wilhelm Kohler, Universität Tübingen, stellte fest, dass die Frage nach dem Nutzen der EU-Osterweiterung für die alten Mitglieder weder aus Sicht der Wachstumstheorie noch aus Sicht der Empirie eindeutig zu beantworten sei. Er wolle zwar nicht das Gespenst einer 'Wachstumsbremse Osterweiterung' an die Wand malen, aber nach dem Motto 'Handel ist gut für das Wachstum' in umgekehrter Richtung zu erwarten, dass von der Osterweiterung wesentliche langfristige Wachstumsimpulse für die bestehenden Mitgliedsländer ausgehen werden, sei bei nüchterner Betrachtung doch etwas naiv. Schließlich dürfe man nicht vergessen, dass der weitaus größere Teil der Wachstumsgrundlagen in der Hand der nationalen Regierungen liege. Der durch diese oder andere Erweiterungen der EU bewirkte marginale Effekt werde - zumindest langfristig betrachtet - wohl nur von untergeordneter Bedeutung sein. Christian Arndt und Anselm Matthes, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, beschäftigten sich mit den Effekten von Offshore-Aktivitäten deutscher Unternehmen. In ihrer Analyse dreier verschiedener Datensätze wiesen sie darauf hin, dass der Großteil der entsprechenden Auslandsengagements deutscher Unternehmen vom Motiv der Markterschließung getrieben ist. Allerdings seien einige Formen des Offshoring in die mittel- und osteuropäischen Länder eher durch das Kostensenkungsmotiv geleitet. Michael Knogler, Osteuropa-Institut München, und Fidelis Lankes, Fachhochschule München, untersuchten, inwieweit - vor allem das dänische - Modell der 'Flexicurity' als Vorbild für die Gestaltung der Arbeitsmärkte in den neuen Mitgliedstaaten (NMS) dienen kann: 'Flexicurity würde in den NMS in erster Linie einen flexibleren Beschäftigungsschutz für reguläre Arbeitsverhältnisse im Austausch für höhere Einkommenssicherheit bzw. zumindest höhere Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bedeuten. Damit könnte der weiteren Segmentierung der Arbeitsmärkte entgegengewirkt werden.' Voraussetzung für die Umsetzung dieses Ansatzes sei allerdings ein gut entwickelter sozialer Dialog. Wenn das Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten fehle, sei bei der Einführung eines 'Flexicurity'-Modells mit höheren Transfers oder hohen Kontrollkosten zu rechnen. Jarko Fidrmuc, Universität München, befasste sich mit dem 'langen Weg der neuen Mitgliedsländer zum Euro'. Insgesamt zeigten die Wechselkurse in allen neuen Mitgliedsländern einen leichten Aufwertungsdruck sowie eine Neigung zu einer höheren Wechselkursvolatilität. Das seien ungünstige Voraussetzungen für die Teilnahme am WKM II, wie das Beispiel der Slowakei gezeigt habe. Da eine Abweichung von der Zentralparität zu stärkeren Fluktuationen der Wechselkurse führen könne, werde die Wirtschaftspolitik möglicherweise mit zusätzlichen Problemen konfrontiert. Seiner Meinung nach ist 'die Übernahme des Euro, aber nicht unbedingt der Weg dazu, ein Ziel der Geldpolitik der NMS'." (Autorenreferat)

[782-L] Offe, Claus; Fuchs, Susanne:
Welfare state formation in the enlarged European Union: patterns of reform in the post-communist new member states, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Abteilung Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen, 2007-306), Berlin 2007, 41 S. (Graue Literatur; URL: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2007/iv07-306.pdf); Forschungsbericht/Nummer: SP IV 2007-306

INHALT: "Die Osterweiterung der Europäischen Union bietet nicht zuletzt auch Herausforderungen für die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, die in der Literatur häufig als Bedrohung analysiert werden. Die vorliegende Studie untersucht die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme in acht postsozialistischen Staaten, die 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurden, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn und die tschechische Republik (EU-8). Wir untersuchen sowohl institutionelle Designs und Performance als auch den Einfluss externer und interner Akteure auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in diesen Ländern. Wie unterscheiden sie sich von westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten und wie passen sie in gängige Typologien von Wohlfahrtsstaat-Regimen?" (Autorenreferat)

[783-L] Pahor, Majda; Domajnko, Barbara; Hlebec, Valentina:
Double vulnerability: older women and health in Slovenia, in: Gertrud M. Backes, Vera Lasch, Katja Reimann (eds.): Gender, health and ageing : European perspectives on life course, health issues and social challenges, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 157-174, ISBN: 978-3-531-14980-6 (Standort: USB Köln(38)-34A2104)

INHALT: Der Beitrag behandelt die gesundheitliche Situation älterer Frauen in Slowenien. Frauen in Slowenien weisen eine höhere Arbeitsbelastung auf, sie sind im öffentlichen Leben unterprivilegiert und ihre wirtschaftliche Lage ist schlechter als die von Männern. Als Co-Determinante gesundheitsbezogener Lebensqualität werden Rolle und Bedeutung sozialer Netzwerke berücksichtigt. Zudem wird die soziale Unterstützung für erkrankte alte Frauen behandelt. Die empirische Basis bilden zwei Studien aus den Jahren 1987 und 2002. Die Untersuchung zeigt, dass ältere Frauen in Slowenien in doppelter Hinsicht verwundbar sind: zum einen als Frauen in einer patriarchischen Gesellschaft, zum anderen als Alte in einer Gesellschaft, die Jugend, Macht, Flexibilität und Individualismus belohnt. (ICE)

[784-L] Roth, Klaus (Hrsg.):
Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern: ethnologische und soziologische Untersuchungen, (Freiburger Sozialanthropologische Studien, Bd. 15), Berlin: Lit Verl. 2007, 332 S., ISBN: 978-3-8258-0247-9

INHALT: "Einige zentrale Probleme der EU-Integration der post-sozialistischen Länder gründen im geringen institutionellen Vertrauen. Da - als Folge des Sozialismus - gegenüber dem Staat und seinen Institutionen eine "Kultur des öffentlichen Misstrauens" herrscht, wird Vertrauen weiterhin primär in informelle soziale Netzwerke investiert: In allen Lebensbereichen kommt der Familie und dem Kreis vertrauenswürdiger Freunde, Mitschüler, Kollegen und Nachbarn eine überragende Bedeutung zu. 18 Volkskundler, Ethnologen, Soziologen und Historiker

präsentieren hier ihre empirischen Studien in Bulgarien, Estland, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Tschechien und der Slowakei. Sie zeigen den graduellen Wandel der Netzwerke wie auch nationale Unterschiede im Ausmaß an öffentlichem und privatem Vertrauen auf." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Klaus Roth: Trust, Networks, and Social Capital in the Transformation Countries. Ethnological Perspectives (7-19); Christian Giordano: Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationskultur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt (21-49); Ulf Brunnbauer: Familismus und Sozialismus. Familien im sozialistischen Bulgarien zwischen Eigensinn und staatlicher Intervention (51-71); Magdalena Parikova: Soziale Netzwerke als Alltagsbegleiter oder nötige Handlungspraxis? Das Beispiel einer Familie in Bratislava (73-80); Luba Herzanova: Netzwerke und Generationenbeziehungen (81-100); Marketa Spiritova: "Ich habe lieber gedient als zu schreiben": Die Rolle der Frau in dissidentischen Netzwerken in der Tschechoslowakei nach 1968 (101-119); Anke Stephan: Von "Dissidenten", "Ehefrauen" und "Sympathisantinnen": Das Entstehen und Funktionieren dissidentischer Netzwerke in der Sowjetunion der 1960er bis 1980er Jahre (121-142); Milena Benovska-Sabkova: Friendship and Friendly Coalitions and Groups. Friendship as a Pattern of Social Relations (143-155); Predrag Markovic: Zuverlässige Menschen und Verräter. Die Investition gesellschaftlichen Vertrauens auf der Mikroebene im sozialistischen und postsozialistischen Serbien und Montenegro (157-173); Stelu Serban: Institutional Development and Corruption in Local Society in Southeastern Europe (175-195); Davide Torsello: The Inconsistencies of Trusting. Classification Models, Judgements and Interpersonal Relations in a Postsocialist Slovak Village (197-211); Josef Kandert: Local History and Social Networks in Everyday Political Practice: The Case of Central Slovakia and Southern Moravia (213-218); Kirsti Joesalu: Institutionen und Vertrauen im (post)sowjetischen Estland. Einblicke anhand biographischer Interviews (219-238); Vjacheslav Popkov: Werden soziale Netzwerke transformiert? Informelle Beziehungen im sozialistischen und postsozialistischen Russland (239-248); Reet Ruusmann: TartuGoods in Short Supply as a Basis for Social Networks: the Case of Employees in Commerce in Soviet Estonia (249-276); Tanya Chavdarova: Business Relations as Trusting Relations: The Case of Bulgarian Small Business (277-302); Ivanka Petrova: Männervertrauen - Frauenvertrauen in der Arbeitswelt (303-316); Joanna Bar: Die Presse der Volksrepublik Polen aus der Sicht von Journalisten und Lesern (317-330).

[785-F] Rudolph, Brigitte; Klement, Carmen (Bearbeitung); Allmendinger, Jutta, Prof.Dr. (Leitung):
Transformation als Katalysator für weibliche Arbeitsmarkt-Inklusion oder Exklusion? Ideal und Realität von Geschlechtergleichheit in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn

INHALT: Angesichts der im Mai 2004 erfolgten EU-Erweiterung rücken insbesondere die östlichen Beitrittsländer vermehrt in die öffentliche Aufmerksamkeit. Das beantragte Vorhaben untersucht drei dieser Länder - Polen, Ungarn und Tschechien - und richtet seinen Blick auf das jeweilige Geschlechterverhältnis und die weibliche Arbeitsmarktpartizipation. Gefragt wird, ob Frauen eher Gewinnerinnen oder Verliererinnen der wirtschaftlichen Transformation seit 1989 sind und wie sich ihre gesellschaftliche Partizipation nach dem EU-Beitritt gestalten wird. Vorgesehen ist zum einen die Erstellung einer Literaturstudie zum aktuellen Forschungsstand, und zum anderen sollen ExpertInneninterviews mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus den betreffenden Ländern und VertreterInnen der EU durchgeführt wer-

den. Diese Interviews sollen zum einen über den aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskurs wenige Monate nach der EU-Erweiterung Aufschluss geben, zum anderen sollen sie zur Herstellung bzw. Verfestigung der interdisziplinären Zusammenarbeit dienen. Ziel: Sind Frauen eher Gewinnerinnen oder Verliererinnen der wirtschaftlichen Transformation seit 1989? Wie gestaltet sich ihre gesellschaftliche Partizipation nach dem EU-Beitritt ihrer Länder? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Polen, Tschechische Republik, Ungarn

METHODE: Um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, ist eine ländervergleichende Sekundäranalyse aufgrund bereits vorhandener Forschung und der entsprechenden Literatur zum Thema Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in den Ländern Polen, Ungarn und Tschechien geplant. Darüber hinaus sollen Veröffentlichungen aus Wissenschaft und Politik zum Thema EU-Osterweiterung und ihrer Bedeutungsrelevanz für die wirtschaftliche und ökonomische Lage von Frauen der genannten Länder einbezogen werden. Deutschland und die bisherigen EU-Mitgliedsländer würden bei einem solchen Ländervergleich zwischen Polen, Ungarn und Tschechien sozusagen als Kontrastfolie hinzugezogen werden. Über diese grundlagentheoretische Herangehensweise hinaus sind als Vorarbeit im Hinblick auf eine möglicherweise größer angelegte weiterführende empirische Forschung zum Thema der europäisch vergleichenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ExpertInnen-Interviews geplant.

ART: *BEGINN:* 2004-10 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* Institut für Slawistik *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Soziologie Lehrbereich Organisationssoziologie, Bildungssoziologie, Soziologie sozialer Ungleichheit (Konradstr. 6, 80801 München); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)

KONTAKT: Rudolph, Brigitte (Tel. 089-2180-3926,
e-mail: brigitte.rudolph@soziologie.uni-muenchen.de)

[786-L] Rymsza, Marek; Zimmer, Annette:

Embeddedness of nonprofit organizations: government - nonprofit relationships, in: Annette Zimmer, Eckhard Priller (Hrsg.): Future of civil society : making Central European nonprofit organizations work, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 169-197, ISBN: 3-8100-4088-6 (Standort: UB Essen(465)-11LXXJ1040)

INHALT: Non-Profit-Organisationen sind multifunktional in verschiedenste gesellschaftliche und staatliche Zusammenhänge eingebettet. Der Beitrag befasst sich insbesondere mit der Einbindung des Dritten Sektors im wohlfahrtsstaatlichen und sozialen Bereich. Dabei geht es um die Frage, inwieweit staatliche und öffentliche Einrichtungen auf nationaler und regionaler Ebene mit sozialen Non-Profit-Organisationen kooperieren. Diese Frage ist insofern zentral, als Non-Profit-Organisationen weltweit im Sozial-, Gesundheits- und gerontologischen Bereich eine dominante Rolle eingenommen haben, vor allem auf dem Hintergrund, dass die meisten Wohlfahrtsstaaten ihrem Auftrag nicht mehr gerecht werden. Der Beitrag stellt Modelle und Ansätze für die Beziehungen zwischen dem Dritten Sektor und dem Staat vor und beschreibt am Beispiel der Visegrad-Länder Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei, welche gegenwärtige und zukünftige Rolle Non-Profit-Organisationen im Zuge der zunehmenden Dezentralisierung und Privatisierung der Gesellschaft spielen. (ICH)

[787-L] Szumlewicz, Piotr:
Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt, in: Robert Ristow, Katrin Schäfgen (Hrsg.): Auf den Spuren der "Solidarnosc" : Auslöser der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa? : Internationaler Workshop des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Gdansk/ Polen 2006, Berlin: Dietz, 2007, S. 94-99, ISBN: 978-3-320-02108-5

INHALT: "Der Autor beschreibt das dramatische Problem der Massenarbeitslosigkeit in Polen nach 1989, das in Polen im Vergleich zu den anderen Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas wesentlich größere Dimensionen einnimmt." (Autorenreferat)

[788-F] Vincentz, Volkhart, Ph.D.; Knogler, Michael, Dr.; Heinemann, Friedrich, Dr. (Bearbeitung):
Analyse ausgewählter Aspekte der Haushaltseinnahmen und -ausgaben sowie von außerbudgetären Fonds und Eventualverbindlichkeiten in den neuen Mitgliedstaaten (NMS)

INHALT: Die NMS sind seit dem Frühjahr 2004 nach und nach in die wirtschaftspolitische Koordinierung der EU aufgenommen worden. Im Zuge der fiskalischen Überwachung wurde deutlich, dass die Mehrzahl der NMS zum Teil beträchtliche übermäßige Defizite verzeichnen. Als ein wesentlicher Grund wurden ausstehende Strukturreformen auch in Reaktion auf alternde Bevölkerungsstrukturen ausgemacht. Ferner bestehen in einzelnen NMS nicht unerhebliche außerbudgetäre Fonds oder (ggf. liquiditätswirksame) Eventualverbindlichkeiten, die bei einer umfassenden Beurteilung der haushaltspolitischen Nachhaltigkeit zu berücksichtigen sind. Vor diesem Hintergrund ist die Leitfrage der Analyse die, inwieweit die Budgetpolitik als transparent und nachhaltig eingeschätzt werden kann, vor allem im Hinblick auf die Einhaltung der Defizit- und Verschuldungskriterien im Falle eines Beitritts zur Währungsunion. Analyse der Haushaltsentwicklung: Die Analyse der allgemeinen Haushaltsentwicklung bis hin zu den Perspektiven in den Konvergenzprogrammen hat den Zweck, die Länder zu identifizieren, die sich schon im Hinblick auf Status quo und Dynamik der explizit ausgewiesenen Defizite und Schuldenstände in einer fragilen Lage befinden. In diesen Ländern ist eher damit zu rechnen, das vor allem im Hinblick auf den beabsichtigen Euro-Beitritt Anreize zur "Fiskalkosmetik" bestehen. Fiskalische Risiken und Strukturreformen: Dieser Teil befasst sich vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit den fiskalischen Risiken aus den anstehenden Strukturreformen in den Bereichen Alterssicherung und Gesundheitswesen. Aufbauend auf den Budgetplanungen der NMS sollen die Risiken aus der Sozialversicherung für die Öffentlichen Haushalte eingeschätzt werden. Soweit verfügbar werden vorhandene alternative Szenarien zur Entwicklung der Sozialsysteme und deren fiskalischen Implikationen genutzt, um Finanzierungsrisiken aufzuzeigen. Transparenz und außerbudgetäre Fonds: In diesem Teil soll ermittelt werden, inwieweit sich in den NMS Hinweise auf umfangreiche außerbudgetäre Aktivitäten oder Maßnahmen der Budgetkosmetik ergeben. Der Begriff der außerbudgetären Fonds wird hier breit gefasst und beinhaltet fiskalische Maßnahmen, welche die aktuellen oder langfristigen Haushaltspositionen beeinflussen: Eventualverbindlichkeiten (Staatsgarantien etc.), Public-Private Partnership, Forderungsverbriefung, finanzielle und nicht-finanzielle Transaktionen des Staates und quasi-fiskalische Aktivitäten. Auf aggregierter Ebene kann ein Vergleich der Budgetdefizite mit den Änderungen der Schuldenstände Hinweise auf mögliche "versteckte" Defizite geben. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung und die Struktur der Abweichungen zwischen der Veränderung im öffentlichen Schuldenstand und der laufenden Nettokreditaufnahme des Staates - die Stock-Flow-Ab-weichun-

gen (SFA) - insbesondere im Zeitraum 2000-2004 auf aggregierter Ebene untersucht. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* neue EU-Mitgliedstaaten
ART: *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium der Finanzen *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Osteuropa-Institut Arbeitsbereich Wirtschaft, Migration und Integration (Landshuter Str. 4, 93047 Regensburg); Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH - ZEW- (Postfach 103443, 68034 Mannheim)
KONTAKT: Vincentz, Volkhart (Ph.D. e-mail: vincentz@oei-muenchen.de)

[789-F] Waida, Martina, Dipl.-Päd. (Bearbeitung); Böllert, Karin, Prof.Dr. (Betreuung):
Transformationsprozesse als Herausforderung osteuropäischer Sozialstaaten

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Osteuropa
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft Forschungsgruppe Personenbezogene Wohlfahrtsproduktion (Georgskommende 33, 48143 Münster)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-83-24228, Fax: 0251-83-21194, e-mail: praktikum.paedagogik@uni-muenster.de)

15 International vergleichende Sozialpolitik und Sozialpolitik außereuropäischer Staaten

[790-F] Alesina, Alberto; Giuliano, Paola (Bearbeitung):
In Deutschland und Litauen zählt die Familie am wenigsten - Studie zum familiären Zusammenhalt in 78 Ländern

INHALT: In kaum einem anderen Land der Welt zählt die Familie so wenig wie in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie, die am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn erschienen ist. Demnach sind die familiären Bande lediglich in Litauen noch schwächer als im Land der Dichter und Denker. Die Wissenschaftler untersuchten auch, inwieweit die regional unterschiedliche Rolle der Familie wirtschaftliche Folgen hat. Ihr Fazit: Wo die Familie eine zentrale Rolle spielt, nehmen Frauen weit seltener am Erwerbsleben teil. Gleichzeitig gaben die Bewohner dort an, mit ihrem Leben zufriedener zu sein. Die Studie analysiert Umfragedaten des "World Value Surveys" aus 78 Ländern. In dieser Umfrage zu Werten und Normen wird unter anderem danach gefragt, wie groß der Stellenwert der Familie für die Befragten ist, wie groß der Respekt gegenüber den Eltern ist und ob Eltern ihr eigenes Wohlergehen zu Gunsten ihrer Kinder zurückstellen sollten. Die Forscher berechneten aus den gegebenen Antworten einen Gesamtwert, der Aufschluss über die gesellschaftliche Stellung der Familie im jeweiligen Land gab. Ergebnis: In Litauen, Deutschland und den Niederlanden sind die familiären Bande am schwächsten, dicht gefolgt von den Ländern Skandinaviens. Besonders wichtig ist die Familie dagegen in Afrika, Asien und Südamerika. Die Formel "reiche Länder = schwache Stellung der Familie" greift jedoch zu kurz: Die Vereinigten Staaten belegen ebenso wie Kanada, Irland oder auch Frankreich einen Platz im Mittelfeld. Der Untersuchung zufolge sind die familiären Bande in ehemals kommunistischen Staaten auch bald zwanzig

Jahre nach der "Wende" immer noch schwächer ausgeprägt als im Westen - Folge der Omnipräsenz staatlicher Regelungen. Insofern kann auch von einer erheblichen innerdeutschen Diskrepanz in dieser Hinsicht ausgegangen werden. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Untersuchung: Zuwanderer werden noch lange Zeit von den familienbezogenen Werten und Normen des Herkunftslandes geprägt und passen sich im Durchschnitt erst über Generationen hinweg den Einstellungen in der neuen Heimat an. Familie als Ersatz für das soziale NetzDie Forschungsarbeit geht auch der Frage nach, inwieweit der Familie heute noch die Funktion zugeschrieben wird, soziale Absicherung zu gewährleisten. Die Befragten sollten angeben, ob sie bereit wären, für gut funktionierende soziale Sicherungssysteme höhere Steuern zu bezahlen. "In Ländern mit starken familiären Bindungen wird dies häufiger mit nein beantwortet", erläutert Paola Giuliano - vermutlich deshalb, weil hier die Familie als "Versicherung" einspringt, wenn ein Familienmitglied Not leidet. Daher besteht für staatliche Sicherungssysteme eine geringere Notwendigkeit. Zugleich gehen in diesen Ländern Frauen deutlich seltener einer bezahlten Arbeit nach. Stattdessen arbeiten sie häufiger im Haushalt. Ein Grund dafür ist das traditionellere Rollenverständnis: Befragte aus Nationen, in denen die Familie einen besonders hohen Stellenwert hat, billigten Männern eher als Frauen das Recht zu, einer Arbeit nachzugehen. Außerdem gaben sie öfter zu Protokoll, es gehe zu Lasten der Kinder, wenn deren Mütter arbeiteten. Deutschland fällt in diesem Punkt übrigens aus dem Rahmen: Hierzulande arbeiten vergleichsweise wenige Frauen - weniger sogar als in Kanada oder selbst Uganda, wo die Familienbande viel stärker sind. Das dürfte auch auf die Auswirkungen der deutschen Sozial- und Familienpoliti zurückzuführen sein. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* insb. Bundesrepublik Deutschland, Litauen

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Alesina, Alberto; Giuliano, Paola: The Power of the family. Discussion paper Series, No. 2750. Volltext der Studie. 2007, 6 S. Siehe unter: http://ftp.iza.org/dp2750.pdf .

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: IZA Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (Schaumburg-Lippe-Str. 9, 53113 Bonn); Harvard University Cambridge (27 Kirkland Street, MA 02138 Cambridge, Vereinigte Staaten von Amerika)

[791-F] Bächtiger, André; Careja, Romana; Emmenegger, Patrick; Giger, Nathalie; Marquis, Lionel; Milewicz, Karolina; Sager, Fritz; Abraham, Martin; Hangartner, Dominik; Nisic, Natascha; Becker, Rolf; Hadjar, Andreas; Meyer, Lucas; Reiter, Barbara; Roser, Dominic (Bearbeitung); Armingeon, Klaus (Leitung):
Reconciling work and welfare

INHALT: The welfare state solves problems of modern society such as providing social security when preindustrial safety nets are no longer available. But social policy created also new problems such as heavy tax loads or disincentives for paid employment. The continuation of the welfare state requires permanent reforms so that its advantages are not outweighed by its disadvantages. Labour market developments are influenced by changing strategic choices of employers and managements and the challenge to create a sufficient number of jobs in the service sector. This interacts with welfare state schemes in a country-specify manner. In some cases, welfare states correspond functionally to these changing labour markets; in other cases they create tensions, conflicts, and inefficiencies. Adapting welfare states and labour markets depend on political actors within political institutions. The room of manoeuvre of these political actors and their efficiency in bringing about reform of labour markets and welfare

states varies between countries, though. This tension between old (industrial) welfare state programmes and new types of employment, and the ways in which this tension is dealt with within reform processes, is a fourth domain for the work of RECWOWE. In particular, the focus here are impediments for rising employment brought about by welfare state schemes or, put positively, the conditions required for a new equilibrium between effective provisions of social security and vibrant labour markets. New jobs will and have to emerge in the service sector while the shrinking employment in industries will be a constant source of unemployment and non-employment. However, most of the welfare systems have been created during the industrial era, to protect industrial workers. Job creation in the service sector is less problematic for highly skilled employees compared to employees with little qualification. Employer willingness to create jobs for poorly qualified workers depends on the demand for these services which in turn is a function of labour costs and hence prices. Each welfare regime presents a different capacity for creating jobs in the service sector. In continental welfare systems social insurance is typically financed by social security contributions. In productivity jobs this implies high wages costs. For this reason, employers in Bismarckian welfare states have little incentive to create new jobs for low skilled in the service sector. The Anglo-Saxon countries with a lean welfare state seem in a more favourable position, since they set low barriers for employers to create jobs for low skilled. The flipside of this interaction of job creation and welfare state is a lack of social security. This problem has been solved in the Nordic states by the expansion of a large and tax-financed public sector that created the new jobs that the private sector could not create on reasons of lacking profitability. This model depends of course on the political and economic sustainability of a large tax state. In each case, we see that the 'employment-friendliness' of the welfare states critically depends on the ability to maintain or restore an equilibrium between requirements of the labour market and requirements of social security. Reforms depend on a number of variables. One set of these variables concerns the 'goodness-of-fit' of welfare state structures with structures of labour markets and industrial relations ('institutional complementarities'). An example is the level and duration of unemployment benefits that have to vary with the capability of workers to take up employment in different industries. This, in turn, depends on the type of education. The capability to shift between industries is low if typical education is sector specific vocational training; mobility between branches is high when education is of a general type. A second set of variables concerns push factors and impediments for reform. Further information: http://www.sidos.ch/ . *ZEITRAUM:* 1960-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* EU and EU-Candidate Coutries, OECD-Countries

METHODE: The work on the data base will concentrate on three objectives: (a) We will prepare a comparative data set for benefit replacement rates, qualifying conditions, and elements of the insurance coverage for three social insurance programs (unemployment insurance, sickness insurance, pension system) for the period 1995 until 2002. We start from the Scruggs data base (Lyle Scruggs (2004) Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States, Version 1.1., June 1, 2005) which covers 18 of our 29 countries. We will complete this data set for the remaining 11 countries. (b) We will prepare the production of a comparative data set for the political complexion of governments and parliaments and for the major institutional characteristics of the 29 political systems in the period 1995-2003. We start from the Armingeon data bases (Armingeon, Klaus, et al. 2005 Comparative Political Data Set, 1960-2003. Berne; Armingeon, Klaus, and Romana Careja: 2005 Comparative Data Set for 28 Post- Communist Countries, 1989-2004. Bern: (c) We will start developing operational definitions of (qualitative) welfare state and labour market reforms in collaboration with your colleagues in the network. Collaborators: Palier, F; Powell

Martin, UK; Torild, N; Pochet, B; Moisio, Finland; Kvist, DK, Palme, S, Kramberger/ Stanojevic/ Mali, Slovenia; Fischer, HU. T04.02: a review of the literature and of the existing ongoing research on recent labour market and welfare reforms. T04.03 Preparing a half day conference to be held during the second plenary conference gathering the main authors of the reviewed books, to be discussed by members of RECWOWE. *DATENGEWINNUNG:* Akten- und Dokumentenanalyse, standardisiert; Akten- und Dokumentenanalyse, offen; Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, telefonisch; Standardisierte Befragung, schriftlich; Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2009-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* EU-Projekt

INSTITUTION: Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz); Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Soziologie (Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz); Philosophisch-Humanwissen-schaftliche Fakultät, Institut für Erziehungswissenschaft Abt. Bildungssoziologie (Muesmattstr. 27, 3012 Bern, Schweiz)

[792-L] Börsch-Supan, Axel:
Work disability, health, and incentive effects, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 135), Mannheim 2007, 23 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_135-07.pdf)

INHALT: "Disability insurance - the insurance against the loss of the ability to work - is a substantial part of social security expenditures in many countries. The enrolment rates in disability insurance vary strikingly across European countries and the US. This paper investigates the extent of, and the causes for, this variation, using data from SHARE, ELSA and HRS. We show that even after controlling for differences in the demographic structure and health status these differences remain. In turn, indicators of disability insurance generosity explain 75% of the cross-national variation. We conclude that country-specific disability insurance rules are a prime candidate to explain the observed cross-country variation in disability insurance enrolment." (author's abstract)

[793-F] Cacace, Mirella; Frisina, Lorraine, Dr.; Götze, Ralf (Bearbeitung); Rothgang, Heinz, Prof.Dr.; Müller, Rainer, Prof.Dr.; Schmähl, Winfried, Prof.Dr. (Leitung):
Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern (Teilprojekt C3)

INHALT: In Teilprojekt C3 wird der Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern in den Dimensionen Finanzierung, Leistungserbringung und Regulierung untersucht. In der ersten Projektphase (2003-2006) wurden Veränderungen in der Rolle des Nationalstaats seit dem "Goldenen Zeitalter" bis heute sowohl hinsichtlich der modalen als auch der räumlichen Achse erfasst. Zum Ausgangszeitpunkt zu Beginn der 1970er Jahre werden drei Gesundheitssystemtypen unterschieden: der nationale Gesundheitsdienst, das Sozialversicherungssystem und das Privatversicherungssystem. Zentraler Befund der ersten Phase ist, dass sich - neben einem partiellen Rückzug des Staates aus Finanzierung und Leistungserbringung - die Unterschiede zwischen diesen Systemen in Bezug auf die Rolle des Staates in den letzten 40 Jahren abgeschliffen haben. Ziel der zweiten Projektphase (2007-2010) ist es, insbe-

sondere diesen Befund der mehrfachen Konvergenz und partiellen Privatisierung zu erklären. Hierbei wird untersucht, inwieweit weitgehend gemeinsame Antriebskräfte wie medizinisch-technischer Fortschritt, demographischer Wandel, Europäisierung, Individualisierung und gestiegener internationaler Konkurrenzdruck als wahrgenommene Folge der Globalisierung so transformiert werden, dass sich daraus eine Annäherung der Systeme ergibt. Als Weichensteller werden die Charakteristika der jeweiligen Gesundheitssysteme sowie die Problemwahrnehmung ihrer Akteure betrachtet. Auch das politisch-administrative System (Vetopunkte) wird als Erklärungsfaktor herangezogen. Methodisch wird dabei an einem nested design festgehalten, das sich in der ersten Projektphase bewährt hat. Dabei werden vertiefende Fallstudien eingebunden in eine statistische Analyse für 23 OECD-Länder. Zusätzlich werden weitere Fallstudien im Rahmen eines Netzwerkes junger Gesundheitssystemforscher (Young Researchers' Network on Health Care Systems) durchgeführt, das in der ersten Projektphase aufgebaut werden konnte. In der dritten Projektphase (2011-2014) soll analysiert werden, welche Auswirkungen der festgestellte Wandel auf die gesundheitliche Versorgung hat. *ZEITRAUM:* ab 1970 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* OECD-Länder

METHODE: In der ersten Phase des geplanten Projektes wird dieser wohlfahrtsstaatliche Wandel von Gesundheitssystemen in OECD-Staaten, der zu erheblichen Veränderungen in der Interventionsdimension der Staatlichkeit führt, für den Zeitraum ab 1970 beschrieben. Das erfolgt anhand von Makroindikatoren für alle OECD-Staaten und wird qualitativ und quantitativ in drei Fallstudien für Deutschland, England und die USA vertieft, die für die Idealtypen Sozialversicherung, nationaler Gesundheitsdienst und Privatversicherung stehen. In den Fallstudien wird dabei der Reformprozess im Einzelnen nachgezeichnet. Aufbauend auf der Deskription der Reformprozesse wird in einer zweiten Phase nach den Ursachen des Wandels sowie möglichen Varianzen in der Entwicklung gefragt. Als erklärende Variablen werden insbesondere Effizienzüberlegungen, die vermittelt durch Ländervergleiche Einfluss auf die Gestaltung der Gesundheitssysteme genommen haben, externe Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt ergeben, sowie die - je nach Kontext unterschiedliche - Bedeutung der Europäisierung betrachtet, deren Einfluss durch die länderspezifischen institutionellen Gegebenheiten (intervenierende Variablen) gebrochen wird. In einer dritten Phase werden die Effekte des Wandels der Staatlichkeit im Gesundheitswesen im Hinblick auf dessen Performanz (Niveau der gesundheitlichen Versorgung und Verteilungswirkungen des Systems) und in Bezug auf die Rückwirkungen etwaiger Veränderungen der wohlfahrtsstaatlichen Funktionserfüllung auf die Legitimation von Staatlichkeit untersucht.

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2014-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bremen, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel (Postfach 330440, 28334 Bremen); Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leiter (e-mail: rothgang@zes.uni-bremen.de)

[794-L] Cacace, Mirella:

The changing public/ private mix in the American health care system, (TranState Working Papers, No. 58), Bremen 2007, 51 S. (Graue Literatur; URL: http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=70)

INHALT: "Dieser Beitrag beschreibt den fundamentalen Wandel der Rolle des Staates im Gesundheitssystem der USA während der vergangenen vier Jahrzehnte. Da Wandel von Staat-

lichkeit sowohl in den Dimensionen Finanzierung und Leistungserbringung als auch in der Regulierung erfolgen kann, wird bei der Deskription ein multidimensionales Analyseraster angelegt. Die Ergebnisse weisen auf ein beträchtliches Verschwimmen ('blurring') der Konturen eines vormals deutlich privaten, marktbasierten Gesundheitssystemtyps hin. Während sich der Staat von der Leistungserbringung zurückzieht, intensiviert er seine Präsenz in der Finanzierung und in der Regulierung des Systems. In der zuletzt genannten Dimension ist die bemerkenswerteste Entwicklung allerdings, dass mit Managed Care eine neue Regulierungsstruktur Einzug hält. Diese hierarchische Form der Steuerung in Managed Care wird nicht etwa durch staatliche, sondern durch private Akteure hervorgebracht." (Autorenreferat)

[795-L] Chakrabarty, Sayan; Grote, Ulrike:
Impact of social labeling on child labor in the Indian carpet industry, (Diskussionspapiere / Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, No. 366), Hannover 2007, 22 S. (Graue Literatur; URL: http://www.wiwi.uni-hannover.de/Forschung/Diskussionspapiere/dp-366.pdf)

INHALT: "Trägt die Zertifizierung von Produkten, wie z.B. von Teppichen, die ohne Kinderarbeit produziert wurden, zu sinkender Verwundbarkeit armer Haushalte und ihrer Kinder bei? Der Diskussionsbeitrag untersucht die Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit bestimmen, dass ein Kind in der Teppichindustrie arbeitet, sowie den Einfluss von Nicht Regierungsorganisationen (NROs) wie Rugmark, die im Bereich der Sozialzertifizierung aktiv sind. Die Daten basieren auf Interviews mit 417 Haushalten in Nordindien. Auf der Basis der Kalorienzufuhr werden die Haushalte in zwei Gruppen aufgeteilt, eine sehr arme Gruppe unterhalb und eine andere oberhalb der Subsistenzgrenze. Die ökonometrische Analyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit zu arbeiten für ein Kind aus einem sehr armen Haushalt größer ist, wenn seine/ihre Kalorienzufuhr steigt (ernährungsbezogene Effizienzlohntheorie), während das Gegenteil für ein Kind aus einem oberhalb der Subsistenzgrenze lebenden Haushalt zutrifft. Darüber hinaus ist kein signifikanter Einfluss von Sozialzertifizierung auf die sehr armen Haushalte zu finden. Im Gegensatz dazu hat Sozialzertifizierung einen signifikanten Wohlfahrtseffekt auf Haushalte, die sich oberhalb der Subsistenzgrenze befinden. Weiterhin ist die Präsenz von Kinderarbeit wahrscheinlicher, wenn die NROs keine Kontrollen durchführen." (Autorenreferat)

[796-L] Cigno, Alessandro:
A theoretical analysis of the effects of legislation on marriage, fertility, domestic division of labour, and the education of children, (CESifo Working Paper, No. 2143), München 2007, 44 S. (Graue Literatur; URL: http://doku.iab.de/externe/2007/k071128n04.pdf)

INHALT: "Decisions concerning marriage, fertility, participation, and the education of children are explained using a two-stage game-theoretical model. The paper examines the effects of (i) family law (cost of obtaining a divorce, alimony, availability of quasi-marriages such as PACS in France, and civil partnership in the UK), (ii) legislation concerning the assignment of property rights over total goods and assets acquired within marriage, (iii) enforceability of bride-price contracts, and (iv) length and effective enforcement of compulsory education. The predictions are consistent with two empirical observations. One is that, the tendency in developed countries is towards mother and father sharing market work and the care of the children

equally between them, while the predominant pattern in developing countries is for the father to specialize in market work leaving the care of the children to the mother. The other is that the sign of the cross-country correlation between fertility and female labour market participation, negative until the mid-1970s, has turned positive where developed, but not developing countries are concerned since that date. The model provides a gender-neutral explanation of why girls in developing countries tend to get less education than boys of the same educational ability, and of why a substantial minority of women in some developed countries work and earn more than their male partners. We also derive and discuss the implications of a number of normative propositions." (author's abstract)

[797-F] Duten, Alexia, M.A. (Bearbeitung); Zimmer, Annette, Prof.Dr. (Betreuung):
Die Funktion der Europäischen Zivilgesellschaftsorganisationen in der Global Health Governance (Arbeitstitel)

INHALT: Zivilgesellschaftsorganisationen sind erforderlich um die Defizite der Global Governance zu beseitigen; Global Health lässt sich ausschließlich transnational thematisieren; die EU arbeitet seit einigen Jahren gestärkt mit NGOs zusammen. *ZEITRAUM:* 1990-2009
METHODE: Governance Forschung; Global Health; Zivilgesellschaft-Forschung; New Institutionalism; qualitative Forschung. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Gruppendiskussion (Stichprobe: 10; Repräsentanten der EU-Kommission, des Ministerrats, des EU-Parlaments und der NGO's). Qualitatives Interview (Stichprobe: 20). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2009-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen
INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Nachwuchsgruppe "Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance" (Prinzipalmarkt 38, 48143 Münster)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-510-3831, Fax: 0251-510-3824,
e-mail: alexia.duten@uni-muenster.de)

[798-L] **Equality at work: tackling the challenges ; global report under the follow-up to the ILO declaration on fundamental principles and rights at work ; International Labour Conference, 96th session 2007, Report I (B)**, (96. International Labour Conference, 2007, Genève), Genève: Internat. Labour Office 2007, 141 S., ISBN: 978-92-2-118130-9

INHALT: "Der zweite Gesamtbericht über Diskriminierung im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit 1 untersucht neu entstehende Probleme im Zusammenhang mit Mustern von Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsplatz sowie aktuelle grundsatzpolitische Reaktionen auf diese Entwicklungen. Er beschreibt die bisherigen Erfahrungen und Errungenschaften der IAO und die Herausforderungen, mit denen die Organisation konfrontiert ist. Der Bericht macht darauf aufmerksam, dass geltende Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung besser durchgesetzt werden müssen, nicht regulatorische Initiativen von Regierungen und Unternehmen benötigt werden und die Sozialpartner in die Lage versetzt werden müssen, wirksamer dazu beizutragen, Gleichheit am Arbeitsplatz zu einer Realität zu machen. Er präsentiert weitere Vorschläge für zukünftiges Handeln, wozu auch gehört, die Gleichstellung generell zu einem Ziel der IAO-

Landesprogramme für menschenwürdige Arbeit zu machen. Der Gesamtbericht beschreibt wichtige Fortschritte im Kampf gegen Diskriminierung, z.B. Fortschritte bei der Ratifizierung der diesbezüglichen IAO-Übereinkommen sowie Verbesserungen im Bereich der Gesetzgebung und der Institutionen auf nationaler Ebene, aber auch Aktionspläne und Programme zur Bekämpfung von Ungleichheiten als Folge von Diskriminierung. Und der Bericht macht auf Probleme aufmerksam: schwache Durchsetzung geltenden Rechts, fehlende Ressourcen bei den Stellen, die eingerichtet werden, um gegen Diskriminierung vorzugehen, zu eng gefasste Pläne und zu kurz angelegte Programme. Als ein Bereich, in dem es besonders schwierig ist, grundsatzpolitische Maßnahmen für mehr Gleichheit zum Erfolg zu führen, wird die informelle Wirtschaft hervorgehoben." (Autorenreferat)

[799-L] Flessa, Steffen:
Investing in health: overcoming the poverty trap by effective and efficient health care, in: Journal of public health : Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Vol. 15/2007, No. 6, S. 415-421 (URL: http://www.springerlink.com/content/1613-2238/)

INHALT: "This article analyses the relationship between health and development. It provides a theoretical foundation of the empirical finding that health and development are positively correlated. Empirical data and recent studies on the relation between health and development are analysed. The theory of development traps is enhanced to explain the feedback loop between these elements. There is a strong empirical correlation between health and development. The higher the gross national product, the higher the life expectancy and the lower the mortality and morbidity. This relation is true for developing as well as for developed countries. It is obvious that economic resources have an impact on the availability of health care resources and consequently on health, but at the same time the health of a population is of strong importance for their economic capability. Thus, health and development are elements of an autocatalytic process. Investments in health care will start a positive spiral of development and health. However, not every investment will yield fruits. They must be efficient and effective, must follow the value system of a society and must invest in the ability of decision makers to deal with complexity and dynamics." (author's abstract)

[800-L] **Gleichheit bei der Arbeit: den Herausforderungen begegnen: Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit ; Internationale Arbeitskonferenz, 96. Tagung 2007, Bericht I (B)**, (96. International Labour Conference, 2007, Genève), Genève: Internat. Labour Office 2007, XVI, 139 S., ISBN: 978-92-2-718130-3

INHALT: "90 Prozent aller Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben inzwischen die Kernarbeitsnormen gegen Diskriminierung ratifiziert und sich damit zur Verabschiedung entsprechender Gesetze verpflichtet. Doch Gesetze allein reichen nicht aus, um Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit von Regierungen und Sozialpartnern auch auf neue Formen der Diskriminierung, die noch zu wenig Beachtung finden beispielsweise aufgrund von Alter, HIV/AIDS, eines ungesunden Lebensstils oder der Wahrscheinlichkeit bestimmter genetischer Krankheiten. Die meisten Fälle von Diskriminierung aber betreffen nach wie vor Frauen. Die ILO betont in ihrem Bericht daher die herausragende Bedeutung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und

Beruf. So sollten familienfreundliche Maßnahmen nicht nur Frauen, sondern auch Männern offen stehen. In einigen Ländern, wie Island und Dänemark, wurden bestimmte Maßnahmen gezielt für Männer vorgesehen, beispielsweise ein besonderer Kinderbetreuungsurlaub nur für Männer. Nur wenn deutlich gemacht werde, dass die Wahrnehmung von Familienpflichten durch Männer sozial gewollt und akzeptiert wird, könne ein notwendiger Umdenkprozess stattfinden. Auch die Sozialpartner könnten durch entsprechende Ausgestaltung von Tarifverträgen einen Beitrag leisten, etwa indem Erziehungspausen nicht zu einer niedrigeren Einstufung führen. In Deutschland werden Frauen immer noch weniger eingestellt, rücken seltener in Führungspositionen und verdienen deutlich weniger als Männer. So beträgt das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern laut dem Gleichstellungsbericht der EU-Kommission 22 Prozent, womit Deutschland in der EU auf dem viertletzten Platz landet. Auch die EU nennt die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Hindernis auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung. Weitere Empfehlungen der ILO zur Bekämpfung der Diskriminierung weltweit: Gesetzgebung, die nicht nur Diskriminierung verbietet, sondern aktiv Ziele zur Förderung der Gleichberechtigung setzt; Unterstützung der Sozialpartner, um Gleichstellungsfragen in der Tarifpolitik zu verankern; gezielte Arbeitsmarktpolitik zur Förderung und Einbindung benachteiligter Gruppen; Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an die Einhaltung des Diskriminierungsverbots; Einrichtung von Antidiskriminierungskommissionen beziehungsweise Kommissionen für Lohngleichheit; Förderung der Lohngerechtigkeit auf betrieblicher Ebene durch 'Kartierung' der Lohnstruktur, um Lohndiskrepanzen sichtbar zu machen und abzubauen; Einbindung von Gleichstellungsmaßnahmen in die Länderprogramme der ILO für menschenwürdige Arbeit ebenso wie in die Entwicklungszusammenarbeit, die staatliche Kreditvergabe und Investitionsförderpolitik." (Autorenreferat)

[801-L] Greven, Thomas:
Neue Brücken über den Atlantik?: transnationale Strategien der US-Gewerkschaften, (Fokus Amerika, Nr. 5/2007), Washington 2007, 6 S. (Graue Literatur; URL: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/04653.pdf)

INHALT: "Trotz der Spaltung in zwei Dachverbände haben die zum Teil existenzbedrohten US-amerikanischen Gewerkschaften mit dem Sieg der Demokraten bei den Kongresswahlen im November 2006 einen bedeutenden Erfolg errungen. Den Lohn für die beispiellose Mobilisierung ihrer Mitglieder werden sie aber wahrscheinlich erst unter einer Demokratischen Regierung einfahren, welche gewerkschaftsfreundliche Gesetze wie den Employee Free Choice Act verabschieden könnte. Gewerkschaften beider Dachverbände haben in der Situation der Schwäche ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten verstärkt, allerdings auf unterschiedliche Weise. Während AFL-CIO-Gewerkschaften eher defensiv agieren und mit transnationalen strategischen Druckkampagnen bestehende tarifliche Errungenschaften gegen unternehmerische Angriffe zu verteidigen suchen, nutzen die Gewerkschaften der Change to Win Federation (CTW) die gleiche Kampagnenstrategie zumeist offensiv, um neue Mitglieder zu gewinnen. Ob primär offensiv oder primär defensiv, die grenzüberschreitende Suche nach Druckmitteln führt oft dazu, dass US-Gewerkschaften durch ihre Kampagnenaktivitäten in anderen Ländern erhebliche Irritationen auslösen, nicht zuletzt bei den Gewerkschaften, die sie um Unterstützung bitten. Insbesondere europäische Gewerkschaften kritisieren die US-amerikanische 'Einbahnstraßen- und Telefonanrufsolidarität'. Diese Kritik wird seit einiger Zeit ernst genommen. Es sind Bemühungen erkennbar, stärker als zuvor in den Aufbau stabiler internationaler gewerkschaftlicher Netzwerke zu investieren. Die Institutionalisierungsbemü-

hungen, die prinzipiell der europäischen Gewerkschaftskultur eher entsprechen als der voluntaristischen US-amerikanischen, reichen von unternehmens- und branchenbezogenen Netzwerken über die langfristige Entsendung hauptamtlicher Koordinatoren bis hin zu Diskussionen über transatlantische Gewerkschaftsfusionen." (Autorenreferat)

[802-L] Hausmann, Ricardo; Tyson, Laura D.; Zahidi, Saadia:
The global gender gap report 2007, Genève 2007, 173 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2007.pdf)

INHALT: Geschlechtsspezifische Ungleichheit ist ein Phänomen, das überall auf der Welt bei der Mehrzahl der Kulturen, Religionen, Nationen und Einkommensgruppen auftritt. Diese sog. 'Geschlechterkluft' manifestiert sich in den unterschiedlichsten Formen und es bedarf daher eines allgemeinen Bezugsrahmens zur Entwicklung wirksamer Bekämpfungsmaßnahmen. Das World Economic Forum stellt mit dem Global Gender Index einen derartigen Bezugsrahmen zur Verfügung. Der Index ist ein Instrument zur Ermittlung und Messung von Ungleichheiten in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Erziehungs- und Gesundheitswesen. Auf der Basis der Auswertungen von Daten zu über 30 geschlechtsbezogenen Variablen wird eine Ranglisten von Staaten präsentiert, die eine weltweite Bestandsaufnahme der gesetzlichen und gesellschaftlichen Faktoren, die die Disparität zwischen den Geschlechtern in jedem einzelnen Land bestimmen, ermöglicht. Rangliste und Länderprofile sollen als Katalysatoren gesellschaftlichen Wandels dienen und den politischen Entscheidungsträgern Informationen über die relativen Stärken und Schwächen ihrer Länder im Vergleich zu anderen Nationen liefern. (IAB)

[803-L] Jürges, Hendrik:
Health inequalities by education, income, and wealth: a comparison of 11 European countries and the US, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), 140), Mannheim 2007, 11 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_140-07.pdf)

INHALT: "The author compares education-, income-, and wealth-related health inequality using data from 11 European countries and the US. The health distributions in the US, England and France are relatively unequal independent of the stratifying variable, while Switzerland or Austria always have relatively equal distributions. Some countries such as Italy dramatically change ranks depending on the stratifying variable." (author's abstract)

[804-L] Lalive, Rafael:
Do wages compensate for workplace disamenities?, in: Applied economics quarterly : Konjunkturpolitik, Vol. 53/2007, No. 3, S. 273-298 (Standort: USB Köln(38)-3Q79)

INHALT: Adam Smith's Idee, dass die Lohnstruktur unterschiedliche Arbeitsbedingungen reflektiert, ist ein zentraler Pfeiler der Arbeitsmarkttheorie. Unklar ist jedoch die empirische Relevanz dieser Theorie für den Ausgleich von Unterschieden. Der Beitrag schlägt einen neuen Test der Kompensation durch Lohnunterschiede auf der Basis von Arbeitszufriedenheit und Löhnen vor. Wenn Lohnunterschiede nur zum Ausgleich für Arbeitsbedingungen dienen,

werden Arbeitnehmer keine Stellen mit höheren Löhnen gegenüber denen mit niedrigen Löhnen bevorzugen. Weiterhin lässt sich mit diesem Test untersuchen, ob Lohnunterschiede zwischen Industriezweigen und Unternehmen verschiedener Größe den Renten entsprechen oder eine Kompensation für Arbeitsbedingungen darstellen. Im Ergebnis zeigt sich, dass Lohnunterschiede nicht ausschließlich der Kompensation von Arbeitsbedingungen dienen. (IAB)

[805-L] Lee, Shin-Yong:
Südkoreanische Sozialpolitik im politischen Systemwechsel vom bürokratischen Autoritarismus zur delegativen Demokratie: der Einfluss der Exekutive auf die Sozialversicherungen und die Sozialhilfeprogramme, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 542), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 230 S., ISBN: 978-3-631-55965-9 (Standort: UB Duisburg(464)-85PYA41586)

INHALT: "Die Arbeit untersucht, wann und aus welchen Gründen sich die Merkmale der südkoreanischen Sozialpolitik verfestigt haben und inwieweit eine Kontinuität jenseits der Demokratisierung von 1987 wahrnehmbar ist. Um die Entwicklungstendenzen der südkoreanischen Sozialpolitik beleuchten zu können, wird in dieser Arbeit eine qualitative Längsschnittmethode angewendet, die sich auf eine längere Periode erstrecken soll. Die Untersuchung zeigt, dass sich die Sozialpolitik in der jungen koreanischen Demokratie, in der das Rechtsstaatsprinzip verletzt wird, zwar entwickelt, die soziale Sicherung der Staatsbürger allerdings aufgrund der rudimentären Leistungen der Sozialpolitik noch nicht gesichert ist. Zur weiteren Entwicklung der südkoreanischen Sozialpolitik ist demnach die Befolgung des Rechtsstaatsprinzips, das die klare Gewaltenteilung vorsieht, unabdingbar." (Autorenreferat)

[806-L] Lüdicke, Jörg; Diewald, Martin:
Modernisierung, Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit als gesellschaftliche Bedingungen sozialer Integration: eine Analyse von 25 Ländern, in: Jörg Lüdicke, Martin Diewald (Hrsg.): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit : zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 265-301, ISBN: 978-3-531-15182-3 (Standort: UuStB Köln(38)-34A6785)

INHALT: Der Beitrag zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften geht der Frage nach den gesellschaftlichen bzw. den nationalstaatlichen Bedingungen von sozialer Integration nach und betrachtet makrostrukturelle Merkmale wie gesellschaftlichen Wohlstand, soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaatlichkeit als Faktoren der Konstitution persönlicher Netzwerke. Im ersten Schritt wird zunächst theoretisch versucht, Anhaltspunkte für eine adäquate Operationalisierung international vergleichender Sozialkapital-Untersuchungen zu gewinnen. Dies geschieht zum einen anhand einer netzwerk- und unterstützungstheoretischen Differenzierung der Bedeutung informeller sozialer Beziehungen, zum anderen über die Diskussion der unterschiedlichen Bedeutung informeller Beziehungen in Ländern mit unterschiedlichen Merkmalen und Graden der Modernisierung, des Wohlstands, wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und der Sozialstruktur. Auf dieser Basis wird im zweiten Schritt eine Reihe untersuchungsleitender Hypothesen entwickelt, die dann empirisch mit einem entsprechenden Datensatz, dem ISSP von 2001 geprüft werden. Im vierten Schritt werden diese Datenbasis und die vorgenommenen Operationalisierungen dargestellt, während im fünften Schritt dann entsprechende deskriptive Befunde sowie die Ergebnisse von multivariaten Mehrebenenanalysen

präsentiert werden. Im abschließenden sechsten Schritt werden die wichtigsten Ergebnisse im Hinblick auf Schlussfolgerungen für die weitere Forschung diskutiert. (ICG2)

[807-F] Moser, Julia; Starke, Peter, Dr.; Obinger-Gindulis, Edith, Dr. (Bearbeitung); Leibfried, Stephan, Prof.Dr.; Obinger, Herbert, Prof.Dr. (Leitung):
Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften (Teilprojekt C1)

INHALT: In diesem Teilprojekt wird der Wandel des sozialen Interventionsstaates in acht kleinen offenen Volkswirtschaften untersucht - Australien, Belgien, Dänemark, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich und die Schweiz. Vor dem Hintergrund vielfältiger Herausforderungen, die als endogene und exogene Antriebskräfte verstanden werden können, sollte sich Sozialstaatswandel wegen der außenwirtschaftlichen Verwundbarkeit sowie der traditionell hohen politischen Anpassungsfähigkeit gerade in kleinen Ländern nachweisen lassen. Politisch-institutionelle Faktoren werden dabei als Weichensteller angesehen, die maßgeblich die Reichweite und Erscheinungsformen von Sozialstaatswandel bestimmen. Die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, Staats- und Verbändestrukturen, die Einbettung in supranationale Organisationen sowie die tradierten Sozialstaatsarchitekturen sind somit intervenierende Variablen, die den durch endogene und exogene Antriebskräfte (z.B. demographische Verschiebungen, Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit, Standortwettbewerb) induzierten Anpassungsdruck filtern, sozialpolitische Anpassungsreaktionen konturieren und die Reichweite von Sozialstaatswandel bestimmen. Die Fälle wurden so gewählt, dass die Varianz hinsichtlich der intervenierenden Variablen maximiert wird. Zeigen sich trotz unterschiedlicher politisch-institutioneller Konfigurationen Konvergenzprozesse bei der Finanzierung und der Generosität der Leistungen, der Art und Weise ihrer Erbringung und anderen Formen der sozialpolitischen Regulierung, würde dies auf einen erheblichen Wandel von (Sozial-)Staatlichkeit hindeuten. Erste Phase (2003-2006): Ergebnisse: Analyse der Transformationspfade in vier kleinen offenen Volkswirtschaften (A, CH, DK, NZ). Hauptergebnis: duale Konvergenz und Korridorverengung durch 1. Konvergenz der Sozialausgaben auf höherem Niveau und 2. Verwischung der Regimezugehörigkeiten. Zweite Phase (2007-2010): 1. Ausweitung des Samples um vier Länder (AUS, B, NOR, NL) zur Verbreiterung der empirischen Basis und zur Validierung der Ergebnisse; 2. Erklärung durch Gesamt-, Paar- und Gruppenvergleiche; 3. Kontrastierung der Kleinstaaten mit den Kern-OECD-Ländern; und 4. makro-quantitativer Vergleich. Dritte Phase (2011-2014): Analyse der Konsequenzen von Sozialstaatswandel für Armutsrisiken, soziale Ungleichheit, Beschäftigung, Fertilität. Rückbindung der erzielten Ergebnisse in die vergleichende Wohlfahrtstaatsforschung. Abschlussmonographie. *ZEITRAUM:* 1960 bis ca. 2010 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Australien, Belgien, Dänemark, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2014-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bremen, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel (Postfach 330440, 28334 Bremen); Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leibfried, Stephan (Prof.Dr. e-mail: stephan.leibfried@zes.uni-bremen.de)

[808-L] Nelson, Kenneth:
Universalismus und Zielgruppenorientierung: Abbauanfälligkeit der Sozialversicherung und der bedürftigkeitsabhängigen Mindesteinkommenssicherung in 18 Ländern 1990-2002, in: Internationale Revue für soziale Sicherheit, Jg. 60/2007, H. 1, S. 37-64 (Standort: USB Köln(38)-Ja203)

INHALT: "Stagnation und Abbau sozialpolitischer Maßnahmen in den vergangenen Jahrzehnten erregten beträchtliches Interesse und Sorgen in der Fachliteratur über den Wohlfahrtsstaat. Die vorliegende Studie untersucht Unterschiede bei der Entwicklung von bedürftigkeitsabhängigen und Sozial-versicherungsleistungen. Es werden Fragen zur Messung des Rückzugs der Politik und zur Abbauanfälligkeit der Sozialleistungen behandelt. Zwei rivalisierende Hypothesen zeichnen sich ab: Nach der einen ähnelt die Entwicklung von bedürftigkeitsabhängigen Leistungen derjenigen der Sozialversicherung; nach der anderen, neueren Hypothese folgt die Entwicklung bedürftigkeitsabhängiger Leistungen einem eigenen Muster. Die empirischen Analysen beruhen auf institutionellen Daten auf Ebene der Sozialleistungen. Es wird gezeigt, dass die Sozialversicherung Zeiten des Rückzugs leichter überstehen kann und dass die größere Abbauanfälligkeit von bedürftigkeitsabhängigen Leistungen mit der Organisation der Sozialversicherungsleistungen in Zusammenhang steht." (Autorenreferat)

[809-F] NN (Bearbeitung); Gangl, Markus, Prof.Dr.; Kenworthy, Lane, Prof.; Palme, Joakim, Prof. (Leitung):
Einkommensungleichheit, Einkommensmobilität und Sozialstruktur

INHALT: Das Projekt befasst sich mit dem Verhältnis von Sozialstruktur und Einkommensungleichheit. Da Einkommensungleichheit nur dann ein valider Indikator sozialer Polarisierung ist, wenn die soziale Mobilität über den Lebensverlauf vergleichsweise schwach ausgeprägt ist, wird das Projekt für drei Länder, die als idealtypische Vertreter der Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen gelten können, das Ausmaß der Einkommensmobilität im Lebenslauf empirisch ermitteln. Mit Hilfe der dazu verwendeten Längsschnittdaten sollen Ausmaß wie Dauerhaftigkeit sozialer Ungleichheiten unter unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen abgeschätzt werden, und dadurch ein tieferes Verständnis der ökonomischen Mechanismen erreicht werden, die empirisch zur Erreichung egalitärer wohlfahrtsstaatlicher Ziele beitragen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Schweden, USA
METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von sozio-ökonomischen Paneldaten.
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Gangl, Markus: From rags to riches? Einkommensungleichheit und Einkommensdynamik in Europa und den USA. 19. April 2005, ZUMA-Kolloquium, Mannheim.
ART: *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich A Die Europäischen Gesellschaften und ihre Integration (68131 Mannheim)
KONTAKT: Gangl, Markus (Prof.Dr. Tel. 0621-181-2049, Fax: 0621-181-2803, e-mail: mgangl@rumms.uni-mannheim.de)

[810-L] Ochsen, Carsten:
Ist der Zusammenhang von Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitslosigkeit nicht-linear?, (IMK Studies, 3/2007), Düsseldorf 2007, 102 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_studies_03_2007.pdf)

INHALT: "Der Autor untersucht den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitslosigkeit für 20 Industrieländer. Es wird geprüft, ob es einen nicht-linearen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitslosigkeit gibt. Dabei werden sowohl länderspezifische Einzelgleichungen geschätzt als auch panelökonometrische Ansätze verwendet. Das Fazit dieser Arbeit ist, dass die Institutionen in einem nicht-linearen Zusammenhang mit der Arbeitslosenrate stehen, und ihre Bedeutung für deren Höhe und insbesondere für deren Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten jedoch sehr gering ist." (Autorenreferat)

[811-L] Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD- (Hrsg.):
OECD employment outlook 2007, Paris: OECD 2007, 276 S., ISBN: 978-92-64-03303-0

INHALT: "As ageing populations put more downward pressure on economic growth in the coming decades, it is essential that OECD countries improve labour market performance. This edition of OECD's annual report on labour markets brings the reader not only detailed information on recent labour market developments, but also in-depth analysis of the effects of various policy measures and prospects through 2007. The analysis includes coverage of labour markets in OECD Countries as well as in Brazil, China, India and Russia; labour makret policies and productivity; the vulnerability of OECD workers in the global economy, and the employment effect of financing social protection. This book includes StatLinks, URLs which link statistical tables and graphs to Excel spreadsheets on the internet." (author's abstract)

[812-L] Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD- (Hrsg.):
Gesellschaft auf einen Blick: OECD-Sozialindikatoren 2006, Paris: OECD 2007, 121 S., ISBN: 978-92-64-02955-2

INHALT: "Sollten die Regierungen mehr zur Bekämpfung der Kinderarmut und weniger für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ausgeben? Oder sollten sie sich auf die Reform der Rentensysteme und die Notwendigkeit einer familienfreundlichen Politik zur Unterstützung der Eltern, insbesondere der Mütter konzentrieren, um die berufliche Karriere mit dem Erziehen eines Kindes in Einklang zu bringen? Mit diesen und ähnlichen sozialpolitischen Herausforderungen setzt sich die neueste Ausgabe der OECD-Studie Gesellschaft auf einen Blick auseinander. Die Studie liefert vergleichbare Daten, die den OECD-Ländern die Möglichkeit gibt, sich selbst im Vergleich zu anderen Ländern zu betrachten. Sie enthüllt unter anderem, dass die öffentlichen Ausgaben in den OECD-Ländern in Bereichen, die traditionell von der Sozialpolitik abgedeckt worden sind, in den letzten 10 Jahren sanken, während die privaten Ausgaben gestiegen sind, insbesondere in den Vereinigten Staaten und den Niederlanden. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen. Die Studie gibt mit Hilfe von Indikatoren, die aus OECD Studien und anderen Quellen stammen, eine Überblick über die sozialen Trends und sozialpolitischen Entwicklungen. Die Indikatoren umfassen die Anzahl arbeitsloser Haushalte, Eheschließungs- und Scheidungsraten, Daten zur Lebenserwartung, zum Ren-

teneintrittsalter, Arbeitslosigkeit, Drogengebrauch und suchtrelevante Todesfälle, Ausländer in OECD-Ländern, Kontakte zu Familiemitgliedern und Freunden, Lebenszufriedenheit, etc." (Autorenreferat)

[813-L] Osawa, Mari:
The livelihood security system and social exclusion: the male breadwinner model revisited, in: Ilse Lenz, Charlotte Ullrich, Barbara Fersch (Eds.): Gender Orders Unbound? : globaslisation, restructuring and reciprocity, Opladen: B. Budrich, 2007, S. 277-301, ISBN: 978-3-86649-091-8 (Standort: USB Köln(38)-35A759)

INHALT: Die Autorin diskutiert die Notwendigkeit der Existenzsicherung durch das Entstehen neuer Risiken im Zuge der Globalisierung und des ökonomischen Wandels, die für viele Individuen und Familien eine wachsende Unsicherheit der Lebensbedingungen mit sich bringen. Das Existenzsicherungssystem ist Teil eines Netzwerks von staatlicher Sicherung und Unterstützungsleistungen privater Institutionen oder nichtstaatlicher Organisationen, wie die Autorin am Beispiel Japans verdeutlicht. Sie beschreibt das Existenzsicherungssystem des japanischen Wohlfahrtsstaates als Beispiel eines männlichen Ernährermodells, das die bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten verstärkt. Anhand einiger Beispiele problematisiert sie die Erscheinungsformen von sozialer Exklusion in der japanischen Gesellschaft und die wachsenden sozialen Risikolagen, insbesondere von Frauen und jungen Menschen. Sie betont mit Blick auf die nach wie vor hohen Selbstmordraten von männlichen "Brotverdienern" im mittleren Alter, dass diese trotz Bevorzugung durch das staatliche Sicherungssystem unter den Folgen von Globalisierung und sozialer Exklusion leiden. (ICI)

[814-L] **Report of the Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations (articles 19, 22 and 35 of the constitution): third item on the agenda: Information and reports on the application of conventions and recommendations. Report 3, part 1A: General report and observations concerning particular countries**, Genève: Internat. Labour Office 2007, XXVII, 627 S., ISBN: 978-92-2-118133-0

INHALT: Der Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen ist ein unabhängiges Gremium von Juristen, dessen Aufgabe darin besteht, die Durchführung der IAO-Übereinkommen und -Empfehlungen in den Mitgliedsstaaten der Organisation zu überprüfen. Sein Jahresbericht befasst sich mit zahlreichen Aspekten der Anwendung der IAO-Normen. Teil I enthält den Allgemeinen Bericht, der die Tätigkeiten des Sachverständigenausschusses beschreibt sowie diesbezügliche spezifische Fragen, die dieser behandelt hat. Außerdem wird dargelegt, inwieweit Mitgliedstaaten ihren verfassungsgemäßen Verpflichtungen in Bezug auf internationale Arbeitsnormen nachgekommen sind, und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Aufgaben im Zusammenhang mit anderen internationalen Urkunden behandelt. Teil II enthält Bemerkungen zu bestimmten Ländern über die Erfüllung der Pflicht zur Vorlage von Berichten, die Durchführung ratifizierter Übereinkommen nach Themenbereich und die Verpflichtung zur Vorlage von Urkunden an die zuständigen Stellen. (IAB)

[815-F] Rhein, Thomas, Dipl.-Volksw.; Grün, Carola, Dr. (Leitung):
Integration von Erwerbslosen über den Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich - Vorstudie

INHALT: Es soll untersucht werden, ob Erwerbslose erfolgreich über den Niedriglohnsektor integriert werden können oder ob die Gefahr einer Stigmatisierung und eines "Low-Pay-No-Pay-Cycle" besteht. Der Vergleich mit Dänemark, UK, USA und Kanada erlaubt Rückschlüsse für entsprechende Politikansätze in Deutschland. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Dänemark, Großbritannien, USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland
ART: *BEGINN:* 2007-04 *ENDE:* 2007-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit - IAB- (Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-179-3008, Fax: 0911-179-3298, e-mail: Thomas.Rhein@iab.de); Leiterin (Tel. 0911-179-3756, Fax: 0911-179-3298, e-mail: Carola.Gruen@iab.de)

[816-L] Senghaas-Knobloch, Eva:
"Si vis pacem cole justitiam": die programmatischen Herausforderungen des IAO-Konzepts für weltweit menschenwürdige Arbeit, (artec-Paper, Nr. 139), Bremen 2007, 26 S. (Graue Literatur; URL: http://www.artec.uni-bremen.de/files/papers/paper_139.pdf)

INHALT: Im Juli 2006 wurde die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) durch die "Declaration on full and productive employment and decent work" der Ministerrunde des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen in ihrer Auffassung und Zielsetzung bestätigt, dass zur Überwindung von Hunger und Armut und zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlbefindens Chancen von Männern und Frauen für eine produktive Arbeit unter freien, gerechten, sicheren und würdigen Bedingungen wesentlich sind. Mit dieser Erklärung des Wirtschafts- und Sozialrats hat die Internationale Arbeitsorganisation eine hochrangige Unterstützung für ihre neue Programmatik gewonnen, mit der sie ihr grundlegendes Mandat auf die aktuellen wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Herausforderungen durch die Globalisierung anwendet. Die neue IAO-Agenda für eine weltweit menschenwürdige Arbeit hat allerdings weitreichende Implikationen konzeptioneller und institutioneller Art in allen vier strategischen Zielbereichen, die noch längst nicht ausgelotet oder programmatisch umgesetzt worden sind. In dem vorliegenden Beitrag geht es um die Skizzierung eben dieser Implikationen und Herausforderungen. Dabei zeigt sich, wie stark diese vier Zielbereiche ineinander greifen. (ICD2)

[817-L] Shen, Kailing:
Contingent, temporary unemployment insurance's impacts on employment and unemployment durations, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 2959), Bonn 2007, 24 S. (Graue Literatur; URL: http://ftp.iza.org/dp2959.pdf)

INHALT: "This paper studies contingent, temporary unemployment insurance (UI) coverage's impacts on employment and unemployment durations using a duration model extended with heaping considerations and a recent Canadian panel data. A unique source of identification here is the Employment Insurance (EI) reform of Canada in the 1996. Based on the estimated coefficients from the duration models, the simulations suggest that UI increases unemploy-

ment rates by 2% and 5% in the non-seasonal and seasonal sectors respectively." (author's abstract)

[818-L] Stecker, Christina:
Anregungen zur vergleichenden Wohlfahrtstaatsforschung in evolutionstheoretischer Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Alterssicherung, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 62/2007, H. 8-9, S. 601-615

INHALT: "Unter den Bedingungen des demografischen Wandels, der Globalisierung, Europäisierung und Individualisierung verändert und verstärkt sich für den Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat der Flexibilitätsdruck und Anpassungsdruck. Um flexibel auf die vielgestaltigen Herausforderungen und die damit verbundenen neuen Anforderungen reagieren zu können, stellen Wohlfahrtsstaaten verschiedene Modelle sozialer Sicherungsformen bereit. Dabei versuchen im Vergleich zu Deutschland andere Wohlfahrtsstaaten, den Flexibilisierungs- und Anpassungsdruck unterschiedlich zu lösen. Im Welfare-mix verschiedener Sicherungsformen - staatlich, betrieblich, gemeinschaftlich oder privat - spiegeln sich dabei nicht nur die Unterschiede der sozialstaatlichen Arrangements der einzelnen Länder wider. Mit der Neukombination und -gewichtung der Sicherungsformen wird auch das Reformpotenzial zur flexiblen Reaktion auf die externen Anforderungen ausgelotet. Will man länderspezifische Ansätze zur Absicherung verschiedener Risiken und deren Eingebundenheit in die jeweiligen Sozialversicherungssysteme analysieren, so sieht man sich vor verschiedene Hindernisse gestellt. Zunächst ist der Ländervergleich selbst problembehaftet, da neben detaillierten Kenntnissen des jeweiligen Steuersystems und Sozialsystems, der institutionellen (Zugangs-)Regelungen und administrativen Zuständigkeiten auch die ökonomische, soziale und kulturelle Akzeptanz des bestehenden Sozialsystems sowie Beharrungstendenzen (sogenannte Pfadabhängigkeit) gegenüber mehr oder weniger weitreichenden Reformansätzen eine Rolle spielen. Aufgrund der skizzierten Komplexität bei der Analyse und zum Verständnis der ökonomischen, sozialen und kulturellen Interdependenzen wohlfahrtsstaatlicher Sicherungsleistungen bedient sich die internationale Komparatistik verschiedener Methoden zur Vereinfachung. Im vorliegenden Beitrag sollen die Grundzüge eines erweiterten Esping-Andersen-Ansatzes vorgestellt werden, der für eine historische Evolutionsperspektive des Wohlfahrtsstaates genutzt werden soll. Dabei wird angeregt, in künftigen Analysen eine systematische Zuordnung des Alterssicherungssystems vorzunehmen, um der Frage nachzugehen, ob Alterssicherung für die Studie von pfadabhängigen Sozialpolitikreformen tatsächlich den 'locus classicus' bildet (Abschnitt 1). Für diese Frage scheinen gerade die osteuropäischen Transformationsländer ein interessantes Untersuchungsfeld, da diese in den letzten Jahren verschiedenen Sicherungsmodellen gefolgt sind und diese mehrfach re-reformiert haben. Aber auch in historisch älteren Systemen, wie es beispielsweise das schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell darstellt, wurden umfassende Reformen unternommen, die damit unter Umständen mit grundlegenden Prinzipien oder Paradigmen zu brechen scheinen. Das Erkenntnispotenzial, aber auch die Beschränkungen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, gerade hinsichtlich der Frage nach historischen 'Pfadabhängigkeiten' und den Chancen zum Paradigmenwechsel bilden den Gegenstand erster Überlegungen im letzten Abschnitt." (Autorenreferat)

[819-L] **Strengthening the ILO's capacity to assist its members' efforts to reach its objectives in the context of globalization: International Labour Conference, 96th session, 2007, report V**, (96. International Labour Conference, 2007, Genève), Genève: Internat. Labour Office 2007, 71 S., ISBN: 978-92-2-118139-2

INHALT: Die Veröffentlichung widmet sich dem Thema der Stärkung der institutionellen Kapazität der IAO zur Schaffung einer fairen Globalisierung und zur Umsetzung der Strategie für menschenwürdige Arbeit. Kapitel 1 zeigt, dass die Verbesserung der institutionellen Kapazität der IAO eine Frage der Verwaltungsführung sowie der Arbeitsmethoden ist. Die Umsetzung globaler Ziele auf nationaler Ebene durch 'vertikale Verwaltungsführung' wird in Kapitel 2 thematisiert. Die direktere Kenntnis der Realitäten und Bedürfnisse soll zu einer besseren Steuerung der Aktionsmittel beitragen. Im Mittelpunkt von Kapitel 3 steht die 'horizontale Verwaltungsführung', d.h. die Mechanismen für die grundsatzpolitische Integration, die den Mitgliedern helfen, die vier strategischen Ziele wirksamer zu erfüllen, indem sie die im Konzept der menschenwürdigen Arbeit ausgedrückte gegenseitige Abhängigkeit und Unteilbarkeit der Ziele sowie die Synergien erfassen, die innerhalb der nationalen Prioritäten zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zielen bestehen. Das Thema von Kapitel 4 ist der Aufbau von Partnerschaften für menschenwürdige Arbeit zwischen den vielen und oft neuen Akteuren im globalen System. In Kapitel 5 wird untersucht, wie die verschiedenen Ideen und Vorschläge, die im Bericht enthalten sind und die aus den Konsultationen hervorgegangen sind, auf denen er beruht, auf einem nach vorne gerichteten Weg zusammengeführt werden könnten. (IAB)

[820-L] Tausch, Arno:
World Bank pension reforms and development patterns in the world system and in the wider Europe: a 109 country investigation based on 33 indicators of economic growth, and human, social and ecological well-being, and a European regional case study, (Conference on "Reforming European Pension Systems", 2004, Schengen), Innsbruck 2007, 155 S. (Graue Literatur; URL: http://ssrn.com/abstract=976586)

INHALT: "On the first anniversary of the death of Nobel Laureate Professor Franco Modigliani, the Luxembourg Institute for European and International Studies (LIEIS) organised a conference on 'Reforming European Pension Systems' on 24 and 25 September 2004 in Schengen. Initially, the intention was to hold this conference in the presence of Professor Modigliani who had written a comprehensive paper for the LIEIS. However, due to ill health, such a meeting had to be postponed repeatedly. A third date was set two days before Professor Modigliani's death. One year on, the LIEIS convened colleagues and friends to honour his memory and life-long work and to discuss his ideas in relation to pension reforms in Europe. In the course of 5 sessions, approximately 30 participants from about 10 countries debated the following questions: (1) the open legacy of Franco Modigliani and European pension reforms; (2) the Modigliani-Muralidhar approach to pension reform; (3) various funding modes and issues of transition; (4) lessons and outlook on pension reforms in Europe; (5) alternatives for pension reform in Luxembourg. This research paper, which will appear in abridged form in the forthcoming Conference volume, published by Rozenberg publishers, Amsterdam, compares the cross national effects of pension reform on 33 indicators of social, economic, political and ecological well-being of nations with the effects on these 33 variables by dependency, the adherence to the advice by international financial institutions, world political or world cultural identities; the aging process; feminism, militarism; the public education effort and the

development level. Traditionally, world system approaches explain human and economic misery by the dependent insertion of the periphery and the semi-periphery into the global economy. It is true that the ascending countries of East Asia, whose investment is often much higher than their savings rate, are at the winning side in the global social equation. It is also true that unequal exchange (ERDI) is still an important phenomenon, significantly explaining many processes of development. However, the privatization of public education, especially at the Third level, the developmental negative consequences of female distribution coalitions as well as the imperative of pension reform have been up to now neglected in cross-national development research. Interestingly enough, economic freedom as such is also not as relevant as pension reform in explaining economic or social success in the world system. We can say that foreign savings and pension reforms are among the most highly influential positive determinants of development today, while culturalist theories and dependency theories fail to achieve the levels of significance we had originally expected when compared to the new cross-national variable pension reform. These findings have important repercussions for the European debate on pension reform and the Lisbon strategy to catch up with the US by 2010 to make Europe the most competitive region in the world economy. European Union membership years by themselves are lamentably enough a rather negative determinant of the processes of development due to the cumbersome mechanisms and distribution coalitions that European institutions present, and the reliance of many countries in the European Union on publicly financed systems of education also has to be reconsidered. Political feminism is another master variable of the European political discourse and it is the main loser in the 1990s and the early years of the 21st Century, indicating again that political distribution coalitions are likely to lose today and tomorrow. The results reported clearly indicate that world systems studies would be well advised to take the processes of pension reform very seriously. Our investigations also clearly show that World Bank pension reforms are associated in a positive way with the rates of change of a country's performance to the better." (author's abstract)

[821-L] Turner, John:
Das Mindestrentenalter in der Sozialversicherung von OECD-Ländern: 1949-2035, in: Internationale Revue für soziale Sicherheit, Jg. 60/2007, H. 1, S. 89-109 (Standort: USB Köln(38)-Ja203)

INHALT: "Dieser Aufsatz befasst sich mit dem Mindestrenten- oder frühest möglichen Ruhestandsalter in der Sozialversicherung von 23 OECD-Ländern im Zeitraum von 1949 bis 2035. Die Regelungen für die kommenden Jahre richten sich nach heute geltendem Recht, wobei einige erst 2035 vollends wirksam werden. Wir können einen Trend sinkender Mindestrentenalter verfolgen, der sich in den neunziger Jahren umkehrte: Ab Beginn jenes Jahrzehnts beschlossen viele Länder eine Anhebung des Mindestrentenalters, die im Allgemeinen jedoch erst später in Kraft treten sollte. Ein Blick auf den Umgang mit dem Mindestrentenalter liefert Erkenntnisse zu übergeordneten Themen in der Sozialpolitik, beispielsweise zu der Frage, ob sich die Sozialpolitik unterschiedlicher Länder im Laufe der Zeit angeglichen hat. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die zeitliche Entwicklung der Tendenz zu Geschlechtergleichheit in der Sozialversicherung." (Autorenreferat)

[822-L] Wagner, Norbert; Carpenter, Ursula:
Mindestlohn in den USA: Ersatz für staatliche Sozialpolitik?, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 4, S. 41-51 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de//db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_11127_1.pdf)

INHALT: "Als zu Jahresbeginn in den USA die Vorlage zur Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns verabschiedet wurde, war dies ein erster Erfolg der Demokraten im US-Repräsentantenhaus. Zwar bedarf es noch der Arbeit des Vermittlungsausschusses, doch hat Präsident Bush seine Bereitschaft zur Unterzeichung bereits signalisiert. Die Bevölkerungsmehrheit jedenfalls steht hinter dem Projekt eines 'minimum wage increase'. 2005 wurden laut Angaben des Arbeitsministeriums 75,6 Millionen US-Arbeitnehmer auf Stundenlohnbasis bezahlt, von denen wiederum eine halbe Millionen den Mindestlohnsatz verdienten. Während Befürworter des Projekts behaupten, 14 Millionen amerikanische Arbeitnehmer würden von der Mindestlohnanhebung profitieren, glauben Gegner, dieselbe führe zu Inflation, dämpfe Beschäftigungszunahme und widerspreche den Verfassungsprinzipien von Privatbesitz, Vertragsfreiheit und begrenztem Staat. 2005 hatte Lee Scott, Chief Executive Officer (CEO) des größten amerikanischen Einzelhandelsunternehmens Wal-Mart, vom Kongress die Anhebung des Mindestlohns gefordert. Senator Edward Kennedy griff diese Forderung auf und meinte: 'Wenn der CEO von Wal-Mart zu einer Anhebung des Mindestlohns aufruft, dann sollten die Republikaner sich dies im Namen von Millionen arbeitenden Männern und Frauen, die in Armut leben, zu Herzen nehmen'." (Autorenreferat)

[823-L] Wendt, Claus; Rothgang, Heinz:
Gesundheitssystemtypen im Vergleich: konzeptionelle Überlegungen zur vergleichenden Analyse von Gesundheitssystemen, (TranState Working Papers, No. 61), Bremen 2007, 29 S. (Graue Literatur; URL: http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=69)

INHALT: "Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die Beobachtung, dass seit Anfang der 1990er Jahre intensiv über eine Typologie von Wohlfahrtsstaaten diskutiert wird, eine theoretisch und empirisch fundierte Typologie von Gesundheitssystemen hingegen nicht existiert. In diesem Beitrag wird versucht, eine solche Typologie deduktiv zu entwickeln. Ausgehend von den zentralen Funktionen eines jeden Gesundheitssystems, der Finanzierung, Leistungserbringung und Regulierung, werden die jeweiligen Ausprägungen bestimmt und aus der Kombination verschiedener Merkmalsausprägungen mögliche Typen gebildet. Damit entsteht ein differenziertes Schema, das es nicht nur erlaubt, bestehende Gesundheitssysteme einem Typ zuzuordnen, sondern das auch in der Lage ist, den Wandel von Gesundheitssystemen zu konzeptionalisieren und dabei verschiedene Abstufungen von Wandel (Systemwechsel, Wechsel im System, Niveauverschiebungen) zu unterscheiden." (Autorenreferat)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS (bisher FORIS) und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind
- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister

A
Abatti, Roberto 757
Abraham, Martin 791
Achatz, Juliane 267, 430, 443
Adamy, Wilhelm 137, 268, 356
Aiginger, Karl 1, 731
Albrecht, Martin 269
Albrecht, Peter-Georg 476
Alda, Holger 29, 630
Alemann, Ulrich von 138
Alesina, Alberto 790
Alexiu, Teodor Mircea 774
Allmendinger, Jutta 163, 171, 408, 785
Alteneder, Wolfgang 732, 733
Altgeld, Thomas 537
Althammer, Jörg 477
Altzinger, Wilfried 734
Amend, Elke 432
Ames, Anne 270
Ammermüller, Andreas 371, 417
Anderson, Karen 631
Andersson, Gunnar 632
Andresen, Maike 139
Andreß, Hans-Jürgen 140
Apel, Helmut 392, 393, 394
Arentz, Oliver 596
Armingeon, Klaus 3, 59, 776, 791
Arndt, Christian 4, 781
Arntz, Melanie 5, 357, 358, 359, 420
Auer, Eva 735
Aurich, Patrizia 360
Aust, Andreas 228, 229
Auth, Diana 478

B
Bächlein, Bärbel 537
Bächtiger, André 791
Bäcker, Gerhard 141
Badan, Philippe 694
Bade, Stephanie 750
Baden, Christian 142
Badura, Bernhard 143, 251
Baer, Susanne 633
Baethge, Martin 361
Baethge-Kinsky, Volker 361
Bahle, Thomas 606
Bahnmüller, Reinhard 207, 238
Bähr, Holger 634
Bandelow, Nils 538
Bandelow, Nils C. 539, 540
Bartelheimer, Peter 6, 361, 630
Bartl, Walter 144
Bartsch, Klaus 145
Basu, Arnab K. 146, 362
Bauer, Frank 432
Bauer, Hans G. 260
Baumann, Hans 768
Baumgartner, Hans J. 363
Baur, Martin 751
Bayer, Michael 607
Beblo, Miriam 150
Bechmann, Sebastian 541
Becht, Anita 597
Beck, Ulrich 147
Becker, Frans 7
Becker, Jens 635
Becker, Patrick 46
Becker, Peter 636
Becker, Rolf 791
Becker, Uwe 637
Beck-Gernsheim, Elisabeth 479
Beckmann, Michael 261
Beckmann, Sabine 480
Beelmann, Gert 194
Beese, Birgit 148
Begenau, Jutta 558
Behr, Markus 627
Behr, Michael 14
Behrend, Olaf 408
Behrens, Christian-Uwe 594
Behr Martina 251
Beier, Angelika 8
Bellmann, Lutz 149, 225, 409
Bender, Christiane 88, 498, 752
Bender, Gabriel 765
Bender, Stefan 150, 424, 427
Bergemann, Annette 424
Bergen, Matthias von 753
Berghahn, Sabine 272
Bergs, Christian 481

Bernhard, Sarah 364, 417
Bernhard, Stefan 638
Berninghaus, Siegfried K. 153
Bertram, Hans 482
Betz, Dirk 542
Biebricher, Martin 608
Biele Mefebue, Astrid 264
Bierwisch, Antje 262
Biewen, Martin 427
Biffl, Gudrun 639
Biggart, Andy 682
Biniossek, Claudia 542
Binz, Andrea 151, 261
Bischoff, Joachim 273
Bispinck, Reinhard 152
Blanke, Bernhard 581
Blanke, Hermann-Josef 10
Blaschke, Sabine 229
Bleeker-Dohmen, Roelf 595
Bleich, Sabrina 153
Blien, Uwe 365, 432, 463
Blos, Kerstin 274, 275, 276, 277, 366
Blossfeld, Hans-Peter 310
Bödeker, Wolfgang 278
Boeßenecker, Karl-Heinz 483, 608, 609, 610
Boeters, Stefan 5
Bogai, Dieter 11, 432
Böhler, Eva 597
Bohlinger, Sandra 367
Böhm, Rudolf 386
Böhme, Stefan 432
Bokan, Nikola 368
Böker, Karl-Hermann 154
Bolle, Michael 645, 659, 702
Böllert, Karin 506, 789
Boltanski, Luc 543
Bonin, Holger 369, 370
Bonoli, Giuliano 728
Bonvin, Jean-Michel 630, 694
Boockmann, Bernhard 371, 417
Borchard, Michael 279
Borgetto, Bernhard 565
Borre, Ole 775
Börsch-Supan, Axel 280, 281, 282, 544, 640, 792
Bosch, Gerhard 155, 190, 445
Boss, Alfred 283, 372
Bosswick, Wolfgang 117
Bothe, Tobias 284
Bothfeld, Silke 12
Boulasikis, Athanasios 665
Brandt, Oliver 373
Brasch, Monika von 120
Braun, Bernard 560, 585
Brettschneider, Antonio 13
Breyer, Friedrich 285
Brie, André 641
Briesen, Detlef 545
Brinkmann, Christian 374, 375, 379, 402
Brinkmann, Uli 444
Brinkmann, Ulrich 14
Brixy, Udo 401
Bröcker, Johannes 403
Brown, Alessio J.G. 283, 372
Brück-Klingberg, Andrea 432
Brugger, Ernst A. 754
Brumlik, Micha 15
Bruno, Randolph 708
Brussig, Martin 286, 376, 417
Buchholz, Sandra 310
Buchkremer, Jenny 642
Buckley, Andrea 608, 609
Buckley, Andrea, M.A. 610
Bünnagel, Vera 287, 485, 486, 487, 488
Burda, Michael 392, 393, 394
Burda, Michael C. 156
Burda, Michael Christopher 423
Burkert, Carola 432
Buscher, Herbert 392, 393, 394
Buscher, Herbert S. 378
Busemeyer, Marius R. 643
Busse, Christian 338
Bussmann, Kai 652
Bußmann, Ulrike 518
Butterwegge, Christoph 16, 17, 18, 19, 288, 489, 490
Buzek, Andreas 735

C

Cacace, Mirella 793, 794
Cacheux, Jacques le 659
Caduff, Raymond 755
Cahuc, Pierre 157
Caliendo, Marco 379, 380
Candeias, Mario 14, 158
Capucha, Luis 682
Careja, Romana 776, 791

Carpenter, Ursula 822
Chakrabarty, Sayan 795
Chatzis, C. 681
Chau, Nancy 146, 362
Chesley, Noelle 528
Chevrou-Séverac, Hélène 766
Christoph, Bernhard 430
Chronopoulou, E. 681
Chung, Heejung 644
Cigno, Alessandro 796
Claus, Thomas 392, 393, 394
Clauss, Markus 358, 420
Clemens, Conrad 645
Colombo, Benedetta 756
Conrads, Ralph 20, 415
Cordes, Alexander 373
Corecco-Allegri, Simona 757
Cortekar, Jörg 546
Cramer, Caroline 491
Cramer, Ralph 381
Cremer, Georg 382

D
Dafflon, Bernard 757
Dahlbeck, Elke 547
Dahme, Heinz Jürgen 21
Dalezios, Harald 301
Dann, Sabine 402
Debus, Martin 383
Deckenbach, Karin 492
Deeke, Axel 384, 385
Deiß, Manfred 426
Deneke, Christiane 537
Deth, Jan W. van 42
Deutschmann, Christoph 257
Dienel, Christiane 103, 646
Dieterich, Thomas 159
Dietrich, Hans 386
Dietrich, Ingrid 432
Dietrich, Peter 499
Dietz, Martin 387, 388, 389
Diewald, Martin 806
Diller, Hermann 593
Dispan, Jürgen 128, 160
Dobner, Petra 22
Domajnko, Barbara 783
Dombois, Rainer 161
Dören, Martina 590
Döring, Diether 647, 648
Dornette, Johanna 437
Dornmayr, Helmut 736, 737
Dörre, Klaus 14, 162, 444
Dragan, Gabriela 659
Dragano, Nico 344
Dreger, Christian 369
Dressel, Kathrin 163
Drevs, Florian 290
Drews, Veronika 164
Duffek, Karl 7
Dummann, Kathrin 291
Dunkel, Wolfgang 266
Dupper, Ockert 649
Dus, Ivica 338
Duten, Alexia 797

E
Ebbinghaus, Bernhard 728
Eberle, Thomas S. 769
Eckert, Roland 476
Eckhoff, Johann 486
Eckstein, Christiane 23
Eekhoff, Johann 287, 485, 579, 596
Eger, Thomas 24
Egner, Björn 599
Ehlscheid, Christoph 165
Eichenhofer, Eberhard 292, 293, 650
Eichhorst, Werner 390, 494, 649
Eichler, Melanie 104
Eick, Volker 105
Eicker-Wolf, Kai 8
Eigenhüller, Lutz 432
Eisen, Roland 294, 295, 549
Ekardt, Felix 296
Elkeles, Thomas 550
Ellguth, Peter 225
Elsen, Susanne 106
Emmenegger, Patrick 791
Enggruber, Ruth 166
Engler, Wolfgang 297
Entorf, Horst 357
Erlinghagen, Marcel 611, 651
Erthal, Claudia 652
Eschelbach, Diana 514
Eschenbeck, Heike 556
Esser, Ingo 298
Ester, Peter 644
Etxezarreta, Miren 653
Evers, Adalbert 25, 616, 661

Ewers, Michael 551

F
Faber, Malte 391
Fachinger, Uwe 299, 300
Fahrholz, Christian 659
Fahrholz, Christian H. 26
Faist, Thomas 27
Falk, Armin 475
Falkner, Gerda 634
Färber, Gisela 301
Farhauer, Oliver 432
Faulenbach, Bernd 185
Fehmel, Thilo 167
Feil, Michael 366, 420, 474
Ferchland, Rainer 28
Fertig, Michael 392, 393, 394
Fetchenhauer, Detlef 542
Fichte, Damian 395
Fichtner, Jörg 499
Fidrmuc, Jarko 781
Filipovic, Alexander 23
Fimpel, Julia 777
Fisahn, Andreas 660
Fischer, Martina 778
Fischer, Sven 153
Fisher, Walter H. 302
Fitzenberger, Bernd 156, 402, 417, 424, 427, 459
Flecker, Jörg 266
Flessa, Steffen 799
Forreiter, Niklas 661
Frey, Rene L. 754
Freytag, Andreas 235
Friedel, Heiko 278
Friedrich, Werner 392, 393, 394
Friedrichs, Michael 278
Frisina, Lorraine 793
Fromm, Sabine 684
Fuchs, Johann 346, 349
Fuchs, Martina 223
Fuchs, Stefan 432
Fuchs, Susanne 782
Fuchs, Tatjana 169
Fuest, Clemens 303, 304, 396, 397, 398, 481
Fux, Beat 662

G
Gabriel, Oscar W. 42
Galon, Alice 170
Gamble, Andrew 659
Gangl, Markus 809
Gartner, Hermann 171, 364
Gáspár, Pál 659
Gatterbauer, Marlies 735
Gazareth, Pascale 758
Gebhardt, Daniel 430
Gedeon, Emanuel 403
Geissler, Birgit 495
Gensler, Stefanie 419
Genz, Hermann 305
Georgiev, Stefan 665
Gerhardt, Anke 29
Gerlach, Irene 172, 496, 497
Gerstner, Wolfgang 613
Gierth, Matthias 552
Giger, Nathalie 59, 791
Gilberg, Reiner 306, 381
Giuliano, Paola 790
Glatzer, Wolfgang 30
Glismann, W. 133
Glück, Alois 31
Göbel, Tim 72
Goldschmidt, Nils 32, 33
Golly, Perry 553
Göschel, Albrecht 107
Gottwald, Markus 97
Götz, Alexander 404
Götze, Ralf 793
Götz von Olenhusen, Irmtraud 109
Graefe, Stefanie 554
Grahl, John 653
Gran, Stefan 665
Granato, Nadia 432
Grassl, Hans 752
Graumann, Sigrid 555
Gregoritsch, Petra 732, 733, 738
Greiner, Wolfgang 251
Grekopoulou, Paraskevi 498
Greven, Thomas 801
Grienberger-Zingerle, Maria 649
Griese, Ilka 173
Grimm, Christopher 307
Grimshaw, Damian 183
Gronwald, Mareike 728
Groß, Cornelia 556

Groß, Hermann 174
Grote, Ulrike 795
Grüber, Katrin 555
Grün, Carola 815
Guger, Alois 1
Gundert, Stefanie 399
Gunkel, Alexander 212
Güntner, Simon 135
Gürtzgen, Nicole 5
Güth, Werner 153

H
Haan, Peter 779
Hackauf, Horst 663
Häcker, Jasmin 308
Hadjar, Andreas 791
Hadolt, Bernhard 739
Hafen, Martin 557
Hägele, Helmut 392, 393, 394
Hagemann, Sabine 402
Hagemann-White, Carol 558
Hagist, Christian 73
Hahn, Daphne 558
Hainard, François 758
Haipeter, Thomas 175, 176
Halatcheva, Maya 499
Hallett, Andrew Hughes 368
Hallmann, Thorsten 628
Hamann, Frauke 34
Hamann, Silke 432
Hamburger, Franz 664
Hammer, Gerald 740
Hangartner, Dominik 791
Hantsche, Brigitte 558
Harding, Johannes M. 665
Hardmeier, Sibylle 500
Harris, John 77
Harten, Uwe 432
Harth, Kristina 597
Hartlapp, Miriam 400, 666
Hartmann, Anja 538
Hartwich, Hans-Hermann 35
Hassel, Anke 177
Haucap, Justus 178
Hauff, Michael von 36
Haug, Christoph 108
Haumann, Sebastian 109
Hauser, Richard 309, 598
Hausmann, Ricardo 802
Häußermann, Hartmut 110
Hayn, Bernhard 179
Heckmann, Friedrich 667
Heckmann, Markus 401
Heidenreich, Martin 642
Heidenreich, Meike 384
Heidler, Matthias 73
Heil, Vanessa 221
Heimbach-Steins, Marianne 53
Heim-Dreger, Uwe 556
Heinbach, Wolf Dieter 180, 181
Heindl, Ines 559
Heinelt, Hubert 599
Heinemann, Friedrich 788
Heinemann, Sarah 417
Heins, Elizabeth 597
Heinze, Anja 402
Helfferich, Cornelia 558
Heller, Günther 565
Helmert, Uwe 560, 585
Helming, Elisabeth 501
Hendel-Kramer, Anneliese 558
Hengsbach, Friedhelm 37
Henkel, Susanna-Maria 736
Henkes, Christian 38
Henman, Barbara 485, 486, 487
Henninger, Annette 97
Henrichs, Klaus 561
Henry-Huthmacher, Christine 502
Hensel, Frank Johannes 29
Hensen, Gregor 503
Hermann, Christoph 266
Hermann, Ute 499
Hermeier, Philipp 55
Hermsen, Thomas 516
Herrmann, Hayo 403
Hertwig, Markus 668
Hess, Doris 306, 381
Hesse, Joachim Jens 404
Hesse, Wolf-Ekkehard 182
Hielscher, Volker 405, 406
Hieming, Bettina 183, 504
Hilbert, Josef 547
Hildebrandt, Eckart 255
Hille, Martin 184
Hilpert, Markus 614
Himmel, W. 580
Hinz, Silke K.B. 407
Hinze, Lieselotte 558

Hirschenauer, Franziska 365
Hirseland, Andreas 408
Hlebec, Valentina 783
Höchstetter, Klaus 669
Hockerts, Hans Günter 39
Hofäcker, Dirk 310
Hoffmann, Hilmar 311
Hofmann, Friedrich 244
Hofmann, Michaela 29
Hohendanner, Christian 409
Hohenleitner, Ingrid 312, 313
Hohmeyer, Katrin 410, 430
Holst, Hajo 14, 263
Holst, Jens 562
Holst, Roland 314
Holtgrewe, Ursula 266
Holtrup, Andre 161
Homann, Denise 563
Hondrich, Karl Otto 505
Höpner, Martin 40, 245
Hörber, Thomas 670
Horn, Gustav A. 411
Horstmann, Theo 185
Hrafnsdottir, Steinunn 616
Huber, Andreas M. 415
Huffschmid, Jörg 653
Hugenroth, Susanne 546
Hujer, Reinhard 379, 402, 417, 463
Hullmann, Alfred 29
Hummel, Thomas 111
Hummelsheim, Dina 671
Hungerbühler, Mathias 213
Hüning, Johannes 506
Hupfeld, Stefan 285, 600
Hurrelmann, Klaus 584
Hüsken, Katrin 507
Hyna, Barbara 635

I
Iglesias, Katia 758
Isfort, Birgit 418
Isfort, Michael 564
Ivancic, Angelca 689

J
Jacob, Marita 386
Jacobi, Lena 392, 393, 394
Jaehrling, Karen 183
Jaenichen, Ursula 412, 417
Jahn, Detlef 683
Jahn, Elke J. 379, 402, 413
Jakob, Gisela 615
Janik, Florian 149
Jann, Werner 234, 457
Jansen, Andreas 376
Janßen, Christian 565
Jeanrenaud, Claude 766, 773
Jenkis, Helmut 41
Jensen, Torben B. 682
John, Klaus-Dieter 672
Jonda, Bernadette 144
Joost, Angela 635
Jozwiak, Eva 468
Julkunen, Ilse 682
Juncke, David 172
Jung, Bogdan 682
Jurczyk, Karin 508
Jürges, Hendrik 187, 280, 566, 803

K
Kabst, Rüdiger 188
Kädtler, Jürgen 189, 630
Kaelble, Hartmut 673
Kaiser, Lutz C. 494
Kaldybajewa, Kalamkas 414
Kalina, Thorsten 183, 190
Kalmbach, Peter 191
Kanbur, Ravi 146, 362
Kasten, Tanja 192
Kaufmann, Inge 674
Kaufmann, Otto 649
Kazepov, Yuri 682
Keil, Silke I. 42
Keller, Beat 751
Keller, Berndt 193, 675, 725
Kellermann, Christian 643
Kellermann, Paul 43
Kemmerling, Achim 315
Kendzia, Michael 120
Kenworthy, Lane 809
Kerkhofs, Marcel 644
Kernbeiß, Günter 732, 733
Kerschbaumer, Judith 316
Kessl, Fabian 509
Kettner, Anja 438
Keuschnigg, Christian 302
Kevenhörster, Paul 44
Kieselbach, Thomas 194, 676

Kindler, Heinz 501
Kirchhof, Kai 432
Kirpal, Simone 264
Kirschner, Wolf 550
Kistler, Ernst 231, 415
Klammer, Ute 477
Klapfer, Karin 740
Klär, Erik 369
Klas, Christian 567
Klauber, Jürgen 568
Klautke, Roland 45
Klecha, Stephan 195, 677
Klee, Günther 402
Kleine, Wilhelm 510
Klein-Schneider, Hartmut 196
Kleinschwärzer-Meister, Birgitta 46
Klement, Carmen 785
Klemperer, David 585
Klenner, Christina 197, 511
Klepka, Franziska 589
Klepper, Carl Dominik 47
Klie, Thomas 569
Klinger, Sabine 101, 416
Klinke, Sebastian 320
Klinkhammer, Nicole 512
Klocker, Karin 741
Kluve, Jochen 392, 393, 394, 678
Klytta, C. 570
Knappe, Eckhard 571
Kniffki, Johannes 613
Knogler, Michael 781, 788
Knuth, Matthias 376, 417, 418
Knuth, Nicole 513
Koch, Josef 513
Koch, Susanne 430
Koch, Torsten 581
Koch-Baumgartner, Sigrid 198
Kocher, Eva 199
Köchling, Annegret 200
Koch-Nielsen, Inger 616
Kochskämper, Susanna 287
Kocka, Jürgen 48
Kohaut, Susanne 225, 401
Kohler, Harald 679
Köhler, Lutz 317
Köhler, Peter 649
Kohler, Susanne 693
Kohler, Wilhelm 781
Kohlmann, Carl-Walter 556
Kohn, Karsten 201
Kölbl, Selma 202
Kolf, Ingo 419
Koller, Peter 601
König, Joachim 617
Konle-Seidl, Regina 649, 684
Köppe, Stephan 49
Korbmacher, Therese 29
Körzell, Stefan 8
Kotlenga, Sandra 112, 661
Kotsioni, I. 681
Kotte, Volker 432
Kovacheva, Siyka 682
Kraemer, Klaus 203
Kramer, Rolf 50
Krätke, Michael R. 318
Kraus, Margit 358, 420
Krauß, Jürgen 51
Kräußlich, Bernhard 415
Krawietz, Marian 204
Kremberg, Bettina 205
Kremer, Stefanie 206
Kritikos, Alexander 380
Kronauer, Martin 52
Krug, Gerhard 421
Kruip, Gerhard 53
Krummacher, Michael 113
Krupp, Hans-Jürgen 319
Kruppe, Thomas 381, 384, 402
Kuchinke, Björn 572
Küfner, Marion 501, 514
Kuhlmann, Martin 207
Kühn, Hagen 320
Kuhn, Michael 573
Kühnlein, Gertrud 208
Kuitto, Kati 683
Kull, Silke 422
Kümmerling, Angelika 445
Kunz, Marcus 432
Kunze, Axel Bernd 53
Kupka, Peter 430
Kurth, Detlef 114
Kurtz, Beate 384
Kurz-Scherf, Ingrid 209
Kvasnicka, Michael 392, 393, 394, 423

L

Lalive, Rafael 804
Lammeyer, Thomas 265

Lampert, Martin 54
Lampert, Thomas 584
Lang, Gert 747
Lang, Kristina 684
Lang, Susanne 125
Lange, Yvonne 515
Langer, Andreas 618
Langkutsch, Holger 574
Langness, Anja 575
Lankes, Fidelis 781
Laroque, Guy 157
Lassnigg, Lorenz 682
Laumann, Karl-Josef 212
Laux, Hans-Dieter 527
Lebuhn, Henrik 115
Lechner, Michael 424, 427
Lee, Shin-Yong 805
Lehmann, Etienne 213
Lehmann, Harald 214
Lehndorff, Steffen 322
Lehner, Ursula 732, 733
Leiber, Simone 685, 686
Leibfried, Stephan 807
Leinert, Johannes 321
Leitner, Andrea 742
Lembcke, Alexander C. 201
Lembke, Mark 249
Lemke, Matthias 55
Lenecke, Philip 432
Lenger, Birgit 737
Lengwiler, Martin 759
Lenz, Martin 116
Leoni, Thomas 1
Lesch, Hagen 215, 216
Letzel, Stephan 597
Leu, Hans Rudolf 512
Leyen, Ursula von der 519
Liebig, Stefan 56
Lindecke, Christiane 322
Linder, Wolf 770
Lingnau, Kathrin 687
Linos, A. 681
Linsenmann, Ingo 688
Löcherbach, Peter 516
Loebe, Herbert 217
Löffler, Roland 732, 733
Logeay, Camille 411
Lompe, Klaus 218
Loos, Roland 743
Lopez Blasco, Andreu 682
Lorenz, Frank 219
Lösch, Bettina 16
Lüders, Christian 57
Lüdicke, Jörg 806
Ludsteck, Johannes 432
Ludwig-Körner, Christiane 535
Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 408
Lührs, Hermann 220
Lüken-Klaßen, Doris 117
Lüngen, Markus 542
Lustig, Sylvia 111
Lutz, Roman 323

M

Machacek, Ladislav 682
Mack, Wolfgang 125
Mackscheidt, Klaus 602
Macsenaere, Michael 516
Madarász, Jeannette Zsusza 576
Mader, Sabine 194
Magin, Johannes 222
Maier, Michael 371, 417
Maier-Rigaud, Remi 715
Makarovic, Matej 689
Makrinius, Doreen 430
Manow, Philip 58
Manske, Alexandra 221
Mansour, Julia I. 622
Marcovici, Octav 682
Marfels, Britta 222
Markert, Andreas 608
Marquis, Lionel 59, 791
Marrs, Kira 577
Marten, Carina 60
Marwinski, Karen 306
Maschewsky-Schneider, Ulrike 558
Matsumoto, Katsuaki 324
Mattei, Paola 690
Mattes, Anselm 781
Matthes, Britta 430
Matthies, Aila-Leena 616
Maurer, Jürgen 578
Maurer, Raimond 338
Mayer, Daniela 581
Mayer, Margit 118
Mazier, Jacques 653
Mehlis, Peter 161
Meier, Bernd-Dieter 563

Meier, Johannes 425
Meil, Pamela 266
Melis, Africa 691
Mendius, Hans Gerhard 426
Mennemann, Hugo 516
Menzel, Kai 287, 579
Menzl, Marcus 119
Mergner, Ulrich 166
Merino, Rafael 517
Merkel, Wolfgang 61, 62
Merkl, Christian 372
Merz, Monika 527
Meulemann, Heiner 42
Meyer, Dorit 223
Meyer, Friedrich 516
Meyer, Hendrik 692
Meyer, Lucas 791
Meyer, Roland 403
Meyer, Thomas 63, 250
Meysen, Thomas 514
Micheel, Brigitte 518
Michelmann, H. 580
Michels, Yves 425
Mielitz, Bernd 414
Milewicz, Karolina 791
Milles, Dietrich 560
Minssen, Heiner 224
Miquel, Ruth 424, 427
Mitschke, Joachim 396, 397
Mnich, Eva 693
Moachon, Eric 694
Moen, Phyllis 528
Moerch, Sven 682
Mohn, Liz 519
Mohr, Katrin 325
Möhrle, Wilfried 428
Möller, Iris 225
Möller, Isabell 581
Möller, Michael 51
Mörschel, Tobias 7
Mosberger, Brigitte 744
Moser, Julia 807
Moser, Maria Katharina 326
Mosley, Hugh 429
Mückenberger, Ulrich 520
Müller, Gerrit 430
Müller, Kai-Uwe 327
Müller, Rainer 793
Müller-Fahrnow, Werner 589
Müller-Plantenberg, Clarita 619
Mümken, Jürgen 603
Münchmeier, Richard 51, 64
Müntenich, Michael 374
Munz, Eva 29
Mussert, Marijke 120
Müßig-Trapp, Peter 204
Myck, Michal 779

N
Nachtwey, Oliver 65
Naegele, Gerhard 328
Nagel, Eckhard 582
Nauck, Bernhard 521
Nave-Herz, Rosemarie 604
Neller, Katja 66
Nelson, Kenneth 808
Nenovsky, Nikolay 659
Neugart, Michael 695
Neuhoff, Katja 53
Newedel, Stefanie 556
Nguyen, Tristan 329
Niebuhr, Annekatrin 432
Niehaus, Frank 330
Niehaus, Mathilde 222
Niekant, Renate 440
Nisic, Natascha 791
Nispel, Andrea 120
Nivorozhkin, Anton 467
Noll, Susanne 431
Nollert, Michael 696, 761, 762
Nonhoff, Martin 67
Nullmeier, Frank 34, 49, 336
Nürnberger, Ingo 331
Nuscheler, Robert 573
Nüsken, Dirk 513
Nylund, Marinne 616

O
Oberschachtsiek, Dirk 384
Obinger, Herbert 807
Obinger-Gindulis, Edith 807
Och, Ralf 104
Ochel, Wolfgang 697
Ochs, Peter 405
Ochsen, Carsten 698, 810
Oehrlein, Brigitte 45
Oerthel, Christian 617
Oesch, Daniel 763

Offe, Claus 121, 782
Ohlsson, Henry 659
Onnen-Isemann, Corinna 522
Oostenryck, Klaus 23
Opielka, Michael 312, 332, 699, 764
Oppeln, Sabine von 700
Oppolzer, Alfred 226
Osawa, Mari 813
Osbild, Reiner 333
Osikominu, Aderonke 427
Ostheim, Tobias 701
Ott, Walter 750, 751
Otto, Anne 432
Otto, Ulrich 621

P
Padoa Schioppa, Fiorella Kostoris 659
Pahor, Majda 783
Palme, Joakim 809
Pamp, Oliver 702
Pape, Klaus 227
Papouschek, Ulrike 266
Paries, Gabriele 516
Paternoga, Dagmar 337
Patzwaldt, Katja 433
Pauly, Uwe 178
Pawleta, Dominika 144
Peichl, Andreas 303, 396, 397, 398, 481
Pelizzari, Alessandro 761
Pellegrini, Sonia 766, 773
Pernicka, Susanne 228, 229
Peter, Gerd 703
Peter, Lothar 161
Peter, Waltraut 334
Peters, Friedhelm 523
Peters, Matthias 771
Petersen, Thomas 391
Petrasova, Alexandra 704
Petring, Alexander 38
Peukert, Almut 524
Pfau-Effinger, Birgit 104, 360
Pfeifer, Christian 434
Pfeiffer, Friedhelm 402
Phillips, Axel 514
Pichler, Markus 765
Pilz, Frank 69
Plaß, Stefan 581
Plümer, K. D. 122
Plünnecke, Axel 525
Podlich, Carola 510
Podmenik, Darka 689
Pohl, Axel 682
Pohl-Eckerstorfer, Ingrid 230
Pollmann, Arnd 70
Popp, Sandra 443
Potrafke, Niklas 335
Potter, Jens 71
Priddat, Birger P. 72, 336
Pries, Ludger 668
Priez, France 766
Prinz, Aloys 192
Promberger, Markus 408, 409, 430, 470
Protsch, Paula 712, 713
Ptak, Ralf 16
Puch, Hans-Joachim 617
Puhani, Patrick A. 435
Puxi, Marco 123, 526

Q
Quoika, Martina Maria 231

R
Raddatz, Guido 232
Rademacher, Christian 144
Radtke, Katrin 620
Raffelhüschen, Bernd 73, 308, 336
Ragni, Thomas 767
Ragnitz, Joachim 233
Rampeltshammer, Luitpold 668
Ramser, Hans Jürgen 153
Rappana Olsen, Bennedichte 616
Rässler, Susanne 364, 374, 436
Rätz, Werner 337
Rau, Matthias 432
Rauch, Angela 437
Rauchenschwandtner, Hermann 32
Rauen, Stephan 596, 602
Rebien, Martina 438
Reese-Schäfer, Walter 74
Reich, Nora 527
Reichart, Elisabeth 528
Reichel, Richard 94
Reidegeld, Eckart 75
Reihert, Claudia 161
Reil-Held, Anette 281
Rein, Sabine 234
Reindl, Josef 200, 231
Reiner, Frank 338

Reinermann, Heinrich 583
Reis, Claus 124
Reisz, Gesa 705
Reiter, Barbara 791
Renaud, Simon 235
Reuter, Christian 621
Reutlinger, Christian 125, 509, 613
Revilla Diez, Javier 373
Rhein, Thomas 815
Richenhagen, Gottfried 236
Richter, Andreas 350
Richter, Cornelia 76
Richter, Matthias 584
Riedmüller, Barbara 422
Rieger, Andreas 768
Riese, Christian 224
Riesling-Schärfe, Heike 126
Ringler, Paul 745
Rinne, Ulf 369
Ritzer, Christa 706
Rixgens, Petra 251
Robra, Bernt-Peter 568
Rodrigues, Paulo 463
Rogalla, Ralph 338
Röger, Hardy 339
Rohde, Andreas 464
Roller, Edeltraud 42
Romeu Gordo, Laura 430
Ronning, Gerd 180
Rose, Miriam 46
Rosemann, Martin 402
Rosenwirth, Melanie 585
Roser, Dominic 791
Ross, Friso 649
Roth, Christian 707
Roth, Klaus 784
Roth, Roland 476
Roth, Steffen 486
Roth, Steffen J. 485
Rothgang, Heinz 560, 793, 823
Röttger, Bernd 14, 158
Röttger, Christof 278
Rovelli, Riccardo 708
Rubery, Jill 183
Rudolph, Brigitte 785
Rudolph, Clarissa 440
Rudolph, Helmut 274, 275, 276, 366, 430
Ruflin, Regula 769
Rüling, Anneli 529, 709
Rymsza, Marek 786

S
Sackmann, Reinhold 144
Sager, Fritz 791
Salm, Rainer 237
Sander, Eva 499
Sandmeir, Gunda 501
Saraceno, Chiara 530
Satilmis, Ayla 441
Sauerland, Dirk 572
Schaade, Peter 432
Schaal, Markus 752
Schaarschuch, Andreas 77
Schaefer, Thilo 303, 396, 397, 398, 481
Schaeffer, Doris 551
Schäfer, Armin 78, 685
Schäfer, Claus 212, 605
Schäffer, Matthias 417
Schaffner, Sandra 392, 393, 394
Schalk, Christa 547
Schanne, Norbert 432
Schauenberg, Bernd 261
Schedler, Kuno 769
Scheiwe, Kirsten 340
Scheller, Henrik 442
Schellschmidt, Henner 568
Schels, Brigitte 443
Scherschel, Karin 444
Scheuregger, Daniel 60
Schiel, Stefan 381
Schiener, Claudia 384
Schier, Michaela 491
Schietinger, Marc 445
Schilling, Gabi 175
Schimpf, Sabine 589
Schimron, Nirit 183
Schlögl, Peter 736
Schmähl, Winfried 336, 341, 342, 793
Schmid, Adrian 751
Schmid, Alfons 142
Schmid, Günther 400, 446
Schmid, Josef 447, 622, 679
Schmidt, Christoph M. 392, 393, 394
Schmidt, Manfred G. 79, 80, 81
Schmidt, Werner 238, 250
Schnabel, Claus 401
Schnabel, Reinhold 358, 420
Schneeberger, Arthur 736

Schneekloth, Nils 403
Schneider, Andrea 94
Schneider, Armin 239
Schneider, Gerald 26
Schneider, Günter 219
Schneider, Helmut 172
Schneider, Hilmar 369, 370, 475
Schneider, Karsten 710
Schneider, Kerstin 187
Schnettler, Katrin 47
Schnur, Peter 101
Schoder, Jörg 73, 336
Scholz, Olaf 212
Schommertz, Christel 40
Schönauer, Annika 266
Schopf, Anna 745
Schräder, Wilhelm F. 269
Schramm, Michael 312
Schramm, Tobias 240
Schräpler, Jörg 29
Schröder, Helmut 143, 381
Schröpfer, Stefanie 181
Schroth, Andreas 652
Schubert, Klaus 692
Schubert, Stefanie 5
Schui, Herbert 82
Schulte, Bernd 649
Schulte, Erhard 531
Schulten, Thorsten 241, 711
Schultz, Annett 29
Schulz, Andreas D. 661
Schulz, Ann-Christine 403
Schulz, Peter 756
Schulz, Volker 127
Schulze, Heike 532
Schulze Buschoff, Karin 712, 713, 714
Schulz-Nieswandt, Frank 715
Schumacher, Peter Michael 392, 393, 394
Schunk, Daniel 281
Schupp, Jürgen 56
Schwan, Alexander 674
Schwarz, Karl 533
Schwarz, Michael 174
Schwarz-Kocher, Martin 160
Schweer, Oliver 417
Schweigard, Eva 384
Scioch, Patrycja 384
Scott, Kirk 632
Sebastian, Steffen 338
Seckinger, Mike 517
Seeck, Till 140
Sehlen, Stephanie 269
Seibold, Bettina 128, 160
Seifert, Hartmut 193, 716
Seifert, Wolfgang 29
Seiler, Benno 750
Seim, Sissel 616
Seitz 597
Selder, Astrid 587
Seligmann, Michael 343
Sell, Axel 83
Sell, Stefan 588
Senghaas-Knobloch, Eva 816
Severing, Eckart 217
Seyda, Susanne 525
Shen, Kailing 817
Sichert, Markus 649
Siebel, Walter 129
Siegel, Nico A. 84, 85
Siegrist, Hans 344
Siemon, Hartmut 130, 131
Sievering, Oliver 86
Sirmoglu, Avji 345
Sittermann, Birgit 717
Siurala, Lasse 718
Slacalek, Jiri 369
Snower, Dennis J. 283, 372, 448
Söhnlein, Doris 346, 349
Soltýsová, Denisa 746
Sondermann, Ariadne 408
Sörgel, Werner 402
Spangenberg, Ulrike 520
Speckesser, Stefan 424
Sperling, Hans-Joachim 207
Spermann, Alexander 305, 358, 402, 420
Spitzley, Helmut 161
Spitznagel, Eugen 254
Sprengseis, Gabriele 747
Sproß, Cornelia 684
Spyra, Karla 589
Stadelmann-Steffen, Isabelle 770
Staiger, Martin 449
Stamos, Michael 338
Stapff, Diego 411
Stapf-Fine, Heinz 347
Starke, Peter 807
Stathakopoulos, Penelope 682
Staub-Bernasconi, Silvia 87

Staudinger, Thomas 415
Stecker, Christina 818
Stegen, Rafael 491
Stein, Volker 242
Steinbach, Werner 337
Steiner, Mario 682
Steiner, Viktor 380, 450
Steinke, Joß 451
Steinwede, Angelika 306
Stephan, Gesine 364, 379, 417, 473
Stern, Nadine 534
Stettes, Oliver 212, 243
Steunenberg, Bernard 659
Stieler, Sylvia 237
Sting, Stephan 623
Stöbe-Blossey, Sybille 518
Stolpe, Michael 777
Stößel, Dieter 452
Stößel, Ulrich 244
Straubhaar, Thomas 312, 313
Streckeisen, Peter 345
Streeck, Wolfgang 90, 245
Streit, Anne von 491
Strengmann-Kuhn, Wolfgang 348
Strohmeier, Klaus Peter 132
Stronegger, Willibald J. 706
Strotmann, Harald 180, 402
Stupnytskyy, Oleksandr 183
Sturm, René 744
Suess, Gerhard J. 535
Süß, W. 133
Sutschet, Holger 246
Svedberg, Lars 616
Szameitat, Jörg 384
Szumlewicz, Piotr 787
Szydlik, Marc 247

T
Tamm, Marcus 392, 393, 394
Tangian, Andranik S. 716, 720
Tausch, Arno 820
Tautorat, Petra 507
Tegtmeier, Werner 453
Telipoulou, Kassandra 682
Tessier, Anne 88
Teune, Simon 108
Thaidigsmann, S. Isabell 248
Thalacker, Patrick 721
Thelen, Lionel 694
Thiede, Reinhold 414
Thiel, Lucia 376
Thielen-Reffgen, Caroline 476
Thode, Eric 494
Thomsen, Stephan Lothar 379, 454
Thrum, Kathrin 501
Thum, Marcel 233
Thüsing, Gregor 249
Tichy, Gunther 731
Tobsch, Verena 494
Toens, Katrin 89
Tomaczewsky, Kathleen 558
Träger, Jutta 536
Trampusch, Christine 90
Trappmann, Mark 430
Treib, Oliver 634
Trittel, Nele 250
Trojan, A. 122, 133
Trube, Achim 455
Trüdinger, Eva-Maria 66
Truger, Achim 8
Tscheulin, Dieter K. 290
Turner, John 821
Turowski, Jan 91
Tyson, Laura D. 802

U
Ueberle, Max 251
Uhlendorff, Arne 475
Ule, Mirjana 682
Ullrich, Sebastian 592
Ulrich, Bernd 92
Urban, Hans-Jürgen 165
Utzmann, Hilde 402

V
Vail, Mark I. 456
Vanselow, Achim 252
Vater, Gudrun 222
Vaubel, Roland 722
Vaut, Simon 457
Vetter, Christian 143
Vilain, Michael 627
Vincentz, Volkhart 788
Vinz, Dagmar 590
Vitale, Sarino 766
Vöcking, Johannes 574
Vogel, Bernhard 31
Vogel, Berthold 93

Vogel, Sabine 94
Vogel, Thorsten 156
Vogler-Ludwig, Kurt 438
Vollmann, Hermann 458
Völter, Robert 459
Vonderach, Gerd 95
Voss, Jenna 161
Voss-Dahm, Dorothea 322, 445

W
Wächter, Franziska 125
Wagner, Alexandra 361
Wagner, Norbert 822
Wagner, Olaf 194
Wagner-Pinter, Michael 732, 733
Wahl, Angelika von 500
Waida, Martina 789
Walden, Günter 253
Waldschmidt, Anne 687
Waller, Marie 427
Wallner, Jürgen 591
Walter, Michael 507
Walterskirchen, Ewald 1, 731
Walther, Andreas 682, 723
Walther, Claudia 134
Walther, Uwe-Jens 135, 136
Walwei, Ulrich 366, 387, 388, 389, 460, 461, 462
Wanger, Susanne 254
Wapf, Bettina 771
Wapler, Rüdiger 432, 463
Warncke, Karin 520
Warsewa, Günter 161
Wasner, Barbara 724
Weber, Brigitte 349
Weber, Frederik 350
Weber, Matthias 499
Weber, Sabrina 725
Weidner, Frank 564
Weinkopf, Claudia 155, 183, 190, 445, 469, 504
Weishaupt, Horst 96
Weller, Ingo 188
Welsch, Heinz 698
Wendt, Claus 726, 823
Wendtland, Carsten 351
Wenzig, Claudia 267, 430
Werkstetter, Eveline 222
Werner, Bernd 428, 464
Werner, Daniel 432, 463
Werner, Frank 675
Westerhoff, Horst-Dieter 465
Westman, Riikka 616
Wetzstein, Thomas 476
Wey, Christian 178
Weyh, Antje 432
Wicke, Hans-Georg 727
Widmer, Frédéric 772
Widmer, Gaelle 773
Wiedemann, Eberhard 402
Wiegand-Kottisch, Maren 83
Wiehler, Stephan 427
Wiemers, Jürgen 358, 366, 420
Wieser, Regine 736
Wiesner, Achim 49
Wießner, Frank 375, 380, 431
Wiethölter, Doris 432
Wild, Michael 734
Wilhelm, Oliver 284
Wilke, Ralf 359
Willems, Ulrich 624
Willige, Janka 204
Wilz, Gabriele 570
Wimbauer, Christine 97
Winkelmann, Rainer 448
Winter, Thomas von 624, 625
Winter-Ebmer, Rudolf 748, 749
Winterhager, Henrik 402
Wintermann, Ole 98
Wipplinger, Ronald 749
Wirtz, Bernd W. 592
Wiß, Tobias 728
Wohlfahrt, Norbert 21, 455, 626
Wojtkowski, Sascha 286
Wolf, Elke 150
Wolf, Karin 507
Wolf, Katja 463
Wolf, Michael 99
Wolf, Sascha 232
Wölfel, Julia 593
Wolff, Joachim 410, 430, 467, 468
Wolff, Mechthild 513
Wolfswinkler, Günther 729
Woods, Dorian R. 100, 730
Worthmann, Georg 445, 469
Wotschack, Philip 255
Wrobel, Martin 432
Wübbeke, Christina 352, 470

Wülffing, Gisela 471
Wunderlich, Gaby 402
Wunsch, Conny 424, 427, 472
Würtz, Stefanie 111
Wyss, Malika 758

Y
Yang, Mundo 108

Z
Zahidi, Saadia 802
Zeeb, Matthias 256, 353
Zehetmair, Hans 31
Zeiss, Christopher 379, 402
Zickert, Kathi 473
Ziegler, Holger 509
Zika, Gerd 101, 420, 474
Zimmer, Annette 627, 628, 629, 786, 797
Zimmer, Marco 354
Zimmer, Sabine 257
Zimmermann, Klaus F. 448, 475
Zingel, Heribert 355
Zinn, Karl Georg 102
Zinsmeister, Florian 369
Zirra, Sascha 642
Zohlnhöfer, Reimut 701
Zwick, Thomas 258, 259, 371, 417
Zychlinksi, Jan 613

Sachregister

A
Abbrecher 9
Abgaben 140
abhängig Beschäftigter 265, 289, 300
Absentismus 230, 251
Absolvent 9, 149, 732, 733, 736, 745
Afrika 41, 46
Agenda 21 133
agenda setting function 198, 614
AIDS 46, 586, 777, 798, 800
Akademisierung 586
Akkumulation 283
Akteur 104, 108, 112, 114, 118, 234, 261, 355, 483, 542, 618, 625, 635, 694, 706, 723, 755
Aktiengesellschaft 675
Aktienmarkt 333, 631
aktivierende Arbeitsmarktpolitik 11, 15, 21, 112, 118, 120, 124, 131, 168, 267, 357, 360, 367, 369, 374, 378, 387, 389, 390, 405, 409, 413, 417, 419, 422, 425, 430, 439, 443, 466, 471, 509, 649, 657, 661, 678, 684, 723, 760, 767, 811
Alkoholismus 415, 766, 771
Alkoholkonsum 545, 766, 771
allein erziehender Elternteil 60, 272, 422, 489, 530, 779
Alleinstehender 481, 530, 779
Alltag 407, 559
Alltagsbewusstsein 18
alte Bundesländer 78, 104, 122, 140, 144, 148, 192, 201, 233, 248, 311, 327, 352, 371, 377, 378, 399, 409, 410, 432, 454, 468, 472, 476, 484, 528, 530, 534, 536, 558, 671
Altenhilfe 136
Altenpflege 68, 104
Altenpolitik 100, 136
Alter 271, 330
älterer Arbeitnehmer 68, 164, 179, 182, 210, 214, 217, 218, 236, 254, 261, 286, 289, 302, 310, 311, 315, 317, 328, 331, 335, 341, 344, 352, 371, 392, 394, 399, 415, 417, 452, 461, 470, 548, 564, 617, 654, 655, 749
alter Mensch 29, 50, 136, 218, 304, 336, 400, 551, 569, 586, 604, 606, 611, 640, 646, 783
Altern 136, 659
altersadäquater Arbeitsplatz 179, 214, 217, 344, 415
Altersgrenze 311, 315, 317, 331, 341, 821
Altersgruppe 71
Alterskrankheit 320
altersspezifische Faktoren 42, 71, 214, 217, 302, 655
Altersstruktur 169, 179, 210, 302, 346, 350, 354, 377, 383, 410, 415, 464, 656, 719, 737, 812
Altersteilzeit 179, 210, 254, 286, 300, 311, 316, 322, 377
Altersversorgung 10, 22, 85, 291, 298, 301, 314, 319, 324, 339, 341, 347, 352, 354, 355, 477, 604, 640, 666, 712, 713, 724, 728, 749, 755, 774, 812, 818
Altersvorsorge 284, 319, 321, 333, 338, 342, 631, 754, 820
Altruismus 60
ambulante Versorgung 308, 553, 568, 582, 606
amtliche Statistik 96, 286, 343, 411, 454, 494, 605, 812
Andenraum 751
Androzentrismus 209
Anerkennungspolitik 615
Angebotsstruktur 549, 579
Angelernter 564
Angestellter 201, 214, 238, 415
anglophones Afrika 46
Anleihe 333
Anreizsystem 151, 186, 187, 212, 225, 283, 302, 303, 305, 329, 378, 395, 407, 418, 481, 485, 593, 684, 779
Anspruchsniveau 70
Anthropologie 53, 543, 591
Antidiskriminierungsgesetz 520, 680, 798, 800

Arbeit 9, 37, 43, 147, 151, 179, 186, 197, 200, 209, 214, 218, 266, 273, 283, 292, 302, 303, 305, 378, 407, 411, 418, 460, 481, 560, 673, 703, 711, 723, 743, 779, 791, 810, 811, 816
Arbeiter 201, 207, 214, 238, 415
Arbeiterbewegung 45, 158, 184
Arbeiterwohlfahrt 622
Arbeitgeber 146, 157, 167, 173, 217, 240, 265, 347, 348, 421
Arbeitgeberverband 3, 148, 167, 173, 175, 177, 178, 624, 686, 763, 798, 800
Arbeitnehmer 68, 140, 167, 170, 193, 200, 219, 230, 235, 240, 243, 249, 265, 278, 286, 300, 311, 334, 346, 349, 357, 369, 411, 414, 417, 423, 651, 679, 684
Arbeitnehmerbeteiligung 185, 235, 239, 675
Arbeitnehmerinteresse 68, 161, 167, 173, 219
Arbeitnehmerpolitik 167
Arbeitnehmerschutz 167, 222, 262
Arbeitnehmerüberlassung 249, 339, 377, 392, 394, 413
Arbeitnehmervertretung 68, 219, 224, 668
Arbeitsablauf 429
Arbeitsagentur 392, 393, 402, 408, 427, 429, 464, 466, 471, 504, 698
Arbeitsamt 402, 408, 698
Arbeitsangebot 141, 218, 420, 475
Arbeitsausfall 445
arbeitsbedingte Krankheit 143, 226, 344, 415
Arbeitsbedingungen 139, 143, 153, 166, 169, 179, 183, 207, 208, 217, 219, 224, 225, 236, 249, 260, 264, 266, 278, 519, 577, 630, 651, 679, 686, 716, 719, 744, 745, 763, 768, 795, 804
Arbeitsbelastung 143, 169, 196, 278, 331, 344, 415, 564, 795
Arbeitsbeschaffung 362, 691, 748, 767
Arbeitsbeschaffungsmaßnahme 359, 369, 377, 379, 454, 658
Arbeitsbewertung 207
Arbeitsbeziehungen 90, 161, 183, 184, 188, 189, 220, 264, 675, 679, 703, 725, 741, 763, 814
Arbeitsförderung 127, 131, 164, 361, 364, 365, 374, 375, 376, 377, 379, 381, 384, 385, 386, 394, 410, 412, 417, 428, 429, 437, 444, 450, 470, 471, 649, 735, 814
Arbeitsförderungsgesetz 446, 469
Arbeitsforschung 209, 703
Arbeitsgelegenheit 270, 300, 369, 377, 409, 410, 438, 441, 462, 470
Arbeitsgericht 40
Arbeitsgesellschaft 147, 273, 297, 337, 760
Arbeitsgestaltung 161, 207, 217, 252, 265, 415, 703
Arbeitsintensität 411
Arbeitskampf 158, 173, 265, 345, 719, 768
Arbeitskonflikt 703
Arbeitskosten 179, 215, 232, 234, 416, 455, 697, 719
Arbeitskraft 12
Arbeitskräfte 14, 465
Arbeitskräfteangebot 302, 303, 312, 329, 358, 370, 377, 396, 397, 398, 411, 420, 465, 474, 481
Arbeitskräftebedarf 317, 432, 461, 465
Arbeitskräftenachfrage 153, 312, 377, 396, 474, 810
Arbeitskraftunternehmer 300
Arbeitsleistung 251
Arbeitslosengeld 167, 348, 360, 473, 719
Arbeitslosengeld II 127, 130, 168, 186, 267, 270, 271, 274, 275, 305, 306, 307, 343, 351, 352, 358, 366, 369, 372, 377, 378, 382, 387, 398, 407, 410, 417, 418, 419, 420, 441, 449, 462, 464, 468, 469, 471
Arbeitslosenunterstützung 276, 283, 306, 327, 343, 359, 369, 377, 383, 445, 449, 475, 658, 708, 812
Arbeitslosenversicherung 39, 268, 277, 283, 300, 323, 325, 327, 334, 390, 395, 472, 655, 695, 704, 712, 713, 719, 748, 810, 817
Arbeitsloser 12, 105, 267, 270, 276, 286, 311, 327, 337, 343, 356, 357, 359, 363, 374, 376, 378, 379, 382, 389, 392, 394, 395, 407, 411, 412, 419, 420, 430, 434, 436, 449, 454, 464, 466, 468, 470, 471, 472, 473, 550,

658, 661, 678, 684, 691, 735, 737, 738, 748, 760, 767, 815
Arbeitslosigkeit 1, 9, 10, 11, 47, 54, 100, 102, 134, 141, 168, 191, 192, 213, 226, 232, 270, 279, 289, 305, 323, 331, 334, 335, 357, 359, 363, 367, 368, 369, 371, 372, 377, 379, 386, 387, 391, 396, 407, 411, 419, 426, 428, 433, 445, 446, 447, 453, 454, 458, 459, 460, 461, 462, 467, 468, 474, 525, 550, 647, 654, 656, 658, 678, 682, 684, 698, 708, 711, 712, 719, 732, 733, 737, 741, 742, 746, 748, 752, 761, 767, 787, 810, 811, 812, 817
Arbeitsmarkt 1, 5, 11, 83, 95, 123, 127, 128, 140, 144, 153, 157, 168, 177, 178, 193, 203, 213, 221, 232, 247, 261, 267, 277, 313, 341, 359, 361, 363, 365, 368, 377, 381, 383, 390, 391, 392, 393, 403, 423, 424, 427, 430, 432, 435, 448, 450, 456, 465, 469, 474, 475, 494, 518, 522, 627, 629, 632, 639, 647, 649, 651, 665, 674, 676, 680, 682, 697, 698, 707, 708, 716, 719, 720, 741, 742, 746, 752, 758, 760, 761, 767, 770, 785, 787, 791, 810
Arbeitsmarktentwicklung 29, 178, 334, 363, 377, 411, 423, 426, 428, 432, 456, 460, 461, 474, 525, 647, 654, 674, 698, 729, 735, 746, 752, 760, 787, 811
Arbeitsmarktforschung 678, 767
Arbeitsmarktpolitik 10, 12, 14, 24, 39, 48, 61, 62, 69, 83, 85, 105, 120, 123, 124, 127, 128, 131, 141, 178, 182, 183, 208, 270, 315, 317, 331, 334, 357, 359, 360, 361, 363, 364, 365, 367, 368, 371, 372, 375, 377, 378, 379, 380, 381, 384, 386, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 396, 399, 400, 402, 405, 407, 408, 409, 411, 412, 417, 421, 422, 424, 428, 430, 431, 432, 433, 436, 439, 440, 443, 445, 446, 447, 452, 453, 454, 456, 457, 458, 460, 461, 462, 463, 465, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 494, 500, 504, 509, 518, 558, 617, 635, 636, 649, 654, 655, 656, 658, 661, 662, 665, 674, 678, 680, 684, 691, 694, 696, 698, 707, 708, 719, 723, 729, 732, 733, 735, 736, 737, 738, 741, 742, 743, 744, 748, 750, 752, 760, 770, 781, 787, 791, 798, 800, 810
Arbeitsmarktsegmentation 339, 357, 407, 680, 742, 748
Arbeitsmarkttheorie 216, 339, 368, 407
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 436
Arbeitsmedizin 244, 560, 582, 759
Arbeitsmigration 465, 697, 746, 798, 800, 811
Arbeitsnachfrage 141, 261
Arbeitsorganisation 97, 160, 179, 197, 207, 224, 261, 264, 266, 344, 405, 415, 654
Arbeitsort 265
Arbeitspflicht 297
Arbeitsplatz 169, 182, 183, 210, 219, 227, 234, 344, 394, 401, 426, 804
Arbeitsplatzpotential 120, 382, 748
Arbeitsplatzsicherung 194, 210, 252, 264, 637
Arbeitsplatzverlust 190, 194, 233
Arbeitsplatzwechsel 149, 168, 735
Arbeitspolitik 209, 236, 495, 703, 721, 725, 760, 780, 819
Arbeitspsychologie 759
Arbeitsrecht 39, 159, 169, 173, 184, 199, 220, 262, 265, 272, 322, 657, 680, 686, 696, 712, 745, 761, 798, 800
Arbeitsschutz 39, 166, 169, 173, 200, 226, 231, 265, 344, 415, 548, 560, 681, 696, 719, 722, 814
Arbeitssicherheit 415, 759, 814
Arbeitssituation 494, 564, 651, 673, 703
Arbeitssoziologie 703
Arbeitsstatistik 811
Arbeitsteilung 64, 247, 480, 494, 529, 534, 536, 639, 680, 796
Arbeitsuche 472, 745
Arbeitsuchender 408, 658, 735
Arbeitsunfähigkeit 143, 222, 792
Arbeitsunfall 151, 656, 719, 759
Arbeitsverfassung 39
Arbeitsverhalten 139

Arbeitsverhältnis 68, 141, 161, 166, 193, 208, 220, 228, 379, 662, 679, 703, 745, 761
Arbeitsvermittlung 305, 356, 361, 377, 381, 382, 395, 402, 405, 408, 413, 417, 429, 437, 451, 454, 457, 464, 466, 470, 471, 504, 655, 658
Arbeitsvertrag 161, 170, 219, 220, 264, 399, 763
Arbeitsverwaltung 376, 404, 406, 417, 658, 742, 760, 767
Arbeitsvolumen 1, 174, 411
Arbeitswelt 231, 236, 247, 758
Arbeitszeit 137, 142, 154, 161, 163, 173, 174, 196, 197, 201, 219, 247, 322, 339, 344, 377, 411, 484, 644, 654, 655, 677, 703, 720, 745
Arbeitszeitflexibilität 139, 142, 154, 174, 179, 181, 183, 192, 196, 255, 298, 316, 403, 411, 484, 644, 654, 716, 720, 740
Arbeitszeitpolitik 163, 174, 196, 234, 255, 265, 322, 677, 703, 722, 760, 814
Arbeitszeitverkürzung 147, 748
Arbeitszufriedenheit 151, 264, 494, 804
Armenpflege 121
Armut 1, 4, 9, 15, 22, 29, 54, 87, 105, 121, 125, 132, 136, 137, 140, 191, 232, 271, 318, 325, 341, 347, 348, 352, 355, 362, 378, 440, 455, 471, 489, 490, 493, 509, 550, 559, 597, 598, 600, 605, 638, 640, 656, 713, 755, 779, 795, 799, 812, 816
Armutsbekämpfung 121, 232, 288, 318, 489, 816
Arzneimittel 553
Arzneimittelmarkt 588
Arzt 540, 546, 566, 575, 579, 581, 585, 586, 587, 591
ärztlicher Dienst 585
Arzt-Patient-Beziehung 540, 560, 585
Asien 7, 41, 188, 324, 583, 655, 780, 795, 805, 811, 813
Asylbewerber 351
Aufsichtsrat 243
Ausbeutung 204
Ausbildung 149, 182, 253, 386, 531, 619, 627, 732, 733, 736, 744
Ausbildungsabbruch 9, 736
Ausbildungsabsicht 211
Ausbildungsbetrieb 210, 253, 258
Ausbildungschancen 531
Ausbildungserfolg 548, 732, 733
Ausbildungsförderung 363, 427
Ausbildungsplatz 120, 149, 211, 253, 258, 732, 733
Ausbildungsstellenvermittlung 732, 733
Ausbildungsverhältnis 745
Ausgaben 1, 9, 258, 277, 330, 377, 445, 446, 757, 788, 812
Ausländer 9, 125, 126, 293, 493, 633, 736, 812
Ausländerarbeit 117
Ausländerpolitik 117
ausländischer Arbeitnehmer 227, 811, 814
Auslandsinvestition 426
Außenhandelspolitik 731
Außenpolitik 48
Außenwirtschaft 3
außerparlamentarische Opposition 195
Australien 751, 807
Auszubildender 149, 210, 258
autoritäres System 805
Autorität 51

B

Baden-Württemberg 128, 180, 181, 238, 404, 422, 556
Baltikum 782, 784, 790
Bank 2
Bankgewerbe 2
Baugewerbe 152, 227, 445, 560, 781
Bayern 20, 426, 452
BDA 177
Bedarfsdeckung 351
Bedarfsplanung 548, 586
Bedürftigkeit 275, 276, 376, 418, 430
Befragung 575
befristetes Arbeitsverhältnis 151, 169, 193, 211, 219, 261, 300, 339, 392, 394, 399, 400, 409, 655, 712, 713, 716
Behinderter 29, 222, 377, 606, 617, 633, 655, 691
Behinderung 4, 39, 437, 687, 798, 800
Beihilfe 412
Beitragssatz 282, 290, 316, 320, 323, 352, 395
Belastbarkeit 331

Belegschaft 251, 409, 438
Belgien 194, 520, 663, 671, 676, 807
Bemessungsgrundlage 292
Benachteiligtenförderung 419, 444, 531, 663, 736
Benachteiligung 105, 114, 125, 126, 169, 179, 336, 419, 493, 498, 531, 561, 575, 663, 682, 736
Benchmarking 122, 392, 393, 425, 433, 503
Beobachtung 393, 472, 735
Beratungsmethode 194
Beratungsstelle 627, 769
Bericht 57, 96
Berichterstattung 30, 49, 57, 95, 96, 128, 133, 198, 403, 506, 711
Berichtswesen 133
Berlin 2, 108, 114, 210, 234, 475, 635
Bernstein, E. 55
Beruf 42, 148, 171, 197, 264, 327, 531, 558, 559, 709
berufliche Integration 126, 127, 203, 222, 343, 359, 361, 364, 371, 374, 377, 379, 381, 386, 399, 412, 417, 423, 429, 430, 436, 438, 444, 452, 454, 464, 467, 470, 494, 531, 534, 655, 658, 661, 682, 684, 687, 691, 732, 733, 738, 758, 760
beruflicher Aufstieg 151, 179, 264
berufliche Rehabilitation 389, 437, 548, 658
berufliche Reintegration 68, 168, 194, 270, 343, 359, 374, 378, 379, 382, 389, 392, 394, 395, 410, 418, 420, 421, 428, 430, 434, 436, 437, 452, 460, 464, 466, 468, 471, 472, 494, 684, 735, 738, 740, 748, 767, 815
berufliche Selbständigkeit 227, 229, 339, 384, 431, 712, 714, 737
berufliche Weiterbildung 68, 151, 170, 179, 183, 187, 210, 211, 217, 236, 373, 384, 390, 403, 424, 427, 436, 444, 587, 654, 657, 691, 720, 744, 748, 767
Berufsanfänger 399
Berufsaussicht 166, 183, 317, 331, 379, 389, 410, 471, 736, 742, 785, 802
Berufsausstieg 9, 286, 289, 298, 302, 311, 316, 322, 341, 383, 611, 749
Berufsberatung 386, 814
Berufsbildung 48, 149, 211, 253, 258, 375, 377, 386, 403, 422, 525, 531, 586, 587, 630, 654, 679, 682, 688, 732, 733, 745, 814
Berufsbildungspolitik 390, 731, 732, 733, 814
Berufseinmündung 9, 120, 386, 399, 419, 444, 682, 723, 732, 733
Berufserfahrung 148, 187, 732, 733
Berufserwartung 264
Berufsgruppe 166
Berufskrankheit 244, 278, 759
Berufsmobilität 357, 611
Berufsnachwuchs 40, 205
Berufsorientierung 120, 528, 548, 778
Berufsprestige 399
Berufsrolle 744
berufstätige Frau 183, 197, 201, 219, 286, 335, 484, 492, 494, 500, 528, 530, 633, 680, 740, 802, 812
Berufsunfähigkeit 278
Berufsunterbrechung 335, 484
Berufsverband 587, 625
Berufsverlauf 149, 163, 214, 278, 289, 311, 331, 359, 386, 399, 428, 464, 611, 712, 732, 733, 735, 736, 745
Beschäftigtenstruktur 169, 210, 211, 221, 255, 403, 536, 712, 745, 812
Beschäftigtenzahl 403
Beschäftigung 2, 43, 101, 141, 166, 210, 220, 228, 372, 379, 386, 399, 400, 403, 409, 417, 421, 427, 428, 475, 536, 630, 694, 707, 710, 716, 720, 735, 738, 791, 811
Beschäftigungsbedingungen 139, 203, 208, 221, 630, 710, 816
Beschäftigungseffekt 5, 101, 141, 145, 146, 168, 174, 186, 191, 215, 233, 283, 302, 303, 305, 312, 313, 328, 356, 367, 368, 369, 370, 371, 378, 379, 380, 383, 389, 396, 397, 398, 401, 407, 414, 416, 421, 426, 427, 434, 454, 460, 461, 466, 468, 472, 474, 481, 515, 678, 708, 710, 734, 735, 738, 781, 817
Beschäftigungsentwicklung 9, 145, 168, 169, 183, 210, 211, 215, 219, 220, 233, 234, 268, 300, 328, 373, 392,

394, 403, 411, 414, 426, 432, 455, 525, 547, 564, 654, 707, 710, 712, 716, 741, 742, 811
Beschäftigungsfähigkeit 11, 170, 217, 236, 251, 264, 374, 376, 400, 444, 661, 676, 716, 720
Beschäftigungsförderung 114, 221, 310, 362, 366, 372, 373, 382, 388, 417, 418, 427, 428, 450, 452, 471, 550, 658, 665, 701, 710, 814
Beschäftigungsförderungsgesetz 339, 665
Beschäftigungsform 29, 68, 147, 169, 193, 203, 210, 219, 227, 228, 300, 339, 369, 389, 455, 461, 494, 654, 657, 662, 712, 713, 716, 720, 744, 761
Beschäftigungsgesellschaft 194
Beschäftigungspolitik 2, 8, 83, 90, 98, 112, 118, 123, 130, 131, 153, 164, 168, 182, 218, 221, 310, 315, 328, 359, 370, 375, 384, 385, 386, 390, 392, 393, 394, 441, 445, 446, 447, 452, 453, 458, 459, 460, 462, 636, 642, 649, 655, 657, 665, 669, 670, 680, 685, 701, 707, 710, 714, 721, 729, 731, 734, 750, 798, 800, 811, 814
Beschäftigungssituation 148, 445, 637, 651, 758
Beschäftigungssystem 12, 264, 334, 414
Besoldung 187
Besteuerung 56, 140, 481, 486, 488, 605
Best Practice 68, 118, 126, 183, 390, 612, 655, 680, 743
Betreuung 55, 471, 484, 486, 487, 492, 494, 496, 504, 506, 507, 512, 513, 518, 519, 520, 525, 534, 569, 646, 655, 671, 740, 796
Betrieb 143, 149, 151, 159, 160, 161, 164, 170, 171, 179, 180, 193, 197, 203, 210, 211, 217, 220, 222, 224, 225, 230, 231, 236, 238, 244, 251, 253, 255, 258, 259, 260, 261, 291, 298, 339, 401, 403, 409, 412, 415, 438, 444, 468, 619, 651, 654, 680, 728, 743, 745
betriebliche Sozialpolitik 212, 226
betriebsärztlicher Dienst 226
Betriebsgemeinschaft 189
Betriebsgröße 210, 211, 255, 409, 414, 432
Betriebsgründung 401, 431
Betriebsklima 172, 197
Betriebsrat 154, 161, 175, 176, 199, 224, 228, 240, 252, 259, 265, 668, 675
Betriebsstillegung 385
Betriebsvereinbarung 154, 174, 175, 196, 210, 246, 298, 725
Betriebsverfassung 216
Betriebsverfassungsgesetz 216, 265
Betriebsverlagerung 426
Betriebswirtschaft 519
betriebswirtschaftliche Faktoren 583
Betriebswirtschaftslehre 43
Betriebszeit 174
Betriebszugehörigkeit 651
Betroffener 467
Betrug 563
Bevölkerung 42, 66, 78, 118, 330, 350, 354, 542, 582, 659, 662, 719, 726, 775
Bevölkerungsentwicklung 8, 9, 19, 29, 41, 107, 129, 136, 144, 231, 304, 330, 333, 336, 350, 415, 477, 496, 522, 525, 580, 747, 754
Bevölkerungspolitik 8, 19, 500, 521, 525, 533, 543
Bevölkerungsstatistik 289, 656, 812
Bevölkerungsstruktur 9, 656, 812
Bevölkerungsverluste 19, 136
Bewerber 438
Bewerbung 472
Bewirtschaftung 599
Bilanz 44, 336, 377, 429, 464
Bildschirmarbeit 226, 265
Bildung 1, 9, 23, 53, 55, 57, 72, 96, 134, 170, 205, 258, 281, 496, 511, 648, 673, 688, 744, 803, 806, 820
Bildungsabschluss 654
Bildungsangebot 169, 492, 744, 778
Bildungsbedarf 373
Bildungsbeteiligung 53, 170, 211, 630, 639, 656
Bildungschance 4, 126, 170, 492, 493, 525, 802
Bildungsertrag 170, 253, 383, 587, 654
Bildungsexpansion 1, 492
Bildungsinhalt 170
Bildungsinvestition 1, 9, 62, 170, 253, 258, 336, 383, 587, 654, 657
Bildungsmaßnahme 373

Bildungsniveau 4, 29, 271, 525, 537, 656, 736
Bildungsökonomie 149, 253, 258, 383, 407
Bildungspolitik 2, 38, 44, 53, 64, 110, 125, 126, 187, 363, 390, 525, 587, 647, 655, 657, 688, 690, 723, 731, 736, 796
Bildungsprogramm 688
Bildungsstatistik 812
Bildungsverlauf 443, 736
Bildungswesen 126, 205, 482, 513, 688
Bildungsziel 170
Bindung 478, 790
Binnenwanderung 9, 359
Biographie 71
Biomedizin 555, 591
Biopolitik 591
Biotechnik 161, 543
Bismarck, O. 64, 522
Bonität 333
Bosnien-Herzegowina 778
Brandenburg 127, 231
Brasilien 811
Bruttoinlandsprodukt 1, 3, 9, 62, 426, 658
Bruttosozialprodukt 799
Budget 275, 568, 569, 757, 788
Bulgarien 784
Bund 442
Bundesagentur für Arbeit 130, 268, 356, 363, 376, 405, 406, 417, 427, 436, 437, 445, 451, 454, 457, 469
Bundesanstalt für Arbeit 381, 417, 451
Bundesgerichtshof 552
Bundeskanzler 62
Bundesland 130, 277, 307, 432, 442, 512
Bundespolitik 78, 478
Bundesregierung 35, 57, 62, 66, 195, 433, 519
Bundestag 66, 195, 541
Bundestagswahl 78
Bundesverfassungsgericht 69
Bundesverwaltung 143
Bund-Länder-Beziehung 105, 442
Bündnis 90/ Die Grünen 81, 85, 447, 538
Bündnis für Arbeit 90, 159, 246, 394
Burgenland 733
Bürger 12, 42, 59, 583, 689
Bürgerbeteiligung 689
Bürgerinitiative 109, 120
bürgerliche Gesellschaft 25, 55, 72
Bürgerrecht 297, 318, 440, 630
bürgerschaftliches Engagement 21, 25, 31, 42, 74, 118, 569, 615, 775
Bürgerversicherung 553
Burnout 208
Bürokratisierung 577

C
Call Center 155, 228, 263
Caritas 607, 613, 622, 627
Case Management 124, 130, 305, 382, 419, 464, 466, 471, 516, 569, 658
CDU 78, 80, 195, 500
Chancengleichheit 4, 132, 171, 471, 518, 520, 526, 537, 553, 633, 802, 814, 816
chemische Industrie 152, 176, 189
Chile 751
China 41, 811
christdemokratische Partei 58
chronische Krankheit 320, 545, 548, 565, 576
Cluster-Analyse 762
Coaching 444
Computer 516
Contrat Social 61
Controlling 122, 130, 451, 769
Coping-Verhalten 430, 761
Corporate Governance 675
CSU 80, 479
Curriculum 627

D
Dänemark 61, 322, 334, 390, 520, 616, 631, 649, 663, 684, 696, 712, 713, 725, 743, 807, 815
Datenaufbereitung 289, 306
Datenorganisation 289
Datenqualität 425
Datenschutz 265
Datenspeicherung 592
Datenverbund 289
Dauerarbeitslosigkeit 12, 68, 141, 164, 168, 305, 331, 334, 343, 370, 372, 378, 381, 382, 389, 392, 407, 412, 418, 420, 421, 430, 434, 448, 449, 452, 454, 461, 550, 719
DDR 478, 496, 500, 522, 558, 576
Delegation 629

Delikt 563
Demographie 107, 132, 330
demographische Alterung 100, 107, 136, 144, 182, 218, 295, 304, 320, 324, 328, 330, 354, 400, 478, 500, 510, 530, 617, 646, 659, 747
demographische Faktoren 8, 9, 29, 179, 217, 236, 291, 317, 327, 330, 331, 336, 383, 411, 415, 461, 477, 478, 513, 525, 574, 656, 666, 793
demographische Lage 304, 330, 478
Demokratie 16, 17, 24, 34, 37, 42, 52, 63, 67, 84, 147, 205, 248, 523, 624, 667, 689, 755, 764, 775
Demokratieverständnis 641
Demokratisierung 72, 667, 776, 805
Depression 344
Deregulierung 12, 140, 199, 356, 368, 448, 483, 626, 696, 720, 754, 761
Deutscher 293, 476
Deutsches Kaiserreich 95, 603
Deutsches Reich 545, 576
deutschsprachige Schweiz 230
Deutung 595
Dezentralisation 112, 176, 707, 763, 786
DGB 177, 331
Diakonisches Werk 208
Dialog 252, 694
Dienstleistung 77, 112, 128, 130, 141, 208, 263, 320, 409, 504, 520, 523, 549, 579, 610, 618, 622, 629, 639, 715, 752, 769, 780
Dienstleistungseinrichtung 263, 405
Dienstleistungsgesellschaft 107, 263
Dienstleistungsunternehmen 190, 263, 504
Diffusion 638
Direktmarketing 265
Diskriminierung 42, 169, 199, 219, 293, 340, 633, 742, 798, 800
Diskurs 49, 89, 92, 107, 191, 269, 353, 523, 541
Dissident 784
Diversifikation 537
Dokumentationssystem 516
Drittes Reich 75, 603
Drogenabhängigkeit 773, 812
Drogenkonsum 773
Drop out 682
Dual Career Couple 202, 272

E
EG 670, 675
Egoismus 60
Ehe 50, 477, 530
Ehefrau 272, 481
Ehepaar 272, 477, 481, 520, 796
Ehescheidung 272, 499, 532, 796, 812
Ehrenamt 21, 517, 611, 617, 626, 627
Eigenarbeit 639
Eigenheim 599
Eigentumsbildung 599
Eigentumswohnung 599
Einfacharbeit 183, 441
Einfluss 74, 109, 156, 198, 259, 262, 443, 540, 581, 625, 692
Eingruppierung 238
Einkommen 1, 4, 9, 29, 54, 140, 181, 187, 192, 214, 274, 275, 285, 288, 313, 314, 318, 332, 333, 337, 345, 388, 418, 423, 481, 536, 598, 600, 605, 654, 656, 711, 716, 732, 733, 762, 778, 799, 803, 809, 812
Einkommenseffekt 192, 311, 361, 481, 515, 654, 720, 738, 804
Einkommenspolitik 137, 318, 347, 348, 378, 762, 768
Einkommensteuer 56, 348, 370, 481
Einkommensumverteilung 318, 486
Einkommensunterschied 60, 129, 341, 600, 761, 762, 803, 809
Einkommensverhältnisse 12, 148, 374, 379, 762
Einkommensverteilung 36, 54, 148, 297, 320, 332, 420, 600, 605
Einkommensverwendung 29
Einstellung 42, 56, 59, 71, 78, 230, 248, 267, 270, 284, 315, 334, 604, 652, 726
Einstellungsänderung 71, 593, 742
Einwanderung 9, 29, 42, 117, 325, 465, 655, 656, 746
Einwanderungspolitik 131, 390, 465, 746
Einzelhandel 155
EKD 164
Elektrizitätswirtschaft 185, 725
Elektroindustrie 45, 165, 175, 207, 228, 238
Elite 772

elterliches Sorgerecht 532
Eltern 272, 477, 496, 499, 520, 524, 527, 529, 534, 575, 652
Elternschaft 247, 520, 535, 740, 796
Elternurlaub 496, 528, 534, 644, 671, 735, 740
Emanzipation 272, 508
Embryo 50, 296
empirische Forschung 84, 548
empirische Sozialforschung 306, 633, 818
Empowerment 105
Energiepolitik 296, 731
Energieversorgung 619
Energiewirtschaft 185
Enquete 21
Entlassung 194, 655
Entscheidung 59, 116, 239, 284, 357, 383, 386, 751
Entscheidungsfindung 59, 116, 314, 426, 437, 618, 666, 669, 702, 796
Entscheidungshilfe 116
Entscheidungsprozess 284, 507
Entscheidungsspielraum 751
Entwicklungshilfe 620, 653, 778
Entwicklungsland 41, 46, 583, 655, 679, 751, 778, 780, 784, 795, 796, 811
Epidemiologie 244, 344, 548, 550, 558, 706
Erbschaft 604
Erfindung 295
Erfolg-Misserfolg 44, 109, 134, 228, 367, 535, 723
Erfolgskontrolle 5, 131, 306, 356, 371, 375, 380, 392, 393, 394, 410, 419, 425, 429, 434, 436, 454, 461, 464, 466, 468, 678, 735, 767
Ergonomie 415
Erhard, L. 35
Ernährung 415, 493, 545, 559, 619, 715
Erosion 12, 199
Ertrag 188, 211
Erwachsenenbildung 170, 228, 656, 744
Erwerbsarbeit 54, 93, 147, 161, 167, 203, 495, 500, 529, 536, 639, 710, 743, 758, 796
Erwerbsbeteiligung 5, 10, 29, 167, 218, 310, 328, 361, 371, 422, 494, 515, 525, 534, 536, 639, 749, 770, 802
Erwerbsbevölkerung 9, 11, 179, 346, 383, 494, 656, 812
Erwerbsform 167, 203, 300, 339, 461
Erwerbsminderung 289, 331
Erwerbspersonenpotential 349, 377, 461
Erwerbstätiger 137, 201, 286, 335, 377, 536, 680, 802
Erwerbstätigkeit 9, 54, 56, 137, 140, 183, 197, 236, 328, 418, 426, 428, 460, 461, 494, 533, 648, 654, 656, 695, 708, 732, 733, 740, 742, 811
Erwerbsunfähigkeit 278, 354, 704
Erwerbsverhalten 289, 302, 329, 370, 515, 671, 796
Erwerbsverlauf 247, 386, 443
Erziehung 51, 64, 496, 506, 509, 513, 652, 775, 796
Erziehungsberatung 499
Erziehungsgeld 340, 496, 497, 522, 525, 527, 740
Erziehungshilfe 516, 535
Eschatologie 50
Essverhalten 545, 559
Estland 782, 784
Ethik 51, 53, 87, 94, 577, 580, 591, 755, 764
ethnische Gruppe 633, 798, 800, 814
ethnische Herkunft 136, 401
ethnischer Konflikt 476
Ethnologie 784
Etzioni, A. 74
EU 24, 41, 79, 183, 190, 236, 240, 249, 278, 293, 315, 344, 469, 477, 494, 501, 515, 518, 520, 526, 561, 574, 609, 614, 630, 633, 634, 636, 637, 639, 641, 643, 644, 645, 646, 647, 650, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 660, 665, 666, 667, 669, 670, 672, 677, 678, 679, 680, 681, 685, 686, 687, 688, 689, 691, 692, 694, 698, 699, 700, 704, 705, 708, 715, 716, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 725, 727, 728, 743, 746, 768, 781, 788, 797, 811, 820
EU-Beitritt 776
EU-Erweiterung 51, 293, 426, 679, 689, 697, 746, 781, 782, 785, 788
EU-Politik 520, 614, 634, 636, 638, 641, 645, 650, 653, 657, 665, 666, 669,

680, 683, 685, 687, 688, 694, 697, 714, 715, 717, 725, 727, 791
Euro 333, 409
Europa 1, 3, 26, 40, 42, 58, 60, 61, 80, 119, 121, 129, 184, 244, 292, 367, 426, 501, 527, 590, 619, 623, 630, 633, 640, 645, 646, 648, 650, 651, 652, 659, 662, 669, 673, 674, 675, 679, 682, 683, 689, 694, 702, 703, 706, 721, 723, 724, 727, 728, 749, 777, 779, 780, 781, 785, 788, 789, 791, 792, 797, 799, 803, 807
europäische Institution 666, 701, 707, 710, 729
europäische Integration 36, 635, 636, 641, 660, 668, 670, 672, 688, 697, 715, 719, 775, 781
Europäische Kommission 635, 645, 666, 688, 718, 723
Europäischer Betriebsrat 189, 668
europäischer Markt 653, 664
Europäischer Sozialfonds 384, 418, 526, 729
europäische Sozialpolitik 83, 634, 636, 638, 641, 642, 645, 650, 663, 664, 667, 670, 677, 685, 686, 687, 688, 692, 696, 697, 700, 702, 707, 710, 714, 715, 719, 721, 729
Europäisches Recht 610, 634, 721, 722
Europäisches Währungssystem 24, 41
europäische Zusammenarbeit 634, 638, 641, 653, 685, 696, 697, 707, 710
Europäisierung 7, 94, 513, 635, 664, 683, 701, 717, 721, 724, 729, 775, 793
Europapolitik 83, 641, 677, 707, 710
Eurozone 811
EU-Staat 7, 91, 148, 193, 241, 367, 646, 674, 681, 692, 694, 701, 702, 710, 711, 721, 726, 729, 730
Euthanasie 50, 555
EU-Vertrag 672
Evaluation 375, 427, 435, 440, 463, 467, 469, 526, 741
evangelische Kirche 164, 220
EWG 650
Existenzminimum 137, 271, 279, 303, 312, 337, 340, 347, 348, 462, 813
Exklusion 23, 29, 64, 325, 455, 493, 509, 513, 598, 638, 661, 696, 758, 785, 812, 813
Export 734

F

Facharbeiter 182
Fachhochschule 627
Fachkraft 149, 182, 210, 264, 317, 465, 513
Fairness 66, 542, 601
familiale Sozialisation 51
Familie 10, 13, 22, 29, 42, 50, 132, 172, 197, 247, 272, 477, 479, 481, 482, 484, 485, 488, 489, 492, 494, 502, 506, 507, 513, 519, 520, 525, 530, 534, 558, 559, 573, 606, 639, 646, 656, 673, 695, 709, 730, 740, 779, 784, 790
Familie-Beruf 1, 51, 143, 161, 163, 172, 183, 197, 209, 390, 422, 478, 479, 484, 492, 494, 495, 496, 500, 502, 518, 519, 520, 522, 528, 529, 533, 534, 536, 644, 656, 709, 740, 796
Familienangehöriger 551, 569, 646, 693, 790
Familienarbeit 340, 480, 484, 492, 522, 529, 536, 639, 796
Familienberatung 132
Familienbericht 482, 506
Familienbildung 522
Familienforschung 530, 534, 536
Familienfürsorge 132, 779
Familiengericht 532
Familiengröße 496
Familiengründung 247
Familienlastenausgleich 319, 485, 488, 497, 502, 534
Familienpflegerin 504
Familienplanung 484, 521, 543
Familienpolitik 39, 48, 60, 66, 69, 76, 100, 103, 132, 340, 422, 477, 478, 479, 481, 484, 485, 487, 488, 490, 492, 494, 496, 497, 500, 502, 508, 511, 512, 515, 519, 520, 521, 525, 527, 528, 530, 533, 534, 536, 537, 543, 633, 662, 671, 704, 730, 770, 791, 796
Familienrecht 272, 340, 532, 796
Familiensituation 132, 496, 498, 507, 573

Familienzyklus 482
Fehlzeit 143, 151, 226, 251, 812
Feminismus 209, 820
Finanzausgleich 277, 442, 574
Finanzbedarf 73, 442
finanzielle Situation 73, 386, 496
Finanzierung 8, 10, 38, 54, 73, 91, 101, 163, 170, 269, 279, 288, 301, 303, 304, 312, 313, 317, 319, 320, 329, 337, 345, 348, 365, 416, 482, 531, 539, 541, 542, 553, 562, 564, 568, 571, 574, 577, 581, 583, 608, 619, 629, 646, 704, 719, 728, 754, 757, 788, 811, 823
Finanzkrise 22
Finanzmarkt 2, 14, 26, 43, 189, 659
Finanzplanung 268, 284
Finanzpolitik 2, 10, 101, 369, 370, 458, 647, 770, 788
Finanzverfassung 48, 442
Finanzwirtschaft 26
Finnland 236, 322, 520, 616, 633, 646, 661, 681
Firmentarifvertrag 154, 175, 201, 225, 257
Fiskalismus 48
Flächentarifvertrag 161, 175, 176, 180, 181, 201, 216, 225
flexible Altersgrenze 316
Föderalismus 48, 69, 79, 442, 446, 539, 667
Förderungsmaßnahme 373, 375, 384, 386, 412, 419, 431, 473, 504, 661
Förderungsprogramm 321, 381, 384, 386, 504
Fordismus 14, 162, 189
Forschung 1, 4, 49, 96, 289, 454, 575, 591, 614, 692, 747, 759, 767
Forschungsansatz 49, 74, 84
Forschungseinrichtung 688, 747
Forschungsergebnis 767
Forschungspolitik 614
Forschungsprojekt 40
Forschungsstand 84, 198, 562, 570, 633, 646, 785
Forschung und Entwicklung 62, 655
Foucault, M. 32, 206, 523
Frankreich 61, 88, 125, 169, 456, 480, 522, 534, 543, 606, 642, 646, 668, 670, 679, 690, 705, 709
Frau 87, 143, 148, 150, 171, 192, 219, 227, 259, 261, 272, 286, 340, 371, 377, 394, 422, 468, 471, 480, 484, 494, 500, 515, 520, 525, 530, 558, 639, 656, 671, 691, 723, 732, 733, 738, 742, 743, 747, 749, 759, 770, 783, 784, 785, 798, 800, 813
Frauenberuf 208, 742
Frauenbewegung 272
Frauenbild 484, 492
Frauenerwerbstätigkeit 1, 9, 100, 150, 183, 210, 227, 394, 484, 492, 494, 496, 515, 519, 525, 528, 534, 639, 655, 662, 671, 770, 785, 790
Frauenförderung 671
Frauenpolitik 340, 494, 495, 511, 522, 533, 633, 680, 709, 742, 798, 800, 814
freier Beruf 300
freier Mitarbeiter 227, 265
Freiheit 70, 630, 816
Freiheitsrecht 69
Freiwilligkeit 21, 569, 615, 626, 664, 725
Freizeit 125, 139, 196, 298, 329, 719
Fremdfinanzierung 788
Freundschaft 784
Friedenssicherung 778
Fruchtbarkeit 9, 515, 527, 812
Früherkennung 575
Frühförderung 525
Frührentner 278, 280, 315, 328, 344
Führung 205, 772
Führungskraft 182, 633, 802
Führungsposition 511
Fürsorge 64, 121, 351, 440
Fusion 185

G

Ganztagsschule 513, 525
Gastgewerbe 155
Gebrauchswert 77
Geburt 580
Geburtenentwicklung 9, 478, 479, 500, 525, 536, 632, 656
Geburtenfolge 632
Geburtenhäufigkeit 9, 494, 515, 632, 796
Geburtenrückgang 19, 478, 492, 500, 505, 521, 530, 536, 543, 632
Gefährdung 244, 344, 493
Gehalt 148

Geld 43, 308
Geldanlage 43
Geldleistung 43, 445, 704
Geldmarkt 43
Geldpolitik 41, 43, 458
Geldsystem 43
Geldtransfer 43
Geldwirtschaft 43
Gemeinde 104, 120, 122, 134, 376, 482, 606, 765, 771
gemeinnützige Arbeit 147, 305, 370, 382, 396, 627
Gemeinnützigkeit 112, 610, 627, 628
Gemeinschaft 523, 764
Gemeinsinn 86
Gemeinwesen 106, 391
Gemeinwesenarbeit 106
Gemeinwohl 66, 72, 74, 118, 622
Gender Mainstreaming 394, 440, 471, 494, 513, 520, 526, 534, 548, 560, 633, 655, 701, 742
Generation 13, 71, 73, 285, 287, 296, 304, 400, 587, 812
Generationenverhältnis 19, 179, 296, 304, 336, 477, 587, 784
Generationenvertrag 60, 304, 336, 354
generatives Verhalten 60, 515, 521, 527, 543, 662
Genetik 230, 591
genetischer Test 230, 798, 800
Genforschung 583
Genossenschaft 619
Gentechnologie 543
Gerechtigkeit 11, 37, 46, 49, 53, 55, 65, 296, 304, 336, 391, 400, 408, 542, 553, 591, 630, 816
Geriatrie 747
geringfügige Beschäftigung 137, 141, 169, 186, 193, 211, 219, 300, 339, 366, 370, 389, 392, 394, 407, 414, 441, 462, 712
Gesamtwirtschaft 145, 333, 474
Geschiedener 272
Geschlecht 13, 208, 558, 632
Geschlechterpolitik 51, 209, 422, 479, 526
Geschlechterverhältnis 51, 87, 272, 440, 479, 480, 495, 508, 524, 529, 639, 709, 785, 816
Geschlechterverteilung 169, 311, 352, 377, 410, 434, 464, 680, 737, 741
Geschlechtsrolle 272, 484, 511, 671, 742
geschlechtsspezifische Faktoren 97, 143, 150, 192, 209, 289, 327, 340, 361, 394, 468, 471, 479, 480, 494, 520, 528, 534, 565, 632, 639, 656, 680, 736, 738, 741, 785, 796, 798, 800, 802, 812, 813, 821
Gesellschaft 34, 40, 42, 43, 45, 50, 56, 93, 97, 144, 146, 285, 334, 362, 368, 498, 510, 532, 673
Gesellschaftskritik 345
Gesellschaftsordnung 97, 653
Gesellschaftspolitik 10, 41, 52, 273, 297, 519, 525
Gesellschaftstheorie 87, 184, 206
Gesetz 206, 267, 440, 469, 527, 755
Gesetzesnovellierung 98
Gesetzgebung 69, 98, 169, 190, 195, 339, 442, 445, 520, 568, 755, 796
gesetzliche Krankenversicherung 8, 10, 48, 269, 287, 290, 300, 320, 324, 329, 351, 541, 542, 546, 553, 560, 565, 571, 574, 582, 583, 586, 794
gesetzliche Regelung 197, 199, 235, 267, 491, 514, 517, 532, 552, 568, 580, 675, 712, 739
Gesundheit 4, 22, 46, 122, 133, 143, 169, 200, 226, 230, 244, 251, 269, 280, 320, 344, 415, 493, 541, 548, 550, 556, 557, 559, 561, 564, 566, 574, 575, 578, 584, 585, 597, 600, 612, 663, 715, 747, 777, 792, 799, 803
gesundheitliche Folgen 226, 280, 561, 578, 663, 792, 803
Gesundheitsbericht 133, 663
Gesundheitsberuf 540, 564, 582, 586
Gesundheitsdienst 578, 585, 646, 793
Gesundheitserziehung 133, 143, 548, 556, 559, 560, 586, 715, 771
Gesundheitsfürsorge 179, 217, 280, 344, 415, 537, 550, 566, 578, 597, 715, 777, 803
Gesundheitspersonal 546, 581
Gesundheitspolitik 2, 8, 24, 44, 66, 81, 86, 122, 226, 231, 320, 329, 330, 415, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 544, 545, 550, 553, 555, 557, 560, 568,

571, 574, 577, 581, 583, 585, 586, 587, 590, 591, 670, 690, 715, 771, 797, 799
Gesundheitsschaden 222
Gesundheitsverhalten 143, 280, 548, 550, 556, 557, 560, 566, 574, 578, 584, 586, 593, 798, 800, 803
Gesundheitsversorgung 226, 280, 330, 535, 544, 546, 560, 562, 565, 566, 572, 578, 583, 585, 592, 726, 777, 803
Gesundheitsvorsorge 133, 143, 200, 231, 244, 415, 537, 556, 566, 575, 576, 578, 584, 586, 793, 799
Gesundheitswesen 39, 43, 122, 133, 208, 269, 320, 330, 503, 537, 539, 540, 544, 546, 548, 549, 551, 553, 557, 560, 562, 563, 564, 565, 567, 574, 576, 577, 579, 581, 582, 583, 585, 586, 587, 589, 590, 591, 592, 627, 690, 715, 726, 793, 794, 799, 802, 812, 823
Gesundheitswirtschaft 544, 547, 567, 581, 583, 588, 777
Gesundheitswissenschaft 560, 580
Gesundheitszustand 29, 271, 344, 415, 550, 558, 582, 783, 812
Gewalt 513, 652
Gewaltverbot 652
Gewerbe 114
gewerbliche Wirtschaft 610
Gewerkschaft 3, 55, 72, 83, 138, 148, 156, 161, 162, 167, 176, 177, 178, 184, 189, 193, 195, 199, 216, 223, 229, 240, 246, 248, 263, 331, 624, 643, 677, 679, 686, 703, 728, 763, 768, 772, 798, 800, 801, 810
Gewerkschaftsarbeit 227, 228, 263, 703, 801
Gewerkschaftsbewegung 138, 162
Gewerkschaftspolitik 45, 138, 158, 162, 173, 175, 184, 216, 219, 227, 228, 229, 237, 243, 246, 263, 331, 356, 677, 744, 768, 801
Gewinn 14, 251, 258, 605
Gewinnbeteiligung 212
Ghetto 125
Gleichbehandlung 169, 293, 340, 633, 680, 697, 742, 798, 800, 814
Gleichberechtigung 630, 742, 802
Gleichgewichtstheorie 5
Gleichheit 680, 798, 800
Gleichstellung 313, 440, 495, 590, 687, 709, 742, 791, 798, 800
gleitender Ruhestand 255
globaler Wandel 70
Global Governance 27, 797
Globalisierung 14, 18, 26, 27, 35, 36, 37, 40, 45, 46, 54, 65, 76, 83, 94, 129, 159, 161, 182, 189, 239, 310, 337, 448, 461, 530, 635, 654, 692, 813, 816, 819
Glück 15, 139, 509
Godesberger Programm 65
Gouvernementalität 102
Governance 108, 118, 205, 616, 634, 666, 685, 797
Grenzgebiet 426
grenzüberschreitende Zusammenarbeit 249
Griechenland 86, 663, 665
Großbetrieb 175, 257
Großbritannien 7, 61, 77, 183, 184, 188, 325, 356, 360, 520, 576, 606, 649, 661, 668, 670, 684, 687, 690, 709, 712, 713, 714, 725, 730, 793, 815
Große Koalition 47, 62, 500
Grundbedürfnis 70
Grundgesetz 22, 553, 660
Grundsatzprogramm 55, 65
Grundsicherung 54, 130, 256, 271, 273, 274, 288, 292, 305, 307, 309, 313, 326, 332, 340, 343, 347, 348, 353, 388, 418, 420, 430, 440, 449, 469, 473, 598, 713, 808, 813
Grundversorgung 297, 541
grüne Partei 433
Gruppenarbeit 703
Gütermarkt 1, 368

H

Habermas, J. 206
Haftung 265
Hamburg 114, 434, 498, 535
Handel 725
Handlungsfähigkeit 48
Handlungsorientierung 107, 622, 674
Handlungstheorie 87
Handwerk 128
Harmonisierung 660, 690, 697

Hartz-Reform 12, 17, 29, 81, 112, 124, 137, 141, 241, 267, 272, 274, 275, 339, 343, 358, 361, 364, 371, 376, 378, 388, 390, 391, 392, 393, 394, 404, 405, 406, 407, 411, 417, 419, 422, 429, 430, 431, 433, 438, 440, 442, 443, 447, 449, 451, 453, 460, 461, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 473, 489, 602, 605
Hauptschule 736
Hausangestellte 68
Hausarbeit 480, 529, 639, 796
Hausbesetzung 603
Haushaltseinkommen 137, 281, 496, 695
Haushaltsgröße 140
Haushaltskonsolidierung 21, 416, 458
Haushaltspolitik 44, 98, 458, 788
Haushaltsrecht 395
häusliche Pflege 569, 646, 693
Hauswirtschaft 106
hauswirtschaftlicher Beruf 68
Hayek, F. 18
Hegemonie 16
Heimarbeit 265, 716, 720
Heirat 796, 812
Herkunftsland 632
Herrschaftssicherung 75
Herzkrankheit 344, 548, 576
Hessen 120, 142, 270, 428, 464, 471
Hilfeleistung 612, 618
Hilfeplan 124
Hilfsorganisation 620
Hinterbliebenenrente 39, 704, 755
Hinzuverdienst 186, 366, 369, 370, 387, 389, 398, 441, 462
historische Sozialforschung 673, 818
Hochbetagter 350
hoch Qualifizierter 161, 399
Hochschule 9, 205, 732, 733, 745
Hochschulpolitik 205
Hochschulwesen 205
homo oeconomicus 60, 391, 615
Homosexualität 798, 800
Humanisierung der Arbeit 226, 242, 819
humanitäre Hilfe 620
Humankapital 4, 9, 72, 76, 163, 242, 261, 278, 383, 407, 519, 525, 731

I
IAB 436
Ich-AG 193, 300, 359, 380
Ideengeschichte 35, 293
Ideologie 18, 76, 102, 355, 670
Ideologiekritik 18, 45, 102, 345
IG Metall 158, 165, 175, 198, 252
illegale Beschäftigung 227
Illegalität 227
ILO 798, 800, 814, 819
Immobilien 333, 596
Imperialismus 14
Implementation 202, 207, 222, 237, 269, 374, 376, 402, 417, 447, 469, 592, 684, 718, 771
Indien 795, 811
Indikation 589
Indikatorenbildung 9, 133, 341, 392, 393, 394, 716, 767, 812
Individualisierung 51, 161, 498, 751, 763
Individuum 557
Industrie 40, 128
Industriebetrieb 179, 252, 415
Industriekultur 83
industrielle Beziehungen 83, 90, 162, 177, 178, 207, 225, 257, 456, 679, 763, 776
Industriepolitik 776
Industriestaat 562, 770, 796, 808
Inflation 80, 333, 446, 458
Inflationsbekämpfung 458
Information 254, 629, 756
Informationsaufnahme 756
Informationsaustausch 585
Informationsfluss 585
Informationsmittel 756
Informationsstand 66, 756
Informationssystem 582
Informationstechnik 265
Informationswirtschaft 161
informeller Sektor 14, 611, 614
Infrastruktur 64, 112, 359, 502, 615
Ingenieur 264
Inklusion 23, 64, 326, 785
innere Sicherheit 113
Innovationspolitik 731
Innovationspotential 160
Insolvenz 154, 298, 617
Institution 76, 98

Institutionalisierung 97, 551, 583, 606, 624
Institutionalismus 27, 188
institutionelle Faktoren 1, 24, 146, 153, 161, 183, 188, 255, 300, 325, 334, 335, 357, 359, 430, 633, 639, 654, 671, 680, 684, 708, 796, 798, 800, 802, 807, 809, 810, 818
institutioneller Wandel 24, 25, 93, 184, 724
Institutionenökonomie 24, 41
Instrumentalisierung 478
Instrumentarium 28, 114, 222, 234, 342, 367, 379, 384, 402, 408, 417, 447, 463, 474, 590, 608, 661
Integrationspolitik 110, 117, 134, 635, 661, 687
Intelligenz 284
Interaktion 108, 635
Interdisziplinarität 633
Interessenausgleich 240, 624
Interessengruppe 240, 624
Interessenpolitik 90, 624, 625, 763
Interessenvertretung 55, 154, 161, 223, 224, 225, 228, 248, 255, 259, 265, 456, 587, 609, 624, 625, 629, 668, 679, 714
interkulturelle Erziehung 126
interkulturelle Kommunikation 778
intermediäre Organisation 108, 112, 248, 616, 624, 628
internationale Anerkennung 340
internationale Beziehungen 801
internationale Organisation 668, 819
internationale Politik 643
internationaler Vergleich 1, 42, 59, 62, 84, 88, 117, 148, 169, 183, 187, 188, 190, 194, 215, 228, 236, 278, 310, 314, 315, 322, 325, 334, 344, 355, 356, 360, 367, 390, 400, 426, 477, 482, 494, 500, 501, 515, 520, 530, 534, 545, 561, 606, 624, 627, 633, 635, 644, 646, 649, 652, 654, 655, 656, 658, 661, 662, 671, 673, 678, 683, 684, 687, 691, 702, 703, 704, 708, 711, 712, 713, 716, 719, 720, 723, 728, 743, 749, 761, 769, 770, 779, 790, 793, 798, 800, 802, 808, 815, 818, 821, 823
internationaler Wettbewerb 177, 455, 702
internationale Wanderung 293
internationale Wirtschaftsbeziehungen 24, 653
internationale Zusammenarbeit 24, 609, 814
interner Arbeitsmarkt 264
Intervention 64, 499, 551, 663, 741
Invalidität 755
Investition 9, 177, 261, 521
Investitionspolitik 72
Investitionsquote 211
Irland 3, 663
Island 3, 616
Israel 7
Italien 7, 125, 194, 619, 642, 646, 661, 663, 665, 676, 679, 690, 712, 713, 714
IT-Beruf 264, 465
IT-Branche 465

J
Japan 188, 324, 813
Job Rotation 691, 716
Job Sharing 300, 691
journalistischer Beruf 289
Jude 622
Jugend 584, 688
Jugendamt 516, 618
Jugendarbeit 517, 664, 778
Jugendbericht 57, 727
Jugendgruppe 476
Jugendhilfe 22, 125, 131, 161, 419, 499, 501, 503, 513, 514, 516, 523, 531, 532, 535, 618, 664, 717, 723
Jugendlicher 9, 29, 111, 125, 126, 132, 134, 359, 386, 400, 419, 443, 444, 464, 476, 499, 517, 531, 548, 556, 565, 584, 654, 655, 656, 682, 717, 719, 723, 727, 736, 765, 771, 778, 812
Jugendorganisation 517, 717, 718
Jugendpolitik 39, 125, 476, 517, 523, 664, 688, 717, 718, 723, 727, 765
Jugendschutz 664, 814
Jugendsozialarbeit 125, 419, 531
Junge 802
junger Erwachsener 335, 336, 386, 444, 654, 732, 733, 736

K
Kanada 520, 815, 817
Kanton Bern 753
Kapazitätsauslastung 174
Kapital 283, 294
Kapitalbeteiligung 212
Kapitalbildung 294, 319, 333
Kapitalismus 1, 14, 32, 37, 43, 45, 52, 82, 85, 102, 162, 177, 273, 345, 603, 762
Kapitalmarkt 243
Kapitalverflechtung 14
Kapitalverkehr 14
KAPOVAZ 300
Kärnten 733
Karriere 478, 522, 528
Kassenarzt 541
Katholik 33
katholische Kirche 33, 220
katholische Soziallehre 33, 239, 279, 553, 594
Kennzahl 134, 251, 425
Keynesianismus 407, 458
Kind 29, 57, 111, 126, 132, 134, 272, 471, 484, 486, 487, 489, 490, 492, 493, 494, 496, 498, 499, 504, 507, 510, 512, 518, 519, 520, 521, 525, 532, 534, 548, 556, 559, 565, 575, 584, 606, 652, 655, 671, 717, 740, 775, 796, 812
Kinderarbeit 795, 814
Kindergarten 197, 487, 496, 507, 512, 770
Kindergeld 186, 348, 496, 520, 719, 770
Kinderlosigkeit 478, 530
Kinderschutz 499
Kindertagesstätte 9, 134, 484, 492, 512, 525, 533, 770
Kinderwunsch 521, 533, 580
Kinderzahl 494, 515, 521, 525, 656
Kindeswohl 532
Kindheit 584
Kirche 46, 220, 498, 624
Kirchenlehre 41
Klassenbewusstsein 92
Klassengesellschaft 92, 509
Klassifikation 548
Kleinbetrieb 175, 182, 231, 291, 300
Kleinkind 487, 507, 535
Kleinstaat 3, 807
Klient 623
Koalition 58, 78, 81, 85, 447, 538
Koalitionsfreiheit 246
Kohortenanalyse 350, 478
Kollektivrecht 159, 161, 199, 206, 728
Kombilohn 8, 168, 186, 190, 241, 303, 309, 366, 369, 370, 378, 387, 396, 397, 398, 407, 418, 421, 428, 434, 439, 441, 450, 462
Kommission 21, 433
kommunale Selbstverwaltung 503
Kommunalplanung 107
Kommunalpolitik 103, 104, 107, 108, 109, 110, 113, 115, 117, 119, 120, 124, 125, 126, 127, 129, 130, 131, 133, 134, 135, 136, 428, 452, 618, 635, 661, 750, 765, 771
Kommunalverwaltung 619
Kommunikation 113, 224, 546
Kommunikationsfähigkeit 260
Kommunismus 601
Kommunitarismus 74
Kompensation 663
Kompetenzverteilung 130, 425, 437, 586
Konfliktregelung 539
Konflikttheorie 539
Konfliktverhalten 111
Konjunktur 411
Konjunkturaufschwung 268, 411
Konjunkturpolitik 458
Konjunkturzyklus 2
Konkurs 748
Konservatismus 1, 478, 764
Konsolidierung 101
Konstrukt 557
Konsum 82, 215
Konsumverhalten 215, 329, 545, 656
Kontextanalyse 70
Kontingenz 89
Konvergenz 568, 683, 689, 690, 793, 821
Konzern 45, 179, 415
Körpergewicht 706
körperliche Arbeit 415
Korporatismus 1, 82, 85, 90, 456, 540, 625, 793
Korruption 51
Kosten 230, 253, 276, 278, 320, 330, 374, 397, 486, 514, 549, 564, 608, 645, 766, 773, 777
Kostenbeteiligung 562

Kostendämpfung 546
Kostenentwicklung 343, 564
Kostenfaktor 777
Kosten-Nutzen-Analyse 243, 253, 343, 356, 374, 521, 586, 618, 678, 750
Kostenrechnung 343
Kostensenkung 230, 372, 395, 416, 564, 592
Kraftfahrzeugindustrie 668
Krankenfürsorge 777
Krankenhaus 155, 564, 568, 577, 579, 581, 586, 589, 690
Krankenkasse 66, 568, 593
Krankenpflege 551, 564, 586
Krankenstand 143, 230, 251, 415
Krankenversicherung 36, 48, 269, 277, 278, 287, 290, 295, 320, 324, 522, 541, 562, 566, 574, 585, 586, 592, 704, 712, 713, 719, 794
Krankheit 39, 222, 230, 344, 415, 541, 551, 552, 557, 566, 575, 584, 592, 612, 681
Kredit 788
Kreditmarkt 26
Kreis 432
Kriminalität 1, 9, 105, 111, 125, 563
Krisenbewältigung 160
Kroatien 679
Kultur 50, 51, 70, 296, 574, 615, 626
kulturelle Faktoren 15, 104, 296, 334, 509, 671, 752, 818
kulturelle Integration 134
Kulturwandel 355
Kundenorientierung 405, 580
Kündigung 188, 265, 748
Kündigungsschutz 153, 169, 315, 334, 390, 651, 695, 716, 748, 810
Künstler 289
künstliche Befruchtung 580, 591
Kurzarbeit 211, 385, 445

L

Landespolitik 78, 123
Landkreis 277
ländlicher Raum 619
Landtagswahl 78
Landwirt 681
Landwirtschaft 681
Lateinamerika 751, 811
Lebensalter 9, 71, 187, 311, 316, 327, 335, 346, 383, 798, 800
Lebensarbeitszeit 163, 255, 316, 317, 322, 328, 331, 344, 655
Lebensbedingungen 30, 69, 203, 449, 510, 716, 727, 753, 766, 768, 813
Lebenserwartung 1, 285, 330, 551, 656, 799, 812
lebenslanges Lernen 170, 217, 236, 264, 310, 656, 657, 743, 744
Lebenslauf 71, 247, 342, 528, 809
Lebensperspektive 203
Lebensplanung 42, 484
Lebensqualität 30, 266, 314, 330, 565, 569
Lebenssituation 4, 12, 29, 236, 270, 306, 386, 407, 482, 493, 509, 519, 597, 736
Lebensstandard 70, 355
Lebensstil 15, 107, 545
Lebensunterhalt 137, 267, 351
Lebensversicherung 298
Lebensweise 136, 548
Legalisierung 141
Legislative 98
Legitimation 22, 49, 184, 206, 224, 355, 638
Legitimität 56
Lehrer 187
Lehrer-Schüler-Beziehung 623
Leichtlohngruppe 68, 168, 186, 233, 300, 370, 378, 398, 421, 428, 455, 462
Leiharbeit 169, 193, 219, 227, 300, 392, 394, 411, 413, 644
Leiharbeitnehmer 211, 219, 227, 300
Leistungsanreiz 187, 212
Leistungsanspruch 293, 325, 340, 372, 443, 708, 779, 808, 817
Leistungsbewertung 187, 523, 769
Leistungsbezug 137, 306, 327, 343, 443, 649, 684
Leistungsfähigkeit 179, 184, 214, 236
Leistungsgesellschaft 31
Leistungsorientierung 282
Leistungsprinzip 31
Leitbild 21, 31, 93, 104, 209, 355, 422, 478, 480, 496, 607, 626, 672
Lernen 126, 205, 264, 739
lernende Organisation 179, 223
lernende Region 635
Lernfähigkeit 446

Lernort 468
Lernprozess 701, 739
Lernzeitkonto 170
Lettland 782
Liberalisierung 16, 45, 85, 88, 368, 483
Liberalismus 1, 32, 33, 47, 58, 63, 70, 95, 601, 699, 762, 764
Litauen 782, 790
Lobby 184
Lohn 150, 156, 166, 168, 178, 181, 186, 187, 201, 207, 210, 211, 214, 215, 216, 225, 233, 238, 250, 256, 257, 259, 261, 265, 305, 339, 370, 371, 372, 378, 383, 389, 396, 398, 403, 418, 421, 441, 462, 587, 605, 654, 680, 691, 711, 716, 719, 720, 745, 748, 767, 804, 811, 815
Lohnabhängiger 345
Lohnarbeit 318
Lohnerhöhung 233, 822
Lohnfindung 156, 201, 213, 368
Lohnhöhe 68, 146, 151, 166, 169, 183, 190, 201, 210, 214, 215, 259, 372, 378, 421, 423, 432, 587, 738, 804
Lohnkosten 166, 179, 181, 215, 369, 372, 395, 396, 412, 417, 421, 441
Lohnpolitik 8, 148, 153, 157, 165, 166, 168, 178, 180, 184, 186, 190, 191, 212, 213, 215, 216, 233, 265, 347, 348, 369, 378, 390, 396, 398, 421, 441, 450, 458, 462, 586, 587, 680, 711, 814
Lohnsteuer 277
Lohnunterschied 150, 156, 171, 201, 225, 259, 382, 441, 656, 680, 742, 802, 804, 812
lokale Faktoren 104, 120, 514, 661
lokale Kommunikation 120
lokale Öffentlichkeit 103, 619
lokale Ökonomie 106, 110
Luxemburg 3
Luxemburg, R. 14

M
Macht 184, 189, 195, 523, 540, 763
Mädchen 802
Makroebene 294, 367
Managed Care 546, 794
Management 122, 143, 170, 188, 205, 230, 242, 344, 523, 581, 589, 617, 618, 622, 644, 718, 747, 769
Managementansatz 115, 577, 583, 661
Managing Diversity 633
Mann 143, 148, 150, 171, 192, 201, 286, 335, 371, 394, 468, 480, 494, 520, 530, 680, 691, 723, 732, 733, 738, 743, 802, 813
Männerberuf 742
Marginalität 498
Markt 40, 65, 483, 503, 523, 549, 567, 579, 588, 594, 626, 629, 764
Markterschließung 610
Marktform 483
Marktmacht 36
Marktmechanismus 579
Marktordnung 287
Marktorientierung 65
Marktreaktion 474
Marktversagen 626
Marktwirtschaft 14, 32, 35, 47, 94, 239, 391
Marx, K. 14, 43, 55
Massenarbeitslosigkeit 279, 446, 747
Massenmedien 433
Matching 120, 150, 376, 463, 649
Materialismus 595
Mathematik 759
Mecklenburg-Vorpommern 211
Mediatisierung 772
Medien 198
Mediengesellschaft 198
Medizin 541, 549, 555, 557, 575, 587, 739
medizinische Rehabilitation 548, 582, 590
medizinische Versorgung 42, 86, 122, 549, 551, 564, 565, 572, 574, 575, 579, 581, 582, 586, 587, 590
Medizintechnik 588
Mehrebenenanalyse 664, 710
Mehrebenensystem 725
Mehrgenerationenfamilie 779
Mehrheitswahl 58
Mehrwertsteuer 101, 416
Meinung 315
Meldepflicht 307, 466
Menschenbild 50, 53, 94, 391
menschengerechte Arbeit 226, 819
Menschenrechte 22, 46, 53, 70, 814, 816

Menschenwürde 70, 574, 591, 755, 816
menschliche Sicherheit 816
Metallindustrie 152, 165, 175, 176, 207, 238
Metatheorie 87
Methodologie 548
Metropole 635
Mieter 602
Migrant 42, 117, 134, 384, 440, 507, 768, 790
Migration 42, 51, 129, 205, 289, 293, 357, 377, 465, 537, 697, 746, 768
Migrationspolitik 100, 465, 746, 768
Mikroebene 367
Mikroökonomie 321, 413, 420
Militarismus 820
Minderheit 633
Mindesteinkommen 23, 68, 147, 167, 204, 241, 272, 273, 279, 297, 303, 305, 309, 312, 318, 326, 347, 348, 370, 378, 396, 462, 475, 598, 719, 808
Mindestlohn 8, 68, 137, 145, 146, 153, 155, 157, 168, 186, 190, 191, 204, 213, 216, 232, 233, 241, 249, 309, 345, 348, 369, 378, 387, 407, 441, 462, 679, 711, 768, 822
Mindestrente 348
Missbrauch 343, 377, 440, 592
Mitarbeiter 160, 182, 200, 220, 222, 223, 230, 251
Mitbestimmung 40, 45, 154, 160, 161, 169, 176, 177, 185, 195, 196, 205, 224, 235, 240, 243, 245, 265, 675, 814
Mitgliedschaft 138, 162, 223, 228, 229, 248, 540, 810
Mittelbetrieb 175, 182, 231, 291
Mittelschicht 58
Mittelstand 182
Mobilisierung 622, 624, 772
Mobilität 602, 651, 688
Mobilitätsbarriere 293
Mobilitätsbereitschaft 357
Modellentwicklung 251, 327, 422, 706
Modellrechnung 145
Modelltheorie 321
Modellversuch 68, 111, 126, 127, 356, 418, 428, 550
Modernisierung 72, 121, 161, 208, 483, 508, 523, 581, 618, 621, 636, 642, 752, 806
Modularisierung 525
Moral 33, 340, 591, 764
Morbidität 799
Motivation 76, 151, 264, 293, 521, 615, 723
Motorik 559
multikulturelle Gesellschaft 129, 775
multinationales Unternehmen 668
Mutter 150, 183, 197, 272, 422, 471, 478, 492, 494, 500, 519, 534, 671, 735, 740, 812
Mutterschaft 522
Mutterschaftsurlaub 150, 192, 335, 522
Mutterschutz 169, 814

N

Nachbarschaft 114, 125
Nachbarschaftshilfe 611
Nachfrageentwicklung 145, 188, 291, 464
nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik 458
nachhaltige Entwicklung 36, 76, 106, 205, 296
Nachhaltigkeit 38, 44, 72, 76, 133, 164, 247, 296, 301, 571, 592, 653, 659, 676
Nachkriegszeit 35, 75, 185, 670, 673
Nachtarbeit 644
Nahost 7, 655, 780
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 155
Nahverkehr 217
Nation 479
nationale Entwicklung 692
nationale Politik 642, 643, 687, 692
Nationalismus 293, 641, 775
Nationalität 136, 410
Nationalsozialismus 75, 603
Nationalstaat 83, 664, 670, 692, 694, 701, 752, 819
Nebenbeschäftigung 716, 732, 733
negative Einkommensteuer 168, 288, 309, 332, 369, 389, 396, 398, 407, 462
neoklassische Theorie 407
Neokonservatismus 15
Neokorporatismus 763
Neoliberalismus 15, 16, 17, 18, 19, 45, 79, 102, 105, 221, 503, 509, 523, 560, 601, 762

Nettolohn 697
Netzwerk 21, 122, 133, 224, 569, 597, 625, 635, 679, 718, 727
neue Bundesländer 78, 104, 122, 133, 140, 144, 148, 168, 201, 233, 248, 311, 327, 352, 371, 377, 378, 409, 410, 432, 454, 459, 468, 476, 484, 522, 528, 530, 534, 536, 558, 671
Neue Politische Ökonomie 24
neue Technologie 260
Neuseeland 807
nichteheliche Lebensgemeinschaft 272, 796
Nichterwerbstätigkeit 691, 695
nichtstaatliche Organisation 25, 625, 629, 689, 717, 718, 778, 795, 797
Niederlande 7, 61, 68, 114, 125, 194, 322, 355, 520, 561, 631, 649, 663, 676, 684, 696, 712, 713, 714, 807
Niederösterreich 733
Niedersachsen 207, 373
Niedrigeinkommen 29, 137, 141, 155, 157, 168, 191, 204, 221, 241, 275, 319, 369, 370, 409, 450, 462, 648, 779, 799
Niedriglohn 8, 141, 155, 157, 168, 190, 191, 204, 208, 221, 227, 241, 256, 366, 369, 387, 388, 389, 396, 397, 439, 441, 448, 450, 462, 475, 815
Niedrigqualifizierter 68, 137, 168, 183, 186, 191, 259, 279, 334, 357, 369, 370, 372, 378, 382, 387, 396, 398, 399, 407, 428, 439, 743, 748
Non-Profit-Organisation 25, 626, 627, 628, 629, 747, 769, 786
Nordamerika 1, 60, 80, 109, 314, 509, 520, 528, 545, 546, 561, 565, 627, 653, 684, 699, 730, 751, 792, 793, 794, 801, 803, 804, 809, 815, 817, 822
Nordrhein-Westfalen 29, 68, 109, 114, 134, 231, 250, 252, 469, 547, 608
Norm 76
Normalarbeitsverhältnis 12, 140, 159, 193, 199, 219, 228, 339, 711, 768
Norwegen 3, 188, 616, 655, 658, 807
Notar 41
Notlage 64

O

Obdachlosigkeit 493, 586
Oberösterreich 733
OECD 3, 187, 310, 494, 793, 811, 818, 821
OECD-Staat 62, 84, 530, 791, 810
offene Stellen 210, 211, 377, 411, 461
offene Volkswirtschaft 807
öffentliche Aufgaben 28, 629, 793
öffentliche Ausgaben 1, 29, 101, 268, 300, 312, 333, 370, 397, 398, 564, 656, 658, 708, 812
öffentliche Dienstleistung 406, 457, 606, 629
öffentliche Erziehung 507
öffentliche Förderung 375, 486, 757
öffentliche Kommunikation 595
öffentliche Leistung 288, 292, 332, 449, 485, 524, 753
öffentliche Meinung 56, 164, 353, 484
öffentlicher Dienst 208, 250, 301
öffentlicher Haushalt 1, 29, 69, 101, 268, 300, 370, 395, 397, 416, 757, 788
Öffentlicher Personennahverkehr 224
öffentlicher Raum 111
öffentlicher Sektor 14, 16, 144, 653, 718
öffentlicher Verkehr 217
öffentliches Gesundheitswesen 567, 582
öffentliches Gut 45, 567
öffentliches Unternehmen 144
öffentliche Verwaltung 115, 415
Öffentlichkeit 7, 490, 768
Ökologie 296, 653
Ökonometrie 327, 436
Ökonomie 45, 106, 206, 539, 619, 694, 799
ökonomische Entwicklung 98, 123, 401
ökonomische Faktoren 29, 31, 75, 184, 188, 220, 243, 311, 336, 437, 460, 519, 527, 581, 639, 684, 770, 818
ökonomischer Wandel 673, 758, 776
ökonomischer Wert 292
ökonomisches Modell 294, 357, 420, 463, 474, 659
ökonomisches Verhalten 515, 521, 567
ökonomische Theorie 16, 184, 188, 216, 333, 458, 474, 515, 542
Ökonomisierung 18, 67, 406, 483, 503, 509, 554, 577, 581, 596, 615, 622, 626
Ordnungspolitik 65, 105, 113, 184, 486
Ordnungstheorie 503

Ordoliberalismus 32, 33, 35
Organisationen 112, 118, 184, 797
Organisationsentwicklung 175, 223, 404, 610, 742, 819
Organisationsgrad 156
Organisationshandeln 405
Organisationsprinzip 224
Organisationsstruktur 130, 138, 207, 451, 540, 622, 690
organisatorischer Wandel 261, 264, 406, 451, 724
Organspende 555
Orientierung 104, 522
Ostafrika 46
Ostasien 41, 188, 324, 805, 811, 813
Österreich 3, 125, 228, 229, 263, 390, 520, 550, 591, 635, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 807
Osterweiterung 293, 426, 721, 746, 776, 781
Osteuropa 426, 662, 683, 689, 777, 779, 780, 781, 785, 788, 789
Ostmitteleuropa 721
Ostseeraum 775
Ost-West-Vergleich 790
Outsourcing 402, 448, 768, 781

P
Paradigma 87, 199, 267, 607, 638, 718, 727, 818
Parsons, T. 764
Partei 66, 248, 269, 539, 772
Parteiensystem 58, 78, 80
Parteipolitik 40, 79, 98
Partnerbeziehung 97, 478
Patent 9
Patient 541, 546, 551, 552, 554, 562, 568, 580, 581, 591, 756
Patientenrecht 552, 554, 756
Pazifischer Raum 751, 807
Pension 301, 751
Pensionierung 453
Persistenz 401, 461
Personal 513, 618, 627, 651, 772
Personalabbau 188, 194, 211, 233, 234, 564
Personalbedarf 210
Personalbestand 151, 211, 414, 464, 564
Personalbeurteilung 151
Personaleinstellung 149, 210, 211, 371, 372, 377, 412, 438
Personalentwicklung 144, 179, 182, 217, 220, 344
Personalführung 222, 415
Personalplanung 179, 219, 236, 242
Personalpolitik 139, 144, 149, 151, 154, 164, 170, 171, 172, 179, 188, 193, 202, 203, 210, 211, 214, 218, 225, 234, 242, 251, 253, 255, 258, 261, 265, 322, 344, 403, 414, 415, 494, 587, 617, 644
Personalreserve 349
Personal-Service-Agentur 377, 402, 429, 466
Personalverwaltung 234
Personalwesen 230, 617
Personalwirtschaft 242
personenbezogene Dienstleistung 77, 405, 610, 612
Personendaten 289, 592
Personenverkehr 217
Persönlichkeitsmerkmal 284, 515
Perspektive 119
Pfadabhängigkeit 80
Pflege 39, 197, 308, 549, 569, 573, 589, 646, 730, 747
Pflegebedürftigkeit 271, 573, 646, 740, 812
Pflegeberuf 278, 564, 586, 591
Pflegedienst 573
Pflegeeltern 501
Pflegefall 573
Pflegeheim 560, 573
Pflegekind 501
Pflegeperson 573, 577
Pflegepersonal 573, 577
Pflegesatz 573
Pflegeversicherung 8, 36, 277, 295, 308, 324, 565, 573, 582, 693, 719
pharmazeutische Industrie 189
Phillipskurve 368
physische Belastung 169, 278, 344, 415, 564
Planwirtschaft 601
Platon 55
Pluralismus 35, 49, 483, 622, 762

Polarisierung 530
Polen 144, 635, 668, 712, 713, 779, 782, 784, 785, 786, 787
Politikberatung 96, 245, 433, 482, 510
Politiker 656, 739
Politikfeld 44, 539, 707, 739
Politikfeldanalyse 707
Politikumsetzung 53, 222, 306, 317, 425, 437, 526, 645, 670, 739, 742, 819
Politikvermittlung 7
Politikwissenschaft 44
politische Agenda 234, 641, 694
politische Aktivität 42, 689, 775
politische Apathie 689
politische Einstellung 42, 59, 248, 622, 641, 775
politische Entscheidung 206, 539, 625, 645, 666
politische Entwicklung 61, 630, 641, 650, 689
politische Faktoren 345, 360, 595, 689, 770
politische Folgen 405
politische Führung 66
politische Ideologie 66, 641, 775
politische Institution 26, 66, 177, 457, 539, 599, 702, 729
politische Integration 134
politische Kommunikation 7, 353, 433, 689
politische Kultur 80, 248, 641, 667, 764
politische Linke 7, 476, 595, 641, 705, 775
politische Meinung 595, 775
politische Ökonomie 41, 51, 102, 624, 722
politische Partizipation 4, 125, 126, 147, 689, 802, 819
politische Philosophie 601
politische Planung 362, 425, 742, 819
politischer Akteur 635, 662, 739
politische Rechte 595, 775
politische Reform 24, 73, 435
politischer Einfluss 59, 177, 625
politischer Konflikt 108, 476
politischer Prozess 108
politischer Wandel 49, 85, 314, 355, 360, 539, 772, 805, 807
politisches Programm 98, 381, 645, 765
politisches System 27, 62, 69, 80, 630, 776
politische Steuerung 90, 205, 526, 541, 565, 729, 807
politische Strategie 89, 772
politisches Verhalten 59
politische Theorie 84, 446
politische Unterstützung 248
politische Willensbildung 341, 541, 625
Politisierung 772
Portfolio-Management 333
Postfordismus 162
postkommunistische Gesellschaft 775
Postmaterialismus 595
Postmoderne 34, 43
postsozialistisches Land 7, 125, 144, 183, 426, 635, 668, 679, 712, 713, 717, 774, 776, 778, 779, 780, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 790, 811
Prävention 105, 111, 133, 143, 217, 222, 284, 537, 548, 550, 557, 561, 563, 575, 582, 706, 718, 759, 771, 777
Preis 568
Prekariat 605
Presse 784
private Krankenversicherung 269, 287, 320, 324, 553, 566, 572, 582
privater Sektor 356, 429, 466, 718
private Vorsorge 6, 281, 284, 291, 298, 314, 321, 323, 338, 339, 342, 631, 793, 794
Privathaushalt 137, 141, 275, 281, 430, 504, 521, 529, 562, 605, 639, 695
Privatisierung 14, 16, 45, 115, 264, 323, 342, 356, 483, 577, 768, 786
Privatunternehmen 769
Privatwirtschaft 503
Produkt 338
Produktion 174, 217
Produktionsfaktor 14, 654
Produktionsverlagerung 14
Produktivität 9, 151, 171, 179, 214, 230, 251, 258, 297, 411, 639, 644, 711, 810, 811
produzierendes Gewerbe 181
Professionalisierung 77, 194, 513, 532, 570, 618, 744
Prognosemodell 145, 323, 333
Programm 111, 118, 164, 359, 362, 409, 459, 494, 718, 771
Promotion 205

Prophylaxe 200, 231, 244, 545, 556, 576
Protest 109
protestantische Soziallehre 353
Protestbewegung 115
Prozess 250, 701
prozessproduzierte Daten 289, 425
psychiatrische Versorgung 582
psychische Gesundheit 557
Psychologie 548, 762
psychosoziale Faktoren 344, 386, 415
Psychotherapie 548, 582
Public Private Partnership 769, 788

Q
Qualifikation 113, 148, 153, 183, 224, 225, 232, 261, 327, 373, 432, 444, 448, 472, 513, 518, 536, 551, 608, 688, 694, 723, 731, 738, 743
Qualifikationsanforderungen 149, 264, 615
Qualifikationserwerb 252, 384, 386, 615
Qualifikationsniveau 232, 327, 522
Qualifikationsstruktur 169, 179, 407, 410, 461, 464
qualitatives Wachstum 731
Qualitätssicherung 28, 122, 194, 535, 539, 548, 564, 568, 581, 586, 589, 608, 617, 627, 744, 747, 769

R
Rahmenbedingung 35, 112, 114, 118, 140, 153, 526, 568, 608, 625, 711, 807
Ranking 802
Rational-Choice-Theorie 521
Rationalität 205
Rauchen 545, 561
Raum 86
Raumordnung 136
Rawls, J. 11, 22, 553
Realität 785
Rechnungswesen 242, 251
Recht 146, 169, 206, 216, 243, 246, 249, 265, 272, 293, 334, 339, 340, 369, 390, 392, 394, 399, 511, 520, 548, 591
Recht auf Arbeit 297
Rechte und Pflichten 11, 27, 630
rechtliche Faktoren 27, 443, 491, 496, 580, 669, 684, 761
Rechtsanspruch 630
Rechtsbewusstsein 652
Rechtsgrundlage 324, 610
Rechtslage 554
Rechtsprechung 69, 246, 574
Rechtsradikalismus 476
Rechtsstaat 22, 55, 755
Rechtswissenschaft 206
Reflexivität 51
Reform 18, 24, 26, 31, 48, 49, 62, 66, 73, 78, 88, 90, 100, 115, 141, 159, 178, 205, 221, 235, 238, 245, 250, 267, 269, 274, 276, 279, 283, 287, 288, 292, 302, 310, 311, 312, 313, 315, 317, 324, 331, 332, 339, 340, 341, 344, 355, 356, 361, 388, 400, 405, 408, 422, 430, 433, 435, 437, 440, 451, 456, 457, 470, 481, 489, 541, 542, 549, 553, 562, 577, 581, 583, 606, 618, 621, 653, 701, 702, 713, 749, 752, 755, 782, 791, 793, 807, 820
Reformbereitschaft 66, 446
Reformismus 7
Reformpolitik 5, 7, 10, 24, 38, 41, 61, 62, 66, 91, 98, 187, 305, 328, 331, 334, 340, 348, 368, 369, 387, 408, 437, 446, 447, 453, 460, 539, 571, 574, 586, 587, 657, 678, 701, 818
Reformprogramm 24, 98, 328, 446, 701
Regierung 240
Regierungswechsel 62
Region 123, 127, 128, 231, 277, 359, 392, 393, 463
regionale Entwicklung 29, 83, 107, 112, 116, 373, 619, 707, 710
regionale Faktoren 116, 327, 359, 361, 452, 491, 664, 707, 710
regionale Mobilität 357, 359
regionaler Unterschied 148, 233, 357, 432
regionaler Vergleich 104, 137, 148, 307, 311, 327, 371, 376, 378, 392, 393, 432, 454, 468, 534, 736
regionale Verflechtung 126, 131, 231, 418, 419, 710
regionale Verteilung 29, 365, 737
regionale Wirtschaftsförderung 128, 131, 211, 710
Regionalisierung 463
Regionalpolitik 128, 131, 359, 432
Regionalwirtschaft 432

Regulationstheorie 14
Regulierung 1, 146, 161, 177, 634, 708, 720, 722, 728, 823
Rehabilitand 437
Rehabilitation 39, 548, 612
Rehabilitationseinrichtung 589
Rehabilitationswissenschaft 548
Reichtum 29, 600, 799
Reintegration 222, 420, 423
Rekrutierung 223, 228, 540, 622
Religion 23, 46, 633, 798, 800
religiöse Faktoren 53
Rente 76, 278, 280, 281, 282, 289, 291, 304, 311, 314, 319, 331, 333, 335, 349, 350, 354, 355, 600, 656, 749, 774, 812, 820
Rentenabkommen 282, 304
Rentenalter 280, 285, 286, 289, 311, 314, 315, 317, 322, 328, 331, 341, 349, 749, 821
Rentenanspruch 280, 282, 304, 600, 749
Rentenberechnung 282, 285, 341
Rentenleistung 280, 281, 282, 289, 304, 600
Rentenversicherung 8, 26, 66, 81, 271, 277, 281, 282, 284, 285, 289, 294, 295, 298, 300, 302, 304, 310, 311, 314, 316, 317, 323, 324, 331, 339, 341, 342, 344, 346, 347, 354, 355, 383, 390, 522, 631, 666, 702, 704, 712, 719, 728, 749, 751, 774, 818, 821
Rentner 286, 289, 298, 311, 331, 341, 347, 600, 749
Repräsentation 763
Reproduktion 739
Reproduktionsmedizin 580, 739
Republik Südafrika 41
Ressourcen 76, 224, 523, 540, 625, 675
Rettungswesen 582, 747
Reziprozität 60
Rheinland-Pfalz 270, 493, 597
Rheumatismus 565
Richtlinie 814
Risikoabschätzung 278
Risikoforschung 759
Risikogesellschaft 147
Rollenverständnis 483, 484, 742, 744
Rollenverteilung 272, 680
Rotes Kreuz 612, 620, 622, 747
Rückstellung 287, 301
Ruhrgebiet 132, 547
Rumänien 774, 784
Russland 784, 811

S

Sachleistung 10, 704
Sachsen 123, 493
Sachverständigenrat 482
Saisonarbeit 445
Saisonschwankung 445
Salutogenese 557, 559, 612
Salzburg 733
Sanierung 114
Sanktion 76, 305, 307, 327, 377, 466, 563, 649
Säugling 535
Schätzung 259
Scheinselbständiger 227, 265, 300, 339
Schichtarbeit 142, 174, 644
schichtspezifische Faktoren 565
Schleswig-Holstein 403
Schulabbruch 655, 682
Schulabgänger 120, 732, 733
Schulabschluss 134, 741
Schulbildung 525
Schule 125, 468, 556, 561, 623
Schüler 9, 120, 187, 556, 561, 778
Schullaufbahn 132, 796
Schulleistung 187, 812
Schulwesen 690
Schwangerschaft 535, 543
Schwangerschaftsabbruch 543
Schwarzarbeit 141
Schweden 61, 98, 125, 282, 322, 480, 520, 534, 616, 633, 649, 652, 684, 687, 696, 709, 714, 809
Schweiz 3, 59, 68, 230, 345, 390, 520, 550, 631, 649, 696, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 807
Schwerbehinderung 199, 222
Segregation 113, 114, 125, 129, 132, 135, 136, 680, 742
sektorale Verteilung 183, 210, 211, 344, 414, 737, 745
Selbständiger 214, 227, 229, 265, 289, 299, 300, 681, 737

Selbständigkeit 228, 363, 681
Selbstbestimmung 206, 552, 570
Selbstbestimmungsrecht 12, 552
Selbsthilfe 565, 570, 619
Selbstmord 560, 813
Selbstorganisation 95, 707
Selbstverantwortung 15, 17, 170, 264, 284, 305, 369, 546, 583, 723
Selbstverständnis 92
Selbstverwaltung 45, 107, 574
Serbien und Montenegro 784
Sexualität 543, 633
Sicherheit 105, 169, 199, 651
Sicherheitspolitik 105
Simulation 145, 350, 420, 474
Singapur 583
Skandinavien 58, 184, 527, 616, 633, 637
Slowakei 679, 782, 784, 786
Slowene 783
Slowenien 782, 783
SOEP 4, 56, 140, 151, 291, 303, 399, 481, 604, 611, 779
Solidarität 10, 13, 31, 37, 46, 48, 72, 86, 219, 312, 320, 337, 530, 539, 574, 583, 594, 619, 620, 641, 643, 705
Sozialabbau 17, 18, 19, 81, 92, 99, 102, 455
Sozialabgaben 9, 56, 186, 285, 300, 314, 370, 383, 416, 441, 525, 704, 811
Sozialarbeit 15, 46, 51, 64, 68, 77, 87, 99, 113, 117, 135, 166, 208, 220, 493, 509, 516, 523, 608, 612, 613, 617, 623, 627, 769
Sozialarbeiter 113, 161, 166, 623
Sozialarbeitswissenschaft 87
Sozialausgaben 1, 29, 343, 370, 640, 656, 704, 719, 811, 812
Sozialberatung 597
Sozialbericht 20, 28, 29, 30, 57, 96, 753
Sozialbilanz 242
Sozialbudget 101, 343, 416
Sozialdemokratie 1, 7, 55, 58, 65, 433, 764
sozialdemokratische Partei 65, 772
soziale Anerkennung 23, 97, 257
soziale Bewegung 108, 109, 115, 345, 619
soziale Beziehungen 70, 270, 272, 574, 656, 790, 806
soziale Dienste 21, 38, 39, 77, 112, 161, 208, 483, 503, 606, 608, 610, 612, 618, 619, 621, 623, 627, 747, 753
soziale Differenzierung 34, 129
soziale Entwicklung 92, 129, 613, 659
soziale Faktoren 33, 65, 68, 70, 75, 81, 92, 575, 770, 818
soziale Frage 22, 27, 33, 93, 509, 603, 728
soziale Gerechtigkeit 2, 8, 10, 13, 22, 23, 34, 37, 38, 52, 54, 56, 60, 61, 65, 92, 94, 118, 221, 272, 285, 288, 296, 297, 312, 334, 391, 492, 524, 553, 601, 630, 653, 670
soziale Herkunft 401, 798, 800
soziale Indikatoren 1, 4, 29, 341, 598, 812
soziale Infrastruktur 498
soziale Integration 23, 60, 113, 125, 126, 129, 135, 325, 326, 376, 493, 537, 632, 661, 704, 806, 812
soziale Klasse 34
soziale Kompetenz 31
soziale Konstruktion 532
soziale Kontrolle 64, 606
soziale Kosten 278, 295, 314, 766, 773
soziale Lage 17, 20, 29, 125, 341, 407, 430, 443, 471, 498, 559, 656, 663, 783
soziale Marktwirtschaft 31, 32, 35, 36, 41, 47, 63, 94, 313, 601, 672
soziale Mobilität 92, 359, 611, 809, 812
soziale Norm 104, 421, 680
soziale Partizipation 4, 13, 23, 125, 126, 147, 594, 623, 689, 806
soziale Position 171
sozialer Abstieg 12, 68, 92, 325, 455
sozialer Aufstieg 92
sozialer Brennpunkt 117
Sozialer Dialog 721
soziale Rechte 11, 27, 63, 169, 197, 325, 408, 660
sozialer Konflikt 34, 248, 476, 532, 603
sozialer Mindeststandard 271, 309, 319, 340, 351, 699
sozialer Raum 111, 135, 476, 523
sozialer Status 92, 183, 220, 775
sozialer Wandel 45, 86, 107, 135, 147, 161, 184, 227, 272, 319, 479, 532, 534, 621, 639, 673, 747, 752, 758, 807
soziale Schicht 92, 537, 558, 569
soziale Schichtung 129, 509

soziale Sicherung 4, 6, 9, 10, 19, 36, 38, 39, 45, 54, 60, 69, 91, 92, 93, 98, 101, 134, 140, 169, 193, 219, 256, 271, 272, 273, 279, 280, 292, 294, 295, 298, 299, 300, 304, 306, 313, 314, 321, 325, 328, 331, 332, 334, 337, 340, 342, 348, 353, 355, 361, 388, 404, 406, 430, 431, 449, 455, 470, 473, 475, 477, 485, 505, 553, 582, 640, 642, 647, 657, 666, 670, 673, 674, 681, 687, 696, 697, 700, 702, 704, 712, 713, 714, 716, 720, 721, 745, 751, 754, 762, 780, 781, 782, 788, 790, 791, 792, 805, 811, 813, 814, 818, 820
soziales Milieu 15, 509, 569
soziales Netzwerk 125, 126, 295, 507, 597, 611, 628, 745, 775, 778, 783, 784, 801
soziales Problem 87, 110, 113, 129, 132, 135, 193, 449, 490
soziales System 271, 314, 325, 347, 348, 416, 557, 636, 719, 779, 788, 818
soziale Stabilität 376
soziales Verhalten 407
Sozialethik 23, 46, 50, 53, 239, 279, 312, 353, 755
soziale Umwelt 125
soziale Ungleichheit 6, 27, 34, 52, 92, 97, 102, 113, 129, 132, 135, 221, 271, 325, 408, 492, 493, 498, 507, 509, 528, 537, 550, 559, 561, 584, 600, 643, 656, 663, 673, 728, 774, 806, 809, 812, 813, 816
soziale Unterstützung 194, 753, 783, 806
soziale Verantwortung 48, 164, 194, 242, 798, 800
soziale Wahrnehmung 56, 421
soziale Wirklichkeit 532
Sozialgeschichte 17, 673
Sozialgesetzbuch 46, 112, 124, 130, 131, 222, 267, 271, 306, 320, 404, 418, 419, 425, 429, 437, 469, 471, 473, 514, 517
Sozialhilfe 22, 39, 274, 287, 325, 343, 351, 382, 420, 441, 453, 469, 475, 509, 753, 755, 779
Sozialhilfeempfänger 351, 381, 428, 464, 550, 753
Sozialismus 670
sozialistische Partei 705
Sozialkapital 4, 23, 60, 76, 251, 613, 628, 689, 784, 806
Sozialleistung 5, 6, 31, 39, 60, 69, 98, 167, 183, 197, 285, 293, 318, 325, 337, 343, 359, 369, 377, 430, 441, 443, 448, 473, 583, 696, 704, 754, 764, 769, 779, 808, 810, 812, 817
Sozialmanagement 567, 589
Sozialmedizin 548, 550, 560, 585
Sozialordnung 33, 52, 648, 660, 721
Sozialpädagoge 161
Sozialpädagogik 64
sozialpädagogische Intervention 476
Sozialpartnerschaft 3, 55, 167, 189, 446, 626, 686, 814
Sozialplan 158, 385
Sozialplanung 130
Sozialraumanalyse 613
Sozialrecht 89, 249, 271, 272, 293, 340, 437, 443, 670, 712
Sozialstaat 6, 10, 11, 12, 18, 21, 22, 25, 30, 34, 35, 36, 38, 45, 46, 48, 49, 51, 54, 60, 62, 63, 65, 66, 69, 72, 78, 79, 82, 89, 90, 91, 93, 94, 97, 98, 129, 195, 273, 288, 312, 313, 318, 324, 334, 345, 388, 408, 435, 440, 460, 483, 553, 574, 599, 621, 626, 636, 641, 643, 647, 648, 650, 653, 660, 687, 692, 696, 697, 699, 752, 755, 759, 762, 789, 806, 807, 818
Sozialstaatsprinzip 10, 69, 312, 650
Sozialstatistik 116, 278, 343, 656, 719, 812
Sozialstruktur 29, 34, 43, 51, 132, 318, 325, 428, 604, 806, 809
Sozialversicherung 6, 9, 10, 17, 101, 169, 256, 265, 277, 278, 280, 287, 292, 295, 299, 300, 318, 323, 324, 340, 342, 347, 348, 354, 361, 416, 477, 647, 648, 681, 704, 713, 714, 755, 757, 759, 782, 788, 792, 793, 805, 808
Sozialversicherungspflicht 219, 278, 286, 300, 311, 319, 369, 411, 414
Sozialverträglichkeit 87, 193, 260
Sozialverwaltung 404
Sozialwesen 208
Sozialwirtschaft 208, 610, 614, 617, 619

Sozialwissenschaft 57, 89
Sozialwohnung 596
soziokulturelle Faktoren 360
Soziologie 759
soziologische Theorie 74
sozioökonomische Entwicklung 659
sozioökonomische Faktoren 4, 291, 327, 359, 515, 561, 578, 639
Spanien 125, 194, 517, 663, 668, 676, 743
Sparen 281, 283, 291, 314, 321
Sparquote 314
Spätaussiedler 476
SPD 7, 65, 78, 80, 81, 85, 92, 195, 447, 479, 500, 538, 705
Spende 620
Spielfilm 555
Spieltheorie 722
Sport 559
Sprachförderung 384
SS 710
Staat 16, 40, 46, 55, 93, 108, 294, 321, 482, 538, 606, 625, 626, 728, 764, 772, 782, 788, 789, 793
staatliche Einflussnahme 55, 64, 80, 90, 167, 195, 486, 492, 710, 752, 764, 805
staatliche Lenkung 64, 69, 579, 606, 807
Staatsangehörigkeit 27, 293, 440
Staatsfunktion 167, 629
Staatssozialismus 601
Staatstätigkeit 599
Staatsversagen 626
Staatsverschuldung 9, 26, 416
Stabilitätspolitik 458
Stadt 105, 107, 109, 110, 113, 115, 116, 119, 121, 122, 125, 126, 129, 132, 133, 135, 277, 432, 750
Stadtbevölkerung 129, 132, 135, 136
Städtebau 109, 135
Städtebauförderungsgesetz 135
Stadtentwicklung 107, 109, 110, 113, 114, 116, 117, 119, 125, 129, 132, 135, 136, 537
Stadterneuerung 109, 113, 114, 135
Stadtforschung 116
Stadtgebiet 105
Stadtplanung 109, 113, 114, 116, 118, 136
Stadtregion 116
Stadtteil 105, 110, 113, 116, 118, 132, 765
Stadtteilarbeit 113, 117, 135
Stammzellenforschung 555
Standardisierung 70
Standortfaktoren 210, 243, 432, 455, 668
Standortpolitik 252
Standortverlagerung 252
Standortwahl 426
stationäre Behandlung 553, 572
stationäre Versorgung 308, 581, 582
Statistik 166, 220, 311, 811, 812
statistische Methode 467
Steiermark 733
Stellenangebot 438
Stellenbesetzung 120, 301
Sterben 551, 554, 555, 569, 591
Sterblichkeit 289, 350, 550, 561, 799, 812
Steueraufkommen 220, 481
Steuerbelastung 140, 318, 488
Steuerentlastung 486, 488
Steuererhöhung 301, 416
Steuern 54, 140, 313, 318, 416, 488, 704, 810
Steuerpolitik 24, 56, 61, 69, 86, 157, 213, 329, 368, 390, 477, 481, 488, 500, 520, 525, 647, 779, 811
Steuerrecht 272, 477, 488, 520
Steuerreform 318, 488
Steuerungsprozess 592
Steuerungssystem 707
Stichprobe 306
Stiftung 72
Stigmatisierung 325, 815
stille Reserve 461
Strafverfolgung 563
Streik 158, 763
Stress 200, 415, 557
Strukturförderung 359
strukturschwache Region 655
Student 204, 205, 745
Studentenzahl 9
Studentin 204
Studiendauer 9
Studium 204, 525, 587, 732, 733
Subsidiarität 46, 312, 664, 667, 685
Subsidiaritätsprinzip 667
Subvention 168, 186, 305, 369, 370, 371, 372, 389, 396, 398, 418, 421, 441, 450, 462, 492, 691, 748, 757, 767
Subventionspolitik 525
Sucht 415, 548, 561, 766, 771, 773

Südamerika 751, 811
Südasien 795, 811
Südeuropa 527, 633
Südkorea 805
südliches Afrika 41
Südostasien 583
Supranationalität 609, 729
Systemtheorie 87, 557
Systemveränderung 805
Szenario 333, 531, 751

T
Tabakkonsum 561
Tagesbetreuung 491, 533
Tageszeitung 49, 198
Tansania 46
Tarif 207, 225, 679, 711
Tarifautonomie 90, 177, 191, 206, 249
Tariflohn 152, 181, 190, 201, 207, 257, 378
Tarifpartner 90, 175, 178, 445, 456, 482, 725, 728, 798, 800
Tarifpolitik 45, 83, 90, 152, 159, 165, 168, 170, 175, 177, 178, 181, 184, 195, 198, 208, 211, 215, 216, 221, 237, 241, 263, 378, 711
Tarifrecht 69, 190, 216, 246, 265, 657
Tarifverhandlung 152, 165, 198, 216, 221, 250, 456, 772, 814
Tarifvertrag 158, 165, 175, 176, 180, 181, 206, 207, 210, 225, 237, 238, 249, 250, 257, 263, 265, 298, 445, 564, 763
Tätigkeitsfeld 113, 183, 264, 382, 564
Tätigkeitsmerkmale 564, 716, 745
Technik 588
Technikfolgen 260
technischer Fortschritt 45, 580
technischer Wandel 1, 261, 264, 461, 654
Technologie 588, 688, 739
Technologiepolitik 731, 739
Teilarbeitsmarkt 357
Teilzeitarbeit 142, 147, 169, 174, 183, 197, 199, 201, 210, 219, 221, 300, 339, 392, 399, 484, 500, 534, 644, 712, 713, 770
Teilzeitarbeitnehmer 211, 219, 300, 414
Telearbeit 265, 716, 720
Telefon 265
Telekommunikation 264, 265
tertiärer Sektor 137, 149, 161, 183, 249, 616, 655
Text 756
Textilindustrie 795
Textverarbeitung 795
Theorie-Praxis 62, 124
Therapie 551, 561
Therapieerfolg 561
Thüringen 418, 493
Tirol 733
Tod 50, 551, 554, 555
Tradition 65, 680, 742
Trägerschaft 10, 127, 166, 404, 483, 531, 550, 606, 610, 744
Training 384
Transferleistung 10, 54, 56, 140, 168, 186, 194, 325, 359, 369, 372, 378, 385, 387, 430, 462, 482, 494, 534, 565, 655, 693, 708, 779, 808
transnationale Beziehungen 620, 668
Transparenz 485
Trauma 565
Trend 620, 683
Tschechische Republik 183, 426, 679, 782, 784, 785, 786
Türkei 655, 780
Typologie 1, 58, 181, 224, 422, 639, 689, 782, 823

U
Übergangsarbeitsmarkt 400, 657
Übergewicht 706
Überstunden 142, 154, 174, 196, 411, 564, 644
Überwachung 146
UdSSR-Nachfolgestaat 782, 784, 790, 811
Umlageverfahren 294
Umsatz 188, 210, 211
Umschulung 424, 427
Umverteilung 10, 70, 285, 287, 288, 297, 323, 336, 594
Umwelt 296
Umweltbelastung 296
Umweltbewusstsein 296
Umweltethik 296
Umweltfaktoren 86
Umweltmedizin 582
Umweltpolitik 2, 60, 634, 731
Umweltschutzorganisation 248

Unfall 226
Unfallverhütung 759
Unfallversicherung 265, 759
Ungarn 125, 635, 717, 782, 785, 786
Ungelernter 137, 407, 736
ungeschützte Beschäftigung 68, 227
Ungleichheit 148, 365, 575, 590, 605, 664, 809
Unterbeschäftigung 461
Unterhalt 272, 796
Unterhaltsgeld 340
Unternehmen 40, 72, 83, 130, 153, 164, 172, 182, 185, 189, 194, 196, 210, 211, 230, 231, 239, 240, 242, 245, 255, 259, 261, 400, 438, 494, 519, 675, 676, 734, 737, 798, 800
Unternehmensberatung 737
Unternehmensführung 48, 239, 240, 243, 668
Unternehmensgröße 291, 804
Unternehmensgründung 359, 375, 377, 380, 401, 436, 658, 675, 691, 737
Unternehmenskonzentration 610
Unternehmenskultur 83, 172, 179, 189
Unternehmensplanung 174, 242
Unternehmenspolitik 83, 164, 172, 174, 210, 212, 240, 242, 255, 725
Unternehmer 401, 519, 617
Unterschicht 15, 455, 509, 575, 586
unterwertige Beschäftigung 68, 461
Urbanität 129
Urlaub 154, 644
USA 1, 60, 80, 109, 314, 509, 528, 545, 546, 561, 565, 627, 653, 684, 699, 730, 751, 792, 793, 794, 801, 803, 804, 809, 815, 822
Utopie 147, 273, 345

V

Variabilität 764
Verantwortung 13, 25, 66, 72, 586, 607
verarbeitendes Gewerbe 149
Verband 177, 195, 540, 586, 615, 624, 625, 628, 629, 763
Verbändesystem 538
Verbandspolitik 90, 156, 175, 587, 609, 668
Verbot 199, 652
Verbraucher 673
Verbraucherberatung 597
Verbraucherpolitik 715
Verbraucherschutz 715
Verbundforschung 252
verdeckte Arbeitslosigkeit 461
Verdrängung 392, 394, 414, 441
Verein 498
Vererbung 604
Verfassung 41, 184, 520, 653, 660, 699, 707
Verfassungsmäßigkeit 249, 271, 404
Verfassungsrecht 395, 442, 477
vergleichende Forschung 692
vergleichende Politikwissenschaft 84
Vergütung 180, 238, 568, 581, 617
Verhaltensänderung 548, 593
Verhältniswahl 58
Verhandlung 176, 250, 539
Verkehrsunfall 759
Vermögen 4, 29, 275, 604
Vermögenspolitik 39, 69, 595
Vermögenssteuer 69, 595
Verrechtlichung 76
Verschuldung 301, 597
Versicherung 18, 64, 294, 350, 572, 792
Versicherungsbeitrag 268, 300, 416
Versicherungsgewerbe 759, 780
Versicherungsleistung 287, 308, 323, 327, 572, 592, 780
Versicherungsnehmer 546
Versicherungspflicht 287
Versicherungsprinzip 294, 395, 406, 719
Versicherungsschutz 294, 780
Versorgung 21, 117, 581, 599, 602
Verständnis 756
Verstehen 756
Verteilungseffekt 269, 303, 358, 396, 397, 398
Verteilungsgerechtigkeit 10, 56, 65, 184, 273, 312, 391, 595, 601
Verteilungskonflikt 65, 595, 601
Verteilungspolitik 8, 65, 82, 146, 157, 213, 268, 285, 329, 336, 477, 595, 601, 605, 711
Verteilungsstruktur 483, 757
Vertrag 294, 769
Vertragsbedingungen 203
Vertrauen 66, 72, 248, 656, 726, 784
Verwaltung 25, 503, 618, 629

Verwaltungsapparat 503
Verwaltungspolitik 234, 503
virtuelles Unternehmen 265
Volkspartei 78, 80
Volkswirtschaft 601, 754, 807
Volkswirtschaftstheorie 458
Vollbeschäftigung 147, 446, 458, 653, 670
Vorarlberg 733
Vorruhestand 154, 255, 278, 285, 286, 289, 298, 322, 377, 644, 749
Vorschulerziehung 1

W
Wachstum 221, 525
Wahl 59, 224, 751
Wähler 59, 315
Wahlergebnis 78
Wahlrecht 26, 243
Wahlverhalten 59, 695
Währungspolitik 41, 781
Wechselkurs 781
Weimarer Republik 17, 64, 75, 603
Weiterbildner 744
Weiterbildung 169, 182, 217, 224, 310, 377, 400, 615, 627, 648, 654, 741, 744
weiterführende Schule 732, 733
Welt 802, 819
Weltbank 820
Weltbild 479
Weltgesellschaft 16, 27
Weltmarkt 3, 14
Weltordnung 27, 37
Weltpolitik 27
Weltwirtschaft 601, 820
Weltwirtschaftskrise 17
Werkvertrag 400, 744
Werkvertragsarbeitnehmer 300, 744
Wert 49, 55, 87, 104, 334
Wertanalyse 479
Wertorientierung 42, 55, 65, 66, 71, 74, 94, 334, 430, 479, 689, 705
Wertschöpfung 9
Wertsystem 94
Wertwandel 94, 107, 147, 159, 179, 272, 673
Westeuropa 527, 662, 689, 728
Wettbewerb 18, 34, 36, 48, 51, 240, 287, 294, 313, 503, 544, 568, 574, 579, 637, 648, 664, 666, 702, 731
Wettbewerbsbedingungen 18
Wettbewerbsfähigkeit 18, 215, 218, 232, 236, 243
WHO 24, 41, 122, 799
Wiederaufbau 35
Wiedervereinigung 177, 446, 483
Wien 635, 733, 747
Wirkungsanalyse 367, 701
Wirtschaft 16, 41, 46, 601, 673, 752
wirtschaftliche Faktoren 35, 81
wirtschaftliche Folgen 16, 629, 790
wirtschaftliche Integration 41
wirtschaftliche Lage 17, 210, 211, 270, 403, 443, 496, 597, 656
Wirtschaftlichkeit 205, 753
Wirtschaftsdemokratie 2, 624
Wirtschaftsentwicklung 1, 3, 29, 47, 80, 98, 123, 128, 252, 401, 403, 426, 460, 474, 637, 649, 659, 754, 758, 776, 781, 799, 810, 811, 816
Wirtschaftsethik 23, 50
Wirtschaftsförderung 128
Wirtschaftsgeschichte 80
Wirtschaftskreislauf 474
Wirtschaftskrise 95
Wirtschaftslenkung 752
Wirtschaftsliberalismus 33
Wirtschaftsordnung 35, 41, 94, 672, 752
Wirtschaftspolitik 2, 3, 8, 24, 33, 36, 40, 41, 44, 47, 80, 83, 98, 102, 184, 456, 458, 653, 669, 680, 731, 763, 776, 791
Wirtschaftsreform 24, 47
Wirtschaftssektor 128
Wirtschaftsstruktur 45, 128, 161, 168, 359, 461, 639
Wirtschaftssystem 45, 672
Wirtschaftsverband 248, 624
Wirtschaftswachstum 2, 24, 43, 47, 62, 72, 218, 525, 637, 711, 731, 741, 781, 810, 820
Wirtschaftsweise 619
Wirtschaftswissenschaft 206
Wirtschaftszweig 143, 188, 211, 291, 320, 344, 409, 414, 596, 735, 804
Wissen 57, 179, 284, 718, 739
Wissenschaft 57, 87, 96, 245
Wissenschaftler 252
wissenschaftliche Arbeit 161
wissenschaftliche Institution 40

Wissenschaftsverständnis 87
Wissensgesellschaft 48, 72, 266, 630
Wissenstransfer 400, 635
Wochenarbeitszeit 154, 174, 711
Wochenende 142, 174, 644
Wochenzeitung 198
Wohlbefinden 42, 251, 280
Wohlfahrt 112, 146, 285, 362, 368, 523, 615, 622, 640, 641, 653, 764, 791, 812
Wohlfahrtsökonomie 1, 18, 47, 632, 640, 752, 762, 764, 808
Wohlfahrtsstaat 1, 6, 8, 15, 16, 17, 18, 21, 31, 36, 38, 47, 49, 50, 51, 56, 58, 59, 60, 61, 64, 67, 77, 78, 79, 80, 84, 85, 88, 93, 98, 100, 292, 293, 297, 324, 325, 332, 408, 480, 489, 495, 503, 509, 528, 534, 536, 606, 616, 621, 629, 630, 632, 639, 640, 670, 673, 683, 687, 690, 692, 695, 699, 730, 752, 762, 764, 782, 786, 791, 806, 807, 808, 809, 813, 818
Wohlfahrtsverband 29, 220, 483, 607, 608, 609, 612, 613, 615, 616, 622, 624, 625, 626
Wohlstand 35, 803
Wohlstandsgesellschaft 297, 637
Wohnen 134, 603
Wohngeld 276, 599, 779
Wohnung 117, 603
Wohnungsbau 599, 603, 781
Wohnungsbestand 599
Wohnungsmarkt 599, 602
Wohnungspolitik 114, 136, 596, 599, 602, 603
Wohnungswesen 599
Wohnverhältnisse 29
Workfare 99, 305, 369, 370, 378, 389, 390, 398, 439, 475, 635

Z
Zeitarbeit 169, 190, 219, 223, 249, 300, 423, 444, 716, 720
Zeitarbeitnehmer 219, 300, 399, 720
Zeitbudget 639
Zeitfaktor 113
Zeitpolitik 502
Zeitung 49
Zeitverwendung 656
Zentralisierung 216, 685
Zertifizierung 795
Zielanalyse 425
Zielgruppe 164, 267, 372, 374, 382, 443, 464, 537, 658, 663, 678, 719, 743, 808
Zielkatalog 62
Zielvereinbarung 130
Zivilgesellschaft 21, 72, 74, 112, 118, 538, 616, 623, 626, 627, 628, 717, 775, 786, 797
Zufriedenheit 1, 4, 30, 42, 421, 516, 656, 698, 726, 737, 790
Zukunft 46, 73, 74, 91, 92, 107, 119, 147, 182, 209, 218, 273, 354, 460, 531, 569, 645, 703, 727
Zukunftsfähigkeit 36, 38, 48, 61, 73, 301, 313, 320, 400, 404, 500, 636
Zukunftsorientierung 55, 73, 92
Zukunftsperspektive 73, 92, 203, 264, 273
Zumutbarkeit 307, 466
Zusatzqualifikation 187
Zusatzversicherung 728
Zuschuss 359, 364, 369, 371, 372, 377, 407, 412, 417, 418, 436, 462, 658, 691
Zuwanderung 134, 448, 697
Zwang 599
Zwangsarbeit 297, 814
zweiter Arbeitsmarkt 382
zwischenbetriebliche Kooperation 610

15. Jahrhundert 121

Institutionenregister

Bundesagentur für Arbeit 150, 374

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. 499

Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Sektion 01 Modernisierung in Staat und Verwaltung 592

Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik 301

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht -DIJuF- e.V. 501, 514

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- 475

Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Familie und Familienpolitik 499, 501

Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Jugend und Jugendhilfe 111

Deutsches Jugendinstitut e.V. Abt. Kinder und Kinderbetreuung 507, 512

Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Schulsport und Schulentwicklung 510

Ecofin AG 751

econcept AG Forschung, Beratung, Projektmanagement 750, 751, 771

europäisches forum für migrationsstudien -efms- Institut an der Universität Bamberg 117

European Business School, Department für Marktorientierte Unternehmensführung, Lehrstuhl für Health Care Management 567

Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände, Sozialwirtschaft, 3. Sektor-Organisationen 608, 609, 610, 612

Fachhochschule Gelsenkirchen, Institut Arbeit und Technik 547

Fachhochschule Koblenz RheinAhrCampus Remagen, FB Betriebs- und Sozialwirtschaft, Institut für Bildungs- und Sozialmanagement -ibus- 588

Fachhochschule Potsdam, FB Sozialwesen 535

Ford-Werke AG 260

Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH -f-bb- 452

Forschungsinstitut für Arbeit, Bildung und Partizipation e.V. an der Universität Bochum 185, 203

Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. -F.A.T.K.- an der Universität Tübingen 207, 238, 250, 257

Forschungsinstitut für Philosophie Hannover 53

Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH -FIA- 361

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt -FORBA- 266

Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Jean Monnet Centre of Excellence 645, 659, 702

Freie Universität Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte 450

Freie Universität Berlin, Medizinische Fakultät Charité - Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte -CCM-, Lehrstuhl für Versorgungssystemforschung und Grundlagen der Qualitätssicherung in der medizinischen Rehabilitation 589

GAB - Gesellschaft für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung GbR 260

Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung mbH -GfAH- Volkholz und Partner 200

Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie -GEBIT- 516

HafenCity Universität Hamburg -HCU-, Department Stadtplanung, Institut für Stadt- und Regionalökonomie, -soziologie 119

Harvard University Cambridge 790

Haute école de travail sociale et de la santé -EESP- 630

Haute École Valaisanne -HEVs-, Institut Santé & Social 765

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fak. Soziale Arbeit und Pflege 535

Hochschule Magdeburg-Stendal, FB Sozial- und Gesundheitswesen 616

Hochschule Vechta, Institut für Gerontologie 299

Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät IV, Stiftungsprofessur Pädagogische Diagnostik 284

Humboldt-Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Wirtschaftstheorie II 156, 423

IKJ Institut für Kinder- und Jugendhilfe gGmbH 516

IMU - Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH Regionalbüro Stuttgart 128, 160

INBAS GmbH Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 120

infas - Institut für Angewandte Sozialwissenschaft GmbH 381

Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen 417

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. -IFK- an der Universität Potsdam 499

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. -IAW- 128, 180, 402

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- 101, 150, 163, 171, 225, 254, 274, 275, 276, 277, 346, 349, 364, 365, 374, 375, 379, 381, 384, 385, 386, 401, 402, 408, 412, 413, 417, 420, 427, 430, 432, 438, 443, 463, 467, 470, 473, 474, 649, 684, 785, 815

Institut für Höhere Studien 682

Institut für regionale Innovation und Sozialforschung -IRIS- e.V. 682

Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. -ISF- 266

Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln 287, 579

Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln 596, 602

Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH -INIFES- 20, 231, 614

ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH Büro Berlin 123, 526

ISO Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. 200, 231, 405

IZA Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH 475, 790

Katholische Fachhochschule Mainz, FB Soziale Arbeit 516

Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen Abt. Münster, FB Sozialwesen 516

Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Sozialrecht 649

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 90

Max-Planck-Institut für Ökonomik Abt. Strategische Interaktion 153

Mundi consulting ag 753

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. -NIW- 373

Osteuropa-Institut Arbeitsbereich Wirtschaft, Migration und Integration 788

Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung 287, 485, 486

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. I, Institut für Humanwissenschaften Abt. Psychologie 556

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. I, Institut für Humanwissenschaften Abt. Soziologie - Politikwissenschaft 724

Philosophisch-Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Erziehungswissenschaft Abt. Bildungssoziologie 791

Sinus München - Gesellschaft für Sozialforschung und Marktforschung mbH 402

socialdesign ag 769

Sozialwissenschaftliches Frauenforschungsinstitut -SoFFI K- der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg 558

Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- 164, 256, 353

Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. -SOFI- 207, 361, 630

Technische Universität Berlin, Fak. VII Wirtschaft und Management, Institut für Gesundheitswissenschaften Abt. Gesundheitssoziologie 558

Technische Universität Darmstadt, FB 01 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL FG Empirische Wirtschaftsforschung und Mikroökonometrie 357

Technische Universität Darmstadt, Interdisziplinäres Graduiertenkolleg "Topologie der Technik" 109

Technische Universität Dortmund, Fak. 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut - Universität Dortmund 507

Technische Universität Ilmenau, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL Fachgebiet Wirtschaftspolitik 572

Università della Svizzera Italiana, Facoltà di scienze della communicazione, Health Care Communication Laboratory 756

Universität Bamberg, Fak. Katholische Theologie, Fach Systematische Theologie Lehrstuhl für Christliche Soziallehre und allgemeine Religionssoziologie 53

Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft 59, 770, 776, 791

Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Soziologie 791

Universität Bielefeld, Fak. für Gesundheitswissenschaften, Arbeitsgruppe 01 Sozialepidemiologie und Gesundheitssystemgestaltung 251

Universität Bielefeld, Fak. für Gesundheitswissenschaften, Arbeitsgruppe 05 Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement 251

Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE V Arbeit und Organisation Professur für Arbeitssoziologie und Sozialwissenschaften 495

Universität Bochum, Fak. für Sozialwissenschaft, Sektion Soziologie Lehrstuhl Organisationssoziologie und Mitbestimmungsforschung 668

Universität Bonn, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Institut für Internationale Wirtschaftspolitik 527

Universität Bremen, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel 793, 807

Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik 793, 807

Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Geistes- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Professur für Soziologie 88, 498

Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Personalwesen und Internationales Management 139

Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation -IAQ- Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation 175, 176

Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation -IAQ- Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel 518

Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation -IAQ- Forschungsabteilung Entwicklungstrends des Erwerbssystems 376, 651

Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Institut Arbeit und Qualifikation -IAQ- Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit 190, 252, 445, 469, 504

Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar VII Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte 109

Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl BWL, insb. Marketing 593

Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik 323, 401

Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Abteilung Finanzen Lehrstuhl für Investment, Portfolio Management und Alterssicherung 338

Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie - Empirische Wirtschaftsforschung- 379, 402

Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt Management und angewandte Mikroökonomik Professur für VWL, insb. Labor Economics 424, 427, 459

Universität Freiburg, Medizinische Fakultät, Abteilung für Medizinische Soziologie 244

Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Betriebswirtschaftliches Seminar Lehrstuhl für Marketing und Gesundheitsmanagement 290

Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Betriebswirtschaftliches Seminar Lehrstuhl für Personal- und Organisationsökonomie 261

Universität Freiburg, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung Abt. Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie 156

Universität Fribourg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Departement des sciences de la société 694

Universität Fribourg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Departement für VWL Professur für Finanzwissenschaft 757

Universität Gießen, FB 09 Agrarwissenschaften, Ökotrophologie und Umweltmanagement, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung Professur für vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik 661

Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre 683

Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Juristischer Bereich, Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie 652

Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften 144

Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Centrum für Globalisierung und Governance 104

Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Soziologie Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse 360

Universität Hannover, Juristische Fakultät, Kriminalwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie 563

Universität Hannover, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Abt. Sozialpolitik und Public Policy 581

Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Arbeitsökonomik 435

Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft Professur für Sozialmanagement in pädagogischen Handlungsfeldern 621

Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie 14, 444

Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, SFB 580 Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung 144

Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Sozialrecht und Bürgerliches Recht 650

Universität Jena, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik 235

Universität Karlsruhe, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Institut für Wirtschaftstheorie und Operations Research 153

Universität Kassel, FB 07 Wirtschaftswissenschaften, Institut für BWL Fachgebiet Innovations- und TechnologieManagement 202, 262

Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Regionalforschung 403

Universität Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation Lehrstuhl für Arbeit und berufliche Rehabilitation 222

Universität Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation Lehrstuhl für Soziologie in der Heilpädagogik, Sozialpolitik und Sozialmanagement 687

Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- 42

Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung 671

Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Wirtschaftspolitisches Seminar 486

Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut 223

Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Arbeits- und Sozialpolitik 725

Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung 71

Universität Magdeburg, Medizinische Fakultät, Institut für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie Lehrstuhl Sozialmedizin 558

Universität Mainz, FB 02 Sozialwissenschaften, Medien und Sport, Institut für Politikwissenschaft Abt. Vergleichende Politikwissenschaft 42

Universität Mainz, FB 04 Medizin, Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin 597

Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich A Die Europäischen Gesellschaften und ihre Integration 728, 809

Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration 42

Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Risikoforschung und Versicherungswirtschaft -INRIVER- 350

Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Wirtschaftspädagogik 261

Universität München, Fak. für Geowissenschaften, Department für Geographie Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Geographie 491

Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Soziologie Lehrbereich Organisationssoziologie, Bildungssoziologie, Soziologie sozialer Ungleichheit 785

Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Centrum für theoretische Wirtschaftsforschung -CTWM- Institut für Finanzwissenschaft II 192

Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft Forschungsgruppe Personenbezogene Wohlfahrtsproduktion 506, 789

Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Nachwuchsgruppe "Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance" 797

Universität Oldenburg, Fak. 01 Bildungs- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Fach Soziologie Professur für Sozialstrukturanalyse der Bundesrepublik Deutschland - auch im internationalen Vergleich 642

Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation 234, 457

Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Geschichte 545

Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. empirische Sozialforschung 408

Universität St. Gallen, Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus -IDT- Abt. Verwaltungsmanagement 769

Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung -SIAW- 424, 427

Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. I Politische Systeme und Politische Soziologie 42, 66

Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. I Innen- und EU-Politik und Politische Theorie Professur für Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse 679

Universität Wuppertal, FB G Bildungs- und Sozialwissenschaften, Fach Pädagogik Lehrgebiet Sozialpädagogik, Soziale Dienste 77

Université de Neuchâtel, Faculté des lettres et sciences humaines, Institut de sociologie 758

Université de Neuchâtel, Faculté des sciences économiques, Institut de recherches économique -IRENE- 766, 773

Wissenschaftliche Hochschule Lahr 572

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH 408

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa -ZCM- 576

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH -ZEW- 357, 402, 417, 420, 788

Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. 661

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.
Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.
Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.
Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).
Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des GESIS-IZ Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das GESIS-IZ Sozialwissenschaften überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (SOFIS - ehemals FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Information und Beratung zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung
- Internet-Service

Das GESIS-IZ Sozialwissenschaften wurde 1969 als Informationszentrum Sozialwissenschaften von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Von 1986 an war es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. Seit April 2007 ist das GESIS-IZ eine von drei Abteilungen der neu gegründeten GESIS.
GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet. Deren zentrale Aufgaben sind die sozialwissenschaftliche Informations- und Datenvermittlung zwischen Ost- und Westeuropa sowie die Förderung von Ost-West-Kooperationen und die Unterstützung der vergleichenden Forschung. Seit Januar 2006 gehört auch das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) zur GESIS. Das CEWS bietet zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung an.

Die Datenbanken SOFIS und SOLIS

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere inter-

disziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 43.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das GESIS-IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SIDOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der GESIS-IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Juni 2007 ca. 350.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom GESIS-IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken SOFIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International
The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
76012 Karlsruhe
Deutschland
Tel.:+49 (0) 7247-80 85 55
www.stn-international.de

GBI-Genios Deutsche
Wirtschaftsdatenbank GmbH

Freischützstr. 96
81927 München
Deutschland
Tel.:+49 (0) 89-99 28 79-0
http://www.gbi.de/r_startseite/index.ein

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und SOFIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden (www.infoconnex.de).

SOFIS und SOLIS stehen neben weiteren 12 Datenbanken auch im sozialwissenschaftlichen Fachportal **sowiport** für die Recherche zur Verfügung. Auf ***www.sowiport.de*** können Nutzer folgende Datenbanken integriert oder einzeln durchsuchen:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt enthält sowiport.de rund 2,5 Millionen Literaturnachweise, 50.000 Forschungsprojekte und 8.500 Nachweise zu sozialwissenschaftlichen Institutionen, darüber hinaus Veranstaltungshinweise, Themenschwerpunkte und Links zu Portalen.

Im **Internetangebot der GESIS (www.gesis.org)** steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der SOFIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung. Dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in SOFIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken SOFIS und SOLIS bietet das GESIS-IZ Sozialwissenschaften entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das GESIS-IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.
Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das GESIS-IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kultursoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe sowiOnline Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken SOFIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe sowiPlus werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/sowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des GESIS-IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die GESIS-Abteilungen GESIS-IZ Sozialwissenschaften, GESIS-ZA (ehemals Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und GESIS-ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) sowie die GESIS-Servicestelle Osteuropa in Berlin bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt **„Literatur- & Forschungsinformation“** bietet das GESIS-IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich).
  Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank SOFIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt
  (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften** in **Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom GESIS-IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie
- der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Newsletter

Über Neuigkeiten aus der GESIS informiert zweimonatlich der gesis report. Der Newsletter erscheint in elektronischer Form und kann abonniert werden unter: listserv@listserv.bonn.gesis.org (Kommando im Textfeld: *subscribe GESIS-Newsletter Vorname Nachname* - keinen Betreff angeben)

GESIS-IZ Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Deutschland
Tel.:+49 (0)228-2281-0
Fax:+49 (0)228-2281-120
E-mail:iz@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Deutschland
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0
Fax:+49 (0)30-23 36 11-310
E-mail:servicestelle@gesis.org